Willy Klages

Offene Fragen der Geschichte

Band 28

Chronik vom 26. April bis zum 28. Mai 2024

Chronik vom 26.04. - 28.05.2024

Inhaltsverzeichnis	**Seite**
Danksagung und Widmung	2
Vorbemerkungen	3-4
Internationale Pressemeldungen sowie sonstige Publikationen und Zeitzeugenberichte über die planmäßige Restabwicklung Mittel- und Westdeutschlands vom 26. April bis zum 28. Mai 2024	5-411
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis Bildnachweis	412-413

Danksagung und Widmung

> Die ganze Weltgeschichte ist ein wiederholter Kampf der Herrschsucht und Freiheit.
> *Friedrich von Schiller (1759-1805, deutscher Dichter)*

Mein Dank gilt allen Historikern, Schriftstellern, Journalisten und Zeitzeugen, die diese Chronik überhaupt erst ermöglichten. Ihre Berichte und wissenschaftlichen Publikationen haben entscheidend dazu beigetragen, daß auch unbequeme historische Tatsachen nicht in Vergessenheit geraten sind.

Besonders danke ich:
Günter Adam, Henry Albrecht, Hans-Günter Appel, Jonas Aston, Christina Baum, Konstantin Beck, Timo Beil, Gero Bernhardt, Zan Blagojević, Peter Boehringer, Petr Bystron, Tino Chrupalla, Karlheinz Deschner, Georges Duby, Sven Eggers, Jürgen Elsässer, Jan von Flocken, George Friedman, Reiner Fuellmich, Jonas Glaser, Guido Grandt, Laura Grazioli, Frank Grobe, Gerald Grosz, Philipp Gut, Johannes Haller, Martin Hess, Stefan Hockertz, Klaus Höpcke, S. Hofer, Stefan Homburg, Karl Hummitsch, Wolfgang Jeschke, Alex Jones, Einar Koch, Katharina Koenig, Reinhard Konradi, Ernst-Günther Krätschmer, Maximilian Krah, Markus Krall, Philipp Kruse, Tom Lausen, Janina Lionello, Herbert Ludwig, Wim Lukowsky, Christopher Martens, Jordan Maxwell, Karel Meissner, Hans-Jörg Müllenmeister, Michael Nehls, Dirk Nockemann, Lapierre Noel, Daniell Pföhringer, Peter Pfrunder, Stephan Protschka, Sven Reuth, Stephan Rietiker, Thomas Röper, Max Roland, Werner Rügemer, Ivo Sasek, Lois Sasek, Heiko Schöning, Paul Schreyer, Stefan Schubert, Pauline Schwarz, Andreas Sönnichsen, Frits Byron Soepyan, Beatrix von Storch, Holger Strohm, Sebastian Thormann, Lukas Trimmel, Wolfgang Thüne, Jörg Urban, Paul Robert Vogt, Alice Weidel, Willi Weißfuß und Heike Wiegand.

Diese Chronik ist meiner Frau Angelika gewidmet, die leider viel zu früh von uns gehen mußte.

Vorbemerkungen

Geheimer Krieg gegen die Deutschen

> Treibe die Natur mit der Forke aus, sie wird sich doch stets durchsetzen.
> *Lateinisches Sprichwort*

Die Deutschen müssen endlich erkennen, daß man sie mit Hilfe der gleichgeschalteten Massenmedien, der fremdbestimmten Parteien und ihren willigen Erfüllungsgehilfen sowie der globalen Nichtregierungsorganisationen seit Jahrzehnten regelmäßig beschwindelt und unentwegt "hinter die Fichte geführt" hat, um sie letzten Endes im Rahmen einer totalitären Enteignung und Entrechtung zu versklaven.
In dem Staatsfragment BRD gab es nie eine mittelbare, repräsentative Demokratie, sondern seit Gründung dieses Vasallengebildes existiert eine Scheindemokratie. In dieser Scheindemokratie (Plutokratie: Herrschaft des Geldes bzw. des Reichtums) verwirklichten die fremdbestimmten Parteien und Abgeordneten nicht den Wählerwillen des Volkes, sondern sie handelten zweifelsfrei im Auftrag sowie nach den Vorgaben der alliierten Siegermächte und vertraten in erster Linie die Interessen der gemeingefährlichen internationalen Finanzeliten.
Die systematische Umerziehung, NS-Schuldkult, Gleichschaltung der Meinungsfreiheit, die Zerstörung der Familie, Abschaffung der eigenen Identität, der angeblich menschengemachte Klimawandel und die sogenannte Energiewende, der Genderismus, die Massenmigration bzw. Umvolkung und Islamisierung, die Corona-Plandemie und der Ukraine-Konflikt etc. waren zweifelsfrei lediglich planmäßig inszenierte Maßnahmen der hybriden Kriegsführung.
In diesem geheimen Krieg gegen die Deutschen ging und geht es vor allem tatsächlich darum, alle kulturellen, militärischen und wirtschaftlichen Fundamente Deutschlands zu zerstören, um die Deutschen vollständig auszuplündern und letzten Endes auszulöschen.

Pflicht zum Widerstand

> Wer alles nur wegen des Geldes macht, wird bald für Geld alles machen.
> *Sprichwort aus Italien*

Trotz der drohenden Katastrophe befindet sich der deutsche Michel noch immer in einem komaähnlichen Todesschlaf.
Infolge der jahrzehntelangen Gehirnwäsche blenden die selbsternannten Gutmenschen und Mitläufer starrsinnig die Realität aus und zeichnen sich weiterhin durch unglaubliche Leichtgläubigkeit, Naivität, Trägheit, Langsamkeit und fatalistisches Obrigkeitsdenken aus.
Wir müssen endlich erkennen, was die Stunde geschlagen hat, denn ohne die sofortige Rückkehr zur Realität, Gerechtigkeit, Vernunft und Wahrheit sowie ohne unverzügliche radikale Reformen wird unsere Heimat schon sehr bald zur Hölle auf Erden werden.
Die Menschen unterscheiden sich vor allem durch Geist, Vernunft und Rationalität von allen anderen Lebewesen. Diese Fähigkeiten ermöglichen es den Menschen, Entwicklungen und Bedrohungen frühzeitig zu erkennen, Lügen zu durchschauen und entsprechende Maßnahmen zu ergreifen.
Wenn wir unsere Heimat retten wollen, müssen wir unseren komaähnlichen Todesschlaf sofort beenden und uns endlich wehren und erbitterten Widerstand leisten, um die Vernichtungspläne der verbrecherischen Finanzeliten noch rechtzeitig zu entschärfen oder rückgängig zu machen.
Angesichts der bedrohlichen Ereignisse in den Monaten April und Mai 2024 bleibt nicht mehr viel Zeit, um unsere Heimat zu retten:

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 26. April 2024 (x1.376/…): >>**Masken-Irrsinn: Noch einmal mehr als eine halbe Milliarde Euro Schaden für die Steuerzahler!**
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 26. April 2024 (x1.377/…): >>**Habeck & Co: Verbrecher an der Macht**
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 26. April 2024 (x1.376/…): >>**2,445 Billionen Euro - Staatsverschuldung steigt auf ein neues Rekordhoch**
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 27. April 2024 (x1.377/…): >>**Klima-Lügen: Rekord-Schneehöhe auf dem Säntis**
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 28. April 2024 (x1.368/…): >>**Gender-Sprache an der Grundschule: Kinder sprechen von "Tisch-in" und "Stühlinnen"**
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 29. April 2024 (x1.369/…): >>**Der Irrsinn mit den CO2-Zertifikaten**
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 29. April 2024 (x1.368/…): >>**Vor Islamisten-Demo: SPD und Grüne lehnten Verbotsantrag gegen "Muslim Interaktiv" ab**
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 29. April 2024 (x1.376/…): >>**Immer mehr Wissenschaftler machen Front gegen den Klimaschwindel: "CO2 ist der teuerste Betrug der Geschichte!"**
Das deutsche Online-Medienportal "NIUS" berichtet am 30. April 2024 (x1.372/…): >>**Schon wieder Manipulation: Tagesschau streicht entscheidendes Wort in Habeck-Text**
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 30. April 2024 (x1.376/…): >>**Da schau an: Politiker von CDU und SPD gehörten zur China-Schleuserbande!**
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 30. April 2024 (x1.376/…): >>**Säuberungswelle in der Amtskirche: Diakonie-Präsident will AfD-Wählern kündigen!**
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 1. Mai 2024 (x1.369/…): >>**Verdi sieht Unvereinbarkeit mit AfD-Positionen**
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 2. Mai 2024 (x1.369/…): >>**Zahl der Geburten auf niedrigstem Stand seit zehn Jahren**
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 2. Mai 2024 (x1.368/…): >>**Rundfunkrätin relativierte Kalifat und Scharia: Rücktritt gefordert**
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 3. Mai 2024 (x1.376/…): >>**Migranten-Kopfgeld: EU haut eine Milliarde Euro an den korrupten Libanon raus!**
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 3. Mai 2024 (x1.377/…): >>**Minderheit im eigenen Land: Das befürchten Deutsche**
Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 3. Mai 2024 (x1.371/…): >>**Regierung führt bewußt Ansteigen der Gewaltverbrechen herbei - Die Hintergründe**
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 4. Mai 2024 (x1.369/…): >>**Wagenknecht offen für Kooperation mit der CDU**
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 5. Mai 2024 (x1.369/…): >>**Rüstungskonzern Rheinmetall macht sich für Wehrpflicht stark**
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 5. Mai 2024 (x1.377/…): >>**Unschlagbar: Kohle ist der günstigste Energieträger**
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 5. Mai 2024 (x1.369/…): >>**Wirtschaftshistoriker: Menschen werden durch KI dümmer**
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 6. Mai 2024 (x1.369/…): >>**Berlin Drive-by-Shooting: Mann aus vorbeifahrendem Auto erschossen**

Internationale Pressemeldungen sowie sonstige Publikationen und Zeitzeugenberichte über die planmäßige Restabwicklung Mittel- und Westdeutschlands vom 26. April bis zum 28. Mai 2024

26.04.2024

BRD: Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 26. April 2024 (x1.371/…): >>**Wichtigste Konsequenz aus der Corona-Diktatur: Die Machtstrukturen beseitigen**

Von *Herbert Ludwig*

"Alle namhaften Experten unterstützen die Regierungspolitik, weil man nur zum namhaften Experten wird, wenn man die Regierungspolitik unterstützt." (Prof. Norbert Bolz)

In den alternativen Medien hat bereits eine erfreulich Aufarbeitung der Corona-Diktatur begonnen. Es findet eine breite Kritik an der verlogenen Pandemie-Inszenierung, an den totalitären Lockdown-Maßnahmen, dem Versagen der Justiz, der Korruption der Wissenschaft etc. statt.

Doch es genügt nicht, die Verantwortlichen zum Eingeständnis zu bringen, zu bestrafen - wenn es denn gelänge - und zu hoffen, daß andere Leute es das nächste Mal besser machen. Es müssen als logische Konsequenz die Macht-Strukturen beseitigt werden, die all diese Dinge möglich gemacht haben und es auch nachfolgenden Leuten möglich machen werden. Daran denkt kaum jemand. Das ist aber die allerwichtigste Konsequenz, wenn es noch eine demokratische Zukunft geben soll.

Auf reitschuster.de erschien unter der Überschrift "Warum die Corona-Aufarbeitung so schwer ist" eine gute Analyse von Benjamin Mudlack, der den Finger auf entscheidende Stellen der diktatorischen Machtausübung legt. Aber er behandelt die Problematik der staatlichen Macht primär nur als Hindernis für die gegenwärtig notwendige Aufarbeitung der Corona-Krise.

Unter Bezugnahme auf die jüngst veröffentlichten Protokolle kritisiert er, daß das Robert-Koch-Institut (RKI) dem Bundesgesundheitsministerium untersteht und somit weisungsgebunden ist. Es habe intern z.B. sehr kritisch zu Lockdown-Maßnahmen und Maskenpflicht gestanden, sich aber dennoch, vermutlich aufgrund der Weisungsgebundenheit und monetären Abhängigkeit, dem politisch gewollten Handlungsmuster unterworfen.

Man habe sogar der Politik "in absolutistischen Pressekonferenzen" die wissenschaftliche Absolution erteilt. Das soll heißen, entgegen der eigenen wissenschaftlichen Erkenntnisse vorgetäuscht, die obrigkeitsstaatlichen Maßnahmen beruhten auf wissenschaftlichen Ergebnissen. Nichts dürfe hinterfragt werden, die Menschen hätten den Anweisungen von RKI und Politik blind zu folgen. -

Die Wissenschaft ist also hier vom Staat abhängig und wird von seiner Macht für staatsstreichartige Ziele instrumentalisiert, ja geradezu entwürdigend prostituiert.

Aber das ist hier nur ein extremer Fall. Die gesamte Wissenschaft ist doch in staatlich organisierten und finanzierten Hochschulen und Universitäten vom Staat abhängig, der auch die Wissenschaftler anstellt, und zu treuepflichtigen Beamten macht. Das Grundrecht der Freiheit von Wissenschaft und Forschung ist weitgehend nicht vorhanden. Das zeigt sich schon darin, daß Wissenschaftler erst dann eine wirklich tiefgehende wissenschaftliche Kritik zu äußern wagen, wenn sie im Ruhestand sind und ihre Karriere beendet haben.

Und die Hochschulen bauen auf ein Schulsystem auf, das noch viel stärker, bis in Lehrplan-Vorgaben hinein, politisch-staatlichen Zwängen und Direktiven untersteht, so daß die Kinder nach parteipolitischen Ideologien indoktriniert werden können.

Aber welche logisch zwingende gesamtgesellschaftliche Konsequenz muß denn daraus gezogen werden, wenn es anders werden soll? Das Denken der Kritiker bleibt einfach davor ste-

hen. Immerhin reflektiert B. Mudlack über das grundsätzliche Problem der Herrschaft. Herrschaft und Zwang seien handlungslogisch nicht begründbar. Lediglich freiwillige Kooperationen und freiwillig eingegangene Handlungen schafften Win-Win-Situationen.
Bei der unter Gewaltandrohung erzwungenen Kooperation gebe es eine Gruppe von Gewinnern und Verlierern. Letztere unterwürfen sich der Gewaltandrohung oder ließen sich durch Angst, Propaganda etc. beeinflussen. Die Menschen würden folglich in ihrem Willen durch Angstnarrative und furchteinflößende Mediendarstellungen in ihren Denkmustern eingeschränkt. Sie unterwürfen sich den Narrativen und ließen sich beherrschen.
Die selbstverständliche Konsequenz ist also doch, daß Bildung und Wissenschaft, ja das gesamte geistig-kulturelle Leben überhaupt, dem Staat und seiner vertikalen Machtkompetenz entzogen werden müssen. Sie können nur in einer eigenen Selbstverwaltungs-Organisation von Staat und Wirtschaft wirklich unabhängig werden, in der die Fachleute horizontal miteinander kooperieren. Dann ist es ihnen vollends möglich, sich aus ihren eigenen Bedingungen heraus frei zu entwickeln und auf Staat und Wirtschaft befruchtend zu wirken. Dies muß mit aller Kraft angestrebt werden.

Medien-Macht

B. Mudlack weist auch auf die Rolle der herkömmlichen, höher frequentierten Medien hin, die als veröffentlichte Meinung Weniger aber die gesamte öffentliche Meinung bestimmen, also vorgeben, was mehrheitlich gedacht wird. In der Corona-Zeit sei dies besonders zutage getreten. Die Faktenfinder der Tagesschau hätten kürzlich bezüglich der veröffentlichten RKI-Protokolle von einem Skandal geschrieben, der keiner sei. In einer tatsächlich aufgeklärten Gesellschaft würden die Menschen jedoch aus einem möglichst breiten Informationsspektrum schöpfen und sich mittels eigener Urteilskraft und selbständigem Denken ihre eigene Meinung bilden. -
Richtig, aber was muß konkret geschehen, damit eine solche aufgeklärte Gesellschaft ermöglicht wird? Öffentlich-rechtliche, also staatliche Medien müssen sofort abgeschafft oder privatisiert werden, denn sie werden von den "staatstragenden Parteien" immer als Propaganda-Instrumente benutzt werden.
Medien gehören überhaupt nicht in den Bereich des politischen Staates und dessen finanzielle Unterstützung, sondern in ein von Staat und Wirtschaft unabhängiges geistig-kulturelles Leben, in dem jeder frei entscheidet, welchen Fernseh-, Hörfunk-, Internetkanal oder Zeitung er nutzen will. In der freien Konkurrenz um Zuschauer, Hörer oder Leser werden Desinformations- und Propaganda-Medien schnell isoliert sein, insbesondere wenn zeitgemäße Medien ihre Informationen durch genaue Quellenangaben stets überprüfbar machen.
Dazu werden die durchweg freien Schulen des geistig-kulturellen Lebens ihre Schüler in der Oberstufe zu kritischer, stets hinterfragender Mediennutzung und zu selbständigem Denken hinführen.

Abhängigkeit der Justiz

B. Mudlack wendet sich dann der Justiz zu und sieht deutlich, wie stark Judikative und Exekutive miteinander verquickt sind. Staatsanwälte und Richter werden vom Staat, genauer: der Exekutive, d.h. den entsprechenden Ministerien, in Ihre Ämter berufen und bezahlt. Im Besitz des Gewalt- und Rechtsprechungsmonopols sei also die Gruppe, die den Staat, also Legislative und Exekutive, kontrolliere und beherrsche. Das seien die Regierungsparteien und der gesamte (partei-)politisch besetzte Beamtenapparat. Sie nähmen sogar Einfluß auf die Besetzung der Kammern und Senate in den Gerichten und ihrer Zuständigkeiten. Es bestehe keine wirkliche Gewaltenteilung.
In Bezug auf die Staatsverbrechen in der Corona-Krise bringt er das Problem mit folgendem Vergleich auf den Punkt: "Wenn der Dieb seine Richter einstellt, bezahlt und beauftragt, dann wird er seinem Verfahren sehr gelassen entgegensehen dürfen." -

Den Einfluß der Parteien muß man gesondert betrachten. Das Parteiensystem hebt die Gewaltenteilung de facto schon von vorneherein auf, denn Legislative, Exekutive und Judikative sind in der Hand einer Partei oder Koalition. Wir haben daher im Grunde keine wirkliche rechtsstaatliche Demokratie, sondern eine Parteien-Oligarchie.
Die Macht der Parteien muß daher dringend aufgelöst und dazu die Zweitstimme für Parteilisten und das Quasi-Parteien-Privileg für die Kandidatenaufstellung abgeschafft werden. Als Kandidaten dürften dann keine Vertreter von Parteien, sondern nur unabhängige Persönlichkeiten aufgestellt werden, so daß damit auch die Blockbildungen der Fraktionen aus den Parlamenten verschwänden.
B. Mudlag schlägt vor, der Verflechtung von Judikative und Exekutive miteinander konkurrierende Ermittler und Gerichte entgegenzustellen. Durch den Wettbewerb entstünde ein disziplinierendes Element, es würden auf Sicht nur noch Gerichte angerufen, die den Ruf einer objektiven Rechtsprechung genießen. - Das ist ein nicht durchdachter Gedanke, dessen Durchführung zur ständigen Verwirrung in der Bevölkerung und zur Rechtsunsicherheit führen würde. Auch wäre die Gleichheit vor dem Gesetz nicht mehr garantiert.
Die richtige Konsequenz ist, daß die Gerichte vollständig aus der Exekutive herausgegliedert werden und eine eigene Verwaltung erhalten. Der Bundestag hat wenigstens eine eigene Bundestags-Verwaltung. Es wäre noch der Gipfel, wenn er auch von der Exekutive verwaltet und die Abgeordneten von der Regierung ausgewählt und angestellt würden. Bei der Justiz ist das aber der Fall. Mit der Herausgliederung aus der Verwaltung der Exekutive ergibt sich auch die Möglichkeit, ja Notwendigkeit, daß die Richter regional von der Bevölkerung gewählt werden.
Dann muß natürlich dringend die Bindung der Staatsanwaltschaften an Weisungen des Ministers beseitigt werden, um zu verhindern, daß auf dessen Anweisung politisch nicht genehme Strafverfolgungen unterbleiben. Ein Staatsanwalt darf nur dem Gesetz unterworfen sein, das ihn zur Strafverfolgung ohne Ansehen der Person verpflichtet. Nicht der Kontrolle des Ministers, sondern der des Parlamentes bzw. eines entsprechenden Ausschusses muß er unterstehen. Die Legislative hat die Exekutive zu überwachen, daß sie getreu den von ihr beschlossenen Gesetzen handelt.
Diese wirkliche Kontrolle scheitert heute noch am Parteiensystem, denn Exekutive und Legislative sind beide in der Hand derselben Partei, die letztlich entscheidet, was geschehen soll.
Ermittlungen gegen Personen in höheren Positionen scheitern aber nicht nur an Weisungen des Justizministers, sondern auch daran - wie im "Cum ex-Fall" mit dem Rücktritt der leitenden Oberstaatsanwältin jetzt offenbar geworden ist - daß die Staatsanwaltschaft mit ihren Ermittlungen im Parteienfilz der Exekutive an wichtige Unterlagen nicht herankommt, weil die für die Partei wichtige beschuldigte Person und die mit ihr verbundenen Machenschaften gedeckt werden.
Das zeigt, daß die oben beschriebene Entmachtung der prinzipiell antidemokratischen Parteien zuerst geschehen muß.

Verschmelzung von Staat und Wirtschaft

Schließlich nimmt B. Mudlack auch die Verschmelzung von politischen Interessen mit den Profitinteressen des Großkapitals am Beispiel der Pharma-Industrie aufs Korn. Er setzt an der "Welt-Gesundheits-Organisation" (WHO) der UNO an, die sich in der Hand der Profitinteressen eines ihrer Hauptgeldgeber, des Großkapitalisten Bill Gates, befinde. Und über die WHO als Weisungsgeber der angeschlossenen 194 Regierungen habe in der Corona-Krise de facto die gesamte Welt in eine Richtung gelenkt werden können. -
Weisungsgeber ist die WHO noch nicht, wenn auch auf dem besten Wege dazu, aber die meisten Regierungen sind ihr einfach gefolgt. Der Ansatzpunkt ist also nicht die WHO, sondern die einzelnen Staaten. Was muß hier geschehen?

Der jetzige obrigkeitliche Einheitsstaat hat eine Gesetzgebungskompetenz auch über inhaltliche wirtschaftliche Fragen. Daher werden die parteipolitischen Abgeordneten der Legislative von einem Heer von wirtschaftlichen Lobbyisten belagert, die sie in ihrem Sinne beeinflussen wollen. Die stärksten Konzerne, mit der größten wirtschaftlichen Macht, setzen sich bei den politischen Laiendarstellern durch, und ihre Profitinteressen werden durch die staatliche Macht per Gesetz begünstigt.
Diese staatliche Macht ist das eigentliche Grundübel. Sie kann von wirtschaftlichen Egomanen instrumentalisiert werden. Diese müssen auf ihre Aufgabe im Wirtschaftsleben, für die Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen zu sorgen, zurückverwiesen werden.
Dies kann nur dadurch geschehen - und das ist die dringende Konsequenz, die zu ziehen ist -, daß dem Staat auch die Gesetzgebungskompetenz entzogen werden muß, inhaltlich über wirtschaftliche Fragen zu entscheiden. Er schaltet ja damit insoweit die Freiheit der eigentlich kompetenten Fachleute im Wirtschaftsleben aus.
Das gesamte Wirtschaftsleben muß daher eine eigene Organisation bilden, die dem Staat gegenüber völlig unabhängig ist, und sich aus der eigenen Kompetenz und Fähigkeit heraus selbst verwaltet. Der Staat gibt nur einen an den Grundrechten orientierten Rechtsrahmen, darf aber nicht mehr durch Gesetze und Verordnungen inhaltlich in das Wirtschaftsleben eingreifen.

Dreigliederung der Gesellschaft

Es zeigt sich, daß überall, wo in der Gesellschaft schwere Konflikte auftreten, wie die Unterdrückung der Freiheit der Wissenschaft, der freien Information, eine abhängige Rechtsprechung und die Überwältigung des Lebens durch Kapitalinteressen, die Ursachen in den Macht-Strukturen eines überkommenen Obrigkeitsstaates liegen, den sich die skrupellosen Parteien zur Beute gemacht haben. Die Macht des Staates muß auf das reine Recht zur Gewährleistung der inneren und äußeren Sicherheit beschränkt werden.
Die gesellschaftlichen Bereiche des wirtschaftlichen und des geistig-kulturellen Lebens müssen mit je eigenen Selbstverwaltungs-Organisationen unabhängig davon bestehen, so daß eine Gliederung der Gesellschaft in drei Lebensbereiche entsteht, die sich aus ihren eigenen Bedingungen frei entfalten können und sich wechselseitig ergänzen und befruchten.
Wir erleben, wie gegenwärtig aus den alten Machtstrukturen immer mehr eine gewaltig anschwellende Tendenz des Totalitarismus hervorgeht. Dieser kann nur durch die angedeutete menschengemäße Dreigliederung der Gesellschaft gestoppt werden. Dies ist in einem vorigen Artikel noch näher begründet worden, auf den ich hier verweisen muß: https://fassadenkratzer.wordpress.com/2024/04/19/dreigliederung-der-gesellschaft-oder-totalitarismus/<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 26. April 2024 (x1.376/…): >>**Masken-Irrsinn: Noch einmal mehr als eine halbe Milliarde Euro Schaden für die Steuerzahler!**

Neben der Massenhortung von mRNA-Impfstoffen war die Masken-Beschaffung eines der größten finanziellen Desaster während Corona-Hysterie: 5,7 Milliarden Masken für 5,9 Milliarden Euro wurden beschafft - eine vielfache Menge dessen, was angeblich gebraucht wurde (mal ganz abgesehen vom umstrittenen Nutzen der Masken). Rechnet man die Ausgaben für Schutzausrüstung hinzu, kommen sogar 6,7 Milliarden Euro zusammen!
Zusätzlicher Schaden entstand und entsteht weiterhin durch die teure Lagerung und Vernichtung der überflüssigen Masken: 2,9 Milliarden Stück wurden bereits verbrannt oder kommen noch in die "thermische Verwertung". Das Bundesgesundheitsministerium rechnet allein für dieses Jahr mit einem weiteren "Mittelbedarf für die Abwicklung der Beschaffung von 534 Mio. Euro".
Ein 55-seitiger Bericht des Bundesrechnungshofes rügt: "Der überwiegende Teil der Beschaffung war im Ergebnis ohne Nutzen für die Pandemiebekämpfung und damit ohne gesund-

heitspolitischen Wert." Der Präsident des Bundes der Steuerzahler, Rainer Holznagel: "Hier wurde und wird Steuergeld im wahren Wortsinn verbrannt!"
Zur Erinnerung: Die verantwortlichen Minister hießen bzw. heißen Jens Spahn (CDU) und Karl Lauterbach (SPD).<<
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 26. April 2024 (x1.367/…): >>**Trauriger Vizeweltmeister bei Steuern und Abgaben: Steuern senken, Bürger entlasten!**
Auf diesen "Titel" kann man wahrlich nicht stolz sein: Laut einer aktuellen OECD-Studie ist Deutschland Vize-Weltmeister bei Steuern und Abgaben! Ein Single mit einem Durchschnittsverdienst mußte demnach im Jahr 2023 rund 48 Prozent seines Gehalts für Steuern und Sozialabgaben abführen. Damit landet Deutschland unter 38 untersuchten Ländern auf Platz 2 hinter Belgien. Der OECD-Durchschnitt liegt demgegenüber bei rund 35 Prozent. Auch die massive Familienfeindlichkeit der etablierten Parteien wird durch die OECD-Studie belegt: Eine Familie mit zwei Kindern, in der beide Ehepartner arbeiten, muß durchschnittlich rund 41 Prozent ihres Einkommens abtreten.
Die Zahlen sind vor allem eine krachende Ohrfeige für die FDP, die sich mit hohlen Sprüchen eine "Wirtschaftswende" auf die Fahnen schreibt - dabei ist diese Partei seit zweieinhalb Jahren an der Regierung und besetzt den Posten des Finanzministers!
Unter der Verantwortung der pseudoliberalen Opportunisten-Truppe um Christian Lindner ist Deutschland ein vergrüntes Hochsteuerland, dessen wirtschaftliche und industrielle Basis sich im freien Fall befindet. Denn die hohe Steuer- und Abgabenlast ist nicht nur unsozial, sondern auch ein massiver Standortnachteil für unsere Wirtschaft! Als einzige Partei besitzt die AfD ein schlüssiges Konzept für die Senkung der Steuer- und Abgabenlast, welches sich an den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft orientiert.
Wir wollen die ökologisch und ökonomisch sinnlose CO2-Steuer abschaffen, Unternehmenssteuern senken andere Besteuerungen wie zum Beispiel die Energie-, Schaumwein- und Kaffeesteuer ersatzlos streichen. Wir wollen den steuerlichen Grundfreibetrag auf 14.000 Euro erhöhen und die Umsatzsteuer in der Gastronomie dauerhaft senken.
Wir wollen diese Maßnahmen refinanzieren, indem wir sinnlose Entwicklungshilfe-Ausgaben (zum Beispiel für China oder für Radwege in Peru) stoppen und die illegale Massenmigration beenden. Mit der Rückabwicklung der "Energiewende" wollen wir die Energiepreise signifikant senken, sodaß die Bürger zusätzlich entlastet werden. Wir stehen bereit, unseren Bürgern und Unternehmen endlich wieder Luft zu verschaffen!<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 26. April 2024 (x1.377/…): >>**Habeck & Co: Verbrecher an der Macht**
Von *Jürgen Elsässer*
Zuerst die RKI-Akten, jetzt die AKW-Akten: Die druckfrische Mai-Ausgabe von COMPACT-Magazin zeigt, wie der Staat in die Hände einer Verbrecherbande gefallen ist und wie dieses Mafia-Struktur, die man auch als Tiefen Staat bezeichnen kann, funktioniert. …
Der Skandal um die AKW-Akten zeigt die gleiche Struktur wie jener um die RKI-Akten: Die Dokumente zeigen, daß das, was wir BRD-Staat nennen, eine Doppelstruktur hat. Die legalen Institutionen sind vom Krebs linksgrüner Netzwerke zersetzt und zerfressen, die ihre Befehle vom internationalen Finanzkapital bekommen. "Die RKI-Akten sind nur die Spitze des Eisberges", heißt es im Untertitel der Mai-Ausgabe von COMPACT.
Der Tiefe Staat
Naomi Seibt filetiert in der Ausgabe die RKI-Files. In ihrem luziden Artikel "Die schwarze Wahrheit" wird der Modus operandi hinter dem Corona-Verbrechen deutlich: Wie Mediziner und andere Wissenschaftler in RKI und Krisenstab pausenlos vor Lockdown, Maskenzwang und Zwangsimpfung warnten - und diese Warnungen von Ideologen im Machtapparat über-

spielt wurden, um trotzdem die Diktatur durchziehen zu können. Der neue COMPACT-Redakteur Falko Looff hat sich in einer detektivischen Anstrengung "Auf die Suche nach Mister X" gemacht - also auf die Suche nach dem Mann, der RKI und Corona-Krisenstab die Befehle gab. Kleiner Spoiler: Mister X ist ein NATO-Mann.
NATO-Geheimstrukturen unterminieren auch die Verteidigungspolitik: Kanzler Scholz sagte, Taurus-Raketen werden nicht geliefert - aber Luftwaffen-Generäle unter der Protektion von Minister Boris Pistorius arbeiten am Gegenteil und sind schon in der Planung, wie die reichweitenstarken Lenkwaffen gegen russische Ziele eingesetzt werden können.
Dieser Modus operandi taucht jetzt auch bei den Atom-Akten auf. Die Experten in Habecks Wirtschaftsministerium und dem Umweltministerium von Steffi Lemke, ebenfalls Grüne, warnten vor den Folgen der Abschaltung der letzten AKWs - aber Habecks grüne Ideologen bremsten sie aus und fälschten die Dokumente. Auch hier gibt es einen Mister X, und wieder sieht alles nach Habecks Amigo Graichen aus …

Staatskriminelle auf der Jagd

Die Artikel über die Vorgehensweise der "Verbrecher an der Macht" in COMPACT 5/2024 an konkreten Punkten werden ergänzt durch eine scharfe Gesamtschau aus der Feder von Bestsellerautor Manfred Kleine-Hartlage. In seinem Aufmacherartikel heißt es: "Der Grund, warum Verantwortliche für Staatskriminalität immer noch weitgehend unbehelligt bleiben, ist nicht, daß es an den notwendigen Normen fehlte. Sie entgehen der Strafverfolgung deshalb, weil und sofern es um kollektive Rechtsverletzungen einer politischen Klasse geht, die zugleich die Staatsanwaltschaften (nicht zuletzt die Bundesanwaltschaft) kontrolliert und über die Karriere jedes einzelnen Strafverfolgers entscheidet."
Die Gangster verfolgen jeden, der ihren Machenschaften in die Quere kommt, mit dem Totschläger "Verfassungsfeindlichkeit". Dazu Kleine Hartlage: "Und was versteht diese Klasse unter dem Rechtsstaatsprinzip? Jedenfalls nicht den oben zitierten Grundsatz ‚Keine Strafe ohne Strafgesetz': Sie bekennt sich ohne jede Scham dazu, nach eigener Willkür auch solche Oppositionellen mit existenzbedrohenden Maßnahmen zu drangsalieren (zum Beispiel Anschwärzung bei Banken und Arbeitgebern, Ausschluß von wesentlichen Teilen der Internetkommunikation, systematische wirtschaftliche Schädigung), die gegen kein einziges Gesetz verstoßen haben." …<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 26. April 2024 (x1.367/…): >>**Wir brauchen das "Ruanda-Modell": Hilfe vor Ort statt Massenmigration!**

Sage und schreibe 329.120 Asylanträge wurden laut Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) im vergangenen Jahr in Deutschland gestellt - ein Anstieg um rund 51 Prozent. Die dramatischen Zahlen zeigen uns eindringlich: Wir müssen handeln und die illegale Massenmigration stoppen! Eine von vielen vernünftigen Säulen einer solchen Migrationswende wäre dabei das sogenannte Ruanda-Modell, das von der britischen Regierung unterstützt wird.
Nach diesem Verfahren sollen alle illegal eingereisten Migranten unabhängig von ihrer Herkunft nach Ruanda abgeschoben werden. Zu diesem Zweck hat das britische Oberhaus kürzlich das ostafrikanische Land zum sicheren Herkunftsstaat erklärt. In Ruanda soll dann das Asylverfahren stattfinden. Bei einem positiven Bescheid soll der Drittstaat Hilfe vor Ort gewähren, wofür er eine finanzielle Entschädigung erhalten soll. Ein solches Modell sollte Deutschland in Kooperation mit nordafrikanischen Staaten anstreben. So unterbinden wir den massenhaften Mißbrauch des Asylsystems und unterstützen die wirklichen Hilfsbedürftigen mit einem Bruchteil der jetzigen Kosten!
Denn wenn wir nicht handeln, dann droht Deutschland selbst zu Ruanda zu werden. Für die AfD hat jedoch der Schutz unserer eigenen Bürger vor Asylmißbrauch und Messerkriminalität höchste Priorität. Wir werden deshalb das "Ruanda-Modell" umsetzen und den Soziallei-

stungs-Magnet abstellen. Denn für uns ist es selbstverständlich: Das eigene Land muß an erster Stelle stehen!<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 26. April 2024 (x1.377/…):

>>**Stefan Keuter (AfD): "Papiergeraschel als neuer Beweis"**

Von *COMPACT Redaktion*

In der gestrigen Aktuellen Debatte des Bundestages verteidigte der AfD-Abgeordnete Stefan Keuter die AfD gegen die Vorwürfe des Politik- und Medienkartells. …

Stefan Keuter (AfD): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Sitzungswochenrhythmus finden im Deutschen Bundestag Aktuelle Stunden statt - alle beantragt von den regierungstragenden Fraktionen, einzig und allein darauf abzielend, die Alternative für Deutschland zu beschädigen. (Widerspruch bei der SPD, der CDU/CSU, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

"Gegen das Amigosystem von Habeck"

Haben Sie vor der Opposition in diesem Hohen Hause so viel Angst, oder haben Sie keine inhaltlichen Themen, die Sie im Europawahlkampf bedienen können? Eine Regierung, die gegen die Opposition demonstriert, gegen diese hetzt und agitiert, erinnert an die dunkelsten Zeiten deutscher Geschichte. (Beifall bei der AfD) Sie sehen in den Kontakten der AfD zu Rußland und China die Demokratie gefährdet. Wir sehen in dem Handeln, das Sie an den Tag legen, eine Gefährdung für unsere Heimat.

Wir verurteilen, wenn CSU-Politiker Millionen mit Maskendeals scheffeln. Wir verurteilen, wenn CDU-Politiker Millionen aus Aserbaidschan annehmen. (Zuruf des Abgeordneten Marc Henrichmann: Wir verurteilen das Habeck'sche Amigosystem. Wir verurteilen die Verstrikkung des SPD-Bundeskanzlers in Cum-ex- und Wirecard-Skandale, die den Steuerzahler Milliarden kosten).

(Beifall bei der AfD - Dr. Konstantin von Notz: Herr Keuter, reden Sie zur Sache! - Zuruf des Abgeordneten Sebastian Hartmann) Sie wollen lediglich von Ihrem Politikversagen ablenken, und das jetzt auch noch, Frau Faeser, mit Unterstützung der deutschen Nachrichtendienste. (Dr. Jens Zimmermann: Was kostet denn so eine Rede?) Die inszenierte Wannsee-Konferenz 2.0 war ja nun offensichtlich ein Flop. Dann erheben Sie dubiose Vor würfe gegen Petr Bystron, auch über angebliche tschechische Nachrichtendienstkontakte: Auch da gibt es nichts Greifbares.

"Maximilian Krah bekommen sie nicht zu greifen"

Jetzt sollen angebliche Tonbandaufnahmen von Papiergeraschel als Beweis dafür dienen, daß hier Geld gezählt wurde. (Marc Henrichmann: Wo verstecken Sie die denn dann?) Ich erwarte von Ihnen gerichtsfeste Beweise. Solange Sie diese nicht vorlegen, gilt die Unschuldsvermutung. (Beifall bei der AfD - Dr. Konstantin von Notz: So, so!)

Generell frage ich mich: Wie soll ein Opfer Ihrer Kampagne hier überhaupt seine Unschuld beweisen können? Das ist doch überhaupt nicht möglich.

Kommen wir zur nächsten Rakete, die Sie jetzt zünden wollen: die Causa Krah. Unseren Spitzenkandidaten bekommen Sie nicht zu greifen. Von der Ethikkommission der Europäischen Kommission hat Herr Krah gerade einen Freispruch erster Klasse bekommen. Die Empfehlung, die an die Präsidentin des Europäischen Parlamentes ging, lautete: No Breach - kein Verstoß. (Zuruf der Abgeordneten Renate Künast) An angeblichen chinesischen Zuwendungen ist auch nichts dran. Angenommene Spesen in Höhe von 600 Euro wurden ordnungsgemäß im Transparenzregister der EU eingetragen. (Konstantin Kuhle: Wenn Ihnen das mal nicht auf die Füße fällt!)

Die EU-Antikorruptionsbehörde hatte wegen angeblicher Unregelmäßigkeiten im Vergabeverfahren ermittelt; dieses Verfahren wurde eingestellt. Die Staatsanwaltschaft hat niemals ein Verfahren dazu aufgenommen. Und weil Sie Herrn Krah nicht greifen können, gehen Sie jetzt

an sein Umfeld. Es wurde ein Mitarbeiter verhaftet - ein Deutscher mit chinesischen Wurzeln, der vor einigen Jahren eingebürgert wurde.

"Das ist sehr durchsichtig"

Angeblich ist unseren Nachrichtendiensten und dem Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz seit über zehn Jahren bekannt, daß es sich angeblich um eine unzuverlässige Spionageperson handelt. Da frage ich mich: Prüfen Sie eigentlich, wen Sie hier einbürgern?

(Lachen bei der SPD, der CDU/CSU, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP) Zudem soll diese Person auch zwischenzeitlich noch Mitglied der SPD gewesen sein. Der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Haldenwang, äußerte, Frau Ministerin, man hätte diese Person schon lange auf dem Schirm gehabt und auf den richtigen Moment gewartet. Ist es nicht die Aufgabe des Verfassungsschutzes, die Verfassungsorgane vor Spionage zu schützen? (Lamya Kaddor: Also geben Sie es zu?)

Warum haben Sie uns nicht über angebliche Spione, die für uns arbeiten sollen, frühzeitig informiert? (Lachen bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU) Warum poppt dieses Thema ausgerechnet jetzt, in Wahlkampfzeiten, auf? Das ist ein bißchen sehr durchsichtig. (Philipp Amthor: Das wäre mir selbst als AfD-Politiker peinlich! - Lamya Kaddor: Wer hat Ihnen denn diese Sätze aufgeschrieben?)

Der Mitarbeiter hatte übrigens keinen Zugang zu als vertraulich eingestuften Informationen und Daten. Richtig ist, daß dieser Mitarbeiter die Aufgabe hatte, internationale Kontakte zu pflegen. (Lachen bei Abgeordneten des BÜNDNIS SES 90/DIE GRÜNEN und der FDP - Peter Beyer : Eine grausame Rede, die Sie da halten!) Dazu gehört auch das Internationale Komitee der Kommunistischen Partei Chinas in Brüssel. (Dr. Konstantin von Notz : Herr Keuter! - Zuruf der Abg. Lamya Kaddor)

"Ampel-Politik ist zum Davonlaufen"

Dieses Komitee ist international als Teil des Auswärtigen Dienstes anerkannt. Und wenn Sie mal "Bilder Klingbeil" in Verbindung mit dem Namen dieser Organisation googeln, dann stoßen Sie auf den Vorsitzenden der SPD, der seit 2012 immer schicke Fotos mit der Kommunistischen Partei macht, meine Damen und Herren. (Beifall bei der AfD - Mike Moncsek: Die Sozis wieder!) Unsere Gesprächspartner im Ausland wissen ja auch nicht unbedingt, wenn sie mit der deutschen Botschaft sprechen, daß sie mit dem Bundesnachrichtendienst sprechen, meine Damen und Herren.

Ihr Versuch, mit Geheimdienstunterstützung und willfährigen Medien wie "Spiegel" und Co (Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Och!) die Opposition in diesem Lande zu beschädigen und als korrupte Spione darzustellen, verfängt nicht. Das ist eindeutig zu offensichtlich. (Beifall bei der AfD - Daniel Baldy: Sie sind doch keine Opposition! Sie sind ein Witz!)

Ein Unternehmer sagte mir: Die Regierung jagt angebliche Spione der Opposition, die das Land ruinieren wollen. Er fragte: Warum? Dazu braucht man nur Ihre Poli tik; die reicht ganz alleine aus. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der AfD - Dr. Jens Zimmermann: Da ist Ihnen aber wenig eingefallen! Was ist denn eigentlich in diesem Aluminiumkoffer?)<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 26. April 2024 (x1.376/…): >>**2,445 Billionen Euro - Staatsverschuldung steigt auf ein neues Rekordhoch**

Ende 2023 erreichte Deutschlands Staatsverschuldung (Bund, Länder, Kommunen) nach Angaben des Bundes Deutscher Steuerzahler (BdSt) einen neuen Höchststand: 2.445 Milliarden Euro! Diese astronomisch hohe Summe bedeutet, daß jeder Bürger - vom Neugeborenen bis zum Senior - durchschnittlich mit etwa 29.000 Euro Staatsschulden belastet ist.

Der Steuerzahlerbund warnt: "Noch nie waren Bund, Länder und Kommunen so hoch verschuldet." Die "Schuldenuhr" am Sitz der Organisation rast immer schneller: 3.472 Euro pro

Sekunde machen Bund, Länder und Kommunen neue Schulden!<<

Israel: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 26. April 2024 (x1.377/…): >>**Warum es kein jüdisches Volk gibt**

Von *Karel Meissner*

Diese Bücher des israelischen Historikers Shlomo Sand sind unersetzlich zum Verständnis des Nahen Ostens: Sie nehmen die Mythen auseinander, auf denen der israelische Staat sich gegründet hat. Die zionistischen Staatsgründer behaupteten: Palästina sei ein "Land ohne Volk", ganz ideal für ein "Volk ohne Land" (damit meinten sie sich selbst). Bei Shlomo Sand bleibt davon nichts übrig - dargelegt in zwei Werken, die international für Furore sorgten: "Die Erfindung des jüdischen Volkes: Israels Gründungsmythos auf dem Prüfstand" und "Die Erfindung des Landes Israel: Mythos und Wahrheit".

Jede Kultur, jedes Volk, jedes Land besitzt seine Mythen. Die betonen Homogenität, stiften Legitimität und fördern Zusammenhalt in Notzeiten. Aber sie beinhalten auch destruktives Potential zur Rechtfertigung von Krieg und Unterdrückung. Mag die historische Kritik solche Konstrukte auch gelöchert haben: ihre Wirkkraft ist nicht verschwunden. Dazu zählt auch Israels Gründungsmythos als Land des jüdischen Volkes.

Bereits 1976 sorgte der ungarisch-englische Autor Arthur Koestler für Aufsehen, als er in "Der dreizehnte Stamm" die ethnische Homogenität des Judentums verneinte: So stamme das östliche Judentum vom Volk der Khasaren ab, die erst im Mittelalter zum mosaischen Glauben konvertiert sind. Das Judentum sei demnach eine Religion, deren Anhängerschaft multiethnische Wurzeln besitzt. Und die heute in Israel dominierenden Khasaren seien gar keine Hebräer, keine Nachkommen des biblischen Volkes der Könige Salomo und David. …

Dieser Ansatz wird aktuell von dem Geschichtswissenschaftler Shlomo Sand fortgeführt. 1946 in Linz als Kind polnischer Juden geboren, doziert Sand an der Universität von Tel Aviv und der Ècole des Hautes Études en Sciences Sociales, Paris.

In seinem Buch "Die Erfindung des jüdischen Volkes: Israels Gründungsmythos auf dem Prüfstand" stellt er fest: Ost- und mitteleuropäische Juden haben als Nachfahren konvertierter Chasaren mit Glaubensgenossen, deren Stammbaum in Palästina wurzelt, ethnisch nichts gemeinsam. Aber gerade waren im 19. Jahrhundert Träger der zionistischen Revolution, welche eine völkische Kontinuität innerhalb der mosaischen Religion behauptete.

Dagegen hätten Juden außerhalb des Zionismus nie den Wunsch geäußert, in ihr "angestammtes Land" zurückzukehren. Auch heute will ihre Mehrheit nicht in Israel leben. Sand setzt sogar noch eins drauf: Wenn überhaupt, seien eher die Palästinenser ethnische Nachkommen der biblischen Israeliten als die aus Europa eingewanderten Juden. - Eine Feststellung, die den aktuellen Dauerkonflikt zwischen Israelis und Palästinensern an Tragik noch vertieft!

Wer glaubt, Shlomo Sand delegitimiere den Staat Israel oder rede Hamas-Terroristen das Wort, der irrt sich gewaltig. Keinesfalls spricht er dem Staat Israel das Existenzrecht ab. Aber Sand fordert die israelische Gesellschaft auf, sich von den Mythen des Zionismus zu verabschieden und die historische Tatsache anzuerkennen - um Fronten aufzuweichen und eine neue Konzeption des Zusammenlebens von Israelis und Palästinensern, einen Zukunftsmythos zu entwerfen:

"Besser als introvertierte Mythen über die Vergangenheit ist ein Mythos für die Zukunft. Der zum Beispiel von einer offenen, fortschrittlichen, nicht nationalistischen, wohlhabenden Gesellschaft. Der Staat Israel, der ja ein Staat aller Israelis ist, sollte auch eine Trauerstunde einführen zum Gedenken an die Vertreibung der Palästinenser."

Demokratie statt Ethnokratie. Entmythologisierung als Grundlage eines dauerhaften Friedens zwischen Israelis und Palästinensern, das bietet Shlomo Sands Buch "Die Erfindung des Landes Israel: Mythos und Wahrheit", Ein Buch, das in international für Furore sorgte.

Als Historiker belegt Sand seine Darstellung mit reichlich Material. Daraus sind die zwei Bü-

cher "Die Erfindung des jüdischen Volkes: Israels Gründungsmythos auf dem Prüfstand" und "Die Erfindung des Landes Israel: Mythos und Wahrheit" entstanden. Beide sind in sich abgeschlossen. Das ermöglicht eine Einzellektüre. Aber vollends erschließt sich der Themenkomplex erst dem Leser, der beide Werke zur Verfügung hat.<<

27.04.2024

BRD: Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 27. April 2024 (x1.368/…): >>**Scholz macht Europawahlkampf - nur ein Stück weiter fordern hunderte Hamburger Islamisten das Kalifat**

Während Scholz in Hamburg im Rahmen des Europawahlkampfs für die SPD medienwirksam ein Fischbrötchen aß, demonstrierten hunderte Islamisten nur wenige Kilometer Luftlinie entfernt für den Ausruf des deutschen Kalifats.

Von *Redaktion*

Am Samstag begann der Europawahlkampf der SPD mit einem offiziellen Wahlkampfauftakt in Hamburg. Gemeinsam mit Peter Tschentscher, dem ersten Bürgermeister Hamburgs und der EU-Parlamentspräsidentin und SPD-Spitzenkandidatin Katarina Barley, eröffnete Bundeskanzler Scholz auf dem Hamburger Fischmarkt die Kampagne der SPD.

Zeitgleich: Hunderte Islamisten tummelten sich in dem Hamburger Stadtteil St. Georg. Während Scholz verschmitzt grinsend sein Fischbrötchen ißt, propagieren die Anhänger der islamistischen Organisation "Muslim interaktiv" offen den Wunsch nach einem Kalifat in Deutschland und verbreiten ihre extremistische und verfassungsfeindliche Ideologie.

Über diese islamistische Demonstration in der Nähe äußerte sich weder der Bundeskanzler noch der Hamburger Bürgermeister oder die Präsidentin des EU-Parlaments. So ein Aufstand in der SPD-Hochburg würde ja auch die sozialdemokratische Idylle zerstören. Alle drei traten jedoch öffentlich auf den sogenannten "Demonstrationen gegen Rechts" auf.

Unter dem Motto "So gehorche nicht dem Lügner" rief die vom Verfassungsschutz beobachtete Gruppierung Muslime dazu auf, sich zu versammeln. Es wird wohl kein Zufall sein, daß man Termin und Uhrzeit der Demo in den gleichen Zeitraum ansetzte, in dem sich der Bundeskanzler in der Stadt befand.

Gemeinsam wolle man die Stimme erheben und gegen "islamfeindliche Berichterstattung, sowohl die der letzten Wochen als auch der letzten Monate" demonstrieren, heißt es von Seiten des Veranstalters. Das Ziel dieser unliebsamen Berichterstattung sei "islamisches Leben in Deutschland zu dämonisieren". Deshalb sollten die Muslime zahlreich erscheinen.

Die Gefahr, die von "Muslim Interaktiv" ausgeht, liegt weniger in offensichtlichen Aufrufen zur Gewalt, sondern in der subtilen Art und Weise, wie sie ihre Botschaften präsentiert und verbreitet. Die Plattform erscheint zunächst harmlos, indem sie traditionelle Grüße und Festlichkeiten des Islam in den Vordergrund stellt. Durch die gezielte Auswahl und Darstellung von Themen, wie im Fall der Islamfeindlichkeit, versucht "Muslim Interaktiv" Muslime in Deutschland - aber auch in anderen Teilen der (westlichen) Welt - in die Opferrolle zu drängen und Sympathien zu erwirken.

Auch durch geschulte und geschickte Prediger sollen Muslime und Nicht-Muslime für eine islamistische Auslegung des Islams begeistert werden. Noch problematischer ist allerdings die Vision eines Kalifats, die durch "Muslim Interaktiv" regelmäßig romantisiert wird. Das zeigte sich auch auf dieser Demonstration wieder: Ein junger Mann posierte stolz mit einem Schild mit der Aufschrift: "Kalifat ist die Lösung".

Aktueller Anlaß der Demonstration gegen vermeintliche Islamophobie ist unter anderem die Kontroverse um den deutschen Nationalspieler Antonio Rüdiger, der seit Wochen in der Kritik steht. Dem Innenverteidiger wird vorgeworfen, auf Instagram zu Beginn des Fastenmonats Ramadan mit dem umstrittenen Fingergruß posiert zu haben.

Dieser "Finger-Gruß", auch Tauhid-Finger, gilt im Allgemeinen auch als Erkennungsgruß des

sogenannten Islamischen Staates. Auf Apollo News-Anfrage erklärte das Bundesinnenministerium, daß das "Zeigen des 'tauhid-Fingers' in bestimmten Kontexten als Zeichen einer salafistischen beziehungsweise islamistischen Radikalisierung angesehen werden" könne.
Nach dem Viertelfinalsieg in der Champions League gegen Manchester City, in dem Rüdiger den entscheidenden Elfmeter für sein Team Real Madrid erzielte, lief er jubelnd wieder mit ausgestrecktem Zeigefinger durch das Stadion. Dazu rief er immer wieder "Allahu Akbar" in die Kamera. Im Netz sorgte Rüdigers Geste direkt für Begeisterung bei Islamisten von "Muslim Interaktiv". Sie kommentierten: "Angesichts der schmutzigen Hetzkampagne gegen ihn ... wiederholen wir seine Worte: Allahu Akbar".<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 27. April 2024 (x1.376/…): >>**"Welt am Sonntag": Der Ukraine-Krieg war vermeidbar gewesen!**
Das dürfte den Kriegstreibern in Berlin und Brüssel ganz und gar nicht gefallen: Die "Welt am Sonntag" berichtet über Einzelheiten eines unterschriftsreifen Entwurfs für ein Friedensabkommen zwischen Kiew und Moskau bereits vor zwei Jahren! Haben die Kriegstreiber im Westen ein frühzeitiges Ende der Kampfhandlungen verhindert?
Fakt ist: Rußland und die Ukraine hatten bereits wenige Wochen nach der militärischen Eskalation des Ukraine-Konflikts im Februar 2022 einen Entwurf für einen Vertrag ausgearbeitet, der Bedingungen für eine friedliche Lösung weitgehend festlegen sollte. Das geht aus dem 17-seitigen Dokument hervor, über das "Welt am Sonntag" jetzt im Detail berichtet.
Neutraler Status für die Ukraine
Einigkeit bestand demnach über die Grundzüge einer Friedensregelung. So verpflichtete sich die Ukraine laut Artikel 1 des Vertragsentwurfs zu "permanenter Neutralität". Damit verzichtete Kiew auf jegliche Mitgliedschaften in einer militärischen Allianz. Ein Nato-Beitritt des Landes wäre damit vom Tisch gewesen. Aus den 13 Unterpunkten des ersten Artikels geht hervor, wie weitreichend die Neutralität definiert war.
So erklärte sich die Ukraine dem Bericht zufolge bereit, niemals Atomwaffen "zu erhalten, zu produzieren oder zu erwerben", keine ausländischen Waffen und Truppen im Land zu erlauben und ihre militärische Infrastruktur, inklusive Flugplätzen und Seehäfen, keinem anderen Land zur Verfügung zu stellen.
Moskau erklärte sich im Gegenzug einverstanden, daß die fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats der Ukraine umfassende Sicherheitsgarantien aussprechen sollten - allerdings mit Ausnahme der Krim, des Hafens Sewastopol und Teilen der Ostukraine.
In Artikel 5 des Vertragsentwurfs vereinbarten Moskau und Kiew einen Mechanismus, der an die Nato-Beistandsklausel erinnert, für den Rußland allerdings ein Veto-Recht beanspruchte. Im Fall eines "bewaffneten Angriffs auf die Ukraine" würden sich die Garantiestaaten der fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates verpflichten, Kiew innerhalb von höchstens drei Tagen bei seinem in der UN-Charta verbrieften Recht auf Selbstverteidigung zu unterstützen. Dieser Beistand könne in einer "gemeinsamen Aktion" aller oder einzelner Garantiemächte erfolgen. Dieser Vertrag hätte laut Artikel 15 in jedem Unterzeichnerstaat ratifiziert werden sollen, um völkerrechtliche Verbindlichkeit zu garantieren.
Weitgehende Einigkeit über die Krim
Aus Artikel 8 des Entwurfs geht hervor, daß die Krim und der Hafen Sewastopol von den Sicherheitsgarantien ausgenommen werden sollten. Damit gestand Kiew Rußland faktisch die Kontrolle der Halbinsel zu. Offenbleibt in dem Vertragsentwurf, welche weiteren Teile der Ostukraine genau vom Schutzversprechen der Garantiestaaten ausgenommen werden sollten.
- Ein großes und ungelöstes Problem: Rußland forderte, daß im Angriffsfall ALLE Garantiestaaten der Aktivierung des Beistandsmechanismus hätten zustimmen müssen. Das hätte Moskau ein Vetorecht eingeräumt.
Zwar signalisierte Rußland in den Verhandlungen die Bereitschaft zu einem Rückzug aus der

Ukraine, allerdings nicht von der Krim und jenem Teil des Donbas, der von den Sicherheitsgarantien ausgenommen werden sollte. Das hätten zwei ukrainische Teilnehmer der Verhandlungen gegenüber "Welt am Sonntag" unabhängig voneinander bestätigt, schreibt das Springer-Blatt.
Weiter heißt es unter Berufung auf das 17-seitige Papier: Details über den Abzug sollten die Präsidenten Wladimir Putin und Wolodymyr Selenskyj direkt besprechen. Gegenstand der persönlichen Verhandlungen sollte darüber hinaus die Stärke der ukrainischen Armee sein.

Rüstungslobby im Westen wenig begeistert

Zwar erklärte sich Kiew bereit, die Größe seiner Streitkräfte zu dezimieren, aber die russischen und ukrainischen Vorstellungen dazu lagen laut "Welt am Sonntag" bis zuletzt weit auseinander. Aus dem Papier gehe weiter hervor, daß die Unterhändler beider Konfliktparteien damals davon ausgingen, daß die Staatschefs in Moskau und Kiew das Dokument noch im April 2022 unterzeichnen würden.
Im Rückblick liegt der Verdacht nahe: Da hatten wohl die Rüstungsindustrie und ihre starke Lobby in den westlichen Parlamenten und Regierungen massiv etwas dagegen, sich ihr glänzendes Geschäft mit dem Tod und dem Leid der Menschen vermasseln zu lassen! Dem Vernehmen nach torpedierte u.a. der damalige britische Premierminister Boris Johnson den Vertragsentwurf. Interessant wäre in diesem Zusammenhang sicherlich auch, zu erfahren, welche Rolle seinerzeit die einschlägig bekannten Kriegstreiber in Brüssel und Berlin bei der Verhinderung eines Friedensabkommens spielten!<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 27. April 2024 (x1.377/…):

>>**Irre Wende: Krah-Chinese war angeblich VS-Agent**

Von *Sven Reuth*

Muß man sich wirklich wundern? Der zu Beginn dieser Woche festgenommene mutmaßliche China-Spion und frühere Krah-Mitarbeiter Jian G. war angeblich laut Medienberichten bis vor einigen Jahren noch Mitarbeiter des Inlandsgeheimdienstes und arbeitete laut ARD-Informationen für das sächsische Landesamt. Mathias Brodkorbs brandneues Buch "Gesinnungspolizei im Rechtsstaat? Der Verfassungsschutz als Erfüllungsgehilfe der Politik" ist eine fulminante Abrechnung mit dem Inlandsgeheimdienst. …
Das berichten derzeit übereinstimmend mehrere Medien. Damit nimmt der Fall Krah nun eine spektakuläre, aber keineswegs überraschende Wende. Denn natürlich mußte man hellhörig werden, als zu Beginn dieser Woche in keinem der vielen Medienberichte zu der Verhaftung von Jian G. der Hinweis fehlte, daß der entscheidende Hinweis vom Verfassungsschutz gekommen sei.

Und wieder mal das sächsische Landesamt

Jian G. soll - so berichten es unter anderem das Portal t-online, aber auch ARD und Bild - jahrelang als Doppelagent für den Verfassungsschutz aktiv gewesen sein, angeblich um Informationen über Aktivitäten der Volksrepublik China im Umfeld exilchinesischer Gruppen an den Inlandsgeheimdienst abzugeben.
2007 soll sich G. noch als Spion beim BND angeboten haben, aber abgeblitzt sein. Dann kam es offenbar zu einer Zusammenarbeit mit dem Landesamt für Verfassungsschutz in Sachsen, das schon im NSU-Skandal eine unrühmliche Rolle spielte und offenbar gar keine Hemmungen kennt. Diese Zusammenarbeit soll dann angeblich 2018 auf Drängen des Bundesamtes beendet worden sein. Ob man diesen Informationen wirklich trauen kann, ist natürlich sehr fraglich. Für G. gilt auch weiterhin die Unschuldsvermutung. Vielleicht gelingt es ihm noch, die Vorwürfe auszuräumen.
Zu diesem Zeitpunkt hatte G. schon längst mit seinem Studienfreund Krah angebändelt und begleitete diesen auf eine Reise in die Volksrepublik. Aus den Geheimdienstakten, die der ARD vorliegen, soll hervorgehen, daß G. wohl noch bis mindestens 2020 als Spion tätig war -

allerdings auf chinesischer Seite. Zu diesem Zeitpunkt arbeitete er aber schon längst als Assistent von Maximilian Krah im Europaparlament.

Wie lange war G. in Kontakt mit den Schlapphüten?

Wie das Nachrichtenportal t-online weiter berichtet, soll G. aber auch noch im November 2023 mit dem sächsischen Landesamt in Verbindung gestanden haben. Damals recherchierte t-online schon zu dubiosen Aktivitäten von G. im Kreis exilchinesischer Gruppen (G. traf dort unter anderem sogar den Dalai Lama) und schickte G. einen umfangreichen Fragenkatalog. Dieser wurde dann von G. mit einem kurzen Anschreiben versehen und an das sächsische Landesamt weitergeleitet. Dabei setzte G. die Rechercheure von t-online angeblich ins CC - so daß diese sehen konnten, daß G. mit dem Verfassungsschutz zusammenarbeitete.

Der ganze Fall schreit natürlich nach tieferer Aufklärung. Alles spricht aber dafür, daß Maximilian Krah hier ein Opfer des Verfassungsschutzes geworden ist, G. auf ihn angesetzt wurde und dabei möglicherweise auch die alte Studienfreundschaft der beiden Männer ausgenutzt hat. Wer aber vom Inlandsgeheimdienst ausgespäht wird, ist kein Täter, sondern ein Opfer.

Die Kampagne gegen Maximilian Krah läuft unterdessen ungebremst weiter. Das Land Baden-Württemberg hat den Vertrieb des Buches "Politik von rechts - ein Manifest" des AfD-Politikers gestoppt. Grund ist die Verwendung eines Fotos in dem Buch. Es zeigt einen Raum des Klosters Maulbronn, das im Eigentum des Landes ist. Offenbar will man mit allen Mitteln verhindern, daß die Gedanken des sächsischen AfD-Politikers unter die Leute kommen.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 27. April 2024 (x1.368/…):

>>**"Skandal, den es nicht gibt" - wie Medien die Habeck-Affäre kleinhalten wollen**

Gehen Sie weiter, hier gibt es nichts zu sehen! Während die Öffentlich-Rechtlichen die AKW-Files weitgehend totschweigen wollen, versucht sich das SPD-nahe RND darin, die Affäre wegzureden. Allein diese Reaktionen sprechen für den Wahrheitsgehalt der Recherche.

Max Roland

Die Hauptnachrichten von ARD und ZDF schweigen zunächst eisern zu den Enthüllungen des Cicero. Erst am späten Donnerstagnachmittag wird auf tagesschau.de ein Artikel zum Thema veröffentlicht, der allerdings vor allem der Reaktion und dem Dementi des Ministeriums Raum gibt. In der 20-Uhr-Tagesschau kommt das Thema nicht zur Sprache.

Stattdessen geht es ausführlich um eine Debatte zu den Affären um AfD-Politiker, den neu aufgerollten Weinstein-Prozeß, die Probleme mit den Bundesliga-Krawallen und dann lange um die Einführung von Eintrittspreisen zum Besuch von Venedig. Für den Grünen-Skandal ist kein Platz.

Warum? Gegenüber Apollo News flüchtet sich die ARD hinter ebenjenen Artikel und die Berichterstattung zur Ausschußsitzung am nächsten Tag. "Unser Nachrichtenangebot ist breit gefächert und findet auf vielen Ausspielwegen statt", schreibt die Pressestelle - nur auf keinem ist wirklich Platz für die AKW-Affäre.

Totschweigen ist eine Taktik - Wegreden eine andere. Am Freitagabend veröffentlicht das Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND) einen Kommentar: "Ein Skandal, den es nicht gibt". Das Magazin Cicero, "die Springer-Presse und die Union" versuchten, "aus ein paar E‑Mails aus dem Wirtschafts- und Umwelt-ministerium eine politische Affäre zu konstruieren", schreibt Redakteur Andreas Niesmann in einem Kommentar, der vor Falschaussagen und -annahmen nur so strotzt. Die zur Rede stehenden Informationen seien "öffentlich zugänglich", behauptet er beispielsweise.

Eindeutige Belege soll es nicht geben? Das RND lügt

Das sind sie aber überhaupt erst, weil der Cicero erfolgreich auf Akteneinsicht klagte, die Habeck verhindern wollte. Die "vermeintliche" Enthüllung des Cicero stecke "voller Falschannahmen", Niesmann pöbelt gegen angebliche "Mißinterpretationen" und "absurde Aufregung". Mit den sogenannten Habeck-Papers wollten Cicero, Union und Springerpresse "einen

Skandal herauf-beschwören, wo es keinen gibt."
Damit zeigt der Autor aber nur, daß er die Cicero-Recherche nicht verstanden, vielleicht gar nicht gelesen hat. Denn die Kollegen beweisen eindeutig, wie grüne Staatssekretäre wahrheitswidrig Vermerke manipulierten, um ihre Anti-Atom-Ideologie an den Fakten vorbei durchzusetzen. Das ist keine Interpretationsfrage - das ist unumstritten belegt.
Aber Niesmann will die Affäre wohl einfach weghaben, biegt dabei auch die Fakten. Liegt das daran, daß das Redaktionsnetzwerk Deutschland zu relevanten Teilen der SPD gehört - die auch Interesse daran haben dürfte, den Habeck-Skandal unterm Teppich zu halten? Das wäre Spekulation. Klar ist allerdings, daß viele linkslastige Medien die Cicero-Geschichte unbedingt aus der Welt haben wollen - und allein das spricht schon für ihren Wahrheitsgehalt.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 27. April 2024 (x1.377/…):
>>**Klima-Lügen: Rekord-Schneehöhe auf dem Säntis**
Von *Sven Reuth*
Soll das der Effekt der allseits beschworenen Erderwärmung sein? Auf einem der bekanntesten Berge der Alpen wurde nun eine neue Rekord-Schneemenge gemessen. Jetzt ist es höchste Zeit, mit einem der größten Schwindel-Narrative aufzuräumen: dem von dem "Klimakiller" Kohlendioxid. In seinem Werk "Freispruch für CO2" zeigt Meteorologe Wolfgang Thüne mit einer klaren naturwissenschaftlichen Beweisführung, warum das nicht stimmt. …
Er ist zwar nicht der höchste, aber doch einer der bekanntesten Berge der Alpen. Der 2.501 Meter hohe Säntis gilt als Hausberg des Bodensees und ist teilweise auch vom Schwarzwald und der Schwäbischen Alp aus sichtbar. Nun wurde dort die höchste Schneemenge seit einem Vierteljahrhundert gemessen.
Fast sieben Meter Schnee
6,90 Meter hat die Säntis-Wetterstation auf 2226 Metern Höhe am Donnerstag gemessen. Dem Schweizer Fernsehsender TVO sagte Christoph Marty vom Lawinendienst SLF, das letzte Mal, daß es vergleichbare Schneehöhen zu dieser Jahreszeit gegeben habe, sei im Winter 1999 gewesen, also vor 25 Jahren. Videos vom Säntisgipfel zeigen, daß sich durch Schneeverwehungen stellenweise sogar zwölf Meter Schnee angesammelt haben.
Aus dem Lager der Klima-Alarmisten wird nun der Ruf erschallen, daß es sich ja um ein Wetter- und kein Klimaereignis handelt. Merkwürdig nur, daß dann umgekehrt jedes Starkregenereignis wie die Ahrtal-Flut oder jede Dürreperiode als Begründung für eine noch umfassendere und noch totalitärere Klimapolitik herhalten muß.
"Wir bekommen den Höllensommer des Jahrtausends"
Und im Lager der Klima-Apokalyptiker legt man derzeit sogar noch eher eine Schippe drauf. Der Forensiker Mark Benecke, Vorsitzender von Die Partei in Nordrhein-Westfalen, der in den letzten Jahren auf zahlreichen Demonstrationen der Klima-Apokalyptiker von Extinction Rebellion sprach, erklärte beispielsweise erst noch vor einigen Wochen in einem auf Youtube verbreiteten Video zu den weiteren Wetteraussichten für das laufende Jahr:
"Ich kann Ihnen aus den Erfahrungen der letzten Jahre mit fast völliger Sicherheit ... sagen, daß wir den Höllensommer des Jahrhunderts und Jahrtausends kriegen werden."
Wieso ein Forensiker und Biologe wie Benecke sich überhaupt zu solchen Vorhersagen hinreißen läßt, bleibt völlig unklar. Immer geht es darum, neue apokalyptische Stenarien und neue Hitzerekorde zu beschwören, um damit am Ende die Einführung eines dystopisch anmutenden Klima-Kommunismus begründen zu können.
Teilweise übertreiben die Klima-Apokalyptiker aber so stark, daß man sie beim besten Willen nicht mehr Ernst nehmen kann.
Klima-Schabernack einer EU-Behörde
So rief der EU-Klimadienst Copernicus im vergangenen November das Jahr 2023 zum wärmsten seit 125.000 Jahren aus. Offenbar beteiligen sich auch Teile der Klimaforschung beim

Wettbewerb um die üppigsten Fördergelder an einem fragwürdigen Rennen um die schaurigsten Klimaprognosen und -aussagen. Man fragt sich, wann die Ära der gnadenlosen Klima-Apokalyptik vorüber sein wird - und einem rationaleren Blick auf die Probleme weicht.
Auch die Copernicus-Meteorologen sollten vielleicht mal einen Blick auf den Säntis werfen und sich dann mal die Frage stellen, warum hier sieben Meter Schnee liegen, wenn in Europa angeblich das heißeste Klima seit 125.000 Jahren herrscht. Doch dafür fehlt den Copernicus-Leuten die wohl wichtigste Tugend jedes Wissenschaftlers: Nämlich die Bereitschaft, auch für absolut sicher gehaltene eigene Erkenntnisse in Frage zu stellen.
Jetzt ist es höchste Zeit, mit einem der größten Schwindel-Narrative aufzuräumen: dem von dem "Klimakiller" Kohlendioxid. In seinem Werk "Freispruch für CO2" zeigt Meteorologe Wolfgang Thüne mit einer klaren naturwissenschaftlichen Beweisführung, warum das nicht stimmt.<<
Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/28813" berichtet am 27. April 2024 (x1.366/…): >>**Folgt auf Covid-19 eine Tuberkulosepandemie ... - und Antibiotika helfen nicht mehr?**
Von Dr. *Heiko Schöning*
Pharmakonzerne wie BioNTech arbeiten mit Hochdruck an einem mRNA-Tuberkulose-Impfstoff. National Resilience währenddessen forscht an antibakteriellen "Gegenmitteln", die u.a. in Pillenform deutlich einfacher über die Theke gehen sollen. Der perfide Plan: Die aus Biowaffenlaboren stammenden "waffenfähig gemachten Bakterien", wie Dr. Heiko Schöning sie bezeichnet, können z.B. in Salat, Cannabis, Tabak oder Tomaten eingebracht werden. Durch das so torpedierte Immunsystem können dann bakterielle Infektionen wie Tuberkulose oder die ominöse "Krankheit X" massenweise ausbrechen. Nun tritt der Verursacher gleichsam als "Retter" auf den Plan und verabreicht unter Zwang das eigentlich schädigende "Gegenmittel". Legen wir solche Pläne offen, bevor sie Realität werden!
Heiko Schöning zeigt die Verbrechensplanung einer neuen Pandemie auf. Auffallend ist die Tatsache, wie populär die Krankheit Tuberkulose gerade gemacht wird. Werden wir bereits durch verschiedene Vorkommnisse darauf vorbereitet? In Fachzeitschriften werden bislang noch die spezifischen Berufsgruppen vermehrt mit dem Thema Tuberkulose konfrontiert. BioNTech vermeldete: Mit Hochdruck arbeite man bereits an einem neuen Tuberkulose-Impfstoff.
Erneut wird eine Täuschung vorbereitet, gleichsam wie bei Covid. Nun sollen sogenannte "antimikrobielle Mittel" als Antibiotikum angeboten werden! Die "antimikrobiellen Gegenmittel", so der Arzt Schöning, führen zu einem Kahlschlag im Darm. Viele hilfreiche Bakterien werden getötet. In diesem Fall kann auch eine Tuberkulose oder auch jede andere behandelbare Krankheit sehr gefährlich werden. Auf die nächste Plandemie wird von nachweislich kriminellen Vereinigungen flächendeckend vorbereitet.
Der Arzt Heiko Schöning war Chefmediziner eines Biotech-Unternehmens in der Immunologie, führte ein Universitätszentrum für Medizintechnik und war zudem Chef eines pharmazeutischen Auftrags-Forschungsinstitutes.
Als weltweit Einziger warnte Heiko Schöning die Öffentlichkeit vor der von Kriminellen für das Jahr 2020 geplanten Pandemie. Schöning nannte im Voraus Namen und Fabriken von Tätern. So trat es mit der Corona-Inszenierung tatsächlich dann auch ein. Die Beweise faßte Heiko Schöning als Autor des Buches "GAME OVER: COVID-19 | ANTHRAX-01" zusammen. Das Buch enthält Schönings Vorwarnung von 2019 vor dem Impfzwang und der Plandemie als beiliegende DVD.
In einem Kla.TV-Interview (www.kla.tv/27731) vom 30.12.2023 legte er eine Beweisführung zu einer weiteren geplanten Pandemie dar. Diesmal bakterieller "Natur". Heiko Schöning zeigt die Verbrechensplanung einer neuen Pandemie auf. Die neue Panik soll nicht mehr mit Viren

wie bei Corona, sondern höchstwahrscheinlich mit Bakterien erzeugt werden. Die neue Scheinrettung sind dann weniger Impfungen, sondern mehr gentechnische Antibiotika, die unsere Darmflora angreifen.
Auch Gesunde werden wieder genötigt werden, dubiose Medikamente einzunehmen. Den weltweiten Start dieses Angriffs auf das natürliche Mikrobiom der Menschen sagt Schöning für frühestens ab 2025 voraus. Ab dann dürften die von ihm aufgedeckten produktionstechnischen Vorbereitungen abgeschlossen sein. Die biowaffenfähigen Fabriken seien der Schlüssel.
Die neue Verbrechensplanung mit Bakterien und Antibiotika ist rechtzeitig als Buch veröffentlicht worden. Wird Heiko Schöning wieder Recht behalten? Oder wird diesmal seine Warnung ernst genug genommen?
In seinem Interview stellt Heiko Schöning die Strukturen und Muster dar, nach denen die Drahtzieher von Plandemien vorgehen: Schritt eins: Ein sich ausbreitendes Schädigungsereignis wird verkündet. Im zweiten Schritt wird eine Panik erzeugt und werden Einschränkungen verordnet, um sogleich in einem dritten Schritt die angeblich einzige Rettung zu offerieren.
In dieser Sendung untersuchen wir, ob es bereits Indizien für ein solches Vorgehen gibt. Darin fließt die Beobachtung von aktuellen Ereignissen ein. Werden wir bereits durch verschiedene Vorkommnisse darauf vorbereitet, bis ein solches Szenario tatsächlich losgetreten wird? Wir sind dabei auf interessante Hinweise gestoßen und haben diese Sendung quasi als Planspiel der von Heiko Schöning angekündigten nächsten Plandemie aufbereitet.
Wie könnte ein sogenanntes Schädigungsereignis aussehen, und sind bereits vorbereitende Schritte erkennbar?
Im Dezember 2023 wurde an der Universität Davis in Kalifornien die Erkrankung einer einzigen Person an Tuberkulose, kurz TBC, festgestellt. Das veranlaßte die Universität, eine Kontaktnachverfolgung in die Wege zu leiten. Unmittelbar darauf reagierte die WHO auf diesen einen einzigen Fall: Sie schrieb, daß im Jahr 2022 1,3 Millionen Menschen an TBC starben.
Auch BioNTech vermeldete: Mit Hochdruck arbeite man bereits an einem neuen Tuberkulose-Impfstoff. Das Projekt wird unter anderem von der Bill & Melinda Gates- Stiftung gefördert.
Bevor jedoch eine geplante Pandemie weltweiten Ausmaßes einer großen Bevölkerungsmasse als eine solche "verkauft" werden kann, braucht es eine Bewußtseinsschärfung im Vorfeld.
Gibt es Anzeichen für solch eine Bewußtseins-Schärfung?
In Fachzeitschriften werden bislang noch die spezifischen Berufsgruppen wie Ärzte, Apotheker und Wissenschaftler vermehrt mit dem Thema Tuberkulose konfrontiert. Die Artikel sind fachlich orientiert, verbreiten jedoch die "Sorge", daß wegen der Resistenzbildung keine normale Behandlung mehr möglich sei.
Die Meldung des oben erwähnten einzigen Tuberkulose-Falles in der kalifornischen Universität Davis ergänzte die Universität Zürich mit dem Kommentar:
"Trotz jahrelanger Massenimpfung mit den gängigen Impfstoffen gegen Tuberkulose ..., bleibt TBC eine der tödlichsten Infektionskrankheiten. Aufgrund der Auswirkungen der anhaltenden Covid-19 Pandemie auf die Feststellung und Behandlung von Tuberkulose-Fällen wird erwartet, daß die Zahl der Fälle in den kommenden Jahren erheblich ansteigt. Zusammen mit der zunehmenden Inzidenz multiresistenter Mycobacterium tuberculosis (MDR-TB), stellt die Tuberkulose eine der größten Herausforderungen für die globale Gesundheit dar, die nur mit einer neuen und wirksameren Impfstrategie gegen Tuberkulose-Epidemien beendet werden kann."
Da das Thema TBC inzwischen vermehrt auftaucht, kann man sich fragen, ob hier nicht schon mal die entscheidenden Berufsgruppen vorab informiert bzw. "vorbereitet" werden. Dazu zählen auch spezielle Veranstaltungen, wie zum Beispiel das 2. Klinische Tuberkulose-Symposium (Sektion Mykobakteriosen) der Deutschen Gesellschaft für Infektiologie (DGI)

am 3. und 4. Mai 2024 in Frankfurt am Main.
"Warum aber haben wir uns in dieser Sendung auf Tuberkulose fokussiert?", könnten manche aufmerksame Zuschauer sich fragen. Es gibt doch bestimmt auch andere Krankheiten und Krankheitserreger, die für eine Pandemie "geeignet" wären.
Auffallend ist die Tatsache, wie populär die Krankheit Tuberkulose gerade gemacht wird. Hinzu kommt, TBC ist keine ganz unbekannte Krankheit und hatte auch schon früher viele Menschen das Fürchten gelehrt.
Ein Vergleich mit der Geschichte vor mehr als hundert Jahren und der aktuellen plandemischen Situation läßt verblüffende Ähnlichkeiten erkennen. Beispielsweise erreichte die Tuberkulose-Sterblichkeit nach der sogenannten Spanischen oder Russischen Grippe von damals ihren jeweiligen Höhepunkt während oder kurz nach den großen Pandemien.
Heute ist bekannt, daß der Sterblichkeit der Spanischen Grippe eine groß angelegte Impf-Kampagne vorausging. Kla.TV berichtete bereits darüber (www.kla.tv/17531). Was geschah während der Covid-Plandemie? Massenweise wurde geimpft. Unzählige der angeblich Covid-Kranken hatten eine schwerwiegende bakterielle Lungenentzündung.
Bei der bekannten bakteriellen Krankheit Tuberkulose handelt es sich um Erreger, die meist, man beachte, die Lunge befallen. Seltener sind Lymphknoten, Rippenfell, Nieren oder andere Organe betroffen. In historischen Filmen kommt es nicht selten vor, daß erkrankte Menschen Blut husteten und damit war sozusagen ihr Ende besiegelt ... Die Angst vor Tuberkulose ist bei vielen Menschen unterbewußt noch tief verankert.
Tuberkulose ist eine sogenannte schlafende Krankheit. Allgemein ist Panik hierbei nicht angebracht, sagen die einen. In der Regel bekämpft die Immunabwehr die Erreger erfolgreich, weshalb längst nicht jeder Mensch erkrankt, der mit den Bakterien in Kontakt kommt. Andere hingegen warnen dringend vor dieser "tödlichen" Krankheit.
Zu den Symptomen gehören Husten, Müdigkeit und Nachtschweiß, die annähernd zu sehr vielen Krankheiten passen könnten. Dies läßt bereits eine Grundunsicherheit zu, insbesondere bei besonders verängstigten Menschen. Selbstverständlich soll mit diesen Ausführungen die bei immungeschwächten Personen wirklich gefährlichen bis tödlichen Verläufe von Tuberkulose nicht heruntergespielt werden. Es sind lediglich Hinweise dafür, weshalb eine in der Regel gut behandelbare Krankheit sich bestens für eine Plandemie eignen könnte, da eine gewisse Vorbelastung der Gedanken schon vorhanden ist.
Nach wie vor wird die bakteriell verursachte Krankheit Tuberkulose in der Regel mit Antibiotika behandelt. In dieses Bild paßt wie ein Puzzleteil, daß es mittlerweile Bakterien gibt, die gegen viele oder sogar alle Antibiotika resistent, also unwirksam sind.
An dieser Stelle ein kleiner Einschub zur Erläuterung unserer Darmflora und welche Folgen eine Antibiotika-Resistenz haben kann:
Eingangs erwähnten wir das Interview mit Heiko Schöning zu einer bakteriellen Plandemie. Der Arzt Schöning erklärte auch, daß nach einer Massenpanik mit bakteriellen Erregern gentechnische Gegenmittel angeboten werden und als "Nicht-traditionelle Antibiotika" ausgewiesen werden. Erneut wird eine Täuschung vorbereitet. Gleichsam wie bei Covid, als vielen Menschen eine mRNA-Gentherapie als Impfung verkauft wurde. Nun sollen sogenannte "Antimikrobielle Mittel" als Antibiotikum angeboten werden! Höchstwahrscheinlich in Tablettenform vermarktet, wie die traditionell bekannten Antibiotika.
Hierzu eine kurze Erklärung:
Bei der Symbiose in unserem Darm, dem sogenannten Mikrobiom, handelt es sich einfach ausgedrückt um die Summe aller Bakterien und Pilze, die den Menschen besiedeln. Das Mikrobiom steuert den Verdauungsprozeß. Es ist ein Schlüssel zur Gesundheit, denn durch das Mikrobiom wird auch das Immunsystem trainiert. Im Darm gibt es mehr nützliche Lebewesen, als der Mensch Zellen hat. Durch die Zerkleinerung der aufgenommenen Nahrung helfen uns

diese Lebewesen. Mit ihren Botenstoffen und dem, was sie an Nahrungsbausteinen durchlassen oder nicht, bestimmen sie sowohl unser Fühlen als auch unser Sein mit.
Kommt es zu einer Fehlbesiedlung, indem schlechte Bakterien die Oberhand gewinnen, kann dies zu Apathie, zu Depression und vielen anderen Krankheiten führen. Darum ist entscheidend, welche Bakterien sich im Darm breit machen.
Heiko Schöning führt aus, daß die Biowaffen-Industrie seit Jahrzehnten an genetischen Bauplänen von Bakterien forscht. Die Baupläne von schlechten Bakterien wurden extrahiert, um ihre Gifte in bestimmte Pflanzen wie Salat, Cannabis, Tabak und Tomaten einzubringen. Hochgezüchtet - Heiko Schöning nennt es "waffenfähig gemacht" - und breitflächig ausgebracht, werden sie viele Menschen schädigen und sogar töten können.
Es wird die große Frage aufkommen: Was hilft dagegen? Die "antimikrobiellen Gegenmitteln", so der Arzt Schöning, führen zu einem Kahlschlag im Darm. Sehr viele hilfreiche Bakterien werden, wie bei jeder gängigen Antibiotika-Therapie, getötet. Das neue antimikrobielle Mittel kann so hergestellt sein, daß sich fast keine neuen, natürlichen Bakterien mehr ansiedeln können, wie es normal der Fall sein sollte. Da nur noch Monokulturen von resistenten Bakterien übrigbleiben, ist der Mensch somit immungeschwächt. In diesem Fall kann auch eine Tuberkulose oder auch jede andere behandelbare Krankheit sehr gefährlich werden.
In der Zwischenzeit kann die Panik vor Menschen, die böse Bakterien ausscheiden, bestens angeheizt werden. Dies wiederum bietet einen Vorwand, um Lockdowns und Quarantäne auszurufen. Auch die bei Covid bereits getestete Überwachungsindustrie kann weiter ausgebaut werden.
Heiko Schöning warnt: Die Nasenproben sollen durch Stuhlproben abgelöst werden! Mit der Nasenprobe wollte man an den genetischen Code des Menschen kommen. Mit der Stuhlprobe will man den genetischen Code der Bakterien im Darm erfassen. Die schützende Darmflora wird gläsern. Die Unternehmen für diese Testungen sind tatsächlich bereits aktiv. Es sind die gleichen verdächtigen Großinvestoren wie bei Corona. "Auch gibt es verbundene Unternehmen, die Toiletten und Abwasser von Häusern und Flugzeugen überwachen. Was zu beliebigen Sperrungen von Verkehr, Häusern und Stadtteilen führen kann, um auch hier wieder die Einschränkungen von Freiheiten beliebig hochschrauben zu können ..."
An dieser Stelle fassen wir kurz zusammen: Heiko Schöning sagt eine bakterielle Plandemie durch Kriminelle voraus. Schöning deckt namentlich auf, wer wo welche Produktionskapazitäten dafür aufbaut. Er erklärt, daß solche Plandemien oft einem Muster folgen: 1. Schädigungsereignis, 2. Panik und Einschränkungen sowie 3. Zwangsangebote zur Rettung.
Der Arzt und Reserveoffizier der Bundeswehr, Heiko Schöning, betont: Waffenfähig gemachte Bakterien eignen sich nur kurzfristig zur massenweisen Schädigung. Die sogenannte Rettung, das Gegenmittel, ist das langfristig Schädigende.
Wir zeigen auf: Eine Schürung von Ängsten ist im Gange. Anfang 2024 wurde die Bakterien-Panik vor japanischen Streptokokken verbreitet. Mit unserem Beispiel der Tuberkulose (TB)-Nachverfolgung zeigen wir die Angstmache vor TB und Antibiotikaresistenzen. Wir erklären, warum wir TB als Beispiel für solch ein Planspiel gewählt haben und wie unser Mikrobiom geschädigt werden könnte, um uns an antimikrobielle Mittel, nicht zu verwechseln mit Antibiotika, zu binden. Währenddessen können Lockdowns, Quarantänen und Wirtschaftsblockaden ausgerufen werden.
Auch an den bisher aufgeführten Beispielen wird deutlich erkennbar, daß Heiko Schöning nicht nur mit seiner konkreten Vorwarnung einer weiteren Plandemie recht haben könnte, sondern daß diese, wie er darlegt, auf bakterieller Produktionsbasis stattfinden kann.
Was die eingangs erwähnte Panikmache betrifft …
… waren ja sämtliche "Experten" auf Symposien schon dabei, breitflächig Angst zu streuen. Hinzu kommen die sich häufenden medialen Meldungen, daß Tuberkulose und Malaria zu den

tödlichsten Infektionskrankheiten weltweit zählen und sich nicht zuletzt durch den fortschreitenden Klimawandel zunehmend ausbreiten. In beiden Fällen führen antimikrobielle Resistenzen dazu, daß etablierte Wirkstoffe oft nicht mehr effektiv eingesetzt werden können.
Selbst der Präsidialbeitrat zur Bekämpfung antibiotikaresistenter Bakterien (PACCARB) in den USA wurde gedrängt, Schritte zur Verhinderung und Bekämpfung von arzneimittelresistenten Infektionen in ihre Pandemievorbereitungspläne aufzunehmen, selbst wenn die nächste Pandemie viraler Natur ist.
Im April 2023 tagte auch das Symposium des Council on Foreign Relations (CFR) mit dem Titel "Global Health Symposium" zum Thema: "Die Außenpolitik des kollektiven Handelns: Lehren für die Zukunft der globalen Gesundheit" (The Foreign Policy of Collective Action: Lessons for the Future of Global Health)
Ein Redner war Ramanan Laxminarayan, Gründer und Direktor des One Health Trust. (ehemals Center for Disease Dynamics, Economics & Policy , produziert in der unabhängigen Forschung über globale Gesundheit, Kontrolle von Infektionskrankheiten, Arzneimittelresistenz und Impfstoffe) Im weiteren Verlauf werden wir Herrn Laxminarayan der Einfachheit halber "Lax" nennen.
"Lax" erklärte den Teilnehmern, man müsse unbedingt mit einer weiteren Pandemie rechnen. Außerdem seien antimikrobielle Resistenzen eine klare und gegenwärtige Gefahr für die aktuelle Gesundheit, die - und jetzt Achtung - nun auch im Pandemie-Sinn ins Bewußtsein vieler Länder gekommen seien.
Er argumentiert, daß der jahrzehntelange Fleischkonsum zu einem hohen Risiko von Antibiotikaresistenzen geführt habe:
"Ich glaube also nicht, daß es für uns zu früh ist, dies sehr ernst zu nehmen, denn diese Art der Aufzucht von tierischem Eiweiß wird wahrscheinlich das größte Risiko für uns im Hinblick auf die nächste Pandemie darstellen, sei es die Vogelgrippe oder sicherlich die Antibiotikaresistenz. Und schließlich möchte ich noch erwähnen, daß wir uns bei der Pandemievorsorge sehr auf virale Erreger konzentrieren, aber wir dürfen nicht vergessen, daß in der Vergangenheit bakterielle Erreger - ob Pest oder Cholera - für die meisten Pandemien in der Welt verantwortlich waren.
Und einer der Gründe, warum wir nicht mehr so viele bakterielle Pandemien erleben, ist, daß die Antibiotika wirken. Aber wenn die Antibiotika nicht mehr wirken, wie es in vielen Teilen der Welt der Fall ist, besteht die Gefahr einer bakteriellen Pandemie oder einer viralen Pandemie mit sekundären bakteriellen Infektionen, die ebenso schlimm, wenn nicht schlimmer sein könnten."
Nun, durch die inszenierte Massentierhaltung wurde die Menschheit zu einem übermäßigen Fleischkonsum angefüttert, um sie nachher mit demselben Fleisch, das ohne Antibiotika nicht mehr gezüchtet werden kann, antibiotikaresistent zu machen.
Jedenfalls scheint Mister "Lax" als Gründer und Präsident des One Health Trust, welches von den üblichen Verdächtigen mitfinanziert wird, sehr gut über die zukünftigen Pandemien und Krankheitserreger informiert zu sein.
Hier noch weitere Pressemeldungen, die im Unterbewußtsein eine Grund-Panik aufbauen dürften:
"Montag, 27. November 2023: Stockholm - Krankenhäuser in Griechenland haben zunehmend Probleme mit Bakterien, die gegen die meisten Antibiotika resistent sind."
"Rund ein Viertel der Weltbevölkerung ist latent mit Tuberkulose-Erregern infiziert, 10,6 Millionen Menschen erkranken jedes Jahr an Tuberkulose und etwa 1,3 Millionen sterben daran."
"Weltweit sterben jedes Jahr etwa fünf Millionen Menschen an antibiotikaresistenten Infektionen, und diese Zahl wird sich bis 2050 voraussichtlich verdoppeln."
"Jahrelang sank die Zahl der Tuberkulose-Infektionen und -Toten. Wenn auch langsam, die

Welt kam voran. Seit zwei Jahren aber erlebt die Tuberkulose ein Comeback. Weltweit steigen die Todeszahlen wieder. Viele Wissenschaftlerinnen und Ärzte fragen bange: Wie geht es jetzt weiter?" usw.
Die Liste solcher Titel ließe sich noch um einiges erweitern, doch es ist bekannt, wie einfallsreich unsere gleichgeschalteten Medien sind, um pandemische Gedanken bestens unters Volk zu bringen.
Weitere Indizien für eine Plandemie - der dritte Punkt: die Rettung …
Bill Gates will unbedingt, daß Pandemien auf der Tagesordnung bleiben, was er in verschiedenen Medienberichten verlautbaren läßt: "Bioterrorismus und Klimawandel sind die nächst größten Bedrohungen nach der Pandemie", so Gates, der sicherlich mit Investments in die Firma Vedanta, wie Schöning schreibt, auch schon Lösungen parat hat.
Aber nicht nur Gates läßt die nächsten Schritte der Agenda durchsickern. In einem Artikel auf der WEF-Webseite ist die Rede von einer mysteriösen "Krankheit X": "Es ist ein Krankheitserreger, den wir noch nicht kennen, wir wissen aber, daß es da draußen ist." Parallel dazu berichtet BBC über Forschungen an einem Impfstoff für die mysteriöse "Krankheit X". Diese fänden ausgerechnet in Porton Down statt, einem englischen Labor, das für seine Arbeiten zu chemischer und biologischer Kriegsführung berüchtigt und in Schönings Büchern ausführlich aufgeklärt ist.
Prof. Harries, Geschäftsführerin der britischen Gesundheitsbehörde (UKHSA), die verantwortlich für diese Labors ist, sagt selbst: "Covid ist offensichtlich kein Einzelfall".
"Porton Down, eines der geheimsten Zentren für wissenschaftliche Forschung im Vereinigten Königreich, hat sich zum Ziel gesetzt, die nächste Pandemie "im Keim zu ersticken", so Uncut News. Die neue Anlage liegt in der ländlichen Gegend von Wiltshire, Großbritannien, und ist eine der wenigen Orte weltweit, die für die Erforschung einiger der gefährlichsten Viren und Bakterien ausgestattet ist ...
Das neue Impfstoff-Forschungszentrum hat sich jedoch auf die Erforschung der "Krankheit X" verlagert, ein Begriff, den die WHO als "Ersatz" für eine der medizinischen Wissenschaft noch unbekannte Krankheit verwendet, die die Welt völlig überraschen wird ..." Weiter wird Prof. Harries von Uncut News zitiert: "Wir sagen, daß dies (Covid) der größte Vorfall im Bereich der öffentlichen Gesundheit seit einem Jahrhundert war, aber ich glaube nicht, daß jemand von uns glaubt, daß es noch ein Jahrhundert dauern wird, bis die nächste Pandemie auftreten wird."
Und als letztes Beispiel für vorbereitende Schritte darf die Jahrestagung des WEF am 17. Januar dieses Jahres in Davos nicht vergessen werden. Rechtsanwältin Bahner postete hierzu: "20 Mal mehr Todesopfer soll "Krankheit X" fordern als die Coronavirus-Pandemie, vermeldet Klaus Schwabs WEF auf seiner Webseite ... Die Rednerliste allein ist schon aussagekräftig genug, um zu erkennen, welches Spiel hier wieder laufen soll.
Ein buntes Potpourri aus WHO, WEF und Pharmalobbyisten und natürlich ihrer Propagandamedien: Dabei hat die Planung bereits im Sommer 2023 begonnen bzw. war man sich einig, daß eine neue "Krankheit X" kommen wird, die 20 Mal tödlicher ist als COVID-19 sein wird und fast 50 Millionen Menschenleben fordern könnte. Der US-Kongreß hat deshalb am 5. Juni 2023 das Gesetz "Disease X Act of 2023" verabschiedet, in dem festgelegt ist, welche medizinischen Gegenmaßnahmen erforderlich sind."
Alle "namhaften" Pharmaunternehmen und eingesetzten Köpfe sind schon lange dran, Kräfte im Kampf gegen Tuberkulose zu bündeln und in der Forschung nach alternativen, verträglicheren Impfstoffen und Verabreichungsmöglichkeiten zu suchen. Die WHO hat verkündet, "das letzte Kapitel in der Geschichte der Tuberkulose zu schreiben." (von Dr. Tedros Adhanom Ghebreyesus, Generaldirektor WHO)
Auch Dr. Tereza Kasaeva, die Direktorin des WHO Globalprogrammes für TB, will bei der

Rettung unbedingt mit an Bord sein: "Wir haben starke Verpflichtungen mit konkreten Zielen, die von den Staats- und Regierungschefs in der politischen Erklärung der zweiten hochrangigen UN-Tagung zur Tuberkulose eingegangen sind und die einen starken Impuls liefern zur Beschleunigung der Tuberkulosebekämpfung. ... Wir brauchen alle Hände an Deck, um die Vision der Beendigung der Tuberkulose Wirklichkeit werden zu lassen."
Daß "alle Hände an Deck" tatsächlich ALLE bedeutet, sieht man an den Mitwirkern in der "TB Vaccine Pipeline". Es ist eine Liste an Forschern, die es durch massive Finanzierung geschafft haben, in die Top-Ränge der TB-Impfforschung zu kommen, seien es Universitäten, private Konzerne und Pharmaunternehmen oder unsere "Lieblingsphilanthropen".
Vertreten sind einflußreiche Länder auf fünf Kontinenten. Rein kommt, wer das nötige Große Geld hat und etwas aus wissenschaftlicher Sicht "Sinnvolles" beizutragen hat. Die Pipeline laut tbvi.eu (TuBerculosis Vaccine Initiative), Stand Januar 2024, umfaßt 22 Impfungen in verschiedenen Phasen der Entwicklung. Hier sehen Sie die Gruppierungen, die aktuell in der "TB Vaccine Pipeline" gelistet sind.
Hier nur drei Beispiele aus der Pipeline: Die Universität Oxford forscht an einer Aerosol-Impfung, die lediglich eingeatmet werden muß. Dies könnte theoretisch über wirtschaftlich schwächere Regionen gesprüht werden, die Anwendung sei einfach und gut verträglich. Vorsicht! Erinnert uns das nicht an ähnliche Sprühaktionen? (kla.tv 27988)
BioNTech, mitfinanziert von Bill und Melinda Gates, führt die ersten Studien an Probanden durch, z.B. auch in Mannheim. Dort kann man bei Clinical Research Services (CRS) für ca. 3000 € Aufwandsentschädigung BioNTechs neue TB-mRNA Spritze ausprobieren. Seitens der CRS wird der angehende Proband nicht aufgeklärt, daß es sich dabei um mRNA-Technologie handelt, sondern lediglich um einen "neuen Prüfimpfstoff gegen Tuberkulose".
Bekannt ist auch, daß BioNTech seit 2015 Impfstoffe gegen antimikrobielle Resistenz (AMR) testet. (AMR: Unempfindlichkeit (Resistenz) von Krankheitserregern wie z.B. Bakterien, Pilzen, Viren gegenüber Wirkstoffen wie z.B. Antibiotika, Virostatika)
Die Liste erstreckt sich ins Unermeßliche. Je mehr man untersucht, desto klarer wird, wie umfassend sich diese Wissenschaftler auf der gesamten Welt zusammentun. An dieser Stelle waren wir geneigt, noch weiter auszuholen und ganze Netzwerke und Strukturen, wie der Arzt und Autor Heiko Schöning sie in seinem Buch beschreibt, wiederzugeben.
Um der Zeit willen aber beschränken wir uns darauf, auf das Interview (kla.tv 27731) oder sein neues Buch zu verweisen, wo er ausführlich Ross und Reiter des Pandemie-Rennens nennt. Er nennt Produktionsstätten, um nur ein Beispiel zu nennen, wie die von National Resilience, die extrem aufgestockt haben und genau solche Tanks besitzen, wie sie für eine Züchtung von antibiotikaresistenten Bakterien sowie die Produktion von Bakteriengiften benötigt werden. Auf Basis von infizierten und genveränderten Pflanzen können diese massenweise Gifte oder Gegenmittel, getarnt unter dem Begriff "Antibiotika", produzieren.
Die Produktionstechnologie der Genpflanzen war für Corona-Impfstoffe schon ab Juni 2020 offiziell bereit! Doch in Schönings erstem Buch GAME OVER wurde der Verbrecher Dr. med. Richard Tubb mit den Produktionsfirmen K-Bio (vormals Kentucky BioProcessing) und MEDICAGO nachweislich verbunden. Folglich wurde MEDICAGO - trotz Impfstoffzulassung - ohne viel Aufsehen stillgelegt und auf Milliardengewinne verzichtet! Das ist ein großer Erfolg der Aufklärung. (kla.tv 27731)
Übernehmende Firmen wie National Resilience rüsten unter hohem finanziellen und personellen Aufwand gehörig mit den Pflanzentechnologien auf; mit über zehn Produktionsstandorten in den USA, Kanada und vielen mehr.
Schöning nennt auch Namen, wie den von Rahul Singhvi, CEO von National Resilience (ein technologieorientiertes Bioproduktionsunternehmen).
Das Buch "Angriff aufs Mikrobiom" beschreibt eine "Top-Mannschaft" von National Resi-

lience, die auf Milliardeninvestitionen zurückgreifen kann und quasi aus dem Nichts errichtet wurde.
Als Direktorin sitzt dort von der Gates-Stiftung Susan Desmond-Hellman. Von der CIA sitzt Chris Darby als Direktor daneben.
Die meisten der Direktoren bei National Resilience haben nichts direkt mit biotechnischer Produktion zu tun, weil es sich um Banker, Terrorismus-Verdächtige oder um CIA-Mitarbeiter handelt, die Verbindung zum illegalen Waffen- und Drogenhandel haben.
An dieser Stelle, so Heiko Schöning, müßte sich doch jeder mit gesundem Menschenverstand die Frage stellen, warum bei National Resilience jetzt ungeheure Produktionskapazitäten im Weltmaßstab aufgebaut werden!
Bei Corona wurden die Produktionsfirmen wesentlich über die GAVI finanziert, mit gleichem Muster ist es jetzt CARB-X für Bakterien, schreibt Schöning.
Feststellbar ist, wieder läuft das gleiche Spiel ab. Die nächste Plandemie wird von nachweislich kriminellen Vereinigungen flächendeckend vorbereitet.
Noch einmal eine kurze Zusammenfassung:
Auf verschiedenen Tagungen wird mit Gedanken über eine nächste Plandemie geradezu um sich geworfen. Wir werden gewarnt, daß mit dem Klimawandel neue Pandemien einhergehen. Weil wir zu viel Fleisch konsumieren, werden Antibiotika-Resistenzen verstärkt. Weitere Pressemeldungen über antibiotikaresistente Bakterien schleichen sich als Grund-Panik in die Köpfe ein. Doch auch die Rettung ist bereits in Produktion.
Es werden Unsummen in mRNA-Tuberkulose-Impfungen, eigentlich Gentherapien, gepumpt. Aus genveränderten Pflanzen werden Bakteriengifte als sogenannte Gegenmittel in Massen erzeugt. Laut Heiko Schöning soll dies in Form von Tabletten oder ähnlichem, getarnt als Antibiotika, auf den Markt gebracht werden. Denn bei einer Impfung könnten bereits viele aufgeklärte Menschen mißtrauisch werden.
Fazit: Ob es nun beispielsweise Mycobacterium tuberculosis oder ein aufgetauter Erreger aus der Arktis sein wird, der die nächste Plandemie einläutet - egal, lassen wir uns von Anfang an nicht ablenken, die Kriminellen zu fokussieren - wie Heiko Schöning es treffend formulierte: "… muß ich jetzt ein Antibiotikum nehmen oder muß ich kein Antibiotikum nehmen?" Schon früh wurden da zwei Lager installiert mit ähnlich kontroversen Diskussionen, wie impfen oder nicht impfen ... Früher schon wurde in vielen Bereichen der Grundstein der Teilung, der Spaltung, Teile und Herrsche, gelegt.
Darum sollen wir nicht in Angst und Panik verfallen. Nicht das Organisierte Verbrechen aus den Augen verlieren. Wir sollten ihre beschriebenen Vorhaben sowie Technologien öffentlich bloßstellen. Damit die drei Punkte, wie Schädigungsereignis, Panik und Rettung niemanden mehr überraschen. Durch die Bekanntmachung dieser Muster und Strukturen, ihrer Drahtzieher und Kollaborateure können die Verbrechenspläne vereitelt werden!<<

28.04.2024

BRD: Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 28. April 2024 (x1.371/…): >>**Das Staats-Komplott gegen den Aufklärer Dr. Fuellmich**

Von *Herbert Ludwig*

Nach meinem Artikel zum Prozeßbeginn gegen Dr. Reiner Fuellmich und dem über das Behörden-Dossier, das einen frühen staatlichen Plan offenbarte, Dr. Fuellmich auszuschalten, übernehme ich hier mit freundlicher Genehmigung einen noch gründlicheren und umfassenderen Artikel über die privaten und staatlichen Machenschaften gegen Dr. Fuellmich, den Wolfgang Jeschke auf seinem Blog "LAUFPASS" unter dem Titel "Das Füllmich-Komplott" veröffentlicht hat. Am Schluß übernehme ich auch den vollen Text des dem zweiten Verteidiger, RA Dr. Christof Miseré, zugespielten Behörden-Dossiers. (hl)

Das Füllmich-Komplott

Die koordinierte Exekution eines demokratischen Aufklärers

Von *Wolfgang Jeschke*

Wurde Dr. Reiner Füllmich vom Verfassungsschutz beobachtet? Natürlich. Gibt es Berichte der "Sicherheitsdienste" über den Aufklärer? Selbstverständlich. Jeder, der den Machthabern die Stirn bietet, wird beobachtet. Das ist eine Binsenweisheit. Erlangt ein Kritiker zu viel Bedeutung und Reichweite, wird er diskriminiert, demonetarisiert und wenn das alles nichts hilft: verhaftet und eingesperrt. Im Fall von Dr. Reiner Füllmich ging das System sogar so weit, ihn illegal aus Mexiko zu entführen. So sehr war das System darauf erpicht, ihn zum Schweigen zu bringen.

Dabei bediente sich die Staatsanwaltschaft der Mittäterschaft von Menschen aus Dr. Füllmichs Umfeld. Bewiesen wurde das allerdings nicht erst durch das ominöse Dossier, das Anfang April aufgetaucht war, sondern durch die peniblen Befragungen der Zeugen durch Füllmichs Anwältin Katja Wörmer und Dr. Füllmich selbst. Schon die erste Hälfte des Prozesses am Landgericht in Göttingen konnte beweisen: Es ist ein Komplott von Staatsanwaltschaft und denjenigen Menschen, die hinter dem Geld des Ausschusses her sind.

Ist das jüngst aufgetauchte Papier, das die organisierte Verfolgung von Füllmich belegen soll, echt?

Das weiß bislang niemand. Das ist aber auch unerheblich. Selbst ohne das Dossier, welches dem Co-Anwalt Dr. Füllmichs, dem Kölner Anwalt Dr. Christof Miseré, zugespielt wurde, ist das Komplott gegen den deutschen Rechtsanwalt und Aufklärer schon heute bewiesen. Ob daran noch andere Behörden als die Staatsanwaltschaft Göttingen in Gestalt von Staatsanwalt Simon Philipp John mitgewirkt haben, ob es Anweisungen aus der Politik oder aus Übersee gab, spielt dabei keine Rolle.

Der Fall Füllmich ist ein konstruierter Fall, seine Entführung aus Mexiko war illegal, der Prozeß fußt auf falschen Anschuldigungen. Die Anzeigeerstatter sind ganz offensichtlich Mittäter bei der illegalen Verschleppung des Rechtsanwalts. Das haben die Sachverhaltsermittlung und die Zeugenbefragungen schon zur Mitte des Prozesses deutlich gezeigt.

HINTERGRUND: Drei vermeintliche Mitstreiter von Dr. Reiner Füllmich haben gegen den Kopf des ehemaligen Corona-Ausschusses am 02.09.2022 Strafanzeige erstattet. Namentlich sind das die drei Hafenanwälte Antonia Fischer, Justus Hoffmann und Marcel Templin. Hoffmann und Fischer waren Füllmichs Mitgesellschafter im Corona-Ausschuß, Templin tauchte im Umfeld der geplanten Sammelklage von Dr. Füllmich auf.

Zur Verhandlung: Hauptanklagepunkt ist der Vorwurf, Füllmich habe Darlehen in Höhe von 700.000 Euro nicht an den Ausschuß zurückgezahlt, sondern für sich verbraucht. Im Prozeß stellte sich heraus: Füllmich hat das Geld nicht für sich verbraucht. Er hatte es in Abstimmung mit seiner damaligen Beisitzerin Viviane Fischer vor dem drohenden Zugriff des Staates in Sicherheit gebracht.

Die Darlehen sollten wieder an den Ausschuß zurückgeführt werden, wenn die Gefahr der Beschlagnahme durch den Staat nicht mehr gegeben wäre. Die Hafenanwälte vereitelten die Rückführung der Darlehen in Zusammenarbeit mit einem Notar. Das Geld befindet sich nun rechtswidrig in den Händen seiner Verfolger, die aber offenbar von der Staatsanwaltschaft gedeckt werden, die mit Hilfe der "Hafenanwälte" Füllmich aus Mexiko entführen ließ - ohne internationalen Haftbefehl und ohne jede Chance für Füllmich, sich mit Rechtsmitteln gegen die Deportation zu wehren.

Der strauchelnde Rechtsstaat wehrt sich gegen die Aufklärung.

Füllmichs Verschleppung erfolgte ohne internationalen Haftbefehl in Zusammenarbeit mit den mexikanischen Behörden unter Umgehung internationalen Rechts. Bei dieser illegalen Entführung war es Füllmich versagt worden, Rechtsmittel einzulegen und so seine Deportati-

on zu verhindern. Damit setzten sich sowohl die BRD als auch Mexiko bewußt ins Unrecht. Das ist ein Verhalten von Diktaturen und nicht von demokratischen Rechtsstaaten.
Grundlage der dann in der BRD erfolgten Verhaftung (am Flughafen Frankfurt) waren konstruierte Vorwürfe gegen den ehemaligen Kopf des Corona-Ausschusses. Diese wurden von den drei Anwälten erhoben, die vermeintlich mit Füllmich gegen die Corona-Tyrannei kämpfen wollten. Füllmich hatte sich nach dem Eklat mit Viviane Fischer mit seinem eigenen internationalen Projekt ICIC (www.ICIC.law) auf den Weg gemacht, die globalen Akteure der inszenierten Krisen in der Welt zu identifizieren und die Täterstrukturen hinter den Kriegen, Pandemien, Vergiftungen und psychologischen Operationen aufzudecken.
Um Dr. Füllmich aus Mexiko zu entführen und seiner Arbeit als Aufklärer ein Ende zu setzen, wurden aus seinem Umfeld Mittäter akquiriert, so insinuieren es die Ergebnisse der Befragungen der Belastungszeugen Justus Hoffmann und Antonia Fischer, die im Prozeß keine gute Figur machten. Im Gegenteil. Schlußendlich gaben sie zu, daß die Verhandlungen mit Dr. Füllmich nur dazu dienten, den Kopf des ehemaligen Corona-Ausschusses hinter Gitter zu bringen.
Deutlich wurde im Prozeß auch, daß die sogenannten "Hafenanwälte", namentlich Justus Hoffmann, Antonia Fischer und Marcel Templin, die gemeinsam mit dem Staatsanwalt Simon Philipp John die illegale Verfolgung von Dr. Füllmich betreiben, ihn dabei auch noch um seine Ersparnisse erleichtern wollten und dies auch erfolgreich taten.
Dokumente belegen die enge Zusammenarbeit zwischen der Staatsanwaltschaft und den "Hafenanwälten". Selbst die illegale Verschleppung beruht auf einer koordinierten Aktion zwischen Staatsanwaltschaft, den Hafenanwälten und den mexikanischen Behörden. Ein waschechtes Komplott zur Vernichtung des Aufklärers Füllmich.
Ein Rechtsstaat hätte mit einem internationalen Haftbefehl unter Zuhilfenahme von Interpol Reiner Füllmich verhaftet. Füllmichs Aufenthaltsort war bekannt. Die vorliegenden Dokumente beweisen, daß die Staatsanwaltschaft gemeinsam mit den "Hafenanwälten" perverse Schachzüge entwickelte, um Dr. Füllmich in eine Falle zu locken. Die vorliegenden Unterlagen, Korrespondenzen und Protokolle belegen, daß Dr. Füllmich Opfer einer Verschwörung geworden ist, an der auch die Staatsanwaltschaft offensichtlich beteiligt ist. Antonia Fischer war dabei als Agentin der Verfolger der kommunikative Brückenkopf der Hafenanwälte zur Staatsanwaltschaft.
Antonia Fischer und Staatsanwalt Philipp Simon John: Monatelang übermittelte Fischer die Korrespondenzen mit Reiner Füllmich und alle internen Details an die Staatsanwaltschaft. Es ging den "Hafenanwälten" nie um eine Lösung der Mittelfragen, sondern nur darum, Dr. Füllmich hinter Gitter zu bringen und sich Mittel aus der Ausschußkasse an sich zu bringen.
Bemerkenswert an der Kommunikation zwischen dem Staatsanwalt John und seinen Mittätern auf Seiten der Hafenanwälte ist der Umstand, daß Staatsanwalt John rechtswidrig keine Protokolle der zahlreichen Telefonate mit seinen Informanten angelegt hat. Die vorhandenen Mails ergeben aber auch so ein schlüssiges Bild des Komplottes, dessen Ziel die Verhaftung und Zerstörung von Dr. Reiner Füllmich war. Man kann mit Sicherheit davon ausgehen, daß es weitere Abreden zwischen der Staatsanwaltschaft und den Hafenanwälten gab.

Illegal entführt - ein Verbrechen.

Schon die illegale Verhaftung Füllmichs würde in einem rechtsstaatlichen Verfahren seine Freilassung und die Wiederherstellung des Zustandes erfordern, der vor seiner illegalen Verhaftung herrschte:
"Selbstverständlich handelt es sich bei der durch eine Entführung eingeleiteten Inhaftierung um eine das Grundrecht aus Art. 2 Abs. 2 Satz 2 GG verletzende Freiheitsentziehung ... Für den gegebenen Fall, daß der Verfolgerstaat des Verfolgten nicht auf dem vorgeschriebenen Auslieferungswege, sondern durch vorsätzliche kriminelle Machenschaften habhaft wird,

kommt auch die anscheinend dem BVerfG vorschwebende Konstruktion einer mit Eröffnung des Haftbefehls in Deutschland nachträglich rechtmäßig werdenden Freiheitsentziehung keinesfalls in Betracht.
Bereits nach allgemeinem Staatshaftungsrecht löst ein rechtswidriger Grundrechtseingriff einen Folgenbeseitigungsanspruch aus, der jedenfalls bei einem vorsätzlich-rechtswidrigen Grundrechtseingriff auch nicht einer Abwägung gegen andere Interessen unterworfen werden darf, wenn nicht geradezu ein Anreiz zur Grundrechtsverletzung geschaffen und damit der Kernbereich des Rechtsstaatsprinzips angegriffen werden soll. ...
Die auslieferungsrechtswidrige Entführung ist ein Schandfleck auf der Weste des Rechtsstaats, der in Extremfällen wie dem Fall Eichmann's wegen der historisch-politischen Einmaligkeit noch auf ein gewisses Verständnis rechnen mag, in den Alltagsfällen der von deutschen Instanzen begangenen Verstöße aber sogar das Vertrauen in die Integrität der Strafrechtspflege insgesamt zu erschüttern droht."
Prof. Bernd Schünemann, aus "Materielle Tatverdachtsprüfung und völkerrechtswidrige Entführung als nationalstaatliche Sprengsätze im Internationalen Auslieferungsverkehr". Quelle: 140 Jahre Goldammer's Archiv für Strafrecht, Festschrift für Paul-Günter Pötz.

Die Exekution des Dr. Füllmich

Den Startschuß zur Verfolgung des auch international tätigen Aufklärers gab allerdings die Nummer 2 des ehemaligen Corona-Ausschusses: die Berliner Anwältin Viviane Fischer. Mit ihr als Beisitzerin hatte Füllmich den Corona-Ausschuß zu einer nationalen Instanz des Corona-Widerstandes gemacht. In der Kette der Intrigen gegen Dr. Füllmich hatte Viviane Fischer die Exekution ihres Ausschuß-Partners im September 2022 begonnen, indem sie ihn öffentlich aus dem Ausschuß ausschloß.
Das tat sie unzweifelhaft unter Zustimmung ihres Freundes, des Berufspolitikers und Mediziners Wolfgang Wodarg, einem der "Helden" der Antimaßnahmenbewegung und ein ehemaliger Weggefährte von Füllmich bei Transparency International. Füllmichs Enttäuschung über Wodarg ist nachvollziehbar. Wodarg hätte intervenieren können. Er tat es aber nicht. Das eröffnet Raum für Spekulationen.
Kurz nach dem Dolchstoß gegen Füllmich tauchten dann auch Viviane Fischers Mittäter aus dem Nichts wieder auf: Justus Hoffmann und Antonia Fischer (die bis dato und auch danach wieder völlig bedeutungslos für die Ausschußarbeit gewesen waren). Die beiden jungen Anwälte und Wolfgang Wodarg betrieben in einer Ausschuß-Sitzung mit Viviane Fischer den Schulterschluß gegen den Ausschuß-Kopf Füllmich.
Wodarg zeigte sich dabei sichtlich zufrieden als neuer Hahn im Ausschuß-Korb und lieferte behaglich klingende politische Worthülsen - die beiden Hafenanwälte waren als "Gesellschafter" des Corona-Ausschusses anwesend und leisteten ihrer Chefin Fischer brav einen Treuedienst. In dieser Sendung beteuerte Hoffmann noch, daß ihn Geld gar nicht interessieren würde - im späteren Verlauf der dokumentierten Verhandlungen zeigte sich, daß die Hafenanwälte aber ganz im Gegenteil vor allem hinter dem Geld her waren.
Auch deshalb zogen sich die Verhandlungen über die Freigabe von Mitteln so lange hin. Deutlicher noch: Hoffmann behauptet in dieser Sitzung (https://odysee.com/@-Ausschuß:-3/s125de: MINUTE 10:57 ff.), an einer individuellen Verfolgung von Füllmich habe niemand ein Interesse. Eine weitere Lüge des Mannes, der mit den Hafenanwälten der Staatsanwaltschaft zur Seite stand und dieser bewußt falsche Informationen zur Verfügung stellte oder auf Bestellung lieferte. Zu diesem Zeitpunkt hatten die Hafenanwälte die Anzeige in Abstimmung mit ihren Partnern bereits bei der Staatsanwaltschaft eingereicht.
Dr. Justus Hoffmann im Video: "Aber daß wir hier irgendeine persönliche Involvierung, Rachefeldzug oder sonst irgendwas gegen einzelne Personen starten wollen, da sehe ich nicht, wie man darauf kommen möchte."

Da hatte Hoffmann längst schon die Anzeige gegen Füllmich gestellt.
Vor Gericht: "Wir wußten, daß die Verhaftung von Rainer unmittelbar bevorsteht und haben dafür gesorgt, daß sie auch stattfindet."
Vor Gericht: "Der Tag, an dem ich nichts mehr mit Reiner Füllmich zu tun haben werde, wird für mich der schönste Tag in meinem Leben sein."
Video-Link zur Aussage von Justus P. Hoffmann: odysee.com/@Corona-Ausschuß:3/s125de:
"Wir wollten Dich in den Knast bringen" (Antonia Fischer vor Gericht)
Die Verhandlungen zwischen Dr. Füllmich und den Hafenanwälten, die zum Ziel hatten, die Ausschußmittel freizugeben und der Arbeit des Ausschusses wieder zuzuführen, hatten aber niemals Aussicht auf Erfolg: Antonia Fischer dazu am 3. April 2024 vor Gericht: "Wir wollten keine wirkliche Einigung, wir wollten Dich in den Knast bringen." Damit liefert die Mittäterin des Komplotts den Beweis, daß sie an einer zivilrechtlichen Regelung der Vermögensfragen der verschiedenen Gesellschaften nie ein Interesse hatte. Es war alles nur Taktik, um ihren Job für das System zu erledigen.
Weshalb der junge Staatsanwalt John keine Probleme mit der stümperhaften - und vermutlich sogar abgestimmten - "Anzeige" der Hafenanwälte hat, ist klar. Er hatte den Auftrag, gemeinsam mit den Hafenanwälten den Dissidenten aus dem Ausland zu entführen und in den Knast zu bringen. Es wird damit auch klar, warum es ihn nicht stört, daß die Anzeigeerstatter bewußt unwahre Tatsache behaupten, nachweislich falsche Verdächtigungen aussprachen und auch Informationen bewußt weggelassen haben.
Es ging ihm immer nur um die Verhaftung von Dr. Füllmich - und sei es mit illegalen Mitteln unter Verzicht auf ein reguläres Auslieferungsverfahren. Daß John selbst zum Bauernopfer der Aufklärung der Umstände werden wird, scheint ihm noch nicht klar zu sein. Der sprichwörtliche Bus, vor den ihn seine Weisungsgeber werfen werden, rollt gerade auf ihn zu.
Staatsanwalt John hat auch bislang ausschließlich die Konten der Familie Füllmich eingefroren - nicht das Konto von Marcel Templin, der sich mit Hilfe eines Notars weite Teile des Erlöses aus dem Verkauf des Privathauses der Füllmichs unter den Nagel gerissen hat. Mit diesem Geld wollte Füllmich die vereinbarten Darlehen, die der Sicherung des Ausschußvermögens galten, an den Ausschuß zurück übermitteln.
Auch scheinen - so Prozeßbeobachter - Staatsanwalt John und Viviane Fischer ein stilles Einverständnis miteinander zu haben. Warum sonst wird Viviane Fischer nicht wie Füllmich wegen "Untreue" angeklagt? Laut Anklage sollen Füllmich und Fischer die "Taten" ja gemeinschaftlich im stillen Einverständnis - kollusiv - begangen haben. Der Verdacht, daß Viviane Fischer mit den Hafenanwälten in einem Boot sitzt, erhärtet sich immer mehr.
Auf dem Konto von Marcel Templin ist mit Hilfe des beurkundenden Notars fast der gesamte Verkaufserlös aus dem Verkauf der Familienimmobilie der Füllmichs gelandet (1.158.000 Euro). Aufgrund einer Grundschuld, die selbst noch fragwürdig und näher zu untersuchen ist, stünden ihm - wenn überhaupt - maximal 600.000 Euro zu. Reiner Füllmich wäre jederzeit in der Lage gewesen, die über die Darlehen vor dem Zugriff des Staates geschützten Ausschußmittel zurückzuführen, denn der Verkaufserlös seiner Immobilie betrug über 1,345 Millionen Euro - hätte es nicht die illegale Umleitung des Verkaufserlöses auf das Konto eines der Hafenanwälte gegeben.
Genauer betrachtet ist die rechtswidrige Umleitung des Verkaufserlöses durch die Hafenanwälte auf das Konto des Mittäters Marcel Templin der Gipfel der Perversion: Diejenigen, die Dr. Füllmich anzeigten, weil er vorgeblich das Darlehen nicht zurückzahlen wolle, nahmen ihm die Möglichkeit, dies zu tun und eigneten sich im selben Zug die dafür vorgesehen privaten Mittel auf rechtswidrige Weise an.

Das Exempel wird statuiert

Noch immer wird Reiner Füllmich in Untersuchungshaft gehalten. In das Göttinger Gericht

wird er mit Handschellen geführt, als ginge von ihm auch nur die geringste Gefahr aus. Auf dem Weg zum Gericht werden die Handschellen zudem an einem Bauchgurt befestigt, was ihm jede Bewegungsmöglichkeit raubt. Er ist ein politischer Gefangener, an dem natürlich auch ein Exempel statuiert wird.
Die würdelose Behandlung dieser Gefangenen unterscheidet sich nicht mehr sehr von der Behandlung, die Menschen in anderen totalitären Strukturen erleiden müssen. Die gekaperte Staatsmacht demonstriert ihre Erbarmungslosigkeit. Die Botschaft an die Humanisten und letzten Demokraten im Land ist eindeutig: "Das machen wir mit Euch, wenn ihr aufmuckt."
Aber Reiner Füllmich wird nicht damit aufhören, auf die Mißstände hinzuweisen. Und immer mehr Menschen erlangen durch seine Arbeit, die noch immer wirksam ist, mehr Wissen, um die aktuelle Gefahr für die Demokratie, die Menschlichkeit und die Gesundheit der Menschen zu erkennen. Diese Gefahr geht eben nicht von kritischen Geistern aus, sondern von rücksichtslosen Globalisten, Kriegstreibern und Massenmördern, die sich der Strukturen in den meisten Ländern bemächtigt haben. …
Nachfolgend das "Dossier" über Reiner Füllmich, wie es Dr. C. Miseré zugeleitet und von Roger Bittel verbreitet wurde:

Dossier Reiner Fuellmich (Abschrift)

Reiner Fuellmich, Co-Bundesvorsitzender und Kanzlerkandidat der Partei "dieBasis" ist ein deutscher Rechtsanwalt, der insbesondere durch seine Beteiligung an verschiedenen juristischen Auseinandersetzungen und seine öffentlichen Stellungnahmen zu verschiedenen Themen, einschließlich der Maßnahmen und politischen Entscheidungen in Bezug auf die COVID-19-Pandemie, bekannt geworden ist. Seine Ansichten und rechtlichen Aktivitäten haben sowohl national als auch international Aufmerksamkeit erregt und sind Gegenstand von Kontroversen.

Berufliche Laufbahn

Reiner Fuellmich begann seine juristische Karriere nach dem Abschluß seines Studiums der Rechtswissenschaften. Er ist als Rechtsanwalt in Deutschland sowie in Kalifornien, USA, zugelassen. Über viele Jahre hinweg spezialisierte er sich auf verschiedene Gebiete des Zivilrechts und war an mehreren rechtlichen Auseinandersetzungen beteiligt, die teils erhebliche mediale Aufmerksamkeit erlangten.
Engagement gegen Banken und Konzerne: Vor der COVID-19-Pandemie machte sich Fuellmich insbesondere durch seine Beteiligung an Fällen gegen große Banken und Unternehmen einen Namen. Hierbei ging es oft um Verbraucherschutz und Schadensersatzklagen.
COVID-19-Pandemie: Mit Beginn der COVID-19-Pandemie im Jahr 2020 rückte Fuellmich zunehmend in den Fokus der Öffentlichkeit durch seine kritische Haltung gegenüber den von der Bundesregierung und internationalen Institutionen ergriffenen Maßnahmen zur Eindämmung des Virus. Er äußerte erhebliche Zweifel an der wissenschaftlichen Grundlage dieser Maßnahmen sowie an der Verhältnismäßigkeit.
Corona-Untersuchungsausschuß: Reiner Fuellmich war Mitbegründer eines Corona-Untersuchungsausschusses, der die Maßnahmen und Entscheidungen der Regierungen im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie kritisch hinterfragen sollte. Dieser Ausschuß führte eine Reihe von Anhörungen durch, in denen verschiedene Experten aus Wissenschaft und Praxis geladen waren, um ihre Sichtweisen und Erkenntnisse zu präsentieren.
Juristische Aktivitäten und Klagen: Fuellmich initiierte und unterstützte mehrere juristische Aktionen und Klagen in Deutschland sowie in anderen Ländern mit dem Ziel, die Rechtmäßigkeit und Verhältnismäßigkeit der im Rahmen der Pandemiebekämpfung ergriffenen Maßnahmen gerichtlich überprüfen zu lassen. Er vertritt die Ansicht, daß durch einige dieser Maßnahmen Grundrechte und Freiheiten unverhältnismäßig eingeschränkt wurden.
Öffentliche und fachliche Rezeption: Die Aktivitäten und Ansichten von Reiner Fuellmich

haben zu einer polarisierten Wahrnehmung in der Öffentlichkeit sowie unter Fachleuten geführt. Während einige seine Bemühungen unterstützen und als notwendigen Beitrag zur Wahrung von Grundrechten und demokratischen Prinzipien sehen, kritisieren andere seine Ansichten als wissenschaftlich unbegründet und seine rechtlichen Schritte als kontraproduktiv.
Abgesehen von den Themen rund um die COVID-19-Pandemie, ist Reiner Fuellmich für seine Arbeit in anderen rechtlichen Auseinandersetzungen bekannt, die hauptsächlich im Bereich des Verbraucherschutzes und der Sammelklagen liegen. Seine juristische Tätigkeit erstreckt sich über mehrere Jahrzehnte, in denen er sich einen Ruf als Anwalt erarbeitet hat, der sich gegen Großkonzerne und für die Rechte von Verbrauchern und Geschädigten einsetzt.
Verbraucherschutz und Sammelklagen: Fuellmich hat an bedeutenden Fällen im Bereich des Verbraucherschutzes gearbeitet, darunter Klagen gegen große Banken und Unternehmen. Er hat sich insbesondere mit Fällen beschäftigt, die Schadensersatzansprüche von Verbrauchern betreffen, die durch unlautere Geschäftspraktiken oder fehlerhafte Produkte geschädigt wurden.
Dieselskandal: Ein bemerkenswerter Bereich seiner Arbeit ist die Beteiligung an rechtlichen Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit dem Dieselskandal. Fuellmich vertrat die Interessen von Verbrauchern, die durch die Manipulation von Abgaswerten bei Dieselfahrzeugen geschädigt wurden. Diese Fälle betrafen bedeutende Automobilhersteller und zogen umfangreiche rechtliche und gesellschaftliche Diskussionen nach sich.
Internationale Rechtspraxis: Durch seine Zulassung als Anwalt sowohl in Deutschland als auch in Kalifornien, USA, hat Fuellmich die Möglichkeit, in einem internationalen Rahmen zu arbeiten und sich mit rechtlichen Fragen zu beschäftigen, die über nationale Grenzen hinweg Bedeutung haben. Diese doppelte Zulassung ermöglicht es ihm, eine Brücke zwischen unterschiedlichen Rechtssystemen zu schlagen und in transnationalen Fällen tätig zu sein.
Öffentliche Vorträge und Publikationen: Neben seiner rechtlichen Praxis engagiert sich Fuellmich auch in der öffentlichen Diskussion rechtlicher und gesellschaftlicher Fragen. Er hält Vorträge und veröffentlicht Texte zu Themen wie Verbraucherschutz, Rechtsstaatlichkeit und dem Einfluß von Großunternehmen auf die Gesellschaft.
Kritik und Kontroversen: Es ist anzumerken, daß Fuellmichs Aktivitäten und Ansichten nicht nur Zustimmung finden. In verschiedenen Zusammenhängen, auch außerhalb der COVID-19-Thematik, ist er Gegenstand von Kritik geworden. Seine Herangehensweisen und die von ihm vertretenen Rechtsauffassungen werden teilweise als umstritten betrachtet, was zu einer polarisierten Wahrnehmung seiner Person führt.

Aktennotiz

Betreff: Strafverfahren gegen Reiner Fuellmich wegen gewerbsmäßiger Untreue
Datum: 19. Dezember 2023
Sachverhalt: Die Staatsanwaltschaft Göttingen hat am 20. Dezember 2023 Anklage gegen Reiner Fuellmich, 65 Jähre alt, Rechtsanwalt mit zuletzt bekanntem Wohnsitz in Göttingen, erhoben.
Die Anklage erfolgte wegen des Vorwurfs der gewerbsmäßigen Untreue in 18 Fällen vor der Wirtschaftskammer des Landgerichts Göttingen.
Reiner Fuellmich wurde bereits im Oktober in Untersuchungshaft genommen und befindet sich seitdem in Haft.
Hintergrund: Reiner Fuellmich war CO-Bundesvorsitzender und Kanzlerkandidat der Partei "dieBasis" sowie Gesellschafter und Geschäftsführer der "Stiftung Corona-Ausschuß", finanziert durch Spendengelder.
In der Gesellschaftssatzung wurde festgelegt, daß die Mittel der Stiftung ausschließlich für satzungsgemäße Zwecke verwendet werden dürfen.
Anklagepunkte: Fuellmich wird vorgeworfen, zwischen dem 19. März 2021 und dem 4. Juli

2022 insgesamt 16 Überweisungen zu einem Gesamtwert von 357.000 Euro satzungswidrig auf sein Kanzleikonto veranlaßt zu haben.
Weiterhin soll er 700.000 Euro aus der Vermögensmasse der Vorgesellschaft für private Zwecke entnommen haben, darunter eine halbe Million Euro für die Umgestaltung seines privaten Gartens.
Weitere Maßnahmen: Die Wirtschaftskammer des Landgerichts Göttingen hat über die Eröffnung des Hauptverfahrens zu entscheiden.
Ermittlungen gegen weitere Verdächtige sind im Gange. Siehe hierzu interne Tagebuchnummer 2023/461 K
Vermerk: Die Einzelheiten der Anklage und der Ermittlungen basieren auf den Angaben der Staatsanwaltschaft Göttingen und sind im Rahmen der Unschuldsvermutung bis zum rechtskräftigen Abschluß des Verfahrens zu behandeln.

Ergänzende Aktennotiz

Betreff: Strafverfahren gegen Reiner Fuellmich wegen gewerbsmäßiger Untreue
Datum: 3. Januar 2024
Sachverhalt: Die Staatsanwaltschaft Göttingen hat am 20. Dezember 2023 Anklage gegen Reiner Fuellmich, 65 Jahre alt, Rechtsanwalt mit zuletzt bekanntem Wohnsitz in Göttingen, erhoben.
Die Anklage erfolgte wegen des Vorwurfs der gewerbsmäßigen Untreue in 18 Fällen vor der Wirtschaftskammer des Landgerichts Göttingen.
Reiner Fuellmich wurde bereits im Oktober in Untersuchungshaft genommen und befindet sich seitdem in der Justizvollzugsanstalt Rosdorf.
Aktuelle Entwicklungen: Nach einer Haftprüfung kurz vor dem Weihnachtsfest 2023 hat die Wirtschaftsstrafkammer des Landgerichts Göttingen die Aufhebung des Haftbefehls abgelehnt. Fuellmich bleibt in der Justizvollzugsanstalt Rosdorf inhaftiert. Die interne Begründung hierfür ist die Tatsache, daß sich Fuellmich bereits zuvor durch den Aufenthalt in Mexiko versucht hat der deutschen Gerichtsbarkeit zu entziehen. Es wird vermutet, daß mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit ausreichende Finanzmittel zu einem erneuten Entzug der Gerichtsbarkeit vorhanden sind.
Vor seiner Festnahme hielt sich Fuellmich in Mexiko auf und entzog sich so der deutschen Strafverfolgung. Mitte Oktober wurde er nach Deutschland abgeschoben und am Frankfurter Flughafen festgenommen.
Anklageerweiterung: Die Anklage wirft Fuellmich vor, mehr als eine Million Euro an Spendengeldern, die zur Finanzierung der Arbeit des "Corona-Ausschusses" bestimmt waren, für private Zwecke verwendet zu haben.
Weitere Maßnahmen: Die Entscheidung über die Eröffnung des Hauptverfahrens obliegt der Wirtschaftskammer des Landgerichts Göttingen.
Vermerk: Die Einzelheiten der Anklage und der Ermittlungen basieren auf den Angaben der Staatsanwaltschaft Göttingen und sind im Rahmen der Unschuldsvermutung bis zum rechtskräftigen Abschluß des Verfahrens zu behandeln.

Bericht und Handlungsempfehlungen bezüglich Reiner Fuellmich

Datum: 24. August 2021
Verfasser: B**
Betreff: Umfassende Analyse und Empfehlungen im Umgang mit Reiner Fuellmich
Einleitung: Das B** hat eine gründliche Untersuchung der Aktivitäten von Reiner Fuellmich durchgeführt, einer Person, die zunehmend als potentielle Bedrohung für die öffentliche Sicherheit und die demokratische Ordnung der Bundesrepublik Deutschland wahrgenommen wird. Aufgrund seiner öffentlichen Äußerungen, politischen Ambitionen und der Mobilisierung einer signifikanten Anhängerschaft ist eine detaillierte Bewertung seiner Handlungen

und des daraus resultierenden Einflusses auf das gesellschaftliche Klima erforderlich.
Sachverhalt: Reiner Fuellmich hat durch seine Rolle eine Plattform geschaffen, die es ihm ermöglichen könnte, weitreichenden Einfluß auf das politische und gesellschaftliche Stimmungsbild zu nehmen. Seine Botschaften, die häufig demokratiefeindliche Tendenzen aufweisen und zu Unruhen anstiften könnten, erfordern eine adäquate und harte Antwort der Sicherheitsbehörden.
Erweiterte Analyse: Es besteht die ernstzunehmende Sorge, daß Reiner Fuellmichs Bestrebungen, Einfluß auf politische Prozesse zu nehmen oder ein exponiertes politisches Amt zu erlangen, die Grundfesten unserer demokratischen Gesellschaft untergraben könnten. Seine Aktivitäten sind nicht nur als potentiell rechtswidrig einzustufen, sondern stellen auch eine Gefahr für die innere Sicherheit dar. Die Vergabe bzw. die Möglichkeit zur Erlangung politisch exponierter Ämter ist mit allen rechtstaatlichen Mitteln zu unterbinden.
Empfehlungen:
1. Intensivierung der Überwachung: Die Rekrutierung und Hinzuziehung von Vertrauenspersonen aus dem engsten Umfeld von Reiner Fuellmich wird empfohlen. Dies soll dazu dienen, tiefere Einblicke in geplante Aktivitäten, Strukturen der Anhängerschaft und potentielle Bedrohungsszenarien zu gewinnen.
2. Politisch Unvereinbarkeit und rechtliche Schritte: Unvereinbarkeitserklärung: Es sollte eine Analyse durchgeführt werden, um die Möglichkeit einer Unvereinbarkeitserklärung zu bewerten, die Reiner Fuellmich die Bekleidung politischer Ämter aufgrund nachgewiesener demokratiefeindlicher Tendenzen untersagt.
3. Strafprozessuale Maßnahmen: Die Einleitung strafprozessuale Maßnahmen auf die Basis der gesammelten Beweise gegen Reiner Fuellmich muß vorbereitet werden. Dies beinhaltet die Zusammenarbeit mit Staatsanwaltschaften und die Vorbereitung von Anklagen bei nachweisbaren Rechtsverstößen. Gegebenenfalls notwendige Konstruktionen sind abzuwägen und geeignete Drittakteure anzuwerben.
4. Öffentliche Kommunikation und Prävention: Aufklärungsarbeit: Die Entwicklung einer Strategie zur Aufklärung der Öffentlichkeit über die Risiken und die negativen Auswirkungen, die von Reiner Fuellmichs Handlungen ausgehen, ist essentiell. Ziel ist es, das Bewußtsein zu schärfen und Desinformation entgegenzuwirken.
Präventive Maßnahmen: Die Förderung von Extremismuspräventionsprogrammen, die auf die Anhängerschaft von Reiner Fuellmich abzielen, sowie die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen sind wichtige Schritte, um seine Einflußnahme zu begrenzen.
Vermerk: Die Aktivitäten von Reiner Fuellmich stellen eine komplexe Herausforderung für die Sicherheitsbehörden dar, die eine koordinierte und vielschichtige Antwort erfordern. Die Umsetzung der empfohlenen Maßnahmen soll dazu beitragen, seine politische Tragfähigkeit zu unterbinden und die Sicherheit sowie die demokratischen Werte der Bundesrepublik Deutschland zu schützen.
Quelle: Das Füllmich-Komplott | LAUFPASS.com<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 28. April 2024 (x1.368/…):
>>**Gender-Sprache an der Grundschule: Kinder sprechen von "Tisch-in" und "Stühl-innen"**
In einer Grundschule in NRW wird seit Kurzem im Unterricht gegendert. Das Ergebnis: Kinder sprechen jetzt von "Tisch-in" und "Stühl-innen". Dennoch hält die Schulleiterin die Sprachvorgaben für "wichtig".
Von *Redaktion*
In einer Grundschule in Lünen in Nordrhein-Westfalen wird neuerdings im Unterricht und unter den Lehrern gegendert. In einem Gespräch schildert die Schulleiterin der Schule den Ruhr-Nachrichten die Erfahrungen, die man mit den neuen Sprachgewohnheiten gemacht hat.

Eine davon, die Schulleiterin beschreibt sie als "lustig", sei es, daß Grundschulkinder völlig unsinnige Begriffe wie Stuhl oder Tisch gendern würden. Aus Stuhl machten die Kinder etwa "Stühl-innen" und aus dem Wort Tisch "Tisch-in". Auch "Plakatin" habe sie schon vernommen. Trotz dieser Absurditäten versuche man weiter so gut es geht, sich an die neuen Sprachvorgaben zu halten.
Begonnen habe das Gendern mit der Ankunft einer Referendarin, die die unerwartete Veränderung mit sich brachte, erzählt die Schulleiterin im Interview. Plötzlich habe man im Lehrerzimmer von "Kollegiumszimmer" oder "Teamraum" zu sprechen, anstelle des traditionellen "Lehrerzimmers", um eine inklusivere Bezeichnung zu finden.
Auch das "Gendering", also die Verwendung geschlechtsneutraler Sprache, wurde von der neuen Kollegin praktiziert. Bei jedem Bezug zu Personen fügte sie eine kurze Sprechpause ein, gefolgt von einem "in" oder "innen". Die Umstellung sei für einige Kollegen ungewohnt gewesen und habe sogar Irritation ausgelöst. Doch die Hartnäckigkeit der Referendarin habe sich schließlich ausgezahlt. "Als wir erkannten, wie wichtig es für sie war, haben wir uns angepaßt", heißt es von der Schulleiterin.
Anpassen mußten sich auch die Grundschul-Schüler, denn auch in den Unterricht ließ man die genderneutrale Sprache einfließen. Inzwischen heißt es von der Schule, man wolle im Unterricht möglichst auf Doppelnennung, Ingenieurinnen und Ingenieure, Lehrerinnen und Lehrer, achten.
Gleich zu Beginn der Schullaufbahn sei es das Ziel, alle Kinder gleichermaßen anzusprechen, damit überkommene Rollenbilder, die nicht selten im Elternhaus genährt werden, sich erst gar nicht festsetzen würden, heißt es weiter. Das ist auch möglich, weil das nordrhein-westfälische Ministerium für Schule und Bildung keine klaren Richtlinien für Gender-Sprache vorgibt - anders als etwa Bayern, in der Gendern im Unterricht inzwischen verboten ist.
Auch in Sachsen, Sachsen-Anhalt, Hessen und Schleswig-Holstein ist das Gendern in der Schule untersagt. Der Deutsche Lehrerverband lehnt Gendern ebenfalls ab. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) spricht sich dagegen für eine frühzeitige Sensibilisierung für gendergerechte Sprache aus.

Grundschulkinder gendern ins Absurde

Die Schulleiterin gibt zu, daß die Einführung des Genderns im Unterricht auch Herausforderungen brachte. Vor allem für Kinder, die Deutsch als Zweitsprache lernen, sei das eine enorme Herausforderung gewesen, auch noch die gendergerechten Begriffe zu verstehen. Mit der Zeit würden die Kinder die korrekten Bezeichnungen aber lernen und auch Lehrer würden sich der Herausforderungen bewußt, die das Gendern mit sich bringt. So könne die Schulleiterin inzwischen über die Gender-Fehler lachen, beschreibt sie im Gespräch.
Ob alle Eltern das so witzig finden, ist mehr als fraglich. Anfang letzten Jahres scheiterte ein Vater aus Berlin mit seiner Klage gegen das Gendern vor dem Berliner Verwaltungsgericht. Anlaß auch damals verschiedene Vorfälle an der Schule eines seiner Kinder. "Etliche Lehrkräfte verhalten sich beim Gendern wie als Lehrer getarnte Aktivisten", so der Vater damals kritisch.
Mehrere Lehrer genderten in Texten an Eltern, aber auch bei den Aufgabenstellungen im Unterricht. Dazu würde, wie in Lünen, mit Sprechpausen geredet werden. "Diese Ideologie gehört nicht in den Unterricht, Schüler haben ein Recht darauf, eine normgerechte Sprache zu lernen", forderte der Vater damals vehement.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 28. April 2024 (x1.377/…):

>>**"Urrußland war germanisch geprägt"**

Von *COMPACT Redaktion*

Wer waren eigentlich unsere Vorfahren? Kaum ein Volk übt bis heute eine so ungebrochene Ausstrahlung aus wie die Germanen. Dr. Stephanie Elsässer sprach darüber mit dem bekann-

ten Historiker Jan von Flocken. …
Elsässer: Wir sind heute bei Jan von Flocken, dem bekannten Historiker und Preisträger. Er hat zahlreiche Bücher geschrieben, und wir wollen heute mit ihm über unsere neue Geschichtsausgabe "Die Germanen: Die Geschichte der erstsen Deutschen" sprechen. Es geht hier im Heft mit der Frühzeit los. In Europa lebten die Kelten, die Slawen und Germanen.
Wir erfahren von ihren Heiligtümern wie den Externsteinen, von ihren Festen, von den Wikingern, von den germanischen Stämmen, von der Himmelsscheibe von Nebra, die eine hochstehende Kultur in der Bronzezeit beweist, wir erleben die germanischen Götter wie Thor und Odin, wir erfahren von der Irminsul, von der Schrift, den Runen, von ihren Kriegen und vielem mehr. Lieber Jan von Flocken, die erste Frage: Unsere Germanenausgaben sind ja Bestseller. Was fasziniert die Menschen heute noch an den alten Germanen?

"Rus bedeutet Ruderer"

Flocken: Das frage ich mich manchmal auch. Es ist ja im besten Deutschland aller Zeiten, wie unser hochverehrter Herr Bundespräsident sagt, Konsens, unsere Geschichte mit Dreck zu beschmieren oder sie auf zwölf Jahre zu reduzieren. Ich kann mir das nur so erklären, daß gerade weil die deutsche Geschichte offiziell so mies gemacht wird, es Menschen gibt, die sagen, sie möchten mal wissen, wie es wirklich gewesen ist. Und da kann ich mir vorstellen, daß auch an unseren Urvätern, wenn man so sagt, den Germanen, ein profundes Interesse besteht. Ich freue mich darüber und wundere mich gleichzeitig auch ein bißchen.
Elsässer: Würden Sie denn auch sagen, daß die Germanen das prägende Volk in Europa waren, neben den Kelten und Slawen, stimmt das?
Flocken: Prägend schon mal, was die Sprache angeht; vom Angelsächsischen über das Skandinavische bis zum Deutschen hat sich das Germanische erhalten. Das Keltische wird ja kaum noch gesprochen, das Slawische eher, aber das kam viel später. Auch die Slawen, nehmen wir mal Rußland; "Rus" ist ein germanisches Wort und bedeutet "Ruderer". Also die Kiewer Rus, das Urrußland, ist germanisch geprägt, auch wenn man das dort nicht so gerne hört. Also insofern stimmt das schon, daß die Germanen bis heute, wie man sagen kann, die prägende Volksgruppe für Europa sind.
Elsässer: Was wir eben angeschnitten haben, habe ich mir mal ein Zitat herausgeschrieben, weil heute einige Politiker und Kulturschaffende behaupten, die Germanen hätten es gar nicht gegeben, sie seien ein Konstrukt. Das sagt zum Beispiel Naika Foroutan, Tochter eines Iraners und Leiterin des Berliner Instituts für Integrations- und Migrationsforschung. Ich kann mir nicht erklären, warum die alten Germanen heute gerne mal verleugnet werden. Was glauben Sie, was der Grund dafür sein könnte?
Flocken: Ja gut, was die Dame aus Mittelasien zu ihrem Urteil veranlaßt hat, kann ich nicht sagen, das muß sie selbst wissen. Richtig ist, insofern, als wenn man vor ungefähr 2.000 Jahren einem Cherusker, einem Chatten, einem Sueben, einem Alemannen gesagt hätte, du bist ein Germane, hätte der sich sehr gewundert, weil dieser Ausdruck eine Erfindung der Römer ist, die alles, was jenseits des Rheins war, als die Germanen subsumiert haben, insbesondere der berühmte Tacitus in seiner Germania.
Als solche haben die sich natürlich nicht gesehen, ebenso wenig wie die Gallier, die von Caesar zu Galliern gemacht wurden. Auch ein Arverner oder ein Veneter oder ein Veneller hätten sich des Todes gewundert, daß er ein Gallier sei. Insofern ist es richtig, daß dieser Begriff "Germanen" eine Fremdbestimmung der Römer war.
Aber, ich habe ja schon die Gallier als Beispiel genannt, auch die Griechen, den Ostgriechen gab es zwar, aber ein Makedonier hätte eigentlich mit einem Spartaner und der mit einem Athener auch nicht so sehr viel gemeinsam gehabt. Also haben wir das bei vielen Völkern der Antike, daß sie einen subsumierenden Namen haben, der, was die einzelnen Stämme angeht, nicht hundertprozentig stimmt.

"Familienzwist von shakespearischem Ausmaß"
Elsässer: Ja, die Germanen waren ein Volk mit hunderten Stämmen. Was glauben Sie, was ist aus Ihrer Sicht der wichtigste Stamm oder welche waren die wichtigsten Stämme?
Flocken: Natürlich nicht die Cherusker, das ist klar, das kennt man ja von Hermann, der eigentlich Arminius hieß. Den wichtigsten Stamm festzustellen ist schwierig; wir könnten das ganz zum Schluß noch einmal behandeln, was so Sachsen und Alemannen angeht. Was ich ganz kurios fand, es gab Ende der 80er Jahre ein Manöver in der Bundeswehr, das "Standhafte Chatten" hieß. Und überall taucht es auf als "Standhafte Schatten", weil keiner mehr wußte, daß die im heutigen Hessen lebenden Stämme der Germanen unter dem Begriff "Chatten" mit "Ch" zusammengefaßt sind.
Das zeigt also, daß da einiges an Wissen verloren gegangen ist und daß es dann ganz schwierig ist zu sagen, wer der bedeutendste war. Aber wir können gerne noch zum Schluß auf Sachsen und Alemannen zu sprechen kommen, dann werden wir schon sehen, wer aus meiner Sicht die bedeutendsten sind.
Elsässer: Sie haben schon die Cherusker angesprochen. Jetzt kommen wir zu den Herausforderern des römischen Imperiums, den Befreiern Germaniens, eben einmal Arminius, Hermann der Cherusker, Varusschlacht im 9. Jahrhundert nach Christus, und es gab noch einen weiteren Befreiungskämpfer namens Marbod. Und die beiden haben ja leider nicht zusammengefunden, warum eigentlich?
Flocken: Das ist ein Familienzwist von shakespearischem Ausmaß, kann man schon sagen. Es ist sehr schade, daß unsere großen deutschen Dramatiker Schiller, Goethe und Lessing sich dieses Themas nicht angenommen haben. Da ist alles drin, was zum Beispiel Shakespeare in seinen Tragödien von der ersten Titus Andronicus bis zur letzten, man kann schon etwas respektlos sagen, verwurstet hat an Animositäten zwischen Mann und Frau, zwischen Vater und Sohn, zwischen Bruder und Schwester.
Das ist in diesem Fall gar keine, ich sag mal, typisch germanische Geschichte gewesen und da menschelt es sehr, und das ist auch der Grund dafür, daß es dann zu dieser Tragödie zwischen Marbod und Hermann gekommen ist. Es gab also keine wirtschaftlichen oder politischen Hintergründe im Großen und Ganzen, sondern das war wie immer: "Man kann nicht miteinander" oder man findet nicht zueinander, das endet in einer tödlichen Feindschaft. Wie gesagt, das hätte ein wunderbares Drama auf der Bühne ergeben.
In unserer neuen Sonderausgabe "Die Germanen - Die Geschichte der ersten Deutschen" lesen Sie Wahrheit über den Freiheitskampf unserer Ahnen, ihre Kultur und ihre Bedeutung für die Herausbildung unserer Nation.<<
29.04.2024
BRD: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 29. April 2024 (x1.369/…): >>**Der Irrsinn mit den CO2-Zertifikaten**
Die Regierung plant, Abgaben auf CO2-Emissionen bis auf 300 Euro pro Tonne CO2 zu steigern. Tatsächlich profitiert davon nicht das Klima sondern dubiose Spekulanten machen damit Milliarden-Gewinne.
von Prof. Dr. Ing. *Hans-Günter Appel*
CO2-Emissionen aus dem Verbrennen von Kohle, Erdgas und Erdöl mit Abgaben zu belasten, halten Bundesregierung und viele Politiker für den optimalen Weg, das Verwenden fossiler Brennstoffe zu verringern und abzuschaffen. So glauben sie, das Klima schützen zu können. Doch welches Klima, definieren sie nicht. Der Wirtschaftliche Beirat der Bundesregierung mit Professorin Veronika Grimm an der Spitze unterstützt die CO2-Abgabenbelastung, schönfärberisch "Bepreisung" genannt, als zur "Energiewende" wirksamen Weg.
Kohle, Erdgas und Erdöl sind nicht ersetzbar
Eine Abgabenbelastung würde das Verwenden solcher Güter wirksam verringern, die ersetz-

bar sind; die Sinnhaftigkeit einer solchen Maßnahme sei hier nicht betrachtet. Doch Kohle, Erdgas und Erdöl sind als Energieträger und Chemierohstoffe nicht ersetzbar. Ersatzstoffe aus Wasser und CO2 mit Hilfe von Wind- und Solarstrom herzustellen, wie von den Grünen gefordert, ist unbezahlbar und würde die Umwelt mit flächendeckenden Anlagen zerstören.
Für ein stabiles Stromnetz sind Großkraftwerke mit ihren rotierenden Massen erforderlich, die Strom mit fossilen Energierohstoffen erzeugen. In dieses Netz kann dann auch noch Fakepower (Wind- und Solarstrom) eingespeist werden. Selbst dann, wenn wetterabhängige Fakepower im Überfluß erzeugt wird, müssen diese Großkraftwerke weiterlaufen, um einen Zusammenbruch des Stromnetzes zu verhindern.
Wollen wir auf viele Produkte, ein stabiles Stromnetz und Arbeit bringende Industrie nicht verzichten, müssen wir Kohle, Erdgas und Erdöl weiterhin nutzen. Dies scheint den "Wirtschaftsweisen" nicht klar zu sein. Es fehlen wohl physikalische Grundkenntnisse.

Windige CO2-Zertifikate

Mit immer teureren CO2-Zertifikaten wird die Kreativität, sich mit solchen Zertifikate von CO2-Abgaben zu befreien, größer. Besitzer von Elektro-Autos können Jahr für Jahr Zertifikate im Wert von mehreren 100 Euro beantragen, da ihr Fahrzeug angeblich emissionsfrei fährt. Die fossilen Brennstoffe zur Herstellung des Autos und der Batterie, die höher sind als für ein gleichwertiges Verbrenner-Auto, werden nicht eingerechnet.
Tesla verdient viel Geld mit CO2-Zertifikaten. Wie funktioniert das? Die Regierung hat die erlaubten CO2- Emissionen für neue Autos begrenzt. Die Autos eines Herstellers dürfen im Mittel diesen Grenzwert nicht überschreiten. Sonst sind Strafgelder fällig. Kleine Autos mit geringen CO2-Emissionen können den Grenzwert drücken. Noch günstiger sind E-Autos, die als emissionsfrei gelten. Daher bauen fast alle Hersteller E-Autos, um den Grenzwert zu erreichen. Die Autos werden in vielen Fällen mit Verlust vertrieben. Das ist billiger als die Strafkosten.
Tesla erwirbt mit seinen "emissionsfreien" Autos Zertifikate für erlaubten, aber nicht getätigten Emissionen. Mit diesen Zertifikaten hat Tesla im letzten Jahr fast 2 Milliarden Dollar verdient. Hauptkäufer waren General Motors und Chrysler-Fiat, die zu einem erheblichen Teil SUVs und Trucks mit starken Verbrenner-Motoren bauen. Die Käufer dieser Autos bezahlen letztlich die "Gewinne" von Tesla.
Mit dem Kauf von CO2-Zertifikaten mutieren viele Firmen zu "grün", ohne die Produktion oder das Produkt zu ändern. Gesetzlich ist das zulässig. TÜV-Organisationen zertifizieren solche Betriebe. Dazu gehört auch der Vertrieb von "grünem" Strom, der als mit Zertifikaten grüngefärbter Kraftwerkstrom geliefert wird.

Millionäre und Milliardäre durch Zertifikate

Elon Musk kassiert mit den Tesla-Zertifikaten fast zwei Milliarden Dollar im Jahr. Al Gore, der ehemalige Vizepräsident der USA, hat mit Umweltprojekten viele CO2-Zertifikate generiert und ist damit vielfacher Millionär geworden. Viele weniger bekannte Profiteure verdienen mit Zertifikaten Millionen. Praktisch wird es, wenn ein Unternehmen für Zertifikate bringende Umweltprojekte auch die Zertifizierung vornimmt. Dann können leicht Zertifikate ohne Leistung in Umlauf gebracht werden.
Eine große Rolle für das Gewinnen von Zertifikaten spielt Wald. Es gibt Zertifikate, wenn Bäume nicht gefällt werden oder neue Bäume gepflanzt werden. Das Öl-Emirat Katar hat sich die Verfügungsgewalt über große Waldflächen in Afrika erkauft, um ein großer Player im Zertifikatehandel zu werden.

Zertifikate zerstören Wirtschaft und Wohlstand

Die Abgaben auf CO2-Emissionen verteuern die Energie und erhöhen die Verwaltungskosten von Staat und Wirtschaft. Zertifikate, die für die Einsparung von CO2-Emissionen erteilt werden, bereichern die Profiteure auch dann, wenn die Einsparung nur auf dem Papier steht. Die

Abgabenbelastung von CO2 ist eine wesentliche Ursache für den Anstieg der Energiekosten und den Niedergang unserer Wirtschaft. Sie muß ersatzlos beendet werden. Das ist eine der 6 Forderungen vom Stromverbraucherschutz NAEB für eine sichere und bezahlbare Energieversorgung.
1. Solar-, Wind-, Biogas-Strom stoppen und EEG beenden.
2. Nord-Stream reparieren, weiterhin Erdgas- statt Wasserstoff (H2).
3. Kohle-Strom- Kraftwerke reaktivieren, keine CO2-Langzeitspeicherung.
4. CO2-Steuer beenden, Klima-Schutzgesetz aussetzen, Klima-Fonds auflösen.
5. Kein Heizungsverbot, kein Wärmepumpenzwang, Wärmeschutzverordnung von 1995 statt Dämmwahn.
6. Kein Verbrenner-Verbot, ohne E- / Bio-Fuels, keine Subvention für Elektro-Mobilität.<<

Das deutsche Online-Medienportal "NIUS" berichtet am 29. April 2024 (x1.372/…): >>**Der anrührende Brief der Rentnerin Ines aus Jena: "Mein Mann und ich haben zusammen 1.000 Euro Rente - unser letzter Urlaub war 2007"**

Redaktion

Seit Tagen erreichen unsere Redaktion Briefe von Menschen, denen ihr Geld kaum zu Leben reicht. Besonders berührt hat uns der Brief von Ines, einer Rentnerin aus Jena.

Am Telefon gestattete sie uns, ihren Brief zu veröffentlichen: Ich bin unverschuldet Rentnerin geworden. Mich hat der Krebs - Leukämie - erwischt. Leider, ich konnte nach meiner Transplantation nicht mehr arbeiten. Die Behandlungen, Chemo und Bestrahlung, haben viel kaputt gemacht. Ich kann nicht mehr lange stehen, zittere - keiner weiß warum. Ich habe Wortfindungsstörungen, Treppe runterlaufen ist für mich der reinste Horror, ich habe immer Angst zu fallen. Meine Rente beträgt nicht mal 900 Euro brutto.

Mein Mann, gelernter Fleischer, ist nach langer Krankheit arbeitslos geworden. Sein Bruttogehalt lag zu Zeiten seiner Arbeit bei rund 2.200 Euro. Krankengeld sind 70 Prozent vom Gehalt, und das Arbeitslosengeld ist dann mit dem Krankengeld verrechnet worden.

Unseren letzten Urlaub hatten wir 2007, bezahlt von unseren Kindern, nach Österreich für eine Woche.

Wenn wir alle Ausgaben abziehen von dem Geld, was wir erhalten, dann bleibt nichts übrig. Es darf in unserem Haushalt nichts kaputtgehen. Unser Auto hat 15 Jahre auf den Rädern, man sieht es ihm an. Es darf aber nicht kaputtgehen. Wir sind aber darauf angewiesen, weil wir in einem Dorf leben. Ich muß mindestens einmal im Jahr zur Nachsorge nach Jena, eine Fahrt mit dem Auto 45 Minuten. Mit dem ÖPNV brauche ich mehr als 6 Stunden, um auch wieder nach Hause zu kommen. Einen kleinen Luxus haben wir: Einen Schrebergarten und meine zwei Katzen.

Wenn man dann diese nutzlosen Politiker sieht, die Geld ausgeben, das denen nicht gehört, dann wächst mir 'ne Feder. Alles wird teurer! Am meisten habe ich mich über die Grünen-Chefin Lang geärgert, die behauptet hat, die Rentner würden in Deutschland durchschnittlich 2000 Euro kriegen. Mein Mann und ich bekommen 1.000 Euro - und zwar zusammen! Wie kann man nur so weltfremd sein?!<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 29. April 2024 (x1.368/…): >>**Vor Islamisten-Demo: SPD und Grüne lehnten Verbotsantrag gegen "Muslim Interaktiv" ab**

Im Vorfeld der Islamisten-Demonstration am Samstag in Hamburg beantragte die CDU ein Verbot des Veranstalters: "Muslim Interaktiv". In der Hamburger Bürgschaft stimmten die Koalitionsparteien SPD und Grüne aber gegen ein Verbot des radikal-islamistischen Netzwerks.

Von *Redaktion*

Im Vorfeld der umstrittenen Islamisten-Demonstration in Hamburg lehnte die SPD und die

Grünen einen Verbotsantrag der CDU ab. Die Christdemokraten hatten ein Verbot der Gruppierung "Muslim Interaktiv" in die Bürgerschaftssitzung vom 24. April eingebracht. Hamburgs Regierungskoalition lehnte den Antrag geschlossen ab, die Linke enthielt sich, AfD und CDU stimmten für ein Verbot.
Am Samstagabend hatten rund 1.100 Menschen an einer Demonstration des islamistischen Netzwerks "Muslim Interaktiv" teilgenommen und dabei mitunter die Errichtung eines Kalifats gefordert. Während das Kalifat als "Lösung" präsentiert wurde, zeigte sich in Verbindung mit der Parole "Nein zur Wertediktatur" die antiwestliche und demokratiefeindliche Gesinnung der islamistischen Teilnehmer (Apollo News berichtete).

Verbotene Islamisten hinter Internet-Gruppen

"Muslim Interaktiv" selbst ist kein unbeschriebenes Blatt. Das Netzwerk teilt die verfassungsfeindlichen Kalifat-Forderungen der seit 2003 in Deutschland verbotenen Bewegung Hizb ut-Tahrir. Hizb ut-Tahrir strebt die Errichtung eines internationalen Kalifats an und ist in über 40 Ländern aktiv. Aufgrund ihrer radikalen Ablehnung demokratischer und nicht-islamischer theokratischer Regierungsformen ist sie in vielen Ländern verboten.
Trotz dieser Nähe ist "Muslim Interaktiv" in Deutschland nach wie vor nicht verboten und wird auch nicht als gesichert extremistische Bestrebung eingestuft. Dennoch beobachtet der Verfassungsschutz das Netzwerk wegen seiner Nähe zu Hizb ut-Tahrir. Die Gruppe steht außerdem im Verdacht, Jugendliche seit Jahren in sozialen Medien zu radikalisieren.
Der CDU-Antrag mit dem Titel 'Muslim Interaktiv' muß verboten werden! wurde dennoch abgelehnt. Oppositionsanträge werden nach Möglichkeit in Deutschland aus politisch-strategischen Gründen erst einmal zurückgewiesen. Die SPD sowie die Grünen lehnen damit aber generelle Überlegung über ein Betätigungsverbot des Netzwerkes in Hamburg ab. SPD und Grüne sind mit 54 beziehungsweise 33 Sitzen in der Hamburger Bürgerschaft vertreten. CDU und AfD kommen auf lediglich 15 beziehungsweise sieben Sitze. Auch die Linke und FDP sind mit 13 Mandaten beziehungsweise einem Sitz deutlich in der Unterzahl.
Bevor die CDU den Verbotsantrag am vergangenen Mittwoch an die Bürgerschaft stellte, hatten die Christdemokraten bereits den Senat aufgefordert, das Bundesinnenministerium (BMI) mit einem möglichen Verbot von "Muslim Interaktiv" zu betrauen. Das BMI wiederum teilte auf Anfrage von Apollo News mit, sich "grundsätzlich nicht" zu äußern.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 29. April 2024 (x1.376/…): >>**Es geht um Millionen-Aufträge: Top-Beamter von Nancy Faeser unter Filz-Verdacht!**

Einem Top-Beamten im Bundesinnenministerium von Nancy Faeser (SPD) wird eine dubiose Nähe zu einem externen Berater vorgeworfen. Spielten private Beziehungen bei der Vergabe von Millionen-Aufträgen eine Rolle?
Ernst Bürger ist im Bundesinnenministerium von Nancy Faeser für die Digitalisierung zuständig und hat eine Schlüsselstellung inne. Laut Medienberichten soll es bei Auftragsvergaben seiner Abteilung zu Ungereimtheiten gekommen sein.
Bürger soll demnach einem ehemaligen Mitarbeiter des Beratungs-Riesen McKinsey, der im Ministerium an Digitalisierungsprojekten mitwirkte, privat nahestehen. Prüfer sollen in einer Untersuchung klären, ob die persönliche Beziehung zwischen den beiden Männern bei millionenschweren Auftragsvergaben an McKinsey eine Rolle spielte.

Teure Restaurantbesuche mit Ehefrauen

Interne Dokumente sollen belegen, daß beide private Nachrichten austauschten, daß es Essen in teuren Restaurants sowie Treffen zwischen den Ehefrauen Bürgers und des Ex-Beraters gab. Auch Bürgers Frau arbeitet im Innenministerium und soll ebenfalls mit McKinsey zu tun gehabt haben, berichtet der "Spiegel".
Brisant: Bürger soll dem McKinsey-Berater unter anderem ein Angebot eines Konkurrenzunternehmens weitergeleitet haben. "Hast du eine andere / bessere Idee wie man hier digitalisie-

ren könnte?", soll er dazu bemerkt haben. Das könnte ein Verstoß gegen die Vergabeordnung gewesen sein.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 29. April 2024 (x1.377/…): >>**Verkaufsverbot für Maximilian Krahs Manifest!**

Von *COMPACT Redaktion*

Nach Spionagevorwürfen gegen einen chinesischen Mitarbeiter von AfD-Politiker Maximilian Krah versucht das Regime jetzt dessen Buch "Politik von rechts" zu verbieten - unter einem irrwitzigen Vorwand. Der Verlag druckt deshalb eine Neuauflage. …

Seit der Verfassungsschutz COMPACT eine wirtschaftliche Austrocknung angedroht hat, klagen Mainstream-Verlage und GEZ-Sender unsere Publikationen vom Markt. Darunter die erste Auflage von Jürgen Elsässers Autobiographie "Ich bin Deutscher" sowie unsere Prachtausgabe "Babylon Berlin", die die historischen Hintergründe der gleichnamigen Serie präsentierte.

Von den Schlapphüten angefeuert, ist den Klägern kein Vorwand zu blöd. Zuletzt weigerten sich Zeitungsgroßhändler, entgegen dem Presserecht, die Lieferung von COMPACT an Bahnhofkioske. Eine Anmaßung, gegen die wir juristisch vorgehen.

Jetzt traf es Maximilian Krah, den AfD-Kandidaten für die kommende EU-Wahl. Zuerst kam er wegen einer Spionage-Affäre ins Gerede: Sein Assistent Jian G. soll chinesische Geheimdienste informell versorgt, aber auch für den Verfassungsschutz gearbeitet haben. Ein Schlapphut Spitzel also! Sein Auftrag: Über die angebliche Aktivitäten chinesischer Geheimdienste zu berichten.

Aber es kommt noch besser: Seit Monaten sorgt Krahs Bestseller "Politik von rechts. Ein Manifest" für Furore. Da der Mainstream ihm intellektuell nicht gewachsen ist - wie das Interview mit Thilo Jung deutlich gezeigt hat - bekämpft man es wieder mit einem Verbot. Diesmal klagte das Land Baden-Württemberg hatte gegen den Verlag.

Vorwand: Die Cover-Abbildung zeigt das Kloster Maulbronn (auf unserem oberen Werbe-Banner deshalb geschwärzt), allerdings in einer grafischen Bearbeitung. Das Landgericht Karlsruhe gab der Unterlassungsklage des Landes dennoch statt.

Denn: Bilder von Innenräumen des Klosters dürften ausschließlich mit Genehmigung seines Eigentümers, der Staatlichen Schlösser und Gärten für Publikationen verwendet werden. Diese Nutzungsrechte habe der Verlag jedoch nicht erworben.

Gegen eventuelle Weiterverkäufe wolle man gerichtlich vorgehen. Ein Sprecher verriet: "Das Kloster Maulbronn ist auch immer ein Ort des offenen Austausches gewesen. Das verträgt sich nicht mit dem Geist des Buches von Herrn Krah."

Doch keine Sorge: Eine Neuauflage mit neuem Cover-Motiv ist in Arbeit. Es besteht jedoch die Gefahr, daß sich das Regime bald einen neuen Trick ausdenken wird, um Krahs Manifest "Politik von rechts" vom Markt zu nehmen. Sichern Sie daher am besten noch heute Ihr Exemplar der Neuauflage, bevor wieder jemand dazwischenfunkt.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 29. April 2024 (x1.376/…): >>**Immer mehr Wissenschaftler machen Front gegen den Klimaschwindel: "CO2 ist der teuerste Betrug der Geschichte!"**

Mal ist es "für die Jahreszeit zu warm", dann wieder ist es "für die Jahreszeit zu kalt". Eines ist immer im Staatsfunk: "Klimawandel!" Dabei widersprechen immer mehr angesehene Wissenschaftler dem ideologischen CO2-Schwindel.

Wird auch langsam Zeit: Der Deutsche Wetterdienst kündigt für die kommenden Tage zunehmend wärmere Luftmassen an, die zu uns kommen sollen. Ein lausiger, aber ganz normaler April geht zu Ende, der seinem Motto ("macht was er will") vollauf gerecht wurde.

Dennoch halten die öffentlich-rechtlichen Wetter-Propheten unbeirrt am Klimaschwindel fest, obwohl immer mehr ernstzunehmende Wissenschaftler dem ideologischen Narrativ vom an-

geblich menschengemachten Klimawandel widersprechen. Der Deutschland-Kurier dokumentiert zehn wichtige Stimmen.
- John F. Clauser, Nobelpreis für Physik (2023), Experimentalphysiker an der University of California; Doktorarbeit an der Universität Columbia (New York, zählt zu den zehn besten Universitäten weltweit). Er sagt klipp und klar: "Es gibt keine Klimakrise!"
John F. Clauser
- Richard Siegmund Lindzen, emeritierter Professor für Meteorologie am Massachusetts Institute of Technology (MIT) in Cambridge; vorher University of Chicago und Harvard University (Master of Science). Er vergleicht den organisierten Klimaschwindel mit der Mafia, sagt: "Die Deutschen werden sehr wütend sein, wenn sie merken, daß sie belogen wurden!"
Richard Lindzen
- William Happer, emeritierter Professor für Atomphysik an der Princeton University (New Jersey), viertälteste Universität der USA. Bis 2019 war er Seniordirektor des Nationalen Sicherheitsrats im Kabinett von Donald Trump; Doktorabschluß an der Princeton University. Die CO2-Verteufelung vergleicht er mit der "Dämonisierung der Juden unter Hitler"
William Happer - Quelle: Von Gage Skidmore, CC BY-SA 3.0, https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=66615483
- Cliff Mass, Professor für Atmosphärenwissenschaften an der University of Washington (Seattle); sein Spezialgebiet sind numerische Wetter- und Klimavorhersagen; Doktor der Physik ebenfalls an der Universität Washington. Er sagt etwas vollkommen Unbestrittenes: "In der Erdgeschichte hat es immer wieder Warmphasen gegeben."
Cliff Mass - Quelle: By Mayor McGinn - Mayor Rain Watch Snow Watch 02, CC BY 2.0, https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=80962297
- John K. Dagsvik, pensionierter Wirtschaftswissenschaftler (Universität Oslo)und Experte der "Zentralen Statistikbehörde Norwegens" (SSB). Seine auf statistischen Erhebungen beruhende These lautet: "CO2 ist zu schwach, um Temperatur zu beeinflussen."
John K. Dagsvik
- Edwin Berry, Atmosphärenphysiker und zertifizierter beratender Meteorologe aus dem US-Bundesstaat Montana, Doktor der Physik (Universität von Nevada). Er bringt es auf den Punkt: "CO2 ist der teuerste Betrug der Geschichte!"
Edwin Berry
- John Christy, Professor für Atmosphärenwissenschaften und Klimatologe an der University of Alabama in Huntsville, Spezialist für die Auswertung von Satellitenbeobachtungen der Atmosphäre; Doktorabschluß an der University of Illinois. Zitat: "Wenn wir uns das Klima und seine Geschichte anschauen, dann sehen wir: Alles, was das Klima heute macht, hat es schon einmal gegeben."
John Christy
- Willie Soon, Astrophysiker (Harvard Smithsonian Center for Astrophysics); Promotion an der University of Southern California. Seine These: Maßgeblich die Sonne beeinflußt das Klima. Er sagt: "Es gibt eine sehr klare beweiskräftige Grundlage für die Aussage, die man machen kann: Ein wärmeres Klima ist im Allgemeinen besser für das Wohlergehen des Planeten, insbesondere für den Menschen und die Pflanzenwelt."
Willie Soon
- Horst-Joachim Lüdecke, Physiker für Strömungsmechanik und emeritierter Professor an der Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes; Promotion an der Universität Heidelberg. Er hält die Klima-Hysterie für baren Unsinn - allein schon deshalb, weil ein "Klimajahr" 30 Wetterjahren entspreche. Sein Fazit: "Das vom Menschen ausgestoßene C02 hat kaum Auswirkungen auf das Klima. Der ganze Hype um Klimaschutz ist völlig unnötig."
Horst-Joachim Lüdecke - Quelle: Von SwissJournalist2 - Eigenes Werk, CC BY-SA 3.0,

https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=30118928
- Steven Elliot Koonin, Kernphysiker (New York University), von 2009 bis 2011 Staatssekretär der Obama-Administration im US-Energieministerium, Promotion am Massachusetts Institute of Technology. Er resümiert: "Menschliche Einflüsse sind physikalisch gering im Vergleich zum Klima-System als Ganzes."
Steven Elliot Koonin
Was diese zehn Wissenschaftler von den angeblich zu "99 Prozent einigen wissenschaftlichen Arbeiten bezüglich des menschengemachten Klimawandels" unterscheidet: Sie hängen nicht an staatlichen Tröpfen und werden nicht vom UN-Weltklimarat (IPCC) bezahlt; sie lassen sich auch nicht von milliardenschweren Öko-Sozialisten mit ihren diversen NGO's aushalten!<<
BRD: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 29. April 2024 (x1.369/…): >>**Schulze will internationale Milliardärssteuer**
Bundesentwicklungsministerin Svenja Schulze (SPD) will sich für die Einführung einer Milliardärssteuer einsetzen. "In der EU hat jeder ungefähr 35 Prozent Steuern, die wir zahlen. Milliardäre zahlen unter ein Prozent Steuern", sagte Schulze dem "Frühstart" der Sender RTL und ntv.
"Und das zu verändern, indem man ein weltweites Abkommen macht, alle zusammen erheben eine Steuer auf die Milliardäre, das würde der Welt sehr weiterhelfen und das wäre auch nur fair." Auf die Kritik der FDP geht sie dabei nicht ein. Es gehe um eine internationale Vereinbarung. "Es geht darum, ob wir die jetzt international mitgestalten", sagte die SPD-Politikerin. "Wir haben ja in Deutschland ein Steuersystem, was auch reiche Menschen besteuert. Das ist aber nicht weltweit der Fall", so Schulze.
Viele ärmere Länder würden sich nicht trauen, eine solche Steuer einzuführen. Deswegen sei eine internationale Initiative die richtige Herangehensweise, ähnlich wie bei der globalen Mindeststeuer für Unternehmen. Nach dem FDP-Parteitag sieht Schulze die gemeinsamen Ziele der Koalition gestärkt. "Wo wir uns sicherlich einig sind, ist, daß wir die Wirtschaft ankurbeln wollen", sagte sie. Als Exportland sei Deutschland dabei auf Partnerschaften in der Welt angewiesen. Das sei Teil ihrer Arbeit als Entwicklungsministerin.
Bei der Rente dagegen verweist Schulze auf das, was im Koalitionsvertrag vereinbart worden sei. "Ich glaube, es muß noch mal viel stärker darüber gesprochen werden, was heute alles schon möglich ist. Man kann länger als 63 arbeiten", so die SPD-Politikerin weiter.
Auf die Frage, ob sie sich angesichts der Differenzen in der Ampel wieder eine große Koalition wünschen würde, verweist sie auf die Differenzen in der GroKo. "In der Großen Koalition ist vieles liegengeblieben, weil wir uns eben nicht einigen konnten", sagte Schulze. "Jetzt gibt es Auseinandersetzungen, ja, aber die Themen werden auch angepackt und vorangebracht, und das ist wichtig für unser Land."<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 29. April 2024 (x1.377/…): >>**Flucht und Vertreibung: Zeitzeugen klagen an**
Von *Daniell Pföhringer*
Unsere neue Geschichtsausgabe "Verlorene Heimat - Die Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten" besticht durch die Berichte von Zeitzeugen, die die von uns dargestellten historischen Geschehnisse auf erschütternde Weise unterstreichen. …
Mag ein Historiker bis in letzte Detail informiert sein, mag er sein Material noch so intelligent durchdringen - den Zeitzeugen, die Weitergabe von Erlebtem kann er nicht ersetzen. So haben wir in der neuen Geschichtsausgabe "Verlorene Heimat - Die Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten" einen Schwerpunkt auf Zeugnisse jener gelegt, die diese schwere Zeit selbst miterlebt haben.
Die Augen- und Zeitzeugenberichte ergänzen dabei unsere historischen Darstellungen in idea-

ler Weise - denn sie vermitteln die Schrecken, die Greuel und die Schicksale der Menschen, die während und nach dem Zweiten Weltkrieg aus ihrer angestammten Heimat vertrieben wurden, viel stärker und eindringlicher als alle geschichtswissenschaftlichen Abhandlungen.

Das jähe Ende einer Kindheit

Ganze sechs Seiten nimmt beispielsweise der Zeitzeugenbericht von Werner Schmidt ein, der den Einmarsch der Roten Armee in Ostpreußen als Jugendlicher miterlebte. Während seine Mutter und Geschwister fliehen konnten, wurde er von den Sowjets zwangsverpflichtet und nach Sibirien gebracht.

Ein Auszug aus seinen in COMPACT-Geschichte Nr. 23 "Verlorene Heimat" dokumentierten Schilderungen: "Entlang des Haffs lagen unzählige aufgedunsene, stinkende Kadaver herum. Die noch Ansässigen wurden verpflichtet, alles zu entsorgen. So haben auch ich und ein Zwölfjähriger viele unter die Erde gebracht. Diese Arbeit geschah ohne Mundschutz und Schutzhandschuhe. Wie wir in späteren Jahren erfuhren, hätten wir uns mit dem Leichengift anstecken können."

Schmidt fährt fort: "Das Entsetzlichste war für uns beiden Jungs, als wir zwei gefallene deutsche Soldaten fanden. Eine der Leichen lag am Waldesrand. Der Oberkörper war von Wildtieren angefressen worden. Wir haben den Gefallenen dann an Ort und Stelle beerdigt. Der tote Körper des zweiten deutschen Soldaten lag in einem Wassergraben und war bereits halb verwest. Wir haben den Leichnam auf eine Anhöhe gebracht und beerdigt. Wir bereits dem ersten, haben wir auch dem zweiten Gefallenen Blumen auf sein Grab gepflanzt, ein Kreuz gebaut und - wie es einem toten Soldaten gebührt - den Stahlhelm draufgesetzt."

Und weiter: "Am nächsten Morgen haben wir die Gräber wieder besuchen wollen. Sie waren dem Erdboden gleichgemacht - offensichtlich von Sowjets aus Haß gegen uns Deutsche. Die Erkennungsmarken der gefallenen deutschen Soldaten habe ich mitgenommen. Leider sind sie mir später abhandengekommen, sodaß die Männer bis heute als vermißt gelten."

Der Leidensweg des Pommern-Mädchens

Schreckliches mußte auch Erna Rinklin erleben. Sie war noch ein Kind, als die Rote Armee in ihre Heimat Pommern einmarschierte und sich systematisch an den dortigen Frauen verging - auch an ihrer Mutter und Schwester.

Sie berichtet in unserer neuen Geschichtsausgabe "Verlorene Heimat": "Irgendwann muß ich wohl doch eingeschlafen sein, bis ich von Russen aufgeschreckt wurde. Mama und viele andere Frauen mußten mitgehen.

Sie sagten: 'Kommandantura, Frau. Komm mit. Kommandantura.' Da half kein Weinen und nach Mama schreien. Sie mußte mit. Ich hatte auch Angst, sie zurückzuhalten. Wie froh waren wir, als sie nach längerer Zeit wiederkam. 'Wo warst du, Mama? Was haben sie mit dir gemacht. Haben sie dir auch wehgetan?' ‚Nein, nein', sagte Mama. Sie sah traurig aus. 'Was hast du so lange gemacht auf der Kommandantura?' Mama schwieg.

Die ganze Nacht hindurch kamen die Russen, holten die Frauen, zogen ihnen die Kopftücher runter, schauten ihnen ins Gesicht, nahmen sie an der Hand und zogen sie mit. Nach längerer Zeit kamen sie wieder. Dann kamen welche und wühlten unsere ganze Schlafstätte durch. Sie fanden die Mädchen, die in die Decken eingerollt waren. Nun mußten die Mädchen mit. Auch meine ältere Schwester Traute. Sie alle mußten mit. Es waren wohl sechs oder sieben Mädchen. Mama weinte die ganze Nacht hindurch. Auch Ursula und ich konnten nicht schlafen. Mama drückte uns immer wieder fest an sich."

Doch inmitten all der Greuel gab es einen jungen russischen Soldaten, der Menschlichkeit zeigte, Mitleid hatte und ihrer Familie half. Dazu schreibt Erna Rinklin: "Ein Russe stand vor der Türe und lächelte uns freundlich zu. Er hielt ein Paket in der Hand. Wir forderten ihn auf, ins Haus zu kommen. Er war sehr jung. Der Russe ging zum Tisch und packte das Paket aus. Wir sahen uns alle an und trauten unseren Augen kaum. Er holte ein Kommißbrot und Fisch

heraus. Uns lief das Wasser im Mund zusammen. Vor Freude kullerten Mama ein paar Tränen über die Wangen.
Obwohl er kein Wort Deutsch sprach und wir kein Wort Russisch, verstanden wir uns doch. Er schob die Sachen zu meiner Mutter auf den Platz. ‚Den muß uns der liebe Gott geschickt haben', sagte Mama. Oder war es schon Weihnachten? Wir wußten es nicht. Wir saßen alle am Tisch und sahen uns an. Seine Augen sahen sich im Zimmer um. Dann stand er auf. So schnell, wie der Russe kam, verschwand er wieder in der Dunkelheit. ...
Nach einigen Tagen wiederholte sich die Begebenheit. Er klopfte, und wir dachten wieder, es ist Papa. Doch der Russe stand erneut vor der Tür, und wir sagten: ‚Komm!' Ich faßte ihn sogar an, und er lächelte mir zu. Er hätte ja mein Bruder sein können. Dieses Mal war er sehr schweigsam. Wie auch beim vorigen Mal schob er uns ein Paket zu, und als er sah, daß wir uns freuten, freute er sich mit. Wieder hatten wir Essen für ein paar Tage."
Dies sind nur zwei von vielen Zeitzeugen aus Pommern, Schlesien, Ostpreußen, Danzig und dem Sudetenland, die wir in COMPACT-Geschichte Nr. 23 "Verlorene Heimat - Die Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten" zu Wort kommen lassen. Wir dokumentieren Aussagen von Deutschen, die in polnischen oder tschechischen Lagern Greueltaten mit ansehen mußten.
Und wir rufen besonders schlimme Einzelverbrechen in Erinnerung: das Massaker von Nemmersdorf, den Brünner Todesmarsch oder den Massenmord von Postelberg. Stets akribisch mit Quellen und Dokumenten belegt.
Mit COMPACT-Geschichte "Verlorene Heimat - Die Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten" erinnern wir an ein dunkles Kapitel unserer Geschichte, das in Vergessenheit zu geraten droht. Erfahren Sie alles über die größte Vertreibung in der jüngeren Geschichte und die schrecklichen Verbrechen, die damit einhergingen. Wir zeigen schonungslos, wie Menschen verjagt, ermordet, gefoltert und vergewaltigt wurden nur weil sie Deutsche waren.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 29. April 2024 (x1.377/…):
>>**Spiegel: Gleich drei Anti-AfD-Lügen in einem Satz**
In dem Artikel heißt es, die Nummer zwei auf der EU-Liste der Partei, Petr Bystron habe angeblich bei einer Sitzung des Bundesvorstandes gegenüber den AfD-Kollegen "zugegeben, kleine Pakete" von einem - laut Spiegel - angeblich pro-russischen Ukrainer "angenommen zu haben". Dies hätten "mehrere Teilnehmer bestätigt", so die Autorin Ann-Katrin Müller. Eine dreiste Lüge, denn die Mitglieder des Bundesvorstandes bestätigen diese Version keineswegs. Im Gegenteil: Sie dementieren.
So schreibt der Bundesvorstand der Partei in einer Pressemitteilung: "Die in Artikeln des Spiegel getroffene Aussage, Herr Bystron hätte am 22. April 2024 dem Bundesvorstand der Alternative für Deutschland gegenüber erklärt, Pakete erhalten zu haben, ist falsch. In der genannten Sitzung hat er nicht behauptet, Pakete erhalten oder entgegengenommen zu haben. Dies bestätigten heute eine Vielzahl von Teilnehmern der Bundesvorstandssitzung."
Zum wiederholten Mal betätigt sich der Spiegel als Sturmgeschütz der Desinformation. Das Blatt wirft gerne alle journalistischen Grundsätze über Bord, wenn es darum geht, die Opposition in Deutschland zu diffamieren. In der Corona-Zeit waren die Gegner der staatlichen Zwangsmaßnahmen die Opfer, in der aktuellen Kampagne ist es die AfD.
Bei dieser sollen Parteien aus sechs europäischen Ländern, die sich allesamt gegen die Fortsetzung des Krieges in der Ukraine einsetzen, im Auftrag der NATO diskreditiert werden, fand der preisgekrönte US-Investigativjournalist Michael Schellenberger heraus. In Deutschland stehen die beiden Spitzenkandidaten der AfD für die EU-Wahl Maximilian Krah und Petr Bystron unter Beschuß.
In einer Kampagne verbreitet der Spiegel ungeprüft unbelegte Vorwürfe aus Tschechien, Bystron und Krah hätten Geld von einem (angeblich) pro-russischen Sender erhalten. Eine Reihe

von Politikern, darunter ehemalige Staatspräsidenten und Außenminister werden in einer Hexenjagd beschuldigt, Agenten Moskaus zu sein, nur weil sie dem Onlineportal "Voice of Europe" ein Interview gegeben haben.
Man unterstellt ihnen, sie hätten sich von Moskau dafür schmieren lassen. Daß alle Beteiligten diese Vorwürfe als absurd zurückweisen, stört den Spiegel nicht im Geringsten. Im Gegenteil, das Blatt verbreitet immer neue Storys zu dem Fall, auch wenn es nichts neues zu vermelden gibt. Bystron bezeichnete das Vorgehen treffend als "ein Versuch, alten Kaffee immer wieder aufzubrühen".
Screenshot X
Die Autorin des Artikels, Ann-Katrin Müller beeilte sich sogar, die umstrittene Äußerung sogar auf X zu verbreiten. Und das, obwohl Bystron gegenüber dem Spiegel den Vorgang nicht bestätigte. Vielmehr schrieb der Politiker dem Blatt, es handele sich um eine von der NATO-betriebenen Kampagne, die durch Medien wie der Spiegel bis zur Wahl am Leben gehalten werden soll.
Und auf X postete er offenbar als Reaktion auf die Berichterstattung unter dem Logo des SPIEGEL mit der Selbstbeschreibung: "Der Spiegel steht für unabhängigen, investigativen Journalismus" den Kommentar: "Gleich drei Lügen in nur einem Satz. Typisch Der Spiegel."
Bystron Spiegel X
Den Bericht des Spiegel übernahm sofort (und ungeprüft) die Welt in ihrer Online-Ausgabe und anschließend weitere Portale wie t-online, Focus-Online, Radio Prag und andere. Das blinde Zitieren ausgerechnet des Spiegel könnte für all diese Blätter teuer werden, bestätigt der Medienanwalt Markus Haintz: "Sollte es sich bestätigen, daß es sich um eine unwahre Tatsachenbehauptung handelt, wäre die Berichterstattung abmahnfähig".
Vielleicht überlegen es sich die Journalisten dieser Blätter in Zukunft, ob Sie noch etwas vom Spiegel übernehmen sollen.
(Erstveröffentlichung des Artikels in PI-News)<<
Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/28919" berichtet am 29. April 2024 (x1.366/…): >>**Ist unsere Dauererschöpfung bis hin zur Depression normal? "Das indoktrinierte Gehirn"**
… von *Dr. Michael Nehls*
Warum gehören Dauererschöpfung und Depression schon bei vielen Menschen zum Alltag? Die Antwort des Mediziners Michael Nehls läßt aufhorchen und zeigt einen Weg aus diesem Gefängnis. Lernen Sie mit dieser Sendung die Wichtigkeit des autobiografischen Gedächtnisses kennen!
Viele Menschen klagen über Dauererschöpfung bis hin zur Depression. Aber ist das normal? Auf diese brennende Frage gibt Dr. Michael Nehls, Mediziner und international anerkannter Molekulargenetiker, eine Antwort mit gewaltigem Veränderungspotential. Hören Sie eine Zusammenschau aus seinem Buch: "Das indoktrinierte Gehirn", das im August 2023 herausgekommen ist und bereits zum "Spiegel-Bestseller" gekürt wurde.
Worum geht es?
WEF-Gründer Klaus Schwab kündigte während der Corona-Pandemie an, die Gesellschaft weltweit bis zum Jahre 2030 umbauen zu wollen. Er sprach von einer Chance, die diese Krise biete, um den von ihm propagierten "Great Reset" - den Umbau der Gesellschaftsordnung - zu erreichen. Die dänische Politikerin Ida Auken verkündigte bereits 2016 in einem vom WEF veröffentlichten Artikel, wie dieser Umbau aussehen sollte: "Ich besitze nichts, habe keine Privatsphäre, und das Leben war noch nie besser."
Wessen Bedürfnis aber ist es, daß die Gesellschaft tiefgreifend umgebaut wird?
Dazu erklärt Dr. Michael Nehls, wie die Corona-Maßnahmen einerseits und die als COVID-19-Impfung bekannte mRNA-Gentherapie andererseits dazu dienten, das "autobiografische

Gedächtnis" der Menschen weltweit zu reduzieren mit dem letztendlichen Ziel, dieses ganz zu zerstören.
Zum besseren Verständnis eine kurze Erklärung: Das autobiografische Gedächtnis ist wichtig für das Selbstbild, für soziale Beziehungen und für die Planung von Handlungen. Es enthält die persönlichen Lebenserinnerungen.
Die Zerstörung des autobiografischen Gedächtnisses ist also nötig, um die Menschheit so weit gefügig zu machen, daß sie ein neues, ein totalitäres Gesellschaftssystem im Sinne von Klaus Schwabs Vision und Ankündigung, akzeptiert.
Laut Nehls Analyse braucht es die Zerstörung dieses Teils des Gehirns der Menschen weltweit, damit sie die neue Gesellschaftsordnung akzeptieren.
Nehls erklärt, daß diese "Gehirnwäsche globalen Ausmaßes" - bildlich gesprochen diese "Installation eines neuen Betriebssystems" - nur funktionieren kann, wenn eingefahrene Bahnen unseres Denkens und alte Regeln unseres Zusammenlebens nachhaltig blockiert oder gar gelöscht werden. So zum Beispiel die traditionelle Familie als Lebensform und als wichtigster Grundpfeiler einer Gesellschaft.
Außer unserer Lebensform und unserer Besitzverhältnisse soll auch die Funktion unseres Gehirns verändert werden.
Um diese Zusammenhänge verstehen zu können, erklärt Nehls zuerst einmal, was das autobiografische Gedächtnis ist und wie es funktioniert:
Es gibt eine neurophysiologische Voraussetzung - das meint eine Funktionsweise des Nervensystems - zur Befähigung bzw. zur Bereitschaft des Menschen, nachdenken zu können und eigenständig zu handeln. Sie basiert auf einigen besonderen Eigenschaften unseres autobiografischen Gedächtnisses. Dieses zeichnet nicht nur alles auf, was wir erleben und dabei fühlen, sondern auch, was wir währenddessen denken. Persönliche Erinnerungen und Erfahrungen werden im autobiografischen Gedächtnis gespeichert und bilden zusammen mit anderen Persönlichkeitsmerkmalen unsere Individualität.
Wenn das autobiografische Gedächtnis reduziert wird, dann wird auch unsere Individualität reduziert.
Der Hippocampus ist ein Teil des Großhirns, wo auch das autobiografische Gedächtnis lokalisiert ist. Der Hippocampus besitzt die einzigartige Fähigkeit, sich dauerhaft zu merken, wann und wo wir etwas Spannendes, Außergewöhnliches oder für uns persönlich Wichtiges gedacht oder erlebt haben. Das Auswahlkriterium, nach welchem der Hippocampus entscheidet, was er speichert und was er nicht speichert, richtet sich danach, ob das Erlebte eine Emotion in uns auslöste und damit eine Bedeutung bekam oder nicht. Routinetätigkeiten werden nicht abgespeichert.
Wir alle kennen Erlebnisse, die vielleicht weit in der Vergangenheit liegen, aber sie sind uns unvergeßlich im Gedächtnis geblieben. Das sind entweder besonders schöne Erlebnisse, vielleicht sehr traurige oder Schreckensmomente. Da dies mit starken Emotionen verbunden war, wurden sie im Hippocampus abgespeichert.
Erlebnisse, die mit Emotionen verbunden sind, werden gespeichert und bilden einen Teil unserer Individualität.
Ein bewußtes Wiedererleben unserer früheren Erfahrungen und Gedanken wird dadurch möglich, daß der Hippocampus wie ein Register die Zugangsinformationen zu allen Gedächtnisfragmenten speichert. Diese Signaturen speichert der Hippocampus in den zur jeweiligen autobiografischen Erinnerung gehörenden Orts- und Zeitneuronen, die Nehls als Indexneuronen bezeichnet. Diese Indexneuronen verbleiben lebenslang im Hippocampus und verankern dort alle unsere autobiografischen Erinnerungsinhalte.
Wie kann der Hippocampus lebenslang ausreichend Indexneuronen zur Verfügung haben, sodaß wir bis ins hohe Alter stets neue Gedanken und Erlebnisse abspeichern und wieder ins

Gedächtnis rufen können?
Der Hippocampus kann selbst noch beim Erwachsenen tagtäglich Tausende von neuen Nervenzellen produzieren. Wäre dies nicht der Fall, müßten mit der Zeit zunehmend bereits verwendete Indexneuronen "überschrieben" werden, was einem Erinnerungsverlust gleichkäme. Als Beispiel kann man sich ein vollgeschriebenes Blatt vorstellen, das nochmals beschrieben wird und somit unleserlich wird.
Die einzigartige Fähigkeit des Hippocampus, nämlich bis ins hohe Alter täglich Tausende von neuen Nervenzellen zu produzieren, soll verhindert werden.
Wenn wir z.B. nach einem harten Arbeitstag abends müde sind und nicht mehr wirklich "denken" und auch keine Probleme mehr lösen wollen und können, dann liegt das daran, daß wir nicht mehr genug freie Indexneuronen haben, um "Weiteres" zu speichern. Erst in der Nacht werden während des Schlafs wieder neue Indexneuronen gebildet. Deshalb sind wir in der Regel am Morgen viel arbeitswilliger und leistungsfähiger als am Abend.
Fazit: Bis ins hohe Alter kann der Hippocampus neue Nervenzellen produzieren.
Dieser Vorteil kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Neue Indexneuronen sind nicht nur die Grundlage für natürliche Neugier, autobiografisches Wissen, Individualität und letztlich Kreativität und psychische Widerstandskraft, sondern ihre Funktion ist auch auf gesellschaftlicher Ebene entscheidend für den kulturellen Fortschritt der Menschheit.
So hat es immer wieder in der Geschichte des menschlichen Fortschritts kreative Gedanken gebraucht, um Neues und Wichtiges für die Weiterentwicklung der Menschen zu erfinden, z.B. elektrische Energie, Maschinen jeglicher Art, Flugzeuge..
Diese Fähigkeit des Menschen, kreative Gedanken zu haben, ermöglicht ihm das Überleben, wie auch den kulturellen Fortschritt.
Heutzutage wächst das autobiografische Gedächtnis vieler Menschen allerdings nicht mehr lebenslang, was es natürlicherweise eigentlich täte, und verliert somit an Speicherkapazität.
Grund dafür ist Erschöpfung durch Dauerstreß und Ängste, wie zum Beispiel die Coronamaßnahmen und die daraus folgende Depression. Die Depressionsrate stieg seit Beginn der Corona-Pandemie in Deutschland um das Dreifache. Dadurch wird auch die Denkfähigkeit der Menschen begrenzt. Sie neigen dazu, ihren gewohnten Abläufen zu folgen und in Routinehandlungen stecken zu bleiben.
Diese Krise (Corona-Pandemie) und besonders ihre Maßnahmen, welche die Denkfähigkeit der Menschen begrenzen, bezeichnet Klaus Schwab als ‚Chance für einen Gesellschaftsumbau'. Das heißt also, daß nur Menschen mit begrenzter Hirnleistung mit diesem Umbau einverstanden sind.
Weiter bilden sich nur neue Indexneuronen, wenn diese auch gebraucht werden; andernfalls sterben sie ab und es werden keine neuen mehr gebildet. Die Folgen sind ebenfalls Passivität und das widerstandslose Hinnehmen aller unangenehmen und lebensverneinenden Umstände.
Ein weiterer drastischer Eingriff zur Lahmlegung unseres autobiografischen Gedächtnisses erfolgte durch die COVID-19-Impfung selbst.
Es ist wissenschaftlich erwiesen, daß das Spikeprotein verändert wurde. Es wurde eine "Furinspaltstelle" eingebaut, die das Spike einerseits hoch toxisch macht. Andererseits kann es so die Blut-Hirn-Schranke passieren, Entzündungen auslösen und die Neubildung der Indexneuronen verhindern.
Das Spike wurde extra so verändert, daß es ins Gehirn gelangen kann und daß es Entzündungen hervorruft.
Diese Furinspaltstelle im Spike ist somit eine Biowaffe gegen unser Gehirn. Die verordneten Booster, also die regelmäßige Auffrischung, zerstört unser biografisches Gedächtnis und somit unser psychisches Immunsystem.
Wenn neue Indexneuronen fehlen und stark emotionale Ereignisse geschehen wie z.B. neue

Pandemien und Maßnahmen, Terroranschläge oder Kriege, werden somit bereits beschriebene Indexneuronen mit diesen emotionalen Szenarien des Schreckens überschrieben. Das Resultat ist, daß Menschen ihre persönlichen Erinnerungen verlieren und die neue Narrative behalten. Durch diese Überschreibung unserer alten Erinnerungen können sie nicht mehr auf unsere bisherigen Erfahrungen zurückgreifen. Vielmehr sind diese Menschen der "neuen Wahrheit" hilflos ausgeliefert.
Kann es sein, daß die Ereignisse des Schreckens, mit denen wir täglich zugedeckt werden, gar nicht so ganz zufällig sind?
Durch die beständige Propaganda des Schreckens wird das autobiografische Gedächtnis abgebaut und mit einem neuen Narrativ überschrieben. So werden die Menschen ihres autobiografischen Gedächtnisses beraubt und widerstandslos gemacht.
Genau dieser neue Mensch ist dann konform, willenlos und paßt in die "schöne, neue Welt" von Klaus Schwab und seiner Gefolgschaft.
Wenn Menschen ihre Denkfähigkeit nicht mehr benutzen, sondern nur noch ihren gewohnten Abläufen folgen, bezeichnet Nehls dies als Zombie-Modus. Mit der System-2-Fähigkeit meint er unsere Fähigkeit bewußt zu denken, nachzudenken und Zusammenhänge zu erkennen.
Nachfolgend zeigen wir Ihnen, verehrte Zuseher, einen Ausschnitt aus einem Interview von oval.media. Hören Sie selbst, wie Dr. Michael Nehls aus diesen Erkenntnissen die praktischen Konsequenzen zieht.
Video: Also das ist ein weiteres Problem. Deswegen war auch ein Arbeitstitel von mir die Zombie-Apokalypse 2030, genau weil wir eben dann in diesem Zombie-Modus System 1 gefangen sind, weil man uns die System-2-Fähigkeit raubt, indem man eben die Indexneuronen blockiert in ihrer Produktion. Aber es geht eben noch viel weiter.
Es geht eben um die Überschreibung der Individualität durch die narrativen Inhalte, die wir täglich geliefert bekommen. Und dieses Überschreiben der Individualität und die ja letztendlich die Basis ist auch für Kreativität, das ist noch viel tiefer greifender als nur der Zombie-Modus. Das ist ja noch viel eindringlicher. Wenn wir unsere Individualität verlieren, dann verlieren wir im Prinzip unsere Fähigkeit, mental auf Dinge zu reagieren.
Und da habe ich auch so ein Bild vor mir - um aus evolutionärer Sicht erfolgreich zu sein, sprich sich zu vermehren, das ist ja das Ziel. Der Imperativ: "Seid fruchtbar und mehret euch", könnte auch Darwin geschrieben haben. Was da in der Bibel steht, das ist sozusagen der Modus Operandi sozusagen der Evolution. Daran werden wir gemessen. Wie viele Nachkommen wir haben, das ist sozusagen die Münze, mit der die Evolution ihren Erfolg mißt.
Und um erfolgreich zu sein, um sich zu vermehren, muß man erstmal überleben, und um zu überleben müssen wir uns wehren. Wir müssen uns ernähren, aber uns auch wehren gegen Feinde. Und da gibt es eben die Mikroorganismen und die Makroorganismen. Für die Mikroorganismen haben wir unser klassisches Immunsystem, körperliches Immunsystem und für die Makroorganismen haben wir etwas, was wir ein mentales Immunsystem nennen.
Und das nennt man die Waffen des mentalen Immunsystems, das ist die Erinnerung, die wir im Hippocampus haben. Also wenn jetzt zum Beispiel ein Hund auf mich zu rennt, habe ich mehrere Möglichkeiten, darauf zu reagieren. Habe ich noch nie einen Hund gesehen, werde ich wahrscheinlich falsch reagieren. Habe ich schon mal einen Hund gesehen, habe ich eine Erinnerung daran, möglicherweise auch eine Einschätzung darauf. Ist es ein kleiner Hund, ein großer Hund, hat er dicke Zähne, ist es eher ein freundlicher Charakter.
Das sind alles Dinge, die autobiografisch gespeichert sind bei mir und meine Reaktion sozusagen definieren. Das heißt, meine Reaktion auf Makroorganismen, in dem Fall ein Hund, im anderen Fall Bill Gates. Das sind Dinge, wo wir die Erfahrung benötigen und jetzt ebenso, wenn wir jetzt die Indexneuronen-Produktion blockieren durch die Maßnahmen, die wir bei Corona erlebt haben, vor allem durch die chronischen Injektionen von Spike. Und … durch

diesen permanenten Krieg, den wir außen führen gegen alles Mögliche, der aber eigentlich ein Krieg gegen unser Gehirn ist, dann verlieren wir immer mehr autobiografische Gedächtnisinhalte. Das heißt unser mentales Immunsystem bricht zusammen.
Und das ist ja eigentlich - Sie haben es ja eingangs erwähnt, wenn es um die Kriegsführung geht, das ist ja das, was man machen muß: Das mentale Immunsystem der Gesellschaft brechen, um sie zu übernehmen. Das ist das Einfachste, was man machen kann. Das ist auch das Logische, was man machen muß. Solange die Menschen noch denkfähig sind, können sie sich auch wehren. Und das ist der eine Aspekt.
Der andere Aspekt ist, daß man ja mit 2030 eben plant, das kann man ja auch bei der Bundesregierung (D) nachlesen, daß man immer mehr in eine KI-Überwachung der Gesellschaft geht. Und eine KI muß natürlich dann das Verhalten der Menschen nicht nur beobachten, sie muß es auch vorhersagen können.
Ja, beim BMI (Bundesministerium für Inneres) gibt es sogar einen Artikel, wo es darum geht, weil die KI besser über uns Bescheid weiß als wir selbst, daß die KI letztendlich auch bei uns entscheidet, wie die Zukunft zu gestalten ist. Das heißt, wir kommen in eine Post-Voting-Gesellschaft, wir können Demokratie abschaffen. Weil die KI ja weiß, was das Beste für uns ist, warum wir also nicht mehr an die Wahlurne gehen. Warum auch?
Na ja, und eine KI kann nur dann unser Verhalten ideal vorhersagen, wenn wir über möglichst wenig eigene Kreativität verfügen, die ja chaotisch ist und möglicherweise Verhaltensweisen hervorruft, die nicht vorhersehbar sind. Um das zu reduzieren, muß Individualität sozusagen reduziert werden und das ist eine Begleiterscheinung. Ob es ein Hauptmotiv ist, kann man diskutieren, aber es ist mit Sicherheit ein sehr beunruhigendes Begleitphänomen dieses Prozesses.
Wie können wir uns also wehren? Ja, also, wie ich so in Kapitel 7 dann, im letzten Kapitel, hoffnungsmachend versuche zu schreiben, sind mehrere Sachen. Also einerseits, das sind drei Dinge, die ich so sehe.
Das eine ist natürlich ganz klar, wenn der Kampf sozusagen im Gehirn stattfindet, dann müssen wir auch dort unsere Waffen schmieden. Also wir müssen dort den Kampf annehmen. Die Waffen, die wir haben, sind eben genau die, die uns der Feind sozusagen wegnehmen will. Also die Fähigkeit, kreativ zu denken, über den Tellerrand zu schauen, die Zusammenhänge zu begreifen, eine typische Resilienz (Widerstandsfähigkeit und Selbsterhaltung) zu entwikkeln, daß wir trotz aller dieser Widrigkeiten nicht einbrechen psychisch, sondern eben einen Weg finden, uns zu wehren. Das heißt, wir müssen die Neurogenese (Bildung von Nervenzellen) im Hippocampus schlichtweg wieder ankurbeln.
Das habe ich ja dann auch beschrieben als Formel gegen Indoktrination, welche Lebensbereiche wir sozusagen anschauen müssen und gucken müssen: Wo sind da Defizite möglicherweise, die eben das natürliche Wachstum des Hippocampus, die Produktion dieser Indexneuronen blockieren.
Beispiel Vitamin D-Mangel: Vitamin D ist ja nicht nur ein Immunhormon, was also im Immunsystem dafür wichtig ist, es ist auch ein Neurohormon. Und ein Mangel an Vitamin D sorgt sozusagen für zwei Dinge. Wir haben wahrscheinlich einen Zytokinsturm (Überreaktion des Immunsystems), was dazu führt, daß die Corona-Maßnahmen durchgesetzt werden können. Deswegen wird überall propagiert, Vitamin D brauchen wir nicht mehr. Das ist ein ganz spannendes Thema. Wir brauchen kein Vitamin D mehr. Der Mensch hat einen evolutionären Schritt gemacht. Haben Sie das mitbekommen?
Ich habe es gerade gelesen, vor wenigen Monaten, also fast ein Jahr schon wieder her, hat zum Beispiel das New England Journal of Medicine, das ist das höchstrangigste Wissenschaftsjournal im klinischen Bereich, das man sich vorstellen kann. Also wer einen Nobelpreis will, publiziert dort. Und dort gab es eine Studie, die absolut hanebüchen ist. Sie haben ein Video

darüber gemacht, vor allem die Interpretation dieser Studie. Und dort wird dann als Resultat, da gibt es ein Editorial, also die Herausgeber, haben dann selbst, sozusagen über diese Studie sich nicht nehmen lassen, ein Urteil über Vitamin D zu fällen.
Und in der Quintessenz, der letzte Satz, steht: Daß Menschen aufhören sollen, Vitamin D zu nehmen, selbst wenn sie einen Mangel haben, nur um ihr Leben zu verlängern oder gesund zu bleiben. Steht da drin. Und das heißt, wir brauchen kein Vitamin D mehr. Auch kein Vitamin D-Hormon mehr. Aber im Umkehrschluß brauchen wir die regelmäßige Spiking, nenne ich das - diese Spike-Verabreichung, um überleben zu können. Also wir haben einen evolutionären Schritt gemacht: Kein Vitamin D mehr, aber regelmäßig Spiking sichert unser Überleben. Also das ist ein absoluter Irrsinn, zu dem wir uns jetzt gerade hin entwickeln. Und wir brauchen aber das Vitamin D.
Wenn man zum Beispiel jetzt Alzheimer als sozusagen biologisches Korrelat einer dauerhaft gestörten Neurogenese sieht, da habe ich ein Paper darüber geschrieben, "Unified theory of Alzheimer's Disease" , ein wissenschaftlicher Artikel. Da habe ich das genau beschrieben. Und da basiert auch die Präventionsstrategie für Alzheimer drauf. Und wenn ich jetzt das als Korrelat sehe, und wir sehen ja auch eben, die gestörte Neurogenese führt jetzt zu einer Erhöhung der Alzheimerraten weltweit, dramatisch.
Wenn man sich das anschaut, dann ist es so, daß Vitamin D auch kritisch ist, was die Neurogenese angeht. Und die Logik ist, wenn ich einen Vitamin D-Mangel habe, habe ich eine erhöhte Wahrscheinlichkeit, Alzheimer zu entwickeln.
Aber der Mangel an Vitamin D ist im Prinzip ein doppelter Angriff auf unser Immunsystem gegen Mikroorganismen und auf unser Immunsystem gegen Makroorganismen. Und das erläutere ich in meinem Buch als ein Beispiel. Also ja, das ist aber nur ein Beispiel von vielen.
Und weil ja alle Corona-Maßnahmen diesen Prozeß beschleunigt haben, ich zeige eben, daß die in allen Lebensbereichen Effekte haben. Ganz zentral in meiner Formel ist zum Beispiel der Lebenssinn. Jeder Mensch braucht einen Sinn im Leben.
Wenn wir keinen Sinn im Leben haben - da gibt es psychologische Studien - dann steigt die Alzheimerrate dramatisch. Warum? Weil wir keinen Grund haben, morgens aufzustehen. Wir haben nichts zu tun. Unser Gehirn wird nicht mit neuen Informationen gefüttert, die interessant sind, weil wir nichts Interessantes tun. Und der Hippocampus schrumpft und Alzheimer droht. Das heißt, wir brauchen einen Lebenssinn. Und ein Lebenssinn könnte sein, gegen dieses, was jetzt gerade passiert, anzugehen.
Also ich versuche, den Menschen einen Lebenssinn zu geben, in der Aufgabe, andere zu finden, die man sozusagen überzeugt. Das ist eine wichtige Aufgabe, die wir jetzt haben. Und es gibt das berühmte Konformitätsexperiment von Solomon Nasch. Der zeigt ja, daß 23 Prozent der Menschen, die sie damals in den 60er-Jahren getestet hatten, nicht der Masse folgen, sondern ihrem gesunden Menschenverstand. Und ähnlich hoch war auch die Rate derer, die sich nicht injizieren ließen. Und wenn ein gewisser Prozentsatz sich nicht injizieren läßt und dann auch die Nebenwirkungen zu sehen sind für alle, dann gibt es plötzlich welche, die sagen: Na ja, vielleicht haben sie ja doch recht.
Und dann, wenn nur einer sozusagen von diesen 23 Prozent einen anderen überzeugen könnte, haben wir schon 46 Prozent. Also diese Lebenssinn-Aufgabe, wenn die jeder ernst nehmen würde, hätten wir relativ schnell eine Mehrheit, die ja nicht nur politisch, sondern auch auf der Straße irgendwas verändert. Daß Menschen wirklich rausgehen und sagen: Hey, so könnt ihr das mit uns nicht machen, das geht nicht. Also wir müssen Mehrheiten bilden!
Und ich habe ja noch einen dritten Punkt gesagt. Also abgesehen vom eigenen Gehirn und dann das Gehirn der anderen zu beeinflussen ist natürlich die Frage: Was ist unser Menschenbild?
Wir werden ja seit Jahrzehnten - seit Anbeginn aller Zeiten, eigentlich seit der Erbsünde, so-

weit gehe ich zurück im Buch, wird uns gesagt: Der Mensch ist schlecht. Wir müssen uns gegen alles wehren. Der Mensch ist so schlecht, daß nur ein Sozial-Punktesystem - KI überwacht - sozusagen uns retten kann vor der Selbstzerstörung. Und dieses Menschenbild gilt es zu hinterfragen.
Da gibt es einen berühmten Historiker, der hat gerade ein Buch geschrieben. Das heißt: "Im Grunde gut". Das habe ich mit Genuß gelesen und habe immer mal wieder zitiert und bin auch ein bißchen tiefer gegangen in die Wissenschaft, die dahintersteckt. Und das ist etwas, was wir uns antrainieren müssen, daß die Menschen gut sind; daß keiner uns a priori Böses will, und daß wir zusammenarbeiten müssen.
Das ist die Basis für die Kooperation zwischen Menschen, die uns genommen wird durch das Menschenbild, das uns sozusagen fälschlicherweise aufindoktriniert wird, daß der Mensch schlecht sei und nicht zum sozialen Handeln fähig. Also wir müssen auch an der Schraube drehen. Das ist aber möglich, wenn der Hippocampus wieder funktionsfähig ist.<<

30.04.2024

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 30. April 2024 (x1.377/…): >>**Augenzeugin: "Was Correctiv sagt, ist Fake"**

Von *Sven Eggers*

Geheimplan gegen Deutschland

Im Lokalteil des Münchner Merkur hat sich ein relativ sachlicher Beitrag zum skandalisierten "Geheimtreffen" in Potsdam eingeschlichen. Dabei kommt ausführlich eine Teilnehmerin zu Wort. …
Beinahe eine ganze Zeitungsseite widmete der Münchner Merkur unlängst in einer seiner Lokalausgaben einer AfD-Veranstaltung mit der Bundestagsabgeordneten Gerrit Huy im Wahlkreis Weilheim. Huy, das erfahren auch die Leser gleich eingangs, war Ende vergangenen Jahres Teilnehmerin des angeblich so bitterbösen rechten Netzwerk-Treffens im Landhaus Adlon im Potsdamer Norden.

Was Faeser nicht sagen will

Das schreibt der Merkur zur Vorstellung der Rednerin, die in einem Gasthaus in Langengeisling vor zahlreichen Teilnehmern auftrat: "Die 70-jährige Diplom-Mathematikerin und -Volkswirtschaftlerin, die in ihrem Berufsleben mehrere leitende Positionen in der Automobil-, Telekommunikations- und IT-Industrie bekleidet hatte, ist mittlerweile Sprecherin für arbeitsmarktpolitische Themen in ihrer Fraktion." Sie beteuert: "Was Correctiv über dieses Treffen gesagt hat, war ein Fake."
Dann wird Huy relativ ausführlich zitiert:
"In Potsdam waren nicht nur Mitglieder der AfD, sondern auch solche der CDU, selbst Bundeskanzler Olaf Scholz wußte Bescheid. Was in den Medien danach berichtet wurde, war von Correctiv inszeniert worden sowie von Quellen, die unsere Innenministerin Nancy Faeser aus angeblichen Belangen des Staatswohls aber nicht nennen will."
Auch an die Sellner-Rede kann sich die dreifache Mutter demnach erinnern. Der habe über den Begriff Remigration referiert. "Von Ausweisung dabei aber nur im Zusammenhang mit Kriminellen die Rede, so Huy, die übrigens Anzeige wegen der Veröffentlichung von Fotos, die sie am Rande des Potsdamer Treffens zeigen, gestellt hat.
Daß wir in der Bundesrepublik Deutschland indes ein Migrationsproblem hätten, könne ja wohl kaum geleugnet werden, führte Huy im Rahmen ihrer Rede aus. Die Hälfte der Bürgergeldempfänger sei Ausländer - "derzeit ernähren wir damit 5,5 Millionen Menschen und wundern uns, daß ein Rentner in München gerade noch 429 Euro im Monat zum Leben hat, ein Bürgergeldempfänger aber 563 Euro".
Sie könne ganz und gar nicht begreifen, weshalb die Unionsparteien auf die Brandmauer gegen die AfD setzten. "Wenn die nicht wäre, hätten wir in einigen Bundesländern bereits eine

gute, konservative Regierung", so Huy. "Stattdessen liebäugelt die CDU mit den Grünen - dann aber geht nichts mehr."

Plädoyer für Nationalstaaten

Auch sei sie gegen die EU in ihrer gegenwärtigen Verfassung: "Wir wollen mehr selbstbestimmtes Leben in unseren Nationalstaaten und weniger Eingriffe durch eine übergeordnete Organisation. Und wir müssen unsere Grenzen dicht machen. Ein Austritt aus der EU ist daher unsere maximale Drohkulisse."<<

Das deutsche Online-Medienportal "NIUS" berichtet am 30. April 2024 (x1.372/…):

>>**Schon wieder Manipulation: Tagesschau streicht entscheidendes Wort in Habeck-Text**

Das Frage-Antwort-Stück der Tagesschau über die Vorwürfe gegen Minister Habeck

Redaktion

Der nächste Manipulations-Vorwurf gegen die Tagesschau steht im Raum - wieder geht es um die Enthüllungen des Cicero, die zeigen, daß das Ministerium von Robert Habeck (Grüne) die Öffentlichkeit bei der Prüfung einer Laufzeitverlängerung der Atomkraft getäuscht hat.

Zuerst berichtete die Tagesschau gar nicht über die Skandal-Enthüllungen, dann beschwichtigte sie, daß Habeck von all dem nicht gewußt haben will, dann wurde ein Frage-Antwort-Stück veröffentlicht, daß den Minister weiter in Schutz nahm. Am Ende dann die Frage: "Wer hat das Atom-Aus zuerst beschlossen?", die sie später veränderte.

Den Beschluß habe eine schwarz-gelbe Bundesregierung unter der Führung von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) gefaßt, heißt es da. Die Wahrheit ist jedoch, daß der Atomausstieg ZUERST von der ersten rot-grünen Bundesregierung unter Kanzler Gerhard Schröder (SPD) beschlossen wurde, nämlich durch die "Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Energieversorgungsunternehmen vom 14. Juni 2000".

Knapp zwei Jahre später, im April 2002, beschloß der Bundestag das "Gesetz zur geordneten Beendigung der Kernenergienutzung zur gewerblichen Erzeugung von Elektrizität", in dem erstmals der Ausstieg aus der Atomenergie entschieden wurde. Im November 2003 und im Mai 2005 wurden mit Stade und Obrigheim die ersten beiden Kraftwerke abgeschaltet.

Die Tagesschau wurde von zahlreichen Social-Media-Nutzern auf diesen Fehler hingewiesen, ohne diesen zu beheben.

Jedoch veränderte die Tagesschau nicht den Inhalt der Meldung und stellte richtig, daß das Atom-Aus von Rot-Grün beschlossen worden ist, sie strich lediglich das Wörtchen "zuerst" aus der sich selbst gestellten Frage. Nun steht da nur noch "Wer hat das Atom-Aus beschlossen?". Das macht die Behauptung, daß schwarz-gelb der Beschluß im Angesicht der Fukushima-Katastrophe getroffen habe, nicht richtiger, läßt sich jedoch als inhaltlich richtig interpretieren, nachdem die Merkel-geführte Regierung 2011 auch einen Beschluß zu einem Atom-Ausstieg gefaßt hatte.

Die Leser wurden über die kleine, die tagelange Falschinformation verschleiernde Änderung nicht informiert. Bis zur Veröffentlichung dieses Textes wurde kein Transparenz-Hinweis ergänzt.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 30. April 2024 (x1.369/…):

>>**Voigt will "One-Way-Ticket" für muslimische Extremisten**

Nachdem am Samstag Polizeiangaben zufolge 1.100 Menschen in Hamburg an einer Demonstration teilgenommen haben, die von der vom Landesverfassungsschutz als gesichert extremistische Bestrebung eingestuften Gruppierung "Muslim Interaktiv" organisiert worden war, hat sich Thüringens CDU-Chef Mario Voigt für eine härtere Gangart gegen muslimische Extremisten ausgesprochen. "Menschen, die Kalifat und Scharia auf unseren Straßen fordern, die kriegen ein One-Way-Ticket aus Deutschland weg", sagte er dem Online-Angebot des TV-Senders ntv.

"Wenn Menschen auf deutschen Straßen ein Kalifat ausrufen, so wie am Wochenende in Hamburg, wenn sie die Scharia über das deutsche Gesetz stellen, dann stellen wir uns dem ganz klar entgegen." Voigt sprach sich für eine "Leitkultur" aus.
"Es gibt eine Hausordnung, die Leitkultur", sagte der CDU-Politiker. "Die geht über Verfassungspatriotismus hinaus. Sie besteht aus unserer Kultur und unseren Bräuchen. Das ist eine Einladung, aber auch eine Anforderung." Dabei verteidigte er die Formulierung zum Islam im Entwurf für das neue CDU-Grundsatzprogramm, das kommende Woche auf dem Bundesparteitag in Berlin beschlossen werden soll. "Ein politischer Islam, der aus dem Ausland finanziert wird und Werte predigt, die nicht unser Land ausmachen, gehört nicht zu Deutschland", sagte Voigt.
"Es ist richtig, daß die Union hier den Finger in die Wunde legt." Es gebe Millionen Muslime in Deutschland, die zum Erfolg des Landes beitrügen. "Das sind doch die, die sich am meisten über diesen Extremismus aufregen", sagte Voigt. Die CDU sei die einzige Partei, die diese Debatte differenziert führe. Voigt ist der Spitzenkandidat seiner Partei für die Landtagswahl in Thüringen am 1. September.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 30. April 2024 (x1.377/…):
>>**Schamlos: Polens Griff nach Danzig**
Von *Gero Bernhardt*
Angela Merkels Mutter wurde in Zoppot bei Danzig geboren. Welches schwere Schicksal die alte deutsche Hanse- und Hafenstadt erleiden mußte, brachte sie bei keinem Besuch in Polen zur Sprache. Wir hingegen prangern in COMPACT-Geschichte Nr. 23 "Verlorene Heimat - Die Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten" das Unrecht, das unseren Landsleuten in Danzig, Westpreußen, Pommern und Schlesien angetan wurde, in deutlichen Worten an. …
Im Juli 2011 reiste die damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel samt Ehemann ganz "privat", wie es in der Presse hieß, für ein Wochenende nach Danzig, um dort als "weiteres Zeichen für die enge Partnerschaft zwischen Berlin und Warschau" den Kontakt zu Bronislaw Komorowski, seinerzeit polnischer Staatspräsident, zu pflegen.
Zum wiederholten Male beschwor die CDU-Politikerin dabei die "Vertiefung der Beziehungen zwischen beiden Ländern". Anläßlich einer Pressekonferenz zum 20. Jahrestag des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrages hatte die Kanzlerin angedeutet, woher ihre persönliche enge Bindung rührt, nämlich daher, "daß ich schon damals, als ich in der DDR gelebt habe, ... Solidarnosc bewundert habe, daß ich nach Danzig gefahren bin, als Solidarnosc dort war."
Zu der alten deutschen Hafen- und Hansestadt hat Merkel tatsächlich eine ganz eigene Beziehung: Ihre Mutter Herlind Kasner, geborene Jentzsch, kam 1928 im Großraum Danzig zur Welt - zu einer Zeit also, da Danzig als sogenannte Freie Stadt in halbkolonialer Abhängigkeit zu Warschau stand, den Deutschen das Selbstbestimmungsrecht der Völker vorenthalten wurde und polnische Aggressionen auf der Tagesordnung standen, wie man in unserer neuen Geschichtsausgabe "Verlorene Heimat - Die Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten" nachlesen kann.
"Kerndeutsches" Danzig
Während Merkel in ihrer gesamten Amtszeit als Bundeskanzlerin nie müde wurde, gerade gegenüber Polen ständig deutsche Schuld und daraus resultierende Verantwortung - was nichts anderes als politische Zugeständnisse meint - zu artikulieren, ließ sie bei ihrem Besuch in Danzig diese schweren Jahre und die mehrhundertjährige deutsche Vergangenheit der Stadt unerwähnt. …
"Kerndeutsch" sei Danzig, betonte auch Bürgermeister Dr. Hugo Bail am 14. Oktober 1918 in einem Telegramm an das Reichsinnenministerium in der Angst, die Stadt könne in der Folge des Krieges an Polen verloren gehen. Denn schon im Jahre 1917 hatte Roman Dmowski, der

später als polnischer Delegierter in Versailles seine Unterschrift unter das Diktat setzte, dem britischen Außenminister Balfour die "Probleme Mittel- und Osteuropas" geschildert.
Dmowski sagte damals voraus: "Das heutige Danzig ist deutsch; aber unter normalen Bedingungen, d.h. unter Bedingungen einer natürlichen ökonomischen Entwicklung, wird es unweigerlich eine polnische Stadt werden."
Im Jahr 1919 war es soweit: Unter verzweifeltem Protest der Danziger wurde die Stadt dem Deutschen Reich entrissen, am 20. November 1920 zur "Freien Stadt Danzig" erklärt und schließlich der Aufsicht des Völkerbundes unterstellt.
Die Stadtkreise Danzig und Zoppot - wo Merkels Mutter geboren wurde - sowie die drei Landkreise Höhe, Danziger Niederung und Großes Werder bildeten die Freie Stadt mit insgesamt 1.966 Quadratkilometern und mehr als 400.000 Einwohnern.
Burckhardts Mahnungen
Der Schweizer Diplomat Carl J. Burckhardt, der 1937 vom Völkerbund zum Hohen Kommissar für die Freie Stadt Danzig ernannt worden war, kommentierte in seinen Memoiren:
"Ein Miniaturstaat wurde ins Leben gerufen, der, ohne wirkliche Unabhängigkeit, nur über sehr bedingte Souveränitätsrechte verfügte; ein wesentlicher Teil dieser Rechte wurde an Polen abgetreten, und in das tatsächlich als Ursprung ständiger Konflikte wie geschaffene Danziger Statut wurde nun auch noch als Garant der Völkerbund eingeschaltet, mit im Konfliktfall nicht durchzusetzenden Rechten."
Danzig gehörte zum polnischen Zollgebiet, Polen verwaltete die Eisenbahn und hatte die Macht im Hafen sowie über die Wasserwege, vertrat Danzig im Ausland. Was den Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts der Völker betrifft, sind folgende Worte Burckhardts über die Abtrennung Danzigs aufschlußreich:
"Bei dem ganzen Vorgang scheint man damals vergessen zu haben, daß es eine Danziger Bevölkerung gab (bestehend aus 96 Prozent Deutschen und nur 4 % Polen), über welche man, entgegen allen Grundsätzen, einfach verfügte. Immer wieder hat sie ihr Recht auf Abhaltung eines Plebiszits verlangt, wie es im Falle der Saar, am 13.1.1935, Anwendung finden sollte, - vergeblich!"
Und weiter: "Die um ihre Meinung nicht befragte Danziger Bevölkerung hat dann auch Polen von Anfang an passiven Widerstand geleistet."
Zwischen Krieg und Frieden
Zwischen 1920 und 1939 kam es immer wieder zu Streitigkeiten, Übertretungen und Aggressionen Polens gegen Danzigs Status. Bis 1925 bekleideten stets englische Diplomaten das Amt des Hohen Kommissars. Während Frankreich im Falle Danzigs weitestgehend die polnischen Forderungen unterstützte, neigte Großbritannien eher dem deutschen Standpunkt zu.
So konnte die harsche Polonisierungspolitik nicht greifen, was sich beispielsweise darin zeigte, daß der Hohe Kommissar den im Juni 1920 streikenden Danziger Hafenarbeitern, die sich weigerten, Munition polnischer Schiffe gegen die Sowjetunion zu löschen, trotz massiver polnischer Intervention recht gab. …<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 30. April 2024 (x1.368/…):
>>**Verfassungsschutz warnte Krah offenbar nicht vor Agententätigkeit seines Mitarbeiters**
Hat der Verfassungsschutz den AfD-Europaabgeordneten Krah über die mutmaßliche Agententätigkeit seines Mitarbeiters gewarnt? Sächsische Behörden halten sich gegenüber Apollo News bedeckt, Krah selbst erklärt, es habe keine Warnung gegeben.
alt
Sebastian Thormann
Der Spionageskandal rund um das Büro des EU-Abgeordneten und AfD-Spitzenkandidaten Maximilian Krah sorgt weiter für Schlagzeilen. Vor gut einer Woche wurde ein Mitarbeiter

Krah, der Deutsch-Chinese Jian Guo, wegen Verdachts auf Spionage festgenommen.
Seitdem kam heraus, daß der Mann den Behörden offenbar länger bekannt war. So soll er sich bereits vor fast Jahrzehnten dem deutschen Auslandsgeheimdienst BND als Informant angeboten haben. Der BND gab ihn dann aber weiter an das sächsische Landesamt für Verfassungsschutz. Ihn wollte man nutzen, um mehr über Pekings Geheimdiensttätigkeiten gegen chinesische Dissidenten hierzulande zu erfahren.
Da für Spionageabwehr im Inland der Verfassungsschutz zuständig ist und Guo hier lebt, wurde das wohl an die Behörde weitergegeben. Dort bekam man dann aber den Verdacht, daß Guo stattdessen selbst für chinesische Geheimdienste arbeitet und gegenüber deutschen Behörden als Doppelagent auftrat. Wegen dieses Verdachts hat der Verfassungsschutz dann Guo offenbar 2018 "abgeschaltet" und seitdem selbst überwacht - was nun in seiner Festnahme mündete.
2019 dann zog Krah ins Europaparlament ein und beschäftigte dort Guo als Mitarbeiter, der war inzwischen eingebürgert worden und hatte offenbar einen politischen Wandel von der SPD zur AfD hingelegt. In Krahs Abgeordnetenbüro hatte Guo dann vermutlich auch Zugang zu vertraulichen Dokumenten der EU-Handelspolitik.
Die entscheidende Frage lautet nun: Was wußte Maximilian Krah? Hätte er wissen müssen, daß Guo, der auch in den sozialen Medien chinesische Regierungspropaganda verbreitete, womöglich ein Agent Pekings ist?
Apollo News hat daher beim sächsischen Innenministerium nachgefragt: Wurde die Leitung des EU-Parlaments oder Krah selbst vom Verfassungsschutz vor den Tätigkeiten von Jian Guo gewarnt? Schließlich war er ja zu diesem Zeitpunkt schon im Visier der Behörden - und es bestand die Gefahr des Geheimnisverrats. Aber dort will man nichts dazu sagen, man verweist auch nach mehrfacher Nachfrage auf den Generalbundesanwalt, obwohl der nur für die strafrechtlichen Ermittlungen zuständig ist. Der will sich dementsprechend gegenüber Apollo News "als Strafverfolgungsbehörde zu Fragen der Gefahrenabwehr nicht äußern".
Krah selbst erklärt derweil, er sei nicht gewarnt worden. "Mich haben die Sicherheitsbehörden pflichtwidrig zu keinem Zeitpunkt gewarnt oder informiert", sagte der AfD-EU-Spitzenkandidat dem Stern. Er kritisiert: "Die Sicherheitsbehörden haben offensichtlich Kenntnisse gehabt, haben mich nicht informiert und lassen die Bombe kurz vor dem Wahltermin platzen. Das ist schon bemerkenswert."<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 30. April 2024 (x1.376/…): >>**Da schau an: Politiker von CDU und SPD gehörten zur China-Schleuserbande!**
Alle reden von China - wir auch: Zu der bei einer Großrazzia im Rheinland aufgeflogenen Schleuserbande gehörten offensichtlich auch prominente Mitglieder der nordrhein-westfälischen CDU und SPD. Die Beschuldigten sollen reichen Ausländern, vor allem aus China, gegen in der Regel sechsstellige Beträge zur Einreise und zum dauerhaften Aufenthalt in Deutschland verholfen haben.
Das bestätigte NRW-Justizminister Benjamin Limbach ("Grüne") bei einer von der AfD beantragten Aktuellen Stunde im Düsseldorfer Landtag. Nach seinen Angaben handelt es sich zum einen um den früheren SPD-Geschäftsführer der Unterbezirke Heinsberg und Euskirchen, Jens Bröker. Der Sozialdemokrat arbeitete zuletzt in der Kreisverwaltung Düren und sitzt nun wegen des Verdachts der Bestechung in Untersuchungshaft. Zum andern gehören auch zwei CDU-Politiker aus Nordrhein-Westfalen zu den Beschuldigten - darunter der langjährige Landrat des Rhein-Erft-Kreises, Werner Stump.
Die CDU wollte sich zu den Vorwürfen gegen ihre Mitglieder nicht äußern und verwies auf die laufenden Ermittlungen. Die SPD im Kreis Düren zeigte sich dagegen "schockiert von den schwerwiegenden Vorwürfen", wie der "Kölner Stadt-Anzeiger" berichtete.
Die weitverzweigte Schleuserbande soll wohlhabenden Chinesen, Indern und Arabern ver-

sprochen haben, ihnen ein neues Leben in Deutschland zu verschaffen - inklusive dauerhaftem Aufenthaltstitel und deutscher Staatsbürgerschaft. Zwischen 30.000 und 350.000 Euro sollen die insgesamt 350 geschleusten Personen dafür an zwei Anwaltskanzleien in Köln und Frechen gezahlt haben. Laut den Ermittlungen sollen die Schleuser 9,2 Millionen Euro kassiert haben - mit Hilfe mutmaßlich korrupter Politiker von CDU und SPD!<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 30. April 2024 (x1.368/…): >>**Regierung zahlt Millionen Euro für Werbung auf Google und YouTube**

Die Bundesregierung zahlt mehreren Millionen Euro an Google und YouTube, um Werbung zu schalten. Das geht aus einer Anfrage der AfD im Bundestag hervor. Demnach haben einzelne Ministerien seit Oktober 2021 hunderttausende Euro nur für Anzeigen auf Google ausgegeben.

Von *Redaktion*

Die Bundesregierung zahlt eine siebenstellige Summe für Werbeanzeigen auf Google - und noch einmal vier Millionen an YouTube. Das geht aus einer kleinen Anfrage der AfD-Abgeordneten Barbara Benkstein hervor, die der Berliner Zeitung vorliegt. Die einzelnen Ministerien haben demnach jeweils hunderttausende Euro für "Search Engine Advertising" (SEA) investiert, um ihre Webseiten als "gesponsert" an oberster Stelle in den Suchergebnissen erscheinen zu lassen.

Bereits im Februar berichtete Apollo News über eine Werbeanzeige des Entwicklungsministeriums, welches damit die finanzielle Unterstützung von Radwegen in Peru rechtfertigen wollte. Neue Zahlen zeigen: Die Gesamtsumme der in der aktuellen Legislaturperiode aufgewendeten Mittel beläuft sich auf 2.118.500 Euro. Angeführt wird die Ausgaben-Liste vom FDP-geführten Bildungsminister, das 698.000 Euro für Werbezwecke an Google zahlte.

Auch das von Robert Habeck geleitete Wirtschaftsministerium investierte über eine halbe Million Euro (527.000 Euro). Danach folgen Karl Lauterbachs Gesundheitsministerium mit 293.000 Euro, das Familienministerium von Grünen-Politikerin Lisa Paus mit 232.300 Euro und das FDP-geführte Verkehrsministerium mit 128.300 Euro.

Die Ministerien für Finanzen, für Soziales, für Zusammenarbeit sowie für Landwirtschaft und Umwelt finanzierten SEA-basierte Werbeanzeigen jeweils mit weniger als 100.000 Euro. Das Innenministerium, das Auswärtige Amt, sowie die Ministerien für Justiz, Verteidigung und Bauwesen warben nicht auf Google, wobei sich die aufgelisteten Ausgaben auf die "Inlandskommunikation" beziehen.

Einzelne Ministerien teilten der Berliner Zeitung jedoch mit, daß für weitere Werbeanzeigen Agenturen beauftragt oder Anzeigen auf anderen Plattformen, etwa Instagram, geschaltet werden. Darauf greifen unter anderem das Justizministerium und das Innenministerium zurück.

Des Weiteren erklärt die Bundesregierung in ihrer Antwort, im Haushalt sei für die Werbeausgaben kein gesonderter Posten vorgesehen, die Kosten würden vielmehr aus den für Öffentlichkeitsarbeit vorgesehenen Mitteln finanziert. Für welche spezifischen Werbeausspielungen die Ministerien zahlten, habe die Bundesregierung "in der Kürze der Frist" von 14 Tagen nicht bereitstellen können.

Die Motivation der Werbeanzeigen begründet die Bundesregierung in der Antwort mit ihrem "verfassungsmäßigen Informationsauftrag", der auf verschiedenen Kanälen erfüllt werden soll. Etwa auf der zu Google gehörenden Videoplattform YouTube, an welches die Bundesregierung seit Oktober 2021 rund 4,2 Millionen Euro zahlte.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 30. April 2024 (x1.376/…): >>**Säuberungswelle in der Amtskirche: Diakonie-Präsident will AfD-Wählern kündigen!**

Diakonie-Präsident Rüdiger Schuch hat AfD-Wählern im sozialen Dienst der evangelischen Kirche mit "arbeitsrechtlichen Konsequenzen" gedroht. "Wer die AfD aus Überzeugung wählt, kann nicht in der Diakonie arbeiten", sagte Schuch, dessen Organisation am staatlichen

Tropf hängt, den Zeitungen der "Funke Mediengruppe".
Für den Diakonie-Chef dürfen Menschen, die ihre Belange von der AfD vertreten sehen, auch keine Christen mehr sein: "Diese Leute können sich im Grunde auch nicht mehr zur Kirche zählen, denn das menschenfeindliche Weltbild der AfD widerspricht dem christlichen Menschenbild."
Wie heißt es noch gleich im Alten Testament: "Besser einer Bärin begegnen, der die Jungen geraubt sind, als einem Toren in seiner Torheit."<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 30. April 2024 (x1.368/…):
>>**Neue Vorwürfe gegen Habeck: Agora-Mann im BMWK stellte Experten kalt**
Die Möglichkeit einer Bestellung von Brennelementen aus Frankreich wurde einfach nicht weiter verfolgt - "Keine weiteren Aktivitäten" ordnete man im Ministerium an. Robert Habecks Versuche der Rechtfertigung verstricken sich in Widersprüche.
Von *Redaktion*
Seit vergangenem Donnerstag beschäftigen Enthüllungen des Cicero das politische Berlin: Grüne Beamte in den Ministerien für Wirtschaft und für Umwelt manipulierten im großen Stil, um einen Ausstieg aus dem Atomausstieg mit allen Mitteln zu verhindern.
Nun erhebt das Magazin neue Vorwürfe. Der Cicero bezieht sich dabei auf einen E-Mail-Austausch innerhalb des Wirtschaftsministeriums, der sich in den freigeklagten Atomkraft-Akten befand.
Kernaussage des am Dienstag veröffentlichten Artikels: Verantwortliche Mitarbeiter im Ressort von Robert Habeck haben vernünftige, zumindest aber diskussionswürdige Vorschläge von Kollegen aus der unteren Hierarchie offenbar ohne viel Aufhebens abgeschmettert. Ein Abteilungsleiter würgte den Vorschlag eines Fachbeamten ab, neue Brennelemente in Frankreich zu besorgen. Per E-Mail ordnete er an: "Keine weiteren Aktivitäten".
Inhaltlich geht es in dem Schriftwechsel um die Beschaffung von Brennelementen, die das Herz eines jeden Atomkraftwerks sind. Im Zuge der aktuellen Debatte hatte Habeck vergangene Woche erklärt, die Atomkraftwerksbetreiber in Deutschland hätten ihm im März 2022 mitgeteilt, daß ihre vorhandenen Brennelemente "ausgelutscht" gewesen seien. Auf Deutsch: Ein längerer Weiterbetrieb sei technisch nicht möglich.
Experte bot Lösungen an - die die Grünen nicht wollten
Was Habeck ausdrücklich nicht sagte: Ebenfalls im März 2022 suchten Fachleute in seinem Haus nach Lösungen für das Problem und überlegten, wie man rechtzeitig bis zum Winter neue Brennelemente besorgen könnte. So sendete ein Fachbeamter am 9. März 2022 eine E-Mail an seinen Vorgesetzten Christian Maaß und machte ihm einen Vorschlag zum Thema "Liefermöglichkeiten neuer Brennelemente" für die drei noch laufenden Atomkraftwerke in Deutschland. Dabei stellte er voran, daß die Kraftwerksbetreiber über ihre "bisher genutzten Lieferkanäle" mit einer Lieferfrist "von 15 bis 18 Monaten" kalkulieren.
"Denkbar ist natürlich auch, daß man mal bei den Franzosen nachfragt", schlug der Experte vor. "Die sollten für ihre 58 Reaktoren doch für deren laufenden Betrieb auch eine gewisse Reserve an fertigen Brennelementen vorhalten." Diese müßten also nicht erst gefertigt werden, "vielleicht könnten wir die auch in den deutschen AKW einsetzen, und zwar kurzfristig, noch rechtzeitig vor dem kommenden Winter 22/23."
Agora-Mann sabotierte Pläne
Der grüne Abteilungsleiter Christian Maaß hätte die Möglichkeit gehabt, den Vorschlag weiterzutragen oder sich sogar dafür starkzumachen. Zumindest hätte er ihn - ganz neutral - in größerer Runde zur Diskussion stellen können. Das geschah aber offensichtlich nicht. er aus Hamburg stammende Grünen-Politiker Maaß leitet die Abteilung "II - Wärme, Wasserstoff und Effizienz" im Bundeswirtschaftsministerium. Habeck hatte ihn im Frühjahr 2022 aus dem Netzwerk der "Agora-Energiewende-Lobby" ins Ministerium geholt.

Ob der Vorschlag, in Frankreich nach Brennelementen zu fragen, tatsächlich zum Erfolg geführt hätte, sei unklar, resümiert der Cicero. Aber das Beispiel verdeutliche auf ganz konkrete Art, was die gesamten freigeklagten Akten zeigen würden: "Die von Robert Habeck eingestellten Spitzenbeamten der Grünen haben ihre neu gewonnene Macht dafür genutzt, eine Laufzeitverlängerung mit allen Mitteln zu verhindern."
Die Veröffentlichung bislang geheimer Atomkraft-Akten durch das Magazin Cicero vergangene Woche hat zu hitzigen politischen Debatten und zwei Sondersitzungen von Bundestagsausschüssen geführt. Laut dem Enthüllungsbericht sollen sowohl im Wirtschafts- als auch im Umweltministerium im Frühjahr 2022 interne Bedenken gegen den Sinn eines fristgerechten Atomausstiegs unterdrückt worden sein - aus parteipolitischen Erwägungen.
Auch Manipulationen kamen vor. So wurde die deutsche Energiesicherheit aus ideologischen Überlegungen fahrlässig gefährdet. Beide grün geführten Ministerien wiesen das scharf zurück.<<

Belgien: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 30. April 2024 (x1.376/…): >>**Zensur: EU geht gegen Facebook und Instagram vor**
Die Europäische Kommission hat wegen des Verdachts auf Verstöße gegen EU-Recht ein Verfahren gegen den Facebook- und Instagram-Konzern Meta eröffnet. Es werde unter anderem geprüft, ob sich das US-Unternehmen im Umgang mit politischer Werbung nicht an europäische Regeln gehalten habe, teilte die Kommission in Brüssel mit.
EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (CDU) sagte, ihre Behörde habe Mittel geschaffen, um europäische Bürger vor angeblich gezielter Desinformation und Manipulation durch Drittländer zu schützen. "Wenn wir einen Verstoß gegen die Regeln vermuten, handeln wir. Das gilt zu jeder Zeit, aber besonders in Zeiten demokratischer Wahlen", sagte die CDU-Spitzenkandidatin für die Europawahl am 9. Juni.
Bei den behaupteten Verstößen geht es unter anderem darum, daß Meta die Verbreitung von "irreführender Werbung und Desinformationskampagnen" in der EU angeblich nicht ausreichend bekämpfe. Darüber hinaus vermutet die Kommission, daß die Möglichkeiten von Nutzern, sich über Inhalte auf den Plattformen zu beschweren, nicht den Anforderungen des europäischen Rechts gerecht würden. Zudem gewähre Meta "Forschern" nur unzureichend Zugang zu Daten.
Plattformen wie Facebook, X, Google und viele andere müssen nach dem neuen EU-Zensurrecht künftig schneller und schärfer als früher gegen "Haß und Hetze im Netz" vorgehen. Sonst drohen saftige Geldbußen. Der sogenannte DSA (Digital Services Act) soll auch sicherstellen, daß es für Nutzer einfacher wird, Inhalte zu melden.<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/28876" berichtet am 30. April 2024 (x1.366/…): >>**50 Voices of Ritual Abuse - 50 Zeugen weltweiter, satanisch-ritueller Gewalt**
Achtung: nichts für schwache Nerven und Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren! Einer der wichtigsten satanischen Feiertage ist der 30. April - die Walpurgisnacht, Satans Geburtstag. Passend dazu wurde am 30. April 1966 in San Francisco die "Church of Satan" gegründet. Satanisten kennen vor allem eines: "Tu, was du willst, soll sein das ganze Gesetz".
So kannte und lebte es auch der Gründer und erste Hohepriester der "Satanskirche" Anton Szandor LaVey. Wie unvorstellbar grausam und mörderisch dieses "Tu, was du willst …" ist, beschreiben die 50 Überlebenden satanisch ritueller Gewalt in dieser Dokumentation. Sehen und hören Sie selbst, damit der Satanismus nie mehr verherrlicht oder bagatellisiert wird! …
Neben sehr vielen anderen Überlebenden haben 50 Menschen aus den verschiedensten Ländern die von ihnen durchlebte rituelle Gewalt an die Öffentlichkeit gebracht.
Zur Erklärung:
Bei der Thematik der satanisch-rituellen Gewalt handelt es sich um grausamste Verbrechen,

die durch die Mitglieder okkulter Gruppierungen begangen werden, häufig im Rahmen von satanischen Zeremonien. Weltweit berichten Tausende Überlebende, Opfer, Zeugen und Therapeuten von sexuellem Mißbrauch, Folterungen und sogar rituellen Opferungen.
Es handelt sich deren Angaben nach um Verbrechen, die von einem gut vernetzten und bestens organisierten, elitären Täterkreis begangen werden, der sich gut zu schützen weiß. In Zusammenarbeit mit den Produzenten des Projektes "50 Voices of Ritual Abuse" schildern diese 50 Überlebenden in ihren Videos ihre ganz persönlichen Erlebnisse. So entstanden aus diesen Zeugenberichten rund 10 Stunden Filmmaterial.
Wir möchten in dieser Sendung einen gerafften Einblick in diese vielen individuellen und doch immer wieder auch ähnlichen Schicksale geben. Die Berichte zeigen auf, daß diese Dinge nicht auf ferne Länder beschränkt sind. Vielmehr wird klar, daß sich diese Gewalttaten auf ziemlich allen Kontinenten abspielen. Auch vor unserer Haustür hier in Deutschland, der Schweiz und ganz Europa. Auf einer Weltkarte haben wir die Orte gekennzeichnet, von denen die 50 Zeugen berichten.
Viele von ihnen wurden nicht nur an einem Ort rituell mißbraucht oder grausamen Mind-Control-Prozeduren unterzogen, sondern wurden in mehreren Ländern herumgereicht. Daher tauchen viele Namen von Überlebenden gleich an mehreren Stellen auf dieser Karte auf. Allein durch Betrachtung dieser Weltkarte und der Namen wird erkennbar, daß es sich bei den Tätern häufig um international gut vernetzte Ringe handeln muß.
Vorweg sei gesagt, daß die folgenden kurzen Beschreibungen und Aufzählungen nur einen kleinen Bruchteil der Dinge aufgreifen, welche die Opfer - die Überlebenden dieser Greueltaten - nach ihren eigenen Schilderungen erleiden mußten. Die kompletten Inhalte sehen sie auf der Webseite "www.50voices.org". …
In welchem Alter erlebten die Zeugen den Mißbrauch?
Die meisten der 50 überlebenden Zeugen satanischer und okkulter Rituale, erlebten ihr Martyrium bereits sehr früh. Viele wurden bereits als Baby oder Kleinkind sexuell mißbraucht. Spätestens bis zum Alter von acht oder neun Jahren begann auch bei den anderen, die nicht schon als Babys mißbraucht wurden, die permanente Anwendung von Gewalt, Folter, sexuellem Mißbrauch und Manipulation. Der Grund hierfür: Die traumabasierte Bewußtseinsspaltung ist nur in jungen Jahren möglich. Auf diese Weise werden die Kinder im Kult zur nächsten Tätergeneration und für spezielle Aufgaben wie Kinderprostitution konditioniert.
Durch wen kamen die Überlebenden in die Mißbrauchskreise?
Sehr viele dieser Menschen wurden direkt in okkulte, pädophile oder satanische Kult-Familien bzw. Sippen hineingeboren. In diesem Zusammenhang ist mehrmals die Rede von Freimaurern, wie z.B. bei Pia aus der Schweiz. Carina aus Deutschland berichtet von Logenmitgliedern, über die sie in die Kultkreise eingeführt wurde. Nessjah sagt aus, daß ihr Vater Satanist war. Rike Schwan aus Deutschland ist ebenfalls in einer Familie aufgewachsen, die den Teufel anbetet.
Auch Haze wurde in Deutschland in eine mächtige Kult-Familie hineingeboren. Sie sagte, daß die Angehörigen stolz waren auf ihre Blutlinie. Es waren alles Richter, Anwälte, Kriminalbeamte usw. Ihr Großvater war Psychologe und die Großmutter lehrte sogar Psychologie an einer Universität.
Später wurde Haze nach Großbritannien und Irland geschickt. Ein Beispiel von vielen für das Aufwachsen in einer Satanskult-Familie ist auch die Aussage von Kaya: "Beide Seiten meiner Familie sind von königlichem Blut, insbesondere die meines Vaters ist englisch, ziemlich weit oben in der königlichen Linie, und ich glaube, das war einer der Gründe, warum ich ausgewählt wurde. Und meine Familie hat auf beiden Seiten politische Verbindungen. Es gibt also viele Möglichkeiten, wie das alles angefangen hat. Und ich glaube, daß es wahrscheinlich Generationen zurückreicht."

Anneke aus Belgien spricht von einem Ehepaar, welches sich der Familie angenähert hatte. Diese brachten sie dann an einen internationalen Vermittler für satanische Netzwerke. Eine Zeugin aus dem Großraum Frankfurt erzählt, daß sie durch den Arbeitgeber ihres Vaters in satanische Kreise geriet. Dieser Arbeitgeber war der Chef einer großen deutschen Bank. Eine Zeugin aus der Schweiz, Eva Frey, kam während eines Aufenthalts im Krankenhaus in Lausanne durch dessen Mitarbeiter in satanische Kreise. Andere berichten von Adoptiveltern, Erziehern oder Personen aus dem Schuldienst, von Geistlichen in Kirchen, welche sie in entsprechende satanische Kulte einführten.
Verherrlichung von Satanismus? Was passiert da gerade weltweit?
Vielfach ist bei den Überlebenden die Rede von satanistischen Kreisen, satanischen Ritualen und satanischen Kult-Familien, in die sie hineingeboren oder eingeführt wurden. In diesen Kreisen werden die abscheulichsten und unvorstellbarsten Greueltaten bis hin zu grausamen Menschenopferungen vollzogen.
Und gerade jetzt versucht man überall auf der Welt Satanismus als faszinierend und reizvoll darzustellen. Im Internet wimmelt es von Angeboten für Kleidung mit satanischen Motiven, okkulten Accessoires und teuflischen Tattoos. In Musikvideos und Spielfilmen werden die abartigsten satanischen Szenen und grausigsten Rituale gezeigt, ohne daß diese Videos in irgendeiner Form zensiert oder gesperrt werden.
In unseren Parlamenten werden Bilder von äußerst fragwürdigen Künstlern wie der Schwedin Lena Birgitta Cronqvist Tunström oder Bernhard Prinz ausgestellt. Beide schrecken in ihren Werken nicht vor der Darstellung von ritueller Gewalt zurück. Auch die abartigen und verstörenden Darstellungen der serbischen "Performance-Künstlerin" und Hochgrad-Satanistin Marina Abramović werden seit Jahren in den Medien als Kunst hochgejubelt (www.kla.tv/-27323).
Man könnte verharmlosend sagen, es ist ja nur Kunst und Mode, es sind ja nur Kleider, Bilder, Tattoos, Videos usw. Was sich allerdings hinter der satanischen Ideologie verbirgt, zeigen die Aussagen der 50 Überlebenden von satanisch-okkulten Ritualen. Aus diesem Grund verschweigen wir unserem Publikum die Grausamkeiten nicht, welche die Opfer aus "50 Voices" erleiden mußten.
Daher unsere Warnung: Diese Schilderungen sind nichts für Menschen mit schwachen Nerven und vor allem nichts für Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren!
Nichts für schwache Nerven!
Was mußten die Zeugen als Opfer selbst erleiden?
Bei allen Zeugen war vor allem zuerst sexueller, ritueller Mißbrauch, Vergewaltigungen, Todesdrohungen und sehr oft Folter im Spiel. Auch Gruppenvergewaltigungen bei größeren Ritualen haben viele der Zeugen erlebt. Viele andere, wie Chantal Frei aus der Schweiz, Luna aus den USA oder Natalie aus Deutschland, berichten von grausamen Hetzjagden auf Kinder, die sie nur knapp überlebten.
Diese wurden meist in Wäldern von Personen elitärer Kreise abgehalten. David wurde in Europa herumgereicht und erlebte im Tunnelsystem unter dem Gebiet von Westminster solche Jagdszenen. Er wurde mit vier Jahren als Sexsklave verkauft und u.a. im Vatikan mißhandelt. Andere, wie Christine aus den USA, mußten im Kindesalter als Sexsklaven von Priestern dienen.
Asia Raine stammt ebenfalls aus den USA und wurde als Kind zum "Besitz" eines hochrangigen Mormonen bestimmt. Sie erlebte dort grausamste Rituale und Zeremonien - vom sexuellen Mißbrauch bis fast zu Tode ertränkt werden. Ebenso benennt Elisa E. die Führungselite der Mormonen als Täter.
Viele Kinder, wie z.B. Hajar aus dem deutschsprachigen Raum, Kaya aus den USA, Erika aus der Schweiz und Rachel aus Australien, wurden für pornografische Filme mißbraucht. Man-

che wurden in Experimente einbezogen, wurden vergewaltigt und geschwängert - teilweise auf Altären in Kirchen und Schlössern - und mußten unter Folter die Kinder zur Welt bringen. Sarah und viele andere Mädchen im Teenageralter mußten in Kalifornien als "Züchter-Mama" Babys für Opferungen zur Welt bringen. Und sie mußte mit ansehen, wie ihr eigenes Baby als Opfer in den Abgrund geworfen wurde.
Diana aus den USA berichtet, daß Züchtungsexperimente an ihr durchgeführt wurden. "Und ich wurde für die In-vitro-Fertilisationstechnologie verwendet. Ich war das Versuchskaninchen dafür. Ich wurde für das Humangenomprojekt verwendet, für diese Art von Experimenten. Ich erinnere mich daran, daß ich an verschiedene Orte geflogen wurde. Area 51, Stanford University, der Schwarzwald in Deutschland und, wie gesagt, Westminster Abbey und das Tavistock Institute, die Tunnel darunter in London, England. Ich gebar auch Zwillinge im Skull-and-Bones-Gebäude der Yale University. Ich erinnere mich auch an mehrere, unterirdische Militärbasen unter Washington, DC."
Andere Zeugen wurden als Kinder verschiedenen Leuten angeboten oder an sie "vermietet ". Das gilt zum Beispiel für Hajar, die durch ihren pädophilen Vater Sadisten und Satanisten zur Verfügung gestellt wurde. Auch Elke aus Deutschland wurde an einen Pädophilenring "verkauft". Jeanette Archer wurde Zeugin davon, wie Babys und Kinder aufgeschnitten wurden, um an ihr Blut und Fleisch zu kommen. Sie wurde gezwungen, Organe zu essen. Sie nennt dies ein "typisches rituelles Szenario".
Isabelle aus Deutschland wurde in einem Ritual auf einem Altar liegend vergewaltigt, während man ihr mit Messern in Rücken und Schultern stach. Auch Kaya aus den USA erzählt von Vergewaltigungen auf Altären in Schlössern und Burgen. Während solcher Rituale wurde sie geschwängert und die Geburt wurde vor Ablauf der regulären Schwangerschaft gewaltsam eingeleitet. Kaya wurde dann gezwungen, dem Neugeborenen das Leben zu nehmen.
Andere wie Haze oder Katy Groves aus den USA mußten bei Snuff-Filmen mitwirken. Snuff-Videos sind Live-Aufnahmen von Tötungen, Ermordungen, Opferungen von Menschen; in diesem Falle vorrangig Live-Filme von Kindstötungen.
Was erlebten die Überlebenden als Beobachter - wo mußten sie dabei sein?
Die Zeugin Anneke Lucas hatte ein schreckliches Erlebnis im Rahmen des Bilderbergertreffens 1972 in Belgien. Während sie vergewaltigt wurde, schlachtete man im gleichen Raum ein anderes Kind. Auch viele andere Zeugen mußten mit ansehen, wie Kinder gefoltert, in Ritualen vergewaltigt oder teilweise bestialisch getötet wurden. Die deutsche Zeugin Elisabeth Schäfer berichtet von der Verstümmelung, dem Aufhängen, Schlagen, Auspeitschen, in heißes Wasser setzen und Skalpieren eines Neugeborenen bis zu dessen Tod.
Von Christine aus Louisiana, Kanada wird von der Opferung eines Babys im Namen Satans durch einen Monsignore und einen Priester berichtet. Lily erlebte Greueltaten in katholischen Kirchen, auf Burgen und Schlössern. Sie erlebte mit, wie schwangeren Frauen bei lebendigem Leib der Bauch aufgeschnitten, das Baby entnommen und sie dann ausgeweidet wurden. Maria mußte vor allem in kirchlichen Bereichen mit ansehen, wie Kinder grausam gefoltert wurden. Phillippa aus Neuseeland mußte dabei sein, als Menschen zur Strafe die Haut vom Leib gerissen wurde. Sue aus Kalifornien erlebte auf einem Campingplatz, wie ein Kind auf einem Scheiterhaufen verbrannt wurde.
Die meisten der 50 Zeugen mußten mit dabei sein, wenn andere Kinder geopfert wurden. Teilweise wurden ihnen bei lebendigem Leib das Herz oder andere Organe herausgeschnitten. Das Blut wurde in diesen satanischen Ritualen von den anwesenden, meist in Kutten gehüllten Personen getrunken und die Organe gegessen. Es wurden auch Kinder gekocht und erst dann das Fleisch und die Organe verzehrt. Die Zeugin, Max Lowen aus Italien, mußte mit ansehen, wie Kinder in einer Anlage unterhalb des Vatikans geopfert wurden. Sie wurden bei lebendigem Leib aufgeschnitten und auch hier tranken die Anwesenden das Blut der Kinder und aßen

ihre Organe …
"Die Erfahrungen, mit denen ich mich jetzt wirklich schwertue, nachdem ich sozusagen alle Erinnerungen daran entwickelt habe, waren die Adrenochrom-Partys, an denen ich teilnehmen mußte und bei denen sie buchstäblich einfach nur Babys und sehr, sehr kleine Kinder brutal behandelten, um das Adrenalin im Blut zu entwickeln. Und dann habe ich gesehen, daß sie diese Kinder und Babys töten, um das Blut zu bekommen. Sie haben das Blut entweder getrunken oder die ganz Harten haben es sich injiziert. Und das ist eine wirklich schlimme Sache, mit der ich zu kämpfen habe."
Eine Zeugin aus der Schweiz, Svali, erzählt, daß sie ihren christlichen Glauben widerrufen mußte: "Eines Tages ging ich in einen Raum und jeder, den ich liebte, hing an einem Kreuz. Und sie sagten mir, daß sie einen nach dem anderen töten würden, bis ich meinen Glauben widerrufe. Ich mußte dann mit ansehen, wie sechs von ihnen vor meinen Augen zu Tode gefoltert wurden."
Wurden Dinge unter Fremdeinfluß von den Zeugen selbst getan?
Evelyne aus der Schweiz mußte in der Küche einer Kirche menschliches Fleisch schneiden. Mehrere Zeuginnen aus den USA wurden unter Fremdeinfluß als Attentäterinnen ausgebildet. Die Zeugin Anneke aus Belgien wurde als Köder für Kindervergewaltiger ausgebildet. Die Männer wurden später beim Mißbrauch von Kindern gefilmt, um sie erpreßbar zu machen. Die meisten Kleinkinder haben den Sex mit diesen Männern nicht überlebt.
Die Schweizerin Karin berichtet, daß sie unter anfänglicher Mithilfe der Täter 20-30 vietnamesischen Flüchtlingsjungen die Penisse abschneiden mußte. Die weiteren Details dieses satanischen Rituals sind so unvorstellbar grausam, sodaß wir sie hier nicht weiter schildern wollen. Die Jungen sind danach alle gestorben. Doug aus Australien berichtet, wie er als 3-Jähriger ein gleichaltriges Mädchen mit einem Messer töten mußte. Dabei führte ein Täter seine Hand.
Chantal Frei aus der Schweiz wurde dazu gezwungen, eine Freundin mit einer Pistole umzubringen, die dann vor ihren Augen qualvoll starb. Ihr Kultvater zwang sie auch dazu, ihre eigene Schwester umzubringen. Diese überlebte Gott sei Dank die schwersten Verletzungen. Elisabeth Schäfer aus Hessen und Lily, ebenfalls aus dem deutschsprachigen Raum, mußten neugeborene Babys ermorden. Auch Laura aus Bayern wurde mit der Pistole am Kopf gezwungen, ein noch an der Nabelschnur hängendes Baby zu töten - es war ein satanischer Ritualmord, wie sie es beschreibt.
Haze berichtet: "Sie wollten, daß ich ein Messer nehme und einem der Kinder wehtue. Am Ende war es mein Großvater, der meine Hände hielt und dieses Kind tötete. " Mary Sparrow aus den USA berichtet etwas Ähnliches: "Man gab mir ein Messer und sagte mir, ich muß helfen, den Jungen zu töten. Und ich weigerte mich. Und sie sagten zu mir: "Wenn du nicht gehorchst, werden wir weiterhin Kinder auf diese Weise töten, bis du es tust." Ich hatte also das Gefühl, daß ich helfen mußte, sonst würden andere Kinder sterben."
Phillippa aus Neuseeland mußte Opferblut trinken und das gekochte Fleisch der Opfer essen. Nach dem Ritual mußte sie alles perfekt säubern und die Toten auf dem Gelände des Ritualplatzes begraben. Nina aus der Schweiz mußte teilweise helfen, die Leichen der Opfer ritueller Gewalt zu zerstückeln und dann in Säurefässer zu werfen. Sie sagt, es seien ganze Apparate, die sie haben, in denen sie die Kinder entsorgen.
Wie bringt man Kinder dazu, solche schrecklichen Dinge zu tun?
Die meisten Überlebenden sprechen von Mißbrauch und Gewalt von klein auf. Dazu zählen Manipulation, psychischer Druck, Folter wie Elektroschocks und Waterboarding (Foltermethode des simulierten Ertränkens), Prügel und Gewaltanwendung, Morddrohungen, Vergewaltigungen, Einsperren in Käfige - oft tagelang ohne Essen und Trinken. Oft ist auch vom Einsatz von Drogen gesprochen worden.

Es gibt noch ein weiteres Mittel, um Kinder zu Taten zu bringen, die sie eigentlich niemals tun würden: Die Täter bringen die Kinder ganz massiv unter Druck, indem sie ihnen drohen, geliebten Tieren oder Menschen Gewalt anzutun. Das geht bis dahin, daß geliebte Tiere getötet und nahestehende Menschen grausam gefoltert oder umgebracht werden, wenn die Kinder nicht machen, was die Täter ihnen befehlen. Die Schuld wird dann dem auserwählten Kind gegeben nach dem Motto: "Hättest Du gehorcht, wäre dem Kind oder dem Tier dieses Leid erspart geblieben." Dies wird so oft wiederholt, bis das Kind schließlich gehorcht.
Allie Harrison, die selbst von klein an sexuellen Mißbrauch und Gewalt erleiden mußte, faßt die Aussagen vieler Opfer, mit denen sie gearbeitet hat, wie folgt zusammen: "Wenn ich diese Aussagen höre, ist für mich eines der schrecklichsten Dinge die Erkenntnis, daß diese Kleinkinder im Grunde genommen Opfer von Menschenhandel sind. Sie wurden von mehreren erwachsenen Tätern in ihrer Welt vergewaltigt, die sie liebten und denen sie vertrauten. Ich meine, das waren ihre einzigen Beschützer, die Leute, die sie beschützen und verteidigen sollten, waren genau diejenigen, die sie ausgenutzt und mißbraucht haben."
In welchem Umfeld haben die Taten stattgefunden?
Als Tatorte werden von vielen Überlebenden immer wieder kirchliche Einrichtungen - Verwaltungsgebäude, ein Novizenhaus, die Kirchen selbst und darunterliegende Gewölbe sowie Sakristeien - genannt. Militärbasen, teilweise unterirdisch - z.B. die McDill Air Force Base, werden als Tatorte beschrieben. Krankenhäuser, wie in Lausanne oder z.B. das Valley Forge Army Krankenhaus in den USA, spielen bei den Ritualen oder Mind-Control-Folter immer wieder eine Rolle. Räumlichkeiten unter Unis und Colleges in den USA werden ebenso erwähnt, wie Räume unterhalb der Altstadt von Solothurn in der Schweiz.
In den USA, Neuseeland und Australien werden oft große, abgelegene Landgüter als Tatorte beschrieben. Gloria Masters beschreibt z.B. einen großen Landsitz der Freimaurer in West Auckland, Neuseeland. "Dann wurden wir in die Hauptkammer gebracht. Und dort wurden wir in einem rituellen Muster hingelegt, wie ein Kompaß mit Punkten darauf, und dann begannen die Gesänge.
Das war also ein typisches Beispiel für mich. Das geschah sehr häufig, einmal im Monat bei den Freimaurern. Und dann zu anderen Zeiten während des Jahres bei bestimmten Veranstaltungen, die sie abhielten. Das war also eher in ländlichen Gegenden."
In Europa sind es eher Burgen und Schlösser, die immer wieder in den Zeugenberichten benannt werden. Des Öfteren ist die Wewelsburg und das Schloß in Heidelberg erwähnt. Auch Westminster Abbey und ein darunter befindliches Tunnelsystem werden von mehreren Überlebenden genannt. Ebenfalls spielt ein Anwesen der britischen Krone offensichtlich eine größere Rolle bei den satanischen Ritualen.
Mehrmals werden der Vatikan und seine unterirdischen Anlagen als Tatort benannt. So machten Svali, Max Lowen und David dort grausame Erfahrungen. Auch Villen, große prunkvolle Häuser sowie abgelegene Jagdhütten spielen immer wieder eine Rolle bei den Beschreibungen durch die Überlebenden der satanisch-rituellen Zeremonien und Opferungen.
Kommen wir zu den Tätern - wer sind sie?
Bei den Tätern handelt es sich zu allermeist, neben den Familienmitgliedern, um hochrangige Vertreter aus Kirche, Politik, Wirtschaft und Akademikerkreisen. Aber auch der Hochadel bis hin zu Königshäusern wird in den Zeugenaussagen sehr oft erwähnt. Es werden vom katholischen Priester über einen Monsignore, Bischöfe bis zu einem ehemaligen Leiter von Pro Familia Leute benannt. Es werden Mormonen, Jesuiten und eben immer wieder die Katholische Kirche erwähnt. Selbst hochgestellte Beamte des Vatikans finden sich in den Auflistungen der Ritualmörder. Der Chef einer großen deutschen Bank wird ebenso als Täter benannt, wie Leute aus dem Ölgeschäft und Promis aus der Musik- und Filmszene.
Die Überlebende Rachel Vaughan aus Australien nannte den eigenen Vater als Täter, der als

Freimaurer und Rosenkreuzer ein Mitarbeiter des australischen Geheimdienstes war.
Rachel sagt auch darüber aus, warum so wenig davon ans Licht kommt, obwohl viele von diesen schrecklichen Dingen wissen: "Bei einem bestimmten Ritual wurde ein Baby ermordet und dann gegessen. Es waren etwa 50 Erwachsene anwesend, und wahrscheinlich etwa neun von uns Kindern.
Und die Leute finden das schwer zu verstehen: Wie ist das möglich? Es müßte schon eine große Verschwörung dahinterstecken, damit all diese Erwachsenen das verschweigen. Nun, es ist ein verbindendes Ritual für sie alle. Sie alle haben Informationen übereinander. Sie haben dieses kompromittierende Material. ... Die Namen der beteiligten Personen sind allgemein bekannt. Sehr hochrangige Geschäftsleute, Richter, einflußreiche Ärzte. Sie sind nie zur Rechenschaft gezogen worden."
Weitere Täter aus der Politik werden genannt: z.B. ein belgischer Verteidigungsminister, US-Vizepräsidenten und Diplomaten, ein Premierminister aus Großbritannien sowie hohe Regierungsbeamte z.B. aus Irland und Neuseeland. Auch die Queen war laut Aussagen an einem Ritualmord beteiligt.
Häufig wird von weltweiten Vernetzungen berichtet. Dies bestätigt die Tatsache, daß die Opfer vielfach in mehreren Ländern weitergereicht wurden und dieselben Mind-Control-Abrichtungen erlebten. Dabei spielen sehr oft Freimaurer-Logen, die Rosenkreuzer und andere okkulte Gruppierungen eine gewichtige Rolle. "Ich habe einige Nächte mit einem Baron verbracht. Und das habe ich - rein zufällig, komplett zufällig - überlebt.
Mit neun Jahren brachte mich eine sehr merkwürdige Situation in eine andere Position, sozusagen. Jemand aus dem globalen Netzwerk - bis dahin war ich ein Wegwerfkind im belgischen Netzwerk gewesen - und der Chef dieses Netzwerks, … er war damals Verteidigungsminister. Er gab mich an einen internationalen Netzwerker weiter. Das war im Rahmen des Bilderberg-Treffens von 1972. Ich war neun Jahre alt."
Was war das Schlimmste für die Opfer?
Wir greifen zwei Beispiele heraus, die aufzeigen, daß diese Dinge in den höchsten Kreisen stattgefunden haben und immer noch stattfinden:
"… das andere Schlimmste war für mich zu sehen, wie Kinder im Vatikan geopfert wurden. Zuzusehen, wie sie hereingebracht und aufgeschnitten wurden, und all diesen VIP-Leuten im Raum zuzusehen. Sie machen diese Opferrituale, um dämonische Wesenheiten dazu einzuladen, sie zu bewohnen. ... Und das war für mich … Das Böse selbst zu sehen, war etwas, das mich auch heute noch verfolgt."
"Das Trinken von Blut und das Essen des Fleisches eines anderen Menschen, das war ziemlich schrecklich. Nun, nicht ziemlich schrecklich, sehr schrecklich. Und der Geruch von verbranntem Fleisch, das werde ich nie vergessen. Sie haben die Leichen auch verbrannt. Und dann speziell eine Begebenheit, wo die Queen einem Mädchen den Kopf abgehackt hat. Sie war in einem ähnlichen Alter wie ich. Und dann zu wissen, daß ich die Nächste sein würde, wenn ich nicht gehorchte, wenn ich nicht mitmachte."
Fazit: Obwohl es seit Jahrzehnten immer wieder zahlreiche Zeugenaussagen wie in der Dokumentation 50 Voices gab, wird nach wie vor mit aller Macht versucht, diese grausamen Verbrechen unter dem Deckel zu halten. Die Produzenten von "50 Voices" schreiben dazu trefflich: "Im Jahr 2022/23 versuchten Täterkreise erneut - diesmal ausgehend von der Schweiz - mit der "bewährten" Methode der Satanic-Panic-False-Memory-Propaganda, die Meinung der Öffentlichkeit zu manipulieren und die Opfer dieser Gewaltverbrechen unglaubwürdig zu machen."
Zur Erklärung: Die Strategie der "Satanic Panic-Propaganda" bedeutet, daß die gesamte Thematik der satanisch-rituellen Gewalt bereits seit Jahrzehnten verleugnet und als satanische Panikmache oder Hysterie verschrien wird. Mit dem zweiten Strategieansatz der "False Me-

mory-Propaganda" wird ebenfalls seit langem immer wieder verbreitet, daß satanisch-ritueller Mißbrauch nicht existiert. Therapeuten würden den Patienten nur einreden, daß sie solche furchtbaren Grausamkeiten im Rahmen von satanischen Ritualen erlebt hätten. (https://www.-kla.tv/26577) Eine Begründung dafür, warum Therapeuten in aller Welt so etwas tun sollten, liefern diese Kreise nicht.

Derzeit läuft erneut eine Medienpropaganda-Welle an - auch in diesem Fall von der Schweiz ausgehend - und dieses Mal wieder mit einem anderen Ansatz: Diverse schweizerische und deutsche Medien berichten vermehrt über die sogenannte "Reichsbürger-Szene", deren Mitglieder versucht hätten, die deutsche Regierung zu stürzen. Diese "Umstürzler" sollen sich dazu krude Verschwörungstheorien ausgedacht haben, um die Bevölkerung zum Umsturz aufzuwiegeln: Die Medien bezeichnen die Berichte über unterirdische Tunnelsysteme, in denen Kinder zu Massen von elitären Kreisen mißbraucht worden sein sollen, als "absurde Theorien".

Hier wird die Thematik der satanisch-rituellen Gewalt über das Lächerlich-Machen hinaus mit einer Bewegung verknüpft, die mit Umsturz-Plänen in Zusammenhang gebracht wird. (www.kla.tv/28731)

Parallel zur penetranten Medienpropaganda wird der Satanismus wie ein Modetrend aggressiv in die Gesellschaft eingeschleust. Satanismus gilt als hip und trendy, als faszinierend und harmlos. Daß er aber alles andere als harmlos ist, beweisen nicht nur die in der Dokumentation "50 Voices of Ritual Abuse" gehörten Aussagen der Überlebenden. Lois Sasek ließ alleine in zwei Dokufilmen 137 Opfer und 77 Zeugen zu Wort kommen. Die Überlebenden nannten darüber hinaus 50 Täter mit Namen.

Wenn die Gesellschaft nicht in Kürze realisiert, daß sich hinter der aufpolierten Fassade der Satans-Ideologie unvorstellbare Gewalt, Perversionen und grausame Exzesse verbergen, wird dies mit großer Wahrscheinlichkeit fatale Folgen haben. Schließlich verfolgen die einflußreichen satanischen Kreise nach Aussagen von Überlebenden einen Langzeitplan, der uns alle betrifft und in unserer Freiheit bedroht …

So hat z.B. der Satanskirchen-Gründer und 33. Grad-Freimaurer Albert Pike als "Brigadegeneral" und "Großkommandeur" des obersten Militärs, den Ersten und Zweiten Weltkrieg bereits vor 145 Jahren geplant und angeordnet. Die Ziele der ersten beiden Weltkriege wurden bereits exakt erreicht. Durch den Ersten müsse die Macht des Zaren in Rußland zerschlagen werden, um dieses Land in eine Festung des atheistischen Kommunismus zu verwandeln.

Der Zweite Weltkrieg müsse aus den Unterschieden zwischen Faschisten und Zionisten hervorgehen, um den Nazismus zu zerstören und den politischen Zionismus zu stärken. "Das Ziel des Zweiten Weltkrieges sei die Gründung eines Staates Israel." Und dieser Satanist sagte auch einen Dritten Weltkrieg an. "Ein Dritter Weltkrieg müsse sich zwischen den politischen Zionisten und Palästinensern beziehungsweise den Führern der islamischen Welt entzünden …"

Der einflußreiche Satanist Aleister Crowley drückt es im vierten Band seiner Buchreihe "Magie in Theorie und Praxis" auf Seite 88 so aus, "daß der ganze Planet in Blut gebadet werden müsse. Dieser große Krieg müsse geführt werden, da es eine magische Operation von größter Bedeutung sei …" Im selben Buch beschreibt der Satanist, auf Seite 87:

"Das Blutopfer war seit jeher der am meisten beachtete Teil der Magie. ... Für den höchsten spirituellen Nutzen muß man daher ein Opfer wählen, das die größte und reinste Kraft besitzt. Ein männliches Kind von perfekter Unschuld und hoher Intelligenz ist das zufriedenstellendste und geeignetste Opfer. ... Für fast alle Zwecke ist das Menschenopfer das Beste."

Kla.TV ruft eindringlich dazu auf, die Zeugenaussagen aus "50 Voices of Ritual Abuse" und unsere Dokumentationen ernst zu nehmen und der Satanismus-Propaganda nicht auf den Leim zu gehen. Verbreiten Sie diese Sendungen und Dokumentationen an Ihre Freunde, Bekannte

und Verwandte, daß durch breites Aufwachen der ganzen Bevölkerung diesem Wahnsinn Einhalt geboten werden kann.
Zum Schluß möchten wir allen Betroffenen, ja den Überlebenden satanisch-ritueller Gewalt und allen Mißbrauchsopfern Mut machen. Mut, ihre Erlebnisse mit Menschen zu teilen, die ihnen zuhören und sie ernst nehmen - gerne auch mit unserer Redaktion.<<

01.05.2024

BRD: Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 1. Mai 2024 (x1.368/…): >>**Negativer Strompreis: Tausende Windräder und Solaranlagen müssen abgeschaltet werden**

Wenn in Deutschland die Sonne am Wochenende scheint, wird mittlerweile Strom erzeugt, der nicht benötigt wird. Obwohl dieses Problem bekannt ist, baut Habeck die Erneuerbaren ungebremst aus ohne auf den Bedarf zu achten und verschärft damit das Problem.

Willi Weißfuß

Sonnenschein, Sommerwetter und Wochenende. Diese Kombination erfreut die meisten Deutschen, hat aber auch einen teuren Beigeschmack. Denn an diesen Tagen produzieren die erneuerbaren Energien, insbesondere die Solarenergie, Strom, der nicht benötigt wird. Ein Problem, das sich zukünftig noch verschärft.

Nach den Marktregeln von Angebot und Nachfrage sinkt der Preis, wenn das Angebot steigt, ebenso wenn die Nachfrage sinkt und genau diese explosive Mischung erleben wir an schönen Sommertagen am Wochenende. An diesen Tagen wird der Strompreis an der Börse sogar plötzlich negativ - zahlen muß dies die Gemeinschaft. Denn vergütet wird der Strom trotzdem. Und zwar absurderweise mit der vorher festgelegten Einspeisevergütung, zusätzlich muß der Steuerzahler teilweise auch für den negativen Strompreis aufkommen. Wir bezahlen auch Abnehmer dafür, daß sie den Strom an sich liefern lassen - das sind vor allem Nachbarländer wie Österreich oder die Niederlande.

Zwar gibt es mittlerweile im EEG-Gesetz die Regelung, daß wenn der Strompreis zu lange negativ ist, der Einspeisevergütung entfällt. Dafür muß 2024 und 2025 der Strompreis drei Stunden am Stück negativ sein, 2026 zwei Stunden am Stück und 2027 eine Stunde lang. Bestandsanlagen sind davon jedoch nicht betroffen, sofern diese vor dem 1. Januar 2021 in Betrieb genommen wurden.

Über 20.000 abgeschaltete Anlagen am 30. April 2024, einem Arbeitstag

Mittlerweile müssen auch unter der Woche Stromerzeuger abgeschaltet werden, weil es zu viel Strom im Netz gibt. TenneT, einer von vier Stromnetzbetreibern in Deutschland, hat am 30. April massiv Anlagen abschalten müssen. 22.335 Photovoltaik und Windenergieanlagen mußten im Zeitraum 13 bis 14 Uhr abgeschaltet werden. Die Situation entspannte sich erst gegen 17 Uhr, weil die Photovoltaik dann immer weniger Strom produzierte. Immerhin war an diesem Tag der Strom nie negativ. Der Strompreis sank im Minimum nur auf 1 Cent pro Kilowattstunde an der Strombörse.

Diese radikalen Eingriffe in die Erzeugungsanlagen werden über den gesamten Sommer verteilt kommen, denn die sonnenreichen Monate kommen erst noch. Besonders Juni und Juli brachten in den letzten Jahren immer wieder neue Rekorde bei der Erzeugung von Solarstrom. Ein Zeitraum in dem viele Deutsche im Urlaub sind.

Habeck verschärft das Problem des nicht benötigten Stroms

Das Problem des nicht benötigten Stroms wird aktuell drastisch verschärft und zukünftig auch vermehrt an normalen Arbeitstagen auftauchen, denn der Ausbau der erneuerbaren Energien geht ungebremst weiter. Bis 2030 möchte die Ampel 215 Gigawatt Photovoltaik in Deutschland installiert haben. Zum Vergleich: Ende 2023 waren 81,7 Gigawatt in Deutschland installiert.

Zwar werden aus diversen Gründen wie der Ausrichtung der Solarzellen oder Verschattung

nie die vollen 81,7 Gigawatt gleichzeitig in das Netz einspeisen, Ende April erzeugten diese installierte Leistung dennoch zur Mittagszeit 45 Gigawatt. Um diese Zeit hat Deutschland am Wochenende rund 55 Gigawatt Verbrauch und unter der Woche 70 Gigawatt Verbrauch. 215 Gigawatt installierte Leistung würden rein rechnerisch 118 Gigawatt erzeugen - 48 Gigawatt mehr, als unter der Woche in der Spitze benötigt wird.
Zusätzlich zu dem radikalen Ausbau der Photovoltaik hat sich Habeck das Ziel bis 2030 115 Gigawatt an Land (Ende 2023 60,9 Gigawatt installierte Leistung) und 30 Gigawatt auf See (Ende 2023 8,5 Gigawatt installierte Leistung) installiert zu haben. Dazu kommen noch bereits 5,5 Gigawatt installierte Wasserkraft, die in Deutschland mangels geographischer Möglichkeiten kaum noch ausgebaut werden und 10,5 Gigawatt installierte Biowasserkraftwerkskapazitäten. Diese erzeugen normalerweise rund die Hälfte ihrer installierten Leistung.

Deutschlands Energiewende in der Sackgasse

Deutschlands Energiewende befindet sich aktuell in einer Sackgasse. Mit jeder neu installierten Anlage wird faktisch die Überkapazität nur erhöht, ohne einen wirklichen Nutzen zu haben. Der Ausbau der Netze und Speicherkapazitäten kommt nicht mit den Ausbauambitionen von Robert Habeck mit.
Das deutsche Vorgehen beim Ausbau der erneuerbaren Energien ist zudem aus ökologischer Sicht mehr als fraglich. Denn keine andere Branche könnte sich dafür rechtfertigen, hektarweise Acker mit Platten voll zupflastern oder gigantische Fundamente in die Natur zu setzen, ohne einen wirklichen Mehrwert zu schaffen. Zugleich schaffen die Ausbauziele von Habeck eine trügerische Sicherheit, denn trotz der für 2030 geplanten fast 400 Gigawatt installierten Leistung an erneuerbaren Energien, haben wir dennoch keinen Strom bei einer Dunkelflaute.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 1. Mai 2024 (x1.369/…):

>>**Zahl der Gewalttaten an Kindern steigt in NRW drastisch**

Die Zahl der Kinder, die Opfer von Straftaten geworden sind, ist in Nordrhein-Westfalen dramatisch gestiegen. Wie der "Kölner Stadt-Anzeiger" (Donnerstagsausgabe) unter Berufung auf Zahlen des Innenministeriums in Düsseldorf berichtet, waren im vergangenen Jahr 26.437 Mädchen und Jungen betroffen, im Vor-Coronajahr 2019 waren es noch 15.853.
Das entspricht einem Anstieg um zwei Drittel. Schon 2022 hatten die Übergriffe mit 22.904 Opfern im Vergleich zum Vorjahr (18.166 Kinder) deutlich zugenommen.
Insgesamt waren den Angaben zufolge Jungen mit 13.885 Opferfällen etwas häufiger betroffen als Mädchen (12.552). Den größten Anteil hatten sogenannte Roheitsdelikte wie Raub oder Körperverletzung. Hier wurden 12.381 Jungen zu Opfern und 7.185 Mädchen. 17 Kinder wurden 2023 durch Straftaten tödlich verletzt, ein Jahr zuvor waren es elf.
Die Tatsache, daß die Zahlen bei den Tötungsdelikten in den vergangenen fünf Jahren jeweils im niedrigen zweistelligen Bereich lagen (zwischen elf und 25), sei jedoch nur ein schwacher Trost, betonte NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) im Gespräch mit dem "Kölner Stadt-Anzeiger": "Jedes tödlich verletzte Kind trifft mich emotional besonders. Um es deutlich zu sagen: Der Schutz der Kinder ist unsere gesamtgesellschaftliche Aufgabe."
Eingerechnet sind in der polizeilichen Statistik auch die "Straftaten gegen die persönliche Freiheit". Darunter fallen Entführung, Geiselnahme oder Kinderhandel, die aber nur einen geringen Anteil hatten. Von sexuellem Mißbrauch waren 5.342 Mädchen betroffen und 1461 Jungen. Mit einer wissenschaftlichen Studie will Reul das Thema aufarbeiten und analysieren lassen.
"Kluge Köpfe haben schon erste Erklärungsansätze geliefert, wieso die Zahl tatverdächtiger Kinder und Jugendliche so rasant steigt", sagte Reul. Das könne möglicherweise auch die gestiegenen Opferzahlen erklären. Die Landesregierung wolle es aber "möglichst genau wissen".<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 1. Mai 2024 (x1.377/…):
>>**Le Pen und Weidel brechen mit Krah!**
Von *Jürgen Elsässer*
Krah - Agent des Volkes
Die neue COMPACT-Ausgabe verteidigt Maximilian Krah als "Agenten des Volkes". Seine differenzierten Äußerungen zum Zweiten Weltkrieg werden seit gestern nur deswegen hochgespielt, um Krahs Friedenspolitik gegen den Dritten Weltkrieg zu zerstören. …
Maximilian Krah ist politisch abgeschossen worden - und zwar aus den eigenen Reihen, die freilich von Feindagenten durchsetzt sind. Das Feuer eröffnet hat gestern Marine Le Pen, die Chefin des Rassemblement National, die wegen Krah die gemeinsam Fraktion mit der AfD im Europaparlament aufgekündigt hat. Matteo Salvini von der italienischen Lega schloß sich an.
Heute sollte eine Sondersitzung des AfD-Bundesvorstandes Krah beschließen, daß Krah aus dem Bundesvorstand ausgeschlossen wird, dessen gewähltes Mitglied er ist. Krah ist dem durch eigenen Rücktritt zuvorgekommen.
Schon vor drei Wochen hat er, der Spitzenkandidat der AfD zu den Europawahlen, ein Auftrittsverbot des Bundesvorstands kassiert. Kleinere Veranstaltungen hatte er trotzdem wahrgenommen. Heute früh hat er nun definitiv auf "jedweden" Auftritt im Zusammenhang mit dem Wahlkampf verzichtet. - Der Antrag eines West-Landesverbandes, Krah gleich ganz aus der Partei auszuschließen, kam im BuVo nicht durch. Trotzdem ist er jetzt vollkommen kaltgestellt.
Der Krah muß krähen!
Die neue Juni-Ausgabe von COMPACT-Magazin verteidigt Krah und den ebenfalls vom Bundesvorstand abgestraften Petr Bystron als "Agenten des Volkes". Gegen das Auftrittsverbot im EU-Wahlkampf bezog ich unter der Überschrift "Der Krah muß krähen" scharf Stellung:
"Der schlimmste Fehler der AfD: Das vom Spitzenduo Weidel/Chrupalla verhängte Auftrittsverbot für den EU-Spitzenkandidaten Maximilian Krah. Selbst seine Wahlplakate und persönlichen TV-Clips wurden in den Giftschrank geschlossen. Den Frontmann im Wahlkampf zu demontieren, ist eine Eselei, die sich keine andere Partei je geleistet hat.
Noch schlimmer, daß dies nur aufgrund von Anschuldigungen ohne jede Beweiskraft geschah, die der Inlandsgeheimdienst (Verfassungsschutz) verbreitet hat. So darf man nicht mit seinen besten Leuten umgehen. Gegen einen Feind, der Vernichtung will, muß man zusammenstehen."
Und weiter: "Warum läßt man den Krah nicht krähen? Der Mann ist lässig und eloquent, hat einen Schlag bei den Frauen und begeistert die Jugend. Und warum schickt man den Bystron nicht nach Moskau, um zu demonstrieren: Wir verteidigen die Entspannungspolitik von Willy Brandt, die die SPD schmachvoll verraten hat? Stattdessen duckt man sich weg, will kein Putinversteher sein - obwohl gerade das als Alleinstellungsmerkmal Prozente bringen würde."
"Agent des Volkes"
Im Leitartikel von COMPACT-Magazin 6/2024 heißt es: "Maximilian Krah und Petr Bystron sind keine Spione. Als 'Agenten des Volkes' könnte man sie allerdings bezeichnen, wenn man den lateinischen Ursprung des Wortes zugrundelegt: Agere heißt auf Deutsch handeln. Handeln für das deutsche Volk, das trifft bei ihnen auf jeden Fall zu, und deswegen wird ja jetzt auch gegen sie gehetzt - von Politikern und Medien, die sich den amerikanischen Besatzern verpflichtet fühlen."
Darum geht es auch bei den Angriffen, die seit gestern gegen Krah laufen. Krah hatte im Interview mit der italienischen Tageszeitung La Repubblica für eine differenzierte Sicht auf die deutsche Vergangenheit plädiert - also vorbildlich gegen die Kollektivschuld Stellung genommen und als "Agent des Volkes" agiert.

Einerseits verurteilte er die deutschen Kriegsverbrechen im Zweiten Weltkrieg, die ja auch an der französischen Zivilbevölkerung verübt wurden. Andererseits ergänzte er: "Ich werde nie sagen, daß jeder, der eine SS-Uniform trug, automatisch ein Krimineller war."
Gestern Nachmittag schob er zur weiteren Erklärung nach, er würde zum Beispiel den Schriftsteller Günter Grass "nicht als Verbrecher bezeichnen. Grass kämpfte gegen Kriegsende als Ladeschütze in der Militärformation 10. SS-Panzer-Division Frundsberg an der Westfront."
Tatsächlich muß man bei der SS unterscheiden zwischen den kämpfenden Verbänden (Waffen-SS), die großteils keine Massaker begangen haben (Ausnahmen bestätigen die Regel) und etwa den SS-Mordverbänden, die ununterscheidbarer Bestandteil der Vernichtungspolitik ("Endlösung") waren.

Adenauer und Krah

Entsprechend äußerte sich auch Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU) in seiner "Ehrenerklärung vor dem Deutschen Bundestag am 3. Dezember 1952:
"Ich möchte heute vor diesem Hohen Hause im Namen der Bundesregierung erklären, daß wir alle Waffenträger unseres Volkes, die im Namen der hohen soldatischen Überlieferung ehrenhaft zu Lande, auf dem Wasser und in der Luft gekämpft haben, anerkennen."
Auf Nachfrage ergänzte er: "Einer Anregung nachkommend, teile ich mit, daß die von mir in meiner Rede vom 3. Dezember 1952 vor dem Deutschen Bundestag abgegebene Ehrenerklärung für die Soldaten der früheren deutschen Wehrmacht auch die Angehörigen der Waffen-SS umfaßt, soweit sie ausschließlich als Soldaten ehrenvoll für Deutschland gekämpft haben."
Krah hat nur wiederholt, was bis zur 68er-Umerziehung Gemeingut im deutschen Volk und auch in der CDU/CSU war: Gegen Hitler, gegen den Nationalsozialismus, Verurteilung der Kriegsverbrecher - aber Ablehnung einer Kollektivschuld, auch in Bezug auf Wehrmacht und Waffen-SS.
Diesen Mut sollte die AfD insgesamt haben, wenn sie als konservative Partei Erfolg haben will - stattdessen fällt sie Krah auf Zuruf von Le Pen in den Rücken. Getroffen werden soll aber nicht nur eine bestimmte faire Bewertung der deutschen Vergangenheit, die Krah vorgenommen hat, sondern auch seine aktuelle außenpolitische Positionierung - für Freundschaft mit Rußland und China.
Das eine folgt ja aus dem anderen: Wie bei Günter Grass (oder auch Helmut Schmidt oder Helmut Kohl) ist das eintreten für den Frieden heute eine Konsequenz aus den Kriegsgreueln gestern. Die Antifa-Schreiern heute, die gegen die AfD hetzen, sind dagegen in aller Regel Unterstützer der NATO-Aggression gegen Rußland, haben also gerade keine Lehre aus der Vergangenheit gezogen. Auch Le Pen und Weidel sollten sich ihre politisch korrekten Angriffe auf Krah besser sparen und lieber Widerstand gegen die Kriegsvorbereitungen an der Ostfront organisieren.
Die Juni-Ausgabe von COMPACT stellt die Verteidigung von Krah und Bystron in den Mittelpunkt - und leistet mithin das, was man von der AfD gegenüber ihren Spitzenkandidaten erwarten sollte. ...<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 1. Mai 2024 (x1.369/…):
>>**Göring-Eckardt verlangt Klimageld-Auszahlung ab 2025**
Bundestags-Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt (Grüne) dringt darauf, mit der Auszahlung des geplanten Klimageldes 2025 zu beginnen. Sie hoffe sehr, daß das Klimageld noch in dieser Legislaturperiode komme, sagte sie den Zeitungen der Funke-Mediengruppe.
"Der Auszahlungsmechanismus für das Klimageld muß Anfang kommenden Jahres stehen. Das ist die Voraussetzung, daß das Geld auch fließen kann." Göring-Eckardt sieht vor allem den liberalen Finanzminister in der Pflicht.
"Wenn Christian Lindner die Leute egal sind, die auf den sozialen Ausgleich angewiesen sind, dann hat er ein Problem. Er ist nämlich Finanzminister der Bundesrepublik Deutschland und

nicht Finanzminister der FDP." Die Ampel-Koalition will mit dem Klimageld soziale Härten beim Klimaschutz abfedern und zudem den Anreiz für Verbraucher erhöhen, klimaschädliches Kohlendioxid einzusparen. Geplant ist, daß jeder Bürger pro Jahr einen Pauschalbetrag erhält.
Dafür soll unter Federführung des Finanzministeriums erstmals ein System aufgebaut werden, mit dessen Hilfe der Staat jedem Bürger direkt Geld aufs Konto überweisen kann. Während sich Lindners Haus zuletzt zuversichtlich gezeigt hatte, daß diese Arbeiten Anfang 2025 abgeschlossen sein werden, ist unklar, ob der Bund im kommenden Jahr überhaupt den finanziellen Spielraum für die Auszahlung des Klimageldes haben wird.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 1. Mai 2024 (x1.368/…):
>>**AKW-Files: Habeck hielt relevanten E-Mail-Verkehr vor Bundestag geheim**
Im Rahmen der AKW-Files hat sich in der vergangenen Woche Robert Habeck dem Bundestagsausschuß gestellt. Dabei versprach er den Abgeordneten transparent Zugang zu den Akten zu verschaffen. Wie nun herauskommt, soll er dem Ausschuß jedoch einen relevanten E-Mail-Austausch vorenthalten haben.
Jonas Aston
Die Affäre um die AKW-Files wirbelt weiteren Staub auf. In der vergangenen Woche mußten sich die Umweltministerin Steffi Lemke sowie Wirtschaftsminister Robert Habeck wegen der Enthüllungen des Magazins Cicero den Bundestagsausschüssen stellen. Dabei versprachen die beiden Grünen-Politiker, daß man den Abgeordneten transparent und umfassend Einblick in die Akten gewähren wolle. Erst am Dienstagabend bekräftigte der Wirtschaftsminister dieses Versprechen noch einmal bei Markus Lanz. Gehalten hat sich hieran aber offenbar lediglich die Umweltministerin.
Habecks Ministerium versucht hingegen weiterhin Informationen zurückzuhalten. Wie der Focus unter Berufung auf Unionskreise berichtet, hat das Wirtschaftsministerium einen relevanten E-Mail-Austausch dem Ausschuß nicht zugänglich gemacht. Dieser E-Mail-Verkehr wurde von Cicero erst nach der Ausschußsitzung in einem zusätzlichen Text zu den AKW-Akten publik gemacht. Demnach habe ein Fachbeamter vorgeschlagen, neue Brennstäbe aus Frankreich zu besorgen.
Seinen Ausführungen zufolge hätte man mittels dieser die Atomkraftwerke unter Umständen ohne längere Wartezeiten weiterhin im Betrieb belassen können. Von seinem Abteilungsleiter Christian Maaß wurde dieser Vorschlag jedoch abgewiegelt. In einer ersten Antwort erklärte er, daß Umweltministerium "sicherlich ohnehin entsprechend informiert ist". In einer weiteren E-Mail erklärte er: "Bitte abschließend regeln, keine weiteren Aktivitäten in Richtung Brennelementebeschaffung aus unserem Haus nötig."
Vor wenigen Tagen machte der Cicero öffentlich, daß sowohl das Umweltministerium, allen voran aber das Wirtschaftsministerium im Frühjahr 2022 interne Bedenken bezüglich des damals geplanten Atomausstiegs unterdrückt hatten. Beide Ministerien bestreiten dies jedoch vehement. Im Vorfeld hatte das Magazin über Monate die Herausgabe der Akten vor Gericht erstritten und erhielt daraufhin zwei umfangreiche Aktenordner. Zuvor hatte das Wirtschaftsministerium von Habeck nur einen kleinen Teil der angeforderten Dokumente herausgegeben. Begründet wurde dies mit der Vertraulichkeit der Beratungen.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 1. Mai 2024 (x1.377/…):
>>**Freie Sachsen: "Dresden soll nicht Bagdad werden"**
Von *Sven Reuth*
Unter dem Motto "Nieder mit der Regierung!" fand heute eine Demonstration der Freien Sachsen statt, an der sich Hunderte von Bürgern beteiligten. …
Der Demonstrationszug startete am Großen Garten, zog durch die Innenstadt, überquerte dann die Elbe und erreichte schließlich das Regierungsviertel in Dresden. Wie schon bei den De-

monstrationen der Bauern und Handwerker im Januar dieses Jahres fand die Kundgebung direkt vor der Sächsischen Staatskanzlei statt.

Antifa verlängert Demozug

Ein Kuriosum am Rande des Zuges war die linksextremistische Gegendemonstration, die diesmal nicht am Rand der Straße stand, sondern die sich - nur abgetrennt von einer kleinen Polizeikohorte - hinter dem patriotischen Demonstrationszug einreihte.

Was wohl als besonders ausgefuchster Kniff gedacht war, um besser stören zu können, erwies sich als fulminanter Rohrkrepierer. Nach außen wirkte der Antifa-Aufmarsch nämlich wie eine Verlängerung der patriotischen Demonstration und die linksextremistischen Parolen wurden durch die Querdenker-Trommler übertönt, die sich dem Zug der Freien Sachsen angeschlossen hatten.

Als erste Rednerin kritisierte die patriotische Aktivistin Madeleine den mangelnden Schutz der Kinder im Land. Immer wieder würden Pädophile mit viel zu geringen Strafen davonkommen. Deshalb gelte es, ein System herauszufordern, daß der eigenen Jugend Chancen und Bildung verweigere, das aber gleichzeitig nichts gegen die Gewalt unternehme, die von Ausländern auf der Straße ausgeübt wird.

Kritisches Denken gegen Medienlügen

Außerdem gelte es, die "falschen Narrative" der Medien zu enttarnen und den Kindern und Jugendlichen kritisches Denken beizubringen, um sie weniger anfällig für Medienlügen zu machen. Zum Meinungsklima im Land äußerte Madeleine:

"Heute wird jeder schneller als Nazi abgestempelt, als Ricarda Lang für ihren nächsten Big Mac braucht."

Dann ergriff der Rechtsanwalt Jens Lorek das Wort, der für die Freien Sachsen bei der Stadtratswahl kandidieren wird und der zu den Initiatoren der Unterschriftensammlung für ein Dresdner Bürgerbegehren "Nein zur Moschee" zählt. Dieses sei notwendig, damit Dresden "nicht in fünf Jahren wie Bagdad aussieht". Zur verfehlten deutschen Migrationspolitik stellte Lorek fest:

"Der Krieg in Syrien ist beendet und dort werden diese 'Fachkräfte' beim Wiederaufbau ihrer Heimat dringender benötigt als in Deutschland. Darüber hinaus gibt es eine große Zahl nach dem Gesetz ausreisepflichtiger Ausländer sowie ukrainischer Wehrdienstpflichtiger, die ebenfalls schnell in ihre Heimat gebracht werden können. Deutschland kann so die Zahl importierter Sozialfälle alleine durch die Anwendung geltenden Rechts drastisch senken. Remigration bedeutet aber auch, abgewanderte deutsche Fachkräfte wieder zurück ins Land zu holen."

"Handschellen müssen klicken"

Lorek kritisierte den Linksruck in der Justiz, dessen Zeuge er geworden sei. Bei vielen Richtern auf Probe hätte man den Eindruck, daß es heute nur noch darum gehe, eine politisch korrekte Haltung zu zeigen. Entscheidungen zugunsten der Bürger würden immer seltener getroffen werden. Mit juristischen Mitteln ließe sich eine falsche Politik nicht mehr aufhalten, deshalb habe er sich für eine Kandidatur für die Freien Sachsen entschlossen.

Dann schritt Max Schreiber, Kandidat für die Freien Sachsen in der Sächsischen Schweiz, zum Rednerpult. Er kritisierte das repressive Vorgehen der Behörden schon im Vorfeld der Demonstration zum 1. Mai. Als Demokrat müsse man andere Meinungen aushalten können, da dies aber nicht mehr gegeben sei, müsse man Justiz und Behörden personell neu aufstellen. Wer willkürlich die Grundrechte der Bürger beschneide, für den müsse das Freie Sachsen-Wahlmotto "Handschellen müssen klicken" gelten.

Als Unternehmer kritisierte Schreiber die Vielzahl an Vorschriften und Dokumentationspflichten, durch die viele Unternehmen in Existenznot geraten, da immer mehr Arbeitszeit für die Erledigung bürokratischer Vorschriften aufgewendet werden muß.

"Meinungsfreiheit gegen Cancel Culture verteidigen"

Als letzter Redner schritt Marcus Fuchs, ein wichtiger Kopf der Querdenker in Sachsen, zum Mikrophon. Er erinnerte an den Fall der Chemnitzer Ärztin Bianca Witzschel, der von der Staatsanwaltschaft vorgeworfen wird, angeblich falsche Corona-Atteste ausgestellt zu haben und die deshalb schon seit über einem Jahr in Untersuchungshaft sitzt. Das sei ein unglaublich hartes Vorgehen im Vergleich zu Mehrfachvergewaltigern, die mittlerweile häufig nur mit Bewährungsstrafen davonkommen.
Es gelte, die Gerechtigkeit gegen eine Justiz durchzusetzen, die sich mehr und mehr zum Büttel einer linksgrünen Politik degradiere. Fuchs rief seinen Zuhörern zu: "Wir müssen die Meinungsfreiheit gegen eine ideologisierte Cancel Culture und eine linksgrüne Politik verteidigen. Ein echter Politikwechsel umfaßt auch die Aufarbeitung der Corona-Verbrechen und die Wiederherstellung der Menschenrechte."
Fuchs kündigte für den 8. Juni die Abhaltung einer Großdemonstration in Dresden an, für die man schon bundesweit bekannte Redner gewonnen habe.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 1. Mai 2024 (x1.369/…):
>>**Ukraine-Unterstützung könnte "noch zehn Jahre" dauern**
SPD-Chef Lars Klingbeil hat Deutschland auf eine lange finanzielle und militärische Unterstützung der Ukraine eingeschworen. "Wir müssen vielleicht noch zehn Jahre Geld und Waffen mobilisieren, um der Ukraine zu helfen", sagte Klingbeil dem Nachrichtenportal T-Online. "Dafür brauchen wir das Mandat der Bevölkerung." Deutschlands Sicherheit werde auch in der Ukraine verteidigt. Zugleich fordert er, in der öffentlichen Debatte nicht nur über Waffenlieferungen zu sprechen.
"In der ganzen Welt wird über Friedensinitiativen gesprochen, die Friedenskonferenz in der Schweiz steht bevor und das unterstützen wir als Deutschland", so Klingbeil. "Wir können nicht zulassen, daß der Friedensbegriff nur von den Wagenknechten und den Rechtsradikalen von der AfD besetzt wird. Die meinen mit Frieden nämlich eine Kapitulation vor Putin und das ist falsch."
Zugleich verwies der SPD-Chef darauf, daß Putin derzeit nicht verhandeln wolle und sich an der deutschen Ukraine-Politik nichts ändere: "Es bleibt bei der Strategie, die Ukraine so stark zu machen, daß sie zum richtigen Zeitpunkt aus einer Position der Stärke verhandeln kann." Deutschland werde nicht über die Köpfe der Ukrainer entscheiden.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 1. Mai 2024 (x1.377/…):
>>**Deutsche und Polen: Ihr Kampf um Danzig**
Von *Gero Bernhardt*
Als sogenannte Freie Stadt wurde Danzig nach dem Ersten Weltkrieg vom Deutschen Reich abgetrennt und unter Völkerbundmandat gestellt. Der polnische Imperialismus war besonders auf die alte Hansestadt gerichtet - und führte nach Ende des Zweiten Weltkriegs zur Einverleibung Danzigs mit ganz Westpreußen, wie man in COMPACT-Geschichte Nr. 23 "Verlorene Heimat - Die Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten" nachlesen kann. …
"Das Ende des Ersten Weltkriegs", heißt es unserer neuen Geschichtsausgabe "Verlorene Heimat - Die Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten", "bedeutete eine weitere Zäsur in der Geschichte der Stadt - denn sowohl Deutschland als auch Polen erhoben Ansprüche auf Danzig".
Und weiter: "Als sogenannte Freie Stadt war sie ein völkerrechtliches Kuriosum: Die übergroße Mehrheit der Bevölkerung war deutsch, die Stadt wurde kontrolliert von einem vom Völkerbund bestellten Hochkommissar, aber außenpolitisch vertreten durch Warschau."
Neben öffentlichen Boykottaufrufen von polnischer Seite gegen Danzig wurden die Grenzen bald so scharf kontrolliert, daß der Wirtschaftsverkehr beinahe zum Erliegen kam. Zeitweise beschlagnahmte der polnische Zoll sogar alle Waren Danziger Firmen. Polens Staatspräsident Stanislaw Wojciechowski sagte dazu in einer Rede vom Mai 1923:

"Man muß Danzig all diejenigen lebenswichtigen Säfte unterbinden, die es Polen entnimmt."
Zur Proklamation der Freien Stadt Danzig hatte der Stellvertretende Oberkommissar des Völkerbundes, der britische Oberst Strutt, 1920 erklärt:
"Laßt uns Frieden halten jederzeit, sowohl innerhalb wie außerhalb dieses Hauses. Die Welt braucht Frieden. Mögen Danzig und Polen dem östlichen Europa darin ein Vorbild sein. Beide Völker mögen glücklich und zufrieden nebeneinander leben, wachsen und gedeihen, durch gegenseitiges Vertrauen und Freundschaft, bei gegenseitiger Unterstützung."
Diese Worte waren leider nur ein frommer Wunsch, denn schon seit Kriegsende kursierten der Verdacht und die Befürchtungen, daß die Abtrennung Ostpreußens durch den Korridor und der Status der Stadt Danzig einen auf Dauer friedlichen Ausgleich zwischen Polen und dem Deutschen Reich unmöglich machen würden.

Einverleibung ganz Westpreußens

Im Jahr 1919 erklärte Marcel Sembat, Mitglied der 1898 gegründeten französischen Liga für Menschenrechte sowie Politiker und Minister, daß Danzig den Keim zu einem neuen Krieg in sich trage. Eine selbstbestimmte Lösung der Danzig-Frage wurde von Polen torpediert. Die Forderung der Rückkehr zum Deutschen Reich war schon in den Jahren der Weimarer Republik allgegenwärtig.
Sogar der französische Botschafter in Berlin, Robert Coulondre, hielt in seinen Lebenserinnerungen fest, daß das deutsche Volk sich wohl mit dem Verlust des Elsasses an Frankreich abgefunden habe, daß es ihm aber unmöglich gewesen sei, die Verstümmelung seiner Ostgebiete anzuerkennen.
Nach Beginn des Krieges zwischen Deutschland und Polen am 1. September 1939 wurde Danzig wieder dem Deutschen Reich angegliedert, fiel aber 1945 mit ganz Westpreußen wiederum polnischem Imperialismus zum Opfer. Tatsächlich hatte aber auch Großbritannien daran nicht unerheblichen Anteil.
In COMPACT-Geschichte "Verlorene Heimat " heißt es dazu:
"Am 8. Oktober 1943 beschloß das britische Kabinett die 'Abtretung Ostpreußens, Danzigs und Oberschlesiens von Deutschland' sowie die Vertreibung von drei bis fünf Millionen Ostdeutscher und einer bis anderthalb Millionen Sudetendeutscher (ohne die des Egerlandes).
Nach der Konferenz der sogenannten Großen Drei in Teheran (28. November bis 1. Dezember 1943) forderte Wolna Polska, das Organ der Union polnischer Patrioten, die Austreibung von 7,5 Millionen Deutschen aus Ostpreußen, Pommern und Schlesien."
Zu dieser Zeit lebte Angela Merkels Mutter schon in Hamburg. 1936 war sie mit ihrer Familie in die Elbmetropole gezogen, wurde dreimal ausgebombt und erlebte das Kriegsende durch die Kinderlandverschickung in einem Dorf in Sachsen-Anhalt. Auch dazu hörte man von der früheren Bundeskanzlerin nie etwas.
Die polnische Landnahme war lange geplant: Dies belegen wir in COMPACT-Geschichte Nr. 23 "Verlorene Heimat - Die Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten" anhand von nachprüfbaren Quellen und Dokumenten. Erfahren Sie alles über die größte Vertreibung in der Geschichte, ihre Vorbereitung und die schrecklichen Verbrechen, die damit einhergingen.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 1. Mai 2024 (x1.369/…):
>>**Verdi sieht Unvereinbarkeit mit AfD-Positionen**

Verdi-Chef Frank Werneke sieht den Kampf gegen die AfD als eine zentrale Aufgabe der DGB-Gewerkschaften. "Wer sich zu AfD-Positionen bekennt und die Programmatik vertritt, hat bei uns keinen Platz", sagte Werneke dem "Redaktionsnetzwerk Deutschland". Er wolle "verhindern, daß sich die AfD in Betrieben etabliert. Da müssen alle Gewerkschaften noch stärker in die Auseinandersetzung gehen."
Werneke erklärte weiter: "Der Kampf gegen Rechts muß in den Betrieben, Einrichtungen und Verwaltungen geführt werden. Die Rechten werden mutiger, sie versuchen, Mehrheiten bei

Betriebs- und bei Personalratswahlen zu gewinnen. Das muß verhindert werden." Werneke sorgt sich auch um mögliche AfD-Erfolge bei Kommunal- und Landratswahlen in Ostdeutschland.
"Mehrere Landkreise könnten an die AfD gehen. Das ist besorgniserregend, weil die AfD dann Arbeitgeber ist. Und wenn sie erst mal den Bürgermeister oder den Landrat stellt", dann bringe die Partei ihre Spezis im Management der kommunalen Unternehmen unter.<<
Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 1. Mai 2024 (x1.371/…): >>**"Das Maß ist voll": Vater von vier Mädchen über sexuelle Belästigungen durch Migranten**
Von *Herbert Ludwig*
Die Gewaltverbrechen durch Migranten, insbesondere die sexuellen Belästigungen und Vergewaltigungen von Frauen, nehmen unaufhörlich in besorgniserregendem Maße zu, in Österreich wie in Deutschland. Denn in beiden Ländern finden keine wirksamen Grenzkontrollen statt, so daß Migranten massenweise illegal ins Land strömen können, unter ihnen natürlich auch verbrecherische Naturen.
Der Staat schützt bewußt seine Bürger nicht. Es droht der Zeitpunkt, daß Bürger zur Selbsthilfe greifen. Die österreichische Onlinezeitung "Heimatkurier" berichtete am 23.4.2024 von einem Vater von vier Mädchen, der sich verzweifelt mit einem Video auf "Tik Tok" an die Öffentlichkeit wendete.
"Es ist mal wieder passiert: eine meiner Töchter wurde gestern am Bahnhof bei uns im Ort von einem 'Gast unserer Politik' belästigt", so beginne das Video des vierfachen Familienvaters, das aktuell in den sozialen Medien die Runde mache.
Das Mädchen sei auf dem Weg vom Bahnhof nachhause gewesen, als sie von einem Migranten verfolgt worden sei. Mittels Google-Übersetzer hätte er versucht, ihr "gewisse Dinge mitzuteilen". Erst als das Mädchen verängstigt zum Pfefferspray gegriffen und einen Anruf getätigt habe, sei er zurückgeblieben.
Es sei nicht der erste Vorfall dieser Art gewesen. Alle vier Töchter hätten ähnliche Situationen bereits erlebt, zum Teil mehrfach. Bis jetzt sei noch nichts Schlimmeres passiert:
"Aber, ich weiß jetzt schon genau, der Tag wird kommen, an dem eine Situation einmal eskalieren wird", so der Vater in eindringlichen Worten:
"Der Tag wird kommen, ich weiß es, an dem ich einen Gast unseres Landes, der sich in unserem Land nicht benehmen kann, dem wir Schutz gewähren, dem wir Geld geben, dem wir Unterkunft geben, dem wir Essen, dem werde ich zeigen, wie man sich in Deutschland gegenüber unseren Frauen benimmt!"
Der "Heimatkurier" berichtet weiter: "Auf die Polizei sei kein Verlaß. In der Vergangenheit hätte man derartige Vorfälle noch zur Anzeige gebracht, doch diese seien stets im Sand verlaufen."
Als eine seiner Töchter einen sexuellen Übergriff mit ihrem Handy dokumentiert hätte, habe die Familie das Video zur Aufklärung ins Netz gestellt. Prompt seien sie von der Polizei aufgefordert worden, das Video "zum Schutz des Verdächtigen" zu löschen.
Der Vater: "Soweit ist es schon gekommen, daß die Verdächtigen besser geschützt werden, als unsere eigenen Kinder in unserem eigenen Land." Das sei ein unhaltbarer Zustand:
"Wir sind Väter und haben Angst um unsere Töchter und teilweise auch Angst um unsere Frauen. Das darf im eigenen Land nicht sein."
Am Ende des Videos richte der vierfache Familienvater einen deutlichen Appell an die Politik:
"Kriegen Sie das in den Griff, oder wir tun es!"
Der identitäre Aktivist Martin Sellner kommentiere das Video auf Telegram. Darin weist er auf die politischen Zielsetzungen hin und rät zur Besonnenheit: "Der Bevölkerungsaustausch

ist die grausamste und perfideste Politik der letzten Jahrzehnte. Es ist ein unglaublich brutaler Prozeß, der dem Volk mit moralischer Erpressung, Psychoterror und echtem linken Terror aufgezwungen wird. Daß Leute irgendwann ausrasten und extremistisch werden, ist dabei Teil des Kalküls. Die ständigen Demütigungen und offenen Lügen sollen dazu beitragen. Wenn Deutschen der Geduldsfaden reißt, nutzt man das spektakulär für noch mehr Repression."
Quelle: https://heimatkurier.at/auslaenderkriminalitaet/das-mass-ist-voll-vierfacher-vater-packt-ueber-sexuelle-belaestigungen-durch-migranten-aus<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 1. Mai 2024 (x1.369/…): >>**Hofreiter plädiert für schnelle EU-Erweiterung**
Anläßlich des Jahrestags der EU-Osterweiterung vor 20 Jahren hat sich der Vorsitzende des Europa-Ausschusses des Bundestags, Anton Hofreiter (Grüne), für eine schnelle Erweiterung der Europäischen Union zur Vermeidung von weiterer Instabilität an den Rändern Europas ausgesprochen.
"Der russische Angriff auf die Ukraine hat den Menschen klargemacht, daß das Hinhalten, wie es etwa mit den Westbalkanstaaten praktiziert wurde, gefährlich werden kann", sagte Hofreiter den Zeitungen der Mediengruppe Bayern (Mittwochausgaben). "Wir können uns keine Grauzonen leisten. Die sind am Ende immer eine Ursache für Instabilität", sagte der Grünen-Politiker.
"Die Länder, die die Kopenhagener Kriterien erfüllen, sollten dann auch schnell Mitglied der EU werden." Vor diesem Hintergrund forderte Hofreiter eine Mitgliedschaft Montenegros bis 2026. "Das Land könnte sehr schnell beitreten. Und ich bin der Meinung, daß wir beispielhaft an Montenegro zeigen könnten, daß die EU erweiterungsfähig ist", sagte er. "Wenn das Land noch die wenigen Schritte geht, die gerade fehlen, dann kann es innerhalb der nächsten zwei Jahre Mitglied werden, also 2026. Ich würde mir da ein sehr klares Bekenntnis von der EU, auch Deutschland, wünschen", sagte der Grünen-Politiker.
Er halte es auch für realistisch, das Land einzeln aufzunehmen. "Wir haben es mit Kroatien 2013 nicht anders gehandhabt. Das kann eine Motivation für die anderen Länder sein", so Hofreiter. Es gelte, Signale an Rußland und China zu senden. "Wir sollten jetzt klarmachen, daß wir aufgrund der zunehmenden Bedrohungen und der geopolitischen Notwendigkeit verstanden haben, daß sich etwas im EU-Beitrittsprozeß ändern muß." Deutlich machte er aber, daß die Beitrittskriterien nicht aufgeweicht würden. "Wir werden die Aufnahmekriterien nicht abschwächen", so Hofreiter. Die Bürger der EU-Staaten müßten sich "darauf verlassen können, daß die Neuen sich an die gleichen Regeln halten wie sie auch".<<
Willy Klages (1953*, von 1972-2016 Mitarbeiter eines großen deutschen Energieversorgungsunternehmens) schreibt am 1. Mai 2024 folgenden Offenen Brief an kritische deutsche Publizisten: >>**Betreff: Endloser Terror der Antichristen - Die römisch-katholische Inquisition**
Sehr geehrte Damen und Herren!
Systematische Verfolgung der "Ketzer" durch die römisch-katholische Kirche
Im Auftrag des Papstes Innozenz III. (1198-1216) verfolgten französische, deutsche und italienische Kreuzritter in Südfrankreich abtrünnige Christen ("Ketzer") und führten ab 1209 systematische Gewaltmaßnahmen gegen die Albigenser (Sekte der Katharer) und andere Sektenbewegungen durch.
Kaiser Friedrich II. (1194-1250) erließ im Jahre 1224 in Padua ein Edikt gegen die Ketzerei im gesamten Heiligen Römischen Reich.
Die Online-Zeitschrift "DER THEOLOGE" Nr. 86 berichtete später über die Inquisition durch die römisch-katholische Kirche (x924/…): >>**Die "Säuberungen" beginnen**
Im Mittelalter hatte die Kirche immer wieder die Ergreifung und Hinrichtung von Ketzern veranlaßt - doch es handelte sich eher um Einzelfälle. …

Als Graf Raimund von Toulouse sich nicht an der Verfolgung der Ketzer beteiligen wollte, wurde er vom Legaten Peter von Castelnau exkommuniziert. Dies ist ein unerhörter Vorgang, ein Eingriff des Papstes in eine ausländische Staatsgewalt. Und nun überschlugen sich die Ereignisse: Der päpstliche Legat Castelnau wurde erschlagen (1208) - wohl kaum von einem Katharer, denn diese lebten gewaltlos.
Doch darauf kam es gar nicht an - auf einen solchen Anlaß hatte der Papst nur gewartet: Unverzüglich rief er zum Kreuzzug gegen Graf Raimund auf: "Erhebt euch, Soldaten Christi! Rottet diese Gottlosigkeit mit allen Mitteln aus, die Gott euch eröffnen wird! Streckt eure Arme weit aus und schlagt euch tapfer mit den Verbreitern der Häresie; verfahrt mit ihnen schlimmer als mit den Sarazenen, denn sie sind noch schlimmer als jene!"
Was mit den Sarazenen im ersten Kreuzzug geschehen war, wußte man: Man hatte sie vernichtet, allein 1099 in Jerusalem 70.000 Menschen, die gesamte Einwohnerschaft, hingemordet. Den Teilnehmern am Ketzerkreuzzug winkte auch diesmal wieder großzügiger Lohn: Die Vergebung der Sünden - und ein Erlaß ihrer Geldschulden! Da ließ es sich ohne Gewissensbisse morden - auch wegen Gewaltverbrechen exkommunizierten Kriminellen wurde die Absolution versprochen, wenn sie mitmachten.
Der Krieg wurde mit "viehischer Grausamkeit" geführt. Allein bei der Eroberung von Beziers wurden 1209 mindestens 20.000 Menschen ermordet, darunter natürlich auch Katholiken. "Erschlagt sie alle, Gott kennt die seinen", soll der päpstliche Legat Arnold von Citeaux dazu gesagt haben. Auf jeden Fall ist überliefert, daß er nach Rom gemeldet hat: "Gottes Zorn hat in wunderbarer Weise gegen die Stadt gewütet."
Der Totschlag erfolgte mit dem ausdrücklichen Segen des Papstes. Denn dieser hatte die Kreuzfahrerhaufen mit einer persönlichen Botschaft in die Schlacht geschickt:
"Vorwärts, ihr streitbaren Soldaten Christi! Ziehet den Vorläufern des Antichrist entgegen und schlagt die Diener der alten Schlange tot! Bis heute habt ihr vielleicht für vergänglichen Ruhm gekämpft, kämpft jetzt für ewigen Ruhm! Bis heute habt ihr für die Welt gekämpft, kämpft jetzt für Gott! Wir ermahnen euch nicht, Gott diesen großen Dienst zu leisten für irgendeine irdische Belohnung, sondern um des Reiches Christi willen, das wir euch voll Vertrauen versprechen."
Kann man sich eine größere Gotteslästerung vorstellen? Der Papst nimmt Bezug auf die geheime Offenbarung des Johannes im Neuen Testament, in der das Friedensreich Jesu Christi angekündigt wird. Ein Friedensreich - erkämpft durch Plündern, Verwüsten, Foltern und Morden! …
So kam es dann auch: Durch fortgesetzte Schikanen und immer weitergehende Forderungen provozierte man den Grafen und exkommunizierte ihn noch zweimal - das letzte Mal endgültig, denn er starb im Bann und erhielt nicht einmal ein richtiges Begräbnis.
Sein Sohn, Raimund VII., wurde gezwungen, die Grafschaft an den König von Frankreich zu vererben. …
Der Kreuzzug gegen die Albigenser dauerte zwanzig Jahre (1209-1229) und endete, von spärlichen Resten abgesehen (die später noch aufgerieben wurden, etwa auf dem Montsegur 1244), mit der völligen Ausrottung der Katharer. Sofort nach der Eroberung von Burgen, in denen sich neben Rittern auch geflüchtete Katharer aufhielten, veranstalteten die mitgereisten Legaten des Papstes Schnellgerichte und führten die - meist bereitwillig und gefaßt in den Tod gehenden - Katharer auf den Scheiterhaufen.
Damit "hatte die Inquisition in Waffen ihr Haupt erhoben, ein höchst aufwendiges Unterfangen. Aus dem simplen Grunde, weil nicht jedes Jahr Kreuzzug abgehalten werden konnte, dieser nur als 'ultima ratio' der Ketzerbekämpfung in Frage kommen konnte, war es erforderlich, der Inquisition ein organisatorisches Gerüst auch für Friedenszeiten zu geben."
Innozenz war das völlig klar: "Die Kirche brauchte eine Speerspitze und sie schaffte sich diese

in der durchorganisierten Inquisition." Noch während des Ketzerkreuzzugs traf er dafür die Vorbereitungen. Er berief für das Jahr 1215 ein Konzil ein. …
Die weltlichen Herren sollen "ermahnt, veranlaßt und notfalls durch kirchliche Zensuren gezwungen werden", die Häretiker aus ihren Gebieten zu "entfernen". Wenn ein Landesherr es unterläßt, "sein Land von dieser abscheulichen Ketzerei zu säubern, soll er ... mit der Exkommunikation belegt werden". Macht der Fürst seine Unterlassung nicht innerhalb eines Jahres gut, so wird der Papst die Vasallen des Fürsten von ihrem Treueschwur lösen "und dessen Land den Katholiken zur Inbesitznahme" überlassen.
Daß dies keine leere Drohung war, hat bereits der Fall des Raimund von Toulouse ein für alle Mal gezeigt. Die Exkommunikation wurde 1215 aber auch allen "Gönnern, Verteidigern und Beschützern" der Ketzer angedroht. Das bedeutet Verlust der bürgerlichen Rechte, keine Zulassung zu Zeugenaussagen und kein Recht, zu erben oder zu vererben, kein kirchliches Begräbnis. Doch auch wer "mit diesen Leuten, nachdem die Kirche sie öffentlich gebrandmarkt hat, weiterhin Umgang pflegt, soll der Strafe der Exkommunikation verfallen sein".
Das heißt: Nicht nur mit den Ketzern selbst darf man keinen Umgang pflegen, sondern auch mit allen, die mit ihnen Umgang gepflegt haben. Sie sind Aussätzige, Unberührbare geworden. Jetzt versteht man auch, weshalb es kaum jemand wagte, die Familie eines eingesperrten "Ketzers", die nach der Beschlagnahme des gesamten Vermögens auf der Straße stand, aufzunehmen oder ihr weiterzuhelfen. Frau und Kinder waren dem Hungertod preisgegeben. Der Verbrechensapparat der Kirche trieb immer neue grausame Blüten.
Wer ohne Erlaubnis der Kirche predigte, und sei es auch nur "im kleinen Kreise", sollte ebenfalls exkommuniziert werden. Schließlich sollten die Bischöfe mindestens einmal im Jahr jede Gemeinde besuchen oder visitieren lassen und "die ganze Nachbarschaft schwören lassen, dem Bischof die Leute gewissenhaft anzuzeigen, die ihnen dort als Ketzer bekannt sind, oder solche, die geheime Konventikel abhalten oder in ihrer Lebensführung und ihren Sitten von dem üblichen Verhalten der Gläubigen abweichen". Nur nicht auffallen, immer schön ducken war also die Devise, wenn man nicht ins Räderwerk der Inquisition kommen wollte. Die Bischöfe, die diese Aufgabe nicht erfüllten, sollten abgesetzt werden.
Um eine lückenlose Kontrolle der Bevölkerung zu erreichen, wurde jeder Katholik verpflichtet, mindestens einmal im Jahr - zu Ostern - bei seinem Ortspfarrer zu beichten und die Kommunion zu empfangen. Dieses Gebot besteht übrigens zumindest auf dem Papier bis heute; es wurde in ländlichen Gegenden Deutschlands bis weit ins 20. Jahrhundert hinein praktiziert: Der Pfarrer ging vor Ostern von Haus zu Haus und ließ sich die "Beichtzettel" aller Bewohner zeigen.<<
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über die Beichte (x282/149-150): >>... Unter den Sakramenten gibt es wohl keines, das so die Aufmerksamkeit der Theologen fand wie die Beichte, Kein Wunder, kettet sie doch mehr als alle andern immer wieder an die Kirche.
So schrieb der Jesuit Adolf von Doß: "Gib Almosen, pflege Kranke, begrabe Tote, faste, wache, bete, quäle dich, kasteie dich, weine dir die Augen blind; nichts von alledem ersetzt die Beichte."
Wie das meiste im Christentum, geht auch die katholische Sündenlehre und Beichtpraxis nicht auf Jesus zurück, demonstriert aber drastisch das kirchliche Anpassen an die Verhältnisse und die anscheinend unbegrenzte menschliche Dummheit.
Zumal von letzterer hatten schon andere profitiert. Eine Beichte kannte bereits der Buddhismus, der dem Bekenntnis reinigende Wirkung zuschrieb: "Wo einer seine Sünden bekennt, so wohnt dem die Kraft inne, ihm die drückende Last derselben zu erleichtern oder ihn zu reinigen von seinen Sünden."
Eine Beichte gab es im Jainismus, im Kult der Anaitis, in den samothrakischen Kabirenmyste-

rien oder bei Isis, wo die reuigen Sünder unter Drohungen der Priester sich auf den Tempelboden warfen, die heilige Tür mit dem Kopf rammten, die Reinen mit Küssen anflehten und Wallfahrten machten, während man im Bereich der Primitivreligion (denn das andere nennt man "hoch") nach dem Bekenntnis Holzsplitter und Strohhalme in die Luft schleuderte und frohlockte: "Alle Sünden sind fortgegangen mit dem Wind." ...<<

Der deutsche Historiker Johannes Haller schrieb später über die gnadenlose Verfolgung der Albigenser durch die römisch-katholische Kirche (x122/146): >>Der Kreuzzug gegen die Albigenser gehört zu den Dingen, die das Schuldkonto der Kirche ... am schwersten belasten. ... Dieses Ausmorden einer halben Bevölkerung und das Elend, in das der überlebende Teil gestürzt wird. ... Die Vorgänge sind kennzeichnend für die Gesinnung, von der diese Menschen ... beherrscht sind. Sie sind ... die widerwärtigste Blüte des Geistes der Kreuzzugszeit, dem Blutvergießen als gottgefälliger Verdienst gilt ...<

Durchführung und Überwachung der römisch-katholischen Inquisition

Die Online-Zeitschrift "DER THEOLOGE" Nr. 86 berichtete später über die römisch-katholische Durchsetzung der Inquisition (x924/…): >>**Der Staat muß "mitspielen" - Friedrich II.**

All dies war natürlich nur möglich, wenn der Staat, angefangen bei den obersten Landesherren, die Tätigkeit der Inquisition nicht nur duldete, sondern regelrecht anordnete. Den Durchbruch erzielte die Kirche hier ausgerechnet - bittere Ironie der Geschichte - bei einem Kaiser, der zwar seine Karriere als "Mündel des Papstes" begonnen hatte, doch alles andere als ein glühender Katholik war: Friedrich II. von Hohenstaufen (Regierungszeit 1212-1250), der fließend Arabisch sprach, sich eine muslimische Leibwache hielt und selbst zweimal vom Papst exkommuniziert wurde, weil er dessen Macht in Italien bedrohte.

Gerade wegen dieses Machtkampfes wollte Friedrich sich in Bezug auf die Bekämpfung der Ketzer keine Blöße geben - und sich, was auch gelang, durch derlei Zugeständnisse die Kaiserkrone vom Papst erkaufen. Er erließ 1224 in Padua ein Edikt gegen die Ketzerei, in dem er die weltlichen Behörden seines Reiches verpflichtete, alle der Häresie Verdächtigen zu verhaften und vor Gericht zu stellen, wenn die Kirche oder auch einfache eifernde Katholiken dies forderten.

Der Staat trat also sozusagen auf bloßen "Zuruf" in Aktion; er verkam in Bezug auf die Ketzerjagd zum bloßen Büttel der Kirche. Auch die mit der Kirche "wiederversöhnten" Ketzer sollten gezwungen werden, an der Aufspürung anderer Häretiker mitzuwirken. Es genügte also nicht, für sich selbst eine - tatsächliche oder behauptete - Ketzerei einzugestehen, weil man dadurch sein Leben retten wollte - man mußte immer weitere Ketzer benennen. Dieses Schneeballprinzip wurde bis in die beginnende Neuzeit beibehalten und führte zu den großen "Hexen-Epidemien" des 17. Jahrhunderts, bei denen ganze Dörfer und halbe Städte ausgerottet wurden.

Wer der Ketzerei überführt war, sollte entweder auf dem Scheiterhaufen verbrannt werden, oder man sollte ihm die Zunge herausreißen, "da sie mit dieser Gott gelästert hätten".

Das Haus des Ketzers wurde zerstört. Wer aus Todesangst seine "Irrlehren" widerrief, sollte "begnadigt" werden - zu lebenslangem Kerker. Unter den damaligen Bedingungen - Kälte, Ratten, Feuchtigkeit - war dies ein Todesurteil auf andere Art, das viele dazu brachte, ihre Glaubensüberzeugung wieder zu bekunden, um lieber schnell auf dem Scheiterhaufen zu sterben.

Das Edikt Friedrichs II. enthielt auch die Sippenhaft: Die Nachkommen der Häretiker bis in die zweite Generation hinein durften keine öffentlichen Ämter ausüben. "Eine Ausnahme wurde nur für Kinder gestattet, die ihre Eltern selbst angezeigt hatten."

"Die Obrigkeit wurde durch Eid verpflichtet, alles nur Mögliche zur Aufspürung der Ketzer zu tun. Ein Magistrat, der sich dabei saumselig zeigte, verwirkte sein Amt." Wenige Jahre

später, 1229, beschloß die Synode von Toulouse: "Die Herren der verschiedenen Distrikte sollen in Villen, Häusern und Wäldern den Häretikern fleißig nachforschen lassen und ihre Schlupfwinkel zerstören. Wer künftig noch auf seinem Gebiet einen Häretiker weilen läßt, sei es gegen Geld oder aus sonst einem Grunde, der verliert ... dies Besitztum auf immer und sein Leib ist seinem Obern zu gebührender Strafe verfallen."
All diese Bestimmungen mögen den Leser wie düstere Töne aus einer fernen Vergangenheit anmuten, die mit unserer heutigen, aufgeklärten, demokratischen Zeit nichts zu tun haben. Doch sie werden mit Bedacht hier etwas ausführlicher zitiert. Es gibt heute zwar nicht mehr die öffentliche Hinrichtung durch Feuer oder Schwert. Aber es gibt die "Hinrichtung" durch die Massenmedien, durch den Rufmord.
Und wie von Geisterhand gibt es auch reflexartige Verhaltensweisen, die durch ein Reizwort wie "Sekte" auch in unserer heutigen Zeit in Sekundenschnelle ausgelöst werden können. Sobald ein "Magistrat", z.B. ein Bürgermeister, etwas von "Sektierern" hört, die sich angeblich auf "seinem" Gemeindegebiet ansiedeln wollen, reagiert er plötzlich wie im Mittelalter und vergißt das Grundgesetz. Denn die "Sekte" muß weg! …
Steckt die Angst vor den Bestimmungen des 13. Jahrhunderts noch in den Knochen oder in den Genen, im kollektiven Unterbewußtsein einer über Jahrhunderte tyrannisierten und terrorisierten Gesellschaft? Oder, falls man, wie die "Ketzer", an die Möglichkeit einer Wiederverkörperung glaubt: Steckt die Angst vor den einstmals schrecklichen Folgen eines von der kirchlichen Linie abweichenden Verhaltens gar in der Seele so manches heutigen Politikers? Man bedenke, daß seinerzeit sogar Kaiser Friedrich II. selbst vom Papst gebannt wurde - und mit ihm am 23.3.1228 "alle Orte, an denen der Kaiser weilte".
Grigulevic stellt fest: "Dieses Edikt Friedrichs II. bedeutete einen großen Sieg der Kirche, denn es weitete die auf dem ... Konzil formulierte Bestimmung über die Verantwortung der weltlichen Macht für die Verfolgung und Ausrottung der Häresie auf das gesamte deutsche Reichsgebiet aus. Jetzt lag die Verantwortung ... für die Verfolgung der Häretiker auf allen, angefangen beim Kaiser und endend beim letzten Bauern."
Die Kirche wiederum griff die kaiserlichen Erlasse auf - die, wie der Inquisitor Bernhard Gui schreibt, "auf Betreiben des apostolischen Stuhles" zustande gekommen waren -, erklärte sie zu kirchlichem Recht und machte den weltlichen Regierungen ihrerseits die Auflage, sie in ihre Gesetzbücher aufzunehmen.
Papst Innozenz IV. verkündete in seiner Bulle "Ad exstirpanda" (Zur Ausrottung, 1252) schließlich, daß Gehalt und Unkosten der Inquisitoren der jeweilige Fürst zu tragen hatte. (Auch heute noch lassen sich die Kirchen ihre moderne Ketzerverfolgung gerne aus Staatstöpfen bezahlen.) Der "weltliche Arm" wurde verpflichtet, die Inquisitoren in jedweder Form zu unterstützen und die von ihnen verhängten Urteile innerhalb weniger Tage zu vollstrecken. "Auf Forderung der Inquisitoren waren die weltlichen Behörden verpflichtet, diejenigen zu foltern, die sich weigerten, Häretiker auszuliefern."
Doch die Kirche wäre nicht sie selbst, wenn sie nicht gleichzeitig mit der Installierung einer gut geölten und bis ins Kleinste durchorganisierten Säuberungsmaschine eine verbale Beschönigungsfloskel mitgeliefert hätte. Nach der Verurteilung eines Ketzers durch ein kirchliches Gericht wurde der Delinquent dem "weltlichen Arm" in der Regel mit der Aussage übergeben: "Wir empfehlen dem säkularen Gericht jedoch mit Nachdruck, bei der Urteilsfindung Mäßigung walten zu lassen, damit kein Blut vergossen werde und keine Gefahr für das Leben bestehe."
Diese Formulierung beim Übergabe-Ritual an den Henker war blanker Zynismus, eine glatte Lüge. Denn jeder wußte, daß die Kirche etwas ganz anderes wollte. Und jeder wußte auch, was dem Landesherren blühen würde, wenn er diese hohlen, verlogenen Phrasen wörtlich nähme.<<

Papst Gregor IX. (Papst von 1227-1241) ließ im Jahre 1231 eine päpstliche Behörde für die berüchtigte Inquisition errichten und übertrug dem Mönchsorden der Dominikaner die Durchführung und Überwachung der Inquisition. Die Dominikaner wurden danach überall als "treue und bissige Spürhunde des Herrn" ("domini canes") gefürchtet.
Die Ordenskleidung der Dominikaner bestand aus einem weißen Rock und Skapulier, woran ein Käppchen befestigt war, und einem schwarzen Mantel mit spitzer Kapuze (x805/44).
Die Online-Zeitschrift "DER THEOLOGE" Nr. 86 berichtete später über die Inquisition der römisch-katholischen Kirche (x924/…): >>**Die "Hunde des Herrn" treten in Aktion**
Die Androhung der Absetzung für nicht kooperative Bischöfe war keine Floskel. Sie wies auf eine noch bestehende Schwachstelle hin: den möglicherweise mangelnden Verfolgungseifer (oder überhaupt mangelnden Arbeitseifer) des jeweiligen Bischofs oder Ortspfarrers. Dies konnte nur durch ortsunabhängige Kräfte mit entsprechenden Befugnissen geändert werden. Eigens für diese Aufgabe wurde nun ein kirchlicher Orden gegründet: die Dominikaner.
Der spanische Priester Dominikus (1170-1221) hatte sich in Südfrankreich dadurch hervorgetan, daß er die äußere Armut der Katharer nachahmte und gegen die Ketzerei predigend zu Fuß durch die Lande zog. In einem Kloster in Sichtweite des Montsegur, einer der letzten Katharerhochburgen, erfand er nach einer "Vision" den Rosenkranz, um auch die "Mutter Gottes" in die Ketzerverfolgung mit einzuspannen.
… Das Emblem des Ordens war ein Hund mit einer brennenden Fackel im Maul - denn "die Dominikaner bezeichneten sich selbst mit einem Wortspiel gelegentlich als 'Hunde des Herrn' (Domini canes), was mit dem Namen ihres Begründers dem Klang nach übereinstimmt". …
Das Ziel: den Menschen Furcht einflößen
Wenn Folter und Tod auch zum "Tagesgeschäft" der Inquisition gehörten, so war doch ihr Hauptziel nicht die physische Vernichtung der Ketzer, sondern die Ausrottung der Ketzerei schlechthin. …
Der Einschüchterungscharakter der Inquisition kommt jedoch auch bei den Strafen, die bei "leichteren Vergehen", verhängt wurden, zum Ausdruck, etwa bei der regelmäßigen Geißelung:
"Der Ketzer ... mußte jeden Sonntag entblößt ... und mit einer Rute in der Hand in der Kirche erscheinen. An einer bestimmten Stelle der Messe pflegte der Priester ihn dann vor der versammelten Gemeinde der Gläubigen voller Inbrunst auszupeitschen ... Damit war die Strafe jedoch noch nicht abgegolten. Jeden ersten Sonntag im Monat wurde der Büßer genötigt, alle Häuser aufzusuchen, in denen er sich jemals mit anderen Ketzern getroffen hatte, und in jedem Haus wurde er aufs Neue gezüchtigt.
Darüber hinaus mußte er an Festtagen jede feierliche Prozession durch den Ort begleiten, wobei er wiederum gegeißelt wurde. Diese Tortur mußte das Opfer für den Rest seines Lebens über sich ergehen lassen - es sei denn, der Inquisitor ... erinnerte sich seiner beim nächsten Besuch und begnadigte ihn."
"Das war nicht der Gott der Liebe und des Erbarmens, der hier auftrat", kommentiert Bernd Rill, "das war der rächende Jehova des Alten Testaments".
Eine ähnlich demoralisierende und terrorisierende Wirkung - sowohl auf den Verurteilten selbst wie auf seine Umgebung - übten große safrangelbe Kreuze aus, die lebenslang, gleich ob im Haus oder außerhalb, hinten und vorne auf der Kleidung getragen werden mußten.
"So war der Büßer ständig der gesellschaftlichen Verachtung ausgesetzt, der Erniedrigung und dem Spott, manchmal auch körperlicher Gewalt. Menschen, die durch diese Kreuze stigmatisiert waren, wurden von ihren Mitmenschen geschnitten; niemand wagte es, Geschäfte welcher Art auch immer mit ihnen zu machen. Für unverheiratete junge Frauen wurde es unmöglich, einen Ehemann zu finden." Ketzerischen Ärzten war es verboten, ihren Beruf weiter auszuüben. …

Wenn der Inquisitor kommt

… Den Gläubigen wurde zur Auflage gemacht, binnen einer festgelegten Zeit alle verdächtigen Personen beim Inquisitor anzuzeigen. Wer es nicht tat, obwohl er etwas "wußte", wurde selbst wie ein Ketzer behandelt. Man kann sich die Hysterie lebhaft vorstellen, die dieser kirchliche Gesinnungsterror verursachte.

Lieber selbst andere anzeigen, ehe ich angezeigt werde, hieß für viele die rettende Parole. "Der traurige Ruhm, der die Inquisition begleitete, schuf unter der Bevölkerung eine Atmosphäre des Schreckens, des Terrors und der Unsicherheit, die eine Welle von Denunziationen erzeugte, deren überwältigende Mehrheit Erfindungen oder törichte und lächerliche Verdächtigungen waren." …

Es gibt kein Entrinnen

Wer einmal in das Räderwerk der Verhöre gelangte, für den gab es kein Entrinnen mehr. Wollte er lebend herauskommen, so mußte er möglichst rasch etwas gestehen, sich auf keinen Fall "hartnäckig" zeigen. Doch der Preis für eine "leichtere" Strafe war immer, daß er auch andere anzeigen mußte. Die Spirale drehte sich.

Eine Verteidigung war unmöglich, denn die Anzeigen wurden grundsätzlich anonym behandelt. "Aussagen zu Gunsten des Angeklagten wurden jedoch nicht berücksichtigt, da man der Ansicht war, daß diese durch verwandtschaftliche Bande oder durch sonstige Abhängigkeiten des Zeugen vom Beschuldigten hervorgerufen worden waren. ... Persönliche Gegenüberstellungen der Anklagezeugen mit den Inhaftierten waren verboten." …

Durch die überstaatliche Organisation der Inquisition "gab es keinen Winkel im katholischen Europa mehr, in dem nicht die Scheiterhaufen rauchten, auf denen man vermeintliche oder wirkliche Ketzer verbrannte".

"Die Inquisition", so Henry Charles Lea, "stellte eine wirkliche überregionale Polizei dar ... Die Inquisition hatte einen langen Arm und ein unfehlbares Gedächtnis, so daß wir das geheime Grauen wohl verstehen können, das sie sowohl durch die Geheimhaltung ihrer Tätigkeit als auch durch ihre fast übernatürliche Wachsamkeit der Menschheit einflößte ...

Ein einziger glücklicher Fang, ein einziges durch die Folter erpreßtes Geständnis konnte die Spürhunde auf die Spur von Hunderten von Menschen bringen, die sich bis dahin in voller Sicherheit wähnten, und jedes neue Opfer erweiterte den Kreis der Denunzianten. So lebte der Ketzer beständig auf einem Vulkan, der ihn in jedem Augenblicke verschlingen konnte ... Für die menschliche Furcht war die päpstliche Inquisition fast allgegenwärtig, allwissend und allmächtig."<<

Inquisitionsverfahren gegen Ketzer endeten gewöhnlich mit Hinrichtungen

In Toulouse wurden im Jahre 1275 nach Inquisitionsverfahren erstmalig Hexenverbrennungen durchgeführt. Diese furchtbaren Hinrichtungen von "Hexen" fanden bis 1793 in Mitteleuropa statt.

Der schweizerische Historiker Peter Pfrunder schrieb später über die kriminellen Hintergründe der Hexenverfolgung (x244/579): >>... Bis zum 14. Jahrhundert galt Zauberei offenbar als relativ harmloses Delikt. Zwar wurden schon im Mittelalter Zaubereiprozesse durchgeführt, aber diese endeten nur selten mit Hinrichtungen.

Erst als die christliche Kirche die magischen Praktiken mit Heidentum und Ketzerei in Verbindung brachte, waren die Grundlagen für erbarmungslose Verfolgungen gegeben.

Denn mit dem Vorwurf der Ketzerei unterstellten die Inquisitoren den Angeklagten Anhänger einer teuflischen Sekte zu sein und mit dem Teufel einen Pakt geschlossen zu haben, was zwingend mit dem Tod bestraft werden mußte.

So verschmolzen Zauberei- und Ketzereiprozesse im Lauf des 15. Jahrhunderts ineinander. Bei dieser verhängnisvollen Verquickung der beiden bis dahin deutlich unterschiedenen Delikte entwickelten die Gelehrten einen klaren Hexenbegriff (in den Akten taucht der Name

"Hexerey" zuerst 1417 in Luzern auf).
Wichtig waren die Jahre 1430-1440: "Damals wurden in der Dauphiné, in Piemont, in Savoyen und in der Westschweiz erstmals Prozesse durchgeführt, die die wesentlichen Bestandteile des ausgebildeten Hexenbegriffs aufweisen, stellt der Konstanzer Historiker Andreas Blauert fest. In jenen Jahren erschienen auch die ersten zeitgenössischen Berichte über Hexensekten. Und ungefähr gleichzeitig fand das Basler Konzil statt, von wo die kirchlichen Würdenträger den neuen Hexenwahn in die Welt hinausgetragen haben dürften.
Blauert vernutet daher, daß der berüchtigte, 1487 erstmals gedruckte "Hexenhammer" von Heinrich Institoris und Jakob Sprenger nicht, wie lange angenommen, Auslöser, sondern vielmehr Resultat eines bereits existierenden Hexenwahns unter den Gelehrten war.
Der "Hexenhammer" wurde dann allerdings zum Wegbereiter der großen Hexenverfolgungen im 16. und 17. Jahrhundert. ...<<
In Straßburg wurde im Jahre 1487 der berüchtigte "Hexenhammer" veröffentlicht. Dieses "Gesetzbuch zur Verfolgung von Hexen und Zauberern" stellte eine ausführliche Beschreibung des Hexenwesens und seiner Bekämpfung dar und befürwortete den endlosen Gebrauch der Folter. Der furchtbare Hexenwahn erfaßte schon bald alle Schichten der Bevölkerung; fast kein Land blieb verschont. Der Hexenhammer ("Hexenprozeßordnung") wurde von 1487-1520 in 13 Auflagen und von 1574-1669 in weiteren 16 Auflagen nachgedruckt (x122/282). Der "Hexenhammer" bildete bis ins 18. Jahrhundert die Grundlage der unerbittlichen Hexenprozesse für alle Konfessionen in Mitteleuropa.
Der dritte Teil des "Hexenhammers" begann mit folgendem Satz (x089/224): >>Das Leugnen der Hexerei ist – Ketzerei! ...<<
In einem zeitgenössischen Bericht hieß es z.B. über die "Untersuchung" von Hexen (x122/-278): >>Ehe sie (die Hexe) gefoltert wird, führt sie der Henker beiseite und besieht sie von allenthalben an ihrem bloßen Leib, ob sie sich etwa durch zauberische Kraft unempfindlich gemacht hätte, und damit ja nichts verborgen bleibe, schneiden und sengen sie ihr mit einer Fackel oder Stroh die Haare allenthalben, auch an dem Orte, den man vor züchtigen Ohren nicht nennen darf, und begucken alles aufs genaueste. ...<<
Der französische Historiker Georges Duby (1919-1996) schrieb später über die Verdächtigungen von Frauen und den Hexenwahn (x244/580-581): >>... Die Angst die Frauen könnten sich der männlichen Vorrechte bemächtigen und die Furcht vor einem Körper, von dem eine perverse Verführungskraft ausgeht, sind zwei Aspekte – und gewiß nicht die einzigen -, die im Hexenwahn zusammenfließen (es ist kein Zufall, daß wesentlich mehr Hexen als Hexer verbrannt wurden).
Auch dieser Mythos hat sich im Mittelalter allmählich herausgebildet. Bernardino von Siena (1340-1444) gab ihm einen entscheidenden Anstoß. Er brachte eine beträchtliche Zahl unglücklicher Frauen auf den Scheiterhaufen und machte es sich zur Aufgabe durch seine Predigten viele ihrer Bräuche der Öffentlichkeit kundzutun.
In der Kirche San Bernardino in Triora (Imperia) zeigt ein Fresko aus dem Ende des 15. Jahrhunderts eine Hexengruppe in der Höllenglut. Die Verdammten werden von Dämonen aufgespießt, während eine Schrift sie identifiziert: Fatucerie (Hexen). Auf dem Kopf tragen sie die Mitra, auf die ein schwarzer Teufel gemalt ist, der Satan, den sie in ihrem Leben um Hilfe angerufen haben, Symbol ihres blinden Vertrauens.
Besonderer Nachdruck wird in Biographien von Hexen auf deren sexuelle Beziehungen zum Teufel gelegt (die unweigerlich zu Orgien degenerieren). Aber auch ihr abstoßendes Äußeres stellt einen wichtigen Aspekt dar: Es ist Ausdruck des zwiespältigen Wunsches der Männer die weibliche Schönheit zu begehren und zurückzuweisen.
Den Hexen wurde ein tödlicher Haß gegen Neugeborene nachgesagt, die sie dadurch zu Tode bringen, daß sie ihnen das Blut aussaugen.

Außerdem waren sie in der Lage Salben herzustellen. In Wirklichkeit war diese Fertigkeit unter Frauen selbstverständlich unter Frauen, die damit vertraut waren, bei Geburten und vielen Frauenkrankheiten auch an Stelle des Arztes beistehen zu können. (Angesichts der extrem hohen Sterblichkeit von Neugeborenen und im Wochenbett fällt es nicht schwer, sich vorzustellen, daß im Schmerz um den Verlust die Schuld denjenigen angelastet wurde, die sich um Mutter und Kind gekümmert hatten.) ...<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb über die jahrhundertelange Diffamierung und Unterdrückung der Frau durch die römisch-katholischen Theologen (x288/206-212): >>... Die mutterrechtlichen Kulturen hatten kaum Weiberhaß gekannt. Vielleicht galt die Frau als Trägerin der Lebenskraft, der Fruchtbarkeit, ja ihre größere Sensibilität und Suggestibilität (Empfänglichkeit für Beeinflussung) machte sie zum kultischen Dienst geeigneter als den Mann. So wurde sie Medizinfrau, Zauberin, war vor allem mit Musik und Orakeltum verbunden und stieg in den antiken Götterkulturen manchmal selbst zu höchsten Ämtern auf. ...

Früh schon zogen sich die Frauen vor allem die Feindschaft der Priester zu, was mit jenen mehr parapsychologischen, magisch-numinosen Kräften zusammenhängen wird, jenen zauberhaften Fähigkeiten, die ... (die) Frau ... oft zur Helfenden, Heilenden, zur Wissenden und Weisen werden ließ, zur Trägerin des "Heiligen", "Göttlichen", zum Vorläufer und Konkurrenten also des Medizinmannes, des Schamanen, des Priesters, der sie dafür als Zauberin in Verruf brachte, als Hexe verteufelte oder gar ihre Ausmerzung betrieb.

Gerade in den sogenannten Hochreligionen wurde die Geschlechtsfunktion der Frau häufig suspekt gemacht und ihr die Gottesdienstbarkeit beraubt: im persischen Mazdaismus, im Brahmanismus, in der israelitischen Religion, dem Islam und nicht zuletzt im Christentum, daß den Antifeminismus aufs Perfideste perfektioniert, fast ins Unerträgliche gesteigert hat, mehr als jede andere frauenfeindliche Religion, was protestantische Theologen oft zugegeben, katholische aber bis in die Gegenwart geleugnet haben und oft weiter leugnen.

Alle drei Gottheiten des Christentums gelten als männlich, und seine theologische Symbolik wird von der Vorstellung des Männlichen beherrscht. Nur dem Heiligen Geist gestanden gewisse Sekten eine weibliche Natur zu.

Die Frau aber war für die Kirche stets das der Erde besonders verhaftete Geschöpf, ... das Verschlingende, Vampirhafte, in dem sich die irdischen Verlockungen, die Versuchungen der Sünde auf ganz besonders verdammte Weise verkörperten. Auch die Hölle dachte man sich doch tief im Erdinnern lokalisiert ...

Die verheerende Frauenfeindlichkeit der Theologen führte über zahllose Predigten in Dorfkirchen, Kathedralen, Schloßkapellen auch zu einer umfassenden misogynen (frauenfeindlichen) Literatur. Die Frau erscheint darin als Tod für Körper und Seele, als Drache und Teufelsschlinge, Lockvogel und Giftspritze, als Hure schlechthin. In einer Dichtung des französischen Bischofs Marbod de Rennes (1035-1123) subsummiert der Kirchenfürst unter dem Begriff "Hure" das gesamte weibliche Geschlecht.

Einem italienischen Dominikaner verdankt die Kulturgeschichte das berüchtigte Weiberalphabet: Avidissimum animal, bestiale baratrum ... und so weiter, worin die Frau als Pest figuriert (auftritt), Schiffbruch des Lebens, Tier und derartiges mehr.

Schließlich trieb diese fortgesetzte Verteufelung zur Verbrennung der Frau als Hexe. Zwar hatte der große Progressist Innozenz VIII. anno 1484 in seiner Bulle "Summis desiderantes affectibus" von "sehr vielen Personen beiderlei Geschlechts" gesprochen, die "mit buhlerischen Nachtgeistern sich leiblich vermischten ...".

Doch der Kommentar gewissermaßen dazu, der 1487 erschienene, fast dreißig Auflagen erreichende "Hexenhammer" der beiden Beauftragten des Papstes, der Dominikaner Institoris und Sprenger, richtete sich fast nur gegen die Frau. ... Den Mann bedrohten die beiden Hexenjäger

nur nebenbei und vor allem dann, wenn er, als Gatte, Sohn oder Anwalt, einer Angeklagten beistand.
Der pathologische Frauenhaß dieses Buches - das sich unentwegt auf die prominentesten Kirchenväter beruft, von Augustinus bis zu Bonaventura und Thomas von Aquin - führt unter anderem zu der Behauptung, das Weib sei nicht nur dümmer und fleischlicher gesinnt als der Mann, sondern stets auch glaubensschwächer. ...
Jahrhundertelang verdächtigte, folterte und verbrannte man nun vor allem Frauen, auch in protestantischen Ländern, war doch Luther mit der Einäscherung der "Teufelshuren" nicht weniger einverstanden als das Papsttum. ...<<

Schlußbemerkungen

Die Geschichtsschreiber der Kirchen versuchten später die vielfältigen unschönen Folgen der römisch-katholischen "Missionsarbeit" (grausame Verfolgung von Heiden, Juden, Ketzern und Hexen, allgemeine Unterdrückung von Frauen, Ausbeutung, Versklavung, Folter oder Vertreibung von Andersgläubigen, Ausrottung von Urvölkern etc.) im Namen des Christentums zu rechtfertigen oder zu verschweigen.
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über die Hexenverfolgungen im Namen des Christentums (x122/278): >>... Ausmaß und Brutalität der Foltermethoden der Henkersknechte, die diese an den Hexern und Hexen zwecks Erpressung eines Geständnisses anwandten, erinnern uns heute an den Ausspruch des Philosophen Kierkegaard (1813-1855), der sagte, daß die Christenheit "Satans Erfindung" sei.
Man muß dem zustimmen, wenn in den alten Chroniken immer wie von "weggebeizten" und "weggeputzten" Frauen die Rede ist, wenn wir erfahren, daß 1678 dem Erzbischof von Salzburg das Ausbrechen einer Viehseuche genügte, um 97 Frauen als Hexen zu verbrennen, wenn der Bamberger Bischof um 1630 innerhalb weniger Jahre ungefähr 900 Hexen und Hexer töten ließ, und wenn der Bischof von Trier 1585 so viele Hexen auf den Scheiterhaufen schickte, daß in zwei Dörfern nur zwei Frauen übrigblieben. Dabei wurden hundertjährige Greisinnen genauso verbrannt wie kleine Kinder, Krüppel, Blinde, Todkranke, Schwangere und ganze Schulklassen, selbst Geistliche und Nonnen. ...<<
Die Online-Zeitschrift "DER THEOLOGE" Nr. 86 berichtete später über die Inquisition der römisch-katholischen und protestantischen Kirche (x924/…): >>**Hexenverfolgung in ökumenischer Eintracht**

Die Ausrottung einer anderen Bevölkerungsgruppe wurde hingegen sofort auf die Tagesordnung gesetzt: die der "Hexen". Papst Innozenz VIII. hatte 1484 in seiner "Hexenbulle" die Wirklichkeit des Hexenunwesens offiziell bestätigt. Nicht an Hexerei zu glauben galt von da an als Ketzerei. Der Dominikanermönch Heinrich Kramer (Institoris) brachte schon zwei Jahre später (1486) mit päpstlicher Druckerlaubnis das passende Lehrbuch zur Hexenjagd heraus, den berüchtigten "Hexenhammer".
Luther wollte der katholischen Seite in der Bekämpfung des "Übels" nicht nachstehen - die Scheiterhaufen brannten in lutherischen (und reformierten) Gebieten genau so heftig wie in katholischen.
Die lutherischen Landesherren hatten es dabei besonders einfach, denn sie mußten sich nicht wie ihre katholischen Kollegen in jedem Detail mit der Kirche abstimmen - sie waren schließlich dank Luther weltliche und geistliche Oberherren in einer Person. Zahlreiche protestantische Regionalfürsten erkannten rasch die Vorteile des Hexenbrennens: Man konnte mit dem beschlagnahmten Vermögen der Opfer die Staatskasse auffüllen - ein Feilschen um die Aufteilung zwischen Staat und Kirche, wie anderswo, entfiel. Und man konnte gleichzeitig, durch geschickt eingefädelte Denunziationen, die letzte Opposition im Lande beseitigen.
Die spiegelbildliche Konstellation fand sich auf katholischer Seite in den geistlichen Fürstentümern. Die Fürstbischöfe wurden in der Tat die schrecklichsten Hexenbrenner. Trier, Köln,

Mainz, Würzburg, Bamberg - die Hölle befand sich im 17. Jahrhundert an Rhein, Main und Mosel. Ganze Schlösser (etwa das Aschaffenburger Schloß Johannisberg) wurden mit Hexengeldern erbaut. …
Es ging ihnen um "die Schaffung einer vollkommenen, gottgefälligen Welt" - im katholischen Sinne allerdings. Die Gesellschaft sollte von der "Hexensekte" gereinigt werden, und zwar, so die Historikerin Britta Gehm, durch "die Ausrottung des Bösen schlechthin, personifiziert in den Hexen und Zauberern". …<<
Den Folterknechten der verbrecherischen römisch-katholischen und protestantischen Inquisition, die angeblich im Namen des Christentums handelten, fielen von 1209 bis 1793 weltweit Millionen von unschuldigen Menschen zum Opfer.
Auf der Webseite "http://vatikanische-nwo.blogspot.com …" erschien am 5. November 2009 folgender Bericht über den Vatikan (x999/…): >>**Jordan Maxwell: Rom beherrscht Europa und damit die Welt**
Auszug aus einem neuen Interview von Project Camelot mit Jordan Maxwell (1940-2022, eigentlich Russel J. Pine, US-Redakteur und Autor):
Jordan Maxwell: Ich denke, daß eine der bösartigsten Organisationen, die heute auf der Erde existieren - und Sie müßten all die Jahre mit mir in Bibliotheken und Forschungsgesellschaften verbracht haben und um die Welt gereist sein, und mit anderen Schriftstellern, Autoren, Dozenten und Lehrern geredet und diese Sachen über eine Zeitraum von 45 bis 48 Jahren gesammelt haben, um zu verstehen, was ich Ihnen erzähle - aber ich denke die bösartigste Organisation auf dem Angesicht der Erde ist der Vatikan.
Das ist meine persönliche Meinung. Ich denke, falls der Vatikan weg vom Angesicht der Erde genommen würde, so würde ein Aufschrei der Befreiung rund um den Erdball vernommen werden. Weil der Vatikan nach meiner Meinung das Bollwerk dieser finsteren Sache ist, die sich auf der Erde ereignet.
… Sie dürfen nicht vergessen, daß Rom für mindestens 2.300 Jahre Europa beherrscht hat. Unter den Cäsaren von Rom, und im 4. Jahrhundert, späten 4. Jahrhundert, entsteht der Vatikan und der Vatikan beherrscht ganz Europa. All die Staatsoberhäupter, all die Prinzen und Könige und Herrscher, all die Könige und Herrscher in Europa herrschten per göttlichem Anrecht. Es wird das göttliche Anrecht der Könige genannt.
Wovon sprechen Sie, wer repräsentiert das Göttliche, um dem König das Anrecht zu geben? Der Papst! Der Papst ernennt bestimmte Familien über den Franzosen zu stehen, der Papst ernennt bestimmte Leute über den Deutschen zu stehen, und über den Briten, und so per göttlichem Anrecht. Warum, weil der Papst Gott repräsentiert. Und der Papst sagt, daß diese Familie heilig sei und daß sie herrschen sollen. Und deshalb können sie sagen, daß sie per göttlichem Anrecht herrschen. ...
Und wenn Sie erstmal anfangen sich einmal bewußt zu machen wie ... Rom Europa beherrscht und über 1.600 Jahre der Vatikan Europa beherrscht hat. Und Europa hat über 2.300 Jahre die Welt beherrscht. Wenn Sie also über Verschwörungen reden wollen, wenn Sie über das Böse reden wollen, dann reden Sie nicht über Juden. Sie reden besser über die Leute, die Europa kontrollieren. Über 2.300 Jahre, Cäsar von Rom, das römisch-katholische Establishment, da ist die wahre Geschichte. …
Und ich weiß, daß die kriminellste Organisation auf dem Angesicht der Erde nach meiner bescheidenen Meinung - ich weiß nicht dermaßen viel darüber, ich betrachte das nur über 48 Jahre - ist der Vatikan. So weit es mich betrifft, das Schlimmste, das der Welt jemals widerfahren ist, ist was wirklich im Vatikan vor sich geht. …<<
Ukraine: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 1. Mai 2024 (x1.377/…): >>**Der Frontverlauf im Dritten Weltkrieg**
Pulverfässer der Geopolitik. Die Konflikte in der Ukraine und im Nahen Osten haben das Po-

tential, zu einer globalen Konfrontation zu verschmelzen. Auch im chinesischen Meer brennt die Zündschnur.

_ von *Thomas Röper*

Daß ich seit Februar 2022, also seit der Eskalation in der Ukraine und den ersten Sanktionspaketen des Westens, der Meinung bin, dies sei bereits der Dritte Weltkrieg, ist nicht neu. Das Einzige, was noch fehlt, ist die direkte Konfrontation zwischen der NATO und Rußland, weil keine der beiden Seiten einen Atomkrieg will.

Aber der US-geführte Westen kämpft jetzt schon mit allen wirtschaftlichen, diplomatischen, propagandistischen und militärischen Mitteln - außer dem offiziell zugegebenen Einsatz eigener Soldaten. Es ist ein Krieg, der mit einem Ende der Kampfhandlungen in der Ukraine nicht vorbei sein wird.

"Die Ära der westlichen Dominanz ist tatsächlich endgültig zu Ende." Josep Borrell

Formell hängt dieser Konflikt mit jenem in Gaza zwar nicht zusammen, aber die Frontlinien gleichen sich immer mehr an. Sie haben das Potential zu verschmelzen, wie es beispielsweise auch im Zweiten Weltkrieg der Fall war, als ab Ende 1941 - mit der Kriegserklärung der USA an Japan in Folge des Überfalls auf Pearl Harbor - die Konfrontationen in Europa und Asien zu einem einzigen großen Weltkrieg verschmolzen sind.

Rußland wird mehr oder weniger offiziell von China, Nordkorea und dem Iran unterstützt. Der globale Süden würde gerne neutral bleiben, wird aber vom Westen gedrängt, sich für eine Seite zu entscheiden. Weil Moskau und Peking anderen Ländern keine Vorschriften machen, welche sogenannten Werte oder politischen und wirtschaftlichen Systeme sie haben sollen und weil beide Länder im Gegensatz zum Westen keine neokoloniale Politik verfolgen, neigt der globale Süden ihnen zu und nicht der NATO. …

Das Verhältnis zwischen Jerusalem und Moskau schien - trotz der unterschiedlichen Interessen beispielsweise in Syrien - lange gut zu sein. Aber hinter den Kulissen dürfte es schon seit einiger Zeit anders aussehen, denn Israel stört sich an dem guten Verhältnis Rußlands zum Iran, während Rußland keinerlei Verständnis für die illegalen israelischen Bombardierungen seines Verbündeten Syrien hat. Und nach dem Beginn der russischen Operation in der Ukraine Ende Februar 2022 gab es nur noch wenige Meldungen über Kontakte zwischen Rußland und Israel.

Mitte Oktober 2023 wurde gemeldet, daß anscheinend offizielle israelische Soldaten in der Ukraine gekämpft haben. Wenn das stimmen sollte, dürfte das Verhältnis zwischen Putin und Netanjahu schon seit einiger Zeit eiskalt sein, auch wenn beide das nicht öffentlich gezeigt oder kommuniziert haben. Mit dem Beginn des Gaza-Krieges gab es einen weiteren Temperatursturz. …

Außerdem haben die Huthis im Jemen Israel den Krieg erklärt und beschießen, trotz der Angriffe von NATO-Staaten, im Roten Meer Handelsschiffe, die mit Israel in Verbindung stehen oder die aus Staaten wie den USA und Großbritannien kommen und den Jemen bombardieren. Sogar teure US-Drohnen haben die Guerillakämpfer schon abgeschossen.

Moskau hat jetzt sogar eine technische Zusammenarbeit mit den Huthis vereinbart.

Da war es nicht überraschend, daß Rußland und Jemen nun gegenseitige Besuche technischer Gruppen vereinbart haben, um die Zusammenarbeit im Bereich der Bodenschätze zu erörtern. Das gaben der jemenitische Ministerpräsident Ahmed Awad bin Mubarak und Sergej Lawrow auf einer Pressekonferenz Ende Februar bekannt. Man sieht daran, wie die in den Konflikten kämpfenden Länder zusammenrücken. Auch wenn die Schauplätze formell nichts miteinander zu tun haben, könnten sie sich so zu einem großen Konflikt entwickeln.

Die Türkei ist formell zwar in der NATO, aber im Ukraine-Konflikt verhält sie sich neutral. Dafür ist Präsident Erdogan einer der lautesten Kritiker von Israels Vorgehen in Gaza

Da Indien Chinas Rivale ist und gute Beziehungen zu Taiwan unterhält, könnte eine Eskalati-

on im Fernen Osten das mittlerweile bevölkerungsreichste Land der Erde in die Arme des Westens treiben. Bislang versucht Neu-Delhi, seine Neutralität zu wahren. Das Verhältnis zu Moskau ist hervorragend und reicht bis zur Staatsgründung nach dem Zweiten Weltkrieg zurück. Man hat seither fast ausschließlich auf russische Waffen gesetzt, wurde aber von den USA inzwischen überredet, das Arsenal zu diversifizieren. Aber einen Bruch mit Putin will Premier Modi nicht.
Trotzdem könnte es, wenn die Konflikte eskalieren und sogar auf Asien übergreifen sollten, soweit kommen, daß Indien sich für eine Seite entscheiden muß. Die Frage ist, welche das sein wird. ...
Man könnte dazu noch viel mehr schreiben… Jedenfalls müßte jedem klar geworden sein, daß wir erst ganz am Anfang des Dritten Weltkrieges stehen. Selbst im besten Fall müssen wir mit unruhigen Zeiten und überraschenden Wendungen rechnen.
_ Thomas Röper lebt seit fast 30 Jahren in St. Petersburg, hat mehrere Bücher zum Thema NATO/Rußland/Ukraine verfaßt und betreibt das Portal "Anti-Spiegel". Dort erschien auch eine weitere Fassung dieses Beitrags.<<
Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/28897" berichtet am 1. Mai 2024 (x1.366/…): >>**Größte Demo in Japan seit 70 Jahren - und die Medien schweigen!**
Am 13. April 2024 marschierten in Tokio mehr als 20.000 Menschen aus ganz Japan gegen den WHO-Pandemievertrag und die Änderung der Internationalen Gesundheitsvorschriften. Trotz dieses historischen Ereignisses berichteten weder die großen japanischen Zeitungen, noch das Fernsehen über die Demonstration. …
Zeitgleich mit der Ausstrahlung des internationalen Weckrufs von Kla.TV: "WHO plant heimtückischen Coup in 194 Ländern!" fand zum selben Thema am 13. April 2024 in Tokio eine Großdemo mit mehr als 20.000 Menschen statt.
Bürger aus ganz Japan marschierten gegen den Abschluß des Pandemie-Abkommens der WHO und die Überarbeitung der Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV) und um ein Ende der gefährlichen Impfungen zu fordern.
Die Kundgebung war eine der größten in den letzten siebzig Jahren. 90 % der Teilnehmer waren zum ersten Mal an einer Demonstration dabei. Trotz dieses historischen Ereignisses berichtete keine der fünf großen japanischen Zeitungen, einschließlich der Zeitungen Yomiuri und Nikkei, über die Demonstration. Es schwiegen auch alle japanischen Fernsehsender. Jiji Press hat als einziges großes japanisches Medienunternehmen die Demo in einem sehr kurzen Beitrag um 19:52 Uhr erwähnt. Dies obwohl die Demonstration bereits um 14:00 Uhr, als sie begann, ein historisches Erscheinungsbild hatte. …
Der "Bürgerverein gegen den Pandemievertrag" unter dem Vorsitz von Kazuo Sato hat die Demonstration organisiert. Unterstützt wurde dieser vom World Council For Health Japan unter dem Vorsitz von Atsuo Yanagisawa. Das World Council For Health (WCH) Japan hat bereits im Vorfeld die Bevölkerung über die Gefahren der Covid19-Impfungen aufgeklärt. Die Mitglieder des WCH Japan waren auch Teil der Demo.
Es waren auch Ärzte der "Volunteer Medical Association", einer Vereinigung von über 700 Ärzten aus Japan, dabei, die einen sofortigen Stopp der Covid-19-Impfung verlangen.
Auftakt der Demo war eine 2-stündige Kundgebung mit verschiedenen Rednern zu den Gefahren der mRNA-Impfung. Mit dabei waren wichtige Persönlichkeiten wie der Arzt Dr. Masayasu Inoue, der das Buch "Warum riskiere ich als Arzt mein Leben, um den Austritt aus der WHO zu fordern?" schrieb, Japans bekanntester Historiker Hayashi Chikatsu, der Immunologe Professor Yasufumi Murakami, ein Mitglied des Stadtrats von Hino, Frau Toshie Ikeda, und der Vertreter des Kanals Sakura, Satoru Mizushima.
Sie forderten an der Demo gemeinsam mit der Bevölkerung:
- (Anfang Demozug): "Widerstand gegen die Änderungen der IGV und gegen den Pandemie-

vertrag"
- Die Regierung sollte Informationen zum WHO-Pandemievertrag und den Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV) der Öffentlichkeit zugänglich machen!
- Verzeihen Sie nicht die Tyrannei der WHO, die unsere Gesundheit als Geisel genommen hat!
- Wir tolerieren keine Menschenrechtsverletzungen durch die WHO!
- Die Regierung sollte gefährliche und nutzlose mRNA-Impfungen abschaffen!
- Die Mainstream-Medien sollten über die dramatische Zunahme an Toten nach der Impfung berichten!
- Vergeben Sie nicht dem Minister für Gesundheit, Arbeit und Soziales Keizo Takemi, der den medizinischen Verbänden durch Impfstoffe Gewinne verschafft hat!
- Geben Sie ihnen nicht den genetischen Grippeimpfstoff!
- STOPP der Entwicklung von gefährlichen und selbstverstärkenden mRNA-Impfstoffen!
- Wir protestieren nachdrücklich gegen die WHO, die die Souveränität Japans mißachtet und die Menschen zwingt, sich impfen zu lassen!
PLAKATE:
- Schützen Sie das Leben der Menschen!! Austritt aus der WHO!!
- "Vereinigung ehrenamtlicher Ärzte von Tohoku"
- KEINE WHO
- Der DS (Deep State) soll Japan nicht kontrollieren!
- Opposition zum Pandemievertrag, zur Revision der IGV
- KEINE Plandemie
- Beginne heute, 17 Möglichkeiten zur Entgiftung des Corona-Impfstoffs, von Masayasu Inoue
- Öffne deine Augen: Die Medien lügen, Fauci lügt, (Gesundheitsminister Keizo) Takemi lügt. (Außenministerin Yoko) Kamikawa lügt. Wach auf.
- Austritt aus der WHO!
- Wir brauchen die WHO nicht
- Widerstand gegen Zwangsimpfung, kein Mandat!
- Absoluter Widerstand gegen den WHO-Pandemievertrag
- Absoluter Widerstand gegen den WHO-Pandemievertrag
- Absoluter Widerstand gegen den WHO-Pandemievertrag
- Rücktritt aus der WHO!!
- Nur Leute von hier, Keine WHO
- Keine mRNA-Impfstoffe mehr! Die Japaner sind keine Versuchskaninchen der WHO!
- Absoluten Widerstand gegen den Pandemievertrag, die Revision der IGV, die medizinischen Zwangsbehandlung der WHO.
- Opposition gegen den Pandemievertrag, die Reform der IGV!!
- Absoluten Widerstand gegen die Überarbeitung der IGV und den Pandemievertrag!
Tolerieren Sie keinen Totalitarismus im Namen der öffentlichen Gesundheit!
Der Vorsitzende der Organisatoren, Kazuo Sato, sagte:
"Mehr als 10.000 Menschen haben teilgenommen. Dies ist das erste Mal, daß ich eine Kundgebung mit so vielen Menschen gesehen habe. Ich denke, der Grund, warum mehr als 10.000 Menschen zusammenkamen - was mehr als erwartet war - darin liegt, daß ausführlich über die Impfschäden berichtet wurde.
Was nicht durch die großen Medien kommuniziert wurde, wurde um so mehr über soziale Medien wie YouTube, LINE, Twitter, Instagram, Facebook, TikTok usw. verbreitet.
Ich denke, daß diese Faktoren zusammen mit der Explosion der Wut über die einseitige Berichterstattung der Medien und der Regierung sowie die Zunahme von Menschenrechtsverlet-

zungen wie Zwangsimpfungen durch den Pandemievertrag zu dieser Massenmobilisierung geführt haben."
Der bereits erwähnte Arzt Dr. Masayasu Inoue, einer der Hauptakteure, hielt am 22. März 2024 eine bemerkenswerten Rede. Sehen Sie zum Abschluß noch einige Auszüge seines weltweiten Video-Aufrufs:
"Mein Name ist Masayasu Inoue, emeritierter Professor der Osaka City University Medical School. Mein Fachgebiet ist die molekulare Pathologie und Medizin. Die Pandemie wurde von der WHO als falscher Vorwand benutzt, um die Impfung sämtlicher Völker der Welt voranzutreiben."
"Ich denke, daß die mißbräuchliche Anwendung der experimentellen Gentherapie an gesunden Menschen, insbesondere an gesunden Kindern, eine extreme Verletzung der Menschenrechte darstellt. Der japanische Minister für Gesundheit, Arbeit und Soziales Keizo Takemi hingegen hat darauf bestanden, daß es keine ernsthaften Bedenken hinsichtlich der durch genetische Impfstoffe verursachten Schäden gibt. Und ohne nun aus der gegenwärtigen Situation der geschädigten Patienten zu lernen, wird gerade ein neues Impfstoffproduktionssystem zur Vorbereitung auf die nächste Pandemie konstruiert."
"... sie versuchen, den Entwicklungszyklus für Impfstoffe zu verkürzen, indem sie einen Impfstoff binnen hundert Tagen entwickeln. Dies ist nur möglich, wenn man die Menschenrechtsperspektive außer Acht läßt. Durch die Änderungen der WHO an den Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV) und dem sogenannten Pandemievertrag, die auf der 77. Weltgesundheitsversammlung in diesem Jahr verabschiedet werden sollen, wird versucht, solchen unwissenschaftlichen und gefährlich verrückten Plänen Rationalität und rechtliche Verbindlichkeit zu verleihen."
"Wenn wir auf YouTube die Wahrheit über Impfstoffe sagen, wird sie innerhalb von einem Tag gelöscht. Die Realität sieht so aus, daß wir uns fast jeden Tag mit Zensur und Sprachunterdrückung konfrontiert sehen."
"... um die Menschenrechte in Fällen von grenzüberschreitender, überstaatlicher Kontrolle zu schützen. Meiner Meinung nach ist es sehr wichtig, die Wahrheit in den Ländern zu verbreiten, und dies ist ein Schritt in Richtung Einheit und Solidarität. Nur durch den Prozeß des Informationsaustauschs zwischen allen Ländern der Welt können wir inmitten der Verzweiflung Hoffnung finden. Ich hoffe, daß meine Ansprache Ihnen allen helfen wird, Ihre Gesundheit und Ihre Familie zu schützen. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit."<<

02.05.2024

BRD: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 2. Mai 2024 (x1.369/…): >>**Zahl der Geburten auf niedrigstem Stand seit zehn Jahren**
Im Jahr 2023 wurden in Deutschland nach vorläufigen Ergebnissen rund 693.000 Kinder geboren. Die Zahl der Geburten sank damit auf den niedrigsten Stand seit 2013 (682.069), als zuletzt weniger als 700.000 Kinder zur Welt gekommen waren, wie das Statistische Bundesamt (Destatis) am Donnerstag mitteilte. Im Vergleich zum Vorjahr (2022: 738.819 Geburten) ging die Geburtenzahl 2023 um 6,2 Prozent zurück. Der Rückgang war somit etwas geringer als im Jahr 2022, als im Vorjahresvergleich 7,1 Prozent weniger Babys geboren wurden.
In Ostdeutschland sank die Geburtenzahl im Jahr 2023 gegenüber dem Vorjahr um 9,2 Prozent von 86.227 auf rund 78.300 und damit deutlich stärker als in Westdeutschland, wo die Zahl der Neugeborenen um 5,9 Prozent von 616.863 auf rund 581.000 zurückging (Angaben für Ost- und Westdeutschland jeweils ohne Berlin). Die Struktur der Geburten nach der Geburtenfolge blieb 2023 im Vergleich zu 2022 fast unverändert: Von allen Geborenen waren 46,5 Prozent die ersten Kinder, 34,8 Prozent die zweiten Kinder und 18,7 Prozent die dritten und weiteren Kinder der Mutter. Der Rückgang der Geburtenzahl betraf 2023 also erste, zweite und weitere Geburten im gleichen Maße.

Im langfristigen Vergleich mit dem Jahr 2013 gab es jedoch deutliche Veränderungen in der Zusammensetzung der Geburten nach der Geburtenfolge: Bei einer ähnlichen Gesamtzahl an Geburten waren damals 49,4 Prozent der Geborenen die ersten Kinder, 34,4 Prozent die zweiten Kinder und lediglich 16,1 Prozent die dritten und weiteren Kinder der Mutter. Von 2013 bis 2023 sank also vor allem der Anteil der Geburten der ersten Kinder, während der Anteil der Geburten der dritten und weiteren Kinder stieg. Die Zahl der Erstgeburten nahm zwar insbesondere zwischen 2013 und 2016 zu, sank dann aber mit Ausnahme der Jahre 2020 und 2021 kontinuierlich.
2023 lag sie mit 322.000 Kindern unter dem Niveau des Jahres 2013 (337.175) und damit auf dem niedrigsten Stand seit dem Jahr 2009, als die vollständige Geburtenfolge in Bezug auf alle Kinder der Mutter erstmals in der Statistik erfaßt wurde. Die Geburten der dritten und weiteren Kinder nahmen zwischen 2013 und 2016 um gut ein Viertel (+26 Prozent) zu und stabilisierten sich dann bis 2020 auf dem Niveau von rund 140.000. Im Jahr 2021 erreichten sie mit 145.408 Kindern ihren höchsten Stand seit Beginn der Zeitreihe im Jahr 2009.
Trotz des anschließenden Rückgangs auf rund 130.000 Kinder im Jahr 2023 kletterte der Anteil der Geburten der dritten und weiteren Kinder auf 18,7 Prozent aller Geburten - dies war ebenfalls der höchste bisher gemessene Wert. Auch bei den Geburten der zweiten Kinder gab es ab 2013 einen spürbaren Anstieg um gut ein Fünftel (+21 Prozent) von 234.929 auf den Höchststand von 283.147 im Jahr 2021, dem dann ein Rückgang auf 257.260 Kinder im Jahr 2022 und rund 241.000 im Jahr 2023 folgte.
Eine wichtige Rolle bei der Entwicklung hin zu mehr Geburten dritter und weiterer Kinder kommt Müttern mit ausländischer Staatsangehörigkeit zu: 42,4 Prozent der im Jahr 2023 von ausländischen Müttern geborenen Babys waren die ersten Kinder im Leben der Mutter, 31,2 Prozent waren die zweiten Kinder und 26,4 Prozent die dritten oder weiteren Kinder der Mutter. Zum Vergleich: Bei den Neugeborenen mit deutscher Mutter lagen die Anteile der Erst- und Zweitgeburten mit 48,0 Prozent und 36,2 Prozent deutlich höher als bei ausländischen Müttern, während der Anteil der Geburten dritter und weiterer Kinder mit 15,8 Prozent deutlich geringer war.
Die Zahl der Eheschließungen in Deutschland sank 2023 nach vorläufigen Ergebnissen im Vergleich zum Vorjahr um 7,6 Prozent. Insgesamt heirateten im Jahr 2023 rund 361.000 Paare (2022: 390.743), das war nach dem stark von den Einschränkungen im Zuge der Corona-Pandemie geprägten Jahr 2021 (357.785) die zweitniedrigste Zahl an Eheschließungen seit Beginn der Zeitreihe im Jahr 1950.
Dabei ging die Zahl der Eheschließungen in Ostdeutschland um 9,0 Prozent von 56.971 im Jahr 2022 auf rund 51.800 im Jahr 2023 zurück und damit stärker als in Westdeutschland, wo die Zahl um 7,4 Prozent von 321.431 im Jahr 2022 auf rund 297.700 Eheschließungen im Jahr 2023 abnahm (Angaben für Ost- und Westdeutschland jeweils ohne Berlin). Von den deutschlandweit 361.000 Eheschließungen im Jahr 2023 wurden rund 351.800 (2022: 380.700) zwischen Mann und Frau und 9.200 Ehen (2022: 10.043) zwischen Personen gleichen Geschlechts geschlossen, so Destatis.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 2. Mai 2024 (x1.368/…):
>>**Rundfunkrätin relativierte Kalifat und Scharia: Rücktritt gefordert**
Die muslimische Publizistin Khola Maryam Hübsch relativierte jüngst die archaische Scharia und die Idee des Kalifats - das hat bei ihr System. Nun fordern Politiker ihre Abberufung aus dem hessischen Rundfunkrat.
Max Roland
Nach dem Auftritt der muslimischen Publizistin Khola Maryam Hübsch bei Hart aber Fair am Anfang der Woche gibt es Forderungen nach ihrer Abberufung aus dem Rundfunkrat. Hübsch hatte am vergangenen Montag in der Talkshow für Aufsehen gesorgt. Als es um die Demon-

stration in Hamburg vom vergangenen Wochenende ging, bei der ein Kalifat gefordert wurde, äußerte sie scheinbar Verständnis. "Ich gehöre einer Gemeinde an, die einen Kalifen hat. Einen weltweiten Kalifen." Sie relativierte die Idee des islamistischen Gottesstaats und der archaischen Scharia.

"Kann niemals für Rundfunkrat geeignet sein"

Wenn ein Muslim gut zu seinen Nachbarn ist, sich für das Gemeinwohl einsetzt, ehrenamtlich tätig ist, dann folgt er der Scharia", führte sie beispielsweise aus. Sie sehe keinen Widerspruch zwischen Scharia und Staat; Gläubige müssen sich der Scharia innerhalb der Gesetze des Landes beugen. Kalifat und Scharia seien in der islamischen Welt normale Begriffe.

Aus Hessen kommen nun Zweifel an ihrer Eignung als Rundfunkratsmitglied. Hübsch sitzt seit 2021 in dem öffentlich-rechtlichen Gremium, das maßgeblichen Einfluß auf den örtlichen Hessischen Rundfunk hat. "Rundfunkräte sind der Allgemeinheit verpflichtet", erklärte FDP-Landtagsabgeordnete Yanki Pürsün. "Die relativierenden Äußerungen irritieren sehr. Bei den Demos in Hamburg ging es nicht um interne Angelegenheiten von Verbänden, sondern um die Abschaffung der liberalen demokratischen Ordnung. Wir dulden weder dies noch solche Aktionen", sagte er der Bild.

Auch aus dem Frankfurter Stadtparlament wird der Ruf nach ihrer Abberufung laut. CDU-Politiker Yannik Schwander sagte der gleichen Zeitung: "Wer Kalifat und Scharia verteidigt, ist nicht unabhängig; eine solche Person kann niemals für ein Gremium wie den Rundfunkrat geeignet sein."

Hübsch sauer auf Kritik

Hübsch hat auf der Plattform X nicht direkt Stellung bezogen, jedoch teilte sie nach der Sendung Lehren des Kalifen Mirza Masroor Ahmad. "Konsequent gegen jede Form des Extremismus: Der Khalif der Ahmadiyya Muslim Jamaat in seiner Berliner Grundsatzrede", schrieb sie. Sie teilte auch einen Beitrag eines Nutzers, der schrieb: "Wenn ich mir den Verlauf der aktuellen Diskussion zum Thema Kalifatstaat anschaue, steigt der Ärger in mir hoch."

Der Auftritt ist bei weitem nicht das erste Mal, daß die Publizistin den radikalen Islam relativiert: Die semantischen Tricksereien zu Scharia und Kalifat sind so was wie das Talkshow-Markenzeichen der umstrittenen Rundfunkrätin. Im November nannte Khola Maryam Hübsch bei Markus Lanz den Hamas-Terror aus "Hilfeschrei" und tat sich gleichzeitig schwer damit, die Bezeichnung Israels als Apartheidstaat zu verurteilen.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 2. Mai 2024 (x1.377/…):

>>**Beleidigung: Lauterbach & Strack-Zimmermann klagen**

Von *S. Hofer*

Politiker sind dünnhäutig geworden: Regelmäßig landen Bürger wegen (Majestäts-) Beleidigung vor Gericht. Zwei aktuelle Beispiele: Lauterbach und Strack-Zimmermann. …

Wenn Politiker die Bürger beschimpfen oder bedrohen, bleibt das (fast) immer straffrei. Umgekehrt leider nicht. Regelmäßig werden Bürger von Machthabern angezeigt. Selbst bei den so beliebten Nazivergleichen verstehen postmoderne Bonzen keinen Spaß. So wollte CSU-Chef Markus Söder partout nicht "Södolf" genannt werden. Er klagte gegen einen Ösi-Satiriker und das Gericht entschied in seinem Sinne.

In einer gänzlich anderen Liga spielt FDP-Politikerin Agnes Marie Strack Zimmermann: Die Beleidigungswelle gegen sie ist so gigantisch, daß sie "offenbar dabei (ist), sich neben ihrem üppigen Einkommen als Bundestagsabgeordnete eine weitere Erwerbsquelle zu erschließen und ganz nebenbei ihren Kritikern den Mund zu verbieten", spottete Rechtsanwalt Gordon Pankalla in seinem Blog Herzensanwalt.

Das sorgt für Verunsicherung: Welche Bezeichnung ist strafbar und welche nicht? Daher ist es nützlich, aktuelle Gerichtsurteile zu verfolgen. Da erfährt der Social Media-User, welche Kosenamen noch zulässig sind. Hier also zwei brandneue Beispiele:

Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) hat während der Lockdown-Diktatur ein faschistoides Regime geführt: Entrechtung von Bürgern, Verbreitung von Propaganda-Lügen und - wenn es ihm nach gegangen wäre - die Einführung des Impfzwangs, die das Recht auf körperliche Unversehrtheit aufgehoben hätte. Da möchte mancher seinem Porträt gerne einen Seitenscheitel plus Schnurrbart hinzufügen.

Staatskriminelle auf der Jagd

Etwas Ähnliches tat der Bremer Künstler und Politikwissenschaftler Professor Rudolph Bauer: In einer Bildcollage setzte er dem GröGaZ (größter Gesundheitsminister aller Zeiten) ein schwarzes Quadrat von Kasimir Malewitsch unter die Nase. Außerdem wurden ihm zwei linke Hände anmontiert. Beide sind leicht angehoben - was der Staatsanwalt als Hitlergruß interpretierte. Veröffentlicht wurde die Collage in der Broschüre "Charakter Masken" der Reihe Edition Kunst des pad-Verlags (Bergkamen 2023).

Ergo lautete die Klage: Beleidigung und Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen. Letzteres markiert einen Gipfel der Peinlichkeit: Niemand käme auf die Idee, daß die Verwendung von NS-Kennzeichen bei so einer Karikatur apologetischen Charakter hätte. Das hat auch das Amtsgericht Stuttgart begriffen und den Künstler "nur" wegen Beleidigung verurteilt.

Ebenso wurde die Hausdurchsuchung bei Rudolf Bauer bereits im vergangenen Jahr für rechtswidrig erklärt. Dennoch: Der Künstler muß eine Geldstrafe von 3000 Euro (30 Tagessätze zu je 100 Euro) hinlegen.

Zweites Beispiel:

Die kriegswütige Marie-Agnes Strack-Zimmermann darf man laut Urteil des Düsseldorfer Gerichts tatsächlich als "Kriegstreiberin" bezeichnen. Die Beklagte wurde von dem (oben bereits genannten) Rechtsanwalt Gordon Pankalla vertreten. Der informierte auf X:

"Freispruch! in Düsseldorf 'gegen' Strack Zimmermann. Meine Mandantin hatte Zimmermann als Kriegstreiberin bezeichnet. Die Richterin erkannte dies, wie wir, eindeutig als Meinungsfreiheit!"

Zumal Strack-Zimmermann ihrerseits bei einer Wahlkampfveranstaltung in Ravensburg mehrere Demonstranten beleidigt hat: "Ihr seid zum Teil zu blöd, um 'ne Pfeife in den Mund zu stecken") In einem X-Post der Seite Hartes Geld wurde sie deswegen als "Ostfront-Sturmbandführer Strack-Zimmermann" bezeichnet. Ob sie auch dagegen klagen wird?<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/28944" berichtet am 2. Mai 2024 (x1.366/…): >>**"STOPP - Kein Pandemievertrag ohne Aufarbeitung!"**

Am 20. April 2024 fand in Zürich-Altstetten das WHO-Symposium statt. Gesamtorganisator war der ehemalige Zürcher Kantonsrat Urs Hans, Präsident vom Verein "Public Eye on Science". Einer der Hauptredner war der Schweizer Rechtsanwalt Philipp Kruse. Kruse sprach Klartext: Der WHO sei jegliche Legitimation abzusprechen. …

Philipp Kruse: Vortrag vom 20.4.2024 in Zürich

"Es ist der WHO jegliche Legitimation abzusprechen, weitere Kompetenzen an sich reißen zu dürfen oder zugesprochen zu bekommen. Es hat sich schlichtweg nicht bewiesen, sondern hier ist ein Fullstop angesagt. Stopp! Und erst dann, wenn alle Fehler aufgearbeitet wurden, dann kann man sich über neue Vereinbarungen unterhalten und vorher ganz sicher nicht."

"Nun, es gibt einen weiteren wichtigen Punkt, der zu beherzigen ist, nämlich: Über solche Anpassungen darf nur abgestimmt werden, wenn der Weltgesundheitsversammlung mindestens vier Monate vorher diese Schlußabstimmungsversion vorgelegen hat. So, das heißt, es wäre gegen die eigenen Spielregeln - das steht in Art. 55 Abs. 2 der Gesundheitsvorschriften - es wäre gegen die eigenen WHO-Verfahrensregeln, wenn man jetzt Ende Mai darüber abstimmen wollte."

"Ja, die Beurteilungskriterien sind zuerst einmal ganz simpel. Zuallererst müssen wir als Bür-

ger fragen, wurde überhaupt eine wirksame Aufarbeitung geleistet? Ja oder nein? Und zweitens, wurden die formellen WHO-Verfahrensregeln eingehalten? Ja oder nein? Und weil Nein, heißt es, darüber darf nicht abgestimmt werden. So einfach ist das."
"Aber jetzt haben Sie die wesentlichen Meßkriterien, die Ihnen auch in Diskussionen helfen können und die Ihnen ermöglichen zu sagen, stopp, zuallererst muß eine Aufarbeitung erfolgen. Und zweitens müssen die Spielregeln der WHO selber eingehalten werden. Und drittens ist die WHO gemäß ihrer eigenen Zielsetzung überhaupt nicht befugt, Schaden zu stiften."
Herzlichen Dank, Urs Hans, für die Gesamtorganisation heute am 20. April 2024. Das Ziel ist, eine Aufarbeitung herbeizubewegen, gemeinsam. Wir schaffen das nur mit Aufklärung und mit politischem Druck und mit guter Information.
Grüß Sie, Stefan. Und deswegen sind wir heute alle hier. Es ist mir eine große Ehre, hier zum Thema WHO zu Ihnen sprechen zu dürfen. Und ich bedanke mich ganz herzlich, daß Sie alle heute hierher gekommen sind. Prima.
Ja, es ist leider ein sehr detailreiches und großes Thema, dieses WHO-Thema. Deshalb wurden mir freundlicherweise 40 Minuten zugestanden. Es ist ein eigentliches, ein eigentlicher neuer Kosmos, der hier gebaut wird. Ein eigentliches neues Gesundheitsregime. Und dann muß man ein Verständnis haben für den Gesamtzusammenhang, damit man sich eben nicht in Details verliert, von denen es überaus viele gibt.
Wir wissen, wir sprechen von zwei WHO-Verträgen und die sind voll von Änderungsvorschlägen und nochmaligen Änderungsvorschlägen. Und ich versuche Ihnen hier Sicherheit zu geben bei diesem Thema. Das ist meine Aufgabe. Aber selbstverständlich kann man das auch in 40 Minuten nicht schaffen. Ich versuche einfach mein Bestes.
Starten wir ganz kurz. Wir müssen zuerst die Frage stellen, wie weit sind wir mit der Aufarbeitung hier in der Schweiz? Dazu hat es einen sehr guten Kongreß am 6. April in Bern gegeben. Ich kann dort nur auf die zahlreichen hervorragenden Ausführungen verweisen. Auch dort habe ich in der Hauptsache dazu gesprochen.
Wir dürfen nie vergessen, daß aus juristischer Sicht, aus Sicht der Menschen, der Beteiligten, es noch niemals in der Geschichte der Schweiz und ich sage auch noch niemals in der Geschichte von irgendeinem demokratischen Land so massive Einschränkungen gegeben hat, bei allen Grundrechten, die wir in unseren Verfassungen haben. Und das so schwer für jede einzelne Person.
Wir sprechen hier von der Verpflichtung zu Hause zu bleiben, Freiheitsberaubung, schädliche Maßnahmen, Masken sich regelmäßig vorzuhängen, für Kinder ganz besonders über Monate. Sich in die Impfung hineintreiben zu lassen. Die Glaubens- und Gewissensfreiheit wurde ganz massiv eingeschränkt. Ich sehe hier einen kirchlichen Würdenträger. Ich freue mich sehr, daß Sie hier sind. Ganz herzlich willkommen, Herr Bischof, vermute ich. Es wurde den Priestern und Pfarrern verboten, mehr Gläubige in ihrer Kirche zu empfangen als eine bestimmte minimale Zahl. Und das ausgerechnet zu Ostern.
Und das über Wochen und über Monate. Das war ein ganz massiver schwerer Eingriff in die Glaubens- und Gewissensfreiheit. Und letztlich die gesamte Liste unserer Freiheiten war betroffen in schwerer Weise für einen großen Teil der Bevölkerung und das über lange Zeit. Und damit sprechen wir von dem größtmöglichen Grundrechtseingriff, den es jemals gegeben hat in der Schweiz. Und das bedeutet, und zusätzlich noch den größtmöglichen Eingriff auch in die Wirtschaft.
Wenn der Nationalbankpräsident Thomas Jordan den Warnfinger schon im Mai 2020 hob und sagte: "Achtung, Achtung, hier sind wir dabei, die 100-Milliarden-Grenze zu knacken an Unterstützungsgeldern für diejenigen, die in ihren geschäftlichen Tätigkeiten eingeschränkt sind", dann müssen wir diesen Faktor auch mit berücksichtigen. Und das bedeutet eben, für so massive Eingriffe dieser Größenordnung schuldet der Staat seinen Bürgern Rechenschaft. Und

das ist bis heute nicht passiert und das müssen wir erwähnen, bevor wir über neue Gesetze sprechen, bevor wir über einen neuen WHO-Pakt sprechen.
Wir hatten nur Ausreden. Wir hatten diese Meßgröße PCR, von der von Anfang an bekannt war, ich erinnere an das legendäre Podium in Aarau bereits am 14. August, sagte Mitglied der bundesrätlichen Covid-19-Taskforce, Herr Professor Marcel Tanner, seines Zeichens Präsident der Akademie der Wissenschaften, der sagte klipp und klar auf eine Frage von Samuel Eckert: "Ja, also schauen Sie, ein PCR-Test bringt keine klinische Diagnose."
Das ist der Punkt, es ist also falsch, daß ein positiver Test eine Krankheit belegt. Das wissen wir alles. Kurzum ich will damit nur sagen, das war seit Sommer allerspätestens jedermann bekannt, der es hat wissen müssen und der Bundesrat wußte das auch. Das Bundesgericht hat das übrigens dann auch festgehalten, 2021, in diesem Entscheid, den Sie wahrscheinlich auch alle kennen. Und wie willkürlich, wie geradezu widersinnig dieses ganze System war, wurde jedermann vorgeführt in unserer Diskussionssendung der ARENA am 7. Januar 2022. Da sagte der Ignazio Cassis, damals Bundespräsident und Arzt seines Zeichens, da sagte er:" Wer in einem Autounfall stirbt und Corona-positiv ist, der ist ein Corona-Toter."
Und dann stutzte der Moderator und fragte nach und ja, Cassis sagte:" Doch, das ist so, das hat die WHO so gemacht, durch ihre Klassifizierung." Und alles das hat tatsächlich die WHO vorgeschlagen, es kam nicht aus heiterem Himmel, also auch die Klassifikation der Covid-Fälle. Und unsere Medien, unsere Politiker haben immer nur mit absoluten Zahlen berichtet. Es ist zu erwarten, daß in einem Grippejahr in einem Land mit so vielen Menschen über 80, über 90, etwas mehr aus dieser Altersgruppe sterben, aber in relativen Zahlen konnte man die Pandemie nicht erkennen.
Das alles mündet in eine Abwehr der Aufarbeitung. Und ich habe für Sie die aus meiner Sicht einfachste Formel hier aufgeschrieben, die mir immer wieder von den Gerichten entgegengehalten wurde, aber die so auch für die gesamte Gesellschaft gilt. Und ich auch bei all meinen Kollegen und Freunden immer wieder höre, die mir nämlich sagen: "Schauen Sie, in Zeiten der Pandemien ist den Behörden ein erweiterter Ermessensspielraum zuzugestehen. Und solange sich die Behörden an die Vorgaben der WHO halten, können wir das nicht und sollten wir es auch nicht in Frage stellen."
So ungefähr. Ja, und dieser Ausgangspunkt verdeutlicht, was für eine extreme Schlüsselrolle die WHO hat, wenn sie eben den Pandemie-Notrechtszustand ausruft. Schon in der Vergangenheit. Die Menschen drehen sich ab und die Gerichte wenden sich ab von ihrer verfassungsrechtlichen Pflicht der Überprüfung und lassen die WHO gewähren. Das war schon in der Vergangenheit so. Ja, und deshalb kommt es eben bis heute nicht zu einer Aufarbeitung dieser schwersten Eingriffe, die es jemals gegeben hat.
Und ich möchte darauf hinweisen, wir haben in der Schweiz eine sehr junge Verfassung. Es handelt sich um eine neu aktualisierte Verfassung aus dem Jahre 99. Deshalb hat sie eine besondere demokratische Legitimation. Und wenn Sie dort im Art. 2 sich mal überlegen, was ist der Zweck der Eidgenossenschaft? Warum gibt es die Schweiz juristisch betrachtet? Dann finden Sie, das können Sie auch nachlesen in den Materialien zur neuen Bundesverfassung, es gibt vier gleichwertige Ziele. Also, das der Sicherheit unter das Covid -Feld ist eines.
Dann der Schutz der Freiheit mit dem langen Grundrechtskatalog am Anfang. Schutz der Gemeinschaft, also kein Spalten der Gemeinschaft und Schutz der Wohlfahrt. Und jetzt dürfen Sie raten, ist eines dieser Ziele wichtiger als anderes? Nein, die Lehre sagt und die ganze Geschichte sind alle gleichwertig. Man darf niemand sagen, die Sicherheit darf immer über alles gestellt werden zulasten von Freiheit. Das sind wichtige Grundsätze, um als Ausgangslage zu verstehen, in welchem Theater wir uns befinden.
Und außerdem sollten wir auch noch den Grundsatz kennen, der Staat ist für den Bürger da und nicht der Bürger für den Staat. Und das hat vor über 2.000 Jahren ein bekannter Rechts-

anwalt und römischer Senator gesagt, der Cicero, der hat ganz simpel festgehalten, ganz lapidar, der Staat auf Römisch "res publica" ist die Sache des Volkes "res populi". Und heute sind wir in einer Zeit, wo uns das Gegenteil weisgemacht wird. Das dürfe uns niemand weismachen lassen. Und mag man uns noch so sehr als rechtsextrem beschimpfen. Es ist nicht rechtsextrem zu sagen, der Staat ist für das Volk da. Das ist eine Selbstverständlichkeit. Gut.
Und das bedeutet, wenn eben Bundesrat, Parlament, Gerichte, Kantone und Medien eine wirksame Aufarbeitung verweigern, dann kann sich eben so etwas, was wir jetzt erlebt haben, jederzeit wiederholen. Und deshalb müssen wir zuerst die Lektionen lernen. Wir dürfen kein neues Epidemiengesetz, keine Pandemieverträge und auch keine Unterstellung unter die EU vorantreiben, sondern aufarbeiten.
Um den Druck zu verstärken, die Aufarbeitung herbeizuführen, empfehle ich Ihnen sehr, ich bitte Sie, die Aufarbeitungsinitiative zu unterschreiben, wenn Sie es noch nicht getan haben. Bitte, auf jeden Fall holen Sie das nach. Dankeschön.
Und hier könnte ich den Vortrag beenden, denn damit ist schon alles gesagt. Ein Staat, der ohne das Recht agiert, ist nicht legitimer als eine Räuberbande. Und das sage ich meinen Kindern so, damit sie ungefähr die richtige Vorstellung haben, wie sie vom Bundesrat und den Gerichten zu denken haben. Die müssen sich erst wieder ganz neu legitimieren, bevor sie mein Vertrauen, das Vertrauen meiner Familie zurückbekommen. Gut.
Ganz wesentlich, und es ist leider am Anfang wichtig, daß wir kurz zurückschauen, wir müssen uns vor Augen halten, daß diese Empfehlung der mRNA-Injektion, die kam nicht irgendwo her aus heiterem Himmel. Das haben nicht die Gesundheitsminister selber sich ausgedacht, sondern es kam von der WHO. Und bis vor kurzem waren all diese Empfehlungen in dieser krassen Deutlichkeit noch immer auf der Homepage. Dort steht auch etwas klein für Sie zu lesen, aber da steht auch, daß Covid-19-Impfstoffe waren rigorosen Testen unterworfen. Rigorosen Testen unterworfen.
Das ist eine krasse Falschinformation. Es ist eine krasse Falschinformation ausgerechnet von der internationalen Organisation, die von sich sagt, daß nur sie festlegen darf, was eben wahr und was falsch ist. Ja. Und hier noch ein paar weitere Beispiele. Und deshalb hatte ich schon im Juli 2022 auf der Basis von einer fast einjährigen Teamarbeit mit meinem Team, aber auch mit hervorragender Unterstützung von externen Experten eine Strafanzeige gegen Swissmedic eingereicht, weil eben wir in der Schweiz, in der Schweiz haben wir Verantwortliche. Wir haben ein Gesetz, das die Verantwortung definiert von Swissmedic.
Und diese Swissmedic ist mit Experten und mit Mitteln ausgestattet, um zu erkennen, daß es sich um Toxine handelt und nicht um Impfstoffe. Toxine, nicht Impfstoffe. Und ich kann das deshalb jetzt so locker und in Kurzformel sagen, weil ich mich zwei Jahre damit befaßt habe und weil meine Beweisführung im Internet lesbar ist. Wie gesagt, das konnte ich nur machen, dank meinem hervorragenden Team von Dr. Markus Zollinger, von Kati Schepis, von meinem übrigen Team und von etwa 12 bis 15 Professoren aus dem deutschsprachigen und englischen Raum. Und Ihnen allen möchte ich von Herzen danken für diese sensationelle Arbeit.
Und dort haben wir nachgewiesen. Ganz besonders in der aktualisierten Fassung, die Sie im Internet finden, daß von Anfang an klar war, für alle Zulassungsbehörden war von Anfang an klar, das kann nicht funktionieren. Das ist ein Experiment. Man hat keine Kontrolle darüber, was da ganz genau im Körper gebildet wird, in welcher Quantität, Qualität und wie lange. Das hat man von Anfang an alles gewußt. Man hat es trotzdem zugelassen. Und ich bitte Sie sehr, lesen Sie zumindest die Zusammenfassung. Executive Summary. Es sind nur 20 Seiten.
Und für diejenigen, die etwas lieber in der Hand halten, es gibt eine Druckfassung, draußen verfügbar, für 20 Franken. Da ist alles Wichtige drin mit Geleitworten von den wichtigsten unterstützenden Professoren. Einer von ihnen ist heute hier, Prof. Stefan Hockertz, von Prof. Martin Haditsch, Prof. Sönnichsen und Michael Palmer und weiteren. Es liegt hier zur Verfü-

gung. Und das ist auch ein Druckmittel, um die Aufarbeitung voranzutreiben. Denn wir sehen, was sehen wir? Daß im Epidemiengesetz und eben in den neuen Pandemieverträgen die mRNA -Impfung eine ganz zentrale Rolle spielt. Das ist die Basis für alle zukünftigen Impfungen, eben auch im Bereich der antimikrobiellen Resistenzen, wie es Herr Dr. Heiko Schöning gerade vorhin erwähnt hat.
Ja, und warum ist das so hervorhebenswert? Es ist deshalb wichtig, weil wir hier von experimentellen Substanzen sprechen. Und ich habe, es ist nicht nur, daß keine Versuche gemacht wurden. Es sind noch drei, vier weitere Aspekte, warum es sich hier um ein hochgradig experimentelles Verfahren handelt. Man hat auf Deutsch gesagt, keine Ahnung, was am Ende dabei herauskommt. Und das glaubten wir als Zivilisation, als Zivilisation seit dem Zweiten Weltkrieg nie mehr zulassen zu wollen.
Und haben deshalb den Nürnberger Kodex geschaffen und in Gesetzesform eben auch diesen internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte, Art. 7, der unter allen Umständen gilt, auch in Krisensituationen im Fall eines öffentlichen Notstandes. Und das, diese zwingende Schutzvorschrift vor Teilnahme an, unfreiwilliger Teilnahme an Experimenten, die wurde millionenfach gebrochen, weil man den Menschen die falschen Informationen gegeben hat. Man hat sie hinters Licht geführt und man hat sie unter Druck gesetzt. Das ist mal der Ausgangspunkt, vor dem wir alle stehen.
Und ich werfe nur einen Blick in die Schweiz, in die Zukunft. Das ist ein Ausschnitt aus dem Epidemiengesetz, dem neu vorgeschlagenen Epidemiengesetz. Da gibt es einen neuen Art. 6c, Abs. 1, lit. b. Und der Bundesrat will als quasi Erkenntnis aus der Vergangenheit die Ärzte verpflichten dürfen, die Ärzte und Apotheker verpflichten dürfen, eben solche experimentellen Substanzen den Menschen zu verabreichen. Also er will die Ärzte verpflichten, auf Deutsch gesagt, ohne zureichende Aufklärung, die Menschen zu impfen.
Ja, und hier sind wir mittendrin. Wir müssen uns zuerst überlegen, was sind die Befugnisse der Weltgesundheitsorganisation. Sehr schön im Art. 1 ihrer Verfassung dargelegt: Der Zweck der Weltgesundheitsorganisation besteht darin, allen Völkern zur Erreichung des bestmöglichen Gesundheitszustandes zu verhelfen. Sie wissen gleich, was das ausschließt. Das schließt aus, den Menschen Falschinformationen zu geben, die Menschen in eine Substanz hineinzudrängen und Substanzen zu empfehlen, die toxisch sind. Also man darf nicht schaden. Das ist mal ganz der wichtigste Grundsatz.
Sie ist eine leitende und koordinierende Stelle und eben nur beratend tätig. Das ist die Ausgangslage. Das heißt, es geht darum, den Schutz der menschlichen Gesundheit nach besten Erkenntnissen, nach "best practice" voranzutreiben und neue Erkenntnisse zu berücksichtigen und eben nach einer solchen langen Phase der Krise ganz wirksam und selbstkritisch eine Aufarbeitung vorzunehmen. Das hätte die WHO selber machen müssen, hat es nicht getan. Im Übrigen ist sie keine supranationale Organisation, sondern nur eine staatliche internationale Organisation und vor allem, sie hat kein Informationsmonopol.
Alles das hat sie aber wahrgenommen und sie muß im Übrigen Grundrechte respektieren und wie ich immer wieder hervorheben muss, sie muß sich selber immer wieder überprüfen. Das sind ganz schwere Verfehlungen, die sie nicht geleistet hat. Sie darf niemals Schaden anrichten. Sie hat sich in den letzten viereinhalb Jahren total diskreditiert, indem sie eben solche toxischen Substanzen als die alleinige einzige Lösung immer wieder vorgeschlagen hat, im sogenannten Kampf gegen eine sogenannte Bedrohung.
Und hier kommen wir schon zur ersten Kernaussage. Es ist der WHO jegliche Legitimation abzusprechen, weitere Kompetenzen an sich reißen zu dürfen oder zugesprochen zu bekommen. Es hat sich schlichtweg nicht bewiesen, sondern hier ist ein "Fullstop" angesagt. Stopp! Marsch halt! "After Action Review" im militärischen Jargon. Und erst dann, wenn alle Fehler aufgearbeitet wurden, dann kann man sich über neue Vereinbarungen unterhalten und vorher

ganz sicher nicht.
Genau, also Zwischenergebnis, das, was ich gerade gesagt habe, ist hier nochmal zusammengefaßt. Ohne Aufarbeitung gibt es keine "Lessons learned". Und eben ganz sicher keine Pandemieverträge.
In diesem Zusammenhang hat jetzt gerade in der vergangenen Woche im Nationalrat in der Schweiz eine Abstimmung darüber stattgefunden, ob das Schweizer Parlament über den Pandemievertrag soll beraten dürfen. Und es ist eine Selbstverständlichkeit, daß man das tut. Ich möchte Ihnen einfach mitteilen, SP und Grünliberale haben sich zu 100 Prozent gegen eine Beratung im Parlament ausgesprochen. Das ist ja wirklich eine demokratische Schande, es gar nicht sehen zu wollen, was da der Bundesrat aushandelt. Und zum Glück hat die Mehrheit die Vernunft bewahrt und diese sämtlichen übrigen Parteien haben zu 100 Prozent darauf bestanden, daß man eine parlamentarische Debatte durchführt. Applaus
Sie wissen, die Weltgesundheitsorganisation ist nur eine von 17 Unterorganisationen. Wir sprechen von zwei Verträgen, die jetzt da geschaffen werden sollen, einem völlig neuen Vertrag. Es gab verschiedene Versionen, die vom 30. Oktober letztes Jahr, dann bis vor wenigen Tagen die vom 13. März. Jetzt ist gerade vor zwei, drei Tagen eine Version vom April aufgetaucht. Wirklich vor ganz wenigen Tagen. Ich spreche hier über die wesentlichsten Grundsätze, die in diesen Fassungen dieselben sind.
Keine Angst, daß ich hier verschiedene Fassungen vergleiche. Wichtig zu wissen, es handelt sich hier bei diesem Pandemievertrag um einen vollständig neuen völkerrechtlichen Vertrag. Und für neue völkerrechtliche Verträge gilt eben innerstaatlich ein Ratifikationsverfahren. Also es braucht eine parlamentarische Debatte.
Das steht schon so in der WHO-Verfassung drinnen. Das ist so korrekt überlegt. Es muß einfach wahrgenommen werden. Die Parlamentarier müssen das auch wollen, diese Debatte vornehmen. Und dafür hat man 18 Monate Zeit bis zum 1. Dezember 2025. Vorausgesetzt, es wird überhaupt darüber abgestimmt. Jetzt bei der Weltgesundheitsversammlung Ende Mai. Diesen Mai, der jetzt kommt, vor uns steht.
Das Zweite ist auch ein internationaler Vertrag. Rein technisch betrachtet ist es ein internationaler Vertrag. Heißt aber, internationale Gesundheitsvorschriften gibt es seit 2005 und die sollen überarbeitet werden. Überarbeitet, wir haben die einzige Fassung, die bisher vorliegt, offiziell vorliegt, auf der Homepage der WHO, datiert von Ende November 2022. Und diese Fassung ist auch keine Abstimmungsversion. Eine Abstimmungsversion wäre, man hätte sich geeinigt auf einen Wortlaut, welche Artikel sind anzupassen, jeweils eine Anpassung und das unterbreitet man der Abstimmung. Was hat man?
Was wir hier haben, ist ein Sammelsurium von unglaublich vielen verschiedenen Varianten pro Artikel, die als Diskussionsgrundlage dienen, als Verhandlungsgrundlage, aber niemals für eine Abstimmung taugen könnten. Das ist das, worüber wir und auch ich in den letzten knapp zwei Jahren immer gesprochen habe. So, was haben wir noch? Dann haben wir einen inoffiziellen Text, der inhaltlich etwas abgeschwächt ist, aber der ist nicht öffentlich publiziert worden.
Und auch hier haben wir nicht eine Schlußfassung, eine Fassung, von der man sagen könnte, das unterbreiten wir jetzt zur Abstimmung bei der Weltgesundheitsorganisation, das ist die Basis. Nein, das ist nicht tauglich als Abstimmungsgrundlage. So, wichtig ist noch zu wissen, konzipiert sind diese Gesundheitsvorschriften als rein technische Vorschriften gemäß WHO-Verfassung. Und nur das ist der Rechtfertigungsgrund, warum man gesagt hat, das können wir innerhalb der Weltgesundheitsversammlung mit einem einfachen Quorum akzeptieren, also 51 Prozent, Stimmmehrheit sämtlicher Mitgliedsstaaten, im Gegensatz zum Vertrag, der braucht ein Zweidrittelsquorum, eine höhere Schwelle.
So, und hier sagt man, nein, das sind ja nur technische Regelungen, da geht es um Standards

und Kleinigkeiten, die ja sowieso niemanden interessieren, wo die Ärzte froh sind, daß die irgendwo stehen, daß man es nachschlagen kann. Nur das ist der Grund überhaupt für diese unglaublich privilegierte Behandlung. Das hat übrigens im Dezember, letzten Dezember in der Neuen Zürcher Zeitung in einem Interview hat sich die Verhandlungsführerin der Schweiz darauf bezogen, Nora Kronig, und der hat gesagt, ja, das sind ja bloß nur geringfügige Anpassungen und deshalb braucht man darüber auch nicht groß zu diskutieren, zu informieren und schon gar nicht abzustimmen … der Bevölkerung.
Ja, und ich werde Ihnen natürlich jetzt gleich zeigen, daß alles andere der Fall, alles andere richtig ist. Hier, diese privilegierte Behandlung. Der wichtigste Aspekt ist, diese Anpassungen sollen automatisch in Kraft treten, zwölf Monate, nachdem sie angenommen wurden. Es sind ja nur technische Anpassungen. Und für rein administrative oder technische Anpassungen mag das so ja in Ordnung gehen. Aber nicht für Anpassungen, die inhaltlich für uns schwere, gravierende Folgen haben.
So, hier also zusammenfassend, Anpassung eines bestehenden völkerrechtlichen Vertrages, einfaches Mehr. WHO-Verfassung spricht nicht von einer eigentlichen Ratifikation und deshalb wurden wir bisher auch überhaupt nicht informiert darüber. Und alles, was ich bisher gesehen habe, die Anfragen der Parlamentarier, der Schweizer Parlamentarier an den Bundesrat, eben auch an Frau Nora Kronig, was steht denn da drin, was wollen sie? Da kam überhaupt nichts zurück. Da kam kein Inhalt, keine eigentliche Aufklärung zurück vom Bundesrat. Wir sind also nach wie vor, als Bevölkerung unwissend über diesen Inhalt. Und deshalb ist es so wichtig, diese Veranstaltung zu führen.
Nun, es gibt einen weiteren wichtigen Punkt, der zu beherzigen ist, nämlich über solche Anpassungen darf nur abgestimmt werden, wenn der Weltgesundheitsversammlung mindestens vier Monate vorher diese Schlußabstimmungsversion vorgelegen hat. Das wäre also für eine Abstimmung Ende Mai, wäre das die finale Fassung Ende Januar 2024. Aber die liegt nicht vor. Wir hören nur, wir verhandeln, wir verhandeln, wir verhandeln ... So, das heißt, es wäre gegen die eigenen Spielregeln - das steht in Art. 55, Abs. 2 der Gesundheitsvorschriften - es wäre gegen die eigenen WHO-Verfahrensregeln, wenn man jetzt Ende Mai darüber abstimmen wollte.
Und dementsprechend hat Frau Dr. Silvia Behrendt und ihre Organisation, Global Health Responsibility Agency, hat einen offenen Brief an Tedros, an den Generalsekretär verfaßt und ihm genau das vorgeworfen und hat gesagt: "Sie sind für die Einhaltung der WHO-Verfahrensvorschriften verantwortlich. Sie können es nicht zulassen, daß über diese Anpassungen jetzt in wenigen Wochen abgestimmt wird, ohne daß irgend jemand, ein Staat, die Möglichkeit gehabt hat, intern sich zu überlegen, was bedeuten denn diese Anpassungen überhaupt für uns?"
Und so ist es ein Stück weit Kaffeesatzlesen, was wir hier betreiben, denn wir können ja nur diese Anpassungsvorschläge interpretieren und feststellen, daß bis jetzt eine Verhandlungsdelegation der Schweiz noch nie gesagt hat, noch nie wirklich gesagt hat, ja, diese Anpassungsvorschläge gefallen uns nicht, wir wollen unbedingt die Menschenrechte schützen, wir wollen Gewaltentrennungsprinzip berücksichtigt haben, wir wollen dieses unglaubliche Willkürelement, diese übermäßige Macht der WHO, wollen wir unbedingt einschränken durch eine Überwachungs- oder eine Kontrollbehörde und vor allem, wir dürfen es niemals zulassen, daß die WHO alleine bestimmt, welche Informationen im gesamten gesundheitlichen Bereich richtig sind und welche falsch.
Das habe ich aus dem Mund von irgendeinem Magistrat in der Schweiz noch nicht gehört. Das hätte man aber sagen müssen, weil man eben damit nicht einverstanden wäre. Und deshalb müssen wir darüber sprechen.
Ja, die Beurteilungskriterien sind zuerst einmal ganz simpel. Zuallererst müssen wir als Bür-

ger fragen, wurde überhaupt eine wirksame Aufarbeitung geleistet? Ja oder nein? Und zweitens, wurden die formellen WHO-Verfahrensregeln eingehalten? Ja oder nein? Und weil nein, heißt es, darüber darf nicht abgestimmt werden. So einfach ist das. Auch über den Pandemievertrag nicht, weil die sind miteinander verbunden. Die nehmen ganz intensiv aufeinander Bezug.
Der neue Pandemievertrag und die Anpassung der Gesundheitsvorschriften, die sind ganz eng miteinander verwoben. Das heißt, wenn man über das eine nicht abstimmen darf, ja, dann darf man auch über das andere nicht, weil das ist eben rein logisch miteinander verbunden. So. Das heißt also auf gar keinen Fall mit Hast und Eile in das nächste Dilemma. Es besteht gar kein Anlaß. Hier müssen wir ein Veto erzwingen, die unsere Politiker genau auf diesen Punkt hinweisen.
Und dann im Übrigen, wir haben in der Schweiz eine sehr vielbeachtete und eigentlich gut funktionierende Demokratie. Und das kann man an zahlreichen Bestimmungen nachlesen. Und das hat über weite Strecken in der Vergangenheit gar nicht so schlecht funktioniert. Und es wäre jetzt zu technisch, wenn ich das alles aufzeigen würde. Aber vereinfacht gesagt, besagen all diese Bestimmungen, die dazu führen oder die Frage beantworten - Dürfen wir als Bevölkerung mitwirken an der Schaffung eines Gesetzes? - die gehen immer vom selben Ausgangspunkt aus.
Nämlich, wie stark wird am Ende ein Gesetz oder ein internationaler Vertrag in unsere Rechtssituation eingreifen, wie stark wird auch die Handlungskompetenz der Regierung beschnitten und wie stark wird eingegriffen überhaupt in das gesamte Gefüge der Macht? - Wie es eben unsere Verfassung definiert, in die Architektur der Gewaltentrennung. So, und je stärker eben dieser Eingriff ist, desto stärker ist das Mitspracherecht.
Und das finden wir an verschiedenen Bestimmungen. Art. 164 hier etwas größer, der einfach sagt, Gesetzgebung bedeutet immer, daß das Volk mindestens im Rahmen des fakultativen Referendums soll mitbestimmen dürfen. Die entscheidende Frage ist, wird die WHO in Zukunft eventuell sogar tragende Grundprinzipien unserer Verfassung beschränken können?
Und es gibt tragende Grundprinzipien. Wenn Sie irgendwann in den letzten 230 Jahren die Schule absolviert haben, dann ist es Ihnen nicht entgangen. Ja? Dann ist es Ihnen nicht entgangen, daß man in all unseren Demokratien Machtmißbrauch und Willkür versucht, bestmöglich zu verhindern durch Gewaltentrennung, Demokratieprinzip, Legalitätsprinzip, Schutz der Grundrechte. Wir haben das etwas präziser bei uns in der Verfassung hier. Diese Grundsätze, die findet man alle ganz sauber ausgearbeitet, mit gesetzlichen Ausführungsbestimmungen unterlegt.
Die Gewaltenteilung mit reicher Rechtsprechung dazu, Legalitätsprinzip hat das Willkürprinzip ersetzt. Menschenrechte müssen wirksam geschützt werden. Es darf keine Zensur geben. Ja, die Kantone sind grundsätzlich autonom. Und auf ihrer Ebene führen sie die Gesundheitspolitik eigenständig. Und der Staat muß eigenständig die Prioritäten setzen können und sich nicht vorgeben lassen müssen, welcher Virusmutation er jetzt noch hinterherjagen muss, bevor er wieder seine Gelder für Schulen einsetzen darf oder für eigene Spitäler.
Kurzum, das ist eine Art Kontrollraster, den wir, aber ganz besonders die Politiker, die Anwälte, alle Verantwortlichen, die Entscheidungsträger sind, aufsetzen müssen, neben natürlich wissenschaftlichen Kontrollrastern und medizinischen Kontrollrastern. Aber das sind objektivierte Kriterien, über die wir definitiv reden können. So, und ich meine, mein Credo ist bei all den Vorträgen, ich zeige Ihnen, daß eben die wesentlichsten Grundpfeiler der Verfassung leider suspendierbar (absetzbar) werden. Und demzufolge muß man Sie, alle Bürger, geschätzte Mitmenschen, fragen, ob Sie überhaupt einverstanden sind, daß man Kompetenzen abgibt auf eine so hohe Ebene, ohne daß Sie die Chance haben, jemals haben werden, diese Kompetenzen wieder zurückzunehmen. Das ist in a nutshell (zusammengefaßt) das, worum es hier geht.

Und obligatorisches Referendum, das ist dann die technische Durchführung.
Hier noch ganz kurz, wir haben diese zwei Verträge. Für die Anpassung der Gesundheitsvorschriften reicht eben die einfache Mehrheit, weil angeblich bloß technischer Natur, der Pandemievertrag benötigt Zweidrittelmehrheit. Wir sprechen hier von der geplanten Abstimmung, Ende Mai, letzte Maiwoche, also in rund fünf Wochen. Und dann sollen automatisch die Anpassungen in Kraft treten an die Internationalen Gesundheitsvorschriften. Während dagegen beim neuen Vertrag braucht es ein Ratifikationsverfahren.
So, was ist der grobe Inhalt? Der grobe Inhalt, das kann ich jetzt nur so salopp erklären, aber es geht um ein Riesengeschäft. Hier wird eine eigentliche Pandemieindustrie begründet. Das ist ganz sauber durchdacht. Also wenn Sie das selber lesen, verstehen Sie das. Es beginnt hier unter dem Titel, man hat gesagt, das Schlimmste, was uns passieren konnte unter Covid, war, daß wir nicht allen gleichzeitig gleich viel Impfsubstanzen zur Verfügung stellen konnten. Die Verteilungsgerechtigkeit hat nicht funktioniert. Dafür hat man den Begriff Aequity geschaffen. Aequity soll Verteilungsgerechtigkeit sein.
Und man hat gesagt, das war so schlimm, das war so gefährlich, es hätten noch sehr viel mehr Millionen Menschen sterben können, wir müssen der WHO die Hoheit geben, zu bestimmen. Okay, das sind die Produkte, die produziert werden. Also da sprechen wir von Impfsubstanzen, mRNA-basiert, von Diagnosemitteln, von jeglicher Art von Pandemie-Produkten überhaupt. Das soll alles die WHO bestimmen dürfen.
Und zwar müssen die Länder der WHO, ein quasi Inventar, permanent ein online-Inventar abliefern, damit die WHO kontrollieren kann, okay, Schweiz muß noch ein bißchen mehr bereitstellen, andernfalls nach Afrika liefern. Und die Afrikaner haben etwas weniger, die müssen etwas mehr Unterstützung bekommen. Das verbirgt sich hier in diesem Begriff Aequity.
Dann müssen die Staaten, und das ist ganz, ganz, wirklich, wie soll ich sagen, deutlich auch im neuen Epidemiengesetz erkennbar, sie müssen permanent die Umwelt überwachen. Und zwar mögliche Erreger können überall schlummern, können bei Menschen schlummern, die können in der Umwelt schlummern, die können in den Abwassern schlummern, sie können in der Tierwelt schlummern. Und da steht doch tatsächlich die abstruse Bestimmung im Anpassungsvorschlag zum Epidemiengesetz: Der Bundesrat soll sämtliche Institutionen verpflichten dürfen, Abwasser auf Erreger testen zu müssen.
Und zwar mit der Methode der genomischen Sequenzierung. Also da geht man irgendwie auf das atomare Niveau runter und versucht mit einem PCR-Test aus Abwassern - auch hier kaffeesatzlesen - Bedrohungsnachweise zu fingieren, auf deren Basis der Bundesrat dann nachher soll Notrecht ausrufen dürfen. Das ist Prinzip Willkür. Und da schaudert es mich als Anwalt, weil ich Willkür generell verabscheue und schon erst recht als Basis für Notrecht. Das darf es nicht geben. Also es ist eine wirklich geradezu psychotische Pflicht zur permanenten Überwachung von allen Abwassern und ohne irgendwelche Eingrenzung.
Das Ganze segelt unter dem Titel One Health. Die gesamte Gesundheit des Planeten - hängt ja alles zusammen - Tier, Mensch, Umwelt, Erde und es geht bis zum Klimawandel, auch der Klimawandel, auch der CO2-Gehalt soll einen Grund liefern dürfen für einen Notrechtszustand. Und das Ganze muß ausgetauscht werden, die Erkenntnisse, die gefundenen Erreger, auf einer internationalen Datenbank. Da kann man das schauen. Und jetzt kommt es. Jetzt soll noch Research und Development gemacht werden. Also Forschung und Entwicklung an möglichen, sich noch verschärfenden Erregern.
Das ist "Gain-of-Function". (Der Begriff "Funktionsgewinn" beschreibt den Gewinn neuer Funktionen von Organismen durch genetische Veränderungen.) Hier verbirgt sich die künstliche Verschärfung von Erregern als Teil, als Bestandteil des neuen Pandemievertrages. Also es ist hier geradezu, und dabei ist ja, wie wir wissen, Covid-19 hat diverse Hinweise, gemäß diversen Wissenschaftlern, daß Covid -19 so gar nicht in der Natur auffindbar war oder respek-

tive entstehen konnte - Covid-19 als SARS-CoV-2 Erreger. Kurzum, die Staaten werden ermuntert, selber auch noch zur Verschärfung dieser Erreger beizutragen. Dann gibt es diese berühmte DCX-Liste.
Das ist quasi der Best Guess. Also die Vermutung, welcher Erreger könnte als nächstes zuschlagen. Auf der Basis dieses Erregers werden schon Pandemie-Produkte bereitgestellt, Impfsubstanzen unter dem Titel "Emergency Use Listing". Und alle Staaten sollen Notfallzulassungen einrichten. Notfallzulassungen, geschätzte Damen und Herren, hatten wir bisher so nicht im formellen Sinne. Wir hatten in all unseren Staaten in Europa und in der Schweiz noch bestimmte Mindesthürden. Aber unter dem Titel Notfallzulassung, in den USA hat man das, braucht nur eine zuständige Instanz den Notfall zu deklarieren.
Und dann braucht es keine Untersuchung mehr über Wirksamkeit oder über Sicherheit. Rein gar nichts mehr, weil es eben Notfall ist. Das ist der militärische Gedanke, der dahintersteht. Kurzum, das ist ein riesiger ökonomischer Kreislauf, der unabhängig von einem Notfall-Szenario besteht. Und hier ergänzend dazu nun die Gesundheitsvorschriften, die das Ganze scharfstellen - scharfstellen eben durch die Deklaration des Notstandes, des Public Health Emergencies of International Concern.
Wie ich schon sagte, aus jedem beliebigen Grund kann in Zukunft der Weltgesundheitsdirektor diesen Notstand ausrufen. Und unsere Erwartung wäre ja eben genau das Gegenteil. Wir haben es erlebt, daß der Weltgesundheitsnotstand drei Jahre und drei Monate gedauert hat. Also wäre doch die logische Konsequenz, daß man einen solchen nicht gerechtfertigten Notstand eben beenden kann, daß man ihn überprüfen kann und so weiter und so fort. Das Gegenteil ist der Fall.
Und das andere schließt sich dann an. Bei beiden Vertragswerken im Zentrum sehen Sie hier das Wort Infodemics. Infodemics ist ein ganz entscheidendes Herrschaftsmittel - ich muß zum Schluß kommen - ein ganz entscheidendes Herrschaftsmittel der WHO. Aber schauen Sie, eine internationale Organisation, die nicht nur in diesen Verträgen, sondern auch überall sonst auf ihrer Homepage - Sie können WHO und dann Infodemics googeln - überall, ist quasi all over it, die Handschrift hat, wir dürfen die Wahrheit alleine bestimmen.
Wir dürfen sagen, welche Substanzen wirksam sind und wir dürfen sagen, wie lange der Notstand gilt. Das ist reinste Willkür. Das ist Louis XIV. Das ist vor-französische Revolution, absolutistische Herrschaft. Das ist mit unserer Verfassung in überhaupt gar keiner Weise zu vereinbaren. Und das finden Sie in beiden Vertragswerken und Sie finden es auch sonst auf der Homepage.
Und das alleine, dieses Dogma, die Wahrheit selber definieren zu dürfen und Zensur praktizieren zu dürfen oder auslösen zu dürfen, das alleine ist schon bereits ein massiver Verstoß gegen das fundamentale Prinzip, das wir in jeder Demokratie brauchen, nämlich gegen die freie Meinung und die freie Information. Und wenn Sie freie Meinung und freie Information wegnehmen, dann haben Sie keine freie Wissenschaft und Sie haben keine faire Justiz und Sie haben auch keine Demokratie. Und das darf niemals zugelassen werden.
Gut, also ich wollte Ihnen in der Hauptsache die richtige Perspektive mitgeben. Denn wissen Sie, mit all diesen Vertragsvorschriften, da braucht man zwei Stunden und am Ende ist der Nicht-Jurist am ehesten verwirrt. Aber jetzt haben Sie die wesentlichen Meßkriterien, die Ihnen auch in Diskussionen helfen können und die Ihnen ermöglichen, zu sagen: Stopp, zuallererst muß eine Aufarbeitung erfolgen!
Und zweitens müssen die Spielregeln der WHO selber eingehalten werden. Und drittens ist die WHO gemäß ihrer eigenen Zielsetzung überhaupt nicht befugt, Schaden zu stiften. Und viertens schauen Sie die übrigen Präsentationen von Philipp Kruse. Da gibt es die weiteren Details. Tut mir leid, daß ich nicht ganz durchgekommen bin und ich danke sehr.<<
03.05.2024

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 3. Mai 2024 (x1.376/…): >>**Migranten-Kopfgeld: EU haut eine Milliarde Euro an den korrupten Libanon raus!**
Nach den Freikauf-Abkommen mit der Türkei und Ägypten soll nun ein weiterer Milliarden-Deal der EU-Kommission mit dem Libanon Menschen von der "Flucht" nach Europa abhalten. Insgesamt sollen eine Milliarde Euro europäischer Steuergelder in den hochkorrupten Nahost-Staat zur Beschränkung von irregulärer Migration fließen.
"Gleichzeitig zählen wir auf Ihre gute Kooperation, illegale Migration zu verhindern und das Schleusen von Migranten zu unterbinden", sagte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen nach einem Gespräch mit dem libanesischen Ministerpräsidenten Nadschib Mikati und dem Präsidenten Zyperns, Nikos Christodoulidis, in Beirut.
Die Finanzhilfe soll bis 2027 ausgezahlt werden und in Bildung, Gesundheit, Wirtschaft, Sicherheit sowie Grenzschutz fließen - sofern die Gelder nicht in die Taschen korrupter Beamter und Politiker wandern.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 3. Mai 2024 (x1.377/…): >>**Minderheit im eigenen Land: Das befürchten Deutsche**
Von *Sven Eggers*
Den Bundesdeutschen platzt der Kragen. Gemäß neuer Umfrage wird vor allen Dingen die Migrationspolitik kritisiert. Abschiebungen wären das Gebot der Stunde, aber die Politik handelt nicht. …
"Deutschland sollte grundsätzlich keine Flüchtlinge aus islamischen Ländern mehr aufnehmen". Das unterschreibt mittlerweile eine Mehrheit der Bundesdeutschen, nämlich 52 Prozent, wie aus einer Insa-Meinungsumfrage im Auftrag des Nachrichtenportals Nius hervorgeht.
Noch mehr Bürger, satte 57 Prozent, haben mittlerweile das "Gefühl, nicht mehr in Deutschland zu sein", 54 Prozent befürchten, "daß Deutsche zur Minderheit in Deutschland werden". 65 Prozent bejahen die Frage, ob es in der Bundesrepublik "auch Rassismus gegen Weiße" gäbe.
Beinahe unglaublich ist, daß Politik und Medien per Dauerfeuer den Begriff "Bevölkerungsaustausch" ächten und als rechtsextrem brandmarken, die Leute aber vielfach genau so empfinden. 45 (!) Prozent geben an, daß sie folgende Aussage teilen: "Ich glaube, daß Europäer nach und nach durch Einwanderer aus Afrika und dem Nahen Osten ersetzt werden."
Dies zeigt aber auch, daß sich immer weniger Leute von Medien einimpfen lassen, was sie zu denken haben. Noch ein Beispiel: Tagesschau und Staatsmedien posaunen nahezu täglich hinaus, wie prima sich Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland integrieren würden. 58 Prozent der GEZ-Gebührenzahler aber sehen das das anders. Sie verneinen ausdrücklich die Behauptung, daß sich Migranten "größtenteils gut in Deutschland integriert" hätten.
Die Probleme an deutsche Schulen ufern ebenfalls aus, weil Politik und auch Medien die Menschen mit ihren Sorgen einfach allein und im Stich lassen. "Die derzeitige Migration überlastet das deutsche Schulsystem". Diese Aussage unterschreiben denn auch 75 (!) Prozent der Bundesdeutschen.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 3. Mai 2024 (x1.376/…): >>**Linksgrüne Amtskirche: 380.000 Protestanten treten aus - Storch (AfD) zeigt Diakonie-Chef wegen Nötigung an**
Die linksgrün-woke evangelische Kirche verliert weiter stark an Mitgliedern. Wie die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) mitteilte, sind im vergangenen Jahr rund 380.000 Personen ausgetreten. Das entspricht der Einwohnerzahl einer mittleren Großstadt.
Die Zahl der Kirchenaustritte lag damit weiter auf dem Rekordniveau von 2022. Zudem überstieg die Zahl der verstorbenen Kirchenmitglieder (340.000) weiter deutlich die Zahl von Taufen (140.000) und Kircheneintritten (20.000). Insgesamt nahm die Mitgliederzahl in den 20

EKD-Gliedkirchen einschließlich der lutherischen Landeskirchen um 3,1 Prozent auf 18,56 Millionen ab.

Wählernötigung: Beatrix von Storch (AfD) zeigt Diakonie-Chef an

Die stellvertretende Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion Beatrix von Storch hat Strafanzeige gegen den Diakonie-Präsidenten Rüdiger Schuch gestellt. Der Pfarrer hatte überzeugten AfD-Wählern mit dem Rauswurf aus dem evangelischen Sozialdienst gedroht: "Wer sich für die AfD einsetzt, muß gehen."

Gegen diese Aussagen will Storch nun juristisch vorgehen, wie sie auf dem Kurznachrichtendienst X mitteilte. In einem Video, das sie auf X veröffentlichte, sagte sie, es sei "so eindeutig", daß Schuch sich strafbar gemacht habe, daß die Staatsanwaltschaft nicht anders können werde, "als den Mann anzuklagen".

Von Storch beruft sich dabei auf Paragraph 108 des Strafgesetzbuchs. Derjenige betreibe Wählernötigung, heißt es dort, wer "rechtswidrig mit Gewalt, durch Drohung mit einem empfindlichen Übel, durch Mißbrauch eines beruflichen oder wirtschaftlichen Abhängigkeitsverhältnisses oder durch sonstigen wirtschaftlichen Druck einen anderen nötigt oder hindert, zu wählen oder sein Wahlrecht in einem bestimmten Sinne auszuüben".

Schuch droht im Falle einer Verurteilung Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren bzw. Geldstrafe. Selbst der Versuch der Wählernötigung kann strafbar sein.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 3. Mai 2024 (x1.377/…):

>>**Kriegskinder: Ihre schweren Schicksale**

Von *Daniell Pföhringer*

Authentische Zeitzeugenberichte vermitteln die Schrecken des Krieges eindringlicher als wissenschaftliche Abhandlungen. In unserer neuen Geschichtsausgabe "Verlorene Heimat - Die Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten" verschaffen wir auch jenen, die als Kinder oder Jugendliche Grauenhaftes miterleben mußten, Gehör.

Wie viele Kinder sich unter den 14 Millionen Heimatvertriebenen befanden, ist nicht bekannt. Es müssen aber viele gewesen sein, denn sie und ihre Mütter sowie Ältere machten den Hauptteil der Flüchtlinge aus, während sich die Väter in Krieg oder Gefangenschaft befanden. In unserer neuen Geschichtsausgabe "Verlorene Heimat - Die Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten" haben wir ihre Erinnerungen bewahrt.

Mit neun Jahren aus Pommern vertrieben

Erna Rinklin war neun Jahre alt, als die Rote Armee in Pommern einmarschierte. Aus ihrem Heimatort Bussin (heute Buszyno) wurde sie mit ihrer Mutter und ihren beiden Schwestern vertrieben und erlebte dabei Schreckliches. Ein Auszug aus ihrem in COMPACT-Geschichte "Verlorene Heimat " abgedruckten Erlebnisbericht:

"Einige Bewohner unseres Ortes, Mama und wir faßten Mut und gingen vor die Stalltür. ... Als wir zur Straße kamen, rannten wahllos Menschen hin und her. Sie liefen in Panik zwischen umgekippten Wagen und Tieren. Auf den Straßen liefen Schweine und Kühe wild durcheinander. 'Wir müssen versuchen, hier durchzukommen', sprach Mama.

Menschen über Menschen. Sie schrien im Kugelhagel. Wir liefen und liefen und liefen - direkt der Front entgegen. Wir sahen auf den Feldern die Panzer näher rücken. Hier gab es kein Durchkommen. Soldaten, Offiziere, Angehörige der SS versteckten sich unter der Zivilbevölkerung. Mama umklammerte uns alle drei und sagte, daß wir zusammenbleiben müßten. 'Wenn, dann wollen wir gemeinsam sterben.'

Wir klammerten uns aneinander und liefen zusammen weiter, umgeben von Kugeln, die an uns vorbeisausten. Einige fielen hin. Andere, die getroffen wurden, brachen schreiend zusammen. Die Panzer rückten näher. Frauen mit kleinen Kindern, alte Menschen, die nicht mehr so schnell laufen konnten, wurden von den Panzern zermalmt."

Und weiter: "Dann kam die berittene Kavallerie. Sie ritten in die Menschenmenge. Die Pferde

bäumten sich auf. Wir wußten nicht, was wir machen sollten. Sie wollten uns von der Straße verdrängen, damit sie durchkamen. Uns graute, wir hatten Angst. Andere warfen uns einen Apfel zu. Wir stolperten, stürzten, einer über den anderen, wie ein Knäuel. Wir mußten das Feld erreichen. 'Schnell! Schnell hoch!', schrie Mutter. 'Von der Straße weg!'"

Eine verlorene Jugend in Schlesien

Den Horror der Vertreibung erlebte auch der damals 16-jährige Georg Pfeiffer bei seiner Flucht aus Tempelfeld im Kreis Ohlau in Schlesien. Die Familie ging zunächst nach Marienau, doch dort waren sie nicht sicher. Georg Pfeiffer berichtet:

"Es war am ersten Sonntag im Februar 1945, als wir alle gemeinsam zum Gottesdienst gingen. Der Pfarrer mußte die Messe abbrechen. 'So schnell wie möglich weg!' Nun, auf unseren Wagen war ja bereits alles aufgeladen. Als die Pferde angespannt wurden, ging im Garten eine Panzerabwehrkanone in Stellung und feuerte. Aber wir entkamen, fuhren immer gen Süden."

Nach der Rückkehr in sein zerstörtes Heimatdorf lernte der Junge dann die Härte der neuen Bewohner kennen:

"Wir alle lebten ohne Zeitung, ohne Post, ohne Radio. Ein deutsch sprechender Pole gab und zu verstehen, daß 'dies jetzt Polen' sei. Es kamen auch immer mehr Polen und nahmen sich rücksichtslos alles, was sie brauchten. Wir wurden ausgeplündert und hatten erst Ruhe als uns alles genommen war. Wir mußten hart arbeiten und hatten Glück, daß wir wenigstens etwas zu essen bekamen. Unseren Opa konnten wir nicht mitversorgen. Er verhungerte, weil er nur Wasser bekam."

Georg Pfeiffer mußte miterleben, wie andere Deutsche verschleppt und später außerhalb der Ortschaft erschlagen aufgefunden wurden. Mädchen wurden in der Sakristei der Kirche vergewaltigt. Ein Pfarrer, der sich schützend vor sie stellte, wurde von Rotarmisten erschossen. Im November bekam seine Familie schließlich den Befehl zur "Umsiedlung" nach Sachsen.

Ein Zug mit fast verhungerten Kindern

Die vertriebenen Kinder, Frauen und Alten wurden oftmals in Viehwaggons in Richtung Westen abtransportiert. Auch auf diesen Fahrten ließen viele ihr Leben, wie dieser in COMPACT-Geschichte "Verlorene Heimat - Die Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten" dokumentierte Bericht der Hilfskommission des Internationalen Roten Kreuzes belegt:

"Am 27. Juli 1945 kam im Westhafen von Berlin ein Schiff mit der traurigen Fracht von rund 300 fast zu Tode verhungerten Kindern an, die aus einem Heim im pommerschen Finkenwalde stammten. Kinder von zwei bis 14 Jahren lagen bewegungslos auf dem Schiffsboden, die Gesichter von Hunger gezeichnet, an Krätze leidend, von Ungeziefer zerfressen. Leib, Knie und Füße waren geschwollen - bekanntes Symptom des Hungers."

Das war beileibe kein Einzelfall. So notierte der Lübecker Korrespondent des Manchester Guardian am 10. März 1946: "Trotz der Potsdamer Vereinbarung, wonach die Umsiedlung der deutschen Bevölkerung aus dem Osten geregelt und human vor sich gehen sollte, vertreiben die polnischen Behörden Deutsche aus den neuerdings polnischen Gebieten. Sie kündigen die Ausweisung zehn Minuten vorher an und schicken die Menschen ohne Nahrungsmittel in überfüllten Zügen in die britische Besatzungszone."

Und weiter: "Ein 73-jähriger Mann und ein Kind von 18 Monaten wurden tot im ersten Transport aufgefunden, der in Lübeck unter der Bezeichnung 'Operation Swallow' am 3. März ankam. Im zweiten Transport lagen drei Tote. Im Allgemeinen packt man 1.500 Menschen in einen Zug mit 26 Waggons, die ungeheizt und zum größten Teil beschädigt sind. Der vierte Transport brachte aber 2.070 Menschen, sodaß die Leute kaum stehen, geschweige denn sitzen konnten."

Diese und weitere erschütternde Augenzeugenberichte finden Sie in unserer neuen Geschichtsausgabe "Verlorene Heimat - Die Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten". Erfahren Sie, welche schweren Kinderschicksale mit Flucht und Vertreibung von 14 Millionen

Deutschen aus Pommern, Schlesien, Ostpreußen und dem Sudetenland verbunden waren - den Älteren zur Erinnerung, den Jüngeren zur Mahnung.<<

Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 3. Mai 2024 (x1.371/…):

>>**Regierung führt bewußt Ansteigen der Gewaltverbrechen herbei - Die Hintergründe**

Von *Herbert Ludwig*

Der AfD-Bundestagsabgeordnete Martin Hess, Polizeihauptkommissar, griff am 10.4.2024 die vergangene CDU/CSU geführte und die jetzige SPD/Grüne/FDP-Regierung scharf an und warf ihnen vor, den ungeheuren Anstieg der Gewaltdelikte durch die grenzenlose Immigration bewußt herbeigeführt zu haben.

Die Bundesinnenministerin sei eine "Überzeugungstäterin", die ihre Politik für absolut richtig halte, egal, was es die deutschen Bürger an Leben und Gesundheit koste. - Damit hat der Hauptkommissar die strafrechtliche Dimension ihres Handelns aber nur angedeutet. Sie muß noch thematisiert werden, ebenso das nachgewiesene globalistische Ziel, kulturell homogene Völker, wie das der Deutschen, aufzulösen.

I. Rede von Martin Hess (Transkript)

"Frau Schierenbeck, ihre Aussagen, die belegen nur eines: Die SPD ist der Totengräber der inneren Sicherheit in Deutschland. Unser Land darf man ihnen nicht länger überlassen. Die aktuellen Zahlen der polizeilichen Kriminalstatistik für 2023 belegen ein kolossales Versagen der Bundesinnenministerin bei der wichtigsten Aufgabe des Staates: nämlich die Gewährleistung des Schutzes und der Sicherheit der eigenen Bürger.

Der Dilettantismus, die Inkompetenz und vor allem die linksgrünrote Borniertheit der Ministerin haben dafür gesorgt, daß Deutschland so unsicher ist wie seit 15 Jahren nicht mehr. Dieser Zustand ist nicht länger hinnehmbar und muß endlich beendet werden. Die aktuelle Sicherheitslage ist geradezu schockierend.

Die Zahl der Gewaltdelikte weist mit über 214.000 pro Jahr einen historischen Höchststand auf.

Dabei liegt der Anteil ausländischer Tatverdächtiger hier bei 41,5 % und ist damit fast dreimal so hoch wie der Anteil an der Gesamtbevölkerung. Und der Anteil sogenannter Zuwanderer beträgt mit 13,5 % mehr als das Fünffache ihres Anteils an der Wohnbevölkerung.

Während in diesem Deliktsbereich "Gewaltdelikte" die Zunahme bei den deutschen Tatverdächtigen nur 2,2 % betrug, liegt diese bei nicht-deutschen Tatverdächtigen bei 14,4 % und bei den sogenannten Zuwanderern sogar bei 20,3 % und ist damit zehnmal höher als bei deutschen Tatverdächtigen. Bei Mord und Totschlag ist die Zahl der deutschen Tatverdächtigen sogar um 1,4 % zurückgegangen, während diese bei ausländischen Tatverdächtigen um 10,2 % und bei Zuwanderern um 14,8 % gestiegen ist.

Diese Zahlen lassen nur einen Schluß zu: Schuld an der Erosion der inneren Sicherheit, an immer mehr barbarischen Messerangriffen, an immer grausameren Sexualstraftaten und an immer brutaleren Körperverletzungs- und Raubdelikten in unserem Land ist der grenzen- und verantwortungslose Vielfalts- und Multikulti-Wahn dieser Ampelregierung. Und deshalb führt an einer sofortigen Korrektur dieser verheerenden Migrationspolitik kein Weg vorbei. Und das Aussprechen dieser Tatsache ist weder fremdenfeindlich noch rassistisch; es ist einfach nur die Wahrheit. Also hören Sie endlich auf, die AFD und die Bürger unseres Landes für das Aussprechen dieser Wahrheit als rechtsextrem zu diffamieren!

Wir wollen nur endlich wieder unser sicheres Deutschland zurück. Und dazu ist diese Ampelkoalition weder willens, noch in der Lage. Denn Sie, Frau Ministerin Faeser, und das beweisen die PKS Zahlen eindeutig, haben die Kontrolle über die innere Sicherheit schon längst verloren. Und deshalb sind Appelle an Sie, endlich eine bessere Sicherheitspolitik umzusetzen, wie das immer die CDU CSU tut, völlig sinnlos.

Denn Sie sind eine Überzeugungstäterin. Sie denken nicht im Traum daran, die verheerende

Migrationspolitik zu korrigieren, weil Sie sie in ihrem tiefsten Innern für absolut richtig halten, ganz egal, was es die deutschen Bürger an Leben und Gesundheit kostet. Und an Überzeugungstäter appelliert man nicht, sondern sorgt dafür, daß Sie so schnell wie möglich ihren Ministersessel räumen müssen.
Immer mehr Bürger lassen sich von Ihnen nicht länger täuschen. Wenn Sie jetzt plötzlich sagen, Zitat: "Wer sich nicht an die Regeln hält, muß gehen", dann glaubt man, nicht richtig gehört zu haben .Der Bürger erkennt doch sofort dreierlei:
1. Sie übernehmen schamlos eine AfD Forderung, die wir seit 2015 stellen, und haben bisher jeden, der das so klar formuliert hat, in die rechtsextreme Ecke gestellt. Ihr Verhalten ist daher pure Heuchelei,
2. ist die Aussage zwar inhaltlich richtig, ist aber nur deshalb erforderlich, weil die CDU/CSU in ihrer Regierungszeit und Sie eben jetzt durch eine völlig inakzeptable Migrationspolitik diese Gewaltverbrecher erst in unser Land gelassen haben. Besser ist deshalb der von der AfD seit langem geforderte Grundsatz: Wer sich nicht an die Regeln hält und illegal nach Deutschland einreisen will, kommt erst gar nicht nach Deutschland rein. Und
3. hat der Kanzler im letzten Jahr bereits Großmedien-wirksam verkündet, man müsse endlich in großem Stile abschieben. Passiert ist bis heute rein gar nichts. Und deshalb ist ihre Aussage auch nichts wert. Jeder Tag, den sie länger im Amt des Bundesinnenministers verbleiben, ist ein schlechter Tag für Deutschland.
Und abschließend noch ein Wort an die Kollegen der CDU/CSU: Sie spielen sich ja auch heute wieder als Vertreter einer restriktiven Migrationspolitik auf. Und ich darf Ihnen mal in Erinnerung rufen: In ihre Regierungszeit fällt es: der Anstieg der Gewaltdelikte im Jahr 2016 auf bereits 193.000. Ergo, es war die CDU CSU, die in einem unvorstellbaren Ausmaß Gewaltkriminalität nach Deutschland importiert hat. Davon hat sich unser Land bis heute nicht erholt. Ersparen Sie uns zukünftig ihre Doppelmoral und hören Sie endlich auf, unsere Bürger für dumm zu verkaufen." Video: https://www.youtube.com/watch?v=rUB7UYY7T88

II. Die strafrechtliche Dimension

Es ist völlig klar, daß permanent unkontrolliert offene Grenzen auch Kriminellen und Terroristen erlauben, unbemerkt ins Land zu gelangen und hier Straftaten zu verüben. Das bedeutet, so der frühere Präsident des Bundesnachrichtendienstes (BND), August Hanning: "Zwischen innerer Sicherheit und einer effizienten Kontrolle von Außengrenzen besteht ein unauflöslicher Zusammenhang."
Eine Innenministerin, deren zentrale Aufgabe die Sorge um die innere Sicherheit ist, die aber mit Absicht keine Grenzkontrollen durchführen läßt, führt bewußt eine wachsende innere Unsicherheit herbei, eine permanent zunehmende Gefahr für die Bevölkerung, Opfer von Gewaltdelikten zu werden. Und die Ereignisse zeigen, daß es nicht nur bei der Gefahr bleibt, sondern zu ständig steigenden Gewalt- und Tötungsdelikten durch Zugewanderte kommt.
Im deutschen Strafrecht gibt es den Tatbestand der Beihilfe nach § 27 StGB. Danach wird als Gehilfe eines Straftäters "bestraft, wer vorsätzlich einem anderen zu dessen vorsätzlich begangener rechtswidriger Tat Hilfe geleistet hat."
Unter Hilfeleistung ist jede Handlung zu verstehen, welche die Herbeiführung des Taterfolges durch den Haupttäter objektiv ermöglicht, fördert oder erleichtert. Dabei kommt es nicht darauf an, ob dieses Verhalten für den Haupttäter erkennbar ist oder nicht, sodaß auch die heimliche Beihilfe die Voraussetzungen erfüllt.
Wenn z.B. der vorsätzliche Einbruch eines Täters in einen Supermarkt dadurch ermöglicht oder erleichtert wird, daß ein Angestellter abends die Außentür zum Lager pflichtwidrig nicht abgeschlossen hat, weil er dem Chef nach einem Streit eins auswischen will und mindestens einen Einbruch billigend in Kauf nimmt, macht er sich der vorsätzlichen Beihilfe schuldig.
Die Bundesregierung hält fortgesetzt pflichtwidrig die Grenzen unkontrolliert offen, so daß

seit Jahren Millionen Menschen in das Land kommen, von denen sie weiß, daß sich darunter auch Terroristen und sonstige kriminelle Straftäter befinden. Die Regierung ermöglicht und fördert so deren Straftaten in Deutschland. Dabei spielt keine Rolle, daß ihre Hilfeleistung für den Erfolg der Straftaten selbst nicht ursächlich ist. Aber ohne die unkontrollierte Grenzöffnung könnten diese Straftäter im Land nicht ihre Straftaten begehen.
Damit leisten die Bundesinnenministerin und die gesamte Regierung vielfache Beihilfe zu Straftaten von kriminellen Zuwanderern. Dies geschieht vorsätzlich, weil sie das Geschehen dieser Straftaten für erwartbar halten müssen und diese damit billigend in Kauf nehmen, was Vorsatz bedeutet. Ja, dadurch, daß die Regierungsmitglieder seit Jahren erleben, daß die Straftaten durch Zugewanderte in steigendem Maße eintreten, und trotzdem die offenen, unkontrollierten Grenzen weiter aufrecht erhalten, nehmen sie die Straftaten noch nicht einmal nur billigend in Kauf, sondern leisten in vollem Bewußtsein der Folgen Beihilfe mit direktem Vorsatz.
Wenn wir in einem Rechtsstaat leben würden, müßten die Staatsanwaltschaften natürlich längst Anklage gegen die verantwortlichen Politiker erhoben haben. Doch da die Gewaltenteilung im Parteienstaat de facto nicht funktioniert und die Staatsanwaltschaften den Weisungen der Regierung unterstehen, kommt es nicht dazu. Daß damit in breitem Maße für die Staatsanwälte der Straftatbestand der "Strafvereitelung im Amt" (258a StGB) in Betracht kommt, erweitert noch die Dimension des herrschenden Unrechts in diesem Staate.

III. Staatsstreich gegen das Volk

Mit den offenen, unkontrollierten Grenzen handeln die Bundesregierungen seit Jahren gegen das Grundgesetz und die geltenden Asylgesetze. Sie haben sich von der fundamentaldemokratischen Verfassungsnorm, die alles Handeln der Exekutive an das Gesetz bindet, selbstherrlich gelöst. Dabei wurde und wird sie von allen Altparteien im Parlament offen oder duldend unterstützt. Es ist im Grunde ein staatsstreichähnliches Geschehen, das von den systemischen Hof-Medien skandierend begleitet wird. Der sonst zum eigenen Nutzen so viel beschworene Rechtsstaat ist von einer Politelite in totalitärer Manier außer Kraft gesetzt.
Die Migrationsströme in das Land haben bereits eine Dimension erreicht, die den Bestand und die kulturelle Identität des deutschen Volkes gefährdet. Darin zeigt sich, worin das eigentliche Ziel dieser Migrationspolitik besteht, wofür innere Sicherheit und das leibliche Wohl der Menschen keine Rolle spielen. Der Freiburger Verfassungsrechtler Prof. Dietrich Murswiek konstatierte bereits 2016:
"Was gegenwärtig unter Billigung der Bundesregierung stattfindet, ist eine Umstrukturierung der Bevölkerung Deutschlands. Aus der nach Sprache, Kultur und Geschichte deutschen Mehrheitsbevölkerung wird eine multikulturelle Gesellschaft ohne einheitliche Sprache und Tradition. Die Politik der offenen Grenzen läuft auf das hinaus, was der Titel eines berühmten Buches zum Ausdruck bringt: 'Deutschland schafft sich ab'. Bundeskanzlerin Merkel ist vom TIME-Magazin zur Person des Jahres 2015 erkoren worden, weil sie mit ihrer Politik den Prozeß vorantreibe, 'eine alte und quälende nationale Identität abzulegen'. …
Die Bundesregierung ist an das Grundgesetz gebunden. Sie ist nicht berechtigt, die Identität des Volkes, das sie repräsentiert und dessen Wohl zu wahren sie geschworen hat, einwanderungspolitisch aufzulösen."
Das heißt, die Bundesregierung bricht vorsätzlich die Verfassung, indem sie das Subjekt der verfassungsgebenden Gewalt, das Volk selbst, in einen Auflösungsprozeß führt. Das ist im Grunde ein beispielloser hochverräterischer Vorgang.
Damit führen diese "Eliten" gegen das eigene Volk aus, was vielfach ausgesprochenes Ziel globaler Zirkel in UNO, EU und USA ist. So forderte der langjährige Erste Vizepräsident der EU-Kommission Frans Timmermans, "monokulturelle Staaten auszuradieren" und den Prozeß der Umsetzung der "multikulturellen Diversität (Vielfalt)" bei jeder Nation weltweit zu be-

schleunigen. Die Zukunft der Menschheit beruhe nicht länger auf einzelnen Nationen und Kulturen, sondern auf einer vermischten Superkultur. Die Masseneinwanderung von moslemischen Männern nach Europa sei ein Mittel zu diesem Zweck.
Ein in Deutschland gut integrierter Journalist aus dem Libanon, dem die deutsche Kultur seine eigentliche Heimat geworden ist, fragt geradezu verzweifelt:
Wann wehren sich die Deutschen endlich gegen ihre Abschaffung?<<
Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/28952" berichtet am 3. Mai 2024 (x1.366/…): >>**Vertrauensverlust in Regierungen und WHO - Deutschlandweite Demos**
Mit der Corona-Krise haben die Menschen weltweit das Vertrauen in WHO, Regierungen und Experten verloren. Die WHO behauptet, daß das die gesamteuropäische Solidarität gefährden könnte. Die Aktionen der Menschen zeichnen ein anderes Bild. Weltweit formiert sich Widerstand.
In der Vergangenheit haben die meisten Menschen der Regierung ihres Landes und den übergeordneten Organisationen wie der EU, WHO oder der EZB vertraut. Dort sitzen die Experten, die die Dinge überblicken. Seit der Corona-Krise ändert sich das massiv.
Im letzten Jahr veröffentlichte sogar die WHO einen Bericht, aus dem hervorgeht, daß "in der gesamten Europäischen Region der WHO ein deutlicher Vertrauensschwund" zwischen Menschen und den Regierungen und Institutionen festzustellen ist, der angeblich die "gesamteuropäische Solidarität" gefährde. Mit der Veröffentlichung der RKI-Protokolle, die gerichtlich freigeklagt werden mußten, wird nun immer deutlicher, daß die Corona-Pandemie politisch erzeugt wurde und mit fundierter Wissenschaft nichts zu tun hatte. Den Vertrauensverlust hat namentlich die WHO mit zu verantworten.
Weltweit merken die Menschen, daß sie auch auf anderen Gebieten getäuscht werden. In friedlichen Protesten bringen sie zunehmend ihren Unmut gegen Regierung und übergeordnete Organisationen auf die Straße. Mit großer Sorge betrachten viele dabei die geplanten Änderungen des Pandemievertrages der Weltgesundheitsorganisation. Im Fahrwasser dieser Änderungen des Pandemievertrages will die WHO im Mai auch die internationalen Gesundheitsvorschriften verschärfen. Werden die Menschen erneut getäuscht wie zu Zeiten der Corona-Plandemie?
Immer mehr realisieren, daß diese Verträge der WHO dazu dienen, die Machtbefugnisse der WHO weltweit massiv zu erweitern. Die einzelnen Regierungen könnten dann unter einen enormen Druck kommen, die sogenannten "Empfehlungen" der WHO zu befolgen und dabei ihre eigenen Verfassungen zu verletzen.
Aufgrund dessen gab es am 13. April 2024 sogar in Japan Proteste gegen die geplante "Machtergreifung" der WHO und ihrer Hintermänner. "Der Tag wird in die Annalen der modernen japanischen Geschichte eingehen, als Zehntausende von Bürgern im ganzen Land zu einer Reihe von Pandemie-Kundgebungen zusammenkamen", schreibt Dr. Peter F. Mayer auf dem Blog tkp.
Und auch in Deutschland formiert sich eine Front gegen die Installierung eines weltweiten totalitären Systems, das nicht nur auf dem Gebiet der Gesundheit die Kontrolle anstrebt.
Demo Berlin: UMSTRITTENE WHO-PLÄNE STOPPEN
Bei dieser Kundgebung mit Umzug am 20. April 2024 in Berlin forderten die Initiatoren des Berliner Bündnisses "Wir sind Viele" und die "World Health Alliance", daß die Bundestagsabgeordneten ihre politische Verantwortung wahrnehmen und die Öffentlichkeit über den wahren Inhalt der WHO-Pläne informiert wird.
Frankfurt a. Main: Vertrauensverlust in Regierungen und Organisationen trieb ca. 1.000 Menschen am 27.04.2024 in Frankfurt a. Main zur Demo auf die Straße. Sie folgten dem Aufruf einer Initiative zahlreicher Organisationen aus dem Großraum Rhein-Main-Neckar.
Die Themen waren:

- Keine EU-Machtzentralisierung, sondern Souveränität den Völkern Europas!
- Offener Diskurs zu allen Themen und keine Denkverbote und Zensur durch Staat oder Medien!
- Keine Einführung von digitalem Zentralbank-Geld, sondern Erhalt des Bargeldes!

Hildesheim: Auch hinter der Demo in Hildesheim am 27.04.2024 standen viele Initiativen aus der Region. Sie protestierten gegen Aufrüstung und Krieg, gegen Machtmißbrauch, Pandemievertrag und Energiechaos und forderten die Ampel-Regierung auf zu gehen.

Magdeburg: Die Kundgebung am 27.04 2024 war ein Zusammenschluß von über 200 Initiativen aus ganz Deutschland und sogar aus Frankreich.

Unter dem Slogan "Frieden, Freiheit, Souveränität" forderten viele Menschen:
- Nie wieder Krieg
- Raus aus der Nato
- RKI Files Offenlegung - und alle Verantwortlichen vor Gericht
- sowie den Austritt aus der WHO.

Kla.TV war in Magdeburg vor Ort und hat einige Teilnehmer zu Wort kommen lassen:

Es gab vor kurzem einen Bericht der WHO, indem ein Vertrauensbruch oder eine Kluft zwischen der Bevölkerung und den Institutionen wie der WHO und den Regierungen der EU-Länder beklagt wurde.

Was sind die ersten Gedanken, die da durch ihren Kopf gehen, wenn man das so hört von der WHO?

Vertrauensbruch! Ich glaube für den Vertrauensbruch, das hat sie selber dafür Sorge getragen. Wir haben das ganz deutlich gesehen bei den Corona-Maßnahmen. Es hat sich bestätigt: Die Maßnahmen waren falsch und wir müssen jetzt dafür zahlen.

Ich glaub, die WHO liegt völlig auf der falschen Seite. Die WHO hat Vertrauensbruch begangen. Die hat uns gezwungen Masken zu tragen. Die hat uns gezwungen Tests durchzuführen, auch die kleinen Kinder. Die hat gezwungen alte Menschen im Grunde zu töten.

Das ist ja vollkommen verständlich. Bei dem, was wir in den letzten vier Jahren erleben konnten, müßte das jeder, der das miterlebt hat, nachvollziehen können.

Lapierre Noel - französischer Gast

… Also, das ist tatsächlich so wie du sagst. Das Vertrauen ist komplett erschöpft und das ist es nicht nur in Deutschland, wie wir das eben sehen. So wird es auch in Frankreich empfunden. Und deshalb sind die Franzosen sehr, sehr froh, daß sie diese Solidarität mit den Deutschen, mit der deutschen Bevölkerung erfahren, die wiederum einen großen, starken Impuls ins französische Volk gibt, genauso wie wir in der Zusammenarbeit über die Grenze hinweg immer wieder erfahren. Daß die Situation in Frankreich exakt dieselbe ist wie bei uns und uns auch das wieder mit frischer Kraft, die wir nach diesen drei bis vier Jahren des Protests auf den Straßen auch dringend brauchen, wieder versorgt.

Vertrauensbruch ist schon sehr, sehr lange da, nicht bloß zu WHO auch zur Regierung und allgemein, was in der Welt hier passiert, zum Rechtssystem usw. Der Vertrauensbruch ist lange da und er wird immer weiter geschürt. Mit jeder Botschaft, die jeden Tag kommt, wird er weiter geschürt. Und wir müssen uns selber schützen. Wir können nur selber wieder rumreißen das Ruder.

Also, meine ersten Gedanken sind die: Ich bin ja in einem sozialistischen Land auch groß geworden und geboren und gehörte zur Randgruppe. Das erste ist, du bist dann kritisch, Kritisch zu Menschen, die du überhaupt nicht gewählt hast. Die sind nicht klar, die sind nicht durchsichtig. Und dann ist mein Erstes erst mal wehren, erst mal prüfen, um was es geht, das ist mein erster Gedanke. Und ich persönlich bin auch jemand, der sich auf was Gesund-weit angeht, auf den eigenen Körper verläßt, auf den Instinkt, auf die Natur. Und da sind wir ja eins damit. Und da sollten wir auch wieder dabeibleiben.

Also die WHO muß man vor allem verbieten, ist meine Meinung. Die müssen raus. Ich find das ganz furchtbar.

Karl Hummitsch / Ärzte für Aufklärung

Also das sehe ich schon mal so, daß die WHO mit ihren Forderungen restlos überzogen hat. Die Menschen sind nicht so dumm, daß sie auf diesen Leim gehen. Wir haben auch jede Menge Rechtsanwälte und Wissenschaftler in Deutschland, in anderen Ländern, die sich damit beschäftigt haben und das erfolgreich. Die Bekanntgabe der Hinterhältigkeit in den Verträgen ist offengelegt worden. Das bedeutet, nicht nur die Bevölkerung ist dagegen, sondern auch die Menschen haben es verstanden. Ich denke, das ist ein ausschlaggebender Punkt, daß die Aufklärung sehr viel gebracht hat.

Gleichzeitig ist es so, daß die Menschen sich natürlich auch organisieren. Und eines der Dinge, die wir heute hier erfahren haben in Magdeburg, das ist, daß die Menschen sich verbinden. Wir brauchen die Politiker dafür nicht. Wir sind auf uns gestellt, weil die Politiker vertreten unsere Interessen nicht mehr, nicht in Deutschland, nicht in Frankreich. Also vertreten wir unsere Interessen selbst und schließen uns, die Menschen aus Deutschland und aus Frankreich, freundschaftlich zusammen.

Was müßte Ihrer Meinung nach passieren, daß sich diese Institution WHO bei der Bevölkerung wieder legitimiert?

Es müßten sich alle erst mal ehrlich machen. Es müßte der Journalismus viel mehr Korruption aufdecken. Das wäre das Erste. Das heißt, die Leute, die wirklich korrupt sind und die Scheiße gebaut haben, die müßten vor der gesamten Weltöffentlichkeit, vor allem vor der europäischen Öffentlichkeit bloßgestellt werden und man müßte sie rausschmeißen eigentlich.

Auflösen, ja Auflösen und eine ähnlich geartete Organisation, die unabhängig ist von irgendwelchen Philanthropen oder irgendwelchen Pharmakonzernen oder sonstigen Geheimdiensten neu gründen. Und dann kann man darüber reden, wie man wirkliche Medizin in der Welt betreibt.

Also, ich sag mal das System an sich, WHO - eine Weltgesundheitsorganisation in speziellen Fragen ist vielleicht nicht das Verkehrteste. Aber das System ist so korrupt, so durchdrungen von Geld und Macht. Das hat nichts mehr mit Gesundheit zu tun, gar nichts mehr. Ich sehe das auch am Gesundheitssystem hier in Deutschland. Ich habe grade zwei Stunden versucht, einen Augenarzt-Termin zu kriegen für einen alten Mann. Es ist nicht möglich. Und das hört man von allen Seiten. Das Gesundheitssystem ist so was von dahin und die WHO ist durchsetzt und nicht mehr zu retten, meiner Meinung nach.

Daß die WHO, so wie ich sie sehe und empfinde, abgeschafft wird. Es gibt keine Alternative.

Wir brauchen keine Gesundheitskontrolle, sondern den mündigen Bürger.

Ich glaube, das schaffen die nicht mehr. In Wirklichkeit sind doch viel mehr enttäuscht von der WHO, die trauen sich bloß nicht hier her. Es sind Lehrer. Es sind Beamte, die würden gerne. Ich kenn' ja viele, die Beamte sind. Die würden gern hier her kommen. Die trau'n sich nicht, noch nicht! Aber der Tag wird kommen, dann stehen die auch hier.

Und deswegen bin ich auch heute hier. Ich bin hier für Frieden und das diejenigen, die das zu verantworten hatten, bestraft werden.

Na ja, das hab ich ja gesagt. Normalerweise müßten eigentlich wieder die Staaten, oder der Souverän letztendlich, darüber mitentscheiden. Wir haben ja schon das Problem, das es jetzt auch hier bei uns so ist, daß wir eine Art Parteienoligarchie haben. Das heißt, wenn du als Bürger irgendwie eine Stimme der CDU oder der SPD oder irgendwem gibst, dann entscheiden die, wenn sie an der Macht sind, darüber, was z.B. in der WHO entschieden wird. Einmal in vier Jahren wählen gehen, ist zu wenig. Ich möchte diese direkte Demokratie in so wichtigen Fragen, daß die umgesetzt wird.

Lapierre Noel / französischer Gast

… Also, wenn die politischen Parteien darauf eine Antwort hätten, dann hätten sie dieses Vertrauen natürlich schon selber wiederhergestellt. Und deshalb sagt Noel, es ist illusorisch zu glauben, daß die politische Instanz das aus eigener Kraft wieder schafft.
Wir als Bevölkerung müssen dieses Vertrauen wieder in uns selbst gewinnen und wir müssen diese politischen Instanzen obsolet machen. Deshalb gibt es Frankreich diese Bewegung, die sich "France libre" (France libre = Freies Frankreich) nennt, die also alle Gruppen aus der Bevölkerung, alle Initiativen aus Bevölkerung versucht zu vereinen, um genau diesen horizontalen Diskurs in der Bevölkerung, diese Einheitsstruktur wiederherzustellen, in der wir uns alle bewußt werden, daß es unser eigenes Interesse ist, unsere eigene Kraft zählt, jedes Einzelnen, dieses Mißverhältnis zwischen unseren Regierenden und der Bevölkerung wieder zu verbessern.

Karl Hummitsch / Ärzte für Aufklärung

Ja die WHO hat es in der Hand, natürlich. Die Leute, die da sind, sollen abtreten, und zwar sofort. Sie sollen weiter keinen Schaden anrichten.
In Holland haben sie ja bereits die Sache abgebügelt und gesagt mit dem Artikel 55, der wird nicht eingehalten, in Luxemburg auch. Da haben sie gesagt, wir machen da nicht mit, weil die WHO vereinbarungswidrig die Termine nicht so einhält, wie sie es gesagt haben. Sie geben den Ländern, den Regierungen überhaupt keine Chance zu beraten. Die Menschen, dank unserer Staatsmedien, erfahren darüber gar nichts. Aber in Holland sind sie soweit, in Holland und Luxemburg sind sie soweit. Ist im Parlament schon abgesprochen, abgelehnt diese Verkürzung. Die machen nicht mit. Die afrikanischen Länder sind auch nicht dabei. Sie machen auch Streß und weitere Länder.
Aber natürlich ist die WHO keine Organisation, die schlecht ist in ihrem gesundheitlichen Gedanken. ... Aber es ist eine Riesen Schweinerei, daß sich ein paar Leute da oben drauf setzen und glauben, eine Weltdiktatur errichten zu können. Das wird nicht laufen und die Menschen hier in Magdeburg, in Deutschland und in der Welt sind dagegen.

Lapierre Noel / französischer Gast

…Vielen, vielen Dank, daß Ihr hier seid, diesen Job macht. Danke auch persönlich an Dich von Noel, daß Du als junger Mensch das Interesse zeigst, daß Dir dieses Land am Herzen liegt und die Entwicklung einfach begleitest und nicht einfach jemand anderem überlassen möchtest und selbst aktiv gestalten. Und genau darum geht es. Freunde seid aktiv! Macht mit, gestaltet diese Zeit. Wir sind am Ruder. Wir sind dran und es läuft. Die Zusammenarbeit mit Frankreich ist sehr viel weiter gediehen als bei uns. Also die sprechen mittlerweile mit ihren Generälen über Friedenskoalitionen in ihrem Land und wir Deutsche, wir hängen uns da dran und wir arbeiten mit. Und wir freuen uns auf diese Zukunft, in die wir alle gemeinsam steuern.
Vielen Dank!
Übrigens, ich soll euch noch sagen, Frankreich liebt euch!
Hildesheim, Berlin, Frankfurt a. Main oder Magdeburg - der Vertrauensverlust in Regierungen und Institutionen war überall deutlich zu spüren. Verlorenes Vertrauen kann nur wiederhergestellt werden, wenn die Fehler der Vergangenheit und geschehenes Unrecht eingestanden und konsequent aufgearbeitet werden. Wenn korrupte Strukturen und intransparente Netzwerke nicht aufgedeckt werden, wird auch zukünftig solches Unrecht geschehen.
Bleiben Sie darum wachsam und werden Sie aktiv. Zu der Sendung "Internationaler Weckruf: WHO plant heimtückischen Coup in 194 Ländern!" (kla.tv/28573) gibt es für jedermann zum Ausdrucken einen Flyer und ein Faktenblatt, mit dem man sich auch an die Abgeordneten wenden kann. ...<<

04.05.2024

BRD: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 4. Mai 2024

(x1.369/…): >>**Wagenknecht offen für Kooperation mit der CDU**
BSW-Chefin Sahra Wagenknecht ist einer Kooperation mit der CDU nicht abgeneigt. Ein Bündnis mit der Union schließt sie nicht aus. "Wir treten an, weil unser Land einen politischen Neubeginn braucht", sagte Wagenknecht am Samstag dem "Tagesspiegel". "Wir wollen, daß Deutschland eine Zukunft als innovativer, international geachteter Industriestandort hat, daß es bei Löhnen und Renten endlich wieder gerecht zugeht, die unkontrollierte Migration gestoppt wird und wir weiterhin in Frieden leben."
Mit Blick auf die Wahlen im Osten sagte sie: "Auf Landesebene geht es um konkrete Fragen wie Schulen, in denen alle Kinder wieder ordentlich lesen, schreiben und rechnen lernen und Smartphones mindestens in der Grundschule nichts zu suchen haben. Wir werden mit allen demokratischen Kräften zusammenarbeiten, mit denen wir diese Anliegen voranbringen können."
Sie fügte hinzu: "Als Mehrheitsbeschaffer für ein 'Weiter so' stehen wir nicht zur Verfügung."
CDU-Bundesvize Karin Prien hatte zuvor eine Zusammenarbeit ihrer Partei mit dem Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW)) nach den drei ostdeutschen Landtagswahlen nicht ausgeschlossen - allerdings bezog sie sich dabei nur auf die Landesebene.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 4. Mai 2024 (x1.376/…): >>**Rußlands Botschafter: "Was haben wir den Deutschen eigentlich getan?"**
Rußlands Botschafter in Berlin, Sergej Netschajew, hat sein Bedauern angesichts der von der Ampel-Regierung systematisch zerrütteten bilateralen Beziehungen geäußert. "Es findet kein politischer Dialog statt, alle wichtigen Kooperationsformate liegen auf Betreiben der deutschen Seite auf Eis. Das ist zu bedauern, denn wir haben in den Nachkriegsjahrzehnten, insbesondere in den 90er, in den Nullerjahren ein uniques, ein einzigartiges Netzwerk mit Deutschland aufgebaut", sagte der Botschafter in einem Interview mit dem vom früheren SPD-Politiker Albrecht Müller (Ex-Planungschef unter Kanzler Willy Brandt) herausgegebenen Online-Magazin "NachDenkSeiten".
Netschajew betonte ausdrücklich die Einzigartigkeit der deutsch-russischen Beziehungen: "Absolut unique, kann ich offen sagen. Ich glaube, mit sehr wenigen anderen westlichen Ländern hatten wir so tiefgreifende, profunde Kontakte zum beiderseitigen Nutzen in allen möglichen Feldern ... Davon profitierten nicht nur Rußland und Deutschland, sondern das ganze Europa."
Es klingt Fassungslosigkeit und Traurigkeit durch, wenn Rußlands Botschafter auf viele Jahre fruchtbarer Zusammenarbeit zurückblickt und resümiert: "Wir haben den Deutschen überhaupt nichts angetan. Mehr noch: Aus meiner Sicht war das Werden der politischen und der wirtschaftlichen, europäischen Großmacht Deutschland eng und sehr tief mit den Beziehungen zu Rußland verbunden. Wirtschaftlich war Deutschland bis 2013 unser Handelspartner Nummer 1 mit 80 Milliarden Euro Warenumsatz. Politisch war es eine Brücke zwischen Ost und West und funktionierte als guter Makler.
Das brachte Deutschland politische Größe und politisches Ansehen, und auch die führende Rolle in der Europäischen Union. Alle Türen in Rußland waren offen für Deutschland. Die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands in den 70er Jahren und bis zur letzten Zeit basierte auf den guten und gewissenhaften Lieferungen unserer Energieträger - zum guten Freundschaftspreis. Das war stabil in guten Mengen. Wir haben nichts gestoppt. Wir haben von uns aus nichts auf Eis gelegt. Wir haben kein einziges der rund 6.300 deutschen Unternehmen, die in Rußland bis 2022 aktiv waren, vertrieben."
Quelle: https://www.nachdenkseiten.de/?p=114644<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 4. Mai 2024 (x1.377/…): >>**Der Klimawandel ist normal und natürlich**
Die NASA behauptet, daß "die Erde sich in einem noch nie dagewesenen Tempo erwärmt"

und daß "menschliche Aktivitäten die Hauptursache sind". Lesen Sie die Gegenthese dazu: Mit seinem Buch "Freispruch für CO2" bringt der frühere ZDF-Meteorologe Wolfgang Thüne das Kartenhaus der Klima-Ideologen zum Einsturz. …

_ von *Frits Byron Soepyan*

Andere schlagen vor, Billionen von Dollar auszugeben, um das Klima zu kontrollieren. Aber sind wir Menschen für den Klimawandel verantwortlich? Und was können wir dagegen tun?

Verschwiegener Effekt der Sonnenflecken

Patrick Moore sagt in seinem Artikel "Fake Invisible Catastrophes and Threats of Doom": "Das Klima des Planeten Erde hat sich seit der Entstehung der Erde ständig verändert, manchmal relativ schnell, manchmal sehr langsam, aber immer sicher. Die Hoffnung auf ein 'perfektes, stabiles Klima' ist genauso vergeblich wie die Hoffnung, daß das Wetter an jedem Tag des Jahres für immer gleich und angenehm sein wird."

Mit anderen Worten: Der Klimawandel ist normal und natürlich, und man kann vergessen, ihn zu kontrollieren.

Einen großen Einfluß auf das Wetter und das Klima haben zum Beispiel die Sonnenzyklen, die vom Magnetfeld der Sonne in Zeiträumen von acht bis 14 Jahren angetrieben werden.

Die Milankovitch-Zyklen

Sie setzen unterschiedliche Mengen an Energie frei und erzeugen dunkle Sonnenflecken auf der Sonnenoberfläche. Die Auswirkungen der Sonnenzyklen auf die Erde sind unterschiedlich: Einige Regionen erwärmen sich um mehr als 1 ° C, während andere abkühlen.

Klimaveränderungen entstehen durch Schwankungen in der Wechselwirkung der Sonnenenergie mit der Ozonschicht der Erde, die den Ozongehalt und die Stratosphärentemperaturen beeinflussen. Diese wiederum beeinflussen die Geschwindigkeit der West-Ost-Windströme und die Stabilität des Polarwirbels. Ob der Polarwirbel stabil und nahe der Arktis bleibt oder sich nach Süden ausbreitet bestimmt, ob die Winter in den mittleren Breiten der Nordhalbkugel streng oder mild sind.

Zusätzlich zu den Sonnenzyklen gibt es drei Milankovitch-Zyklen, die zwischen 26.000 und 100.000 Jahren dauern. Dazu gehört auch die Exzentrizität oder Form der elliptischen Umlaufbahn der Erde um die Sonne. Kleine Schwankungen in der Form der Umlaufbahn beeinflussen die Länge der Jahreszeiten. Wenn die Umlaufbahn zum Beispiel eher oval als kreisförmig ist, sind die Sommer auf der Nordhalbkugel länger als die Winter und die Frühlingsmonate länger als die Herbstmonate.

Präzession und Schiefe der Erdachse

Zu den Milankovitch-Zyklen gehört auch die Schiefe, d. h. der Winkel, um den die Erdachse geneigt ist. Die Neigung ist der Grund, warum es Jahreszeiten gibt, und je größer die Neigung der Erde ist, desto extremer sind die Jahreszeiten. Größere Neigungswinkel können das Schmelzen und den Rückzug von Gletschern und Eisschilden verursachen, da jede Hemisphäre im Sommer mehr und im Winter weniger Sonneneinstrahlung erhält.

Schließlich wackelt die rotierende Erde wie ein Spielzeugkreisel leicht um ihre Achse. Dieser dritte Milankovitch-Zyklus ist als Präzession bekannt und bewirkt, daß die jahreszeitlichen Kontraste auf der einen Hemisphäre stärker und auf der anderen weniger stark ausgeprägt sind. Auf dem Weg vom Weltraum zur Erde beeinflussen auch Meeres- und Windströmungen das Klima.

Die Nordatlantische Oszillation

Unter normalen Bedingungen wehen beispielsweise im Pazifischen Ozean die Passatwinde von Osten nach Westen entlang des Äquators und treiben das warme Oberflächenwasser von Südamerika nach Asien. Während El Nino schwächen sich die Passatwinde ab, und das warme Wasser kehrt seine Richtung um und bewegt sich ostwärts zur amerikanischen Westküste. Zu anderen Zeiten, während La Nina, werden die Passatwinde stärker als sonst, und mehr

warmes Wasser wird in Richtung Asien geblasen. In den Vereinigten Staaten und Kanada führen diese Phänomene dazu, daß einige Regionen wärmer, kälter, feuchter oder trockener werden als üblich.
Neben El Nino und La Nina gibt es auch die Nordatlantische Oszillation, die durch niedrigen Luftdruck im Nordatlantik in der Nähe von Grönland und Island (bekannt als subpolares Tief oder Islandtief) und hohen Luftdruck im zentralen Nordatlantik (bekannt als subtropisches Hoch oder Azorenhoch) verursacht wird. Der Luftdruckgegensatz zwischen diesen Regionen beeinflußt das Klima im Osten der Vereinigten Staaten und Kanadas sowie in Europa und wirkt sich sowohl auf die Temperaturen als auch auf die Niederschläge aus.
In ähnlicher Weise sind die Hadley-Zellen der Grund dafür, daß es auf der Erde äquatoriale Regenwälder gibt, die im Norden und Süden von Wüsten begrenzt werden. Da die Sonne die Erde am Äquator am stärksten erwärmt, ist die Luft auf beiden Seiten des Äquators kühler und dichter. Daher strömt kühle Luft in Richtung Äquator, während die warme, weniger dichte Äquatorluft aufsteigt und abkühlt, wobei sie Feuchtigkeit in Form von Regen abgibt und eine üppige Vegetation hervorbringt. Die aufsteigende, trockenere Luft erreicht die Stratosphäre und strömt nach Norden und Süden, um sich in Regionen niederzulassen, die durch den Mangel an atmosphärischer Feuchtigkeit trocken geworden sind.
Diese und andere Phänomene, die unser Klima beeinflussen, entziehen sich der Kontrolle des Menschen.
Dieser Beitrag erschien auf eike-klima-energie.eu.
Mit seinem Buch "Freispruch für CO2" bringt der frühere ZDF-Meteorologe Wolfgang Thüne das Kartenhaus der Klima-Ideologen zum Einsturz.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 4. Mai 2024 (x1.369/…):
>>**Flüchtlingsbeauftragte der Kirchen üben scharfe Kritik an CDU**
Die Flüchtlingsbeauftragten der Katholischen und Evangelischen Kirche werfen der CDU einen radikalen Bruch mit ihrem humanitären Erbe im Flüchtlingsschutz vor. "Wer sich am christlichen Menschenbild orientiert, darf den individuellen Zugang zum Flüchtlingsschutz in Europa nicht abschaffen."
Die Forderung nach einer Drittstaatenregelung, die auf dem Parteitag der Christdemokraten im Grundsatzprogramm verankert werden soll, stünde "in einem bemerkenswerten Widerspruch zur Orientierung an christlichen Werten", schreiben Erzbischof Stefan Heße und Bischof Christian Stäblein in einem Gastbeitrag in der "Welt am Sonntag". "Mit solch einer Forderung begibt man sich ethisch wie rechtlich auf den Holzweg." Statt konkrete Lösungen anzugehen und politische Verantwortung zu übernehmen, würden falsche Erwartungen geweckt und Ressentiments geschürt.
"Die einzigen, die davon profitieren, sind letztlich die extremen Kräfte in unserem Land." Heße ist Sonderbeauftragter der Deutschen Bischofskonferenz für Flüchtlingsfragen, Stäblein EKD-Beauftragter für Flüchtlingsfragen. "Wir brauchen Lösungen, die im Einklang mit den Menschenrechten und dem Völkerrecht stehen", fordern die Autoren. Das im CDU-Entwurf vorgestellte Konzept werfe hier erhebliche Zweifel auf. "Würden Deutschland und die EU alle Schutzsuchenden abweisen, wären Grundprinzipien des internationalen Rechts und der globalen Gerechtigkeit massiv verletzt."<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 4. Mai 2024 (x1.377/…):
>>**"Verlorene Heimat": Erinnern, gedenken, mahnen**
Von *Daniell Pföhringer*
Ein verschwiegener Völkermord: 14 Millionen Deutsche wurden während und nach dem Zweiten Weltkrieg aus ihrer Heimat vertrieben, zwei Millionen verloren dabei ihr Leben. In unserer neuen Geschichtsausgabe "Verlorene Heimat - Die Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten" dokumentieren wir dieses Unrecht in all seinen Facetten. …

"Die Welt weiß alles darüber, was Deutsche getan haben; sie weiß nichts darüber, was man Deutschen angetan hat." - Dieser Satz des amerikanischen Publizisten und ehemaligen Präsidentschaftskandidaten Patrick Buchanan, der unter Richard Nixon und Ronald Reagan führende Funktionen in der US-Administration bekleidete, findet sich in einem Artikel, der Anfang 1992 in mehreren Zeitungen in Übersee erschien.
Buchanan klagt darin die Untaten an, die von Sowjets, Polen und Tschechen vor und nach Kriegsende an Deutschen verübt wurden. Und er streicht klar heraus, daß es sich bei der Vertreibung um ein schweres Menschheitsverbrechen handelt, das durch nichts entschuldigt oder gerechtfertigt werden kann.

Ethnische Säuberung

Auch der US-amerikanische Historiker, Völkerrechtler und frühere UN-Mitarbeiter Alfred M. de Zayas prangert dieses Unrecht in deutlichen Worten an. Seiner Ansicht nach hatten die Vertreibung und Vertreibungsverbrechen Ausmaße eines Genozids. In COMPACT-Geschichte "Verlorene Heimat - Die Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten" wird er mit folgenden Worten zitiert:
"Vertreibung und Verschleppung können den Tatbestand des Völkermordes erfüllen. Laut Artikel II der UN-Konvention zur Verhütung und Bestrafung des Verbrechens des Völkermordes ist dafür entscheidend, daß die Verantwortlichen in der Absicht handeln, eine bestimmte nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe ganz oder auch nur teilweise zu zerstören und in dieser Absicht vorsätzlich Mitglieder dieser Gruppen töten, ihnen unerträgliche Lebensbedingungen auferlegen oder andere Tatbestände verwirklichen, die bei Vertreibungen oft erfüllt sind.
Da zumindest einer dieser Tatbestände, nämlich die Zufügung schwerer seelischer Schäden, bei jeder Vertreibung erfüllt ist, sind alle Vertreibungen, die zur zumindest teilweisen Zerstörung einer nationalen, ethnischen, rassischen oder religiösen Gruppe führen sollen, zugleich auch Völkermorde. Entscheidend ist hier - und das ist wichtig - die (subjektive) Zielsetzung der Zerstörung einer solchen Gruppe und nicht das (objektiv) erzielte Ergebnis. So besagt es der Wortlaut dieser Konvention. Diese Zerstörungsabsicht steht außer Zweifel bei den sowjetischen, polnischen, jugoslawischen und tschechoslowakischen Vertreibungsverbrechen gegen Deutsche."
Das Schicksal der 14 Millionen Heimatvertriebenen droht in Vergessenheit zu geraten. Im Gedenkkalender der Bundesrepublik ist für sie kein Platz mehr, nachdem fast alle Zeitzeugen, die die damaligen Strapazen und Qualen miterleben mußten, verstorben sind. Ost- und Westpreußen, Danzig, Pommern, Schlesien und das Sudetenland sind für heutige Generationen als einstige deutsche Provinzen kaum noch faßbar - von der völkerrechtlich fragwürdigen Abtretung dieser Gebiete ganz zu schweigen.

Wir schweigen nicht

Mit COMPACT-Geschichte "Verlorene Heimat - Die Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten" haben wir uns zur Aufgabe gesetzt, die Erinnerung an das Unrecht der Vertreibung und die schweren Verbrechen, die dabei an Deutschen verübt wurden, wachzuhalten. Dies nicht etwa aus Revanchismus oder um Ressentiments gegen Russen, Polen und Tschechen zu schüren, sondern als Mahnung: Ethnische Säuberungen dürfen nie wieder zum Kalkül der Mächtigen gehören.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 4. Mai 2024 (x1.369/…):
>>**FDP fordert Abschiebung islamistischer Influencer**

Nach der umstrittenen "Kalifat-Demonstration" in Hamburg fordert die FDP ein härteres Vorgehen gegen islamistische Influencer. "Islamistische Influencer verbreiten über die sozialen Medien in deutscher Sprache radikale Propaganda gegen die grundgesetzliche Ordnung", sagte der Vize-Fraktionsvorsitzende und Innenpolitiker Konstantin Kuhle den Zeitungen der

Funke-Mediengruppe (Samstagsausgaben). "Die Sicherheitsbehörden müssen dieses Treiben stärker in den Blick nehmen. Wenn möglich, müssen islamistische Influencer ausgewiesen werden."
Kuhle sieht zudem die Anbieter sozialer Medien in der Pflicht, aktiv zu werden. "Es kann nicht sein, daß Tiktok oder Instagram politische Inhalte drosseln, aber bei der Verbreitung islamistischer Propaganda wegschauen", sagte der Innenexperte. Kuhle hat ein Papier verfaßt, das den Titel "Islamismus entschlossen entgegentreten" trägt.
Darin fordert der FDP-Politiker zudem, extremistische Moscheen zu schließen, Vereinsverbote bei Islamisten konsequent umzusetzen und Extremisten nicht einzubürgern. Die extremistische Gruppierung "Muslim Interaktiv" hatte bei einer Demonstration in Hamburg am letzten Wochenende Errichtung eines Kalifats gefordert. Die Folge war scharfe Kritik aus der Politik, unter anderem nannte Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) die Kundgebung "schwer erträglich".<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 4. Mai 2024 (x1.369/…): >>**Baerbock gab im Dezember 11.000 Euro für Styling aus**
Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) gibt für Friseur und Visagisten offenbar einen fünfstelligen Betrag im Monat aus. Wie die "Bild" (Samstagausgabe) unter Berufung auf die Antwort der Bundesregierung auf eine CDU-Anfrage berichtet, kostete Baerbocks Styling die Steuerzahler im November 2023 insgesamt 11.900 Euro.
Im Dezember waren es 11.305 Euro. Baerbocks Ausgaben übersteigen damit deutlich die anderer Kabinettsmitglieder: So rechnete Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) im Dezember 2023 insgesamt 3.141,60 Euro für Friseur und Stylisten ab. Bei Bundesfamilienministerin Lisa Paus (Grüne) fielen 2.677,50 Euro an, bei Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) 541,45 Euro.
Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) und Bundesbauministerin Klara Geywitz (SPD) stellten im Dezember jeweils 300 Euro in Rechnung. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Christoph Ploß kritisiert die Ausgaben und spricht sich für eine Friseurkosten-Obergrenze aus. Zu "Bild" sagte Ploß: "Wenn hart arbeitende Steuerzahler jeden Monat fünfstellige Summen für die Frisur von Annalena Baerbock ausgeben sollen, hört der Spaß auf.
Wir brauchen eine Obergrenze für Friseur- und Kosmetikausgaben der Bundesministerien." Natürlich sei es grundsätzlich legitim, daß der Staat die Kosten für Repräsentationszwecke herausgehobener Funktionsträger übernimmt. "Daß aber allein Außenministerin Annalena Baerbock jeden Monat über 11.000 Euro für Friseure oder Visagisten raushaut, ist ein Mißbrauch und eindeutig zu viel."<<
Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/28940" berichtet am 4. Mai 2024 (x1.366/…): >>**"Schlechter als nur heiße Luft - Die Akte Windkraftanlagen"**
Um die Energiewende in Bezug auf die Windkraftanlagen vollziehen zu können, wurde eigens dafür das Windenergieflächenbedarfsgesetz eingeführt. Natürlich geht es wieder einmal darum, den Klimawandel zu bekämpfen. Dabei wird, wie so oft, nur berücksichtigt, was "hinten rauskommt", aber nicht, was dafür aufgewendet werden muß. …
Am ersten Februar 2023 ist in der Bundesrepublik das Windenergieflächenbedarfsgesetz in Kraft getreten.
Mit diesem Gesetz verpflichtet der Bund die Länder, bis zum Ende des Jahres 2032 einen bestimmten prozentualen Anteil der Landesfläche für Windenergie auszuweisen. Für die Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen liegt dieser Anteil bei 0,5 % der Fläche, für die anderen Länder zwischen 1,8 % und 2,2 %. Allein in Bayern sind das rund 1.270 km² für Windräder - eine Fläche, halb so groß wie das Saarland!
Damit dieses Ziel auch erreicht werden kann, wurde von der Bundesregierung das Bundesnaturschutzgesetz geändert, sodaß jetzt sogar Landschaftsschutzgebiete herangezogen werden

können.
Die Windenergie sei eine nahezu unerschöpfliche Energiequelle, deren Potential heutzutage erst in Bruchstücken ausgeschöpft wäre - so wird es immer von den Befürwortern der Energiewende beschrieben. Natürlich möchte man auch den immer wieder vorangestellten Klimawandel damit bekämpfen, da bei dieser Technik kein CO2 anfallen würde. Dabei wird wie so oft nur berücksichtigt, bzw. medienwirksam dargestellt, was "hinten rauskommt", aber nicht, was dafür aufgewendet werden muß. Dies betrifft im Wesentlichen folgende Bereiche:
1. Umweltbelastung
Der Begriff Umweltpolitik wurde um das Jahr 1970 gebildet und bezeichnet die Gesamtheit der politischen Bestrebungen, um die natürlichen Lebensgrundlagen des Menschen sowie der Natur zu erhalten. Die Windanlagen werden angeblich nicht zuletzt auch zum Schutz der Umwelt errichtet. Sind sie jedoch wirklich ein Segen für die Umwelt?
1a) Abholzung der Wälder
Die größten Feinde des Waldes hießen in der Vergangenheit Trockenheit, Sturm und Borkenkäfer, doch jetzt müssen auch die Windräder dazu gezählt werden. So dürfen z.B. im hessischen Reinhardswald für 18 geplante Windräder 29 Hektar Wald mit bis zu 195 Jahre alten Bäumen gerodet werden. Der Wald ist hinterher nicht mehr als Wald realisierbar, sondern eher als Industrieanlage mit Baumanbindung. Durch die großen Schneisen, die man in den Forst schlägt, entstehen mehr Ränder.
Bäume, die an solchen Plätzen stehen können, sterben, weil sie viel stärker dem Wind und der Trockenheit ausgesetzt sind, was dazu führt, daß sich solche Schneisen weiter ausbreiten. Zwar werden Teile nach dem Bau der Windräder wieder aufgeforstet, aber bis die Natur einen gesunden, mit Humus durchwachsenen Waldboden wieder herstellt, braucht es viele Jahrzehnte.
1b) Ressourcenverbrauch
Für den Aufbau eines Windrades sind nicht nur der Mast und der Rotor notwendig, sondern ein ausgebautes Wegenetz zum Transport der Teile des Windrades. Damit das Ganze auch stehen bleibt, braucht es zudem ein stabiles Fundament. Was dafür benötigt wird, sehen wir am Windparkobjekt Altdorfer Wald. Hier sollen 39 Windräder mit einer Höhe von 285 m errichtet werden. Diese Objekte sind mehr als 5 mal so hoch wie ein durchschnittlicher Kirchturm. Dafür benötigt es ein Fundament mit einer Größe von 1500 m³.
Im Fall des Altdorfer Waldes werden bei 39 Windrädern insgesamt 58.500 m³ Beton benötigt. Um diesen Beton liefern zu können, müssen fahrbare Betonmischer für 7,5 m³, ganze 15.600 Fahrten machen.
Darüber hinaus werden über 45.000 Fahrten von Kieslastern benötigt, die den Kies für den Ausbau der Wegstrecke von 27 km anfahren.
1c) Veränderungen in Flora und Fauna
Den Windanlagen fallen jährlich Tausende von Fledermäusen und Vögel zum Opfer. Nach Hochrechnungen sollen es alleine in Deutschland mehr als ca. 200.000 Fledermäuse im Jahr sein, weshalb einige Fledermausarten schon in ihrem Bestand bedroht sind. Die Gefahr für die Tiere liegt nicht nur darin, daß sie gegen die Rotorblätter fliegen. Der Druckabfall hinter den Rotorblättern bringt die Lungen und inneren Organe der Tiere zum Platzen.
Das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt stellte 2017 in einer Studie anhand von Modellrechnungen fest, daß ca. 1.200 Milliarden Insekten im Jahr Opfer von Windrädern werden. Das sind ungefähr 3 Milliarden Insekten pro Tag. Die Überreste von Fluginsekten an Rotorblättern tragen ganz nebenbei auch zu hohen Verlusten bei dem Wirkungsgrad der Anlage bei.
Nicht nur für die Tierbestände ist es bedrohlich, auch im Landschaftsbild zeigen sich Bedrohungen. An manchen Stellen werden Bäume an Hanglagen abgeholzt, was danach die Gefahr von Bodenerosion und Erdrutschen erhöht.

1d) Altlasten
Windkraftanlagen sind zurzeit für eine Laufzeit von 20 Jahren ausgelegt. Danach müßte die gesamte Anlage abgebaut und entsorgt werden. Wobei es mehr als fraglich ist, ob die Betonfundamente in jedem Fall wirklich abgebaut werden.
Für die Flügel gibt es aufgrund der enthaltenen Gifte und Verbundstoffe immer noch kein Konzept für die Verwertung, weshalb dieser Problemabfall entsorgt werden muß. Allein durch die Rotorblätter jährlich 20.000 Tonnen Abfall - Tendenz steigend.
Zwischenfazit: Die Partei der Grünen ist früher einmal zum Schutz der Umwelt angetreten. Inzwischen sind sie aber eher bei der Zerstörung der Umwelt angelangt. Während Bauvorhaben wegen der Anwesenheit eines Käfers gestoppt werden, wurde für Windkraftanlagen sogar das Naturschutzgesetz dahingehend geändert, daß viele Vogelarten wie z.B. Störche, nicht mehr zu den durch Windkraft gefährdeten Arten zählen.
Dabei wurde laut einem vom Naturschutzbund (NABU) beauftragten Rechtsgutachten sogar gegen geltendes EU-Recht beim Artenschutz verstoßen. Auch ist diese Technik nicht ressourcenschonend, wenn sie nur auf so kurze Zeit ausgelegt wurde und danach Stoffe hinterläßt, deren Entsorgung noch nicht geklärt wurde. Die ideologischen Ziele werden mittlerweile mehr beachtet als der Umweltschutz.
2. Klimatische Veränderungen
Deutschland alleine hat derzeit 32.000 Windräder in Betrieb. Das führte in den letzten 20 Jahren zu einer Verringerung der mittleren Windgeschwindigkeit von 13 %, wie die Universität Osnabrück ermittelt hat. Das bleibt nicht ohne Folgen.
2a) Veränderte Luftzirkulation
In den USA wird 2,5 mal so viel Windenergie wie in Deutschland erzeugt. Durch diese gravierenden Eingriffe können die Luftströmungen vom Äquator weg zum Nordpol dramatisch verringert werden, was eine Absenkung des Jetstreams in südlichen Breitengraden zur Folge hätte. Danach wäre eine Ausdünnung der Luftschichten über dem Nordpol möglich, woraus eine geringere Reflexion und damit Erwärmung der Region resultieren würde.
2b) Austrocknung der Böden
Bei den Wechselwirkungen zwischen Windkraft-Turbinen und Luftschichten werden die Wärme- und Feuchtigkeits-Strömungen zwischen Oberfläche und Atmosphäre entscheidend beeinflußt. Vor den Windrädern wird die Luftströmung gebremst und dahinter verwirbelt. An jedem großen Windpark wird so der Atmosphäre, besonders im Sommer, Feuchtigkeit entzogen und der Boden zusätzlich erwärmt.
Eine aktuelle Studie aus China zeigt, welch verheerende Folgen Windparks für ihre Umgebung haben.
Untersucht wurden die Auswirkungen eines chinesischen Windparks an der Grenze zur Mongolei. Dabei fand man heraus, daß die Bodenfeuchtigkeit um 4,1 Prozent im Jahr reduziert wurde. Die komplizierten Mechanismen sind noch nicht vollständig geklärt, doch gesichert ist, daß die Windparks faktisch zu einer Austrocknung der Böden führen, auf denen sie errichtet werden. Im schlimmsten Fall kann es zu Dürren und Bodenerosionen führen, die sich auch auf die weitere Peripherie ausdehnen.
Zwischenfazit: Die Nutzung von Windenergie wird vorangetrieben, um dem angeblich durch CO2 erzeugten Klimawandel entgegenzuwirken. Gerade die Austrocknung der Böden wird uns da plakativ und mit apokalyptischen Bildern als Folge des Klimawandels vorgeführt. Aktuelle Studien zeigen jedoch, daß gerade die Windkraftanlagen zur Trockenheit führen können.
3. Gesundheitliche Schäden
Windräder können zu vielseitigen gesundheitlichen Schäden wie Konzentrationsstörungen, Nervosität, Kopfschmerzen und Schlafstörungen führen. Die Gefahren drohen vor allem durch

Infraschall und Schlagschatten. Im Winter besteht aber auch die Gefahr durch Eis.

3a) Eis

Bei ungünstigen Wetterbedingungen kann es zu Eisbildung an den Rotorblättern kommen. Dann besteht sogar Lebensgefahr: Durch die Rotorflügel können Eisbrocken über weite Strekken weggeschleudert werden.

3b) Infraschall

Infraschall ist Schall, dessen Frequenz unterhalb des menschlichen Hörbereichs liegt - also unterhalb von 16 Hz. Manche Menschen, die in der Nähe von Windrädern leben, berichten von Symptomen wie Müdigkeit, Depression oder auch Seekrankheit. Der Herzchirurg Christian-Friedrich Vahl hat das Phänomen als Leiter der Arbeitsgruppe Infraschall an der Uniklinik Mainz wissenschaftlich untersucht.

Nach seiner Aussage kommt dieser zustande, wenn das Rotorblatt am Mast entlangläuft, wodurch die Luft komprimiert wird und kurze, steile Impulse entstehen. In der freien Natur tritt auch Infraschall auf, er wird als Rauschen wahrgenommen, ist aber nicht gepulst. Die Impulse, die hier auftreten, merkt man auch körperlich. Es ist vergleichbar mit einem Besucher, der bei einem Rockkonzert vor den Bassboxen steht und den Schall körperlich wahrnehmen kann. Die Pulse, die ein Windrad erzeugt, sind jedoch viel massiver.

3c) Schlagschatten

Der Betrieb von Windenergieanlagen verursacht bei Sonne ein, sich bewegender Schlagschatten, welcher bei den Betroffenen ebenfalls zu erheblichen Belästigungen wie Konzentrationsstörungen, Nervosität, Kopfschmerzen und Schlafstörungen führen kann. Der Schattenwurf des Rotors tritt für viele Menschen unangenehm in Erscheinung, da dieser periodische Helligkeitsschwankungen hervorruft.

Laut der Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Immissionsschutz (LAI) ist bei der Genehmigung von Windenergieanlagen sicherzustellen, daß die theoretisch mögliche Beschattungsdauer eines Hauses von 30 Stunden pro Kalenderjahr oder 30 Minuten pro Tag nicht überschritten wird. Gegebenenfalls ist mittels Abschalttechnik dafür zu sorgen, daß die tatsächliche Schattenwurfdauer auf 8 Stunden pro Kalenderjahr und 30 Minuten pro Tag begrenzt wird. Ist ein Haus dem Schlagschatten mehrerer Windkraftanlagen ausgesetzt, gelten die Werte für alle Anlagen zusammen!

Zwischenfazit: Für den normalen Bürger gilt immer das Verursacherprinzip, sollte dies nicht auch für die Betreiber von Windenergieanlagen gelten? Wenn solch eine Anlage nachweislich zu gesundheitlichen Problemen in der Bevölkerung führt, müßte die Anlage abgeschaltet werden, egal ob eine vorgegebene Stundenanzahl für die Belastung erreicht ist oder nicht. Daher stellt sich die Frage, weshalb diese Anlagen überhaupt genehmigt werden.

4 Die Energiewende wird unbezahlbar

4a) Tatsächliche Leistung von Windanlagen

Die Auslastung ihrer Windparks hüten die Betreiber wie ein Staatsgeheimnis. Die neue Zürcher Zeitung hat 18.000 Windräder in Deutschland untersucht - mit ernüchternden Ergebnissen. Dabei konnte knapp ein Viertel der untersuchten Anlagen nicht einmal einen Kapazitätsfaktor von 20 % vorweisen. Lediglich 15 % der Anlagen hatten eine geschätzte Auslastung von mehr als 30 %. Diese stehen fast alle in Küstennähe.

4b) Verlustrechnung bezahlen Verbraucher

Ende Januar 2024 präsentierten die vier Stromnetzbetreiber die Rechnung dafür, was uns der Wind- und Solarstrom kostet: Der Ausbau von Wind- und Solarkraftwerken führt dazu, daß bei Starkwind oder starker Sonneneinstrahlung mehr Strom produziert wird als benötigt. Die Strompreise an der Börse sinken daraufhin gegen null oder sogar ins Negative, sodaß für die Abnahme zusätzlich Geld bezahlt werden muß.

Trotzdem bekommen die Windanlagenbetreiber 7,35 €ct/ kWh an garantierter Einspeisevergü-

tung, die Solaranlagenbetreiber sogar 11 bis 13 €ct/ kWh. Immer häufiger müssen auch bei überschießender Windproduktion Anlagen sogar abgestellt werden, damit nicht zu viel Strom im System landet. Aber auch bei Stillstand fließt das Geld, als ob die Betreiber den Strom produziert hätten. Das kostete die Verbraucher im Jahr 2022 rund 1 Milliarde €, ohne daß sie dafür eine Gegenleistung erhalten.

4c) Netzausbaukosten

In Norddeutschland befinden sich aufgrund der Windverhältnisse die meisten Windparks.

Um den Strom nun aber an die Industriestandorte in Bayern und Baden-Württemberg zu bringen, muß auch das Stromnetz ausgebaut werden. Für den notwendigen Ausbau der Hochspannungsleitungen sind Kosten von 300 Milliarden bis 2045 vorgesehen und für die Verteilernetze in Städten und Gemeinden weitere 150 Milliarden €.

Für die Förderung des Windparkausbaus in der windschwachen Südregion, wurde im EEG Gesetz 2023 für diese Region ein Korrekturfaktor von 50 % bis 60 % vorgesehen. Das heißt, es werden weitere Subventionen für Windstrom bereitgestellt, weil ein wirtschaftliches Betreiben von Windanlagen mit den schon bestehenden Subventionen im Süden Deutschlands nicht gegeben ist.

Zwischenfazit: Die Windparks sind nicht effizient für einen Wirtschaftsstandort wie Deutschland. Ohne Subventionen der ideologisch getriebenen Politik würde kaum ein Investor in diese Technik investieren, da sich solche Anlagen unter Konkurrenzbedingungen nicht auf dem Markt behaupten könnten. Der produzierte Strom wird durch diese Rahmenbedingungen für den Verbraucher mehr und mehr unerschwinglich. Privatpersonen verlieren ihren Lebensstandard und Betriebe werden zunehmend ins Ausland abwandern. Wirtschaftsminister Robert Habeck würde dazu sagen: In Deutschland ist dann die Industrie zwar nicht insolvent, sie hört nur auf zu produzieren.

Schlußpunkt: Die Windenergie wird uns immer als eine Energieform vorgestellt, die besonders umweltverträglich und klimaschonend sei. Beides trifft aber, wie wir sehen, nicht zu. Dagegen ist es eine unzuverlässige Art der Energieerzeugung und darüber hinaus für den Verbraucher auch besonders teuer. Wieso aber wird sie dennoch vorangetrieben und wer hat Interesse daran?

Eine plausible Antwort auf diese Frage könnte folgende sein: "Du wirst nichts besitzen und glücklich sein" ist ein Satz, der aus einem Video des Weltwirtschaftsforums (WEF) aus dem Jahr 2016 stammt und einen Aufsatz der dänischen Politikerin Ida Auken zusammenfaßt. Ida Auken gehört zu dem Young Global Leader Programm des WEF. Für den WEF und seiner Hintermänner wäre das optimal. Alles, was jemand benötigt, wird als Dienstleistung empfangen. Zum einen wäre diese Leistung ein gutes Geschäft, zum anderen würde jedermann vollkommen zum gläsernen Bürger.

Dafür müßten bestehende Strukturen in der Wirtschaft und Bevölkerung erst einmal abgebaut werden und es bräuchte schon einen Plan, wie man das ohne Gegenwehr der Bevölkerung schafft.

Denkbar wäre, daß sämtliche Waren verteuert werden, damit die Bevölkerung nicht mehr in der Lage ist, für den Lebensunterhalt aufzukommen und so ihre ganzen Rücklagen aufbrauchen müßte.

Die Energiekosten sind in den meisten Waren eingepreist, weil sie zur Produktion der Güter notwendig sind. Somit wäre der Strompreis so eine Stellschraube, mit der der Preis der Waren angezogen werden kann. Die Atomkraftwerke wurden stillgelegt und aufgrund der Sanktionen gegen Rußland bekommen wir kein billiges Erdgas mehr. Demgemäß sind die billigsten Möglichkeiten der Stromerzeugung weggebrochen.

Strom aus Windkraft ist entweder viel vorhanden und der Preis auf der Strombörse geht gegen null oder der Wind bläst zu wenig und der Strom muß teuer vom Ausland gekauft werden.

Das treibt den Strompreis und damit den Preis der produzierten Waren in die Höhe. Langfristig könnten Firmen in solch einem Umfeld nicht bestehen. Sie hören entweder ganz auf zu produzieren oder wandern aus. Zurück bleibt eine Bevölkerung mit hoher Arbeitslosenzahl, die aufgrund der hohen Energiekosten nicht mehr in der Lage ist, den Lebensunterhalt zu bestreiten. Das WEF und seine Hintermänner wären am Ziel - eine Bevölkerung, die den Eliten ausgeliefert ist und sich willig fügt.<<

Großbritannien: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 4. Mai 2024 (x1.377/…): >>**GB-Wahlen: Farage-Partei meldet sich zurück**

Von *Sven Reuth*

Lange Zeit schien es den konservativen Tories gelungen zu sein, die patriotischen Kräfte weitgehend zurückzudrängen. Doch bei den Kommunalwahlen und einer Nachwahl zum Unterhaus, die am vergangenen Donnerstag stattfanden, meldet sich die britische Rechte nun zurück. …

Eine Katastrophe für die Tories, die Labour Party unter den Erwartungen - und die britische Rechte meldet sich zurück. So läßt sich das Ergebnis der zurückliegenden britischen Kommunalwahlen auf einen kurzen Nenner bringen. Noch liegen nicht alle Ergebnisse vor, aber die Konservativen könnten bis zur Hälfte ihrer kommunalen Mandate verloren und das schlechteste Ergebnis seit 40 Jahren eingefahren haben.

Debakel für die Tories

Der britische Premier Rishi Sunak scheint - was seine Beliebtheitswerte bei den Wählern angeht - ein hoffnungsloser Fall zu sein. Sunak hat angekündigt, noch in diesem Jahr Parlamentswahlen abhalten zu wollen, die nach dem derzeitigen Stand der Dinge allerdings zu einem bösen Debakel für seine Partei werden dürften.

Die Tories konnten nur einen echten Lichtblick verbuchen. In der nordostenglischen Agglomeration Tees Valley, die knapp 400.000 Einwohner hat und deren Zentrum durch die Stadt Middlesbrough gebildet wird, konnte sich der konservative Amtsinhaber Ben Houchen mit 53,6 Prozent behaupten. Dies führte in der Presse nun schon zu Schlagzeilen, daß er der neue starke Mann der britischen Tories sei.

In der Agglomeration West Midlands rund um die Stadt Birmingham, die mit knapp drei Millionen Einwohnern der zweitgrößte britische Ballungsraum nach London ist, scheint sich nach einem Kopf-an-Kopf-Rennen nun doch auf den Kandidaten der Labour Party hinauslaufen. Das knappe Ergebnis zeigt aber auch, daß Labour ebenfalls nicht als klarer Sieger der Wahl gelten kann, da viele Wähler der Partei die Gefolgschaft verweigerten, da sie ihnen noch zu proisraelisch eingestellt ist. Dieses Phänomen erinnert an die derzeitige politische Situation in den USA, wo Joe Biden zahlreiche linke Wähler von der Stange gehen, da sie die Gaza-Politik des Präsidenten verurteilen.

Gaza-Politik spaltet Labour

In der Großstadt Walsall in der Agglomeration West Midlands verließen beispielsweise sechs Ratsmitglieder die Labour-Fraktion und traten nun als unabhängige Kandidaten an, da sie über ein neutrales Unterhaus-Votum von Labour-Chef Keir Starmer, das den Gaza-Krieg betraf, erbost waren. Oft handelt es sich in solchen Fällen um Muslime, die stärkere Solidarität mit den Palästinensern einfordern.

In London liegt Amtsinhaber Sadiq Khan derzeit mit mehr als 49 Prozent klar vorne. In der in der Nähe von Manchester gelegenen Großstadt Rochdale, in der Muslime mehr als 30 Prozent der Bevölkerung bilden, konnte die sowohl kommunistische wie auch radikal propalästinensische Workers Party zwei Mandate im Rat gewinnen, während Labour verlor.

In der Stadt Havant am Ärmelkanal konnte die patriotische Partei Reform UK zwei Ratssitze gewinnen, was sehr beachtlich ist, da in Großbritannien auch auf kommunaler Ebene das Mehrheitswahlrecht gilt. Reform UK wurde 2019 unter dem Namen Brexit Party als Abspal-

tung von der UKIP ("UK Independence Party") von Nigel Farage, der als "Vater des Brexit" gilt, gegründet. 2021 legte Farage den Parteivorsitz nieder, ist aber weiter Mitglied. Im vergangenen Jahr machte Farage mit Gedankenspielen über eine mögliche Rückkehr in die nationale Politik Schlagzeilen.

Blackpool South: Fast 17 Prozent für Reform UK

Mit dem Gewinn der beiden Mandate in Havant machte Brexit UK deutlich, daß die Partei Mandate gewinnen kann. Außerdem waren die Ergebnisse von Reform UK in zahlreichen anderen Kommunen so stark, daß dies den Tories zahlreiche Mandate kostete.

Bei den Unterhaus-Nachwahlen in dem an der Irischen See gelegenen Wahlkreis Blackpool South erreichte Mark Butcher als Kandidat von Reform UK starke 16,9 Prozent und landete nur hauchdünn hinter dem Tory-Kandidat auf dem dritten Platz. Der Wahlkreis ging von den Tories zu Labour über.

In den kommenden Wochen wird sich zeigen, ob sich der konservative Premier Rishi Sunak angesichts des Wahldebakels einem Mißtrauensvotum stellen muß und ob die britische Regierung bald Geschichte sein wird. Das hätte dann wohl auch Einfluß auf die bislang starke Unterstützung für die Regierung in Kiew im Ukraine-Krieg.<<

05.05.2024

BRD: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 5. Mai 2024 (x1.369/…): >>**Rüstungskonzern Rheinmetall macht sich für Wehrpflicht stark**

Der Chef des deutschen Rüstungskonzerns Rheinmetall, Armin Papperger, fordert eine Diskussion über die Wehrpflicht in Deutschland. Papperger sagte der "Bild am Sonntag": "Eine Wehrpflicht könnte sich positiv auf die Bereitschaft für unsere Landesverteidigung auswirken." Hierfür müsse sie aber sowohl "sicherheits- als auch gesellschaftspolitisch und militärisch sinnvoll ausgestaltet werden".

Papperger fügte hinzu: "Die Zeitenwende ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die Debatte darüber muß auf der politischen Ebene geführt werden." Der Nachholbedarf der Bundeswehr sei nach drei Jahrzehnten Sparprogramm enorm, so Papperger.

"Bei den Strukturen, beim Personal wie auch bei der Ausrüstung. Frieden und Freiheit dürfen nicht schutzlos sein. Freiheitliche Gesellschaften müssen in der Lage dazu sein, für ihre Werte einzustehen und sie verteidigen zu können - notfalls auch militärisch."<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 5. Mai 2024 (x1.377/…): >>**Unschlagbar: Kohle ist der günstigste Energieträger**

Kohle ist der günstigste und sicherste Energieträger. Lagerstätten gibt es weltweit, die den Energiebedarf der Menschen noch für Jahrhunderte decken können. Erneuerbare Energien sind hingegen weniger günstig als häufig dargestellt wird. Ein Super-GAU für Klima-Ideologen - und eine Lüge, die wir in unserem großen Faktencheck in COMPACT-Spezial "Klima-Terroristen. Was sie denken - und wer sie bezahlt" entlarven. …

Von Prof. Dr. Ing. *Hans-Günter Appel*

Transport und Lagerung brauchen keine Pumpen, Rohrleitungen oder spezielle Behälter. Das haben die meisten Länder der Welt verstanden - außer Deutschland.

Gebrochene Versprechen nach dem Atomausstieg

Vor mehr als 20 Jahren wurde von der Rot-Grünen Regierung unter Bundeskanzler Schröder und Umweltminister Trittin die Abschaltung der Kernkraftwerke in Deutschland beschlossen. Damals hat die Regierung noch mit Fachleuten der Energieerzeuger nach dem besten Weg gesucht, die Stromversorgung ohne Kernkraftwerke weiterhin sicher und preiswert zu gestalten.

Die Kapazitäten der Kernkraftwerke sollten durch Kohlekraftwerke ersetzt werden. Da zu der Zeit die Steinkohleförderung in Deutschland wegen zu hoher Kosten beendet wurde, sollte Importkohle eingesetzt werden. Die sichere Erzeugerleistung bliebe so erhalten bei einer Er-

höhung der Stromkosten um 0,5 bis 1 Cent pro Kilowattstunde. Am Tiefwasserhafen von Wilhelmshaven wurden zusätzlich zu dem vorhandenen 750 Megawatt-Kraftwerk von Uniper noch drei weitere Kraftwerke mit der gleichen Leistung geplant. Nur ein Kraftwerk ist von dieser Planung realisiert worden. Auch in Hamburg Moorburg wurde ein neues Kohlekraftwerk mit zwei 825 Megawatt-Blöcken gebaut. Weiter sollten die mit heimischer Braunkohle betriebenen Kraftwerke modernisiert und ausgebaut werden.

Agora-Energiewende steuert deutsche Energiepolitik

Verhandlungsführer der Bundesregierung war Rainer Baake, grüner Staatssekretär im Ministerium von Trittin. Nach Insider-Berichten stimmte er zunächst dem Bau neuer Kohlekraftwerke zu, um beim nächsten Treffen wieder Einwände zu erheben. Es seien keine vertrauensvollen Absprachen möglich gewesen. Baake hat dann auch später als Direktor der Deutschen Umwelthilfe maßgeblich an der Verteufelung der Kohlekraftwerke mitgewirkt. Weiter hat er als Direktor die Agora-Energiewende aufgebaut, eine Lobby-Organisation für die Energiewende, die weitgehend von US-Amerikanischen Stiftungen finanziert wird. Diese Gruppe ist hervorragend in der Politik vernetzt und bestimmt weitgehend die deutsche Energiepolitik.

Der Ausstieg aus der Kohleverstromung beruht maßgeblich auf Empfehlungen von Agora Energiewende. Es wurde behauptet, man könne Deutschland mit den sogenannten regenerativen Energien aus Sonne, Wind und Biomasse sicher und bezahlbar mit Strom versorgen. Die von der Praxis gelieferten Ergebnisse sehen anders aus. Wir müssen lernen, daß dies nicht möglich ist.

Mit jeder weiteren "Ökostromanlage" steigt der Strompreis und sinkt die sichere Stromversorgung. Ursache sind die geringen und nicht regelbaren Leistungen der Wind- und Solaranlagen, die je nach Wetterlage nur zwischen 0 und 60 Prozent der installierten Leistung liefern. Mit solchen unzuverlässigen Leistungen kann kein Stromnetz aufgebaut werden, das jederzeit die gewünschte Leistung für den Verbraucher bereit stellt. "Ökostrom" sollte daher als Fakepower bezeichnet werden, um diesen Sachverhalt klar herauszustellen.

Industrievermögen wird vernichtet

Das neu gebaute Kraftwerk Moorburg gehörte zu den ersten, das nach dem Kohleausstiegsgesetz abgeschaltet wurde. Es hat nur 6 Jahre Strom produziert. Der Gesamtumsatz lag bei 1,7 Milliarden Euro, wenn man einen Erlös von 5 Cent/Kilowattstunde ansetzt. Der Bau kostete 3 Milliarden Euro. Es ist ein riesiger Verlust an Industrievermögen, den wir alle mit Steuern und höheren Strompreisen bezahlen müssen.

Die Energieversorgung in Deutschland wird mit Fortführung der Energiewende immer teurer und unsicherer. Was ist zu tun, um wieder Anschluß an die Weltwirtschaft zu erreichen? Wir brauchen wieder sicher verfügbare und bezahlbare Energie. Nur so kann die industrielle Abwanderung gestoppt werden. Auch die Wehrkraft der Bundeswehr ist nur gegeben, wenn jederzeit genügend Energie verfügbar ist.

Deutschland wird immer erpreßbarer

Doch mit der geplanten Abschaltung der Kohlekraftwerke ist Deutschland fast gänzlich auf Energieimporte angewiesen und kann jederzeit von den Lieferanten erpreßt werden. Wir müssen unbedingt die heimische Braunkohle weiter zur Stromerzeugung nutzen, damit eine Grundversorgung gesichert ist. Darüber hinaus muß der Zugang zu den Öl- und Gaslagern im Schiefergestein aufgeschlossen werden, um bei Bedarf kurzfristig die Förderung aufnehmen zu können. Die Lieferländer von Kohle, Erdgas und Erdöl sollten breit gestreut werden. Für flüssiges Erdgas (LNG) wird das schwierig, weil es nur wenige Lieferländer mit Verflüssigungsanlagen gibt.

Das Festhalten an der Energiewende mit der Subventionierung von Fakepower verteuert die Energie deutlich durch die ideologisch bedingten Kosten. In erster Linie müssen die Abgaben auf CO2-Emissionen fallen. Sie verteuern die Energie um mehr als 30 Milliarden Euro/Jahr.

Geplant ist eine Verdopplung bis Verdreifachung dieser Abgaben. Das sind bis zu 1000 Euro pro Einwohner und Jahr. Weiter müssen die Subventionen für Fakepower, die Einspeisevergütungen nach dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG), abgeschafft werden. Die Fakepower-Erzeuger müssen ihren Strom direkt vermarkten.

Energievorräte sind notwendig

Die Stromerzeuger müssen verpflichtet werden, Brennstoff für mehrere Wochen vorzuhalten. Für Erdöl ist das seit vielen Jahren der Fall. Der Bedarf für 3 Monate wird in Salzkavernen gelagert. Erdgas lagert in Kavernen, die für den hohen Winterverbrauch gefüllt werden.

Auch dies ist eine Reserve für einige Tage bis einige Wochen. Für Kohle ist keine Reserve vorgeschrieben und auch nicht vorhanden. Die meisten Kohlekraftwerke haben Kohle nur für wenige Tage. Für eine sichere Stromversorgung muß sich das ändern. Es müssen Kohlevorräte für einige Wochen angelegt werden. Dies ist einfach, denn Kohle kann problemlos auf Halde im Freien gelagert werden. Wie sollte nun eine optimale Energieversorgung in Deutschland aussehen?

Der Strom muß weitgehend mit Kohlekraftwerken erzeugt werden. Um Leistungsspitzen abzudecken, sind Gaskraftwerke am besten geeignet. Die Subventionierung und sonstige Stützung von Fakepower einschließlich der CO2-Abgaben sind sofort zu beenden. Zur Vermeidung von Stromverlusten müssen Kraftwerke in unmittelbarer Nähe von Großverbrauchern betrieben werden. Dann kann auf teure neue Stromtrassen quer durch das Land verzichtet werden, die viel Energie schlucken (Die Leitungen werden bei Volllast bis zu 60 °C warm).

Die Heizungen sollten vorwiegend weiter mit Erdgas betrieben werden. Wärmepumpen sind keine wirtschaftliche Alternative. Sinnvoll und kostensparend ist dazu eine Warmwasserversorgung mit Sonnenkollektoren. Im Sommer wird dann keine weitere Wärmequelle mehr zur Warmwassererzeugung gebraucht.

Mit diesen Maßnahmen wird der Strompreis halbiert und der Brennstoff optimal ausgenutzt, also verringert. Nach den Berichten in den öffentlichen Medien geht die Ampelregierung nicht diesen Weg. Ihre Ideologie fordert die Energiewende, durch die immer mehr erzeugte Energie vernichtet wird, bevor sie den Verbraucher erreicht. Wann wird sich das endlich ändern?

Dieser Beitrag erschien auf eike-klima-energie.eu.

Erneuerbare Energien sind hingegen weniger günstig als häufig dargestellt wird. Ein Super-GAU für Klima-Ideologen - und eine Lüge, die wir in unserem großen Faktencheck in COMPACT-Spezial "Klima-Terroristen. Was sie denken - und wer sie bezahlt" entlarven.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 5. Mai 2024 (x1.369/…):

>>**Wirtschaftshistoriker: Menschen werden durch KI dümmer**

Der Wirtschaftshistoriker Harold James sieht die größten Gefahren der Künstlichen Intelligenz (KI) in ihren Auswirkungen auf das menschliche Gehirn und das Sozialleben. "Viele Aktivitäten, die wir bisher mit dem Gehirn gemacht haben, werden uns abgenommen", sagte der Wissenschaftler von der US-Eliteuniversität Princeton dem "Spiegel". "Die Menschen werden durch KI dümmer werden, weil sie ihre Gehirne weniger intensiv nutzen und trainieren."

Als Beispiel nannte James, daß es schwieriger werden könne, Menschen zum Erlernen von Fremdsprachen zu motivieren, wenn "KI uns alles sofort übersetzen kann".

Zudem erwarte er Veränderungen in zwischenmenschlichen Beziehungen. So ließen sich in China schon heute Millionen Männer von einem Chatbot durch den Alltag begleiten, als Ersatz für eine Freundin. "Für mich sind die Herausforderungen, die sich daraus ergeben, mindestens so groß wie die damit verbundenen Sicherheits- und Militärfragen", sagte der Forscher.

Skeptisch äußerte sich der Wirtschaftshistoriker zu aktuellen Forderungen und Versuchen, die Entwicklung von KI zu regulieren.

"Im Grunde genommen ist der Prozeß unkontrollierbar", so James. Auch die jüngst verab-

schiedete KI-Gesetzgebung der Europäischen Union hält er für problematisch: "Wenn, dann müßte man die Regulierung auf einer weltweiten Ebene aufsetzen. Wenn Europa allein vorprescht, sollte man sich nicht wundern, wenn man abhängig wird von den Entwicklungen anderer."

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 5. Mai 2024 (x1.376/…): >>**Tino Chrupalla (AfD) verurteilt Attacke auf sächsischen SPD-Europaabgeordneten - 17-Jähriger gesteht**

AfD-Bundessprecher Tino Chrupalla hat die Attacke auf den sächsischen SPD-Europaabgeordneten Matthias Ecke verurteilt. "Physische Angriffe gegen Politiker aller Parteien verurteilen wir zutiefst. Wahlkämpfe müssen inhaltlich hart und konstruktiv, aber ohne Gewalt geführt werden", schrieb der aus Sachsen stammende AfD-Chef auf der Internet-Plattform X und wünschte Ecke "viel Kraft und rasche Genesung".

Unterdessen hat sich nach Angaben des Dresdner Landeskriminalamtes ein 17-Jähriger gestellt und den Angriff auf Ecke gestanden. Dieser war beim Aufhängen von Wahlplakaten in der sächsischen Landeshauptstadt angegriffen und verletzt worden. Nähere Hintergründe wurden zunächst nicht bekannt. Der geständige Täter sei bisher nicht polizeilich in Erscheinung getreten, hieß es.

Feaser trommelt Innenminister zusammen

Die Innenminister von Bund und Ländern sollen jetzt über Schutzmaßnahmen für Politiker im Wahlkampf beraten. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) will dazu kurzfristig eine Sonderkonferenz mit ihren Amtskollegen einberufen. Bleibt die spannende Frage, ob es diese Sonderkonferenz auch gegeben hätte, wenn ein AfD-Politiker angegriffen worden wäre?<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 5. Mai 2024 (x1.369/…): >>**Offizielle Zahlen: Deutsche Infrastruktur verfällt immer weiter**

Der Verfall der Infrastruktur in Deutschland ist schneller als das Tempo bei der Sanierung, so daß die Zahl der maroden Straßen, Schienenstrecken und Brücken weiter steigt.

Das geht aus einer Antwort des Bundesverkehrsministeriums auf eine Anfrage der Bundestagsabgeordneten und BSW-Parteichefin Sahra Wagenknecht hervor, über die die Zeitungen des "Redaktionsnetzwerks Deutschland" in ihren Sonntagausgaben berichten. So wurden bei der jüngsten Zustandserfassung 2021/22 insgesamt 7.112 Kilometer Autobahn-Fahrstreifen als sanierungsbedürftig eingestuft, bei der vorigen Erfassung 2017/18 waren es noch 5.797 Kilometer.

Eine ähnliche Entwicklung gibt es im Schienennetz: Den Angaben der Regierung zufolge stieg die Zahl der Bahn-Brücken, die durch einen Neubau ersetzt werden müssen, trotz laufender Sanierungsarbeiten zwischen 2021 und 2023 von 1.089 auf 1.160. Der Umfang der dringend zu sanierenden Bahnstrecken wuchs in diesem Zeitraum von 17.529 auf 17.636 Kilometer - bei einem Gesamtnetz von rund 61.000 Kilometern.

Bei den Autobahnbrücken gab das Bundesverkehrsministerium die Zahl der zu sanierenden Bauwerke weiterhin mit 8.000 an - verwies aber gleichzeitig auf insgesamt 510 abgeschlossene Modernisierungen im Zeitraum zwischen 2021 und 2023.

BSW-Chefin Wagenknecht warf der Ampelregierung vor, in den vergangenen beiden Jahren habe sich die Lage weiter verschlechtert, die maßgebliche Schuld trage aber die Union. "CDU und CSU sind die Hauptverantwortlichen dafür, daß Straßen, Brücken und Schienen heruntergewirtschaftet wurden", kritisierte Wagenknecht.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 5. Mai 2024 (x1.369/…): >>**Balanceakt der Naturkonstanten: Die Grundfesten unseres Lebens**

Faszinierend und mit unheimlicher Präzision wirken und herrschen im Universum die Naturkonstanten - hinter dem mysteriösen Schleier der Unantastbarkeit. Sie sind unveränderlich über Zeit und Raum und zudem aufeinander präzise abgestimmt.

Von *Hans-Jörg Müllenmeister*

Die Wissenschaft bezeichnet dieses Phänomen oft als "Feinabstimmung". Das bedeutet: Schon geringste Änderungen in den Werten dieser Konstanten führen zu einem völlig anderen Universum, in dem Leben, wie wir es kennen, nicht existieren könnte. Keinem noch so ausgeklügeltem Physik-Experiment wird es gelingen, das Gegenteil zu beweisen. Denn gäbe es diese Feinabstimmungen fundamentaler Parameter nicht, würde sich das Universum schlagartig selbst ad absurdum führen: Sämtliches Leben stürbe auf der Stelle.

Die perfekte Ausdehnung des Universums nach dem Urknall

Das erste kosmologische Ereignis gab es m.E. erst nach dem hypothetischen Urknall: Die Geschichte der Feinabstimmung, eine Art "Unruhe" als Taktgeber im Uhrwerk des Kosmos. Das Universum dehnte sich aus (Inflationsphase), und zwar mit genau der richtigen Expansionsrate. Hätte sich das Universum zu dieser Anfangszeit nur ein bißchen weniger stark ausgedehnt, wäre alles wieder in sich kollabiert. Es gäbe keine Atome, keine Moleküle und vor allem kein späteres Leben.

Wenn es dagegen zu schnell expandiert wäre, hätte sich die gesamte Materie zu weit im entstehenden Raum verteilt. Zu einer Stern- und Planetenbildung wäre es nie gekommen. Nur ein präzises Maß dazwischen führte zu unserem Universum, daß Leben überhaupt zuließ. Sarkastisch sei angemerkt: Die Naturkonstanten sind zwar für unsere Existenz verantwortlich, nicht aber für unsere kollektive manische Selbstzerstörung. Von den Naturkonstanten hängen alle Größenverhältnisse im Universum ab. Sie bestimmen auch, warum ein Atom so klein und eine Sonne so groß ist.

Die Gravitationskonstante

Die Gravitationskonstante bestimmt die Stärke der Schwerkraft, die wir auf der Erde erfahren. Sie beeinflußt alles, was sich bewegt bis hin zu den Gezeiten der Ozeane durch die Anziehungskraft (Gravitationskraft) des Mondes und der Fliehkraft der Erde.

Damit überhaupt Sterne entstehen, muß es zu einer fein abgestimmten Beziehung zwischen den drei gekoppelten Naturkonstanten Gravitation, schwache Kernkraft und elektromagnetischer Kraft kommen. Dabei ist die Gravitationskraft, der absolute Schwächling unter allen Naturkräften. Man könnte meinen, daß sie demnach die geringste Bedeutung im Universum hätte. Verglichen mit der elektromagnetischen Kraft ist die Gravitation um etwa Faktor 1000 schwächer zwischen denselben Teilchen.

Erstaunlich, aber sie wirkt unendlich weit, also bis in die Abgründe des tiefsten Universums. Angenommen die Gravitationskraft wäre in einem andern Universum um den genannten Faktor größer, dann hätten Lebewesen von Insekten-Größe im Verhältnis zu ihrer Körpergröße dicke Elefantenbeine. In so einem Universum wären keine komplexen Lebensformen zu erwarten. Unter diesen Bedingungen hätte sich in einem Universum wegen der kurzen Sternlebenszeit von typisch Zehntausend Jahren kein Leben entwickeln können. Bedenken Sie: unsere eigene Evolution dauerte Jahrmilliarden.

Die Lichtgeschwindigkeit im Vakuum: Eine aufschlußreiche Episode für echte Physik-Fans

Die Lichtgeschwindigkeit im Vakuum ist, soweit ich weiß, die einzige ganzzahlige Naturkonstante mit einem exakten Wert von c = 299 792 458 m/s.

Sie stellt die maximal mögliche Geschwindigkeit im Universum dar. Heutzutage läßt sich die Lichtgeschwindigkeit im Labor durch eine genaue Zeitmessung ermitteln, die ein Laserstrahl über eine festgelegte Strecke zurücklegt.

Eine Episode aus meiner Studienzeit: Ich erinnere mich an eine Vorlesung, in der unser Professor ankündigte, die Lichtgeschwindigkeit im Vakuum aus den sogenannten Maxwell-Gleichungen mathematisch abzuleiten. Am Ende der Rechenprozedur ergab sich folgender Zusammenhang (hier nur in Worten, ohne mathematische Zeichen): Die Lichtgeschwindigkeit

ist die inverse Quadrat-Wurzel aus den Produkten der Dielektrizitätskonstanten und der magnetischen Feldkonstanten. Das war für uns alle sehr verblüffend.
Aber wie kann das sein? Die Lichtgeschwindigkeit ist doch eine Naturkonstante und läßt sich mathematisch nicht ableiten. Die ungewöhnliche Ableitung des Professors zeigt in Wirklichkeit nur die fundamentale Beziehung zwischen drei universellen Konstanten auf. Die beiden anderen Konstanten, die aus der Elektrostatik und Magnetostatik stammen, können experimentell nur mit Meßunsicherheiten bestimmt werden.
Es gibt also keine "reinrassige" mathematische Ableitung der Lichtgeschwindigkeit. Sie ist vielmehr eine universelle Konstante, die nicht aus anderen "Variablen" abgeleitet werden kann. Als fundamentale Größe spielt die Lichtgeschwindigkeit eine zentrale Rolle in den Gleichungen der speziellen und allgemeinen Relativitätstheorie.

0 Kelvin oder -273,15 Grad Celsius: der absolute Nullpunkt

Dieser ist in der Tat eine Naturkonstante, obwohl der absolute Nullpunkt im Universum nicht natürlich vorkommt. Die niedrigste natürliche Temperatur im Universum ist die kosmische Mikrowellen-Hintergrundstrahlung, die bei etwa 2,7 Kelvin liegt: Dieses "Echo" des Urknalls durchdringt das gesamte Universum. Es gibt keinen natürlichen Ort im Universum, der eine Temperatur von 0 Kelvin erreicht oder sogar darunter liegt, wie etwa -3 Kelvin.
Der Begriff "Naturkonstante" bezieht sich auf eine physikalische Größe, die universell und unveränderlich ist. Der absolute Nullpunkt ist eine solche Konstante: Er definiert den unteren Grenzwert der Temperatur, unabhängig von den spezifischen Bedingungen im Universum.
Der absolute Nullpunkt ist ein fester Grenzwert; hier hören theoretisch alle Wärmebewegungen auf; er wurde rein mathematisch ermittelt. Wir können zwar Temperaturen erreichen, die ihm sehr nahe kommen, aber eben ihn nicht erreichen. Mit Laserkühlung ließen sich Proben schon bis auf einige Milliardstel Kelvin abkühlen. Es ist ähnlich wie die Lichtgeschwindigkeit, die ja auch eine Naturkonstante ist, obwohl keine Masse diese Geschwindigkeit je erreichen kann.

Bis in den subatomaren Bereich regieren die Naturkonstanten

… und das mit hoher Präzision: Die Massen der Atombausteine sind beinahe spukhaft genau abgestimmt. Man fragt sich: Warum sind Nukleonen so schwer, wie sie nun mal sind? Wäre die Masse des Elektrons im Verhältnis zur Masse des Protons auch nur eine Winzigkeit wenig anders, hätte das verheerende Folgen: Die Materie in der Form wie wir sie kennen, würde es nicht geben. Genau das gleiche würde auch passieren, wenn das Verhältnis der Stärke zwischen der starken Kernkraft (sie hält ja die Atombausteine zusammen) und der elektromagnetischen Kraft nicht exakt so wäre, wie sie es in Wirklichkeit sind.
Es gäbe z.B. keine Kohlenstoff-Atome, die Grundbausteine auf dem das ganze Leben auf unserer Erde beruht. Bildhaft gesagt: Unser Leben hängt am extrem dünnen Seidenfaden, der aufs Feinste abgestimmten Zahlenwerte in den Naturkonstanten.

Die Naturkonstanten sind keine Zufallsprodukte der Schöpfung

Mich wundert es nur, daß sich Steffen Hawkins - er war ja der bekannteste Astrophysiker unserer Zeit - als Atheist bekannte, selbst angesichts dieser Feinabstimmung in allen Schöpfungsakten des Makro- und Mikrokosmos. Es mag vielleicht unfair sein, genau hier Gott ins Spiel zu bringen, aber ich kann mir nicht vorstellen, daß die Grundfesten des Lebens sich rein zufällig so eingestellt haben: Sollen sie bloß das grandiose Produkt von Zufälligkeiten sein? Der Zufall ist kein Erklärungsmodell. Die Welt ist viel zu komplex in all ihren Teilen und Wechselbeziehungen, als daß man das allein dem Zufall zuschreiben könnte.
Leider neigen wir zumindest im täglichen Leben Unerklärliches mit dem puren Zufall zu erklären. Aber ist das nicht eine bloße Denkverweigerung? Die Wissenschaft beruft sich nicht auf Zufallsrechnungen, im Grenzfall vielleicht auf Berechnungen der Wahrscheinlichkeits-Verteilungen; sie sucht nach rationalen Erklärungen. Der Zufall markiert in den Naturwissen-

schaften lediglich die Grenze der Berechenbarkeit und Vorhersagbarkeit durch die Naturgesetze. Er bewirkt nichts, vor allem nicht das Entstehen von Leben; der Zufall selbst ist nicht Ursache von etwas. In einer Zufallsannahme drücken sich das Unvermögen und die Grenze unseres Denkens aus.

Die Planck'sche fundamentale Naturkonstante (h), entdeckt um die Jahrhundertwende

Da wir gerade beim Zufall sind, welch ein Zufall: Greifen wir die von Max Planck entdeckte fundamentale Naturkonstante der spukhaften Quantenphysik heraus, die damals Albert Einstein zu der berühmten Metapher inspirierte: "Gott würfelt nicht".

Diese bemerkenswerte Konstante definiert das Verhältnis von Energie (E) und Frequenz (f) für ein Lichtteilchen (Photon), ausgedrückt durch die Gleichung (E = h X f). Sie beschreibt die Quantelung der Energie, die Grundlage des Welle-Teilchen-Dualismus in der modernen Physik. Einfach ausgedrückt bedeutet dies, daß die Energie in einem harmonisch schwingenden System nur in diskreten, gequantelten Portionen abgegeben werden kann.

Diese Quantelung ist so fein, daß sie in makroskopischen Systemen nicht wahrnehmbar ist. Doch das Planck'sche Wirkungsquantum ist der Schlüssel zur heutigen Quantenmechanik, die ihrerseits Technologien wie Laser, Halbleiter und Magnetresonanz-Tomographie erst möglich macht.

Die Nachdenklichkeit bleibt

Es gibt noch weiterer Naturkonstanten, die genau den Wert haben, den sie haben müssen, damit es uns geben kann. Doch keiner weiß wirklich, wieso sie gerade diesen Wert haben. Und ist es nicht erstaunlich, daß gerade die Zeit für uns eindimensional abläuft und unser Raum dreidimensional ist? Wahrscheinlich charakterisiert so eine Feinabstimmung nur unser Leben. Gewiß böte etwa ein zweidimensionaler Raum auch keinen ausreichenden Platz für Strukturen des Lebens.

Es soll allerdings unter uns auch Menschen mit eindimensionalem Gehirn geben. Aber warum sollten es keine anderen Welten geben mit völlig anderen Naturgesetzen und Naturkonstanten? Immerhin wird so etwas gerade wieder im Kreis der Stringtheorie diskutiert.

Nur weil wir uns keine andere Möglichkeit des Lebens vorstellen können, die in einem Universum mit ganz anderen Eigenschaften existieren kann, folgt daraus nicht zwingend, daß es dieses Leben nicht geben könnte. Vielleicht existieren in höherdimensionalen Universen auch Lebewesen, die sich nicht vorstellen können, daß es in einem beschränkten Universum wie dem unseren, überhaupt etwas leben kann?

Fest steht: Die Naturkonstanten und ihr tieferes Verständnis sind noch nicht vollständig ergründet. Die Feinabstimmung der Naturkonstanten bleibt ein zentrales Forschungsthema der modernen Wissenschaft. Zwar ist einiges bekannt, doch das Geheimnis des Lebens ruht weiterhin verborgen in den versiegelten Katakomben der Schöpfung.

Ich schließe mich der Erkenntnis des antiken Sokrates an, der sagte: "Ich weiß, daß ich nichts weiß". Oft glauben wir voreilig, alles verstanden zu haben. Wir kennen die elementaren Rechenregeln, wenden sie aber vielleicht nachlässig an, wie bei diesem simplen Rechenbeispiel (hier verbal ausgedrückt): 3 minus 3 dividiert durch 1/3 plus drei ist gleich?

(Das Ergebnis finden Sie als fettgedruckte Zahl im Absatz über Kelvin).<<

06.05.2024

BRD: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 6. Mai 2024 (x1.369/…): >>**Berlin Drive-by-Shooting: Mann aus vorbeifahrendem Auto erschossen**

Im Berliner Bezirk Spandau ist ein Mann laut übereinstimmenden Medienberichten aus einem vorbeifahrenden Auto erschossen worden. Die Polizei bestätigte am Nachmittag, mehrere Notrufe aus dem Ortsteil Falkenhagener Feld im Bezirk Spandau erhalten zu haben und sich derzeit dort im Einsatz zu befinden.

"Ersten Ermittlungen zufolge besteht der Verdacht eines Tötungsdelikts", so die Beamten.

Rettungskräfte hätten noch vor Ort versucht, das Opfer zu reanimieren, er sei später jedoch im Rettungswagen verstorben.
Die Umgebung sei weiträumig gesperrt, der oder die Täter sind flüchtig. Weiter Details wurden zunächst nicht genannt. In den USA bezeichnet man einen Anschlag mit Schußwaffen aus einem am Opfer vorbeifahrenden Fahrzeug als "Drive-by-Shooting".
Ein solches Vorgehen tritt häufig bei Bandengewalt auf. Ein bekanntes Opfer eines solchen Anschlags ist der US-Rapper Tupac Shakur. Er wurde 1996 in Las Vegas Opfer eines Drive-by-Shootings.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 6. Mai 2024 (x1.368/…): >>**EU zieht Zulassung des Corona-Impfstoffs von AstraZeneca zurück**
Der Impfstoff Vaxzevria von AstraZeneca wurde zu Beginn der Corona-Impfkampagnen massenhaft verabreicht. Nun hat die EU die Zulassung des Vakzins zurückgezogen. Im Rahmen eines Gerichtsverfahrens in Großbritannien mußte das Unternehmen bereits eingestehen, daß es zu Impfnebenwirkungen aufgrund des Präparats kam.
Jonas Aston
Der Impfstoff Vaxzevria des schwedisch-britischen Unternehmens AstraZeneca wurde gerade zu Beginn der Corona-Impfungen massenhaft verimpft. Allein in Deutschland wurde er 12.803.142 Mal verabreicht - in ganz Europa insgesamt 68,8 Millionen Mal. Mit Wirkung zum 7. Mai darf das Präparat jedoch nicht mehr verimpft werden. Die EU hat die Zulassung des Impfstoffs widerrufen.
Von der Europäischen Arzneimittel-Agentur (EMA) erhielt der Impfstoff am 29. Januar 2021 eine Notfallzulassung. In dieser Zeit wurde das Vakzin immer wieder als "sicher und wirksam" bezeichnet. Schon in den folgenden Wochen kam es jedoch zu Berichten über Impfnebenwirkungen, gerade bei jüngeren Menschen. Hierzulande wurden Impfungen mit AstraZeneca aus diesem Grund im März 2021 ausgesetzt.
In Großbritannien läuft derzeit ein Gerichtsverfahren gegen das Unternehmen. Im Rahmen einer Sammelklage wollen Betroffene von Impfnebenwirkungen juristisch gegen das schwedisch-britische Unternehmen vorgehen. Im Rahmen des Verfahrens in Großbritannien mußte das Unternehmen bereits eingestehen, daß es zu Impfnebenwirkungen aufgrund des Präparats kam. Die Zulassung hat die EU jedoch nicht aufgrund von neuen Erkenntnissen über Impfnebenwirkungen zurückgezogen, sondern auf Antrag des Unternehmens AstraZenca selbst.
"Angesichts der Menge an verfügbaren und wirksamen Impfstoffen gegen neue Varianten von Covid-19 gab es keine Nachfrage mehr nach dem Vaxzevria-Impfstoff, der folglich nicht mehr hergestellt oder verteilt wurde", erklärte das Unternehmen gegenüber dem italienischen Medium Adnkronos. Aus diesem Grund habe man den Antrag gestellt. Der Grund dürfte jedoch vorgeschoben sein. Vielmehr könnte rechtliche Gründe im Vordergrund stehen. AstraZeneca hofft so wohl hohen Schadensersatzansprüchen und weiteren Gerichtsverfahren aus dem Weg gehen zu können.
Ende Januar 2021 unterzeichnete die EU-Kommission einen millionenschweren Vertrag mit AstraZeneca. Die EU-Mitgliedsstaaten verpflichteten sich 300 Millionen Dosen des Impfstoffs von AstraZeneca zu erwerben, mit einer zusätzlichen Option auf weitere 100 Millionen Dosen. Das genaue Volumen des Vertrags ist nicht bekannt. Wirtschaftlich war das Geschäftsjahr 2021 für das Unternehmen sehr erfolgreich. Mit seinem Impfstoff Vaxzevria erzielte AstraZeneca einen Umsatz von über zwei Milliarden Euro.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 6. Mai 2024 (x1.376/…): >>**Buchtip: "Der perfekte Untertan" von Gerald Grosz**
Unabhängig, kritisch und direkt -
Polit-Kommentator und Deutschland-KURIER-Kolumnist Gerald Grosz ist zurück! Nach seinem Verkaufsschlager "Freiheit ohne Wenn und Aber" und dem Manifest "Zeit für Sauber-

keit" zur Bundespräsidentenwahl 2022 nun "Der perfekte Untertan": das schneidend scharfe Buch zum Superwahljahr 2024, in dem es für die Österreicher und alle Europäer gilt, für Freiheit und Selbstbestimmtheit einzutreten - oder sich weiter von korrupten Eliten in Brüssel und daheim vorführen zu lassen.
Im "Superwahljahr" 2024 steht nicht nur die Europawahl Anfang Juni an: Hinzu kommen für die Österreicher die Nationalratswahl im Herbst sowie in der Bundesrepublik Deutschland ganze drei Landtagswahlen im September. Es steht viel auf dem Spiel für freiheitsliebende Bürger, und die ganze Sorge des Gerald Grosz gilt dem Hang des Menschen dazu, politische Zumutungen mit gesenktem Haupt über sich ergehen zu lassen.
"Dieses Buch soll aufklären, soll aufrütteln", schreibt Grosz und führt ausführlich in die Gefahren eines Lebens als "perfekter Untertan" ein. Von der Bildungskatastrophe und dem Verlust der Fähigkeit zum kritischen Denken bis hin zum Identitätsverlust im Abendland und der Gewöhnung an gesellschaftlich-politische Gängelungen hält er dem "mündigen Bürger" den Spiegel vor und stellt die zentrale Frage: Wollen wir eigenverantwortlich leben - oder uns weiter am Nasenring durch die Manege ziehen lassen?
Abgerundet wird das Buch von den schärfsten Texten Gerald Grosz' aus den Jahren 2022 bis 2024 - auf daß niemand vergesse, wie ernst die Lage vor unserer Haustür ist. Es geht von den hochumstrittenen Sanktionen gegen Rußland infolge des Ukrainekrieges über das inkompetente Regierungspersonal in Wien, Berlin, Brüssel und Washington bis hin zur unverantwortlichen Einwanderungspolitik in die westliche Welt: Grosz legt den Finger in jede Wunde und stellt schonungslos klar, was zu sagen ist.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 6. Mai 2024 (x1.377/…): >>**Islamisten: Zweite Hamburger Demo geplant**
Von *COMPACT Redaktion*
Die Gruppierung "Muslim Interaktiv" ruft auf X zu einer zweiten Demo in Hamburg auf, nachdem die erste zu Protesten geführt hat.
Nachdem die Gruppierung "Muslim Interaktiv" auf ihrer Hamburger Demo das Kalifat gefordert hatten, zogen am Samstag hunderte Demonstranten im Hamburger Stadtteil St. Georg gegen diese totalitäre Propaganda auf die Straße.
Schon einen Tag später antwortete "Muslim Interaktiv" auf diese Gegendemo mit einem Aufruf zu einer erneuten Kundgebung ihrerseits. Also zu einer Demo gegen die Gegendemo. Auf X: "Kommenden Samstag um 16 Uhr wehren wir uns gemeinsam verbal gegen die Zensur unserer islamischen Werte. Kommt in sha Allah alle zahlreich und laßt euch nicht von der Politik und den Medien einschüchtern!"
- Gegen den identitären Vordenker Martin Sellner hingegen hat die Bundesrepublik eine Einreisesperre erlassen, weil er die Remigration solcher islamistischer Gefährder fordert.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 6. Mai 2024 (x1.376/…): >>**CDU-Parteitag: Merz biedert sich den "Grünen" an**
Auf ihrem Berliner Parteitag diskutiert die CDU ab heute (6. Mai) über ein neues Grundsatzprogramm. Im Vorfeld hat sich Parteichef Friedrich Merz für eine differenziertere Betrachtung der "Grünen" ausgesprochen. Gerade in der Innen- und Außenpolitik würden die Ökosozialisten eine "sehr vernünftige Politik" machen, so Merz allen Ernstes auf Welt-TV. In diesen Bereichen stünden die "Grünen" der Union näher als den Koalitionspartnern SPD und FDP. Nur bei der Wirtschafts- und Energiepolitik würde "fast alles aus dem Ruder" laufen.
Schleswig-Holsteins linksgrüner Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) hatte zuvor in einem Interview kritisiert, daß die Union derzeit viele, die unter Angela Merkel CDU gewählt hätten, nicht erreiche. "Angela Merkels Kurs der Mitte war ihr Erfolgsrezept", sagte er den Zeitungen der Funke Mediengruppe und fügte mit einem Seitenhieb auf Merz hinzu: Angesichts des "miserablen" Rufs der Ampel-Koalition müsse die Union eigentlich besser daste-

hen.<<
Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 6. Mai 2024 (x1.371/…):
>>**Krankenhaus-Schließungen kosten Menschenleben**
Von *Herbert Ludwig*
Wir veröffentlichen einen Brief der vielfältig tätigen Bürgerbewegung "Gemeingut in BürgerInnenhand" (GiB), die sich intensiv gegen die am Profit der privaten Krankenhaus-Betreiber orientierte Zentralisierung und Schließung kleinerer Krankenhäuser wendet, wie sie vom Wirtschafts-Lobbyisten Lauterbach betrieben wird.
In der nachfolgenden "Aktionsinfo Klinikrettung" weist sie anhand von Erfahrungen aus dem Leben auf die Wichtigkeit wohnortnaher kleinerer Krankenhäuser hin, die in Notfällen vielfach lebensrettend sind, da weiter entfernt liegende zentrale Krankenhäuser oft nicht rechtzeitig erreicht werden können. (hl)
Liebe Freundinnen und Freunde einer guten Gesundheitsversorgung,
heute erscheinen zwei weitere Folgen unserer neuen Videoreihe zu Krankenhaus-Schließungen:
1. Röntgenassistentin Anke Görtz erzählt über die gebrochenen Versprechen nach der Krankenhaus-Schließung in Havelberg. Eindrücklich entkräftet sie den Mythos, daß die Zentralisierung der Krankenhäuser dem Personalmangel abhilft: Von 48 Krankenschwestern, die bis zur Schließung in der dortigen Klinik tätig waren, haben 45 der Arbeit im Krankenhaus den Rücken gekehrt. Das Video mit Anke: https://www.youtube.com/watch?v=nDlf9QusdK0
Transkript:
"Die Bevölkerung ist sehr deprimiert und auch verzweifelt, denn ortsnahe medizinische Versorgung ist das wichtigste Gut, das wir eigentlich haben.
Ich bin Anke Görz aus Hafelberg. Ich habe 23 Jahre in der Röntgenabteilung des Krankenhauses gearbeitet und setze mich seit der Schließung mit unserem Verein "Pro Krankenhaus Hafelberg" für die medizinische Versorgung im ländlichen Bereich bei uns in Hafelberg ein." -
- Einblendung:
Seit 2020 wurden 66 Krankenhäuser geschlossen.
Nur in knapp einem Drittel der Fälle entstanden nach der Schließung am bisherigen Standort Gesundheitszentren.
"Seit der Schließung des Krankenhauses in Hafelberg 2020 wurde uns von der Landesregierung versprochen, ein Medizinisches Versorgungszentrum in Hafelberg aufzubauen. Bis heute, 4 Jahre nach der Schließung, ist leider nichts passiert." -
- Einblendung:
Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach behauptet, daß Krankenhausschließungen notwendig sind, um das knappe Personal an weniger Standorten zu konzentrieren. Aber können Schließungen den Personalmangel beheben?
"Vor der Schließung des Krankenhauses arbeiteten 48 Krankenschwestern bei uns im Krankenhaus in Hafelberg, wovon jetzt genau noch 3 Schwestern wirklich als Krankenschwestern in einem Krankenhaus arbeiten. Alle anderen haben den Beruf gewechselt." -
- Einblendung:
Nach den Richtlinien des Gemeinsamen Bundesausschusses (G-BA) sollen alle Menschen ein Krankenhaus innerhalb von 30 Minuten mit dem Auto erreichen können.
"Insbesondere sind wirklich die älteren Leute betroffen, weil sie nicht wissen, wie sie in das nächste Krankenhaus nach Stendal kommen sollen. Das ist von Hafelberg 50 km entfernt und mindestens eine Fahrtzeit von 45 Minuten. Dadurch, daß wir kaum Infrastruktur haben - es fährt jede Stunde ein Bus -ist es für sie auch gar nicht möglich, wenn sie nicht selber mobil sind oder vielleicht jemanden haben, der sie fahren kann, dann auch in dieses Krankenhaus zu kommen." -

- Einblendung:
Krankenhausschließungen kosten Menschenleben.
"Ich kann von einem Fall berichten: Ein 78-jähriger Mann erlitt einen Herzinfarkt. Eine DRK-Sanitätshelferin war glücklicherweise vor Ort. Sie rief sofort die 112. Der Hafelberger Krankenwagen war leider unterwegs, deshalb mußte aus einem anderen Ort ein Krankenwagen angefordert werden. Der Notarzt war innerhalb von 20 Minuten vor Ort, und der Krankenwagen, der sich in Hafelberg leider nicht auskannte, stand 10 Minuten vor einem falschen Haus und wunderte sich, daß da niemand aufmachte, bis er merkte, daß er falsch war.
Nach einer halben Stunde war er dann vor Ort bei dem Patienten, der dann zu dieser Zeit schon nicht mehr ansprechbar war und wiederbelebt werden sollte, was aber dann leider nicht mehr gelang. Der Mann ist vor Ort verstorben."
2. Iris Stellmacher aus Breisach erzählt aus der Patientenperspektive, wie ihr das wohnortnahe Krankenhaus bei einem ganz alltäglichen Unfall das Leben gerettet hat. Warum dessen Erhalt für sie so wichtig ist: "Kurze Wege, ich fühle mich aufgehoben, ich fühle mich sicher, da kann ich gesund werden." Das Video mit Iris: https://www.youtube.com/watch?v=98amcaH75E0
- Transkript:
"Das wohnortnahe Krankenhaus ist wichtig, denn es hat mir mein Leben gerettet. Ich heiße Iris Stellmacher ich komme aus Breisach. Ich bin Ernährungswissenschaftlerin, habe als Ernährungsberaterin gearbeitet, bin aber inzwischen in Rente. Und warum ich mich mit dem Thema Krankenhaus beschäftige? Ja in Breisach gibt's noch ein kleines Krankenhaus, und ich habe es mehrfach in Anspruch nehmen können. Und ich denke, dem verdanke ich eventuell sogar mein Leben." -
- Einblendung:
Alltägliche Unfälle können zum Notfall werden. Das wohnortnahe Krankenhaus leistet die notwendige Erstversorgung"
"Es ist ein paar Jahre her, da hatte ich einen Hundebiß, selbst verschuldet, hab da eingegriffen und wollte einen Hund rausziehen, und dann ist ein Zahn an meiner Hand gelandet. Das wurde dann beim Hausarzt auch entsprechend versorgt, antibiotisch und so weiter, und es war mitten in der Woche. Und am Sonntag, am späten Nachmittag, gegen Abend, fing die Hand an zu schwellen, und mir wurde dann irgendwie …(ganz anders), ich habe Angst gekriegt, leicht, ich wurde unsicher. Und die Hand fing an, wie so ein Ballon so langsam aufzugehen.
Eigentlich wollte ich noch mit meinem Mann Bier trinken gehen, und dann haben wir gesagt, wir gehen jetzt beim Krankenhaus vorbei, weil wir noch ein Krankenhaus bei uns gehabt haben damals. Und deshalb laß ich sicherheitshalber jemand drauf schauen.
Es war Sonntagabend, und ich komme an, und der diensthabende Chirurg sieht sich die Hand an und sagt: Wann haben Sie das letzte Mal was gegessen? Und sofort hatte ich die Kanüle im Arm und lag im Tiefschlaf. Und die OP wurde angesetzt, der fing an zu operieren und hat meine Hand gerettet. Denn es war innen alles schon voller Eiter. Und es waren schon die Muskeln zum Teil angegriffen. Und die Gefahr der Blutvergiftung bestand." -
- Einblendung:
Eine Sepsis ("Blutvergiftung") ist ein akuter Notfall und die dritthäufigste Todesursache in Deutschland. Der Zustand einer Person mit Blutvergiftung kann sich innerhalb kurzer Zeit lebensgefährlich verschlimmern.
"Und so wurde … mir … letztendlich das Leben gerettet. Was hätte ich gemacht, wäre das Krankenhaus nicht dagewesen? Sonntagabend mit so viel Angst. Kann ich morgen noch zum Hausarzt gehen, oder ich fahre nach Freiburg irgendwie? Das halte ich auch für wahrscheinlich, daß das möglich ist, daß ich so gehandelt hätte."
- Einblendung:
Medizinische Versorgungszentren und Arztpraxen sind nachts und am Wochenende geschlos-

sen. Wohnortnahe Krankenhäuser versorgen uns hingegen täglich rund um die Uhr.
"Das regionale Krankenhaus in Breisach hat mir das Leben gerettet, weil es wohnortnah ist, und weil sofort am Sonntagabend gehandelt und meine Hand gerettet wurde, und somit auch mein Leben."
- Einblendung:
Qualität kann man nicht messen. Nähe, Vertrauen, Aufgehobenheit lassen sich nicht in Zahlen darstellen. Und doch sind sie wichtig für den Heilungsprozeß.
"Ich erinnere (mich an) einen Fall, den ich selber betreut habe als Diabetesberaterin in Breisach bei uns im Krankenhaus. Ein Patient mit Bauchspeicheldrüsenkrebs, er wurde in der Uniklinik in Freiburg operiert und kam dann zur Nachsorge, was immer wieder nötig ist, weil er einfach entgleist. Und das Insulin muß eingestellt werden, seine Enzyme müssen eingestellt werden, und das konnte dann in Breisach vor Ort gemacht werden. Er wurde von seiner Frau, von der Familie besucht, er wurde betreut, und er hat noch einige Jahre leben können."
- Einblendung:
Seit 2020 wurden 66 wohnortnahe Krankenhäuser geschlossen. Für rund 400.000 Menschen brachen gewachsene Strukturen und vertrauensvolle Beziehungen im Krankheitsfall weg.
"Kleine, wohnortnahe Krankenhäuser sind ganz besonders wichtig für die Heilung, für das Wohlfühlen, für das Gesundwerden. 50 Prozent vom Heilungsprozeß hängen davon ab, wie ich positiv eingestellt bin, wie ich versorgt werde, wie ich die Menschen kenne, wie die Abteilungen sind. Kurze Wege, man kennt sich untereinander. Ich fühle mich aufgehoben, ich fühle mich sicher, und da kann ich gesund werden." ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 6. Mai 2024 (x1.377/…):

>>**Generalbundesanwaltschaft stützt Krieg gegen Rußland**

Von *COMPACT Redaktion*

Die Luftwaffenoffiziere auf dem Taurus-Video können sich freuen. Die Generalbundesanwaltschaft weist Strafanzeige zurück: Man darf acht Jahrzehnte nach dem 2. Weltkrieg wieder Krieg gegen Rußland führen.
Nach dem Leaking des Taurus-Videos, in dem Luftwaffenoffiziere der Bundeswehr einen Beschuß der Krimbrücke durch Marschflugkörpern planen, stellte der Rechtsanwalt Dirk Schmitz Strafanzeige wegen Vorbereitung eines Angriffskrieges. Begründung: Rußlands Krieg gegen die Ukraine stelle keinen "Tatbestandsausschluß für Angriffshandlungen durch Deutschland oder einen Rechtsfertigungsgrund" dar.
Ein solcher Grund böte nur der "Angriff eines Drittstaates auf Deutschland oder der Eintritt des NATO-Bündnisfalles". Mit dieser Strafanzeige beabsichtigte er, "die oberste Justizbehörde mit einer sauberen juristischen Begründung eines Tabu- und Rechtsbruches zu stellen". Natürlich vergeblich.
Die zuständige Generalbundesanwaltschaft ließ in ihrer Erwiderung wissen: Im vorliegenden Falle sei Rußland der Aggressor, verstoße somit gegen das "völkerrechtliche Gewaltverbot". Das Verfahren werde eingestellt. Die Verfügung wurde auf der Website des Journalisten Alexander Wallasch veröffentlicht. Darin erfährt der Leser, warum Deutschland acht Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg wieder in Richtung Moskau ballern darf …
Die UN-Charta gewährleistete der Ukraine das Recht auf Selbstverteidigung, das beinhalte auch die Anwendung von Gewalt. Schlußfolgerung:
"Dieses Selbstverteidigungsrecht ist jedoch, wie aus dem Wortlaut von Art. 51 UN-Charta klar hervorgeht, nicht nur als individuelles Recht, sondern auch als kollektives Selbstverteidigungsrecht anerkannt. Das bedeutet, daß ein Staat, der Opfer eines bewaffneten Angriffs oder Angriffskrieges geworden ist, bei der Ausübung seines Selbstverteidigungsrechts durch einen anderen Staat (oder mehrere andere Staaten) unterstützt werden darf. Eine solche Unterstützung würde damit keinen Angriffskrieg und auch keine Angriffshandlung konstituieren."

Das beziehe sich auch auf die Krim, die Rußland 2014 völkerrechtswidrig annektiert habe, "was sich seinerseits als Verstoß gegen das Gewaltverbot darstellte." Also: Bahn frei für deutsche Kriegsbeteiligung. - Rechtsanwalt Schmitz, daß das Schreiben der Behörde in hohem Maße alarmierend sei: "Die Bundesrepublik bereitet rechtlich und systematisch den Einsatz deutscher Truppen und NATO-Truppen im Ukraine-Krieg vor."
Mit dieser Verfügung habe die Generalbundesanwaltschaft sich zum "Erfüllungsgehilfen der Bundesregierung" gemacht. Übrigens: Auch Rußland beruft sich in seiner militärischen Aktion auf Artikel 51 der UN-Charta, betont das kollektive Selbstverteidigungsrecht der Volksrepubliken Donezk und Lugansk. Zuvor hatte Moskau beide als souveräne Staaten anerkannt.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 6. Mai 2024 (x1.368/…): >>**Stille Implosion**
Im ersten Quartal des laufenden Jahres haben zahlreiche deutsche Unternehmen angekündigt, massiv Stellen abzubauen und Investitionen aus Deutschland abzuziehen. Dahinter steht eine große Unsicherheit - die Folgen sind verheerend. Eine Chronik.
Zan Blagojević
Erst kürzlich ist bekannt geworden, daß chinesische Hacker den deutschen Automobilkonzern Volkswagen jahrelang ausspioniert haben. Sensible Daten und deutsches Know-how wurden systematisch gestohlen, um sich einen Wettbewerbsvorteil zu verschaffen. Und die Tendenz der erstarkenden chinesischen Konkurrenz hält an: 2020 noch war mehr als jedes vierte neu zugelassene Fahrzeug in China entweder ein VW, ein Mercedes-Benz oder ein BMW.
Jetzt ist es nur noch knapp jedes fünfte Fahrzeug. Schwache Nachfrage, zu hohe Kosten, eine fragile Energieversorgung und große Unsicherheit setzen deutsche Unternehmen vor allem hierzulande zu. In den vergangenen drei Monaten kündigten deshalb zahlreiche DAX-Konzerne, Mittelständler und Familienunternehmen eine Entlassungswelle an. Auch kleine Einzelhändler bleiben nicht unverschont.
Die Automobilbranche ist mit am stärksten betroffen: Waren dort 2018 noch über 830.000 Menschen beschäftigt, sind es fünf Jahre später nur noch knapp 780.000 Menschen. Internen Quellen zufolge plant die Volkswagen AG den Abbau von etwa 20.000 Stellen allein am Hauptsitz in Wolfsburg.
Dort sind ca. 60.000 Arbeiter beschäftigt, also betrifft die Entlassungswelle jeden dritten. Noch ist diese Nachricht nicht offiziell. Gelockt soll mit sehr hohen Abfindungen oder großen Bonuszahlungen werden, teilweise in Höhe von einem Jahresgehalt.
Daraus kann man schließen, daß es den deutschen Autobauern aktuell noch einigermaßen gut geht, die Zukunft allerdings ungewiß bleibt. Investitionen werden bei Unternehmen sorgfältig geplant. Dabei ist es enorm wichtig, zukünftige Kennzahlen (z.B. Kapitalfluß, Kosten) möglichst präzise zu forecasten, also vorauszusagen. Unsichere Rahmenbedingungen erschweren die Rechnung, sodaß Investitionen nicht nur komplett ausbleiben, sondern sogar an anderen Stellen gespart werden muß. Zu den Unsicherheiten zählt die instabile Energieversorgung oder zu hohe Energiepreise im Vergleich zum Ausland.
Tausende Stellen im Automobilsektor abgebaut
Continental, börsennotierter Automobilzulieferer, will über 7.000 Stellen abbauen, davon knapp 2.000 im Bereich der Forschung und Entwicklung. Das sollte aufschrecken: Deutsches Know-how im Automobilbereich ist weltweit anerkannt und gilt als tragende Säule des deutschen Wohlstands. Gerade wenn der Markt nach neuen Antriebstechnologien sucht, sollte Deutschland in der Forschung und Entwicklung die Führung übernehmen.
Ein weiterer Automobilzulieferer ist Hella, Tochter eines französischen Mutterkonzerns, der jetzt angekündigt hatte, 10.000 Stellen zu streichen. Hella ist weltweit aufgestellt, dementsprechend ist noch unklar, ob die geplanten Entlassungen die Mitarbeiter an den deutschen Standorten treffen werden.

Das Schicksal der Entlassungswelle trifft allerdings auch andere Industrien: So planen beispielsweise die Chemiekonzerne BASF und Bayer, Stellen abzubauen - wegen schlechter Nachfrage und zu hohen Produktionskosten. Auch Stahlkonzern Thyssen Krupp muß sparen: Der Vorstand setzt auf eine Verkleinerung der Stahlsparte, will knapp 5.000 Stellen streichen. Gleichzeitig soll die Sparte für einen Verkauf attraktiv gemacht werden. Bereits in der Vergangenheit waren immer wieder nur ausländische Investoren interessiert, jedoch keine deutschen.
Große Transformation wird auch bei den beiden süddeutschen Großunternehmen Bosch und SAP erwartet. Die Kosten seien zu hoch, es müsse eine Umstrukturierung vollzogen werden, welche den wertvollsten deutschen Konzern rund 2,2 Mrd. Euro kosten wird. Dazu sollen knapp 8.000 Stellen abgebaut werden. Bosch erwartet rund 7.000 Entlassungen.

"Die Lage ist so schlecht wie lange nicht mehr"

Nicht nur bei den großen DAX-Konzernen ist ein erschreckender Trend zu erkennen. Auch kleinere Unternehmen und Mittelständler müssen sich auf Entlassungen einstellen - etwa 56 Prozent der Beschäftigten in Deutschland sind bei solchen kleinen und mittleren Unternehmen angestellt. Das betrifft knapp 22 Millionen Menschen. Sie arbeiten bei Firmen, die oft familiengeführt sind. Traditionsreich und in der Region verwurzelt, sind sie eine Säule des sozialen Zusammenhalts.
Deshalb erschreckt es, wenn der ostwestfälische Haushaltsgerätehersteller Miele plant, 2.000 Stellen abzubauen und rund 700 neue Stellen nach Polen zu verlagern. Auch Vorzeigeunternehmen Stihl muß Stellen streichen. Zuletzt plante der Gerätehersteller ein neues Werk in Ludwigsburg (Baden-Württemberg), baut dieses jetzt aber in der Schweiz, obwohl dort zu höheren Löhnen gearbeitet wird. Deutschland sei "kein Selbstläufer mehr bei Investitionen", sagte kürzlich der Aufsichtsratsvorsitzende Nikolas Stihl dem Handelsblatt.
Augenscheinlich spitzt sich die Lage somit auch für Mittelständler und Familienunternehmen immer weiter zu. Zu erkennen ist die Strategie, daß jetzt Investitionen eingefroren und aufgeschoben werden. Mitarbeiter sollen möglichst gehalten werden, aber keine neuen Stellen besetzt werden. "Die Lage ist so schlecht wie lange nicht mehr", sagte auch Angelique Renkhoff-Mücke in einem Interview mit dem Handelsblatt. Sie ist geschäftsführende Gesellschafterin des Markisenherstellers Warema und prognostiziert, daß wir uns auf eine "langanhaltende rezessive Phase einstellen müssen."
Die Unternehmen suchen deshalb Auswege. Sie führen ins Ausland, oft nach China. "Selbst Mittelständler vertiefen ihre Wertschöpfung und siedeln in China sogar ihre Forschung und Entwicklung an", sagt Christian Rödl, Mehrheitsgesellschafter des Beratungshauses Rödl und Partner. Hauptgrund sei dafür die hohe Steuerlast in Deutschland. Während der durchschnittliche nominale Körperschaftssteuersatz hierzulande bei ca. 30 Prozent liegt, sind es im Ausland viel weniger: Der OECD-Durchschnitt liegt bei ca. 24 Prozent, Polen verlangt nur 19 Prozent.
Bedrohlich ist auch das Sterben der Kleinstunternehmen und Geschäfte. Sie können ihren Betrieb nicht ins Ausland verlagern. Erst kürzlich warnte der Deutsche Handelsverband (HDE) vor Schließungen im Einzelhandel. Seit 2015 haben über 60.000 Geschäfte in deutschen Innenstädten geschlossen, ein Rückgang von 17 Prozent. Schwache Nachfrage, Umsatzrückgänge und hohe Kosten treiben die Kleinbetriebe immer weiter in die Insolvenz.

Der langsame Schwund

Die Parallelen zwischen großen DAX-Konzernen, Mittelständlern und kleinen Unternehmen sind offensichtlich. Die gesamte Wirtschaft leidet unter hohem Kostendruck. Zum einen sind die Energiekosten in den letzten 36 Monaten enormer Volatilität (Schwankung) ausgesetzt gewesen.
Oft wird nun argumentiert, sie würden sich wieder auf Vorkrisenniveau befinden. Jedoch ist

der entscheidende Faktor, wie sich die Strom- und Gaspreise im Wettbewerb verhalten: Im europäischen Ausland und insbesondere in China und den USA sind die Energiekosten weitaus niedriger. Deshalb sind diese Länder als potentielle neue Produktionsstandorte attraktiver. Das Abschalten der Atomkraftwerke im Rahmen der Energiewende - dem unerreichbaren und unrealistischen Ziel hinterherlaufend, in sechs Jahren 80 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Energien zu beziehen - sind ein großer Unsicherheitsfaktor für die energieintensive deutsche Industrie.
Das bestätigt eine Studie der Wirtschaftsweisen Veronika Grimm. Sie ist Mitglied des Sachverständigenrates, berät die deutsche Regierung. In vielen Zeiträumen des Jahres kann es zu sogenannten "Dunkelflauten" kommen, wenn also der Wind nicht weht und die Sonne nicht scheint.
Um diese Energielücken zu decken, müssen Batteriespeicher und Gaskraftwerke einspringen. Operativ ist dies natürlich mit Betriebskosten verbunden und deutet laut Grimm nicht darauf hin, "daß die Stromkosten im kommenden Jahrzehnt deutlich sinken werden." Auch die sogenannte grüne Transformation ist ein enormer Kostenfaktor. Sie betrifft vor allem deutsche Konzerne, die mühsam EU-Regularien befolgen und ständig ESG-Kriterien der institutionellen Anteilseigner erfüllen müssen.
Was alle deutschen Unternehmen - von groß bis klein - gleichermaßen betrifft, ist die schwache Konjunktur. Inflation und die hohe Steuerlast in Deutschland drücken die Nachfrage, es kommt zu Umsatzrückgängen. Die Folge ist so still wie verheerend: Unternehmen überprüfen ihre Investitionen. Es passiert nicht ruckartig, bisher gehen Firmen noch nicht pleite - aber sie schrumpfen, sie bauen ab.<<
Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/28971" berichtet am 6. Mai 2024 (x1.366/…): >>**WHO-Pandemievertrag sichert der Pharmaindustrie 500 Milliarden bedingungsloses Grundeinkommen (Beatrix von Storch)**
Der geplante WHO-Pandemievertrag zwingt jeden Mitgliedstaat dazu, sehr viel Geld in die "Pandemieprävention" zu stecken und sich mit Impfstoffen zu bevorraten, obwohl gar nicht sicher ist, ob diese jemals gebraucht werden. Die deutsche Juristin und Politikerin Beatrix von Storch bringt es prägnant auf den Punkt, daß Pharma und Co. hier als einseitige Gewinner aus dem Pandemievertrag hervorgehen werden, sollten wir ihn nicht verhindern. …
Durch den WHO-Pandemievertrag wird jeder Mitgliedstaat gezwungen, sehr viel Geld in die "Pandemieprävention" zu stecken und genötigt, sich mit Impfstoffen zu bevorraten. Niemand weiß, ob diese jemals gebraucht werden. Währenddessen gehen jetzt schon reihenweise Krankenhäuser und Arztpraxen pleite.
Beatrix von Storch: Der Pandemie-Wahnsinn der WHO geht jetzt ganz aktuell in die nächste Runde. Der aktuelle Entwurf des Pandemievertrags der WHO liegt vor und natürlich haben Sie davon noch nichts gehört, weil der hat es wirklich in sich.
Es geht um viel Geld. Im Kern, die WHO-Staaten, die Mitgliedstaaten sollen sich verpflichten, fünf Prozent ihrer Gesundheitsausgaben in die Pandemieprävention zu stecken. Fünf Prozent der Gesundheitsausgaben.
Die Dimensionen sind den meisten gar nicht klar. Im Schnitt gibt jeder Staat auf der Welt zehn Prozent seines Bruttoinlandsproduktes - des BIPs - für Gesundheit aus. Das globale BIP aller Staaten sind 100 Billionen Dollar. Zehn Prozent davon sind also zehn Billionen. Und fünf Prozent davon soll jetzt in die Pandemieprävention fließen.
Das sind 500 Milliarden im Jahr. Für Deutschland sind es 20 Milliarden im Jahr.
Wir haben eine Gesundheitsausgabe von 400 Milliarden. Fünf Prozent davon sind 20 Milliarden.
Das sind zehnmal mehr, als der Bundeshaushalt jetzt bereits an Zuschuß in die defizitären öffentlichen Krankenkassen leistet, weil die jetzt schon mit dem Beitragsaufkommen nicht klar-

kommen.
Und wenn der WHO-Vertrag ratifiziert ist, dann verpflichten wir uns, jedes Jahr 20 Milliarden in die Prävention zu stecken. Und das, obwohl jetzt schon 50 Prozent unserer Krankenhäuser vor der Pleite stehen oder in den letzten Jahren 7.000 Arztpraxen geschlossen haben. Und zwar nicht wegen Reichtum.
Wir haben kein Geld für die aktuelle Gesundheit, aber jetzt sollen wir Prävention betreiben und zum Beispiel Impfstoffe auf Vorrat einkaufen und lagern. Und weil die nur begrenzt haltbar sind, müssen wir immer neue nachkaufen.
Praktisch ist das ein bedingungsloses Milliarden-Grundeinkommen für Pharmakonzerne.
Dabei wissen wir nicht mal, ob wir die Impfstoffe brauchen oder nicht. Das Geld, das wir in den letzten Jahren gebraucht haben, ist nicht mehr da. Das Geld fließt trotzdem in die Kassen von Pfizer und BioNTech.
Die kommen vor Lachen nicht mehr in den Schlaf. Und dann sollen wir alle zwei Jahre eine Pandemie-Simulation durchführen. Das heißt, alle zwei Jahre soll das gesamte Gesundheitssystem und wir Bürger so tun, als gäbe es eine Pandemie, auch wenn gerade keine da ist. Dann spielen wir es halt. Auch das kostet wieder Milliarden.
Das gesamte öffentliche Leben wird umgekrempelt und so weiter. Denen genügen nicht die Krisen, die wir jetzt haben. Wirtschaftskrise, Energiekrise, Rentenkrise, Migrationskrise.
Zusätzlich sollen wir auch noch eine Pandemie -Krise im Gesundheitssystem simulieren. Die Gesellschaft soll in eine ständige Pandemie-Panik versetzt werden, um so dann noch bereitwilliger die globalen Pharmakonzerne zu bereichern.
Dieser WHO-Pandemie-Vertrag darf niemals ratifiziert werden. Und die AfD wird alles tun, um das zu verhindern. Und wenn Sie einen Beitrag leisten wollen, dann teilen Sie zum Beispiel dieses Video, damit die Menschen wissen, was auf sie zukommt.<<

07.05.2024

BRD: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 7. Mai 2024 (x1.369/…): >>**Email offenbart AKW-Disput zwischen Habeck und Betreibern**
Zwischen den großen AKW-Betreibern und dem Bundeswirtschaftsministerium hat es in den Monaten vor der Abschaltung der Kernkraftwerke offenbar einen offenen Disput über Laufzeiten und einen möglichen Reservebetrieb gegeben. Das berichtet die "Bild" unter Berufung auf jetzt freigegebene Emails und Briefe der großen AKW-Betreiber und dem Wirtschaftsministerium. Demnach hielten die Unternehmen den Weiterbetrieb für umsetzbar.
In einer Mail des Betreibers Preussenelektra (PE) heißt es demnach, der Gesetzentwurf für den AKW-Reservebetrieb und die Abschaltung "widerspricht in vielen Punkten inhaltlich und im Geist unseren gemeinsamen verabredeten Eckpunkten".
Damit werde die Gesamteinigung erneut in Frage gestellt. Man habe "keine Erklärung dafür" und deshalb "dringenden Gesprächsbedarf", zitiert die "Bild" aus der PE-Email. Auch weitere Betreiber skizzierten für die Regierung Szenarios, wie ein AKW-Weiterbetrieb aussehen könnte. Von einer Ablehnung wegen fehlender Brennstäbe, wie Habeck vorgegeben hatte, findet sich kein Wort.
In einem Brief des Betreibers EnBW heißt es, daß das AKW Neckarwestheim II (GKN II) "aus rein technischer Sicht" weiterbetrieben werden könnte. Die Informationen, wie lange und bei welcher Leistung ein Betrieb möglich wäre, wurden vom Wirtschaftsministerium unkenntlich gemacht.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 7. Mai 2024 (x1.368/…): >>**Kriminalitäts-Statistik auf Twitter geteilt: AfD-Politikerin muß 6.000 Euro Strafe zahlen**
Die AfD-Politikerin Marie-Thérèse Kaiser teilte auf Twitter einen Beitrag zu Sexualverbrechen von Afghanen, den sie mit einer Statistik unterlegt hatte. Deshalb wurde sie nun wegen Volksverhetzung zu einer Geldstrafe in Höhe von 6.000 Euro verurteilt.

Jonas Aston

Die AfD-Politikerin Marie-Thérèse Kaiser teilte 2021 im Zusammenhang mit der damaligen Ortskräfte-Debatte einen Beitrag auf Twitter. Darin schrieb sie: "Afghanistan-Flüchtlinge; Hamburger SPD-Bürgermeister für 'unbürokratische' Aufnahme; Willkommenskultur für Gruppenvergewaltigungen?" Mit dieser Frage bezog sich Kaiser auf ein Interview des Hamburger Bürgermeisters, in dem dieser forderte, Ortskräfte aus Afghanistan aufzunehmen.

In einem ergänzenden Beitrag erläuterte Kaiser ihre Bedenken bezüglich unkontrollierter Zuwanderung und betonte die potentiellen Risiken von Vergewaltigungen durch "kulturfremde Massen". Außerdem hing sie einen Zeitungsartikel an, demzufolge Afghanen überproportional häufig an Sexualverbrechen beteiligt sind. Und genau dabei soll es sich laut dem Amtsgericht Verden nun um Volksverhetzung handeln.

In erster Instanz hatte das Amtsgericht Rotenburg im Juni 2023 geurteilt, daß Kaiser die Angaben in ihrem Tweet aus dem Kontext gerissen habe. Von einem objektiven Betrachter werde der Beitrag als volksverhetzend empfunden. Die abgrenzbare Gruppe der Afghanen werde in ihrer Menschenwürde verletzt. Deshalb wurde sie zu einer Geldstrafe in Höhe von 100 Tagessätzen à 60 Euro, also zu einer Strafzahlung von 6.000 Euro, verurteilt.

Kaiser ging daraufhin in Berufung - doch das erstinstanzliche Urteil wurde nun vom Landgericht Verden bestätigt. Das Gericht urteilte, daß Kaiser "die Menschenwürde" einer klar abgegrenzten Gruppe angegriffen habe. Zudem sieht das Gericht in dem Beitrag eine "Aufstachelung zu Hass". Die zusätzlichen Erläuterungen würden dies sogar noch verstärken. Kaiser erzeuge mit dem Post ein Klima der Angst und Ablehnung. "Wer die Menschenwürde angreift, kann sich nicht auf Meinungsfreiheit berufen", heißt es in der Urteilsbegründung.

Auch international sorgt der Fall für Aufsehen. Tesla-Gründer und Tech-Milliardär Elon Musk äußerte sich auf Twitter zu dem Urteil. Musk ging auf den Tweet eines amerikanischen Twitter-Users ein, in dem erläutert wurde, daß Kaiser für das Teilen einer Statistik verurteilt wurde. Er schrieb: "Wollen Sie damit sagen, daß die Geldstrafe für die Wiederholung genauer Regierungsstatistiken verhängt wurde? War irgend etwas in dem, was sie sagte, ungenau?" Die AfD-Politikerin kündigte an in Revision gehen zu wollen.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 7. Mai 2024 (x1.376/…): >>**Böses Erwachen an der Tanke: Das Laden von E-Autos ist teurer als Benzin tanken!**

Das Laden von E-Autos an öffentlichen Ladepunkten wird immer teurer! Durchschnittlich 55 Cent pro Kilowattstunde zahlen Stromer-Fahrer. An Schnell-Ladepunkten sind es sogar 66 Cent. Bei etwa 20 kWh Stromverbrauch kosten 100 Kilometer damit 11,10 Euro, im Schnell-Ladeverfahren sogar 13,11 Euro.

Das ist das Ergebnis des Ladesäulenchecks 2024 im Auftrag des Stromanbieters "Lichtblick", der die Tarife führender Betreiber für mobile Energie ausgewertet hat. Die E-Preise haben sich damit in den vergangenen fünf Jahren fast verdoppelt.

Zum Vergleich: Für die gleiche Strecke müssen Besitzer von Benzinern deutlich weniger zahlen. Für sie kosten 100 Kilometer bei sechs Litern Verbrauch 10,38 Euro. Im Test wurde Super E10 für 1,73 Euro pro Liter getankt.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 7. Mai 2024 (x1.367/…): >>**Sommer, Sonne, Grabschereien: Spaßbad statt Angst-Raum!**

Die Freibad-Saison steht vor der Tür - und wie seit 2015 üblich, beginnt damit auch dort die Saison für Übergriffe aller Art. Unsere Freibäder haben sich zu Brennpunkten der verfehlten Sicherheits- und Migrationspolitik der Ampel-Koalition entwickelt.

Ein Weißbuch der Realitätsverweigerung offenbart sich in der aktuellen Kampagne gegen sexuelle Belästigung in Köln. Statt der Wahrheit ins Auge zu blicken und konkrete Maßnahmen zu ergreifen, beschreiten die Verantwortlichen den Pfad der ideologischen Blindheit.

Dabei wird sogar in einer Kampagne ein weißer Mann dargestellt, wie er ein dunkelhäutiges Mädchen belästigt - eine klare Verdrehung der Realitäten, die den Bürgern allzu gut bekannt sind.
Die Freibäder, einst Orte der Freizeit und des unbeschwerten Vergnügens, sind mittlerweile Schauplätze der Unfreiheit geworden. Frauen im Burkini, Massenschlägereien, Gewaltausbrüche und sexuelle Übergriffe, vorrangig von Menschen mit Migrationshintergrund - für diese Mißstände gibt es unzählige Belege.
Dennoch ignoriert die Ampel diese Realität und sucht stattdessen Ausreden oder stempelt notwendige Diskussionen und realitätsgetreue Darstellungen als "rassistisch" ab. Doch es muß klar sein: Sicherheit und Ordnung in unseren Freibädern sind kein Rassismus, sondern ein Gebot der Rechtsstaatlichkeit und des Bürgerschutzes. Anstatt der Ampel-Politik des Wegsehens benötigen wir entschlossene Maßnahmen zur Wiederherstellung der Sicherheit und des Vertrauens der Bürger in ihre öffentlichen Einrichtungen.
Die AfD fordert eine umgehende Kehrtwende in der Sicherheitspolitik. Unsere Grenzen müssen effektiv gesichert und Straftäter konsequent abgeschoben werden. Wir stehen für die Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit und die Sicherheit der Bürger in allen öffentlichen Räumen. Nur so kann das Vertrauen in die staatliche Ordnung wiederhergestellt und die innere Sicherheit gewährleistet werden.<<
Das deutsche Multipolar-Magazin berichtet am 7. Mai 2024 (x1.370/…): >>**Disziplinarstrafe für kritischen Professor**
Landesanwaltschaft Bayern kürzt Michael Meyen das Gehalt / Grund: Mitherausgeberschaft bei Zeitung, der vom Verfassungsschutz "Delegitimierung des Staates" vorgeworfen wird (Update 10.5.: Meyen klagt gegen die Verfügung.)
Die dem Bayerischen Innenministerium nachgeordnete Landesanwaltschaft hat nach knapp einem Jahr Ermittlungen entschieden, die Bezüge von Prof. Michael Meyen für 15 Monate um zehn Prozent zu kürzen. Meyen ist Professor für Kommunikationswissenschaft an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Vorgeworfen wird ihm eine 11.000-Euro-Spende von 2019 an die Rote Hilfe - die vom Verfassungsschutz als "linksextremistisch" beobachtet wird - sowie die Unterstützung der Wochenzeitung Demokratischer Widerstand. Das Blatt, das die Corona-Politik scharf kritisierte, hatte ihn im Frühjahr 2023 in zwei Ausgaben als Mitherausgeber geführt.
Das Berliner Landesamt für Verfassungsschutz bewertete die Zeitung im Sommer 2023 als "zentralen Akteur" im Spektrum der "verfassungsschutzrelevanten Staatsdelegitimierung". Sie sei das "wichtigste Sprachrohr" für die Verbreitung von "Verschwörungserzählungen und demokratiefeindlicher Propaganda". Die Süddeutsche Zeitung hatte bereits zuvor, am 31. März 2023, getitelt, Meyen werde "ein Fall für den Verfassungsschutz". Die Universität hatte daraufhin zunächst beim Landesamt für Verfassungsschutz nachgefragt und anschließend die Disziplinarbehörde eingeschaltet.
Laut der nun erlassenen Disziplinarverfügung wird Meyen vor allem in Haftung genommen für drastische Formulierungen der Zeitungsmacher Anselm Lenz und Hendrik Sodenkamp ("Ballweg in Folterhaft gehalten", "in diesem Land regieren Mörder ... mit übergroßem Terrorapparat"). Meyen selbst vertrete die These, in Deutschland herrsche eine nur eingeschränkte Meinungsfreiheit und habe "die Legitimation des Staates zumindest in Frage gestellt", womit er die Verfassungstreue verletze.
Die Landesanwaltschaft zitiert dazu unter anderem aus einem Multipolar-Beitrag Meyens aus dem Jahr 2021: "Journalismus und Politik können inzwischen auf ein ganzes Arsenal an Waffen zurückgreifen, wenn ihr Wahrheitsregime angegriffen wird. ... Die Bundesregierung und ihre Propagandisten sorgen sich allerdings nicht um uns oder um unsere Liebsten, sondern um ihr Wahrheitsregime."

"Wie frei sind die Gedanken?" und "Setzt sich die Regierung über die Verfassung hinweg?", fragte in diesem Zusammenhang jüngst das ZDF und ließ den Verfassungsrechtler Prof. Franz Lindner von der Universität Augsburg zu Wort kommen. Der vom Verfassungsschutz eingeführte Begriff der Delegitimierung des Staates sei, so Lindner, "natürlich in einer Weise unbestimmt" und "schwammig", daß die Gefahr bestehe, "daß bereits pointierte, vielleicht auch überspitzte Kritik an Politik, Staat und Regierung als Delegitimierung begriffen würde und damit möglicherweise unzulässig wäre oder ein Fall für den Verfassungsschutz". Dem Staat und der Regierung komme "keine Deutungshoheit über den Begriff zu."
Die nun erlassene Disziplinarverfügung ist Ergebnis eines nichtöffentlichen Verfahrens, in dessen Rahmen sich Meyen im August 2023 bei einer Anhörung äußerte und außerdem zwei schriftliche Stellungnahmen einreichte. Auf Multipolar-Nachfrage wollte sich Meyen nicht zur Sache äußern. Gegen die Verfügung kann vor dem Verwaltungsgericht geklagt werden.
Update 10.5.: Meyen hat sich inzwischen in einem Beitrag dazu geäußert. Er kündigte darin an, gegen die Verfügung zu klagen.<<
Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 7. Mai 2024 (x1.371/…):
>>**Dr. Fuellmich aus der U-Haft zum "Show-Strafverfahren" gegen ihn**
Von *Herbert Ludwig*
Am 29.4.2024 konnte der Corona-Ausschuß-Aufklärer, Dr. Reiner Fuellmich, aus der U-Haft, in der er nach staatlicher Verschleppung aus Mexiko seit inzwischen sechs Monaten widerrechtlich einsitzt, per Audio eine wichtige Erklärung an die Öffentlichkeit abgeben.
Er sieht es selbst nach den unvollständigen Ermittlungsakten der Staatsanwaltschaft als erwiesen an, daß die Anklage gegen ihn zusammengebrochen sei und es sich um einen Show-Prozeß handle. Nach den öffentlich gewordenen frühen geheimdienstlichen Machenschaften gegen ihn, seien inzwischen auch Vertreter der Geheimdienste mit dem Vorsitzenden Richter und dem Berichterstatter des Gerichts zusammengetroffen. (hl)
Transkript:
Liebe Freunde,
dies ist eine kurze Message für Sie. Ich will damit auf der einen Seite auf eine draußen außerhalb meiner Zelle, in der ich seit mehr als sechs Monaten gefangen gehalten werde, stattfindende positive Entwicklung hinweisen. Und ich will auf der anderen Seite zeigen, wie sich diese positive Entwicklung in meinem Falle allerdings auf bedrohliche Weise widerspiegelt. Denn inzwischen setzen die Geheimdienste nicht nur einen Teil des Gerichts unter Druck, sondern auch einen meiner Anwälte.
Zunächst zu der draußen stattfindenden positiven Entwicklung, die jetzt nicht mehr nur spürbar, sondern sichtbar und hörbar ist. In Deutschland wurden nicht nur die RKI-Unterlagen veröffentlicht, welche belegen, daß Corona keine Pandemie war, sondern eine Plandemie, die künftig zum Zwecke der Panikmache und der Kontrolle der Bevölkerung von hierfür bezahlten Medien und Politikern herbeigeführt wurde, sondern der frühere Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Hans-Jürgen Papier, fordert schon seit Monaten wegen des auch von ihm wahrgenommenen Versagens der Justiz, insbesondere des Bundesverfassungsgerichts in der Corona-Zeit, eine juristische Aufarbeitung des Corona-Geschehens.
Außerhalb Deutschlands ist eine Protestbewegung gegen die Massaker in Gaza an den amerikanischen Universitäten entstanden, die sich derzeit über die ganze Welt ausbreitet. Genau wie vor mehr als 55 Jahren der studentische Protest gegen den Vietnamkrieg an der Columbia University in New York begann, begann auch der Protest gegen die Gaza-Massaker dort, angetrieben von Studenten und Professoren.
Nach dem Auffinden zweier Massengräber mit mehr als 300 toten Patienten und medizinischem Personal aus Krankenhäusern, die Folter- und Exekutionsspuren aufweisen, kann auch die allgemeine Öffentlichkeit das Ganze nicht mehr ignorieren. Ein US-Regierungssprecher

und ein Sprecher der EU fordern zur Aufklärung der Geschehnisse auf.
Die Tatsache, daß gleichzeitig in Deutschland und anderswo eine Aufarbeitung des Corona-Geschehens gefordert wird, ist nach meiner Überzeugung kein Zufall. Die Erkenntnis, daß dieselben Politiker und Mainstream-Medien, die uns zum Zwecke der Zerstörung von Wirtschaft und Gesundheit gegen Bezahlung über Corona belogen, uns nun auch zum Zwecke der Zerstörung von Wirtschaft und Gesundheit gegen Bezahlung über Gaza belügen, setzt sich nun auch auf der anderen Seite des Zauns durch.
Und diese Erkenntnis führt zu weiteren Fragen, unter anderem dazu, was denn nun genau in der Ukraine los ist und was es mit dem angeblich menschengemachten Klimawandel auf sich hat.
Diese Entwicklung spiegelt sich in meinem Strafverfahren wider. Hier ist auf der einen Seite das offizielle Narrativ zusammengebrochen, denn die Beweisaufnahme hat ergeben, was schon der Inhalt der - wenngleich unvollständigen - Ermittlungsakte nahelegt.
Das mir vorgeworfene Darlehen nahm ich als allein geschäftsführungsbefugter Geschäftsführer des Corona-Ausschusses auf, um einen Teil der Spendengelder vor einem unmittelbar drohenden willkürlichen Zugriff ausgerechnet derjenigen staatlichen Behörden zu schützen, die uns als willfährige Marionetten in die Pandemie getrieben hatten.
Und ich war von Anfang an bereit und auch in der Lage, dieses Darlehen zurückzuzahlen. Bei den Behauptungen in der Strafanzeige, die von der Staatsanwaltschaft trotz massiver Hinweise darauf, daß sie erfunden waren, ungeprüft übernommen wurden, handelt es sich um frei erfundene Lügengeschichten.
Die auf der Grundlage dieser Strafanzeige beruhende Anklage ist in sich zusammengebrochen. Die Oberstaatsanwältin, welche den Fall zuvor, und zwar weniger als ein halbes Jahr zuvor, begutachtet hatte und alle Fakten gesehen hatte, die auch jetzt relevant sind, hatte sich zu Recht geweigert, strafrechtliche Ermittlungen auch nur einzuleiten, weil nämlich, so hat sie ja festgestellt, keine strafbaren Handlungen erkennbar waren.
Hinter der Show-Strafanzeige der Staatsanwaltschaft, hinter der Anklageschrift der Show des Strafverfahrens, erkennt man die wirklichen Straftäter. Die drei Anzeigeerstatter und die Staatsanwaltschaft arbeiten auf das engste zusammen, um sich, nachdem sie mich in Mexiko entführen lassen haben, im Wege des Betruges und der Erpressung, mein Vermögen und alle Mittel des Corona-Ausschusses zu verschaffen.
Schon die - wenngleich unvollständige - Ermittlungsakte belegt, daß die Staatsanwaltschaft von Anfang an wußte, daß mein Darlehen aus dem unmittelbar bevorstehenden Verkauf meines Hauses in Deutschland zurückgeführt werden sollte und auch problemlos zurückgeführt werden konnte. Die Akte belegt weiter, daß der Staatsanwalt von Anfang an wußte, daß die drei Berliner Anzeigeerstatter keinerlei Ansprüche auf diesen Kaufpreis hatten.
Und der Akteninhalt belegt weiter, daß der Staatsanwalt wußte, daß sich die drei Anzeigeerstatter dieses Geld dennoch, und zwar im Wege der Erpressung und des Betruges, verschaffen wollten. Hierüber wurde der Staatsanwalt von den Anzeigeerstattern selbst informiert.
Er ließ es aber dennoch mindestens geschehen, wenn er dabei nicht sogar half, dabei half, daß sie sich 1,15 Millionen Euro aus meinem Kaufpreis im Wege von mehrfachen Straftaten verschafften.
Mehr noch: In dem Wissen, daß die drei Anzeigeerstatter nur insoweit am Corona-Ausschuß interessiert waren, als sie an die Spendengelder kommen wollten, verschaffte er ihnen darüber hinaus meine Rechtsansprüche gegen die niedersächsische Anwaltsversorgung auf Rentenzahlung. Denn die hat er zugunsten der Anzeigeerstatter bis zur Höhe von 700.000 Euro gepfändet.
Warum das alles? Nun, das geleakte Dossier der Geheimdienste beweist, daß die Staatsanwaltschaft wie auch die Anzeigeerstatter letztlich eine Auftragsarbeit, nämlich die Drecksar-

beit, zu erledigen hatten. Damit erledigen sie letztlich aber sich selbst und vor aller Augen den deutschen Rechtsstaat.
Einen neuen Höhepunkt, oder sagen wir besser, Tiefpunkt, erreichte das Geschehen in der vergangenen Woche, als Vertreter der Geheimdienste sich mit dem Vorsitzenden Richter und dem Berichterstatter des Gerichts trafen und der Vorsitzende uns nun daraufhin mitteilen ließ, daß er trotz der Tatsache, daß die Ermittlungsakte, die bisherige Beweisaufnahme und das Dossier belegen, daß nicht ich kriminell bin, sondern die Anzeigeerstatter und der Staatsanwalt, beabsichtigt, mich zu verurteilen.
Wenn es noch eines weiteren Belegs dafür bedurft hätte, daß hier ein mit einer dreisten Entführung eingeleitetes Fake-Verfahren gegen mich läuft, dann ist es die gerade eingetroffene Nachricht, daß meinem Kollegen Dr. Miseré, der mich neben Rechtsanwältin Wörmer verteidigt, gerade ein Foto seiner Tochter übersandt wurde - eine unverhohlene Drohung.
(Anmerkung: Kurze Korrektur von Frau Rechtsanwältin Katja Wörmer: Herrn Rechtsanwalt Dr. Miseré sei kein Foto seiner Tochter geschickt worden, sondern eine Warnung, er solle auf seine Tochter aufpassen, hl.)
Anstatt einer Liste von Musiktiteln, die ich sonst mitgeteilt habe, will ich Ihnen heute sagen, was mein Lieblingsbuch und mein Lieblingsfilm sind. Es ist "Wer die Nachtigall stört" von Harper Lee. Und es ist der gleichnamige Film, auf Englisch heißt er "To Kill a Mockingbird", in der Hauptrolle war Gregory Peck. Da geht es um Gerechtigkeit. Damit will ich sagen: Wenn die deutsche Justiz, die Systemjustiz nicht mehr in der Lage ist und vielleicht auch nie in den letzten 30 Jahren in der Lage gewesen ist, Gerechtigkeit zu schaffen, dann gibt es diese Gerechtigkeit aber immerhin noch außerhalb dieser Systemjustiz.
Man kann das Karma nennen, man kann das ausgleichende Gerechtigkeit oder, viel schöner formuliert, wie die Amerikaner es sagen, "poetic justice" nennen. Aber ungestraft werden die Täter dieser Verbrechen gegen die Menschlichkeit - und dazu zähle ich jetzt auch die eben genannten - nicht davonkommen.
Das Audio wurde am 29.4.2024 aufgenommen und am 30.04.2024 um 20 Uhr bei "Bittel TV - einfach anders" nach einem vorhergehenden Interview von Rechtsanwältin Katja Wörmer erstmals veröffentlicht.
Siehe: https://www.mediarebell.com/watch/BwpPzY68aEDkDQJ (Audio ab min. 12:34)<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 7. Mai 2024 (x1.376/…): >>**CDU-Parteitag: Dämpfer für Merz - Söder taktiert in der K-Frage**
Die K-Frage stand zwar nicht auf der Tagesordnung, aber sie war das heimliche Top-Thema am Rande des Berliner CDU-Parteitages: Wer soll spätestens 2025 die Union wieder in die Regierungsverantwortung führen? Wenn es nach einer aktuellen Umfrage geht, dann jedenfalls nicht Friedrich Merz!
Der 68-Jährige erhielt zwar neun Minuten lang Pflicht-Applaus von den 1.001 Delegierten, aber bei seiner Wiederwahl zum CDU-Chef mußte Merz einen herben Dämpfer einstecken: 90 Prozent waren inoffiziell die Meßlatte auch für die K-Frage. Merz hat sie mit 89,8 Prozent gerissen.
Für den CDU-Chef besonders peinlich: Selbst sein eigener Generalsekretär Carsten Linnemann (91,4 Prozent) schnitt besser ab!
Der CSU-Vorsitzende Markus Söder gab sich vor seiner Rede auf dem CDU-Parteitag scheinbar gönnerhaft mit Blick auf den künftigen Unions-Kanzlerkandidaten: "Natürlich ist ein CDU-Vorsitzender immer der Favorit", sagte der CSU-Chef im Bayerischen Rundfunk (BR) taktisch leicht durchschaubar. Er verwies auf den mit der CDU vereinbarten Zeitplan, erst nach den drei Landtagswahlen in Ostdeutschland im September zu entscheiden.
Zumindest vor dem Hintergrund einer aktuellen INSA-Umfrage kann Söder die Entscheidung in der K-Frage entspannt abwarten: Er liegt mit 29 Prozent in der Wählergunst klar vorn.

Merz kommt auf magere 17,4 - noch hinter seinem partei-internen Rivalen, NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst (19,3 Prozent).<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 7. Mai 2024 (x1.377/…): >>**AfD-Haß auf dem Pausenhof**

Von *Sven Eggers*

Es wird immer grotesker: Auf dem Pausenhof einer Schule in Hamburg haben kleine Kinder mit Hass-Plakaten gegen die AfD protestiert. Mit Angriffen auf die Blauen befaßt sich auch unser Spezialheft "AfD. Erfolgsgeschichte einer verfemten Partei". …

Ungefähr 40 Kinder im Alter zwischen 8 und 11 Jahren haben am 17. April auf dem Gelände der Grundschule Thadenstraße in Hamburg-Altona gegen die AfD demonstriert. Anwohner hatten das Treiben beobachtet und der AfD-Fraktion in der Bürgerschaft eine entsprechende Videosequenz zugetragen. Die reagierte mit einer Kleinen Anfrage an den Senat, der den Vorfall dann bestätigte.

Die Schüler stammten aus der 3. und 4. Schulklasse, sind also gut zehn Jahre alt. Sie trugen verschiedene Plakate vor sich her und skandierten dabei "Ganz Hamburg haßt die AfD". Die Schulleitung will nicht wissen, wer die Plakate angefertigt hatte. Man habe die Schüler sogleich aufgefordert, die Demo aufzulösen. Dem seien die Kinder dann auch nachgekommen. Man wolle dem Neutralitätsgebot von Schulen weiterhin entsprechen.

Die Parole "Ganz Hamburg haßt die AfD" war auch auf Plakaten der Schüler zu lesen gewesen. Die AfD-Fraktion in einer Stellungnahme: "In diesem Land läuft gewaltig etwas schief, wenn 8- und 9-jährige Kinder manipuliert und zu Haß gegen eine politische Partei aufgehetzt werden."

Der Senat formuliert in seiner Antwort auf die AfD-Anfrage. "Dem Schulleiter liegen keine Erkenntnisse darüber vor, daß die Plakate im Unterricht gestaltet worden wären und wie es zu dieser spontanen Versammlung der Schülerinnen und Schüler gekommen ist." Die Schulbehörde habe erst durch die Anfrage der AfD-Fraktion davon erfahren.

Der Schulleiter habe mittlerweile mit sämtlichen Schülern der Klassenstufen drei und vier gesprochen und sie darauf hingewiesen, daß sie ihre Meinungen in angemessener Form in den dafür vorgesehenen Unterrichtsformaten thematisieren oder außerhalb des Schulkontextes artikulieren können.

Die Indoktrination von Kindern gegen die AfD zählt zu den besonders perfiden Methoden haßerfüllter Linker. So beginnt die Hetze gegen Andersdenkende schon von Kindesbeinen an.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 7. Mai 2024 (x1.367/…): >>**Ideologiefreie Sprache an hessischen Hochschulen**

Das Verbot von Gender-Sonderzeichen an hessischen Hochschulen soll gemäß einer Dienstanweisung des Wissenschaftsministeriums nicht für Forschung und Lehre, sondern nur für den Bereich der Hochschul-Verwaltung gelten.

Dazu sagt Dr. Frank Grobe, wissenschaftspolitischer Sprecher der hessischen AfD-Fraktion: "Der schwarz-rote Koalitionsvertrag ist gerade vier Monate alt und wird schon vom kleinen Koalitionspartner aufgeweicht. Damit macht sich Wissenschaftsminister Timon Gremmels (SPD) mit der Hochschulleitung der Goethe-Universität Frankfurt gemein, welche im Juni 2023 mit einem 10-Punkte-Plan zur 'Berücksichtigung von Geschlecht & Vielfalt in Wissenschaft und Forschung' die Axt an das freie und unabhängige wissenschaftliche Streben nach Erkenntnis gelegt hat."

Frank Grobe weiter: "Die Hochschulleitung der Goethe-Uni erhebt Gender-Thesen zu einem quasireligiösen Bekenntnis. Das ist unwissenschaftlich und das genaue Gegenteil von Freiheit von Forschung und Lehre. Die Hessische Landesregierung hätte mit dem Beharren auf korrek-

ter deutscher Sprache ein klares Zeichen gegen solche Bestrebungen und für die Wissenschaftsfreiheit setzen können.
Stattdessen gibt sie dem Druck von Gender-Ideologen nach. Es gehört nicht zur Wissenschaftsfreiheit, grammatisch falsches Deutsch zu verwenden. Ideologiefreies Studieren, Lehren und Forschen muß an einer Universität eine Selbstverständlichkeit sein. Dazu gehört auch eine ideologiefreie Sprache."<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/28978" berichtet am 7. Mai 2024 (x1.366/…): >>**Impf-Lügen und WHO-Pandemievertrag: Herzchirurg Prof. Dr. Paul R. Vogt spricht Klartext (Vortrag vom 13.4.2024 in Langenthal CH)**
Zwangsinhaftierungen, Abriegelungen, Absperrungen, Lockdowns und Lockouts, Zwangsquarantäne, Kontrolle über Reisen und Mobilität der Bürger - könnte das ein Szenario sein, das uns blüht, wenn der WHO-Pandemievertrag Ende Mai 2024 angenommen wird? Ist unser aller Seelenfrieden bedroht? Hören Sie dazu Ausschnitte aus einem Referat von Prof. Dr. med. Dr. h.c. Paul Robert Vogt, der sagt: "Die Welt wird nicht von denen zerstört, die Böses tun, sondern von denen, die tatenlos zusehen."
Vorspann
"Und heute sind wir soweit, daß wir sagen können, die Demokratie ist eine Staatsform, in der die Regierenden auf das Rücksicht nehmen, was die Bürger glauben oder was man sie eben glauben gemacht hat."
"Nun, was passiert, wenn man diese Richtlinien (den WHO-Pandemievertrag und die Internationalen Gesundheitsvorschriften) annimmt? Dann kann der Generalsekretär eine Pandemie ausrufen oder er kann ausrufen, daß eine Pandemie droht. Und niemand kann ihn überprüfen. Es gibt keine Checks und Balances. Er kann ein System errichten für den Nachweis von Impfungen und für den Nachweis des Impfstatus. Die WHO wäre berechtigt, unter Aushebelung des nationalen Rechts Zwangsimpfungen und Zwangsinhaftierungen durchzuführen, Abriegelungen, Absperrungen, Lockdowns und Lockouts, könnte Quarantäneverfahren einfügen, Kontrolle über Reisen und Mobilität der Bürger haben und sie kann sogar bestimmen, welche Medikamente und Impfstoffe Sie nehmen müssen und bestimmt die Preise und bestimmt die Firmen."
"Und es ist eine Frage, ist es ein Testlauf, ob wir noch bereit sind für unsere Freiheit zu kämpfen, nicht wahr? Die Welt wird nicht von denen zerstört, die Böses tun, sondern von denen, die tatenlos zusehen."
"Die Verträge mit GAVI sind offenzulegen, Verhandlungen mit WHO und IHR müssen gestoppt werden und diese Verträge und diese Beschreibungen, die alle nur in Englisch vorliegen, müssen in alle vier Landessprachen übersetzt werden, denn es muß die Möglichkeit einer Volksabstimmung geben."
Diese Aussagen stammen von niemand anderem als von Prof. Dr. med. Dr. h.c. Paul Robert Vogt. Vogt ist ein international anerkannter Facharzt für allgemeine Chirurgie, Herz- und Gefäßchirurgie. Seine jahrzehntelange Erfahrung mit über 12.000 Operationen ermöglicht es ihm, auch schwierigste Eingriffe an Herzen und Gefäßen durchzuführen.
Vogt war langjährig am Universitätsspital Zürich und in der herzchirurgischen Abteilung des Universitäts-Klinikums Gießen-Marburg tätig. Seit 2022 operiert er in der \"Klinik Im Park\" der Hirslanden-Gruppe. Vogt gründete 2006 die EurAsia Heart Foundation, eine ehrenamtliche Schweizer Stiftung, welche chirurgische Unterstützung in Osteuropa, Asien und Afrika zur Verfügung stellt.
In einem am 2. Oktober 2023 veröffentlichten 22-seitigen Thesenpapier stellt Vogt folgende Forderungen an die Politik: "Die vergangenen dreieinhalb Jahre Pandemie sind transparent aufzuarbeiten. Man erwartet eine detaillierte, wissenschaftlich fundierte Diskussion. Was hat funktioniert? Was lief schief? Und warum?"

Auch spricht Vogt Klartext was den WHO-Pandemievertrag und die Änderungen der Internationalen Gesundheitsvorschriften betrifft. Diese sollen an der 77. Weltgesundheitsversammlung vom 27. Mai - 1. Juni 2024 in Genf zur Annahme vorgelegt werden. Vogt kann sich des Eindrucks nicht verwehren, daß die neuen WHO-Richtlinien der direkten Schweizer Demokratie den endgültigen Todesstoß versetzen sollen.
In seinem Vortrag vom 13. April 2024 in Langenthal, Schweiz, nennt er Impflügen beim Namen, deckt falsche Behauptungen des Bundesrates auf, nimmt Zulassungsstudien unter die Lupe, bis hin zu Impfnebenwirkungen, statistischen Betrugsmethoden und kriminellen Machenschaften. Sein Fazit ist unmißverständlich: Die Verhandlungen mit der WHO sind zu stoppen und deren Verträge, die nur in Englisch vorliegen, sind in alle Landessprachen zu übersetzen. In der Schweiz muß es die Möglichkeit einer Volksabstimmung geben. Sehen Sie nun im Folgenden einen Zusammenschnitt seines Vortrages.
(Bundesrat Alain Berset) Der Impfstoff ist wirksam, sicher. Er wurde ebenso streng geprüft wie jeder andere Impfstoff.
Ich habe mich gefragt, nun Berset ist ja kein Mediziner. Ich glaube nicht, daß er Immunologie im Nebenfach studiert hat. Wer hat ihm diesen Unsinn in den Mund gelegt, daß dieser Impfstoff genauso sorgfältig studiert wurde wie alle anderen? Sie sehen auf der linken Seite einen traditionellen Impfstoff. Es geht 10 bis 15 Jahre, bis dieser Impfstoff zugelassen ist. Und Sie sehen die Covid-19-Vakzine.
Nach 1,5 Jahren hat man diesen Impfstoff auf die weite Bevölkerung weltweit zugelassen. Bei der Empfehlung für die Schwangeren, für Impfungen in Schwangerschaften, ist es noch extremer. Es hat 60 Jahre gebraucht, bis man den Grippeimpfstoff den Schwangeren verabreicht hat. Und 1,5 Monate für Covid-19. Also die Frage ist: Wer hat ihm das in den Mund gelegt? War das unsere Task Force, ja oder nein?
Nun, in der Zulassungsstudie wo 20.000 Placebo-Patienten gegen 20.000 Geimpfte, ich komme noch drauf, verglichen wurden. Dort hat man die Toten verschwiegen. Es gab 38 Tote in der Impfgruppe. An Myokarditis (Herzmuskelentzündung) sind sie verstorben. Sie wurden in der Zulassungsstudie verschwiegen. Sonst hätte die FDA es nie zulassen dürfen. Nun, wenn dann die ersten 100.000 etc. geimpft sind, gibt es sogenannte Post-Authorization-Data. Das heißt, das Medikament oder die Impfung ist autorisiert. Jetzt studiert man; Was passiert, wenn man das weiter verbreitet. Und Sie sehen hier, die Pfizer selber hat nach kurzer Zeit 1.223 Todesfälle gemeldet und acht Seiten Komplikationen von der Impfung.
Und die neuseeländische Regierung zum Beispiel hat diese Papiere gehabt, bevor sie der Bevölkerung gesagt hat; Ihr müßt euch impfen lassen. Und mich würde natürlich interessieren, ob die Schweizer, die Task Force zum Beispiel, oder andere diese Informationen auch gehabt haben und wieso sie trotzdem praktisch ein Impfobligatorium einführen wollten. Nun, selbst Pfizer ist ja ehrlicher, nicht wahr? Das ist ja ungeschwärzt. Können Sie finden. Das heißt, Pfizer schreibt: Wir kennen nicht die Langzeitwirkungen von dieser Impfung.
Und unten für die Schwangeren - über Spikevax steht, daß es keine Daten gibt für den Impfstoff bei Schwangeren. Und das findet sich ungeschwärzt in den Verträgen. Im Übrigen finden Sie ja die zahlreichen Schwärzungen. Und ich frage mich natürlich als Schweizer Bürger: Wieso kenne ich die ungeschwärzten Verträge der Pharmafirmen mit der EU, mit Albanien, mit Südafrika. Aber wieso kenne ich nicht die ungeschwärzten Verträge mit der Schweiz? Was haben wir bezahlt? Und sind wir wie andere Länder verpflichtet, Pfizer bis 2026 weiterhin Milliarden zu bezahlen? Das sind alles Dinge, über die wir Bescheid wissen müssen.
Welche Aussagen bezüglich Impfungen haben nachweislich nicht gestimmt?
Nun, welche Aussagen bezüglich Impfungen haben nun nachweislich nicht gestimmt?
Nicht gestimmt haben:
- daß es keine Gentherapie sei.

- daß es sicher und wirksam und ernsthaft getestet wurde.
- daß er am Ort der Injektion bleibe. Zum Beispiel, wenn man in die linke Schulter das injiziert bekommt und nur vielleicht in den ableitenden Lymphknoten gehe.
- daß er sich nicht im Körper verteile. Nach 30 Minuten können Sie den Impfstoff überall im Körper nachweisen.
- daß die mRNA kurzlebig sei. Ist sie eben nicht, weil man sie entsprechend verändert hat.

Wichtig ist zu wissen, in der Zulassungsstudie für die FDA (US-Behörde für Lebens- und Arzneimittel) hat man ein anderes Produkt verwendet, als daß man damit . Massenimpfungen gemacht hat. In der Zulassungsstudie gab es eine chemisch produzierte mRNA und diese Impf-Badges hatten 100 % mRNA. Weil das aber teuer ist, hat man für die Massenproduktion E. coli, ein Bakterium, diese mRNA synthetisieren lassen. Und das Problem war, daß es zwar billiger und schneller und für die Produktion von großen Mengen praktisch war. Aber es gab nur 45 - 55 % mRNA.

Es gab pathologische mRNA-Fragmente, weil die Überschreibung in der Zelle nicht gestimmt hat. Es gab eine große Menge an unerlaubter DNA. Und im Prinzip muß man sagen, daß die Menschen eigentlich unbekannte Substanzen gekriegt haben, die nie deklariert worden sind. Und damit gibt es zwei wesentliche Pfeiler der Medizin, die vollkommen ignoriert wurden, nämlich: Die informierte Zustimmung, nicht nur durch den Patienten, sondern auch durch den Arzt, der das verabreicht. Und das Primum nil nocere (Erstens, nicht schaden).

Die EMA, die Europäische Medizinagentur wußte von den Mängeln von den E. coli-basierten Impfstoffen. Und statt daß die Pfizer gesagt hat, die Qualität stimmt nicht, ihr müßt die Qualität wieder anpassen wie bei der Zulassungsstudie, haben sie einfach die Qualitätsstandards dem Produkt angepaßt, statt umgekehrt. Natürlich war es dann so, das weiß man, daß EMA-Mitarbeiter nachher Jobs von Pfizer erhalten haben.

Nun, die Aussage: Die mRNA kann nicht in die DNA eingebaut werden - daß sie nicht in den Zellkern kann - stimmt auch nicht. Warum versieht man die Impfung für ein respiratorisches (die Atmung betreffendes) Virus in der Lunge mit Lipid (natürlich vorkommende Stoffverbindung, zu der u.a. Fette und Öle zählen) - Nanopartikeln, die expressis verbis (ausdrücklich) ins Gehirn gelangen können? Diese DNA-Fragmente in den E. coli-basierten (säurebildendes Bakterium) Batches dieser mRNA, die können selbstverständlich ihre eigene DNA schädigen. Sie können sogenannte Tumor-Suppressor-Gene ausschalten. Das sind Gene, die sie in den Zellen haben, die das Tumorwachstum unterdrücken.

Und sie können auf der anderen Seite, Onkogene aktivieren, die Tumorwachstum aktivieren. Warum hat es in diesen Impfstoffen SV40? SV40 ist der Begriff für ein Virus, das unter anderem malaysische Affen infiziert. Und das SV40 macht den Weg frei in die eigene DNA. Die Kerntranslokation von Spike-mRNA und des Proteins ist ein Merkmal von COVID-19. Das heißt, daß es das Erbgut nicht schädigen kann beim Erwachsenen und vor allem auch bei den Kindern. Das stimmt nicht.

Dann gibt es die sogenannte Spikeopathie, das heißt, das Spike-Protein verteilt sich überall. Wir haben das gehört, es ist wie ein infektiöses Agens, es geht ins Gehirn, es kann durch diese chronische Entzündungen machen. Der langfristige Verbleib der mRNA ist unbekannt. Ich habe eben einen Fall gehört von einer jungen Frau. Sie hat vor zwei Jahren die dritte Impfung gekriegt und hat plötzlich neurologische Symptome entwickelt. Und man hat dann eine Liquor-Punktion gemacht. Das heißt, man hat Rückenmarksflüssigkeit entnommen und hat dort Spike-Proteine nachgewiesen, nach zwei Jahren.

Das heißt, wie lange das hinhält, weiß man immer noch nicht. Und das Klare ist auch, die fremden Proteine auf den Zelloberflächen, die erzeugen natürlich eine Autoimmunerkrankung. Und wer sich mehr impft, der holt sich mehr COVID-19 und hat eine bestimmte neue Form, sogenannte IgG4-Erkrankungen, die ein breites Krankheitsbild haben, IgG4-Erkrankungen

sind Erkrankungen oder sagen wir mal ein Krankheitsmechanismus, der seit 2003 intensiv von den Internisten diskutiert wird, und diese Erkrankungen kommen nach dem Impfstoff häufiger vor.
Nun, was war dann das Resultat von all diesen Täuschungen? Sie sehen hier, Senator Johnson hat den Secretary of State, den Austin, hat ihn gefragt; Wieso haben wir so viele kranke Soldaten, die sind ja jung, die sind gesund, die sind in der Armee. Und Sie sehen, Zunahme von hohem Blutdruck, 2.000 %, Erkrankungen vom Nervensystem, 1.000 %, Tumoren, fast 1.000 %. Dann sehen Sie hier Karzinome, fast 500 %, Infertilität, 472 %, Lungenembolien, 468 % und so weiter und so fort. Das heißt, junge Gesunde, die geimpft worden sind - und es gab ein Impfobligatorium für die amerikanische Armee - die haben diese Krankheiten entwickelt.
Was man auch gesehen hat, ist, normalerweise finden sie ca. 69 sudden cardiac death (plötzlicher Herztod) in Athleten pro Jahr weltweit. Sie sehen hier, von Januar 2021 bis August 2023 gab es 2.000. Davon konnte man 600 retten, 1.400 sind gestorben. Und wahrscheinlich ist eine der Ursachen die Myokarditis. Ich habe mich mit Sportkardiologen unterhalten. Die haben gesagt, sie sehen tatsächlich viel mehr Myokarditiden bei jungen Leuten. Die Faktenchecker natürlich, die alle von der Regierung bezahlt sind, bestreiten das.
Hier gibt es eine interessante Statistik. Das sind die sogenannten Squawk (Transpondercode). Das heißt, das sind absolute Notfälle, die während eines Passagierflugs von den Piloten gemeldet werden. Und Sie sehen hier, es gibt mit Einführung der Impfung einen dramatischen Anstieg, wo Piloten im Cockpit in Not kommen. Auch das wird von den Faktencheckern natürlich bestritten.
Aber ich kenne Leute von diesem Business, von den Airliners for Humanity. Und die haben mir tatsächlich gesagt, sie sehen viele junge Kollegen, Piloten, die immer gesund waren, die haben einen Herzinfarkt, die haben eine Lungenembolie oder die haben einen Hirnschlag. Auch hier stimmt wahrscheinlich das, was die Leute, die eben im Gebiet arbeiten, auch tatsächlich sehen.
Nun, Excess Death Rate (Übersterblichkeitsrate). In allen Ländern sieht man einen Anstieg der Todesraten bis zu 20 % oder mehr. Es korreliert nicht mit dem Jahr 2020, als es noch keine Impfung war. Sondern es korreliert eigentlich in allen Ländern mit der Einführung oder mit dem Rollout (Markteinführung) der Impfung, wie man sagt. Natürlich, es ist ein statistisches Phänomen. Es ist eine zeitliche Assoziation, aber wenn Sie alle anderen Confounding Factors (Störfaktoren), die so etwas eben hervorrufen können, eliminieren, dann verbleibt am Ende in all diesen Ländern die Impfung.
Es gibt eine exzessive Todesrate von bösartigen Tumoren, die jedes Jahr abgenommen haben. Aber Sie sehen hier, seit dem Rollout (Markteinführung) der Impfung hat die Inzidenz an bösartigen Tumoren zugenommen.
Und hier sehen Sie noch die vierfach geimpften Teenager und jungen Leute, die eben gestorben sind. Es ist eine Studie von UK, und Sie sehen die Mortalitätsraten, wie sie zugenommen haben seit dem Rollout (Markteinführung) der Impfung.
Was ich Ihnen im Internet empfehlen kann, ist die Präsentation von Konstantin Beck. Ich habe ihn selber gehört, ich glaube das war vor zwei Wochen, er hat die Statistik gemacht für Schweiz und Deutschland für Totgeburten, für Exzeß-Sterberate (Übersterblichkeit) und für den Baby-Gap. Und interessant ist unten links, nicht wahr? Man hat gesagt, sind mehr Leute gestorben, ja oder nein? Und was man einfach gemacht hat bei unserem statistischen Amt in Bern, man hat die 0- bis 64-Jährigen zusammengenommen.
Warum? Daß man nicht über die Teenager berichten mußte, über die 0 bis 14 Jahre alten. Man hat die 0- bis 64-Jährigen einfach zusammengerechnet. Und Sie sehen, es gibt bei den 0- bis 14-Jährigen einen dramatischen Anstieg von Lungenembolien, Herzstillstand und Hirnschlag. Und das sind Krankheiten, die bei Älteren auftreten und nicht bei Jungen.

Was Sie auch sehen, hier ist eine andere Statistik. Hier sagen sie jedes Jahr, wie ist die erwartete Sterberate? Die steigt etwas ab, die sinkt jedes Jahr ein bißchen und daraus entnehmen sie natürlich eine Linie, die ungefähr gerade verläuft, nicht wahr? Und jetzt sagen sie einfach im 2021, ja, die Sterberate, wir nehmen jetzt eine andere Sterberate an, die ist um 12 % höher und nicht um minus 1 % tiefer jedes Jahr und da können sie sagen, sehen Sie, es gibt eben keine Veränderung in der Linie da oben. Und das ist im Prinzip eigentlich nichts anderes als statistischer Betrug und das kommt von unserem Bundesamt in Bern.
Sie sehen hier die Übersterblichkeit. Es gab eine Übersterblichkeit, aber die Übersterblichkeit war dramatisch nach dem Rollout der Impfung. Sie sehen es hier für 2022. Was man hier auch sieht ist ein Geburtenrückgang. Konstantin Beck bringt dann die Zahlen, die aktuellen Zahlen und Sie sehen, daß hier oben zuerst die Kurven etwas hinaufgehen überall. Das heißt, es war Covid-Zeit, es war eine Pandemie, die Leute haben die Kinderplanung etwas verschoben, dann gab es nachher mehr Geburten, aber seither gibt es einen massiven Geburtenrückgang in allen Ländern und am dramatischsten auch in Deutschland oder auch in Australien.
Nun, ich will hier dieses Video zeigen.
Und Sie finden das in allen verschiedenen Ländern, wo ich mir diese Videos gesammelt habe. Auch die Japan-Register, alle sagen keine Boosters, bevor nicht alle Fragen geklärt sind und das wird ja wohl ein Weilchen gehen.
Nun, es ist ja interessant, daß ausgerechnet das Bundesamt für Gesundheit Ende letztes Jahr empfohlen hat, daß sich die Schwangeren impfen lassen sollen, wenn man weiß, daß das Spike-Protein durch die Plazenta geht, daß das Spike-Protein auf den Fötus geht und daß es dort ins Gehirn geht. Und ich frage mich, wie man eine solche Empfehlung abgeben kann. Und der Bundesrat hat sich selber gelobt, daß er jetzt in die mRNA-Forschung, in diese Plattform investieren will.
Noch etwas Interessantes. Schauen Sie hier, links oben finden Sie die erste und die zweite Welle. Das ist eine dramatische zweite Welle, nicht wahr? Aber es sind nur die Anzahl Tests. Man hat einfach bei der zweiten Welle oder im Herbst mehr getestet, weil man mehr getestet hat, hat man mehr Positive gefunden. Aber wenn Sie das hier anders sehen, wenn Sie die Anzahl Positiver pro Tests anschauen, dann sehen Sie, daß es keinen Unterschied gibt im Frühjahr und im Herbst. Und diese Darstellung wurde von allen Mainstream-Medien in der Schweiz publiziert und sie haben keine Ahnung von Statistik.
Und das Problem ist, das sollten wir eigentlich haben, im Medizinstudium sollte man sechs Jahre lang intensiv Statistik gelehrt bekommen, weil wir sonst die medizinischen Publikationen nicht mehr lesen können. Das ist ein riesiges Problem.
Nun, die Frage ist, warum sind diese Fragen wichtig? Auf diese Fragen müssen wir Antworten haben, weil es impfstoffbedingte Nebenwirkungen und Krankheiten gibt. Wir müssen sie erkennen, differenzieren und wir müssen dazu Therapien finden. Und wir wollen mehr wissen über die Herstellung, die Sicherheit und Wirksamkeit von diesen Impfstoffen. Vor allem, ob man überhaupt mit der mRNA-Plattform weitermachen kann.
Tatsache ist, es handelt sich um eine exponentielle Gen-Therapie, die im Rahmen einer Massenimpfung viel zu früh auf die weltweite Bevölkerung losgelassen worden ist und die die Prinzipien von INFORMED CONSENT (Einverständniserklärung) und PRIMUM NON NOCERE (erstens nicht schaden) einfach ignoriert haben. Und die Frage ist, was machen die Medien mit dem? Oben sehen Sie den gut informierten Bürger, der wahrscheinlich die Tagesschau konsultiert und die Mainstream-Medien liest.
Und unten sehen Sie jene, die sich durch zahlreiche Publikationen, durch Alternativmedien, durch wissenschaftliche Arbeiten hindurchwühlen und zu anderen Fragen kommen. Nicht zu anderen Behauptungen, sondern zu Fragen. Und das sind die sogenannten Verschwörungstheoretiker.

Was macht die Presse? Sie wissen ja, es war dieses Corona-Meeting in Bern, da ist der Ueli Maurer aufgetreten. Und jetzt sehen Sie, es gab zwei Artikel im Tagesanzeiger. Das ist typisch. Schauen Sie mal rechts unten. In diesem Artikel finden Sie nur Anti-Maßnahmen-Szenen, Corona-Skeptiker, Treichlerhemd, umstrittene Politiker, "AUFRECHT", Homo-Gender-Wahn, extreme Ansichten, Impfgegner, Rechtsextreme, jüdische Weltverschwörung, Freikirchen und Abtreibungsgegner.
Das heißt, ein ähnliches Meeting wie hier, wo Leute zusammenkommen, die Fragen stellen und die Antworten möchten, wird durch ein gezieltes Framing von Beginn weg denunziert. Und diese Artikel sind nicht jetzt erschienen. Es war der 6. April. Diese Artikel sind bereits im März erschienen, hat man drauf losgeschossen. Und das ist das, was die Medien unterstützen.
Auf der einen Seite, sage ich jetzt böse, sind die Covid-Idioten, die sind im Schützengraben, auf der anderen Seite sind die Verschwörungstheoretiker, die sind auch im Schützengraben. Und die Leute sind nicht mehr fähig, primär die Argumente der anderen Seite einfach mal zu hören. Sie sind nicht mehr fähig, nicht aus Gründen von Fakten, sondern aus ideologischen Gründen. Und durch solche Medienarbeit werden die Leute in ihren Schützengräben eben drin gehalten und weiter befestigt.
Wer hat alles gelogen?
- Department of Defense.
- Dann DARPA (zu Deutsch etwa Behörde für Forschungsprojekte der Verteidigung) ist klar, das ist der wissenschaftliche Arm.
- Die FDA, hat ganz klar gelogen.
- Center of Disease Control auch.
- Das Robert-Koch-Institut, das kennen wir.
- Die großen TV-Stationen, die Mainstream-Medien.
- Zur Ärztegesellschaft komme ich noch.
Und die Frage ist ja, wieso die NATO-Generäle an der Spitze der Corona-Entscheidungsgremien standen, europaweit. Es ist eine Politisierung und Militarisierung der Medizin, die die Ärzteschaft - die wieder einmal stumm ist, wie die FMH - nicht akzeptieren sollte.
Und Sie kennen ja dieses neue Pfizer-Gesetz in Frankreich. Wer kritische Fragen stellt zu mRNA, der riskiert 35.000 Euro Buße oder drei Jahre Gefängnis. Und ich kann sagen, Frankreich ist damit zu einem totalitären Pharmastaat geworden. Sie müssen wissen, die zehn wichtigsten Pharmafirmen in Amerika wurden mit insgesamt 35 Milliarden gebüßt, weil sie bei der Einführung von Medikamenten betrogen haben. Eine davon ist Pfizer mit 2,5 Milliarden.
Kriminalität
Kriminalität ist auch sehr interessant. Sie sehen hier eine EU-Abgeordnete, die Michèle Rivasi. Was sie gemacht hat? Sie hat untersucht, wie die EU unter von der Leyen diese Milliardenverträge mit Pfizer abgeschlossen hat, nicht wahr - auf WhatsApp-Basis. Und leider hat man die WhatsApps etc. nicht mehr. Und sie ist eben jetzt in Belgien tot aufgefunden worden.
Nun, wenn das nur ein Zufall ist, ich weiß auch nicht. Nun, die Ärzte, die Ärztegesellschaften und unsere wissenschaftlichen Zeitschriften. Drosten, Fauci, Anderson etc. Es gibt das sogenannte Freedom of Information Act in Amerika. Und daraus konnte man sehen, wie gelogen worden ist. Hier zum Beispiel. Die Schlußfolgerung von 100 Studien. Es gibt nichts Negatives bei den Schwangeren. Dabei wurde es, in den besten Zeitschriften publiziert.
Dabei haben selbst die Pharmafirmen davor gewarnt. Sie sehen hier eine Arbeit im New England Journal of Medicine. Aufgrund von dieser Publikation hat man gesagt, Schwangere müssen geimpft werden. Man habe nur im dritten Trimester, im letzten Drittel geimpft. Was passiert, wenn man Frauen im ersten und zweiten Drittel impft, wo ja die Schäden angerichtet werden? Es wurde nicht diskutiert. Und interessanterweise ist das Paper, die häufigste spezifi-

sche Nebenwirkung ist der spontane Abort. Und die Abortrate bei den Geimpften ist um 80 % angestiegen. Und das Paper kommt zu einer anderen Schlußfolgerung.
Nun, die Frage ist, was war das, oder? Ist das ein Testlauf? Wollte man eben durch Angst unsere persönliche Freiheit einschränken, damit man die Bürger umfassend kontrollieren kann, nicht wahr? Es gibt ja die goldene Milliarde und wenn Sie den Partner von Schwab sehen, den Yuval Harari, er hat ein Interview gegeben, nicht wahr, was machen wir mit diesen vielen nutzlosen Essern? Am besten geben wir ihnen Computerspiele und Drogen und das paßt eigentlich dazu zum Lauterbach, zur Drogenfreigabe in Deutschland. Und es ist eine Frage, ist es ein Testlauf, ob wir noch bereit sind für unsere Freiheit zu kämpfen, nicht wahr? Die Welt wird nicht von denen zerstört, die Böses tun, sondern von denen, die tatenlos zusehen.
Eine Demontage der direkten Demokratie
Was in diesem Rahmen passiert, das ist eine Demontage der direkten Demokratie in der Schweiz. Ich will hier nicht alles lesen, das kennen Sie, man hat das Recht, die freie Meinung, seine Meinung zu sagen - das ist heute schwierig im Zeitalter der organisierten Shitstorms und Zensur - ist verboten. Und die Frage ist, wo sind die Schweizer Medien integriert? Und Sie sehen, es ist das transatlantische Netzwerk, wo sie alle drin sind, und es ist klar, woher die Informationen kommen und was man zu berichten hat.
Und dasselbe ist mit diesem Project Syndicate, können Sie nachlesen in Wikipedia, unsere Mainstream-Medien sind dort auch vertreten, ist eine Organisation, die von Soros in der Tschechoslowakei unterstützt wird, es gehören über 450 verschiedene Medien dazu und die bringen einen Einheitsbrei.
Eigentlich wäre der Bundesrat verpflichtet, nicht wahr, daß er Maßnahmen zur Wahrung der inneren und der äußeren Sicherheit für unser Land trifft. Ob er das tut, wenn er den WHO-Pandemievertrag akzeptiert, weiß ich nicht. Tatsache ist, daß in der angeblich besten Demokratie der Welt, nicht wahr, die Neutralität von wenigen Leuten, ohne Konsultation des Parlaments oder ohne Konsultation der Bevölkerung zu Grabe getragen wird. Und heute sind wir soweit, daß wir sagen können, die Demokratie ist eine Staatsform, in der die Regierenden auf das Rücksicht nehmen, was die Bürger glauben oder was man sie eben glauben gemacht hat. Hier wird unsere Neutralität und das Mitspracherecht der Bürger ausgehebelt.
Die Verträge mit der WHO werden nicht publiziert und die Internationalen Gesundheitsvorschriften, die maßgeblich sind, auch nicht. Sie finden sie schon, es ist auf kompliziertes Englisch. Ich glaube, jeder wird nach fünf Seiten - ich habe das versucht - wird verrückt. Und die kann man einfach nicht lesen. Über GAVI (Globale Allianz für Impfstoffe und Immunisierung) will ich hinweggehen.
Nun, was passiert, wenn man diese Richtlinien (WHO-Pandemievertrag und die Internationalen Gesundheitsvorschriften) annimmt? Dann kann der Generalsekretär eine Pandemie ausrufen oder er kann ausrufen, daß eine Pandemie droht. Und niemand kann ihn überprüfen. Es gibt keine Checks und Balances. Er kann ein System errichten für den Nachweis von Impfungen und für den Nachweis des Impfstatus.
Die WHO wäre berechtigt, unter Aushebelung des nationalen Rechts Zwangsimpfungen und Zwangsinhaftierungen durchzuführen, Abriegelungen, Absperrungen, Lockdowns und Lokkouts, könnte Quarantäneverfahren einfügen, Kontrolle über Reisen und Mobilität der Bürger haben und sie kann sogar bestimmen, welche Medikamente und Impfstoffe Sie nehmen müssen und bestimmt die Preise und bestimmt die Firmen.
Und es kann kontrolliert werden. Es gibt innerhalb der WHO die IHR (völkerrechtlich bindende Gesundheitsvorschriften), eine Organisation, die in die jeweiligen Länder gehen kann, die überprüfen kann, ob die Länder diese Vorgaben einhalten und die Länder oder die Regierungen dieser Länder verpflichten kann, renitente (verweigernde) Bürger einzusperren.
Nun, was man machen muss, ist ganz klar, das muß alles gestoppt werden. Diese Amend-

ments (Zusatzartikel) von den International Health Regulations etc., das muß gestoppt werden. Es braucht eine Bewegung in der Schweiz, die den Bundesrat dazu ultimativ auffordert, nicht wahr? Die Neutralität muß wiederbelebt werden. Die Bürger sollen keine Angst haben vor der Meinungsfreiheit, die wird nämlich zensiert.
Und ich kann Ihnen sagen, die häufigste Frage, die ich kriege nach einem Vortrag oder wenn etwas im Internet steht oder wenn ich ein Paper publiziere, ist, ob ich keine Angst habe und ob ich jetzt 24 Stunden Personenschutz habe. Und ich denke, wenn so viele Bürger in der Schweiz Angst haben, daß das die häufigste Frage wird, wenn sich jemand äußert - hast du keine Angst, hast du 24 Stunden Personenschutz, kannst du deinen Arbeitsplatz überhaupt noch behalten? - dann stimmt etwas in unserem Land nicht mehr.
Und es ist so, es gibt einen organisierten Shitstorm nach frei geäußerter Meinung. Und ich kann Ihnen sagen, wo ich so etwas gefunden habe, wie man das macht. Im Handbuch des Ministeriums für Staatssicherheit, Richtlinie 1, 1976 der DDR. Dort heißt es, wie man jemanden individuell zersetzt, verleumdet oder diffamiert.
Nun, der Bundesrat oder unsere Regierung hat wieder einmal im vorauseilenden Gehorsam das Epidemiegesetz geändert. Sie können die einzelnen Schritte finden, ich will die hier nicht aufzählen, aber schauen Sie mal hier, es gibt zum Beispiel Änderung Nummer 9.
Die SBB kann zur Kontrolle von Impfausweisen verpflichtet werden und auch die Fluggesellschaften. Was durch WHO und IHR droht, ist, daß Sie einen QR-Code kriegen, dort steht drauf, ob Sie geimpft sind, wie Ihr Impfstatus ist, das Bargeld wird darüber abgewickelt und wenn Sie nicht den entsprechenden Status eingenommener Medikamente, durchgeführter Tests oder Impfungen vorweisen können, können Sie nicht ins Gym, können Sie nicht einkaufen gehen, Ihr Konto wird gesperrt, Sie können nicht fliegen etc.
Es ist auch so, daß durch die Änderung des Epidemiegesetzes ein Versammlungsverbot erhoben wird - eigentlich, worauf wir das Recht haben. Also es lohnt sich, dieses Epidemiegesetz, über das wir auch nicht abstimmen konnten, daß wir dieses richtig durchlesen.
Ob das dann stimmt, nicht wahr, wenn man mal bei der WHO war und bei der IHR, ob man austreten kann, ist fraglich. Es gibt zwar auf Seite 9 diese Austrittsmodalitäten, ich glaube, es geht sechs Monate, wenn Sie von der WHO austreten möchten, das können Sie machen, dann heißt es, Sie kriegen keine Medikamente mehr und keine Impfungen mehr und die Politik kriegt es lang, daß sie die Bevölkerung nicht mehr versorgen kann, aber Sie bleiben dann mindestens noch eineinhalb Jahre bei der IHR und müssen sich dort extra abmelden.
Nun, was soll das Ganze? Und ich bin hier eigentlich sehr nahe beim Kollegen Nehls, nicht wahr? Bertrand Russell hat das schon gesagt. Unsere Politik durch Diät, Injektionen etc. Von früher Kindheit an, soll ein Charakter produziert werden, der es unmöglich macht, daß wir unsere Regierung kritisieren können. Es soll psychologisch unmöglich werden. Und man muß hier nicht Orwell nehmen, sondern man kann viel besser Aldous Huxley's Brave New World nehmen und ich finde, der rote Abschnitt stimmt genau.
The rise of dictatorial governments, in vitro fertilization, genetic cloning, virtual reality, sexualization of all aspects of life, including public life, and a massive and increasing use of psychotropic drugs and antidepressants. (Zu Deutsch: Der Aufstieg diktatorischer Regierungen, die In-vitro-Fertilisation, das genetische Klonen, die virtuelle Realität, die Sexualisierung aller Lebensbereiche, einschließlich des öffentlichen Lebens, und der massive und zunehmende Einsatz von Psychopharmaka und Antidepressiva.) So soll unsere Gesellschaft leicht lenkbar werden.
Nun, wer heute schläft, wacht morgen in einer Diktatur auf. Was wir wissen wollen: Hat der Bundesrat von den Post-Authorisation-Daten (Zulassungsverfahren nach einer Erstzulassung) von Pfizer gewußt, ja oder nein? Wenn ja, warum hat er dann zur Impfung verpflichtet? Warum wurden die Alternativen unterdrückt? Von wem und auf wessen Geheiß?

Warum sind diese Verträge mit der Pharmaindustrie immer noch geschwärzt? Das muß aufgehoben werden. Ich will nicht nur die aus Albanien, Südafrika und der EU kennen, sondern auch die mit der Schweiz. Die Verträge mit GAVI sind offenzulegen, Verhandlungen mit WHO und IHR müssen gestoppt werden und diese Verträge und diese Beschreibungen, die alle nur in Englisch vorliegen, müssen in alle vier Landessprachen übersetzt werden, denn es muß die Möglichkeit einer Volksabstimmung geben.
Nun, ich habe mir lange überlegt, warum wehren sich so wenige Leute? Ich denke, die Welt ist etwas in Aufruhr mit Kriegen, mit was weiß ich, Unruhe etc. und ich glaube, daß der einzelne Mensch versucht, seinen mühsam erworbenen Seelenfrieden durch eine selektive Informationsaufnahme zu verteidigen. Aber ich bin der Meinung, daß das auf die Länge nicht funktioniert. Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit.
Abspann
Der Vortrag findet im Rahmen einer Vortragsreihe der Freiheitlichen Bewegung Schweiz (FBS) und der "schweiz-macher" statt.<<
Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/28942" berichtet am 7. Mai 2024 (x1.366/…): >>**5G-Antennen rechtswidrig in Betrieb**
Wenn Sie an Ihrem Haus ohne behördliche Bewilligung bauliche Veränderungen vornehmen, ist das ein Gesetzesverstoß. Sie werden gebüßt, bestraft oder Sie müssen den ursprünglichen Zustand wieder herstellen! Doch warum werden Mobilfunkantennen-Betreiber von denselben Behörden anders behandelt? Werden Gesetzeslücken bewußt ausgenutzt um Baueingaben zu umgehen? Kann man sich gegen diese Praxis wehren? Diese Sendung deckt auf, daß solche Ungereimtheiten offensichtlich gang und gäbe sind! …
"Baupolizeiliche Anzeige gegen den Betrieb von Mobilfunkanlagen ohne Baubewilligung / Rechtswidrige Aufschaltung des Korrekturfaktors". So titelte ein Schreiben vom 19. Februar 2024 an 127 Gemeinden im Kanton Bern von den Vereinen WIR und Gigaherz sowie der Firma Laubscher plannetzwerk GmbH.
Worum geht es?
In seinem rechtskräftigen Urteil vom 21. August 2023 hielt das Berner Verwaltungsgericht aufgrund einer Beschwerde fest, daß für die Aufschaltung einer adaptiven 5G-Mobilfunkantenne mit Korrekturfaktor ohne neues Baugesuch und ohne öffentliche Publikation keine Rechtsgrundlage bestehe.
Es hob den Entscheid der Vorinstanz auf, welcher besagte, daß bei adaptiven 5G-Antennen weder ein Baugesuch noch eine öffentliche Publikation zwingend sei. Die Vorinstanz müsse diesen Sachverhalt genau abklären und neu beurteilen. Bei diesen adaptiven Antennen mit erhöhter Sendeleistung könnten, zeitlich und örtlich beschränkt, bis zu dreifach höhere Strahlenbelastungen auftreten als erlaubt. Wo welche Strahlenbelastung wie stark auftrete, müsse geprüft werden. Dies wurde allein im Kanton Bern bei 386 Antennen unterlassen. Sie strahlen somit ohne Rechtsgrundlage in nicht bekannter Stärke.
In dem Schreiben der genannten Organisationen heißt es: "Wie Sie der Liste entnehmen können, wurden auch in Ihrer Gemeinde adaptive Antennen rechtswidrig ohne Baugesuch und Publikation mit dem Korrekturfaktor aufgeschaltet."
Sie fordern die Gemeinden als zuständige Gemeindebaupolizeibehörde auf, bei den rechtswidrig betriebenen Antennen für die Wiederherstellung des rechtmäßigen Zustandes von Amtes wegen zu sorgen. Sollten die Gemeinden der Aufforderung nicht nachkommen, behalten sich die Organisationen strafrechtliche Anzeigen wegen Amtsmißbrauch und Begünstigung der Mobilfunkbranche vor.
Diese Vorfälle werfen einige Fragen auf. Sollten also in dem Rechtsstaat Schweiz im Falle von 5G-Antennen Lücken in den gesetzlichen Vorgaben ausgenützt worden sein, um das Einspracherecht der betroffenen Bevölkerung zu umgehen?

Wurden die technischen Änderungen an den Sendeanlagen ohne Baubewilligung vorgenommen im Sinne von "mal sehen, ob's jemand merkt und Einwand erhebt"? Erreichte die finanzstarke und einflußreiche Mobilfunklobby, daß die Behörden ohne die notwendige Klärung der Strahlenbelastungen dem Ausbau von Antennen und der Aufschaltung von 5G zugestimmt haben? Hat dieses Muster System, da es sich offenbar nicht um einen Einzelfall handelt? Müsste diese Praxis nicht schweizweit untersucht und aufgedeckt werden?
Wie Kla.TV in vielen Sendungen bereits dokumentierte, zeigt sich leider einmal mehr beim Thema Mobilfunk, wie die demokratischen Rechte des Volkes von Wirtschafts- und Machteliten hintergangen werden. Die Profiteure der Mobilfunklobby scheinen sich der negativen und gesundheitsschädigenden Auswirkungen der 5G-Strahlung sehr wohl bewußt zu sein, daß sie die Möglichkeiten zum Widerstand seitens der Bevölkerung unterbinden. Auch gewählte Volksvertreter sind vielfach Teil vom Filz von globalen Machtzirkeln und stehen unter deren Diktat.
Nehmen wir als Beispiel die Maßnahmen während der Covid-Pandemie. Unter dem Vorwand von Gesundheitsschutz hat die ganze Menschheit erfahren müssen, wie gleichsam über Nacht geltendes Recht außer Kraft gesetzt wurde. Und wer sich auf das von der Verfassung garantierte Recht auf körperliche Unversehrtheit, Redefreiheit, Versammlungsfreiheit, Wirtschaftsfreiheit berief, wurde ausgegrenzt, diffamiert, diskriminiert bis strafrechtlich verfolgt.
Trotz beweisgewaltig dokumentiertem Versagen von Politik und Behörden, trotz hängigen Klagen, fällte die Justiz so gut wie keine rechtsprechenden Urteile. Man spricht heute mit Recht von "Rechtsbankrott".
Erkennen Sie die roten Fäden bis hin zum Great Reset? Erfahren Sie mehr, wie weit die sukzessive Totalenteignung der Menschen bereits fortgeschritten ist und wie sie - oft versteckt und mit wohlwollenden Worten - beworben und weiter vorangetrieben wird. Sehen Sie Sendungen von Kla.TV zur Thematik unter www.kla.tv/Enteignung.
Im Falle des Rechtsbruchs beim Betrieb von Mobilfunkantennen ergreift das Volk noch die Chance sich zu wehren und dagegen aufzustehen. Schweigen Sie nicht bei Rechtsbruch, sondern erheben auch Sie Ihre Stimme.<<

08.05.2024

BRD: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 8. Mai 2024 (x1.369/…): >>**Wirtschaftsministerium beschleunigt Rüstungsexporte**
Die Maßnahmen des Bundeswirtschaftsministeriums für schnellere Genehmigungen von Rüstungsexporten zeigen offenbar Wirkung. Das belegen neue Zahlen aus dem Ressort von Robert Habeck (Grüne), über die das "Handelsblatt" (Donnerstagsausgabe) berichtet.
Demnach werden inzwischen 90 bis 95 Prozent aller Anträge innerhalb von 30 Arbeitstagen bearbeitet. 50 Prozent der Anträge werden zudem von der Genehmigungspflicht befreit, weil die Waffen an enge Partnerländer geschickt werden.
"Diese Beschleunigung ist das Ergebnis einer großen Kraftanstrengung im Bafa und in unseren Ministerien", sagte Wirtschaftsstaatssekretär Sven Giegold. Seit dem Angriff Rußlands auf die Ukraine im Frühjahr 2022 hat die deutsche Rüstungsindustrie ihre Kapazitäten hochgefahren, um neben der Bundeswehr auch Partnerländer verteidigungsfähig zu machen. Doch die vielen Anträge trafen auf einen dafür nicht ausgelegten Genehmigungsapparat. Gleichzeitig muß seither wegen der Sanktionen gegen Rußland besonders genau hingeschaut werden. Im Wirtschaftsministerium und deren untergeordneter Behörde, dem Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (Bafa), stauten sich die Anträge über Monate.
Zwischen September und Dezember 2023 erließ das Wirtschaftsministerium deshalb drei Maßnahmenpakete, um die Rüstungsexporte unbürokratischer zu machen. Neben der Befreiung für Lieferungen in engere Partnerländer, beispielsweise aus dem Nato-Bündnis, wurde die Versendung von Ersatzteilen erleichtert oder die Laufzeit für erteilte Genehmigungen ausge-

weitet. Lob kommt von der Industrie: "Die Verfahrenserleichterungen tragen zu deutlich schnelleren Genehmigungen bei, ohne dabei zu Abstrichen bei den Prüfstandards zu führen", sagte Hans Christoph Atzpodien, Hauptgeschäftsführer Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (BDSV), dem "Handelsblatt".<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 8. Mai 2024 (x1.367/…): >>**Aufklärung: Erledigen Ministerialbeamte hauptberuflich Parteiarbeit?**

Die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag verlangt aktuell Aufklärung von Verkehrsminister Wissing zum Engagement eines Mitarbeiters des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr (BMDV) in der Bundesgeschäftsstelle der Freien Demokratischen Partei (FDP) und beantragt Befassung des Verkehrsausschusses.

Der Verkehrspolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Dirk Spaniel, teilt dazu mit:

"Die BILD-Zeitung berichtete am 28.04.2024 unter dem Titel 'Veruntreuung von Steuergeldern? TOP-Beamter arbeitet für FDP-Zentrale statt fürs Ministerium', daß ein Referatsleiter des BMDV nicht für das Ministerium, sondern für die Bundesgeschäftsstelle der FDP arbeiten würde. Hierzu haben wir im Verkehrsausschuß einen Antrag auf Selbstbefassung für die nächste Sitzung am 15. Mai gestellt und einen schriftlichen Bericht angefordert.

Insbesondere interessiert uns, ob Bundesminister Volker Wissing bereits vor der Anfrage der BILD-Zeitung unmittelbar vor Veröffentlichung des Artikels bekannt war, daß der Referatsleiter Carsten J. seinen Arbeitsschwerpunkt in der Bundesgeschäftsstelle der FDP haben soll, und ob dem Minister eine permanente Abwesenheit eines seiner Referatsleiter aufgefallen ist. Falls dem Beamten die Genehmigung erteilt sein sollte, seine Arbeit für das Bundesministerium von einem Büro in der Bundesgeschäftsstelle der FDP aus zu führen, bleibt die Frage offen, ob diese schriftlich oder mündlich erteilt worden ist.

Die Öffentlichkeit wird interessieren, ob noch weitere, vergleichbare Fälle im BMDV oder auch in anderen Bundesministerien vorliegen, in denen mit Steuergeldern versorgte Beamte in Wirklichkeit hauptberuflich Parteiarbeit erledigen."<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 8. Mai 2024 (x1.369/…): >>**Kabinett beschließt neues Gesetz im Kampf gegen Kinderehen**

Die Regierung will Minderjährige bei Auslandsehen besser schützen. Ein entsprechender Gesetzentwurf sei am Mittwoch vom Kabinett beschlossen worden, teilte das Justizministerium mit. Das vorgeschlagene Gesetz betrifft demnach Ehen, bei denen mindestens eine der beteiligten Personen bei Eheschließung noch nicht 16 Jahre alt war. Solche Ehen sollen in Deutschland auch künftig unwirksam sein.

Das soll auch dann gelten, wenn sie im Ausland nach dem dort geltenden Recht wirksam geschlossen wurden. Um die Beteiligten einer solchen unwirksamen Ehe besser zu schützen, sollen Unterhaltsansprüche für die bei Eheschließung noch nicht 16 Jahre alte Person geregelt werden sowie Regelungen über die Heilung der unwirksamen Ehe getroffen werden. "Eheschließungen von Minderjährigen widersprechen unserer liberalen Werteordnung", sagte Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP).

"Das deutsche Recht wird dies auch künftig klar zum Ausdruck bringen." Man halte am Verbot von Minderjährigenehen in Deutschland fest." Wir akzeptieren keine im Ausland geschlossenen Minderjährigenehen, wenn auch nur einer der Beteiligten bei Eheschließung noch nicht 16 Jahre alt war." Zugleich schütze man Betroffene besser vor den Folgen einer Unwirksamkeit ihrer Ehe. "Wir treffen neue Regeln zu Unterhaltsansprüchen und zur Heilung unwirksamer Ehen", so Buschmann.

Das Bundesverfassungsgericht habe dies "aus guten Gründen angemahnt". Eine Neuregelung war notwendig geworden, nachdem das Bundesverfassungsgericht im letzten Jahr das Gesetz zur Bekämpfung von Kinderehen aus dem Jahr 2017 für mit dem Grundgesetz unvereinbar

erklärt hatte. Das Gericht hat dem Gesetzgeber aufgegeben, bis zum 30. Juni 2024 eine Neuregelung zu treffen.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 8. Mai 2024 (x1.377/…):

>>**Kaputte Windräder unter Denkmalschutz**

Von *Karel Meissner*

Endlich hat der Trash-Hype auch den Denkmalschutz erreicht: Jetzt werden in Brandenburg erstmalig zwei schrottige Windräder zu Denkmälern erklärt. Windräder sind nur ein Beispiel. Ökologie und Ökonomie leiden unter dem CO2-Mythos und der daraus abgeleiteten Klimapolitik. Mit seinem Buch "Freispruch für CO2" bringt der frühere ZDF-Meteorologe Wolfgang Thüne das Kartenhaus der Klima-Ideologen zum Einsturz. …

Ort des Geschehens: Die Peripherie von Schünow, einem Stadtteil von Zossen (Landkreis Teltow-Fläming). Dort ragen seit 30 Jahren zwei Windräder 40 Meter hoch aus dem Boden. Leider liefern sie seit Jahren keinen Saft mehr, die Gondeln und Generatoren sind längst im Nirwana. Ersatzteile? Gibt es nicht mehr. Außerdem ist die Betriebserlaubnis seit 10 Jahren abgelaufen.

Neue Windräder bauen geht auch nicht: Der Mindestabstand zu umliegenden Häusern ließe sich nicht mehr einhalten. Also Abriß und Renaturierung! Aber der kostet mehrere Zehntausend.

Da kam Christian Busse, Gründer des Vereins Windkraft-Arche, auf eine geniale Idee: Die Betreiberin und Erbin des Windparks, Jeannine Weinrich, kann sich den Abriß sparen und stattdessen Denkmalschutz beantragen. Also erdichtete er einen Antrag auf Denkmalschutz. Die Bild-Zeitung zitiert:

"Wir beantragen Denkmalschutz! Wie bei alten Windmühlen."

Zumal: "Die Schünower Propeller gehörten 1992 zum ersten noch erhaltenen Windpark Brandenburgs."

Fazit: "Die beiden Windkraftanlagen sind nicht nur technische Denkmale, sondern Zeugnisse des beginnenden Windkraftausbaus der frühen 1990er-Jahre."

Klar, die darf man künftigen Generationen nicht vorenthalten. Und tatsächlich: Das zuständige Amt gab grünes Licht …

Diese Masche dürften viele Betreiber bald kopieren. Auf die Frage der Bild-Zeitung, ob zwei Windräder genügten oder künftig hunderte Vogel- und Insektenschredderer zu Denkmälern erklärt würden, antwortete Denkmalchef Thomas Drache:

"Reichen zwei Schlösser oder sollen wir alle 150 Schlösser unter Denkmalschutz stellen?"

Dann könnten defekte Windparks künftig einfach zu Freilichtmuseen erklärt werden. Fans von Trash-Ästhetik können sich freuen.

Windräder sind nur ein Beispiel. Ökologie und Ökonomie leiden unter dem CO2-Mythos und der daraus abgeleiteten Klimapolitik. Mit seinem Buch "Freispruch für CO2" bringt der frühere ZDF-Meteorologe Wolfgang Thüne das Kartenhaus der Klima-Ideologen zum Einsturz.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 8. Mai 2024 (x1.369/…):

>>**Rückgang der Immobilienpreise dauert an**

Die Preisanpassungen auf dem deutschen Immobilienmarkt haben auch im ersten Quartal 2024 angehalten. Verglichen mit dem Vorjahresquartal fielen die Immobilienpreise um durchschnittlich 5,3 Prozent, wie der Verband der Pfandbriefbanken (VDP) am Mittwoch mitteilte. Gegenüber dem vierten Quartal 2023 belief sich die Preiskorrektur auf -0,3 Prozent. Damit erreichte der Immobilienpreisindex des Verbands einen Wert von 174,7 Punkten (Basisjahr 2010 = 100 Punkte).

Der Index wird seit 2010 quartalsweise erhoben und basiert - im Gegensatz zu anderen Immobilienindizes - auf der Auswertung echter Immobilientransaktionsdaten von mehr als 700

Kreditinstituten. Die Wohnimmobilienpreise büßten im ersten Quartal dieses Jahres verglichen mit dem Vorjahreszeitraum 4,3 Prozent ein (Q1 2024 zu Q1 2023). Gegenüber dem direkten Vorquartal belief sich der Rückgang auf 0,2 Prozent (Q1 2024 zu Q4 2023). Seit ihrem Höchststand im zweiten Quartal 2022 fielen die Preise für Wohnimmobilien in Deutschland bislang um 8,6 Prozent.
Bei den Preisen für Gewerbeimmobilien war mit -9,6 Prozent im Jahresvergleich eine deutlich stärkere Preisanpassung als bei Wohnimmobilien festzustellen. Zwischen dem zweiten Quartal 2022, als der bisherige Preishöchstwert markiert wurde, und dem ersten Quartal 2024 gingen die Gewerbeimmobilienpreise um 17,2 Prozent zurück. Die Veränderung vom Abschlußquartal 2023 zum Anfangsquartal 2024 betrug -0,8 Prozent. "Die Preisentwicklung bestätigt unsere Prognose, daß die Preise weiter fallen, bei Gewerbeobjekten kräftiger als bei Wohnimmobilien", sagte VDP-Hauptgeschäftsführer Jens Tolckmitt.
Beim Blick auf den Quartalsvergleich deute sich bei Wohnimmobilien bereits eine allmähliche Preisstabilisierung an. Für Gewerbeimmobilien zeichne sich hingegen noch keine Bodenbildung ab. Zwar habe die Abwärtsdynamik zuletzt etwas nachgelassen. Jedoch dürfe dies aufgrund des weiterhin geringen Transaktionsgeschehens nicht überinterpretiert werden. Zur Abnahme der Wohnimmobilienpreise um 4,3 Prozent im ersten Quartal 2024 trugen die Preisentwicklungen sowohl bei Mehrfamilienhäusern als auch beim selbst genutzten Wohneigentum bei.
Während der Preis für Einfamilienhäuser und Eigentumswohnungen im Jahresvergleich um insgesamt 3,9 Prozent fiel, verminderten sich die Preise für Mehrfamilienhäuser um 4,7 Prozent. Im Vergleich zum Vorquartal hielten Mehrfamilienhäuser ihr Preisniveau, während das selbst genutzte Wohneigentum mit -0,4 Prozent noch weitere leichte Einbußen hinnehmen mußte. Ähnlich wie am Jahresende 2023 zeigte sich die Entwicklung der Neuvertragsmieten in Mehrfamilienhäusern zu Beginn dieses Jahres: Nach einem Anstieg um 5,8 Prozent betrug die Jahresveränderungsrate nun +5,6 Prozent.
Die Renditen, gemessen am VDP-Index für Liegenschaftszinsen, zogen auf Jahressicht um 10,8 Prozent an. Damit nahm die Renditedynamik das zweite Quartal in Folge etwas ab (Q4 2023: +12,9 Prozent / Q3 2023: +13,5 Prozent). In den sogenannten Top-7-Städten entwickelten sich die Wohnimmobilienpreise mit einem durchschnittlichen Rückgang um 4,3 Prozent im Vergleich zum Vorjahresquartal exakt so wie im gesamten Bundesgebiet. Unterschiede weisen allerdings die individuellen Veränderungsraten auf: Am resilientesten zeigten sich im Anfangsquartal 2024 die Metropolen Köln (-3,0 Prozent), Düsseldorf (-3,5 Prozent) und Stuttgart (-3,6 Prozent).
Während die Entwicklungen in Berlin und Frankfurt am Main ungefähr den Durchschnittswert erreichten, waren die Preiskorrekturen in Hamburg (-4,9 Prozent) und München (-5,3 Prozent) am stärksten. Im Vergleich zum direkten Vorquartal verzeichneten Düsseldorf (-0,7 Prozent), Hamburg (-0,6 Prozent) und Stuttgart (-0,6 Prozent) die größten Minusraten. Dagegen wies Köln als einzige Metropole ein leichtes Preiswachstum in Höhe von 0,2 Prozent auf. Bei den Anstiegen der Top-7-Neuvertragsmieten in Mehrfamilienhäusern bewegte sich die Spanne zwischen +2,7 Prozent (Stuttgart) und +5,2 Prozent (Köln).
Die höchsten Renditen auf Jahressicht wurden in Berlin und München erzielt (jeweils +10,3 Prozent). Im Durchschnitt erhöhten sich die Mieten in den sieben Metropolen um 4,5 Prozent, die Renditen um 9,4 Prozent. Der seit Mitte 2022 anhaltende Abschwung am Immobilienmarkt trifft vor allem den Gewerbeimmobilienmarkt, wie an der Preisentwicklung zu erkennen ist: Der Rückgang der Gewerbeimmobilienpreise um 9,6 Prozent gegenüber dem Vorjahresquartal setzte sich aus den Preiskorrekturen bei Büroimmobilien (-9,9 Prozent) und bei Einzelhandelsimmobilien (-8,9 Prozent) zusammen. Im Vergleich zum direkten Vorquartal gaben die Preise im ersten Quartal 2024 um 0,6 Prozent bei Büros und um 1,5 Prozent bei

Handelsobjekten nach.
Wie im Schlußquartal 2023 verzeichneten Büro- und Einzelhandelsimmobilien jeweils zweistellige Renditeanstiege im Vorjahresvergleich, gemessen am VDP-Liegenschaftszinssatzindex. So legten die Renditen für Büros und Handelsimmobilien auf Jahressicht um 14,2 Prozent bzw. 13,4 Prozent, auf Quartalssicht um 1,3 Prozent und 2,6 Prozent zu. Recht einheitlich verlief zu Beginn dieses Jahres auch die Entwicklung der Neuvertragsmieten in beiden Assetklassen: Zwischen den Anfangsquartalen 2023 und 2024 stiegen die Büro- bzw. Einzelhandelsmieten um 2,9 Prozent bzw. 3,3 Prozent.
Beim Quartalsvergleich betrugen die Mietveränderungen +0,7 Prozent und +1,1 Prozent. "Der Gewerbeimmobiliensektor geht weiterhin durch eine Phase struktureller Herausforderungen", so Tolckmitt. Während sich das Zinsumfeld und die ESG-Sanierungserfordernisse auf beide Assetklassen gleichermaßen auswirkten, seien jeweils noch individuelle Trends zu berücksichtigen - einerseits die unklaren Folgen des Homeoffice-Trends im Bürosektor, andererseits die anhaltende Bedeutungszunahme des Online-Handels für den Einzelhandelsimmobilienmarkt.
Mit Blick auf den weiteren Jahresverlauf sagte der Hauptgeschäftsführer: "Auch wenn unseres Erachtens aus heutiger Sicht der größere Teil der zinsgetriebenen Preiskorrekturen bereits hinter uns liegt, rechnen wir auch in den Folgequartalen mit Rückgängen bei den Gewerbeimmobilienpreisen." Die Anspannung auf dem Gewerbeimmobilienmarkt werde voraussichtlich das gesamte Jahr 2024 andauern. Erst ab Jahresbeginn 2025 sei eine Entspannung der Lage zu erwarten.<<
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 8. Mai 2024 (x1.367/…): >>**Migration ist keine Bereicherung, sondern eine Katastrophe für Deutschland**
Ausländer mit Fluchthintergrund und aus der Ukraine sind statistisch deutlich überrepräsentiert bei Arbeitssuchenden und somit auch im Bezug von Sozialleistungen nach SGB II. Nach Beantwortung der Kleinen Anfrage Drucksache 17/6565 "Erwerbstätigkeit von Schutzsuchenden mit anerkanntem, abgelehntem und offenem Schutzstatus" des AfD-Landtagsabgeordneten Ruben Rupp findet dieser als migrationspolitischer Sprecher der AfD-Landtagsfraktion deutliche Worte:
"45.481 Leistungsberechtigte der Grundsicherung für Erwerbsfähige im Kontext von Fluchtmigration machen ganze 13,1 % aller Leistungsberechtigten aus. Bei den Ukrainern sind das mit 69.482 sogar 20,1 %. Wir sprechen also nur für diese zwei Gruppen von fast einem Drittel aller Transferempfänger, obwohl diese Gruppen nur einen verschwindend kleinen Teil der Bevölkerung darstellen."
Rupp betont, daß es nicht die Aufgabe des Staates sei, immer mehr, meist männliche Migranten zu versorgen und am Beispiel der hohen Zahl geduldeter Nigerianer mit der nigerianischen Mafia auch deren importierte Probleme zu lösen, sondern zuerst die Herausforderungen der eigenen Bevölkerung bewältigen müsse. Für ihn ist klar, daß sich Migration, wie sie in Deutschland und Baden-Württemberg gelebt wird, nicht als Bereicherung, sondern als Bedrohung des Wohlstands der zukünftigen Generationen darstellt:
"Die Beschäftigungsquote der Migranten mit Staatsangehörigkeit der 8 Hauptherkunftsländer liegt sogar lediglich bei 40,5 %, während sie bei Ausländern noch immer mit 55,4 % deutlich unter der deutscher Staatsbürger mit 66,3 % liegt. Auch ist die Quote der Arbeitslosen deutlich über dem Schnitt der Deutschen und somit für den Sozialstaat belastend. Die niedrige Ausbildungsquote von lediglich 5185 sich in Ausbildung befindlichen Migranten in Baden-Württemberg belegt zudem ausdrücklich, daß Migration nicht zur Deckung unseres Fachkräftemangels beiträgt, sondern mutmaßlich nicht einmal zur Deckung des durch die Massenmigration erzeugten Mehrbedarfes an Fachkräften ausreicht. Migration löst unsere Probleme

nicht, sondern schafft noch größere Probleme."<<

Moldau: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 8. Mai 2024 (x1.377/…): >>**Eskalation: Moldau greift nach Transnistrien**

Von *Sven Reuth*

Wenn das passiert, dann ist ein großer Krieg wohl unvermeidlich: Die Republik Moldau will vor ihrem anvisierten EU-Beitritt noch eine Annexion vollziehen. …

Bei einem Staatsbesuch in Norwegen kündigte die moldauische Präsidentin Maia Sandu an, den De-Facto-Staat Transnistrien annektieren zu wollen. Das würde dann wohl zweifellos zu einer nochmaligen starken Eskalation des Ukraine-Kriegs führen und würde von Moskau wohl als ultimative Provokation betrachtet werden.

"Reintegration vor Beitritt"

Wörtlich äußerte Sandu in Moskau: "Wir wollen das Land bis 2030 auf die EU-Integration vorbereiten. Im Idealfall möchten wir, daß die Reintegration des Landes vor dem Beitritt erfolgt, und wir arbeiten daran, aber es hängt nicht nur von uns ab."

Schon ein kurzer Blick auf die Landkarte verdeutlicht, wieso der international nicht anerkannten Republik Transnistrien eine so große geopolitische Bedeutung beikommt und wieso die von Moldau angestrebte "Reintegration" Transnistriens wohl zu einer weiteren Ausweitung des Krieges führen würde, der dann nochmals Hunderte von Kilometern nach Westen rücken würde. Transnistrien erstreckt sich über mehr als 200 Kilometer Länge, aber nur zwei bis 35 Kilometer Länge zwischen den beiden ehemaligen Sowjetrepubliken Ukraine und Moldau. Es wirkt wie ein langer Nagel, der in das Delta des Stromes Dnister geschlagen wurde und der an seinem südlichen Ende beinahe das Schwarze Meer berührt.

Geopolitischer Hot-Spot in Osteuropa

Odessa, der wichtigste Schwarzmeerhafen der Ukraine und die zweitwichtigste Metropole des Landes nach Kiew, ist nur etwa eine Autostunde entfernt. Die Grenze des NATO-Landes Rumänien liegt von einigen transnistrischen Orten sogar nur wenige Kilometer entfernt.

Transnistrien gehörte bis 1990 zur Moldauischen Sowjetrepublik. Wegen seines hohen Industrialisierungsgrades zog es allerdings Menschen aus der gesamten Sowjetunion an und war überwiegend russophon. Deshalb stimmten bei einer Volksabstimmung im Jahr 1990 90 Prozent der Wähler für eine Loslösung von Moldau. Die 14. Russische Armee unter General Alexander Lebed beendete 1992 die versuchte Eroberung der transnistrischen Stadt Bendery durch moldauische Einheiten und vermittelte einen Waffenstillstand, nachdem über 700 Menschen ihr Leben verloren hatten.

"Zunehmender Druck durch Moldau"

Seither gilt der Transnistrien-Konflikt als eingefrorener Konflikt. Doch dies könnte sich bald wieder ändern. Ein Sonderkongreß der transnistrischen Abgeordneten, der nur sehr selten zusammentritt, hat im März dieses Jahres Rußland um Schutz für das eigene Land gebeten. Einer Resolution zufolge will sich Transnistrien an den russischen Föderationsrat sowie die Staatsduma "mit der Bitte über die Realisierung von Maßnahmen zum Schutz Transnistriens angesichts des zunehmenden Drucks durch Moldau" wenden.

Gemeint sind damit extrem verschärfte Zollbestimmungen seitens Moldaus, die Transnistrien von lebenswichtigen Im- und Exporten abschneiden. Außerdem können die russischen Friedenstruppen in Transnistrien seit dem Beginn des Ukraine-Krieges nicht mehr rotieren. In dem von dem Sonderkongreß verabschiedeten Dokument sind sieben Appelle aufgelistet, neben Rußland auch an die Vereinten Nationen, das internationale - eingefrorene - "5 + 2-Format" zur Lösung des Transnistrien-Konflikts, die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), die interparlamentarische Versammlung der GUS-Staaten, das EU-Parlament sowie das Internationale Komitee des Roten Kreuzes.

Norwegen soll Energie liefern

Bislang war Transnistrien für die Energieversorgung von Moldau lebensnotwendig, wodurch sich ein gewisser Modus Vivendi ergab. Aber der Staatsbesuch von Sandu in Norwegen diente vor allem auch dazu, diese Abhängigkeit zu kappen. In Oslo unterzeichneten beide Regierungen ein Abkommen zur Zusammenarbeit im Energiesektor. Damit soll die Energieversorgung Moldawiens aus der Abhängigkeit von russischen Gaslieferungen gelöst werden.

Damit sollen dann wohl die nötigen Voraussetzungen für den Griff der moldauischen Regierung nach Transnistrien geschaffen werden. Eigentlich sollten auch die Staatschefs der westlichen Länder nun bestrebt sein, das Annexionsvorhaben Sandus zu verhindern, um einer weiteren hochgefährlichen Eskalation des Ukraine-Krieges vorzubeugen.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 8. Mai 2024 (x1.367/…): >>**Schluß mit der automatischen Diätenerhöhung**

Laut der Unterrichtung der Präsidentin des Deutschen Bundestages Bärbel Bas (Drs. 20/11298) steigen die Diäten der Bundestagsabgeordneten zum 1. Juli 2024 kräftig, nämlich um 635,50 Euro monatlich, an.

Stephan Brandner, stellvertretender Bundessprecher der Alternative für Deutschland, kritisiert diesen Schritt deutlich:

"Die Abgeordneten eines gigantomanischen Bundestages mit aktuell 734 Abgeordneten gönnen sich eine weitere enorme Geldspritze. Die Erhöhung der Diäten um sechs Prozent bedeutet allein rund eine halbe Million Euro Mehrkosten im Monat, die ohne Debatte durchgewinkt werden sollen. Jeder Arbeitnehmer muß um seine Gehaltsanpassungen kämpfen, aber die Abgeordneten des Deutschen Bundestages genehmigen sich nunmehr im Stillen allein Brutto-Diäten von 11.227,20 Euro im Monat. Mit uns in Verantwortung wird dieses Gebaren ein Ende haben!"<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/28962" berichtet am 8. Mai 2024 (x1.366/…): >> **Kriegswaffe Zwangsabgabe-Medien | 40 Gründe, warum ich nicht mehr zahle**

von *Ivo Sasek*

Ob Serafe, GEZ oder die Haushaltsabgabe - sie sind das Resultat der neuen Zwangsabgabe-Mediengesetze. Zum einen kommen Zahlungsverweigerer in strafrechtliche Bedrängnis. Zum anderen ist es Menschen verboten, sich finanziell an Organisationen zu beteiligen, deren Machenschaften von hochrangigen Experten als kriminell und äußerst Volkswohl gefährdend eingestuft wurden. Was nun? Hier ist guter Rat gefragt - Ivo Sasek ist bereit, mit seiner Gerichtsvorlage bis zur denkbar höchsten Instanz zu gehen. Das Warum sollte jeder Staatsbürger kennen, zu seinem eigenen Schutz! …

Es gibt keine andere Möglichkeit: Die WHO raus aus allen Ländern! Schluß. Aus mit diesen Clubs! Die sind saugefährlich - die Medien sind die aller gefährlichsten. Alle hinten eingeblendeten Kriege wurden nur deshalb möglich, weil unsere Zwangsgebührenmedien Kriegslügen verbreitet haben. Die Kriege selber, die gerade geführt werden, sind Ablenkungsmanöver, um den viel größeren laufenden Krieg zu bedecken.

Straftaten der Zwangsmedien

Nun sind sie also da, die neuen Zwangs-Abgabe-Mediengesetze.

Jetzt sind sie da und du sagst, was soll das Neues sein? Die waren schon immer da. Nee, waren sie nicht. Sie waren so wenig da bisher, wie die Covid -Zwangsmaßnahmen da waren während der Covid-Plandemie. Man hat uns immer gesagt, das mußt du tun. Und erst jetzt hinterher, nachdem man uns in alles hineingezwungen hatte, stellt man fest, es gab gar keine Gesetzesgrundlage dafür. Und bei den Zwangsabgabemedien mit ihren Zwangsgebühren ist es ein und dasselbe.

Bisher lebten wir im Glauben, man müsse das bezahlen. Man hat uns vorgegaukelt, alle mög-

lichen Dinge. Aber wir haben ja in den letzten Jahren immer wieder uns auf Gesetze berufen, die uns gesagt haben, daß wir das gar nicht müssen. Und dann haben wir aufgehört, diese Zwangsabgabemedien zu unterstützen. Und jetzt, vor kurzem, sind sie eben tatsächlich da. Und ihr wißt das In diesen Tagen auch diese WHO -Gesetze beschlossen werden möchten, wo jetzt das, was sie uns vorgegaukelt haben, echt wird, also nicht mehr Versuchsballons, die man bis aufs Äußerste herausgefordert hat, wie weit kannst du dem Volk gehen, wenn diese neuen Gesetze beschlossen werden, dann kann sich nachher jeder Polizist wieder verstecken. Ja, ich kann nichts dafür, das ist Gesetz, oder?
Und dann können sie richtig auf dich herumhauen. Und die neuen Mediengesetze in der Schweiz, die sind jetzt da. Jetzt kannst du dich auf kein Gesetz mehr berufen. Aber siehst du, ich werde dir jetzt in dieser Rede 40 Gründe nennen, warum mich das total kalt läßt, diese neuen Gesetze. Ja.
Und diese neuen Gesetze drohen allen Zahlungs-Verweigerern mit Bussen und Strafverfolgungen, bis hin zur Betreibung, selbst wenn diese, wie z.B. ich und meine Lieben, schon seit über 40 Jahren weder einen Fernsehapparat noch einen Fernseher Anschluß haben.
Aber wißt ihr was? All solchen Drohungen schauen ich und mein Haus gelassen entgegen. Und jetzt erkläre ich euch, warum das so ist. Warum wir uns auch der gegenwärtig 12. Zahlungs-Nötigung durch die Serafe, dem Unternehmen das die Zwangsabgaben eintreibt, widersetzen.
Und was ich sage, ich sage das jetzt einfach mal für mich. Ich mache keinen Aufruf hier. Macht es auch so. Wir wissen durch die ontischen Gesetze, es muß jeder Mensch selber von innen heraus wissen, was für ihn dran ist. Ich möchte nur sagen, dir heute erklären, warum ich keinesfalls, keinesfalls je wieder diese Zwangsabgabemedien finanzieren werde.
Mit dieser Rede vermache ich euch zugleich meine gut recherchierte Gerichtsvorlage, mit der ich bis zur denkbar höchsten Instanz zu gehen bereit bin. Übrigens haben alle hier aufgeführten Straftatbestände nicht nur für die Schweiz Rechtsgültigkeit, sondern auch für den gesamten deutschsprachigen Raum und auch für die übrige Weltbevölkerung insgesamt. Ich schildere nun, wie ich und mein Haus es angehen. Nach eurem freien Ermessen könnt ihr aber alles Gesagte auch auf eure Sachlage, auf eure Gesetzgebung und Verfassung anwenden. Um der Zeit willen beleuchte ich hier primär die Straftaten des Schweizer Radio und Fernsehen (SRF).
Unten in der Infobox findet ihr aber noch weit umfänglichere Listen mit Schwerstverbrechern eurer Zwangsabgabe-Medien. Hängt also nicht ab, denn alle hier genannten Greueltaten und Massenmorde werden nicht allein von den Schweizer-, sondern auch von zahllos übrigen Zwangsabgabemedien in aller Welt gedeckt und somit Komplizen artig gefördert.
Unter Berufung auf nachfolgende Strafartikel (StGB) weisen wir nämlich jede Zahlungsaufforderung der Serafe (also jede Radio- u. Fernsehabgabe) so lange zurück, bis eine wirklich unabhängige Gerichts-Instanz diese hier aufgeführten Feststellungen unter Einbeziehung der Öffentlichkeit überprüft hat. Sowohl unsere Gesetze und Verfassungen, als auch unsere Gewissen verbieten es uns doch, uns finanziell oder anderweitig an Organisation zu beteiligen, deren Machenschaften von hochrangigen und unabhängigen Experten als kriminell und äußerst Volkswohl gefährdend eingestuft wurden.
Wir sehen uns dadurch der Gefahr ausgesetzt, eines Tages von der Justiz der Mitschuld wegen Beteiligung oder versäumter Pflichtverweigerung angeklagt und verurteilt zu werden. Solches geschieht ja mit folgsamen Bürokräften des 2. Weltkrieges noch bis dato, selbst wenn diese vor über 70 Jahren nur schon unwissend die Bleistifte ihrer Nazi-Führer gespitzt hatten. Wir kennen persönlich solche Leute, die jetzt im Knast sind deswegen. Schon beim bloßen Verdacht irgendwelcher unverjährbaren Greueltaten sind wir daher verpflichtet, Anzeige zu erstatten.

Im vorliegenden Fall geht es aber um weit mehr als nur etwa einen Anfangsverdacht. Hier geht es um knallharte Zeugenaussagen äußerst gewichtiger und hochrangiger Fachleute, deren Stimmen von den Zwangsabgabe-Medien konsequent unterdrückt, zensiert und mit äußerster Unmenschlichkeit verunglimpft werden. Hier zuerst einmal nur ein grober Überblick über festgestellte Straftaten, die durch die "gebührenpflichtigen Qualitätsmedien" geschehen sind. Laut zuvor benannten namhaften Experten haben diese sich mindestens folgender schweren Straftaten schuldig gemacht - die hinten eingeblendete Strafartikel findet ihr, wie auch alles sonst Gesagte, wieder Ausdruck fertig unten im Sendungstext:
Was sind ihre kriminellen Taten?
Beteiligung an kriminellen Organisationen Art. 260ter
Falsches Zeugnis/Falsches Gutachten Art. 307
Einschüchterung der Bevölkerung Art. 258
Anstiftung, Gehilfenschaft Art. 24-25
Gefährdung des Lebens und der Gesundheit:
Aussetzung, Verlassen angesichts einer Gefahr Art. 127
Unterlassung der Nothilfe Art. 128
Falscher Alarm Art. 128
Gefährdung des Lebens Art. 129
Fahrlässige Körperverletzung Art. 125
Fahrlässige Tötung Art. 117
Einfache Körperverletzung Art. 123
Schwere Körperverletzung Art. 122
Ehrverletzungen Art. 173-178
Nichtverhinderung strafbarer Veröffentlichungen Art. 322
Falsche Anschuldigung Art. 303
Begünstigung Art. 305
"Wer sich an einem Angriff auf einen oder mehrere Menschen beteiligt, der den Tod oder die Körperverletzung eines Angegriffenen oder eines Dritten zur Folge hat, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder Geldstrafe bestraft."
Das waren jetzt, wie gesagt, erst die Überschriften einer kleinen Auswahl der laufenden Verbrechen unserer Zwangsabgabe-Medien. Also wir reden jetzt hier nicht von nicht finanzierten Medien, die wir nicht zwangsfinanzieren müssen. Da reden wir von unsern wirklich Ja, Service public, wie wir in der Schweiz sagen. Bevor wir nun die konkreten Inhalte dieser Verbrechen überhaupt verstehen und einordnen können, muß ich noch eine grundlegende Feststellung vorausschicken.
Zu dieser Feststellung sind wir erst nach Jahrzehnten intensiver Forschung durchgedrungen, nachdem wir die finstere Rolle der Massenmedien innerhalb des gesamten Weltendramas mit all seinen Katastrophen und Niedergängen durchschauen konnten. Und zu diesem Attest sind nicht allein wir, sondern auch tausende unabhängige Forscher aller Gattung aus aller Welt gelangt, als sie die ganze Tragödie aus ihrer jeweils eigenen Perspektive durchschauen konnten.
Wir befinden uns schon seit längerer Zeit im 3. Weltkrieg!
Wir sprechen hier gerade von der Tatsache, daß wir uns schon seit längerer Zeit inmitten des 3. Weltkrieges befinden. Und auch dieser 3. Weltkrieg wird wieder von ein und denselben Luzifer geweihten Geheimbund-Kreisen durchgeführt, die schon die 1. beiden Weltkriege geplant und durchgeführt haben. Und nein, ich bin nicht durchgeknallt, weder ich noch alle genannten Fachleute und weitere, die noch erwähnt werden könnten. Du sagst, wie kann er vom Dritten Weltkrieg reden? Ich weiß, daß dieser Feststellung zuerst einmal wieder von allen Seiten widersprochen werden muß. Ist ja klar. Es sind ja weder Gewehrschüsse noch Tretminen

oder irgendwelche Kampfgeschwader mit Bombern zu sehen.
Wie leicht verwechseln wir doch das Fern sein von Kriegsgerät mit dem Fern sein von Krieg. Alle anderen aber, wie etwa Ukrainer und Russen, die Palästinenser und Israelis usw., bei denen schon seit Jahren ein Krieg ist, können den Krieg einzig im eigenen Land wahrnehmen. Sie verstehen genauso nicht, daß schweigende Waffen unseren Ländern noch lange nicht bedeuten, daß bei uns deswegen kein vernichtender Krieg tobt. Darum fliehen sie ja auch in alle Länder, in denen ja offensichtlich kein Krieg tobt.
Aber wißt ihr was? Genau das ist der größte Irrtum aller Zeiten schlechthin. Denn die modernste Art der Kriegführung läuft eben weltumspannend und völlig anders und dazu weit vielschichtiger ab, als wir es je erfassen könnten. Wir sprechen hier gerade von hybrider, sprich verdeckter Kriegsführung! Und nein, diesen Begriff hat weder Ivo Sasek noch irgendein freier Aufklärer kreiert. Er stammt aus dem Mund eines Oberst des deutschen Generalstabes, von Uwe Hartmann.
Wegen dieser neuen weltweiten Bedrohung hat er schon 2015 ein Buch geschrieben, das den Titel trägt: "hybrider Krieg als neue Bedrohung für Freiheit und Frieden". Er beschreibt darin, daß der hybride Krieg kein Krieg mit herkömmlichen Mitteln, also durch physische Gewalt ist, sondern ein Krieg der auf dem Weg der Propaganda, der Sabotage und der Destabilisierung geführt wird. Auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2019 übernahm dann Angela Merkel diesen neuen Kampfbegriff und beschuldigte die gesamte Klimabewegung der hybriden Kriegführung. Das war der vielleicht wahrste Satz, den Merkel jemals gesprochen hat.
Denn es tobt tatsächlich ein universaler verdeckter Krieg, in allen Bereichen von Staat und Gesellschaft! Dieser zielt auf wirtschaftliche, wissenschaftliche, soziologische Strukturen unserer Gesellschaft ab. Schlimmer als jeder vorangegangene konventionelle Krieg zerstört der verdeckte 3. Weltkrieg all unsere Identitäten, so wir ihn nicht durchschauen und aufhalten. Das möchte ich immer zwischen eingeschoben haben. Immer so wir ihn nicht aufhalten.
Es ist ein Informationskrieg in erster Linie. Hauch des Mundes. Denkt an die ersten beiden Teile dieser Rede. Er zerstört unsere völkische Zusammengehörigkeit, unsere Rechtsstaaten, unsere Familien, unseren Zusammenhalt, unsere Werte: wir sind unter dieser subtilen Kriegsmasche schon soweit entartet, daß viele nicht mehr wissen ob sie Mann oder Frau sind. Aber auch während man unseren Kindern in aller Welt eintrichtert, daß wir 87 verschiedene Geschlechter haben, begreifen wir noch nicht, was los ist.
Vielleicht realisieren wir diesen hybriden Krieg erst dann, wenn er auch noch unsere letzte Gesundheit von uns gerissen hat. Denkt an die Covid-Plandemie. Versteht ihr? Wenn auch unsere besten Kinder, unsere beste Forschung, Bildung und Kultur zerstört ist, ja vielleicht erst, wenn auch unsere letzte Energie-, Nahrungs- und Wasserversorgung von uns gerissen sind.
Der Angreifer zielt auf unseren Nachwuchs, auf unsere Geburtenraten, auf unsere Wirtschaft, er zielt gerade auf den gesamten Mittelstand, auf unsere Autoindustrien und Luftfahrt Branchen, auch auf die freie Landwirtschaft, ebenso zielt er auf unsere Militärs. Abbau und solche Dinge. Damit nur noch einer die Macht hat. Und zwar der, der uns alles zerstört.
Er zielt auf die freie Meinungsäußerung. Internetzensur läßt grüßen. Auf unsere Grenzen zielt er ab und auch auf Zuverlässigkeit unseres Staatswesens. Wo ist die Justiz? Bei 20.000 aufdeckenden, krassen Dokumentarfilmen. Kein Bein regt sich. Seht ihr es? Wie überall die Bomben schon gefallen sind. Lautlos, aber wirksamer als jede Phosphorbombe früherer Zeiten. Der vernichtende Schlag zielt gegen alles und jedes, meint das.
All solche Strukturen waren nach früheren konventionellen Kriegern bald wiederhergestellt. Doch der hybride Krieg ist weit auf zerstörerischer. Weil er eben nicht als Krieg wahrgenommen wird und auch alle fundamentalen geistigen und geistlichen Strukturen untergräbt und angreift. Und diese verdeckte Art der Kriegführung durchdringt inzwischen fast alle Staaten

der Welt. Jedes wesentliche Gesellschaftsglied wird in Frage gestellt.
Selbst der wirtschaftliche und machtpolitische Aufschwung Chinas ist doch ein typischer Ausdruck dieses hybriden Krieges. Weil die Aggressoren alle Nationen der Welt als ihre Einflußsphäre betrachten, wissen sie, wie sie uns dazu bringen können, gegeneinander zu kämpfen, bis wir uns gegenseitig schwächen und auslaugen, bis wir entsprechend kontrolliert werden können. Das Chaos soll uns beherrschbar machen. Das ist der Punkt. Das ist die Strategie. Bis wir beherrschbar geworden sind.
Ihr Lieben, wir müssen dringend verstehen lernen, daß sich die Zeiten geändert haben. Die gegenwärtig analog geführten Kriege, d. h. die physischen Kriege mit ihren Panzern, Helikoptern, Marschflugkörpern und dergleichen, die haben heute eine ganz andere Funktion. Wißt ihr welche?
Diese konventionellen Kriege, die gerade geführt werden, sie dienen gegenwärtig vorwiegend als Waffe der Ablenkung vor dem eigentlich verdeckten Weltkrieg, versteht ihr?
Die Kriege selber, überlegt euch gut diesen Satz, den ich spreche, die Kriege selber, die gerade geführt werden, sind Ablenkungsmanöver, um den viel größeren laufenden Krieg zu bedecken. Wenn es ihnen gelingt, die ganze Welt durchzuimpfen. Dieser Gen -Therapie, kannst du verstehen, wie das geht? Denn nach der Corona-Plandemie, nachdem das immer mehr publik wurde, was sie nicht gerechnet haben, daß es so einen Gegenschlag gibt, bekamen sie wirklich das Arschwasser, ich sage es mal so, oder?
Es blieb ihnen nichts anderes übrig, als sich zurückzuziehen, die Plandemie zu beenden. Was haben sie gemacht? Sofort geht es los. Mit Krieg. Ich habe es gesagt, ich habe geeilt, ich habe meinem Team gesagt, Kla.TV-Team, ich muß so schnell als möglich diese Sendung machen, bevor der Krieg ausbricht, jetzt werden sie uns ablenken mit einem Krieg. Bam, da war er. Ich war schon zu knapp, ich weiss, ich kam glaube ich drei Tage zu spät, ich weiss nicht mehr. Sie haben mich überholt. Aber wenn du den hybriden Krieg verstehst, daß Kriege heute als Ablenkung vom Krieg da sind.
Ja, wenn du das verstehst, dann bist du einen Schritt weiter. Wißt ihr, die ersten beiden Weltkriege waren im Grunde genommen ja gar keine Weltkriege. Warum nicht? Weil zahllose Länder und Regionen, wie etwa die Marschall Inselbewohner, von diesen Kriegen noch nicht einmal etwas gehört haben. Die wurden zu jener Zeit noch 180 bis 200 Jahre alt, das haben wir wieder nicht gehört. Also diese Kriege, diese Länder, die waren Länderlokalbegrenzt, versteht ihr? Was wir Weltkrieg nennen, ist auch wieder so ein taktischer Schachzug, oder?
Der gegenwärtige hybride Krieg hingegen umfaßt tatsächlich den hintersten und letzten Menschen dieses Planeten. So wahr Onkel Bill (Gates) vorhergesagt hat: "Erst wenn jeder Mensch unter diesem Himmel durchgeimpft ist, sind wir sicher …" Ihr wißt ja, Onkel Bill, Bill Gates. Also der verborgene Angreifer, er rechnet damit. Das hat er niedergeschrieben, vor 120 Jahren schon, ich habe es schriftlich.
Der verborgene Angreifer rechnet damit, erst dann von uns richtig erkannt zu werden, wenn es schon zu spät ist, weil dann jede Opposition mittels der digitalen bargeldlosen Totalüberwachungstechnologie mit einem einzigen Knopfdruck schachmatt gesetzt werden kann.
Du wirst nicht mehr kaufen, verkaufen können. Du wirst nicht mehr reisen können. Du wirst gar nichts mehr, mit einem einzigen Knopfdruck, wenn wir das jetzt nicht durchschauen und stoppen. Versteht ihr? Darum hat die Bibel gesagt, ihr habt keine zweite Stelle, bedroht uns regelrecht. Wenn ihr hier nicht durchgreift, greifen die durch und dann hast du es richtig übel hier unten. Dann ist da der Teufel, der Weltherrscher. Also hier ruft die Bibel zum Widerstand auf, daß es keine zweite Stelle gibt, auf 3.000 Seiten nicht. Doch in dieser entscheidenden Kriegs-Strategie möge er sich geirrt haben!
In dieser Rede wiederhole ich nicht das warum und wieso dieses verborgenen Krieges gegen die Menschheit. Ich wiederhole hier auch nicht, wer genau der versteckte Angreifer ist. Ich

wiederhole all dies nicht, weil wir es schon in tausenden Kla.TV Sendungen mit vielen Beweisen erklärt haben. Und wir haben jede einzelne Sendung mit wirklich zahllos wasserdichten Quellen unterlegt und allseitig bewiesen, daß dieser hybride Krieg tatsächlich tobt.
Wahrscheinlich haben wir noch nicht ganz alle durchschaut, aber ich sage mal sehr umfänglich jedenfalls. Doch jedes einzelne Themengebiet, und jetzt kommen wir langsam zum Thema. Doch jedes einzelne Themengebiet wurde von den Zwangsabgabemedien systematisch attackiert, klein geredet, zensiert. Sie haben den Spieß immer so lange umgedreht, bis sämtliche Beweis-Mittel als schwurblerische Recherchen und Verschwörungstheorien diskreditiert und abgetan waren.

Medien als Hauptwaffe im Krieg gegen die Menschheit

Unsere sogenannten Qualitätsmedien vernichten also 10 tausende Beweise und verhindern konsequent jede Forderung nach einem offenen Diskurs! Das wäre aber eigentlich ihre erste Pflicht, versteht ihr? Die vierte Gewalt im Staat, die sogenannte, ist zur ersten Gewalt geworden, die alles verhindert, was Wahrheit ist. Anstatt Wahrheit aufzudecken, Lügen, Verbrechen der Regierung aufzudecken, das was die eigentliche Aufgabe der Medien ist, verfolgen sie jeden, der das tut und decken die Verbrecher.
Während wir jahrzehntelang den Zusammenbruch auf all den genannten Ebenen unwiderlegbar dokumentiert haben und diese Dokumentationen nur die Spitze des teuflischen Eisbergs waren, ist nun vollends bewiesen, daß unsere steuerfinanzierten Medien nicht nur die engsten Verbündeten dieser heimlichen Kriegstreiber sind - sondern sie sind sogar deren Hauptwaffe im Krieg gegen die Menschheit.
Sie stigmatisieren nämlich schon seit Jahrzehnten alle unabhängigen Aufklärer und diskreditieren diese selbstlosen Menschen als gefährliche Verschwörungstheoretiker, indem sie sie z. B. als Schwurbler, Antisemiten, Feinde der Demokratie und des Staates, Umweltzerstörer, Covid-Idioten usw. bezeichnen.
Unser aller Verfassung aber verbieten jede Verbindung zu Terroristen und feindseligen Kriegsparteien! Wir dürfen uns in keiner Hinsicht in deren Dienst stellen. Unsere Verfassungen fordern uns sogar zu zivilen Ungehorsam auf, wenn korrupte Politiker, hinterhältige Finanziers, Kriegstreiber oder wer auch immer, uns in ihren Bann ziehen wollen. Und genau das tue ich jetzt zusammen mit meinem ganzen Hausstand.
Ich kann niemanden überreden zu diesen Dingen. Ich will es auch nicht, ich tue es auch nicht. Ich sage, das ist mein Weg, den ich jetzt beschreibe. Und was ich jetzt mache, ja? Und hier nun meine 40 konkreten Begründungen, warum ich mich auch der 12. Zahlungsaufforderung der Zwangs-Abgabe-Medien widersetze:
Ich beginne gleich mit dem Attest von Angela Merkel an der Münchner Sicherheitskonferenz, wo sie die ganze Klimabewegung offen als Instrument der hybriden Kriegsführung angeprangert hat. Diesem Attest stimmen wir durchaus zu.
1. Grund gegen die Zwangsabgabe-Medien: Sponsoren der Münchner Sicherheitskonferenz
Allerdings können wir der Münchner Sicherheitskonferenz selbst nicht zustimmen: Denn die Haupt-Sponsoren der Münchner Sicherheitskonferenz setzen sich u.a. aus Rüstungskonzernen wie Airbus, Rheinmetall oder der europäischen MBDA zusammen. Auch Lockheed Martin - der weltgrößte Waffenkonzern schlechthin, darf dort nicht fehlen. Die Münchner Sicherheitskonferenz wird m.a.W. von den größten Waffenhändlern dieser Welt dominiert. Das ist, wie wenn die Panzerknacker die Sicherheit unserer Gelder besprechen würden. Versteht ihr? Aber deren Existenzgrundlage liegt doch einzig im regen Gebrauch und Verbrauch von grauenhaften Vernichtungswaffen.
Führende Militärmächte dieser Welt planen dort ihre Interventionskriege mit Millionen Toten. Und unsere Zwangsabgabemedien, jetzt kommen wir zu der Begründung, zu der ersten, oder? Unsere Zwangsabgabemedien decken sie dabei. Und zwar stets mit der flankierenden Täu-

schung. Frieden und Sicherheit zu gewährleisten. Keinen Cent mehr von mir für diese Kriegstreiber!
2. Grund gegen die Zwangsabgabe-Medien: Propaganda zu Ursachen des Klimawandels durch SRF
Mein zweiter Grund, ja? Also ich sage, wir sparen uns, wenn wir Applausbedürfnis haben, alles auf den Schluß auf. Weil da kommen wir sonst nicht durch. Jetzt kommt wirklich eine Ladung, jetzt kommen 40 Gründe, ihr Lieben. Und das unterlegt mit Fakten, die ihr selber brauchen könnt, wenn ihr in derselben Situation vor Gericht gehen möchtet mit diesen Kriegsgesellen. Mein zweiter Grund, warum ich nie wieder bezahlen werde.
Entgegen dem gesunden Menschenverstand vertritt das SRF auch die These des IPCC, daß unsere jüngsten Kinder, unsere furzenden Kühe und wir Normalbürger die Ursache des Klimawandels sind. Und dies, obgleich zahlreiche renommierte Wissenschaftler nachgewiesen haben, daß Temperaturschwankungen schon seit Jahrhunderten aufgrund ganz natürlicher und zyklischer Ursachen existieren.
Was aber noch weit schlimmer ist: Während unsere gebührenpflichtigen Medien solche Lügen propagieren, bringen sie die Klimaveränderung und Ozonlöcher auf der anderen Seite niemals mit den fast 2.000 weiteren aufgedeckt wordenen Atombombentests in Verbindung, die in der Stratosphäre (einblenden: und anderen Teilen der Atmosphäre) und unter Wasser durchgeführt wurden. Dein Baby zu Hause, das die Windeln voll hat, ist Schuld am Ozonloch. Vor einer Atombombe, die in der Stratosphäre die ganzen Löcher zerbombt. Ihr wißt, was eine Atombombe ist gegenüber einer vollen Windel hoffentlich. Merkt, wie weit abgewichen wir sind. Das Baby muß schuld sein. Erkennt darin die Kriegsführung.
Auch die zahllos ans Licht gekommenen Wetterwaffenpatente mit Technologien verschweigen sie, obgleich diese nachweislich nicht nur jedes beliebige Wetter und Unwetter erzeugen können, sondern auch noch mächtige Erdbeben, Tsunamis, Hitze- oder Kältewellen.
Sie verschweigen auch zahllose Geoengineering-Einsätze, bei denen regelmäßig dutzende Millionen Tonnen hochgiftige Nanostaubpartikel in die Himmel geflogen werden. Hast du diese Tage gesehen, wie alles gelb war im Himmel? Ja, länderweit. Man sagt, das ist der Sahara-Staub. Ich meine, ich bin jetzt bald 70-jährig. Das hat es nie gegeben, nie, zu keiner Zeit, versteht ihr? Zu keiner Zeit.
Wer sagt mir, daß das nicht genau diese Millionen Tonnen sind, die sie in die Stratosphäre fliegen, die dann Monate da oben schweben und irgendwann einfach runterkommen? Ob Sturm mit vorn oder nicht, es spielt keine Rolle. Es kommt runter, es ist runtergekommen, alles. Habt ihr es miterlebt? Ich habe mein Auto gewaschen, eine Stunde später war es gelb wie ein Ei, oder? Ja. Hochgiftige Nanostaubpartikel im Himmel fliegen, dutzende Millionen Tonnen. Die Medien machen dicht, schweigen dazu.
Stattdessen schrecken diese Medien die Menschheit täglich mit kommenden Klima-Horrorszenarien und schieben ihren betrogenen Gebührenzahlern dann auch noch regelmäßig die Schuld für all diese Greuel in die Schuhe. Damit aber nicht genug, diskriminieren sie seit Jahrzehnten alle freien Aufklärer als krude Verschwörungstheoretiker, die solche Geoengineering Praktiken aufgedeckt haben.
Illegale Klimaaktivisten hingegen, die Pneus platt machen und nach denen die Polizei fahndet, werden in SRF-Interviews mutwillig gedeckt statt aufgedeckt. Versteht ihr? Da wird das Gesicht abgedeckt, die Stimme verändert. Kriminelle, die von der Polizei gesucht werden. Ich bin kein Krimineller, kein Geselle, kein Vasall dieser Menschen. Versteht ihr? Das sind Kriminelle! Das sind Kriminelle, nichts anderes. Versteht ihr?
All diese hybriden Kriegstreiber gehören samt ihren Medien-Kumpanen vor Gericht. Darum sehen sie von mir keinen müden Cent mehr. Ich freue mich auf die Versammlung.
3. Grund gegen die Zwangsabgabe-Medien: Hochgiftige Nato-Treibstoffe in Flugzeugen

Auch verschweigen unsere kostenpflichtigen Medien, daß unsere Flugzeuge seit vielen Jahren täglich tausende Tonnen hochgiftige Nato-Treibstoffe in den Äther fliegen, mit hochgefährlichen Zusatzstoffen:
Aluminium, Barium, Beryllium, Blei, Kadmium, Chrom, Kobalt, Eisen, Kupfer, Molybdän, Natrium, Nickel, Strontium, Titanium, Vanadium, Zink, Zinn und deren Oxide.
Und diese sind nun wirklich extrem gesundheitsschädigend. Ich unterstütze keine Komplizen von notorischen Krankmachern!
4. Grund gegen die Zwangsabgabe-Medien: Deckung von kriminellen Organisationen und von Korruption
Wie alle Mainstream Medien decken auch alle Serafe-Medien solch kriminelle Organisationen wie etwa die UNO mit ihren Greueltaten und ihrer extremen Korruption.
Sie alle wissen doch seit 1946 um die acht Jahre dauernden Atombombentests, die die meisten Inselgruppen der wunderschönen Marshallinseln vernichtet haben. Zuvor wurden die Menschen dort durchschnittlich 180 bis 200 Jahre alt. Nach diesen Atombomben -Versuchen über den Marshall -Inseln, wo sie alles in die Luft gesprengt haben, die ganze Thunfisch -Population kaputt, werden die Menschen noch knappe 45 Jahre im Schnitt.
Aber all dies verschweigen uns die kostenpflichtigen Medien nicht bloß, sie decken diese UNO-Greueltaten auch noch. Wenn man sie aufdeckt, hauen sie uns zu Boden. Das ist der Hybride Krieg ihr Lieben.
Auch kehren sie wider besseres Wissen die massenhaften Vergewaltigungen von Frauen und Kinder durch UNO-Mitarbeiter unter den Teppich. Schon 2017 ist doch ans Licht gekommen, daß diese allein in Haiti etwa 60.000 Kinder vergewaltigt haben.
Noch tragischer zeigt sich aber das Schweigen unserer mit Steuern finanzierten Medien zu den Zeugenaussagen des Ex-UNO-Beamten und Whistleblowers Calin Georgescu. Dieser hat auch noch ein weltweites Netzwerk des Kinderhandels, des Kindermißbrauchs und sogar der rituellen Kinderopfer in der UNO ans Licht gebracht. Wer ganze Völkermorde verschweigt und mißhandelte Frauen und Kinder im Stich läßt, den finanziere ich nicht!
5. Grund gegen die Zwangsabgabe-Medien: Verharmlosung und Deckung weltweiter pädophiler Netzwerke
Und wenn wir schon mal bei den im Stich gelassenen Kindern sind: Wie alle übrigen Mainstream Medien deckt und verharmlost auch das Schweizer Radio und Fernsehen (SRF) wieder jede Bezeugung hunderter Opfer, daß es diese weltweiten Netzwerke pädophiler Satanisten überhaupt gibt, bei denen rituelle Gewalttaten und Kinderopfer an der Tagesordnung sind. Das sagen hunderte Zeugen aus. Wir haben hunderte Zeugen an der Angel. In aller Welt sagen sie dasselbe.
In der Dokumentation "Blutsekte II" nennt Petra, eine Überlebende von grausamen satanischen Ritualen, einen ranghohen Täter aus dem Kult mit Namen: Fritz Schneider, einen Solothurner Regierungsrat und Erziehungsdirektor, der danach Präsident beim SRF wurde. Laut Petra sei das SRF ein Sprachrohr für diese satanischen Kreise, um direkt aufs Volk einzuwirken. In der Sendereihe "Satanic Panic" wurden die Hilfe suchenden Opfer und Überlebenden grausamster Verbrechen sogar noch unglaubwürdig oder lächerlich gemacht.
Dann ist ans Licht gekommen, daß der verantwortliche Mitarbeiter Robin Rehmann sogar enge Verbindungen zur Satanismus-Szene hat und sich mit seinen Auftritten, Kostümen und Gesten sogar selbst als Teil davon bekennt. In dieser Sekte wird die Praxis und Verherrlichung von Kindsmißbrauch, Gewalt und Kannibalismus betrieben. Die Anstrengungen seitens SRF, solche Sekten zu verharmlosen und zu leugnen werfen Fragen auf und lassen vermuten, daß eine offensichtliche Verbindung zwischen Leitungsfunktionen des SRF und dieser Sekte bestehen. Wie könnte ich weiterhin Zwangszahlungen an solche Menschen entrichten, bevor all diese harten Vorwürfe nicht vom Tisch sind?

6. Grund gegen die Zwangsabgabe-Medien: Verhinderung der Aussagen eines Mißbrauchsopfers

Dann hat Robin Rehmann sogar die Aussagen eines Mißbrauchsopfers von ritueller Gewalt in einem norddeutschen Fernsehsender erfolgreich verhindert. Laut mehreren Zeugenaussagen habe der SRF-Journalist Robin Rehmann derart viel Druck auf den Sender ausgeübt, daß die Redaktion des TV-Senders das bereits öffentlich angekündigte Interview aus dem Programm gestrichen hat. So wurde auch im ZDF statt die gewichtigen Zeugenaussagen dann doch lieber eine Sendung von Jan Böhmermann ausgestrahlt, in welcher er jeden rituellen Mißbrauch deutlich als lächerliche Verschwörungstheorie und somit als "Lüge" abtut - und dies zur besten Sendezeit!

7. Grund gegen die Zwangsabgabe-Medien: Berichterstattung des SRF über Mißbrauchsopfer

Das SRF selber widmete einem Mißbrauchsopfer aber sofort eine ganze Dokumentation, als es nach einem Psychiatrieaufenthalt plötzlich aussagte, ihre Traumatherapeutin hätte ihr all diese Erlebnisse bloss eingeredet.

Ihr wißt, wir haben Jahrzehnte Therapiearbeit gemacht, wir haben Kontakt zu solchen Stellen. Wir wissen, was da für Gesellen drin sind. Oh mein Gott.

Anderen Opfer, die von denselben grausamen Dingen zeugten, suchte das SRF nicht einmal auf, sondern machte sie in ihrer Doku "Satanic Panic 1" nur lächerlich.

8. Grund gegen die Zwangsabgabe-Medien: SRF gibt Opfern satanisch-rituellen Mißbrauchs keine Stimme

Nachdem ein Sturm der Entrüstung und eine sehr große Zuschauerkritik ans SRF und den Journalisten Robin Rehmann entbrannte, weil keines der Opfer zur Sprache kam, wurden in einer weiteren Reportage lediglich anonyme "Opfer" abgelichtet, die von einer SRF-Sprecherin nachgesprochen wurden.

Aber nur solche, die aussagten, daß ein Therapeut ihnen alles eingeredet habe. Und dabei war weder deren Gesicht noch deren reale Stimme wahrnehmbar. Keines der wahrhaften Opfer von satanisch-rituellem Mißbrauch, die man überprüfen könnte, bekam eine Stimme beim SRF. Solchen Gebührenjournalismus finanziere ich nicht. Und jetzt kommt es aber gleich noch dicker. Dieser 9. Punkt ist der zurzeit wichtigste, bzw. dringlichste dieser Rede.

9. Grund gegen die Zwangsabgabe-Medien: Berichterstattung über WHO-Chef Tedros

Wie alle Mainstream-Medien weltweit rühmt auch das SRF den WHO-Chef Tedros mit den Worten: "Einer, der viel bewirkt". Dabei wird total verschwiegen, welche terroristische Vergangenheit Tedros hat.

Bevor Tedros Adhanom Ghebreyesus 2017 für den Posten als WHO-Generaldirektor kandidierte, war er Gesundheitsminister, dann Außenminister seines Landes. "In dieser Zeit hat er viel bewirkt", rühmt SRF mit allen Leitmedien im Verbunde. Was hat er bewirkt?

Laut dem britischen Nachrichtenportal "The Exposé" hat Tedros nicht nur Cholera-Epidemien vertuscht, er war als zuständiger Gesundheitsminister auch mitschuldig an der jahrelangen völkermörderischen Blockade von Lebensmitteln und Medikamenten für die somalische Bevölkerung im Ogaden. Er war daran beteiligt, das Rote Kreuz und Ärzte ohne Grenzen während einer Reihe von Choleraausbrüchen aus dem Ogaden zu vertreiben und verschuldete dadurch den Tod unzähliger Menschen während einer Reihe historischer Hungersnöte und Epidemien.

Und so sieht die verbrecherische Laufbahn des von den Zwangsabgabemedien verherrlichten Tedros aus:

Laut einem Bericht des britischen Nachrichtenportals "The Exposé" war die von 1991 - 2018 regierende TPLF eines "der korruptesten, brutalsten und völkermörderischsten Regimes, das in den letzten 30 Jahren auf diesem Planeten Fuß gefaßt hat". Tedros war als führendes Mitglied dieses Regimes Mittäter!

Focus online berichtet, daß der amerikanische Wirtschaftswissenschaftler David Steinmann, der 2019 für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen wurde, Ende 2020 vor dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag eine Klage gegen Tedros eingereicht hat. Er beschuldigte ihn des Völkermordes in Äthiopien, weil Tedros einer von drei maßgeblichen Entscheidungsträgern für "ethnische Säuberungen" war. Tedros war somit verantwortlich für zahllose Inhaftierungen, Folterungen und Ermordungen von Amharas, Konsos, Oromos und von Somali-Stämmen.
Während also die 194 WHO Mitgliedstaaten Ende Mai 2024 darüber abstimmen, ob dieser Tedros Machtbefugnisse erhält, um als Einzelperson weltweit verbindliche Ausnahmezustände und neue Pandemien auszurufen, schreien diese geschundenen Ethnien nach einer gerechten Bestrafung dieses Massenmörders, der während seiner Regierungszeit in Äthiopien mit der TPLF unzählige Massaker verübt hat.
Somit sind unsere Rothschild kontrollierten Zwangsabgabe-Medien mit einem Terroristen liiert, den sie gerade zum Welt-Gesundheits-Diktator hochstilisieren, einen Schwerstverbrecher, der ein integraler Bestandteil jener TPLF war, die ihre Macht dadurch aufrechterhalten hat, daß sie jeden abgeschlachtet hat, der es wagte, ihre Unterdrückungstaktik in Frage zu stellen. Ja, und dessen Gesundheitsministerium Massen-Sterilisierungs-Kampagnen zur Bevölkerungskontrolle gegen allerlei Ethnien verübt hat, und zwar mit Impfstoffen, die die Frauen unfruchtbar gemacht haben.
Wer immer verhindern will, daß dieser Tedros Ende Mai 24 gleichsam zum Weltherrscher gekürt wird, soll noch vor dem 20. Mai hingehen und seine EU-Abgeordneten und Parlamentarier beschwören, daß sie aufgrund dieser Fakten ein deutliches Nein in die Urnen legen und überdies die verdiente Bestrafung von Tedros einfordern.
Auch alle mit Tedros liierten Zwangsabgabemedien sind zu disqualifizieren - darum verweigere ich jede weitere Zahlung an sie, neue Gesetze hin oder her - ich weigere mich.
Und ich weiss an dieser Stelle, es kam jetzt ein Gerücht mindestens, daß diese heißesten Punkte, die ich gerade hier bespreche mit euch, daß das schon vom Tisch sei, weil sie diese wieder rausgenommen haben aus der Traktatenliste. Aber wißt ihr was? Jetzt hauen wir erst recht drauf. Wir befinden uns in einem hybriden Krieg. Da würde ich das auch als Gerücht herumgehen lassen, daß das nicht der Fall ist, daß das erledigt ist. Wir haben gewonnen, wir haben gewonnen. Wenn es so ist, dann garantiere ich euch, der Hauch des Mundes hat es so weit gebracht. So war die Aufklärung, die freie Aufklärungsszene, die ganze Plandemie beendet hat, weil sie zu gross, zu stark, zu durchschlagen wurden.
Wenn es so ist, dann ist es der Sieg, weil ihr gearbeitet habt, weil ihr Tag und Nacht gearbeitet habt, um dieses Schwerstverbrechen, diese Schweinerei aufzudecken. Versteht ihr? Dann sagen wir Juhu. Aber wir hören nicht auf, diesen Ghebre Jesus vom Tisch zu fegen. Amen? Ja? Dieser Schwerstverbrecher muß samt der WHO weg. Wenn ihr meine Reden anseht über die WHO, es gibt keine andere Möglichkeit, die WHO raus aus allen Ländern und alle, ja, raus aus allen Ländern. Schluß aus mit diesen Clubs. Die sind saugefährlich. Und die Medien sind die allergefährlichsten. Darum weigere ich mich, ein Vasall von Terroristen zu sein, ihr Lieben.
10. Grund gegen die Zwangsabgabe-Medien: Covid-Weltbetrug und WHO-Problematik
Das Team von Kla.TV hat übrigens frühzeitig Dokumentarfilmmaterial über den weltweiten Covid-Betrug und das WHO-Problem an 1.300 Medien geschickt, das im Hintergrund gezeigt und am Ende des Programmtextes aufgeführt wurde: Hier auch für die Serafe zur Einsicht der genannten Quellen zu Dokumentationen. Dort finden Sie auch die Ursprungsquellen aller Aussagen.
1. Viele Infizierte aufgrund vieler Tests!
Coronavirus - gefährlich oder Labortest-Pandemie? 15.03.2020: www.kla.tv/15873

2. Wie aussagekräftig sind die Tests? Der Corona-Virustest - ein pseudowissenschaftliches Roulette. 16.03.2020: www.kla.tv/15879
3. Was hat es mit den Impfungen auf sich?
Spanische Grippe - Massensterben durch Massenimpfungen. 17.06.2020: www.kla.tv/16603
Coronavirus-Impfstoff: Milliardenschwerer Pharma-Profit trotz Gesundheitsrisiken - Interview mit Del Bigtree. 19.04.2020: www.kla.tv/16174
WHO vertuscht gefährliche bis tödliche Impfnebenwirkungen! 28.05.2020: www.kla.tv/16483
Bill Gates' globalistisch-diktatorische Impf-Agenda von Robert F. Kennedy jr. 22.04.2020: www.kla.tv/16194
4. Verhältnismäßigkeit / rechtliche Grundlagen
Corona: Rechtliche Grundlagen zur Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen. 15.05.2020: www.kla.tv/16408
Führt die Coronakrise zur Einführung einer "freiwilligen" Zwangsimpfung? 14.05.2020: www.kla.tv/16407
5. Expertenstimmen
Corona-Szenario: Bedeutende Fachstimmen melden sich zu Wort. 31.03.2020: www.kla.tv/16026
Corona-Krise: Offener Brief an die Bundeskanzlerin von Prof. Sucharit Bhakdi. 03.04.2020: www.kla.tv/16056
Corona-Pandemie: Beispiel von Propaganda und Volksschreckung durch Hauptmedien. 03.05.2020: www.kla.tv/16295
6. Weitere Quellen
Corona-Weltbetrug von Medien gedeckt? 30.07.2020: www.kla.tv/16937
Komplizen des Schreckens - Mediengedeckte Völkermorde. 05.09.2020: www.kla.tv/17164
Ist Impfung gegen Covid-19 sinnvoll und nötig? Stellungnahme von Prof. Dr. Bhakdi. 25.11.2020: www.kla.tv/17616
Ist der Corona-Impfstoff eine größere Gesundheitsgefahr als die Erkrankung selbst? 18.11.2020: www.kla.tv/17554
Menschheit 2.0: Ärztin warnt vor neuer Impf-Technologie - Interview mit Frau Dr. Carrie Madej. 15.11.2020: www.kla.tv/17550)
Sie wissen alles. Versteht ihr? Sie wissen jede neue Sendung von uns. Sie reißen runter und kritisieren und verdunkeln, wie ich es schon erwähnt habe. Darum könnt ihr sicher sein, wir haben diese Beweise. Alle im deutschsprachigen Raum haben sie. Keiner kann sagen, wir haben es nicht gewußt. Damit haben wir alle Medienverantwortlichen im deutschsprachigen Raum dazu aufgefordert, die Welt auch kompromißlos und wahrheitsgetreu über die kriminellen Verflechtungen von Bill Gates mit der WHO und den führenden Impfstoffherstellern zu informieren.
Würde ich einer meiner Töchter ein Haar ausrupfen und jemand bekäme es mit, wären die ganzen Medien voll davon. Weißt du, ich rede in dieser Rede nicht von den 700 Attacken, die persönlich gegen mich Ivo Sasek gelaufen sind, wegen frei erfundener Lügen, Sünden, mit denen ich nie etwas am Hut hatte. Da haben sie die ganzen Fernsehsender, die Radiosender, die Zeitungen waren geprallt voll davon. Doch da war kein Aufmerken. Weil sie stattdessen nur alle hochwertigen Zeugen diskreditiert haben bezahle ich sie nicht mehr. …
11. Grund gegen die Zwangsabgabe-Medien: Keine Grundlage einer Legitimation
Denn in dieser Mentalität erfüllen weder die SRF noch irgendwelche mit ihr verbundenen Leitmedien die Vorlagen des Service Public, welche als Grundlage einer Legitimation der Radio- und Fernsehgebühren vorliegen. Nebst den eingangs genannten Verstößen unserer Leitmedien gegen alle möglichen Strafartikel lassen mich auch deren Vergehen gegen hinten eingeblendete Artikel des Bundesgesetzes einer allfälligen Strafverfolgung gelassen entgegense-

hen.
RTVG: SR 784.40, Art. 4 Abs. 1
RTVG: SR 784.40, Art. 44 Abs. 1a
12. Grund gegen die Zwangsabgabe-Medien: Erfüllung von Strafbeständen
Die steuerfinanzierten Medien trugen auch dazu bei, daß der gesamte Covid-Krieg gegen unsere Gesundheit ungehindert seine Opfer fordern konnte. Nachdem die freimaurerische Rockefeller Familie im 20. Jahrhundert die gesamte Gesundheitsbranche umformatiert hatte und die Welt von den natürlichen Heilmethoden hin zur chemischen Arzneimittelbehandlung verführt hat, gründeten sie schon die Vorgängerorganisation der WHO. Und die ebenfalls freimaurerische WHO hat dann, wie immer, gedeckt von den Zwangsabgabemedien, alle paar Jahre wieder eine neue Virenpanik ausgelöst: Vogelgrippe, Schweinegrippe, Ebola, Sars, Zika, Covid-19…
Sie gehen immer in gleicher Weise vor: Sie verführen die Staaten, um einen Notstand auszurufen und die globalen Medien schüren dann Panik und Hysterie. Ein Verbrechen! Völkerschreckung ist ein Verbrechen, falscher Alarm ist ein Verbrechen! Versteht ihr? Covid war nur falscher Alarm, nur Völkerschreckung, nichts Zweites - nein, hunderttausend andere Dinge dazu. Und damit erfüllen sie übrigens die Straftatbestände: Schreckung der Bevölkerung (Art. 258 140), falscher Alarm (Art. 128 bis 100), Gefährdung des Lebens (Art. 129 101).
13. Grund gegen die Zwangsabgabe-Medien: Scheinzahlen von Corona-Infizierten
Alle öffentlich finanzierten Medienhäuser meldeten während vielen Monaten jeden Tag, fast stündlich und zum Teil jede halbe Stunde diese verlogenen Scheinzahlen von Corona-Infizierten. Und alles aufgrund von positiven PCR-Tests, die ja gar keine Krankheit nachweisen konnten. Mit dieser Dauerberieselung von sogenannten Krankheitsfällen wurden Millionen von Menschen verunsichert und in Zwangsmaßnahmen genötigt. Das ist zwar schon eine Weile her, aber keine Excel-Tabelle könnte alle diese Verlautbarungen über die drei Jahre hinweg fassen. Und jeder von uns kann sich noch bestens daran erinnern.
14. Grund gegen die Zwangsabgabe-Medien: Schrecken der Völker durch Long Covid
Kai von Massenbach, Ökonom und Psychologe, hat deshalb eine Strafanzeige gegen das Fernsehen SRF eingereicht. Grund dazu gab ihm die Sendung "Puls" vom 1. März 2021, die ohne wissenschaftlichen Nachweis behauptete, daß ein Viertel der infizierten Covid-Erkrankten später von "Long Covid" betroffen sein werden. Damit sei die Bevölkerung unnötig in Schrecken versetzt worden.
Doch selbst nachdem wissenschaftliche Fachpersonen erklärten, daß Long Covid als neue Krankheit nicht existiert, sondern lediglich ein neuer Begriff für bekannte Symptome ist, erfolgte keine Korrektur der Zwangsabgabe-Medien! Stattdessen reagierten sie mit Zensur und verweigerten Diskurse! Darum bezahle ich sie nicht mehr.
15. Grund gegen die Zwangsabgabe-Medien: Schweigen über Genveränderungen durch mRNA-Impfungen
Bleiben wir noch etwas bei Covid. Denn diese Plandemie war das wohl weltumspannendste Gesundheits-Verbrechen, bzw. der umfangreichste hybride Kriegsangriff auf die ganze Menschheit, der jemals inszeniert wurde - flankiert und gedeckt durch unsere Gebührenmedien. Diese haben Volksleben gefährdende Lügenpropaganda betrieben!
Hier ein paar Beispiele: Allen wissenschaftlich vorgelegten Beweisen durch Prof. Bhakdi und seinen hochgradigen Mitzeugen zum Trotz, propagierten das SRF im Verbund mit allen Leitmedien konsequent weiterhin das Gegenteil: Die unabhängigen Experten haben dargelegt, wie eine mRNA-Impfung zu Genveränderungen führen kann. Die Leitmedien hingegen verkündeten: Eine Genveränderung durch mRNA-Impfung ist ausgeschlossen!
Hochinteressant! Die wissen es ja besser als die Ausbilder von Ärzten, die ein Leben lang an den Universitäten gelehrt haben.

Solche Lügen gefährden aber das Volksleben!
16. Grund gegen die Zwangsabgabe-Medien: Schweigen über DNA-Verunreinigung bei Corona-Impfungen
Die unabhängigen Experten legten die wissenschaftlichen Beweise vor, daß DNA-Verunreinigungen und mRNA aus Corona-Impfungen bei jeder Zellteilung IN DEN ZELLKERN gelangt. - SRF und Co. propagierten weiter: "Keine Erbgut-Veränderung möglich!" Solche Fahrlässigkeit unterstütze ich nicht mehr!
17. Grund gegen die Zwangsabgabe-Medien: Schweigen über Unfruchtbarkeit durch Corona-Impfstoffe
Die unabhängigen Experten legten die wissenschaftlichen Beweise vor, daß Corona-Impfstoffe unfruchtbar machen können. Laut veröffentlichten Daten ist neun Monate nach Start der Impfung ein zweistelliger Geburtenrückgang in Westeuropa und anderen Ländern zu verzeichnen gewesen. Selbst Pfizer hat in den freigeklagten Akten beschrieben, daß es während den Testreihen mit 40.000 Beteiligten unzählige Fehlgeburten gegeben hat.
Die Pfizer-Files sind ein Schriftverkehr zwischen der FDA und Pfizer. Die Unterlagen belegen, daß die männliche Fruchtbarkeit unter dem Covid-19-Impfstoff leiden würde. Also war es den Herstellern bereits vor Impfbeginn bekannt, daß die Lipid-Nanopartikel, die in dem mRNA-Wirkstoff enthalten sind, ins Blut und so in die Hoden gelangen können, und somit die Qualität und Quantität der Spermien beeinträchtigen würden. Doch SRF und Co. propagierten unbeirrbar weiter: "Corona-Impfstoffe machen nicht unfruchtbar!"
18. Grund gegen die Zwangsabgabe-Medien: Sicherheitsprüfung der Impfstoffe fahrlässig mangelhaft
Die unabhängigen Experten legten die wissenschaftlichen Beweise vor, daß die Sicherheitsprüfung wegen zu schneller Zulassung der Impfstoffe fahrlässig mangelhaft war. Denn die "wissenschaftliche Beweislage von Risiko und Nutzen" war noch gar nicht vorhanden zu Beginn der Impfungen. Und obgleich diese Impfungen bereits 2021 angewendet wurden, liefen die Studien zum Teil noch bis ins Jahr 2024.
Was machen SRF und Co.? Sie beruhigten die Völker wider jedes besseren Wissens weiter, daß die Zulassung mit aller nötigen Sorgfalt erteilt worden sei. Hybride Kriegsführung, ihr Lieben. Hier werden Völker gemordet.
19. Grund gegen die Zwangsabgabe-Medien: Schweigen über Fruchtbarkeitsrückgang durch Corona-Impfstoffe
SRF und Co. propagierten am 7.7.2021: "Die Corona-Impfung macht ganz sicher nicht unfruchtbar." und zwei Tage danach sogar: "Impfen ist gut für die Fruchtbarkeit."
Dieses Verbrechen gegen die Volksgesundheit haben sie begangen, obgleich das Bundesinstitut selber eingeräumt hat, daß es einen Fruchtbarkeitsrückgang seit der Corona-Impfung gab. Kein Mensch hat das Recht, irgendeinen Mitmenschen wider dessen Willen unfruchtbar zu machen, geschweige denn ganze Völker zu sterilisieren!
Stellt euch vor, ich würde nur einen Menschen sterilisieren. Ivo Sasek würde das tun. Nur einen. Ich würde ihm die Eileiter durchtrennen. Dann heißt es: "Er hat ihn unfruchtbar gemacht." Ich garantiere euch, jedes Medium im deutschsprachigen Raum wäre voll mit diesen Schlagzeilen. Glaubt ihr mir das? Wenn die Schlagzeilen schon voll sind von mir wegen vorgetäuschter Gewalt, ich würde meine Kinder prügeln und solche Dinge. Versteht ihr? Wie denn erst, wenn ich nur einem Menschen so etwas antun würde? Hier machen sie es an ganzen Völkern und decken das.
Das ist doch vom Wesen her nichts anderes als Völkermord vor der Geburt, versteht ihr?!
20. Grund gegen die Zwangsabgabe-Medien: SRF schweigt zu "RKI-Files"
Dann weigerte sich das Schweizer Radio und Fernsehen (SRF) wieder, über die aufgeflogenen "RKI-Files" zu berichten. Dabei hatte dieser Skandal um die von "Multipolar" freigeklagten

Protokolle des Robert Koch-Instituts bereits überall hohe Wellen geschlagen. Doch der Chefredaktor von SRF News, Tristan Brenn, wollte trotz Brisanz dieser Berichterstattung einfach von gar nichts etwas wissen. Doch genau das wäre "Öffentliche Dienstleistung" gewesen. Ohne deren einwandfreie Erfüllung besteht doch keinerlei gesetzlicher Anspruch auf unsere Steuern!
Stattdessen verketzerten diese Geldeintreiber in allen genannten Punkten zahllos unabhängige Fachkräfte höchsten Ranges, darunter viele Professoren, die an unseren Universitäten über Jahrzehnte hinweg zahllose Molekular-Biologen, Epidemiologen, Virologen und sonst noch alle möglichen Wissenschaftler und Fachärzte ausgebildet haben!
Was für eine Überheblichkeit sehe ich hier. Sie machen das Gegenteil von ihrem Auftrag.
21. Grund gegen die Zwangsabgabe-Medien: Diskriminierung von Andersdenkenden
Ein 21. Grund, warum ich nicht mehr bezahle, dann kommt's aber noch mal dicker.
Das steuerfinanzierte SRF und die anderen Sender tun regelmäßig das, was gemäß dem Mediengesetz illegal ist. Zu besten Sendezeiten diskriminieren sie regelmäßig diejenigen, die im Nachhinein die einzigen waren, die die Wahrheit gesprochen haben. Doch die bis dato ungesühnten Schlagzeilen lauteten:
"Tausende Corona-Leugner demonstrieren in Berlin"
"Es ist ein bunter Mix aus Pandemieleugnern, Impfgegnern und Verschwörungstheoretikern, angeführt von der Initiative Querdenken"
"Wie bei ähnlichen Protesten der letzten Wochen mischen sich Nationalsozialisten, selbst ernannte Reichsbürger und Rechtsradikale unter die Menschenmenge"
"das Motto der Demonstration - Tag der Freiheit - erinnert ungut an einen Propagandafilm der Nazi-Ikone Leni Riefenstahl"
die Medien scheuten sich nicht einmal davor, diese gerechten Warner "Covidioten" zu schimpfen.
22. Grund gegen die Zwangsabgabe-Medien: Diffamierung von renommierten Ärzten
Weiter schreckten die gebührenpflichtige SRF und Co. nicht einmal davor zurück, renommierte Ärzte zu diffamieren: Auch diese brandmarkten sie wahllos als Verschwörungsärzte und Corona-Verschwörer.
23. Grund gegen die Zwangsabgabe-Medien: SRF programmiert und indoktriniert Kinder
In der Kindersendung "SRF school" programmierte und indoktrinierte SRF schon Kinder mit einer Schulung über "Verschwörungstheorien", dies unter Mißachtung hinten eingeblendeter Paragraphen.
RTVG; SR 784.40, Art. 4, Absatz 1
"Menschen, die Verschwörungen, wie etwa die von 9/11 oder Chemtrails öffentlich verbreiten, nennt man auch Verschwörungstheoretiker", brachten sie den Kleinen bei. Und in diesem destruktiven Geist infiltrierten sie die schutzlosen Kleinen mit noch einigen weiteren brisanten Aufklärungsthemen. So ziemlich alles wurde dort lächerlich gemacht. Ist das wirklich dieser Service public, den wir auch noch bezahlen sollten? Ich sage nein.
24. Grund gegen die Zwangsabgabe-Medien: Berichterstattung zu Geoengineering
Und wenn wir gerade bei 9/11 und Chemtrails sind: auch nachdem die Massenmedien endlich gezwungenermaßen zugeben mußten, daß die Chemtrails tatsächlich seit Jahrzehnten unter dem Namen Geoengineering versprüht werden, lenkten sie nicht ein, sondern gaben wieder einmal mehr noch eins oben drauf, indem sie sagten, Geoengineering sei nur gut für die Umwelt und das Klima.
25. Grund gegen die Zwangsabgabe-Medien: Berichterstattung zu 9/11
Was im Weiteren 9/11 betrifft, verweigern SRF und Co. nun schon seit 20 Jahren die Berichterstattung, daß zeitgleich mit den zwei Türmen des World Trade Center auch noch das 186 m hohe WTC 7-Gebäude in nur wenigen Sekunden im freien Fall zu Staub geworden ist - ob-

wohl dort kein Flugzeug reingeflogen ist.
Bis zum heutigen Tag weigern sich sämtliche Zwangsabgabemedien unter diesem Himmel zuzugeben, daß ein paar 1.000 l Kerosin unmöglich 120.000 t reinen Beton und Stahl innert Sekunden zu Staub und Asche verwandeln können.
Das ist hybrider Krieg ihr Lieben. Das war der Grund. Dann kam der Patriot Act. Von da an hat der hybride Krieg so richtig die Welt umfaßt. Jetzt seit dort sind die neuen Terrorgesetze, wo man Menschen verhaften und beseitigen darf ohne jede Anklage. Die alten Gesetze gelten nicht mehr plötzlich. Seit dort. Das ist der Verlauf der hybriden Kriegführung, die Macht über die ganze Welt zu ergreifen.
Schon allein diese physikalische Unmöglichkeit beweist aber, daß wir es hier mit einer verdeckten Kriegsführung zu tun haben, die vornehmlich über die gebührenpflichtigen Massenmedien überhaupt erst möglich gemacht wird und im Falle von unvorhergesehenen Pannen von denselben schützend flankiert wird.
Da sind genügend Pannen passiert. Wenn das WTC 7 nicht eine Panne war, sag mir was dann? Ihre Pflicht wäre es aufzudecken. Sie machen das genaue Gegenteil und decken die Terroristen.
26. Grund gegen die Zwangsabgabe-Medien: Verleumdung freier Aufklärer durch SRF
Stattdessen verleumdet das gebührenpflichtige SRF nicht allein den Historiker Daniele Ganser, sondern grundsätzlich alle freien Aufklärer, die mit handfesten Argumenten daherkommen, die beweisen, daß sich sowohl die Zwillingstürme als auch das WTC 7 durch gezielte Sprengungen in nur wenigen Sekunden in Staub und Asche verwandelt haben. Ganser haben sie sogar vor den Augen von Vincent Augustin von der UBI, also dem Präsidenten der Unabhängigen Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen, aufs übelste diskriminiert. Und dieser hat dazu nur geschwiegen.
27. Grund gegen die Zwangsabgabe-Medien: SRF-Lügen zu Impftoten widerlegt
Im Jahr 2022 jagte dann eine Lüge des Schweizer Radio und Fernsehen (SRF) die andere: 93 % der Corona-Toten seien Ungeimpfte, behaupteten sie. Nachdem diese Lüge widerlegt werden konnte, weil noch nicht einmal 43 % aller Gestorbenen Ungeimpfte waren, kommentierte SRF selbstbeweihräuchernd: "Nicht so schlimm - zumindest sind wir ehrlich." Schon wieder gelogen! Denn sie mußten unter großem Aufwand dieser Lüge zuerst überführt werden. Und genau solche Lügen und Verharmlosungen haben eben sehr vielen Menschen das Leben gekostet. Die dringend nötigen und knallharten Konsequenzen für alle Verantwortlichen bleiben aber bis dato aus.
Ganz im Gegenteil: Nach alledem ging der Impfdruck durch die Verbreitung ständig weiterer Angst- und Schreckens-Szenarien ungehemmt weiter. Die Impfpropaganda und gezielte Aufhetzung gegen Ungeimpfte nahmen sogar noch an Fahrt auf. Alles manipulative Lügen und Volksschädigungen zugunsten von Big-Pharma! Sollte ich dafür auch noch bezahlen?
Nein. Ich sage Nein, ich tue es nicht.
28. Grund gegen die Zwangsabgabe-Medien: Veröffentlichung von Covid-19-Impfschäden durch CDC
Aber auch jetzt noch haben unsere Zwangsabgabe-Medien ja reichlich Gelegenheit, ihre Ehrlichkeit unter Beweis zu stellen. Denn die US-Gesundheitsbehörde CDC mußte gerade diese Tage auf richterlichen Beschluß hin ihre bisher geheim gehaltenen Berichte über Covid-19-Impfschäden veröffentlichen.
Das ist brandneu jetzt, was wieder geschehen ist. Ein Schlag mehr, ein kleiner Teilsieg mehr von freien Aufklärern. Wunderbar. Aus diesen Akten geht hervor, daß bei dieser Behörde kurz nach der Markteinführung der Covid-Experimental-Impfstoffe bereits 780.000 Meldungen von Impfschäden eingegangen sind.
So etwa Gesichtslähmungen, Herzentzündungen, Fehlgeburten, Bewußtseinsverluste, Krampf-

anfälle, Taubheit, Lähmungen, tausende Berichte allein schon über Tinnitus, das ist das Ohrensausen und zuweilen auch Ticken in der Gehirnregion,
Wißt ihr, wegen solcher Dinge haben sich Leute aus Verzweiflung, diesen ständigen Lärm im Kopf, haben sich die Ohren, die Trommelfelle ausstechen lassen. Und hinterher war das Geräusch nicht weg. Warum? Weil diese Stoffe, wie Bakhdi es immer wiederholt hat, in die Gehirnregionen eindringen und das im Gehirn auslösen. Stellt euch mal vor, jetzt sind die Leute taub und der Lärm geht weiter, jetzt haben sie nur noch diesen Lärm und das Ticken. Ich sage ja ich hab eine Wut, eine heilige Wut gegen Menschen, die so was decken, die so was tun. Appetitlosigkeit, Selbstmordgedanken und vielerlei mehr. Da mache ich nicht mit, da zahle ich nicht für Leute, die so etwas decken.
29. Grund gegen die Zwangsabgabe-Medien: Kriege, die auf Lügen basieren
Und wo wir schon einmal beim Thema Lüge, Verharmlosung und Massentötung sind, haben wir noch kein Wort über die zahllosen Medienlügen verloren, die zu Kriegen mit Hunderttausenden und Millionen Opfern geführt haben: Alle hinten eingeblendeten Kriege wurden nur möglich, weil unsere Zwangsgebühren-Medien Kriegslügen verbreitet haben.
Und wir haben hier nichts aufgelistet, was nicht von ihnen selber bestätigt wurde. Stellt euch einmal vor, Ivo Sasek würde einen Menschen töten, hinterher zugeben, ich war's, und dann bleibt er im Amt. Der bleibt im Amt, der kann normal weiterleben. All diese Kriegstreibergesellen, die das propagiert haben, wieder besseres Wissen. Ihr müßt wissen, die wurden immer aufgeklärt, die Medien, sie haben immer alles verschwiegen, immer wieder besseres Wissen.
Hinterher mußten die Angreifer bei jedem dieser Kriege zugeben, daß erstunkene und erlogene Geschichten den Grund für diese Angriffe gelegt hatten.
KRIEGE DIE AUF LÜGEN BASIEREN:
** 7. Dezember 1941: Die Pearl Harbor-Lüge - die USA erklären am nächsten Tag Japan den Krieg.
**August 1964: Vietnamkrieg Die Medienlüge: nordvietnamesischen Schnellboote haben am Golf von Tonkin US-amerikanische Kriegsschiffe angegriffen!
**Oktober 1990 Irakkrieg: die Brutkasten-Lüge führt zum Startschuß!
** März 1999 Jugoslawienkrieg: Die Medienlüge: Im Kosovo spielt sich eine "humanitäre Katastrophe" ab.
** Februar 2003 Irakkrieg: Die Medienlüge: "Saddam Hussein besitzt Massenvernichtungswaffen!"
** März 2011 Libyenkrieg: Die Medienlüge: Gaddafi habe 6.000 Menschen getötet.
30. Grund gegen die Zwangsabgabe-Medien: Gefälschte Bilder während Corona
Auch die fünf repräsentativen Beispiele für ständig mutwillig GEFÄLSCHTE BILDER in unseren Zwangsgebühren-Medien geben mehr Grund, keine Beiträge mehr zu zahlen. Ebenso alle Fake-Bilder zur Manipulation während der Covid-19-Pandemie. In den Medien, die mit Steuern finanziert werden, wurden zum einen massenhaft Särge und zum anderen überfüllte Spitäler gezeigt.
Beides war ein Großbetrug, wie wir in verschiedenen Sendungen aufgezeigt haben. Die Spitalbetten wurden doch nachweislich einzig um der finanziellen Gewinnmaximierung willen abgebaut und die Todeszahlen künstlich hochstilisiert. Viele Bilder wurden aus dem Zusammenhang gerissen präsentiert.
Warum? Um Panik in der Bevölkerung zu erzeugen. Wir haben euch sogar Sendungen gezeigt, wo wir die Beweise haben, daß das so in den Akten dieser Politiker, dieser Vasallen steht, um Panik in der Bevölkerung zu erzeugen.
Um die Völker umzupolarisieren. Wir haben das alles schwarz auf weiß. Wir haben es den Medien geschickt. Kein Ton. Sie tun ihre Pflicht nicht, ich bezahle nicht.
Wie das angebliche Massengrab auf der New Yorker Insel oder der angebliche Militärkonvoi

mit Corona-Toten in Bergamo und vieles mehr. Auch hier zeigt sich wieder dieser hybride Krieg, ihr Lieben.
31. Grund gegen die Zwangsabgabe-Medien: SRF-Lügen zu Syrien
Unter hinten eingeblendetem Link kannst du dir weitere sieben SRF-Lügen zu Syrien ansehen. Das SRF stützte sich in seinen Berichten immer auf die sogenannte syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte. Die unabhängige Journalistin Eva Bartlett hat daraufhin aufgedeckt, daß die syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte in Großbritannien sitzt und aus einem einzigen Mann besteht.
Der ist noch nicht mal im Land. Das ist das Fundament unserer gebührenpflichtigen Medien.
Eingeblendete Internet-Links nehmen noch weitere Beispiele der miserablen Berichterstattung von SRF unter die Lupe.
Vergeßt nicht, ich mache hier die Schweizer Beispiele. Ihr habt dann zum Download massenhaft mehr für eure Medien, noch mehr als was ich hier berichte. Weit mehr. Ganze Listen haben wir erarbeitet mit hunderten Menschen zusammen, damit ihr die Fakten habt, falls ihr denselben Weg geht, wie ich ihn gehe. Daß ihr die Fakten habt. Also, daß ja niemand es falsch versteht und denkt: "Das war jetzt ein super Beitrag für die Schweiz, was ist mit uns?" Das Gegenteil ist der Fall: Ihr habt doppelt so viel, was ihr bekommt.
Solch eine völkerschädigende Berichterstattung ist keinen Cent wert.
Weiter klagte das SRF in Syrien laut über die letzten 35 Ärzte im Osten Aleppos und über die letzte zerstörte Kinderklinik. Andere Leitmedien beklagen den letzten Doktor in Aleppo, den letzten Aktivisten, den letzten Kinderarzt usw. Unabhängige Augenzeugen vor Ort sprachen zeitgleich mit der Medizinischen Vereinigung in Aleppo, die aus 4.160 aktiven und registrierten Ärzten bestanden hat, von denen 800 Spezialisten waren.
Seht ihr die Kriegsführung? Was für ein Widerspruch! Ja, das wird verschwiegen. Es ist ein Terrorverbund, der uns hier bearbeitet. Hybride Krieg ihr Lieben.
32. Grund gegen die Zwangsabgabe-Medien: SRF verbreitet Lügen über Assad-Regime
Über Assad publizierte das SRF damals immer wieder mit Anti-Demo-Bildern, daß das Assad-Regime aufgrund seiner Brutalität bei der Bevölkerung sehr unbeliebt geworden sei.
Eine in Aleppo lebende Nonne und dem möchten wir ein bißchen mehr Vertrauen schenken. Ein bißchen Vorschuß. Sie lebte immerhin vor Gott. Eine in Aleppo lebende Nonne, sie bezeugte,
daß genau diese Bilder von Assad-Anhängern geschossen wurden, die zu Tausenden Menschen auf die Straße gingen, um ihren Präsidenten Bashar al-Assad zu unterstützen!
Also genau diese Bilder nehmen sie und sagen, es waren Anti-Demo-Bilder. Lügnerischer geht's einfach nicht.
Ihr könnt euch die stets gegenteiligen Fakten in eingeblendete Links selber ansehen.
33. Grund gegen die Zwangsabgabe-Medien: Berichterstattung zum aktuellen Kriegen
Und genauso läuft es letztlich auch rund um den Ukraine-Rußland-Krieg, ebenso um den Israel-Palästina-Krieg, aber auch hinsichtlich der Nordstream-Attacke usw.
34. Grund gegen die Zwangsabgabe-Medien: Gefälschte Berichterstattung über Krieg und Corona
In der Ukraine haben wir die mit Steuergeldern finanzierten Medien dabei erwischt, wie sie Kriegsberichterstattungen mit gekauften Komparsen gefälscht haben. In Afghanistan, im Irak, in Libyen und allen anderen Ländern des Arabischen Frühlings insgesamt haben wir hier Lügen aufgedeckt, die all diese Kriege überhaupt erst möglich gemacht haben.
Das Volk muß kriegswillig sein, versteht ihr? Du kannst nicht einfach Flugzeuge chartern, ein paar Bomben runterwerfen, und dann war es gut. Wenn das jemand hört, sagt er: "Was läuft hier? Das dürfen wir doch nicht." Dann kommen alle Sicherheitsgesetze hoch. Die Medien tun die Hauptarbeit. Ich betone es nochmal: In meinen Augen sind die Medien die Hauptkriegs-

waffe. Die schlimmste, die es je unter diesem Himmel gegeben hat.
Der Kampf ist ein geistiger, versteht ihr? So wie wir jetzt diesen Kampf nur mit dem Mund führen können. Geist gegen Geist, Lügengeist gegen Geist der Wahrheit, versteht ihr? Menschlicher, dämonischer Geist gegen Geist der Wahrheit als Gott.
Das ist der Kampf. So wie über Worte ganze Kriege, ganze Welten zerstört werden können, so können über die Worte ganze Welten gerettet werden, ihr Lieben. Kämpft darum mit, seid der Stab des Mundes.
Auf ihren mutwilligen Täuschungen der Völker allein konnte sich diese ständige Kriegsbereitschaft gegen all diese Verleumdeten überhaupt erst aufbauen. Während der Covid-19-Krise haben Angehörige des Schweizer Militärs von ihrer Erfahrung berichtet, wie sie dazu überredet wurden, sich in die leeren Krankenbetten der leeren Nothilfe-Aufnahmestellen zu legen - weil kein einziger Patient mit Covid-19-Symptomen dort eingeliefert wurde. Und in vielen Spitälern stand während dieser Krise etliches Personal fast arbeitslos herum.
35. Grund gegen die Zwangsabgabe-Medien: Berichterstattung zu CO2 und Klima
Zu guter Letzt müssen wir aber auch noch auf die Behauptung von SRF zu sprechen kommen, CO2 führe zur Temperaturerhöhung und schädige Pflanzen und Klima. Laut wirklich unabhängigen Klimaforschern und Experten entspricht in fast jeder Hinsicht das genaue Gegenteil den Behauptungen unserer Gebühren-Medien. Zum einen hat der Klimatologe Prof. Werner Kirstein bewiesen, daß ein Anstieg von CO2 immer erst Jahre nach einer Temperaturzunahme zu verzeichnen ist. Weiter ist bekannt, daß CO2 ein unsichtbares, geruchloses, ungiftiges Spurengas in der Atmosphäre ist. Es ist kein schwarzer und rußiger Rauch, wie die Medienbilder es uns vormachen.
36. Grund gegen die Zwangsabgabe-Medien: Verweigerung von Gegenstimmen zu CO2
Auch pusten Gemüsebauern schon seit Jahrzehnten mit Erfolg Unmengen von CO2 in ihre Treibhäuser, damit die Pflanzen so richtig wachsen können. Und genau so geschieht es. CO2 ist die Nahrung der Pflanzen, wenn du so willst. Solche und ähnliche Gegenstimmen werden aber schon seit Jahrzehnten kategorisch von allen kostenpflichtigen Medien verweigert, was wir aus eigenen Erfahrungen tausendfach erleben mußten. Stattdessen werden beim SRF sogar noch Asylstatistiken gefälscht, um seine Zuschauer zu manipulieren.
37. Grund gegen die Zwangsabgabe-Medien: SRF propagiert Abschmelzen der Polkappen
Und dann propagiert das Schweizer Radio und Fernsehen (SRF) wieder, der gegenwärtige Klimawandel habe zum Abschmelzen der Polkappen geführt und eine Autofahrt über 2.000 Kilometer ließe einen Quadratmeter Polareis schmelzen. Mit Slogans wie: "Die Eisdecke in der Arktis ist so dünn und so klein wie noch nie zuvor," schreckten sie wieder einmal mehr die Völker.
In Wahrheit aber zeigten die Satellitenbilder aus dem Jahr 2015 einen Zuwachs der arktischen Eisfläche von 1,02 Mio. km² - also ein 30 % Wachstum seit 2012. Die Eisdecke sei zudem nicht nur größer und dicker, sie sei auch dichter geworden.
Und auch all das ist, wie alles schon zuvor Gesagte, wieder eine hybride Kriegslüge.
Ihr müßt einfach verstehen, wenn man den Menschen Glauben machen kann, daß die furzende Kuh im Stall und das kackende Kind in der Krippe die Ursache für eine Klimakatastrophe ist, wo wir alle ersticken und verbrennen. Wenn das die Leute glauben, kannst du mit ihnen machen was du willst. Du kannst Gesetze erlassen, du kannst Ausgangssperren verordnen, du kannst Fahrzeuge verbieten, du kannst alle zwingen ihre Häuser umzubauen, du kannst eine Million andere Dinge machen, du kannst herrschen über sie nach Lust und Laune. Das ist hybride Kriegsführung.
Wer einmal die Oberhand hat und den Knopf drücken kann, weil alle nur noch elektronisch funktionieren, jetzt wollen sie die Menschen immer noch mehr KI abhängig machen, daß du noch mehr verblödest, noch weniger weißt. Du kannst ja schon ohne Taschenrechner nicht

mehr im Kopf rechnen.
Verstehst du, wir sind Dummköpfe gemacht worden durch die KI und jetzt möchten sie das noch mehr ins Hirn einbauen und dann kannst du wirklich auf Knopfdruck, auf Joystick hin, wie eine Spielpuppe kannst du dann gelenkt werden nach Belieben. Und wenn du nicht spurst, nicht genau das tust und genau das sagst, sie sagen wie viele Finger sind das, du sagst nicht fünf, dann können sie mit dir machen was sie wollen. Das sind alles hybride Kriegstechniken, versteht ihr? Und darum diese hybriden Kriegslügen.
Sie dienen einzig dazu, die totale Macht über alle Völker zu erlangen, sie unter ständige Panik zu allen nur denkbaren Handlungen und Einkäufen zu zwingen. Merkel hatte den Nagel auf den Kopf getroffen: Die neue Klima-Religion ist auch der neue Ablaßhandel unserer Rothschild-Polit-Marionetten. Darum sehen sie von mir keinen müden Cent mehr!
38. Grund gegen die Zwangsabgabe-Medien: Aufheizen der Klimapolitik durch SRF
Das Schweizer Fernsehen greift auch zu abwegigen Verdrehungen, um die hybride Kriegsführung über die Klimapolitik anzuheizen. So preist es etwa Elektro-Autos als "emissionsfrei" an. Dabei befindet sich der Auspuff der E-Autos lediglich nicht am Fahrzeug selber, sondern irgendwo in China zum Beispiel, oder wo immer diese Vehikel unter unsagbar vielen Emissionen auch hergestellt werden. Und dieser Faktenbetrug wird dann als "emissionsfrei" verherrlicht durch unsere Zwangsabgabe-Medien.
39. Grund gegen die Zwangsabgabe-Medien: Verschleuderung unseres Volksvermögens
Neue Schweizer Gesetze wollen uns für solches Verschweigen und Verdrehen und für solch ständig lebensbedrohliche Aktionen Zwangsgebühren aufnötigen, auch wenn wir weder Anschluß noch Empfangsgeräte haben. Im deutschsprachigen Raum soll der GEZ-Rundfunkbeitrag wieder steigen: Aber für was bezahlen wir eigentlich?
Die Deutschen sollen 10 Milliarden Personalkosten in den kommenden vier Jahren bezahlen. Weiter 5,3 Milliarden Euro für Technik und dann wieder 600 Millionen Euro Miete pro Jahr. Mit Kla.TV beweisen wir seit 2012, daß man den hochgelobten Service public ganz locker auch nebenberuflich erledigen kann, auf eigene Kosten. Unsere Zwangsabgabe-Medien verschleudern nebst all dem volksgefährdenden Inhalten auch noch unser Volksvermögen in extrem räuberischer Weise. Diesen Wucher unterstütze ich keinen Tag länger!!!
Jetzt komme ich zu meinem letzten Grund, warum ich nicht mehr bezahle. Es gäbe allerdings noch hunderte, wißt ihr.
40. Grund gegen die Zwangsabgabe-Medien: Lügen zu Grenzwerten des Mobilfunks
Ich muß zum Abschluß auch noch auf das hybride Schlachtfeld des Mobilfunks zu sprechen kommen. SRF flankiert natürlich auch hier wieder die längst widerlegten Grenzwert-Lügen. Die gebührenpflichtigen Medien verschweigen Tausende hochbrisante Studien zu dieser tödlichen Problematik. Von der anderen, daß das eine Kriegswaffe ist, haben wir noch kein Wort verloren.
Der Mobilfunk gehört zusammen mit WLAN, den Smartmetern usw. zu den strategisch wichtigsten Kriegsgeräten der modernen verdeckten Kriegsführung. Über diese Technologien wurden im Zweiten Weltkrieg nicht nur die Augen von Feinden gekocht wie Spiegeleier, sie machen laut dem Erfinder von 5G selbst Betonhäuser zu durchsichtigen Räumen. Über diese Technologie kann die bargeldlose Totalüberwachung zu ihrer Vollendung schreiten. Wegen dieser Technologie. Anders geht das nicht. Versteht ihr? Es gehört zusammen. Wie die oberste Unterlippe bei diesen Verbrechen.
Keine Technologie eignet sich besser, um Menschen krankzumachen. Dies sage nicht ich, sondern Mark Steele, der Erfinder der 5G-Technologie. Weil er gemerkt hat, wohin das Ganze führt. Studiert die Grenzwertlügen, die ständig von unseren Gebühren-Medien propagiert werden und ihr werdet sehen, in welcher hochgradigen Lebensgefahr wir alle uns befinden.
Glaube es, künftig an jedem einzelnen Mobilfunkmast, wo du vorbeifährst, jedes einzelne, ja,

Gerät, das du da oben siehst, diese Antennen, ist ein Kriegsgerät. Eine Waffe, die auf dich zielt. Die nicht nur zielt, die bereits schießt. Die die Menschen Tag und Nacht bestrahlen. Tag und Nacht. Nachgewiesen Millionen von Toten mit Hirntumoren, mit allen möglichen Tumoren.
Tausende von Sendungen, Tausende von Studien. Die Medien haben sie. Kein Sterbenswörtchen. Kein Sterbenswörtchen. Obwohl wir hochgradig uns in Lebensgefahr befinden. Wir lassen uns beschießen von diesen Dingen. Wir lassen uns betrügen, täuschen mit unserem Handy. Der Handysucht, ja. Sie verstehen es, uns technisch geil zu machen. Wie Drogensüchtige. Sie schreiben sogar noch in die Zeitung, daß das Mobilfunk keine Droge ist. Das Handy.
Sie machen uns neuerungsgeil, daß die Leute süchtig sind danach und wie Tiere zur Schlachtbank sich führen lassen. Ihren eigenen Untergang finanzieren mit immer noch einem neuen Handy und noch eine neue App und das noch und das noch. Sie merken nicht, daß das alles die Waffen der hybriden Kriegsführer sind, die die ganze Welt, das ist ein wirklicher Weltkrieg, die ganze Welt in ihre Gewalt bringen auf diesem Weg.
Ich kann es um der Zeit willen hier nicht nochmals ausführen, wir haben darüber zahlreiche Sendungen gemacht.
Über die dubiose Entstehung der Grenzwerte hatte der Mobilfunk-Experte Uli Weiner im auf Kla.TV veröffentlichten Vortrag "5G, Komfort oder Katastrophe" gesprochen. Ich sage es nochmal, meine ganz persönlichen Verfolgungen durch diese Zwangsabgabemedien habe ich jetzt mit keinem Wort erwähnt.
Dies habe ich bereits in früheren Vorträgen oder in meinem 3-teiligen Buch "Herr der Verwandlungen" dargelegt - zuletzt bei meiner 19. AZK-Rede "Staatsfeind Nummer 1 - Krake im Staats Gewand". Darum wiederhole ich diese weit über 700 Attacken an dieser Stelle nicht - auch um der Zeit willen.
Ich bin hier nicht wehleidig, aber ich sage, diese kommen zu meinen Gerichtsakten dazu. Diese Verbrechen, die kann mir niemand sagen, das hast du erfunden, die haben wir erlebt und dokumentiert. Wir haben die Artikel alle schön eingeordnet. Jede einzelne Medienlüge, hunderte Gegendarstellungsverweigerungen haben wir alles dokumentiert. Ich freue mich schon fast auf den Gerichtsprozeß. Sie können sich keinen geringeren Schaden antun, als uns einfach zu streichen aus Ihrer Liste, weil Sie wissen, wir werden nicht schweigen, ja.
Sollten meine weiteren Zahlungsverweigerungen zu einem Gerichtsprozeß führen, dann werden wir mit Kla.TV diesen ganzen Gerichtsweg begleiten und von einer Instanz zur anderen dokumentieren, wie die Justiz mit diesen 40 quellengesicherten Begründungen umgehen wird. Wie sie aber dann auch mit meinen persönlichen Attacken, die ich erleben mußte, umgehen werden.
Ob sie mich weiterhin zwingen möchten, meine Erzfeinde, die mir persönlich zig zig zig Millionen Schaden eingefahren haben, durch die Vernichtung all meiner Filme aus allen Kinos, all meiner Bücher, alles was sie geschädigt haben, sind zig zig Millionen Schädigungen, ob die Justiz darauf bestehen wird, daß ich solche Feinde auch noch regelmäßig finanziere, da dürfen wir dann mal gespannt sein.
Wie gesagt ist diese Rede zugleich meine Gerichtsvorlage, die ich aber auch für euch, meine und unser aller Freunde, als Vermächtnis erarbeitet habe, die ihr von denselben hybriden Kriegstreibern mit denselben Drohungen attackiert und verfolgt werdet.
Fazit
Zusammenfassend muß gesagt werden, daß dieser gesamte verdeckte Krieg nach den Grundsätzen und Listen des alten Kriegsstrategen Sun Tsu geführt wird.
Nachdem ihr diese dürftigen Ausführungen gehört habt, vergleicht jetzt einmal, das Geschehen in unserer Welt mit den jahrhundertealten Befehlen des Kriegsstrategen Sun Tzu. Ich zitiere ihn:

"Zersetzt alles, was im Land des Gegners gut ist, verwickelt die Vertreter der herrschenden Schichten in verbrecherische Unternehmungen. Unterhöhlt auch sonst ihre Stellungen und ihr Ansehen. Gebt sie der öffentlichen Schande ihrer Mitbürger preis. Nutzt die Arbeit der niedrigsten und abscheulichsten Menschen. Stört mit allen Mitteln die Tätigkeit der Regierungen. Verbreitet Uneinigkeit und Streit unter den Bürgern des feindlichen Landes.
Hetzt die Jungen gegen die Alten, zerstört mit allen Mitteln die Ausrüstung, die Versorgung und die Ordnungen der feindlichen Streitkräfte. Entwertet alte Überlieferungen und Götter. Seid großzügig mit Angeboten und Geschenken, aber auch mit Nachrichten, um Komplizen zu kaufen."
Ich bin Ivo Sasek, der seit 47 Jahren vor Gott steht.<<
Israel: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 8. Mai 2024 (x1.377/…): >>**Israel beginnt Angriff auf Rafah**
In der Stadt mit ursprünglich 300.000-Einwohnern sind heute über 1,5 Millionen Menschen zusammengepfercht, die meisten davon Flüchtlinge, die vor den israelischen Angriffen auf den Gazastreifen in die Stadt geflohen sind. In seinem Buch "Die große Täuschung" zerrt Thorsten Schulte die Strippenzieher im Hintergrund ans Licht, die seit mehr als 100 Jahren die historische Entwicklung bestimmen. Hier mehr erfahren.
_ von *Thomas Röper*
Die Versorgungslage ist kritisch, weil Israel seit Oktober eine Hungerblockade über den Gazastreifen verhängt hat. Laut UNO und WHO hat es bereits Hungertote gegeben.
Weiter US-Unterstützung für Israel
Die US-Regierung unterstützt Israel bei seinem Vorgehen und die Erklärungen der letzten Wochen aus Washington, die USA würden von Israel fordern, Rafah nicht anzugreifen, haben sich nun als leere Worte erwiesen. Reuters berichtete nun unter Berufung auf Diplomaten, Washington könnte beschließen, die Finanzierung aller UN-Organisationen auszusetzen, wenn die Resolution zur Gewährung der Mitgliedschaft Palästinas in der UNO angenommen wird.
Damit haben die USA sich nun auch offiziell von der Zweit-Staaten-Lösung verabschiedet, die sie angeblich unterstützen. Nate Evans, Sprecher der US-Mission bei den Vereinten Nationen, sagte: "Wir sind uns der Resolution bewußt und bekräftigen unsere Besorgnis über jeden Versuch, bestimmten Subjekten Vorteile zu verschaffen, während die Frage offen bleibt, ob die Palästinenser derzeit die Kriterien der Charta erfüllen."
Stellen USA ihre UN-Finanzierung ein?
Reuters weist darauf hin, daß Washington nach US-amerikanischem Recht keine UN-Organisationen finanzieren kann, die einer Entität die Mitgliedschaft angeboten haben, "deren Staatlichkeit auf internationaler Ebene nicht anerkannt ist". Aus diesem Grund setzten die USA 2011 die Mittel für die UNESCO aus, nachdem Palästina Mitglied geworden war.
Gilad Erdan, Israels ständiger Vertreter bei den UN, sagte dazu: "Wenn verabschiedet wird, erwarte ich, daß die USA die Finanzierung der UN und ihrer Institutionen in Übereinstimmung mit amerikanischem Recht vollständig einstellen."
Kriegskabinett beschließt Rafah-Angriff
Die russische Nachrichtenagentur TASS hat zusammengefaßt, was über die israelische Offensive bekannt ist und ich habe die Zusammenfassung der TASS übersetzt.
Beginn der Übersetzung:
Was über die israelische Militäroperation in Rafah bekannt ist
Die israelischen Streitkräfte haben den Beginn der Militäroperation in der Stadt Rafah verkündet und die Kontrolle über den Grenzübergang an der Grenze des Gazastreifens zu Ägypten übernommen.
Das israelische Militär ist in den östlichen Teil der Stadt eingedrungen, der Transit von Ein-

wohnern und humanitärer Hilfe durch den Grenzübergang wurde gestoppt.
Die TASS hat die Informationen über die Lage in Rafah zusammengestellt.

Die Lage in Rafah

Am 6. Mai gab die israelische Armee bekannt, daß sie mit den Vorbereitungen für die Evakuierung von Rafah begonnen hat, und forderte die Bewohner des Ostteils der Stadt auf, in die erweiterte humanitäre Zone in al-Mawasi in Khan Younis zu ziehen. Das Büro des israelischen Premierministers Benjamin Netanjahu teilte mit, daß das Kriegskabinett des Landes einstimmig beschlossen habe, die Operation in Rafah fortzusetzen.
Am 7. Mai berichtete die Times of Israel, daß gepanzerte Einheiten der israelischen Armee am frühen Morgen in Rafah einmarschierten. Die israelische Armee erklärte, sie hätte "gezielte Angriffe" auf Ziele im östlichen Teil der Stadt durchgeführt und "terroristische Einrichtungen der Hamas in der Gegend von Rafah, einschließlich militärischer Strukturen und unterirdischer Infrastruktur" zerstört.
Laut dem Fernsehsender Al Mayadeen drangen israelische Truppen und schweres militärisches Gerät von der palästinensischen Seite in den Kontrollpunkt Rafah ein. Der Betrieb wurde vollständig eingestellt und die Durchfahrt von Fahrzeugen mit Passagieren und humanitären Hilfsgütern in den Gazastreifen wurde unterbunden.

Todesopfer und Verletzte

Das Büro des Sprechers der israelischen Armee berichtete später, daß das israelische Militär die Kontrolle über die palästinensische Seite des Grenzübergangs Rafah übernommen habe. Mindestens acht Palästinenser wurden getötet, als die israelische Luftwaffe ein Wohnviertel in Rafah bombardierte, berichtete der Fernsehsender Sky News Arabia auf X.
Berichten zufolge gab es bei der Bombardierung eines Wohnhauses in der Ortschaft Al-Tanur östlich von Rafah mehrere Tote und Verletzte und fünf Tote im Westen der Stadt, wie der katarische Fernsehsender Al Jazeera berichtete. Die israelische Armee erklärte, sie hätte seit Beginn der Operation "etwa 20 Terroristen" der Hamas ausgeschaltet.

Reaktion in der Welt

UN-Generalsekretär António Guterres äußerte sich sehr besorgt über die israelische Militäroperation in Rafah. Die USA können die Operation in Rafah, wie Israel sie vorschlägt, zum jetzigen Zeitpunkt nicht unterstützen, sagte der Sprecher des Außenministeriums, Matthew Miller.
Das französische Außenministerium erklärte, das Land sei mit der Entscheidung Israels, die Offensive in Rafah zu starten, nicht einverstanden und erinnerte daran, daß die gewaltsame Vertreibung von Zivilisten ein Kriegsverbrechen sei. Die Evakuierung von Zivilisten aus Rafah sei inakzeptabel, Israel solle die militärische Bodenoperation aufgeben, schrieb EU-Chefdiplomat Josep Borrell auf X.
Das chinesische Außenministerium teilte mit, daß der chinesische Präsident Xi Jinping und der französische Präsident Emmanuel Macron eine gemeinsame Erklärung gegen den Angriff der israelischen Truppen auf die Stadt Rafah im Gazastreifen abgegeben haben.
Ende der Übersetzung<<

09.05.2024

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 9. Mai 2024 (x1.376/…): >>**25 Milliarden-Loch im Haushalt: Finanzminister Lindner plant Steuererhöhungen durch die Hintertür!**

Die Ampel streitet über den Bundeshaushalt für das kommende Jahr. Nach ersten Schätzungen fehlen rund 25 Milliarden Euro, die laut Finanzminister Christian Lindner (FDP) eigentlich eingespart werden sollen. Trotzdem halten viele Ministerien an ihren Ausgabenplänen fest - koste es, was es wolle. So gut wie sicher ist schon jetzt: Es kommen Steuererhöhungen durch die Hintertür!

In der Haushaltsplanung für das kommende Jahr klafft ein riesiges Loch. Von bis zu 25 Milliarden Euro ist bereits die Rede. Das Bundesfinanzministerium selbst spricht von einem "zweistelligen Milliardenbetrag". In der Chaos-Ampel zeichnet sich neuer Streit ab, der sogar den vorzeitigen Bruch der Koalition bedeuten könnte, wie Beobachter in der Hauptstadt nicht mehr ausschließen wollen.
Für das hohe Defizit kommen mehrere Gründe zusammen: Wegen der "grün-ideologischen" Deindustrialisierungspolitik sprudeln die Steuern nicht mehr wie erhofft; immer neue Waffenlieferungen an die Ukraine infolge der Ampel-Kriegstreiberei gehen an die Substanz; weitere Milliarden fehlen durch den vom Bundesverfassungsgericht einkassierten Klima-Schattenhaushalt.
Zudem treiben die wieder hohen Zinsen die Mehrausgaben des Bundes in die Höhe. Allein in diesem Jahr gehen neue Kreditschulden fast ausschließlich für Zinsen drauf - rund 37 Milliarden Euro gegenüber 15,7 Milliarden Euro noch vor zwei Jahren!
Konkrete Spar-Maßnahmen stehen offiziell zwar noch nicht fest - aber so gut wie sicher ist: Finanzminister Christian Lindner (FDP) will viele doppelverdienende Ehepaare zur Ader lassen!
Steuerklassen-Kombi III und V wird abgeschafft
Bei den Steuerklassen plant das Bundesfinanzministerium dem Vernehmen nach massive Änderungen. Die unterschiedlichen Steuerklassen (III und V) für Ehepaare sollen abgeschafft werden. Stattdessen soll es nur noch eine Steuerklasse IV geben.
Bisher wird der besserverdienende Ehepartner nach Steuerklasse III besteuert, der Geringverdiener nach Steuerklasse V. Während der Besserverdiener dadurch deutlich weniger Steuern zahlt und somit mehr Netto vom Brutto hat, ist es beim Geringverdiener umgekehrt. Nach Einreichung der Steuererklärung gibt es bislang in der Regel und je nach Höhe des versteuerten Einkommens für ein Doppelverdiener-Ehepaar Geld vom Fiskus zurück.
Statt zwei verschiedener Steuerklassen sollen künftig beide Partner die Steuerklasse IV nutzen. Dies ist bereits heute der Fall, wenn ein Ehepaar gleich viel verdient. Durch die Abschaffung der Steuerklasse III und V zahlt der Geringverdiener also weniger Steuern, der Besserverdiener mehr. Das kann in vielen Fällen zu einer Mehrbelastung führen.
- Beispiel: Der Ehemann verdient etwa 4.000 Euro brutto im Monat, die Ehefrau kommt auf rund 2.600 Euro. Für beide zusammen bedeutet das bisher eine Steuerbelastung von 782 Euro. Werden beide künftig nach Steuerklasse IV besteuert, erhöht sich die Steuerlast um rund 20 Euro.
Das ist im Einzelfall oft nicht viel, aber es läppert sich bei knapp 20 Millionen Doppelverdiener-Haushalten. Generell gilt zudem: Je höher der Einkommensunterschied, desto höher im Regelfall der steuerliche Nachteil. VOR ALLEM: Die einheitliche Besteuerung ist - entgegen allen vollmundigen Versprechen des FDP-Finanzministers - häufig eine weitere leistungsfeindliche Steuererhöhung durch die Hintertür!<<
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 9. Mai 2024 (x1.367/…): >>**Naturschützer wehren sich gegen grüne Politik: Echten Naturschutz gibt es nur mit der AfD!**
Grüne und Umweltschutz? Das war in den 80ern. Wenn Grüne heutzutage etwas mit der Natur anzufangen wissen, dann ist es allenfalls ihre mutwillige Zerstörung. Mit der "Energiewende" führt die grüne Partei das vielleicht größte Umweltzerstörungsprogramm in der Geschichte Deutschlands an. Die nie gekannten Energiekosten, die Deutschlands Wirtschaft im Würgegriff halten, sind das eine. Daß die Grünen nie an Naturschutz, sondern nur am Profit der eigenen Klientel interessiert waren, haben nun aber auch endlich die Naturschutzverbände begriffen.
Die wohl bekanntesten Verbände BUND und NABU kämpfen verzweifelt gegen die unbarm-

herzige Zerstörung von Wald und Natur durch den Bau von Windrädern, die unsere Vogelwelt bedrohen und unsere Wälder schänden. Dabei erweisen sich die Grünen als Meister der Doppelmoral. Sie haben die Ideale des Umweltschutzes der Gier nach Subventionen und politischem Einfluß geopfert. Und unter dem Deckmantel der Klimarettung wird ein gigantischer industrieller Komplex gefördert, der nicht nur ineffizient ist, sondern auch auf Kosten unserer Natur geht.

Der Naturschutz in Deutschland hat nur einen echten und natürlichen Verbündeten: die AfD. Wer sein Land liebt, der zerstört es nicht, sondern pflegt und schützt es. Die AfD fordert echten Naturschutz.

Beispielsweise setzen wir uns für die Erforschung und Nutzung moderner Kernkraft ein, die im Gegensatz zu den "erneuerbaren Energien" tatsächlich in der Lage ist, den Energiebedarf Deutschlands zu decken, ohne unsere Heimat zu verschandeln. Kernkraft benötigt weniger als ein Prozent der Fläche im Vergleich zur Wind- oder Solarenergie und ist sicher, sauber und leistungsfähig. Es ist jetzt Zeit, die grüne Zerstörung zu stoppen und echtem Naturschutz eine Chance zu geben.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 9. Mai 2024 (x1.377/…):

>>**Stuttgart: Nächster Angriff auf AfD-Politiker**

Von *Sven Reuth*

Wo bleibt hier der öffentliche Aufschrei? In Stuttgart wurden nun zwei AfD-Landtagsabgeordnete verletzt, die an einem Festakt zum 75jährigen Bestehen des Grundgesetzes teilgenommen hatten. Damit setzt sich die Terrorwelle gegen die AfD fort. …

Wo bleibt hier der kollektive öffentliche Aufschrei? Wo bleibt hier eine persönliche Erklärung von Innenministerin Nancy Faeser (SPD)? In Stuttgart wurden gestern zwei Landtagsabgeordnete der AfD vor dem Landtag von zwei jungen Frauen angegriffen und verletzt. Die beiden AfD-Politiker hatten einen Informationsstand auf dem Opernvorplatz betreut, um so eine Veranstaltung zum 75. Jubiläum des Grundgesetzes zu flankieren.

AfD-Opfer werden verschwiegen

Der Informationsstand wurde erst blockiert, dann wurden die AfD-Politiker attackiert. Die Angreifer flüchteten den Polizeiangaben zufolge zu Fuß in Richtung Landtag. Zwei mutmaßlich beteiligte Frauen im Alter von 19 und 23 Jahren wurden dabei von der Polizei gestoppt. Gegen sie wurden nun Ermittlungen eingeleitet. Die anderen Verdächtigen werden noch gesucht. Es liegen den Angaben zufolge Videoaufzeichnungen vor, die derzeit ausgewertet werden.

Solche Nachrichten gehören in Deutschland leider schon fast zum Alltag. In der Liste der am stärksten angegriffenen Parteien lag die AfD laut der offiziellen Statistik im vergangenen Jahr auf dem zweiten Platz hinter den Grünen. Beim Blick auf die politische Motivation der Täter, die Parteieinrichtungen angreifen, liegen linke Straftäter weit vorne. Laut der offiziellen Statistik wurden im vergangenen Jahr 225 politisch links motivierte Täter ermittelt, die Parteieinrichtungen angriffen, im Vergleich zu nur 76 politisch rechts motivierten Tätern, die Parteieinrichtungen angriffen.

Brutaler Überfall im Stadion Oberwerth

Die massive Terrorwelle gegen die AfD wird in den Mainstreammedien regelmäßig ausgeblendet. So wurde zwar auf allen Kanälen rund um die Uhr über den Angriff auf den SPD-Europaabgeordneten Matthias Ecke in Dresden berichtet, ein schwerer körperlicher Übergriff auf einen AfD-Wahlkämpfer im rheinland-pfälzischen Koblenz blieb hingegen praktisch unerwähnt.

Der 25jährige Robert Miller, Mitglied der Jungen Alternative, hatte am vergangenen Wochenende erst einen Wahlkampfeinsatz für seine Partei in der Stadt absolviert, bevor er dann zum Besuch eines Fußballspiels im örtlichen Stadion Oberwerth aufbrach. Dort wurde er von

Linksextremisten erst aus seinem Stammblock gedrängt und dann beim Weg auf die Toilette brutal überfallen. Miller trug einen Bruch des Nasenbeins davon.
Da Miller bei den Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz auch für die AfD antritt, gehört er eigentlich zu genau jenem Personenkreis, der laut den Aussagen auf der letzten Innenministerkonferenz als besonders schützenswert eingestuft werden soll. Doch nach dem brutalen Überfall auf den jungen AfD-Politiker herrschte bei Politik und Medien plötzlich dröhnendes Schweigen. Patrioten und Konservative gelten auf politischer Ebene in Deutschland offenbar als Menschen zweiter Klasse.
Attacke in Nordhorn
Am vergangenen Wochenende wurde außerdem der niedersächsische AfD-Landtagsabgeordnete Holger Kühnlenz bei einem Infostand seiner Partei in Nordhorn erst mit einem Ei beworfen und dann von schwarz vermummten Linksextremisten angegriffen und verletzt. Auch hier berichteten die Medien plötzlich wieder nur auf absoluter Sparflamme. Der linke Terror geht weiter - aber das Politik- und Medien-Establishment schaut weiter einfach nur weg.<<
Rußland: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 9. Mai 2024 (x1.377/…): >>**Putins Rede zum 9. Mai**
Von *COMPACT Redaktion*
Auch in diesem Jahr hielt Rußlands Präsident Wladimir Putin zum "Tag des Sieges" eine Rede in Moskau. Wir dokumentieren nachfolgend die Ansprache im Wortlaut, damit Sie sich selbst ein Bild davon machen können. …
Liebe Bürgerinnen und Bürger Rußlands! Liebe Veteranen!
Kameraden Soldaten und Matrosen, Unteroffiziere, Fähnriche und Offiziere! Kameraden Offiziere, Generäle und Admirale! Kämpfer, Kommandeure, Frontsoldaten - Helden der Militäroperation!
Ich gratuliere Ihnen zum Tag des Sieges, unserem wichtigsten, wirklich nationalen, heiligen Feiertag!
Wir ehren unsere Väter, Großväter und Urgroßväter. Sie haben ihre Heimat verteidigt und den Nationalsozialismus zerschlagen, sie haben die Völker Europas befreit, sie haben den Gipfel der militärischen und arbeiterischen Tapferkeit erreicht.
Heute sehen wir, wie die Wahrheit über den Zweiten Weltkrieg verzerrt wird. Sie stört diejenigen, die es gewohnt sind, ihre im Grunde koloniale Politik auf Heuchelei und Lügen aufzubauen. Sie reißen die Denkmäler der wahren Kämpfer gegen den Nazismus nieder, stellen Verräter und Kollaborateure der Nazis auf die Sockel, löschen die Erinnerung an das Heldentum und den Edelmut der Soldaten, an das große Opfer, das sie im Namen des Lebens gebracht haben.
Der Revanchismus, die Verhöhnung der Geschichte und der Wunsch, die heutigen Anhänger der Nazis zu rechtfertigen, sind Teil der gemeinsamen Politik der westlichen Eliten, die darauf abzielt, immer mehr regionale Konflikte, interethnische und interreligiöse Feindseligkeiten zu schüren und souveräne, unabhängige Zentren der Entwicklung der Welt einzudämmen.
Wir lehnen den Exklusivitätsanspruch eines jeden Staates oder Bündnisses ab und wissen, wohin die Maßlosigkeit solcher Ambitionen führt. Rußland wird alles tun, um einen globalen Zusammenstoß zu verhindern, aber gleichzeitig werden wir nicht zulassen, daß uns jemand bedroht. Unsere strategischen Streitkräfte sind stets in Alarmbereitschaft.
Im Westen wollen sie die Lehren des Zweiten Weltkriegs vergessen, aber wir erinnern uns daran, daß das Schicksal der Menschheit in den grandiosen Schlachten von Moskau und Leningrad, Rschew, Stalingrad, Kursk und Charkow, Minsk, Smolensk und Kiew, in schweren blutigen Kämpfen von Murmansk bis zum Kaukasus und der Krim entschieden wurde.
Während der ersten drei langen und schwierigen Jahre des Großen Vaterländischen Krieges kämpften die Sowjetunion und alle Republiken der ehemaligen Sowjetunion praktisch alleine

gegen die Nazis, während fast ganz Europa für die militärische Macht der Wehrmacht arbeitete.
Ich möchte betonen, daß Rußland die Bedeutung der zweiten Front und der Unterstützung durch die Alliierten nie heruntergespielt hat. Wir ehren die Tapferkeit aller Soldaten der Anti-Hitler-Koalition, der Widerstandskämpfer, der Untergrundkämpfer, der Partisanen und den Mut des chinesischen Volkes, das für seine Unabhängigkeit gegen die Aggression des militaristischen Japans gekämpft hat. Und wir werden uns immer daran erinnern und niemals, niemals unseren gemeinsamen Kampf und die inspirierenden Traditionen des Bündnisses vergessen.
Liebe Freunde!
Rußland durchlebt jetzt eine schwierige, wegweisende Zeit. Das Schicksal der Heimat, seine Zukunft hängt von jedem von uns ab.
Heute, am Tag des Sieges, wird uns das noch deutlicher und klarer bewußt, und wir blicken stets auf die Generation der Sieger, auf Ihren Mut, Edelmut und Weisheit, auf ihre Fähigkeit, Freundschaft zu bewahren und Widrigkeiten zu ertragen, stets Vertrauen in sich selbst und in ihr Land zu haben, ihre Heimat aufrichtig und von ganzem Herzen zu lieben.
Wir begehen den Tag des Sieges unter den Bedingungen Militäroperation. Alle ihre Teilnehmer - die an der Front, an der Kontaktlinie - sind unsere Helden. Wir verneigen uns vor Ihrer Standhaftigkeit und Selbstaufopferung, Ihrer Selbstlosigkeit. Ganz Rußland ist mit Ihnen!
Unsere Veteranen glauben an und sorgen sich um euch. Ihre geistige Anteilnahme an euren Schicksalen und Taten verbindet die Generation der Helden des Vaterlandes untrennbar.
Heute verneigen wir uns vor dem strahlenden Andenken all derer, denen der Große Vaterländische Krieg das Leben genommen hat. Im Gedenken an Söhne, Töchter, Väter, Mütter, Großväter, Urgroßväter, Ehemänner, Ehefrauen, Brüder, Schwestern, Verwandte und Freunde. Wir verneigen uns vor den Veteranen des Großen Vaterländischen Krieges, die uns verlassen haben. Wir verneigen uns vor dem Gedenken an die Zivilisten, die durch den barbarischen Beschuß und die Terrorangriffe der Neonazis getötet wurden. Vor unseren Mitstreitern, die im Kampf gegen den Neonazismus, im gerechten Kampf für Rußland gefallen sind.
Ich verkünde eine Schweigeminute. (Schweigeminute.)
Liebe Veteranen, Kameraden, Freunde!
Der 9. Mai ist immer ein sehr emotionaler, ergreifender Tag. Jede Familie ehrt ihre Helden, schaut auf Fotos, auf liebe, geliebte Gesichter, erinnert sich an Verwandte, an ihre Geschichten, wie sie gekämpft und gearbeitet haben.
Der Tag des Sieges vereint alle Generationen. Wir blicken nach vorn und stützen uns auf unsere jahrhundertealten Traditionen, und wir sind sicher, daß wir gemeinsam für eine freie und sichere Zukunft für Rußland, für unser geeintes Volk sorgen werden.<<

10.05.2024

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 10. Mai 2024 (x1.377/…): >>**Impf-Horror: Was geschieht mit Opfern?**

Von *Hilde*

AstraZenca verliert die Zulassung für seinen Impfstoff Vaxzevria. Gibt es nun Schadenersatzansprüche für die Opfer? Oder wird das Ausrottungsprogramm fortgesetzt? In ihrem brandneuen Buch "WHO-Pandemievertrag: Der finale Angriff auf Ihre Freiheit" enthüllt Medizinrechtlerin Beate Bahner die Pläne der politischen Machthaber. Schonungslose Aufklärung und leidenschaftlicher Appell zur Gegenwehr - bevor es zu spät ist. …

Der Corona Impfstoff Vaxzevria des britisch-schwedischen Pharma Unternehmens AstraZeneca verliert ab dem 07.05.2024 seine EU-Zulassung. Das Präparat wurde in Deutschland 12.803.142 Mal verabreicht, bevor die Bundesregierung im März 2021 den AstraZeneca-Impfstoff ausgesetzt hat.

Die Bundesbehörde Paul-Ehrlich Institut (PEI) sah damals einen kausalen Zusammenhang zwischen Impfungen mit Vaxzevria und dem Auftreten von Thrombosen, manchmal auch in Kombination mit Thrombozytopenie (TTS), als plausibel an.
Diese Blutgerinnsel entwickelten sich oftmals im Gehirn. Sowohl Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) als auch sein Nachfolger Karl Lauterbach (SPD) waren mit dem damaligen Impfstopp nicht einverstanden.
59 Personen entwickelten 2021 ein solches Krankheitsbild bei 4,2 Millionen verabreichten Dosen Impfungen im selben Zeitraum zwischen Mitte Februar und Ende März. Also relativ selten, trotzdem stoppten viele Länder die Impfung. In der Schweiz kam es erst gar nicht zur Zulassung.
Das Pharmaunternehmen sieht sich inzwischen vor dem britischen High Court einer Sammelklage gegenüber. Die mutmaßlich Geschädigten wollen von dem Unternehmen bis zu 100 Millionen Pfund an Schadenersatz.
Auch in Deutschland laufen Schadenersatzprozesse, da Hirnthrombosen bei Geimpften deutlich häufiger auftraten als bei Ungeimpften. Die deutsche Universität Greifswald klärte den Verursacher-Mechanismus auf: Vaxzevria führt nicht nur zur Bildung von Corona-Antikörpern, sondern zusätzlich wird das Immunsystem angestachelt, Antikörper gegen jene körpereigenen Proteine zu produzieren, die für die Blutgerinnung zuständig sind. Somit kommt es zu Störungen der Blutgerinnung. Und letztlich dann zu den gefürchteten Blutgerinnseln. Allerdings im Regelfall innerhalb von 3 Wochen nach der Injektion.
Die AfD brachte Mitte April im Bundestag einen Antrag auf die Einsetzung einer parlamentarischen Enquete-Kommission ein, eine vom Parlament eingesetzte Arbeitsgruppe aus Abgeordneten und Experten. Der Antrag wurde zur Beratung in die Ausschüsse verwiesen, da die Parteien sich uneins sind.
Die SPD will einen Bürgerrat beauftragen, der aus zufällig ausgewählten Bürgern bestehen soll, dessen Rat aber der Bundestag nicht folgen muß. Zusätzlich soll eine Kommission aus Wissenschaftlern und anderen Experten eingesetzt werden. Die FDP will eine Enquete Kommission. Verzögerungstaktik wegen zu erwartender umfangreicher und flächendeckender Schadenersatzforderungen? Eine zügige Aufarbeitung der Impfproblematik scheint jedenfalls unerwünscht zu sein.
Gibt es nun Entwarnung? Mitnichten, es wird jetzt schon für die 4. Boosterung in der nächsten Impfkampagne im Herbst 2024 getrommelt, obwohl bekannt ist, daß die Turbokrebsrate nach der 3. Boosterung explosionsartig steigt. Die m-RNS Impfstoffe sind nicht weniger gefährlich als die Vektorimpfstoffe. Beide Technologien schädigen das angeborene Immunsystem.
Der Erfinder der m-RNS Technologie Dr. Robert Malone warnt inzwischen vor deren Einsatz, denn er sieht einen schleichenden Genozid durch dauerhafte anhaltende Schädigung des Immunsystems. Der ehemalige Wissenschaftler und Impfstoffexperte der Bill & Melinda Gates Foundation, Dr. Geert Vanden Bossche, hat davor gewarnt, daß die Bevölkerungszahlen weltweit bald einen "völlig beispiellosen" Einbruch erleben werden.
Er sagt voraus, daß die Zahl der Todesfälle "in hochgeimpften Ländern bis zu 30-40 % betragen wird". Frau Prof. Dolores Cahill, eine weltweit anerkannte Immunologin bezeichnete diese gentechnischen Impfungen als tickende Zeitbombe und sagte schon vor Jahren voraus, daß die Geimpften nach und nach innerhalb von 5 Jahren sterben werden, sogar nach nur einer Injektion.
Malone begründet seine Warnungen nicht nur mit den massiven Nebenwirkungen der m-RNS Technologie, die er als Genozid bezeichnet, sondern auch mit dem Eingeständnis der Globalisten, daß sie die Entvölkerung vorantreiben wollen.
Larry Fink, Vorsitzender und CEO von Black Rock, das ein Vermögen von 10 Billionen Dol-

lar verwaltet, erklärte auf dem diesjährigen WEF Gipfel in Riad, daß der Zusammenbruch der Bevölkerungen in den Ländern der Welt kein Problem für die globale Elite sein wird, da die Menschen durch Maschinen ersetzt werden sollen.
Fink: Die großen Gewinner sind diejenigen, deren Bevölkerung schrumpft.
Erfahren Sie in Beate Bahners Werk "WHO-Pandemievertrag", ob Pandemien gezielt provoziert werden. Außerdem verrät ihnen das Enthüllungsbuch, wem die WHO wirklich gehört und wer sie finanziert. Informieren Sie sich! Jetzt! Noch ist Widerstand möglich!<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 10. Mai 2024 (x1.377/…):
>>**Faeser: Politiker durch härtere Strafen schützen**
Von *Karel Meissner*
Angriffe auf Politiker sollen härter bestraft werden, fordert Bundesinnenministerin Nancy Faeser. Gilt das auch für AfD-Politiker? Für Attacken auf Untertanen gilt es jedenfalls nicht. Bürgerrechte verlieren an Gültigkeit, genommen von neofeudalen Politikern. …
Gestehen wir es endlich ein: Unsere Mainstreampolitiker sind Götter. Allwissend und alternativlos. Sie zu beschimpfen, zu schupsen oder zu verletzen - das läßt sich mit üblichem Strafrecht nicht vergelten. Das ist Blasphemie, da bedarf es härterer Maßnahmen. Das wußte man schon im Absolutismus.
Natürlich ist aggressives Angehen von Politikern, egal welcher Couleur, zu verurteilen. Alles, was über argumentativen Streit hinausgeht, ist dem demokratischen Diskurs abträglich. Dennoch ist das Traktieren eines Politikers statistisch eine absolute Ausnahme.
Um wie vielmehr sind Bürger dagegen Opfer von Angriffen, Verletzungen, Mord, Beleidigung und Plünderung. Aber im tiefen Tal des Untertanen gibt es keinen Handlungsbedarf. Nur Politiker und Ehrenamtliche sollen durch härteres Strafrecht vor Attacken geschützt werden.
Doe geplante Erhöhung des Strafmaßes ist Resultat einer hastig per Videoschaltung durchgeführten Innenministerkonferenz.
Ob die künftige Verschärfung auch bei Beleidigung greifen soll, ist nicht geklärt. Bundesinnenminister Nancy Faeser (SPD) möchte vor allem schnelle Aburteilung. Das sei nötig, um hier "ein ganz deutliches Stopp-Signal" zu setzen. Außerdem solle es bei Wahlkampfständen und Veranstaltungen "noch mehr sichtbarer Polizeipräsenz" geben. Eine Beratung mit Justizminister Marco Buschmann (FDP) stehe bevor.
Dabei wurden Politiker früher viel krasser als heute traktiert: Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) sowie SPD-Politiker Hans-Jochen Vogel mußten Bewerfung mit Eiern erdulden. Oder, unendlich härter: Wolfgang Schäuble (CDU), der 1990 durch Revolverschüsse zum lebenslangen Rollstuhlfahrer wurde.
Oder Oskar Lafontaine, dem (ebenfalls 1990) eine Attentäterin mit langem Messer in den Hals stach und beinah die Schlagader getroffen hätte. Aber die Täter wurden nach üblichem Strafrecht verurteilt. Niemand forderte eine Verschärfung bei Verletzung von Politikern. Warum nicht? Weil Politiker vor 34 Jahren keine neofeudalen Götter waren.
Spannend bleibt die Frage, ob Faesers Gesetzesverschärfung auch gilt, wenn es sich bei den Opfern um AfD-Politiker handelt? Wenn man sie wieder krankenhausreif schlägt, wieder ihre Autos abfackelt, ihre Häuser beschmiert oder ihre Familien bedroht, was ist dann? Heimliche Schadenfreude und Appelle, sich nicht in eine "Opferrolle" zu steigern.
Aktuelles Beispiel: Erst vorgestern wurden in Stuttgart zwei AfD-Abgeordnete vor dem Landtag von zwei Frauen angegriffen und verletzt. Das Duo hatte einen Informationsstand auf dem Opernvorplatz betreut. Wo ist der Aufschrei? Wo die Empörung? Wo die Solidaritätsbekundung? Und was, wen die beiden Täterinnen gefaßt werden? Kriegen Sie dann eine Geldstrafe? Oder nicht eher das Bundesverdienstkreuz durch Bundespräsident Frank- Walter Steinmeier?<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 10. Mai 2024 (x1.369/…):

>>**Trotz Gegenfeuer des woken Mainstreams: Reinhard Mey auf Platz eins der Album-Charts**
Reinhard Mey steht nach Jahren wieder an der Spitze der Album-Charts. Das teilte die GfK am Freitag mit. Nach "Mein Achtel Lorbeerblatt" im Jahr 1972, "Bunter Hund" (2007) und "Dann mach's gut" (2013) landete er mit "Nach Haus" nun als Neueinsteiger und zum vierten Mal auf Platz eins.
Der Mainstream versucht Reinhard Mey dagegen zu diskreditieren. Die WAZ schreibt: Neues Album "Nach Haus": Reinhard Mey sägt an seinem Denkmal
Doch viele Menschen sehen das neue Album als großartiges Werk, das zeigt auch das Ergebnis bei der GfK.
Die weiteren Spitzenplätze belegen die Broilers ("Jolly Good Fellas - Best Of Broilers 1994-2024", zwei) und Dua Lipa ("Radical Optimism", drei). Der Hamburger Musiker Jan Delay kommt an fünfter Stelle mit "Forever Jan - 25 Jahre Jan Delay", während Taylor Swifts "The Tortured Poets Department" (vier) in der dritten Woche weiterhin stark performt. Außerdem neu in der Top 10: Punk-Poet Frank Turner ("Undefeated", sechs), Sängerin Vanessa Mai ("Matrix", sieben), die Mittelalter-Metal-Band Feuerschwanz ("Warriors", acht) sowie Rapper Jay Jiggy ("Incredible", neun). In den Single-Charts sind Ayliva & Apache 207 mit "Wunder" zum zweiten Mal vor Artemas ("I Like The Way You Kiss Me", zwei).
Als höchste Neuzugänge erobern SDP, Sido & Esther Graf ("Mama hat gesagt") den dritten Platz. Die Führungsriege komplettieren Jaxomy, Agatino Romero & Raffaella Carrà ("Pedro", vier) und Cyril ("Stumblin' In", fünf). Die offiziellen deutschen Charts werden von GfK Entertainment im Auftrag des Bundesverbandes Musikindustrie ermittelt. Sie decken 90 Prozent aller Musikverkäufe ab.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 10. Mai 2024 (x1.377/…):
>>**18.5.: Blaue Welle in Wertheim - Linke stänkert**
Von *Jürgen Elsässer*
Wertheim: Frieden mit Rußland, Freiheit für Deutschland! Baue Welle mit King Elvis!
Erstes Gastspiel unserer Volksfesttournee in Westdeutschland. Antifa ist stinksauer, Omas gegen Rechts wollen mit Kaffeetrinken dagegenhalten, örtliche Presse übt Druck auf die Stadtverwaltung aus.
Die Blaue Welle, unsere Volksfeste für den politischen Wechsel in Deutschland, ist erfolgreich gestartet. 600 in Velten, 700 in Sonneberg und 1.000 in Zittau - das waren die ersten Stationen. Jetzt geht es zum ersten Mal in den Westen, und dort beißt die linke Szene, die vielfach bis in die CDU hinein läuft, natürlich in die Tischkante. Aber sie wird ertragen müssen, daß die Opposition in Gestalt von COMPACT auch ein Versammlungsrecht hat - so ist die Gesetzeslage.
Für Wertheim am 18.5. haben wir ein sensationelles Musikprogramm: "King Elvis" spielt die Presley-Evergreens aus der guten alten Zeit. Ja, für die "Blaue Welle" ist er wiederauferstanden und singt ganz ohne Genderei von Männern und Frauen, die sich anschmachten und haben wollen. Bei der "Blauen Welle" darf getanzt werden! Hier ein Video unseres Künstlers:
Erleben Sie "King Elvis", dazu Redner wie André Poggenburg und Jürgen Elsässer am 18. Mai bei der "Blauen Welle" in Wertheim (Baden-Württemberg). Christina Baum wird als Ärztin über die Spätfolgen von Lockdown und Impfung berichten. Beginn ist um 17 Uhr auf dem Marktplatz.
Manche spielen Blinde Kuh
Die Kundgebung wurde bereits am 4. April von uns bei der Stadt angemeldet. Zunächst begann ein Verwirrspiel um die Definition von Versammlung und Veranstaltung, dann teilte uns die Verwaltung mit, es gäbe keinen geeigneten Platz in der Innenstadt. Dabei hat auf dem Marktplatz, für den wir die Blaue Welle angemeldet haben, noch im Januar eine Kundgebung

"gegen rechts" mit 1.000 Leuten stattgefunden.
Dieses Versammlungsrecht am selben Ort werden auch wir wahrnehmen. Nach einigem Hin- und Her hat sich die Stadtverwaltung bewegt, am kommenden Montag findet das Kooperationsgespräch statt, bei dem es nur noch um die Details geht. Die Blaue Welle kommt am 18. Mai nach Wertheim, das steht jetzt schon fest.
Hintenrum versuchen die Linken Druck über die beiden örtlichen Zeitungen zu machen, die großformatig gegen die Blaue welle Stellung bezogen haben. Unser tüchtiger Anwalt Dubravko Mandic - er vertritt auch Martin Sellner in der Causa Einreiseverbot - hat dazu das Notwendige in einem Brief an die Stadtverwaltung gesagt.
(Zitat Mandic): In einem Artikel des Main Echos vom 06.05.2024 wurden falsche Darstellungen über die Anmeldung einer Kundgebung des COMPACT-Magazins in der Stadt Wertheim wiedergegeben. Dort heißt es unter anderem, daß keine "Genehmigung" für die Örtlichkeit bestände, obwohl versammlungsrechtlich nur eine "Anmeldung" und keine "Genehmigung" notwendig ist.
Eine Anmeldung liegt selbstverständlich bereits seit Wochen vor. Weiterhin würde das lokale "Netzwerk gegen Rechts Main-Tauber" bereits "seit Wochen" von der Versammlung wissen und plane deshalb "eine Vielzahl von Veranstaltungen auf fast allen Plätzen Wertheims, um den Rechten den Raum zu nehmen". Dafür habe man extra "Veranstaltungen bei der Stadtverwaltung angemeldet, Demonstrationszug und Kundgebung inklusive".
Einer der Organisatoren wird damit zitiert, daß man klarmachen wolle, daß "auch räumlich kein Platz" für die Versammlung des COMPACT-Magazins sei. Weiter berichtet der Artikel: "Und auch auf dem Markplatz sollen sie keinen Platz bekommen: Dort sind für den 18. Mai Wahlkampfstände aller im Wertheimer Gemeinderat vertretenen Parteien und Gruppierungen angemeldet".
Ganz besonders interessant ist, daß eben jener Thomas Kraft, Mitglied des SPD-Kreisverbandes und "Mitstreiter" des "Netzwerks gegen Rechts Main-Tauber" offensichtlich für die Versammlungsbehörde zitiert wird: "Für die Versammlungsbehörde macht das einen Unterschied: 'Das Demonstrationsrecht ist ein Grundrecht, das einen sehr hohen Stellenwert hat', sagt Kraft." (Zitat Mandic Ende)

"Kaffeetafel gegen Rechts"

Ein SPD-Stadtrat und Antirechts-Aktivist maßt sich also an, für die Stadtverwaltung zu sprechen? Und er postuliert, das "Demonstrationsrecht" (der Linken) stehe über dem "Versammlungsrecht" (der bösen Rechten)? Ob diese Einmischung die mittlerweile kooperationsbereite Stadtverwaltung gerne sieht? Beim Versammlungsrecht - egal ob Demonstration, Kundgebung oder Infostand - geht es übrigens nach der Devise: Wer zuerst kommt, mahlt zuerst. Und COMPACT hat angemeldet, bevor Antifa und Altparteien in die Puschen gekommen sind…
Übrigens hat die SPD unsere Einladung, bei der Blauen Welle zu sprechen, entrüstet abgelehnt. Dabei hatten wir die SPD gar nicht eingeladen, sondern nur die Oppositionsparteien. Aber die Sozis scheuen keinen Anlaß zur Entrüstung …
Gegenprotest wird es auf jeden Fall geben, und zwar eine gemeinsame Kaffeetafel aller Parteien mit Ausnahme der der AfD. Das ist eigentlich eine schöne Sache, wir haben gar nichts dagegen! Nur unser Versammlungsrecht - das lassen wir uns nicht nehmen.
Holen wir uns unsere Demokratie und unser Land zurück! Am 18. Mai in Wertheim wird ein wichtiger Termin für alle, die auch den Westen nicht verloren geben wollen. Kommt um 17 Uhr auf den Marktplatz - wir feiern ein großes Fest und lassen uns die Laune von den ewig Gestrigen nicht verderben.
Der Eintritt ist wie immer frei. Aber uns kostet die "Blaue Welle" eine ganze Stange Geld - für jeden Termin im Schnitt 3.500 Euro. Deshalb bitten wir ganz herzlich um eine Spende, damit die Kosten uns nicht erdrücken und wir diese Volksfeste weiter machen können. COM-

PACT hat neue Konten, die stabil und gut gesichert sind. Sie können uns also ohne Probleme Geld überweisen …<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 10. Mai 2024 (x1.377/…):

>>**In der Hölle von Theresienstadt**

Von *Gero Bernhardt*

Mit dem Untergang des Nationalsozialismus nahm der KZ-Terror kein Ende. Die Tschechen errichteten Lager für Deutsche oder betrieben bestehende weiter, so auch ein besonders berüchtigtes in Böhmen. Ein Auszug aus unserer neuen Geschichtsausgabe "Verlorene Heimat - Die Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten".

Der Name der nordböhmischen Ortschaft Theresienstadt (Terezin) ist verständlicherweise eng mit der grauenhaften KZ-Barbarei der Nationalsozialisten verbunden. ... Was sich dort nach Ende des Zweiten Weltkriegs zugetragen hat, weiß jedoch kaum jemand.

In der 1993 erschienenen Dokumentation "Sterben und Vertreibung der Deutschen im Osten 1944-1949" des italienischen Journalisten und Zeitgeschichtsforschers Marco Picone Chiodo heißt es:

"Der letzte der 16.832 Juden hatte am 9. Mai 1945 Theresienstadt noch nicht verlassen, als die (tschechischen) Revolutionsgarden bereits die ersten deutschen Soldaten und Zivilisten in die Kleine Festung einlieferten, die als Konzentrationslager der von der Bevölkerung geräumten und als Ghetto eingerichteten Stadt diente.

Dies war insofern verwunderlich, als der Schweizer Paul Dunant die riesige Anlage von der nationalsozialistischen Lagerleitung übernommen hatte und die Einrichtung nun dem Internationalen Roten Kreuz unterstand. Darauf nahmen die Revolutionsgarden jedoch keine Rücksicht, und so war das nun auf Tschechisch 'Koncentracni tabor' genannte Lager bald wieder voll in Betrieb."

Schon am 24. Mai 1945 sei ein ungefähr 600 Menschen beiderlei Geschlechts und jeden Alters umfassender Transport in Theresienstadt eingetroffen. Unter den Eingelieferten hätten sich zahlreiche deutsche Rot-Kreuz-Schwestern aus den Prager Kliniken befunden, während die Ärzte ins dortige Pankratz-Gefängnis gebracht worden seien, so Chiodo. ...

Zu Tode gefoltert

Zu den Gemordeten im KZ Theresienstadt unter tschechischer Leitung gehörte gemäß Chiodos Recherchen ein slowakischer Jude namens Müller, der bereits zur Hitlerzeit dort jahrelang interniert gewesen war. Er wurde dann als "Kollaborateur der Nazis" denunziert und "starb infolge vieler Prügel und Unterernährung".

Der aus Prag stammende Schriftsteller H. G. Adler, ein Humanist erster Güte, der während der NS-Zeit wegen seiner jüdischen Herkunft in dem KZ inhaftiert war, schildert in seinem 1955 erschienenen Buch "Theresienstadt 1941-1945" die dortigen Verhältnisse im Jahr 1946 wie folgt:

"Die Fetzen, in die man die Deutschen hüllte, waren mit Hakenkreuzen beschmiert. Die Menschen wurden elend ernährt, mißhandelt, und es ist ihnen um nichts besser ergangen, als man es von den deutschen Konzentrationslagern her gewohnt war."

Adler stellt fest:

"Die Befreiung von Theresienstadt hat das Elend an diesem Ort nicht beendet. Nein, nicht allein für die ehemaligen Gefangenen, deren Leiden mit dem Wiedergewinn der äußeren Freiheit gewiß nicht abgeschlossen waren, sondern auch für neue Gefangene, deren Elend jetzt erst begann. In die Kleine Festung wurden Deutsche des Landes und reichsdeutsche Flüchtlinge eingeliefert. Bestimmt gab es unter ihnen welche, die sich während der Besatzungsjahre manches hatten zuschulden kommen lassen, aber die Mehrzahl, darunter viele Kinder und Halbwüchsige, wurde bloß eingesperrt, weil sie Deutsche waren."

Der katholische Geistliche Emanuel Reichenberger, ein entschiedener NS-Gegner, der 1938 in

die USA emigrieren mußte und später als "Vater der Vertriebenen" bekannt wurde, zitiert in seinem Werk "Europa in Trümmern" (1950) folgenden erschütternden Augenzeugenbericht aus dem tschechischen Nachkriegs-KZ Theresienstadt:
"Matz ist jede Nacht und jeden Tag unter den Opfern, die geschlagen werden. Aber ihn schlägt man nicht tot. Man will Geständnisse von ihm. Und eines Tages ist er mürbe geschlagen. Er gesteht, was seine Peiniger wollen. Über hundert Eingeständnisse von Morden an Tschechen schlagen sie aus ihm heraus. Nicht bei einem war er beteiligt. Jede Nacht höre ich ihn stöhnen. Der Betonfußboden ist so hart, und der arme Matz weiß nicht mehr, wie er liegen soll. Aus seinem Rücken hängt das rohe Fleisch heraus, und die Seiten seines Körpers sind wund von Peitschenhieben. Überall sind blutunterlaufene Stellen von Fausthieben und Fußtritten."
Der Augenzeuge sagte weiter aus, daß sich der Gefangene "durch eine der vielen offenen Wunden seines Körpers" eine Blutvergiftung zugezogen hätte. "Eines Morgens ist sein Oberschenkel so dick wie das Bein eines Elefanten. Sein übriger Körper ist jetzt so schmal wie der eines achtjährigen Kindes.
Bei ihrer nächtlichen Visite entdecken seine Peiniger sein deformiertes Bein. Sie zwingen ihn, Kniebeugen zu machen. Nicht eine bringt sein zerquälter, bresthafter Leib zustande. Die Wachtposten schütteln sich vor Lachen. Dann schlagen und treten sie ihn, daß er in seiner Zelle herumfliegt wie eine Kaffeebohne in der Mühle. Zwei Tage darauf ist Matz tot." ... Ende der Textauszüge.
Den vollständigen Beitrag lesen Sie in COMPACT-Geschichte "Verlorene Heimat - Die Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten". Wir geben den Opfern des verschwiegenen Völkermordes eine Stimme. ...<<
UdSSR: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 10. Mai 2024 (x1.377/…): >>**Die Stalin-Note: Kein Bluff, sondern vertane Chance**
Friedensvertrag für Deutschland, Neutralität und freie Wahlen - das Angebot der sowjetischen Führung von 1952 wird im Westen bis heute als Bluff abgetan. Zu unrecht. …
_von *Klaus Höpcke*
Am 10. März 1952 veröffentlichte die Regierung der UdSSR eine Note an die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs über die Grundlagen eines mit Deutschland abzuschließenden Friedensvertrags. Das ist mehr als siebzig Jahre her. Ich hatte seinerzeit mein Studium in Leipzig aufgenommen und bin als Student zum Zeitzeugen geworden. Uns frappierte damals besonders der Wagemut, der darin bestand, für Gesamtdeutschland Parlamentswahlen anzubieten.
Aufgrund des Übergewichts der Bevölkerungs- und also Wählerzahlen in der westdeutschen Bundesrepublik gegenüber dem Stimmenpotential im Osten fragten wir uns, ob in Betracht gezogen worden war, daß bei einem solchen Urnengang die Entwicklung, die wir in der DDR in Gang gebracht hatten, beeinträchtigt werden könnte. Dies hielten wir für nicht unproblematisch, versuchten es aber als Beitrag für das Gelingen eines Friedensvertrags zu verstehen.
Vor diesem Hintergrund war uns auf den ersten Blick um so unverständlicher, warum die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs am 25. März 1952 die "Stalin-Note" zurückwiesen. Bei der Suche nach Antworten wurden wir schon zehn Tage danach im Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung fündig.
Dort wurde aus einem Rechenschaftsbericht zitiert, den General Dwight D. Eisenhower, seinerzeit Oberkommandierender der NATO-Streitkräfte in Europa, am 2. April 1952 gehalten hatte.
Eisenhower diktiert
Darin stand zu lesen: "Hier im Herzen Europas liegt ein 246.000 Quadratkilometer großes Gebiet mit einer Bevölkerung von annähernd 50 Millionen fleißiger und hochqualifizierter

Arbeitskräfte. Das an Bodenschätzen und Industrie reiche Westdeutschland erreicht allein die Hälfte der Jahresproduktion an Stahl der übrigen westeuropäischen Staaten zusammen. Die Kohlevorkommen des Ruhrgebietes und die Industriezentren, die es mit Energie versorgt, gehören zu den wichtigsten wirtschaftlichen Gegebenheiten in Europa überhaupt."
Und weiter: "Mit Westdeutschland auf unserer Seite würden die NATO-Streitkräfte in Mitteleuropa eine feste und durchgehende Front von der Ostsee bis zu den Alpen bilden." Nicht bekannt war uns zu jener Zeit die Kurzfassung der Eisenhowerschen Argumentation in dem Konrad Adenauer zugeschriebenen Satz "Lieber das halbe Deutschland ganz als das ganze Deutschland halb".

Moskau war entgegenkommend

Bei der Lektüre wird für viele überraschend sein, wie anstoßgebend und mit welch bemerkenswerter Beharrlichkeit das damals an der Spitze der DDR agierende Triumvirat aus Staats-, Regierungs- und Parteichef in Sachen Friedensvertrag Wünsche an die Regierung der UdSSR vorgebracht hat. In den Dokumenten kann man nachlesen, wie die sowjetischen Emissäre wieder und wieder an Stalin und Molotow übermittelten, was Pieck, Grotewohl und Ulbricht für notwendig hielten. Zweitens fällt auf, wie ernsthaft und stetig die sowjetische Seite westlichen Bedenken entgegenkam.
Der Umfang der dokumentierten Berücksichtigung von Einwänden übertrifft das auch von mir Erinnerte und Erwartete deutlich. Friedensvertrag - Abzug aller Besatzungstruppen - gesamtdeutsche Wahlen zur Schaffung eines einheitlichen, demokratischen, friedliebenden und neutralen Deutschland: um dieses dreifachen Ziels Willen war die Regierung der UdSSR zu einer Reihe von Zugeständnissen bereit, die erhebliche Abstriche von ihren ursprünglichen Entwürfen bedeuteten.
So wurde der Vorschlag, als erstes einen Gesamtdeutschen Konstituierenden Rat zu bilden, fallen gelassen, und empfohlen, daß die Regierung der DDR im Unterschied zu ihren früheren Konzepten an die Bonner Regierung die Forderung nach paritätischer Vertretung als Vorbedingung einer Beratung über Wahlen nicht mehr erhebt.
Vergleicht man die veröffentlichte Fassung der Friedensvertragsgrundlagen mit vorhergegangenen Varianten, stößt man auch da auf Zeichen des Entgegenkommens. Ursprünglich ins Auge gefaßte Verbote wurden gestrichen, so etwa das Monopolverbot, das Verbot der Integration des Ruhrgebiets in die entstehende westeuropäische Kooperation und das Verbot des Dienstes deutscher Staatsbürger in ausländischen Armeen und Polizeieinheiten. Zur Militärfrage hieß es nur noch, Deutschland solle die Streitkräfte haben, "die für die Verteidigung des Landes notwendig sind". Von der Verpflichtung zu fortgesetzten Reparationsleistungen an die Siegermächte war ebenfalls nicht mehr die Rede.
So spricht die "Aktenlage" Blatt für Blatt eine deutliche Sprache: In Moskau waren vor 60 Jahren Politiker am Werke, die mit großem Ernst den Friedensvertrag mit Deutschland, den Abzug der Besatzungstruppen und gesamtdeutsche Wahlen zur Bildung eines vereinten demokratischen Deutschland zu erreichen trachteten. Nach Wortlaut, Sinngehalt und obwaltenden Bedingungen engen die in Wilfried Loths Quellen-Edition enthaltenen Dokumente den Spielraum jener ein, die der "Stalin-Note" ihre Seriosität absprechen und sie als Trick darstellen wollen. So urteilt auch Loth in seinem Kommentar:
"Ob es angemessen war, den (sowjetischen) Vorschlag einer Neutralisierung Deutschlands abzulehnen, wird man weiter kontrovers diskutieren können. Daß Stalin wirklich wollte, was er sagte: ein vereintes Deutschland außerhalb des westlichen Blocks, das die historische Entwicklungsstufe der sozialistischen Revolution noch nicht erreicht haben würde, daran kann nach der Rekonstruktion der Entstehung der sowjetischen Noteninitiative vom 10. März 1952 jedoch kein Zweifel mehr sein."

Kritik an Stalin

Als Gegenkommentatoren kommen in dem Band des Oldenbourg-Verlags Hermann Graml und Gerhard Wettig zu Wort. Zur Sache selbst haben sie wenig zu sagen. Keine einzige der von Loth gegebenen Deutungen der Dokumente findet sich bei ihnen vom Text her widerlegt. Statt dessen versucht Graml sich darin, Loth zu belehren, die von letzterem als "hochrangig" oder "denkbar prominent" angesehenen sowjetischen Politiker, die an der Ausarbeitung der Dokumente beteiligt waren, könnten bloß als "viertrangige Funktionäre" betrachtet werden.

Des Weiteren rechtet er mit Loth darüber, ob Stalin im Sommer 1951 zögerte oder nicht, wobei erkennbar ist, daß Graml für seine Version keineswegs mehr oder einleuchtendere Anhaltspunkte hat als Loth für seine Ansicht, ein Zögern habe es gegeben. Über Hick-Hack zu derartigen, vom Gegenkommentator als "Kleinigkeiten" bezeichneten Stoffen läßt sich ein Sach-Diskurs kaum zustande bringen. Darauf kommt es Graml und Wettig offenkundig auch gar nicht an. Da die Dokumente, wie sie nun einmal vorliegen, für die Leugnung der Ernsthaftigkeit des Friedensvertragsangebots nichts hergeben, versuchen sich die beiden anders zu behelfen.

Loth beschäftige sich zu sehr mit den Details, heißt es. Der Blick auf die Selbstgewißheit der harten Bolschewiki fehle. Die hätten gewollt, das Wirtschafts- und Gesellschaftssystem der DDR auf Westdeutschland zu übertragen. Der Vorschlag einer Neutralisierung Deutschlands im Hinblick auf Militärblockzugehörigkeit sei "mit der Ausweitung des sowjetischen Einflusses bis zum Rhein identisch gewesen". Wettig macht sich mit der Interpretation eines Lächelns lächerlich.

Darin, daß Außenminister Andrei Wyschinskis Gesicht sich bei der Entgegennahme der Absagen der Westmächte nicht verdüsterte, sondern aufhellte, wie dem USA-Geschäftsträger Hugh S. Cumming, einem der Überbringer schlechter Nachrichten, auffiel, sieht er nun nicht etwa einen Ausdruck vielleicht von Ironie aus dem Gefühl von Überlegenheit, sondern allen Ernstes einen Beweis dafür, daß die UdSSR-Führung eine konstruktive Aufnahme ihres Angebots gar nicht wollte …

Und immer wieder: "lediglich als Manöver im Propaganda-Krieg gedacht", der "propagandistische Effekt", "ein Mehr an propagandistischer Brauchbarkeit"… "Dogmatiker aller Systeme, vereinigt euch!" könnte als Sammelüberschrift über solchen Auslassungen stehen. In ihnen kann nicht sein, was nicht sein darf. In diesem Fall: Daß Spitzenpolitiker der Sowjetunion und der DDR Anfang der 50er Jahre für ein einheitliches demokratisches Deutschland eingetreten sind.

Scholastisch wie die Weigerung, Tatsachen zur Kenntnis zu nehmen, ist die von Graml und Wettig vorgenommene Gegenüberstellung von ernst gemeinten politischen Lösungsversuchen einerseits und der östlichen Beeinflussung der öffentlichen Meinung andererseits. Letzteres wird mit verurteilenswerter Propaganda gleichgesetzt und als Beleg für fehlende Ernsthaftigkeit politischer Absichten genommen. Und das schreiben Leute aus einem politischen Milieu, in dem psychologische Kampfführung zum A und O des Politikmachens gehört.<<

11.05.2024

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 11. Mai 2024 (x1.376/…): >>**Regierung muß ALLE Corona-Protokolle ungeschwärzt vorlegen!**

Jetzt bekannt gewordene Entschwärzungen von Passagen in den Corona-Protokollen des Robert Koch-Instituts (RKI) belegen: Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) war der Einpeitscher für extrem harte Corona-Maßnahmen, die keine wissenschaftliche Evidenz aufwiesen und rein politisch motiviert waren!

So schlug Lauterbach im Winter 2021 vor, den Zugang zu Gastronomie und Handel nur für Geimpfte (1G) einzuführen, wie die "Berliner Zeitung" berichtet. Der gesundheitspolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Martin Sichert, fordert namens seiner Fraktion die Of-

fenlegung aller Dokumente.
Sichert nannte es "ungeheuerlich, wie stark Karl Lauterbach die Freiheit der Menschen in den Corona-Jahren einschränken wollte." Ohne Not habe er völlig gesunde Menschen aus dem öffentlichen Leben ausschließen wollen, nur weil sie sich aus verschiedenen Gründen gegen die mRNA-Spritze entschieden hätten.
Der AfD-Gesundheitsexperte: "Wer weiß, was noch alles ans Licht kommen wird, wenn weitere Passagen der Protokolle endlich freigegeben werden. Die Bürger dieses Landes haben ein Recht darauf, zu erfahren, was hinter verschlossenen Türen geplant wurde. Die Aufarbeitung der Jahre 2020-2022 kann nur dann vollständig beginnen, wenn alle Corona-Protokolle von RKI, StiKo, PEI und den Bund-Länder-Konferenzen ungeschwärzt vorliegen."<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 11. Mai 2024 (x1.377/…):
>>**Hamburg: Wieder Islamisten-Aufmarsch**
Von *Daniell Pföhringer*
Trotz unverhohlener Aufrufe zur Einführung von Kalifat und Scharia darf die salafistische Gruppe Muslim Interaktiv heute wieder im Hamburger Stadtteil St. Georg demonstrieren. Ein entsprechender Aufmarsch wurde unter Auflagen genehmigt. Schluß damit! …
Die (ehemals) Freie und Hansestadt Hamburg wird heute wieder Schauplatz einer islamistischen Haß-Demo.
Wie schon vor zwei Wochen wollen die Salafisten von Muslim Interaktiv unter anderem im Stadtteil St. Georg aufmarschieren und den Bürgern einen Vorgeschmack darauf geben, was sie zu erwarten hätten, sollte in Deutschland die Scharia eingeführt werden.
Laut der Tageszeitung Die Welt wurde eine entsprechende Demo von der Hamburger Versammlungsbehörde unter Auflagen genehmigt. "Konkret wurde die Bestätigung der Kundgebung an neun Auflagen geknüpft, wie die Polizei am Freitag mitteilte. Wie schon bei der vorherigen Demo Ende April darf demnach nicht zu Haß und Gewalt aufgerufen und das Existenzrecht Israels nicht geleugnet werden. Auch das Beschädigen oder Verbrennen israelischer Flaggen ist untersagt", so das Blatt.
Verboten sei den Demonstranten zudem, ein Kalifat in Deutschland in Wort, Bild oder Schrift zu fordern. Vor zwei Wochen, am 27. April, hatte es bereits eine islamistische Demo in Hamburg-St. Georg gegeben, bei denen auf Schildern der Schriftzug "Kalifat ist die Lösung" zu lesen war.
Laut Angaben der Polizei dürfe es bei dem Aufmarsch auch keine Geschlechtertrennung geben. "Insbesondere dürften Frauen nicht in einen hinteren Demoblock geschickt und ihnen der Zugang zum vorderen Bereich der Veranstaltung nicht verweigert werden", so die Welt.
Islamisten drohen Deutschen Krieg an
Vor zwei Wochen war es bei der Kundgebung von Muslim Interaktiv zu unfaßbaren Szenen gekommen. Über 1.000 Islamisten drohten den Deutschen ganz offen Krieg und die Unterwerfung unter Kalifat und Scharia an. Wortwörtlich brüllte ein islamistischer Hetzer ins Mikrofon: "Ihr werdet zur Rechenschaft gezogen."
Dies werde geschehen, so der Redner, wenn "die Karten neu gemischt" sein werden - sprich: wenn die demografischen Mehrheitsverhältnisse durch Massenzuwanderung und ausbleibende Ausweisungen und Abschiebungen gekippt sein werden.
Diesmal soll es nicht bei einer stationären Kundgebung bleiben: Die Islamisten planen einen Demonstrationszug am Hauptbahnhof vorbei bis in die Einkaufsmeile Mönckebergstraße.
Es reicht! In Deutschland haben Islamisten und Asyl-Schwindler Narrenfreiheit! Angesichts solcher unhaltbaren Zustände haben wir sechs der faktenreichsten COMPACT-Ausgaben über den Migrationswahnsinn zu einem Aufklärungspaket geschnürt, mit dem sie auch Freunde und Nachbarn davon überzeugen können, endlich gegen die verfehlte Politik der offenen Grenzen aufzubegehren. …

COMPACT-Spezial Asyl. Die Flut: Die verfehlte Asyl- und Zuwanderungspolitik in Deutschland hat zu einer Welle von Kriminalität geführt. Messer- und Mädchenmorde beherrschen immer wieder die Schlagzeilen In dieser Spezial-Ausgabe lesen Sie, was falsch läuft - und wie es besser gemacht werden kann.
Ob in Altenheimen, in Schulen, vor Gericht oder auf der Straße: Deutsche sind längst Bürger zweiter Klasse im eigenen Land. In den großen Medien wird die Inländerfeindlichkeit verschwiegen oder bagatellisiert. Ein Aufschrei ist nötig! Unter anderem mit folgenden Themen: Asylschwindel: Unterdrückte Zahlen und Fakten - Milliarden für Migranten - Abschiebung? Fehlanzeige! Flüchtlinge als Waffe - Die Profiteure des Notstands - Scharia schlägt Verfassung: Die verschwiegenen Morde der Migranten - Auf dem Weg zum Bürgerkrieg: Die wahren Fakten - Propaganda und Lügen der Asyl-Lobby: Entlarvende Zitate und vieles mehr.
COMPACT-Spezial Asyl. Das Chaos: Die islamistische Gefahr in Deutschland wächst! Wenn Dschihadisten den Flüchtlingsstrom nutzen, um Mörder zu uns zu schicken, dann wird es auch bald in Deutschland Massaker und Anschläge geben. Dann folgt die Notstands-Diktatur der Ampel-Bande.
Die Sicherheitsbehörden beziffern ihre Zahl auf 27.480 Personen, über 500 davon gelten als Gefährder. Nutznießer dieses Terror-Szenarios sind Soros und Konsorten. Ganz nebenbei: Die CIA betätigt sich als Terrorhelfer. Schon bald wird gelten: Multikulti-Land ist abgebrannt.
Unter anderem mit folgenden Themen: Dschihad gegen Europa - Migrantengewalt: Die Schweigespirale - Das Schlachten hat begonnen, von Akif Pirinççi - "Dieses Milieu haßt Deutschland" Interview mit Seyran Ates - Von Kairo bis Köln: Das Netz der Muslimbrüder - Erdogan: Der Brandstifter - US-Thinktanks: Die unsichtbare Hand - Widerstandsstrategien: Was tun?, von Götz Kubitschek / Jürgen Elsässer und vieles mehr
COMPACT-Magazin Berlin ist überall! Wie Deutschland im Multikulti-Chaos versinkt: Silvester als neuer Feiertag für kriminelle Migrantenhorden auf deutschem Boden? Soll das künftig so weitergehen? Angriffe auf Polizei und Rettungskräfte als Massensport für Mohammed und Mustafa? Vor allem Berlin stach bei diesem Bild hervor. Ausländerkriminalität gehört längst zum Alltag, Gewaltverbrechen aus dem Migrantenmilieu häufen sich. Rot-Rot-Grün erweist sich als Totengräber unserer Hauptstadt, die Ampel als Garausmacher unseres Landes. Die Kriminalitätsorgien, die sich tagtäglich in unseren Städten ereignen, sind die Visitenkarte eines kaputten Landes.
Unter anderem mit den Themen: Das Krawall-Komplott: Täter, Drahtzieher und Profiteure - Erselbstmordet: Rückblick auf den Fall der Richterin Kirsten Heisig - Asylmißbrauch und Überfremdung: Aktuelle Zahlen und Fakten und vieles mehr.
COMPACT-Magazin Migrations-Pakt. Verschwörung der globalen Eliten: Der sogenannte Migrations-Pakt soll die Zuwanderungswellen nach Deutschland und Europa zu einem permanenten Phänomen machen - und zur totalen Auflösung der ethnischen Homogenität unseres Kontinents und unseres Landes führen.
Dahinter stehen globalistische Eliten, die nicht nur Schlepper-NGOs finanzieren, sondern auch mediale Propaganda-Organe, die die Bevölkerung weich klopfen und die Länder sturmreif für die totale Asyl-Invasion schließen sollen. Wir präsentieren Ihnen in diesem einzigartigen Aufklärungswerk über den Migrationspakt nicht nur ein großes Interview mit Ungarns Premierminister Viktor Orban, sondern behandeln auch folgende Themen: Der Pakt: "Nicht bindend"? Die UNO als trojanisches Pferd der Eliten - Ghostwriter Soros: Der Mega-Spekulant zieht die Strippen - Die Geheimbünde der globalen Eliten: Wer beherrscht die Welt?
COMPACT-Magazin Die Verlockung des Fremden. Das böse Erwachen der Frau: Keiner hat die Zukunft der westlichen Gesellschaften scharfsinniger vorausgesehen als der französische Romancier Michel Houellebecq. Als einer, der die Dekadenz lange genossen und an ihr fast

kaputtgegangen ist, hält er den Wahnsinn als Chronist in seinen Romanen fest.
Wir haben uns in dieser Ausgabe - einer der brisantesten und heikelsten, die COMPACT jemals veröffentlicht hat - nicht nur auf die Spuren des französischen Romanciers begeben, sondern behandeln vor allem folgende Themen: Sehnsucht nach dem Fremden: Von African Lovers und Schokoböhnchen - Die Ballade von Laura und Omar: Asylanten-Schmonzette in der Lügenpresse - Liebe bis zum Messer: Die bösen Erfahrungen deutscher Frauen - "Er zeigte keine Reue": Erfahrungsbericht einer Betrogenen - Sind wir alle Weicheier? Kleine Ehrenrettung für den Mann - Multikulti essen Seele auf: Die heile Welt des Migrantenkinos und vieles mehr.
COMPACT-Magazin Invasion aus Afrika. 20 Millionen auf dem Weg nach Europa: Sie sitzen auf gepackten Koffern - und wir öffnen ihnen Tür und Tor. Unfaßbare 20 Millionen Afrikaner wollen laut aktueller Studien nach Europa kommen - hauptsächlich ins gelobte Land. die Bundesrepublik!
Sie kommen über die spanische Exklave Mellila, über die kanarischen Inseln, auf Kähnen übers Mittelmeer und werden dann von NGO-Schleppern aufgelesen und nach Italien gebracht. Vor einigen Jahren strömten sie ins französische Calais, wo ihr Lager - der berüchtigte Dschungel - kurzerhand auf über 10.000 Personen angewachsen war.
Die Illegalen blockierten die Fahrbahnen zum Kanaltunnel, attackierten LKWs, sprangen auf die Ladeflächen. Wir haben diesen Irrsinn als Warnung für heute dokumentiert und behandeln außerdem unter anderem folgende Themen: Kriegsrecht: Der BRD-Katastrophenplan - AfD: Wie weiter? - Höcke und Gauland im Interview - Der Osten wehrt sich - Luther contra Islam: Klartext vom Reformator und vieles mehr. ...<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 11. Mai 2024 (x1.376/…): >>**China-Schleuser: NRW-CDU soll 52.000 Euro kassiert haben!**
Die nordrhein-westfälische CDU soll Spenden über mindestens 52.000 Euro von der im April bei einer Großrazzia aufgeflogenen Schleuserbande erhalten haben. Der von Ministerpräsident Hendrik Wüst geführte Landesverband scheint damit tiefer in den Skandal um falsche Aufenthaltstitel für wohlhabende Chinesen verstrickt zu sein als bisher bekannt.
Mehrere CDU-Politiker wurden bereits festgenommen, darunter der ehemalige CDU-Landrat des Rhein-Erft-Kreises Werner Stump. Auch der frühere SPD-Landespolitiker Jens Bröker soll 300.000 Euro Bestechungsgeld angenommen haben, um Ausländern über seine Beziehungen dauerhafte Aufenthaltsgenehmigungen zu ermöglichen. Er sitzt in Untersuchungshaft.
Spende an CDU gegen Aufenthaltstitel
Die Staatsanwaltschaft geht zudem dem konkreten Verdacht nach, daß ein CDU-Politiker für mindestens eine Parteispende Türen bei Ausländerämtern geöffnet haben soll. Die Wüst-CDU hat nach eigenen Angaben "interne Überprüfungen" eingeleitet. Die Spenden seien über einen längeren Zeitraum aus dem Kreis der Schleuserbande an die Partei geflossen, bestätigte ein Sprecher der CDU Nordrhein-Westfalen.
Die Partei forderte die Kreisverbände auf, sämtliche Zahlungseingänge der vergangenen zehn Jahre nach Spenden eines Beschuldigten und dessen Firmennetzwerk zu prüfen. Die Schleuserbande soll insgesamt 350 vermögende Chinesen nach Deutschland geholt haben. Insgesamt sollen mehr als 52.000 Euro an die CDU-Kreisverbände Rhein-Erft-Kreis, Rheinisch-Bergischer Kreis sowie an den Landesverband und den Bundesverband der Jungen Union (JU) geflossen sein, hieß es aus Kreisen der Ermittler.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 11. Mai 2024 (x1.377/…): >>**Sonnensturm und Polarlichter: Vorboten des Unheils?**
Wir erleben gerade den ersten großen Sonnensturm seit 2003. Weltweit sieht man kunterbunte Polarlichter am Himmel - auch über Deutschland. Was solche Ereignisse für die Zukunft der Menschheit bedeuten, zeigt Stephan Berndt in seinem Bestseller "Wenn Beteigeuze explo-

diert". Ein Standardwerk, um die Zeichen der Zeit zu erkennen.
_ von *Timo Beil*
Zuerst schaltet ein elektromagnetischer Blitz aus der Sonne alle elektrischen Geräte auf der Erde aus. Kein Handy, kein Internet, kein Kühlschrank, kein Fernsehen, kein Autoverkehr, keine Bankzahlungen, keine Lebensmittel, keine Wasserversorgung mehr. In dieser ohnehin apokalyptischen Lage verfinstert sich dann auch noch unser Zentralgestirn, um schließlich mit einem grellen, noch größeren Blitz seine gesamte äußere Hülle abzustoßen. Wer jetzt an Strahlenschäden denkt, liegt richtig.
Das ist jedoch noch nicht alles: Knapp einen Tag später trifft die heiße Partikelwolke von der Sonne auf die Erde. Sie reißt sogar Teile der Atmosphäre weg, sodaß in den betroffenen Gebieten jedes Leben nicht nur erstickt, sondern auch gefriergetrocknet wird. Zusätzlich gibt es glühend heiße Meteoritenschauer und Riesenblitze aus der Ionosphäre. Damit noch immer nicht genug! Die enormen elektrischen Spannungen lösen die feste Erdkruste ab. Daraus folgen enorme Fluten, Mega-Beben und Vulkanausbrüche - und zwar weltweit. Im Extremfall kommt es sogar zu Polsprüngen.
Die fünf Apokalypsen
Das Erstaunliche an diesem Schreckensszenario ist, daß es sich dabei um keine Verschwörungstheorie handelt. Es beruht auf Schlußfolgerungen, die man erzielt, wenn man anerkannte Forschungsergebnisse aus Astronomie und Geophysik zusammenbringt. Demnach hat es schon fünf Mal in der Geschichte unseres Planeten Katastrophen gegeben, die in der Wissenschaft unter folgenden Fachbegriffen kategorisiert sind:
Gothenburg, ein schwerer Verlauf, vor 12.000 Jahren; Lake Mungo, vor 24.000 bis 28.000 Jahren; Mono Lake, vor 33.000 bis 37.000 Jahren; Lachamp, ein weiterer schwerer Verlauf, vor etwa 41.000 bis 46.000 Jahren; Vostok, vor etwa 60.000 Jahren.
Folgende Indizien sprechen dafür, daß diese Apokalypsen wie eingangs beschrieben stattgefunden haben, also ausgelöst durch extreme Sonnenstürme:
1. Flußtäler (wie zum Beispiel das des Kongo), die sich unterseeisch bis weit in die Ozeane hinein fortsetzen, obgleich ein großer Fluß im Meer eher Ablagerungen hinterlassen sollte und nichts auswäscht. Hier ist offensichtlich die kontinentale Erdkruste abgebrochen.
2. Auch die tiefgefrorenen Mammuts stellen ein Rätsel dar. Vor allem ihr guter Erhaltungszustand läßt sich nicht mit einem normalen Wetterumschwung erklären. Wenn ein Tier allmählich verhungert und dann stirbt, wird es von dem einen oder anderen Räuber zumindest angenagt. Nichts davon bei den Mammutfunden. Das war eine Schockfrostung wie nach dem oben beschriebenen Wegreißen der Atmosphäre durch einen Sonnensturm.
3. Funde von fossilen Bäumen ohne Jahresringe in der Arktis. Solches Holz wächst nur in den Tropen, weil es dort eben kaum jahreszeitliche Veränderungen gibt. Offensichtlich war es am Nordpol einmal so heiß wie heute am Äquator; das heißt, die Erdachse muß gekippt, der Pol gesprungen sein.
4. Den Zusammenhang zwischen den magnetischen Polen der Sonne, denen der Erde und damit dem Erdmagnetfeld und dem Auftreten von Erdbeben haben Davidson, U-Yen und Holloman in ihrer Arbeit aus dem Jahr 2015 dargestellt (siehe Infobox). Die Erde fliegt mit ihrem Magnetfeld nicht einfach so durch den Raum, sondern kreist in einer Wolke hoch verdünnter, elektrisch geladener Teilchen um die Sonne.
Wenn diese nun ihr Magnetfeld ändert und obendrein noch schlagartig Strahlung und Materie ausstößt, dann kommt es zu piezoelektrischen Phänomenen. Raucher kennen das, man drückt aufs Feuerzeug und damit auch auf den darin befindlichen Kristall, dieser verformt sich etwas, und herauskommt ein Zündfunke, gefolgt von der Gasflamme. Das geht aber auch umgekehrt. Eine elektrische Spannung kann auch Kristalle verformen; und die Spannungen, die sich zwischen Erde und Sonne aufbauen, sind ungeheuer groß.

5. Ein Beleg für einen Polsprung sind auch Funde des Aluminium-Isotops 26 (Al-26) in arktischen Bodenproben. Al-26 entsteht nur in einer Nova, also einem explodierenden Stern. Um von einem fernen Stern bis zu uns zu driften, ist die Halbwertzeit von Al-26 zu kurz. Also kann es am Nordpol nur von der Sonne kommen, die es während einer Nova-Explosion ausgestoßen hat.
Der Umstand, daß sich Al-26 auch im Mondstaub findet, erhärtet diesen Verdacht. Früher hat man angenommen, daß eine Supernova verglüht; unsere Sonne hätte demnach eine solche Phase nicht überlebt. Astronomen haben jedoch in den letzten Jahren mehrfach Sterne entdeckt, die kleinere Nova-Phasen durchmachten und sich danach wieder stabilisierten.

Das schwarze Loch

Die Ursache dieser potentiell tödlichen Störungen liegt im Herzen der Milchstraße. Dort befindet sich das große Schwarze Loch, das ein Magnetfeld erzeugt, das unsere Galaxie umgibt. Solche Magnetfelder haben zwei Pole und Hemisphären, also eine positive und eine negative Hälfte. In der Mitte liegen diese beiden Hälften aufeinander auf, aber eben nicht vollständig, es gibt eine Trennschicht. In dieser sammelt sich interstellarer Staub, wie in einem elektromagnetischen Staubfänger.
Jüngste Beobachtungen stellen eine Zunahme dieses interplanetaren Staubs in unserem Sonnensystem fest. Das kann nur bedeuten, daß wir gerade in diese Trennschicht zwischen den galaktischen Polen hineintreiben. Daß auf der Erde die Magnetpole langsam wandern und das Erdmagnetfeld schwächer wird, paßt dazu.
Noch größer sind die künftigen Auswirkungen auf unser Zentralgestirn: Die Sonne wird zunächst unregelmäßiger strahlen, gewissermaßen stottern, und ab und an große Ausbrüche erfahren. Bei einem geschwächten Erdmagnetfeld kann eine dieser Eruptionen so starke elektrische Impulse bis hinab auf die Erdoberfläche senden, daß sämtliche elektrischen und elektronischen Geräte ausfallen, auch die auf der Nachtseite. Im Abstand von Monaten oder wenigen Jahren sprengt die Sonne dann den ganzen angelagerten Staub mit einer Mikronova ab, und der eingangs geschilderte Schrecken nimmt seinen Lauf.

Die drei Warnungen

Einen Vorgeschmack lieferte das sogenannte Carrington-Ereignis des Jahres 1859. Der Astronom Richard Christopher Carrington beobachtete nie dagewesene Protuberanzen auf der Sonne, und einige Stunden später erglühte der Nachthimmel in aller Welt in den schönsten Farben. Selbst auf Hawaii konnte man bei diesen - nicht mehr ganz so nördlichen - Nordlichtern in der Nacht noch Zeitung lesen. Ansonsten passierte nicht viel.
Lediglich die Telegrafenstationen brannten aus, weil die Drähte aufgrund der mit dem Sonnensturm einhergehenden elektrischen Entladungen durchschmolzen. Dem Carrington-Ereignis folgten ähnlich starke Nachfolger 1872 (Chapman-Silverman-Sturm) und 1921 (New Yorker Eisenbahn-Sturm). "Wir wissen jetzt, daß die Welt in den letzten zwei Jahrhunderten mindestens drei geomagnetische Superstürme erlebt hat", resümiert Hisashi Hayakawa, Experte von der Universität Nagoya (Japan) kurz vor dem Jahreswechsel.
Für die heutige Welt, die zur Gänze von Mikroelektronik abhängig ist, wäre eine Wiederholung tödlich. Da helfen auch keine faradayschen Käfige oder Blitzableiter. Seit 1921 gab es keinen Sonnensturm von solcher Intensität mehr. Es kann jedoch wieder geschehen, auch in größerer Stärke.
"Solche extremen Ereignisse sind selten. Einerseits können wir uns glücklich schätzen, daß wir in der heutigen Zeit von solchen Superstürmen verschont geblieben sind. Andererseits zeigt das Auftreten von drei solchen Superstürmen innerhalb von sechs Jahrzehnten, daß die Bedrohung für die moderne Gesellschaft real ist", so Hayakawa. Nur über den Zeitpunkt des erneuten Auftretens sind sich die Astronomen nicht einig. Die Schätzungen liegen zwischen 150 und 300 Jahren.

2023 gab jedenfalls Anlaß zur Beunruhigung. Polarlichter waren zwei Mal, im November und im Dezember, bis nach Deutschland und Italien zu sehen. Das war zwar nicht so weit wie beim Carrington-Ereignis, als sogar die Tropen erreicht wurden, aber markiert trotzdem die stärksten Sonnenaktivitäten seit Jahrzehnten.
Und es droht eine weitere Steigerung. "Die Sonne wird aktiver und soll im Jahr 2024 das Maximum ihrer Aktivität erreichen, zeigt eine aktualisierte Vorhersage des Space Weather Prediction Centers in den USA. Maximum bedeutet, daß die Sonne dann sehr aktiv ist, zahlreiche Sonnenflecken sind auf ihrer Oberfläche zu sehen und geladenes Plasma wird vermehrt ins Weltall geschleudert. Trifft die Sonne dabei die Erde, können wunderschöne Polarlichter entstehen - aber auch Probleme mit dem Funk auftreten. Bei einem besonders heftigen Treffer kann auch die irdische Infrastruktur betroffen sein", so die Frankfurter Rundschau verharmlosend am 30. Dezember 2023.
Was Sonnenstürme und planetare Ereignisse für die Zukunft der Menschheit bedeuten, zeigt Prophetie-Experte Stephan Berndt in seinem Bestseller "Wenn Beteigeuze explodiert". Ein Standardwerk, um die Zeichen der Zeit zu erkennen.<<
Tschechien: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 11. Mai 2024 (x1.377/…): >>**Töten auf Tschechisch**
Von *Gero Bernhardt*
Die Vertreibung der Sudetendeutschen ging mit unfaßbar grausamen Verbrechen einher. Zwei Orte stechen dabei besonders hervor. Ein Auszug aus unserer neuen Geschichtsausgabe "Verlorene Heimat - Die Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten".
Es sind grauenhafte Bilder, man muß sich zwingen, sie anzusehen: Eine Gruppe Deutscher wird von Sowjetsoldaten und tschechischen Revolutionsgardisten mit Peitschenhieben und Gewehrstößen durch Prag getrieben. Dann müssen sich die 42 Zivilisten am Straßenrand aufstellen, werden der Reihe nach exekutiert. Die nächste Szene: Ein Lkw der Roten Armee rollt über die Leichen. ...
Regisseur David Vondracek war nur durch Zufall auf die Aufnahmen aus Prag gestoßen, denn vornehmlich beschäftigte er sich mit einem anderen Verbrechen: dem Massaker von Postelberg - einer brutalen Tötungsorgie, die einen Monat nach der Kapitulation über 800 Deutsche in Nordböhmen das Leben kostete.
Das Massaker von Postelberg
Am Sonntag, den 3. Juni 1945, trieben Uniformierte in Saaz etwa 5.000 männliche Sudetendeutsche im Alter von 12 bis 65 Jahren, darunter auch Kranke und Versehrte, auf dem örtlichen Marktplatz zusammen. Diese mußten dann unter Schlägen und anderen Torturen ins 15 Kilometer entfernte Postelberg marschieren.
Die Soldaten des tschechischen 1. Armeekorps kannten keine Gnade: Wer nicht mehr gehen konnte, wurde sofort erschossen. Der Zielort selbst war menschenleer, als der Marschzug dort gegen Mitternacht ankam. Auch deren Bewohner waren zuvor zusammengetrieben und in Lagern interniert worden.
Nach diesen Strapazen wurden die Männer in die Postelberger Kaserne verbracht, wo sie sich auf den nackten Boden setzen mußten und ihren Platz selbst zur Verrichtung der Notdurft nicht verlassen durften. Sobald sich einer erhob, wurde auf ihn geschossen. Für die Wertsachen, die von den Deutschen mitgenommen wurden, stellte die tschechische Soldateska Kisten bereit. Alles wurde den Zusammengepferchten abgenommen und unter höhnischem Gelächter an die Militärs verteilt.
Am darauffolgenden Tag wurde den Gefangenen befohlen, Tote und Verwundete in einen Splittergraben zu werfen, der als Latrine genutzt wurde. Schüsse aus Maschinenpistolen erlösten die noch ums Überleben Kämpfenden von ihrem Leid. Die nächste Nacht verbrachten die Deutschen dann in Ställen, in denen man wegen der Hitze und Enge kaum atmen konnte.

Im Hof wurden während der ganzen Nacht willkürlich Menschen erschossen. Am Morgen begann dann das Aussortieren für weitere planmäßige Mordaktionen. Einige kamen hinter Stacheldraht, andere sperrte man erneut in Ställe, wieder andere wurden in Arbeitsgruppen eingeteilt, manche zum Lagertor hinausgeprügelt und kamen nie zurück.
Insgesamt fünf Tage lang folterten und mordeten die tschechischen Soldaten wie im Blutrausch weiter. Das jüngste Opfer war gerade einmal 12 Jahre alt, das älteste weit über 60. Planmäßig wurden die meisten von ihnen erschossen, viele nahe der Kaserne, andere bei der örtlichen Schule.
Das größte Massengrab mit knapp 500 Leichen fand sich später in dem abseits der Stadt gelegenen Fasanengarten. Nach Aussagen eines tschechischen Zeugen im Jahre 1947 stapelte man immer jeweils 250 Tote in Massengräbern übereinander.
"Die Hinrichtungen fanden nicht in einer Nacht statt", so seine Schilderungen, "sondern schrittweise, denn oft mußten die Opfer ihr Grab mit Hacke und Schaufel selbst ausheben". Die Anweisung der Schreibtischtäter aus Prag lautete : "Je weniger von ihnen übrig bleiben, um so weniger Feinde werden wir haben!" ...
Den vollständigen Beitrag und weitere Augenzeugenberichte lesen Sie in COMPACT-Geschichte "Verlorene Heimat - Die Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten" . Wir geben den Opfern des verschwiegenen Völkermordes eine Stimme. ...<<
Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/28963" berichtet am 11. Mai 2024 (x1.366/…): >>**WHO-Pandemievertrag - Der Kampf geht weiter!**
KLA.TV Produktionsleiterin Lois Sasek und "Klaus aus Franken" zeigen auf, wie es um den WHO-Pandemievertrag steht. Aufgrund des großen Widerstandes der Bevölkerung mußten die Mächtigen mit ihren Plänen zurückrudern. Dies darf nun aber nicht zur Passivität verleiten, denn der Kampf geht weiter! …
"Aber aufgepaßt; jetzt wird nachgejagt! Jetzt heißt es hinterher jagen!"
"Die Abstimmung darf nicht auf der WHO-Generalversammlung vom 27. Mai - 1. Juni 2024 durchgeführt werden, sondern muß verschoben werden!"
"Wer würde einen Vertrag unterschreiben, dessen Inhalt erst nach der Unterzeichnung geklärt werden soll?"
Aber richten wir unseren Blick auf den Tedros und seine WHO-Kumpanen. Hier haben wir ein mächtiges Trommelfeuer veranstaltet in den letzten Monaten mit allen Gerechtigkeitskämpfern und den wahrheitsliebenden Menschen auf der ganzen Welt. Weil das kommt uns jetzt noch in die Tüte, daß der Generaldirektor nach Belieben irgendwie weltweite Pandemien und Lockdowns ausrufen kann… Und dieser haarsträubende WHO-Pandemievertrag, über den am 27. Mai abgestimmt werden soll, hat hohe Wellen geschlagen.
Wir von Kla.TV haben diesen, ich sag's jetzt "Kastrations-Vertrag", so nenn ich ihn jetzt mal, der die Staaten, die Nationalstaaten alle entmachten soll, unter die Lupe genommen und haben für die Politiker und das Volk verständlich übersetzt, was dieser Vertrag Wort für Wort bedeutet. Und dann haben wir, um an alle betroffenen 194 Länder zu gelangen, genau studiert, welche Sprachen in welchem Land gesprochen werden und haben es wirklich mit hunderten ehrenamtlichen Mitwirkern insgesamt in 41 Sprachen übersetzt und produziert.
Fünf Tage, nachdem Kla.TV diese Sendung ausgestrahlt hat und diesen Vertragstext der WHO Zeile für Zeile angeprangert hat … fünf Tage … In denen hat diese Sendung bereits über eine Million Menschen erreicht. Fünf Tage danach wurde der WHO-Pandemievertrag-Entwurf exakt an den von Kla.TV angeprangerten Stellen geändert, bißchen geschlichtet, bißchen abgeschwächt. Ich sage: Wir haben eine Macht, wir gemeinsam haben einen Einfluß! Und z.B. hat eben die WHO, hier in dem Vertrag, den bindenden Charakter ihrer sogenannten "Empfehlungen" wieder abgeschwächt.
Also der ganze Artikel 13 A wie ihr hier seht, wurde komplett gestrichen. An manchen Stellen

wurde das Wort "nicht bindend" schnell wieder in den Vertragstext eingefügt (non-binding). Jetzt ist es plötzlich wieder drin. Ein weiterer Satz wurde ersatzlos gestrichen. Das geht da um die Vollmacht von Tedros, einen Gesundheitsnotstand auszurufen in bestimmten Fällen. Und der ganze Satz zur "Mißinformation und Desinformation" die bekämpft werden soll, wurde aus dem WHO-Vertrag gestrichen.
Aber aufgepaßt, wir lesen jetzt noch das Kleingedruckte. Zitat: Die Verantwortung hierüber wird an die jeweiligen Mitgliedsstaaten übertragen. Also ich sag mal: Aufgepaßt, die Krake läßt bißchen Tinte raus, versteckt sich hinter dem Fels. Wie das praktisch aussieht, bemerken wir grad an Louisiana und der Schweiz. Da sind Siege passiert, und jetzt schnell versucht man auf nationaler Ebene dieselben Wahnsinnsgesetze, ohne großes Aufsehen, hintenrum einzuführen! In der Schweiz z.B. versucht man das über das Epidemiengesetz.
Das kann man z.B. in dieser Sendung hier nachschauen … Also, liebe Freunde von nah und fern! Ich sag mal: Wir feiern den Teilsieg, sie werden von uns zurückgedrängt. Sie müssen reagieren! Seht ihr das auch so? Ja, also einfach einmal feiern, Applaus ... Aber aufgepaßt, weil das wollen sie - wir sind am Feiern, die Korken knallen und es passiert was im Hintergrund, was wir nicht mehr auf dem Schirm haben.
Darum: Jetzt wird nachgejagt! Die Schlacht ist jetzt noch nicht vorbei! Jetzt heißt es hinterher jagen! Aber welche Argumente ziehen denn jetzt noch? Wir hatten da aufwendige Faktenblätter erstellt mit diesen Zeilen, mit diesen nicht-bindend und bindend… Genau die Sachen, die sie jetzt raus genommen haben. Wir haben Postkarten gemacht, wir haben Flyer gemacht.
Und jetzt ist die Frage: Ja, was kann man jetzt noch verwenden? Müssen wir jetzt abwarten Däumchen drehend? Was sollen wir jetzt noch machen? Also ist Verwirrung im Aufklärungslager… Aber jetzt liebe Freunde, gilt es diesen Mai noch volle Kanne zu nutzen, um gezielt weiter draufzuhauen, aber an der richtigen Stelle! Seid ihr dabei? Also das heißt, wir haben das ganze Material überarbeitet und für euch zugerüstet! Auf diesen Tag, grad noch vor ein paar Minuten wurde es online gestellt. Und jetzt übergebe ich an Klaus - also nicht der Klaus Schwab, sondern unser Klaus aus Franken, und der ist wirklich kraß! Klaus, was sagst du?
Hallo Lois! Hallo, hier ist der Klaus aus Franken …
Wir dürfen uns jetzt nicht von ersten Erfolgen blenden lassen, denn die vermeintliche Abschwächung der WHO-Vertragstexte war sicherlich ein "taktisches Zugeständnis"! Weil der Widerstand immer größer geworden ist, mußten sie zurückrudern! Wir müssen jetzt unsere Stimmen um so lauter erheben, weil die eigentlichen Gefahren noch lange nicht vom Tisch sind! Ich möchte mal ganz komprimiert fünf konkrete Punkte nennen, um das zu verdeutlichen:
1. Auf der WHO-Generalversammlung Ende Mai darf nicht abgestimmt werden!
Es ist ein riesiges Hin und Her mit den Texten der Verträge. Die neuesten Versionen wurden erst Mitte April veröffentlicht. Das ist viel zu spät, denn jede Änderung muß laut den Vorschriften der WHO spätestens vier Monate vor der Abstimmung bekannt gegeben werden! Die Abstimmung darf nicht auf der WHO-Generalversammlung vom 27. Mai - 1. Juni 2024 durchgeführt werden, sondern muß verschoben werden! Die WHO kann doch nicht die Einhaltung ihrer Vorschriften einfordern, wenn sie sich selber nicht daran hält!
2. Die WHO will sehr wichtige Vertragsbestandteile erst nach der Abstimmung klären!
Wer würde einen Vertrag unterschreiben, dessen Inhalt erst nach der Unterzeichnung geklärt werden soll? Die WHO hat viele wichtige Punkte in den Vertragstexten offengelassen und will diese erst bis Mai 2026 klären! Dies zeigt, wie hinterhältig die WHO agiert!
3. Der Generalsekretär bekommt zu viel Macht!
Er darf z.B. das Gremium, das ihn überwachen soll, selber bestimmen und absetzen! Hier werden nicht einmal demokratische Mindeststandards eingehalten! Es gibt hier keine Gewaltenteilung etc.

4. Tedros hat eine hochkriminelle Vergangenheit!
Tedros war als Außenminister mitverantwortlich für einen Völkermord an ethnischen Gruppen in Äthiopien. Schaut Euch die "Akte Tedros" an. Dieser Mann darf niemals so viel Macht bekommen!
5. Es geht nicht um Gesundheit, sondern um Profit!
Es ist eine Heuchelei, wenn uns vorgegaukelt wird, daß es bei diesen Verträgen um das Wohl und die Gesundheit der Menschen ginge! Nichtstaatliche Akteure wollen durch zweckgebundene Spenden immer mehr Einfluß gewinnen und Big Pharma immer noch reicher machen!
Ihr seht, da liegt noch vieles im Argen! Es besteht nach wie vor ein großer Handlungsbedarf!
Deshalb die große Frage: Wie sieht die Praxis aus? Wie kann jeder einen Beitrag leisten?
Es gibt nur einen Weg, um die WHO-Pläne für unsere jeweiligen Länder zu stoppen:
Dieser Weg geht über die gewählten Vertreter in den zuständigen Parlamenten! Es gibt keinen anderen Weg!
Wir leben in einer sog. Parlamentarischen Demokratie. Die Menschen können ihre Vertreter im Parlament selber wählen! Das ist doch ein großes Privileg gegenüber autoritären Staatsformen!
Deshalb: Nützen wir doch die Möglichkeiten, die uns das Gesetz gibt und geben der Resignation keinen Raum!
Stellt Euch vor: Jeder, der gegen diese Pläne ist, greift zum Telefonhörer, schreibt einen Brief oder Postkarte, schickt eine E-Mail an den Abgeordneten seiner Region … Das Thema wäre schnell vom Tisch! Ich bin überzeugt: Wir haben hier viel mehr Einflußmöglichkeiten als uns überhaupt bewußt ist! Die Abgeordneten wissen nämlich in der Regel selber kaum Bescheid über diese Abkommen. Da sind sie auf uns angewiesen, daß wir sie insbesondere über die angeführten Gefahren aufklären. Ich glaube sogar, daß die meisten sehr dankbar sind, wenn wir ihnen hilfreiche Informationen geben können.
Dafür haben wir für euch noch zwei konkrete Hilfsstellungen vorbereitet:
1. Das Faktenblatt
Das ist topaktuell und wurde erst gestern in der neuesten Version fertiggestellt! Dort sind die wesentlichen Fakten, sogar der Wortlaut der neuesten Entwürfe, drauf. Das ist sicher für die Politiker sehr interessant, wenn ihnen mal jemand schwarz auf weiß zeigen kann, was in den Abkommen wirklich drinsteht, was geplant ist. Eine Rechtswissenschaftlerin hat dieses Faktenblatt geprüft.
2. Die Postkarte
Für jeden gibt es einen Weg, wie er aktiv werden kann, z.B. mit dem Versand einer Postkarte an Abgeordnete. Hierfür gibt es kurze Mustertexte. Dort steht ein kurzer Aspekt zur Gefahr dieser Abkommen drauf, der die Abgeordneten zum Handeln auffordert. Hier kann sich jeder ohne großen Aufwand einklinken!
Das topaktuelle Faktenblatt oder auch die Mustertexte für Postkarten könnt Ihr ganz leicht auf der Kla.TV-Seite unterhalb der Weckruf-Sendung downloaden.
Ich hoffe, daß ich Euch ermutigen konnte mal erste Schritte auf Wasser zu gehen. Dann können wir entdecken, welch gewaltiges Potential in jedem von uns steckt. Klinke Dich mit ein, denn gemeinsam können wir Gewaltiges bewegen!
Ich habe fertig!
Euer Klaus aus Franken!<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 11. Mai 2024 (x1.377/…):
>>**WHO-Pandemievertrag vorerst gescheitert**
Von *Daniell Pföhringer*
Herber Rückschlag für die Globalisten: Die 194 Mitgliedsländer der WHO konnten sich am Freitag nicht auf einen Text für den geplanten Pandemievertrag einigen.

WHO-Pandemievertrag vorerst gescheitert !!
Herber Rückschlag für die Globalisten: Die 194 Mitgliedsländer der WHO konnten sich am Freitag nicht auf einen Text für den geplanten Pandemievertrag einigen. Das Abkommen hätte bei der Jahrestagung der WHO Ende Mai bis Anfang Juni in Genf verabschiedet werden sollen.
Der WHO würden durch den Vertrag umfangreiche Machtbefugnisse erteilt: Die Organisation könnte willkürlich Pandemien ausrufen, Lockdowns verhängen oder eine Impfpflicht einführen.
Die britische Regierung hatte bereits angekündigt, den Vertrag nicht zu unterzeichnen: "Wir werden die Annahme des Abkommens nur dann unterstützen, ... wenn er eindeutig im nationalen Interesse des Vereinigten Königreichs ist und die nationale Souveränität respektiert."
Auch Donald Trump und die Republikaner im US-Kongreß lehnen den Vertrag ab: Trump will sogar im Falle einer Wiederwahl als Präsident aus der WHO austreten.
Die Sache ist allerdings noch nicht vom Tisch: Die Mitgliedsländer wollen ihre Gespräche fortsetzen, doch ob bis zum Beginn der WHO-Tagung am 27. Mai noch eine Einigung erzielt wird, steht in den Sternen.
Echte Aufklärung: In ihrem neuen Buch "WHO-Pandemievertrag" enthüllt Medizinrechtlerin Beate Bahner, wem die WHO wirklich gehört, wer sie finanziert und warum jetzt eine globale Gesundheitsdiktatur droht. Noch ist Widerstand möglich! ...<<

12.05.2024

BRD: Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 12. Mai 2024 (x1.367/…): >>**AfD sorgt für Sicherheit: Schützt unsere Frauen und Mädchen!**
Wir dürfen nicht wegsehen, wenn Sexualstraftäter nach Europa einwandern und nicht abgeschoben werden.
Informiere Dich jetzt auf www.afd.de/europa-neu-denken über unsere Ziele für Europa!<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 12. Mai 2024 (x1.377/…): >>**Im Geiste von Tauroggen**
Von *Gero Bernhardt*
Deutschland befindet sich auf Konfrontationskurs zu Rußland wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Offenbar haben die Berliner Politiker nichts aus der Geschichte gelernt. …
Statt im Bismarck'schen Sinne als ehrlicher Makler zu agieren, kauft die Bundesrepublik nun auch noch in den USA Waffen ein, um sie an die Ukraine zu schenken. Dieser Tage sagte Verteidigungsminister Pistorius Kiew zu, die Lieferung von drei weiter reichenden Raketenartilleriesystemen aus Amerika an die Ukraine bezahlen.
"Lassen Sie uns - die USA und Deutschland zusammen - die Zukunft gestalten zusammen mit all denen, die für Freiheit, Frieden und die regelbasierte internationale Ordnung stehen", so Pistorius am vergangenen Donnerstag in einer Rede an der Johns-Hopkins-Universität. Und er fügte sogar noch großmäulig hinzu: "Wir sind bereit, die Führung zu übernehmen"

Von Friedrich dem Großen zu Bismarck

Offenbar haben Pistorius und das gesamte Berliner Polit-Establishment nichts aus der Geschichte gelernt. Dabei zeigt die Historie, daß ein gutes Verhältnis zwischen Deutschland und Rußland stets ein Segen für beide Länder war. Immer dann, wenn Deutsche und Russen zusammenstanden, war es zum Vorteil beider Völker. Und immer, wenn sie sich - wie im Ersten und Zweiten Weltkrieg - feindlich gegenüberstanden, war es zum Nachteil beider Seiten.
Zahlreiche Schicksalsfügungen der deutschen Geschichte wurden durch Rußland mitbestimmt: So brachte der Seitenwechsel von Zar Peter III. im Siebenjährigen Krieg 1762 Friedrich dem Großen den Sieg, woraufhin Preußen zur neuen Großmacht in Europa aufsteigen konnte.

Mit der Konvention von Tauroggen 1812 wiederum entzog der preußische General Yorck von Wartenburg sechs Jahre nach der fatalen Niederlage von Jena und Auerstedt Napoleon das preußische Hilfskorps. Ein Jahr später konnten Preußen und Rußland gemeinsam mit Österreich und Schweden in der Völkerschlacht bei Leipzig die Truppen Napoleons niederringen und dessen Herrschaft über Europa beenden.
Als dann Otto von Bismarck 1871 das zweite Deutsche Reich gegen den Widerstand Frankreichs schmiedete, sah Rußland wohlwollend zu. Nach der Feindschaft im Ersten Weltkrieg zeigten beide Seiten mit dem Frieden von Brest-Litowsk 1918 und dem Vertrag von Rapallo 1922 wieder sehr schnell, daß sie zur traditionellen Freundschaft zurückkehren wollten.
Auch während des Wiedervereinigungsprozesses 1989/90 war es Gorbatschow, der den Weg zur Einheit frei machte, während insbesondere Großbritanniens "Eiserne Lady" Margaret Thatcher in ihrem Haß auf Deutschland die Vereinigung von BRD und DDR zu verhindern suchte.
Und es war letztlich auch der sowjetische General Geli Batenin, der Joachim von Arnim, dem Leiter der politischen Abteilung der Botschaft in Moskau, das Angebot zur Rückgabe Ostpreußens überbrachte. Eine Chance, die von der Regierung Kohl in nationaler Selbstvergessenheit nicht genutzt wurde, ebenso wie das Neutralitätsangebot Gorbatschows …<<
USA: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 12. Mai 2024 (x1.377/…): >>**Bill Gates: Drückt er den Pandemie-Pakt durch?**
Von *Daniell Pföhringer*
Auch wenn sich die Vertragsstaaten bislang nicht auf einen gemeinsamen Entwurf für den Pandemievertrag einigen konnten, ist die Gefahr längst nicht gebannt. Denn im Hintergrund lauert "der heimliche WHO-Chef" und will seine Pfründen sichern, wie auch Impf-Kritikerin und Rechtsanwältin Beate Bahner in ihrem neuen Werk "WHO-Pandemievertrag. Der finale Angriff auf Ihre Freiheit" verdeutlicht. …
Wie man hört, ist der US-Oligarch und Microsoft-Gründer Bill Gates höchst verstimmt, daß die WHO-Mitgliedsstaaten noch immer nicht auf einen Entwurf zum Pandemievertrag einigen konnten.
Kein Wunder, denn a) hat Gates vieles von dem, was uns die Globalisten mit ihrem Gesundheits-Pakt zumuten wollen, bereits in seinem vor zwei Jahren erschienenen Buch "How to Prevent the Next Pandemic" (Wie die nächste Pandemie verhindert werden kann) vorweggenommen, und b) sind für ihn mit dem Vertrag handfeste finanzielle und Machtinteressen verbunden.
Der Multimilliardär und selbsternannte Philanthrop gibt bei der WHO sowieso den Ton an. Sie meinen, das sei eine Verschwörungstheorie? Von wegen" Selbst linientreue Mainstream-Medien verlautbaren nichts anderes. Bereits 2017 schlagzeilte die Zeit:
"Der heimliche WHO-Chef heißt Bill Gates."
Und ein Beitrag von SWR Kultur vom September 2020 trägt die Überschrift "Die WHO am Bettelstab: Was gesund ist, bestimmt Bill Gates." Seit der Jahrtausendwende hat die Bill & Melinda Gates Stiftung der WHO insgesamt 2,5 Milliarden Dollar gespendet.
Der Mücken-Milliardär
Gates ist besonders für sein weltweites Impf-Engagement bekannt. Und wie es der Zufall will, steht die Frage der Entwicklung und Verteilung von Impfstoffen im Zentrum des WHO-Pandemievertrags. "Dafür soll der weltweite Aufbau eines politischen und finanziellen Engagements für Impfungen gefördert und zugleich dauerhaft sichergestellt werden", schreibt Medizinrechtlerin Beate Bahner in ihrem soeben erschienenen Buch "WHO-Pandemievertrag. Der finale Angriff auf Ihre Freiheit".
Der Impf-Fanatismus betrifft übrigens nicht nur Pandemien, sondern auch ein anderes Lieblingsnarrativ der Globalisten. Bahner schreibt dazu in ihrem neuen Buch:

"Bald werden Massenimpfungen nach Vorstellungen der WHO auch erforderlich sein, um die Auswirkungen des Klimawandels zu bewältigen. Hierzu gehört die angebliche Bedrohung durch Krankheiten, welche Mücken verbreiten, die angeblich aufgrund des Klimawandels in neue Regionen wandern."
Dieses "Märchen" sei jedoch schnell zu entlarven, so die bekannte Anwältin und Corona-Kritikerin. Und da haben wir gleich den zweiten Zufall. Beate Bahner notiert in "WHO-Pandemievertrag":
"Bill Gates hat in den letzten Monaten und Jahren hunderte Millionen von genmanipulierten Moskitos in verschiedenen Gegenden der Welt ausgesetzt, die nun vermutlich neue - möglicherweise sogar tatsächlich gefährliche - Krankheiten wie Dengue oder Malaria auslösen. Und für diese Krankheiten gibt es zufälligerweise seit Jahren eine intensive Impfstoffforschung und -entwicklung."
Auch das ist keine Geschichte, die unter einem Aluhut ausgebrütet wurde. Bereits im Juli 2011 berichtete die Deutsche Welle unter der Überschrift "Mit Milliarden auf Mücken" über das Gates-Projekt, und die Frankfurter Rundschau schrieb im Mai 2021 unter der Headline "Unternehmen setzt genetisch modifizierte Moskitos in Florida aus" über einen entsprechenden Feldversuch der Biotech-Firma Oxitec in Zusammenarbeit mit der Bill & Melinda Gates Foundation in Florida.

Keine Entwarnung

Für solche Impf-Aktionen geben Gates und Konsorten jedes Jahr Millionen und Abermillionen aus. Mit dem WHO-Pandemievertrag wären die daraus resultierenden Erträge für die nächsten Jahre, möglicherweise Jahrzehnte gesichert.
Darum steht zu befürchten, daß Bill Gates hinter den Kulissen Druck auf verschiedene Regierungen aufbaut, damit sie dem WHO-Pandemievertrag am Ende doch noch ihren Segen geben. Von Entwarnung kann in Sachen globaler Gesundheitsdiktatur also noch längst nicht die Rede sein.
Echte Aufklärung: In ihrem neuen Buch "WHO-Pandemievertrag" enthüllt Medizinrechtlerin Beate Bahner, wem die WHO wirklich gehört, wer sie finanziert und warum jetzt eine globale Gesundheitsdiktatur droht. Noch ist Widerstand möglich!<<

13.05.2024

BRD: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 13. Mai 2024 (x1.369/…): >>**Hausdurchsuchungen nach Massenschlägerei bei Kreisligaspiel**
Nach einer Massenschlägerei mit etwa 60 Beteiligten in Essen am Rande eines Kreisligaspiels am Sonntag hat die Polizei zwei Wohnungen durchsucht und dabei zwei Personen festgenommen. Gegen zwei Verdächtige aus Essen habe sich der Verdacht "erhärtet", bei der Auseinandersetzung Schüsse abgegeben zu haben, teilte die Polizei am Montag mit.
Bei der Konfrontation wurden auch Messer eingesetzt; Zeugen berichteten am Sonntag von "Schußgeräuschen". Noch in der Nacht auf Montag seien zwei Wohnungen auf Antrag der Staatsanwaltschaft durch Kräfte eines Spezialeinsatzkommandos in Essen-Karnap durchsucht worden.
Zwei Personen seien dabei festgenommen worden. Am Sonntag waren gegen 16 Uhr zahlreiche Notrufe auf der Leitstelle der Polizei Essen eingegangen. Die Anrufer meldeten eine gewalttätige Auseinandersetzung zwischen etwa 60 Beteiligten am Rande eines Kreisligaspiels, wobei auch Messer eingesetzt worden sein sollen. Außerdem meldeten Zeugen "Schußgeräusche". Beim Eintreffen der Polizei hätten sich etwa 150 bis 200 Personen auf dem Sportplatz befunden, darunter auch Beteiligte der Auseinandersetzung.
Eine weitere Gruppe sei bereits zuvor vom Einsatzort geflüchtet, so die Polizei. Am Abend hätten dann Beamte einer Einsatzhundertschaft die Personalien von über 100 Personen auf dem Sportplatz festgestellt. Auch sei eine Patronenhülse gesichert worden. Bei der Auseinan-

dersetzung seien zwei Beteiligte leicht verletzt worden. Einer der beiden Männer hätte oberflächliche Schnittverletzungen erlitten und habe nach ambulanter Behandlung noch am Abend entlassen werden können. Da Hinweise auf "Clanbezüge" vorlägen, ermittle nun das Kommissariat zur Bekämpfung von Clankriminalität, so die Essener Polizei.<<

Das deutsche Online-Medienportal "NIUS" berichtet am 13. Mai 2024 (x1.372/…): >>**Die Chaos-Strom-Woche: Das passiert, wenn die Sonne scheint, aber kein Wind weht**

Redaktion

Das größte Problem der sogenannten Energiewende: Wind und Sonne machen, was sie wollen. Genau so war es in der vergangenen Woche, denn die Sonne schien dauerhaft, während beinahe Windstille herrschte.

NIUS erklärt anhand von vier Fakten, wie diese Situation den Strommarkt durcheinanderwirbelt.

1. Viel Sonne gleich Strom mit Straf-Kosten

Die Sonne strahlte in der vergangenen Woche freudig. So sehr, daß an Nachmittagen über Stunden so viel Strom im Netz war, daß Strom meist wertlos war und die Netzbetreiber den Strom dringend ins Ausland verschenken (oder gar gegen Gebühr abgeben) mußten, um das Stromnetz nicht zu überlasten.

Es gibt in Deutschland nämlich mehr als zwei Millionen kleine Solar-Anlagen - etwas auf Hausdächern - die sich nicht aus der Ferne steuern lassen. Wenn die Sonne scheint, wird Strom eingespeist - ob dieser nun gebraucht wird oder nicht.

Solar-Anlagen produzierten vergangene Woche so viel Strom, daß dieser über Stunden mit Negativ-Preisen gehandelt worden ist.

Donnerstag, Freitag, Samstag und Sonntag war sogar so viel Solarstrom im Netz, daß die Preise für Strom deutlich ins Negative gefallen sind. Am Sonntagmittag auf bis zu -135 Euro pro Megawattstunde. Das heißt: Deutschland mußte anderen Ländern bis zu 13,5 Cent pro Kilowattstunde bezahlen, dafür, daß sie unseren unbrauchbaren Strom abgenommen haben. Am vergangenen Samstag war der Strompreis für rund fünf Stunden im negativen Bereich.

2. Während die Sonne lachte, war es die Woche über ziemlich windstill in Deutschland

Im Durchschnitt waren die mehr als 30.000 Windmühlen auf See und an Land vergangene Woche zu gerade einmal 6 Prozent ausgelastet. Heißt: Statt der theoretisch möglichen 11,7 Terawattstunden (TWh) Strom leistete die Windkraft nur rund 0,83 TWh.

Trotz des Sonnen-Stroms im Überfluß mußten Kohle und Gas die Lücke auffüllen und lieferten im Wochen-Durchschnitt 30 Prozent der inländischen Stromproduktion. Gerade am Abend und bei Nacht, wenn die Sonne nicht mehr schien, stieg die Quote teilweise auf 45 Prozent an (8. Mai, zwischen 2 und 3 Uhr). Das sorgte dafür, daß Deutschland am 6., 7. und 8. Mai je mehr als 400 Gramm CO2 pro Kilowattstunde Strom ausstieß - gut 20 Mal so viel wie Frankreich zur selben Zeit.

3. Ohne Importe noch mehr Kohle und Gas

Apropos Frankreich: Ohne massig Stromimporte - auch aus Frankreich (39 Prozent) - hätten noch mehr Kohle- und Gas-Kraftwerke einspringen müssen und hätten den CO2-Fußabdruck des Stromverbrauchs in Deutschland noch schlechter aussehen lassen. Die vergangene Woche war mit 1,144 Terawattstunden netto importiertem Strom aus dem Ausland die stärkste Import-Woche des laufenden Jahres. So viel Strom kam zuletzt Ende August 2023 aus dem Ausland nach Deutschland.

Das bedeutet nicht, daß Deutschland mit Blick auf die Versorgungssicherheit abhängig von ausländischem Strom wäre. Die inländischen Kohle- und Gaskapazitäten würde ausreichen, Deutschland jederzeit mit genug Strom zu versorgen. Die Importe sind jedoch klimaschonender und deutlich günstiger als Strom aus Kohle oder Gas.

4. Wertlos-Strom reißt Loch in den Bundeshaushalt

Das große Problem an Punkt 1) ist, daß die Besitzer von Solar-Panels weiterhin ihre staatlich zugesicherte Einspeisevergütung erhalten, selbst wenn der produzierte Strom nicht benötigt wird und im Ausland gegen eine Gebühr entsorgt werden muß. Und je mehr Solar-Anlagen verbaut werden, desto häufiger werden Wochen wie die vergangene auftreten.

Früher wurde diese Differenz zwischen Einspeisevergütung und erzielter Erlöse am Strommarkt über die sogenannte EEG-Umlage auf der Stromrechnung finanziert. Die Ampel machte dies zu einem Posten im Bundeshaushalt und erlebt dieser Tage nun ihr grünes Wunder:

Weil die Strompreise günstiger sind als gedacht und somit die Lücke zwischen der Einspeisevergütung und den Einnahmen immer größer wird, werden die eingeplanten 10,6 Milliarden Euro im Haushalt bei Weitem nicht reichen.

Konservative Schätzungen gehen von einem Zusatzaufwand von weiteren 10 Milliarden Euro aus, andere Experten rechnen mit Zusatzkosten in Richtung von 20 Milliarden Euro - eine Lücke im Haushalt, die zu den bereits fehlenden Milliarden, die für Streit in der Regierung sorgen, noch hinzukommen.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 13. Mai 2024 (x1.369/…):

>>**Mehr Gewaltvorfälle an deutschen Bahnhöfen**

Die Bundespolizei hat in den ersten drei Monaten des laufenden Jahres deutlich mehr Gewaltvorfälle registriert als im gleichen Zeitraum des Vorjahres - an Bahnhöfen stieg die Zahl Taten dabei deutlich. Über die interne Statistik der Behörde berichtet die "Welt" (Dienstagsausgaben). Die Beamten der Bundespolizei registrierten demnach im März dieses Jahres mehr als 2.800 Gewaltdelikte. Das entspricht einem Anstieg um 17 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat (2.340 Fälle).

Die meisten Gewaltdelikte, wozu etwa Körperverletzungen zählen, ereigneten sich laut Statistik auf Bahnanlagen (2.300 Fälle). Im Februar registrierte die Bundespolizei mehr als 2.700 Gewaltvorfälle, was ebenfalls einen Anstieg um gut 17 Prozent im Vergleich zum Vorjahr bedeutet (2.300 Fälle). Im Januar lag die Zahl mit etwa 2.600 Fällen auf dem Niveau des Vorjahres. Bei der Statistik handelt es sich um eine Eingangsstatistik. Was aus den angezeigten Fällen geworden ist, geht aus der Statistik nicht hervor. Heiko Teggatz, Bundesvorsitzender der Bundespolizeigewerkschaft DPolG, sagte der "Welt": "Die Zahlen belegen genau das, wovor wir bereits seit Jahren warnen.

Die Gewaltkriminalität auf unseren Bahnhöfen eskaliert zunehmend und Bundesinnenministerin Nancy Faeser unternimmt nichts." Es fehle der Bundespolizei an Personal und Technik. Seit Jahren fordere man, dies bei der Aufstellung des Haushaltes der Bundespolizei zu berücksichtigen. Passiert sei bisher nichts. "Es fehlen nach wie vor 3.800 Planstellen im bahnpolizeilichen Bereich und eine konsequente anonymisierte Verhaltenserkennung mittels Videotechnik auf den Bahnhöfen", so Teggatz weiter.<<

Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 13. Mai 2024 (x1.371/…):

>>**Aufarbeitung der Covid-19-Impfstoff-Beschaffung jetzt!**

Von *Herbert Ludwig*

Unrealistische 70 Millionen Impfdosen, so viel, um die gesamte Bevölkerung 8-mal zu impfen, haben die Verantwortlichen aus Regierung und Ministerien in Österreich gekauft und weit überteuert bezahlt - mit einem Impfstoff, der keine Ansteckung verhindert und dessen immense Nebenwirkungen noch nicht ausreichend erforscht sind. Und die Hersteller, die noch nicht einmal Qualitäts-Richtlinien einhielten, wurden von jeglicher Haftung freigestellt. - Das lief in Deutschland nicht anders.

Die "Wissenschaftliche Initiative - Gesundheit für Österreich" um Prof. *Andreas Sönnichsen* verlangt in einem Offenen Brief an die Verantwortlichen in Österreich konkrete Antworten auf konkrete Fragen. (hl)

Die Wissenschaftliche Initiative weist darauf hin, daß aktuell von der europäischen Staatsanwaltschaft in Brüssel gegen die EU-Kommissions-Präsidentin Ursula von der Leyen wegen intransparenter Impfstoff-Verträge mit Verdacht auf Beweismittel-Vernichtung, Korruption und Interessenkonflikte ermittelt werde. Da die Verträge mit den Pharmafirmen jedoch nicht nur durch die EU-Kommission unterzeichnet worden seien, sondern Vertreter jedes europäischen Staates zusätzlich ein Vertragsdokument (Vaccine Order Form) habe unterschreiben müssen, sei auch Österreich direkter Vertragspartner und habe damit nochmal ausdrücklich die von der EU vereinbarten Vertragsbedingungen akzeptiert.
Trotz dieser massiven Unsicherheiten und der fehlenden Daten seien diese Impfstoffe in der Öffentlichkeit als "umfangreich getestet, sicher und wirksam" dargestellt worden. Warum habe man die Bevölkerung nicht über die unbekannten Risiken aufgeklärt?
Der österreichischen Bevölkerung müsse eine saubere Aufklärung der Impfstoffbeschaffung geliefert werden. Diese saubere Aufklärung sei Ziel des eingeschriebenen Briefes, in dem die Wissenschaftliche Initiative - Gesundheit für Österreich Antworten verlangt. Die Adressaten: Impfkoordinatoren, Vorsitzende der Corona Kommission, Spitzenbeamte aus Gesundheitsministerium und Bundeskanzleramt sowie die beiden Bundeskanzler und drei Gesundheitsminister. (hl)
Nachfolgend der eingeschriebene Brief an:
Dr. Clemens Martin Auer (Impfkoordinator bis 15.3.21)
Dr. Katharina Reich (Vorsitzende der Corona Kommission und der GECKO, ab 15.3.21 Generaldirektorin für Öffentliche Gesundheit im Gesundheitsministerium)
Barbara Kaudel Jensen, MAS (Leitung Sektion IV - EU, Internationales und Grundsatzfragen im Bundeskanzleramt)
Mag. Ines Stilling (Juni 2020 bis September 22 Generalsekretärin im Gesundheitsministerium
Rudolf Anschober (Gesundheitsminister von 7.1.20 - 19.4.21)
Dr. Wolfgang Mückstein (Gesundheitsminister von 19.4.21 - 8.3.22)
Johannes Rauch (Gesundheitsminister seit 8.3.22)
Karl Nehammer, MSc (Bundeskanzler seit 6.12.21)
Sebastian Kurz (Bundeskanzler 7.1.20 - 11.10.21)
Betrifft: Aufarbeitung Covid-19-Impfstoffbeschaffung
Wien, 21. April 2024
Sehr geehrte …
"Gesundheit für Österreich" ist eine wissenschaftliche Initiative, die sich für einen offenen, unabhängigen und sachlichen Diskurs in der Medizin einsetzt. Rund um die staatlich angeordneten Pandemiemaßnahmen werden weltweit immer mehr Fragen laut, ein äußerst brisantes Thema sind dabei die Covid-19-Impfstoffe und ihre Beschaffung. Aktuell wird von der europäischen Staatsanwaltschaft gegen die EU-Präsidentin Ursula von der Leyen wegen intransparenter Impfstoff-Verträge mit Verdacht auf Beweismittel-Vernichtung, Korruption und Interessenkonflikte ermittelt.
Da die Verträge mit den Pharmafirmen jedoch nicht nur durch die EU-Kommission unterzeichnet wurden, sondern Vertreter jedes europäischen Staates zusätzlich ein Vertragsdokument (Vaccine Order Form) unterschreiben mußten, wurde auch Österreich direkter Vertragspartner und akzeptierte damit nochmal ausdrücklich die Vertragsbedingungen. Diese Dokumente wurden mittlerweile geleakt und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht (was aufgrund der finanziellen und gesundheitlichen Auswirkungen auf jeden einzelnen Bürger eigentlich von vorneherein eine Selbstverständlichkeit hätte sein müssen).
Da auch Sie für die Impfstoffbeschaffung zuständig waren, bitten wir um Beantwortung der auf den nächsten Seiten folgenden Fragen.
1. Wirksamkeit, Gefahren und Risiken der Impfstoffe

Aus den (von Ihnen unterschriebenen?) Verträgen geht eindeutig hervor, daß die Impfstoffe rasch produziert werden mußten, die Zulassungsstudien noch nicht abgeschlossen waren, damit sowohl Wirksamkeit als auch Langzeiteffekte noch nicht bekannt waren und bisher unbekannte Nebenwirkungen bis zum Tod auftreten können. Trotzdem wurden die Impfstoffe in der Öffentlichkeit als "umfangreich getestet, sicher und wirksam" dargestellt und es wurde unterlassen, die Bevölkerung über die unbekannten Risiken aufzuklären.
a) Wer außer Ihnen hatte noch Kenntnis von diesen essentiellen Informationen, die für die informierte Zustimmung jedes einzelnen Österreichers zu diesen Impfungen grundlegende Voraussetzung sind?
b) Welche Behörden haben Sie über diese Gefahren informiert?
c) Was haben Sie unternommen, um die Bevölkerung über die - Ihnen bekannten - Risiken aufzuklären?
2. Unrealistische Anzahl an Impfdosen bestellt
Für Österreich wurden 70 Millionen Impfdosen bestellt (plus weitere Abnahmeverpflichtungen in den Folgejahren vereinbart). Diese Menge reicht aus, um die gesamte Bevölkerung 8-mal zu impfen. Zum Zeitpunkt der Bestellung wurde jedoch (zumindest laut öffentlichen Informationen) von 2 notwendigen Dosen ausgegangen. Eine Impfung von Kindern, Jugendlichen und Schwangeren war nicht absehbar und widersprach bei lediglich bedingt zugelassenen Medizinprodukten ohne ausreichende Langzeitdaten den bis zur Pandemie gültigen medizinethischen Standards.
Selbst wenn man ausreichende Impfstoffreserven berücksichtigt und von einer Durchimpfung der gesamten Bevölkerung ausgeht, war angesichts des (hoffentlich) bekannten Ablaufdatums klar ersichtlich, daß ein beträchtlicher Teil der eingekauften Impfstoffe verfallen würde. Sogar nach wiederholter Verlängerung der Ablaufdaten (ein, vor der Pandemie ebenfalls nicht denkbares und daher nicht einkalkulierbares Vorgehen in der Medizin) und wiederholter Verschenkung von Millionen Dosen, mußten immer noch bis zu 27 Millionen Impfdosen teuer entsorgt werden. Die intransparente und nicht nachvollziehbare Impfstoff-Bestellung in Österreich wurde auch schon vom Rechnungshof beanstandet, was jedoch anscheinend ohne Konsequenzen blieb.
Wer war für die Höhe der bestellten Impfdosen zuständig und aufgrund welcher Vorgaben wurde die Kalkulation durchgeführt?
3. Haftungsfreistellungen der Hersteller
Mit Unterzeichnung der Verträge haben Sie auch die, in diesem Umfang noch nie dagewesenen, Haftungsfreistellungen der Produktionsfirmen akzeptiert. Bereits in den Zulassungsstudien gab es zahlreiche gravierende Mängel.
Die Rohdaten der Zulassungsstudien sollten laut FDA-Beschluß für 75 Jahre geheim bleiben und mußten von einem Team von über 200 Ärzten und Wissenschaftlern in den USA freigeklagt werden. Eine unabhängige Analyse durch über 3.500 Experten zeigte massive Risikosignale schon in den Zulassungsstudien mit negativer Nutzen-Risiko-Bilanz.
a) Wurden die Rohdaten der Studien vor Vertragsunterzeichnung von österreichischen Wissenschaftlern eingesehen?
Von der EMA wurden bei Erteilung der bedingten Zulassung zahlreiche Produktmängel festgestellt und deren Behebung gefordert ("specific obligations", ob diese Behebungen tatsächlich erfolgt sind, ist nicht bekannt). Auch gab es Ungereimtheiten zur mRNA-Integrität der Impfstoffe.
Darüber hinaus wurde der zur Impfung der Bevölkerung eingekaufte Impfstoff mit einem komplett anderen Verfahren hergestellt (welches beispielsweise deutlich mehr Risiken für Verunreinigungen mit sich bringt), als das in den Zulassungsstudien getestete Produkt; d.h. zum schließlich verabreichten Produkt gab es keine ausreichenden Studien.

Sogar im EMA-Risk-Management-Plan von Oktober 2023 (!) wurden immer noch zahlreiche unklare Risikofaktoren und fehlende Daten zu diesen Impfstoffen angeführt (u.a. Risiko eines ADE, Sicherheit in Schwangerschaft und Stillzeit, Effektivität und Sicherheit bei immunsupprimierten oder multimorbiden Patienten, Informationen zu Wechselwirkungen und Langzeitsicherheit …).
b) Aufgrund welcher Vorgaben wurde trotz dieser massiven Unsicherheiten und der fehlenden Daten den umfangreichen Haftungsfreistellungen zugestimmt?
4. GMP-Richtlinien von Herstellern nicht eingehalten
Es tauchen weltweit immer mehr Hinweise auf, daß die GMP-Richtlinien von den Impfstoffproduzenten nicht eingehalten wurden z.B. uneinheitliche Chargenqualität, Nachweis von Verunreinigungen mit bakterieller DNA aus dem geänderten Herstellungsprozeß durch mehrere Labors weltweit nicht deklarierte Inhaltsstoffe wie der SV40-Promotor fragliche Nichtbehebung der beanstandeten Mängel, Qualitätsmängel der Zulassungsstudien, deutlich mehr Nebenwirkungen in den Zulassungsstudien und deutlich geringere Wirksamkeit der Impfstoffe nach Neubewertung der freigeklagten Studien-Rohdaten durch unabhängige Wissenschaftler - um nur einige der Probleme zu nennen?
a) Gibt es Vereinbarungen oder Pläne, die Herstellerfirmen bei Nichteinhaltung der GMP-Richtlinien zur Verantwortung zu ziehen?
b) Wurden diesbezüglich schon Untersuchungen bzw. Maßnahmen in die Wege geleitet?
c) Wer kontrolliert die Impfstoffchargen in Österreich und somit die Einhaltung der GMP-Richtlinien?
Zusammenfassung
Der Ankauf der Covid-19-Impfstoffe hat erhebliche Kosten für die österreichischen Bürger verursacht. Durch den enormen Impfdruck unter falschen Angaben (z.B. Fremdschutz, der in den Zulassungsstudien nicht getestet wurde aber trotzdem von Beginn an als psychologisches Druckmittel eingesetzt wurde), wurden viele Österreicher außerdem unkalkulierbaren medizinischen Risiken ausgesetzt und leider auch viele geschädigt.
Das öffentliche Interesse an einer Aufarbeitung der Corona-Zeit ist enorm. Wir bitten daher um Beantwortung unserer Fragen bis 15. Mai 2024.
Herzliche Grüße
Prof. a.D. Dr. Andreas Sönnichsen, Dr. Lukas Trimmel
für das Team der Wissenschaftlichen Initiative Gesundheit für Österreich
Anmerkungen (hl):
In Deutschland hatte sich die Bundesregierung seit Beginn der Pandemie zur Abnahme von insgesamt 672 Millionen Impfstoff-Dosen verpflichtet, was ebenfalls gut 8 Impfstoffdosen für jeden Einwohner vom Säugling bis zum Greis bedeutet.
Kosten: 13,1 Milliarden Euro, wobei die Hersteller die Preise während der "Pandemie" um bis zu 50 % erhöht haben.
Allein im Jahr 2023 sind ca. 132 Millionen Impfdosen entsorgt worden. Geht man von einem Durchschnittspreis von 22 € pro Impfdose aus, bedeutet das die Vernichtung von 2,9 Milliarden Euro des Steuerzahlers.
"Wegen der sinkenden Nachfrage nach Impfungen in der EU werden auch künftig weitere Impfstoffe im großen Stil vernichtet werden müssen. Der überarbeitete Vertrag mit Pfizer verpflichtet die europäischen Länder nämlich, bis mindestens 2027 Impfstoffe zu kaufen."<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 13. Mai 2024 (x1.368/…):
>>**Neue Autobiographie von Angela Merkel trägt den Titel "Freiheit"**
Nach fast drei Jahren Abwesenheit kehrt Angela Merkel mit der Ankündigung ihrer Memoiren "Freiheit. Erinnerungen 1954 - 2021" zurück. Das Buch, eine Zusammenarbeit mit ihrer langjährigen Beraterin Beate Baumann, erscheint im November und wird in 30 Ländern ver-

fügbar sein.
Von *Redaktion*
Nach knapp drei Jahren Funkstille tritt Angela Merkel wieder ins Rampenlicht. Im November dieses Jahres will die ehemalige Bundeskanzlerin ihre Memoiren auf den Markt bringen. Dies kündigte der Verlag Kiepenheuer & Witsch auf seiner Webseite an. Ironischerweise lautet der Titel des Buches: "Freiheit. Erinnerungen 1954 - 2021".
Die Autobiographie, die rund 700 Seiten umfaßt, schrieb Merkel in Zusammenarbeit mit ihrer langjährigen politischen Beraterin und Büroleiterin Beate Baumann. Es soll neben Deutschland auch teilweise übersetzt in 30 anderen Ländern erscheinen. In der Ankündigung des Verlags wird betont, daß Merkel sowohl auf ihre 35 Jahre in der DDR als auch auf die darauffolgenden 35 Jahre in der Bundesrepublik zurückblicken wird.
In ihrem Buch erzählt Merkel nach Angaben des Verlags so "persönlich wie nie zuvor" von ihrer Kindheit, Jugend und ihrem Studium in der DDR sowie von für sie prägenden Ereignissen wie dem Mauerfall. Ebenso sollen auch Gespräche mit mächtigen internationalen Politikern in dem Buch beschrieben sein. Am Ende sei Merkels Autobiographie ein "entschiedenes Plädoyer für die Freiheit", das einen "einzigartigen Einblick in das Innere der Macht" gebe, schreibt der Verlag.
Zur Erläuterung des Titels ihrer Memoiren zitiert Kiepenheuer & Witsch die ehemalige Kanzlerin wie folgt: "Was ist für mich Freiheit? Diese Frage beschäftigt mich mein ganzes Leben. Natürlich politisch, denn Freiheit braucht demokratische Bedingungen, ohne Demokratie gibt es keine Freiheit, keinen Rechtsstaat, keine Wahrung der Menschenrechte. Die Frage beschäftigt mich aber auch noch auf einer anderen Ebene. Freiheit - das ist für mich, herauszufinden, wo meine eigenen Grenzen liegen, und an meine eigenen Grenzen zu gehen."
Freiheit bedeute für die Kanzlerin zudem, "nicht aufhören zu lernen, nicht stehen bleiben zu müssen, sondern weiter gehen zu dürfen, auch nach dem Ausscheiden aus der Politik". Angela Merkel regierte Deutschland von 2005 bis 2021. Ihre Amtszeit als Bundeskanzlerin war nach Helmut Kohls die zweitlängste in der Geschichte der Bundesrepublik. Kohl regierte nur zehn Tage länger.
Merkel wird aus konservativen Kreisen noch heute für zahlreiche folgenschwere Entscheidungen ihrer Amtszeit kritisiert. Unter anderem ihr Vorgehen in der Flüchtlingskrise 2015, der Atomausstieg sowie ihr restriktives Vorgehen während der Corona-Pandemie werden ihr vorgeworfen. Zu diesen Entscheidungen steht Angela Merkel bis heute.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 13. Mai 2024 (x1.376/…): >>**Buchtip: "Der geheime Krieg gegen Deutschland" von Stefan Schubert**
"Bei den Recherchen war erschreckend zu erkennen, wie weit das Berliner Regierungsviertel bereits von der globalen Elite fremdgesteuert wird". Stefan Schubert
Der geheime Krieg gegen Deutschland stellt die größte Bedrohung für die Bürger und ihr Land seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges dar. Mit dem mehrfachen Spiegel-Bestsellerautor Stefan Schubert setzt sich erstmals ein ehemaliger Polizist und international anerkannter Sicherheitsexperte mit den verborgenen Machenschaften einer globalen Elite auseinander. Seine Rechercheergebnisse sind gleichermaßen brisant und besorgniserregend. Durch sein analytisches Vorgehen ist es Stefan Schubert gelungen, geheime Netzwerke und deren Finanzierungen offenzulegen und einen immer wiederkehrenden Modus Operandi zu ermitteln.
Die multiplen Krisen unserer Tage sind alles andere als schicksalhafte Zufälle; sie sind von Netzwerken inszeniert, wurden von langer Hand geplant und werden systematisch forciert. Denn eine globale Elite führt einen geheimen Krieg gegen die Bürger. Zu dieser Elite gehören Big Tech und Big Pharma, die Finanzindustrie, aber auch Organisationen wie die UN, die EU oder das WEF. Zu den Globalisten zählen Milliardäre wie Bill Gates und nicht zuletzt NGOs und die US-Geheimdienste CIA und NSA. Das Ziel der Eliten ist die Abschaffung der demo-

kratischen Rechte und Freiheiten sowie die Installation einer Weltregierung.
Die große Transformation läuft bereits auf allen Ebenen und greift die Menschen in ihren privatesten Lebensräumen an:
BlackRock: Der Berliner Politikbetrieb wird zu einer Filiale der globalen Finanzindustrie
Grüne Milliardäre: das perfide Geschäftsmodell der Klimaeliten
Wer sind die tatsächlichen Hintermänner der WHO und des Great Reset?
Der WHO-Pandemievertrag: globaler Staatsstreich im Namen der Pharmaindustrie
Massenmigration als Waffe: Welche Rolle spielt Deutschland?
Weltsicherheitsrat und NATO: Klimawandel als Kriegsgrund
Ist Correctiv eine geheime Stasi der SPD?
Palantir: die Überwachungssoftware der US-Geheimdienste im Einsatz bei der deutschen Polizei
US-Geheimdienste agieren in Deutschland nach Besatzungsrecht
Nord Stream, die CIA und Bundeskanzler Scholz
Jeder Mensch auf diesem Planeten gerät dadurch ins Fadenkreuz. Dies zu erkennen und sich der Folgen bewußt zu werden, ist der erste Schritt, um die Angriffe auf ein freies und selbstbestimmtes Leben abzuwehren. Es ist an uns allen, aufzustehen - für die Menschheit und für die Freiheit!<<
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 13. Mai 2024 (x1.367/…): >>**Tino Chrupalla / Alice Weidel: Die Alternative für Deutschland wird dem Urteil selbstverständlich widersprechen!**
Das Oberverwaltungsgericht in Münster hat die Berufung gegen die Hochstufung der AfD durch das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) nach sehr kurzer Verhandlung abgelehnt.
AfD-Bundessprecher Tino Chrupalla und Dr. Alice Weidel kommentieren wie folgt:
"Das Oberverwaltungsgericht in Münster hat heute nach mangelnder Verfahrensführung sein Urteil voreilig gegen die Alternative für Deutschland gefällt. Inhaltliche entlastende Punkte, die in vielfachen Beweisanträgen vorgebracht werden sollten, wurden nicht in das Urteil einbezogen. Die Beweisanträge waren zuvor abgelehnt worden. Des Weiteren bleibt einerseits die gerichtliche Feststellung, daß die vom Bundesamt für Verfassungsschutz vorgebrachten Anhaltspunkte weitaus geringer schwer durch das OVG bewertet wurden.
Anderseits kann aus dem heutigen Urteil keinesfalls eine sofortige Hochstufung oder ein Parteiverbot abgeleitet werden - so das Gericht. Die Alternative für Deutschland wird dem Urteil selbstverständlich widersprechen. Nähere Einzelheiten werden wir nach Erhalt der schriftlichen Urteilsbegründung diskutieren."<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 13. Mai 2024 (x1.377/…): >>**Urteil: BRD-Stasi darf AfD weiter überwachen**
Von *Sven Reuth*
Das war zu erwarten: Das Oberverwaltungsgericht Münster hat die Einstufung der AfD als rechtsextremen Verdachtsfall bestätigt. Jetzt erst recht! Pfeifen Sie auf den Verfassungsschutz und holen Sie sich das erste faire und ausgewogene Porträt der AfD. Inklusive Interviews mit Alice Weidel, Tino Chrupalla, Björn Höcke und anderen. …
Das Oberverwaltungsgericht (OVG) Münster hat die Berufungsklage gegen die Einstufung der AfD als rechtsextremen Verdachtsfall durch das Bundesamt für Verfassungsschutz verworfen. Eine Revision läßt das Gericht zwar nicht zu.
Die furchtbaren Juristen von Münster
Die AfD hat allerdings schon angekündigt, eine Beschwerde gegen das Urteil vor dem Bundesverwaltungsgericht in Leipzig einzulegen. Damit ist das Urteil noch nicht rechtskräftig, allerdings dürfen die Schlapphüte jetzt erst einmal weiter nachrichtendienstliche Mittel gegen die AfD einsetzen.

Das Urteil kam wie gesagt alles andere als überraschend. Das Oberverwaltungsgericht Münster hat nämlich den Ruf weg, es mit den Grundrechten Andersdenkender nicht zu genau zu nehmen, wenn diese dem rechten Teil des politischen Spektrums zuzuordnen sind.
In den vergangenen Jahrzehnten mußte das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe immer wieder vom Oberverwaltungsgericht Münster gefällte Urteile aufheben, weil diese praktisch auf ein Demonstrations- und Versammlungsverbot für große Teile des rechten Spektrums herausgelaufen wären. Der Richterstreit zwischen Karlsruhe und Münster erregte zwischenzeitlich großes Aufsehen und fand zumindest in der Fachliteratur große Beachtung.
Richter als Erfüllungsgehilfen der Politik
2013 kam es zu einem handfesten Skandal, als Michael Bertrams, der damals scheidende Präsident des OVG Münster sowie des Verfassungsgerichtshofs von Nordrhein-Westfalen, zu seinem Dienstende dem Bundesverfassungsgericht mehr oder weniger direkt unterstellte, für die NSU-Morde mitverantwortlich zu sein, weil man zuvor immer wieder NPD-Demonstrationen erlaubt habe.
Dieser Linie, sich als aktiver Teil des staatlichen "Kampf gegen Rechts" zu sehen, sind die Richter von Münster in ihrem Urteil nun treu geblieben. Schon vor der heutigen Verkündigung des Urteils wurde deutlich, daß die Richter sich auch nicht allzu viel Arbeit machen wollten. Unter dem Protest der Anwälte der AfD wurden 470 Beweisanträge der Partei abgelehnt. Die Richter fanden es offenbar auch nicht weiter irritierend, daß zwei der Aussagen, mit denen die Schlapphüte die extremistische Grundhaltung der AfD belegt wollten, von V-Leuten des Verfassungsschutzes stammten.
Veitstanz um den ethnischen Volksbegriff
Einmal mehr (wie schon im zweiten Verbotsverfahren gegen die NPD) wird die angeblich extremistische Haltung der AfD an einem ethnischen Volksbegriff festgemacht, den die Partei nach Auffassung der Richter vertritt. Zuletzt hat Mathias Brodkorb, der frühere Kultus- und Finanzminister von Mecklenburg-Vorpommern auf die Problematik dieser Umdefinition des Volksbegriffs aufmerksam gemacht.
In seinem gerade neu erschienenen Buch "Gesinnungspolizei im Rechtsstaat? Der Verfassungsschutz als Erfüllungsgehilfe der Politik. Sechs Fallstudien" weist Brodkorn akribisch nach, daß der Volksbegriff des Grundgesetzes sehr wohl den Faktor der Nationalität kennt und sich nicht ausschließlich an der Verteilung von Staatsbürgerschaften orientiert. So wurden in den 90er Jahren noch Hunderttausende von Rußlanddeutschen explizit wegen ihrer deutschen Volkszugehörigkeit in der Bundesrepublik eingebürgert.
Rechtskampf geht weiter
Heute hingegen macht sich der juristische Überbau der Bundesrepublik Deutschland opportunistisch die Meinung der Herrschenden zu eigen, daß es ein deutsches Volk im eigentlichen Sinne gar nicht gibt, sondern daß es sich dabei ausschließlich um eine beliebig veränderbare Masse von Sozialatomen handelt. Wer Bedenken gegen diese vom Grundgesetz eben gerade nicht gedeckte Neudefinition des Volksbegriffes anmeldet, der ist dann halt "Rechtsextremist" und bekommt den Inlandsgeheimdienst auf den Hals gehetzt.
Daran wird vermutlich auch die von der AfD angekündigte Beschwerde gegen das Urteil vor dem Bundesverwaltungsgericht wenig ändern. Dennoch ist es natürlich richtig, daß die AfD in einer solch wichtigen Frage alle Mittel des Rechtskampfs ausschöpft, auch wenn die Erfolgsaussichten derzeit eher gering erscheinen.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 13. Mai 2024 (x1.368/…):
>>**"Bin nicht käuflich" - Kanzleramt macht Kläger zu Corona-Protokollen dubioses Angebot**
Der Allgemeinmediziner Dr. Christian Haffner zieht nach einer erfolgreichen ersten Klage erneut gegen die Bundesregierung vor Gericht, um an die ungeschwärzten Protokolle des Co-

rona-Expertenrates zu gelangen - doch das schien das Kanzleramt mit einem dubiosen Angebot verhindern zu wollen.
Von *Redaktion*
"Wir wollen alle Protokolle. Und zwar alle ungeschwärzt" - das sagte Dr. Christian Haffner im Juli 2023 im Interview mit dem Nordkurier. Der Mediziner hatte über eine Anfrage nach dem Informationsfreiheitsgesetz alle Wortprotokolle des Coronaexpertenrates inklusive Notizen angefragt und diese schließlich auch erfolgreich eingeklagt.
Haffner erhielt jedoch nicht alle Ergebnisprotokolle und die, die er erhielt, waren an entscheidenden Stellen geschwärzt. Nun macht er sein Versprechen wahr und zieht erneut vor Gericht. Am Montag findet eine mündliche Verhandlung der Klage vor dem Verwaltungsgericht Berlin statt - obwohl das Kanzleramt das mit einem dubiosen Angebot scheinbar verhindern wollte.
Wie Haffner der Schwäbischen mitteilte, stellte das Kanzleramt seinem Anwalt kurz vor dem Verhandlungstermin eine neue Version der Protokolle zu, in der diese etwas weniger geschwärzt waren. In dem anhängenden Schreiben hieß es, daß man davon ausgehe, "daß sich durch die weitgehende Entschwärzung der Protokolle die Klage vollumfänglich erledigt hat." Doch das ist nicht alles.
Wie der Mediziner weiter berichtet, habe das Bundeskanzleramt versucht, ihn zu mit einem "Köder" von einem weiteren gerichtlichen Vorgehen abzubringen: Wenn er die Klage am Montag fallen ließe, würden die Kosten des Verfahrens übernommen werden, habe man ihm angeboten. Doch "das werde ich nicht tun", sagt Haffner der Schwäbischen - "Ich bin nicht käuflich. Und ich weiche sicher nicht zurück".
Der Allgemeinmediziner aus Frankfurt will "Transparenz schaffen". Zum Beispiel in Bezug auf die Pläne von Gesundheitsminister Karl Lauterbach, im Winter 2021 eine 1 G-Regelung einzuführen und Ungeimpften so unabhängig von einem Genesenenstatus den Zugang zu Restaurants vollständig zu untersagen. Auch hierzu, so schreibt es die Schwäbische, stehen in den geschwärzten Teilen der Protokolle möglicherweise entscheidende Details.
Haffner will, daß sie offengelegt werden, denn es müsse geklärt werden, ob politische Entscheidungen "wissenschaftlich nicht ausreichend begründet waren". Auch müsse geklärt werden, "ob es politische Einflußnahme gab oder Beeinflussungen von pharmazeutischer Industrie oder von NGOs, die Eigeninteressen verfolgen".
Der Ausgang des Verfahrens ist bislang noch offen. Der Journalist Philippe Debionne ist bei der Verhandlung, die am Montag in Berlin stattfindet anwesend und gibt währenddessen einen interessanten Einblick auf X (vormals Twitter): Debionne schreibt, daß der zuständige Richter angedeutet habe, "daß er die Schwärzungen der Passagen, in denen es konkret um Medikamente und Impfstoffe geht, für fragwürdig hält".
Haffner sammelt auf der Website "Gofundme" unter dem Titel "Komplette Aufhebung der Schwärzungen" Spenden, um seine gerichtliche Auseinandersetzung gegen die Bundesregierung zu finanzieren. Stand Montag, 12 Uhr, konnte er bereits 5.787 Euro von Menschen sammeln, die sein Anliegen unterstützen.<<
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 13. Mai 2024 (x1.367/…): >>**Lockerungen in der Gemeinsamen Agrarpolitik vollständig in nationales Recht umsetzen**
Heute haben die EU-Mitgliedsstaaten den Vorschlag zur Lockerung der Umweltauflagen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) endgültig verabschiedet, um die Landwirtschaft dadurch zu entlasten. Die Bundesregierung hatte sich nur enthalten und es ist noch offen, welche Vereinfachungen dann national umgesetzt werden.
Dazu teilt der agrarpolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Stephan Protschka, mit:
"Die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag begrüßt die heutige Entscheidung des EU-Rats zur Vereinfachung der Gemeinsamen Agrarpolitik als einen längst überfälligen Schritt, um die

heimischen Bauernfamilien von den zahlreichen Brüsseler Überregulierungen zu befreien. Die Enthaltung der Bundesregierung in dieser wichtigen Frage sendet die falschen Signale und scheint rein ideologisch begründet zu sein. Die Ampelregierung steht jetzt aber in der Pflicht, die vorgesehenen Lockerungen vollständig in nationales Recht umzusetzen."<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 13. Mai 2024 (x1.376/…): >>**E-Auto-Flaute : Salto rückwärts bei Mercedes - Daimler verzichtet auf neue Premium-Stromer**

Mercedes-Benz will wegen der Nachfrage-Flaute bei Elektroautos auf eine neue Plattform für die elektrischen Spitzenmodelle S- und E-Klasse verzichten. Statt der ab 2028 geplanten Architektur MB.EA werde aus Kostengründen die bestehende Electric Vehicle Architecture (EVA2) weiterentwickelt, berichtet das Düsseldorfer "Handelsblatt".

Der Stuttgarter Autobauer äußerte sich nicht explizit zu den Plattformen, erklärte jedoch: "Für die Weiterentwicklung unseres Produktportfolios nutzen wir nachhaltig Effizienzen zwischen neuen und existierenden Baureihen." Die Produktion sei flexibel für Verbrenner- und Elektroantriebe aufgestellt. Im Klartext: Der erste deutsche Premium-Hersteller macht beim E-Auto einen Salto rückwärts!

Der Autobauer geht jetzt davon aus, länger als ursprünglich gedacht parallel Verbrenner- und E-Autos zu bauen. Mercedes-Chef Ola Källenius hatte kürzlich einräumen müssen, das Ziel eines kompletten Umstiegs auf E-Autos bis 2030 nicht erreichen zu können, weil die Nachfrage damit nicht Schritt halte.

Stattdessen geht die Marke mit dem Stern nur von bis zu 50 Prozent Absatzanteil elektrifizierter Autos - also reiner E-Autos und Hybride - bis zum Ende des Jahrzehnts aus. Verbrenner-Modelle könnten bei entsprechender Nachfrage bis "deutlich in die 30er Jahre" verkauft werden, sagte Källenius vergangene Woche auf der Hauptversammlung und betonte: "Das Tempo der Transformation bestimmen die Marktbedingungen und die Wünsche unserer Kundinnen und Kunden."<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 13. Mai 2024 (x1.367/…): >>**Raubüberfalle in Zwickau bestätigen aktuelle AfD-Anfrage zu Asyl-Intensivtätern**

In Zwickau fanden aktuell zwei brutale Raubüberfälle durch "Südländer" statt. Ein 41-jähriger Mann wurde dabei von drei Tätern umzingelt und krankenhausreif geschlagen.

Laut der aktuellen AfD-Anfrage (7/16181) gibt es in Sachsen 1.413 Asyl-Intensivtäter, die im ersten Quartal dieses Jahres für 910 Straftaten verantwortlich gemacht werden. Darunter waren u.a. 223 Roheitsdelikte wie Körperverletzung und Raub.

Sebastian Wippel, innenpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion, erklärt dazu:

"Die Sachsen leiden unter der zunehmenden Gewaltkriminalität im Freistaat. Viele Bürger meiden inzwischen bestimmte Orte, weil sich dort zwielichtige Gestalten herumtreiben. CDU-Innenminister Armin Schuster muß endlich seine Arbeit machen, statt sich ständig als politischer Aktivist auf Demonstrationen zu profilieren.

Allerdings befürchte ich, daß Schuster nicht willens oder in der Lage ist, für mehr Sicherheit zu sorgen. So hat es der CDU-Innenminister nicht einmal geschafft, die gefährlichsten 'Südländer' aus dem Verkehr zu ziehen. Aktuell befinden sich nur 268 Asyl-Intensivtäter in Haft und nur neun wurden in den letzten drei Monaten abgeschoben. Mit dieser halbherzigen Politik wird der CDU-Innenminister den Niedergang der öffentlichen Ordnung nicht stoppen können, sondern ihn beschleunigen."<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 13. Mai 2024 (x1.367/…): >>**Bahn-Mitarbeiter schließen sich wegen Migranten ein: Sichere Züge? Nur mit uns!**

Die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft in Thüringen schlägt Alarm: Zugbegleiter und Mitarbeiter der Bahn werden regelmäßig überfallen, angespuckt, beleidigt, bedroht oder ge-

schlagen. "Ich habe pro Woche im Durchschnitt drei Mitarbeiter zur Rechtsberatung bei mir im Erfurter Büro sitzen", sagt die Leiterin der Geschäftsstelle der Gewerkschaft in Thüringen, Steffi Recknagel. Die Gewerkschafterin nennt das Problem beim Namen: "Es sind meistens junge Männer aus der Erstaufnahmeeinrichtung, die sich in unseren Bahnen komplett danebenbenehmen." Die Situation sei für die Mitarbeiter "teilweise lebensgefährlich".
Besonders schlimm ist die Situation demnach auf der Strecke zwischen der Landeshauptstadt Erfurt und dem im südlichen Thüringen gelegenen Suhl. Die Ursache liegt auf der Hand: In Suhl befindet sich eine Erstaufnahme-Einrichtung mit mehreren Hundert Asylbewerbern - vorwiegend aus Syrien, Afghanistan und der Türkei. Zugbegleiter werden mit dem Messer bedroht oder es wird ihnen "die Luft abgedrückt". Die Mitarbeiterinnen werden mit frauenfeindlichen Sprüchen angeherrscht, eingreifende Zeugen werden ebenfalls bedroht.
Daß das linke Verkehrsministerium nun mit einem "Sicherheitskonzept" und mit einer angekündigten Verstärkung des Sicherheitspersonals reagiert, ist typisch für die Realitätsverweigerung der etablierten Parteien und geht an der Wurzel des Problems vorbei: Mit geschützten Grenzen und konsequenten Abschiebungen müßten wir unsere Züge nicht zu einem fahrenden Hochsicherheitstrakt machen. Doch dazu bräuchte man eine Bundesregierung und natürlich auch Landesregierungen, die sich mit höchster Priorität für die Sicherheit der eigenen Bürger einsetzen. Sichere Züge gibt es nur mit der AfD!<<
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 13. Mai 2024 (x1.367/…): >>**Gericht bestätigt wesentliche Kritik an Arbeit des BfV - Revision angekündigt**
Berlin, 13.05.2024. Das Oberverwaltungsgericht in Münster hat die Berufung gegen die Hochstufung der AfD durch das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) nach sehr kurzer Verhandlung abgelehnt. In der mündlichen Urteilsbegründung bekräftigte der Senatsvorsitzende jedoch mehrere Kritikpunkte an der Arbeit des BfV und betonte, daß der hier bejahte "Verdacht" eben nur ein Verdacht sei, der keinesfalls - und erst nicht automatisch - zur sog. Hochstufung der AfD führen werde. Mehrere vom BfV angeführte angebliche Anhaltspunkte wurden zudem ebenfalls zurück gewiesen.
Peter Boehringer, stellvertretender AfD-Bundessprecher:
"Auch wenn wir dem Senat in der Kritik an der Arbeit der Haldenwang-Behörde zustimmen, müssen wir die ungenügende Sachverhaltsaufklärung deutlich rügen. Hunderten Beweisanträgen nicht nachzugehen, grenzt an Arbeitsverweigerung wie schon in der Vorinstanz, was ja gerade der Hauptgrund für die Revision gewesen war."
Roman Reusch, Mitglied des AfD-Bundesvorstandes:
"Daß der Senat die Revision nicht zugelassen hat, obwohl wir tagelang über komplexe Rechtsfragen debattiert haben, ist nicht nachvollziehbar. Wir werden selbstverständlich die nächste Instanz anrufen!"<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 13. Mai 2024 (x1.377/…): >>**Linker Terror: Brandanschlag auf AfD-Stadtrat in Halle**
Von *Sven Reuth*
In der Nacht von Sonntag auf Montag wurde ein Brandanschlag auf das Haus eines AfD-Stadtrats im Stadtteil Kröllwitz in Halle an der Saale verübt.
Außerdem wurde das Haus des patriotischen Politikers mit Steinen beschmissen. Der Brandsatz konnte zum Glück von Hausbewohnern rasch gelöscht werden. Der Staatsschutz hat die Ermittlungen aufgenommen, von den Tätern fehlt jede Spur.
Der Großraum Halle scheint sich zum neuen Hotspot schwerster linksextremistischer Gewalt zu entwickeln. Erst Mitte April dieses Jahres wurde ein schwerer Brandanschlag auf den Fuhrpark des Spediteurs und AfD-Politikers Sven Ebert begangen. Die Medien, die sich sonst permanent über rechte Gewalt echauffieren, schweigen die linke Terrorwelle weitgehend tot.

Wie perfide Kampagnen und brutale Gewalt gegen Andersdenkende mittlerweile Hand in Hand gehen, geht aus dem neuen COMPACT-Spezial "AfD - Erfolgsgeschichte einer verfemten Partei" hervor.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 13. Mai 2024 (x1.377/…):

>>**AfD für Christen unwählbar? Krall gegen Thierse**

Von *Daniell Pföhringer*

Altsozi Wolfgang Thierse meint, die AfD sei für Christen unwählbar. Dem widerspricht der Katholik und Regimekritiker Markus Krall: Die AfD sei die einzige Partei, die man als Christ noch wählen könne. Mehr von Krall lesen Sie in seinem neuen Buch "Die Stunde Null". Klartext für Deutschland! …

Der frühere Bundestagspräsident Wolfgang Thierse (SPD) hat die AfD in der aktuellen Ausgabe des Magazins Publik-Forum als unwählbar für Christen bezeichnet, weil die Partei "dem universalistischen und humanitären Ethos des Christentums" widerspreche.

Die Menschenwürde sei "Ausgangs- und Zielpunkt des christlichen Menschenbildes und Basis der Menschenrechte", so Thierse. Der Artikel ist mit dem Satz "Ein klares Nein ist jetzt gefragt" überschrieben. Thierse war bis 2021 langjähriges Mitglied im Zentralkomitee der deutschen Katholiken.

"Völkischer Nationalismus", so der Altsozi weiter, sei "mit dem christlichen Gottes- und Menschenbild schlechthin unvereinbar". Damit stieß Thierse fast wortgleich ins selbe Horn wie die deutschen katholischen Bischöfe, die im Februar einstimmig eine Erklärung gegen die AfD mit dem Titel "Völkischer Nationalismus und Christentum sind unvereinbar" verabschiedet hatten.

Thierse gilt als Befürworter eines AfD-Verbots. Im Januar 2024 veröffentlichte der Deutschlandfunk ein Interview mit dem abgehalfterten SPD-Politiker, in dem dieser erklärte, er halte die Prüfung eines AfD-Verbots für geboten, da "unsere Demokratie" in einem "kritischen Zustand" sei. Zugleich drückte Thierse seine Unterstützung für einen Antrag auf Aberkennung von Grundrechten gegenüber Björn Höcke aus.

Altparteien verrichten "das Werk Satans"

Die Wortmeldung des katholischen Linksauslegers blieb nicht unwidersprochen. So veröffentlichte der bekannte Ökonom, Regierungskritiker und Buchautor Markus Krall am Sonntag auf seiner Facebook-Seite einen Kommentar, in dem er die AfD zur einzig wählbaren Partei für Christen erklärte.

Krall wörtlich: "Um es mal ganz klar zu sagen und es sämtlichen vermeintlichen Christen in den Altparteien und sämtlichen linksgeschwurbelten Pastoren, Kirchenfunktionären und zum Teil auch Bischöfen in den Hals zurück zu stopfen: Jede Partei, die dem ungeborenen Menschen das Lebensrecht abspricht und ihn für vogelfrei erklärt, ist für Christen unwählbar. Man macht sich mitschuldig, wenn man die wählt."

Und weiter:

"Die einzige Partei, die das Lebensrecht aller Menschen überhaupt noch im Programm hat, ist die AfD. Damit sind die Altparteien einschließlich der Unionsparteien absolut unwählbar für einen Christen. Wer politisch daran arbeitet, unschuldige Menschen dem gewaltsamen Tod auszuliefern, der verrichtet das Werk Satans."

Kralls Resümee: "Es verhält sich also für Christen mit der Wählbarkeit der Parteien genau umgekehrt wie von diesen Verrätern an der Christlichen Lehre und am Menschenrecht aller Menschen behauptet."

Wehrhaftes Christentum

Im Interview mit COMPACT-TV hat Krall, der Mitglied eines katholischen Laienordens ist, der sich bis auf die Zeit der Kreuzzüge zurückführen läßt, der christlichen Fundierung seiner Politikansätze Ausdruck verliehen. Seine Ansichten seien entsprechend philosophisch be-

gründet.
Krall hierzu: "Der Mensch ist als freies Wesen mit freiem Willen geschaffen. Das bedeutet, daß Gott wollte, daß wir freie Menschen sind. Wenn Gott wollte, daß wir freie Menschen sind, dann ist es grundsätzlich so, daß in allen Fragen, die zu entscheiden sind, als Erstes die Freiheit kommt."
Und weiter: "Die Freiheit darf nur eingeschränkt werden, wenn sie die Rechte und die Freiheiten anderer einschränkt, sodaß die Freiheit aller maximiert wird. Wenn man von dieser Prämisse ausgeht, dann kommt man zu Schlußfolgerungen hinsichtlich der Größe und Funktion des Staates, der richtigen Mechanik der Güterallokation und daß nicht der Staat, sondern der Markt, der freiwillige Tausch, entscheiden sollte. Der freie Wille hat immer Vorrang vor dem Befehl."
Zur AfD sagte Ex-Werteunion-Mitglied Krall: "Ich bin ja der AfD gegenüber durchaus nicht negativ eingestellt. Und es war so, daß ich im Vorfeld der Werteunion-Parteigründung gesagt habe, daß aus meiner Sicht die AfD der Partner ist, mit dem eine Politikwende in Deutschland erreicht werden könnte."
Werteunion-Chef Hans-Georg Maaßen hingegen bezeichnete die CDU auf einer Pressekonferenz als "Premiumpartner" seiner neuen Partei.
Klartext für Deutschland: In seinem neuen Buch "Die Stunde Null - Ein neues Wirtschaftswunder ist möglich" rechnet Markus Krall mit den Berliner Politverbrechern ab und zeigt auf, wie wir uns von deren Ketten befreien können.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 13. Mai 2024 (x1.377/…):
>>**Der Haß auf den Osten**
Von *Jonas Glaser*
Die Wurzeln der Russophobie: Seit über 200 Jahren besetzt Rußland einen Spitzenplatz im westlichen Rassismus. Ironie der Geschichte: Begonnen hat diese Dämonisierung im Zeitalter der Aufklärung. Beenden wir endlich diesen Haß! …
Ohne Russophobie kann der Westen nicht. Egal, ob das geschmähte Land als Zarenreich, als UdSSR oder als parlamentarische Demokratie daherkommt. Nach zwei heißen und einem Kalten Krieg hielten westliche Politiker und Mainstream-Hetzer es kaum drei Jahrzehnte aus: Der böse Russe mußte wieder her. Er wurde gebraucht. Aber wozu?
Beim Vergleich mit anderen Dauerfeindbildern (beispielsweise Antisemitismus) findet sich auch in der Russophobie eine Mischung aus Abscheu und Faszination, aus Angst und Bewunderung. Eine Ambivalenz, die auf eigene Spaltung verweist. Schließlich wußte schon Carl Schmitt: "Der Feind ist unsere eigene Frage als Gestalt." Was aber ist unsere Frage, unsere Abspaltung, die der Russe repräsentiert?
Zunächst muß man den Beginn der Dämonisierung terminieren. Normalerweise datiert man sie auf den Krimkrieg (1853-56), vor allem für England, Frankreich und Deutschland. Dem hat die spanische Philologin Maria Elvira Roca Barea in ihrem Bestseller Imperiophobie (2016) widersprochen. Im Kapitel "Die Angst vor den Russen - damals und jetzt" zeigt sie, daß die antirussische Ideologie dem 18. Jahrhundert, dem Zeitalter der Aufklärung, entsprungen ist.
Die Aufklärung forderte, alle Lebensbereiche dem Primat der Vernunft zu unterwerfen. Das betraf nicht nur Politik, Religion und Wissenschaft, sondern auch individuelles Trieb- und Gefühlsleben. Als ein Projekt des Bürgertums galt ihr als vernünftig, was dem Lebensstil dieser Klasse entsprach. Was sich dem rationalistischen Zugriff entzog, fiel der Ausklammerung, der Verdrängung anheim:
Dazu zählen Triebe, Affekte und Tod. Die Inthronisierung der Vernunft legitimierte anscheinend eine Überheblichkeit gegenüber fremden Kulturen, die man als unterlegen, als rückständig ansah. Die durfte man unterjochen, die wurden zur kolonialen Ausbeutung freigegeben.

Barbaren bedrohen Europa

Diese Arroganz wurde durch Rußland erschüttert: Wie konnte es sein, daß Frankreich, der Star der Aufklärung, im Siebenjährigen Krieg (1756-63) zahlreiche Gebiete verlor, während das vermeintlich rückständige Rußland unter Zar Peter I. zum Imperium anwuchs - ein Land aus unzivilisierten und aggressiven Ostvölkern?

Die Antwort auf diesen Widerspruch war nicht ein Hinterfragen der eigenen Ideologie, sondern irrationale Abwehr: Rußland sei nur eine Scheinzivilisation, unter deren Oberfläche blanke Barbarei lauere, das Herz wilder Asiaten schlage. Selbst große Intellektuelle wie Denis Diderot (1713-1784) verbreiteten diese Auffassung, wodurch sie rasch an Einfluß gewann.

In Deutschland fand sie ihre Adaption bei dem Philosophen Georg Wilhelm Friedrich Hegel (1770-1831), der den Russen jeglichen Beitrag zur europäischen Zivilisation absprach. Schlimmer noch: Sie müßten von "überlegenen Völkern" bevormundet werden. Die Auswirkungen solcher Verächtlichmachung bekam der russische Anarchist Michail Bakunin zu spüren, als er 1849 mit Richard Wagner für die Dresdner Revolution kämpfte: Der Russenhaß, so schrieb er, "ist eine der stärksten nationalen Leidenschaften Deutschlands".

Ihren Höhepunkt fand die antirussische Propaganda in dem Testament Zar Peters des Großen, einem französischen Fake-Dokument, in dem der Herrscher angeblich seine Zukunftsvisionen dargelegt hatte. Danach sei "Europa unweigerlich dazu bestimmt ..., Rußlands Beute zu sein". 1812 sorgte die Publikation in der Zeitschrift L'annuaire historique für den gewünschten Grusel. Während des Krimkrieges kübelte Napoleon III. sie als Nachdruck in tausendfacher Auflage ins Volk. Auch in England fand das falsche Testament Verbreitung: Mit seiner Hilfe erklärten britische Politiker und Zeitungen die eigene Eroberungslust zur puren Verteidigungshaltung gegenüber dem gefräßigen Riesen.

"Die Politik Rußlands", so die Propaganda, sei "schon lange Zeit vom Geist der tödlichen Feindseligkeit gegenüber England durchdrungen". So breitete sich der Anti-Russismus endgültig in Westeuropa aus. Auch in Ländern, die am Krimkrieg gar nicht beteiligt waren.

Die Wilden und ihre Triebe

Für Dichter sind derartige Dämonisierungen freilich ein gefundenes Fressen. Der Marquis de Sade präsentierte in seinem Roman Justine und Juliette (1796) den kannibalischen Riesen und Säufer Minski als ein Glanzstück seiner Sado-Show. Selbst die Romane von Fjodor Dostojewski, dessen Charaktere permanente Seelenzergliederung betreiben und schauerliche Abgründe offenbaren, schienen in den Augen der Westler das Image der vermeintlich finsteren Russenseele zu bestätigen.

Friedrich Nietzsche hingegen, der Dostojewski als Psychologen bewunderte und dunkle Instinkte als Grundlage kulturellen Schaffens erkannte, fragte ironisch: "Böse Menschen haben keine Lieder. Wie kommt es, daß die Russen Lieder haben?" (Götzen-Dämmerung , 1889). Diese Faszination ging so weit, daß Nietzsche gar ein Europa unter russischer Führung vorschlug.

Weil Wildes, Ungebändigtes, Finsteres auf gezähmte Bürger unfreiwillige Anziehung ausübt, hat auch die westliche Popkultur das Bild vom dämonischen Russen in ihr Gruselkabinett integriert. Ein Beispiel ist der Hollywood-Klassiker Graf Zaroff - Genie des Bösen (1932), wo ein russischer Adliger auf einer einsamen Insel residiert und dort Jagd auf Gestrandete macht. Die Wollust des Tötens steigert die Potenz des Sadisten: "Nur wer den Tod bringt, empfindet auch Ekstase."

Selbst im deutschen Schlager der Siebziger fand der "wilde Russe", wenn auch in nostalgisch-abgeschwächter Form, seinen Platz. 1979 landete die Popgruppe Dschingis Khan einen Hit mit dem Titel "Moskau". Der Song führt in eine exotische Vergangenheit: "Fremd und geheimnisvoll, / Türme aus rotem Gold, / Kalt wie das Eis." Aber: "Wer dich wirklich kennt, / Der weiß, ein Feuer brennt / In dir so heiß." Dort steigen nämlich Sauf- und Sexpartys: "Ko-

saken, hey, hey, hey, hebt die Gläser (hey, hey) / Natascha, ha, ha, ha, du bist schön."
Eine weitere Parallele zum Antisemitismus ist die Biologisierung des Russenhasses zum Ende des 19. Jahrhunderts. Rassenideologen wie Houston Stewart Chamberlain scherzten, es sei kein Zufall, daß der Begriff des "Sklaven" sich vom "Slawen" ableite. Es handele sich um eine Art Untermensch, der dem hochkultivierten Arier zu dienen hätte. Damit hatte Hegels Forderung nach Unterwerfung der Russen ihr rassistisches Fundament erhalten.
Nach der Oktoberrevolution verschmolzen beide Bio-Mythen miteinander: Aggressive slawische "Untermenschen" wollen die jüdische "Untermenschen-Ideologie", also den Marxismus, in ganz Europa verbreiten! Die NS-Propaganda malte dieses Horrorszenario bis zum Kriegsende an die Wand.

Linke Russophobie

Auf den ersten Blick erscheint es paradox, daß auch Marx und Engels den Haß auf Rußland schürten - ausgerechnet auf jenes Land, in dem ihre Ideologie 1917 die Macht ergreifen sollte. "Am Anfang ihrer politischen Laufbahn als radikale Demokraten, bald hernach als revolutionäre Kommunisten haben Marx und Engels bis an ihr Lebensende den russischen Absolutismus mit einer Leidenschaft bekämpft, die man nicht zu Unrecht als Russophobie bezeichnet hat", urteilte der französische Soziologe und Rätekommunist Maximilien Rubel.
Des Rätsels Lösung: Die Gründerväter des vermeintlich wissenschaftlichen Sozialismus standen selbst in der Tradition der rationalistischen Aufklärung und sahen das Zarenreich als Bollwerk der Rückständigkeit. Großbritanniens Kolonialismus wurde dagegen bis Ende der 1860er Jahre von ihnen für progressiv befunden, da die Engländer dadurch archaische Gesellschaften in die Moderne rissen und den Boden für die proletarische Revolution bereiteten.
Selbst der britischen Unterstützung für das Osmanenreich konnten sie etwas abgewinnen, da somit Rußlands Vordringen am Schwarzen Meer gebremst wurde. Nach dem Tod von Marx rief Engels die Deutschen sogar zu einem Krieg gegen das Zarenreich auf, obwohl er ansonsten den Militarismus ablehnte - eine Steilvorlage für die SPD, die 1914 entgegen ihrer Programmatik den Waffengang gegen Rußland unterstützte.
Typisch war die Kontroverse zwischen Marx und Vera Sassulitsch: Die Genossin fragte 1881 in einem Brief, ob die russische auf Gemeineigentum beruhende Dorfgemeinschaft ("Mir") nicht die ideale Voraussetzung für den Übergang zum Kommunismus böte, ohne daß man zuvor den Kapitalismus im Land einführen müsse. Der Deutsche blieb skeptisch, seine Skepsis übertrug sich auf Lenin: Nur das Indus-trieproletariat sei das revolutionäre Subjekt, nicht die rückständige Bauernschaft. Die kommunitäre Dorfgemeinschaft wurde nach der Revolution schließlich durch staatliche Sowchosen und Kolchosen ersetzt.
Von ganz links bis ganz rechts war im Westen gerade das verhaßt, was der Osten uns voraushat: die Bewahrung einer ursprünglichen Welt, ihrer traditionellen Lebensformen und ihrer Mystik. Auf diesem Fundament kann der aktuelle Rassismus aufbauen. Die Russen wollten "zurück in den Kirschgarten" des 19. Jahrhunderts, so der Vorwurf eines Putin-Kritikers Anfang Mai im Bayerischen Rundfunk. Der Kirschgarten wird in Anton Tschechows gleichnamiger Tragikomödie von 1903 verscherbelt, um anstelle der Bäume jede Menge profitabler Ferienhäuser hochzuziehen. Schönheit und Romantik - das sind die Feinde des westlichen Utilitarismus.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 13. Mai 2024 (x1.377/…):

>>**Grauenhaft: Massengräber in Schlesien**

Von *Gero Bernhardt*

Die Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten forderte zwei Millionen Opfer. Doch immer noch werden Massengräber entdeckt. Die Toten werden von polnischen Behörden mitunter zu NS-Opfern umdeklariert, wie ein Fall aus Waldenburg zeigt. In COMPACT-Geschichte "Verlorene Heimat" dokumentieren wir den Völkermord an Deutschen. …

Wie viele Tote bedeckt die schlesische Erde? Dem Andenken der Angehörigen - wie des ganzen Volkes - durch Verbrechen und Verschleierung entrissen? Kein Buch verzeichnet die unbekannte Zahl deutscher ziviler Opfer, die der furchtbaren Rache und Willkür erlagen und zu Kriegsende im Tosen des aufgestachelten Hasses versanken. Kein Bericht weiß von Zahl und Namen verläßliche Kunde zu geben, die 1945 bei Flucht und Vertreibung unbekannt verloschen.

Rund zwei Millionen Deutsche, so seriöse Schätzungen, wurden im Zuge der Vertreibung umgebracht - oft unter grausamsten Martern, wie wir in unserer neuen Geschichtsausgabe "Verlorene Heimat - Die Vertreibung aus den Ostgebieten" zur Mahnung an heutige Generationen schildern.

Eine genauere Bezifferung ist nicht möglich, doch es ist von einer unvorstellbaren Anzahl bislang unentdeckter Opfer auszugehen, die jenseits von Oder und Neiße in Massengräbern verscharrt oder in Wald und Flur, zur Unauffindbarkeit verdammt, liegen.

Die wenigen in die Gegenwart geretteten Berichte, die die Greueltaten an der deutschen Zivilbevölkerung dokumentiert haben und die wir in COMPACT-Geschichte "Verlorene Heimat" unlöschbar und unzensierbar abdrucken, lassen das Ausmaß unmenschlicher Todesschicksale erahnen.

48.000 Leichen bei Waldenburg

In der Stunde Null gab es kein Recht mehr, kein Gesetz, keine Gnade, auf die sich die Menschen in ihrer Not hätten berufen können, als Racherausch und Todestrieb zu Statthaltern der Sieger geworden waren.

Die Besiegten aber stieß man in eine namenlose Ächtung und Verfolgung. Sie waren - für vogelfrei erklärt - der Demütigung, Willkür und Schändung ausgeliefert.

Ein Beispiel für solche lange Zeit unentdeckten Greueltaten und Opfer ist die Freilegung von 37 Massengräbern nahe der schlesischen Stadt Waldenburg (heute Walbrzych) in Niederschlesien. Schätzungen von Experten zufolge wurden dort bei Kriegsende mehr als 48.000 deutsche Zivilisten verscharrt.

Vermutlich sind die ermordeten Deutschen sowjetischen und polnischen Gewaltakten bei der Flucht ins nahegelegene Eulengebirge zum Opfer gefallen. Eine dort befindliche Gebirgsbahn bildete eine der wichtigsten Verkehrsverbindungslinien zwischen den Ortschaften um Waldenburg nach Breslau.

Der sogenannte Rat für den Schutz der Erinnerung an Kampf und Martyrium in Warschau, hatte Berichten der Nachrichtenseite Polskaweb zufolge, die 48.000 Toten zunächst als polnische Opfer zu etikettieren versucht, doch schon bald stellte sich heraus, daß es sich um deutsche Volksangehörige handelte.

Vertreibungsopfer zu KZ-Toten erklärt

Ein Großteil der Massengräber wurde in den Dörfern Wüstewaltersdorf (heute Walim) und Wüstegiersdorf (heute Gluszyca) entdeckt. Auch hier ist zunächst von polnischer Seite versucht worden, die Toten, bei denen es sich um Vertreibungsopfer handelt, unter Vorgabe falscher Tatsachen, als Opfer des NS-Regimes zu deklarieren.

Im Eulengebirge befanden sich zur Zeit des Dritten Reiches mehrere Außenlager des Konzentrationslagers Groß-Rosen, in dem französische, italienische, griechische, ukrainische und polnische Zwangsarbeiter zum Einsatz beim Stollenprojekt "Riese" interniert waren. Deren Zahl betrug jedoch in der gesamten zweijährigen Bauphase nicht mehr als insgesamt 13.000.

Der polnische Historiker Bogdan Cybulski verweist in seiner wissenschaftlichen Untersuchung über das "AL RIESE" auf diese Zahlen. Die Toten wurden also von Seiten der polnischen Behörden wider besseres Wissen zu vereinnahmen versucht, um von den eigenen Verbrechen in der Vergangenheit abzulenken.

Güterzüge voller Menschen

Als Hintergrund dafür können auch die kurz vorher entdeckten Massengräber mit Deutschen nahe Marienburg (heute Malbork) gesehen werden. Dort mußte der gesamte polnische Tourismus der Region nach den Aufdeckungen und dem darauf folgenden Vertuschungsskandal empfindliche Einbußen einstecken. Die Toten wurden demnach in gewissenloser Manier als Pfand politischer Ränkespiele mißbraucht. Ein Umgang, der an Verächtlichkeit kaum zu überbieten ist.

In unserer neuen Geschichtsausgabe "Verlorene Heimat - Die Vertreibung aus den Ostgebieten" haben wir den Opfern des polnischen Vertreibungsterrors in Pommern und Schlesien ein ganzes Kapitel eingeräumt (die anderen Kapitel befassen sich mit den Opfern sowjetischer und tschechischer Täter in Ostpreußen und im Sudetenland). Ein Auszug:

"Bereits Ende Juni 1945 begannen die auf einem 100 bis 200 Kilometer breiten Gebiet östlich der Oder-Neiße-Linie ebenso schnell wie brutal durchgeführten Vertreibungen von Deutschen. 200.000 bis 300.000 Schlesier, Pommern und Brandenburger wurden in Fußmärschen unter Mißhandlungen durch die polnische Miliz nach Westen gejagt.

Offiziell startete das Jahrhundertverbrechen einige Monate später mit der Verabschiedung eines Ausweisungsplans des Alliierten Kontrollrats am 17. Oktober 1945. Hunderttausende von Deutschen, auch die aus dem russisch verwalteten nördlichen Ostpreußen, mußten sich kurzfristig auf Sammelplätzen einfinden, um dann abgeschoben zu werden. Sie durften nur so viel Gepäck mitnehmen, wie sie tragen konnten. Auf west- und mitteldeutschen Bahnhöfen trafen unangekündigt zahlreiche mit Vertriebenen vollgepferchte Güterzüge ein."

Der Der britische Philosoph Bertrand Russell veröffentlichte am 8. Dezember 1945 in der in New York erscheinenden Zeitung The New Leader einen Bericht über die unmenschlichen Verhältnisse bei der Vertreibung:

"Jederzeit werden Frauen und Kinder in Eisenbahnzügen zusammengetrieben, jeder nur mit einem Koffer, dessen Inhalt unterwegs meistens geraubt wird. Die Reise nach Berlin dauert viele Tage, in denen keine Nahrungsmittel verteilt werden. Viele erreichen Berlin als Tote; Kinder, die unterwegs sterben, werden aus dem Fenster geworfen. Viele von denen, die man aus ihrem Haus treibt, werden nicht mit der Eisenbahn befördert, sondern müssen zu Fuß nach Westen wandern."

Diese Schilderungen wurden seinerzeit vom Congressional Record des US-Repräsentantenhauses bestätigt. In COMPACT-Geschichte "Verlorene Heimat" zitieren wir daraus die Aussage eines britischen Majors:

"Die schlimmsten Greuel in der modernen Geschichte finden in Ostdeutschland statt: Viele Millionen von Deutschen sind auf die Straße geworfen worden, sterben zu Tausenden auf den Straßen an Hunger, Dysenterie (Darmentzündung) und Erschöpfung, und die Berliner Krankenhäuser lassen den Anblick von Konzentrationslagern ganz normal erscheinen."

Weitere Fakten und Augenzeugenberichte finden Sie in COMPACT-Geschichte "Verlorene Heimat - Die Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten". Wir dokumentieren den verschwiegenen Völkermord an Deutschen und geben den Opfern eine Stimme.<<

14.05.2024

BRD: Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 14. Mai 2024 (x1.367/…): >>**Merkel schwärmt von Koalition mit Grünen: Wer CDU wählt, bekommt Grün!**

Es ist mit Sicherheit kein Zufall, daß sich die Unheilskanzlerin gerade jetzt zu Wort meldet: Bei einem Empfang des ehemaligen Grünen-Ministers Jürgen Trittin hat Ex-Kanzlerin Merkel (CDU) bedauert, daß es 2013 nicht zu einer Bundesregierung mit den Grünen kam. Die Partei, die 16 Jahre lang Angela Merkel als Kanzlerin hofiert hat, läßt damit die Maske fallen: Trotz aller verbaler Scheingefechte strebt die CDU eine Koalition mit den grünen Deutschland-

Abschaffern aktiv an. Nicht als vermeintliche Notlösung, sondern als bevorzugte Option.
Während Merkel in kumpelhafter Stimmung bei Jürgen Trittin aufläuft, hat sie sich übrigens aus der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung zurückgezogen. Kein Wunder - denn die Führungsschicht der Union steht den Grünen näher als den eigenen Parteimitgliedern und Wählern. Wichtig ist für die Union nicht, was der Bürger will, sondern was grüne Medien, Lobby-Organisationen und sogenannte NGOs sich wünschen. Für genau diesen Anbiederungskurs steht auch Friedrich Merz, der die Grünen über den gleichfarbigen Klee lobt: "Sehr bürgerlich, sehr offen, sehr liberal und sicherlich auch partnerfähig". Mehr muß man über die CDU nicht wissen!
Die politischen Konsequenzen dieser strategischen Orientierung zu den Grünen sind verheerend: In allen Bundesländern, in denen die CDU mit den Grünen regiert, wird die illegale Massenmigration vorangetrieben. In all diesen Bundesländern finden fast gar keine Abschiebungen statt - und in all diesen Bundesländern wird auch der zerstörerische energiepolitische Kurs der Grünen gestützt.
Es bleibt dabei, daß die AfD bei den Koalitions-Aussagen ein entscheidendes Alleinstellungsmerkmal hat: Mit uns wird unter keinen Umständen auch nur darüber nachgedacht werden, den Grünen einen Platz an unserem Kabinettstisch zu gewähren. Wir werden niemals eine Koalition mit den Grünen eingehen, sondern wir werden die grüne Ideologie abwickeln und den grünen Lobby-Sumpf austrocknen!<<
Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 14. Mai 2024 (x1.371/…):
>>**Das entlarvende Signal für den Vorsatz bei Lauterbach & Co.**
Von *Herbert Ludwig*
Prof. *Stefan Homburg*, Finanzwissenschaftler in Hannover, hat auf Twitter (X) wieder mit logischer Präzision den Finger in die offenen Wunden gelegt. Nachdem von Paul Schreyer vom Multipolar-Magazin durch die herausgeklagten RKI-Protokolle nachgewiesen worden ist, daß die Machthaber die Corona-Pandemie inszeniert und die totalitären Lockdown-Maßnahmen ohne wissenschaftliche Fakten vorsätzlich gegen das Volk verhängt haben, ignorieren und mauern sie weiter. Doch Prof. Homburg entlarvt gerade dieses Verhalten als Signal für Vorsatz und Willkür.
"Warum will die Regierung Protokolle zu Lockdowns und Impfungen um keinen Preis herausgeben? Weil die Dokumente Bösgläubigkeit beweisen?", fragt er.
"Signalling" sei ein Schlüsselbegriff seiner Wissenschaft.
Ein Stellenbewerber, der angebe, besonders leistungswillig zu sein, signalisiere durch das Angebot, sich zunächst zu einer Arbeit auf Provisionsbasis zu verpflichten, daß seine Angabe wirklich stimme.
Oder die Bereitschaft eines Händlers, eine langfristige Garantie zu gewähren, signalisiere, daß das von ihm angebotene Produkt tatsächlich sehr haltbar sei.
Allgemein komme "Signalling" zur Anwendung, wenn die eine Seite etwas weiß, was die andere nicht weiß.
So könne auch die Bundesregierung durch Herausgabe aller Dokumente und Daten signalisieren, daß sie nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt und höchstens ein paar Fehler gemacht habe.
Doch: "In Wahrheit wird auf Teufel komm raus zurückgehalten, geschwärzt und gelöscht.
Wer dies nicht als Signal für Vorsatz und Willkür der Corona-Politik deutet, dem ist nicht zu helfen."
Damit ist alles gesagt.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 14. Mai 2024 (x1.377/…):
>>**Ostpreußen: Das ausgeschlagene Angebot**
Von *Daniell Pföhringer*

Ostpreußen konnte als deutsches Land verteidigt werden, bevor es an die Sowjetunion und Polen fiel. Ein russisches Angebot zur Rückgabe des nördlichen Teils wies die Bundesrepublik kaltschnäuzig zurück. Mehr darüber und über die anderen Ostprovinzen lesen Sie in COMPACT-Geschichte "Verlorene Heimat". Der historischen Wahrheit verpflichtet. …
Das nördliche Ostpreußen stellt einen Sonderfall der nach dem Zweiten Weltkrieg unter fremde Verwaltung gestellten und 1990 per Zwei-plus-vier-Vertrag preisgegebenen Ostgebiete dar. Denn hier bestand eine ernsthafte Chance auf Rückgabe, die jedoch von der Bundesregierung unter Helmut Kohl (CDU) mit seinem Außenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) ausgeschlagen wurde.

Der erste Deutsche in Preußen

Schon im 13. Jahrhundert begann die deutsche Geschichte Ostpreußens, nachdem Stauferkaiser Friedrich II. mit der Goldenen Bulle von Rimini dem Hochmeister des Deutschen Ordens, Hermann von Salza, die Ermächtigung erteilt hatte, die dort siedelnden heidnischen Pruzzen zu unterwerfen.
Es war dann Landesmeister Hermann Balk, der die Kolonisation des Gebiets maßgeblich vorantrieb. In unserer neuen Geschichtsausgabe "Verlorene Heimat - Die Vertreibung aus den Ostgebieten" lesen Sie dazu:
"Im Jahr 1230 machte sich auch Hermann Balk, der aus einer märkisch-niedersächsischen Familie stammte, auf den Weg nach Ostland. Alsbald wurde er zum ersten Landmeister des Deutschen Ordens ernannt und gründete gleich zu Beginn als Stützpunkt die Burg Vogelsang. Im Kampf gegen die Pruzzen stand er todesverachtend seinen Mann, und so wurden nach langem zähen Kräftemessen die ebenso tapferen Altpreußen von den deutschen Rittern bezwungen.
Landmeister Balk legte damit den Grundstein des Deutschordensstaates, dessen Schild das Abendland vor Bedrohungen aus dem Osten abschirmen sollte. Er gründete die Städte Thorn, Kulm, Marienwerder sowie Elbing und vereinigte seine Ritterschaft mit dem Schwertbrüderorden, der 1202 durch Theoderich von Treiden zur Missionierung des Livlands gegründet worden war.
So gewann der Deutsche Orden die Herrschaft über diese baltische Region sowie Kurland und Estland. Dann wurde Balk von einer Schifffahrt aufs Frische Haff vom Hochmeister zu einer Besprechung der Ordensführer abberufen. Er verließ Ostpreußen, ohne zu ahnen, daß es ein Abschied für immer sein würde. Denn am 5. März 1239 verstarb der 'erste Deutsche in Preußen', wie ihn spätere Historiker nannten, in Würzburg."
Das 15. Jahrhundert war geprägt von ständigen militärischen Auseinandersetzungen mit dem sich imperialistisch ausdehnenden Polen. Anno 1525 wurde der Deutschordensstaat in das erbliche Herzogtum Preußen umgewandelt. Soldatenkönig Friedrich Wilhelm I. gelang es dann im 18. Jahrhundert, alle von Polen vereinnahmten Gebiete zurückzuholen und zu neuer Blüte zu führen.

Das Angebot der Russen

Nach dem Ersten Weltkrieg annektierte Litauen das Memelland, durch den sogenannten Korridor, der vor allem das untere Weichseltal mit Thorn als größter Stadt sowie die Kaschubei umfaßte und sich damit bis zur Ostsee erstreckte, wurde Ostpreußen vom Heimatland abgeschnitten.
Nach beginn des Zweiten Weltkriegs 1939 kam die Provinz wieder zum Reich, ehe sie 1945 auf Befehl Stalins der litauischen Sowjetrepublik zugeschlagen wurde. Das Potsdamer Abkommen der Alliierten vom 2. August 1945 hatte eine abschließende Regelung bezüglich Ostpreußens, dessen nördlicher Teil unter sowjetische, dessen südlicher Teil unter polnische Herrschaft gekommen waren, einem Friedensvertrag vorbehalten.
Nach dem Zusammenbruch des Ostblocks stellte sich die deutsche Frage erneut. Und nun ge-

schah das Unfaßbare: Die Bundesregierung unter Helmut Kohl (CDU) ließ die einmalige Chance verstreichen, das unter russischer Verwaltung stehende Nord-Ostpreußen zurückzuholen.
In COMPACT-Geschichte "Verlorene Heimat" bringen wir auch dieses unrühmliche Kapitel zur Sprache. "Der sowjetische Generalmajor Geli Batenin signalisierte im Sommer 1990 gegenüber einem Bonner Diplomaten Interesse an Verhandlungen über den sowjetischen Teil Ostpreußens. Das geht aus einem geheimen Fernschreiben der Botschaft in Moskau vom 2. Juli 1990 hervor", schrieb dazu der Spiegel am 21. Mai 2010.
Batenin erklärte gegenüber Joachim von Arnim, damals Leiter der politischen Abteilung in der deutschen Botschaft in Moskau, die "Frage des nördlichen Ostpreußens" werde sich "über kurz oder lang stellen".
Doch der BRD-Diplomat beschied dem Kreml kaltschnäuzig, daß es bei der Vereinigung lediglich "um die Bundesrepublik Deutschland, die DDR und das ganze Berlin" gehe. Wenn die Sowjetunion "Probleme mit der Entwicklung des nördlichen Ostpreußens habe, so sei das ihre Sache". Damit war die Angelegenheit vom Tisch.
In COMPACT-Geschichte "Verlorene Heimat - Die Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten" erzählen wir die ganze Wahrheit über die alten Provinzen und dokumentieren die Verbrechen an Deutschen im Zuge von Flucht und Vertreibung.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 14. Mai 2024 (x1.368/…): >>**Erste deutsche Staatsanwaltschaft bestätigt Ermittlungen gegen Ursula von der Leyen**
Die erste deutsche Staatsanwaltschaft ermittelt gegen Ursula von der Leyen. Im April war bekannt geworden, daß auch die Europäische Staatsanwaltschaft wegen der Beweismittelvernichtung ermittelt. Die deutsche Behörde untersucht nun Korruptionsvorwürfe gegen die CDU-Politikerin.
Von *Redaktion*
Die Staatsanwaltschaft Mönchengladbach ermittelt gegen Ursula von der Leyen (CDU). Nachdem offenbar die Europäische Staatsanwaltschaft (EPPO) Ermittlungen eingeleitet hatte, folgte am 7. Mai die erste deutsche Staatsanwaltschaft. Bereits im Mai 2023 hatte der Unternehmensberater Michael Immel eine Strafanzeige gegen die EU-Kommissionspräsidentin gestellt.
Die Kernvorwürfe: Untreue und Korruption. Anfang 2021 soll von der Leyen per SMS Impfstoffverträge mit Pfizer-CEO Albert Bourla verhandelt haben, die Lieferungen von 1,8 Milliarden Impfdosen im Wert von 35 Milliarden Euro an die EU festlegten. Von der Leyen löschte die betreffenden Nachrichten wohl im Nachgang, die EPPO hatte deswegen unter anderem wegen Korruption und der Vernichtung von Beweismitteln Ermittlungen eingeleitet.
Auch Michael Immel stellte am 18. Mai 2023 Strafanzeige. Diese wurde von der Staatsanwaltschaft Mönchengladbach jedoch zunächst abgelehnt. Immel beanstandete diese Entscheidung bei der Generalstaatsanwaltschaft in Düsseldorf - und bekam Recht, wie der Unternehmer auf X mitteilte. Demnach wurde die Behörde in Mönchengladbach angewiesen, die Ermittlungen wieder aufzunehmen.
Auf Anfrage der Jungen Freiheit bestätigte die Staatsanwaltschaft am Dienstag, "der Terminus 'ermittelt' ist korrekt". Damit bestätigte die Behörde, daß ein Anfangsverdacht gegen die CDU-Politikerin vorliegt. Bereits im April hatte Politico berichtet, aus internen Papieren würde hervorgehen, daß die EPPO die fadenscheinigen Vertragsabschlüsse der EU mit Pfizer untersucht und dabei von der Leyen im Visier hat.
Die europäischen Ermittler äußerten sich dazu bislang nicht. Auch die Staatsanwaltschaft Mönchengladbach konnte zu den Vorgängen in Belgien nichts sagen. "Wie mit dem Verfahren hier im Haus umgegangen werden soll, ist noch offen und dürfte auch davon abhängen, ob die mediale Berichterstattung zur Aufnahme von Ermittlungen durch die europäische Staats-

anwaltschaft zutreffend ist", heißt es in der Antwort an die JF.
Dementsprechend wird die nordrhein-westfälische Behörde mit weiteren Ermittlungen und einer polizeilichen Zusammenarbeit wohl zunächst absehen. Von der Leyens Wahlkampf dürfte von den weitgehend unbeachteten Ermittlungen also nicht überschattet werden. Nach den EU-Wahlen am 9. Juni möchte die CDU-Politikerin ihre zweite Amtszeit als Kommissionspräsidentin antreten. Als Spitzenkandidatin des Parteienbündnisses EVP gilt sie als Favoritin.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 14. Mai 2024 (x1.367/…): >>**Unterstützung des Ärztetages gegen das Selbstbestimmungsgesetz und für Kindeswohl**

Im Ergebnis des 128. Deutschen Ärztetages, der Anfang Mai 2024 in Mainz stattfand, verabschiedeten die teilnehmenden Ärzte Deutschlands ein umfangreiches Beschlußprotokoll. In diesem findet man einen Antrag, in dem die Bundesregierung aufgefordert wird, Behandlung einer Geschlechtsdysphorie bei Minderjährigen nur unter Einbezug einer medizinischen und psychiatrischen Diagnostik und Behandlung zu gestatten. Gemeint sind damit, die Behandlung mit Pubertätsblockern, geschlechtsumwandelnde Hormontherapien oder Operationen bei jungen Menschen unter 18 Jahren.
Der Antrag wird mit der aktuellen wissenschaftlichen Studienlage begründet, die besagt, daß genannte Medikamente der mentalen Gesundheit schaden. Im höheren Alter tritt häufig der Wunsch nach Operationen auf, die das ursprüngliche Geschlecht wieder herstellen.
Dazu erklärt Dr. Christina Baum, Mitglied im Gesundheitsausschuß und AfD-Bundesvorstand:
"Ich bedanke mich von ganzem Herzen bei den Teilnehmern des Deutschen Ärztetages, denn sie sind absolut verantwortungsbewußt als Mediziner ihrem Berufsethos gefolgt. Diese Erklärung findet meine vollständige Wertschätzung.
Mit der Zustimmung zu diesem Gesetz am 12. April 2024 hat sich eine Vielzahl der Abgeordneten des Deutschen Bundestages wieder einmal einer Minderheit gebeugt, die den Launen einiger in die Irre geleiteter Kinder nachgibt, die vielleicht tatsächlich meinen, durch ein 'anderes Geschlecht' ihre psychischen oder anderen Allerweltsprobleme lösen zu können.
Experimente mit den Körpern und Seelen gesunder Kinder, die dadurch für ihr ganzes Leben irreversibel verstümmelt und traumatisiert werden, müssen untersagt werden. Für mich ist es absolut unverständlich, warum Abgeordnete einer so schwerwiegenden gesundheitlichen Schädigung unserer Kinder zustimmen. Auch hierbei zeigt sich, daß politische Entscheidungen überwiegend ideologisch getroffen werden und nicht nach Erkenntnissen der Wissenschaft."<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 14. Mai 2024 (x1.367/…): >>**"Heimkehr unterstützen": 16.680 wehrfähige Ukrainer leben in Hamburg**

Vor wenigen Wochen besuchte der Erste Bürgermeister Peter Tschentscher die Ukraine. Dabei äußerte er, daß die Ukraine mit aller Kraft für ihre Freiheit kämpfe. Die Ukraine will nun dafür sorgen, daß die im Ausland lebenden ukrainischen Männer im wehrfähigen Alter in ihr Land zurückkehren. Das ist Teil eines neuen Mobilisierungsgesetzes.
Eine Senatsantwort auf eine AfD-Anfrage deckt nun auf, daß in den Standorten der öffentlich-rechtlichen Unterkunft derzeit 13.062 Ukrainer im Alter zwischen 18 und 60 Jahren untergebracht sind. Und in den Erstaufnahmeeinrichtungen sind aktuell 3.618 männliche Personen mit ukrainischem Paß im Alter zwischen 18 und 60 Jahren untergebracht (Drucksache 22/15136). Bundesweit sollen sich in Deutschland über 200.000 Männer im wehrfähigen Alter aufhalten.
Die AfD-Fraktion unterstützt die Heimkehr der in Hamburg lebenden wehrfähigen Ukrainer.

Dazu der Fraktionschef und innenpolitische Sprecher Dirk Nockemann:
"Die Ukraine befindet sich im Abwehrkampf gegen Rußland. Dafür benötigt sie eigene Soldaten. Wir müssen der Ukraine helfen und die Wehrfähigen zur Heimkehr bewegen. Eine Überlegung wäre, das Bürgergeld für diese Herrschaften auszusetzen. Der Druck muß unbedingt erhöht werden."<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/29058" berichtet am 14. Mai 2024 (x1.366/…): >>**Klare Worte über RKI-Protokolle und WHO**

Es gibt einen weiteren, bislang nicht angesprochenen Aspekt der veröffentlichten RKI-Protokolle. "Für mich ist dieser offensichtlich, die Notwendigkeit darüber zu sprechen eminent." Denn die Konsequenzen, so Mascha, sind weitreichend und erschreckend. …

Seit spätestens Dezember 2020 und bis heute findet der Nürnberger Kodex keine Anwendung mehr. Die ohne Evidenz "hoch skalierte" Notlage und mittels der pseudowissenschaftlichen Wortakrobatik aufgebaute Panik vor einem Coronavirus haben in der letzten Konsequenz das größte medizinische Experiment der Menschheitsgeschichte begründet - die modRNA-Injektion. Auch wenn wir nicht die (offiziell) 17 Millionen - wenn nicht (mit Dunkelziffer) Milliarden - Opfer dieses Experiments zu beklagen hätten, bleibt es dabei:

Der Nürnberger Kodex wurde komplett außer Kraft gesetzt, die Opfer, die es gebraucht hat, um damals dieses ethische Gelöbnis der Welt zu schenken, wurden und werden dadurch verhöhnt.

Der Nürnberger Kodex definiert Voraussetzungen und Grenzen für medizinische Experimente an Menschen und macht Ärzte und Forscher für die Aufklärung und Sicherheit der Patienten persönlich verantwortlich, ohne Möglichkeit, diese Verantwortung zu übertragen oder mit Anweisungen von oben zu entschuldigen. Die Normen des Nürnberger Kodex sind in das Internationale Strafgesetzbuch aufgenommen worden. Sie sind heute rechtlich anwendbar - in Friedenszeiten und im Krieg.

Die durch die "Hochskalierung" künstlich geschaffene Panik erreicht ihren Höhepunkt in der im Mai 2024 zu erwartenden Unterzeichnung des WHO-Vertrags und der Internationalen Gesundheitsvorschriften (engl. IHR). Die Milliarden einbringende "Sorge" gilt der öffentlichen Gesundheit. Das bedeutet, daß die WHO die gesamte Weltbevölkerung als einen durchschnittlichen Patienten versteht, eine amorphe Masse ohne Seele, Ethnie, Geschlecht, Alter, Familiengeschichte ... - ohne all die wertvollen Besonderheiten, die EINEN MENSCHEN ausmachen und die individuelle Gesundheit beeinflussen. Ist es nicht so, daß manche Asiaten keinen Alkohol vertragen? Um nur ein Beispiel der delikaten Individualität zu nennen …

Die WHO geht sogar weiter: Sie beabsichtigen, auch die Klimaziele und die Umweltgesundheit aufzunehmen, sodaß es durchaus zur Realität werden könnte, daß wir in den Lockdown geschickt werden, weil Bäume einen Pilzbefall haben.

Eine öffentliche Gesundheit gibt es nicht. Gesundheit ist etwas Individuelles, Intimes. Der Nürnberger Kodex manifestiert unmißverständlich die Würde des Individuums über dem kollektiven Wohl.

Die unverhandelbare Würde des Einzelnen ist die Essenz des Kodex - diese und das Recht NEIN zu sagen, ohne von Ächtung bis hin zur Kündigung bedroht zu werden.

Doch hat das RKI für Maßnahmen gesorgt, die keinen Raum für individuelle Gesundheit freiließen. Und auf ebendieser Grundlage soll der WHO-Direktor, Tedros Adhanom Ghebreyesus, alleinige Macht erlangen, Pandemien auszurufen und Empfehlungen zu machen, die erfahrungsgemäß im vorauseilenden Gehorsam umgesetzt werden. Das ist die Essenz des Totalitarismus. Hat das RKI die geplante Machtergreifung durch den WHO-Direktor vorbereitet oder ist dies eine unerwünschte Nebenwirkung?

Die Erkenntnisse aus den veröffentlichten RKI-Protokollen müssen zur vollständigen Abkehr von der WHO, deren Machtambitionen und dem menschenverachtenden Prinzip der Volksge-

sundheit führen.
Andernfalls müßte man dem RKI, dem PEI, der Stiko und der deutschen Regierung Vorsatz unterstellen: Vorsatz bei der Desinformation und psychischem Terror, Vorsatz bei der Zerstörung der Wirtschaft und der Gesellschaft, Vorsatz bei der Zerstörung der Familien, Vorsatz bei explodierenden Suiziden, Vorsatz bei Gesundheitsschäden und präzedenzloser Übersterblichkeit im zeitlichen Zusammenhang bzw. infolge der experimentellen Injektion, Vorsatz bei der permanenten Aushebelung der medizinischen Ethik und deren wichtigsten Statuts - des Nürnberger Kodex. …<<

15.05.2024

BRD: Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 15. Mai 2024 (x1.368/…):

>>**Feindbild Deutschland: Clans und Salafisten schmieden neue Allianz**

In Deutschland schmieden kriminelle arabische Clans und radikal islamistische Salafisten eine gefährliche Allianz. Beide Gruppen vereint der Haß auf die Bundesrepublik und der gemeinsame Wunsch, junge Menschen für ihre Sache zu gewinnen.

Von *Redaktion*

Salafistische Prediger und Clan-Mitglieder verbreiten auf Plattformen wie TikTok menschenverachtende Ideologien und ein Rollenbild aus dem Mittelalter. Sie hetzen gegen die westliche Lebensweise, diffamieren die deutsche Gesellschaft und verherrlichen Gewalt. In ihren Videos propagieren sie Haß gegen Andersdenkende.

Mit gezielter Propaganda versuchen die Islamisten, vor allem junge Menschen für ihre Sache zu gewinnen. Sie inszenieren sich als "Lifestyle-Idole" und predigen einen "neuen Salafismus" vermeintlich cool und irgendwie rebellisch ist. Sie geben dem jungen Publikum Lebenstips: Polizist werden? Haram! Frauen die Hand geben? Nein! Musik hören? Vergiftet dich von innen! Das verfängt bei vielen offenbar. Die simple Gut-und-Böse-Ideologie sei für viele überforderte Jugendliche attraktiv, heißt es im aktuellen Lageberichts Islamismus des NRW-Verfassungsschutzes.

Der NRW-Verfassungsschutz beobachtet mit Sorge eine zunehmende Vernetzung zwischen Clans und Salafisten. Prediger vermitteln den Clan-Mitgliedern "religiös legitimierte patriarchalisch-chauvinistische Wertvorstellungen", mit denen sich diese identifizieren können. "Umgekehrt scheint das martialische Auftreten von Szenegrößen aus dem Bereich einschlägiger Clans eine Faszination auf einige extremistische Salafisten auszuüben, die sich diesem in Sprache und Erscheinungsbild annähern", zitiert der Focus aus dem Bericht. "Die Vermischung von Clans und Salafisten beobachten wir schon seit längerer Zeit", sagte Jürgen Kayser, Chef des NRW-Verfassungsschutzes in Düsseldorf, bei der Vorstellung des Berichts am Dienstag.

Clans und Salafisten profitieren gegenseitig von den Netzwerken und Ressourcen des anderen. Die Clans nutzen die Kontakte der Salafisten in die islamistische Szene, um neue Mitglieder zu rekrutieren und ihre kriminellen Aktivitäten auszuweiten. Die Salafisten wiederum profitieren vom Know-how und der Gewaltbereitschaft der Clans, um ihre extremistischen Ziele durchzusetzen. "Um die Finanzierung ihrer Bestrebungen gewährleisten zu können und somit handlungsfähig zu bleiben, haben sich terroristische Gruppierungen in den letzten Jahren tatsächlich an die Strategien und Taktiken der Organisierten Kriminalität angenähert", heißt es im Lagebericht Islamismus.

Doch es gibt noch einen anderen Grund für das unheilige Bündnis: Die Sicherheitsbehörden befürchten zudem, daß extremistische Islamisten die organisierte Kriminalität als neue Geldquelle nutzen könnten. Terroristische Gruppierungen könnten die Strategien und Taktiken der Clans nutzen, um ihre Aktivitäten zu finanzieren und Anschläge zu planen.

Berlin, Bremen und Nordrhein-Westfalen (NRW) sind Schwerpunkte der Clan-Kriminalität und des radikalen Salafismus. In NRW konzentriert sich der Extremismus vor allem auf die

Ballungsräume Rhein und Ruhr. Auffällig sei aber auch, daß der Verfassungsschutz neuerdings ein erhöhtes Extremismuspotential abseits der Großstädte ausmacht - etwa in Ostwestfalen-Lippe und im Münsterland, berichtet Merkur.
Angesichts dieser besorgniserregenden Entwicklung spricht sich NRW-Innenminister Herbert Reul erneut für ein Verbot der Islamistengruppen "Generation Islam" und "Muslim Interaktiv" aus. Letztere sorgte kürzlich mit einer Demo in Hamburg bundesweit für Aufsehen. Beide stehen der 2003 in Deutschland verbotenen Gruppe Hizb ut-Tahrir (HuT) nahe. Die HuT strebt die Errichtung eines weltweiten Kalifatstaates an.
Obwohl sie hierzulande nicht mehr offiziell aktiv sein darf, agiert sie unter Tarnnamen faktisch weiter und spricht gezielt junge Menschen an. "Da wünsche ich mir endlich ein Signal aus Berlin, das muß vom Bundesinnenministerium kommen", appelliert Reul an Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD).<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 15. Mai 2024 (x1.376/…): >>**Entschwärzte Geheimakten enthüllen: Lauterbach (SPD) war der schlimmste Corona-Einpeitscher!**
Ein Arzt aus Frankfurt/M. zieht jetzt gegen das Bundeskanzleramt vor Gericht, um die Freigabe ALLER geschwärzten Corona-Protokolle zu erreichen. Einen ihm angebotenen Kuhhandel lehnt der Allgemeinmediziner klar ab: "Ich bin nicht käuflich!" Weitere jetzt bekannt gewordene Entschwärzungen in den geheimen Protokollen des Corona-Expertenrats enthüllen: Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) war der schlimmste Einpeitscher, als es während der Corona-Hysterie darum ging, die Menschen zu gängeln und zu tyrannisieren!
Lockdown, 2G, Genesenenstatus, Impfnötigung: Nahezu jede Entscheidung, die in Deutschland nach dem 14. Dezember 2021 getroffen wurde, ging auf die Empfehlungen und Vorschläge des Corona-Expertenrates zurück. Der Frankfurter Arzt Christian Haffner will erreichen, daß ALLE Protokolle der Sitzungen freigegeben werden - und zwar ungeschwärzt!
Jetzt zieht er dafür erneut gegen das Bundeskanzleramt vor Gericht. Verhandelt wird am Verwaltungsgericht Berlin. In der Vergangenheit hatte das Kanzleramt nach einer ersten Klage Haffners zwar Teile der Protokolle freigegeben, entscheidende Passagen jedoch geschwärzt.
Als Grund für die Schwärzungen hieß es etwa, daß die Namen des jeweiligen Urhebers von Sitzungsbeiträgen im Rat deshalb geschwärzt wurden, weil "dieser für seine/ihre Einschätzung zu Corona-relevanten Themen von der Öffentlichkeit haftbar gemacht werden" könnte. Dies allerdings völlig zu Recht, wie der Kläger findet.
"Notfalls gehen wir in die nächste Instanz"
Im Bundeskanzleramt ist man nun offenbar nervös geworden. Kurz vor einem erneuten Gerichtstermin überstellte das Kanzleramt dem Anwalt des Arztes eine Version der Protokolle mit weniger Schwärzungen. In einem beiliegenden Schreiben heißt es: "Wir gehen davon aus, daß sich durch die weitgehende Entschwärzung der Protokolle die Klage vollumfänglich erledigt hat."
Mediziner Haffner bestätigt: "Es gibt ein Angebot des Bundeskanzleramtes, jetzt damit zufrieden zu sein und die Klage fallen zu lassen. Der Köder: die Kosten für das Verfahren würden dann übernommen werden".
Haffner lehnte das Angebot des Bundeskanzleramtes klar ab: "Ich werde für eine komplette Entschwärzung ALLER Protokolle klagen. Ich bin nicht käuflich. Und ich weiche sicher nicht zurück. Wir wollen Transparenz schaffen. Notfalls gehen wir in die nächste Instanz."
Lauterbach wollte 1G-Regel für Gastronomie
Weshalb das Bundeskanzleramt sich mit Händen und Füßen gegen eine komplette Freigabe der ungeschwärzten Protokolle wehrt, wird wohl erst nach deren Veröffentlichung klar. Doch bereits in den jetzt freigegebenen Abschnitten steckt Brisanz.
So berichtete die "Berliner Zeitung" unter Berufung auf die Protokolle, daß Lauterbach dem

Experten-Gremium im Winter 2021 vorschlug, Ungeimpften den Zutritt zu Restaurants vollständig zu verwehren. Diese radikale Regelung habe selbst dann gelten sollen, wenn Ungeimpfte den amtlich anerkannten Genesenen-Status hätten nachweisen können.
Zwar konnte Lauterbach diese 1G-Regel nicht durchsetzen. Doch im Januar verkürzte das Robert-Koch-Institut (RKI) den Genesenen-Status in einer Nacht und Nebel-Aktion dann plötzlich von sechs auf nur noch drei Monate.

Einflußnahme der Pharma-Industrie?

Auch hierzu könnten in den noch geschwärzten Teile der Protokolle Details stehen, welche die Bundesregierung lieber geheim halten möchte. Kläger Haffner will deshalb maximale Transparenz. Es müsse geklärt werden, "ob es Entscheidungen gab, die wissenschaftlich nicht ausreichend begründet waren und ob es politische Einflußnahme gab oder Beeinflussungen von pharmazeutischer Industrie oder von NGOs, die Eigeninteressen verfolgen".
Der lobenswerte Stand jetzt: Dem Frankfurter Allgemeinmediziner ist es jedenfalls bereits gelungen, eine noch transparentere Fassung aller 33 Protokolle des Corona-Expertenrates der Bundesregierung vom Bundeskanzleramt zu erstreiten. Haffner denkt nicht daran, aufzugeben. Noch immer sind ihm zu viele Stellen unkenntlich gemacht. Haffner gab sich auf X siegessicher: "Ich denke, sie (das Bundeskanzleramt) werden versuchen abzuwenden, daß sie verlieren werden, weil sie dem Gericht sagen wollen, wir haben doch ganz viel aufgehoben, der Rest ist Personenschutz. Sie werden damit aber nicht durchkommen, weil das einfach nicht stimmt und wir das nachweisen können."

Lauterbach wollte immer mehr Gängelei

Erneut geht aus den Dokumenten hervor, daß Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) als regelmäßiger Teilnehmer der Sitzungen immer wieder versucht hatte, Einfluß zu nehmen. So enthüllt das Protokoll vom 28. Dezember 2021 zum Beispiel Lauterbachs irren Plan, FFP2-Masken in allen Innenräumen anzuordnen. In der bislang vorliegenden Version war der Passus geschwärzt.
Auch der Druck auf kritische Ärzte sollte verschärft werden, wie aus den Protokollen des Expertenrats hervorgeht. Zusätzlich müsse man sich auch mit der Gruppe von Ärzten "auseinandersetzen, die eine Impfung ablehnen, da Empfehlungen von Ärzten im Allgemeinen sehr deutlich wirken."
Offensichtlich genügte es dem Gremium auch nicht, nur die weit gefährdeteren Senioren einer Impfpflicht unterwerfen zu wollen. Denn an gleicher Stelle hieß es: "Eine Impfpflicht nur für ältere Menschen wird kritisch gesehen, da es ein falsches Signal für alle anderen Altersgruppe (sic) sein könnte (als wenn diese keine Impfung mehr bräuchten)."<<
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 15. Mai 2024 (x1.367/…): >>**Gewalt an Bahnhöfen explodiert: 2800 Gewalttaten allein im März!**
Diese unglaubliche Zahl zeigt den Zerfall der Inneren Sicherheit in Deutschland: Mehr als 2800 Gewalttaten an Bahnhöfen hat die Bundespolizei allein im Monat März 2024 registriert - das entspricht einem Anstieg um 17 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat (2340 Taten). Die Zahl der Sexualdelikte stieg deutlich um mehr als 37 Prozent. Es sind Zahlen, die eines zeigen: Die Angst fährt mit - jeden Tag.
Erst gestern hatte die Geschäftsstelle der Thüringer Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft Alarm geschlagen: Bahn-Mitarbeiter hätten sich teilweise in der Kabine eingeschlossen, um sich vor gewalttätigen Migranten zu verstecken. "Teilweise lebensgefährlich" sei die Arbeit der Mitarbeiter und Zugführer. "Sie werden überfallen, angespuckt, beleidigt, bedroht oder geschubst." Bei der Frage nach dem Täter-Klientel redet die Gewerkschafterin nicht um den heißen Brei herum: "Es sind meistens junge Männer aus der Erstaufnahmeeinrichtung, die sich in unseren Bahnen komplett danebenbenehmen."

Dies ist also das vermeintlich "buntere" Deutschland, das uns von den etablierten Parteien hinterlassen wurde. Es ist ein Deutschland der Angst, der Gewalt und der sexuellen Übergriffe. Erst kürzlich zeigte die Leipziger Eisenbahnstraße mit einer Massenschlägerei und einem Macheten-Angriff, wie dieses Deutschland aussieht.
Wenn wir diese Zustände endlich hinter uns lassen wollen, wenn wir das Deutschland der Normalität zurückbekommen wollen, dann müssen wir handeln - mit geschützten Grenzen und mit der konsequenten Abschiebung von illegalen und straffälligen Migranten. Wir stehen dazu bereit, diese Mammutaufgabe sofort und konsequent anzugehen!<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 15. Mai 2024 (x1.376/…): >>**Elektrobus-Unfug kostet Hamburg mehr Geld als die Elbphilharmonie**
Elektro-Stadtbusse kosten rund doppelt so viel wie konventionelle Busse mit ausgereiften Verbrennermotoren, dafür sind sie weniger effizient, haben gern Reichweitenprobleme, bleiben öfter mal liegen und gehen ab und zu auch von alleine in Flammen auf und fackeln ein ganzes Busdepot ab.
Alle ökonomische Vernunft spricht also gegen eine Umstellung auf Elektrobusse im öffentlichen Nahverkehr. Hamburgs "grüner" Verkehrssenator Anjes Tjarks ist allerdings kein hanseatischer Kaufmann, der rechnen kann, sondern ein fanatischer Öko-Ideologe und Autohasser.
Für seine Wahnidee einer "Verkehrswende" will Tjarks die Hamburger Busflotte auf Elektrobetrieb umstellen. Bisher sind allerdings erst 17 Prozent oder 290 von 1.710 Hamburger Bussen elektrisch. Dafür hat die Hansestadt bereits rund 174 Millionen Euro gezahlt. Für die fehlenden 1.420 Elektrobusse werden bei Stückpreisen von bis zu 600.000 Euro weitere 850 Millionen Euro fällig.
Macht zusammen eine runde Milliarde. Das ist mehr als die 950 Millionen Euro, die Hamburg für das Prestigeprojekt "Elbphilharmonie" auf den Kopf gehauen hat. Plus Ladeinfrastruktur, neue und umgebaute Betriebshöfe und die ganze Logistik.
Wo das Geld dafür herkommen soll, ist unklar. Zuschüsse vom Bund gibt es vorerst nur noch im nächsten Jahr, der "grüne" Senator will die "Förderlandschaft beobachten". Und die Bürger dürfen dabei zuschauen, wie ihr Geld für "grüne" Irrsinns-Ideologie verbrannt wird.<<
Slowakei: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 15. Mai 2024 (x1.377/…): >>**Fico: "Nächste Stunden werden entscheidend sein"**
Von *Sven Reuth*
Der slowakische Ministerpräsident kämpft nach einem Mordattentat weiter um sein Leben.
Fürchterliche Nachrichten aus der Slowakei: Nach einer Kabinettssitzung wurde der slowakische Ministerpräsident Robert Fico in der Stadt Handlova niedergeschossen. Der 71jährige Täter konnte von der Polizei festgenommen werden.
Bei der Einlieferung in das Krankenhaus soll Fico noch bei Bewußtsein gewesen sein. Einer von vier Schüssen soll Fico in den Bauch getroffen haben. Derzeit kämpfen Ärzte in einem Krankenhaus in der Stadt Banská Bystrica um das Leben des slowakischen Premiers.
Aus dem Umfeld des Politikers heißt es, daß die nächsten Stunden für das Überleben Ficos entscheidend sein würden. Fico hatte mit seinem rußlandfreundlichen Kurs zuletzt für Aufsehen gesorgt und noch vor einigen Tagen selbst vor Gewalt gegen seine Person gewarnt.
Wer steckt hinter dem Attentat auf Robert Fico? Hat der Tiefe Staat wieder zugeschlagen?
In COMPACT-Spezial "Attentate des Tiefen Staates" werden unter anderem folgende politischen Morde behandelt: Uwe Barschel, JFK, Bobby Kennedy, Martin Luther King, John Lennon, 9/11, Oktoberfestattentat, RAF-Morde, Möllemann, Haider, Kiesewetter (NSU), Lumumba, Sankara, Milosevic, Gaddafi, Djindjic, Breitscheidplatz (Anis Amri), Marylin Monroe und Magufuli - der Querdenker-Präsident von Tansania, der sich gegen Lockdown und Impfpflicht stemmte. In "Attentate des Tiefen Staates" (84 Seiten, reich bebildert) wird nicht theoretisiert,

sondern ermittelt.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 15. Mai 2024 (x1.368/…): >>**Nicht nur Leipzig: Macheten-Terror quer durch Deutschland**

Der Macheten-Fall in Leipzig sorgte für bundesweite Aufmerksamkeit - aber er ist kein Einzelfall. In ganz Deutschland kam es in den letzten Wochen zu Angriffen und Vorfällen mit Macheten - von Kiel bis Stuttgart und von Berlin bis Bielefeld.

Max Roland

In Leipzig gehen Gruppen migrantischer Männer aufeinander los - ein Hauen und Stechen entbrennt, Klappmesser und Machete inklusive. Faustschläge, Tritte und Kopfstöße hageln nieder. Währenddessen hört man immer wieder Beleidigungen auf Türkisch. Ein Mann liegt bereits blutend auf dem Boden, als ein Täter mit einer Machete auf den am Boden Liegenden einwirkt. Mit der stumpfen Seite der Waffe schlägt er auf den Kopf des Opfers ein. Ein weiterer Mann wird verletzt. Beide mußten ambulant behandelt werden.

Der Fall in der Leipziger Eisenbahnstraße erregte bundesweite Aufmerksamkeit. Aber er ist nicht der einzige seiner Art: Macheten sind auf deutschen Straßen längst keine Seltenheit mehr, wie diese Übersicht zeigt. Im Osten wie im Westen, im Norden wie im Süden häuften sich jüngst Macheten-Eskalationen.

Stuttgart: Machete auf Volksfest gezückt

Ebenfalls deutschlandweit bekannt wurde der Fall des Machetenträgers auf einem Volksfest in Stuttgart. Der 19-Jährige war laut Polizei am Samstagabend mit einer 50 Zentimeter langen Machete auf das Festgelände gelangt. Vor einem Fahrgeschäft sei er dann mit einer Gruppe von Menschen in Streit geraten. Dabei soll er die Machete gezogen haben. Ein Video zeigt den Fall und den Mann mit südländischem Aussehen. Die Polizei faßte ihn, setzte ihn anschließend wieder auf freien Fuß.

Bremen: bis zu 20 Männer in Gefecht mit Flaschen und Machete

In Bremen eskalierte der Streit innerhalb einer großen Gruppe von Männern. Vor einem Lokal im Brennpunkt-Stadtteil Gröpelingen kam es zu einem Streit zwischen 10 und 20 Personen. Einer der Beteiligten, ein 26-Jähriger, schwang laut Polizei eine Machete, ein anderer 41-jähriger Mann habe einen abgebrochenen Flaschenhals in der Hand gehabt. Die Polizei rückte mit einem Großaufgebot an. Der Fall ereignete sich Anfang April. In Bremen-Gröpelingen haben fast 43 Prozent der Einwohner einen Migrationshintergrund.

Kiel: Macheten-Mann randaliert auf Straße

Ebenfalls im Norden, in der Schleswig-Holsteinischen Landeshauptstadt Kiel, hatte der Clip eines Jugendlichen jüngst für Aufsehen gesorgt, der im Stadtteil Gaarden mit einer Machete auf mehrere Kleinwagen einschlug. Ein Video zeigt den jungen Mann, der augenscheinlich schwarze Haare hat und eine graue Jogginghose trägt, auf der Straße, wild um sich schlagend, mit der Machete.

Castrop-Rauxel: Streit am Bahnhof mit Machete

In der Stadt Castrop-Rauxel im Ruhrgebiet wurde jüngst ebenfalls ein Vorfall mit Machete gemeldet: Nach einem Streit, so heißt es, kam es am 24. April gegen 19:45 Uhr zur Eskalation, als ein 21-Jähriger eine Machete zog und den 20-jährigen Kontrahenten verletzte. Er wurde festgenommen, die Beamten konnten die mutmaßliche Tatwaffe in der Nähe des Geschehens sichern.

Berlin: 16-jähriger zieht Machete, verletzt Erwachsenen

Mitte April wurde auch ein Fall aus der Hauptstadt bekannt: im Berliner Stadtteil Gesundbrunnen gerieten ein 55-jähriger Mann und sein 25-jähriger Sohn in Streit mit einer Gruppe Jugendlicher - ein 16-Jähriger zog daraufhin eine Machete und verletzte den 25-Jährigen damit an den Beinen. Dieser mußte ins Krankenhaus eingeliefert werden. Alarmierte Polizeikräfte entdeckten die Gruppe bald nach der Tat und nahmen den 16-Jährigen sowie einen wei-

teren Gleichaltrigen fest. Einem dritten jungen Mann gelang die Flucht.

Bielefeld: "Südländer" mit Elektroschocker und Machete

Am dritten Mai wurden zwei 18-jährige Bielefelder Passanten von einer vierköpfigen Gruppe plötzlich angehalten und bedroht. Die Täter, der Polizei zufolge kaum älter als die Opfer, zogen einen Elektroschocker und eine Machete. Die Bedrohten flüchteten daraufhin und wurden von den Bewaffneten verfolgt, auch ein Stein flog in ihre Richtung. Die Täter sollen jeweils zwischen 15 und 20 Jahren alt und relativ klein gewesen sein. Das Erscheinungsbild wurde als südländisch beschrieben.

Mannheim: Macheten-Träger von Polizei erschossen

Im Baden-Württembergischen Mannheim war es ebenfalls zu einem Vorfall mit Machete gekommen: Dort erschoß die Polizei einen 31-Jährigen, der mit einer Machete bewaffnet in die Uni-Bibliothek eingedrungen war. Beim Eintreffen der Beamten, so die Polizeimeldung, befand sich der Mann in einem Hörsaal und hielt die 40 Zentimeter lange Klingenwaffe in der Hand.<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/29067" berichtet am 15. Mai 2024 (x1.366/…): >>**Tennessee USA verbietet Geoengineering - und westliche Medien schweigen**

Ungewöhnliche Wetterphänomene wie z.B. Starkregen mit Überschwemmungen werden von den Leitmedien sehr schnell dem Klimawandel und der Erderwärmung zugeschrieben. Wenn jedoch einzelne Staaten Gesetze gegen Geoengineering und Chemtrails erlassen - und dies nicht ohne Grund - berichten dieselben Medien entweder gar nicht darüber oder verbannen solch interessante Entwicklungen ins Reich der Verschwörungsmythen. Kla.TV bringt Klarheit ins Wettergeschehen! …

Der US-Bundesstaat Tennessee hat ein neues Gesetz verabschiedet, das Geoengineering und Chemtrail-Aktivitäten im Bundesstaat verbietet. Bereits am 18.03.2024 stimmte der Senat mit 25 zu 6 Stimmen für die Gesetzesvorlage "Senate Bill No. 2691" (SB 2691), die am 01.04.24 auch vom Kongreß mit 70 zu 22 Stimmen abgesegnet wurde. Somit tritt das restriktive (restriktiv = einschränkend) Gesetz, das Verstöße mit 10.000 US $ pro Tag unter Strafe stellt, zum 01.07.2024 in Kraft.

Das gesetzliche Verbot von Geoengineering in Tennessee ist ein erster wichtiger und mutiger Schritt, der belegt, daß es sich bei "Chemtrails" eben nicht um eine behauptete Verschwörungstheorie handelt. Denn wenn es keinen Handlungsbedarf gäbe, bräuchte es auch keine restriktiven Gesetze. Zudem zeigt das Beispiel Tennessee, daß man sehr wohl etwas tun kann gegen eine monströs erscheinende, unerreichbare Übermacht, die skrupellos über den Köpfen der Menschen das Wetter manipuliert, wie sie will.

Als eher kleiner US-Staat ist Tennessee von der Fläche her mit 109.151 km² über 87 Mal kleiner als die Gesamtfläche der USA, ca. 400 Meilen lang und gerade mal 100 Meilen breit. Er grenzt aber gleich an 8 Nachbarstaaten an. Wenn auch diese dem Beispiel ihres mutigen, kleinen Nachbarn folgen, wäre schon eine Verbotszone für Chemtrail-Flüge von der beachtlichen Größe von 1,2 Mio. km² erreicht.

Und genau dieser Prozeß der bundesstaatlichen Eigeninitiative ist in den USA bereits im Gang: So haben auch Minnesota, Pennsylvania und andere US-Staaten bereits ähnliche Gesetze wie in Tennessee auf den Weg gebracht, um gegen das überstaatlich organisierte Geoengineering vorzugehen.

Bereits Anfang 2023 verkündete das mexikanische Umweltministerium in Absprache mit dem Nationalen Wissenschafts- und Technologierat des Landes ein Verbot zur Ausbringung von chemischen Aerosol-Partikeln in die Atmosphäre, nachdem ein US-Startup-Unternehmen namens "Make Sunsets" (zu Deutsch: "Mache Sonnenuntergänge") seine Wettermanipulationsversuche ohne jegliche Erlaubnis, sprich illegal auf der mexikanischen Halbinsel Baja Cali-

fornia begonnen hatte. Sowohl groß angelegte als auch in der Entwicklung befindliche Projekte zur Sonnenverdunklung sind nun in Mexiko offiziell verboten. Ziel der neuen Politik ist es, "Gemeinden und Umwelt zu schützen".
Die toxischen Nanopartikel der Aerosole wie Schwefel- und Aluminiumoxid müssen nun in den USA verbleiben, wo sie eigentlich von der Herstellerindustrie fachgerecht und daher teuer entsorgt werden müßten. Zeigt sich hier nicht ein umfangreiches Umweltverbrechen internationalen Ausmaßes, das im Namen des "Klimaschutzes" tatsächlich das Klima manipuliert und dabei tonnenweise giftigen Industriemüll illegal entsorgt? Und wäre diese interessante Entwicklung nicht eigentlich ein brandheißes Thema auch für die europäische Politik und die Leitmedien?
Während also in der amerikanischen Hemisphäre das Thema "Chemtrails" und "Geoengineering" schon länger in der Öffentlichkeit thematisiert und bereits gesetzlich bekämpft wird, findet dies in Europa, insbesondere in Deutschland, kaum statt. Hier sind es die zwangsfinanzierten Systemmedien offensichtlich gewohnt, unerwünschte Informationen und Themen weiter in die Ecke der Verschwörungstheoretiker zu verbannen, um einen öffentlichen Diskurs und berechtigte Kritik an bestimmten Maßnahmen zu unterbinden. Im Falle von Chemtrails und Geoengineering geschieht dies geradezu gebetsmühlenartig. So schrieb t-online nach dem beachtlichen Vorstoß von Tennessee Folgendes:
"Ein neues Beispiel, was in den USA alles möglich ist: Der Staat Tennessee will "Chemtrails" verbieten. Das wird sicher ein Erfolg, denn es gibt sie gar nicht", behauptet t-online-Autorin Simone Rafael.
Selbst nach den sintflutartigen Regenfällen vom 16.04.2024 in dem Wüstenstaat der Vereinigten Arabischen Emirate leugneten die hiesigen Systemmedien jeglichen Zusammenhang zu entgleisten Wettermanipulationen und dies, obwohl derartige Praktiken selbst von den Saudis und den Emiraten offen zugegeben wurden - zunächst.
Mittlerweile scheint auch in Dubai, der unter dem Starkregen massiv betroffenen Wirtschafts- und Touristenmetropole, eiligst eine staatliche Pressezensur verordnet worden zu sein, denn das Nationale Zentrum für Meteorologie dementierte im Nachhinein plötzlich jeden erklärten Zusammenhang, den es zuvor noch gegenüber dem US-amerikanischen Medienunternehmen Bloomberg offen zugegeben hatte.
Demnach wurden am 14. und 15. April in sieben Intervallen Flugzeuge eingesetzt, um Wolken über der Wüste mit Silberjodid zu behandeln. Als Resultat dieses Vorgehens erlebte Dubai am 16. April den stärksten Regenfall seit Beginn der Wetteraufzeichnungen vor 75 Jahren: Mit rund 150 l Regen pro Quadratmeter regnete es innerhalb von 24 Stunden mehr als sonst im ganzen Jahr.
Zahlreiche Straßenzüge und die U-Bahn der Millionenstadt standen unter Wasser, auch der Flughafen wurde aufgrund des ungewöhnlichen Starkregens überschwemmt. Auch im Nachbarland Oman gab es massive Überschwemmungen mit Todesfällen, darunter viele Kinder.
Das Klima in Dubai ist sonst in aller Regel sehr verläßlich sehr trocken; dies belegen auch die Wetterdaten für den Zeitraum 1991 bis 2020 mit einem Jahresdurchschnitt von 79,2 mm Regen (also knapp 80 Liter pro Quadratmeter).
Sollte im Fall Dubai also einer durstigen Millionenmetropole mit ihrem schnell wachsenden Bedarf an Trink- und Nutzwasser durch gezieltes Geoengineering "geholfen" werden - wobei sich die ausführenden Akteure offenbar etwas verschätzt haben?
Diesen Auffälligkeiten akribisch nachzugehen, wäre eigentlich die Aufgabe von verantwortungsvoller Politik und echtem Journalismus, der in den sogenannten Qualitätsmedien fast nicht mehr zu finden ist. Stattdessen behaupten "Faktenfinder", wie Wulf Rohwedder von Tagesschau.de, menschliche Wettermanipulation wie "Cloud Seeding" habe in Dubai keine Rolle gespielt. Dies seien Gerüchte und typische Verschwörungsideologie.

Hier stellt sich die Frage, ob Journalisten wie Rohwedder ihre Aussagen zuvor gründlich selbst überprüft und nachrecherchiert haben oder ob sie vielmehr auftragsgemäß Behauptungen veröffentlichen, die jeglicher Gültigkeit entbehren. Dies wäre eine gezielte Täuschung der Öffentlichkeit und somit ein Straftatbestand.
Kehren wir abschließend noch einmal zurück zum aktuellen Vorbild Tennessee. Dort gilt es nun nach der erfolgreichen Verabschiedung des neuen Gesetzes auch eine effektive Strafverfolgung einzusetzen, die Verstöße gezielt ahndet. Herausforderung und Chance zugleich - denn schließlich können dadurch auch ganz neue Arbeitsplätze geschaffen werden!
Begleitet durch eine wachsame Berichterstattung freier Medien werden immer mehr Staaten dem Vorbild Tennessees folgen und so ein flächendeckendes Verbot von überstaatlichem Geoengineering erreichen. Schließlich muß es auch zu einer weltweiten juristischen Aufarbeitung dieses internationalen Umweltverbrechens samt Entschädigungen durch die Verursacher für die betroffenen Länder und Menschen kommen.<<

16.05.2024

BRD: Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 16. Mai 2024 (x1.368/…):
>>**Nannte Habeck "Vollidiot": Ex-Richter wegen Beleidigung verurteilt**
Der ehemalige Richter Werner H. wurde in Reutlingen wegen Beleidigung und Volksverhetzung verurteilt: Er nannte Habeck in einer E-Mail "Vollidiot" und äußerte sich auf Facebook abfällig über Migranten. Werner H. bestreitet die Vorwürfe, sieht sich als Opfer eines Mißbrauchs seines Accounts und geht gegen das Urteil in Berufung.
Henry Albrecht
Der ehemalige baden-württembergische Richter Werner H. wurde aufgrund von Beleidigung und Volksverhetzung vom Amtsgericht Reutlingen verurteilt. Der Grund dieses Urteils liegt in einer E-Mail und in einem Facebook-Beitrag. In der besagten E-Mail bezeichnete er Habeck mehrfach als "Vollidiot" und verglich seine Beliebtheit mit "Hundekot". Laut H. solle sich Habeck "verpissen".
In seiner Verteidigung erklärte der ehemalige Richter, daß seit Regierungsantritt der Grünen "alles den Bach runter" gehe. Bei der Formulierung "Vollidiot" habe er lediglich den altgriechischen Begriff wortgetreu gedeutet. Dieser bedeute so viel wie "Stümper".
Werner H. verteidigt sich mit dem Argument der Meinungsfreiheit und behauptet, daß der Inhalt der E-Mail lediglich ein Zitat und nicht seine eigene Schöpfung sei. Zudem betonte er, daß das Gedicht zwar "nicht gut, aber spaßig" sei, weshalb er es auch an einen breiten Empfängerkreis gesendet habe. Zusätzlich zu den Vorwürfen der Beleidigung wird Werner H. auch Volksverhetzung vorgeworfen. Auf Facebook soll er Migranten unter anderem als "Vergewaltiger" und "Abschaum" bezeichnet haben.
Werner H. weist diese Anschuldigungen von sich und gibt an, jemand müsse seinen Account mißbraucht haben, um ihm zu schaden. Nachdem ein Psychiater Werner H. als schuldfähig eingestuft hat, wird er schließlich zu einer Geldstrafe von 60 Tagessätzen zu je 130 Euro verurteilt. Trotz der Diagnose, daß er "nicht krankhaft verrückt" sei, merkt der Psychiater an, daß sich im Alter bestimmte Persönlichkeitsmerkmale verschärften.
H. blickt auf eine langjährige Karriere bei einer Zivilkammer des Stuttgarter Landgerichts zurück. Seit 2009 ist er im Ruhestand. Allerdings befindet er sich nun auf der Anklagebank, was sowohl für ihn als auch für die Justiz Baden-Württembergs eine neuartige Situation ist. Werner H. hat bereits angekündigt, gegen das Urteil in Berufung zu gehen, und bezeichnet den zuständigen Staatsanwalt als "durchgeknallt".
Habeck erstattete selbst Strafantrag
Laut Informationen der Bild stellte Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck selbst den Strafantrag gegen Werner H. Es ist nicht das erste Mal, daß Habeck Strafanzeige wegen Beleidigung erstattet. Im Januar dieses Jahres erklärte die Staatsanwaltschaft Hamburg, daß ein

Verfahren aufgrund von Beleidigung und übler Nachrede wegen Geringfügigkeit eingestellt wurde. Damals zeigte Habeck ebenfalls einen Mann an, der ihn im Internet als "Vollidioten" betitelte.
Zwar räumte die Staatsanwaltschaft Hamburg ein, daß die an Habeck gerichtete Beleidigung grundsätzlich "ehrverletzend" sei. Allerdings müsse man in diesem Falle die Strafbarkeit der Aussage "im Zuge einer Güter- und Interessenabwägung" als nichtig anerkennen. In Reutlingen sah man das jetzt offenbar anders.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 16. Mai 2024 (x1.376/…): >>**Razzia bei Petr Bystron: Hexenjagd auf AfD-Politiker eskaliert!**
Gut drei Wochen vor der Europawahl am 9. Juni verschärft die politisch weisungsgebundene Generalstaatsanwaltschaft München die Justiz-Hatz auf den AfD-Außenpolitiker Petr Bystron, der auf Platz 2 der Europawahl-Liste der AfD steht. Zuvor hatte der Deutsche Bundestag Bystrons Immunität (Schutz vor Strafverfolgung) aufgehoben.
Dem AfD-Politiker wird vorgeworfen, er habe angeblich Geld aus Rußland erhalten. Die Generalstaatsanwaltschaft München bestätigte, im Rahmen von Ermittlungen "gegen einen Bundestagsabgeordneten" wegen des Anfangsverdachts der Bestechlichkeit und Geldwäsche seien Objekte in Berlin und Bayern sowie auf Mallorca durchsucht worden - darunter auch Räume von Zeugen. Im Einsatz waren den Angaben zufolge 11 Staatsanwälte und etwa 60 Polizisten des bayerischen Landeskriminalamtes (LKA). Bystron ist Abgeordneter des Wahlkreises München Nord.
Bystron und der AfD-Spitzenkandidat für die Europawahl, der sächsische Europaabgeordnete Maximilian Krah, stehen seit Wochen im Mittelpunkt einer ganz offensichtlich politisch motivierten Hexenjagd. Dabei geht es um angebliche Gelder aus Rußland und mutmaßliche Spionage für China. Für beides gibt es bisher nicht den geringsten Beweis.
AfD-Chefs: "Schwerwiegender Vorgang!"
Zur Aufhebung der Immunität des AfD-Bundestagsabgeordneten Petr Bystron sowie zur Durchsuchung seiner Büro- und Privaträume erklärten die Vorsitzenden der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Alice Weidel und Tino Chrupalla:
"Die Aufhebung der Immunität und die Durchsuchung der Büro- und Privaträume von Petr Bystron sind ein schwerwiegender Vorgang. Bislang wurden für die seit Wochen erhobenen Vorwürfe gegen Herrn Bystron keine Belege vorgelegt. Die AfD-Fraktion hofft daher auf einen raschen Abschluß der Ermittlungen, damit nicht der Verdacht entsteht, daß hier versucht wird, durch Behörden und weisungsgebundene Staatsanwaltschaften den Europawahlkampf zu beeinflussen."<<
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 16. Mai 2024 (x1.367/…): >>**Sachsen-Anhalt: Kostenexplosion bei Stendaler Asylunterkunft**
Wie eine Kleine Anfrage von mehreren AfD-Landtagsabgeordneten (LT-Drs. 8/4183) offenlegt, geraten die Kosten für die Landeserstaufnahmeeinrichtung (LAE) in Stendal immer weiter außer Kontrolle. Nach Antwort der Landesregierung liegen die aktuellen Gesamtkosten für die Errichtung der LAE bei 56.828.000 Euro. Die Bewirtschaftungskosten sind im Haushaltsjahr 2024 mit 10.376.470 Euro veranschlagt. Die jährlichen Gesamtkosten für Sicherheitsdienstleistungen sollen sich auf 3.445.000 Euro belaufen.
Dazu sagt der AfD-Fraktionsvorsitzende im Landtag von Sachsen-Anhalt, Ulrich Siegmund: "Diese Kostenexplosion ist eine Ohrfeige für jeden Steuerzahler. Obwohl die Fertigstellung der Asylunterkunft noch nicht abgeschlossen ist, sind die baulichen Kosten bereits jetzt nahezu doppelt so teuer als ursprünglich geplant. Für das Haushaltsjahr 2024 wurden zusätzlich fast 10,4 Millionen Euro an Bewirtschaftungskosten eingeplant, was selbst bei einer maximalen Auslastung mit 600 Personen bedeuten würde, daß in diesem Jahr rund 1.500 Euro monat-

lich für jeden Einzelnen gezahlt werden."
Dr. Jan Moldenhauer, finanzpolitischer Sprecher der AfD-Landtagsfraktion, ergänzt: "Während an allen anderen Stellen im Landeshaushalt gespart wird, fließen hier Millionenbeträge für zweifelhafte Ausgaben. Allein über 3 Millionen Euro jährliche Kosten für den Wachschutz, das ist niemandem vermittelbar. Mit unserem Alternativen Haushalt haben wir einen Gegenentwurf zum verschwenderischen Gebaren der Landesregierung aufgestellt, der insbesondere im Asylbereich deutliche Einsparungen vorsieht, da die Zuwanderung größtenteils illegal erfolgt."<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 16. Mai 2024 (x1.369/…): >>**Geheimer Krieg gegen Deutschland?**

Wie Blackrock & Co. mit den Grünen die deutsche Wirtschaft an die Wand fahren. Bestsellerautor Stefan Schubert im Gespräch mit Michael Mross zu seinem neuen Buch "Der geheime Krieg gegen Deutschland".

In seinem Buch "Der geheime Krieg gegen Deutschland" analysiert Bestsellerautor Stefan Schubert die größte Bedrohung für die Bürger und ihr Land seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Schubert setzt sich erstmals als ehemaliger Polizist und international anerkannter Sicherheitsexperte mit den verborgenen Machenschaften einer globalen Elite auseinander.

Zu dieser Elite gehören Big Tech und Big Pharma, die Finanzindustrie, aber auch Organisationen wie die UN, die EU oder das WEF. Ebenso zählen Milliardäre dazu, wie Bill Gates und nicht zuletzt NGOs und die US-Geheimdienste CIA und NSA.

Themen u.a.

BlackRock: Der Berliner Politikbetrieb wird zu einer Filiale der globalen Finanzindustrie
Grüne Milliardäre: das perfide Geschäftsmodell der Klimaeliten
Weltsicherheitsrat und NATO: Klimawandel als Kriegsgrund
Ist Correctiv eine geheime Stasi der SPD?
Palantir: die Überwachungssoftware der US-Geheimdienste im Einsatz bei der deutschen Polizei<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 16. Mai 2024 (x1.376/…): >>**Ampel-Versager: Sie reden von "Arbeit" und haben selbst nie wirklich gearbeitet!**

Die Berufserfahrung des Ministers, der in seinem Amtstitel das Wort "Arbeit" trägt, besteht aus nur drei Buchstaben: S-P-D! Mit einem Abschluß in Politologie an der Fernuniversität Hagen hat Hubertus Heil allerdings deutlich mehr vorzuweisen als sein Parteigenosse, der berufslose Salon-Marxist Kevin Kühnert oder die gleichfalls berufslose Studien-Abbrecherin Richarda Lang ("Grüne"). Sie alle streichen die fetteste Diäten-Erhöhung seit fast drei Jahrzehnten ein - mitten in der schlimmsten Wirtschaftskrise Deutschlands seit 1945.

Daß Ausbildung, Berufserfahrung und Fleiß sich lohnen, gehörte einmal zum Urvertrauen der Menschen in Deutschland. Längst geht es aber auch ohne, wie sich an vielen Politiker-Karrieren hierzulande ablesen läßt. Oft lassen sich Biographien im Wesentlichen mit drei Stationen beschreiben: Kreißsaal, Hörsaal, Plenarsaal!

Der Weg ist meist sehr ähnlich: Im Schnitt tritt Mann/Frau sehr früh mit Anfang 20 in die jeweilige Partei ein, um mit Anfang 30 Jahren "Berufspolitiker" zu werden - im Idealfall als Bundestagsabgeordneter. Perfekt, wenn dann auch noch ein Ministeramt winkt. Denn berufliches Können und eine Lebenserfahrung außerhalb der Berliner Blase sind in der deutschen Politik längst kein Maßstab mehr.

Viele Arbeitnehmer und Rentner, die bei weiterhin steigender (!) Rekord-Teuerung nicht wissen, wie sie über den Monat kommen sollen, packt blanke Wut: Ab Juli erhalten die 734 Abgeordneten des Deutschen Bundestages monatlich 11.227,20 Euro Diäten - ein Plus von 635,50 Euro! Eine steuerfreie Aufwandspauschale in Höhe von 5.051,54 Euro kommt wie gehabt obendrauf.

Um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen: Politiker sollen gut bezahlt sein, wenn und vor allem damit sie gute Arbeit für Deutschland leisten. Das allerdings dürfte auf das Personal des Altparteien-Kartells im Deutschen Bundestag, hier insbesondere der Koalition, immer weniger zutreffen.
Insgesamt mehr als 16.000 Euro monatlich: Für Ampel-Politiker, die in ihrem Leben nie oder kaum gearbeitet haben und die ohne die Politik wohl von Stütze leben müßten, ist das Bundestags-Mandat wie ein Volltreffer im Lotto. Das wirklich Schlimme daran ist: Diese Deutschland-Zerstörer wollen den Bürgern auch noch etwas über "Arbeit" erzählen.
Fangen wir gleich mit dem zuständigen Fachminister Hubertus Heil (SPD) an: Ein Apparatschik, dessen Berufserfahrung aus den drei Buchstaben S-P-D besteht und der (Stichwort "Bürgergeld") in Wirklichkeit ein Arbeitsverhinderungsminister ist. Auch Hubertus Heil (rund 18.000 Euro Ministergehalt) profitiert von der Diätenerhöhung. Denn: Bundesminister, die zugleich über ein Abgeordneten-Mandat verfügen, erhalten eine um 50 Prozent reduzierte Abgeordnetenentschädigung. Mithin kommt Hubertus Heil auf mehr als 23.000 Euro monatlich, mit Kostenpauschale sogar auf noch mehr!

Der Sozialstaat wird zum "Asozialstaat"

Nun sage keiner, der Genosse Arbeitsminister würde nicht "arbeiten". Ganz im Gegenteil: Hubertus Heil werkelt konsequent daran, daß der Sozialstaat immer mehr zum "Asozialstaat" verkommt. Zu einem Sozialschmarotzer-System, das diejenigen bestraft, die jeden Morgen um sechs Uhr aufstehen, um arbeiten gehen - und diejenigen belohnt, die sich in der "Bürgergeld-Hängematte" räkeln (mal ganz abgesehen davon, daß der Begriff "Migrantengeld" ohnedies inzwischen zutreffender wäre).
Daß der SPD-Parteisoldat Heil mit "Arbeit" im engeren berufsbezogenen Sinne nicht viel anzufangen weiß, verwundert nicht: Nach dem Abitur und Zivildienst begann Heil ein Studium der Politikwissenschaft und Soziologie an der Uni Potsdam. Dieses schloß er im Jahre 2006 an der Fernuniversität Hagen ab. Zwischenzeitlich war Hubertus Heil von 1994 bis 1998 als Mitarbeiter der ehemaligen brandenburgischen SPD-Landtagsabgeordneten Heidrun Förster und der früheren SPD-Bundestagsabgeordneten Eva Folta tätig. Von 1995 bis 1997 wirkte er außerdem als Geschäftsführer der "SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeit" in Brandenburg.
SPD-Mitglied ist Hubertus Heil seit 1988. Zehn Jahre später schaffte er den Sprung in den Deutschen Bundestag. Seit Dezember 2019 ist er stellvertretender Parteivorsitzender der SPD. Seit März 2018 ist Hubertus Heil Bundesminister für Arbeit und Soziales, zuerst im Kabinett von Angela Merkel (CDU) und seit Dezember 2021 in der Anti-Deutschland-Ampel. Ein Arbeitsleben außerhalb der Politik kennt der Mann, der in der Bundesregierung für "Arbeit" zuständig ist, nicht.

"Grüne" Nichtskönner regieren das Land der Fleißigen

Deutschland wird von Menschen regiert, die keinen blassen Schimmer davon haben, was harte Arbeit bedeutet. Die keine Ahnung davon haben, was ihre wirklichkeitsfremden Entscheidungen für die Mehrheit der arbeitenden und Steuern zahlenden Menschen in diesem Land bedeuten. Wahre Prachtexemplare dieser Gattung finden sich vor allem bei den "Grünen":
Parteichefin Ricarda Lang hat mal angefangen, in Heidelberg Jura zu studieren. Die heute 30-Jährige brach das Studium ab, um "Vollzeit-Grüne" zu werden. "Ex-Bild-Chef" Julian Reichelt bringt es auf den Punkt: "Ricarda Lang weiß nicht, was Arbeit ist. Und sie wird es vermutlich auch nie erfahren. Weil sie einen Weg gefunden hat, wie es sich auf Steuerzahlerkosten prima leben läßt." Da versteht es sich fast von selbst, daß Ricarda Lang eine glühende Verfechterin des "Bürgergeldes" ist - denn es kommt ihr vollkommen normal vor, für Geld nicht arbeiten zu müssen.
Omid Nouripour, "Grünen-Co-Chef", wollte als Junge mal "Astronaut" werden. Stattdessen wurde auch er Studienabbrecher. Nach dem Abitur begann der gebürtige Iraner in Frank-

furt/M. ein Studium der Germanistik, Politikwissenschaft und Rechtswissenschaft, das er um ein Zweitstudium der Soziologie, Philosophie und Volkswirtschaftslehre ergänzte. Beide Studiengänge schloß er nicht ab, nachdem er 2002 hauptamtliches Mitglied im Bundesvorstand der "Grünen" geworden war.
Bundestags-Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt entschied sich nach dem Abitur für ein Studium der evangelischen Theologie an der Karl-Marx-Universität Leipzig, das sie 1988 abbrach. Danach war sie kurze Zeit als Küchenhilfe tätig, bevor sie in den Wirren der Wendezeit über die von ihr mitbegründete politische Gruppierung "Demokratischer Aufbruch" den Weg in die Politik und später zu den Ökosozialisten fand.

Das Beste wie immer zum Schluß

Für SPD-Generalsekretär Kevin Kühnert sind Worte wie Ausbildung, harte Arbeit, Berufserfahrung und Lebensleistung ebenfalls Fremdworte. Auch sein Lebenslauf besteht aus exakt drei Buchstaben: S-P-D. Ohne Politik und Partei würde der Salon-Marxist heute wohl von "Bürgergeld" leben. So aber dürfte Kühnert ohne jegliche Qualifikation, Ausbildung oder Kompetenz mit seinen Bundestags-Einkünften und einem Parteigehalt schätzungsweise auf rund 25.000 Euro monatlich kommen.
Dieser Studienabbrecher, der außer einem prekären Job in einem Callcenter nichts vorzuweisen hat, der andere Menschen enteignen und ihnen ihr sauer verdientes Geld wegnehmen will und der mit seiner Erwerbsbiographie bei der Arbeitsagentur wohl als "schwer vermittelbar" gelten würde, schafft es in nur einer Legislaturperiode zum Einkommensmillionär - auf Kosten vor allem der deutschen Steuerzahler!<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 16. Mai 2024 (x1.377/…):

>>**Halle: Linke Terror-Serie erschüttert eine Stadt**

Von *Sven Reuth*

In der größten Stadt Sachsen-Anhalts ist schwerste politische Gewalt von links an der Tagesordnung. Der öffentliche Aufschrei bleibt aus. Wie perfide Kampagnen und brutale Gewalt gegen Andersdenkende mittlerweile Hand in Hand gehen, geht aus dem neuen COMPACT-Spezial "AfD - Erfolgsgeschichte einer verfemten Partei" hervor. Hier mehr erfahren.
Olaf Schöder ist die Erschütterung noch deutlich anzumerken. In der Nacht von Sonntag auf Montag wurde ein Brandanschlag auf das Haus eines AfD-Stadtrats im Stadtteil Kröllwitz in Halle an der Saale verübt. Mitten in der Nacht gab es einen lauten Knall, dann sah Schöder eine hohe Flamme vor der Tür seines Hauses emporlodern.

Todesopfer werden in Kauf genommen

Als die Polizei dann schon da war, krachte es erneut. Nun war ein Stein durch ein Wohnungsfenster von Schöder geschleudert worden. Die Polizisten konnten trotz ihrer Präsenz der Täter nicht habhaft werden - leider alles andere als ein Einzelfall bei der Verfolgung linksextremistischer Gewalt.
Schöder kann es immer noch nicht fassen, daß die Täter bei ihrem Vorgehen den qualvollen Feuertod von Menschen billigend in Kauf nahmen. Es wäre nämlich sehr gut möglich gewesen, daß einer der Brandsätze durch das zuvor eingeschmissene Fenster mitten in der Wohnung explodiert wäre.
An der linksextremistischen Gesinnung der Täter kann kein Zweifel bestehen. Auf einen der in das Haus geschleuderten Steine hatten diese die Botschaft "Scheiß-AfD-Fascho" geschrieben, auf dem anderen Stein die Botschaft "einer von 19" hinterlassen. Diese bezieht sich offenbar darauf, daß insgesamt 19 Kandidaten für die AfD zur anstehenden Stadtratswahl kandidieren und kann als Gewaltandrohung an die anderen AfD-Kandidaten in Halle verstanden werden.

Eine Halle brennt nieder

Der Opernsänger Schobert war früher in der FDP und war mit Hans-Dietrich Genscher und

Guido Westerwelle bekannt. Er war sowohl in der Endzeit der DDR als auch in der Wendezeit selbst politisch aktiv, wo er sich für die Erhaltung des Landestheaters Halle einsetzte. Später gründete Schöder die größte Volksinitiative Sachsen-Anhalts zur Erhaltung der Theaterszene des Landes.
Schöder ist eine charismatische Persönlichkeit, die in keinster Weise dem Zerrbild des "Rechten" entspricht, wie es immer in den Medien ausgemalt wird. Wurde er deshalb zum Ziel der feigen Attentäter? Fakt ist jedenfalls, daß sich der Großraum Halle zunehmend zum Schwerpunkt linksextremistischer Gewalttäter entwickelt. …
In der Nacht vom 26. auf den 27. März dieses Jahres brannte eine Fitnesshalle im Osten von Halle nieder. Wie das linksextremistische Portal antifa-info.net triumphierend verkündete, hätten dort ab April dieses Jahres "Nazis trainieren" wollen. Die Lagerhalle, die angeblich zu einem rechten Kampfsportzentrum umfunktioniert hätte werden sollen wie auch ein abgestellter LKW brannten vollständig ab. Der Sachschaden liegt bei 250.000 Euro.

Schwerster Anti-AfD-Anschlag seit Jahren

Dann stand Mitte April dieses Jahres das Firmengelände des patriotischen Unternehmers und AfD-Politikers Sven Ebert lichterloh in Flammen. Es handelte sich um den größten Anschlag gegen die AfD seit Jahren. Fünf LKWs brannten vollständig aus; ein weiterer LKW sowie ein weiterer PKW wurden beschädigt. Der Sachschaden beläuft sich auf mehrere Hunderttausend Euro. Ebert ist in der patriotischen Szene bestens vernetzt und pflegt unter anderem gute Kontakte zur Identitären Bewegung wie auch zu Björn Höcke.
Ebenso wie Schöder erfüllt auch der frühere Punk Ebert, der zuweilen auch als kunstsinniger Auktionator tätig wird, keine Klischees - offensichtlich reizt das die linksextremistischen Terroristen ganz besonders.
Was wäre jetzt wohl in den deutschen Medien und der etablierten Politik los, wenn sich im Ballungsraum Halle eine ähnliche Terrorserie mit Stoßrichtung gegen die SPD oder die Grünen ereignet hätte. Die Berichterstattung würde in diesem Fall gar kein Ende mehr nehmen! Man kann nur hoffen, daß die Täter gefaßt werden, bevor der erste Mensch stirbt.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 16. Mai 2024 (x1.368/…): >>**Das Islamisten-Netz der SPD**
Recherchen von Apollo News zeigen, wie Islamisten und türkische Rechtsextreme ein einflußreiches Netz in der SPD gespannt haben, das bis in den Bundestag reicht. Die Partei selbst möchte das Thema ignorieren - schimpft stattdessen über unsere journalistische Arbeit und schickt Anwälte vor.
Pauline Schwarz
Ein strahlendes Lächeln ziert das Gesicht unserer Innenministerin Nancy Faeser, als sie sich beim Straßenwahlkampf im September letzten Jahres mit dem Frankfurter SPD-Lokalpolitiker Mustapha Lahmjahdi fotografieren läßt. Auch der Vorsitzende des Ortsverbandes Heddernheim, der nun für die SPD Frankfurt bei der Europawahl 2024 kandidiert, sieht auf dem Foto, das er selbst auf Facebook gepostet hatte, glücklich und vertraut mit Faeser aus - doch das Lächeln verging ihm, als Apollo News über genau dieses Bild und seine Personalie berichtete. Er hat Bezüge zur Muslimbruderschaft und der Salafistenszene - und ist nicht der Einzige.
Auch wenn Lamjahdi uns vor Gericht zerrte, ließen wir uns nicht einschüchtern und recherchierten weiter. Dabei zeigte sich: Die SPD hat nicht nur in Frankfurt ein Problem mit dem radikalen Islam. Neben zahllosen Treffen von SPD-Ortsvereinen mit türkisch-rechtsextremen Gruppierungen, konnte Apollo News mehr als ein Dutzend SPD-Politiker und -Mitglieder identifizieren, die sich in fundamentalistischen, nationalistischen und islamistischen Kreisen bewegen - wobei auffällig viele Positionen in Integrations- und Ausländerbeiräten bekleiden.

Frankfurt und der Deutsch-Islamische Vereinsverband

Lahmjahdi selbst ist laut der Website der SPD nicht nur Mitglied der kommunalen Ausländ-

dervertretung Frankfurt, sondern auch stellvertretender Delegierter des Landesausländerbeirats Hessen. Er bestreitet also prominente und wirkmächtige Posten in der hessischen Verwaltung und Politik - doch nicht nur dort. Lahmjahdi hat sich im Jahr 2016 nicht nur in der Dar-as-Salam-Moschee in Berlin-Neukölln, die seinerzeit bereits vom Berliner Verfassungsschutz beobachtet wurde, mit einem der führenden Ideologen der Muslimbrüder, Ali al-Qaradaghi, fotografieren lassen. Er ist auch Vorstandsmitglied im Frankfurter Verein "TUN e. V." (Toleranz Und Nähe -Moschee Frankfurt e.V. - Attassamuh Moschee), der wiederum Mitglied des Deutsch-Islamischen Vereinsverbandes ist.

Dieser stand, wie im Jahr 2016 bekannt wurde, unter Beobachtung des hessischen Verfassungsschutzes - und Mustapha Lamjahdi war laut Vereinsregister selbst Teil des Vorstandes und Liquidator, bevor der Verein 2019 aufgelöst wurde. In der SPD gibt es aber noch mehr Persönlichkeiten, die im Vorstand des Vereinsverbandes waren, der laut hessischem Innenministerium zu "etwa ein Drittel als extremistisch oder extremistisch beeinflußt zu bewerten" sei. Zudem hätten nicht nur Mitgliedsvereine, sondern auch Funktionäre Verbindungen zur islamistischen Muslimbruderschaft und in salafistische Kreise gehabt. Einer dieser Männer ist das Frankfurter SPD-Mitglied Mohamed Seddadi.

Ausschnitte aus dem Handelsregister, Quelle: northdata

Auch Seddadi ist Mitglied in der kommunalen Ausländervertretung der Stadt Frankfurt am Main, außerdem Geschäftsführer der Islamischen Gemeinde Frankfurt e.V. (Abu Bakr Moschee) und Koordinator des Koordinationsrates der Moscheen in Frankfurt (KRMF). Im Jahr 2014 nahm Seddadi an einer Schulung des "Europäischen Instituts für Humanwissenschaften" (EIHW) in Frankfurt teil, das laut Landesverfassungsschutz Hessen eine "Kaderschmiede der Muslimbruderschaft" ist. Das EIHW postete am 9. Februar 2014 auf Facebook ein Bild von dem Moment, als Seddadi ein Zertifikat für den Kurs erhalten hat.

Wie die Islamismus-Expertin Sigrid Herrmann auf ihrem Blog ausführt, wird ihm das Zertifikat von Sheikh Dr. Abdullah Al-Judai verliehen, dem heutigen Vorsitzenden des European Council for Fatwa and Research (ECFR). In dem von der Muslimbruderschaft dominierten Gremium ist laut Verfassungsschutz Baden-Württemberg unter anderem auch die "Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e. V." (IGMG) vertreten - also der "legalistische Islamismus". Zudem bestehen laut Verfassungsschutz Kontakte zur türkisch-rechtsextremistischen "Ülkücü-Bewegung", also den "Grauen Wölfen".

Die SPD-Frakfurt wollte sich auf Apollo News-Anfrage wegen angeblich "mehrfache(r) tendenziöse(r) Berichterstattung" durch uns nicht zu diesen Umständen äußern - gemeint sind wohl die Berichte über ihr Mitglied Mustapha Lamjahdi. Man bittet um "Einhaltung grundlegender journalistischer Prinzipien". Was journalistische Prinzipien sind - das möchte die SPD ganz offensichtlich selbst bestimmen. Und wer kritische Fragen über sie stellt, gehört schon mal nicht dazu.

Ein weiteres SPD-Mitglied, das im Vorstand des Deutsch-Islamischen Vereinsverbandes (DIV) war, ist der Generalsekretär des Zentralrats der Muslime (ZMD) und ehemalige Vorsitzende des hessischen Landesverbandes des ZMD: Abdassamad El Yazidi. Laut ZMD war er von 2010 bis 2013 Vorsitzender des DIV. Auch El Yazidi war im Ausländerbeirat Riedstadt (Nähe Dortmund).

Der Mann, der in vielen Medien gerne interviewt wird und bereits bei hart aber fair zu Gast war, nahm im März außerdem an einer Veranstaltung von ATIB (Avrupa Türk-İslam Kültür Dernekleri Birligi / zu Deutsch: Union der Türkisch-Islamischen Kulturvereine) teil - laut dem Bundesamt des Verfassungsschutzes ist ATIB einer der drei größten und Mitgliedsstärksten Dachverbände der Grauen Wölfe in Deutschland.

Auf Anfrage teilte die SPD Riedstadt Apollo News telefonisch mit, daß Herr El Yazidi nicht mehr Mitglied der SPD sei und man bis zu unserer Anfrage nichts von seinen Verbindungen

gewußt hätte - auch wenn das aufgrund seiner Bekanntheit nicht unbedingt glaubwürdig ist. El Yazidi habe laut der SPD Riedstadt im vorletzten Jahr sowie fünf Jahre davor bei der Kommunalwahl für die SPD kandidiert.

ATIB - Dachverband der Grauen Wölfen

Generalsekretär des ZMD ist El Yazidi jedoch noch immer - und beim Zentralrat hat er noch einen SPD-Kollegen: den Hamburger Daniel Abdin. Er ist Vereinsvorsitzender des "Islamisches Zentrum Al-Nour e.V." - der Kirche, die in eine Moschee umgewandelt wurde. Laut Berichten von Sigrid Herrmann waren dort schon mehrere bekannte Akteure der Muslimbruderschaft zu Besuch.

Nicht nur indirekt wie El Yazidi, sondern ganz direkt der ATIB zugehörig ist Davut Özyurt von der SPD Plochingen. Er ist, wie die ATIB Baden-Württemberg im Jahr 2019 auf Facebook schreibt, "ATIB Regionspräsident" und im "Landesvorstand". Daß der Mann zumindest Mitglied bei ATIB war, wußte man im Ortsverein.

In einem Bericht auf der Website der SPD Plochingen schreibt man 2017, daß man sich mit Mitgliedern der ATIB-Gemeinde traf - "unter ihnen war Davut Özyurt, Mitglied unseres SPD-Ortsvereins und Kandidat bei der letzten Gemeinderatswahl." Auf Anfrage wollte sich die SPD Plochingen nicht zu diesem Sachverhalt äußern.

Davut war schon 2016 auf Bildern im Facebook-Account des regionalen ATIB-Verbandes zu sehen. Der Bundesverband von ATIB bietet auf seinem Facebook-Profil weiteres interessantes Bildmaterial. Und zwar vom traditionellen Fastenbrechen, dem Iftar des Zentralrats der Muslime - bei dem ATIB nicht nur Mitglied ist, sondern den es auch mitbegründet hat.

Der "Türk Federasyon"

Auf den Fotos, die ATIB am 25. März gepostet hat, sieht man nicht nur Mustapha Lamjahdi sondern auch ein Mitglied der SPD und des Ausländerbeirats der Stadt Offenbach: Abdelkader Rafoud. Der Vorsitzende des Zentralrats der Marokkaner in Deutschland (Frankfurt am Main) sitzt dabei neben Özlem Basöz. Die Dame ist Generalsekretärin von ATIB, stellvertretende Vorsitzende des Integrationsrates der Stadt Hagen und stellvertretende ZMD-Vorsitzende, außerdem CDU-Mitglied - die Partei hat jedoch vor einer ganzen Weile ein Ausschlußverfahren eingeleitet.

Ein anderer der drei großen Dachverbände der "Grauen Wölfe" ist die "Türk Federasyon" - und auch hier läßt sich die SPD gerne blicken. Nicht nur in Form des Bundestagsabgeordneten und früheren Vize-Ministerpräsidenten Nils Schmid, der bei einem regionalen Ableger, dem Deutsch-Türkischen Freundschaftsverein Filderstadt, zum Fastenbrechen geladen war.

Wie Recherchen der Welt zeigten, kandidieren gleich drei SPD-Mitglieder aus dem Umfeld des Vereins bei den Kommunalwahlen im Juni - der Deutsch-Türkische Freundschaftsverein Filderstadt veröffentlichte dabei gleich mehrere Fotos, auf denen die Personen (Gülten Ilbay, Hasan Arslan und Müesser K) den Wolfsgruß zeigen. Doch das ist noch nicht alles. Nach Recherchen von Apollo News verkehrt auch die SPD-Bundestagsabgeordnete Gülistan Yüksel mit der "Türk Federasyon".

Das Wie Beiträge des türkischen Mediums "Turan TV" auf Facebook zeigen, nahm Yüksel im Jahr 2013 an einer Veranstaltung des "Türk Kültür Dernegi'nin Mönchengladbach" (zu Deutsch: Türkischer Kulturverein Mönchengladbach) teil - dieser Verein trägt auf Twitter stolz das Logo der "Türk Federasyon" und retweeted Beiträge der Nationalist Movement Party (MHP), einer rechtsextremen, ultranationalistischen Partei in der Türkei. Auch ihre Mitglieder bezeichnet man als "Graue Wölfe".

Gülistan Yüksel besuchte aber nicht nur den regionalen Ableger des Graue-Wölfe-Dachverbandes, sondern auch die "Union of European Turkish Democrats" (UETD), die inzwischen "Union Internationaler Demokraten" (UID) heißt - eine Lobbyorganisation des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan.

Erdogans langer Arm

Die UETD Düsseldorf postete im Mai 2014 Bilder von Yüksels Treffen mit der UETD-Vorsitzenden Süleyman Çelik, der stellvertretenden UETD-Vorsitzenden Asiye Bilgin und dem Düsseldorf Regionalpräsident Hamit Aytan. Laut UID-Website fand das Treffen in Yüksels Büro in Mönchengladbach statt. Im Jahr 2021 war auf derselben Website noch ein weiteres Foto von dem Treffen zu sehen, das Yüksels SPD-Wahlplakat im Hintergrund zeigte.

Gülistand Yüksel, die lange im Integrationsrat und Ausländerbeirat Mönchengladbach sowie im Vorstand des Landesintegrationsrats NRW tätig war, wollte sich auf Anfrage gegenüber Apollo News nicht zu diesen Treffen äußern.

Generell scheinen sich Erdogans Organisationen und Parteien in der SPD an Beliebtheit zu erfreuen. So besuchte auch der Vorsitzende der SPD-Bürgerschaftsfraktion Bremen, Mustafa Güngör, die UETD. Laut einem Bericht der taz war auf der Veranstaltung neben Erdogans-Cheflobbyist, dem AKP-Abgeordneten Metin Külünk, noch ein zweiter SPDler zugegen: Mehmet Acar.

Die beiden bremischen Abgeordneten saßen mit Külünk an einem Tisch. Und es ist nicht das erste Mal, daß sich Güngör mit AKP-Leuten umgibt: Laut Weserkurier zeigte ihn im April 2019 ein Foto mit Mustafa Sentop, dem "Architekten der neuen, ganz auf Staatschef Recep Tayyip Erdogan zugeschnittenen Verfassung" - sie posierten vor einem Erdogan-Portrait.

Die SPD-Fraktion Bremen ließ unsere Anfrage zu diesen Verbindungen unbeantwortet - genau wie die SPD Hamburg, die wir mit den Erdogan-Kontakten von ihrem Mitglied Bülent Güven konfrontiert hatten. Güven ist Vorstandsmitglied der UETD - laut Moin.de wollte Erdogan ihn als Chef seiner Lobbygruppe.

Wie die Hamburger Morgenpost im Jahr 2017 berichtete, war Güven außerdem Mit-Organisator einer Veranstaltung, wo der türkische Außenminister Mevlüt Çavuşoglu aufgetreten ist. Dort soll mehrmals der Wolfsgruß (das Erkennungszeichen der "Grauen Wölfe") und eine Geste gezeigt worden sein, die der islamistischen Muslimbruderschaft zugerechnet wird.

Und auch Fatih Zingal von der SPD Solingen, der auch stellvertretender Vorsitzender des Zuwanderer- und Integrationsrates der Stadt war, war UID-Vorstand. Inzwischen ist Zingal Spitzenkandidat der DAVA, der deutschen Erdogan-Partei. Sein Kollege Mehmet Teyfik Özcan von der SPD Dreieich trat noch einen Tag vor der Gründung dieser Partei aus der SPD aus und wurde laut der GEW Bremen Vorsitzender des neuen Projektes.

Dahingegen verließ sich Mustafa Erkan, ein niedersächsischer SPD-Landtagsabgeordneter, auf das Original: Er wechselte von der SPD in die AKP und kandidierte im Jahr 2018 erfolglos für das türkische Parlament. Seit seinem Ausscheiden aus dem niedersächsischen Landtag ist er Berater des bereits erwähnten türkischen Außenministers Mevlüt Çavuşoglu.

DITIB-Dominanz in Duisburg

Und dann wäre da der Moscheenverband DITIB. Hier macht sich vor allem die SPD-Duisburg einen Namen - gleich vier Vertreter der Partei, die alle Mitglieder des Integrationsrates der Stadt sind, pflegen Kontakte zu dem "lange Arm von Erdogan". Semih Altun besuchte die DITIB nicht nur, er rekrutierte dort laut einem eigenen Facebook-Post, den das Magazin Ruhrbarone gesichert hat, Jugendliche für die SPD.

Seine Kollegen Erkan Üstünay, Yasar Altun und Özay Karabulut bekleiden direkt Posten bei DITIB: Üstünay ist Vorsitzender der Hamborner Ditib-Gemeinde Genc Osman, Yasar Altun war Vorstandsvorsitzender der Duisburger DITIB-Gemeinde, bei der auch Karabulut als Sprecher und dann im Vorstand fungierte.

Das sind bei Weitem nicht alle SPD-Mitglieder mit DITIB-Bezug - da wäre zum Beispiel noch Arif Taşdelen, der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD Bayern. Er traf sich immer wieder mit DITIB-Vertretern, hielt mit ihnen Veranstaltungen ab und ließ die Trauerfeier für seinen Vater Ahmet Taşdelen in der Bayreuther DITIB-Moschee stattfinden.

Und es gibt noch deutlich mehr - genau wie es sicher noch mehr SPDler mit Verbindungen zu den grauen Wölfen oder den Muslimbrüdern gibt. Die SPD-Ortsvereine trafen sich in der Vergangenheit zumindest sehr häufig mit Vereinen, die in diesem Zusammenhang stehen - doch dazu an anderer Stelle mehr. Fest steht: Die SPD hat ein Problem mit dem radikalen Islam.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 16. Mai 2024 (x1.367/…): >>**Ermittlungen gegen Petr Bystron müssen rasch abgeschlossen werden**

Zur Aufhebung der Immunität des AfD-Bundestagsabgeordneten Petr Bystron sowie zur Durchsuchung seiner Büro- und Privaträume teilen die Vorsitzenden der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Alice Weidel und Tino Chrupalla, mit:

"Die Aufhebung der Immunität und die Durchsuchung der Büro- und Privaträume von Petr Bystron sind ein schwerwiegender Vorgang. Bislang wurden für die seit Wochen erhobenen Vorwürfe gegen Herrn Bystron keine Belege vorgelegt. Die AfD-Fraktion hofft daher auf einen raschen Abschluß der Ermittlungen, damit nicht der Verdacht entsteht, daß hier versucht wird, durch Behörden und weisungsgebundene Staatsanwaltschaften den Europawahlkampf zu beeinflussen."<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 16. Mai 2024 (x1.369/…): >>**Werbung: die Brüllaffen der Wirtschaft**

In einer Welt des Überflusses hat Werbung ihren festen Platz erobert. Stellen wir uns die Werbewelt als ein Orchester vor, das mit jedem Schlag neue Sehnsüchte entfacht.

Von *Hans-Jörg Müllenmeister*

Die heutige Werbelandschaft gleicht einem polyphonen Konzert, das uns tagtäglich umspielt - oft lautstark, unerbittlich und allgegenwärtig. In diesem Wettstreit agiert Werbung als Maestro, der den Takt vorgibt und den Konsum wie ein Dirigent steuert, vergleichbar mit den eindringlichen Rufen der Brüllaffen im Urwald. Doch Werbung kann auch anders: kreativ und einprägsam. Denken Sie nur an die geistreiche humorige Affen-Kampagne von Toyota: "Nichts ist unmööglich!"

Werbung ist mehr als bloßer Schall und Rauch; sie fungiert als Impulsgeber für Neuerungen und Eingebungen. Sie soll in den Herzen der Konsumenten das Verlangen nach Neuem und das Streben nach Träumen wecken. Sie motiviert Unternehmer, Risiken einzugehen und Erfolge zu erzielen. Der bewährte Kaufmannsgrundsatz "Wer nicht wirbt, stirbt" tönt durch die Epochen und behält seine Gültigkeit. Doch das eigentliche Ziel des Marketings bleibt unverändert: Umsatzsteigerung und Profitmaximierung - ein hartnäckiger Ohrwurm, der auf allen Märkten nachdrücklich, beständig und lautstark zu hören ist.

Vorgeschichte zur Werbung bis in die 30er Jahre

Die Werbung ist keineswegs eine Erfindung unserer modernen technisierten Konsumgesellschaft. Bereits im Tierreich bemühen sich Männchen seit jeher um die Gunst der Weibchen - durch kesse Kapriolen und Geturtel. Denken Sie an die talentierten werbende Balztänze der Auerhähne, Pfauen und Leierschwänze. Hier findet das Wort "Werbung" seine wahre Bedeutung, denn das altdeutsche Wort "hwerban" bedeutet "sich bemühen".

Noch um das Jahr 1870 verwendete man für derartige Bemühungen den Begriff "Reklame" (lat. reclamare für ausrufen), was an die mittelalterlichen Marktschreier erinnert, die ihre Werbebotschaften auf Märkten lauthals verkündeten.

Im 19. Jahrhundert eroberte die Werbung den öffentlichen Raum: an Litfaßsäulen, auf Plakaten und in Zeitungen, später auch im Radio und im Film. Und mit der Erfindung der Elektrizität tauchen die ersten öffentlichen Leuchtreklamen auf. Der Begriff "Werbung" etablierte sich wohl erst mit dem Aufkommen des Rundfunks als Propagandamittel nach 1933. Damals proklamierte einer: "Ich, als Dolmetscher des deutschen Volkes …"

Die häßliche Fratze der Werbung offenbart sich jäh in Verbindung mit der Propaganda. Ideologen und Diktatoren nutzen allzeit die manipulative Kraft der Werbung, um ihre politischen Ziele zu erreichen und die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Schauen Sie nach Nordkorea. Einige Scharfsichtige können auch im nahen Berlin Lobbyisten-Manipulation und Indoktrination ausmachen. Die große Gefahr besteht darin, daß Unternehmen den Konsumenten das Gefühl vermitteln, sie bräuchten ihr Produkt unbedingt, indem sie Scheinwelten entwerfen.

Fernsehen in den 1960er-Jahren: das neue Werbemedium

Neben der klassischen Print- und Radiowerbung eroberten TV-Werbespots die heimischen Wohnzimmer. Damals hieß Werbung noch Reklame und erschien noch moderat im Fernsehen. Durch die geringe Anzahl der Fernsehsender waren Werbeblöcke auf zwölf Minuten pro Stunde begrenzt. Vermarktet wurden überwiegend Genuß- und Waschmittel, Fertigprodukte und die ersten Autos.

In den 1970er-Jahren änderte sich der Ton von Werbebotschaften, denn feministische Strömungen bedrohten "altbackene" Rollenbilder. Sexismus trat unverhohlen in den Vordergrund und zeigte den Frauen, wo ihr Platz sei.

Unverhohlene Herausforderung: Werbung am Rande des Skandals

Werbung sucht oft die Grenzen des Erlaubten - manchmal sogar durch das Provozieren von Skandalen, um Aufmerksamkeit zu erregen. Ein Beispiel hierfür ist der Fall von Afri-Cola. Als das Unternehmen in Schwierigkeiten geriet, griff es zu einem gewagten Werbeplakat: Drei Nonnen, die sinnlich und lüstern eine Limonade genießen.

Diese Szene entfachte große Empörung und führte zum sogenannten Nonnen-Skandal. Die Kirche forderte ein Verbot dieser Werbung, doch für den Getränkehersteller war die Kontroverse ein wahrer Segen. Über Nacht avancierte die Limonade zum Kultgetränk und verzeichnete ein Umsatzplus von beachtlichen 30 %.

Ein weiteres interessantes Beispiel für unerwartete Wendung in der Werbegeschichte ist das Label "Made in Germany". Ursprünglich vom britischen Parlament schon im Jahr 1887 eingeführt, um deutsche Produkte "hervorzuheben", entwickelte sich diese Herkunftsbezeichnung wider Erwarten zu einem Gütesiegel für deutsche Dienstleistungen und Qualitätswaren. Es bleibt zu hoffen, daß dieses Label seine Bedeutung behält und nicht zu einer schnöden "Made" verkommt.

Diese Anekdote erinnert an das Gedicht von Heinz Erhardt: "… und verschlang die kleine fade Made ohne Gnade. - Schade." Ein humorvoller Ausdruck, der die Vergänglichkeit und die Ironie des Lebens einfängt.

Die Werbung der 80er und 90er Jahre

1984 ging der Privatsender RTL an den Start, es folgte Prosieben. Die steigende Zahl an Werbemöglichkeiten schuf einen Wettbewerbsdruck in der Werbebranche. Unternehmen mußten sich etwas Neues ausdenken, um die Kunden von sich zu überzeugen. TV-Werbespots wurden aufwendiger und teurer. Unternehmen steckten also mehr Geld in ihre Werbung. Während ein Jahrzehnt zuvor das Produkt im Zentrum der Werbung stand, rückten die Unternehmen jetzt ihre individuelle Besonderheit in den Vordergrund, um sich von der Konkurrenz abzuheben. Hier ein Beispiel: Der Batteriehersteller Duracell zeigte seinen Slogan "Hält entscheidend länger".

So zeigte man in seiner Werbung geschickt, welchen Mehrwert der Kunde durch eine Duracell-Batterie hat. Ein Phänomen war auch das Begriffsmonopol, das in unserem Sprachgebrauch Einzug hielt: So sagen wir zum Beispiel statt Klebeband intuitiv "Tesa". Ein weiteres bekanntes Beispiel ist das "Tempo", anstatt des üblichen Taschentuches.

In den 1990er-Jahren mußte Werbung neue Herausforderungen meistern, denn noch mehr Privatsender erschienen auf deutschen Fernsehern. Werbung lief rum die Uhr. Innerhalb kürzester Zeit verzehnfachte sich die Zahl der Werbespots. Mit steigender Bilderflut wuchs auch

das Angebot. Folglich senkte der Überfluß an medialer Werbung die Effizienz der klassischen Marketing-Kommunikation. Erstmals empfanden Zuschauer Werbung nicht mehr als angenehm, sondern lästig und störend. Sie wurde immer kritischer hinterfragt.
1994 zog das Internet ein. Ein neuer, noch relativ unbekannter Werbekanal. Neue Technologien förderten die Entwicklung innovativer Konzepte, die es Menschen ermöglichten sich weltweit zu vernetzen. Die ersten Social Media Plattformen entstandenen und erfreuten sich großer Beliebtheit. Noch gab es wenig Internetwerbung, aber erste Unternehmer erkannten ihre Chancen. Die Internetwerbung war auf dem Vormarsch!
Werbung in den 2000er-Jahren
Das Internet verbreitete sich epidemisch und schuf das Zeitalter des Online Marketings. Unternehmen gestalteten Werbung dialogorientierter. Erstmals konnten Unternehmen dank E-Mails und Chats mit Kunden in direkten Kontakt treten. Personalisierte Nachrichten fanden Anklang und wurden positiv aufgenommen. Erste Werbebanner erschienen auf den Bildschirmen der Internetnutzer, die neugierig angeklickt wurden.
2004 ging die Social Media Plattform Facebook an den Start und feierte großen Erfolg. Anfangs waren es überwiegend Privatpersonen, die soziale Medien zum Kommunizieren nutzten. Schnell erkannten auch Personen des öffentlichen Rechts, Unternehmen und Politiker die Vorteile solcher Online-Plattformen. Vor allem leisteten Smartphones einen erheblichen Anteil an der Entwicklung mobiler Werbung. Die Nutzer sind zudem rund um die Uhr miteinander vernetzt und informiert; sie können jetzt selbst Inhalte einbringen und im Internet hochladen. Das Influencer-Marketing war geboren.

Ein brisanter Aspekt: Unterschwellige Werbung

Unterschwellige Werbung ist ein faszinierendes und zugleich kontroverses Thema im Marketing.
Trotz der Debatte über ihre tatsächliche Effektivität steht außer Frage, daß das Unterbewußtsein eine entscheidende Rolle bei unseren Entscheidungen und Verhaltensweisen spielt.
Diese Art der Werbung nutzt visuelle und auditive Stimuli, um das Unterbewußtsein zu beeinflussen und das Konsumentenverhalten zu lenken, ohne daß sich der Konsument der übermittelten Botschaft bewußt ist. Solche versteckten Botschaften, bestehend aus Wörtern oder Bildern; sie liegen unterhalb der normalen Wahrnehmungsschwelle.
Häufig werden Wörter auf einem Bildschirm so kurz eingeblendet, daß sie unbemerkt bleiben - im Bereich von 0,003 Sekunden. Aktuelle Forschungen belegen, daß unterschwellige Botschaften tatsächlich die Macht haben, unser Verhalten in gewissem Maße zu beeinflussen.
Selbst das Logo oder der Slogan eines Unternehmens kann unterschwellige Elemente enthalten, um die Markenbekanntheit zu erhöhen. Ziel ist es, Konsumenten dazu zu bewegen, bestimmte Bilder und Emotionen mit der Marke zu verknüpfen. Die Werbung integriert Botschaften, Bilder oder Klänge in Werbematerialien, die so subtil sind, daß sie nicht bewußt wahrgenommen werden. Diese Stimuli sind oft schnell oder leise plaziert und liegen unterhalb der Schwelle des bewußten Erkennens.
Ein bekanntes Beispiel ist die Musik im Supermarkt: Spielt französische oder deutsche Musik, neigen Kunden dazu, häufiger zu Weinen aus dem entsprechenden Land zu greifen, das "Laut gibt". Das Komplexe dabei: Das Unterbewußtsein ist mächtiger als das Bewußtsein, wenn es um die Informationsverarbeitung geht. Es kann gleichzeitig 20.000 Bits an Informationen verarbeiten, während das Bewußtsein nur etwa 7 Bits gleichzeitig verarbeiten kann.
Unterschwellige Werbung geschieht also durch sehr kurze Einblendungen von Bildern oder durch subtile Botschaften in Logos oder Grafiken. Sie kann als manipulativ angesehen werden und ist in der Werbebranche weit verbreitet.

Werbung und Psychologie

Erstaunlich ist, wie die Wirtschaft die Methoden der Psychologie für ihre Ziele entdeckt hat

und sie für sich nutzbar macht. Offenbar sind wir sicher, daß wir unsere Kaufentscheidungen vor allem nach rationalen Kriterien treffen würden. Das ist aber nicht der Fall. Wären nur rationale Kriterien für den Kauf eines bestimmten Produkts wichtig, gäbe es gar keine Markenbildung.
Verhältnismäßig harmlos sind gewisse Farbreize in der Werbung. Das Zauberwort heißt Farbenpsychologie. Hier werden ganz bewußt Assoziationen bei Konsumenten ausgenutzt und befeuert. Wie dies funktioniert? Nun, die Werbeleute wissen ganz genau, mit welchen Farben sie welche Assoziationen bei den Kunden auslösen.

Einprägsame Werbesprüche- und Slogans bekannter Marken

Hier nur einige herausgegriffen. Nike: "Just Do It" - Diese Kampagne ist legendär für ihre motivierende Botschaft. Sie half Nice, sich als führender Markt im Sportbereich zu etablier. Oder Calgon: "Waschmaschinen leben länger mit Calgon". Die Idee, eine Schokolade zu entwikkeln, die in jede Sportjackentasche paßt, entstand schon in den 1930er Jahren. Daraus entwikkelte sich später die Marke Ritter Sport, die seit den 1970er Jahren mit dem prägnanten Slogan "Quadratisch. Praktisch. Gut." weltbekannt wurde.
Und ebenso bekannt ist UHU: "Im Falle eines Falles klebt UHU wirklich alles." Oder Persil: "Da weiß man, was man hat. Und kennen Sie den Unterschied zwischen Persil und einer Jungfrau? Nun, Persil bleibt Persil.

Werbung in unserer Zeit

Mit dem exponentiellen Anstieg der Werbung und dem öffentlichen Interesse daran, begann die Wissenschaft die Werbewirkung genauer zu untersuchen. Zugleich wurden erste kritische Stimmen gegenüber Werbung und dem Konsum laut. Denken Sie nur an die damaligen ersten Werbeverbote für die Tabakindustrie.

TV-Werbetricks: Kurze Film-Wiederholung nach Werbeunterbrechungen

In der heutigen Fernsehlandschaft greifen Sender zu zahlreichen Tricks, um die vorgeschriebenen Werbezeit-Grenzen zu umgehen. Es ist menschlich, gegebene Grenzen kreativ auszureizen - besonders im Bereich der Werbung. Programmgestalter neigen dazu, mehr Werbung in Filme oder Serien einzubauen, als eigentlich erlaubt.
Nach Werbeunterbrechungen wird oft das Ende des vorherigen Filmblocks wiederholt, was naive Zuschauer als hilfreiche Gedächtnisstütze mißverstehen könnten. Tatsächlich zielen die Sender darauf ab, die Programmlänge künstlich zu verlängern, um die magische Grenze von 90 oder 110 Minuten zu überschreiten und somit zusätzliche Werbeblöcke einzufügen - ein lukratives Geschäft für private TV-Sender.
Bei Filmen, die rechtlich nur alle 30 Minuten für Werbung unterbrochen werden dürfen, wird durch Wiederholungen die Laufzeit künstlich gestreckt, um mehr Werbeblöcke schalten zu können. Dieses Vorgehen führt zu einer erheblichen Verlängerung der Sendezeit und ermöglicht es den Sendern, mehr Werbung auszustrahlen, als gesetzlich vorgesehen.
Diese Praxis umgeht effektiv die gesetzlichen Bestimmungen und ist für die Programmveranstalter finanziell vorteilhaft. Für die Zuschauer stellt dies eine ständige Belästigung dar. Studien haben ergeben, daß lediglich 9 % der Zuschauer die Werbespots tatsächlich ansehen, während die übrigen 91 % den Kanal wechseln oder den Fernseher ganz ausschalten.

Bedenkliche Manipulationen in der Film-Werbung

Es ist äußerst problematisch, wenn Unternehmen oder Institutionen Einfluß auf die Gestaltung von Film-Drehbüchern nehmen. Nicht nur kommerzielle Interessen von Unternehmen, die eine vorteilhafte Darstellung ihrer Produkte anstreben, spielen hierbei eine Rolle. Auch das Militär, insbesondere die US-Armee, ist bekannt dafür, in amerikanischen Filmproduktionen direkt oder indirekt involviert zu sein.
Ziel ist es, eine positive Darstellung des Militärs zu erreichen, oft im Austausch für logistische Unterstützung oder Zugang zu militärischen Einrichtungen. Zahlreiche Enthüllungen haben

gezeigt, daß das US-Militär Einfluß auf Filme wie "Iron Man" oder "007 - Der Morgen stirbt nie" genommen hat, um das öffentliche Bild des Militärs zu formen.

Das Zeitalter des Internets

Die Geschichte der Werbung ist gleichermaßen die Geschichte der Medien. Denn durch das Anwachsen vorhandener Werbeträger erreicht die Werbung eine größere Reichweite und damit eine immer stärkere Einflußnahme. Der letzte - und wohl bedeutsamste - Schritt in der Geschichte der Werbung vollendet das Internet. So werden allein 2022 fast 37 Milliarden Euro in Deutschland in Werbung investiert. Darunter fließen über 10 Milliarden in TV-Werbung und 12,14 Millionen in Online-Werbung. Wirklich atemberaubende Summen! Eine neuere Art der Internet-Werbung ist das "Mobile-Advertising", also die gezielte Werbung auf mobilen Endgeräten. Auch hier sind Hunderte von Millionen Euro investiert.

Ganz gezielte Werbung

Das Internet ermöglicht es Werbetreibenden, ihre Zielgruppen genauer zu identifizieren und zu erreichen. Durch die Analyse von Benutzerdaten und Verhaltensmustern können Werbetreibende personalisierte Werbung schalten, die besser auf die Bedürfnisse und Interessen ihrer Zielgruppen zugeschnitten ist.

In den soziale Medien wie Facebook, Twitter und Instagram bringen die Werbetreibende ihre Botschaften gezielt an die Benutzer, die sie für ihre Zielgruppen halten. Durch das Verbreiten von Smartphones und Tablets hat sich die mobile Werbung zu einem wichtigen Bereich entwickelt. Die Werbebotschaften können damit überall ihr Klientel erreichen: Werbebotschaften lassen sich durch animierte Videos oder interaktive Anzeigen in neuen und ansprechenderen Formaten präsentieren. Online-Marktplätze und E-Commerce-Plattformen ermöglichten es Werbetreibenden wie Amazon und eBay, ihre Produkte direkt an die Verbraucher zu verkaufen.

Werbe-Blocker

Um nervtötende Werbung im Fernsehen und im Netz zu blockieren, gibt es verschiedene Methoden:

Smart TV Werbung ausschalten: Hier kann man versuchen, die Werbung über die Einstellungen zu begrenzen. Manche Hersteller erlauben es, Werbe-IDs zurückzusetzen oder das Trakking für Werbezwecke zu deaktivieren.

Werbung in Apps deaktivieren: Bei You Tube kann Werbung durch den Abschluß einer bezahlten Mitgliedschaft wie You Tube Premium ausgeblendet werden.

Einsatz von Werbeblockern: Es gibt Programme und Browser-Erweiterungen, die Werbung automatisch blockieren. Diese lassen sich auf Smart-TVs, Computer und mobilen Geräten installieren.

Ad-Server über den Router blockieren: Dieser blockiert Werbeanzeigen und dämpft so die Internet-Werbung. Auch am Internet-Router kann man Einstellungen vornehmen, um Werbeserver zu blockieren.

Werbung: krawallig, einfallslos bis kreativ

Stand lange Zeit allein das Produkt einer Werbebotschaft im Mittelpunkt, wandelt sich dies seit einigen Jahren hin zum kundenorientierten Verstehen. Gelegentlich gibt es auch gute Werbung, einmalig und kreativ. Heute heißt es, den Kunden und seine Bedürfnisse zu verstehen. Dazu analysiert die KI Unmengen an Verbraucherdaten und gibt Aufschluß darüber, wie Kunden wirklich ticken. Dies ermöglicht es, Werbemachern Zielgruppen zur richtigen Zeit am richtigen Ort mit passenden Informationen zu versorgen.

Kosten, Preise, Wahnsinn der TV-Werbung

Auf dem deutschen Markt wurden letztes Jahr insgesamt etwa 32 Milliarden Euro für Werbung ausgegeben. Offensichtlich lohnt sich Werbung. Diese Kosten werden letztlich den Produkten drauf geschlagen. Der Verbraucher muß es zahlen.

Die Kosten für eine Werbeminute im Fernsehen variieren je nach Sender, Tageszeit und anderen Faktoren. Laut den Informationen, die ich gefunden habe, lagen die Preise bei ZDF-Werbefernsehen für das erste Halbjahr 2020 zwischen etwa 200 und 1.000 Euro pro Sekunde. Bei ARD zahlen Sie für eine TV-Werbung im Nachmittags- und Vorabend-Programm durchschnittlich zwischen 6.000 und 42.000 Euro je 20 Sekunden.
Für RTL könnten die Kosten höher sein, insbesondere während der besten Sendezeit. Je nach Plazierung können diese zwischen 3.600 und 42.600 pro 20-Sekunden-Spot liegen. Diese Zahlen stammen aus dem Jahr 2020. Der aktuellen Preise könnte anders sein.
Ergänzend noch ein paar niedliche Aspekte: Die durchschnittliche Werbezeit pro Tag bei privaten Sendern wie RTL liegt rechtlich bei maximal vier Stunden und 48 Minuten. Im Jahr 2020 wurden in Deutschland insgesamt etwa 3,15 Millionen Minuten an TV-Werbung ausgestrahlt, mit einer durchschnittlichen Länge der Werbespots von rund 27,7 Sekunden.

Änderungsbedarf in der Werbelandschaft und meine Kritik

Es ergibt sich die bange Frage, wann die TV-Mediengiganten in Deutschland das amerikanische Niveau erreichen werden - insbesondere in Hinblick auf Nachrichtensendungen, die zwischen übermächtigen Werbeblöcken wie in einer Zwangsjacke stecken. Viele der unerwünschten Praktiken haben wir bereits von den USA übernommen, wie das unvermittelte Einfallen der um 3 dB lauteren und teilweise geschmacklosen Werbung inmitten einer Sendung, sowie die endlos wiederholten Klischees aus amerikanischen Filmen.
Besonders aufdringlich ist es, wenn aggressive Großmarktwerbung mit der Subtilität eines Elefanten im Porzellanladen hereinbricht, gerade dann, wenn man sich im Internet eine Schachpartie konzentriert ansehen möchte. Es ist erstaunlich, daß nicht mehr Menschen gegen diese Belästigung aufbegehren. Es scheint fast ironisch, daß wir zusätzlich bezahlen müssen, um der wachsenden Verdummung und Verrohung im Netz zu entkommen. Angesichts des Zustands heutiger Fernsehprogramme hat die Werbung paradoxerweise fast den Charakter eines echten Kunstgenusses angenommen.
Vielleicht sollten wir anfangen, die Werbung einfach auszuschalten - wir sind es uns wert.<<

17.05.2024

BRD: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 17. Mai 2024 (x1.369/…): >>**Die Grünen Energievernichter**

Von der Primärenergie wird nur ein Drittel genutzt. Mit der Energiewende sinkt dieser Anteil ständig. Es wird immer mehr Energie durch die grünen Ideologien vernichtet, bevor sie den Endverbraucher erreicht.
von Prof. Dr. Ing. *Hans-Günter Appel*
Die grünen Weltverbesserer von der CDU bis zu den Linken jubeln. Die Energiewende komme voran. Im letzten Jahr seien mehr als 50 Prozent "Ökostrom" in das Netz eingespeist worden. Vor allem Wind- und Solarstromanlagen müßten weiter ausgebaut werden. Es wird mit installierten Leistungen geprahlt, die niemals erreicht werden. Verschwiegen wird, daß Wind- und Solarstrom keine gesicherte Leistung liefern können und damit auch kein stabiles Stromnetz aufbauen und halten können.
Dazu sind Kraftwerke erforderlich, denn nur sie stellen jederzeit die verlangte Leistung bereit. Der Strom aus Wind und Sonne ist FAKEPOWER (Fake = Täuschung), denn die grünen Politiker versichern uns den Unsinn, man könne Deutschland mit diesem Strom vollständig, sicher und preiswert versorgen.

Fakepower braucht viele Regelkraftwerke

Fakepower kann nur begrenzt in ein stabiles Stromnetz eingespeist werden. Die Kraftwerke müssen dann zusätzlich noch die zwischen 0 bis 60 Prozent schwankenden Fakepower-Leistungen auf den Bedarf regeln. Dadurch sind die Regelkosten von 100 Millionen Euro pro Jahr auf inzwischen 4.200 Millionen angestiegen. Durch diese häufigen Leistungswechsel

wird in den Kraftwerken der Brennstoffverbrauch pro Kilowattstunde erhöht. Wir kennen das vom Autofahren. Beschleunigen und Bremsen kostet merklich mehr Treibstoff als durchgängiges Fahren. Fakepower erfordert mehr Brennstoffe in den Kraftwerken.

Es wird zu viel Fakepower erzeugt

Im letzten Jahr (2023) gab es über 300 Stunden mit negativen Strompreisen an der Börse. Das bedeutet: Teuer vergütete Fakepower mußte unter Zuzahlung entsorgt werden. Inzwischen werden Fakepower-Anlagen bei Starkwind und Sonnenschein immer häufiger abgeschaltet, um Zuzahlungen (= Subventionierungen) zur Entsorgung zu vermeiden. Die Betreiber erhalten jedoch eine Ausfallvergütung, die letztlich auf den Stromkunden abgewälzt wird. Auch dies ist Energievernichtung.

Hohe Stromverluste durch lange Leitungen

Strom soll über immer größere Entfernungen transportiert werden. Dies gilt für den zunehmenden Importstrom, der mit dem Abschalten der konventionellen Kraftwerke benötigt wird. Windstrom soll über neue Überlandleitungen in den Süden fließen. Von den Off-Shore-Windanlagen muß der Strom angelandet werden. Der Stromtransport ist nicht gratis. Es gibt erhebliche Leitungsverluste. Über eine Distanz von 500 km gehen rund 10 Prozent der Energie verloren, wenn man die Umformverluste bei der Ein- und Ausspeisung einrechnet. Der Transport fossiler Brennstoffe zu den Verbraucherzentren ist wesentlich günstiger.

Wasserstoff ist keine Lösung

Inzwischen haben auch die grünen Politiker begriffen, daß für eine sichere Energieversorgung Regelkraftwerke notwendig sind, die den gesamten Strombedarf bei Dunkelflaute liefern müssen. Mit der Verdammung der fossilen Brennstoffe sollen diese Kraftwerke in Zukunft mit grünem Wasserstoff betrieben werden. Das Verfahren wird auf Neudeutsch "Power to Gas" genannt. Mit Fakepower soll aus Wasser elektrolytisch Wasserstoff gewonnen, in Kavernen gelagert und bei Bedarf in Gaskraftwerken wieder in Strom umgewandelt werden.

Eine schöne Idee. Doch bei genauerem Hinsehen geht die eingesetzte Fakepower durch die Umwandlungen bis auf etwa 10 Prozent verloren. Diese Restenergie oder sogar noch mehr wird jedoch für den Transport und die Speicherung des Wasserstoffs in Kavernen unter einem Druck von 300 Bar gebraucht. Die geplante Wasserstofftechnik entpuppt sich als ein riesiges Energie-Vernichtungsprogramm.

Nur Nutzenergie führt zum Wohlstand

Energie ist der Schlüssel zu unserem Wohlstand. Das gilt jedoch nur für die Energie, die wir nutzen. Eine sinnvolle Energiepolitik muß Stromverluste auf dem Weg zum Verbraucher mindern. Die Verbraucher müssen frei sein, die für sie effektivsten Geräte einzusetzen. Diese Grundforderungen erfüllt die Ampel-Regierung nicht. Im Gegenteil. Wie gezeigt, führen die Energiewende-Gesetze zu immer größerer Stromvernichtung. Das gilt auch für das umstrittene Heizungsgesetz. Die vorgeschriebene Heizungsumstellung führt erst nach 10 Jahren zu einer Energieeinsparung. Bis dahin übersteigt der Energieaufwand für die Installation der neuen Heizung die Einsparungen.

Es wird hohe Zeit, unsere Energieversorgung von ideologischen Vorstellungen auf wirtschaftliche Füße zu stellen. Die Ampel-Regierung ist dazu offensichtlich nicht bereit. Die kommenden Wahlen werden zeigen, ob sich der Wähler weiterhin von den Ideologen und Märchenerzählern täuschen läßt.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 17. Mai 2024 (x1.367/…): >>**Tino Chrupalla: "Diese Bundesregierung bekommt nichts auf die Kette!"**

Der aktuelle Haushaltsstreit der Ampel-Regierung offenbart die ganze Hilflosigkeit der Koalition: Während die eigentlichen Hausaufgaben nicht gemacht werden, zofft man sich in Scheinkonflikten.

AfD-Bundessprecher Tino Chrupalla nimmt kein Blatt vor den Mund und zählt die Defizite auf: Viel zu hohe Steuern, keine Impulse für die Wirtschaft, keine Senkung der Energiepreise. Chrupalla verdeutlicht, daß eine wirtschaftliche Erholung nur mit der AfD gelingen kann. Wichtige Eckpunkte dieser Kurskorrektur wären die Abschaffung der CO2-Abgabe, die Senkung der Energiesteuer und anderer Abgaben sowie die Streichung unsinniger Ideologie-Projekte - von der "Energiewende" bis zu den Waffenlieferungen an die Ukraine.
Ein wichtiges Thema dieser Woche war auch die Bundestagsdebatte über den Pandemievertrag der UN-Gesundheitsorganisation (WHO). Der gesundheitspolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Martin Sichert, warnt: Mit dem Pandemievertrag erhält die WHO künftig mehr Macht über die Frage, wann eine Pandemie besteht. Die Menschen sollen zum gläsernen Bürger werden und die nationale Souveränität soll noch stärker ausgehöhlt werden. Sichert wendet sich gegen diesen fatalen Kurs und fordert eine intensive Aufarbeitung des Corona-Unrechts: "Das darf nie wieder passieren!"
Der dritte Gesprächspartner unseres Podcasts ist Leif-Erik Holm, wirtschaftspolitischer Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion. Holm setzt sich mit den hohlen Versprechungen von Bundeskanzler Olaf Scholz bezüglich eines "grünen Wirtschaftswunders" auseinander. Daß das Wunder nicht stattfindet, wundert den AfD-Abgeordneten nicht. Die ökosozialistische Transformation unserer Energieversorgung ist "komplett gescheitert", so Holm: "Wir müssen unsere Kernkraft weiter nutzen!"<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 17. Mai 2024 (x1.377/…):
>>**Gericht gibt COMPACT recht**
Von *Jürgen Elsässer*
Blaue-Welle-Veranstaltung in Wertheim kann morgen (Pfingstsamstag) wie geplant auf dem Marktplatz stattfinden (Beginn 17 Uhr). - Auch die Stadtverwaltung Zittau muß gegen COMPACT kapitulieren.
Frechheit siegt, so das Sprichwort - aber in diesem Fall trat das Gegenteil ein: Frechheit wurde bestraft, und zwar vom Gericht. Die Stadt Wertheim hatte versucht, das COMPACT-Volksfest Blaue Welle aus dem Innenstadtbereich zu verbannen und die Veranstaltung an den Stadtrand zu verlegen.
Dagegen hatten wir Widerspruch eingelegt, denn das Argument der Stadt, der Platz sei zu klein, war frech gewesen: Schließlich war am selben Ort Ende Januar eine Anti-Rechts-Kundgebung mit 1.300 Teilnehmern geplant gewesen, während wir nur 500 Personen angemeldet hatten.
Im Beschluß des VG Stuttgart heißt es: "Die von der Antragsgegnerin (Stadtverwaltung) gegen den von der Antragstellerin (COMPACT) angemeldeten Kundgebungsplatz vorgebrachten Gründe vermögen die Kammer nicht davon zu überzeugen, daß die öffentliche Sicherheit und Ordnung durch die Versammlung auf dem Marktplatz unmittelbar gefährdet wird."
Zum Versuch der Stadt, die Blaue Welle an den Stadtrand abzuschieben, heißt es:
"Diese Verlegung des Versammlungsortes ist für die Antragstellerin (COMPACT) jedoch unzumutbar, weil sie der Versammlung ihre Wahrnehmbarkeit nahezu vollständig nimmt und somit einem Verbot der Versammlung nahekommt." Ein großes Dankeschön an die Rechtsanwaltskanzlei Dubravko Mandic, die das Gericht mit guten Gründen an die Rechtslage erinnert hat."
Die Schein-Argumente unserer Antragsgegner waren auch dadurch nicht besser geworden, daß die Stadtverwaltung sie gegenüber dem Gericht mit allerhand sachfremden Invektiven gegen unser Magazin ausgeschmückt hatte. Versammlungsrecht bleibt Versammlungsrecht, und das gibt auch oppositionellen Stimmen wie COMPACT die Möglichkeit, öffentlich aufzutreten. Da können Altparteien, Antifas und Omas gegen Rechts noch so sehr zetern:
Morgen, 18. Mai (Pfingstsamstag), steigt die Blaue Welle in Wertheim, wie von uns angekün-

digt ab 17 Uhr auf dem schönen Marktplatz.
Eine persönliche Schlappe ist die Gerichtsentscheidung für den Wertheimer Oberbürgermeister Herrera Torrez (SPD), der in einem als "privat" deklarierten Beitrag auf Facebook erklärt hatte:
"Persönlich finde ich es furchtbar und unerträglich, daß wir einem solchen Magazin und den dazugehörigen Personen, öffentlichen Raum in Wertheim einräumen müssen, damit dort die entsprechenden Inhalte verbreitet werden können."
Und weiter:
"Deshalb bin ich froh, daß ein breites gesellschaftliches Bündnis an diesem Tag zu einer langen Kaffeetafel einlädt, um dort miteinander ins Gespräch zu kommen. Ich bin dankbar, daß alle demokratischen Kräfte, die im Wertheimer Gemeinderat vertreten sind, an diesem Tag über ihre Themen und Anliegen informieren. Und ich bin stolz darauf, daß an diesem Tag eine Kundgebung für Demokratie und gegen Rechtsextremismus in Wertheim stattfindet. Dort werde ich auf Einladung der Veranstalter als Privatperson auch sprechen."
Viel Erfolg, Herr Bürgermeister! Wetten, daß bei unserer Blauen Welle mehr Stimmung sein wird als bei Ihnen und den Kaffeetanten?

Erfolg auch in Zittau

Bei der Blauen Welle im sächsischen Zittau, an der am 27. April 1.000 Menschen teilnehmen, hatte die Stadtverwaltung ein Doppelfoul versucht. Zuerst ließ sie die Mobilisierungsplakate abhängen, für die wir eine Sondergenehmigung hatten und dafür bezahlen mußten, abhängen. Als ich darauf bei meiner Kundgebungsrede anspielte - "Ist das Irrenhaus oder Stasi oder vielleicht schon Gestapo?" -, ließ die Stadtverwaltung über die Sächsische Zeitung verbreiten, sie erwäge eine Anzeige gegen mich.
Heute entnimmt man demselben Presseorgan: "Der Chef des rechtsextremen Magazins COMPACT, Jürgen Elsässer, wird sich für seinen Vergleich der Zittauer Stadtverwaltung mit der Gestapo - der berüchtigten politischen Polizei des Hitler-Regimes - nicht verantworten müssen. Das ist das Ergebnis einer Prüfung des Vorfalls durch Rathaus-Mitarbeiter."
Das will ich gar nicht weiter kommentieren, denn die Zittauer Rathäusler werden noch büßen müssen: Selbstverständlich verklagen wir die Demokratiefeinde wegen des Abhängens der Plakate auf Schadensersatz!

Das schafft nur COMPACT

Schon diese beiden Beispiele zeigen, wie wichtig die Blaue Welle ist: Wir schaffen gegen das Meinungsmonopol des Altparteienkartells sichtbare Gegenöffentlichkeit. Wir sind nicht nur fähig, diese großen Volksfeste eigenständig zu bewerben und durchzuführen - wir haben auch die Kraft, uns gegen Verbote durchzusetzen. COMPACT kann's!
Nach dem großen Erfolg vor Gericht gilt um so mehr: Holen wir uns unsere Demokratie und unser Land zurück! Die Blaue Welle erobert Stadt für Stadt! Am 18. Mai in Wertheim wird ein wichtiger Termin für alle, die auch den Westen nicht verloren geben wollen. Kommt um 17 Uhr auf den Marktplatz - wir feiern ein großes Fest und lassen uns die Laune von den demokratiefeindlichen Altparteien und Antifanten nicht verderben. Und am 24. Mai sind wir mit der Blauen Welle in Mühlhausen/Thüringen (18 Uhr, Obermarkt) sowie am 9. Juni (EU-Wahlabend) in Magdeburg (17 Uhr, Alter Markt).
Der Eintritt ist wie immer frei. ...<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 17. Mai 2024 (x1.369/…):
>>**Stromnetz: Grüne setzen weiter auf staatliche Übernahme von Tennet**
Trotz der bislang ergebnislosen Verhandlungen des Bundes mit dem niederländischen Netzbetreiber Tennet hoffen die Grünen weiter, daß die staatliche Übernahme noch gelingt. "Von einem Scheitern der Verhandlungen ist mir nichts bekannt", sagte die energiepolitische Sprecherin der Grünen-Bundestagsfraktion, Ingrid Nestle, der "Rheinischen Post" (Samstagausga-

be).
"Tennet ist derzeit ein Staatsunternehmen unseres Nachbarlands Niederlande, obwohl der Löwenanteil der Investitionen in Deutschland getätigt wird." Es müsse dringend eine gute Lösung gefunden werden, so Nestle.
"Denn die Stromleitungen sind für Menschen, Unternehmen und die Sicherheit unseres Landes von höchster Bedeutung", erklärte die Grünen-Politikerin. "Und da sollten wir uns nicht auf Dauer darauf verlassen, daß unser Nachbar für ausreichende Investitionen bei uns sorgt." Tennet hatte am Donnerstag mitgeteilt, daß man wegen bislang ergebnisloser Gespräche über eine Verstaatlichung seines deutschen Übertragungsnetzes nun parallel nach anderen Geldquellen suche.<<
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 17. Mai 2024 (x1.367/…): >>**Heizkosten steigen um bis zu 44 %: Stoppt die sinnlose Sanktionspolitik!**
Die zerstörerische Energie- und Sanktionspolitik der Ampel-Regierung zeigt Wirkung: Laut Auswertung eines Immobiliendienstleisters sind die Heizkosten von Miethaushalten im vergangenen Jahr massiv gestiegen. Bei Fernwärme ist demnach ein Anstieg der Kosten pro Kilowattstunde um sieben Prozent zu verzeichnen, bei Heizöl um 37 Prozent und bei Erdgas sogar um 44 Prozent. Dabei hatte der grüne Wirtschaftsminister Habeck noch vor zwei Jahren getönt: "Niemand soll befürchten müssen, wegen der Gasrechnungen in Armut zu stürzen oder seinen Betrieb schließen zu müssen."
Außerhalb der Ampel-Parallelwelt weiß jeder, was die Ursache für die Verteuerungen ist: Es ist die desaströse Energiepolitik der Bundesregierung - einschließlich der sinnlosen Rußland-Sanktionen, die vor allem das eigene Land treffen. Was hat dieses vermeintliche Wundermittel eigentlich gebracht? Das Sterben auf den ukrainischen Schlachtfeldern geht unvermindert weiter, während sich die Warnungen der AfD vor den wirtschaftlichen Folgen der Sanktionen bestätigen. Die Kritiker wurden ignoriert, verlacht und als Putin-Trolle hingestellt - und wieder einmal haben diese Kritiker am Ende Recht behalten.
Anstatt den ideologischen Irrweg einzusehen, belastet die Ampel den Bürger immer mehr, denn Habecks Heizungshammer und die enorm hohe Steuer- und Abgabenlast machen alles nur noch schlimmer. Die AfD will die Bürger entlasten und die Traumtänzereien der Scholz-Regierung beenden. Schluß mit Heizhammer, Schluß mit Sanktionspolitik, Schluß mit CO2-Abgabe!<<
Das deutsche Multipolar-Magazin berichtet am 17. Mai 2024 (x1.370/…): >>**Unternehmer dürfen keinen Druck zur Wahlentscheidung aufbauen**
Große Unternehmen positionieren sich gegen AfD / Arbeitsrechtler: Kündigung aufgrund der Wahl einer bestimmten Partei nicht erlaubt / Politischer Druck durch Arbeitgeber kann "strafbare Wählerbestechung" sein
Arbeitgeber dürfen ihren Angestellten nicht vorschreiben, wen sie wählen. Eine Kündigung aufgrund der Wahl einer bestimmten Partei sei nicht erlaubt, sagte Prof. Dr. Michael Fulrott dem Online-Portal Legal Tribune Online (LTO). Nach Aussage des Fachanwalts für Arbeitsrecht dürften Unternehmen "ihre Werte beschreiben und formulieren, daß die politischen Ziele einer konkreten Partei nicht vereinbar sind mit denen des Unternehmens".
Nicht erlaubt sei, einen Druck zur konkreten Stimmabgabe aufzubauen. Dies könnte laut Fulrott je nach Wortlaut sogar eine "strafbare Wählerbestechung nach § 108b Strafgesetzbuch sein". Gegenüber t-online.de hat der Berliner Arbeitsrechtler Alexander Bredereck darauf hingewiesen, daß Arbeitnehmer bei der Frage nach der Wahlentscheidung durch den Arbeitgeber lügen dürfe. Eine Frage nach der politischen Ausrichtung könne den Arbeitnehmer diskriminieren.
Zuvor hatten beispielsweise die Vorstandsvorsitzenden von Bertelsmann und Evonik sowie

der Unternehmer Reinhold Würth Stellung gegen die AfD bezogen, vor deren Wahl gewarnt oder gesagt, die Partei passe nicht zu den Werten des Unternehmens. Auch der Diakonie-Präsident Rüdiger Schuch hatte sich Ende April in einem Interview gegen die Beschäftigung von AfD-Unterstützern ausgesprochen. "Wer die AfD aus Überzeugung wählt, kann nicht in der Diakonie arbeiten", sagte Schuch. Die AfD-Politiker Beatrix von Storch erstattete nach eigenen Angaben Anzeige aufgrund von Wählernötigung.
Eine Grenze für die Meinungsfreiheit im Betrieb stellt laut Arbeitsrechtler Fuhlrott die potentielle "Störung des Betriebsfriedens" dar. Wer beispielsweise fremdenfeindliche Parolen ausspreche, für den könnte es kritisch werden. "Es kommt dann aber auf die konkrete Formulierung und den Kontext an", sagt der Jurist. Er macht einen Unterschied zwischen der Meinungsäußerung in der Mittagspause und einem Affront während der Zusammenarbeit.
Wer seine Arbeitsleitung erbringe, bei dem sei unerheblich, was er in seiner Freizeit ohne Bezug zum Arbeitsverhältnis mache. Wahlwerbung im Unternehmen sei verboten und könne zur Abmahnung und bei Wiederholung zur Kündigung führen. Arbeitgeber im öffentlichen Dienst dürfen von ihren Angestellten Verfassungstreue verlangen, weil sie zur Neutralität verpflichtet sind.
Für Beschäftigte bei einem kirchlichen Träger wie der Diakonie gilt das Kirchenarbeitsrecht, bei dem es gesteigerte Loyalitätspflichten gegenüber dem Arbeitgeber gibt, stellt Fulrott gegenüber dem ZDF klar. "Kirchenfeindliche Betätigungen, die christlichen Werten zuwiderlaufen, können arbeitsrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen. Wer beispielsweise vertritt, daß alle Flüchtlinge aus Deutschland verschwinden sollen oder wer Behinderte als Menschen zweiter Klasse ansieht, riskiert seinen Arbeitsplatz."
Nach den Aussagen des Diakonie-Präsidenten zur Wahl der AfD, sagte eine Sprecherin: "Die Diakonie ist parteipolitisch neutral und gibt keine Wahlempfehlungen ab. Sie warnt jedoch vor der Unterstützung von politischen Kräften, die sich gegen ein christliches Menschenbild und die freiheitlich-demokratische Grundordnung unseres Landes richten - egal, aus welcher politischen Richtung."<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 17. Mai 2024 (x1.377/…):
>>**Revision: Höcke wehrt sich gegen Haß und Hetze**
Von *Sven Eggers*
Die skandalöse Verurteilung des Thüringer AfD-Chefs Höcke zu Beginn der Woche in Halle hat diverse Reaktionen nach sich gezogen. …
Das Landgericht Halle hatte sein Urteil kaum gesprochen und Björn Höcke zu 13.000 Euro Geldstrafe verdonnert, weil er in einer Wahlkampfrede vor Jahren betont hatte, alles für sein Land geben zu wollen, da stand schon der Thüringer CDU-Chef Mario Voigt auf der Matte. Nun sei es also "amtlich, daß seine Nazi-Parolen nicht rechtens sind", so der Herr Farblos, der unlängst in einem TV-Duell dem Kopf der Thüringer AfD hoffnungslos unterlegen gewesen war.
"Raus mit denen aus Polizei und Justiz!"
Ulrike Grosse-Röthig, Vorsitzende der Linken in Thüringen, freute sich diebisch über einen "juristischen Doppelwumms" gegen die AfD und meinte damit die jüngsten Urteile gegen Höcke und auch gegen die Blauen in Sachen Einstufung als Verdachtsfall. Grosse-Röthig setzte im Interview mit der DPA noch einen drauf: Die AfD bediene sich "immer wieder und in unerträglicher Weise der Ideologie des Nationalsozialismus". Und dann:
"Beamte mit AfD-Parteibuch bieten keine Garantie dafür, unser Grundgesetz zu verteidigen. Sie müssen aus Polizei und Justiz raus!"
Einmal in Fahrt, schob sie dann noch eine AfD-Verbotsforderung nach: "Und wir brauchen eine rasche Prüfung, ob genügend Beweise für die Gefährdung unserer Demokratie durch die Höcke-Partei vorliegen, die ein Verbot rechtfertigen." Ihre mutmaßliche Lieblingszeitung, der

TAZ, sieht das hingegen deutlich differenzierter: "Für Fälle wie den jetzigen gibt es eigentlich die rechtsstaatliche Maxime 'im Zweifel für den Angeklagten', "so der rechtspolitische TAZ-Korrespondent Christian Rath.
Die TAZ kommt erstaunlicherweise dann zu folgendem Fazit: "Bei Äußerungsdelikten gilt zusätzlich die Vorgabe des Bundesverfassungsgerichts, daß Äußerungen nach Möglichkeit so auszulegen sind, daß sie nicht strafbar sind. Ein Freispruch hätte deshalb eher nahegelegen als eine Verurteilung."
Höcke und seine Anwälte haben mittlerweile angekündigt, in Revision gehen zu wollen. Ulrich Vosgerau, einer seiner Rechtsvertreter, bezeichnete das Urteil als einen Skandal:
"Der Vorsatz wurde nicht erwiesen, sondern unterstellt. In der Sache ist das die Umkehrung der Unschuldsvermutung."
Vosgerau zum weiteren Vorgehen: "Zur Begründung der Revision müssen wir zunächst auf die schriftliche Urteilsbegründung warten, das wird einige Wochen dauern. Dann wird das Urteil durch den Bundesgerichtshof auf Rechtsfehler geprüft."

Kein Mindestmaß an Neutralität

Im Gerichtssaal hatte Höcke selbst das Wort ebenfalls ergriffen. Er attackierte dabei die Staatsanwaltschaft als unredlich. Der Focus faßt die Aussagen zusammen: "In ihrem Plädoyer sei sie 'auf eine Phantasiereise' gegangen, beklagt Höcke. Er habe den Eindruck, daß sein Widersacher nicht neutral agiert, sondern im Gericht als 'politischer Aktivist' auftritt. Der AfD-Politiker: 'Das hat mich persönlich sehr enttäuscht.' Er fühle sich ungerecht behandelt."
Und weiter: "Er sei einiges an Gegenwind gewohnt, aber so ‚Maß genommen zu werden, sei selbst für ihn überraschend. Er hätte sich ein 'Mindestmaß an weltanschaulicher Neutralität' gewünscht, sagt er dem Staatsanwalt ins Gesicht. Er frage ihn, ob ihn die entlastenden Ausführungen seiner Verteidiger 'unbeeindruckt gelassen' hätten. Oder habe ihn das alles gar nicht interessiert, weil sie Ihr Urteil schon gefällt hatten?"
Das Urteil soll allein zur Beschädigung des Spitzenkandidaten der stärksten Partei in Thüringen beitragen. AfD-Sprecherin Alice Weidel hatte es gestern im ARD-Morgenmagazin als "albern" bezeichnet. ...<<

Das deutsche Multipolar-Magazin berichtet am 17. Mai 2024 (x1.370/…): >>**Bundestag stimmt gegen Ablehnung des WHO-Pandemievertrags**

Große Mehrheit gegen Antrag der AfD / Debatte geprägt von gegenseitigen Vorwürfen der Demokratiefeindlichkeit

Der Bundestag hat am 16. Mai über einen Antrag der AfD-Fraktion zur Ablehnung des WHO-Pandemievertrags sowie der überarbeiteten Internationalen Gesundheitsvorschriften debattiert und namentlich abgestimmt. 581 Abgeordnete stimmten für die Beschlußempfehlung des Ausschusses für Gesundheit, den Antrag abzulehnen, 71 dagegen, es gab eine Enthaltung. Keiner der zehn Abgeordneten des Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) nahm an der Abstimmung teil.
Derzeit ist geplant, daß die Weltgesundheitsversammlung Ende Mai über die beiden Vertragswerke entscheidet. Kritiker weisen darauf hin, daß formale Kriterien nicht eingehalten werden. Mehrere Länder haben bereits signalisiert, daß sie die Verträge in ihrer derzeitigen Form ablehnen werden.
Martin Sichert (AfD) sagte in der Debatte: "Jede Übertragung von Macht auf internationale Organisationen ist demokratiefeindlich, weil sie das eigene Volk entmachtet." Ein wesentlicher Bestandteil der geplanten WHO-Abkommen seien "Informationskontrolle und Überwachung" und ständen damit dem Grundgesetz entgegen. Seine Parteikollegin Christina Baum mahnte an, daß spätestens mit dem Wirken der WHO in der Corona-Krise Zweifel an deren unabhängiger Tätigkeit aufgekommen seien. "Viele der in der Corona-Zeit getroffenen Maßnahmen beruhten auf den Empfehlungen der WHO und haben zu großen gesundheitlichen

Schäden geführt", erklärte Baum weiter.
Franziska Kersten (SPD) sagte, es brauche "mehr internationale Zusammenarbeit und Koordination". Auf die nächste Pandemie zu warten, ohne veraltete Pandemiepläne zu aktualisieren, sei "verantwortungslos". Tina Rudolph (SPD) warf der AfD vor, "Phantomängste" zu schüren, und warnte davor, daß der Klimawandel neue Pandemien hervorrufen könne. Das Pandemieabkommen würde von den WHO-Mitgliedstaaten ausgehandelt. "Da sitzen keine Lobbyisten, keine anderen Personen mit am Tisch, die das irgendwie beeinflussen würden", so Rudolph weiter. Andrew Ullmann (FDP) führte aus, der wissenschaftliche Dienst des Bundestages hätte festgestellt, "daß mit der Ratifizierung des geplanten Pandemieabkommens keine Übertragung der Hoheitsrechte auf eine zwischenstaatliche Einrichtung ... erfolgt".
Johannes Wagner (Bündnis 90/Die Grünen) bezeichnete die Inhalte des AfD-Antrages als "lächerliche Propaganda" und warf der Partei vor, das Vertrauen in die Demokratie zu untergraben. "Pandemien werden angesichts der Zerstörung der Ökosysteme immer wahrscheinlicher", so Wagner weiter. "Daß die COVID-19-Impfstoffe international anfangs ungleich verteilt waren, führte zu einem Vertrauensverlust in vielen Ländern des globalen Südens", sagte Jürgen Kretz (Bündnis 90/Die Grünen). Das Pandemieabkommen müsse dafür sorgen, "daß nie wieder ganze Weltregionen vom Zugang zu Impfstoffen und Medikamenten abgeschnitten sein können". Auch Kathrin Vogler (Die Linke) mahnte, "Verteilungsgerechtigkeit" sei wichtiger als "Profitinteressen".
Hermann Gröhe (CDU) bezeichnete die AfD-Aussage, mit dem Pandemievertrag käme eine "Gesundheitsdiktatur", als "Geschwurbel" und warf der Ampelkoalition vor "mitzuschwurbeln", da sie unter anderem noch nicht einmal einen eigenen Antrag in die Debatte eingebracht hätte. Der Außenpolitiker Jürgen Hardt (CDU) gab zu, während der Corona-Krise sei "nicht alles rund gelaufen", doch nicht die "Regeln" hätten die Freiheit eingeschränkt, sondern das Virus. Bei einer weiteren Pandemie würde aufgrund der Regeln eines Pandemieabkommens "der Grad der Freiheit größer sein".
Andrej Hunko (BSW) kritisierte, daß die Rolle der WHO während der Corona-Krise "noch gar nicht wirklich aufgearbeitet" worden sei - weder hierzulande noch auf internationaler Ebene. "Ohne eine solche Aufarbeitung sollten keine neuen Vertragswerke verabschiedet werden, die dann bindend sein werden", forderte er. Seit der Veröffentlichung der Protokolle des Robert Koch-Instituts (RKI) werde wenigstens die Notwendigkeit einer Aufarbeitung diskutiert. Die Bundesregierung solle sich in Genf für die Aufarbeitung der Corona-Zeit einsetzen und für eine Verschiebung der Abstimmung über die beiden Vertragswerke eintreten oder diese ablehnen, empfahl der BSW-Politiker.<<
Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 17. Mai 2024 (x1.371/…):
>>**Das islamische Kalifat - antichristlicher Feind der freien Individualität**
Von *Herbert Ludwig*
Ein Kalifat, eine islamisch-theokratische Gottesdiktatur, die kürzlich in Hamburg von über tausend jungen Islamisten fanatisch gefordert wurde, ist nur die radikale Konsequenz eines kollektivistischen Islam, die von Mohammed und seinen Nachfolgern, den Kalifen, im Mittelalter vorgelebt und mit dem Schwert bis nach Indien, Nordafrika und Spanien ausgebreitet wurde.
Der Islam ist die nach- und antichristliche Religion, welche die aus dem Christentum impulsierte freie Individualität entschieden bekämpft, den Menschen nur als Teil eines Kollektivs betrachtet und der Diktatur des alle Lebensgebiete durchdringenden Willens Allahs unterwirft. Es geht letztlich um die Existenz der fortschrittlichen freiheitlichen Kultur des Abendlandes.
Die Muslime, im Mittelalter noch militärisch am weiteren Eindringen in das christliche Europa gehindert, sind heute als Migranten in Massen fast überall aufgenommen worden, wo sie nur noch quantitativ den schwachen Widerstand der Christentum-müden Europäer überwin-

den brauchen, um den Islam gesamtgesellschaftlich zur absoluten Geltung zu bringen.
In all dem oberflächlichen medialen Geschrei ist die Besinnung auf die tieferen Grundlagen der europäischen Kultur dringend geboten.

Zur Entwicklung Europas

Europa ist primär ein historisch gewachsener kultureller Raum, in dem die verschiedensten Völker bei aller Vielfalt doch eine gemeinsame Entwicklung genommen haben und in ihrer Gesamtheit eine gewisse Einheit bilden.
Es sind nicht die politischen Staaten dieses Raumes, die Europa ausmachen, und nicht seine Wirtschaft, die derzeit das Bewußtsein der Menschen fast ausschließlich ausfüllt. Politik und Wirtschaft bilden nur die Außenseite einer geistig-kulturellen Entwicklungsströmung, aus der sie hervorgegangen sind, sie aber heute mehr verdecken als zum Ausdruck bringen.
Europa ist diese geistige-kulturelle Entwicklungsströmung selbst, die in Griechenland begann, sich in Rom fortsetzte, die tiefe Spiritualität und Humanität des Christentums in sich aufnahm und schließlich die entstehenden Völker Europas ergriffen und bis heute in unterschiedlicher Weise geprägt hat.
Nach dem Untergang des Römischen Reiches, das nach der Herausbildung der denkenden Persönlichkeit in Griechenland die Ausbildung der in sich gegründeten Rechtspersönlichkeit gebracht hatte, ging der Schwerpunkt der Kulturentwicklung auf diejenigen Völker über, die sich in der Folge der "Völkerwanderung" durch die Vermischung germanischer Stämme mit der jeweils einheimischen Bevölkerung allmählich herausbildeten.
Mit dem Erbe der griechisch-römischen Kultur im Gepäck wuchsen sie in das sich ausbreitende Christentum hinein.
Die Stämme waren noch reine Blutsgemeinschaften, in denen sich jedes Mitglied vom gemeinsamen "Stammbaum" der Ahnen herleitete, also alle sich durch das gemeinsame Blut miteinander verbunden fühlten, ja jeder sich als unselbständiges Glied der ihm übergeordneten Ganzheit des Stammes empfand. Bei den Griechen und Römern hatte schon der Blutszusammenhang begonnen, zweitrangig zu werden. Erst recht zeigt die Vermischung verschiedenster Stämme und Bevölkerungsgruppen, daß das Verbindende der entstehenden Völker in seelischen Gemeinsamkeiten gesucht werden muss, die sich in kulturellen Eigentümlichkeiten und in eigenen Sprachen zum Ausdruck bringen. Die europäischen Völker sind Kultur- und Sprachgemeinschaften.
Der Übergang von der Blutsgemeinschaft des Stammes zur Seelengemeinschaft des Volkes bedeutete eine wachsende Selbständigkeit des Einzelmenschen gegenüber der Gemeinschaft. Er erlebt sich zwar als Angehöriger eines Volkes, insofern er eingetaucht ist in die gemeinsame kulturelle Seelenwelt, ist aber nicht von ihr zwingend abhängig. Die Volksgemeinschaft steht nicht über dem einzelnen Menschen, sondern sie bietet ihm den kulturellen Boden, auf dem er sich als Individuum in einer bestimmten Richtung entwickeln kann.
Der stärkste Impuls für das Loslösen der Individualität von den Blutszusammenhängen ging und geht indessen vom Christentum aus. Christus selbst spricht es radikal aus: "Wenn jemand zu mir kommt und sich nicht frei machen kann von seinem Vater und seiner Mutter, von seinem Weibe und seinen Kindern, von Brüdern und Schwestern, ja sogar von seiner eigenen Seele, der kann nicht mein Jünger sein." (Lukas 14, 25-26)
Er gibt ein Bild für den Blutszusammenhang. Aus allen Blutsbindungen muß sich der Mensch lösen, ja auch von dem, was er durch sie bisher seelisch geworden ist. Er muß sich zu seinem innersten Wesen erheben, seiner geistigen Individualität, seinem Ich, das rein menschlich ist, in dem er mit allen Menschen gleich und brüderlich verbunden ist und in dem er sich durch die Erkenntnis von allen Bindungen frei machen kann. "Ihr werdet die Wahrheit erkennen, und die Wahrheit wird euch frei machen." (Johannes 8, 32)
Das Verhältnis des Einzelnen zur Gemeinschaft hat sich dadurch grundlegend geändert. Nicht

mehr ist der Einzelne der Gemeinschaft untergeordnet und hat ihr zu dienen, sondern im christlichen Sinne ist die Gemeinschaft für den Einzelnen da und hat seiner Entwicklung zu Freiheit und Selbstbestimmung zu dienen.

Die Rolle des Judentums für die Ich-Entwicklung

"Jahve", der Gott des jüdischen Volkes, der immer als "Herr" angeredet wurde, heißt übersetzt "Ich bin". Auf die Frage des Moses an den ihm im brennenden Dornbusch Erscheinenden, was sein Name sei, antwortete er: "Ehjeh ascher ehjeh", was zumeist übersetzt wird: "Ich bin der Ich bin". Das bedeutet so viel wie: "Ich bin derjenige, der war, der ist und der sein wird. … Ich bin die Einheit in der Folge der Zeit. Ich bin die Identität des Ich, die sich selbst gleich bleibt in den Metamorphosen, die erfolgen im Laufe der Zeit."

Durch die Jahve-Kräfte, mit denen sich der jüdische Mensch im Innersten seiner Seele verband, begann er sich in allem Wechsel als ein mit sich identisch bleibendes Wesen zu erleben, als ein Sohn des göttlichen "Ich bin", das sich als der "Herr" über alle wechselnden Seelenkräfte begreift.

Doch war im Judentum die Erfahrung des Ich noch an das Leben in einem hebräischen Leibe gebunden. Jahve, das "Ich bin", wurde im gemeinsamen Blute der Volksgemeinschaft erlebt, das gleichsam von Abraham durch die Generationen herunterrann. Nur wer Jude war, konnte an dem durch Jahve vermittelten Ich-Erlebnis teilnehmen. Das Ich war eingebettet in das Gruppen-Bewußtsein des Volkes, hatte sich noch nicht zu einem von allen Gruppenbindungen unabhängigen, sich von innen selbst führenden Ich emanzipiert.

Dies bedingte noch eine seelische Lenkung von außen. So wie von Abraham der Impuls ausging, die Leiblichkeit rein zu erhalten, damit das göttliche "Ich bin" im Blute leben konnte, so ging von Moses der Impuls aus, die Seele rein zu halten, und sie nur mit den göttlichen Geboten, den Gesetzen der rechten Lebensführung zu erfüllen, in denen das Ich leben konnte. …

Ich war noch nicht imstande, sich von innen selbst zu bestimmen; es mußten ihm zur Entfaltung und Stabilisierung seines Wesens noch von außen Entwicklungslinien gegeben werden. Der Mensch konnte dem göttlichen "Ich bin", nur dadurch treu bleiben, daß er dessen Gesetz erfüllte, das seinem eigenen Ich die rechte Richtung gab. Die Zehn Gebote sind zehn Richtlinien für die Ich-Entwicklung des Menschen, damit es immer kräftiger und selbständiger werden konnte.

Luthers Übersetzung der Zehn Gebote ist insofern unzureichend, als sie nicht den Zusammenhang des göttlichen "Ich bin" mit dem "Ich" des Menschen zum Ausdruck bringt. Bei ihm lautet die Kurzfassung des 1. Gebotes:

"Ich bin der Herr, dein Gott. Du sollst keine anderen Götter haben neben mir."

"Der Herr" ist aber das "Ich bin" nicht nur im Gotte, sondern auch im Menschen. Daher übersetzte Rudolf Steiner aus diesem Sinnzusammenhang heraus den Urtext der Langfassung des 1. Gebotes: "Ich bin das ewig Göttliche, das du in dir empfindest. Ich habe dich aus dem Lande Ägypten geführt, wo du nicht Mir in dir folgen konntest. Fortan sollst du andere Götter nicht über Mich stellen. … Denn Ich bin als das Ewige in dir und bin ein fortwirkendes Göttliches." ….

Der jüdische Mensch sollte sein Ich als Sproß des göttlichen Ur-Ich erkennen, das ihn zur Freiheit führen will, was in der ägyptischen Gefangenschaft nicht möglich war, wo der Mensch noch der äußeren suggestiven Führung der Priester unterstand.

Auch im 3. Gebot kommt es auf diese innere Ich-Beziehung an. "Du sollst den Feiertag heiligen" bleibt da äußerlich, auch wenn man die Luther'sche Übersetzung der Begründung in Moses 2. 20, Vers 8-11 hinzunimmt.

Rudolf Steiner übersetzt diese Langfassung sinngemäß: "Du sollst Werktag und Feiertag scheiden, auf daß dein Dasein Bild Meines Daseins werde. Denn, was als Ich in dir lebt, hat in sechs Tagen die Welt gebildet und lebte in sich am siebenten Tage. Also soll dein Tun und

deines Sohnes Tun und deiner Tochter Tun und deiner Knechte Tun und deines Viehes Tun und dessen, was sonst bei dir ist, nur sechs Tage dem Äußeren zugewandt sein; am siebenten Tage aber soll dein Blick Mich in dir suchen."

Die ersten drei Gebote fordern, wie der Mensch den Quell seines Ich im Gottes-Ich suchen soll. Im 4. Gebot (Verhältnis zu den Eltern) wird der Übergang zum sozialen Leben vollzogen, und alle folgenden Gebote, die eigentlich Verbote sind, haben den unausgesprochenen Appell zur Grundlage, nicht nur das eigene Ich, sondern auch das Ich im anderen Menschen zu achten, womit die Grundregel des sozialen Lebens gekennzeichnet ist: Sieh in deinem Nebenmenschen ebenso ein Abbild des göttlichen Ich, das du wertschätzen sollst, wie dein eigenes Ich. Das ist die geistige Begründung der Gleichheit vor dem Gesetz.

Die Voraussetzung der Freiheit

Wenn das Ich aus Entwicklungsgründen noch der Außenlenkung des Gesetzes bedurfte, dann mußte einmal das Stadium erreicht werden, in dem es reif wurde, sich selbst zu bestimmen, in dem das Gesetz also seine Aufgabe erfüllt hatte. Es liegt im Wesen des Gesetzes zur Förderung der Ich-Werdung, daß es im Laufe der Entwicklung aufhören muss, ein von außen gebotenes Gesetz zu sein. Der Sinn des mosaischen Gesetzes erfüllt sich im Ende seines äußeren Zwanges. Die Treue dem Ich-Gesetz gegenüber muß den Menschen dazu führen, keines Gesetzes mehr zu bedürfen, das ihn von außen bestimmt.

Das bedeutet, daß der Inhalt des zunächst von außen gegebenen Gesetzes nach innen in die Einsicht des Ich zieht als etwas, das sozusagen zu seinem eigenen Lebenselement wird. Das Gesetz will in den ureigenen und freien Willen des Menschen selbst verwandelt werden. In der Freiheit des Menschen findet jedes Gesetz seine entwicklungsgeschichtliche Erfüllung.

Doch um diesen Prozeß nach innen zu erreichen, reichte die Kraft des Gottes eines einzelnen Volkes nicht aus. Denn das "Ich" macht ja im Grunde den Wesenskern eines jeden Menschen aus, gleich welchem Volke er angehört; es ist etwas allgemein Menschliches. Jahve, der Volksgott der Juden, mußte von einem ihm zwar verwandten, aber viel höheren Geist abgelöst werden, der der Gott der ganzen Menschheit, der Spender des menschlichen Ich überhaupt ist. Er mußte die volle Kraft des "Ich bin" in die einzelnen Menschen zu ihrer Verselbständigung hineintragen.

Christus

Aus dem Judentum als Volksreligion wuchs das Christentum heraus, das sich, jene überwindend und ablösend, als eine Menschheitsreligion ausbreitete. Und aus dem Johannes-Evangelium tönt uns entgegen, wie Christus den Menschen z. B. zuruft: "Ich bin das Licht der Welt." "Ich bin die Tür." "Ich bin der Weg, die Wahrheit und das Leben."

Er spricht hier nicht nur von sich, dem göttlichen Sohn, sondern zugleich wörtlich von dem "Ich bin", das als sein innerstes göttliches Wesen in ihm selbst und ebenso in jedem Menschen wirkt. Das "Ich bin" ist der Weg der Entwicklung des Menschen und die Wahrheit seines Wesens, die sein eigentliches höheres, über den Volkszusammenhang hinausgehendes Leben ausmacht.

Im Prolog des Johannes-Evangeliums wird Christus als der Logos, das Wort, bezeichnet, aus dem alles entstanden ist, und das selbst auf die Erde herab kam und menschliche Gestalt annahm. Das heißt, er zog ein in Leib und Seele eines einzelnen Menschen, den Jesus von Nazareth, so daß das göttliche allgemein menschliche "Ich bin" jetzt aus dem Innersten eines Menschen heraus wirkte und sprach.

Dieser hob sich damit aus der Volksgebundenheit heraus in die Sphäre der Gesamt-Menschheit. Im Opfertod auf Golgatha ging das göttliche "Ich bin" über sein Einzeldasein hinaus und gab sich mit all seinen Lebenskräften an die ganze Menschheit hin, um an Pfingsten die Flamme seiner Ich-Kräfte zu zerteilen und sie im Ich jedes einzelnen Menschen, der sich ihm öffnet, befruchtend aufleuchten zu lassen.

In dem Maße, in dem sich Pfingsten im Ich des Menschen realisiert, hat sich das Zentrum aller moralischen Impulse vom äußeren göttlichen Ich in das Innere des Menschen-Ichs selbst verlagert. Das Gesetz ist insoweit an sein Entwicklungsziel gekommen. Dessen Inhalt wird dadurch nicht aufgehoben, aber der Zwang von außen hat seine Berechtigung verloren, insofern sich nun der Mensch aus Erkenntnis in Freiheit den Impuls seines moralischen Handelns selbst geben kann.
Daher sagte Christus auch: "Ihr sollt nicht denken, ich sei gekommen, um das Gesetz oder die Propheten aufzulösen. Meine Aufgabe ist nicht aufzulösen, sondern zu erfüllen." Die Erfüllung besteht darin, daß der Mensch nun die Kraft haben kann, aus Erkenntnis der Wahrheit sein Handeln selbst frei bestimmen zu können: "… und ihr werden die Wahrheit erkennen, und die Wahrheit wird euch frei machen."
Es ist von tiefer entwicklungsgeschichtlicher Symbolik, daß das Pfingsterlebnis des Jünger-Kreises genau an dem Festtag stattfand, an dem die Juden neben dem ersten Erntefest im Jahreslauf stets die Offenbarung der Zehn Gebote auf dem Sinai feierten. Nach der alten Tradition sollte sich sieben Wochen nach dem Auszug aus Ägypten die Kundgebung des göttlichen Willens durch Moses vollzogen haben.
Das Feiern des vorbildhaften Geschehens der von Christus gesandten feurigen Zungen der göttlichen Ich-Kraft, die in die Seelen der Jünger einzogen, löste das Gedenken an den Empfang des Gesetzes ab, das seine Erfüllung gefunden hatte. - Und ist der merkwürdige Umstand Zufall, daß das Wort ICH, wie es sich in der deutschen Sprache herausentwickelt hat, aus eben den Buchstaben gebildet ist, welche die Initialen von Jesus Christus sind?
Dieser innerste christliche Impuls liegt letztlich der ganzen abendländischen Geistesentwicklung als das Streben nach Freiheit und Selbstbestimmung des Einzelmenschen zugrunde. Es machte sich geltend in der Entfaltung des neuzeitlichen Wirtschaftslebens, im Ruf nach der "Freiheit eines Christenmenschen" gegen den religiösen Herrschaftsanspruch des Papsttums über die Seelen, im Abschütteln monarchischer, absoluter Machtformen und im Zusammenkommen freier Menschen in demokratischen Bestrebungen, das Zusammenleben aus der Erkenntnis des eigenen Ich selbst zu gestalten.

Die antichristliche Kraft des Islam gegen die freie Individualität

Der Islam ist die einzige Weltreligion, die nach Christus entstanden ist. Die Araber, bei denen sich der Islam durch Mohammed herausbildete, führen ebenso wie die Juden ihren physischen Ursprung auf den Stammvater Abraham zurück. Mohammed wollte die reine Lehre Abrahams, die Juden und Christen verfälscht hätten, wiederherstellen. Das heißt, daß das vorchristliche soziale Prinzip der Blutsgemeinschaft, das bei den Juden so überaus stark war, im arabischen Islam eine fast noch stärkere, jedenfalls wildere und leidenschaftlichere Bedeutung erhielt.
Und durch die Blutsgemeinschaft wirkt Allah auf jeden einzelnen Menschen mit ausschließlicher, Gehorsam fordernder Gewalt. Und Allah ist der einzige Gott. Es gibt keinen Sohn und keinen Heiligen Geist. Daher wird der Anspruch der Christen, daß in Jesus, der als großer Prophet vom Islam durchaus anerkannt wird, Gottes Sohn Mensch geworden sei, als größte Empörung gegen Allah
betrachtet. Das bedeutet, daß das göttliche "Ich bin", das in den Menschen einziehen will, um ihn zur Selbstbestimmung und Freiheit zu führen, aus dem Bewußtsein der Islam-Gläubigen ausgelöscht wird. Sie werden in die Bande der Blutsgemeinschaft und die Lenkschienen des Gesetzes gebannt, auf Dauer. Denn der Ausweg ist ihnen, solange sie Moslems sind, auf ewig versperrt.
Der Islam ist die feindliche Gegenkraft des Christentums und dessen Freiheitsimpulses im Menschen. Allah fordert die absolute, sklavische Unterwerfung des Menschen unter seinen wie eine Naturkraft alles durchdringenden Willen, in allen Ebenen des Lebens. Der Einzelne

sei kein unabhängiges, in sich gegründetes Wesen.
Auch zu meinen, der Mensch sei selbständig in seinem Denken und Handeln, ist nach dem Islam eine verführerische Illusion. Es ist Allah, der in all seinen Geschöpfen denkt und lenkt. Dies zu sehen und zu glauben, ist Aufgabe der Religion, damit der Mensch ein gottgefälliges Leben führe, das darin besteht, sich mit allen Fasern seines Leibes und seiner Seele dem allmächtigen Willen Allahs zu unterwerfen. Der Name "Islam" bedeutet im Arabischen auch "Unterwerfung" unter den Willen Allahs.
Dieser Unterwerfungswille Allahs richtet sich indes nicht nur an die Moslems, sondern an alle Menschen. Die bereits Gläubigen sind die auserwählten Vortruppen, die die Aufgabe haben, im andauernden großen Dschihad die ganze Menschheit zum einzig wahren Glauben des Islam zu bekehren oder sie mit Gewalt zu unterwerfen.
So schreibt der Althistoriker Egon Flaig:
"Seit Beginn der klassischen Zeit zwischen dem neunten und dem elften Jahrhundert teilen die islamischen Juristen die Welt in zwei Teile, nämlich das 'Haus des Islam' und das 'Haus des Krieges'. ... Zwischen diesen beiden Teilen der Welt herrscht naturgemäß so lange Krieg, bis das Haus des Krieges nicht mehr existiert und der Islam über die Welt herrscht (Sure 8, 39 und 9, 41). Daher besteht nach klassischer Lehre für die muslimische Weltgemeinschaft die Pflicht, gegen die Ungläubigen Krieg zu führen, bis diese sich bekehren oder sich unterwerfen."
Der berühmte Gelehrte Ibn Chaldun im vierzehnten Jahrhundert habe daher kategorisch gesagt: "Im Islam ist der Dschihad gesetzlich vorgeschrieben, weil er einen universalen Auftrag hat und gehalten ist, die gesamte Menschheit freiwillig oder gezwungen zur Religion des Islam zu bekehren."
Der Islam, dessen Gläubige sich bereits in Mitteleuropa in so großer und immer weiter wachsender Zahl festsetzen durften und dürfen, daß sie wohl spätesten in zwei Generationen die Mehrheit bilden werden, ist die Schicksalsfrage der europäischen Geistesentwicklung. Und er ist die Herausforderung an jeden einzelnen Menschen - da auch auf die großen tönernen Kirchen überhaupt nicht mehr zu rechnen ist - seine innere Entwicklung und die dafür notwendige gesellschaftliche Ordnung selbst in die Hand zu nehmen.
Die Parteipolitiker, die die Massen-Immigration vor allem islamischer Menschen nach Deutschland intensiv betreiben und gegenüber der Bevölkerung den Islam bewußt verharmlosen, diese Verräter an der tiefen europäischen Geistes-Kultur, von der sie selbst offensichtlich kaum berührt sind, müssen für immer abgewählt werden, um die Zukunft des wahren Europas für die Menschheit noch retten zu können.
Aktualisierung 19.5.2024:
Eine Leserin machte mich darauf aufmerksam, daß die Islamisten in Hamburg bei ihrer Demonstration nicht ein Kalifat für Deutschland, sondern im Rahmen ihres Protestes gegen den israelischen Völkermord im Gazastreifen für den Nahen Osten als Lösung gefordert haben. Das ist von der Presse offensichtlich falsch berichtet worden. Vgl.: https://youtu.be/WnVNQ-3i3sps?si=iVGk8vDwp46pvu5w
Ich habe daher in der Einleitung meines Artikels die Worte "in Deutschland" als aktuelle Anknüpfung herausgenommen.
Ich sehe aber auch das Kalifat für den Nahen Osten nicht als Lösung. Und für Deutschland wird unter der Decke eine islamisch-theokratische Staatsform von jedem konsequenten Muslim angestrebt und bei entsprechender Mehrheit auch umgesetzt werden. Die Artikel hat also prinzipiell nach wie vor seine Gültigkeit. (hl)<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 17. Mai 2024 (x1.377/…):
>>**Nemmersdorf 1944: Ein Kriegsverbrechen als Comic**
Von *Daniell Pföhringer*

Im Oktober 1944 kam es in Ostpreußen zu einem grauenhaften Massaker von Rotarmisten an der deutschen Zivilbevölkerung. Dieses Verbrechen wie auch die Rückeroberung des Dorfes durch die Wehrmacht wird in der Graphic Novel "Oktober 44: Die Befreiung von Nemmersdorf" für heutige Generationen aufgearbeitet. …

Ende Oktober 1944 richteten Soldaten der Roten Armee in Nemmersdorf - dem ersten deutschen Ort, den sowjetische Truppen einnahmen - ein grauenhaftes Massaker unter der Zivilbevölkerung an. In seinem Buch "Die Wehrmacht-Untersuchungsstelle für Verletzungen des Völkerrechts. Dokumentation alliierter Kriegsverbrechen im Zweiten Weltkrieg" schreibt der Historiker und Völkerrechter Alfred M. de Zayas dazu:

"Am 20. Oktober 1944 eroberten Spitzen der sowjetischen Armee das ostpreußische Dorf Nemmersdorf südlich von Gumbinnen. Wenige Tage später besetzten deutsche Truppen die Ortschaft wieder. Nach Schilderungen der ersten deutschen Soldaten, die dann in Nemmersdorf eintrafen, waren die Ortsbewohner zum Teil grausam ermordet worden."

Beispielhaft für glaubwürdige Angaben aus der Bevölkerung sei folgende Zeugenaussage genannt, die unter Eid abgelegt und später von der Verteidigung beim Kriegsverbrechertribunal in Nürnberg vorgelegt wurde:

"Am Straßenrand und in den Höfen der Häuser lagen massenhaft Leichen von Zivilisten, die augenscheinlich nicht im Laufe der Kampfhandlungen durch verirrte Geschosse getötet, sondern planmäßig ermordet worden waren. Unter anderem sah ich zahlreiche Frauen, die man, nach Lage der verschobenen und zerrissenen Kleidungsstücke zu urteilen, vergewaltigt und danach durch Genickschuß getötet hatte; zum Teil lagen daneben auch die ebenfalls getöteten Kinder."

De Zayas kommt in seinem Buch "Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen" zu dem Schluß, daß Nemmersdorf "für die Geschichte der deutschen Fluchtbewegung eine wichtige Rolle spielte". Denn: "Den ostpreußischen Bauern jedenfalls wurde es zum Inbegriff unaussprechlicher Angst. Nemmersdorf war keineswegs der einzige Ort, in dem Angehörige der Roten Armee Gewalttaten begingen, aber was sich dort abspielte, hat die Flucht nicht nur der Ostpreußen, sondern auch die der Schlesier und Pommern beschleunigt."

Eine echte Pionierarbeit

Doch gerade die jüngere Generation, die ganz besonders mit dem Schuldkult traktiert wird und von solchen Verbrechen in der Schule oder den weiterführenden Bildungseinrichtungen nichts hört, erreichen dicke Geschichtswerke oftmals nicht.

Darum haben die Macher von Hydra-Comics, die am vergangenen Wochenende auch bei der Alternativen Buchmesse in Berlin dabei waren einen sehr gewagten, aber respektablen Schritt gewagt: Mit "Oktober 44: Die Befreiung von Nemmersdorf" haben sie erstmals eine Publikation veröffentlicht, die ein Kriegsverbrechen in Form einer Graphic Novel, also eines Comics, darstellt.

Erzählt wird die Geschichte von den jungen ostpreußischen Söhnen und kriegsversehrten Veteranen, die von der militärischen Führung auf ein Himmelfahrtskommando gegen eine sowjetische Übermacht geschickt werden. Sie erleben die Schrecken des Krieges und können Nemmersdorf am Ende doch wieder von den Sowjets zurückerobern. Dabei machen sie grauenhafte Entdeckungen, die einem dem Atem stocken lassen …

Der Autor von "Oktober 44: Die Befreiung von Nemmersdorf", Markus Pruss, ist studierter Historiker mit Schwerpunkt auf Flucht und Vertreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa. Er hat sich intensiv mit Kriegsverbrechen an Deutschen beschäftigt und kommt wie de Zayas zu dem Schluß: Nemmersdorf war nicht ein Verbrechen von vielen, sondern das eigentliche Fanal zur Flucht und Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten. …

Manche runzeln nun vielleicht die Stirn: Darf man ein Kriegsverbrechen als Comic darstellen? Nein! Man muß! Denn eine Graphic Novel wie "Oktober 44: Die Befreiung von Nem-

mersdorf" erreicht Leserkreise, die von dickleibigen Büchern und Sachliteratur eher weniger angesprochen werden: Junge Deutsche, die per TV und in der Schule mit den Verbrechen des Hitler-Regimes rund um die Uhr traktiert werden, aber nichts von jenen schlimmen Greueltaten erfahren, die Deutschen von den Alliierten angetan wurden.
Der Bildroman "Oktober 44: Die Befreiung von Nemmersdorf" schließt diese Lücke - und es bleibt zu hoffen, daß dieser Graphic Novel weitere folgen werden, die auch andere Verbrechen an Deutschen beleuchten und für die jüngere Generation aufbereiten. …
Doch "Oktober 44: Die Befreiung von Nemmersdorf" ist aber nicht nur ein Werk für Jugendliche und junge Leute, auch für Ältere eröffnen sich neue Sichtweisen. Um die Flucht und Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten nicht in Vergessenheit geraten zu lassen, entschied sich Pruss, die Forschung in Form seiner zweiten Leidenschaft, dem Comicbuch, mit dem Anspruch einer historisch genauen und unverfälschten Schilderung seiner Ereignisse umzusetzen. Damit erhofft er sich, das Leid seiner vertriebenen Vorfahren aus Ostpreußen wieder in den angemessenen Fokus der Erinnerungskultur zu rücken.

Liebe zum Detail

Für seine Vorbereitung auf den Bildroman wertete Pruss hunderte unveröffentlichte Erlebnisberichte aus, forschte wochenlang in sämtlichen relevanten Archiven und erwarb sogar zeithistorische Objekte und Dokumente aus Nemmersdorf. Für ein historisch möglichst genaues Comicskript interviewte der Autor darüber hinaus die letzten Zeitzeugen der Ereignisse von Nemmersdorf 1944, um Details zur Ausrüstung und Uniformierung sowie zum genauen Tagesverlauf während der Schlacht um Nemmersdorf zu erfahren.
Zum ersten Mal wurde so vollständig erfaßt, welche deutschen Einheiten das Dorf zurückeroberten. Von dem Skript über die Zeichnungen bis zu dem abschließenden Druck vergingen 16 Monate, in denen für die Illustrationen zeitgenössische Kriegsfotografien und Wochenschauberichte intensiv ausgewertet wurden, sodaß sogar alle gezeichneten Militärfahrzeuge das passende Truppenkennzeichen bekamen. …
Bei der Arbeit an "Oktober 44: Die Befreiung von Nemmersdorf" achtete Pruss zudem darauf, daß sowohl der Fahrzeugtyp als auch der Tarnanstrich für den Spätherbst 1944 chronologisch stimmig sind. Damit die Dorfarchitektur den tatsächlichen Gegebenheiten in Nemmersdorf entspricht, wurden alle Gebäude nach Ansichtskarten des Dorfes gezeichnet und sogar mit Hilfe von Meßtischblättern ein 3D-Model des Ortes erstellt, um perspektivisch genaue Dorfansichten zu illustrieren.
Sorgfältig wurde auch darauf geachtet, daß die Hauptfiguren entsprechend ihres militärischen Ranges die authentischen Kragenabzeichen und entsprechende Bewaffnung bekamen. Penibel wurden zudem die passenden Orden an den exakten Stellen der Uniform plaziert.
Mit "Oktober 44: Die Befreiung von Nemmersdorf" wurde ein gewagtes Comic-Projekt realisiert, das an die grauenhaften Geschehnisse in Ostpreußen erinnert, die als Fanal für Flucht und Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten in die Geschichte eingegangen. Empfehlenswert für die jüngere Generation, aber auch alle anderen, die an Geschichte und Comics interessiert sind.<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/29059" berichtet am 17. Mai 2024 (x1.366/…): >>**WHO-Symposium Zürich vom 20.4.2024 - 12 Gründe, den WHO-Pandemievertrag zu stoppen!**

Politiker, Journalisten und Impfgeschädigte referierten am 20. April 2024 in Zürich zur vermeintlichen Covid-Pandemie, zum WHO-Vertrag und zur mRNA-Impfung. Sehen Sie im Folgenden einen Zusammenschnitt mit 12 Gründen die beleuchten, was der WHO-Pandemievertrag und die überarbeiteten Internationalen Gesundheitsvorschriften bedeuten und warum sie unbedingt gestoppt werden müssen. …
Der WHO-Pandemievertrag und die überarbeiteten Internationalen Gesundheitsvorschriften

müssen gestoppt werden! Dies war der einheitliche Tenor am WHO-Symposium. Ausgewiesene Referentinnen und Referenten klärten darüber auf, was für dramatische Auswirkungen die neuen WHO-Vorschriften auf die Gesundheit und die Meinungsfreiheit haben werden. Diese sollen an der 77. Weltgesundheitsversammlung vom 27. Mai - 1. Juni 2024 in Genf den 194 Mitgliedstaaten zur Annahme vorgelegt werden.
Initiant der Informationstagung war Urs Hans, ehemaliger Zürcher Kantonsrat (Grüne) und Präsident von Public Eye on Science. Public Eye on Science macht Wissenschaft transparent und Wissen einer breiten Öffentlichkeit zugänglich. Sehen Sie nun einen Zusammenschnitt der verschiedenen Referate. Dabei sollen zwölf Gründe bekräftigt werden, warum der WHO-Pandemievertrag und die überarbeiteten internationalen Gesundheitsvorschriften gestoppt werden müssen. …
1. Weil die WHO gegen Grundrechte verstößt.
Prof. Dr. Stefan Hockertz, deutscher Immunologe & Toxikologe
Die Achtung der Würde des Menschen und der Menschenrechte ist durch die WHO gestrichen worden. Die soll es nicht mehr geben. Jeder, jeder, meine Damen und Herren, der nur noch ein Funken Verständnis hat für das, was Menschlichkeit anbelangt, daß das, was uns anbelangt, der kann dem nicht zustimmen. Der Pandemie-Begriff wird ins Grenzenlose gebracht, Klimawandel, all das, Verlust der Biodiversität, es wird alles zu einer Pandemie erhoben, damit letztendlich die WHO die Souveränität übernehmen kann und die einzelnen Regierungen, ja, sich abschaffen. Sie schaffen sich selber ab.
2. Weil die WHO gegen das fundamentale Prinzip der Demokratie - freie Meinung und freie Information - verstößt.
Prof. Dr. Stefan Hockertz
Und zwei Beispiele habe ich Ihnen mitgebracht. Ein Beispiel: der Verlust der Souveränität. - Eigentlich Thema des heutigen Tages, wobei ich eben, wie gesagt, nachher auf die mRNA-Technologie ganz besonders eingehe. Die Frage ist doch tatsächlich, wenn wir unsere Selbstbestimmung verlieren - ja, das passiert natürlich auch durch diese Gen-Therapie. Sie merken, ich nenne das nicht Impfung. Warum?
Das erzähle ich Ihnen gleich noch. Wenn wir die Selbstbestimmung verlieren, dann sind wir in der größten Krise unseres Ichs, dann sind wir nicht mehr wir selbst. Und das wird offensichtlich bezweckt. Das wird bezweckt durch betreutes Denken, was dann nachher in Nervosität, Gereiztheit, Überforderung, Angst, Burnout, Depression, all das, was wir gerade eben schon gehört haben, sich äußert. Und in letzter Hinsicht, wenn wir die Souveränität verlieren - und deshalb, auch dieser Kongreß heute.
Dr. med. Stephan Rietiker, Schweizer Digital Health Experte und Unternehmer (CEO von LifeWatch in den USA), Präsident Pro Schweiz
In der Schweiz haben wir eine direkte Demokratie. Bei uns entscheidet das Volk und niemand anderes. Und die Gesundheitspolitik, die liegt eigentlich in der Kompetenz der Kantone und nicht des Bundes. Und seit Covid maßt sich der Bund an, immer mehr zu zentralisieren und zu leiten. Und dieses Rad müssen wir zurückdrehen. Der Pandemie-Pakt würde bedeuten, daß wir, was Gesundheit betrifft, unserer freiheitlichen, demokratischen Rechte beraubt würden. Das wollen wir ja wohl nicht.
Philipp Kruse, Schweizer Rechtsanwalt
Nämlich, wie stark wird am Ende ein Gesetz oder ein internationaler Vertrag in unsere Rechtssituation eingreifen, wie stark wird auch die Handlungskompetenz der Regierung beschnitten und wie stark wird eingegriffen überhaupt in das gesamte Gefüge der Macht, wie es eben unsere Verfassung definiert, in die Architektur der Gewaltentrennung? So, und je stärker eben dieser Eingriff ist, desto stärker ist das Mitspracherecht. Und das finden wir an verschiedenen Bestimmungen. Artikel 164 hier etwas größer, der einfach sagt: Gesetzgebung bedeutet

immer, daß das Volk mindestens im Rahmen des fakultativen Referendums soll mitbestimmen dürfen. Die entscheidende Frage ist: Wird die WHO in Zukunft eventuell sogar tragende Grundprinzipien unserer Verfassung beschränken können?

Laura Grazioli, Schweizer Politikerin (ehemals Grüne) und Landwirtin

Und die ganzen Argumentationen, daß alles ganz schnell gehen mußte und daß man so vieles nicht wußte und daß man nicht anders konnte, als einfach Notrecht zu erlassen, finde ich persönlich sehr, sehr entlarvend und zwar aus drei Gründen.

Erstens zeigen sie auf, daß die allermeisten Entscheidungsträger nicht bereit waren oder sind, im Krisenfall, mit klarem Kopf, eine Risikoanalyse durchzuführen und dann gezielte Schutzmaßnahmen zu ergreifen. Sondern daß sie im Zweifelsfalle, im Krisenfalle, bereit sind, all diese wunderschönen verfassungsmäßigen Prinzipien, die sie vertreten sollten, über Bord zu werfen.

Zweitens, glaube ich, daß es gezeigt hat, daß ganz, ganz viele Entscheidungsträger gar keine Verantwortung übernehmen wollen, sondern daß sie im Krisenfall nur allzu gerne bereit sind, die Verantwortung abzugeben.

Und drittens, glaube ich, daß es gezeigt hat, daß für einige Entscheidungsträger zumindest die Demokratie eigentlich etwas sehr Mühsames ist. Und praktischerweise steht nun die Lösung für all diese Probleme bereit. Und die Lösung, die heißt, internationale Organisation wie die WHO und supranationale Gerichte wie der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte. Wenn die nationalen Politiker keine Verantwortung übernehmen wollen, dann wird sie ihnen halt abgenommen.

Philipp Gut, Schweizer Journalist (u.a. für die Weltwoche) und Buchautor

Bei diesem Gesundheitsvertrag, bei diesen Internationalen Gesundheitsvorschriften, da geht es nicht nur um Politik, da geht es um mehr. Ich glaube, das ist auch der gemeinsame Nenner. Mein Kollege Marcus Riva hat das angesprochen. Wir wollen da eine professionelle Kampagne auch führen. Wir können die Gegenseite, respektive die, die anders bisher getickt haben, nicht gewinnen, indem wir nur ständig auf dem Impfthema bleiben.

Es geht aber um viel mehr. Es geht da wirklich um die Eigenständigkeit, um die Souveränität und letztlich um den Kern der Freiheit des Individuums und eines Staates wie der Schweiz. Darum geht es bei diesem Internationalen Pandemie-Pakt.

Nein, es geht nicht um Abschottung. Es geht darum, daß wir weiterhin souverän sind und selbstständig entscheiden. Denn mit diesem WHO-Vertrag, und mit anderen, da geht es wirklich ums Eingemachte. Ich habe es gesagt, es geht um unsere Souveränität, es geht um unsere Eigenständigkeit, es geht um die Verteidigung unserer demokratischen Rechte. Das ist es.

Philipp Kruse

Und das andere schließt sich dann an. Bei beiden Vertragswerken im Zentrum sehen Sie hier das Wort Infodemic, ist ein ganz entscheidendes Herrschaftsmittel der WHO. Ich muß zum Schluß kommen. Aber schauen Sie, eine internationale Organisation, die nicht nur in diesen Verträgen, sondern auch überall sonst auf ihrer Homepage, Sie können WHO und dann Infodemic googeln, überall, it's quasi all over it, die Handschrift hat, wir dürfen die Wahrheit alleine bestimmen. Wir dürfen sagen, welche Substanzen wirksam sind und wir dürfen sagen, wie lange der Notstand gilt.

Das ist reinste Willkür. Das ist Louis XIV. Das ist vor der französischen Revolution absolutistische Herrschaft. Das ist mit unserer Verfassung in überhaupt gar keiner Weise zu vereinbaren. Und das finden Sie in beiden Vertragswerken und Sie finden es auch sonst auf der Homepage. Und das alleine, dieses Dogma, die Wahrheit selber definieren zu dürfen und Zensur praktizieren zu dürfen oder auslösen zu dürfen, das alleine ist schon bereits ein massiver Verstoß gegen das fundamentale Prinzip, das wir in jeder Demokratie brauchen, nämlich gegen die freie Meinung und die freie Information. Und wenn Sie freie Meinung und freie Informa-

tion wegnehmen, dann haben Sie keine freie Wissenschaft und Sie haben keine faire Justiz und Sie haben auch keine Demokratie. Und das darf niemals zugelassen werden.

Dr. med. Stephan Rietiker

Es gibt ein WHO-Papier, das habe ich gelesen, das habe ich nicht geträumt. Das soll Mißinformation, das heißt solche, die eben anders und vernünftig und wissenschaftlich denken, die sollen ausgegrenzt und zum Schweigen gebracht werden. Das haben wir ja auch von Frau von der Leyen kürzlich gehört, in Bezug auf die EU. Ein anderes Thema. Man soll überwachen und neue Behörden schaffen. Wenn ich das schon höre, wird es mir grausig. Wir müssen die Behörden reduzieren und nicht noch hochfahren!

Reinhard Koradi, Redaktion "Zeitgeschehen im Fokus"

Aus meiner Sicht und aus meinen Beobachtungen heraus, finde ich, daß in diesem Zusammenhang die Massenmedien eine bedenkliche Rolle spielen. Sie sind irgendwie in einer Art ein verlängerter Arm der globalen Zentrale. Also dieser Diktatur, die den Zentralismus durchsetzen wollen, finde ich, sind sie die, die Botschaften in die Welt hinaustragen. Und sie haben auch eine Stimmung geschaffen, wo eben eine andere Meinung, eine andere Ansicht nicht mehr öffentlich diskutiert werden kann. Wir haben wirklich, das haben wir ja erlebt, wenn ich nicht die gleiche Meinung habe, wenn es um Corona oder auch um den Ukraine-Krieg geht, dann kann ich das öffentlich kaum mehr sagen.

Entweder bin ich dann ein Verschwörungstheoretiker oder ich bin extrem rechts oder ich bin ein Putin-Versteher oder ich weiß nicht was. Und das ist in einer Demokratie ein Zustand, den man nicht so aufrechterhalten kann. Auch auf die Gefahr hin, daß wir als Verschwörungstheoretiker verschrien werden, dürfen wir unseren Mut nicht verlieren. Wir dürfen uns nicht einschüchtern lassen. Ich bin auch der Meinung, daß wir keine Verschwörungstheoretiker sind, sondern wir haben die Verschwörung aufgedeckt.

3. Weil die WHO gegen ihren eigenen Grundsatz verstößt, allen Völkern zur Erreichung des bestmöglichen Gesundheitszustandes zu verhelfen.

Philipp Kruse

Wir müssen uns zuerst überlegen, was sind die Befugnisse der Weltgesundheitsorganisation. Sehr schön im Artikel 1 ihrer Verfassung dargelegt. Der Zweck der Weltgesundheitsorganisation besteht darin, allen Völkern zur Erreichung des bestmöglichen Gesundheitszustandes zu verhelfen. Sie wissen gleich, was das ausschließt. Das schließt aus, den Menschen Falschinformationen zu geben, die Menschen in eine Substanz hineinzudrängen und Substanzen zu empfehlen, die toxisch sind.

Also man darf nicht schaden. Das ist mal ganz der wichtigste Grundsatz. Sie ist eine leitende und koordinierende Stelle und eben nur beratend tätig. Das ist die Ausgangslage. Das heißt, es geht darum, den Schutz der menschlichen Gesundheit nach besten Erkenntnissen, nach best practice (bestem Verfahren) voranzutreiben und neue Erkenntnisse zu berücksichtigen und eben nach einer solchen langen Phase der Krise ganz wirksam und selbstkritisch eine Aufarbeitung vorzunehmen. Das hätte die WHO selber machen müssen, sie hat es nicht getan.

Aber jetzt haben Sie die wesentlichen Meßkriterien, die Ihnen auch in Diskussionen helfen können und die Ihnen ermöglichen zu sagen, stopp, zuallererst muß eine Aufarbeitung erfolgen. Und zweitens müssen die Spielregeln der WHO selber eingehalten werden. Und drittens ist die WHO gemäß ihrer eigenen Zielsetzung überhaupt nicht befugt, Schaden zu stiften.

4. Weil es sich bei Empfehlungen der WHO um krasse Falschinformationen mit verheerenden Auswirkungen handelte.

Philipp Kruse

Ganz wesentlich, und es ist leider am Anfang wichtig, daß wir kurz zurückschauen. Wir müssen uns vor Augen halten , daß diese Empfehlung der mRNA-Injektion, die kam nicht irgendwo her aus heiterem Himmel. Das haben nicht die Gesundheitsminister selber sich aus-

gedacht, sondern es kam von der WHO.
Prof. Dr. Stefan Hockertz
Impfung hörte es sich ja so positiv an - Gentherapie. Sie haben es jetzt selber zugegeben im Übrigen. Hätten wir das Ganze richtigerweise Gentherapie genannt, wir hätten keinen einzigen gefunden, der sich das da reinjagen lassen. Noch vor Jahren hat eine gewisse Partei, die hat so die gleiche Farbe wie der Rasen, ich weigere mich, die auszusprechen, ja, hat davor gewarnt, genveränderten Mais zu essen. Meine Damen und Herren, all das, was wir zu uns nehmen, geht über die Verdauung weitestgehend wieder raus. Nun sind sie diejenigen, die am lautesten dafür schreien, daß die Gentherapie einfach ganz einfach in den Muskel gespritzt wird und im Blutgefäßsystem sich wiederfindet.
Sie gehen in den Laden, sehen ein Auto dort stehen, das Auto ist wirklich toll. Sie sagen, boah, was für ein toller Lack und der ist sicher ganz schnell, sagen, hier, gib doch mal den Schlüssel, ich will den Probe fahren. Sie setzen sich rein, drehen den Schlüssel, das Auto sagt kein Mucks.
Und was sagt der Verkäufer? Das weiß ich. Das weiß ich, daß es nicht fährt. Guck doch mal, der schöne Lack und das Lenkrad und die Sitze. Jetzt mal übertragen. Sie haben gewußt, daß diese Gentherapie, diese Impfung nicht wirkt. Und was erzählen Sie uns? Na ja, nicht so schwere Verläufe. Eine Impfung muß schützen vor der Übertragung und eine Impfung muß schützen vor der Erkrankung - Punkt. Das ist übrigens eine WHO-Definition.
Dr. med. Stephan Rietiker
Die Impfung, das haben wir vorher wissenschaftlich gehört, verhindert weder die Übertragung noch den Ausbruch der Krankheit. Damit ist das keine Impfung. Punkt. Es wurde systematisch ein wissenschaftlicher Diskurs verhindert in der Schweiz. Wer etwas Gegenteiliges gesagt hat, wurde ausgegrenzt. Und das Schlimmste am Ganzen ist, man wußte, daß es andere therapeutische Modalitäten außerhalb der sogenannten Impfung gab. Die wurden entweder totgeschwiegen, verboten oder ausgegrenzt.
Was auch wichtig ist zu wissen, daß Covid meistens, aber nicht immer, und das sehen wir natürlich auch bei diesen Nebenwirkungen, harmlos ist. Ich habe hier die Statistik. 0 bis 70 Jahre 0,095 % bis 16 Jahre 0,00035 %. Und gerade in diesem Alterssegment ist es ein Verbrechen, wenn man Impfungen einsetzt, wo die Nebenwirkungsrate um eine 10er oder 100er Potenz höher ist als das. Was wir auch wissen, und es ist so eben eine neue Studie herausgekommen, daß gerade Geimpfte, sogenannte Geimpfte, viel mehr Nebenwirkungen verursachten und vor allem auch Todesfälle.
Prof. Dr. Konstantin Beck, Schweizer Buchautor und Gesundheitsökonom an der Universität Luzern
Große Teile der relevanten Forschung sind gezielt verfälscht. Und das ist nicht mal neu, Ioannidis (John Ioannidis, griechisch-amerikanischer Gesundheitswissenschaftler und Statistiker) hat das schon lange beanstandet, vor allem in der medizinischen Forschung. Mit diesen halbwahren Evidenzen wurden große Teile der Bevölkerung bombardiert. Und man muß schon sagen, wer will uns glauben, oder?
Die können sogar Nobelpreisträger aus dem Verkehr ziehen, diskreditieren. Ich meine, ein zweiter, Bhattacharya (Dr. Jay Bhattacharya, indischer Amerikaner und Professor für Medizin, Wirtschaft und Gesundheitsforschung), ist ein ganz wichtiger Gesundheitsökonom in Amerika, der war sehr kritisch, dessen Twitter-Files konnte man halt nicht mehr, die Einträge konnte man nicht mehr sehen, hat man hinterher gemerkt. Er wurde einfach noch irgendwie, nicht gesperrt, aber so ein bißchen unsichtbar gemacht.
Prof. Dr. Stefan Homburg, deutscher Finanzwissenschaftler
Wir hatten in 2020 ein Allzeit-Tief der Klinikbelegung, das so drastisch war, daß Dutzende Kliniken geschlossen wurden. Im Jahresdurchschnitt war eine Unterbelegung von 13 % fest-

gestellt worden.
Und im Frühjahr sogar von 30 %. Mit großem Show-Effekt ist in Berlin auch ein Krankenhaus neu gebaut worden. Es wurde aber nie in Betrieb genommen. Es war nie ein Patient drin. Inzwischen wurde es abgerissen. Hat 50 Millionen gekostet. Das ist eben Berlin. Dies hier finden Sie übrigens auf der Internetpage des Bundesministeriums der Gesundheit.
Der Bundestag und der Bundesrat, die haben frühzeitig einen sogenannten Sachverständigenausschuß eingesetzt, aus von ihnen handverlesenen Wissenschaftlern. Also nicht irgendwelchen Verschwörungstheoretikern wie Hockertz und Homburg, sondern alles - der Chef mit SPD-Parteibuch, ein Jurist. So, und was hat dieser Sachverständigenausschuß dann nach zwei Jahren gesagt? Bericht ist auch beim Bundesgesundheitsministerium verlinkt, entscheidender Satz auf Seite 70: Zwischen den Maßnahmen und der Inzidenz ist kein Zusammenhang erkennbar. Tja. Nächster Punkt.
Nachdem die gesamte Bevölkerung ein-, zwei-, dreimal geimpft war, gelang es wackeren EU-Abgeordneten, der EMA, der Europäischen Medizinischen Agentur, den Satz zu entlocken, daß durch diese experimentelle mRNA-Therapie kein Übertragungsschutz besteht. Es wurde schriftlich gesagt, war damals der große Aufreger in unseren sozialen Medien, nur, ich habe das von Anfang an gesagt, weil Pfizer es ursprünglich nicht behauptet hat. Das müssen Sie sich mal vorstellen. Wenn man Medizinhersteller ist, dann wird man doch aus Werbegründen auf jeden Fall sagen, guck mal, das hat Übertragungsschutz, wenn es den wirklich hat. Aber die haben das nicht behauptet.
Es war auch in der Zulassungsstudie überhaupt nicht auf Übertragungsschutz getestet worden. In der Zulassung stand nichts drin. Es ist eine reine Erfindung von Marketingagenturen und Politikern gewesen, zu sagen, schützen Sie sich und andere. Und auf dieses ausgemachte Märchen, um nicht zu sagen Lüge, sind die verschiedensten Formen von Impfzwang gegründet worden. In Deutschland viel schlimmer als bei Ihnen.
Bei uns sind Studenten exmatrikuliert worden, wenn sie sich nicht impfen lassen wollten. Es gab eine explizite Impfpflicht für alle medizinischen Angestellten, auch wenn sie nur im Lohnbüro des Krankenhauses arbeiteten. Und bis heute gibt es diese Impfpflicht, für Soldaten, ohne daß irgendein Grund angegeben wird. Es ist einfach unglaublich.
Aber wenn Sie die RKI-Protokolle lesen, was steht da drin? Da steht zum Beispiel drin, an Influenza sterben mehr Menschen als an Corona. Das Hauptrisiko bei Corona ist ein sehr hohes Lebensalter. FFP2-Masken haben keine nachweisliche Wirkung. Und gleichzeitig sagen die nach außen, wir haben eine Notstandssituation, wie es sie in der Menschheitsgeschichte nicht gegeben hat.
Philipp Gut
Dabei muß man sagen, das war natürlich ironisch gemeint, die größte Impflüge zum Beispiel, die kam vom Staat. Ich habe darüber eine Titelgeschichte der Weltwoche geschrieben. Es wurde vorhin erwähnt, die EMA (Europäische Arzneimittel-Agentur), auch die Janine Small von Pfizer, auch der oberste Impfstratege der EU, Wolfgang Philipp, die haben uns ja zugegeben und gesagt, nein, es wurde falsch dargestellt durch die Politik in der Öffentlichkeit. Diese Impfung nützt nichts, sie schützt nicht. Das war von Anfang an klar.
Ich habe dann gewartet und immer gedacht, ja, das ist eine bahnbrechende News, daß die das zugeben. Jetzt haben wir die ganze Zeit monatelang im absoluten Sperrfeuer das Gegenteil gehört, die Impfung sei das Allheilmittel. Und jetzt sagen die plötzlich, nein, nein, das war nicht so. Das war nur ein Witz. Und dann habe ich gewartet. NZZ, Neue Zürcher Zeitung, Tagesanzeiger, Blick, Schweizer Radio und Fernsehen. Wann kommt dann diese bahnbrechende News vor? Sie ist einfach nie gekommen.
Unser Bundesrat, ehemaliger Bundesrat, damaliger Bundesrat Berset, hat auch gesagt, die Impfung ist sicher, sie schützt, sie ist gut, sie ist absolut hochwertig, sie hat keine Nebenwir-

kungen. Wir wissen alle, was die Wahrheit ist. Ja, es gab noch viele andere solche Fake News von Staatsmedien. Sie erinnern sich vielleicht auch an das Video von Marc Walder, das ich damals im Nebelspalter online publiziert habe. Ich wurde als Journalist ja oft gefragt, werden die Medien gesteuert oder nicht? Ich habe immer gesagt, nein, das habe ich nie erlebt. Ich glaube, die Journalisten machen das freiwillig, so wie sie alle in eine Richtung rennen, wie Lemminge oder wie Schafe.
Sie wollen das, diesen Herdentrieb, da fühlt man sich wohl, da fällt man nicht auf, da ist man schön eingemietet. Aber da muß ich sagen, bei diesem Video von Marc Walder, der CEO des Ringier-Konzerns ist, international tätig, da hat er öffentlich, also halb öffentlich, ich habe es öffentlich gemacht, in einem Video gesagt, er hat gesagt, es soll im kleinen Kreis bleiben, daß eben er alle Journalisten des Ringier-Konzerns angewiesen habe, in der Pandemie die Regierung zu unterstützen. Das sagt alles über die Zusammenarbeit dieses staatsmedialen Komplexes.
5. Weil die WHO Substanzen empfohlen hat (mRNA-Injektionen), die toxisch (giftig) sind.
Katharina Koenig, deutsche Impfgeschädigte
Ich habe kein Immunsystem mehr, komplett, da steht es auch nochmal mit der Blut-Hirn-Schranke, das sind all meine … Das ist meine Impfschadenbescheinigung. Drei Seiten. Ich meine, wer hat drei Seiten Impfschadenbescheinigung? Das sind alles Diagnosen, die da stehen. Das muß man sich mal überlegen. Und heute bin ich sehr stolz, hier stehen zu können. Ich meine, ich nehme 200 Kapseln am Tag, aber dann ist das so, aber besser als krank im Bett zu liegen und zu schweigen, denn wir haben keine Zeit zu schweigen.
Die Ärzte schweigen, die Freunde haben geschwiegen, die Nachbarn, aber vor allen Dingen die Ärzte, die Polizei, der gesamte Staat. Aber ich mache das nicht. Ich war nie so, ich bin so geboren und ich werde auch so sterben, laut, indem ich sage, ihr seid Verbrecher!
Ich werde das ausführlich in meinem Buch, dieses Jahr werde ich anfangen, ein Buch zu schreiben. Da wird auch die Therapie großflächig. Aber vor allen Dingen werde ich meine Wut und meine ekelhaften Momente im Krankenhaus und die zwischenmenschlichen Begegnungen, die ich hatte, aber auch vom Bürgermeister zu Bürgermeister oder so, wenn man da mal hingegangen ist, wieso verbietest du meine Demo in meiner kleinen Stadt hier?
Ja, Menschen wie dich brauchen wir nicht. Du bist ein Einzelfall. Ich kann diesen Satz nicht mehr hören. Nachdem ich um Hilfe gerufen habe, in der gleichen Woche haben sich 500.000 Impfgeschädigte aus Deutschland bei mir gemeldet und haben gesagt, ich bin auch krank. Ja, Herr Lauterbach, ab wie viel sind wir denn kein Einzelfall mehr? Ab 10? Ab 100? Ab einer Million? Wir sind über 10 Millionen in Deutschland!
Prof. Dr. Stefan Hockertz
Ich möchte jetzt eingehen, speziell auf diese Frage, es wird ein genetischer Code, meine Damen und Herren, das ist uns als Impfung verkauft worden, ja. Das ist eine Begrifflichkeit, die halt schon so falsch ist, wie sie falsch sein kann. Es wird ein genetischer Code in den Körper gespritzt und die Zellen werden zu einer Produktion eines toxischen Proteins gezwungen, das ist eine Vergewaltigung, das ist eine Straftat. Das ist eine Straftat, die Menschen an anderen begangen haben, damit letztendlich ihre Zellen ein Gift produzieren und welchen Erfolg dieses Gift hat, das haben wir gerade ganz, ganz bildlich an Katharina gesehen, wie sie das vorgetragen hat.
Deshalb sind wir sprachlich, sollten wir dazu übergehen, uns zu sagen, dies ist keine Impfung. Warum haben Sie uns das als Impfung verkauft? Impfung hat einen positiven Charakter. Impfung ist etwas, das ist ja nur ein kleiner Piks, dann seid ihr wieder frei. Das sind Begrifflichkeiten, mit denen wir von dem ersten Tag an letztendlich, ja, verführt wurden, geführt und verführt mit falschen Begrifflichkeiten.
Ich will nochmal zusammenfassen. Ganz wichtig. Diese Substanzen, die dort gespritzt wur-

den, bieten keinen Fremdschutz. Das Auto fährt nicht. Fredl Fesl hat mal so schön gesungen. Viele von Ihnen werden ihn noch kennen. Das war so ein bayerischer Sänger. "Ein Auto, das nicht fährt, das ist nichts wert." Eine Impfung, die nicht wirkt, ist ein Verbrechen an der Menschheit. Denn diese Personen bekommen Covid. Wir haben keine Unterbrechung der Infektionskette, wir haben schwere Verläufe. Das sind Daten aus der UK. Das heißt, sie sind nicht nur komplett unwirksam. Die Wirksamkeit, meine Damen und Herren, ist eine Beschädigung der Psyche, des Nervensystems und des Immunsystems.
Es sind Makrosysteme. Es ist nicht nur die Leber, es ist nicht nur das Hirn, es sind nicht nur die Nieren, die geschädigt werden. Es sind diese Makrosysteme. Und wenn wir uns anschauen, daß diese Makrosysteme in unserem Körper ein Gleichgewicht darstellen - quasi wie Körper, Geist und Seele - dann merken wir, es ist ein Angriff komplett auf uns. Es ist nicht ein Angriff nur auf die Nieren oder nur auf das Herz. Auch wenn wir ganz viel sprechen über Herzprobleme. Es ist ein Angriff auf das eigene Ich. Auf das Nervensystem, auf die Psyche und auf die Abwehrkräfte.
Prof. Dr. Stefan Homburg
Letzter Punkt. Es gibt beispiellos viele Impfnebenwirkungen. Das wissen wir vom Paul-Ehrlich-Institut. Dem sind allein 50.000 schwere Schäden gemeldet worden. Nach der medizinischen Literatur sagt man so als Anhaltspunkt, es gibt eine Dunkelziffer von 90 %. Das wären also dann hochgerechnet 500.000 schwere, also nicht irgendwelche Rötungen der Einstichstelle, sondern was wir seitdem alles in den Zeitungen haben, also junge Frauen, die im Rollstuhl sitzen, eine Frau, der drei Meter Darm entfernt wurde und wo die Kausalität zur Impfung auch völlig klar ist. Trotzdem wird wahrscheinlich aufgrund dieser teuflischen Haftungsregelungen der Hersteller davonkommen.
Es gibt in Deutschland, wie Sie wahrscheinlich wissen, 17 Parlamente, 16 der Bundesländer, eins für den Bund. Und es hätte deshalb 17 Untersuchungsausschüsse geben können. Es hat aber nur einen einzigen gegeben im Bundesland Brandenburg. Und zwar, weil dort die einzige Partei, die eine Aufklärung haben will, das ist die AfD, die war nämlich überall in der Opposition gewesen in der Zeit, einen durchgesetzt hat.
Dort ist die Vizechefin des PEI vernommen worden und die hat den Tränen nahe gesagt:" Als das mit der Impferei losging, Anfang 2021, da sind wir so überrollt worden, auch mit Todesmeldungen. Wir mußten Personal aus anderen Abteilungen abziehen, um das überhaupt zu verarbeiten." Denn was hier in der achten Zeile steht, bedeutet nicht nur absolut beispiellos viele Impfnebenwirkungen, sondern auch pro Dosis gerechnet.
6. Weil es sich bei der Freigabe der mRNA-Injektionen um ein experimentelles Verfahren handelt, ohne zu wissen, was rauskommt.
Prof. Dr. Stefan Hockertz
Was wissen wir? Wir wissen eigentlich nichts. Und deshalb ist die Klage gegen BioNTech natürlich berechtigt, aber nicht weitgehend genug. Wir müssen auch diejenigen verklagen, die sich gemein gemacht haben mit den Leuten, die das Zeug produziert haben. Das ist in der Schweiz, das heißt, die Swissmedic. Und das ist in Europa die ehemalige European Medicines Agency. Das sind auch die, die mitgemacht haben.
Und wir wissen nicht, wie das Ganze aufgenommen wird. Wir wissen nicht, wie es letztendlich umgebaut, verteilt und nachher ausgeschieden wird. Das heißt, wir haben zum Thema Pharmakokinetik, das ist die Begrifflichkeit, die dahinter steckt. Also wie verteilt sich eine Substanz im Körper? Wir wissen zu dieser mRNA (Informationsübermittler zur Proteinherstellung)-Technologie nichts.
Noch schlimmer ist aber, daß wir auch zur Pharmakodynamik nichts wissen. Was bedeutet Pharmakodynamik? Das heißt, die Dosis Wirkung. Und hier wird es ganz spannend. Wir haben über einen Impfgeschädigten auch hier in der Schweiz die Swissmedic angefragt und ha-

ben gesagt, wie viel, nachdem wir länger erklärt haben, was mRNA-Technologie ist. Das wußten die alles gar nicht. Das wußten die tatsächlich nicht. Sie haben geglaubt, die mRNA, die reingespritzt wird in den Menschen, sei der Wirkstoff. Nein, es ist der Bauplan.
Aber es hat lange gedauert und dann hatten wir sie endlich soweit, daß wir gesagt haben: Die mRNA ist der Bauplan und das Spike-Protein ist die Substanz, die letztendlich wirklich tatsächlich aktiv wirkt, the Active Pharmaceutical Ingredient (der aktive pharmazeutische Wirkstoff), wie es so schön heißt. Und dann kam die Frage, liebe Swissmedic: Wie viel von diesem Spike-Protein im Körper, wie viel Mikrogramm Spike-Protein pro Kilogramm Körpergewicht wird denn eigentlich gebildet? Ich habe die E-Mail zu Hause noch liegen unterschrieben. Ganz kurzer Satz: Das wissen wir nicht.
Wir kennen in dem Fall hier die Dosis nicht. Wir wissen auch nicht, mit welchen Wechselwirkungen mit anderen Molekülen im Körper das Ganze einhergeht. Wir wissen nichts. Meine Damen und Herren, ich sage es hier von der Bühne ganz offen und ehrlich nach draußen, die Kameras sollen sich das auch gerne einfangen, das ist eine kriminelle Handlung.
Aber es geht weiter, es bleibt nicht dabei. Meine Damen und Herren, ich habe geglaubt, das Ganze wäre nur RNA (sorgt für genetische Informationsübertragungen) gewesen. Bis uns (Kevin) McKernan, ein Wissenschaftler aus den USA, eines Besseren belehrt hat und wir konnten das auch nachprüfen. Es wird nicht nur RNA in dieser Suppe in die Menschen hineingespritzt, es wird auch DNA (Träger von Erbinformationen) hineingespritzt und damit haben wir eine verlängerte Wirkweise, eine viel intensivere Wirkweise, als dies die mRNA (Informationsübermittler zur Proteinherstellung) alleine machen würde. Da hat man sich schon viel Mühe gegeben.
Im Übrigen, ja, wir dürfen nicht nur von RNA sprechen, sondern es ist eine veränderte RNA. Dieses Uracil (Bestandteil der RNA), was normalerweise darin vorkommt, ist ein Pseudo-Uracil, was letztendlich diese RNA deutlich stabiler macht. Das heißt, wir haben stabilere RNA, länger wirksame Substanzen, die dieses Gift in unserem Körper viel länger herstellen. Und daß das Ganze eine Vergewaltigung der Zelle ist - das soll eine Zelle darstellen - sehen Sie an diesem roten Pfeil. Hier wird eingegriffen, einen physiologischen Vorgang, hier wird eine RNA sozusagen eingeführt.
Das ist der Zellkern, in dem normalerweise die RNA abgelesen wird. Und in dieser Vergewaltigung findet dann letztendlich eine eigene Giftproduktion statt. Meine Damen und Herren, das ist das erste Mal in der Menschheitsgeschichte, daß wir unser Gift in uns selbst, selbst produzieren. Bisher waren wir Giften der Umwelt ausgesetzt, bisher waren wir Giften ausgesetzt durch die Nahrung, durch die Kleidung. Nun sind wir in der Lage, durch diesen Griff, durch diesen Eingriff hier in die Zelle, das Gift selber zu produzieren.
Tom Lausen, deutscher Datenanalyst und Buchautor
Deswegen habe ich weiter gefragt. Ich wollte wissen, um es mal ein wenig präziser zu definieren, weil Impfskepsis ist ja doch … Also wenn die WHO, als Profis und als Weltgesundheitsorganisation, die nahezu alle Länder als Mitglieder hat, so eine diffuse Aussage zu machen und Menschen mit einer Meinung zu einer Bedrohung zu erklären, dann muß ich doch mal nachfragen, was jetzt genau gemeint ist.
Da habe ich gefragt: Ist mit Impfskepsis auch gemeint, Impfskepsis gegenüber Pharmafirmen, die Milliardenstrafen zahlen mußten? Impfskepsis gegenüber Behörden, die vorschnelle Zulassung von neuartigen Impfstoffen absegnen? Impfskepsis gegenüber Behörden, die die Arzneimittelsicherheit nach Zulassung nur unzureichend erfüllen? Impfskepsis gegenüber Behörden, die die Wirksamkeit der neuartigen Impfstoffe nicht ausreichend messen, aber mit wenig Daten- und Meldeverstößen trotzdem eine hohe Wirksamkeit bescheinigen? Ich kürze das ab. Mir wurden die drei Minuten schon entgegengehalten. Chat-GPT antwortet zu jedem meiner gefragten Impfskepsis-Punkte: Ja, damit ist Impfskepsis gemeint.

Philipp Kruse
Und dort haben wir nachgewiesen. Ganz besonders in der aktualisierten Fassung, die Sie im Internet finden, das von Anfang an klar war, für alle Zulassungsbehörden war von Anfang an klar, das kann nicht funktionieren. Das ist ein Experiment. Man hat keine Kontrolle darüber, was da ganz genau im Körper gebildet wird, in welcher Quantität, Qualität und wie lange. Das hat man von Anfang an alles gewußt. Man hat es trotzdem zugelassen. Und ich bitte Sie sehr, lesen Sie zumindest die Zusammenfassung.
Ja, und warum ist das so hervorhebenswert? Es ist deshalb wichtig, weil wir hier von experimentellen Substanzen sprechen. Und ich habe, es ist nicht nur, daß keine Versuche gemacht wurden. Es sind noch drei, vier weitere Aspekte, warum es sich hier um ein hochgradig experimentelles Verfahren handelt. Man hat auf Deutsch gesagt, keine Ahnung, was am Ende dabei herauskommt. Und das glaubten wir als Zivilisation, als Zivilisation seit dem Zweiten Weltkrieg, nie mehr zulassen zu wollen.
Und haben deshalb den Nürnberger Kodex geschaffen und in Gesetzesform eben auch diesen Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte, Artikel 7, der unter allen Umständen gilt, auch in Krisensituationen, im Fall eines öffentlichen Notstandes. Und, daß diese zwingende Schutzvorschrift vor Teilnahme, unfreiwilliger Teilnahme an Experimenten, die wurde millionenfach gebrochen, weil man den Menschen die falschen Informationen gegeben hat. Man hat sie hinters Licht geführt und man hat sie unter Druck gesetzt.
7. Weil die WHO-Klassifikationen nach dem Willkürprinzip festgelegt werden (z.B. Pandemie-Kriterien und PCR-Test).
Dr. med. Stephan Rietiker
Die Schweiz hat kritiklos die Empfehlungen der WHO übernommen. Das muß man sagen. Das ist wichtig, weil wir niemals mehr wollen, daß das nochmals geschieht. Wissenschaftlich nicht belegte oder sinnlose oder gar schädliche Maßnahmen wurden umgesetzt. Und ich meine, für all diese Dinge - Maskenpflicht, Lockdowns - gibt es keine wissenschaftliche Evidenz. Ganz im Gegenteil, der PCR-Test ist untauglich für die Klinik. Er ist nur gut für die Firmen.
Philipp Kruse
Wir hatten diese Meßgröße PCR, von der von Anfang an bekannt war - ich erinnere an das legendäre Podium in Aarau bereits am 14. August, da sagte Mitglied der bundesrätlichen Covid-19-Taskforce, Herr Professor Marcel Tanner, seines Zeichens Präsident der Akademie der Wissenschaften - der sagte klipp und klar auf eine Frage von Samuel Eckert, ja, also schauen Sie, ein PCR-Test bringt keine klinische Diagnose. Das ist der Punkt, es ist also falsch, daß ein positiver Test eine Krankheit belegt. Das wissen die alles.
Und wie willkürlich, wie geradezu widersinnig dieses ganze System war, wurde jedermann vorgeführt in unserer Diskussionssendung der ARENA am 7. Januar 2022. Da sagte Ignazio Cassis, damals Bundespräsident und Arzt seines Zeichens, da sagte er, wer in einem Autounfall stirbt und Corona-positiv ist, der ist ein Corona-Toter. Und dann stutzte der Moderator und fragte nach. Und ja, Cassis sagte, doch, das ist so, das hat die WHO so gemacht, durch ihre Klassifizierung. Und alles das hat tatsächlich die WHO vorgeschlagen, es kam nicht aus heiterem Himmel, also auch die Klassifikation der Covid-Fälle.
Prof. Dr. Stefan Homburg
Nächstes Faktum. In der Presse ist immer wieder von Corona-Toten oder noch schlimmer von Covid-Toten die Rede. Es gibt aber von unserem RKI-Chef Wieler so ein bekanntes Video. Da sagt er, wir zählen jeden als Corona-Toten, der mit einem positiven Test gestorben ist. Wobei der positive Test auch Wochen oder Monate zurückgelegen haben kann. Sprich, jemand hat einen positiven Test wegen Schnupfen, dann wird er wieder gesund, normalerweise nach einer Woche, mit Medikamenten schon nach sieben Tagen.
Und drei Monate später fährt er mit dem Motorrad gegen den Baum. Dann haben wir in der

Statistik wieder einen Corona-Toten. Was ich gesagt habe, wird dadurch unterstrichen, daß diese - ich nenne sie lieber PCR-Toten, das ist eine neutrale Formulierung. Nein, das ist wirklich neutral. Also sie sind tot und sie haben einen positiven PCR-Test. Punkt. Mehr weiß man nicht. Obduziert wurde fast nie.

Philipp Kruse

Und da steht doch tatsächlich die abstruse Bestimmung im Anpassungsvorschlag zum Epidemiengesetz, der Bundesrat soll sämtliche Institutionen verpflichten dürfen, Abwasser auf Erreger testen zu müssen. Und zwar mit der Methode der genomischen Sequenzierung. Also da geht man irgendwie auf das atomare Niveau runter und versucht mit einem PCR-Test aus Abwassern, auch hier kaffeesatzlesen, Bedrohungsnachweise zu fingieren, auf deren Basis der Bundesrat dann nachher soll Notrecht ausrufen dürfen. Das ist Prinzip Willkür. Und da schaudert es mich als Anwalt, weil ich Willkür generell verabscheue und schon erst recht als Basis für Notrecht. Das darf es nicht geben.

Dann gibt es diese berühmte Disease X-Liste. Das ist quasi der Best Guess. Also die Vermutung, welcher Erreger könnte als nächstes zuschlagen. Auf der Basis dieses Erregers werden schon Pandemie-Produkte bereitgestellt. Impfsubstanzen unter dem Titel Emergency Use Listing. Und alle Staaten sollen Notfallzulassungen einrichten. Notfallzulassungen, geschätzte Damen und Herren, hatten wir bisher so nicht im formellen Sinne.

Wir hatten in all unseren Staaten in Europa und in der Schweiz noch bestimmte Mindesthürden. Aber unter dem Titel "Notfallzulassung" - in den USA hat man das - braucht nur eine zuständige Instanz den Notfall zu deklarieren und dann braucht es keine Untersuchung mehr über Wirksamkeit oder über Sicherheit. Rein gar nichts mehr, weil es eben Notfall ist. Das ist der militärische Gedanke, der dahintersteht. Kurzum, das ist ein riesiger ökonomischer Kreislauf, der unabhängig von einem Notfallszenario besteht.

Prof. Dr. Stefan Homburg

Aber meine Ärztin sagte mir mal, unterscheiden kann man bei einer Erkältung diese sowieso nur durch einen Test. Die Symptome sind immer gleich. Die Älteren von Ihnen werden noch diese Werbung kennen aus Raider wird Twix, sonst ändert sich nichts. Und so kann man eben auch den Übergang von Influenza zu Corona und jetzt zurück zu Influenza deuten.

Es war nichts zu sehen. Keine Pandemie, kein Notstand, nichts. Aber, das lag ja nur an den Maßnahmen. Nicht wahr? Präventionsparadox. Und wenn wir jetzt aber mal in die Berichterstattung der WHO gucken, und zwar nicht diese komischen Modellrechnungen aus London, sondern die echten Zahlen.

Dann sagen die - über die gesamte Pseudo-Pandemie gerechnet 2020 bis 2022 - war die Übersterblichkeit in Schweden geringer als in Deutschland. In Schweden waren Kirchen, Geschäfte nicht einen Tag geschlossen. Wir hatten in Deutschland, da war es schlimmer als bei Ihnen, insgesamt acht Monate Lockdowns. Erst mal zwei Monate, später dann nochmal sechs Monate.

Wir hatten sogar Ausgangssperren für Ehepaare aus Infektionsschutzgründen. Die durften nachts im Bett zusammen kuscheln, aber sie durften nicht zu zweit vor die Haustür gehen. Das müßt ihr euch mal vorstellen. Dieses fünfte Faktum beweist schon sehr schlüssig, daß es nicht an den tollen Maßnahmen, sprich den rechtsstaatlichen Exzessen (maßlose Übertreibungen), lag, sondern es hatte andere Gründe.

Dr. Heiko Schöning, deutscher Arzt, Buchautor und investigativer Journalist

Und ich kann Ihnen nur sagen; wir haben es mit einem organisierten Verbrechen zu tun und das gab es die Jahrhunderte und Jahrtausende auch. Es sind nur Menschen mit denen wir es zu tun haben und ich werde Ihnen heute auch Personen und Gesichter nennen. Das Thema dieses WHO-Symposiums ist natürlich auch der Pandemievertrag und die 20 Minuten möchte ich auch dazu nutzen, genau auf dieses Thema zu kommen, denn es ist so, daß in diesem neuen

WHO-Gesundheitsvertrag, diesem Pandemievertrag, eine neue Klausel auch mit eingearbeitet worden ist, die bisher noch gar nicht groß publiziert worden ist und von anderen aufgegriffen. Und das ist eine ganz wichtige Klausel, denn die WHO bereitet die ganze Welt auf einen Bakterienterror vor. Deswegen müssen Sie oder sollten Sie sich die Abkürzung AMR merken. AMR steht für antimikrobielle Resistenzen.
Wir haben es also jetzt nicht mit der Frage zu tun, ob wir es mit Wohltätern zu tun haben, sondern mit einer Vereinigung von Übeltätern. Das ist bewiesen. Und das ist der große Unterschied zu vielen anderen. In dem WHO-Vertrag gibt es eine Klausel unter Artikel 4, auch jetzt neu unter Absatz 3h. Und da ist etwas eingeführt worden, was erstmals unscheinbar aussieht. Da geht es nämlich um AMR, um antimikrobielle Resistenzen.
Und kurz gesagt steht da drin, daß jetzt alle Vertragsstaaten auf der Welt, also fast alle Staaten, daß die sich vorbereiten müssen, um halt Gegenmaßnahmen zu machen. Das heißt, wenn eine große Bakterienpanik da ist, so wie eine Viruspanik gegeben worden ist, dann wird es heißen, sie müssen jetzt einen Plan haben, um alle Leute zum Beispiel wegzusperren, um halt auch den genetischen Code zu erfassen. Und vieles, vieles mehr.
8. Weil die WHO nach der Covid-Pandemie weder eine selbstkritische Aufarbeitung vorgenommen hat noch anordnet.
Prof. Dr. Stefan Hockertz
Und wir sollten aufpassen, daß wir den Keil da nicht weiter hineintreiben zwischen ungeimpft und geimpft. Denn sonst haben wir mit der Aufarbeitung keine Chance. Sonst kommen wir gemeinsam nicht weiter.
Katharina Koenig
Ich möchte den anderen Impfgeschädigten Hoffnung geben. Das ist meine Pathologie. Jedes Krankenhaus, das mich operiert hat, nimmt Pathologie (die Untersuchung von krankhaften Vorgängen und Zuständen im Körper und deren Ursachen). Was habe ich gemacht? Scheißegal, Taxi gerufen - ich konnte ja nicht Auto fahren - zur Klinik hin: "Ich will meine Pathologie." "Das geht nicht!" "Doch, das geht.". Das ist von verschiedenen Krankenhäusern.
Und das habe ich Professor Burkhardt geschickt. Ich sagte, bitte lieber Professor, guck das mal, ob ich denn wirklich nicht von Pfizer krank bin oder ob ich doch recht habe. Und dann kam das Ergebnis. Daß die Endothelien (Zellen der innersten Wandschicht von Lymph- und Blutgefäßen) abgestorben sind. Und daß es nachweislich ist. Und zur Schande von Deutschland, Schweiz und ganz Europa; es gibt kein einziges Labor zur Zeit, in diesem Moment, die die Pathologie macht für Impfgeschädigte oder für Tote.
Jeder Pathologe, der das jetzt sieht, sollte sich schämen. Diese Untersuchung ist sehr einfach, sie einzufärben. Aber keiner macht es. Keiner hat die Eier, zu sagen: "Hier sind 200 tote Menschen im Krankenhaus. Ich untersuche das und sage dann, sie sind wegen Pfizer krank, daß die Menschen endlich klagen können.". Keiner traut sich das. Und ich sage zu Ihnen, das ist nicht gut, wenn ihr schweigt. Denn wer schweigt, macht mit. Jeder Einzelne.
Was habe ich alleine jetzt erreicht? Viele sagen, sie hat überhaupt gar nichts geschafft. Ich gehe total entspannt zu den Ärzten, die mich vorher nicht behandelt haben und nehme mit: meine Impfschadenbescheinigung, meine Pathologie (die Untersuchung von krankhaften Vorgängen und Zuständen im Körper und deren Ursachen), meine aktuellen Spike-Werte und meine Therapie, die hilft. Und gehe zu den Ärzten, überlege dir das. Hast du nicht deine ganze Praxis voller Impfschäden? Möchtest du ihnen nicht helfen? Ja oder nein?
Tom Lausen
Der Versuch, als der Ukraine-Krieg begann, Corona quasi totzuschweigen, ist mißlungen. Jetzt kommen die ersten Figuren wieder in die Talkshows und sprechen von Aufarbeitung. Von Enquete-Kommission, was so eine seichte Aufarbeitung mit einem kleinen Weinchen ist. Und es kommt der Deckel nicht drauf. Und es ist auch kein Wunder, daß der Deckel nicht

drauf kommt, denn alles, was sie gemacht haben, war nicht zulässig.

Prof. Dr. Stefan Homburg

Damit komme ich zum Schluß. Ich finde, man kann das Ganze am besten als Massenpsychose einstufen. Der Ausdruck Diktatur, der erscheint mir falsch. Denn in der Diktatur werden die Leute gezwungen, etwas zu tun, was sie nicht wollen. Während im Totalitarismus, da machen sie freiwillig mit. Und man muß eben sehen, es haben sehr viele Bürger freiwillig mitgemacht. Gerade in Deutschland mit seiner Blockwart-Mentalität (Schnüffler-Mentalität, die unterste Hierarchieebene).

Und dadurch, daß die Politik im Grunde Millionen Leute zu Mittätern gemacht hat, zum Beispiel Gastwirte, die Gäste rausschmeißen müssen, die nicht geimpft sind und dergleichen, Unternehmer, die ihre Arbeitnehmer überwachen müssen. Dadurch, daß man im Grunde Millionen Mittäter hat, ist es auch sehr schwer, zu einer Aufklärung zu kommen. Rechtsprechung, Medien und Wissenschaft haben insgesamt versagt. Das würde jetzt wohl jeder so sehen. Eine echte Aufarbeitung ist absolut unerwünscht.

Philipp Kruse

Und das bedeutet, wenn eben Bundesrat, Parlament, Gerichte, Kantone und Medien eine wirksame Aufarbeitung verweigern, dann kann sich eben so etwas, was wir jetzt erlebt haben, jederzeit wiederholen. Und deshalb müssen wir zuerst die Lektionen lernen. Wir dürfen kein neues Epidemiengesetz, keine Pandemieverträge und auch keine Unterstellung unter die EU vorantreiben. Sondern aufarbeiten.

Um den Druck zu verstärken, die Aufarbeitung herbeizuführen, empfehle ich Ihnen sehr, ich bitte Sie, die Aufarbeitungsinitiative zu unterschreiben, wenn Sie es noch nicht getan haben. Bitte, auf jeden Fall holen Sie das nach. Dankeschön.

Genau, also Zwischenergebnis, das, was ich gerade gesagt habe, ist hier nochmal zusammengefaßt. Ohne Aufarbeitung gibt es keine Lessons. Lessons learned (Lektionen gelernt). Und eben ganz sicher keine Pandemieverträge.

9. Weil die formellen WHO-Verfahrensvorschriften nicht eingehalten werden.

Philipp Kruse

Nun, es gibt einen weiteren wichtigen Punkt, der zu beherzigen ist, nämlich über solche Anpassungen darf nur abgestimmt werden, wenn der Weltgesundheitsversammlung mindestens vier Monate vorher diese Schlußabstimmungsversion vorgelegen hat. Das wäre also für eine Abstimmung Ende Mai, wäre das die finale Fassung Ende Juni, Entschuldigung, Ende Januar 2024. Aber die liegt nicht vor. Wir hören nur, wir verhandeln, wir verhandeln, wir verhandeln. So, das heißt, es wäre gegen die eigenen Spielregeln, das steht in Artikel 55 Absatz 2 der Gesundheitsvorschriften, es wäre gegen die eigenen WHO-Verfahrensregeln, wenn man jetzt Ende Mai darüber abstimmen wollte.

Und dementsprechend hat die Frau Dr. Silvia Behrendt und ihre Organisation, Global Health Responsibility Agency, einen offenen Brief an Tedros, an den Generalsekretär verfaßt und ihm genau das vorgeworfen und hat gesagt: Sie sind für die Einhaltung der WHO-Verfahrensvorschriften verantwortlich. Sie können es nicht zulassen, daß über diese Anpassungen jetzt in wenigen Wochen abgestimmt wird, ohne daß irgend jemand, ein Staat, die Möglichkeit gehabt hat, intern sich zu überlegen, was bedeuten denn diese Anpassungen überhaupt für uns?

10. Weil es sich um eine eigentliche Gesundheitsdiktatur handelt (die WHO hat die alleinige Deutungshoheit, übermäßige Macht und das Informationsmonopol an sich genommen).

Dr. med. Stephan Rietiker

Die WHO will mehr Einfluß. Sie will Verbindlichkeit. Bisher hatten wir empfehlenden Charakter. Und was man nun über diese Verträge will, ist Verbindlichkeit. Und zwar in einer Art und Weise, wo unsere Souveränität ausgehebelt wird. Derzeit gibt es internationale Vorschrif-

ten. Die Gesundheitsvorschriften. Da müssen wir aktiv bis zu einem gewissen Datum ablehnen. Also wir müssen aktiv werden.
Dann gibt es den Pandemie-Pakt. Den sollte man unterschreiben. Und das müssen wir verhindern, daß unterschrieben wird. Und das wäre eigentlich Ende Mai. Und der Bundesrat versucht so lavierend (verbergend), vernebelnd, das Parlament außen vor zu halten. Und zögert. Und dann kommen immer wieder irgendwelche Lügen in den Kommissionen. Was einfach nicht stimmt. Und was für uns wichtig ist, ist, daß der Pakt unbedingt vor das Parlament muß. Weil nur dann ist es referendumsfähig. Und wir können darüber abstimmen. Das ist ganz entscheidend.
Dann soll Medikamenten-Entwicklung und -Verkauf zentralisiert werden. Das heißt, die WHO macht Verträge mit Pharmafirmen. Selbstverständlich wird die WHO tief in die Tasche greifen und sich bedienen. Es wird entschieden, wo was entwickelt wird, welche Firmen teilhaben. Es wird die Preisbildung kontrolliert und festgelegt. Da hat niemand mehr was zu sagen, schon gar nicht die staatlichen Behörden.
Und es wird generell die Akzeptanz von Impfungen gefördert. Man muß jährlich Impfungen ins Lager nehmen und die gehen dann natürlich wieder mit dem Ablaufdatum kaputt. Dann gibt es sofort wieder Nachfrage. Also das ist so ein Perpetuum Mobile für die Pharmaindustrie. Ist für die Pharmaindustrie gut.
Philipp Kruse
Im Übrigen ist sie keine supranationale Organisation, sondern nur eine staatliche internationale Organisation und vor allem, sie hat kein Informationsmonopol. Alles das hat sie aber wahrgenommen und sie muß im Übrigen Grundrechte respektieren und wie ich immer wieder hervorheben muss, sie muß sich selber immer wieder überprüfen. Das sind ganz schwere Verfehlungen, die sie nicht geleistet hat. Sie darf niemals Schaden anrichten. Sie hat sich in den letzten viereinhalb Jahren total diskreditiert, indem sie eben solche toxischen Substanzen als die alleinige einzige Lösung immer wieder vorgeschlagen hat im sogenannten Kampf gegen eine sogenannte Bedrohung.
Und hier kommen wir schon zur ersten Kernaussage. Es ist der WHO jegliche Legitimation abzusprechen, weitere Kompetenzen an sich reißen zu dürfen oder zugesprochen zu bekommen. Es hat sich schlichtweg nicht bewiesen, sondern hier ist ein FULL STOPP angesagt. STOPP! Marsch halt! After Action Review im militärischen Jargon. Und erst dann, wenn alle Fehler aufgearbeitet wurden, dann kann man sich über neue Vereinbarungen unterhalten und vorher ganz sicher nicht.
Und so ist es ein Stück weit Kaffeesatzlesen, was wir hier betreiben, denn wir können ja nur diese Anpassungsvorschläge interpretieren und feststellen, daß bis jetzt eine Verhandlungsdelegation der Schweiz noch nie gesagt hat, noch nie wirklich gesagt hat, ja, diese Anpassungsvorschläge gefallen uns nicht, wir wollen unbedingt die Menschenrechte schützen, wir wollen Gewalttrennungsprinzip berücksichtigt haben, wir wollen dieses unglaubliche Willkürelement, diese übermäßige Macht der WHO, wollen wir unbedingt einschränken durch eine Überwachungs- oder eine Kontrollbehörde und vor allem, wir dürfen es niemals zulassen, daß die WHO alleine bestimmt, welche Informationen im gesamten gesundheitlichen Bereich richtig sind und welche falsch.
Das habe ich aus dem Mund von irgendeinem Magistrat in der Schweiz noch nicht gehört. Das hätte man aber sagen müssen, weil man eben damit nicht einverstanden ist. Und deshalb müssen wir darüber sprechen.
So, was ist der grobe Inhalt? Der grobe Inhalt, das kann ich jetzt nur so salopp erklären, aber es geht um ein Riesengeschäft. Hier wird eine eigentliche Pandemie-Industrie begründet, das ist ganz sauber durchdacht. Also wenn Sie das selber lesen, verstehen Sie das. Es beginnt hier unter dem Titel, man hat gesagt, das Schlimmste, was uns passieren konnte unter Covid, war,

daß wir nicht allen gleichzeitig gleich viel Impfsubstanzen zur Verfügung stellen konnten. Die Verteilungsgerechtigkeit, die Verteilungsgerechtigkeit hat nicht funktioniert.
Dafür hat man den Begriff Equity geschaffen. Equity soll Verteilungsgerechtigkeit sein. Und unter diesem hat man gesagt, das war so schlimm, das war so gefährlich, es hätten noch sehr viel mehr Millionen Menschen sterben können. Wir müssen der WHO die Hoheit geben zu bestimmen, okay, das sind die Produkte, die produziert werden. Also da sprechen wir von Impfsubstanzen, mRNA-basiert, von Diagnosemitteln, von jeglicher Art von Pandemie-Produkten überhaupt. Das soll alles die WHO bestimmen dürfen.
Heike Wiegand, deutsche Ökonomin und Unternehmerin, Aktionsbündnis freie Schweiz
Als ich begonnen habe, mich mit dem One Health Approach zu befassen, war ich sehr erstaunt, daß er bereits auf das Jahr 2004 zurückgeht, und zwar auf eine Konferenz an der Rockefeller University in New York. Und ich möchte Ihnen gerne vorlesen, wie die das damals definiert haben, One Health: Erkennen des Zusammenhangs zwischen der Gesundheit von Menschen, Haustieren und Wildtieren, sowie der Bedrohung, die Krankheiten für die Menschen, ihre Nahrungsmittelversorgung und Wirtschaft darstellen, sowie die biologische Vielfalt für die Erhaltung einer gesunden Umwelt und funktionierender Ökosysteme, die wir alle benötigen.
Agenda 2030, haben Sie vielleicht schon gehört, die hieß früher Agenda 21 oder ganz pathetisch Agenda des 21. Jahrhunderts. Denn sie fußt auch auf dem One Health Ansatz, obwohl sie diesen Namen in ihren 17 Nachhaltigkeitszielen, das haben Sie vielleicht auch schon gehört - 17 Sustainable Development Goals - nennt sie nicht das Wort One Health, aber es geht auch darum, und zwar wird das implizit im Ziel Nummer drei dieser Agenda genannt:
"Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern." So wohlklingend wie dieses Ziel Nummer drei kommen auch die anderen 16 Ziele daher, und uns wird eine Utopie einer perfekten Welt verkauft, die zu schön ist, um wahr zu sein, und das ist es auch nicht. Was wichtig ist: Wir Menschen sollen durch diese schönen Worte geblendet werden. Denn, und jetzt passen Sie auf, nicht weniger als 14 dieser 17 Nachhaltigkeitsziele beinhalten Impfungen oder Immunisierungen als Lösung des Problems.
Und ich zeige Ihnen jetzt, wer das für uns macht. Das macht die UN, United Nations, ich nenne sie "unelected nobodies", "ungewählte Nullen". Denn diese nicht gewählten Nullen, die beschallen uns täglich mit ihren Mantren, wie das gemeinsame oder größere Wohl; tu es nicht für dich selbst, tu es für die Allgemeinheit.
Das sind kollektivistische Ansätze, die wir alle in der Corona-Zeit oft genug gehört haben. Und für mich ist das Perfide daran, daß die Masse nicht zu erkennen bereit zu sein scheint, daß es kein größeres Wohl und auch kein höheres Gut als die Freiheit geben kann. Und genau diese soll uns für immer genommen werden. Und deshalb sage ich Ihnen jetzt, es gibt kein größeres Gut als die Freiheit. Und das ist quasi meine Conclusio(Schlußfolgerung):
Es gibt kein höheres Gut und schon gar kein vorgegaukeltes Allgemeinwohl, das die Agenda 2030, den One-Health Ansatz oder sonst irgendeine menschenverachtende Agenda rechtfertigt und uns zur Selbstaufgabe zwingen kann. Das höchste Gut ist die Freiheit und die gilt es zu verteidigen.
Laura Grazioli
Und die Antworten auf all diese Krisen, die scheinbare Erlösung, welche dann präsentiert wird in Form eines Covid-Zertifikats beispielsweise, sie haben ganz viele Gemeinsamkeiten. Denn sie folgen einer bestimmten Logik, und diese Logik lautet im Allgemeinen: mehr Überwachung im Namen der Sicherheit, mehr Zensur im Namen des Kampfes gegen die Desinformation, mehr Kollektivismus im Namen der Solidarität, mehr Abhängigkeit zwischen Staat und Konzernen im Namen der Versorgungssicherheit, mehr Pharmavollversorgung im Namen der Gesundheit. Mehr Kontrolle im Namen des Klimaschutzes, mehr Vernetzung von Mensch

und Technik im Namen des Fortschritts, im Namen der Nachhaltigkeit.
All das ist, wenn man es konsequent zu Ende denkt, nur erreichbar mit weitgehenden Kontroll-, Überwachungs-, Zentralisierungs- und Enteignungsmaßnahmen. Und es orientiert sich nicht an den menschlichen Bedürfnissen, sondern erstens an einer abstrakten Vorstellung einer idealen Welt, in der totale Gesundheit und totale Sicherheit und totale Klimaidylle herrschen, und zweitens an einem rein mechanischen, komplett materialistischen Welt- und Menschenbild, bei dem alles, was technologisch machbar und möglich ist, auch gleichzeitig als erstrebenswert angesehen wird. Und was dabei geopfert wird, ist die Menschlichkeit.
Philipp Gut
Wie windschief das Ganze ist mit dem Pandemievertrag, das sieht man schon an einer einzigen Formulierung. Auch die internationalen Gesundheitsvorschriften, wie schief das ist, wie falsch. Da geht es um eine rechtsverbindliche Empfehlung. Das haben vielleicht schon Juristen gehört. Wie soll denn das sein? Eine Empfehlung oder ein Befehl? Das ist eben beides. Letztlich ist es ein Befehl. Eine Empfehlung kann nicht legally binding, nicht rechtsverbindlich sein. Schon diese absurde Logik in diesem einen Satz - kann man sagen - das können Sie in den Papierkorb schmeißen.
Reinhard Koradi
Und dann kommt die Gesundheitsdiktatur. Unter Gesundheitsdiktatur verstehe ich eigentlich, daß man uns vorschreibt, einerseits daß wir uns impfen sollten, aber vor allem auch, was wir essen und nicht mehr essen dürfen. Und hier sehe ich eine sehr große Gefahr in Verbindung mit der Digitalisierung. Die heutigen modernen Medien haben die Möglichkeiten geschaffen, den Bürger total zu kontrollieren.
Und ich denke, diese Kontrollmaßnahmen werden früher oder später auch dazu führen, wenn man sich nicht den Vorschriften entsprechend verhält, daß dann auch Sanktionen erfolgen werden. Nehmen wir ein Beispiel: Vielleicht werden dann Leute, die Fleisch essen, plötzlich eben höhere Krankenkassengebühren haben. Zusammengefaßt: Wir stehen in einer Entwicklung, wo wir unsere Individualität, unsere Selbstbestimmung verlieren und eine Entmündigung im wahrsten Sinne des Wortes wird vollzogen.
11. Weil die WHO keiner Kontrollbehörde und keiner verfassungsrechtlichen Überprüfung durch die Gerichte untersteht.
Philipp Kruse
Das alles mündet in eine Abwehr der Aufarbeitung. Und ich habe für Sie die aus meiner Sicht einfachste Formel hier aufgeschrieben, die mir immer wieder von den Gerichten entgegengehalten wurde, aber die so auch für die gesamte Gesellschaft gilt, und ich auch bei all meinen Kollegen und Freunden immer wieder höre, die mir nämlich sagen: "Schauen Sie, in Zeiten der Pandemien ist den Behörden ein erweiterter Ermessensspielraum zuzugestehen. Und solange sich die Behörden an die Vorgaben der WHO halten, können wir das nicht und sollten wir es auch nicht in Frage stellen." So ungefähr.
Ja, und dieser Ausgangspunkt verdeutlicht, was für eine extreme Schlüsselrolle die WHO hat, wenn sie eben den Pandemie-Notrechtszustand ausruft, schon in der Vergangenheit. Die Menschen drehen sich ab, und die Gerichte wenden sich ab von ihrer verfassungsrechtlichen Pflicht der Überprüfung und lassen die WHO gewähren. Das war schon in der Vergangenheit so. Ja, und deshalb kommt es eben nicht - bis heute nicht - zu einer Aufarbeitung dieser schwersten Eingriffe, die es jemals gegeben hat.
12. Weil die WHO als Werkzeug global agierender Architekten einer zentralen Weltregierung erachtet werden muß.
Reinhard Koradi
Nach der Globalisierung der Wirtschaft folgt nun eben die Globalisierung der Werte, der Lebensformen, und der Gesellschaftsordnungen. Wer von dieser Entwicklung profitiert, ist eine

zentrale Frage, die aber doch weitgehend im Dunkeln liegt.
Sicher, einer der treibenden Kräfte ist das Weltwirtschaftsforum mit Klaus, aber es sind natürlich auch ganz andere Organisationen, die eben das Ziel haben, eine sogenannte Einheitsregierung, oder, man kann auch sagen, Weltregierung aufzubauen. Und die Verlierer werden letztlich, ist das die große Mehrheit. Eine kleine Elite wird gewinnen. Wir können auch sagen, die Finanzindustrie wird gewinnen, um es vielleicht etwas deutlicher zu sagen.
Die Covid-Pandemie war ein idealer Feldtest, um herauszufinden, wie weit die Völker die globale Durchsetzung von Meinungen und Maßnahmen akzeptieren und mittragen werden. Und leider muß ich feststellen, daß dieser Feldtest für die Initianten ein voller Erfolg war. Die Gefahr ist sehr groß, daß unsere Zukunft in eine globale Meinungs- und Gesundheitsdiktatur eingebunden wird. Wegbereiter dazu sind transnationale Abkommen, eben wie zum Beispiel das WHO-Abkommen.
Heike Wiegand
Jetzt werden Sie fragen, was diese "Hidden Agenda" (Verdeckte Agenda) ist. Die "Hidden Agenda" ist, daß die UN, die Vereinten Nationen, der Kern, der Nukleus (lateinisch "Kern") einer künftigen One World Government - einer Weltregierung - eine Weltregierung sind. Denn sie wurde genau zu diesem Zweck gegründet. Das haben Sie vielleicht noch nicht so gehört, aber es ist so.
Jetzt kommen wir zur WHO. Die WHO, die ist die Tochterorganisation der UNO. Und sie ist inzwischen das Tool, das Werkzeug geworden, mit dem dieses Ziel der Eine-Welt-Regierung schneller erreicht werden soll. Und deshalb will die WHO die Allmacht über alle unsere Lebensbereiche und nicht nur die Gesundheit erlangen. Sie will Kontrolle über alles und jedes. Und es gibt aus meiner Sicht einen wesentlichen Grund, warum die WHO dafür zweckentfremdet wurde, diese Agenda-Ziele zu erreichen.
Da nur noch wenige Menschen politischen Philosophien und Ideologien anhängen, sind Sicherheit oder Gesundheit die einzigen Gründe, aus denen sie weitreichende Einschränkungen ihrer Grundrechte zulassen. Und die Corona-Pandemie, die hat den Beweis dafür geliefert. Und es tut mir sehr leid, wenn ich das hier sagen muss: Die Corona-Pandemie war ein Intelligenztest. Sie war ein Pilotprojekt, um zu sehen, wie weit man gehen kann. Und dieses Projekt hat leider erstaunlich gut funktioniert.
Alles one, one, one. One agenda, one health, one agenda, one world government, one dictatorship (Diktatur). Das ist jetzt mal so die Kurzversion. Ich komme auf diese eine Agenda noch. Aber wenn Sie sich jetzt fragen: Warum kommt da one dictatorship raus, dann denken Sie einfach mal an die EU. Die EU ist ja schon die Europäische Union, ist ja schon eine kleine Weltregierung sozusagen.
Und im EU-Parlament sitzen Abgeordnete, die von den Bürgern dieser EU-Mitgliedstaaten gewählt wurden, die aber nichts zu sagen haben. Und die EU-Kommission, die alles entscheidet, die wurde von niemandem gewählt, sondern von den Strippenziehern hintendran installiert. Und Sie glauben ja nicht, daß das anders sein würde, wenn wir jetzt eine Ein-Welt-Regierung hätten, daß das ein demokratisches System sein würde. Niemals!
Reinhard Koradi
Es liegt weitgehend in unseren eigenen Händen, ob wir Zentralismus und Diktatur oder Freiheit und Selbstbestimmung in unserer Zukunft haben werden. Wer denn sonst könnte den aktuellen Strömungen entgegentreten? Wir müssen gegen die Bevormundung Widerstand entwickeln und unsere Kreise gleich einem Stein, den ich in einen See werfe, müssen wir weitere Menschen mit unseren Ideen und unseren Überzeugungen eben mobilisieren können.
Es geht aus meiner Sicht heute, und ich glaube es ist wirklich fünf vor zwölf, um eine entscheidende Weichenstellung. Wollen wir in Knechtschaft dahinvegetieren oder ein selbstbestimmtes Leben führen? Die Antwort darauf dürfte für uns alle wohl sehr klar sein. Kämpfen

wir für das, was unser Dasein lebenswert macht. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.<<

18.05.2024

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 18. Mai 2024 (x1.376/…): >>**"Wahlbeben Ost": Sonderserie zur Europawahl - "AUF1" mischt den TV-Einheitsbrei auf**

In der ersten Folge der Sonderserie "Wahlbeben Ost" diskutiert "AUF1-Moderator" Thomas Eglinski mit der Schauspielerin und Autorin Gabriele Gysi und dem Publizisten und Arzt Dr. Paul Brandenburg, einem der schärfsten Kritiker der Corona-Zwangsmaßnahmen. Die Themen, um die es im Berliner Studio des alternativen TV-Senders geht, sind unter anderen die Angst des Systems vor der AfD, die Brüsseler Bonzen-EU als Simulation von Demokratie sowie die Instrumentalisierung des Verfassungsschutzes als Regierungsschutz.

Warum die Europawahl wichtig ist

Kämpferisch eröffnet Gabriele Gysi die Diskussion. Scharf kritisiert die Schwester des Linken-Politikers Gregor Gysi die machtgeilen "Grünen", die ihre eigenen Ideale verraten haben: "Die Grünen wurden von einer Friedens- zur Kriegspartei und haben uns gezeigt, was eine Stimme für sie wert ist".

Die 77-Jährige vergleicht Wahlen mit einer großen Meinungsumfrage. Schon deshalb rät sie dazu, unbedingt wählen zu gehen. Dies gelte auch für die Europawahl am 9. Juni - um "denen, die da oben herumturnen im politischen Showgeschäft" zu signalisieren, daß man "ganz andere Vorstellungen" habe.

EU als Scheindemokratie

"Wer sich nicht um die EU kümmert, wird feststellen müssen, daß die EU sich um ihn kümmert", warnt Paul Brandenburg und wirbt ebenfalls für eine Beteiligung an der EU-Wahl. Für ihn ist die EU "ein antidemokratisches Konstrukt", das dringend einer Kurskorrektur durch die Wähler bedürfe.

Deshalb sind beide Studiogäste der Meinung, daß die Menschen Widerspruch einlegen sollten gegen den Weg der Politik auf EU-Ebene und auf Landesebene. Denn aus einem "Nicht-Widerspruch" werde sonst Zustimmung abgeleitet.

Brandenburg erinnert in diesem Zusammenhang an eine Aussage des früheren Kommissionschefs Claude Juncker: "Wir legen immer wieder einen Stein oben drauf, bis sie sich beschweren. Dann legen wir ihn zur Seite, warten ab und machen's dann doch."

Gabriele Gysi kommt diese Taktik bekannt vor. Die gleiche Vorgangsweise habe sich beim Prozeß der deutschen Wiedervereinigung beobachten lassen.

Die Rolle der Jungwähler

Daß erstmals bei einer EU-Wahl auch 16-Jährige am 9. Juni ihre Stimme abgeben dürfen, interpretieren beide Diskutanten unterschiedlich.

Für Gabriele Gysi sind Menschen ab 16 zu jung und zu beeinflußbar, auch "durch den Gruppenzwang". Die Absicht dahinter sei ja, leicht manipulierbare Menschen durch Propaganda in eine bestimmte Richtung bei ihrer Wahlentscheidung zu bringen.

Paul Brandenburg sieht das anders. Er beobachte, daß gerade junge Menschen zunehmend den "Wokismus" und die unerträgliche Instrumentalisierung von Kindern und Jugendlichen ablehnen. Beispielhaft verweist er darauf, daß bei einer Test-Wahl an einer bayerischen Schule die AfD gewonnen habe.

Gespaltenes Deutschland

In einem sind sich beide Gäste bei der "AUF1-Sondersendung" einig: Es gebe deutliche Unterschiede in den Standpunkten, Sichtweisen und dem Verhalten der Menschen in Ost- und Westdeutschland.

Gabriele Gysi kritisiert, daß man den Menschen im Osten ihr "deutsch sein wollen" vorwerfe. Paul Brandenburg lobt die "gesunde Renitenz" der Menschen im Osten Deutschlands.

Demokratie auf dem Prüfstand
Mit großer Sorge um die Demokratie sehen beide Diskutanten die juristische und politische Hexenjagd auf die AfD als einzig wahre Oppositionspartei. Das System gehe "zutiefst undemokratisch" vor. Für Paul Brandenburg ist die Spitze des Verfassungsschutzes im Zusammenwirken mit der ultralinken Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) selbst "zutiefst verfassungsfeindlich."
Absage an "Brandmauern"
Gabriele Gysyi fordert vehement eine Abkehr von "den unsäglichen Brandmauern gegen alles und jeden" und plädiert für einen offenen demokratischen Diskurs, bei dem alle mitreden dürfen. Die Schauspielerin findet, daß die Schritte des Systems gegen die AfD auch "Angst und Schrecken erzeugen."
Wahlrecht in Anspruch nehmen!
Daß die Menschen ihr Wahlrecht in Anspruch nehmen sollen, darin sind sich die Studiogäste einig. Gabriele Gysi appelliert an jeden Einzelnen: "Nachdenken. Nicht gefallen lassen, wie man manipuliert wird. Wählen, bei wem sie Übereinstimmung finden. Aber gehen Sie wählen. Denn es ist eine große Meinungsumfrage."
Paul Brandenburg sekundiert: "Es klingt wie ein Widerspruch. Wahlen werden nichts an der EU ändern. Aber wir brauchen sie, um die EU friedlich zu stoppen." …<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 18. Mai 2024 (x1.377/…):
>>**Neue Zahlen: Gewalt an Bahnhöfen ufert aus**
Von *Sven Eggers*
Jeder weiß es, jeder spürt es, aber wesentliche Medien mauern: Die Zahl der Gewalttaten auf deutschen Bahnhöfen nimmt dramatisch zu. Wer sich der Forderung nach Abschiebungen verschließt, macht sich mitschuldig. …
Es sind neue Zahlen der Bundespolizei, die eigentlich für den internen Gebrauch gedacht waren, die aber jetzt doch den Weg in die Öffentlichkeit gefunden haben. Danach ist die Zahl der Gewalttaten an deutschen Bahnhöfen in den ersten drei Monaten dieses Jahres sprunghaft angestiegen. Die Rede ist von einem Anstieg sogar um beinahe 20 Prozent (19,7 Prozent).
Immerhin die Springerpresse hatte zuletzt die dramatischen Zahlen zumindest erwähnt. Die Bundespolizei registrierte danach allein im März mehr als 2.800 Gewaltdelikte, zumeist geht es dabei um Körperverletzungen. Aber auch Sexualdelikte sind gemäß der aktuellen Erhebung stark angestiegen, nämlich um 37 Prozent im Vergleich mit dem Vorjahresmonat. Allein 178 solcher Fälle gab es auf den Bahnanlagen; ein Anstieg um satte 48,3 Prozent.
Heiko Teggatz, Bundesvorsitzender der Bundespolizeigewerkschaft DPolG, sagte im Interview mit der Welt:
"Die Zahlen belegen genau das, wovor wir bereits seit Jahren warnen. Die Gewaltkriminalität auf unseren Bahnhöfen eskaliert zunehmend, und Bundesinnenministerin Nancy Faeser unternimmt nichts."
Weiter sagt er: "Es darf nicht sein, daß Bahnhöfe zu Angsträumen für Frauen werden. Frauen müssen in Deutschland sicher reisen können." Bereits die jüngste Kriminalitätsstatistik wies einen starken bundesweiten Anstieg bei der Gewaltkriminalität aus. Dabei ist die "gefährliche und schwere Körperverletzung" um 6,8 Prozent auf 154.541 Fälle geklettert. Die "vorsätzliche einfache Körperverletzung" nahm auf 429.157 Fälle zu, ein Plus von 7,4 Prozent.
Wo soll das hinführen? Nach wie vor gibt es bei uns keine ernsthaften Grenzkontrollen. Nur Abschiebungen können das Gebot der Stunde sein. ...<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 18. Mai 2024 (x1.377/…):
>>**Stefan Schubert: "Folge der Spur des Geldes"**
Von *Daniell Pföhringer*
Die WHO und Big Pharma wollen die globale Gesundheitsdiktatur errichten. Auch dies ist

Thema in Stefan Schuberts neuem Aufklärungskracher "Der geheime Krieg gegen Deutschland", zu dem Jürgen Elsässer den Autor interviewt hat. …
Mit seinem neuen Buch "Der geheime Krieg gegen Deutschland. Unser Land im Fadenkreuz globaler Eliten" ist Bestseller-Autor Stefan Schubert ein ganz großer Wurf gelungen: Er zeigt auf, wie die Globalisten und ihre politischen Marionetten einen hybriden Krieg gegen unser Land an verschiedenen Fronten führen: durch EU-Knebelung, das Hineindrängen in die Rolle des Waffenlieferanten für die Ukraine, den Nord-Stream-Terror und schließlich auch durch immer neue Plandemien und Impfkampagnen, die Deutschland schließlich unter das Joch der WHO treiben sollen.
COMPACT-Chefredakteur Jürgen Elsässer hat Stefan Schubert zu seinem neuen Buch befragt. …
Nachfolgend ein Auszug aus dem Gespräch:
Ich war oft in Japan, und was mir aktuell auffällt: Früher - wir reden über die 1980er beziehungsweise 1990er Jahre - waren Deutschland und Japan ungefähr auf Augenhöhe. Die Amerikaner waren die Führungsmacht, auch wirtschaftlich gesehen, dahinter kamen die Japaner, dann wir. Jetzt hat sich Japan jedoch gehalten, ist immer noch ein prosperierendes Land und hat immer noch Atomkraft, während Deutschland total abgesackt ist.
Es gibt einen Deindustrialisierungsprozeß in Japan, aber nicht in dem Ausmaß wie in Deutschland. Meine These wäre, daß Westdeutschland, die Bundesrepublik, das Schaufenster gegenüber dem Osten war; der Osten ist kollabiert und deswegen wird das Schaufenster auch abgewrackt. Japan war das Schaufenster im Fernost, aber da ist das sozialistische China noch nicht kollabiert und deswegen braucht man diese Schaufenster noch.
Ja, die Idee der Industrialisierung ist ja auch ein Teil dieses hybriden Krieges, den ich in "Der geheime Krieg gegen Deutschland" beschreibe, und da sind auch ganz unterschiedliche Mächte am Werk: Einmal die grüne Ideologie, obwohl deren Vordenker in den Talkshows sitzt und in ganz dreister Weise behauptet, die Atomkraftwerke könnten wir ja ausschalten. Wir hätten kein Problem mit der Energieherstellung, sondern die "bösen" Bürger verbrauchten einfach zu viel Energie, indem sie im Winter ihre Wohnung um einen Grad zu warm heizen, zu lange warm duschen und zu oft in den Urlaub fliegen. Deswegen müßten wir entsprechend bestraft werden, sprich: das Geld umverteilt werden. Das ist der eine Teil.
Natürlich ist der andere Teil eine internationale Finanzelite, die an der Energie-Agenda Milliarden von Dollar gewinnen will und das auch tut, wie zum Beispiel Blackrock, auch ein großer Themenkomplex in meinem Buch. Die haben bereits in Firmen investiert, die von der zwangsdurchgeführten Energiewende profitieren werden - wie Wärmepumpen-Hersteller, die an Hedgefonds verkauft wurden.
In Davos wurde ein großes Firmenevent gefeiert, dort hat auch ein amerikanischer Finanzinvestor eine Labor-Fleisch-Firma und eine Insekten-Fleisch-Firma aus den Niederlanden aufgekauft - ein Milliardendeal, der befeuert worden ist. Und gleichzeitig haben wir dann große Medienkonzerne wie Bloomberg zum Beispiel, die jede Woche einen Artikel raushauen, wie "toll" doch Insekten-Essen für die Bürger sei. Also das sind mehrere Kräfte, die aufeinander einwirken, mit unterschiedlicher Motivation, aber alle zum Nachteil dieses Landes und der Bürger.
Ein großer roter Faden in "Der geheime Krieg gegen Deutschland" ist - ich bin ja ehemaliger Polizist und habe mir das zum Leitsatz gemacht - "Schau hin, folge dem Geld, guck Dir an, wer profitiert". Und letztendlich, wenn man sich diese ganzen Komplexe anschaut - Energie, Atom, Ukraine, große Transformation -, ist das eine riesige Umverteilungsmaschinerie von unten nach oben. Das wird immer wieder deutlich, genau wie bei Corona mit den Impfstoffen. All das ist ein riesiges Geldvernichtungsprogramm für den normalen Bürger und ein Gewinnstreben für die oberen Zehntausend.

Wenn ich Ihr Buch durchblättere, tauchen bestimmte Namen immer wieder auf, wie zum Beispiel Bill Gates, Klaus Schwab für das Weltwirtschaftsforum oder Blackrock, wie Sie gesagt haben. Das sind sozusagen die Hintergrundmächte, die großen Profiteure, die Milliardäre. Man könnte auch Jeff Bezos hinzufügen. Über welche Institutionen werden die Angriffe hauptsächlich geführt? Über Davos, das Weltwirtschaftsforum, die WHO, die Wall Street oder die NATO?
Alle haben ihre eigene Agenda, die sie ohne Rücksicht auf Verluste verfolgen, und sie schließen sich dann für einzelne Themenkomplexe wieder zusammen zu anderen Netzwerken und gehen dann arbeitsteilig vor. Und das halt mit ihrer immensen Machtfülle. Wenn sie nicht weiterkommen mit dem UNO-Sicherheitsrat, dann gründen sie so etwas wie die WHO, geben solchen Organisationen noch mehr Geld, noch mehr Pharmaindustrie-Geld, probieren eine neue Gesetzgebung in den Parlamenten mit dem Pandemievertrag zu umgehen.
Wenn man sich anschaut - das ist auch in "Der geheime Krieg gegen Deutschland" dabei -, wie viel Geld die Pharmaindustrie der WHO gegeben hat, wie Leute von der Pharmaindustrie zur WHO in die Politik wechseln und wieder zurück, dann ist das ein immerwährender Kreislauf und immer verdienen sie gutes Geld dabei. Und immer ist es auch ihr Modus operandi, niemals werden diese Leute juristisch zur Rechenschaft gezogen. Es ist so gut wie niemand auf der Anklagebank gelandet, weil sie natürlich durch ihre Macht auch Einfluß auf die Justizsysteme haben.
Der WHO-Pandemievertrag spielt eine große Rolle in Ihrem Buch. Die Corona-Inszenierung mit allen diktatorischen Maßnahmen ist ja an einem bestimmten Punkt abgebrochen worden und wurde sozusagen durch den Ukraine-Krieg als Angstmacher ersetzt. Wie groß ist die Gefahr, daß jetzt über den WHO-Pandemievertrag sozusagen die nächste Seuchen-Inszenierung angeschoben wird, obwohl kaum noch jemand an die letzte, nämlich Corona, glaubt?
Ich habe mir auch das einmal genauer angesehen, denn Corona war für viele von uns der erste große Fehlalarm, aber ähnliche Situationen gab es bereits mehrfach, wie mit der Vogelgrippe, den Affenpocken und der Schweinegrippe. Immer wurden Regierungen aufgefordert, Milliarden Impfstoffe zu bezahlen und zu lagern, es wurden Horror-Szenarien mit Millionen von Toten gezeichnet.
Wenn die Leute dann fragen, wie diese Milliarden-Ausgaben gerechtfertigt werden können, gab es einmal einen kurzen EU-Untersuchungsausschuß. Dann wurden zwei aalglatte Lobbyisten hinzugezogen, die behaupteten, sie hätten nur geliefert, was die Politik wollte. Und wenn das nicht eingetreten sei, könnten sie auch nichts dafür. Also wurde der Untersuchungsausschuß wieder stillgelegt, und die Pharmaindustrie behielt ihre Milliarden. Dann geht es zur nächsten Pandemie über, und wenn diese Pandemie nicht eintritt, wird einfach die Definition geändert, wie es die WHO gemacht hat.
Vor nicht allzu langer Zeit brauchte eine Pandemie eine tödliche Ansteckungsgefahr, also mit tatsächlichen Todesfällen. Das wurde jetzt einfach still und heimlich im Kleingedruckten geändert, sodaß es nur noch eine erhöhte Ansteckung geben muß. Eine Grippe hat natürlich auch eine erhöhte Ansteckung, wie wir wissen. Im Herbst grassiert die Grippe, und die Gefahr besteht nun darin, daß jeder Anlaß genommen wird, um neue Pandemien auszurufen und die Regierungen wieder aufzufordern, Milliarden von Steuergeldern für Impfstoffe von der Pharmaindustrie zu kaufen.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 18. Mai 2024 (x1.377/…):
>>**Ragnarök: Der dritte Weltkrieg**
Von *Hilde*
Ist Ragnarök, die germanische Götterdämmerung bereits eingeleitet? Die altgermanische Edda als Warnung an die Kriegstreiber der Gegenwart. Der Mythos lebt: Bis heute haben sich haben sich im Volksbrauchtum germanische Traditionen erhalten. In unserer prachtvoll illustrierten

Sonderausgabe "Die Germanen - Die Geschichte der ersten Deutschen" haben wir diesen Thema ein ganzes Kapitel gewidmet. …
In der Edda, der alt-germanischen Sammlung mythologischer Geschichten, wird Ragnarök, der Weltenbrand, der Untergang der alten Ordnung in der Völuspa-Prophezeiung vorausgesagt.
Die Geschichten, Lieder und Dichtungen der Edda sind sehr alt, älter als das Christentum, wurden mündlich überliefert und erst im 13. Jahrhundert in Island niedergeschrieben. Edda ist alt-isländisch und bedeutet Urgroßmutter, also Geschichten der Altvorderen. Der Name Edda war früher als Frauenname gebräuchlich, genauso wie der Name Ebba. Die Mutter der hl. Lioba von Fulda (geb. 710) stammte aus dem angelsächsischen Königshaus Wessex in England und hieß Aebbe, woraus später Ebba wurde.
Ragnarök beginnt mit dem nächtlichen Heulen des Fenriswolfes, der an seiner Kette reißt. der Name bedeutet Sumpfwolf, ein Monster aus dem Sumpf. Eine Warnung an Thor, den Sohn Odins, der ihn einst angekettet hatte, um die Ordnung zu wahren. Und an Tyr, dem er einst die rechte Hand abgebissen hatte.
Wo haben wir das Heulen des Fenriswolfes? Wir hören laufend von Kriegsgeschrei, das nicht aufhören will. Es gibt auch eine christliche Überlieferung über den Endkampf zwischen Gut und Böse, Armageddon. Dieser Kampf soll sich rund um Israel abspielen, alle Nationen erfassen und in einen Weltenbrand münden.

Das wäre der atomare Dritte Weltkrieg

Der Krieg in der Ukraine tritt in eine neue heiße Phase. Deutschland will neue Luftabwehrsysteme liefern, nicht nur Kampfpanzer, auch Kampfjets, Mittelstrecken Raketen, ganze Drohnenschwärme und Bodentruppen bestehend aus deutschen Soldaten, die für einen Krieg sterben sollen, der uns nichts angeht. Dazu soll die Allgemeine Wehrpflicht wieder aktiviert werden, um nach schwedischem Vorbild Männer und Frauen ab 16 Jahren bis 70 Jahren massenhaft als Kanonenfutter einzubeziehen, damit die ukrainischen desertierten Männer (allein in Deutschland 600.000) ersetzt werden können.
Katharina vom Ötztal, 1946: Es wird einen Dritten Weltkrieg geben. Anfangen tut es langsam. Mit komischen Autos holen sie die Buben ab. Es wird also eine Zwangsrekrutierung geben.
2019 wurde geleaked, daß es in Deutschland eine Generalmobilmachung geben wird, das konnte damals niemand glauben, heute schon. Die Wehrpflicht kann vom Bundestag mit einfacher Mehrheit wieder aktiviert werden, das geht ganz schnell.
Es soll bald Hungersnöte, Erdbeben und Überschwemmungen geben, das wird durch das Schiff Nagelfahr in der Edda symbolisiert.
Dieses Jahr wird es kaum Obst geben, denn in die Blüte hinein kam Schnee und Frost. Die deutsche Wirtschaft wird zerstört, ebenso die Arbeitsplätze, aber es strömen illegal immer mehr Menschen nach Deutschland, sodaß eine Hungersnot unausweichlich wird.
Der Weltenbrand kommt in Gang, indem atomares Feuer geworfen wird. In der Edda wird das so dargestellt:
Der Fenriswolf spuckt Feuer, die Midgardschlange versprüht ihr Gift, was Luft und Meer entzündet. Muspells Söhne kommen durch diesen Tumult hervorgeritten - allen voran Surt, der Feuerriese. Sie überqueren die Brücke Bifröst, die daraufhin zusammenstürzt. Sie ziehen zur Ebene Wigrid, wo sie sich mit dem Fenriswolf, der Midgardschlange, Loki, Hrym (dem Steuermann von Naglfar), allen Hrimthursen und Hels Gefolge treffen. Dort nehmen sie die Schlachtordnung ein.
Heimdall erhebt sich und stößt mit aller Kraft in sein Gjallarhorn, ein Rufhorn, und warnt damit alle Götter, die sich beraten. Odin reitet zu Mimirs Brunnen, um Rat zu holen. Die Asen und alle Einherjer d. h. die in Schlachten gefallenen Toten aus Walhall, wappnen sich danach zum Kampf. An der Spitze reitet Odin mit seinem Speer Gungnir, seinem Goldhelm und sei-

nem schönen Harnisch.
In der folgenden Schlacht kämpft Freyr gegen Surt, wobei Freyr unterliegt, weil er (laut einem anderen Mythos) sein Schwert seinem Knecht Skimir gegeben hat. Der Hund Garm, der Wächter der Unterwelt, greift Tyr an. Beide töten sich gegenseitig. Thor gelingt es, die Midgardschlange zu besiegen. Kaum ist er neun Schritte von der Schlange weggegangen, stirbt er jedoch an ihrem Gift. Odin tritt gegen den Fenriswolf an, der ihn verschlingt. Odins Sohn Vidar rächt den Vater:
Er steigt dem Fenriswolf mit seinem ledernen Stiefel ins Maul, reißt sein Maul entzwei und ersticht ihn durch den Rachen. Loki kämpft gegen Heimdall, auch sie erschlagen sich gegenseitig. Schließlich schleudert Surt Feuer über die ganze Welt, das alles zerstört (Weltenbrand). Die Asen versammeln sich. Flammen und Rauch schießen zum Himmel. Durch den Ausgleich von Ordnung und Chaos entsteht ein Gleichgewicht, das es dem wiedergeborenen Allvater Fimbultyr (Odin) ermöglicht, eine neue Welt zu schaffen. Die Asen einen sich am Idafeld. Alles Böse bessert sich. Die Fassung der Hauksbók hat als 65. Strophe:
… Da kommt der Mächtige zu seiner ordnenden Herrschaft kraftvoll von oben, er, der alles steuert.
Wer ist der Mächtige? Das ist unser Herr Jesus Christus, denn Odin sagte selbst: Nach mir kommt ein Mächtigerer.
Es beginnt eine schöne Zeit für die Menschen, denn die alte Schlange ist besiegt.
Der Mythos lebt: Bis heute haben sich im Volksbrauchtum germanische Traditionen erhalten. *In unserer prachtvoll illustrierten Sonderausgabe "Die Germanen - Die Geschichte der ersten Deutschen" haben wir diesen Thema ein ganzes Kapitel gewidmet.*<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 18. Mai 2024 (x1.377/…):
>>**WGT 2024: Gottessuche und Neofolk**
Von *Sven Reuth*
Ein Großmeister der Neofolk-Subkultur eröffnete gestern in Leipzig das 31. Wave-Gotik-Treffen. Die Neofolk-Szene wird in den Medien oft dämonisiert. Wer in der Musikindustrie wirklich Böses im Schilde führt und mit dem Teufel im Bunde ist, lesen Sie in unserer aktuellen Spezial-Ausgabe "Satan, Pop und Hollywood". Nichts für schwache Nerven. …
Ein Leben ohne Wave-Gotik-Treffen ist möglich, aber sinnlos. Dieses Bonmot würden sicherlich Tausende von Anhängern der Dark-Wave-Szene rund um den Erdball unterzeichnen. Nirgendwo zelebriert sich der musikalische Untergrund so emphatisch wie jedes Jahr in Leipzig über die Pfingstfeiertage.
"Großevent mit familiärem Charme"
Doch um was handelt es sich bei diesem Ereignis eigentlich? Daniell Pföhringer erklärte dazu in seinem Artikel "Black Celebration" in COMPACT 6/2019:
"Jahr für Jahr pilgern an den Feiertagen Tausende in die sächsische Metropole, um das Wave-Gotik-Treffen (WGT) zu zelebrieren. Was 1992 als kleine Veranstaltung mit einer Handvoll Musikgruppen im damaligen Eiskeller im Stadtteil Connewitz begann, zieht heute regelmäßig über 20.000 Gäste aus aller Welt nach Leipzig. Auch wenn aus dem WGT inzwischen ein Großevent geworden ist, hat es sich doch seinen familiären Charme bewahrt. Das liegt auch an der Friedfertigkeit der Gruftis. Alkoholexzesse und Schlägereien wie in Wacken gibt es hier nicht.
Das WGT unterscheidet sich von anderen Festivals auch dadurch, daß sich das Geschehen nicht auf einen Ort konzentriert. Fast über die gesamte Stadt verteilt finden nicht nur unzählige Konzerte, sondern auch Autorenlesungen, Ausstellungen, Theateraufführungen, Kleinkunstdarbietungen, ein Viktorianisches Picknick oder Mittelaltermärkte statt. Selbst die Hochkultur kommt dabei nicht zu kurz.
Im Richard-Wagner-Jubiläumsjahr 2013 reservierte das Leipziger Opernhaus ein Platzkontin-

gent für die Bühnenstücke des Jahrhundertkomponisten, und als im Jahr zuvor die inzwischen verstorbene Starsopranistin Montserrat Caballé in Leipzig gastierte, standen die Besucher des WGT vor der Oper ebenso Schlange wie bei der Aufführung von Mozarts Requiem mit Texten des italienischen Meisterregisseurs Pier Paolo Pasolini 2014. Klassische Musik ist ein fester Bestandteil des Wave-Gotik-Treffens - auch in diesem Jahr."

"Wurzeln in der Spätzeit der DDR"

Weiter bemerkt Pföhringer:

"Die Vorgeschichte des Treffens reicht bis in die Spätzeit der DDR zurück. Ende der 1980er Jahre bildete sich in Leipzig eine lose Szene junger Leute, die sich, in Anlehnung an die damals im Westen bereits etablierte Wave- und Gothic-Subkultur, schwarz kleideten, die Haare toupierten, Musik von Gruppen wie Depeche Mode oder The Cure hörten. Herübergeschwappt war die neue Welle aus Großbritannien, wo sie Anfang der 1980er als Abspaltung der Punkszene entstand.

Im Englischen bedeutet "gothic" nicht nur "gotisch", sondern auch unheimlich und mystisch, und so entwickelten die schwarzen Romantiker einen Stil, der sich an der Ikonographie von Gothic Novels wie Mary Shelleys Frankenstein und deren filmischen Erben, den Horrorproduktionen der Universal-Studios der 1920er bis 1940er Jahre mit Mimen wie Lon Chaney (Das Phantom der Oper), Bela Lugosi (Dracula) und Boris Karloff (Frankensteins Monster), orientierte: Lange Gewänder, Gehröcke, Totenköpfe, Fledermäuse, blasse Haut mit dunklem Augen-Make-up, alte Gemäuer und Friedhöfe."

Auch die Besucher, die gestern in der Pleißestadt eintrafen, wurden wieder mit der unvergleichlich entspannten Atmosphäre begrüßt, die sich in den Pfingsttagen über die sächsische Metropole legt. Langsam, aber sicher, prägen dunkel gewandete Personen das Stadtbild. Viele machen sich auf in Richtung des Alten Messegeländes.

Schwarzes Happening im Volkspalast

Kaum ein Ort in Leipzig könnte nämlich geeigneter für dieses Festival sein als der Volkspalast, der nicht umsonst als das erhaltungswürdigste Denkmal auf dem gesamten Messegelände gilt und dessen Frontansicht an das römische Pantheon erinnert: Eine 28 Meter hohe Halle wird von einer Kuppel mit einem Durchmesser von 30 Metern überragt. Im Gebäude selbst können die Besucher nun während mehrstündigen Konzertveranstaltungen mit einer Vielzahl von Gruppen tief abtauchen in die akustischen Klangwelten der medial weitgehend geächteten Subkultur des Neofolk.

Diese Stilrichtung der Schwarzen Szene versteht sich als eine Art Erbe der Volksmusik, im Gegensatz zu dieser dominieren aber oft klare Rhythmen, was der Musik nicht selten ein militärisches Gepräge verleiht. "Fast allen Bands gemein sind ein verklärter Antimodernismus und die unausgesprochene Frage, wie Folkmusik klänge, hätte es die US-amerikanische Popgeschichte nie gegeben", stellte das Magazin Rolling Stone als das wohl bedeutendste Periodikum für populäre Musik einmal fest.

Vom Heidentum zum Katholizismus

Zu den interessantesten Musikern dieses Spektrums zählt der US-Amerikaner Joseph Budenholzer, der schon seit den 90er Jahren das Bandprojekt Backworld betreibt. Wie viele Neofolk-Bands thematisierte Backworld anfänglich vor allem heidnische Themen, mit den Jahren trat dann aber "ein eigentümlich scheues Umschleichen christlicher, vorwiegend katholischer Lehren" in den Vordergrund, wie der Neofolk-Kenner Dominik Tischleder einmal bemerkte. Außerdem änderte sich der Stil der Band vom klassischen, an Death In June geschulten Apokalyptic Folk hin zur klassischen US-amerikanischen Folk-Musik, der schon erwähnte Dominik Tischleder erkannte sogar Anklänge an die Dire Straits und REM.

Das klingt nur auf den ersten Blick ein wenig schräg. Buchheimer, der deutsche Vorfahren hat und im US-Bundesstaat Nebraska aufwuchs, ist nämlich ein ausgezeichneter Songwriter, der

für viele Ohrwürmer der Neofolk-Szene verantwortlich zeichnet. Er überzeugt außerdem sowohl bei Solo-Auftritten wie auch als Teil seiner Band. Das wurde auch beim gestrigen Konzert in der Kuppelhalle deutlich, der sehr viele Zuhörer zum Mittanzen animierte.

"Ich bin militant für meine Kultur"

Der Konzertabend wurde dann von der französischen Military-Pop-Band Dernière Volonté (zu deutsch: "Letzter Wille") beschlossen. Ein Bandmitglied hatte einmal im Interview mit dem Neofolk-Magazin Zinnober betont:

"Ich bin militant für meine Kultur und meine Geschichte, und wenn man morgen zu den Waffen greifen müßte, um diese Grundlagen zu verteidigen, so bin ich bereit!"

Eine Aussage, die fast schon idealtypisch eine Lebenseinstellung wiedergibt, die in der Neofolk-Szene stark verbreitet ist - radikaler Individualismus, Rückbindung an Heimat und Tradition sowie ein militärischer Gestus gehen hier häufig Hand in Hand.

Die Neofolk-Szene wird in den Medien oft dämonisiert. Wer die wirklichen Bösewichte im Rock- und Pop-Busineß sind, lesen Sie im COMPACT-Spezial "Satan, Pop und Hollywood".

...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 18. Mai 2024 (x1.377/…):

>>**Vertreibung: Ehrenburgs Mordhetze**

Von *Gero Bernhardt*

Bei der Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten kam es zu schweren Verbrechen von Rotarmisten. Aufgehetzt wurden sie von einem besonders berüchtigten sowjetischen Kriegspropagandisten. Ein Auszug aus unserer neuen Geschichtsausgabe "Verlorene Heimat - Die Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten".

Im Jahr 1994 berichteten die in Tel Aviv erscheinenden Israel Nachrichten, damals die einzige deutschsprachige jüdische Tageszeitung der Welt, mit drastischen Worten die sexuellen Massenverbrechen von Angehörigen der Sowjetarmee:

"Da verwandelten sich die respektablen Soldaten. Da wurden sie urplötzlich zu einer gemeinen, geilen, gierigen Horde. Sie fielen über deutsche Mädchen und Frauen her. ... Sie wurden zu diesen Schandtaten amtlich aufgerufen. Von ihrer Führung. Sie sollten sich rächen. Ilja Ehrenburg, ein großer Dichter und Schriftsteller, ließ Flugblätter drucken: 'Soldaten, brecht den Hochmut der deutschen Frauen! Nehmt Euch, was Ihr wollt! Ihr seid die Sieger.' Millionen von deutschen Mädchen und Frauen sind bei diesen Gewalttaten gestorben."

Bei dem von der Zeitung angeprangerten Ilja Ehrenburg handelt es sich um den damals einflußreichsten und hemmungslosesten sowjetischen Einpeitscher. In den 1920er Jahren hatte er als Literat und Spion der bolschewistischen Geheimpolizei in Berlin und Paris gewirkt.

Ab 1941 war er Agitprop-Beauftragter der 3. Weißrussischen Armee unter General Tschernjachowski sowie ständiger Mitarbeiter des Krasnaja Swesda ("Roter Stern"), des offiziellen Organs der Roten Armee. Dort erschien am 24. Juli 1942 folgender Text von ihm:

"Die Deutschen sind keine Menschen. Von nun an ist das Wort 'Deutscher' für uns wie ein entsetzlicher Fluch. Von jetzt an läßt das Wort 'Deutscher' das Gewehr von allein losgehen. Wir werden nichts sagen. Wir werden uns nicht empören. Wir werden töten. Wenn Du nicht pro Tag wenigstens einen Deutschen getötet hast, war es ein verlorener Tag. ... Wenn Du einen Deutschen getötet hast, töte einen zweiten - nichts stimmt uns froher als deutsche Leichen."

Ehrenburg, ab 1942 Träger des Stalin-Preises, hämmerte den Rotarmisten ein, daß die Deutschen "arische Bestien" seien. Der Kampf gegen sie sei die "Fortsetzung der Arbeiten eines Pasteur, des Bezwingers der Tollwut". Die insgesamt fast 3.000 Aufrufe des Schriftstellers erschienen auf Flugblättern in Millionenauflagen sowie in diversen Soldatenzeitungen.

Der Hetzer wird abserviert

Auch in den Medien, die der Imagepflege von Stalins Diktatur bei den Westalliierten dienen

sollten, kam Ehrenburg häufig zu Wort, wobei er seinen Deutschenhaß nicht zügelte. Erst nach der Wende von Stalingrad im Januar 1943 mäßigte er seine Sprache etwas.
Nachdem der Sieg für die Sowjets in greifbarer Nähe war, wurde der Hetzer abserviert. Am 14. April 1945 erschien ein Artikel in der Parteizeitung Prawda unter dem Titel "Genosse Ehrenburg vereinfacht".
Georgi Fjodorowitsch Alexandrow, Stalins Propagandachef im Zentralkomitee, verurteilte darin dessen antideutschen Rassismus:
"Genosse Ehrenburg macht den Lesern weis, daß alle Deutschen gleich seien und daß sie sich alle gleichermaßen für die Verbrechen der Nazis zu verantworten hätten."
Und weiter: "Es muß nicht gesagt werden, daß der Genosse Ehrenburg hierin nicht die sowjetische öffentliche Meinung spiegelt. Die Rote Armee ... hat sich nie zum Ziel gesetzt, das deutsche Volk auszurotten."
Den vollständigen Beitrag und weitere Augenzeugenberichte lesen Sie in COMPACT-Geschichte "Verlorene Heimat - Die Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten" . Wir geben den Opfern des verschwiegenen Völkermordes eine Stimme. ...<<
USA: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 18. Mai 2024 (x1.377/…): >>**Gegen Deutschland, gegen Rußland**
Von *COMPACT Redaktion*
Rede von Stratfor-Chef George Friedman, dem Chef der Denkfabrik Stratfor, die bisweilen als "Schatten-CIA" bezeichnet wird, formulierte 2015 die geostrategischen Ziele der USA. Hier können Sie seine Kampfansage im Wortlaut lesen. …
_ O-Ton: *George Friedman*
Kein Ort kann auf Dauer friedlich bleiben. Auch die USA nicht. Wir haben ständig Kriege in Europa und werden zwar, wie ich vermute, nicht zu den großen Kriegen zurückkehren, aber es wird wieder zum menschlichen Normalfall zurückkehren: Es wird seine Kriege haben, seine Friedenszeiten, und sie werden ihr Leben leben. Es wird keine 100 Millionen Tote geben, aber die Vorstellung, Europa sei eine Ausnahmeerscheinung, wird zuerst sterben.
Ohne Europa und die NATO
Es wird Konflikte in Europa geben, es gab schon Konflikte in Jugoslawien und jetzt auch in der Ukraine. Was Europas Beziehungen zu den Vereinigten Staaten betrifft - wir haben keine Beziehungen mehr mit "Europa". Wir haben Beziehungen mit Rumänien, wir haben Beziehungen mit Frankreich, aber es gibt kein "Europa", mit dem man Beziehungen haben kann.
Der islamistische Extremismus ist ein Problem für die Vereinigten Staaten, aber keine existentielle Bedrohung. Man muß sich damit befassen, man muß sich damit angemessen befassen. Wir haben andere außenpolitische Interessen.
Das Hauptinteresse der US-Außenpolitik während des letzten Jahrhunderts, im Ersten und Zweiten Weltkrieg und im Kalten Krieg, waren die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland. Vereint sind sie die einzige Macht, die uns bedrohen kann. Unser Hauptinteresse war sicherzustellen, daß dieser Fall nicht eintritt.
Wenn sie Ukrainer sind, werden sie Ausschau danach halten, wer ihnen als Einziger helfen kann - und das sind die Vereinigten Staaten. Letzte Woche oder ungefähr vor zehn Tagen war der Oberbefehlshaber der US Army Europe, General Ben Hodges, zu Besuch in der Ukraine. Er kündigte dort an, daß US-Ausbilder in die Ukraine demnächst offiziell kommen sollen, nicht nur inoffiziell. Er hat dort tatsächlich Orden an die ukrainischen Kämpfer verteilt, obwohl es gegen militärisches Protokoll ist, daß Soldaten Orden von fremden Armeen annehmen.
Doch er tat das, weil er damit zeigen wollte, daß die ukrainische Armee auch seine Armee ist. Dann reiste er ab und verkündete im Baltikum, daß die Vereinigten Staaten Panzer, Artillerie und andere Militärausrüstung im Baltikum, Rumänien, Polen und Bulgarien in Stellung brin-

gen würden. Das ist ein sehr interessanter Punkt. Und gestern haben die USA angekündigt, daß sie vorhaben, Waffen in die Ukraine zu liefern, das wurde in der Nacht wieder dementiert, aber sie machen das, die Waffen werden geliefert.
Und bei all diesen Handlungen agieren die Vereinigten Staaten außerhalb des Rahmens der NATO, weil NATO-Entscheidungen von allen NATO-Mitgliedern einstimmig getroffen werden müssen und jedes Land ein Veto einlegen kann. Die Türken machen das schon aus Jux. Der Punkt bei der ganzen Sache ist, daß die USA einen Cordon sanitaire, einen Sicherheitsring um Rußland herum aufbauen. Und Rußland weiß das.
Rußland glaubt, die USA beabsichtigten, die Russische Föderation zu zerschlagen. Ich glaube, wir wollen sie nicht töten, sondern ihnen nur ein wenig weh tun. Jedenfalls sind wir wieder beim alten Spiel. Und wenn sie einen Polen, Ungarn oder Rumänen fragen: Die leben in einer ganz anderen Welt als die Deutschen, und diese in einer ganz anderen Welt als die Spanier. Es gibt keine Gemeinsamkeit in Europa. Aber wenn ich Ukrainer wäre, würde ich genau das machen, was sie jetzt machen: versuchen, die Amerikaner hineinzuziehen.

Teile und herrsche

Die Vereinigten Staaten haben ein fundamentales Interesse. Sie kontrollieren alle Ozeane der Welt. Keine andere Macht hat das jemals getan. Aus diesem Grund können wir in anderen Ländern intervenieren, aber sie können das nicht bei uns. Das ist eine schöne Sache. Die Aufrechterhaltung der Kontrolle über die Ozeane und im Weltall ist die Grundlage unsere Macht. Der beste Weg, eine feindliche Flotte zu besiegen, ist zu verhindern, daß diese gebaut wird.
Der Weg, den die Briten gegangen sind, um sicherzustellen, daß keine europäische Macht die Flotte bauen konnte, ist, daß die Europäer einander bekämpften. Die Politik, die ich empfehlen würde, ist die, die Ronald Reagan im Iran und Irak angewendet hat. Er finanzierte beide Seiten, damit sie gegeneinander kämpften - und nicht gegen uns. Es war zynisch, ganz bestimmt nicht moralisch, aber es hat funktioniert.
Die Urangst der USA ist, daß deutsches Kapital … sich mit russischen Rohstoffen … verbindet.
Und das ist der Punkt: Die Vereinigten Staaten sind nicht in der Lage, ganz Eurasien zu okkupieren. In dem Moment, wo unsere Stiefel den Boden berühren, sind wir demografisch zahlenmäßig unterlegen. Wir können eine Armee besiegen, aber wir sind nicht in der Lage, den Irak zu besetzen. Die Idee, daß 130.000 US-Soldaten ein Land mit 25 Millionen Menschen okkupieren…
Also sind wir nicht in der Lage, überall militärisch zu intervenieren, aber wir sind in der Lage, erstens, Mächte im Kampf gegeneinander zu unterstützen, damit sie mit sich selbst beschäftigt sind. Sie zu unterstützen, politisch, finanziell, militärisch und mit Beratern. Im äußersten Fall können wir das tun, was wir in Vietnam, im Irak und in Afghanistan taten: mit "Störangriffen" zu intervenieren.
Diese "Störangriffe" zielen nicht darauf ab, den Feind zu besiegen, sondern den Feind aus dem Gleichgewicht zu bringen, was wir in jedem dieser Kriege getan haben. In Afghanistan zum Beispiel brachten wir al-Qaida aus dem Gleichgewicht. Das Problem, das wir haben, da wir so jung und dumm sind, ist, daß wir die Feinde aus dem Gleichgewicht brachten; und anstatt zu sagen, "wir haben den Job gut gemacht, laßt uns nach Hause gehen", sagten wir: "Mann, das war aber leicht, laßt uns hier noch eine Demokratie aufbauen." Das war der Moment unserer mentalen Schwäche.
Hoffentlich haben wir das für dieses Mal verstanden. Kinder brauchen immer etwas Zeit, um Lektionen zu lernen. Aber Sie haben absolut recht, wir als ein Imperium können dies nicht tun. Die Briten haben damals Indien nicht besetzt, sie haben einfach die einzelnen Staaten Indiens so belassen - und ließen sie gegeneinander kämpfen. Die Briten haben britische Offiziere bei der indischen Armee eingesetzt.

Die alten Römer haben auch keine riesigen Armeen in entlegene Regionen entsandt, sondern sie haben prorömische Könige dort eingesetzt. Und diese Könige waren verantwortlich für die Aufrechterhaltung des Friedens, zum Beispiel Pontius Pilatus. Also Imperien, die versuchen, das ganze Imperium selbst zu regieren, scheitern, wie es beim Nazi-Imperium der Fall war. Niemand hat so viel Macht. Da muß man schon klug vorgehen.

Deutschland als Risiko

Die Frage, die sich jetzt den Russen stellt: Werden sie die Ukraine wenigstens als eine neutrale Pufferzone erhalten, oder wird der Westen so weit in die Ukraine vordringen, daß er nur noch 100 Kilometer von Stalingrad und 500 Kilometer von Moskau entfernt ist? Für Rußland ist der Status der Ukra-ine eine existentielle Bedrohung. Und die Russen können das nicht ignorieren. Und wie weit werden die USA gehen, falls Rußland sich weiterhin an die Ukraine klammert?

Denken Sie über die deutsche Frage nach, denn sie kommt jetzt wieder auf uns zu.

Es ist kein Zufall, daß General Hodges, der ernannt wurde, um für all dies geradezustehen, davon spricht, Truppen in Rumänien, Bulgarien, Polen und den baltischen Staaten in Stellung zu bringen, dem Intermarum, dem Territorium zwischen dem Schwarzen Meer und der Ostsee, wie Pilsudski es erträumte. Für die USA ist das die Lösung.

Zu den härtesten Einpeitschern gegen Rußland gehört das einstige Nachrichtenmagazin "Der Spiegel". Für die Hamburger Redakteure ist Putin an allem schuld.

Die Frage, auf die wir keine Antwort haben, ist: Wie wird Deutschland sich verhalten? Die unbekannte Variable in Europa sind die Deutschen. Während die USA diesen Sicherheitsgürtel aufbauen, nicht in der Ukraine, sondern westlich davon, und die Russen einen Weg suchen, den westlichen Einfluß in der Ukraine zurückzudrängen, wissen wir nicht, was die deutsche Haltung sein wird.

Deutschland befindet sich in einer sehr eigenartigen Lage. Der ehemalige Bundeskanzler Gerhard Schröder sitzt im Aufsichtsrat von Gazprom. Die Deutschen haben eine sehr komplexe Beziehung zu den Russen. Sie wissen selbst nicht, was sie tun sollen. Sie müssen ihre Waren exportieren, die Russen können ihnen ihre Waren abnehmen. Andererseits, wenn sie die Freihandelszone verlieren, dann müssen sie etwas anderes aufbauen. Die Urangst der USA ist, daß deutsches Kapital und deutsche Technologien sich mit russischen Rohstoffen und russischer Arbeitskraft verbinden - eine einzigartige Kombination, vor der die USA seit Jahrhunderten eine Höllenangst haben.

Wie wird sich das also abspielen? Die USA haben ihre Karten bereits auf den Tisch gelegt: die Linie zwischen dem Baltikum und dem Schwarzen Meer. Die russischen Karten lagen schon immer auf dem Tisch: Das Mindeste, was sie brauchen, ist eine neutrale Ukraine, keine prowestliche. Weißrußland ist eine andere Frage.

Wer mir nun sagen kann, was die Deutschen tun werden, der kann mir auch sagen, wie die Geschichte der nächsten zwanzig Jahre aussehen wird. Aber leider haben sich die Deutschen noch nicht entschieden. Und das ist immer das Problem Deutschlands. Wirtschaftlich sehr mächtig, geopolitisch sehr fragil. Und es weiß nie, wie es beides versöhnen kann. Seit 1871 ist das die deutsche Frage, die Frage Europas. Denken Sie über die deutsche Frage nach, denn sie kommt jetzt wieder auf uns zu. Ihr müssen wir uns jetzt stellen, und wir wissen nicht, wie. Wir wissen nicht, was die Deutschen tun werden.

_ George Friedmans Rede vor dem Chicago Council on Global Affairs am 4. Februar 2015 haben wir bei Youtube als Videomitschnitt gefunden. Überschrift, Einleitung und Zwischenüberschriften von der Redaktion.<<

19.05.2024

BRD: Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 19. Mai 2024 (x1.368/…):

>>**Wegen gefälschtem Impfpaß: Ex-GNTM-Model soll 30.000 Euro Strafe zahlen**

Das ehemalige GNTM-Model Nathalie Volk wollte Anfang 2022 mit ihrem Freund auf die Malediven fliegen. Dann wurde bei der 27-Jährigen jedoch ein gefälschter Impfpaß festgestellt. Nun hat die Staatsanwaltschaft Strafbefehl ausgestellt. Die 27-Jährige wird aufgefordert, 30.000 Euro zu zahlen.
Von *Redaktion*
Das ehemalige GNTM-Model Nathalie Volk wollte Anfang 2022 mit ihrem Freund auf die Malediven fliegen. Dann wurde bei der 27-Jährigen jedoch ein gefälschter Impfpaß festgestellt. Die Chargennummer des Dokuments sei nicht korrekt gewesen. Dafür bekommt sie es jetzt mit der Justiz zu tun. Die Staatsanwaltschaft hat gegenüber Volk einen Strafbefehl ausgestellt.
"In der Strafsache gegen Nathalie Volk wird mitgeteilt, daß gegen die Angeklagte auf Antrag der Staatsanwaltschaft ein Strafbefehl in Höhe von 120 Tagessätzen zu je 250 Euro wegen Urkundenfälschung auf Grundlage der Anklageschrift erlassen und die Einziehung des Impfpasses angeordnet wurde", so die Staatsanwaltschaft gegenüber RTL.
Für Volk bedeutet dies eine Gesamtstrafe von 30.000 Euro. Geldstrafen von mehr als 90 Tagessätzen und Freiheitsstrafen von mehr als 3 Monaten werden darüber hinaus in das Führungszeugnis aufgenommen. Volk wäre also auch vorbestraft. Rechtskräftig ist der Strafbefehl jedoch noch nicht. Dies ist erst der Fall, wenn Nathalie Volk ihn akzeptiert oder nicht binnen einer Frist von zwei Wochen auf das Schreiben reagiert. Dann kommt es zu einer Hauptverhandlung vor Gericht.
Von der Impfung - und deren Anzahl - wurde im Winter 2021/22 die Wahrnehmung zahlreicher Grundrechte abhängig gemacht. Zwischenzeitlich wurden Ausgangssperren für Ungeimpfte verhängt. Ebenso wurde Ungeimpften über Monate der Zutritt zu nahezu sämtlichen Geschäften, abgesehen vom Supermarkt, verwehrt. Der ÖPNV durfte nur teilweise mittels eines Tests benutzt werden. Für diesen Test wiederum mußte man teilweise Stunden anstehen und zudem noch zahlen. Reisen ins Ausland waren ebenfalls kaum möglich.
Auch verbal wurde gegen Ungeimpfte massiv aufgerüstet. Weltärztepräsident Frank Ulrich Montgomery sprach von einer "Tyrannei der Ungeimpften". Der ehemalige Grünen-Politiker und Bürgermeister von Tübingen Boris Palmer schlug vor: "Man könnte die Pensionszahlung, die Rentenzahlung oder eben den Zutritt zum Arbeitsplatz abhängig machen von der Vorlage eines Impfnachweises".
Hiermit hätte man endlich für klare Verhältnisse gesorgt "und ich bin sicher, es gäbe dann kaum noch Impfverweigerer", so Palmer weiter. Die heutige FDP-Spitzenkandidatin zur Europawahl, Marie-Agnes Strack-Zimmermann, warf den Ungeimpften vor, "die Gesellschaft in Geiselhaft" zu nehmen.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 19. Mai 2024 (x1.377/…):
>>**Brot bald Luxus? Das muß nicht sein!**
Von *Daniell Pföhringer*
Was tun, wenn man Brot braucht, aber sich selbst den Bäcker um die Ecke kaum noch leisten kann? Und keine billige Industrieware vom Discounter kaufen will. Eva Herman hat die Antwort.
Die hohen Energiekosten fressen die Bäckereibetriebe in Deutschland beinahe auf. Ohne Strom und Gas können die Bäcker kein Brot und keine Brötchen herstellen - und genau das wird dank der Sanktions- und Energiepolitik der Bundesregierung immer teurer.
Wohl dem, der sein eigenes Brot backen kann - und wie man das geradezu kinderleicht hinbekommt, zeigt die frühere Tagesschau-Moderatorin Eva Herman in ihrem neuen Ratgeber "Altes Wissen aus Garten und Küche". Das reichhaltig illustrierte Buch mit vielen Rezepten und wertvollen Tips richtet sich nämlich nicht nur an Leute mit eigenem Grundstück und Garten. Dieser Ratgeber ist für alle geeignet, die sich Stück für Stück von Industriefraß und überteuer-

ten Lebensmitteln unabhängig machen wollen.
Selbst ist die Frau: In ihrem Ratgeber "Altes Wissen aus Küche und Garten" zeigt Eva Herman nicht nur, wie man sich sein eigenes Brot herstellen kann. …
Eva Herman nimmt uns in "Altes Wissen aus Garten und Küche" mit in ihre Küche, wo aus der reichen Ernte mit Liebe und Kreativität köstliche Vorräte werden. Wir lernen mit ihr, duftende Brote zu backen, die auch Anfängern gelingen. Ihre sieben Lieblingsheilkräuter, die sie detailliert mit zahlreichen Anwendungsmöglichkeiten vorstellt, können viele Leiden lindern und gehören in jede Hausapotheke. Beim Besuch in Andreas Popps Hühnerstall erfahren wir, was es braucht, um Hahn und Hühnern ein gutes, produktives Leben zu bereiten.
In ihrem Ratgeber leitet Eva Herman das Kapitel "Brot backen" wie folgt ein:
"Wenn man sich die Art zu backen von heute ansieht, kann man schnell erkennen, daß bei der Zubereitung von Brot der Trend zum schnellen Gebäck geht und nur noch wenige Bäcker das traditionelle Handwerk mit langer Brotführung praktizieren. Dabei ist gerade die traditionelle und lange Brotführung wichtig, um das Brot bekömmlicher für den Menschen zu machen."
Sie selbst geht nach der klassischen Weise vor und erläutert in "Altes Wissen aus Garten und Küche" nicht nur Schritt für Schritt, wie man verschiedene Brote zubereitet und dazu Sauerteig ansetzt, sondern erklärt unter anderen auch, wie man selbst Hefe herstellt.
Denn: "Unabhängig vom Angebot: Mit selbst gemachter Hefe hat man immer einen Vorrat, selbst wenn die Regale im Handel leer sind. Verträglichkeit: Wilde Hefe ist oft besser verträglich, insbesondere für Menschen mit empfindlichem Magen, im Vergleich zu Industriehefe. Transparenz der Inhaltsstoffe: Bei selbst gemachter Hefe kann man sicher sein, daß sie frei von künstlichen Zusatzstoffen ist und auf rein natürlicher Basis hergestellt wurde."
Eine Reihe von Rezepten mit genauen Herstellungsanleitungen runden das Brot-Kapitel in Eva Hermans Ratgeber für eine natürliche, gesunde und konzernunabhängige Lebensweise ab.
Jede Wette: Wenn Sie "Altes Wissen aus Garten und Küche" gelesen haben, lassen Sie alle Industrieprodukte vom leider nicht nur sprichwörtlichen Grabbeltisch aus dem Discounter links liegen und wollen sofort anfangen, ihr eigenes Brot zu backen.
Gesund, günstig und gut: Eva Herman schöpft aus dem großen Erfahrungsschatz und macht ihn nutzbar für unsere Zeit. Wundervoll geschrieben, macht ihr Buch "Altes Wissen aus Garten und Küche" (256 Seiten, gebunden, durchgehend farbig illustriert) Lust, sofort mit der Selbstversorgung zu beginnen: Mit zahlreichen Tips, Rezepten und Inspirationen für ein selbstbestimmtes Leben.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 19. Mai 2024 (x1.368/…): >>**Wegen Mini-Blackouts: Fast 50 Prozent der Industrieunternehmen beklagen Produktionsausfälle**
Der Bundesnetzagentur zufolge ist das deutsche Stromnetz außerordentlich zuverlässig. Eine Umfrage der DIHK offenbart jedoch etwas anderes. Fast 50 Prozent der befragten Unternehmen berichteten von finanziellen Einbußen aufgrund von Produktionsausfällen und Maschinenschäden.
Von *Redaktion*
Das deutsche Stromnetz gilt als relativ zuverlässig. Stromausfälle treten tendenziell selten auf - zumindest, wenn man Daten der Bundesnetzagentur trauen darf. Demnach liegt die durchschnittliche Unterbrechungsdauer pro Letztverbraucher bei im internationalen Vergleich geringen 12,2 Minuten pro Jahr. Die Statistiken der Bundesnetzagentur haben jedoch einen entscheidenden Mangel. Sie berufen sich auf Erhebungen im Rahmen des SAIDI-Index, welcher nur Unterbrechungen über drei Minuten erfaßt.
Aufgrund dieses Aspektes hat eine Umfrage der Deutschen Industrie- und Handelskammer ein brisantes Ergebnis erbracht, das sich deutlich von den Angaben der Bundesnetzagentur unterscheidet. Demnach ist das Stromnetz überhaupt nicht zuverlässig - im Gegenteil: Viele deut-

sche Unternehmen haben mit kurzweiligen, sogenannten Mini-Blackouts zu kämpfen. Diese werde nicht systematisch erfaßt. Für die Anlagen können sie aber dennoch fatale Auswirkungen haben. Nahezu 50 Prozent der befragten Unternehmen berichteten von finanziellen Einbußen aufgrund von Produktionsausfällen und Maschinenschäden.
Das offenbar zunehmend instabile Stromnetz dürfte der Industrie in Zukunft wohl noch mehr Probleme bereiten. Die fortschreitende Elektrifizierung und Modernisierung der Produktionsprozesse führt zu einer erhöhten Sensibilität gegenüber Stromschwankungen. Selbst kleinste Spannungsschwankungen können zum Ausfall von sensiblen Maschinen führen, die in der modernen Fertigung eingesetzt werden. Diese Entwicklung verursacht nicht nur finanzielle Verluste für die Betriebe, sondern zwingt sie auch zu zusätzlichen Investitionen in Notstromaggregate und Energiespeicher als Absicherung gegen die instabile Stromversorgung.
Die DIHK fordert die nun dazu auf, das Monitoring zu verbessern. Es sei offensichtlich, daß die Statistiken der Bundesnetzagentur die Realität nicht abbilden. Auch kürzere Stromausfälle müßten künftig in die Statistiken einfließen. Außerdem verlangt die DIHK das Recht, Auskunft über die Ursachen der Stromausfälle zu erlangen. Schließlich sei die zuverlässige und stabile Stromversorgung von zentraler Bedeutung für die Aufrechterhaltung der Produktivität und die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 19. Mai 2024 (x1.377/…):
>>**Wertheim: Blaue Welle erobert den Westen!**
Von *Jürgen Elsässer*
Das erste COMPACT-Volksfest in der alten BRD: Gegen das Verbot der Stadtverwaltung eroberten wir uns den Marktplatz. 450 Besucher, größte oppositionelle Veranstaltung seit acht Jahren. …
Das war ein Krimi: Die Stadtverwaltung Wertheim unter ihrem SPD-OB hat alles daran gesetzt, daß die Blaue Welle von COMPACT nicht in der historischen Altstadt stattfinden darf - sie wollten uns an die Peripherie abschieben. Am Freitag entschied das VG Stuttgart zu unseren Gunsten, damit konnten wir am Samstag früh getrost den Marktplatz ansteuern. Dann der Schock: Kaum vor Ort, informierte uns das Ordnungsamt, daß die Stadtverwaltung vor der nächsthöheren Instanz noch einmal Widerspruch eingelegt hatte. Da waren es noch sechs Stunden bis zum Anpfiff… Doch die Richter gaben COMPACT ein zweites Mal Recht - die Blaue Welle konnte weiterrollen.
Ein Fest fürs Volk
Die 450 Besucher waren aus Nah und Fern gekommen - Franken, Badener und Schwaben, die unser Magazin und unsere TV-Sendungen lieben, wollten uns endlich mal live sehen, Hände schütteln, umarmen. Es war erfrischend und manchmal sogar bewegend für uns!!
In der großartigen Fachwerkkulisse war der Platz wunderbar gefüllt - und die Straßencafés ließen uns sogar ihre Stühle nutzen: Wir waren ja zahlende und vor allem freundliche Kundschaft! Als "Elvis Presley" seine ersten Hits zum Besten gab, waren auch die neugierigen Zaungäste begeistert und taten mit.
Es wurde getanzt, russische Fahnen wurden geschwenkt. Die Leute fühlten sich für ein paar Stunden wieder wohl in ihrer Stadt: Endlich hatte einmal die Opposition in Gestalt von COMPACT einen wichtigen öffentlichen Platz von der vereinigten Linksfront zurückerobert - Rotgrüne und Antifanten mußten ihren Umzug in weitem Abstand abhalten. Es war die größte patriotische Veranstaltung in Wertheim seit 2016, als Alexander Gauland damals in einer Halle sprach.
Die Redner wurden vom Publikum begeistert gefeiert, vor allem Lokalmatadorin Christina Baum, die als Medizinerin über die Kriegsvorbereitungen im Gesundheitswesen und die Folgen von Lockdown und Impfterror sprach. Außerdem berichtete ein örtlicher Spediteur über die Nöte, die ihm die Energie- und Mautpolitik der Ampel bereitet - ein fleißiger Mann mit

Existenznöten. Andre Poggenburg, der Löwe von Magdeburg, brachte mitteldeutschen Kampfgeist in das verschlafene Städtchen zwischen Main und Tauber, sein "Ami go home" fand hundertfaches Echo. Meine Rede im Video oben.

COMPACT wirkt

Wertheim hat gezeigt, wie wichtig die Blaue Welle ist: Wir schaffen gegen das Meinungsmonopol des Altparteienkartells sichtbare Gegenöffentlichkeit. Unsere Volksfeste sind in der Regel besser besucht als die Wahlkampfveranstaltungen der AfD, weil unsere Redner offensiver sind und das Musikprogramm einfach zusätzlich für gute Laune sorgt. Die Blaue Welle erobert Stadt für Stadt! Die nächsten Stationen: Am 24. Mai sind wir in Mühlhausen/Thüringen (18 Uhr, Obermarkt) sowie am 9. Juni (EU-Wahlabend) in Magdeburg (17 Uhr, Alter Markt).

Der Eintritt ist wie immer frei. ...<<

USA: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 19. Mai 2024 (x1.377/…): >>**Aufgedeckt: Biowaffen und MK-Ultra**

Von *Daniell Pföhringer*

Unfaßbar: In seinem neuen Enthüllungskracher "Der geheime Krieg gegen Deutschland" deckt Bestseller-Autor Stefan Schubert eine direkte Verbindung von einem CIA-Programm zur aktuellen Biowaffen-Forschung auf. Auch darüber hat er mit COMPACT gesprochen. …

Nachfolgend ein Auszug aus dem Gespräch:

Was mich besonders elektrisiert hat: In Ihrem Buch in "Der geheime Krieg gegen Deutschland" sind die Übergänge von sogenannter Pandemiebekämpfung zur Biowaffen-Forschung. Also, wir hatten ja schon in Wuhan dieses Joint Venture aus CIA und chinesischen Militärinstituten, und ich glaube, an der Schnittstelle ist noch mehr geplant, Stichwort: Biowaffen.

Mich hat bei der Recherche ehrlich gesagt auch verwundert, wie stark einzelne Bereiche militarisiert sind. Man vergißt das ja oft. Das Internet ist auch eine Entwicklung der DARPA, also der Forschungseinrichtung des Pentagons, die damals zwei Google-Studenten von der Stanford University genommen haben. Google Maps, das CIA-Satellitenprogramm, war im Anfangsstadium gewesen, und natürlich haben sie überall ihre Hintertüren - bei Google, bei Facebook, bei Instagram, bei den großen sozialen Netzwerken.

Bei der Biowaffenforschung ist es genauso. Es gab bei Robert F. Kennedy, der in Amerika viel veröffentlicht hat, schon damals Warnungen, daß wir diese Forschung entmachten müßten. Er führt in Amerika unverantwortliche Biokampfstoff-Versuche an, und das Perfide ist ja immer, daß diese Biokampfstoffe - also wie man möglichst viele Gegner tötet - einhergehen mit einem Impfstoff für die eigenen Soldaten. Das ist die Logik dieser Männer, und das ist das, was wir in Wuhan gesehen haben.

Es gibt eine große Studie von der RAND Corporation - ein ganz einflußreicher Thinktank für das Pentagon -, die eigentlich die Stellschrauben für die nächsten Jahre festsetzt. Sie geht von einem Konflikt zwischen Amerika und China aus. Es gibt dort die Pandemie X, wie sie genannt wird. Es steht schon fest, daß ab 2028 militärische Auseinandersetzungen zwischen Amerika und China stattfinden sollen.

China soll laut RAND Corporation den Konflikt beginnen, indem es ein neuartiges Coronavirus freisetzt, gegen das chinesische Soldaten natürlich geimpft sind. Im gleichen Atemzug fordert die Studie die Verschärfung der Impfpflicht für US-Soldaten, die Intensivierung der Biokampfstoff-Forschung und die Vorbereitung auf einen militärischen Konflikt. Das sind die Planspiele im Pentagon.

Da fällt mir auch eine deutsche Biowaffen-Forschungsanlage ein, die natürlich nicht Biowaffen-Forschung heißt, sondern Entwicklung von Abwehrstoffen gegen Biowaffen.

Genau, das ist ja das Perfide. Sie nennen es einfach anders.

Wobei das Gleiche im Labor geschieht. Es gibt ja diese kleine Insel Riems, direkt neben Rü-

gen, und als wir den ersten Vogelgrippe-Ausbruch auf Rügen hatten, ich glaube im Jahr 2009, da bestand bereits der Verdacht, daß diese sehr nahe gelegene Insel Riems mit dieser streng abgeschirmten Biowaffen-Forschungsanlage des Bundes eine Rolle gespielt haben könnte, weil dort Experimente mit den Vogelgrippeviren durchgeführt wurden.
Ja, und während meiner Recherchen bin ich erneut über die Biokampfstoffe des Pentagons gestolpert, insbesondere im Zusammenhang mit MK-Ultra, also der Forschungseinrichtung der CIA, die sich damit beschäftigte, wie man fremde Gehirne kontrollieren und Menschen dazu bringen kann, Attentäter zu werden.
Diese Forschung setzte sich auch nach dem Zweiten Weltkrieg fort und wurde sogar mit Wissenschaftlern aus dem Dritten Reich fortgeführt. Es gab damals sogar Menschenversuche ohne jegliche Erlaubnis, bei denen Soldaten, Gefängnisinsassen und Psychiatrie-Patienten betroffen waren.
Als die Todesfälle zunahmen, wurden einzelne Senatoren darauf aufmerksam und forderten Untersuchungsausschüsse, die dann auch eingesetzt wurden. Jedoch ließ der damalige CIA-Direktor vorher alle Unterlagen verbrennen, ähnlich wie Ursula von der Leyen im Fall Sergej. Ich finde es faszinierend, wie sich dieser Kreis von der CIA über MK-Ultra bis hin zur aktuellen Biokampfstoff-Forschung schließt.
Diese Forschung wird immer noch fortgesetzt und bleibt weitgehend unkontrolliert. Niemand weiß wirklich, was die Amerikaner genau treiben.
Stefan Schuberts neuer Aufklärungskracher: In "Der geheime Krieg gegen Deutschland" erfahren Sie, wie Finanzindustrie, grüne Milliardäre, NATO, WHO und Geheimdienste unser Land in die Zange nehmen und in den Untergang treiben. Die Aufdeckung eines schrecklichen Plans der globalen Eliten! ...<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 19. Mai 2024 (x1.377/…):
>>**New York Times: NATO kurz vor Krieg**
Von *S. Hofer*
Die New York Times vermutet, daß die NATO bald in den Rußland-Ukraine-Krieg eintreten wird. Anders sei die Ukraine nicht mehr zu retten. Stell dir vor: Es gäbe NATO-Krieg gegen Rußland, und kein deutscher Bürger ginge hin …
Hiesige Politiker wie Roderich Kiesewetter (CDU) oder Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP) dürften einen Freudenschrei ausstoßen: Die New York Times prognostiziert: Westeuropa steht kurz vor Kriegseintritt.
Begründung: Die Russen haben militärisch zu große Fortschritte in der Ukraine vorzuweisen. Gleichzeitig gehen Präsident Selenski die kampftauglichen Männer aus. Wenn die NATO die Ukraine nicht aufgeben will, wird sie bald Bodentruppen liefern müssen. In dem Artikel "As Russia Advances, NATO Considers Sending Trainers Into Ukraine" (Angesichts des russischen Vormarschs erwägt die NATO die Entsendung von Ausbildern in die Ukraine) konstatiert der NYT-Autor:
"Der Mangel an Männern in der Ukraine hat einen kritischen Punkt erreicht, und ihre Position auf dem Schlachtfeld hat sich in den letzten Wochen erheblich verschlechtert, da Rußland seine Vorstöße beschleunigt hat, um Verzögerungen bei den Lieferungen amerikanischer Waffen auszunutzen.
Infolgedessen haben ukrainische Beamte ihre amerikanischen und NATO-Kollegen gebeten, dabei zu helfen, 150.000 neue Rekruten näher an der Front auszubilden, damit sie schneller eingesetzt werden können."
Nun hat US-Präsident Joe Biden den Einsatz amerikanischer Bodentruppen ausgeschlossen. Schließlich sind bald Wahlen.
Zu den Hoffnungsträgern der US-Regierung gehört nicht nur Frankreichs Präsident Emmanuel Macron, sondern auch Mini-Staaten des Baltikums, die Angst vor dem großen Nachbar Ruß-

land haben. Außerdem möchte die NATO ja auch gerne mehr tun:
"Letzten Monat bat die NATO General Christopher G. Cavoli, den Oberbefehlshaber der Alliierten für Europa, einen Weg zu finden, wie das Bündnis mehr tun könnte, um der Ukraine zu helfen, um die Risiken zu mindern. Ein US-Beamter sagte am Mittwoch, daß eine Möglichkeit darin bestehen könnte, ukrainische Truppen in Lemberg nahe der Westgrenze des Landes zu Polen auszubilden."
Außerdem seien Großbritannien, Deutschland und Frankreich damit beschäftigt, Verteidigungsunternehmen innerhalb der Ukraine zu etablieren, um geschädigte Waffensysteme in unmittelbarer Nähe zum Schlachtfeld reparieren zu können.<<

20.05.2024

BRD: Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 20. Mai 2024 (x1.368/…): >>**Lehrerverband fordert Islam-Unterricht in allen deutschen Bundesländern**
Der Deutsche Lehrerverband will islamische Theologie an deutschen Schulen lehren lassen. "Wir müssen einen Islamunterricht unter staatlicher Aufsicht aufbauen", erklärte der Präsident des Lehrerverbands, Stefan Düll.
Von *Redaktion*
Der Deutsche Lehrerverband hat gefordert, daß in allen Bundesländern staatlich ausgebildete Islamlehrer für den Schulunterricht eingesetzt werden. "Wir müssen einen Islamunterricht unter staatlicher Aufsicht aufbauen", erklärte der Präsident des Lehrerverbands, Stefan Düll, in der Neuen Osnabrücker Zeitung.
Düll betonte, daß verpflichtender Ethikunterricht für viele muslimische Eltern nicht ausreiche. "Vielmehr drücken sie immer wieder ihren Wunsch aus, daß ihre Kinder eine islamische Unterweisung unter staatlicher Aufsicht, gerne auch an der Schule, erhalten." Die Eltern hätten jedoch oft "berechtigte Sorge" bezüglich der Qualität und der vermittelten Werte von außerschulischen Angeboten, fügte Düll hinzu.
Laut dem Lehrerverbands-Chef wollen die Eltern, daß ihre Kinder "im Sinne eines aufgeklärten Islam erzogen werden und dabei professionelle Unterstützung erhalten, jedoch keine Unterweisung, die von anderen Staaten wie der Türkei oder dem Iran kontrolliert wird". Daher sei es notwendig, staatlich beaufsichtigte Angebote im Einklang mit dem Grundgesetz zu schaffen, sagte Düll der Zeitung.
Aktuell sind rund 1,6 Millionen Schüler bundesweit muslimischen Glaubens, das sind etwa 15 Prozent aller Schüler in Deutschland - und die Zahl nimmt stets zu. Manche Länder haben bereits Versuche unternommen, einen Islam-Unterricht einzuführen. Die Gestaltung ist jedoch aufgrund (des) Mangels an qualifizierten Lehrkräften und vieler verschiedener Konfessionen und Glaubensrichtungen im Islam sehr schwierig.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 20. Mai 2024 (x1.376/…): >>**Europawahl: Justiz setzt Ermittlungen gegen von der Leyen aus!**
Ein Gericht in Lüttich hat entschieden, daß die Justiz-Ermittlungen gegen EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (CDU) im Zusammenhang mit dubiosen Impfstoffbeschaffungen ausgesetzt werden müssen. Hintergrund sind die Europawahlen vom 6. -9. Juni.
Die Untersuchungen der Justiz gegen EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (CDU) werden demnach bis Dezember vorläufig eingestellt, heißt es in Medienberichten. Konkret geht es um bis heute geheim gehaltene Details in den Verhandlungen von der Leyens mit Pfizer-Boß Albert Bourla. Die Europäische Kommission hatte rund 1,8 Milliarden Impfdosen bei dem Pharmariesen bestellt.
Nun hat ein Gericht im belgischen Lüttich entschieden, daß die Ermittlungen für die Zeit der Europawahl sowie der Wahl des Kommissionspräsidenten bis Anfang Dezember ruhen müssen. Nachdem zunächst belgische Behörden Ermittlungen aufgenommen hatten, übernahm schließlich die Europäische Staatsanwaltschaft (EPPO) die strafrechtlichen Untersuchungen.

Durch das Urteil jetzt aus Belgien dürften sich die Ermittlungen weiter in die Länge ziehen, was von der Leyen eine Atempause verschafft.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 20. Mai 2024 (x1.377/…):

>>**"Die nächsten Monate sind entscheidend"**

Von *Daniell Pföhringer*

Stefan Schubert im Gespräch mit *Jürgen Elsässer*

Gibt es eine Spaltung der globalen Eliten? In seinem neuen Buch "Der geheime Krieg gegen Deutschland" geht Bestseller-Autor Stefan Schubert auch dieser Frage nach. …

COMPACT-Chefredakteur Jürgen Elsässer hat Stefan Schubert zu seinem neuen Buch "Der geheime Krieg gegen Deutschland. Unser Land im Fadenkreuz globaler Eliten" befragt. …

Nachfolgend ein Auszug aus dem Gespräch:

Kommen wir noch zu dem optimistischen Punkt oder zu dem Punkt, der mich ein bißchen optimistisch stimmt: Ich habe den Eindruck, daß bestimmte Strippenzieher sich verstritten haben. Also, Corona war sozusagen eine gemeinsame Inszenierung der Chinesen, der WHO und der Superreichen in den USA, aber dieses Bündnis ist geplatzt, spätestens seit der Ukraine-Eskalation.

Daß etwas nicht mehr rund läuft, zeigt sich in Davos, wo immer weniger Leute teilnehmen. Deutschland läuft natürlich noch groß auf mit einer riesigen Delegation, aber die Russen dürfen nicht mehr teilnehmen, die Chinesen kommen nicht mehr, Biden war beim letzten Mal auch nicht da, und Elon Musk geht auch nicht mehr hin. Mir scheint, daß dort ein Bruch in dieser globalen Hintergrundstruktur stattfindet.

Ich glaube auch, daß der Bruch von den Amerikanern ausgeht. Sie merken, daß sie nicht mehr mit den Russen weiterkommen, während die Chinesen diesen den Rücken freihalten, um geostrategisch im Ukraine-Konflikt und auch in Afrika an mehreren Schauplätzen aktiv zu sein. Daher kommt dieser Bruch. Aber ich weiß nicht, ob das wirklich eine positive Nachricht ist, denn diese Konfrontationsblöcke werden ja vorangetrieben.

Man sieht das in den deutschen Medien. Man kommt über die Ukraine und die damit verbundene Treiberei ja gar nicht hinaus. Ein normaler Bürger muß ja denken, daß wir direkt in einem Krieg verwickelt sind, was ja nicht der Fall ist. Da ist natürlich mit allem zu rechnen und wenn wir immer einen Bundesverteidigungsminister haben, der über Kriegsfähigkeit spricht und 5.000 Mann in Litauen stationieren will, fragt man sich, wo das enden soll.

Wenn Sie eine Prognose für 2025 wagen, wo würden wir dann als Deutschland stehen?

Schwierig. Wirtschaftlich geht es jetzt bergab. Ich habe ich mit einem Unternehmer gesprochen, der bei einem großen IHK-Kongreß in Düsseldorf dabei war. Er sagte, es gab nur ein Thema auf diesem Kongreß, wenn die Unternehmer miteinander gesprochen haben: Wohin wandere ich aus, wie bringe ich mein Geld in Sicherheit, wie meine Firma? Malta, Liechtenstein, Zypern, weiter weg? Die Leute reden nur noch davon, sich in Sicherheit zu bringen, und niemand redet mehr davon, eine Fabrik in Deutschland zu bauen.

Das sind ja Entscheidungen, die über Jahre getroffen werden, wo die Rahmenbedingungen stimmen müssen. Im Gegenteil: Große Fabriken werden geschlossen. Miele, Stiel, Automobil-Zulieferer, das geht ja immer so weiter. Das ist auch kein Wunder, wenn der Strompreis hier vier- bis fünfmal so hoch ist wie in Amerika, und die dann auch noch gelockt werden von der Biden-Regierung. Ich glaube also, daß es wirtschaftlich bergab geht.

Gesellschaftlich wird es zu weiteren Reibungen kommen. Wir haben die Wahlen, wir haben jede Woche eine Kampagne gegen die Opposition mit Verfassungsschutz, NGOs wie Correctiv und so weiter. Ich finde es auch sehr entscheidend und spannend, wie Correctiv eng mit dem Bundeskanzleramt zusammenarbeitet, mit der SPD, wie sie Millionen bekommen haben. Auch das ist in den großen Mainstream-Medien kein Thema und das wird forciert werden.

Der Rest der Welt merkt natürlich, daß Deutschland schwach ist, daß sie ihre Leute nicht

schützen, das Geld der Leute nicht schützen, daß sie lieber Radwege in Peru finanzieren als ins eigene Land zu investieren. Ich glaube, daß es eine sehr gefährliche Melange ist - plus Superwahljahr 2024 mit der Europawahl, wo der Mainstream große Angst vor einem Rechtsruck in Europa hat. Sehr entscheidende Monate stehen bevor, und um so wichtiger ist es, daß man sich informiert, daß man seine Bekannten, seinen Umkreis aufklärt, und daß man nicht klein beigibt.

Brisante Enthüllungen: In "Der geheime Krieg gegen Deutschland" legt Bestseller-Autor Stefan Schubert dar, wie Finanzindustrie, grüne Milliardäre, NATO, WHO und Geheimdienste unser Land in die Zange nehmen und in den Untergang treiben. Die Aufdeckung eines perfiden Plans der globalen Eliten!<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 20. Mai 2024 (x1.376/…): >>**Alarmstufe Rot: "Grüne" wollen Anti-AfD-Stasi!**

Erst wurde die Wirtschaft zugrunde gerichtet, jetzt ist die Demokratie bzw. deren letzter Rest dran: Die "Grünen" lassen im Wettrüsten der Altparteien gegen die einzige, wahre Oppositionspartei in Deutschland alle Hemmungen fallen! Eine "Task-Force" soll her, die fortlaufend Material der Verfassungsschutzämter sammelt. Außerdem wollen die Ökosozialisten verschärft gegen systemkritische Medien vorgehen. Wenn die Worte nicht auf schreckliche Weise historisch vorbelastet wären, müßte man angesichts der drohenden dritten Diktatur auf deutschem Boden seit 1933 fordern: "Deutsche, wehrt Euch!"

Der Bundesvorstand der "Grünen" hat ein 15-Punkte-Papier für eine umfassende "Bekämpfung des Rechtsextremismus" beschlossen. Gefordert wird darin unter anderem eine "Task-Force", die fortlaufend Erkenntnisse der Verfassungsschutzämter aus Bund und Ländern über die AfD und ihre Jugendorganisation zusammenführen soll. Mit dieser speziellen Anti-AfD-Stasi wollen die Ökosozialisten die Grundlagen schaffen, um Material für ein mögliches Parteiverbot zu sammeln.

Dazu heißt es in dem Beschluß des ökosozialistischen Bundesvorstands: Die "Grünen" schlagen "die Einrichtung einer Task-Force von Bund und Ländern im Rahmen der Innenministerkonferenz (IMK) vor". Die Erkenntnisse müßten "zu einer Materialsammlung zusammengeführt und bewertet werden".

Außerdem sei bei dieser Bewertung auch eine "zivilgesellschaftliche Perspektive" einzubeziehen. Im Klartext: Linksgrüne NGO's und Lügenportale wie "Correctiv" werden jetzt ganz offiziell zum verlängerten Arm des Verfassungsschutzes umfunktioniert!

EU-Gestapo ist der nächste Schritt

Auch auf europäischer Ebene müsse es eine bessere Zusammenarbeit geben, fordern die "Grünen". Dafür brauche es neben einer europäischen "Nachrichtendienstagentur" zur Spionageabwehr auch eine Europolizei mit "eigenen Ermittlungsbefugnissen" - sprich: eine EU-Gestapo!

Systemkritische Medien ins Visier nehmen

Doch die "Grünen" haben es nicht nur auf die AfD abgesehen. Auch innerhalb der Gesellschaft müßten rechtsextremistische Tendenzen bekämpft werden.

Von "großer Gefahr für die Demokratie" sei vor allem die "Desinformation" - also alles, was nicht auf System-Linie liegt. Dieser müsse man dringend "den Stecker ziehen". Rechtsextreme und "vor allem die AfD" würden "Desinformation" gezielt verbreiten.

Dem Bundesinnenministerium wollen die "Grünen" deshalb weitere Durchgriffsmöglichkeiten vor allem gegen systemkritische Medien an die Hand geben. Es soll eine "Früherkennungseinheit zur Erkennung von Desinformation" aufgebaut werden. Die Gründung "alternativer Medien" habe zum "Aufkommen teils äußerst abstruser Verschwörungserzählungen" geführt, heißt es in dem "Grünen-Papier". Diese seien "hochgefährlich".

"Völkische Siedler*innen" bekämpfen

Damit nicht genug: Zudem müsse der Staat die "Raumnahme durch Rechtsextreme" unterbinden. "Völkische Siedler*innen" würden Land in entlegenen Regionen kaufen und anschließend Schulen und Kindergärten unterwandern. Gegen diese Strategie müsse man Vorkehrungen treffen und die Länder müßten entsprechende Stabsstellen einrichten.
FAZIT: Auf geht's mit Siebenmeilenstiefeln in die Öko-Diktatur, der dritten Diktatur auf deutschem Boden seit 1933!<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/28953" berichtet am 20. Mai 2024 (x1.366/…): >>**Die verborgenen Abgründe der Krebsforschung**

Trotz gigantischen Forschungsbudgets in den letzten 100 Jahren steigt die Krebssterberate beständig. Ist die Krankheit wirklich so unbezwingbar? Oder wird uns das nur vorgegaukelt? Warum werden zum Beispiel alternative Ergebnisse in der Krebsforschung und -therapie der Öffentlichkeit vorenthalten? Diese Doku liefert nicht nur Fakten rund um die Krebsforschung, sondern beleuchtet auch die maroden Pfeiler, auf denen unser Gesundheitssystem steht. …

Kaum eine andere Krankheit wirkt so tiefgreifend in unsere Gesellschaft hinein wie Krebs. Sicherlich kennt jeder in seinem unmittelbaren Umfeld jemanden, der an Krebs erkrankt oder gar gestorben ist. Allein im Jahr 2018, also noch vor Corona, gab es 18 Mio. Krebsneuerkrankungen weltweit. In Deutschland war Krebs 2022 die zweithäufigste Todesursache.

Die Statistiken der letzten 10 Jahre weisen mit einem Plus von 1,5 Prozent eine steigende Tendenz der Krebssterberate auf. Im Jahr 2019 titelte der Südkurier: "120 Milliarden Euro für die Forschung: Warum die EU jetzt dem Krebs den Kampf ansagt." Demnach sollen die Forschungsausgaben zwischen 2021 und 2027 um weitere 120 Milliarden erhöht werden. Seit jeher fließen Unmengen an Geldern in die Krebsforschung. Doch weshalb gibt es bisher in der Krebsbekämpfung dennoch keine wesentlichen Fortschritte?

Beginnen wir mit einem kurzen Blick in die Geschichte der Krebsforschung vor über 100 Jahren.

Historie der Krebsforschung

Um 1900 wurden immer mehr Erreger gefunden, die für verschiedene Infektionskrankheiten (Ansteckung durch Krankheitserreger) verantwortlich sind. Auch bei der Krebserkrankung suchten die Forscher zunächst nach einem Erreger.

Sehr aufschlußreich waren die Forschungsergebnisse von den Professoren Robert Koch und M. Newjadomskij. Sie stellten beide unabhängig voneinander fest: Die Krebstumorzellen unterscheiden sich von normalem Gewebe. Sie zeigen Verhaltensweisen, die man von Körperzellen im Normalzustand nicht kennt. Sie weisen zum Beispiel ein scheinbar unbegrenztes Wachstum auf, bewegen sich "wie Amöben" fort und bilden Metastasen in ganz anderen Körperteilen. Deshalb schlußfolgerten Koch und Newjadomskij, daß Krebs durch Mikroparasiten, also kleinste Erreger, hervorgerufen wird.

Andere Forscher hingegen beschrieben die Krebsentstehung aus einer "unbelebten" Ursache heraus, z.B. durch Reizeinwirkungen auf die Körperzelle. Demnach sei die Tumorzelle eine mutierte, d.h. entartete, körpereigene Zelle.

Nach heftigen Auseinandersetzungen setzte sich die Theorie der entarteten Zelle durch. Auf dieser "Entartung" basiert die heutige Onkologie (Lehre von den Geschwulsterkrankungen). Die Suche nach einem Erreger wurde offiziell abgebrochen. Andere Forschungsergebnisse, waren nicht mehr gefragt. Bis heute gelang es der offiziellen Krebsforschung, "alternative" Forschungsergebnisse unbeachtet zu lassen oder unbequeme Forscher zu bekämpfen. Deshalb folgt an dieser Stelle ein kleiner Überblick über Forschungsresultate, von denen Sie bestimmt noch nie etwas gehört haben.

Alternative Forschungsergebnisse

Alfons Weber

Im Jahr 1967 veröffentlichte der deutsche Krebsarzt und Zellforscher Dr. Alfons Weber seine

Forschungsergebnisse. Demnach könne er in jedem Tumorgewebe Mikroparasiten nachweisen. Dr. Alfons Weber war überzeugt, daß die offiziell zugelassenen Therapiemaßnahmen gegen Krebs alle nicht helfen würden. Man attackiere die Gewebezelle an Stelle der krebsverursachenden Mikroparasiten.
Seine Forschungsbelege wurden weitgehend ignoriert. Sie seien "Artefakte, Wasserbläschen oder Kunstgebilde" bis hin zu "Halluzinationen eines Irren". Seine erfolgreiche Krebs-Behandlungsmethode mit Malariamitteln brachte ihm jahrelange Gerichtsprozesse und den Entzug seiner Zulassung als Arzt ein. 1972 wurde er in ein psychiatrisches Krankenhaus eingewiesen, obwohl ihm keine psychiatrische Krankheit nachzuweisen war.
Helmut Keller, Deutschland
Keller behandelte ab 1972 bestimmte Tumore sehr erfolgreich mit einem Extrakt der Venusfliegenfalle. Sein Mittel "Carnivora" erhielt die vorläufige Zulassung in Deutschland und erfreute sich großer Beliebtheit bei den Patienten. Der Pharmaindustrie ein Dorn im Auge. So sah sich das Bundesgesundheitsamt 1986 gezwungen, das neue Medikament wieder zu verbieten. Weil Dr. Keller seine Patienten weiter mit Carnivora behandelte, wurde er zu einer Strafzahlung von 10.000 DM verurteilt.
Tamara Lebedewa
Die russische Chemikerin und Mikrobiologin konnte 1989 den uralten Parasiten Trichomonas als einen Krebsauslöser identifizieren. Ihrer Erfahrung nach würden dem ungeschulten Onkologen-Auge die Geißeltierchen als Krebszellen erscheinen.
Die Trichomonas seien "Meister der Täuschung". Sie könnten sich z.B. von ihrer länglichen Form mit Fäden und Geißeln, in eine runde Amöbenform verwandeln, die der menschlichen Zelle stark ähneln würde. In der Amöbenform bilden sie Kolonien und kapseln sich nach Notwendigkeit ein. Lebedewa erkannte in der Krankheit Trichomoniasis (Erkrankung der Mundhöhle, des Darms, der Geschlechtsorgane oder der Harnröhre hervorgerufen durch Trichomonaden) das erste Stadium eines Krebses.
Ihre Bemühungen, die öffentliche Aufmerksamkeit auf diese Forschungsergebnisse zu lenken, scheiterten. Lebedewa: "Jedes Schreiben, jede Anfrage an das Gesundheitsministerium oder andere Organe im Gesundheitswesen wird erneut an das nationale Onkologische Zentrum in Moskau gesandt, und von dort kommt jedes Mal die vernichtende Antwort, die Entdeckung sei nicht der Mühe wert, geprüft zu werden."
Verehrte Zuschauer: Diese hier vorgestellten Forschungsergebnisse stehen stellvertretend für sehr viele weitere. Warum werden sie der Öffentlichkeit vorenthalten? Wer hat ein Interesse daran, alternative Krebsforschung zu unterdrücken, zu verleumden und sogar zu kriminalisieren?
Nachfolgend zeigen wir auf, wie bestimmte Kreise der Hochfinanz das Gesundheitswesen für ihre Zwecke kaperten.

Transformation des Gesundheitssystems

Wenden wir uns einer Familie zu, die als "große Wohltäter", auch Philanthropen genannt, in die Annalen der Geschichte eingingen: die amerikanische Familie Rockefeller. Rockefeller Sr. beherrschte um 1880 90 % des gesamten US-amerikanischen Ölmarktes. Um 1900 entdeckten Wissenschaftler die "Petrochemie" - sprich die Herstellung von Chemikalien aus Erdöl. Sie begannen pflanzliche Wirkstoffe synthetisch herzustellen. Diese konnten patentiert und mit hohem Gewinn vermarktet werden.
Rockefellers Vorhaben war, einen Absatzmarkt für die chemischen Medizinprodukte zu schaffen.
Jedoch stand ihm die Vorliebe der Amerikaner für natürliche und pflanzliche Arzneimittel im Weg. Auch praktizierte fast die Hälfte der Ärzte und medizinischen Schulen in den USA ganzheitliche Medizin. Wie schaffte es also Rockefeller Sr., den Medizinbereich zu erobern?

Der Flexner-Report

Rockefellers "Compagnon für lukrative Geschäfte" war seit jeher Andrew Carnegie. Beide waren überzeugte Eugeniker. Eugeniker investieren sich in die Bevölkerungskontrolle und Eindämmung so genannt "minderwertiger Bevölkerungsanteile", zum Beispiel durch Zwangssterilisationen. (Unfruchtbarkeit - Eine teuflische Agenda www.kla.tv/26028) Andrew Carnegie gelangte durch die Stahl-Industrie zu großem Reichtum und erwarb sich schon früh durch großzügige Spenden und der Gründung von Institutionen einen Namen "als großer Menschenfreund". Zum Beispiel gründete Carnegie im Jahr 1905 die Stiftung "Carnegie Foundation for the Advancement of Teaching" (CFAT, zu Deutsch: Carnegie Stiftung zur Entwicklung der Lehre).

Um Rockefellers Plan umzusetzen, beauftragte die Carnegie Foundation den Bildungstheoretiker Abraham Flexner mit einer Studie über das amerikanische Medizinstudium.

Flexner veröffentlichte seine Ergebnisse 1910, in dem so genannten "Flexner-Report. Dieser Report brachte den Medizinbereich auf die von Rockefeller gewünschte Bahn - mit weitreichenden Konsequenzen für die Ausbildung der Mediziner.

Diese waren kurz gesagt:

Alle Schulen, die nicht nach der "pharmachemischen", sprich "wissenschaftlichen Medizin" unterrichteten, verloren ihre Zulassung und jede finanzielle Unterstützung. Von den ehemals 155 medizinischen Schulen in den USA und Kanada waren 1935 nur noch 66 übrig.

Die noch verbliebenen medizinischen Schulen verloren ihre Eigenständigkeit.

Der ganzheitliche Gesundheitsansatz und die Gesundheitsvorsorge verschwanden weitgehend aus Lehre und Ausbildung.

Chemisch basierte Medikamente wurden zum Standard der Wissenschaft erhoben. Die US-Amerikaner prägte man mit dem Slogan "Eine Pille für jede Krankheit". Medikamente natürlichen Ursprungs wurden diffamiert.

Bereits zwei Jahre später wiederholte sich das Ganze für Europa - mit den gleichen Folgen.

Durchsetzung des Flexner-Reports

Umgesetzt wurde der Flexner-Report über John D. Rockefellers Seniors "General Education Board" (GEB: Gremium für allgemeine Bildung). Das GEB ist eine 1902 von ihm gegründete Stiftung.

Über diese gelangten Gelder an Colleges, Universitäten und medizinische Schulen. Sie sollten ihnen die "Umstrukturierung" ganz im Sinne der Familie Rockefeller erleichtern. Mit von der Partie: Abraham Flexner. Er wechselte 1912 als stellvertretender Sekretär zum GEB. Flexner: "…Zwischen 1919 und 1928 hat das General Education Board… direkt und indirekt eine halbe Milliarde Dollar oder mehr zu den Ressourcen und Stiftungen der amerikanischen medizinischen Ausbildung beigetragen." Das entspricht einem heutigen Wert von nicht ganz uneigennützigen 9,1 Milliarden Dollar.

Zwei Jahrzehnte nach der Gründung des General Education Boards gründete John D. Rockefeller Jr. das International Education Board (IEB: Internationales Bildungsgremium). Das IEB förderte auf internationaler Ebene neben Institutionen auch einzelne Wissenschaftler. Es vergab Hunderte von Stipendien sowie Zuschüsse an Organisationen in 39 verschiedenen Ländern. Insgesamt steuerte Rockefeller Jr. dem IEB mehr als 21 Millionen Dollar bei. Das entspricht heute einem Wert von 376 Millionen Dollar. Die Rockefeller Foundation übernahm 1938 die Aufgaben des International Education Boards und führte sie fort.

Weitere Gründungen der Rockefellers

Wie Sie sehen, war John D. Rockefeller Sr. ein strategisch denkender Mann, der nicht aus lauter Gutmenschentum "die medizinische Ausbildung in die Moderne führte". Schließlich war er durch unlautere Geschäftsgebaren zum Ölmagnaten und damals reichsten Mann der Welt geworden. Sein Geld setzte er stets gezielt zur Gewinnmaximierung ein.

Über den Weg der Umstrukturierung der medizinischen Ausbildung und Gesundheitsversorgung schaffte er einen gigantischen Absatzmarkt für chemische Medizinprodukte. Gleichzeitig beeinflußte er die wissenschaftliche Forschung wesentlich. Zu diesem Zweck gründeten die Rockefellers unter anderem einflußreiche Universitäten, ein hochbedeutendes Forschungskrankenhaus und eine medizinische Elite-Schule:
1901 Gründung des Rockefeller Institute for Medical Research (Institut für medizinische Forschung) die heutige Rockefeller University - eine private biomedizinische Forschungseinrichtung
1910 Gründung des Rockefeller University Hospitals (Rockefeller Universitäts-Krankenhaus), das erste Forschungskrankenhaus der USA. Dort werden privat finanzierte Studien betrieben. Das Problem ist, daß diese häufig zu einem "sponsorenfreundlichen" Ergebnis führen.
1910 Gründung der Johns Hopkins Bloomberg School of Public Health (zu Deutsch: Hopkins Schule für Öffentliche Gesundheit).
Welchen Einfluß und Beziehungen die gesamte Familie Rockefeller darüber hinaus hatte, erfahren Sie in der Sendung "Rockefeller-Dynastie: Dem Weltgeschehen einen Schritt voraus?" (www.kla.tv/27869). Im Weiteren werfen wir nun einen genaueren Blick auf Rockefeller Jr. und dessen Einflußnahme auf die Gesundheitsorganisation "American Cancer Society".

Rockefeller finanziert die American Cancer Society

Im Jahr 1913 gründete sich die "American Society for the Control of Cancer" (Die amerikanische Gesellschaft zur Bekämpfung von Krebs), heute nur noch "American Cancer Society", kurz ACS. Die Seite linkedin.com gibt Rockefeller Jr. sogar als Gründer der ACS an.
Laut Eigendarstellung ist sie eine "überregionale, auf der Gemeinschaft beruhende freiwillige Gesundheitsorganisation, die dazu bestimmt ist, Krebs als ein Hauptgesundheitsproblem aus der Welt zu schaffen". Doch wie sieht die Realität aus - trotz Milliardenbudget? Schauen wir uns die Zahlen an: 1913 starben in den USA von ca. 96 Mio. Menschen 75.000 an Krebs. Das ergibt eine Sterberate von 78 pro 100.000 Einwohner.
Heute sterben jährlich etwa 606.000 US-Amerikaner an Krebs bei einer Bevölkerung von 338 Mio. (Stand 2022). Die Sterberate liegt bei 179 pro 100.000. Nach 110 Jahren Arbeit der ACS haben wir in den USA eine mehr als doppelt so hohe Krebssterberate zu verzeichnen.
Das detailreiche Buch "Murder by injection" von E. Mullins aus dem Jahr 1988 dokumentiert, welche Bankdirektoren hinter der Krebsgesellschaft steckten und in wessen Taschen die Gelder für Krebs zurückflossen: "Kritiker stellten 1976 fest, daß mindestens achtzehn Mitglieder des Verwaltungsrats der American Cancer Society leitende Angestellte von Banken waren. ... Ein ACS-Sprecher gab zu, daß 70 % ihres Forschungsbudgets 1976 an "Einzelpersonen oder Institutionen" gingen, mit denen ihre Vorstandsmitglieder verbunden waren."

Die Chemotherapie

Mit der Gründung des Rockefeller Instituts und Hospitals konnte die Familie Rockefeller direkten Einfluß auf die biomedizinische Forschung nehmen. Schon allein durch die Interpretation der Forschungsergebnisse kann die Forschung in eine bestimmte, gewollte Richtung gelenkt werden. Heute ist die häufigste Behandlungsform bei Krebs die Chemotherapie. Diese nahm ihre Anfänge in der Zeit des zweiten Weltkriegs. 1942 forschte man im Labor der Yale School of Medicine an der Wirkung des chemischen Kampfstoffs Senfgas gegen Lymphome (Krebserkrankung der blutbildenden Zellen). Senfgas wurde erstmals im ersten Weltkrieg als Giftgas verwendet.
Der weltweit größte Produzent von Giftgasen war der Deutsch-Amerikaner Frederick Zinsser - Schwiegervater vom Weltbank-Chef John J. McCloy. Frederick Zinsser lernte die Giftgas-Herstellung in Heidelberg und wurde damit in den USA reich. McCloy begann als stellvertretender US-Kriegsminister, deutsche Nazi-Wissenschaftler für Chemie- und Biowaffen in die USA herüberzuholen. Ebenso auch japanische Biowaffenexperten der UNIT 731. McCloy

kam 1949 mit diktatorischen Vollmachten nach Deutschland und machte seinen Schwager Konrad Adenauer zum ersten Bundeskanzler. Heidelberg blieb unter den Nazis und unter Adenauer ein Zentrum der deutschen Chemie- und Biowaffenforschung. Das Deutsche Krebsforschungs-Institut (DKFZ) ist in Heidelberg.
Zurück in die USA: 1957 war es dann so weit, daß man die erste Krebserkrankung am Nationalen Krebsinstitut (NCI) mit Chemotherapie behandelte.
Die heute verabreichte Chemotherapie ist, wie jeder weiß, stark nebenwirkungsbehaftet. So publizieren die Deutschen Wirtschaftsnachrichten: "Die Chemotherapie wird von den Krankenkassen bezahlt und die Pharmaindustrie sponsert die Studien, damit sich die Chemotherapie verkauft. ... Oft geht es bei der Chemotherapie nicht um den Patienten, vielmehr geht es um immense Gelder, die verdient werden können."
Pro Chemotherapie entstehen durchschnittliche Kosten von 10.000 bis 20.000 €, die die Krankenkassen aus den ständig steigenden Beiträgen der Einzahler an die Pharmahersteller erstatten. Chemotherapie beschert der Pharmaindustrie also gigantische Gewinne.
An dieser Stelle soll nicht in Abrede gestellt werden, daß mit Hilfe der Chemotherapie durchaus gewisse Erfolge bei der Krebsbehandlung erzielt und Menschenleben gerettet werden. Doch zu welchem Preis geschieht das? Weshalb werden alternative Forschungsergebnisse und alternative Therapien nach wie vor vehement unterdrückt? Mit welchem Recht klemmt die offizielle Krebsforschung Alternativen zur Chemotherapie massiv ab? Wieso hören wir nichts davon, daß in Malaysia quasi gar kein Krebs existiert, weil die Menschen sich dort von einer so genannten Krebsfrucht ernähren?
Oder ein Beispiel zur russischen Medizin: Die eng vernetzte Therapeutin und Sängerin Sara Bennet berichtet, daß für viele Ärzte in Rußland Krebs nicht mehr Gewicht hat als ein Schnupfen. Wieso hören wir nichts von der russischen Medizin, die aktuell solche Fortschritte in der Krebsbehandlung erzielt? Weshalb halten jene Kreise, die mit ihren Behandlungsmethoden so schlechte Ergebnisse erzielen, daß sich die Krebssterberate nach 110 Jahren mehr als verdoppelt hat, alle Alternativen unter Verschluß?

Big Pharma: Die Masken fallen

Wußten Sie, daß im November 2023 in Frankreich ein Gesetzesentwurf "zur Verstärkung der Bekämpfung von gefährlichen sektiererischen Entwicklungen" eingereicht und jetzt aktuell kurz vor der Zementierung als Gesetz steht? Dieser offenbart auf den ersten Blick, wie unnachgiebig Big Pharma die Kontrolle über den Medizinmarkt behalten möchte.
Der Gesetzestext lautet: "Die Aufforderung, eine therapeutische oder prophylaktische medizinische Behandlung aufzugeben oder zu unterlassen, wird mit einem Jahr Gefängnis und 15.000 Euro Bußgeld bestraft ...
Mit denselben Strafen wird die Provokation zu Praktiken bestraft, die als therapeutisch oder prophylaktisch für die betroffenen Personen dargestellt werden, obwohl nach dem Stand der medizinischen Kenntnisse offensichtlich ist, daß diese Praktiken sie einem unmittelbaren Risiko des Todes oder einer Verletzung aussetzen, die zu einer dauerhaften Verstümmelung oder Behinderung führen kann.
Wenn die in den ersten beiden Unterabsätzen vorgesehene Provokation befolgt wurde, werden die Strafen auf drei Jahre Haft und 45.000 Euro Geldstrafe erhöht."
Begründet wird das neue Gesetz mit folgenden Worten: "Angesichts der Begeisterung der Öffentlichkeit für therapeutische Praktiken, die nicht wissenschaftlich validiert (überprüft) sind, der Suche nach Wohlbefinden und persönlicher Entwicklung und aufgrund der Zunahme von Ausbildungsgängen, die nicht staatlich anerkannte Diplome verleihen, können Patienten mißbraucht werden oder therapeutischen Mißbräuchen, insbesondere sektiererischer Art, ausgesetzt sein."
Die französische Zeitung L'Express führt noch ins Feld: "Dies reicht aus, um auf die zahlrei-

chen Fälle zu reagieren, in denen Personen, die sich auf Verschwörungen und verschiedene alternative Therapien berufen, zum Beispiel den Verzicht auf Krebsbehandlungen empfehlen."
Die Begründung verdeutlicht die eigentlichen Beweggründe des französischen Gesetzgebers: Das Gesetz soll dafür sorgen, daß der Pharma-Komplex die Kontrolle weiter ausbauen kann. Alle, die eine andere Therapie vorschlagen, die nicht "wissenschaftlich validiert" sei oder nicht "dem Stand der medizinischen Erkenntnisse" entspreche, sollen mundtot gemacht werden. Dieses Vorgehen ist uns schon vom Flexner-Report bekannt.
Frage: Warum will sich Big Pharma diktatorisch und notfalls auch gegen den freien Willen der Menschen um deren "Wohlergehen kümmern"? Geht es möglicherweise um das genaue Gegenteil von "Wohltätigkeit und Gesundheit" für jedermann?

Biowaffenforschung unter falscher Flagge

Der Arzt und Offizier Heiko Schöning deckt in einem Interview einen hochinteressanten Aspekt auf: Er setzt die Krebsforschung in direktem Zusammenhang mit der Biowaffenforschung.
Sehen Sie nun kurze Ausschnitte aus der Sendung. (Heiko Schöning warnt: Der nächste Angriff sind Biowaffen und Bakterien! (AUF1-Interview) www.kla.tv/27249)
Schöning: "Wir sind jetzt im Zeitalter der Biowaffen. Dieser technische Fortschritt ist möglich. Und wenn wir da zurückgehen, dann sehen wir halt, ja, es gab 1972, gab es so offiziell einen Bann von Biowaffen. Die durften nicht eingesetzt werden, nicht produziert werden, nicht gelagert werden, total nicht. Und das hat interessanterweise der US-Präsident Richard Nixon gesagt. Nur, was halt gut belegt ist, Richard Nixon war der beste Trickser der Mafia, des weltweiten, organisierten Verbrechens.
Sein offizieller Spitzname war auch Tricky Dick. Ja, und Nixon hat tatsächlich die Biowaffenforschung in den USA nur versteckt und umbenannt. Denn einer der Hauptorte, das war in den USA Fort Detrick. Und was ist mit diesen ganzen Biowaffenforschern und den Anlagen, den Gebäuden dann geworden? Die sind nur umbenannt worden. Es gab ein neues Schild. Und das Schild hieß dann NCI (National Cancer Institute) - Nationales Krebsforschungsinstitut. Das muß man wirklich verstehen. Die gleichen Forscher, die gleichen Gebäude blieben dort, und es war jetzt offiziell Krebsforschung."
Kurzer Zwischenstopp: "Rein zufällig" zur selben Zeit des Verbotes der Biowaffenforschung wurde der National Cancer Act von der amerikanischen Regierung verabschiedet. Präsident Nixon stellte bis 1976 sieben Milliarden Dollar zur "Bekämpfung von Krebs" in Aussicht. Das National Cancer Institut (NCI) wurde mit einem Schlag zum größten und einflußreichsten aller US-Gesundheitsinstitute- oder sagen wir besser "Biowaffen-Institut".
Schöning weiter: "Was sind denn Biowaffen? Das sind Zellgifte. Was sind Krebstherapeutika? Zellgifte. Und was ist jetzt der Unterschied zwischen Biowaffentests und Krebsstudien? Die unterschiedliche Schreibweise. Und genau das ist, was auch Nixon gemacht hat. Es wurde einfach nur in Fort Detrick das Schild umgehängt, nicht mehr Biowaffenforschung - Nationales Krebsforschungsinstitut."
Werte Zuschauer, eines muß uns klar sein: Biowaffen haben in der Regel den Zweck, unauffällig zu töten! Was ist von den Biowaffeninstituten - Entschuldigung, Krebsforschungsinstituten - demnächst zu erwarten?
Schöning führt fort: "Und ein Cover war es zum Beispiel, also eine Verdeckung, daß diese Biowaffenforscher plötzlich dann nach einer Impfung gegen Krebs jahrzehntelang geforscht haben. Das ist jetzt wieder in Vergessenheit geraten. Und ganz aktuell, um darin anzuknüpfen, hören wir heute: mRNA-Impfstoffe, also tatsächlich experimentelle Gentherapien gegen Krebs, werden uns heute nun verkauft."
Voilà, nach all dem Desaster mit den sogenannten mRNA-Covid-Impfstoffen sollen nun auch mRNA-Krebsimpfstoffe an den Mann und die Frau gebracht werden. Noch sind die Covid-

Impfverbrechen mit verheerenden Auswirkungen, wie die Entstehung von Turbokrebs, nicht aufgearbeitet. Kla.TV legte in der Sendung "Explosion von Turbokrebs nach erfolgter Corona-Impfung" den Zusammenhang der mRNA-Impfung mit äußerst schnell wachsenden Tumoren dar.
Und nun stehen neue mRNA-Impfungen bereit. So ist es kaum verwunderlich, daß das Vertrauen der Menschen in die pharma-gesteuerte Medizin rapide sinkt!
Fazit: Gewissenlose Geld- und Machtmenschen wie Rockefeller & Co. legten den Grundstein der modernen Pharmaindustrie und unseres Gesundheitswesens.
Von Beginn an zielen sie auf die absolute Kontrolle der medizinischen Ausbildung und der Wissenschaft. Ebenfalls von Beginn an wird unabhängige Forschung radikal bekämpft, selbst wenn sie erfolgsversprechend ist. Das "Wohltäterimage" von Stiftungen und Institutionen der Superreichen dient der Verschleierung ihrer wahren Absichten: Nämlich den Ausbau von Macht und Kontrolle. Trotz gigantischer Investitionen steigen die Todesraten bei Krebs stetig.
Nachweislich wird hinter der Krebsforschung mit dickem Budget auch an Biowaffen geforscht. Biowaffen haben meist den Zweck, unauffällig und massenhaft zu töten!
Heute sind wir an einem Punkt, wo eine gesundheitsdiktatorische Bevormundung der Bürger und hochgefährliche medizinische Zwangsmaßnahmen drohen. Die Pharmaindustrie, gesteuert von den Rockefellers dieser Welt, entpuppt sich als das eigentliche Krebsgeschwür.
Wir fragen uns: Können die offiziellen Erklärungen rund ums Thema Krebsforschung stimmen? Wenn seit ca. 100 Jahren riesige Geldbeträge hineinfließen und so wenig Erfolge zu verzeichnen sind? Die Heilungserfolge wirken im Verhältnis so gering, daß sie gerade mal ausreichen, die Hoffnung am Leben zu erhalten. (eingeblendete Todesanzeige: Gekämpft, gehofft und doch verloren! Wir bitten von einer Blumenspende abzusehen und stattdessen für die Krebsforschung zu spenden.)
Die ewigen Hoffnungsmeldungen auf den Sieg über Krebs lassen den gigantischen Geldstrom für zweifelhafte Forschung nie versiegen. Ein zunehmend radikal-diktatorischer Pharmakomplex erweist sich als das wahre Krebsgeschwür.
Jetzt ist die Zeit, die wahren Ursachen und Verursacher für ständig steigende Krebsraten aufzudecken. Zu untersuchen sind die Profiteure von den Giften in Nahrung, Luft, Böden, Wasser und Pharmaprodukten. Denn jeder Bevormundung durch die pharmagesteuerte WHO und ihrer Vasallen ist Einhalt zu gebieten!<<
Großbritannien: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 20. Mai 2024 (x1.377/…): >>**Der erste Weltkrieg gegen Rußland**
Die Konstellationen des Krim-Kriegs wiederholen sich. Vor etwa 170 Jahren verbündeten sich die Westmächte und das Osmanische Reich, um den Zaren als Schutzherrn der Christen zu besiegen. Preußen hielt sich heraus - mit Argumenten, die bis heute Gültigkeit haben. …
_ von *Jan von Flocken*
Vernichtend fiel das Urteil von Großbritanniens Weltkriegsmarschall Bernard Montgomery aus: "Es hat in der gesamten Geschichte kaum einen schlechter geführten Krieg gegeben als den Krimkrieg." Man sollte hinzufügen: und auch kaum einen nutz- und sinnloseren. Auslöser war ein Streit zwischen Rußland und der Türkei wegen der Rechte christlich-orthodoxer Mönche im Nahen Osten.
Als der Sultan jedwede Verhandlung darüber verweigerte, besetzten russische Truppen im Juli 1853 ohne Kriegserklärung die sogenannten Donaufürstentümer (heute Moldawien sowie Teile Rumäniens) und marschierten in Bukarest ein. Die Balkan-Bevölkerung begrüßte diesen Schritt als Befreiung der Christen von der islamisch-osmanischen Fremdherrschaft.
Das Große Spiel
Im Oktober 1853 erklärte Sultan Abdul Medschid I. den Krieg - ein großer Fehler, wie sich bald herausstellen sollte. Denn schon am 30. November 1853 überraschte ein russisches Ge-

schwader unter Admiral Pawel Nachimow die Schwarzmeerflotte der Osmanen in der Bucht von Sinope und vernichtete diese fast völlig. Erstmals in der Seekriegsgeschichte setzten Nachimows Schiffe damals Sprenggranaten ein, die sich den herkömmlichen Kanonenkugeln als weit überlegen erwiesen.

"Sie gingen kopfüber in den Tod." *Britischer Offizier*

Dieser russische Erfolg alarmierte Großbritannien und Frankreich. Beide Länder entsandten eine Kriegsflotte, die am 3. Januar 1854 ins Schwarze Meer einlief, um den Türken beizustehen. Nachimows Schiffe zogen sich daraufhin in den Hafen von Sewastopol auf der Krim zurück. Trotzdem erklärten die Westalliierten am 27. März 1854 Rußland den Krieg.

"Der britische Löwe, welcher schon von Indien aus Rußlands wachsende Bedeutung mit Argwohn beobachtete, war durchaus nicht interessiert, den russischen Bären auch noch als Rivalen im Mittelmeer und im Nahen Osten zu sehen", so Samuel Brandon in seinem Werk Milestones of History (1983). "Und Frankreichs Kaiser Napoleon III. brannte darauf, es seinem korsischen Onkel gleichzutun und auf dem Schlachtfeld ewigen Ruhm zu ernten."

Als Zar Nikolaus I. seine Truppen als Friedensgeste vom Balkan zurückzog, blieb das ohne Wirkung. London und Paris ging es allein um eine demonstrative Demütigung des christlichen Russischen Reiches, auch mit Hilfe der Türken. So begann ein Krieg, der sich hauptsächlich auf der Krim abspielte, jener Halbinsel, die unter Zarin Katharina der Großen 1783 Bestandteil Rußlands geworden war.

Bismarck weigert sich

Die Alliierten versuchten, auch Preußen in diesen Konflikt hineinzuziehen. Zunächst schien die Regierung von Ministerpräsident Otto Theodor von Manteuffel auch interessiert.

Es war Otto von Bismarck zu verdanken, daß es nicht dazu kam. Im Kronrat konnte er Anfang März 1854 König Friedrich Wilhelm IV. vom Nutzen einer wohlwollenden Neutralität überzeugen.

"Jeder siegreiche Krieg gegen Rußland mit unserer nachbarlichen Beteiligung belädt uns mit dem dauernden Revanchegefühl Rußlands, das wir ohne einen Kriegsgrund angefallen haben", warnte Bismarck. Er erklärte, man dürfe die Russen "weder aus Furcht vor Frankreich noch im Liebesdienste Englands angreifen". Diese kluge Politik festigte die Beziehungen zwischen Berlin und Sankt Petersburg, was wiederum Preußen in die Lage versetzte, sich mit russischer Rückendeckung langfristig zur führenden Macht in Deutschland aufzuschwingen.

Am 14. September 1854 landete eine Armada mit 70.000 Mann auf der Krim. Sie wurde befehligt von dem englischen General Lord Fitzroy James Raglan. Briten und Franzosen begannen am 10. Oktober mit der Belagerung von Sewastopol. 349 Tage dauerte dieses Unternehmen. Hier entwickelte sich der erste Stellungskrieg der neueren Geschichte, und viele Soldaten (insgesamt mehr als 600.000) bekamen einen Vorgeschmack auf die Schützengräben des Ersten Weltkriegs. Keine Seite konnte die Oberhand gewinnen. Das änderte sich auch nicht, nachdem Anfang 1855 das italienische Königreich Sardinien-Piemont mit 18.000 Mann auf die Seite der Alliierten trat.

Ohne größere Erfolge blieb auch ein britisch-französischer Flottenvorstoß ins Asowsche Meer im Mai 1855. Hier wurden die Städte Kertsch, Jenikale, Mariupol, Taganrog und Anapa bombardiert. "In Kertsch, dem antiken Pantikapaion, wo der alte König Mithridates von Pontos sich den Tod gab, wurden wertvolle Altertümer zugrunde gerichtet", hieß es bedauernd in einem Zeitungsbericht.

Zu den blutigen Legenden dieses Krieges zählte der sogenannte Angriff der Leichten Brigade. Während der Schlacht von Balaklawa am 25. Oktober 1854 ritten 670 britische Dragoner, Husaren und Lanzenreiter eine Frontalattacke gegen die verschanzte Artilleriestellung auf dem Fedjuchin-Hügel.

Die Brigade unter dem Kommando von Generalmajor Lord James Cardigan verlor innerhalb

weniger Minuten die Hälfte aller Männer, nur 195 kehrten auf ihren Pferden zurück. Ein Augenzeuge, der britische Stabsoffizier John Gough, berichtete: "Das schmerzvolle Gemetzel, welches das feindliche Feuer unter ihnen anrichtete, hielt ihren Lauf nicht auf. Sie gingen kopfüber in den Tod."
Einen militärischen Wendepunkt setzte am 8. September 1855 die Eroberung der Malakow-Festungswerke von Sewastopol durch die Franzosen unter General Patrice de Mac-Mahon. Zeuge dieses Kampfgeschehens war ein 27-jähriger russischer Adeliger und Artillerie-Offizier namens Leo Tolstoi, der sich demnächst als Schriftsteller einen Namen machen sollte. Bei ihm heißt es: "Auf den Bastionen von Sewastopol war nirgends mehr eine Seele zu erblicken. Alles war tot, wüst, entsetzlich, aber nicht still: Die Zerstörung dauerte fort. Auf der durch neue Explosionen abbröckelnden Erde lagen überall zerborstene Lafetten, die Menschenleiber - russische und feindliche - unter sich begraben hatten."
Nach dem Tod von Zar Nikolaus I. am 2. März 1855 verlor die kampfbereite Partei in Sankt Petersburg an Boden. Sein Sohn und Nachfolger Alexander II. war eine eher friedliche Natur und wollte den Krieg beenden - vor allem, da zuletzt auch Österreich den vollumfänglichen Kriegseintritt angedroht hatte. Der Frieden von Paris setzte dem Konflikt im März 1856 ein Ende: Das Osmanische Reich wurde nicht nur in seiner bisherigen territorialen Ausdehnung einschließlich seiner Eroberungen auf dem christlichen Balkan bestätigt, sondern erhielt darüber hinaus noch den Südosten Bessarabiens und weitere Gebiete von Rußland.
Es war Bismarck, der auf dem Berliner Kongreß von 1878 dafür sorgte, daß der Zar einen Gutteil dieser Abtrennungen wieder zurückbekam. Dennoch hatte der Krimkrieg die Friedensordnung des Wiener Kongresses von 1815, bei dem die großen europäischen Monarchien sich gegenseitig Beistand versichert hatten, unwiederbringlich zerfetzt. Die sogenannte Heilige Allianz war in rivalisierende Bündnisse zerfallen - der Krimkrieg war das Vorspiel zum Ersten Weltkrieg, wenn auch in anderen Konstellationen.<<
USA: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 20. Mai 2024 (x1.377/…): >> **Der 3. Weltkrieg - NATO gegen Rußland**
Erster Weltkrieg, Zweiter Weltkrieg, Kalter Krieg mit Besatzungsherrschaft - und jetzt auf dem Weg zum Dritten Weltkrieg. Die Kriegslust gegen Rußland bedeutet auch Krieg gegen Deutschland. …
_ von *Holger Strohm*
Seit dem 1. Weltkrieg setzen die USA und ihre Vasallen Sanktionen gegen mißliebige Staaten, Institutionen und Personen systematisch als Druckmittel ein um eigene Machtansprüche, im Namen der Demokratie und Menschenrechte, durchzusetzen. Doch dabei geht es selbstverständlich nicht um Demokratie und Völkerrecht, sondern den Spielregeln des Profits und der Macht. Rußland soll als geopolitischer Konkurrent und als Verbündeter Chinas ein für alle Mal vernichtet werden, egal welchen Preis Deutschland dafür zu zahlen hat.
So frohlockte US-Außenminister Antony Blinken nach der Sprengung von Nord Stream 2: "wir sind jetzt der führende Anbieter von Flüssiggas in Europa" und sprach von einer "großartigen Chance" die EU, bei zukünftigen Auseinandersetzungen mit China an sich zu binden. Um dies möglich zu machen, verkündete Kommissionspräsidentin von der Leyen eine strategische Energiepartnerschaft mit den USA, um von dort umweltschädliches Fracking-Gas, die schmutzigste Form der Gasförderung, überteuert einzukaufen.
Und so war es kein Wunder, wenn es unmittelbar nach dem russischen Angriff westliche Sanktionen gegen Moskau hagelte. Doch was war das Ziel der Sanktionen? Außenministerin Baerbock zufolge ging es darum, ""Rußland zu ruinieren"; Wirtschaftsminister Habeck verkündete, er wolle ein Regimewechsel in Rußland. Er wolle dem Regime Putin den Boden entziehen.
EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sucht "Stück für Stück die industrielle

Basis Rußlands abzutragen" und wollte "Putin den Geldhahn abdrehen", US-Außenminister Blinken und US-Verteidigungsminister Lloyd Austin wollen ein dauerhaft "geschwächtes und isoliertes Rußland". US-Präsident Joe Biden sprach davon, "die russische Wirtschaft zu zerschmettern". "Putin darf nicht an der Macht bleiben". Denn Rußland ist das Reich des Bösen schlechthin, Putin ist entweder irre, größenwahnsinnig oder die Wiedergeburt Stalins, wahlweise auch Hitlers.

Genau so wenig zählte der größte Terroranschlag aller Zeiten auf die europäische Infrastruktur: auf die beiden Stränge von Nord Stream 2. Michael Lüders schreibt dazu (S.52,53), der Sabotageakt sei von der CIA und NSA in enger Zusammenarbeit mit Geheimdienstkreisen in Norwegen, der Heimat von NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg, der zuvor als Präsident der Rockefeller-Stiftung Millionen verdiente, im Umfeld der NATO-Sommerübung BALTOPS durchgeführt worden. Somit wurde das Versprechen von US-Präsident Biden vom Februar 2022 umgesetzt: Wir werden Nord Stream 2 beenden! Und der ehemalige polnische Außen- und Verteidigungsminister Radoslaw twitterte unmittelbar nach der Sprengung der Pipelines: "Thank you, USA!"

Daher ist es nicht verwunderlich, daß die Bundesregierung, mit Verweis auf das "Staatswohl" jegliche Auskünfte verweigerte. Laut Lüders sollen Biden und Scholz sich auf eine Coverstory für die Presse geeinigt haben, in der Rußland als Schuldiger dargestellt wird. Die Investigativ-Ikone Seymour Hersh wirft der deutschen Regierung und ihren Geheimdiensten "Verdunkelung" vor und daß Kanzler Scholz an einem Komplott zum Schaden Deutschlands beteiligt war.

Als Rußland vom UN-Sicherheitsrat eine unabhängige Untersuchung verlangte, wurde dies von den westlichen, angeblich demokratischen Ländern zurückgewiesen. Obgleich der terroristische Akt zusätzlich ein irres Klimaverbrechen war, denn bei dem Sabotageakt wurden gigantische Mengen an Methan frei, die das Klima 30-50 Mal mehr belasten als CO2. Als Folge wurde nicht nur der Klimaschutz ad absurdum geführt, sondern Berlin mußte auch noch Hunderte Milliarden zusätzlicher Energiekosten bereitstellen, die neudeutsch nicht mehr als Schulden, sondern als Sondervermögen gelten.

Genauso unsinnig ist die Rolle Deutschlands als Kriegstreiber in der Ukraine. Glaubt irgend jemand ernsthaft die russische Atommacht würde in der Ukraine kapitulieren? Dabei wird selbst das Risiko hingenommen, das Deutschland in den Konflikt hinein gezogen und atomar vernichtet wird. Doch, wer immer sich der Heldenverehrung von Selenskyj verweigert oder gar Friedensverhandlungen das Wort redet, steht im Ruch der Putin-Propaganda und macht sich somit strafbar. Auch die Bundeswehr dient nicht der Landesverteidigung, sondern den imperialen Interessen einer Machtelite und der Festigung der politisch-militärischen Vormachtstellung der USA.

Dabei ist es gleichgültig, ob dies geschieht, indem die deutsche Marine im indo-pazifischen Raum patrouilliert oder in Mali oder Afghanistan und angeblich die deutsche Demokratie verteidigt. Und genauso verhält es sich mit der US-geführten NATO, die in der Ukraine einen Stellvertreter-Krieg gegen Rußland führt. Ohne das Geld, die Waffen und Spezialkräfte der NATO könnte der ehemalige "failed state" - die Ukraine gar keinen Krieg führen. Das Land galt als das ärmste und korrupteste Land Europas, das von Oligarchen regiert wurde.

Doch Washington ging es nicht nur darum Rußland zu zerschlagen und zu schwächen. Es betreibt darüber hinaus eine expansionistische Ausrichtung, um die NATO dazu zu benutzen, den Aufstieg Chinas zur Weltmacht um jeden Preis zu verhindern. Denn die noch dominante Weltmacht USA sieht ihre Vormachtstellung zunehmend durch China herausgefordert und will sie militärisch stoppen, bevor dies unmöglich wird.

Von daher ist klar, der Krieg in der Ukraine war gewollt. Denn von Seiten führender Politiker, allen voran George Bush und seinem Außenminister James Baker, aber auch von Bundes-

kanzler Kohl, Außenminister Genscher, sowie von Präsident Francois Mitterand und seinem Außenminister Roland Dumas, den britischen Premiers Margaret Thatcher und John Major und weiteren hochrangigen Politikern wurde 1990 Rußland wiederholt versichert, daß die NATO sich nicht einen Inch ostwärts bewegen würde.
Dies geschah auf Grund von Gorbatschows unmißverständlicher Warnung, daß eine Osterweiterung der NATO für Rußland inakzeptabel sei. Und nur auf Grundlage dieser westlichen Versicherungen stimmte Gorbatschow der deutschen Wiedervereinigung zu. Doch alle Zusicherungen wurden gezielt gebrochen und wann immer Putin dies kritisierte, wurde er ignoriert oder gedemütigt. Der Westen hat demnach Rußland so "Der Spiegel" "von Anfang an gezielt getäuscht und betrogen". Dabei war von Anfang an klar, daß kein Präsident in Moskau es dulden würde, daß sich die NATO und EU die Ukraine auf Kosten Rußlands einverleiben.
Noch schlimmer: im Dienst der geostrategischen Interessen Washingtons dehnte sich nicht nur die NATO nach Osten aus, sondern auch die EU. Das Ziel war die Einhegung und Kaltstellung Rußlands. Und genau vor dieser Taktik warnten frühzeitig US-Strategen wie George F. Kennan, Mitinitiator des Marschall-Plans, Robert McNamara, US-Verteidigungsminister, CIA-Chef Stansfield Turner und 50 weitere hochrangige US-Politiker. Der Politologe John Mearsheimer machte klar:
"Die Wurzel des Übels ist die NATO-Erweiterung. Kein russischer Staatschef würde es dulden, daß ein Militärbündnis, das bis vor kurzem Moskaus Todfeind war, die Ukraine übernimmt."
Auch Günter Verheugen (immerhin ehemaliger EU-Kommissar für die Osterweiterung) warnte, mit dem Angebot der NATO an die Ukraine Mitglied der NATO und EU zu werden, ist willentlich und wissentlich eine rote Linie überschritten worden.
Sowohl Kanzlerin Merkel als auch Helmut Schmidt bezeichneten das Vorgehen der NATO als "Größenwahn" und das Vorgehen Putins auf der Krim als "durchaus verständlich". Schmidt nannte die von der EU und den USA verhängten Sanktionen gegen Rußland "dummes Zeug", weil sie beiden Seiten wirtschaftlich schadeten und in der Sache nichts erreichten. William Burns, CIA-Chef, konstatierte, Rußland sehe die Einbeziehung der Ukraine in die NATO als "potentielle militärische Bedrohung", die es nicht dulden würde.
Dies würde unweigerlich im Krieg enden und die Sicherheit Europas unterminieren. Rußland würde zum Krieg gezwungen, da es seine 2000 Kilometer lange Südwestgrenze nicht mehr verteidigen könne. Noch schlimmer: Es bestünde ein hohes Risiko, daß die Feindseligkeiten der NATO und EU in einem Atomkrieg enden. Denn für Rußland stellt die Lage in der Ukraine eine existentielle Bedrohung dar. Kein Wunder, wenn UNO-Generalsekretär António Guterres feststellte:
"Die Welt schlafwandelt nicht in einen größeren Krieg hinein, ich befürchte, sie tut dies mit geöffneten Augen:"
Anscheinend stellt dies für Joe Biden und seine Hintermänner kein Problem dar, glauben sie doch, daß man einen Nuklearkrieg auf Europa begrenzen kann. Und so sind sie bereit Rußland bis zum letzten Ukrainer zu bekämpfen. Denn die sind nicht in der Lage zu erkennen, daß sie nicht für ihre Freiheit, sondern für die Interessen Washingtons und des Großkapitals sterben. Denn ihr Land ist das Schachbrett, auf dem die Bauern geopfert werden. Die Rechnung der US-Strategen ist aufgegangen. Die USA haben schon ihre wichtigsten Ziele erreicht.
Die NATO befindet sich fest in ihrer Hand. Die Wirtschaftskraft der EU und insbesondere Deutschlands wurde dauerhaft geschwächt. Europa fällt somit als politisch-wirtschaftlicher Konkurrent aus und wird zum willigen/ Vasallen. Michael Lüders stellt fest:
"Führende EU-Politiker, allen voran die Kommissionspräsidentin, und führende Politiker in Deutschland - sie tun wie ihnen geheißen, anstatt eigene Prioritäten zu setzen. Darin offenbaren sie eine Vasallen-Mentalität, die in Washington bisweilen schenkelklopfende Heiterkeit

auslösen dürfte."
Dies gilt insbesondere für die Kosten, die die USA Deutschland und der EU auferlegen. Im ersten Kriegsjahr hat die EU die Ukraine mit rund 67 Milliarden Euro an Finanzhilfen unterstützt, für militärische und zivile Zwecke. Diese Gelder sind quasi "Geschenke". Selenskyj muß sie weder zurückzahlen noch Rechenschaft über ihre Verwendung ablegen.
Dabei ist seit langem bekannt, daß unter ihm Korruption und Vetternwirtschaft gediehen und daß das Land von Oligarchen regiert wird. Das Land war bankrott und Rechtsstaatlichkeit gab es bestenfalls in Ansätzen. Selenskyjs Politik ist repressiv, alle Oppositionsparteien sind verboten, Gegner wurden vom Inlandsgeheimdienst eliminiert; Pressefreiheit oder Arbeitsrechte existieren nicht. De facto ist die Ukraine eine Diktatur. Daher ist die westliche Propaganda in der Ukraine würde die Demokratie des Westens verteidigt, mehr als befremdlich.
Selenskyj nutzte diese Strukturen um sich hemmungslos zu bereichern. Er ist Milliardär, Besitzer von Luxusimmobilien in London, New York und anderswo. Es wird gemunkelt, er habe zusammen mit Hunter Biden, in dessen biochemischen Kampflaboren, Rohopium aus Afghanistan in hochwertiges Heroin umgewandelt. So wurde er zum Milliardär, der sein Geld nicht ordnungsgemäß versteuerte, sondern in einem Netzwerk von Offshore-Firmen versteckte. Als seine kriminellen Handlungen aufflogen, sank seine Popularität unter 20 Prozent.
Heute ist per Militärrecht de facto "die gesamte Staatsmacht der Ukraine" in seine Hände übergegangen. Und seitdem hat er sich weiter enorm bereichert. So beklagte Jewhen Schewtschenko, der höchste Korruptionsbeauftragte der Ukraine, daß die milliarden-schwere humanitäre Hilfe der EU nicht an die notleidende Bevölkerung ging, sondern vom Präsidialamt Selenskyjs zu 95 Prozent gestohlen wurde. Das ist schon merkwürdig, daß die "Sozial" demokratischen und "Sozialchristlichen" Parteien Deutschlands, die nicht genügend Geld für hungernde deutsche Kinder zur Verfügung stellen, im Namen der Demokratie Milliarden Steuergelder an korrupte Kriegs-Oligarchien verschenken.
Die USA selbst, die im gleichen Zeitraum Selenskyj etwa 68 Milliarden Dollar zur Verfügung stellten, taten dies nicht etwa als Geschenk, sondern als Darlehen. Zudem mußte die Ukraine dafür Uraltwaffen der USA kaufen, die zuvor in gewaltigen Halden gelagert wurden, um verschrottet zu werden. Nun können sich die USA die Kosten für die Beseitigung sparen und das Geschäft ihres Lebens machen.
Sollte die Ukraine zahlungsunfähig werden, würden die USA mit Bodenschätzen kompensiert oder Deutschland muß die Schulden begleichen. Hierfür wurde das "Sondervermögen" der Bundeswehr über 100 Milliarden Euro erschaffen. Außerdem üben amerikanische Politiker starken Druck auf die EU aus, damit die ihren selbstauferlegten Zahlungsverpflichtungen gegenüber Kiew nachkommen. Denn die bezahlen damit die amerikanischen Schrottwaffen und nachdem diese ausverkauft waren, weitere entbehrliche Waffen, für die die USA keine Verwendung mehr haben.
Doch mittlerweile setzt ein Umdenken in den USA ein. Republikanische Politiker sind nicht Willens den Krieg der Ukraine zu finanzieren. Nichts deutet daraufhin, daß Rußland vor einer Niederlage stünde oder sich in Moskau ein Machtwechsel abzeichne. Solange die militärischen Kräfte der NATO langfristig in der Ukraine gebunden sind, können sie nicht in Richtung China gebündelt werden.
Einen lang anhaltenden Krieg zu führen, gar eine nukleare Konfrontation zu riskieren, ist die Ukraine nach Ansicht amerikanischer Senatoren nicht wert. Zumal Selenskyjs Strategie darauf zielt, die NATO mehr und mehr in den Krieg hineinzuziehen.
Daher überwiegt die Meinung: Wir sollten Frieden schließen, bevor Rußland militärische Fakten schafft, die uns keinen Spielraum für Verhandlungen lassen oder die Moskau noch tiefer in die Arme Pekings treiben. Und auch viele demokratische US-Politiker sehen nicht ein, daß der Ukraine-Krieg auf Kosten armer Amerikaner geführt werden soll. Doch Biden hat ein

kleines Vermögen in ukrainische Firmen und dortige wirtschaftliche Aktivitäten investiert, die er nicht gefährden will. Abschließend stellt Michael Lüders fest:
"Die USA verfolgen in der Ukraine drei Ziele. Rußland umfassend und dauerhaft zu schwächen, wirtschaftlich, militärisch und geostrategisch. In Kiew, wie in Deutschland, ein verläßliches Statthalter-Regime zu etablieren, das amerikanischen Vorstellungen Folge leistet. Und schließlich Europa wirtschaftlich, mittels Energielieferungen, sowie militärisch, über die NATO, eng an sich zu binden, gegebene Abhängigkeiten zu vertiefen und die EU dabei an ihrer Seite zu wissen - auch und gerade im kommenden Konflikt mit China. In den Worten des französischen Historikers Emmanuel Todd:
>>Heute wird die Ukraine als angehende Demokratie verklärt. Zu Beginn des Krieges war es ein failed state und völlig korrupt.<<…. Wenn Rußland überlebt, den Donbass und die Krim behält, wenn seine Wirtschaft weiter funktioniert und es seine Handelsbeziehungen neu gestalten kann, mit China und Indien - dann hat Amerika den Krieg verloren. Und in der Folge wird es seine Alliierten verlieren. Deshalb werden Amerika und die NATO weitermachen. Und darum handelt es sich um einen Weltkrieg, der andauern wird."
Über den Autor: Holger Strohm hat den Grünen in ihrer Anfangsphase wesentliche Impulse gegeben. Doch mit der Partei in ihrer heutigen Form kann er nichts mehr anfangen.
Ursprünglich war Holger Strohm Mitglied der SPD. Bei den Sozis wurde der vormalige Industrieberater jedoch er 1978 rausgeschmissen, als er als Spitzenkandidat der Bunten Liste - Wehrt Euch (BuLi) bei der Wahl zur Hamburgischen Bürgerschaft kandidierte.
Innerhalb der Öko-Bewegung machte er sich einen Namen mit seinem Bestseller Friedlich in die Katastrophe, der laut dem Historiker Joachim Radkau "zu einer Art Bibel der Anti-AKW-Bewegung" avancierte.<<

21.05.2024

BRD: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 21. Mai 2024 (x1.369/…): >>**Wissing gibt 150 Millionen Euro für Ausbau von Schnellladepunkten**
Bundesverkehrsminister Volker Wissing (FDP) will durch eine millionenschwere Förderung von Schnellladepunkten für gewerblich genutzte E-Fahrzeuge für mehr Klimaschutz sorgen. Wissing sagte der "Rheinischen Post" (Dienstagsausgaben): "Gewerblich genutzte Fahrzeuge haben im Vergleich zu Privatfahrzeugen eine deutlich höhere Laufleistung. Damit spielen sie für die Elektrifizierung des Verkehrs eine große Rolle und sind gleichzeitig ein wichtiger Hebel, um die Klimaschutzziele zu erreichen." Deshalb werde man weitere 150 Millionen Euro in den Aufbau gewerblicher Schnellladeinfrastruktur investieren.
"Gerade kleine und mittlere Unternehmen profitieren von unserer Förderung, da die Umstellung auf eine klimafreundliche Flotte mit hohen Investitionen verbunden ist", ergänzte Wissing. Nutznießer sollen unter anderem das Transport-, Logistik- und Handwerksgewerbe, aber auch Mietwagen- und Carsharing-Anbieter sowie Pflegedienste sein. Der Logistikkoordinator der Bundesregierung, Oliver Luksic (FDP), sagte der "Rheinischen Post": "Viele Unternehmen des Straßengüterverkehrs befinden sich aktuell in einer angespannten Lage." Daher wolle man bei der Umstellung auf klimafreundliche Technologien helfen. Start der Förderung ist demnach der 3. Juni.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 21. Mai 2024 (x1.368/…): >>**Vorsitzender des Weltwirtschaftsforums: Klaus Schwab zieht sich zurück**
Nach mehr als fünf Jahrzehnten lenkt Klaus Schwab den Kurs des Weltwirtschaftsforums (WEF) nicht mehr. Der Gründer und langjährige Vorsitzende der einflußreichen Lobbyorganisation zieht sich in den Hintergrund zurück
Von *Redaktion*
Nach Jahrzehnten an der Spitze des Weltwirtschaftsforums (WEF) zieht sich Gründer und geschäftsführender Vorsitzender Klaus Schwab zurück. Das berichtet die US-Nachrichten-

plattform Semafor. In einer E-Mail an die Mitarbeiter des WEF, die am Dienstag publik wurde, kündigte Schwab seinen Wechsel vom geschäftsführenden zum nicht-geschäftsführenden Vorsitzenden an. In dieser neuen Rolle wird er weiterhin seine Erfahrung und Expertise einbringen, aber die Geschäfte nicht mehr operativ führen.
Der Schritt soll bis zum nächsten Jahrestreffen des WEF im Jahr 2025 abgeschlossen sein. Schwab, der das WEF 1971 ins Leben rief, lenkte die Organisation seither durch Zeiten tiefgreifender globaler Veränderungen. In den letzten Jahren machte er insbesondere mit seines Konzept eines "Great Reset", der eine umfassende Neuordnung der globalen Wirtschaft und Gesellschaft nach der COVID-19-Pandemie vorsieht, auf sich aufmerksam.
Das WEF hat unter seiner Führung mehrere Initiativen ins Leben gerufen, um Klimaagenda voranzutreiben, darunter die Global Climate Action Agenda, Mission 2020 und Alliance of CEO Climate Leaders.
Einen Nachfolger hat Schwab noch nicht benannt. Der Vorstand des WEF habe jedoch unter der Führung von Präsident Børge Brende in den letzten Monaten die volle Geschäftsführung übernommen, so Schwab. Brende ist ein ehemaliger norwegischer konservativer Politiker.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 21. Mai 2024 (x1.376/…): >>**Gesamtmetall-Chef über Habecks "grünes Wirtschaftswunder": 300 Milliarden Euro an Investitionen sind futsch!**
"Ich sehe bereits eine beginnende De-Industrialisierung", sagte der Präsident des Arbeitgeberverbands Gesamtmetall, Stefan Wolf, den Zeitungen der Funke-Mediengruppe und warnt: "Es finden viele Verlagerungen statt - überall hin." Die Entwicklung sei "dramatisch".
Besonders betroffen sind Wolf zufolge derzeit Unternehmen aus der Automobil- und Zulieferer-Industrie. Viele Firmen seien sehr zurückhaltend, es werde viel weniger investiert. "Wegen der schlechten Rahmenbedingungen hier in Deutschland fließt stattdessen derzeit sehr viel Geld ins Ausland. Uns sind damit über 300 Milliarden Euro an Investitionen verloren gegangen", faßte Wolf das bisherige "grüne Wirtschaftswunder" von Ökosozialist Robert Habeck zusammen.<<
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 21. Mai 2024 (x1.367/…): >>**Anstieg der politisch motivierten Kriminalität beweist Faesers Totalversagen**
Zu den heute veröffentlichten Zahlen der politisch motivierten Kriminalität (PMK) teilt der stellvertretende innenpolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Martin Hess, mit:
"Die Zahl der politisch motivierten Straftaten steigt insgesamt auf einen neuen Höchststand. Vor allem die Straftaten in den Phänomenbereichen 'PMK - ausländische Ideologie -' (plus 33 Prozent) und 'PMK - religiöse Ideologie -' (plus 203 Prozent) explodieren. Doch trotz dieser dramatischen, vor allem auf eine völlig verfehlte Migrationspolitik zurückzuführenden Entwicklung, überbetont Bundesinnenministerin Nancy Faeser weiterhin die Gefahr durch den Rechtsextremismus und spricht im Zusammenhang mit Islamisten lediglich davon, diese Extremisten 'im Visier' zu haben. Tatsächlich beweist die Zunahme der Zahlen in nahezu allen Bereichen die Schwäche der politisch Verantwortlichen und das Totalversagen der Innenministerin.
Denn auch Linksextremisten nutzen die Machtlosigkeit der Ampelregierung. Deren Hemmschwelle, auch im Bereich Klima, ist extrem gesunken und sie nehmen sogar Tote in Kauf, wie Faeser kleinlaut zugeben mußte. Wenig überraschend ist, daß die zuordbare Gewalt gegen Politiker und Polizeibeamte überwiegend aus dem politisch linken Spektrum kommt.
Die Untätigkeit der Innenministerin führt zu einer immer stärkeren Radikalisierung dieser Gruppierungen. Mit ihrem Verhalten stellt Frau Faeser ihre Ideologie über unsere Innere Sicherheit, während die Ampelregierung ihren bürgerfeindlichen Kurs fortsetzt, der die zunehmende Polarisierung unserer Gesellschaft massiv befeuert und zu einer immer stärkeren Spal-

tung führt.
Es ist völlig inakzeptabel, daß zudem auch noch durch eine nahezu willkürliche Zuordnung - etwa der antisemitischen Taten - die statistischen Daten in erheblichem Maße verzerrt werden. Wer die tatsächlichen Gefahrenquellen nicht klar benennt, kann und will sie nicht effektiv bekämpfen und forciert die weitere Radikalisierung gewaltbereiter Extremisten und Staatsfeinde.
Allein schon die unerträgliche antisemitische Eskalation seit dem Angriff der Hamas auf Israel erfordert endlich eine an den tatsächlichen Gefahren ausgerichtete Sicherheitspolitik unseres Landes, die jetzt unverzüglich umgesetzt werden muß. Dieser Staat darf nicht länger auf dem islamistischen und dem linksextremistischen Auge blind sein.-
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 21. Mai 2024 (x1.369/…):
>>**Gesamtmetall-Präsident sieht "beginnende De-Industrialisierung"**
Der Präsident des Arbeitgeberverbands Gesamtmetall warnt angesichts von Standortnachteilen und der derzeitigen Wachstumsschwäche der deutschen Wirtschaft vor gewaltigen Verwerfungen. "Ich sehe bereits eine beginnende De-Industrialisierung", sagte Gesamtmetall-Präsident Stefan Wolf den Zeitungen der Funke-Mediengruppe (Dienstagausgaben). "Es finden viele Verlagerungen statt - überall hin." Besonders betroffen seien Wolf zufolge derzeit Unternehmen aus der Automobil- und Zulieferindustrie.
"Viele Firmen sind sehr zurückhaltend. Es wird viel weniger investiert. Wegen der schlechten Rahmenbedingungen hier in Deutschland fließt stattdessen derzeit sehr viel Geld ins Ausland. Uns sind damit über 300 Milliarden Euro an Investitionen verloren gegangen", sagte Wolf und nannte diese Zahl "dramatisch". Werde hier nicht investiert, leide langfristig die Produktivität, was dann zu noch weniger Wettbewerbsfähigkeit führe, so der Manager, der seit November 2020 Präsident des Arbeitgeberverbands Gesamtmetall ist.
Auch erste Anzeichen für größere Entlassungen sieht Wolf. "Größere Automobilzulieferer haben doch bereits Entlassungen angekündigt. Und ich befürchte, daß das eine richtige Dynamik entwickelt. Wenn sich nicht schnell etwas ändert, werden wir einen Abbau von Arbeitsplätzen, gerade bei den eher einfachen Tätigkeiten wie etwa in der Produktion, sehen", sagte er weiter. Er bezifferte den möglichen Stellenverlust in den nächsten drei bis vier Jahren auf 40.000 bis 50.000 Arbeitsplätze. Deshalb müsse sich strukturell dringend etwas ändern. "Was nicht hilft, ist zu beschwichtigen, und die Lage als konjunkturelle Delle abzutun", so Wolf.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 21. Mai 2024 (x1.377/…):
>>**Lügenpresse: Moskau finanziert Alternativmedien**
Von *S. Hofer*
Das Redaktionsnetzwerk Deutschland wärmt das Lügenmärchen auf, daß NATO-kritische Alternativmedien wie COMPACT von Moskau finanziert würden. … Nein, COMPACT weiß aber: Die Freundschaft mit Rußland ist im deutschen Interessen! …
Seit Beginn des zweiten Kalten Krieges werden Medien, die nicht den NATO-Narrativ folgen als Moskauer Agenten denunziert. Jetzt holt die Propagandapresse sogar das Märchen einer russischen Finanzierung alternativer Medien wie COMPACT aus der Mottenkiste.
Verantwortlich für diese geistige Heldentat zeichnet die Madsack-Mediengruppe (mit 23,1 Prozent SPD-Anteil), der auch das Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND) angehört. Letztere haben eine wahre Wunderwaffe gegen Alternativmedien aufgetrieben - die Politologie-Doktorandin Arista Beseler. Die ist am Forschungsprojekt "RUSINFORM" beteiligt. Thema: "Verbindungen zwischen deutschen alternativen Medien und russischer Propaganda".
Im Interview mit dem RND behauptet Beseler einige Ähnlichkeiten zwischen Alternativen Medien und russischen Propaganda-Narrativen: etwa in den Bereichen Migration, Gender, Ukraine-Krieg und EU. Aber, für Beseler bestehen nicht nur ideologische Parallelen. Nein, auch Knete würde fließen:

"Es gibt durchaus Finanzströme, die sich nachvollziehen lassen. Ein Beispiel ist das Magazin COMPACT, welches nachweislich mit dem Kreml kooperiert. COMPACT veranstaltet seit 2012 sogenannte Souveränitäts-konferenzen, für die sie unter anderem Gelder von dem kremlnahen Thinktank 'Institut für Demokratie und Zusammenarbeit' bekommen haben."
Oh je! Schon vor Jahren hatte das Hipster-Magazin Die Zeit alle Hebel in Bewegung gesetzt, um eine russische Finanzierung des COMPACT-Magazins nachzuweisen. Vergeblich. Das Rechercheteam mußte zähneknirschend feststellen: Es gibt keine Verbindungen! Schon gar keinen Geldfluß.
Und was die Souveränitätskonferenzen betrifft: Zwei Mitglieder des Thinktanks 'Institut für Demokratie und Zusammenarbeit' waren - vor über zehn Jahren! - auf unseren Souveränitäts-konferenzen vertreten. Bezahlt hat der Tank lediglich deren Spesenrechnung. Sonst floß kein Cent! Abgesehen davon wurde besagter Thinktank von einer Privatperson und nicht von Moskau finanziert. Kurzum: Noch kälteren Kaffee als Frau Beseler kann man wirklich nicht servieren.
Auf die Frage, warum alternative Medien bei der großen Auswahl antiwestlicher Länder ausgerechnet Rußland favorisierten, präsentiert die Doktorandin ebenfalls nur Binsenweisheiten: "Das liegt vor allem daran, daß Rußland und Deutschland eine lange gemeinsame Geschichte haben.
Durch die damalige sowjetische Kontrolle über die DDR waren große Teile Deutschlands damals mehr oder weniger das kleine 'Geschwisterchen' von Rußland. In Ostdeutschland wurde an den Schulen größtenteils Russisch als Zweitsprache unterrichtet und nicht Englisch.
Nach der Wiedervereinigung pflegte Deutschland weiterhin vergleichsweise freundschaftliche Verbindungen zu Rußland. Der ehemalige Bundeskanzler Gerhard Schröder ist für seine sehr rußlandfreundliche Einstellung und seine Involvierung in russische Staatsunternehmen bekannt.
Nach wie vor gibt es einige deutsche Politiker:innen, die einen sehr rußlandfreundlichen Kurs vertreten, trotz Rußlands Angriffskrieg gegen die Ukraine. Nicht zuletzt dadurch ist Rußland zu so einem wichtigen Player bei Desinformations-kampagnen in Deutschland geworden."
Daß Rußland stets ein fairer Handelspartner für Deutschland war, daß Frieden zwischen ihnen sich stets als beidseitiger Vorteil erwies - kein Wort. Das Interesse an Rußland soll als Nostalgie, als Überbleibsel vergangener Zeiten dastehen. In Wahrheit bedeutet die Freundschaft mit Rußland auch eine Wahrung deutscher Interessen! - Frau Beseler kann das freilich egal sein. An heutigen Universitäten wird sie mit ihrem Info-Trash ein summa cum laude ernten. …<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 21. Mai 2024 (x1.369/…):
>>**AOK-Studie: Pflegende Angehörige müssen immer mehr leisten**
Menschen, die zu Hause ihre Angehörigen pflegen, müssen dafür immer mehr Zeit und eigenes Geld aufwenden. Das ergibt sich aus einer Forsa-Umfrage im Auftrag des Wissenschaftlichen Instituts der AOK (Wido), über die die Zeitungen des "Redaktionsnetzwerks Deutschland" (Dienstagsausgaben) berichten. Gaben die Befragten 2019 noch an, 43 Wochenstunden für pflegende Tätigkeiten wie Ernährung, Körperpflege und Medikamentengabe zu benötigen, lag die aufgewendete Zeit nunmehr bei 49 Stunden. Auch die finanzielle Belastung ist danach trotz gestiegener Leistungen aus der Pflegeversicherung gewachsen.
Der mittlere Eigenanteil kletterte der Umfrage zufolge von knapp 200 Euro im Jahre 2019 auf jetzt 290 Euro im Monat. Die hohe zeitliche Belastung wirkt sich insbesondere auf die eigene Berufstätigkeit aus. Lediglich 46 Prozent der Hauptpflegepersonen arbeitet der Umfrage zufolge in Vollzeit. 37 Prozent haben eine Teilzeitbeschäftigung und 18 Prozent sind gar nicht beschäftigt. Bei den Teilzeitbeschäftigten gab über die Hälfte an, die Arbeitszeit wegen der Pflege reduziert zu haben.
Bei den Nicht-Erwerbstätigen haben 28 Prozent die Tätigkeit wegen der Pflege aufgegeben.

"Es ist problematisch, daß pflegende Angehörige mit durchschnittlich 49 Wochenstunden Pflegearbeit zu Hause belastet sind und daß die häusliche Pflege offenbar dazu führt, daß fast jeder Vierte die Erwerbstätigkeit reduziert oder ganz aufgibt", sagte die AOK-Vorstandsvorsitzende Carola Reimann dem RND. So würden gleichzeitig weitere Schwierigkeiten in der Pflege in der Zukunft befeuert, warnte sie.
"Wenn pflegende Angehörige - überwiegend Frauen - die Arbeitszeit reduzieren oder ganz aufhören zu arbeiten, bereitet dies Tür und Tor für Altersarmut in der nächsten Generation der zu Pflegenden", argumentierte Reimann. Gleichzeitig fehlten diese Menschen auf dem ohnehin schon engen Arbeitsmarkt, auch in der beruflichen Pflege. "Angebot und Nachfrage zur Vereinbarkeit von häuslicher Pflege und Beruf müssen in Einklang gebracht werden", forderte die AOK-Chefin.<<
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 21. Mai 2024 (x1.367/…): >>**Sachsens Wirtschaftslage geht bergab: Sofort Rotstift bei Asyl-Ausgaben ansetzen!**
Aufgrund der schlechten Wirtschaftslage gehen die sächsischen Steuereinnahmen zukünftig um 1,1 Milliarden Euro zurück. Das berichtet die Sächsische Zeitung.
Dazu erklärt der sächsische AfD-Fraktionsvorsitzende, Jörg Urban:
"Die Regierung Kretschmer muß sofort bei den freiwilligen Ausgaben für ihre desaströse Asyl- und Klimapolitik sparen und nicht bei den eigenen Bürgern. Es dürfen in den Gemeinden keine Schwimmbäder geschlossen und keine Straßensanierungen verschoben werden, nur damit ausreisepflichtige Asylbewerber weiter mit Bargeld und Wohnung versorgt werden können.
Weiterhin muß der Rotstift bei allen linksradikalen Ideologie-Projekten angesetzt werden. Das Gleiche gilt für Klimaschutz und Elektromobilität sowie für die Genderpolitik.
Die größte Summe unseres Steuergeldes wird allerdings für die Folgen der unkontrollierten Masseneinwanderung benötigt. Wenn mittlerweile bundesweit 63 Prozent der Bürgergeldempfänger Migranten sind, läuft in diesem Land etwas gewaltig schief. Deshalb sind im Bereich Asyl die größten Einsparungen nötig, um den Haushalt wieder auszugleichen.
Zusätzlich muß die Staatsregierung darlegen, wie sie unserer Wirtschaft wieder auf die Beine verhelfen will. Mit der derzeitigen Energie-Politik ist das nicht zu schaffen."<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 21. Mai 2024 (x1.376/…): >>**Trotz Sanktions-Irrsinn: Rußlands Wirtschaft brummt wie nie!**
Der westliche Sanktions-Irrsinn sei "ein Schuß ins Knie Rußlands, zwei in beide Beine Deutschlands!" So warnte die AfD-Fraktionsvorsitzende im Deutschen Bundestag, Alice Weidel, vor zwei Jahren. Heute zeigt sich: Die Sanktionen haben den russischen Bären allenfalls am Knie gekitzelt, während energieintensive Branchen in Deutschland (Chemie, Stahl) durch ausbleibendes günstiges Russen-Gas regelrecht amputiert wurden! Die russische Wirtschaft jedenfalls brummt, die Rohstofferlöse im Handel vor allem mit Asien machen ausgebliebene Einnahmen aus dem Westen inzwischen mehr als wett. Die offizielle russische Statistik meldet bemerkenswerte wirtschaftliche Erfolge.
Das russische Finanzministerium berichtete Anfang April, daß die Haushaltseinnahmen im ersten Quartal 2024 um mehr als 50 Prozent gestiegen seien - das entspricht etwa 8,7 Billionen Rubel oder umgerechnet rund 86,1 Milliarden Euro. Der russische Staat scheint regelrecht im Geld zu schwimmen. Laut Statistikbehörde Rosstat hat die Arbeitslosenquote mit 2,8 Prozent den niedrigsten Stand seit 1992 erreicht, die Reallöhne stiegen um 7,8 Prozent.
Diese deutschsprachige Video-Reportage aus Rußland zeigt ein blühendes Land. Bilder, die uns westliche TV-Sender, allen voran "ARD-tagessschau" und "ZDF-heute journal", vorenthalten.<<
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt"

berichtet am 21. Mai 2024 (x1.367/…): >>**Nach der düsteren Steuerschätzung: So saniert die AfD den Haushalt!**
Die aktuelle Steuerschätzung des Finanzministeriums zeigt eine düstere Entwicklung: Die Staatseinnahmen brechen ein! In den kommenden fünf Jahren wird für Bund, Länder und Kommunen ein Minus von 80,7 Milliarden Euro erwartet. Für das Jahr 2024 rechnet das Ministerium mit einer Haushaltslücke von rund 20 Milliarden Euro. Doch anstatt mit noch höheren Abgaben auf diese Tatsachen zu reagieren, sollten wir endlich bei den Ausgaben sparen. Hier sind unsere Top-5-Sparvorschläge, mit denen sich das Haushaltsloch problemlos schließen ließe:
1. Ausreisepflichtige sofort abschieben: Allein der Bund gab im Jahr 2022 rund 28 Milliarden Euro für den Bereich "Flucht und Migration" aus. Illegale Migranten abschieben und sparen!
2. Entwicklungshilfe streichen: Radwege in Peru oder Vorfeld-Organisationen der Hamas dürfen nicht mit deutschem Steuergeld finanziert werden. Die deutschen Ausgaben für Entwicklungshilfe lagen 2022 bei 33,3 Milliarden Euro!
3. Waffenlieferungen an die Ukraine stoppen: In den ersten zwei Jahren nach Kriegsbeginn stellte Deutschland rund 32 Milliarden Euro für die Unterstützung der Ukraine zur Verfügung. Der Krieg wird damit nur sinnlos verlängert!
4. Bundestag verkleinern: Deutschland leistet sich eines der größten Parlamente der Welt. Die Kosten für die Abgeordnete und den Gesamtbetrieb des Bundestages belaufen sich jährlich auf mehr als eine Milliarde Euro!
5. Regierungs-Apparat verschlanken: Die Personalkosten für Beamte und Angestellte des Regierungsapparats liegen inzwischen bei jährlich rund vier Milliarden Euro (Stand 2022). Mehr als 30.000 Regierungsbeamte sind zu viel!<<
Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 21. Mai 2024 (x1.371/…): >>**Neues Audio Dr. Fuellmichs aus der Haft: "Gericht erfand neue Vorwürfe"**
Von *Herbert Ludwig*
Dr. Fuellmich bekräftigt in seinem Bericht vom 10.5.2024 erneut seine Überzeugung, daß es sich um einen Schauprozeß gegen ihn handle, der ihn zum Schweigen bringen solle. Man scheue vor rechts- und verfassungswidrigen Machenschaften nicht zurück.
Nachdem die Anklagegründe praktisch zusammengebrochen seien, habe er sofort freigesprochen und freigelassen werden müssen. Stattdessen habe das Gericht neue Vorwürfe erfunden. Doch schon allein durch seine staatliche Entführung aus Mexiko (ohne internationalen Haftbefehl) habe die deutsche Justiz keinerlei Zuständigkeit mehr für ein Verfahren gegen ihn, sondern müsse ihn entschädigen und auf Staatskosten nach Mexiko zurückbringen. (hl)
Transkript:
"Liebe Freunde,
mit diesem schnellen Update (dieser aktuellen Stellungnahme) will ich mich zum einen für ihre wunderbaren Geburtstagsgrüße bedanken, und zum anderen will ich Ihnen erläutern, warum nach unserer Überzeugung nicht mehr der allergeringste Zweifel daran bestehen kann, daß das strafrechtliche Vorgehen gegen mich gleichzeitig ein Fake und ein Schauprozeß ist, der in Wahrheit dazu dient, mich wegen meiner Arbeit, insbesondere natürlich in der Corona Geschichte, aus dem Verkehr zu ziehen und uns alle zum Schweigen zu bringen.
Das wird nicht mehr gelingen können. Es ist jetzt innerhalb und außerhalb dieser Mauern Zeit, Zeit das Richtige zu tun. Und das weiß jeder auf unserer Seite des Zauns, und das wissen immer mehr auch auf der anderen Seite des Zauns.
Die zahllosen Geburtstagsgrüße, die ich schriftlich und als Audio-Nachrichten vorgespielt bekam, toppen alles, was ich jemals als Geburtstagsgrüße erhalten habe. Mehr kann ich zurzeit nicht sagen. Aber ich werde das nachholen, wenn ich hier raus bin. Besonders bedanke ich mich bei den vielen hundert Menschen, die für mich vor den Mauern des Gefängnisses

eine Geburtstagsfeier ausrichteten. Viele kamen ja von weit her. Zwar wurde ich daran gehindert - das haben Sie inzwischen sicherlich gehört - die Feier mit zu verfolgen, indem man mich in diesem Hochsicherheits-Gefängnis in einen besonderen Hochsicherheitsbereich verlegte.
Gleichzeitig wurde mir jede Kontaktaufnahme mit meinen Anwälten und meiner Ehefrau, sowie mit allen Mithäftlingen verboten. Denen wurde dann auch noch gedroht: Wenn sie - die Häftlinge, auf deren Station ich vorher war - wenn sie die Feier verfolgen und mit Ihnen da draußen Kontakt aufnehmen würden, dann würde es hier einen Generaleinschluß geben. Aber sie waren so sehr von dem, was sich da draußen ereignete, beeindruckt, daß sie mir später davon detailliert berichteten.
Natürlich ist dies alles rechts- und verfassungswidrig. Und natürlich wird dies Konsequenzen haben. Zu diesem Zeitpunkt bestätigen diese Vorfälle nur einmal mehr, daß Professor Ingo Müllers Bilanz des Totalversagens der Justiz im Dritten Reich, in seinem Buch "Furchtbare Juristen", auch eine Warnung betreffend den heutigen Zustand jedenfalls der deutschen Justiz ist.
Denn am Freitag, den 3. 5., gab der Vorsitzende des Gerichts bekannt, daß er beabsichtigt, keine weiteren Zeugen zu hören, weil er auf der Grundlage der Aussagen von Viviane Fischer meint, mich auf einer ganz neuen Grundlage verurteilen zu können. Dies mußte er wohl tun, weil die bisherige Beweisaufnahme ergeben hat, daß damals tatsächlich die unmittelbare Gefahr einer Pfändung unseres Spendenkontos drohte und deshalb die vorübergehende Sicherung eines Teils des Spendengeldes durch Darlehensvertrag völlig in Ordnung war. Denn auch das hat das Gericht feststellen müssen.
Ich war ja natürlich sowohl bereit, das Geld zurückzuzahlen, als auch dazu in der Lage. Deshalb war die Darlehensentnahme gesellschaftsrechtlich völlig zulässig, zumal ich als allein führungsbefugter Geschäftsführer dafür oder dabei mit der sogenannten "business judgement rule" abgedeckt war - also das Ermessen eines Geschäftsführers ist damit gemeint.
Damit war das Gericht aber verpflichtet, mich sofort freizusprechen und sofort freizulassen. Um das zu verhindern, erfand das Gericht neue Vorwürfe und meint nun, es sei gar kein Darlehensvertrag vereinbart worden, sondern zwischen mir und Viviane Fischer sei vereinbart worden, daß das - in Wahrheit per Darlehensvertrag entnommene - Geld aufgrund einer ganz anderen, von ihm nicht näher erläuterten ominösen Treuhandvereinbarung auf einem anderen Konto als Liquiditätsreserve vorgehalten werden sollte.
Er stützt diese Erfindung auf wirre, falsche und widersprüchliche Behauptung von Viviane Fischer, obwohl diese auf Nachfrage des Gerichts - konkret war das sogar seine ausdrückliche Nachfrage - obwohl sie also ausdrücklich erklärt hatte, daß über so etwas wie eine Liquiditätsreserve nie gesprochen worden war, obwohl Viviane Fischer sogar selbst behauptet hatte, daß auch ihr Darlehen, wie meins, durch eine Immobilie als Wertspeicher gesichert war, und obwohl Viviane Fischer selbst - auch das hat sie auf Nachfrage zugestehen müssen, und es ergibt sich auch schon aus den Unterlagen, die ausgewertet wurden - über keinerlei Liquidität verfügte, vielmehr komplett pleite war, weder berufliches Einkommen hatte, noch ein anderes Vermögen.
Nur weil sie Geld aus einem im Wege des Betruges in Gang gesetzten Buchvorverkauf veruntreute, sich Geld lieh und Spendengelder für Arbeiten der Pathologie veruntreute, war sie überhaupt in der Lage, das von ihr entnommene Darlehen zurückzuzahlen. All dies ergibt sich schon aus der bisherigen Beweisaufnahme und aus den bisher dem Gericht vorliegenden Unterlagen. Wir hatten aber schon angekündigt, daß wir dazu noch mehr Details und noch mehr Zeugen bringen würden.
Offensichtlich auch um das zu verhindern, will das Gericht die Beweisaufnahme nun urplötzlich abbrechen, denn dabei würde Viviane Fischers immer dubioser erscheinende Rolle hell

beleuchtet werden.
Und es wird z.B. klar werden, warum ihre Konten - anders als alle anderen Bankkonten - für den Corona-Ausschuß nie gekündigt wurden, und warum die Ermittlung gegen sie wegen Untreue mit offensichtlich völlig falscher Begründung eingestellt wurden. Anders als ich hätte sie das Darlehen niemals aus eigenem Vermögen oder Liquidität zurückführen können.
Denn anders als ich verfügte sie über gar kein Vermögen und mußte sich, wie oben dargelegt, den Darlehens-Betrag im Wege von Straftaten beschaffen und den Staatsanwalt davon überzeugen, daß ja ihr Ehemann ihr jederzeit mit seinem Vermögen aushelfen würde. Genau deshalb wurde das Verfahren gegen sie eingestellt.
Natürlich hätte auch meine Frau das getan, falls es überhaupt erforderlich gewesen wäre. Allerdings, ich hatte ja Vermögen, ich hatte eine Immobilie, die ich für 1,3 Millionen Euro verkauft habe. Das hätte locker gereicht. Wer Details hierzu wissen will, kann diese nachlesen in meiner Stellungnahme für das Gericht vom 8.5.24. Die wird gerade verschriftlicht.
Dort sehen Sie dann auch, daß meine Entführung aus Mexiko - ganz allein schon diese Entführung aus Mexiko - dazu führte, daß die diese Entführung veranlassende deutsche Justiz keinerlei Zuständigkeit mehr für ein Verfahren gegen mich hat. Sondern die deutsche Justiz muß mich allein wegen dieser Entführung sofort freilassen und auf Staatskosten zurück nach Mexiko bringen.
Außerdem habe ich weitergehende Schadensersatzansprüche. Das schreibt nicht nur einer der angesehensten deutschen Rechtsprofessoren zu der bislang weitgehend unbekannten deutschen Entführungspraxis, sondern dies sagt schon der gesunde Menschenverstand. Man muß dafür nicht Jura studieren. Das sagt aber auch das Naturrecht, welches z.B. für die Nürnberger Prozesse angewendet wurde.
Das sagt aber auch eine Entscheidung des Common Law Court in Great Britain & International 1, das am 20.1.24 schon feststellte, daß deutsche Gerichte wegen meiner Entführung - mehr brauchten die nicht zu prüfen, außer daß es hier eine Entführung gab - keinerlei Zuständigkeit mehr für mich haben, vielmehr der deutsche Justizminister und der verantwortliche Staatsanwalt wegen der Entführung jeweils persönlich 99.000 Pfund an mich zahlen müssen und wegen der Freiheitsentziehung, berechnet bis zum 20.1.24, noch mal jeweils 25.000 Pfund an mich zu bezahlen haben - persönlich.
Ja, was sagt uns mein Fall, und was sagt uns die gleichzeitig immer stärker werdende Kriegstreiberei hier in Deutschland? Was sagt uns die Tatsache, daß angesehene und bislang erfolgreiche Unternehmen wie Stihl, Bosch, Miele und so weiter das Land verlassen und jetzt auch an den Schulen für Krieg geworben wird? Was sagt uns die Tatsache, daß diese Kriegswirtschaft, jedenfalls in Deutschland, an die Stelle der Realwirtschaft und an die Stelle der längst zusammengebrochenen, ausschließlich auf Betrug basierenden sogenannten Finanzindustrie treten soll?
Nun, das heißt, sie stehen mit dem Rücken zur Wand. Es ist Zeit. Es ist Zeit, denn die andere Seite des Zauns implodiert gerade.
Wir sind bereit."<<
Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/29113" berichtet am 21. Mai 2024 (x1.366/…): >>**ORF - wo bleibt die objektive Berichterstattung in Zeiten wie diesen?**
Außer einem kurzen, sehr fragwürdigen Beitrag wurde in der ZIB 2-Sendung des ORF bislang nicht mehr über die freigeklagten RKI-Protokolle berichtet. Aufgrund dessen gab es am 7. Mai in Linz eine Pressekonferenz von WIR EMUs, die bei der KommAustria Beschwerde gegen diese ORF Berichterstattung eingereicht haben. In dieser Pressekonferenz ging es aber um weit mehr als die Haltung des ORF zu den RKI-Protokollen. Sehen Sie die wichtigsten Ausschnitte und machen Sie sich, verehrte Zuseher, selbst ein Bild, ob Sie auch weiterhin den

öffentlich-rechtlichen Rundfunk unterstützen können. …
Kla.TV-Gründer Ivo Sasek zeigte in seiner jüngsten Sendung 40 Gründe auf, warum er die Strafe, also die Zwangsmedien-Abgabe in der Schweiz nicht bezahlt. Hochrangige Experten stuften die Berichterstattung der Zwangsmedien in den D-A-CH Ländern als kriminell und äußerst Volkswohl gefährdend ein.
Dabei kommt ein zweischneidiges Schwert zum Vorschein:
Die offensichtliche Seite ist, daß Zahlungsverweigerer in strafrechtliche Bedrängnis kommen.
Jedoch die verdeckte Seite enthält, daß es Menschen gesetzlich verboten ist, sich finanziell an kriminellen Machenschaften zu beteiligen.
In Österreich ersetzt seit 2024 die neue ORF-Haushaltsabgabe die bisherige GIS-Gebühr und wird von der ORF-Beitrags Service GmbH (OBS) eingehoben.
Wie Kla.TV in den Dokus Die Akte ORF - Korruption und Verflechtung im großen Stil und Die Akte ORF - Versteckte Einflußnahme bereits aufdeckte, gibt es bezüglich der ORF-Zwangsabgabe ebenfalls Anlaß, die Gebühr nicht zu bezahlen, um sich nicht mitschuldig an der Finanzierung einer "kriminellen Vereinigung" zu machen:
- Top-Gagen des ORF sorgen für Empörung in der Bevölkerung
- Abhängigkeit von Konzernen untergräbt die Unabhängigkeit des ORF
- Politische Verflechtung im großen Stil unterhöhlt Kontrollfunktion
- Manipulierte Berichterstattung zugunsten der Politik: Rücktritt von ORF2-Chefredakteur und ORF-Landesdirektor
Nun stellte sogar der Österreichische Verfassungsgerichtshof im Oktober 2023 fest, daß der ORF aufgrund der unerlaubten politischen Besetzung der Gremien verfassungswidrig arbeitet.
Außerdem wurde der ORF im Oktober 2023 live beim Zensieren erwischt. Der bekannte Skirennläufer Benni Raich erhielt während eines Interviews zur Klimathematik die ORF-Regieanweisung, nichts mehr zu sagen.
Trotz aller Aufdeckungsarbeit, trotz des laufenden Bekanntwerdens der als Verschwörungstheorie dargestellten Skandale, ist der ORF nicht willig, seine Berichterstattung auf WAHR zu regulieren. Fehlt den Verantwortlichen der Mut, ihre Fehler zu bekennen und Konsequenzen daraus zu ziehen oder gibt es noch andere Gründe für dieses Verhalten?
Die jüngste Berichterstattung des ORF zum RKI-Skandal liefert einen weiteren Grund, die Haushaltsabgabe einzubehalten.
Die vom deutschen Onlinemagazin "Multipolar" freigeklagten RKI-Protokolle haben in der Bevölkerung für große Empörung gesorgt.
Nun sahen sich deutsche Medien gezwungen, darüber zu berichten. Auch der ORF berichtete schließlich mit zeitlicher Verzögerung - jedoch: Wie der ZIB 2-Beitrag vom 25. März gestaltet und vor allem, wie er von Armin Wolf anmoderiert wurde, war tendenziös, manipulativ und keineswegs objektiv. Doch sehen Sie selbst.
Armin Wolf: "Und damit nach Deutschland, wo bisher geheime Protokolle aus den ersten Monaten der Pandemie für Aufregung sorgen. Es geht um Mitschriften aus dem RKI, dem Robert Koch-Institut, das die deutsche Regierung führend beraten hat. Ein rechtes Online-Magazin hat gerichtlich die Veröffentlichung dieser Protokolle erzwungen und Maßnahmengegner von damals fühlen sich jetzt bestätigt; wegen kritischer Anmerkungen über den Nutzen von FFP2 Masken etwa oder über Lockdowns. Auf sozialen Medien jubeln sogenannte Querdenker - aber zu Unrecht, sagen das RKI und die deutsche Regierung. Man dürfe die Zitate nicht aus dem Kontext reißen."
Außer diesem dreieinhalb Minuten Beitrag in der ZIB 2 wurde nicht mehr im ORF über die RKI-Protokolle berichtet. Aufgrund dieser ORF-Berichterstattung gab es am 7. Mai in Linz eine Pressekonferenz von WIR EMUs. EMU steht für echt, mutig und unbeirrt. Der Verein zur Förderung von Gesellschaft und Wohlbefinden ist ein Netzwerk aus überparteilich organi-

sierten Menschen, mit gegenseitiger Unterstützung und Hilfestellung. Die EMUs reichten bei der KommAustria Beschwerde ein gegen die ORF-Berichterstattung zu den RKI-Protokollen.
Verehrte Zuseher, es ging in dieser Pressekonferenz um weit mehr als die Haltung des ORF zu den RKI-Protokollen. Die Sprecher zeigten auf, daß ein öffentlicher Diskurs oder eine neutrale Berichterstattung zur Corona-Thematik nach wie vor vom ORF unterbunden wird. Sie beklagten, daß es Diskussionen auf sachlicher Ebene mit Medienvertretern und den Regierungsvertretern bis heute nicht gibt.
Sehen Sie nun Ausschnitte aus dieser wissenswerten Konferenz.
Wir beginnen mit Sabine Spögler-Dinse. Sie arbeitete viele Jahre für die ORF-Seitenblicke. Wegen der 2G-Regelung durfte sie das Unternehmen aber ab Herbst 2021 nicht mehr betreten und verlor nach 25 Jahren den Job. Hören Sie nun, wie manipulativ das damals im ORF mit den Maßnahmen im eigenen Haus gelaufen ist.
Bis Herbst 2021 durfte ich arbeiten, war ich geduldet. Dann, als der ORF de facto eine Impfpflicht für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingeführt hat, mußte ich gehen. Es war aber auch bis zu diesem Zeitpunkt schon so, daß die Maßnahmen bei Dreharbeiten, bei Moderationen einfach, wie sagen wir es, nicht durchgängig sinnstiftend, und Vernunft triefend waren.
Wir haben hier ein Symbolbild, das können Sie sehen, wie vielleicht die Arbeitsbedingungen waren. Wir mußten mit zwei Meter langen Angeln Interviews führen, durften aber hinterher für Fotos nebeneinanderstehen. Das Wichtigste war ohnehin immer, daß der Zuschauer der Meinung war, alle Maßnahmen seien hoch sinnvoll und würden von allen überall befolgt. So war es natürlich nicht. Im Hintergrund war alles immer anders. Man stand zusammen, aber vor der Kamera hat man die zwei Meter Angel ausgefahren. Es durfte auch im Hintergrund niemand ohne Maske durchlaufen, wurde sofort rausgeschnitten. Es sollte die Illusion hergestellt werden, daß alle alles machen, was die Regierung vorgeschrieben hat.
Stichwort Maske: Man sieht, die Interviewerin mußte eine Maske tragen, die interviewte Person nicht. Es war alles rein willkürlich. Kamen die Anweisungen: heute alle Maske, morgen dann nur mehr die Interviewer, dann wieder mal im Freien auch Maske, dann wieder nicht. Also es war, sagen wir mal so, nicht wirklich sinnvoll. Und es war aber auch so, wenn man das hinterfragt hat, daß man ziemlich von Anfang an ein bißchen suspekt war und relativ schnell dann als Querdenker gegolten hat.
Und manche, Stichwort Querdenker, hängen diesem Narrativ heute noch nach. Daß alle, die kritische Fragen stellen, die ein bißchen hinter die Fassade blicken wollen, Querdenker sind. Und genau deswegen sind wir heute da, deswegen sitzen wir hier.
Hören Sie nun Bernhard Costa, den Sprecher der EMUs. Er spricht aus dem Herzen vieler Gruppierungen, Initiativen und Unternehmen: Und ich spreche vermutlich auch für hunderttausende weitere nicht ganz zufriedene Zwangsgebührenzahler und ORF-Konsumenten. Also es steckt da richtige Power hinter dieser Beschwerde.
Der Journalist Paul Schreyer hat in einem langwierigen und auch teuren Rechtsstreit durchgesetzt, daß das RKI die Protokolle veröffentlichen muß. Und einer noch, der Peter Hahne, ein ZDF-Urgestein, der hat gesagt, die RKI-Files zeigen, sämtliche Verschwörungstheorien sind reinste Realität. Also da ist was passiert. Dieser Wind, der in Deutschland durch die Medienlandschaft gegangen ist, der hat vor den Toren des ORF haltgemacht.
Erlauben Sie mir bitte als ganz einfacher Mensch, als Gebührenzahler, als dreifacher besorgter Vater, ein paar allgemeine Worte in dem Bereich. Und ich sage es immer wieder und das meine ich ehrlich: Ich bin der Meinung, gerade in schwierigen Zeiten, wir bräuchten einen starken, unabhängigen ORF und ich würde auch gerne Gebühren dafür zahlen. Das wäre es mir wert. Aber dieser ORF im Moment, nicht im Moment, es dauert jetzt mittlerweile vier Jahre, der steht der Aufarbeitung im Weg.
Und ich sage das jetzt mit klaren Worten, das ist aus meiner Sicht eine Gefahr, eine wirkliche

Gefahr für unsere Gesellschaft durch latente, einseitige Berichterstattung. Und er zeigt es auch jetzt wieder, er spielt eine total unrühmliche Rolle bei der Vertuschung des mutmaßlich größten medizinisch-politischen Skandals in der Geschichte der Menschheit.
Ich denke, die Fakten, die derzeit am Tisch liegen, die zeigen das klar auf. Weil der ORF eben nicht für Aufarbeitung steht, das wurde klar in den letzten Tagen und Wochen, versuche ich, im Rahmen meiner emotionalen und aus der Zivilgesellschaft-Möglichkeiten, einen Beitrag für Aufarbeitung zu leisten. Und ich persönlich bin überzeugt, Aufarbeitung kann erst beginnen, wenn die breite Bevölkerung wirklich versteht, was hier passiert ist und noch immer passiert.
Und aus diesem Grund gibt es jetzt weniger Worte, sondern ich lasse jetzt selbsterklärende Bilder sprechen. Ich mache das jetzt im Telegram-Stil, im Schnelldurchlauf. Aber es sind Bilder aus Systemmedien, denn Systemmedien vertraut man. Und es hat begonnen Mitte 2021 bei der Fußball-EM, wo damals nur die Fußball-Anhänger, aber trotzdem das erste Mal Berührung mit einem neuen Ereignis gemacht haben. Nämlich, daß man etwas im Fernsehen ansieht und plötzlich kippt ein Sportler um. Und es ist aber Einzelfall.
Und das zieht sich bis heute ins Jahr 2024, wo vor wenigen Tagen plötzlich der schnellste Marathonläufer der Schweiz umkippt, Herzinfarkt, tot. Aber es wird uns glücklicherweise immer transportiert, solche Ereignisse sind zum Glück selten und Einzelfälle. Und die Frage ist: Sind es wirklich Einzelfälle? Also ich habe eine klare Antwort drauf, aber vielleicht ist das nur meine verzerrte Wahrnehmung.
Ich lade Sie ein, die Wahrnehmung mit mir zu teilen und ich möchte Sie jetzt nicht langweilen. Ich habe in meiner Recherche, ich hätte ca. 180 Bilder aus den letzten drei Jahren, ich beschränke mich nur auf die letzten paar Wochen (!):
16. Jänner, 43 Jahre, plötzlich verstorben, unerwartet. 22. Jänner, 23 Jahre, Leichtathletin stirbt; 26. Jänner, Stabhochsprung-Weltmeister, 29 Jahre, plötzlich und unerwartet. 29. Jänner, Panamas Rekord-Torjäger mit 41, völlig überraschend gestorben, Herzinfarkt. Und so weiter.
Ich sage das Datum jetzt nicht immer dazu. Es geht fast im Tagesrhythmus, Herzstillstand mit 39 Jahren, plötzlich und unerwartet. Schockdiagnose, Nationalspieler mit 28 kämpft um sein Leben. Eine Stunde kein Herzschlag, ägyptischer Kicker in Lebensgefahr. Argentinien-Profi bricht im Spiel zusammen, Blutgerinnsel. Ex-Teamspieler mit 44 verstorben, Folgen von Herzinfarkt. Arsenal-Star bricht auf dem Platz zusammen, das ist ein Foto auch vom Frauenfußball, auch dort ist dieses einzigartige Ereignis angekommen.
Noch am selben Tag, am 1. April, die zweite Schlagzeile mit 24 Jahren, Schlaganfall einer Nationalspielerin. In der Steiermark, Kicker mit 24 stirbt plötzlich und unerwartet. Spielabbruch in Italien, Roma-Star bricht auf dem Rasen zusammen. Mit 26 Jahren, Fußballer stirbt nach Torschuß an Herzstillstand. 43-jährige ehemalige Boxweltmeisterin überraschend verstorben. Argentiniens Ex-Stürmer in Klinik eingeliefert mit Schmerzen in der Brust.
Kürzlich in der deutschen, ich glaube Regionalliga, ein Torwart während des Spiels zusammengebrochen und später im Krankenhaus verstorben. 29-Jährige hatte Herzinfarkt, wurde vom Kardiologen eine Folge der mRNA-Impfung diagnostiziert. Und die letzten Tage hat es noch ein paar gegeben, aber ich habe dann beendet. Am 2. Mai, Cricket-Jungstar stirbt gerade mal mit 20 Jahren.
Wenn die Menschen endlich die Punkte zusammenführen und erkennen: Nein, es ist kein Einzelfall, der nur bei Fußball oder nur bei Sportlern passiert. Das sind nur die Dinge, die aufploppen in den Mainstream-Medien. Unter der Oberfläche passiert das zu Tausenden, Zehntausenden. Ich will gar nicht die Dunkelziffer, ich will es gar nicht in den Mund nehmen. Man kann nur Schreckliches erahnen und das kann man nicht heute erst, sondern das haben wir schon lange erahnen können. Wir hören es doch ständig: "Man konnte es ja nicht besser wis-

sen." Doch, doch, doch! Und die seriösen Mediziner und auch seriöse Journalisten haben es gewußt und haben immer darauf hingewiesen.
Was ich Ihnen hinter mir kurz einblende, das ist eine Strafanzeige, die unser mutiger Anwalt Dr. Wolfgang Schmidauer für uns EMUs eingebracht hat. Das ist aus dem Februar 2022. Diese Strafanzeige richtet sich gegen Gesundheitsminister Mückstein und das gesamte Impfgremium.
Ich möchte Ihnen jetzt die gesamten Details ersparen. Aber ein Schwerpunkt dieser Strafanzeige war das Thema Myokarditis, Thrombosen, die Gefahrenhinweise, vor allem auf den plötzlichen Herztod. Und das war untermauert mit Unterlagen vom Paul-Ehrlich-Institut. Also nicht irgendeiner Schwurblerquelle, sondern von einer regierungsberatenden Stelle. Man hat diese Strafanzeige vermutlich nicht so ernst genommen, sonst wäre was rausgekommen. Aber nur, falls jemand sagt, das konnte man ja nicht wissen.
Wir haben Geld in die Hand genommen, haben eine APA-OTS-Aussendung gemacht und diese APA-Aussendung war acht Tage lang die meistgelesene Schlagzeile Österreichs. Also offensichtlich haben es viele Menschen gelesen, offensichtlich aber kein Journalist von Mainstream-Medien, vor allem auch nicht vom ORF. Denn man hat niemals darüber berichtet.
Was man aber beim ORF schon gemacht hat: Man hat zehn Monate später, noch immer, unverhohlen Fake News verbreitet. Man hat eine Sendung damals über Impfnebenwirkung gestaltet, hat versucht, es zu verharmlosen. Und hat Myokarditis und Thrombosen als harmlose Symptome, die gut behandelt werden können, dargestellt. Das ist eine Verniedlichung der Tatsachen. Und das ist, ich wiederhole meine Worte, das ist eine Gefahr für unsere Gesellschaft durch falsche oder einseitige Berichterstattung. Denn durch diese Verniedlichung dieser Risiken wurden Menschen weiterhin in die Nadel getrieben.
Und da fangen wir mal an mit dem Günther Mayr. Der Günther Mayr ist Leiter der Wissenschaftsredaktion beim ORF. Er gibt, so wurde mir von mehreren Quellen gesagt, im Prinzip das Narrativ, die Religion vor, die die Moderatoren auch von sich geben.
Menschen wie er haben die letzten vier Jahre bestimmt, daß weltweit anerkannte Mediziner, wie zum Beispiel Andreas Sönnichsen - er hat sie diffamiert und hat eine neue Art von Medizin bestimmt. Es ist schon mal grundsätzlich zu hinterfragen, aber ich möchte es mit einem Beispiel bringen, warum dieser Mensch am laufenden Band gefährliche Fake News von sich gegeben hat. Gefährliche Fake News! Und ich möchte das Beispiel AstraZeneca hernehmen, das gerade wieder aktuell in aller Munde ist.
Machen Sie mit mir kurz einen Blick zurück ins Jahr 2021. Am 15. März tritt der deutsche Gesundheitsminister Spahn vor die Medien - Der Druck wurde so groß, es gab meines Wissens ca. 15 Todesfälle zu dem Zeitpunkt - und er hat gesagt: Wir nehmen AstraZeneca vom Markt und verimpfen das nicht mehr in unsere Bevölkerung, es ist nicht mehr verantwortbar. Fünf Tage später, am 20. März, verstirbt auch in Österreich eine Krankenschwester, offensichtlich nachweislich infolge der AstraZeneca-Impfung.
Und einen Tag später, am 21. März geht der Chef, der Leiter der Wissenschaftsredaktion, von früh bis spät in jede ORF-Sendung und erzählt, ich zitiere: "AstraZeneca ist sehr, sehr sicher. Die Wahrscheinlichkeit, mit dem Virus eine Thrombose auszufassen, ist ungleich höher als mit der Impfung."
Ich habe mich gefragt, in wessen Interesse spricht er? Glaubt er das, was er da sagt? Ist es verantwortungsvoll? Ist er im Dienste der Wissenschaft? Ist er im Dienste der Pharma-Lobby? Ist er im Dienste der Regierung, die noch ein paar Millionen Dosen hat, die verimpft gehören? Ich weiß es nicht. Es ist nicht meine Aufgabe, das zu hinterfragen. Ich weiß nur, es ist verantwortungslos, mit diesen Fakten, die damals schon am Tisch gelegen sind, solche Aussagen zu machen. Und heute, jetzt spätestens nach RKI-Protokollen, wissen wir, daß das und viele, viele andere Dinge, die dieser Mann von sich gegeben hat, egal ob es um Tests, um Masken, um

Lockdowns gegangen ist - lauter Fake News. Er ist mit allem danebengelegen, was es gegeben hat. Und normalerweise in einer Privatwirtschaft, würde man sagen, gehört es zu einer Kultur, in Japan zumindest, sich zu entschuldigen für Fehlleistung oder den Job zu verlieren, mindestens.
Glauben Sie, daß es im Interesse von Günther Mayr und seiner Jünger beim ORF, wenn ich das jetzt einmal so sagen darf, daß es im Interesse derer liegt, die RKI-Protokolle seriös aufzuarbeiten? Also meine Antwort darauf ist eindeutig: Nein, weil, das würde das eigene Versagen aufdecken. Man würde sich den eigenen Ast absägen. Und deswegen liegt es an uns, von außen die Aufarbeitung zu beginnen und den Druck aus der zivilen Ebene sozusagen zu forcieren. Und ich bedanke mich bei allen verbliebenen Medien, die ihrer journalistischen Sorgfaltspflicht nachkommen und uns dabei helfen, dieses Thema rund um den ORF sozusagen voranzutreiben.
Der Rechtsanwalt Alexander Todor-Kostic hat die ORF-Beschwerde bei der KommAustria verfaßt. Er war von Beginn der Corona-Maßnahmen an sehr kritisch, aber auch sehr unterstützend, vor allem den Menschen gegenüber, denen in dieser Zeit Unrecht widerfahren ist. Auch er wurde als Coronaleugner, Schwurbler und Rechtsradikaler bezeichnet.
Ich fühle mich gegenüber solchen Kampfbegriffen erhaben. Ich hätte mich jederzeit Diskussionen auf sachlicher Ebene den Medienvertretern und den Regierungsvertretern gestellt, dazu ist es aber nicht gekommen, weil solche Diskussionen wurden bekanntlich unterbunden.
Das ging dann sogar so weit, daß wir im Jahr 2020, als wir uns über die Plattform Rechtsanwälte für Grundrechte versammelt haben und dann auch mit Ärzten kurzgeschlossen haben, wie mit Andreas Sönnichsen, Martin Haditsch und anderen durchaus verdienstvollen Persönlichkeiten, daß wir gar nicht mehr die Möglichkeit hatten, unsere Meinung über die Medien zu transportieren. Das war ausgeschaltet.
Es gab eine Einheitsmeinung, es gab gleichgeschaltete Medien, mit Ausnahme der dann immer stärker gewordenen Alternativmedien, die wirklich dann eingesprungen sind für das, was eigentlich die Leitmedien, wie man sagt, bringen müßten. Und das war für mich eigentlich der Tiefpunkt der Demokratie, weil ein demokratischer Rechtsstaat lebt, wie wir alle wissen, vom Diskurs und von der freien Meinungsäußerung. Und der weitere Tiefpunkt war dann, daß wir ein Inserat (!) schalten mußten im Jahr 2021, damit wir unsere Thesen und unsere Kritik und unsere Skepsis an den damaligen Maßnahmen, an der Corona-Maßnahmenpolitik der Bundesregierung überhaupt unter die Leute bringen durften.
Wir haben Geld in die Hand genommen - es hat damals auch Sponsoren gegeben, die haben das unterstützt - und wir haben über den außerparlamentarischen Corona-Untersuchungsausschuß ein Inserat geschaltet, das in mehreren Medien gebracht wurde. Verschiedene haben es abgelehnt. Die haben gegen Geld auch abgelehnt, ein Inserat zu drucken. Also das war dann schon sehr nahe einer - das sind totalitäre Züge, muß ich wirklich sagen.
Das war dann so, wir haben dieses Inserat geschaltet und reflexartig ist von diesen Einheitsmedien dann, und zwar von sehr prominenten Journalisten - ich kann da jetzt den Namen Armin Wolf, auf den wir ja noch zurückkommen werden, nennen und Florian Klenk - sind wir also nicht mit der Aufforderung, uns auseinanderzusetzen zu diesen Themen konfrontiert worden, sondern als Corona-Leugner. O-Ton Armin Wolf und Fake-News-Verbreiter O-Ton Florian Klenk. Was haben wir in diesem Inserat behauptet? Wir haben behauptet oder wir haben in Frage gestellt, ob die Maskenpflicht in der Art, wie sie angeordnet wurde, nicht mehr schadet als nützt.
Wir haben die PCR-Tests angezweifelt und wir haben uns gegen eine Zwangsimpfung, die damals noch massiv dementiert wurde, gewandt und wir haben vor den Kollateralschäden gewarnt, die glaube ich nach der letzten Statistik derzeit so von 700 Milliarden aufwärts gehandelt werden, wenn man alles zusammenrechnet, geschrieben.

Das war unser Verbrechen, das war der Sündenfall, daß man uns sozusagen als Corona-Leugner beschimpft hat. Dagegen haben wir uns dann gewehrt in einer Gruppe von Ärzten und Juristen und haben eine Klage, eine Unterlassungsklage sowohl gegen Armin Wolf als auch gegen Florian Klenk eingebracht und die haben wir oberstgerichtlich in beiden Fällen verloren. Das war der Tiefpunkt für mich als Jurist, als Rechtsanwalt, als Grundrechtler in einer Republik, in einer Demokratie.
Ich habe also zur Kenntnis genommen, daß wir alle den Mund halten sollen, daß wir uns keine Sorgen machen dürfen, sondern daß wir uns wohlbehütet in die Hände der Republik Österreich, des Staates geben dürfen, der uns also mit seiner Staatsgewalt jeden Tag sagt, was wir zu denken und zu tun haben. Das war sozusagen die Einleitung. Die Pikanterie an der ganzen Sache ist, daß wir es heute bei den RKI-Files, die verdienstvoll vom Online-Magazin Polar herausgeklagt wurden, wieder mit Armin Wolf zu tun haben.
Wieder ist Armin Wolf der Drahtzieher, der jetzt sozusagen als der, der uns ja damals beschimpft hat wegen Tatsachen, die möglicherweise genau so waren, wie wir sie kritisiert haben, wieder vor den Vorhang tritt und weiter noch von Maßnahmengegnern, von Querdenkern, von Leuten, die jetzt jubeln, weil sie vielleicht irgendwo einen Erfolg gefunden haben, spricht, ohne sich auch nur mit dem Ansatz eines journalistischen Zugangs diesem Thema zu widmen. Und das hat mich natürlich sofort auf den Plan gerufen, wo ich gedacht habe, das können wir jetzt wieder nicht so stehen lassen.
Das wäre jetzt wirklich ein guter Anlaß, es wieder zu probieren. Weil jetzt geht es nicht um irgendeine Lappalie oder um irgendein Nebendetail, um einen Vorwurf gegen den ORF, daß er irgendwo das Objektivitätsgebot verletzt hat - sondern jetzt geht es darum, ob der öffentlich-rechtliche Rundfunk in der Lage ist, einen derartigen Skandal aufzuklären, ob er die eigene Kraft hat, ob er auch die Selbstreinigungskraft hat, hier aufzutreten. Oder ob wir es ohnehin mit einem ORF zu tun haben, der weiterhin am politischen Narrativ drauf bleibt, wie dieser letzte Beitrag am 25. 03. in der ZIB 2 gezeigt hat.
Und man muß ehrlich sagen, wenn man sich das anschaut, dann muß man die Meinung vertreten, daß sich nichts geändert hat. Und ich glaube aber, daß der ORF aus gutem Grund so handelt, wie er jetzt handelt, weil er ja selbst in einer Rechtfertigungspflicht wäre. Sie müssen sich ja vorstellen, die Regierung mit dem ORF hat uns ja damals in diese Situation gezwungen.
Es ging bei dieser Geschichte Corona niemals um Gesundheitsschutz. Um den ging es nicht. Es ging um die Herstellung einer Kontrolle und der Einschränkung der Bevölkerung, um sie letztlich größtmöglich in diese Covid-19-Injektion zu zwingen. Das war also das Ziel.
Verehrte Zuseher, es lohnt sich, Alexander Todor-Kostic's weitere Ausführungen über die Verfehlungen von ORF-Moderator Armin Wolf im Pressekonferenz-Video anzuhören. Seine Kritik am ORF betrifft auch andere beteiligte Personen:
Was ist mit den Landesdirektoren, die mit den ganzen Landeshauptleuten kooperieren, die sie sich vorher ausgesucht haben? Was ist mit den anderen Redaktions-Verantwortlichen, die für diese Berichterstattung verantwortlich sind, die wir da hatten, wo es dann zu dieser Einheitsmeinung gekommen ist? Der ORF ist Kontrollinstanz und er ist das nicht einmal im Ansatz. Er ist der Erfüllungsgehilfe, nicht nur der Bundesregierung, sondern der Pharmaindustrie. Und das ist abzustellen.
Wir haben das Recht, wenn wir schon durch Zwangsbeiträge ORF-Beiträge zu zahlen haben, daß wir auch hier dann tatsächlich objektive Berichterstattung bekommen. Nur davon ist der ORF so weit entfernt, daß man das also in den nächsten Jahren gar nicht erwarten kann. Ich bin ja auch auf einer Plattform vertreten, wo wir also hier die Bevölkerung unterstützen gegen den ORF-Beitrag. Und ich kann nur sagen: Solange der ORF nicht redaktionell und strukturell total reformiert wird, wird er seinem öffentlich-rechtlichen Auftrag nicht nachkommen kön-

nen. Und da müssen auch Köpfe rollen. Da muß einfach einmal grundlegend sich etwas ändern. Also mit Kosmetik kann das nicht mehr erzielt werden.
Der Autor, Wissenschaftler und Mediziner Dr. Andreas Sönnichsen kritisierte die Maßnahmen von der ersten Stunde an, später auch die Impfung und den Umgang mit den Menschen.
Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist wirklich schon sehr erstaunlich, was jetzt durch die RKI-Protokolle alles ans Tageslicht gekommen ist. Ich erinnere mich an den 20. März 2020. Der Lockdown war gerade vier Tage alt in Österreich.
In Deutschland war er beschlossen, aber noch nicht umgesetzt. Da haben wir vom deutschen Netzwerk Evidenzbasierte Medizin unter meiner Federführung die erste Stellungnahme herausgegeben. Veröffentlicht mit der Überschrift: Wo ist die Evidenz? Und genau diese Fragen wurden eigentlich im RKI selbst auch gestellt. Und das finde ich schon sehr erstaunlich. Ich muß sozusagen ein bißchen widersprechen, weil das RKI hat tatsächlich - also Lauterbach hat vollkommen recht - das RKI hat zumindest in den unteren Abteilungen hervorragende wissenschaftliche Arbeit geleistet. Die haben nämlich alles richtig gemacht, nur der Fisch stinkt ja bekanntlich vom Kopf her.
Es wurde sozusagen von der RKI-Führung und dem politischen Establishment, das das RKI sozusagen bevormundet, ignoriert, beziehungsweise genau das Gegenteil von dem gemacht, was eigentlich die unteren Abteilungen im RKI gesagt haben.
Markus Haintz ist Rechtsanwalt und ein tatkräftiger Kritiker der Corona-Maßnahmen von Anfang an. Er ist seit geraumer Zeit auch journalistisch tätig und betreibt erfolgreich sein Onlineportal Haintz.Media:
Zunächst einmal muß ich dem Alexander Recht geben. Das RKI an sich macht grundsätzlich eine gute Arbeit. Die Frage ist, wie das politisch umgesetzt wird. Also die meisten Zahlen, Daten, Fakten am RKI sind erst mal korrekt. Nur der politische Einfluß ist das Problem, weil das RKI ist eine oberste Bundesbehörde. Und wenn dann im ORF gesagt wird, das RKI und das Bundesgesundheitsministerium sagen, das ist dasselbe - das Bundesgesundheitsministerium, der Bundesgesundheitsminister kann dem RKI Weisungen erteilen.
Deswegen spricht die Bundesregierung oder hat gesprochen durch das RKI letztlich. Das ist mal ganz wichtig zu bemerken. Und warum hier kein Interesse daran ist, das aufzuklären, ist ganz klar: Weil alle mitgemacht haben - und zwar in den Medien, in der Politik, in der Justiz, in der Wirtschaft. Es haben so viele bei dieser Corona-Maßnahmenkrise, die fälschlicherweise als Corona-Pandemie bezeichnet wird, mitgemacht, daß es unheimlich schwer ist, hier eine Aufklärung zu erwarten.
Da muß man überlegen: Wie geht man das Ganze an? Zunächst mal, das habe ich auch schon öfters mal deutlich gesagt, wir dürfen die Aufklärung nicht den Verantwortlichen überlassen. Wir dürfen sie vor allem nicht den Tätern überlassen. Und viele von diesen Tätern sind nach wie vor im Amt.
Und auch bei der Justiz ist es so, sie haben alle mitgespielt und sie werden beim nächsten Mal wieder mitspielen, wenn die freien Medien und die Zivilgesellschaft nicht laut genug ist und den Mund endlich aufmacht. Weil das vermisse ich nach wie vor. Es reicht nicht, daß viele sagen: Ja, ich sehe das vielleicht auch so, aber ich traue mich nicht, den Mund aufzumachen. Ich habe das bei meinen Anwaltskollegen in letzter Zeit wieder mitgekriegt.
Da sagen ganz viele: Ja, ich finde es toll, was einige machen, was ich mache. Wir stehen alle hinter euch. Aber das bringt nichts. Wir müssen neben einem stehen. Es ist wirklich ein ganz großes Problem, daß nach wie vor viel zu wenige den Mund aufmachen. Und das müssen wir für die Zukunft auch einfach lernen. Und natürlich ist es dafür auch wichtig, die freien Medien zu unterstützen, weil sie letztlich das Sprachrohr sind.
Es ist wichtig, daß man hier auch in den Altmedien, in den etablierten Medien, auch im öffentlich-rechtlichen Rundfunk wirklich mal wieder den Leuten klar macht, mit denen wir ar-

beiten: Ihr sollt berichten, ihr sollt Menschen nicht umerziehen. Es ist nicht eure Aufgabe, Politik zu machen. Es ist eure Aufgabe, die Menschen zu informieren und denen die Möglichkeit geben, sich ihre eigene Meinung zu bilden. Das ist Aufgabe der Medien. Nicht irgendein Helfer der Politik zu sein und irgendwelche Dinge durchzusetzen, nur weil es politisch gerade erwünscht ist.
Wir brauchen in einer Demokratie eine Transparenz. Wenn der Staat uns unsere Rechte wegnehmen möchte, der uns vertritt, dann muß er das begründen. Dann möchte ich das transparent begründet haben und dann kann das nicht in irgendwelchen Kämmerchen passieren, dann kann das nicht mit geschwärzten Protokollen passieren, dann muß das in einer öffentlichen Debatte passieren. Und dafür brauchen wir Medien, dafür brauchen wir die etablierten Medien, dafür brauchen wir auch die freien Medien dazu.
Verehrte Zuseher, wie zu erwarten war, wurde diese WIR EMUs Pressekonferenz vom ORF und anderen Mainstream-Medien völlig ignoriert. Dem Privatsender Servus TV war sie zumindest eine Kurzmeldung wert. Die neuen Medien wie AUF1, RTV und Info-DIREKT nahmen ihren Informationsauftrag jedoch wahr. Sie berichteten zeitnah und angemessen darüber, wie jetzt auch Kla.TV.
Den Zugang zur Pressekonferenz in Gesamtlänge finden Sie unterhalb dieser Sendung.
Um nun zum Schluß wieder an den Anfang zu kommen - das dort aufgezeigte zweischneidige Schwert steht nach wie vor im Raum. Dieses lautet:
ENTWEDER keine ORF-Zwangsgebühr mehr zu bezahlen - damit könnten Zahlungsverweigerer in strafrechtliche Bedrängnis kommen. ODER die Gebühr weiterhin zu bezahlen - bedeutet, sich strafbar zu machen, denn die finanzielle Beteiligung an kriminellen Machenschaften ist gesetzlich verboten. Wie verfahren Sie mit dem ORF?<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 21. Mai 2024 (x1.368/…):
>>**Mallorca: Gruppenvergewaltiger zu 138 Jahren Haft verurteilt**
In Mallorca wurden vier Männer wegen der Gruppenvergewaltigung einer 15-Jährigen zu insgesamt 138 Jahren Haft verurteilt. Das Urteil könnte wegweisend für das Verfahren gegen vier deutsche Staatsbürger sein, die auf der Insel in U-Haft sitzen.
Von *Redaktion*
Auf der spanischen Urlaubsinsel Mallorca wurden am Mittwoch vier Männer wegen der Vergewaltigung einer 15-jährigen zu Haftstrafen von insgesamt 138 Jahren verurteilt. Das harte Urteil der spanischen Justiz steht im scharfen Kontrast zu ähnlichen Fällen in Deutschland - und läßt erahnen, was den vier deutschen Staatsbürgern, die 2023 eine Urlauberin auf der Insel vergewaltigt haben sollen und seitdem in U-Haft sitzen, blühen könnten.
Der aktuelle Fall
Laut der Mallorca Zeitung ereignete sich die Tat, über die nun geurteilt wurde, im Jahr 2016 - der Prozeß dauerte also ganze acht Jahre, was strafmildernd berücksichtigt wurde. Das 15-jährige Mädchen war damals aus einem Jugendheim weggelaufen und übernachtete in einer besetzten Wohnung in Viertel Nou Llevant. In der Nacht vom 8. Januar trank sie Alkohol und konsumierte mit einem anderen Minderjährigen Marihuana.
Plötzlich sollen die vier Verurteilten - von denen sich einer als Chef der Hausbesetzer ausgegeben habe - hereingekommen sein und das Mädchen zum Sex aufgefordert haben. Die 15-Jährige weigerte sich jedoch. Sie verwies die Männer des Raums und schloß die Tür. Doch die Männer brachen die Tür auf und kamen erneut in den Raum.
Wie die Mallorca Zeitung weiter berichtet, heißt es in der Urteilsbegründung, daß die Präsenz so vieler Männer das Mädchen habe gehörig werden lassen - sie sei sich bewußt gegeben, daß "Widerstand keinen Sinn ergibt". Außerdem sei ihr Urteilsvermögen durch den Konsum der Rauschmittel eingeschränkt gewesen.
Einer der Männer wollte das Kind, was sich seit der Tat in psychologischer Behandlung be-

findet, nach der Gruppenvergewaltigung für 1.000 Euro an einen Zuhälter verkaufen. Das Gericht verurteilte ihn deshalb zu insgesamt 50 Jahren Gefängnis - der höchsten Strafe in dem Verfahren. Die anderen Männer wurden zu 32 Jahren Haft verurteilt, einer zu 24 Jahren. Die Täter müssen dem Opfer laut Gerichtsentscheid außerdem 100.000 Euro Entschädigung zahlen.

Gruppenvergewaltigung aus Sommer 2023

Das Urteil könnte wegweisend für das Verfahren um die vier deutschen Staatsbürger sein, die seit Juli 2023 in Mallorca in Untersuchungshaft sitzen. Die Männer aus Lüdenscheid, die einen sichtbaren Migrationshintergrund besitzen, sollen eine junge Frau aus Hannover in einem Hotelzimmer auf der Urlaubsinsel vergewaltigt haben.

Lediglich ein fünfter Verdächtiger wurde gegen eine Kaution von 10.000 aus der spanischen Haft entlassen und befindet sich wieder in Deutschland. Die anderen Männer müssen sich nach aktuellem Stand einer Verhandlung in Mallorca stellen. Wie der Rechtsanwalt eines Beschuldigten, Nikolai Odebralski, berichtet, haben die deutschen Behörden es abgelehnt einen Antrag auf Übernahme des Verfahrens zu stellen.

Für die Beschuldigten wäre ein Verfahren in Deutschland wesentlich günstiger - Odebralski sagt, daß das spanische Sexualstrafrecht "viel härter" sei als das deutsche. Und genau das sieht man auch an dem aktuell in Mallorca vollstreckten Urteil. So lange Haftstrafen sind in Deutschland rein rechtlich überhaupt nicht möglich - hier sind Freiheitsstrafen von 2 bis 15 Jahren vorgesehen. Teilweise werden sogar nur Bewährungsstrafen ausgesprochen.<<

22.05.2024

BRD: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 22. Mai 2024 (x1.369/…): >>**Krah verläßt AfD-Bundesvorstand - keine Wahlkampfauftritte mehr**

Der Europawahl-Spitzenkandidat der AfD, Maximilian Krah, verläßt den Bundesvorstand seiner Partei. Außerdem wird es von ihm keine weiteren Wahlkampfauftritte mehr vor der Europawahl geben, kündigte der Europa-Parlamentarier am Mittwoch an. "Man kann nie tiefer fallen als in Gottes Hand", sagte er. Er nehme zur Kenntnis, daß "sachliche und differenzierte Aussagen von mir" als "Vorwand mißbraucht" würden, um seiner Partei zu schaden. Das Letzte, was die AfD derzeit brauche, sei eine Debatte um ihn.

Die Partei müsse "ihre Einigkeit" bewahren. "Aus diesem Grunde verzichte ich ab sofort auf weitere Wahlkampfauftritte und trete als Mitglied des Bundesvorstands zurück", so Krah. Der AfD-Spitzenkandidat steht bereits seit Wochen in der Kritik, nachdem ein Mitarbeiter von ihm wegen Spionageverdachts für China festgenommen worden war. Krah selbst war in den vergangenen Jahren ebenfalls immer wieder durch seine China-Nähe aufgefallen. Zuletzt hatte er der italienischen Zeitung "La Repubblica" gesagt, daß nicht jeder SS-Mann ein Verbrecher gewesen sei. Daraufhin kündigte die französische Partei Rassemblement National (RN) die Zusammenarbeit mit der AfD im Europaparlament auf.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 22. Mai 2024 (x1.368/…): >>**12-jähriger Junge vergewaltigt: Afghane verhöhnt vor Gericht Justiz und Opfer**

Es ist der absolute Albtraum für alle Eltern: Ein Junge wird auf einem Weihnachtsmarkt von einem Fremden bedroht, entführt und schließlich in dessen Wohnung vergewaltigt. Der mutmaßliche Täter zeigt keinerlei Reue.

Christopher Martens

Vor dem Landgericht Berlin hat am Dienstag der Prozeß gegen den 24-jährigen Sami G. aus Afghanistan begonnen. Die Staatsanwaltschaft wirft dem Mann vor, einen 12-jährigen Jungen mit einem Messer bedroht und in seine Wohnung gezwungen zu haben. Dort soll er den Schüler vergewaltigt haben.

Laut Anklage sprach der Afghane den Jungen am 21. November 2023 auf einem Weihnachtsmarkt in Berlin-Spandau an. Er bedrohte ihn mit einem Messer und zwang ihn, mit in

seine Wohnung zu kommen. "Das ist ein Messer. Du mußt mitkommen", soll der Sami G. laut der Märkischen Oderzeitung gesagt haben. Der Junge, der die Waffe nicht sah, fühlte sich bedroht und folgte ihm zur Bushaltestelle.
In der Wohnung des Mannes sah der Zwölfjährige zwei Messer liegen. Plötzlich schubste ihn G. aufs Bett. "Du machst alles, was ich will", soll der Täter dem Kind laut Tagesspiegel befohlen haben. Dann soll er den Jungen ausgezogen, mißbraucht und vergewaltigt haben. Auch zu Oralverkehr soll er den Schüler gezwungen haben. Als der Junge fliehen wollte, schloß der Täter die Wohnungstür ab. Die Staatsanwältin beschrieb die Situation für das Opfer als "ausweglos".
Erst am späten Nachmittag gingen G. und das Opfer zurück zum Weihnachtsmarkt. Laut dem Berliner Kurier drohte der Afghane dem Jungen: "Wenn du deinen Eltern etwas sagst, bringe ich dich um". Anschließend wollte der Täter mit seinem Opfer noch ein "freundschaftlich wirkendes Video" aufnehmen, so die Anklage. Da habe der Schüler schließlich fliehen können.

Vergewaltiger sieht sich als Opfer

Vor Gericht präsentierte der Angeklagte seine ganz eigene Version der Ereignisse: "Sex geschah freiwillig, alles war mit seiner Zustimmung, ich gab ihm 20 Euro", behauptete der 24-Jährige unverfroren. "Nie geschah etwas mit Gewalt. Ein Messer - das ist gelogen, ist Unsinn", sagte der Angeklagte laut Berliner Kurier weiter. G. bezeichnete sein mutmaßliches Opfer als "jungen Mann" und behauptete, er habe ihn auf etwa 15 Jahre geschätzt. "Wir Afghanen sehen meistens jünger aus. Wenn ich gewußt hätte, daß er zwölf Jahre ist, hätte ich ihn nicht gefragt."
Stattdessen will G. den Jungen angesprochen haben, weil dieser nicht winterlich gekleidet gewesen sei - "er trug Hausschuhe, obwohl es frostig war", wird er vom Tagesspiegel zitiert. Im Bus habe er ihn dann nach Sex gefragt. In seiner Wohnung habe alles Einvernehmliches stattgefunden, die 20 Euro habe er dem Jungen gegeben. Besonders perfide: Der Angeklagte stellt sich als Opfer dar und behauptet, der Junge habe ihn unter Druck gesetzt und mehr Geld gefordert.
Der 12-Jährige, der wie der Angeklagte aus Afghanistan stammt, sagte in einer richterlichen Befragung unter Tränen: "Er hat schmutzige Dinge mit mir gemacht, er hat meine Familie kaputt gemacht." Seine Mutter habe einen Zusammenbruch erlitten, berichte der Tagesspiegel. Sami G. sitzt seit der Anzeige in U-Haft. Er ist bereits vorbestraft wegen sexuellen Mißbrauchs und sexueller Belästigung. Der Vorwurf jetzt: sexueller Mißbrauch, Vergewaltigung und Freiheitsberaubung.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 22. Mai 2024 (x1.369/…):

>>**Deutschland fällt bei Lebenserwartung in Westeuropa weiter zurück**

Deutschland gehört in Westeuropa zu den Schlußlichtern bei der Lebenserwartung und verliert weiter an Anschluß. Dies zeigt eine am Mittwoch veröffentlichte Studie des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BiB) und des Max-Planck-Instituts für demografische Forschung, für die Sterblichkeitstrends über mehrere Jahrzehnte untersucht wurden. Betrug der Rückstand Deutschlands auf die durchschnittliche Lebenserwartung bei Geburt im restlichen Westeuropa im Jahr 2000 rund 0,7 Jahre, so hat sich der Abstand bis 2022 auf 1,7 Jahre vergrößert.
"Der Beginn der 2000er-Jahre markiert einen Wendepunkt in der Dynamik der Sterblichkeitsentwicklung in Deutschland", sagte Mitautor Pavel Grigoriev vom BiB. Seitdem ist die Sterblichkeitslücke zwischen Deutschland und den anderen westeuropäischen Ländern relativ stetig angewachsen. Wie aus der Untersuchung hervorgeht, konnte Ostdeutschland nach der Wiedervereinigung im Jahr 1990 zunächst den Rückstand gegenüber Westdeutschland und Westeuropa erheblich verringern.

Hierzu trugen auch massive finanzielle Investitionen in die Gesundheitsversorgung bei. Bis Anfang der 2000er-Jahre hatte die Lebenserwartung der Frauen in Ostdeutschland zu Westdeutschland aufgeschlossen und auch gegenüber dem restlichen Westeuropa erheblich aufgeholt. Die Männer in Ostdeutschland konnten zunächst ebenfalls den Abstand gegenüber Westdeutschland und dem restlichen Westeuropa reduzieren. Allerdings ist bei ihnen im Gegensatz zu den Frauen bis heute ein Abstand von rund einem Jahr gegenüber Westdeutschland geblieben.
Seit der Jahrtausendwende haben jedoch sowohl West- als auch Ostdeutschland gegenüber den anderen Ländern Westeuropas an Boden verloren. Betrug der Rückstand von Deutschland bei der Lebenserwartung der Männer im Jahr 2000 rund 0,7 Jahre, ist dieser bis 2022 auf 1,8 Jahre angestiegen. Ein ähnliches Bild zeigt sich auch bei den Frauen: Hier vergrößerte sich der Abstand bei der Lebenserwartung von 0,7 Jahren (2000) auf aktuell 1,4 Jahre. Lediglich im ersten Pandemiejahr 2020 wurde bei beiden Geschlechtern eine kurzfristige Annäherung an den westeuropäischen Durchschnitt verzeichnet, da die Corona-Sterblichkeit in Deutschland zunächst deutlich geringer ausfiel als in anderen Ländern Westeuropas.
Zu dem wachsenden Rückstand Deutschlands in der Lebenserwartung tragen einzelne Altersgruppen in unterschiedlicher Art und Weise bei, heißt es in der Studie weiter. Während die Sterblichkeit von Menschen unter 50 Jahren im Rahmen des westeuropäischen Durchschnitts liegt, ist sie bei der Bevölkerung über 65 Jahre deutlich erhöht. Bei den Frauen weisen in Deutschland gerade Personen im Alter ab 75 Jahren eine höhere Sterblichkeit auf als Gleichaltrige im westeuropäischen Ausland. Dagegen tragen bei den Männern insbesondere die Alter zwischen 55 und 74 Jahren zur Lücke bei.
"Um Deutschlands Rückstand bei der Lebenserwartung zu verringern, müßte die Sterblichkeit gerade im höheren Alter reduziert werden", sagte Mitautor Sebastian Klüsener, Forschungsdirektor am BiB. Handlungsbedarf scheint demnach gerade bei Herz-Kreislauf-Erkrankungen zu bestehen. So weisen internationale Vergleiche auf Aufholbedarf bei der Prävention und der Früherkennung dieser Erkrankungen hin. Ähnliches gilt für die Bereiche Tabak- und Alkoholprävention sowie gesunde Ernährung. "Hier besteht noch einiges Potential, um uns für den momentanen Alterungsprozeß der Gesellschaft besser aufzustellen", so Klüsener.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 22. Mai 2024 (x1.376/…): >>**"Bürgergeld-Betrug": BAMF untersucht tausende Ukraine-Verdachtsfälle!**
Das dem Bundesinnenministerium von Nancy Faeser (SPD) unterstehende Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) prüft derzeit tausende Verdachtsfälle auf Betrug beim sogenannten "Bürgergeld" durch ukrainische bzw. vermeintlich ukrainische Antragsteller.
Aktuell beziehen laut Bundesagentur für Arbeit 700.000 Ukrainerinnen und Ukrainer das sogenannte "Bürgergeld". Bereits 5.609 konkrete Verdachtsfälle auf "Bürgergeld" Betrug beschäftigen laut Medienberichten das Bundesinnenministerium. Vermehrt aufgefallen waren zweifelhafte "Bürgergeld" Anträge vor allem in Bayern, Baden-Württemberg, Thüringen und Niedersachsen. Experten zufolge dürfte es sich bei den jetzt aufgeflogenen Fällen um die Spitze eines Eisberges handeln.
Dabei geht es zumeist um Personen mit doppelter Staatsbürgerschaft, die in Deutschland als Kriegsflüchtlinge mit einem ukrainischen Ausweis Sozialleistungen beantragen. Anspruch auf Bürgergeld haben allerdings ausschließlich Ukrainer. Für sie gilt bislang ein Sonderstatus.
Bei den Verdachtsfällen handelt es sich vor allem um Ungarn und Rumänien aus dem jeweiligen Grenzgebiet zur Ukraine. Weil diese Personen rechtlich EU-Bürger sind, gilt für sie keine Aufenthaltserlaubnis im Sinne des sogenannten temporären Schutzes.
Zweifel an Dokumenten
Zweifel, ob die Antragsteller überhaupt aus der Ukraine stammen, ergaben sich vor allem deshalb, weil viele Antragsteller auf "Bürgergeld" vorwiegend ungarisch bzw. rumänisch und nur

sehr schlecht ukrainisch sprachen. Außerdem waren die ukrainischen Pässe allesamt neueren Datums und wurden auffallend oft u.a. in der ukrainischen Stadt Berehowe ausgestellt. Dieser Ort liegt nur wenige Kilometer von der ungarischen Grenze entfernt.
Die offensichtlichen Betrugsfälle beim "Bürgergeld" haben die Diskussion über eine Streichung dieser Sozialleistung neu entfacht. Der Präsident des Deutschen Landkreistages, Reinhard Sager (CDU), sprach sich dafür aus, das automatische "Bürgergeld" für Ukrainer abzuschaffen. Die Kosten für die Asylpolitik insgesamt seien zu hoch. Die Landkreise forderten deshalb "mit Nachdruck, Neuankömmlingen aus der Ukraine nicht länger automatisch Bürgergeld zu zahlen, sondern sie wie Asylbewerber aus anderen Ländern zu behandeln".
Landtagspräsident Sager stellte zudem die Frage, ob so viele Menschen aus der Ukraine "zu uns kommen müssen". Allein Baden-Württemberg beherberge "doppelt so viele ukrainische Geflüchtete wie ganz Frankreich".
René Springer (AfD): "Bürgergeld" darf kein Versorgungssystem für Ausländer sein!
Wie aus Zahlen der Bundesagentur für Arbeit (BA) hervorgeht, haben in drei Bundesländern bereits mehr als 70 Prozent der "Bürgergeld-Bezieher" einen Migrationshintergrund. Es sind dies Hessen (76,4 Prozent), Baden-Württemberg (74,1 Prozent) und Hamburg (72,8 Prozent). Bundesweit hat fast jeder zweite Empfänger hat keinen deutschen Paß.
Der arbeits- und sozialpolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, René Springer, stellt dazu fest: "Die Zahlen geben eine bedrohliche Lage wieder. Der deutsche Sozialstaat war einst mustergültig für eine fortschrittliche, gerechte Gesellschaft, welche die Leistungsstarken belohnt und die Schwachen und Arbeitsunfähigen nicht dem Elend überläßt. Heute wird es immer mehr als Umverteilungs- und Versorgungssystem für Ausländer mißbraucht. Auf diesem Pfad wird es bald keinen Sozialstaat mehr geben!"<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 22. Mai 2024 (x1.369/…):
>>**Habeck will grünen Stahl und Zement zum Standard machen**
Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) will mit dem Konzept "Leitmärkte für klimafreundliche Grundstoffe" erreichen, daß sich klimafreundlich hergestellte Grundstoffe wie beispielsweise Stahl und Zement an den Märkten als Alternative zu konventionell hergestellten Produkten durchsetzen. Das berichtet das "Handelsblatt".
Demnach sollen klimafreundliche Produkte etwa über die öffentliche Beschaffung oder über Quotenregelungen zum neuen Standard werden. Der Minister, der das Konzept am Mittwochnachmittag vorstellen will, sagte der Zeitung, daß man die Nachfrageseite in den Blick nehme: "Wir müssen die Rahmenbedingungen so setzen, daß sie die Nachfrage nach grünen Produkten stärken und diese mittel- bis langfristig wettbewerbsfähig sind."
Im Fokus des Konzeptes stehen neben Stahl und Zement auch Ammoniak und Ethylen. Zu den Instrumenten, die das Konzept vorsieht, gehören Beschaffungen der öffentlichen Hand. Sie sollen stärker am Kriterium der Klimafreundlichkeit ausgerichtet werden.
Außerdem werden Quotenregelungen für klimafreundliche Grundstoffe vorgeschlagen. So könnten für einen bestimmten Anteil der im EU-Binnenmarkt in Verkehr gebrachten Grundstoffe schrittweise steigende EU-Mindestquoten eingeführt werden. Sie würden branchenspezifisch festgelegt werden. "Der verpflichtende Anteil klimafreundlicher Grundstoffe in den Endprodukten muß ihre Verfügbarkeit am Markt berücksichtigen und im Laufe der Jahre kontinuierlich angepaßt werden", heißt es dazu in dem Konzept des Ministeriums.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 22. Mai 2024 (x1.368/…):
>>**Anwälte warnen vor Verjährung von Covid-Impfschäden**
Weil im Arzneimittelgesetz eine dreijährige Verjährung von Impfschäden festgelegt ist, könnten 2021 geimpfte Personen bald keinen Anspruch auf Entschädigung haben, warnen Anwälte. Gerichtsverfahren werden von den Impfstoffherstellern aber in die Länge gezogen.
Wim Lukowsky

Impfschäden durch Covid-Impfstoffe könnten juristisch verjähren, warnt die Verbraucherschutzkanzlei Rogert & Ulbrich. Betroffene, die 2021 gegen das Virus geimpft wurden, könnten ab Ende 2024 demnach nicht mehr gegen durch die Covid-Impfstoffe verursachte Schäden vorgehen. Impfstoffhersteller, deren Anwälte vertraglich von staatlichen Geldern finanziert werden, spielen auf Zeit, weil für Impfschäden laut Arzneimittelgesetz eine Verjährungsfrist von drei Jahren gilt.
Diese beginnt zwar ab dem Moment, in dem der Kläger von einem Schaden Kenntnis erlangt, die Anerkennung eines Schadens und ein Gerichtsverfahren kann sich aber über einen solchen Zeitraum erstrecken. Einerseits sind unerwünschte Impfnebenwirkungen in Deutschland nur halbherzig dokumentiert beziehungsweise einsehbar. Andererseits müssen Impfgeschädigte mit einem langen und bürokratischen Verfahren bei den jeweiligen Versorgungsämtern beziehungsweise Landgerichten rechnen.
Im Januar 2024 waren deutschlandweit gerade einmal 467 Impfschäden anerkannt, im Vorjahresmonat nur 253. Von den 11.827 Anträgen wurden bis Anfang 2024 zudem gerade einmal 5.597 Anträge, also weniger als die Hälfte, bearbeitet. Ohne einen amtlich attestierten Impfschaden ist ein Versorgungsanspruch und eine Klage gegen den jeweiligen Impfstoffhersteller aber kaum erreichbar bis unmöglich.
Den Verdacht auf einen Impfschaden können Ärzte äußern, wenn sich der gesundheitliche Zustand einer immunisierten Person sechs Monate nach der Impfung nicht verbessert, der Betroffene also mit starken Nebenwirkungen zu kämpfen hat. Stellt der Arzt einen Verdacht auf einen Impfschaden fest, kann der Patient daraufhin einen Antrag einreichen, der zunächst von einem Gutachter bewertet und abschließend vom zuständigen Versorgungsamt bewilligt werden muß.
Auch vor Gericht laufen etwaige Verhandlungen nicht schneller ab: die Kanzlei Rogert & Ulbrich vertritt mehr als tausend Mandaten wegen Impfschäden vor Gericht. Nennenswerte Ergebnisse gibt es bislang nicht, weil die Landgerichte einen Schadensanspruch oft ablehnen und das Berufungsverfahren vor einem Oberlandesgericht erst Monate später stattfindet - und sich über ähnliche Zeiträume ziehen kann.
Deshalb fordert die Kanzlei Rogert & Ulbrich laut Nordwest Zeitung die Verjährung im Arzneimittelgesetz auf zehn Jahre auszuweiten. "Nur die Klage hemmt die Verjährung, da die Gegenseite keine außergerichtlichen Verhandlungen führt und auch nicht auf die Einrede der Verjährung verzichtet", schreibt Rechtsanwalt Tobias Ulbrich auf X. Die Anwälte der Impfstoffhersteller sind oft nicht an einer schnellen und einfachen Lösung interessiert, wie aus mehreren Verfahren hervorgeht.
Brisant: In den Verträgen der EU beispielsweise mit Pfizer und BioNTech ist festgehalten, daß der EU-Staat, in dem eine Klage wegen eines Impfschadens verhandelt wird, die Anwaltskosten der Verteidigung tragen muß - während die Klägerseite auf sich selbst gestellt ist und ein hohes existentielles Risiko eingehen muß.
Im Falle eines Erfolgs könnten Geschädigte laut Arzneimittelgesetz mit Höchstbeträgen von 600.000 Euro oder einem Rentenbetrag von jährlich 36.000 Euro rechnen. Wurden mehrere Menschen durch ein und dasselbe Arzneimittel geschädigt, kann sogar ein Betrag von 120 Millionen Euro beziehungsweise ein Rentenbetrag von jährlich 7,2 Millionen Euro fällig werden. Eine erfolglose Klage wird wiederum oft dem Kläger zulasten gelegt, der die Verfahrenskosten dann übernehmen muß.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 22. Mai 2024 (x1.368/…): >>**Politisch motivierte Straftaten: ZDF-Beitrag verschweigt wichtige Fakten**
Ein Instagram-Beitrag des ZDF zum Anstieg politisch motivierter Straftaten in Deutschland verzerrt die Fakten und läßt wichtige Details aus. Angeblich steige die Zahl rechtsextremistischer Straftaten am Stärksten - das stimmt nicht.

Von *Redaktion*
Ein Instagram-Beitrag von ZDFheute zum Anstieg politisch motivierter Straftaten konzentriert sich fast ausschließlich auf rechtsextreme Gewalt. Überschrift: "23 Prozent mehr Straftaten aus rechtsextremen Spektrum". Andere Formen politisch motivierter Kriminalität wie antisemitische Straftaten und Taten aus dem linksextremen Spektrum werden in dem Beitrag nur kurz angerissen. Völlig ausgeblendet werden Straftaten mit ausländischer und religiöser Ideologie - und das ZDF manipuliert mit einer Falschdarstellung.
Im Beitrag wird behauptet: "Im Jahr 2023 hat es erneut mehr Fälle politisch motivierter Kriminalität gegeben. Einen Anstieg gab es laut Bundesinnenministerium vor allem bei rechtsextremistischen Delikten." Nur: Diese Aussage hat das Bundesinnenministerium so nie getroffen.
Im Bericht des Bundeskriminalamtes zur politisch motivierte Kriminalität in Deutschland heißt es nur: "Die meisten politisch motivierten Straftaten im Jahr 2023 wurden im Phänomenbereich PMK -rechts- begangen." Innenministerin Nancy Faeser (SPD) erklärte dazu: "Wir sehen einen neuen Höchststand von Straftaten, die sich gegen unsere offene und freiheitliche Gesellschaft richten. Rechtsextremistische Taten haben weiter stark zugenommen." Auch hier kein Wort von "vor allem". Ein kleines, aber entscheidendes Detail, das ZDFheute für ihre 1,6 Millionen Follower einfach mal so verdreht.
203 Prozent mehr religiös-extremistische Taten
Tatsächlich gab es den stärksten Anstieg nämlich bei den religiös motivierten Straftaten: Hier verzeichnete das BKA eine Zunahme von 203 Prozent auf 1458 Straftaten. Die Fälle im Zusammenhang mit einer ausländischen Ideologie stieg um 33 Prozent auf 5170. Insgesamt ist Zahl der politisch motivierten Straftaten in Deutschland im Jahr 2023 auf einen neuen Rekordwert von 60.028 Delikten gestiegen - ein Anstieg von 1,89 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.
Die meisten politisch motivierten Straftaten im Jahr 2023 wurden im Bereich des Rechtsextremismus begangen. Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Zahl der Straftaten um 23 Prozent auf 28.945 Straftaten. Mehr als die Hälfte der Straftaten sind Propagandadelikte, wie das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen.
1.270 dieser Straftaten waren Gewaltdelikte. Die registrierten Straftaten im Bereich des Linksextremismus sind um elf Prozent auf 7.777 Straftaten angestiegen. Die Zahl der Gewaltdelikte erhöhte sich auf 916. Seit dem Terrorangriff der Hamas gegen Israel und dem Krieg in Gaza sind auch antisemitische Taten in Deutschland stark angestiegen, laut der Daten des BKA haben sie sich auf 5.164 beinahe verdoppelt.<<
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 22. Mai 2024 (x1.367/…): >>**63 % der Bürgergeld-Empfänger sind Migranten: Sachleistungen statt Geldleistungen!**
Aktuelle Zahlen der Bundesagentur für Arbeit zeigen die dramatischen Folgen der Massenmigration: Sage und schreibe 63,1 % der Bürgergeld-Empfänger in Deutschland haben einen sogenannten "Migrationshintergrund"! Nach amtlicher Definition gilt man in diesem Sinne als Migrant, wenn man entweder selbst ohne deutsche Staatsbürgerschaft geboren wurden oder wenn dies bei den Eltern der Fall ist.
In absoluten Zahlen: 2,48 Millionen "erwerbsfähige Leistungsberechtigte" sind Migranten. In drei Bundesländern liegt der Migranten-Anteil bei Bürgergeld-Empfängern sogar bei über 70 Prozent (Hessen 76 %, Baden-Württemberg 74 %, Hamburg 72 %).
In welchem Land der Erde läßt man es zu, daß die eigene Bevölkerung derartig durch massenhafte Sozialmigration ausgeplündert wird? Wie erklärt man das dem Schichtarbeiter, der mit seinen schlecht bezahlten Überstunden für diesen Wahnsinn malochen muss? Wie klingt es in den Ohren eines Beschäftigten im Niedriglohnsektor, wenn die Zahl der Bürgergeld beziehen-

den Migranten höher ist als die Einwohnerzahl Hamburgs? Es hat seinen Grund, daß Deutschland laut der jüngsten OECD-Studie den traurigen Titel des Vizeweltmeisters bei Steuern und Abgaben trägt.
Und wie reagiert die CDU darauf? Sie druckt Wahlplakate auf Arabisch und spricht sich für eine Massenmigration von jährlich bis zu 100.000 "Flüchtlingen" aus. Für die AfD ist das Gebot der Stunde dagegen klar: Grenzen schützen, illegale Migranten abschieben, Geldleistungen konsequent auf Sachleistungen umstellen! Nur so können wir auch wieder finanziellen Spielraum schaffen, um unsere eigenen Bürger gebührend unterstützen zu können!<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 22. Mai 2024 (x1.368/…): >>**Staat soll grünen Stahl aufkaufen: Habecks neuestes Vorhaben ist ein direkter Schritt in die Planwirtschaft**
Mit der Einführung einer Quote für grüne Rohstoffe soll die Industrie klimaneutraler werden. Nachfrage von der Marktseite gibt es wenig - stattdessen soll der Staat die Aufträge vergeben. Die grüne Transformation wird immer mehr zur planwirtschaftlichen Transformation.
Zan Blagojević
Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck hat ein umfassendes Konzept zur Förderung klimafreundlicher Grundstoffe vorgestellt. Das berichtet das Handelsblatt. Ziel dieses Konzepts sei es, klimaneutral produzierte Rohstoffe wie Stahl, Zement, Ammoniak und Ethylen durch öffentliche Auftragsvergabe und Quotenregelungen zu fördern und als neuen Standard zu etablieren. Das Wirtschaftsministerium will mit dem Konzept "Leitmärkte für klimafreundliche Grundstoffe" die Nachfrage nach diesen Produkten erhöhen, um deren langfristige Wettbewerbsfähigkeit zu sichern.
Die Nachfrage von privater Seite aus fällt schwach aus, zu teuer ist der deutsche Stahl - wettbewerbsfähig schon gar nicht: Immer mehr Industriekonzerne streichen massenhaft Stellen und wechseln den Produktionsstandort. Die fehlende Nachfrage soll jetzt vom Staat kommen: Insbesondere für den Bau von Infrastrukturprojekten sollen jetzt vermehrt öffentliche Aufträge ausgeschrieben werden, natürlich mit klimafreundlich produzierten Rohstoffen. Neue Brücken oder Autobahnabschnitte werden in Zukunft also mit grünem Stahl und Zement errichtet werden.
Dadurch sollen grüne Produkte "mittel- bis langfristig wettbewerbsfähig" sein, so Habeck. Zudem sollen EU-Mindestquoten für die klimafreundlichen Produkte branchenspezifisch festgelegt werden und schrittweise steigen - damit ihr Anteil im Markt erhöht wird. Somit ist es durchaus möglich, daß die Instandhaltungskosten der deutschen Infrastruktur explodieren können, die der deutsche Steuerzahler tragen muß - beim Brückenbau, bei Wartungsarbeiten im Schienen- und Güterverkehr oder beim Bau von Sozialwohnungen - während in den Staatsfinanzen die Einnahmen bereits zu sinken beginnen.
In Europa wird Klimapolitik längst nicht mehr dadurch bestimmt, wieviel CO2 tatsächlich eingespart werden kann. Stattdessen entscheiden Habeck, von der Leyen und zahlreiche andere Funktionäre, was grün sein soll. So sieht das neue Konzept aus dem Bundeswirtschaftsministerium auch vor, daß eine Reform des Vergaberechts von Nachhaltigkeitskriterien stärker verankert werden soll.
"Harmonisierte Definitionen und Labels" seien vorgesehen, zur Stärkung von "Transparenz und Marktanreizen", berichtet das Handelsblatt. So hat beispielsweise die Wirtschaftsvereinigung Stahl (WSV) kürzlich das Label "LESS" (Low Emission Steel Standard) eingeführt, das klimafreundlichen Stahl kennzeichnet - Habeck lobte dies. Unternehmen könnten in Zukunft also markiert werden - etikettiert werden, mit EU-standardisierten Zertifizierungen, welche signalisieren: Mein Produkt ist grün.
Milliardenschwere Förderprogramme und Subventionen erhält die deutsche Industrie, um die Produktion auf klimafreundliche Verfahren zu trimmen. Große Stahlhersteller, wie Thyssen-

Krupp Steel, Salzgitter oder Arcelor-Mittal stellen auf wasserstoff- und strombasierte Verfahren um, wofür sie umfangreiche finanzielle Unterstützung von Bund und Ländern erhalten. Außerdem sollen durch sogenannte Klimaschutzverträge die Betriebskosten und vor allem Mehrkosten aufgrund von Investitionen in klimafreundliche Anlagen ausgeglichen werden.
Das bezahlt der Steuerzahler. Der grüne Stahl ist jedoch alles andere als wettbewerbsfähig und schlicht zu teuer. Jetzt soll die fehlende Nachfrage durch den Staat bedient werden. Unsere Bürokraten in Berlin und Brüssel krempeln also mit roher Gewalt die drittstärkste Volkswirtschaft der Welt um, subventionieren mit knappen Steuergeldern eine grüne Transformation und bedienen selbst die Nachfrage mit öffentlichen Aufträgen. Damit setzt sich der Weg in die zentralisierte Planwirtschaft ungebremst weiter fort.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 22. Mai 2024 (x1.377/…):
>>**Amazon: Vernichtungsfeldzug gegen Schubert**
Von *Daniell Pföhringer*
Über Jeff Bezoz' Versandriesen Amazon wollen die Globalisten verhindern, daß die Wahrheiten, die Stefan Schubert in seinem neuen Enthüllungswerk "Der geheime Krieg gegen Deutschland" präsentiert, unter die Leute kommen. Dies geschieht momentan auf unterschiedliche Weise. …
Stefan Schubert hat offenbar einen wunden Punkt getroffen: Obwohl sein neues Buch "Der geheime Krieg gegen Deutschland. Unser Land im Fadenkreuz globaler Eliten" die Bestseller-Listen von Amazon stürmte, hat der Versandriese das brisante Enthüllungswerk nicht nur aus seinem Sortiment verbannt, sondern verweigert dem Sicherheitsexperten auch noch den Zugriff auf seine Amazon-Autorenseite.
Faktisches Verkaufsverbot
Ein weiterer Sabotageakt erfolgte am Pfingstsonntag: Wenngleich "Der geheime Krieg gegen Deutschland" bei Libri - dem zentralen logistischen Bindeglied zwischen Verlag, stationärem Buchhandel und dem Onlinehandel - sowie beim KOPP Verlag und natürlich auch im COMPACT-Shop vorrätig war und ist, behauptete der US-Tech-Riese wahrheitswidrig, daß Schuberts Buch nicht lieferbar sei und eine Lieferung "ein bis zwei Monate" dauern würde. Ein ungeheuerlicher Skandal!
Der neuerliche Angriff wurde noch verstärkt, da der KOPP Verlag ohne jegliche Begründung gleichzeitig als Verkäufer auf dem Amazon-Marketplace gelöscht wurde. Schuberts Enthüllungswerk "Der geheime Krieg gegen Deutschland" wurde damit faktisch mit einem Verkaufstopp belegt und somit boykottiert.
Ein Verlagsmitarbeiter erklärte gegenüber COMPACT zu den Vorgängen: "Durchaus können IT-Probleme solche Dinge auslösen. Jedoch erneut ausgerechnet beim selben Buch und auch wieder Sonntags - das ist sehr unwahrscheinlich."
Weiterhin werden nicht etwa 10 bis 20 große Online-Händler wie üblich auf Amazon-Marketplace aufgelistet, sondern nur Amazon und der KOPP Verlag. Da Amazon über den eigenen Account den Verkauf, wie geschildert, sabotiert und der KOPP Verlag für mehrere Stunden gelöscht war, wurde Schuberts Buch damit faktisch mit einem Verkaufsverbot belegt.
Manipulation der Spiegel-Bestsellerliste
Diese Masche wirkt sich auch auf einen anderen, für den Buchhandel bedeutenden Gradmesser aus: die Spiegel-Bestsellerlisten. Diese werden von Media Control durch Erhebung bei 6.550 stationären und E-Commerce-Verkaufsstellen erstellt.
Das bedeutet: Nahezu jeder Bahnhofskiosk und jedes Verkaufsregal in Supermärkten oder Drogerieketten mit einem überschaubaren Angebot werden berücksichtigt, das Online-Schwergewicht KOPP Verlag jedoch überhaupt nicht und auch der COMPACT-Shop und die Online-Shops anderer alternativer Medien werden übergangen.
Sehr wohl gezählt werden jedoch Verkäufe über Amazon, aber nur - und hier schließt sich der

Zensurkreis - direkte Käufe. Buchbestellungen über den Marketplace finden keine Berücksichtigung. Wenn Amazon also seinen eigenen Verkaufskanal hinsichtlich "Der geheime Krieg gegen Deutschland" mit der Bemerkung "versandfertig in ein bis zwei Monaten" blokkiert und die Käufer auf den Marketplace ausweichen müssen, zählen alle Verkäufe über diesen Weg nicht.
Insofern kann man hier von einer Manipulation sprechen. Denn: "Der geheime Krieg gegen Deutschland" steht bereits seit über einer Woche kontinuierlich in dem Bereich der TOP 20 aller verfügbaren Bücher auf Amazon. Davor stehen beinahe ausnahmslos Romane. Somit würde unter regulären Bedingungen Schuberts Buch allein durch die Amazon-Verkäufe auf den vorderen Plätzen der Spiegel-Bestsellerliste in der Rubrik Sachbücher einsteigen. Genau das soll durch die zuvor geschilderten Sabotageaktionen verhindert werden.
Linksextreme Fake-Rezensionen
Doch damit nicht genug: Um den Erfolg von "Der geheime Krieg gegen Deutschland" zusätzlich zu hintertreiben, wurden offenbar durch extrem linke und natürlich anonyme Denunzianten verleumderische "Rezensionen" auf Amazon eingestellt. Die meisten dieser Rezensenten sind nicht als Käufer des Buches markiert. … Nachtigall, ick hör Dir trapsen!
Autor Stefan Schubert erklärte dazu gegenüber COMPACT: "Die Sachverhalte kann ich wie geschildert bestätigen. Zudem wurde auch mein Wikipedia-Eintrag mit falschen Zitaten und den typischen linksradikalen Verleumdungen attackiert. Daß diese Denunziationen mit dem Quellenverweis auf die Amadeu-Antonio-Stiftung dort versehen sind, zeigt einmal mehr, wer die gesellschaftliche Stimmung im Land vergiftet."
Auch zu dem Verhalten des deutschen Buchhandels findet der mehrfache Spiegel-Bestsellerautor klare Worte: "Buchhandelsketten wie Thalia bejubeln beispielsweise iranische oppositionelle Autoren, während sie im eigenen Land regierungskritische Bücher boykottieren. Mehr muß man über die Heuchelei im deutschen Kulturbetrieb nicht wissen."
Tatsächlich scheint es so, als wollten die Globalisten über Jeff Bezoz' Amazon einen Vernichtungsfeldzug gegen "Der geheime Krieg gegen Deutschland" führen - weil Schubert ihre Machenschaften wie kaum ein anderer zuvor entlarvt und die Punkte verbindet. So werden die Konturen eines perfiden Gesamtplans gegen Deutschland deutlich.
Das brisanteste Buch des Jahres: In "Der geheime Krieg gegen Deutschland. Unser Land im Fadenkreuz globaler Eliten" deckt Stefan Schubert auf, wie Finanzindustrie, grüne Milliardäre, NATO, WHO und Geheimdienste unser Land in die Zange nehmen und in den Untergang treiben wollen. Eine konzertierte Aktion zum Schaden unseres Volkes!<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 22. Mai 2024 (x1.368/…):
>>**Manipulierte Stimmzettel: Vorab angekreuzte Briefwahlunterlagen für Europawahl gefunden**
In Bad Reichenhall wurde ein möglicher Wahlbetrug aufgedeckt, nachdem eine Bürgerin bereits vormarkierte Wahlzettel gefunden hat. Bürgermeister Christoph Lung (CSU) erstattete Anzeige. Alle Wahlunterlagen werden jetzt vor der Ausgabe geprüft.
Henry Albrecht
In Bad Reichenhall, eine Kreisstadt an der deutsch-österreichischen Grenze, wurde ein möglicher Wahlbetrug im Zuge der Europawahl aufgedeckt: Eine Bürgerin entdeckte Wahlunterlagen, die bereits im Vorfeld angekreuzt worden waren. Dies machte der Oberbürgermeister Christoph Lung (CSU) publik, wie die Passauer Neue Presse am Dienstag berichtete.
Laut der Stadtverwaltung hat man bereits Anzeige bei den Strafverfolgungsbehörden erstattet. Die manipulierten Wahlzettel seien bereits ersetzt worden. Zusätzlich wird nun jede auszuhändigende Wahlunterlage vorab überprüft, um die Unversehrtheit zu gewährleisten.
Die Ermittlungen werden von der Staatsanwaltschaft Traunstein in Kooperation mit dem Staatsschutzkommissariat der Kriminalpolizei geführt. Zudem wurde der Fall der Rechtsauf-

sicht und der Landeswahlleitung Bayern gemeldet.
In einer Pressemitteilung äußerte sich der CSU-Bürgermeister zu den Vorgängen: "Gerade in Zeiten, in denen von mehreren Seiten versucht wird, die Legitimation von demokratischen Wahlen zu untergraben, ist ein solcher Eingriff in den Wahlablauf wahrlich kein Kavaliersdelikt und gehört auf das Schärfste bestraft. Wir tragen alles in unserer Macht Stehende dazu bei, den Vorfall aufzuklären und eine ordnungsgemäße Wahl sicherzustellen. Wir schaffen mit dieser Pressemitteilung Transparenz und wollen die Bürger sensibilisieren, ohne allerdings Täterwissen zu verraten."
Welche Partei bei den manipulierten Wahlzetteln bevorzugt werden sollte, ist bislang unbekannt. Der Stadtrat setzt sich aus den Fraktionen CSU, einer Freien Wählergemeinschaft, der Liste Lackner e.V., der Bürgerliste Reichenhall, einem Mitglied der AfD und einer gemeinsamen Fraktion aus SPD und Grünen zusammen.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 22. Mai 2024 (x1.377/…):
>>**Die Wahrheit über die Waffen-SS**
Von *Daniell Pföhringer*
Riesen-Aufregung über die Äußerung von Maximilian Krah zur Waffen-SS! Doch der AfD-Politiker hat recht. …
Erst schoß Marine Le Pen gegen ihn, dann servierte ihn der AfD-Bundesvorstand eiskalt ab: Und das alles, weil Maximilian Krah, Spitzenkandidat der AfD zur Europawahl, in einem Interview mit der italienischen Tageszeitung La Repubblica für eine differenzierte Sicht auf die deutsche Vergangenheit plädiert hat.
Selbstredend verurteilte er deutsche Kriegsverbrechen im Zweiten Weltkrieg, doch er fügte hinzu: "Ich werde nie sagen, daß jeder, der eine SS-Uniform trug, automatisch ein Krimineller war."
Damit meinte Krah in erster Linie die Soldaten der Waffen-SS, denn er ergänzte später, daß er beispielsweise den Schriftsteller Günter Grass "nicht als Verbrecher bezeichnen" würde. "Grass kämpfte gegen Kriegsende als Ladeschütze in der Militärformation 10. SS-Panzer-Division Frundsberg an der Westfront", so der AfD-Politiker.
Tatsächlich muß man bei der SS unterscheiden zwischen der der "schwarzen SS", die unbestreitbar in schwere Verbrechen des NS-Regimes verstrickt war und unter anderem die Lagermannschaften für die KZs stellte, und den kämpfenden Verbänden, also der Waffen-SS.
Zu Letzterer gehörte auch ein Zeitzeuge wie Günter Adam, der sich im Alter von 16 Jahren freiwillig zur Waffen-SS meldete und in seinem Buch "Ich habe meine Pflicht erfüllt!" über seine Kampfeinsätze an verschiedenen Fronten berichtet. Er war gewiß kein Verbrecher, sondern Soldat einer Elitetruppe.
Daß die Männer in Erbsentarn genau das waren, zeigt auch der großformatige Prachtband "Die Ritterkreuzträger der Waffen-SS". Autor Ernst-Günther Krätschmer belegt: Die überwiegende Mehrheit der Waffen-SS-Soldaten kämpfte ritterlich und ehrenhaft. Auch diese Männer waren keine Verbrecher!
Adenauers Ehrenerklärung
Das stellte sogar erste Kanzler der Bundesrepublik, Konrad Adenauer, deutlich heraus. Denn: In seine Ehrenerklärung für die deutschen Soldaten des Zweiten Weltkriegs bezog er ausdrücklich jene mit Totenkopf auf der Kopfbedeckung ein. Vor dem Deutschen Bundestag sagte Adenauer 1952:
"Ich möchte heute vor diesem Hohen Hause im Namen der Bundesregierung erklären, daß wir alle Waffenträger unseres Volkes, die im Namen der hohen soldatischen Überlieferung ehrenhaft zu Lande, auf dem Wasser und in der Luft gekämpft haben, anerkennen."
Auf schriftliche Nachfrage des neben Sepp Dietrich vormals höchsten Offiziers der Waffen-SS, Oberst-Gruppenführer (Generaloberst) Paul Hausser, ob sich diese Aussage auf seine

Truppe beziehe, antwortete der Bundeskanzler:
"Sehr geehrter Herr Generaloberst!
Einer Anregung nachkommend, teile ich mit, daß die von mir in meiner Rede vom 3. Dezember 1952 vor dem Deutschen Bundestag abgegebene Ehrenerklärung für die Soldaten der früheren deutschen Wehrmacht auch die Angehörigen der Waffen-SS umfaßt, soweit sie ausschließlich als Soldaten ehrenvoll für Deutschland gekämpft haben.
Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung bin ich Ihr
gez. Adenauer"
Tatsächlich waren die Angehörigen der Waffen-SS "Soldaten wie andere auch", so der Titel der Memoiren Haussers, der von seinen Leuten liebevoll "Papa" genannt wurde. Zu keinem anderen Schluß kann man zum Beispiel nach der Lektüre von Günter Adams Erlebnisbericht "Ich habe meine Pflicht erfüllt!" kommen.

Ein aufrüttelnder Erlebnisbericht

Adam war im Sommer 1942 beim Vorstoß der Division "Wiking" zum Kaukasus Mitglied des Begleitkommandos von Kommandeur Felix Steiner und hat diesen Ausnahme-General hautnah erlebt. Nicht nur deshalb ist "Ich habe meine Pflicht erfüllt!" (536 Seiten, zahlreiche Abbildungen, Fotos und Dokumente, gebunden im Format A5) ein historisches Zeitdokument erster Güte. Der Weltkriegsveteran schildert, wie seine Einheit während ihrer Zeit am Mius Verstärkung erhielt und schließlich mit einem Panzerregiment ausgestattet wurde.
Gemeinsam mit der 13. Panzer-Division bereiteten sich die "Wikinger" auf die nächste Offensive vor. Im Juli 1942 nahm die Truppe an der Tscherkassy-Kessel-Operation teil, einem verzweifelten Versuch, die sowjetischen Truppen einzukesseln. Die Schlacht war brutal und verlustreich, doch die Soldaten der Division zeichneten sich durch höchste Tapferkeit aus.
In seinem aufrüttelnden Buch "Ich habe meine Pflicht erfüllt!" nimmt er den Leser mit auf eine aufregende Zeitreise: von seiner HJ-Zeit über die Rekrutenausbildung beim Regiment "Germania" über den Einsatz beim Regiment "Westland" der 5. SS-Panzergrenadier-Division "Wiking" bis zu den Kämpfen der Divisionsbegleitkompanie der 9. SS-Panzerdivision "Hohenstaufen" an Ost- und Westfront.
Besonders brisant: Schwer verwundet überlebte Adam im Sommer 1944 in der Normandie wie durch ein Wunder die Erschießung durch ein US-Killerkommando. Anhand seiner Schilderungen wird deutlich, daß hier ein Kriegsverbrechen schwersten Ausmaßes vonstatten ging. Darüber liest man in den offiziellen Geschichtsbüchern nichts.

Die Tapfersten der Tapferen

Eine notwendige Richtigstellung zu der deutschen Elitetruppe hat auch Ernst-Günther Krätschmer mit seinem Werk Prachtband "Die Ritterkreuzträger der Waffen-SS" (832 Seiten, zahlreiche Abbildungen, gebunden, im Großformatvorgelegt. 409 Angehörige der Waffen-SS wurden im Zweiten Weltkrieg mit diesem hohen Tapferkeitsorden ausgezeichnet. Krätschmer zeigt, wie es den Soldaten gelang, menschliche Schwächen zu überwinden und aus Pflichtbewußtsein und Liebe zum Vaterland das Letzte zu wagen.
Krätschmer stellt in "Die Ritterkreuzträger der Waffen-SS" alle Ausgezeichneten in Text und Bild vor. Dabei werden die persönlichen Daten der Männer teilweise durch ausführliche Angaben zur militärischen Laufbahn und zu ihren Fronteinsätzen erheblich erweitert, sodaß ein eindrucksvolles Bild vom Leben und Sterben der Ritterkreuzträger entsteht.
Der Verlag hat keine Mühe gescheut, sämtliche Daten des Nachschlagewerkes für diese Auflage anhand der neuesten militärwissenschaftlichen Literatur zu aktualisieren. Ein Werk von historischem Rang!
Tapfer und anständig - keine Verbrecher: Das zeigen der ehemalige Waffen-SS-Junker Günter Adam mit seinem Erlebnisbericht "Ich habe meine Pflicht erfüllt!" und Buchautor Ernst-Günther Krätschmer mit seinem Prachtband "Die Ritterkreuzträger der Waffen-SS".<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 22. Mai 2024 (x1.377/…):
>>**Waffen-SS: Diese Promis waren dabei**
Von *COMPACT Redaktion*
Aus den Reihen der heute so verfemten Waffen-SS stammten einige Persönlichkeiten, die später das öffentliche Leben der Bundesrepublik prägten. Auch Günter Adam meldete sich im Jugendalter freiwillig zur Waffen-SS, erlebte alle Härten des Krieges - und entkam nur knapp einem US-Killerkommando. Sein Buch "Ich habe meine Pflicht erfüllt!" ist ein aufrüttelnder Zeitzeugenbericht und verteidigt eine zu Unrecht verunglimpfte Truppe. …
_ von *Daniell Pföhringer* und *Sven Reuth*
Derrick-Erfinder Herbert Reinecker war dabei - und ebenso Horst Tappert, der Darsteller des legendären Krimi-Kommissars. Der frühere Dortmunder SPD-Bürgermeister Günter Samtlebe kämpfte in ihren Reihen, genau wie Kaufhaus-König Otto Beisheim oder der Schauspieler Hardy Krüger.
Zwei so unterschiedliche Schriftsteller wie Günter Grass und Joachim Fernau trugen ihre Uniform, genau wie der in der DDR gefeierte Maler Bernhard Heisig. Der ehemalige Chefredakteur des Bayerischen Fernsehens und spätere Republikaner-Chef Franz Schönhuber hat mit "Ich war dabei" sogar einen Bestseller über seine Zeit bei der Truppe geschrieben. Ganz genau: die Rede ist von der Waffen-SS.
Nicht nur der erste Bundeskanzler Konrad Adenauer, sondern sogar der KZ-Überlebende und SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher gab eine Ehrenerklärung für die Waffen-SS ab. Schumacher reichte 1952 der als Traditionsverband gerade gegründeten Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS e.V. (HIAG) öffentlich die Hand und trug so dazu bei, daß deren Belange bei den Volksparteien Gehör fanden.
Nach seinem Treffen am 4. Oktober 1951 mit dem HIAG-Vorsitzenden, ehemaligen SS-Brigadeführer und Generalmajor der Waffen-SS Otto Kumm, erklärte Schumacher, "er habe keine Vorbehalte gegenüber den Zusammenschlüssen ehemaliger SS-Angehöriger und lehne auch in Bezug auf die SS jede 'Kollektivschuld' ab".
Kumm soll bei dem Gespräch damit argumentiert haben - so der Militärhistoriker Jens Westemeier -, daß die SPD die Waffen-SS als positiven Bestandteil der Wehrmacht begreifen solle, weil es "noch nie in Deutschland eine Truppe gegeben habe, deren Struktur so der alten sozialdemokratischen Vorstellung vom Volksheer entsprochen habe, wie die ehemalige Waffen-SS."
Von Tappert bis Schleyer
Einige Angehörige der Waffen-SS wurden später zu Prominenten, die das öffentliche Leben der Bundesrepublik prägten. Dazu zählten beispielsweise:
Horst Tappert, Derrick-Schauspieler
Hardy Krüger, Schauspieler und später NS-Bewältigungsspezialist
Herbert Reinecker, TV-Autor und Derrick-Erfinder
Otto Beisheim, Kaufhaus-König und Mitgründer des Metro-Konzerns
Günter Samtlebe, SPD-Oberbürgermeister von Dortmund
Günter Grass, Schriftsteller und Literatur-Nobelpreisträger. Der aus Danzig stammende Literaturnobelpreisträger Günter Grass arbeitete in seiner 2002 erschienenen Novelle "Im Krebsgang" die Versenkung des Schiffes "Wilhelm Gustloff" am 30. Januar 1945 durch ein sowjetisches U-Boot, bei der mehr als 9.000 Menschen ihr Leben verloren, auf.
Bernhard Heisig, Maler
Joachim Fernau, Schriftsteller
Franz Schönhuber, Chefredakteur der Münchner TZ und stellvertretender Chefredakteur des Bayerischen Fernsehens. Moderator von Jetzt red i, einer der ersten Talkshows im deutschen Fernsehen. Ab 1977 Ehrenvorsitzender des Bayerischen Journalisten-Verbands, Träger des

Bayerischen Verdienstordens, ab 1985 Vorsitzender der Republikaner.
Hans Robert Jauß, Literaturwissenschaftler, Romanist und Mediävist, Begründer der Theorie der Rezeptionsästhetik und Vertreter der Konstanzer Schule der Literaturwissenschaft.
Hanns Martin Schleyer, deutscher Industrie-Manager, ab 1963 Vorstandsmitglied von Daimler-Benz, von 1973 bis 1977 deutscher Arbeitgeberpräsident, ab 1977 Vorsitzender des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), ermordet von der Rote Armee Fraktion am 18. Oktober 1977. Er gehörte der SS an, diente im Zweiten Weltkrieg allerdings bei den Gebirgsjägern, also in den Reihen der Wehrmacht.

Die Waffen-SS in Frankreich

Wenn Marine Le Pen nun unbedingt in allen SS-Angehörigen Kriminelle sehen möchte, tut sie damit auch vielen eigenen Landsleuten bitteres Unrecht an. Eine fünfstellige Zahl an Franzosen diente in der Waffen-SS und Hunderttausende kollaborierten mehr oder weniger intensiv mit der deutschen Besatzungsmacht.
Auch hier gab es "Promis", so Christian de la Mazière, Journalist und Angehöriger der SS-Division Charlemagne. Er war in den 1950er Jahren sowohl zeitweiliger Lebensgefährte wie auch Manager von Chanson-Größen wie Juliette Gréco und Dalida. Sein autobiographischer Bericht "Ein Traum aus Blut und Dreck" wurde 2022 im Jungeuropa-Verlag neu aufgelegt.
Auch Günter Adam war dabei: Er meldete sich im Jugendalter freiwillig zur Waffen-SS, erlebte alle Härten des Krieges- und entkam nur knapp einem US-Killerkommando. Sein Buch "Ich habe meine Pflicht erfüllt!" ist ein aufrüttelnder Zeitzeugenbericht und verteidigt eine zu Unrecht verunglimpfte Truppe.<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/29120" berichtet am 22. Mai 2024 (x1.366/…): >>♫ **Klaus, du bist schon kraß** ♫
Am 04.05.24 feierte dieser Song beim internationalen OCG- / Kla.tv-Freundestreffen Premiere und heute, gut 2 Wochen später titelt die NZZ "Rücktritt auf Raten: WEF-Gründer Klaus Schwab bereitet seine Nachfolge vor". Hat Klaus Schwab so schnell kapiert, daß er nicht der Krasseste ist? Wohl eher nicht... Wer sich mit den Hintergründen zum WEF beschäftigt erkennt schnell, daß der Architekt des WEF so schnell nicht die Zügel aus der Hand gibt. Daher dürfen wir beherzt mitsingen, wenn es heißt "Klaus, lauf lauf lauf ... oder wechsel schnell noch die Seiten" …

Liedtext

Ich sing dir heute Klaus, weil du dir so Mühe gibst
Uns alles wegzunehmen, was jeder von uns liebt
Ein böses Superhirn, so stellst du dich gern dar
Doch zeigt sich immer mehr … das ist ja gar nicht wahr

Klaus schau nur "Alien Musk", der mit der Raumfahrt prahlt
Und all die Menschen aus dem All mit 5G hart verstrahlt
Oder nehmen wir "Chef Bezos" - der Online-König ist
Hat den Mittelstand zerstört - mit Preisdumping und List

… und beide sind so viel reicher als du

Klaus du bist schon kraß, doch andre sind noch krasser
Der WEF am Sinken, und du wirst immer nasser
Der Great Reset am Scheitern, denn es regt sich Widerstand
Deine Chefs sind nicht zufrieden… und sie haben dich in der Hand

Bill der alte Fuchs - impfte viele krank und tot

Der Macher einer "Lösung" - erschuf zuvor die Not.
Billy "Gates" so gut - er hat Großes vorzuweisen
Doch du bist immer nur auf 2030 am Verweisen

Die USA und Freunde - sie machen es dir vor
Wer etwas Öl besitzt - schaut ins Kanonenrohr
Mit "Liebe" bomben sie - "friedlich" auf jedes Land
Meist unter falscher Flagge - haben sie alles überrannt.
…und du? Warum brauchst du so lange, Klaus?

Klaus du bist schon kraß, doch andre sind noch krasser
Der WEF am Sinken, und du wirst immer nasser
Der Great Reset am Scheitern, denn es regt sich Widerstand
Deine Chefs sind nicht zufrieden… und sie haben dich in der Hand

Der Papst hat mehr Erfolg - als du "Santa Klaus" Schwab
Mit Macht, mit Geld und Einfluß - auf fast jeden Staat
Die echten Größen über dir - ja die aus deiner Sekte
Ziehen deine Strippen - und sind sich am Verstecken

Klaus versteh mich richtig, ein Neustart muß schon sein
Doch wirst DU nichts mehr haben und nicht mehr glücklich sein
Das Machtverhältnis wackelt - die Menschen wachen auf
Drum hier ein kleiner Tipp: "Klaus, lauf lauf lauf"
… oder wechsel schnell noch die Seiten

Klaus du bist nicht schlecht, doch sind noch viele besser
Der WEF, er wackelt, man liefert dich ans Messer
Du weißt du bis am Scheitern, es regt sich Widerstand
Aus deinen eignen Reihen, hinein in jedes Land

Dein Chef hat dir befohlen: Schwab "Klaus" Geld, sei so nett
Du dachtest du seist schlau, und schufst den Great Reset
Doch great ist er nicht wirklich, er wurde schon durchschaut
Jetzt wird durch uns resettet und ne neue Welt gebaut<<

23.05.2024

BRD: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 23. Mai 2024 (x1.369/…): >>**ID-Fraktion schließt AfD-Abgeordnete aus**

Die Rechtsaußen-Fraktion Identität und Demokratie im Europaparlament hat offenbar sämtliche Mitglieder der europäischen AfD-Delegation ausgeschlossen. Laut übereinstimmenden Berichten der "Welt" und dem Nachrichtenportal T-Online stimmten Lega (Italien), Rassemblement National (Frankreich), Vlaams Belang (Belgien) und Freiheit und direkte Demokratie (Tschechien) für einen entsprechenden Antrag des Fraktionschefs Marco Zanni (Lega).

Zuvor war mitgeteilt worden, daß eine Nichtbeantwortung wie üblich als Zustimmung gewertet werde. Die Dänische Volkspartei hatte sich nicht an der Abstimmung beteiligt und wird daher zu den Ja-Stimmen gezählt.

Für den Ausschluß von Fraktionsmitgliedern ist laut Satzung eine absolute Mehrheit notwendig - demnach müssen fünf Delegationen zustimmen. Die AfD, die österreichische FPÖ und die Estnische Konservative Volkspartei stimmten gegen den Ausschluß aller AfD-Mitglieder.

Sie hatten zuvor einen alleinigen Ausschluß von Maximilian Krah beantragt.
Die tschechische Delegation hatte die Frage, ob ein Ausschluß befürwortet oder abgelehnt wird, nicht klar beantwortet. "Wir unterstützen die Meinung von Marine Le Pen", schrieb Delegationsleiter Ivan David in einer der "Welt" vorliegenden Mail an das Präsidium. Dies wurde als Zustimmung gewertet. Erst nach Schluß der Abstimmung teilte Ivan David mit: "Mit der Unterstützung der Stellungnahme von Marine Le Pen habe ich gemeint, daß ich mit dem Beschlußentwurf einverstanden bin."<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 23. Mai 2024 (x1.377/…):
>>**Skandal-Interview? Was Krah wirklich gesagt hat**
Von *Sven Eggers*
Der Wirbel um das Krah-Interview mit dem italienischen Blatt La Repubblica hält bundesweit an. Doch was hat der AfD-Spitzenkandidat zur Europawahl überhaupt gesagt? …
Die Bild treibt es mal wieder auf die Spitze, schreibt von einem "Skandalinterview" oder von den "SS-Aussagen" des Maximilian Krah. Er habe "Mitglieder der SS, Hitlers 'Schutzstaffel', die u.a. für Terror, Folter und Mord in NS-Konzentrationslagern verantwortlichen waren", verteidigt. Welch ein ausgemachter und verlogener Blödsinn! Auch andere Blätter verzapfen ähnlichen Unsinn. COMPACT liegt das komplette Interview im Wortlaut vor.
Provozierende Frage
Gleich zu Beginn des Gesprächs mit der italienischen Tageszeitung wird Krah gefragt: "Sie haben gesagt, die Deutschen sollten stolz auf ihre Vorfahren sein. Auch wenn es SS-Offiziere waren?" Wahrscheinlich hätte er sich auf eine derart provozierende Frage gar nicht einlassen sollen. Hat er aber! Krah sagte nämlich, es käme darauf an, was sie getan hätten. Doch der Reporter ließ nicht locker: "Die SS-Leute waren Kriegsverbrecher."
Daraufhin sagte Krah Folgendes: "Man muß die Fehler individuell bewerten. Am Ende des Krieges gab es fast eine Million SS-Angehörige, auch Günter Grass war in der Waffen-SS. Die Verwandten meiner Frau waren Deutsche, die in Ungarn lebten. Sie hatten die Wahl, sich bei der ungarischen Armee oder bei der SS zu melden. Hätten sie sich als Deutsche zur ungarischen Armee gemeldet, so wußten sie aus dem Ersten Weltkrieg, wäre das ein Todesurteil gewesen."
Und weiter: "Unter den 900.000 SS-Leuten waren auch viele Bauern: Es gab sicherlich einen hohen Prozentsatz an Kriminellen, aber nicht alle waren kriminell. Ich werde nie sagen, daß jeder, der eine SS-Uniform trug, automatisch ein Verbrecher war."
Eine solche Aussage hatten vor Krah schon bundesdeutsche Größen wie Adenauer oder Strauß getätigt. Dennoch wurden anschließend Kübel voll Dreck über dem AfD-Spitzenmann ausgeschüttet. Und auch die AfD-Bundesspitze um Weidel und Chrupalla war nicht bereit, sich schützend vor Krah zu stellen, obwohl gegen seine Aussage inhaltlich ganz und gar nichts einzuwenden ist.
Übrigens: Im weiteren Verlauf des Gesprächs ging es in keiner Weise um Geschehnisse aus der Vergangenheit, sondern um Feministinnen, um das Verhältnis zu Rußland, das Format Voice of Europa ("Haben die Russen Ihnen Geld gegeben"? - "Niemals!") und natürlich um China. Hier führte Krah aus:
"Ich glaube, es gibt eine gewisse Phobie gegenüber China. Es geht hier um anderthalb Milliarden Menschen, und es gibt enorme wirtschaftliche Interessen. Ich lasse mich von diesen Mobbing-Kampagnen nicht einschüchtern."
Schließlich wurde Krah gefragt, warum die AfD bei jungen Menschen so beliebt sei. Seine Antwort: "Die jungen Leute wissen, daß ihre Zukunft anders aussieht als das, was ihnen ihre Lehrer und Eltern erzählen. Die Linke ist für junge Leute nicht attraktiv. In den 80er Jahren waren in Deutschland die Popper der letzte Schrei. Und sie waren unpolitisch, sie kleideten sich modisch, sie hörten 'I like Chopin'. Stattdessen bedeutet links zu sein heute, vegetarisch

zu essen und ein nachhaltiges Fahrrad zu haben. Das ist nicht sehr cool. Wir sind cool." ...<<
Das deutsche Online-Medienportal "NIUS" berichtet am 23. Mai 2024 (x1.372/…): >>**Deutsche zahlen so viel wie niemand anderes in Europa: Die Höhe des Strompreises ist unantastbar**
Steigen immer weiter: die Strompreise in Deutschland.
Redaktion
Amtlich! Deutsche zahlen den höchsten Strompreis in Europa.
Eine Kilowattstunde Strom für den privaten Haushalt kostete im zweiten Halbjahr 2023 in Deutschland brutto 41,6 Cent, inklusive Steuern und Abgaben. Damit liegt Deutschland an der Spitze aller 27 EU-Länder und knapp 13 Cent über dem EU-Durchschnittspreis für Strom (28,5 Cent). Das ergab eine Anfrage der Bundestagsabgeordneten Sahra Wagenknecht beim Statistischen Bundesamt.
Steuern und Abgaben in Deutschland besonders hoch
Am billigsten ist demnach die Kilowattstunde in Ungarn mit 11,09 Cent und in Norwegen mit 12,11 Cent. Die großen Preisunterschiede kommen vor allem durch Steuern und Abgaben zustande, die in Deutschland besonders hoch sind.
Das Wirtschaftsministerium hat eine Prognose veröffentlicht, wie sich die Strompreise in Deutschland in den nächsten Jahrzehnten entwickeln. Demnach pendelt sich der Strompreis in den nächsten 20 Jahren zwischen 37 und 42 Cent pro Kilowattstunde ein. Die Tiefstwerte werden für die Jahre 2024 und 2025 angenommen. Danach würde der Preis schrittweise steigen - auf 40,27 Cent pro Kilowattstunde im Jahr 2042.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 23. Mai 2024 (x1.368/…): >>**Deutsche Lebenserwartung im Sinkflug: Fast zwei Jahre hinter anderen westeuropäische Staaten**
Die Lebenserwartung in Deutschland sinkt rapide. Im Vergleich mit anderen westeuropäischen Staaten stieg der Rückstand Deutschlands auf 1,7 Jahre an - im Jahr 2000 lag die Lebenserwartung der Bundesrepublik noch 0,7 Jahre hinter anderen Staaten. Gleichzeitig sinkt auch die Geburtenrate.
Wim Lukowsky
Die Lebenserwartung ist in Deutschland weiter rückläufig. Im Vergleich mit dem westeuropäischen Durchschnitt ist das erwartbare Sterbealter in Deutschland seit 2000 um ein ganzes Jahr zurückgegangen. Das belegt eine Studie des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BiB) und des Max-Planck-Instituts für demografische Forschung.
In der Arbeit untersuchten die Wissenschaftler die Sterblichkeitstrends von 15 westeuropäischen Staaten über mehrere Jahrzehnte bis 2022. Aus den Darstellungen des BiB geht hervor, daß Männer in Deutschland eine Lebenserwartung von etwa 78 Jahren, Frauen hingegen von 83 Jahren aufweisen. Im westeuropäischen Vergleich liegt Deutschland somit 1,7 Jahre unter dem Durchschnitt - im Jahr 2000 waren es noch 0,7 Jahre.
Deutschland gehört damit zu den Schlußlichtern der 15 untersuchten Staaten, schließt das BiB. Das Institut erarbeitete auch die Unterschiede zwischen der West- und Ostbevölkerung in Deutschland. Nach der Wende näherte sich die niedrigere Lebenserwartung in Ostdeutschland den Zahlen in Westdeutschland an. Während die Lebenserwartung dort und im Bundesdurchschnitt in den letzten Jahren erstmals über einen längeren Zeitraum wieder sank, verzeichnete Ostdeutschland einen erneuten Anstieg der Lebenserwartung.
Für den gesamtdeutschen Rückgang sind wiederum einzelne Altersgruppen zuständig: Während die Lebenserwartung bei Frauen ab 75 Jahren in Deutschland im westeuropäischen Vergleich unterdurchschnittlich ausfällt, sind vor allem Männer im Alter von 55 bis 74 Jahren - somit auch die geburtenstarken Jahrgänge der 1960er Jahre - von einer niedrigeren Lebenserwartung betroffen.

Das BiB macht vor allem Herz-Kreislauf-Erkrankungen für die niedrigere Lebenserwartung verantwortlich. Kardiovaskuläre Vorfälle sind in Deutschland seit Jahren die Haupttodesursache, in Berlin stiegen die Rettungseinsätze wegen derartiger Erkrankungen in den letzten Jahren massiv an. 2023 verzeichnete die Berliner Feuerwehr einen Anstieg der Einsätze wegen Herz-Kreislauf-Erkrankungen von 56 Prozent (Apollo Medien berichtete).
Neben der fallenden Lebenserwartung ist auch die Geburtenrate in Deutschland weiter rückläufig. 2023 erreichte die Fertilitätsrate einen neuen Rekord-Tiefstand von 1,36 Kindern pro Frau, teilte das BiB bereits im März mit. Seit 2022 fällt die Geburtenrate demnach rapide. Setzen sich die Abwärtstrends der Lebenserwartung und der Geburtenrate über einen längeren Zeitraum fort, könnte sich dies wegen fehlender Arbeitskräfte auch zu einer existentiellen Bedrohung für den Wohlstand in Deutschland entwickeln.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 23. Mai 2024 (x1.377/…):
>>**75 Jahre Grundgesetz: Das große Mißtrauen**
Von *Sven Eggers*
Vor 75 Jahren wurde das Grundgesetz installiert. Herrschende Politiker treten es heute mit Füßen. Die Corona-Zeit hat die Feinde unserer Grundrechte entlarvt. Auch das Friedensgebot wird mißachtet. "Verbrecher an der Macht" lautet denn auch das Titelthema einer der letzten COMPACT-Ausgaben. …
"Tag des Grundgesetzes": Als solcher gilt der heutige 23. Mai. Vor 75 Jahren trat das GG, eigentlich provisorisch, in Kraft, quasi die Geburtsstunde der Bundesrepublik Deutschland. Zuvor war das Grundgesetz vom Parlamentarischen Rat, also den Vertretern der Länderparlamente, verabschiedet worden.
Sie halten sich nicht dran!
Das Grundgesetz ist geprägt von der Weimarer Reichsverfassung und der Paulskirchenverfassung. Es legt großen Wert auf Menschenrechte. Und es verpflichtet speziell den Bundespräsidenten, den Nutzen des deutschen Volkes zu mehren, Schaden von ihm abzuwenden und Gerechtigkeit zu üben.
Volksvertreter hatten schon immer Probleme, sich an das Grundgesetz zu halten. In den vergangenen Jahrzehnten mußte das Bundesverfassungsgericht hunderte Male Gesetze oder Vorhaben von Etablierten zurückpfeifen, weil sie nicht mit dem GG in Einklang zu bringen waren. Die Corona-Jahre haben volksfeindliche Eliten dann endgültig entlarvt.
Freiheiten nur für Geimpfte? - Eiskalt trieben Politiker aller Schattierungen dieses grundgesetzfeindliche Spiel voran. Die Folgen des Wahnsinns sind schrecklich. Impftote und Impfgeschäftige mahnen.
Jetzt wollen sie uns auch noch "kriegstüchtig" machen. Daß das Grundgesetz nur den Verteidigungsfall kennt und uns schon in der Präambel verpflichtet, "in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen", wird mit unerträglicher Arroganz mißachtet.
Erschüttertes Vertrauen
Entsprechend erschüttert ist mittlerweile das Vertrauen der Bürger in staatliche Institutionen. Die Umsetzung des Grundgesetzes wird vielfach als mangelhaft empfunden. Das geht auch aus einer neuen Umfrage des Meinungsforschungsinstitut Insa hervor.
Zwar halten demnach 65,9 Prozent der Befragten "die in Deutschland geltende Form der Demokratie" grundsätzlich für die beste Staatsform, doch 25,2 Prozent sehen das anders. Satte 40,7 Prozent unterschreiben nicht den Satz "Deutschland hat eine gut funktionierende Demokratie". Und nur eine Minderheit von 38,9 Prozent ist der Auffassung, daß die BRD ihren Aufgaben alles in allem gerecht werde.
"In Deutschland gibt es keine Zensur". Beinahe unglaubliche 48,5 Prozent der Bundesbürger sehen das anders, 40,7 Prozent kritisieren darüber hinaus, daß die Meinungsfreiheit in Deutschland nicht wirksam geschützt werde. In der Tat klingt Artikel 5 des Grundgesetzes

heute allenfalls wie Wunschdenken:
"Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt."
Daß Ehe und Familie in Deutschland besonders geschützt würden, wie vom Grundgesetz vorgegeben, verneinen 35,1 Prozent. 38,8 Prozent glauben nicht mehr an die Unabhängigkeit deutscher Gerichte, 40 Prozent finden, es gehe in Deutschland ungerecht zu. ...<<
Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/29128" berichtet am 23. Mai 2024 (x1.366/…): >>**Katharina Koenig zieht vor Gericht: "Meine Stimme erhebe ich für alle Geschädigten!"**
Für die dringend notwendige Corona-Aufarbeitung geht die Impfgeschädigte Katharina Koenig als Vorbild voran. Sie erstattet Anzeige gegen sämtliche Einrichtungen sowie Personen, die ihr die Hilfe wegen ihres Post-Vac-Syndroms verweigert haben. Sehen Sie - passend zum Tag der Grundrechte - im Folgenden ihre ermutigende Rede, die sie anläßlich des Pressesymposiums: "geimpft, geschädigt, geleugnet … und nun?" des Vereins MWGFD gehalten hat. …
Katharina Koenig:
"Denn viele trauen sich nicht. Sie sagen: "Es geht nicht. Du kannst nicht gegen Politiker klagen." Doch - kann man, man muß das nur wollen! Und ich hab's durchgezogen."
"Und ich produziere immer noch wie eine Maschine die Spike-Proteine. Das ist eine Schande. Und jeder Politiker und vor allem Doktor Drosten und wie sie alle heißen, die Protagonisten, sie haben alle gelogen. Bewußt. Und Deswegen gehe ich gerichtlich gegen sie vor, ..."
"Die rechtlichen Schritte sind der Weg zum Erfolg gegen das größte Verbrechen an der Menschheit." Diese Aussage machte Katharina Koenig in ihrem Kanal "No Time To Die".
Anläßlich des Pressesymposiums: "geimpft, geschädigt, geleugnet und nun?" des Vereins MWGFD (Mediziner und Wissenschaftler für Gesundheit, Freiheit und Demokratie, e.V.) berichtet die Impfgeschädigte Katharina Koenig ungeschminkt von der untersagten Hilfeleistung vieler Institutionen. Kla.TV hat ihre ganze Leidensgeschichte in der Sendung "Impfschaden so sieht "im Stich gelassen" dann ganz praktisch aus" (www.kla.tv/26715) bereits in voller Länge veröffentlicht.
Jetzt hat Katharina Koenig gegen sämtliche Einrichtungen sowie Personen, die ihr die Hilfe wegen ihres Post-Vac-Syndroms untersagt haben, Anzeige erstattet.
Ebenso geht sie juristisch gegen Politiker vor wegen deren Mittäterschaft bei den Corona-Verbrechen. Denn laut der UN-Menschenrechtskonvention gibt es bei Verbrechen gegen die Menschlichkeit weder Immunität noch Verjährung.
Sehen Sie nun im Folgenden einen Zusammenschnitt ihrer Rede, die insbesondere Impfgeschädigte ermutigen soll, zu kämpfen und nicht aufzugeben.
Hilfestellungen für Impfgeschädigte bietet der Verein MWGFD dazu auf seiner Webseite. (https://www.mwgfd.org/vorlagen-downloads/)
Katharina Koenig: ... Da könnt Ihr sehen, wo ich 27 Kilo gewogen habe und ich nicht essen konnte über zwei Jahre. Über zwei Jahre. Und sie haben gesagt, ich bin nicht krank. Sie haben mir den Darm amputiert, und ich hatte eine Sepsis nach der anderen. "Aber du bist nicht krank. Du hast wahrscheinlich Liebeskummer." Immer weil ich gesagt habe, es kommt von der Impfung. "Nein, dann sind Sie ein Querdenker."
Aber dann haben sie wieder operiert und wieder amputiert. Und es war eine sehr lange Zeit, bis ich irgendwann ausgerastet bin im Oktober 22, als ich blutend in der Notaufnahme liegen gelassen worden bin. Im Krankenhaus in Hamm. Ich habe dieses Krankenhaus angezeigt. Die Klage läuft. ... Und jetzt habe ich den besten Arzt, den ich mir hätte vorstellen können, nach so langer Zeit. Ein Arzt, der mich gesehen hat, eine Blutuntersuchung gemacht hat und noch

eine.
Und nach ganz kurzer Zeit konnte ich wieder vernünftig laufen. Ich habe weniger Schmerzen gehabt und vor allen Dingen habe ich nicht mehr geblutet. Nicht mehr aus dem Darm, nicht mehr aus der Nase, nicht mehr aus dem Mund. Und mir sind keine Abszesse im Mund mehr gewachsen. Vor allem haben meine Nieren aufgehört zu versagen. Sie waren permanent am Versagen. Aber sie haben immer in meinem Bericht geschrieben im Krankenhaus, es waren insgesamt 18 Krankenhäuser: "Frau Koenig hat das Krankenhaus in einem guten Zustand entlassen." Mit der Empfehlung zur Psychiatrie.
Ich habe alle Krankenhäuser angezeigt und heute kann ich verkünden: die Klage Koenig gegen die Krankenhäuser ist angenommen worden. Und ich bin darauf sehr stolz. Die Klage Koenig gegen Lauterbach ist angenommen worden. Und ich werde Karl Lauterbach bis zum allerletzten kämpfen gegen ihn. Die Klage Koenig gegen den RKI und dem Paul-Ehrlich-Institut ist angenommen worden. Ich bin stolz auf meine beiden Anwälte. Der eine Anwalt ist Tobias Ulbricht. Der geht mit mir bis zum Letzten gegen BioNTech. Und der Anwalt Wilfried Schmitz wird mit mir die ganzen strafrechtlichen Klagen machen.
Für all das, wo ich ausgelacht worden bin. Von der deutschen Presse. Vom deutschen Fernsehen. Als ich RTL geschrieben habe im August 21: "Ich werde sterben, aber ich will wissen warum, und ich denke, ich habe einen Impfschaden", hat RTL mir per E-Mail geschrieben und mich ausgelacht: "Frau Koenig, es gibt keine Impfschäden." Aber RTL, ich sehe das anders. Und ich denke, der Rest von Deutschland auch. Ich nehme kein Blatt vor den Mund. Die Leute haben mich beleidigt, denunziert und beschimpft.
Ich bin bespuckt worden, während ich vor meiner Krankenkasse sitze und ganz alleine über Monate vor meiner Krankenkasse eine Ein-Mann-Demos mache. Niemand hat mir geholfen. Aber man muß aufstehen, so wie die Dame ganz rechts gerade gesagt hat. Man muß kämpfen. Nicht liegen bleiben wie die anderen, nicht wie die, die mir schreiben: "Ich kann das nicht so wie du." Warum nicht?
Ich frage sie: warum könnt Ihr das nicht? Ihr seid krank gespritzt worden. Manche mehr, manche weniger wie ich. Aber wenn wir jetzt aufgeben, haben wir schon verloren. Wir müssen stark sein. ... Das ist zum Beispiel ein Brief von der St. Barbara Klinik. Das sind exakt, auf den Tag genau, sechs Wochen nach der zweiten Geninduktion. Ich sage bewußt Geninduktion, weil es keine Impfung ist.
Am 22.06. haben sie mich kaputt gespritzt und mir mein Leben genommen. Mein ganzes Kapital, was ich hatte, und meine Existenz. Ich konnte nicht im September 21 meine eigene Autowerkstatt eröffnen. Denn im September 21 lag ich schon sechs Wochen und habe mit dem Tod gekämpft. Denn am 3.8. wurde… habe ich einen Schlaganfall bekommen, den zweiten - den ersten bei meiner Impfung - den zweiten am 3.8. Mein Darm ist explodiert. Mein Magen hat nicht mehr gearbeitet. Und ich hatte 1,5 Liter Eiter in meinem Bauch. Ich wurde fast 16 Stunden am Stück operiert.
Danach haben sie gesagt: "Wir machen sowieso nichts. Du bekommst keine Therapie. Du bekommst keine Reha. Es gibt keine Impfschäden. Wie kommst du darauf, uns zu sagen, daß es Impfschäden geben würde?" Aber, liebe Barbara Klinik, Ihre Klage ist auch angenommen worden. Deshalb bin ich heute hier, um das zu verkünden. Denn viele trauen sich nicht. Sie sagen: "Es geht nicht. Du kannst nicht gegen Politiker klagen." Doch, kann man, man muß das nur wollen! Und ich hab's durchgezogen. Ich habe monatelang recherchiert. Wer ist Prof. Dr. Karl Lauterbach?
... Dieser Mann war zu feige, mir im Bundestag gegenüberzutreten, während das zweite Corona-Symposium war. Er ist nicht gekommen. Er war eingeladen. Aber Herr Prof. Dr. - ich möchte Sie gar nicht so nennen - wir werden uns trotzdem sehen demnächst. Sie haben von mir nämlich schon Post bekommen und von meinem Anwalt. Und vom Gericht. Das ist mir

sehr wichtig, weil es zu wenige tun. Es gehen wenige, die versuchen überhaupt, den Weg der Klage zu gehen.
Ich kann allen Impfgeschädigten sagen, wenn Ihr eine Rechtsschutzversicherung habt und sie sagt, wir bezahlen nicht. Dagegen könnt Ihr sogar klagen. Das ist nämlich Deutschland. Ihr könnt gegen euren eigenen Rechtsschutz klagen, daß Ihr es dennoch bezahlt bekommt. Und das ist wichtig. Ihr solltet das tun, je mehr wir sind. Weil solange Ihr schweigt, werde ich als Einzelfall gelten. All die Personen, die heute hier gesprochen haben, wir werden beschimpft, weil so viele schweigen. Ich habe eine Million Briefe zu Hause. Das ist kein Scheiß.
Diese Briefe sind von Impfgeschädigten. Sie schreiben mir. Sie wollen Hilfe von mir. Sie möchten auch zu meinem behandelnden Arzt. Ich helfe ihnen auch. Auch wenn andere sagen, Katharina, du bist kein Arzt. Aber dennoch weiß ich, wie es geht. Weil ich mußte es zwei Jahre alleine tun. Jetzt bin ich nicht mehr alleine. Mein Facharzt, Ralf Dillenburg, geht mit mir, und wir machen eine hervorragende Therapie. Aber ich helfe sehr gerne den anderen Menschen und ich bin darauf stolz. Und das ist mir scheißegal, wenn jemand sagt, du darfst das nicht. Aber sie brauchen Hilfe.
Da frage ich, wo sind die anderen Ärzte, die ganz feige mir ins Gesicht sagen oder die Kliniken, die mir schreiben: "Wir nehmen Sie nicht in unser Krankenhaus auf, weil Sie Post-Vac sind"? Ich kriege eine schriftliche Ablehnung aus ganz Deutschland von verschiedenen Kliniken. Das wird ein Nachspiel irgendwann haben. Wie können sie in den Spiegel gucken, wenn sie Menschen wie mir schreiben: "Du kriegst keine Behandlung, weil du Post-Vac bist." Ich spreche auch explizit die Klinik Marburg an. Sie hat mich abgelehnt mit der Begründung. "Sie sind Post-Vac, Frau Koenig."
Ja, das weiß ich auch, aber dennoch brauche ich Hilfe, Herr Doktor. Im Hintergrund seht ihr mein Powerpoint. Das sind meine Krankenhaustage und meine Arztbesuche. Manchmal waren es vier Arztbesuche pro Tag, wo jeder Arzt mir gesagt hat: "Aber ich denke, ich werde dir nicht helfen, weil ich habe Angst vor Vater Staat, wenn ich dir helfe." Ich habe bei mehreren Ärzten… ich bin bei manchen ruhig geblieben, bei manchen nicht. Das ist ein bißchen lauter geworden, weil ich bin nicht der Typ, der schweigt. ...
Ich nehme 63 Nahrungsergänzungsmittel. Einige sind dafür da, daß ich sprechen kann mit Ihnen und daß ich vernünftig denken kann. Andere sind dafür da, daß ich etwas nicht vergesse. Andere sind dafür da, weil ein Großteil meines Darms amputiert worden ist, und ich kann gerne essen mit Ihnen, aber das nimmt mein Körper nicht auf. Deswegen muß ich das anders machen - über Nahrungsergänzung, flüssig oder als Kapsel. Sonst verhungere ich. Ich bin nicht gerne so dünn, aber ich werde für immer so dünn bleiben. Aber ich gebe die Hoffnung nicht auf, weil ich von meinem behandelnden Arzt gehört habe, daß es Menschen gibt, wo die Spike-Produktion irgendwann aufhört.
Sie können das bitte weiterlaufen lassen. Ich wollte, daß das ganze Powerpoint gezeigt wird, weil da sind meine Spike-Proteine, meine Messungen, die ich alle zwei Monate mache, und ich produziere immer noch wie eine Maschine die Spike-Proteine. Das ist eine Schande. Und jeder Politiker und vor allem Doktor Drosten und wie sie alle heißen, die Protagonisten, sie haben alle gelogen. Bewußt. Und Deswegen gehe ich gerichtlich gegen sie vor, und ich werde mich jederzeit auf die Straße stellen und gegen sie stellen, weil sie alle miteinander Lügner sind.
Ich möchte noch eines sagen. Ich habe in meinem Kanal, der auch No Time To Die heißt, unter anderem Papiere der EMA erst auf Deutsch übersetzen lassen. Es sind 140 Seiten, die ich von meinem Anwalt bekommen habe. Da steht auf Seite 140: Die erste Testphase am Menschen ist abgeschlossen im Oktober 2023. Die zweite Testphase am Menschen Dezember 2023, wird beendet sein 2026 und die dritte 2029. Die EMA weiß das. Das Europaparlament weiß das. Und der Deutsche Bundestag sagt nichts. Sie schweigen, aber ich nicht.

Es ist eine Schande für jeden Arzt, der uns nicht behandelt. Ich habe jeden Tag Zooms und private Telefonate mit Impfgeschädigten, denn es werden jeden Tag mehr, die sich bei mir melden. Ich werde irgendwann die Briefe mal weiterleiten, einfach an den Deutschen Bundestag, oder ein gigantisches Plakat drucken lassen zusammen mit Arthur Helius. Und dann werde ich nach Berlin fahren und den ganzen, egal von welcher Partei sie sind, die das Ausmaß zeigen, was mir - ich wollte Hilfe haben, ich wollte einfach nur einen Arzt. Aber als Geschenk habe ich bekommen über eine Million Impfgeschädigte. Das ist eine Schande für's ganze Land." ...<<

24.05.2024

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 24. Mai 2024 (x1.377/…): >>**Waffen-SS: Auch Schmidt und Kohl nahmen sie in Schutz**

Von *Daniell Pföhringer*

Nicht nur Konrad Adenauer stellte sich schützend vor die Soldaten der Waffen-SS, auch zwei seiner Nachfolger sprachen sich - wie AfD-Mann Maximilian Krah - für eine differenzierte Sichtweise aus. Einer, der dabei war, ist Günter Adam, der sich als 16-Jähriger freiwillig zur Waffen-SS meldete. Seinen Erlebnisbericht finden Sie hier.

"Wenn wir damals in Rußland wußten, rechts oder links von uns, oder vor uns, liegt eine Division der Waffen-SS, dann konnten wir ruhig schlafen." - Stammt dieses Zitat von einem Ewiggestrigen, der nicht kapiert hat, daß angeblich alle SS-Leute Verbrecher waren?

Nein, dieser Satz stammt von Helmut Schmidt, der von August bis Ende 1941 als Wehrmachtoffizier einer leichten Flakabteilung der 1. Panzer-Division an der Ostfront eingesetzt war. Schmidt nahm unter anderem an den Kämpfen um Leningrad teil und wurde in dieser Zeit mit dem Eisernen Kreuz zweiter Klasse ausgezeichnet. Getätigt hat er obige Aussage 1952 - kurz bevor er für die SPD in den Bundestag einzog.

Schmidt äußerte sich wie Krah

Anders als bei Maximilian Krah von der AfD ("Ich würde nie sagen, daß jeder, der eine SS-Uniform trug, automatisch ein Verbrecher war") tat die Äußerung Schmidts seiner Karriere keinen Abbruch. Er wurde Senator in Hamburg, später Verteidigungs- sowie Finanzminister und zog schließlich ins Kanzleramt ein.

In ihrer Ausgabe vom 12.11.1965 zitierte die Zeit Schmidt sogar mit einer Aussage, die jener von Krah sehr ähnlich ist. Überschrieben war der Beitrag mit "Keine Kollektivschuld" - und wörtlich sagte der damalige Hamburger Innensenator:

"Man darf nicht in den Fehler verfallen, alle 900.000 Soldaten der Waffen-SS mit einer besonderen Kollektivschuld zu beladen und sie mit den SS-KZ-Bewachungsmannschaften in einen Topf zu werfen."

Das deckt sich mit Äußerungen von CSU-Ikone Franz Josef Strauß, Altkanzler Konrad Adenauer und des ersten Nachkriegsvorsitzenden der SPD, Kurt Schumacher, der von den Nazis viele Jahre in KZs gesperrt worden war. Die Zitate dieser honorigen Persönlichkeiten finden Sie hier.

Schumachers Brief an Veteranen

NS-Gegner und SPD-Legende Schumacher nahm sogar mehrfach Stellung zu der heute verfemten Truppe. 1951 schrieb der Bundestags-Oppositionsführer in einem Brief an Waffen-SS-Veteranen:

"Aus dem Zweiten Weltkrieg sind mehr als neunhunderttausend Angehörige der Waffen-SS zurückgekehrt. Diese Waffen-SS ist weder mit der allgemeinen SS noch mit den speziellen Organisationen der Menschenvernichtung gleichzusetzen. Sie war für Kriegszwecke geschaffen. Sicher sind viele der jungen Männer Träger einer spezifisch hitlerischen Ideologie gewesen, ohne aber die Verbrechen der zwölfjährigen Diktatur als solche zum Bestandteil ihrer politischen Zielsetzung zu machen. Hunderttausende aber sind ohne ihr Zutun für die SS als

Wehrmachtsteil eingezogen und dahin abkommandiert worden.
Die Mehrzahl dieser neunhunderttausend Menschen ist in eine ausgesprochene Pariarolle geraten. Sie sind kollektiv haftbar für die Verbrechen des Sicherheitsdienstes, des SD, und der Menschenvernichtungsaktionen gemacht worden, obwohl sie als Waffen-SS kaum nähere Berührung damit hatten als manche andere Wehrmachtsteile. Zu jedem totalitären System hat es gehört, mit allen Methoden der Verstrickung ein Ergebnis der Mitschuld aller zu erzeugen."
Und weiter:
"Die Sozialdemokratische Partei ist ausgegangen und geht aus von jeder Ablehnung und Bekämpfung der Kollektivschuld. ... Uns scheint es eine menschliche und staatsbürgerliche Notwendigkeit zu sein, diesen Ring zu sprengen und der großen Masse der früheren Angehörigen der Waffen-SS den Weg zu Lebensaussicht und Staatsbürgertum freizumachen."
Schumacher schloß sein Schreiben mit den Worten: Ihnen, die keine kriminelle Schuld auf sich geladen haben, sollte man die Möglichkeit geben, sich erfolgreich mit der für sie neuen Welt auseinanderzusetzen."

Kohl: "Verurteilung steht uns nicht zu"

Auch Bundeskanzler Helmut Kohl lehnte eine einseitige Sicht auf die Truppe mit Totenkopf auf der Mütze ab. 1985 kam es zu einem Eklat, als er gemeinsam mit US-Präsident Ronald Reagan den Soldatenfriedhof in Bitburg besuchte. Neben zahlreichen Wehrmachtangehörigen liegen dort auch die Gebeine von 49 Waffen-SS-Soldaten begraben.
Für Kohl und Reagan war es - im Gegensatz zur Linkspresse - überhaupt kein Problem, auch diesen tapferen Kämpfern die Ehre zu erweisen. Auch im Nachhinein rückte der Altkanzler von seiner Position nicht ab. In Band 2 seiner Memoiren schrieb er zum sogenannten Bitburg-Skandal: "Es lagen also SS-Soldaten auf dem Soldatenfriedhof in Bitburg - und über diesen Gräbern sollte der amerikanische Präsident eine Geste der Versöhnung zeigen? Das war zu viel für viele Reagan-Kritiker, zu viel für meine Kritiker.
Doch wer sich mit der Geschichte der Waffen-SS beschäftigt, weiß, daß viele dieser blutjungen Soldaten gar keine Chance hatten, dem Einberufungsbefehl zur Waffen-SS zu entgehen.
Ich ließ mir damals die Namen und Daten von den Grabplatten notieren. Von den neunundvierzig namentlich auf den Grabplatten des Friedhofs in Bitburg aufgeführten SS-Soldaten waren zweiunddreißig an ihrem Todestag jünger als zwanzig Jahre. Es handelt sich also um im Alter von siebzehn, achtzehn und neunzehn Jahren Gefallene.
Ihr junges Leben währte viel kürzer als die Zeit, die uns 1985 von ihrem Todestag trennte. Sie starben in einem barbarischen Krieg. Es ist wahr, daß die Verstrickungen unserer jüngsten Geschichte schon für die, die dabei waren, schwer begreiflich sind. Um wie viel mehr sind sie für eine nachgewachsene Generation oft genug kaum begreiflich - und für jene, die nicht hier lebten, die in einem anderen Kontinent aufwuchsen, müssen sie ganz unbegreiflich sein."
Kohl schloß mit den Worten: "Ich denke, uns steht ein Urteil über eine solche Haltung oder gar eine Verurteilung nicht zu."
Liebe Frau Le Pen, liebe Frau Weidel, lieber Herr Chrupalla: Warum also wurde Maximilian Krah eiskalt abserviert? Er hat nichts anderes gesagt als Helmut Schmidt und Helmut Kohl - und vor ihnen Konrad Adenauer, Kurt Schumacher und Franz Josef Strauß!
Kein Verbrecher: Günter Adam meldete sich als 16-Jähriger freiwillig zur Waffen-SS, erlebte alle Härten des Krieges- und entkam nur knapp einem US-Killerkommando. In seinem Erlebnisbereich "Ich habe meine Pflicht erfüllt!" legt er Zeugnis ab über den Kampf in seiner zu Unrecht verunglimpften Truppe.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 24. Mai 2024 (x1.369/…):
>>**Interesse der Jugendlichen an Klimawandel etwas gesunken**
47 Prozent der Jugendlichen halten das Thema Klimawandel für "sehr wichtig". Das geht aus einer Studie der Krankenkasse Barmer hervor, für die im September und Oktober des Vorjah-

res bundesweit rund 2.000 Jugendliche im Alter zwischen 14 und 17 Jahren befragt wurden und über die die "Welt" berichtet. Verglichen mit der Befragung aus dem Jahr 2022 hat dieser Wert um vier Prozentpunkte abgenommen. Gegenüber der Studie aus 2021 ergibt sich ein Rückgang um zwölf Prozentpunkte. "Höhere bis hohe" Wichtigkeit räumen dem Thema aktuell rund 62 Prozent der befragten Jugendlichen ein.
Auch dieser Wert hat abgenommen. Im Jahr 2022 lag er bei 66 Prozent. Leicht zurückgegangen ist laut der Studie auch die Angst der Jugendlichen vor den Folgen des Klimawandels. So gaben 36 Prozent der befragten Jugendlichen an, "große Angst" vor dem Klimawandel zu haben. Im Jahr 2022 lag dieser Wert bei 37 Prozent, 2021 bei 39 Prozent. 27 Prozent der Befragten gaben an, "eher Angst" vor der Klimawandel zu haben. Die starken Ängste sind dabei bei formal Hochgebildeten deutlich ausgeprägter als bei formal Niedriggebildeten.
An oberster Stelle der konkreten Ängste vor den Folgen des Klimawandels rangiert unter Jugendlichen die Zunahme von extremen Wetterphänomen wie Hitze, Dürren, Starkregen oder Stürme. 56 Prozent der Befragten gaben an, sich vor diesen Folgen mitunter am meisten zu fürchten. Dieser Wert hat sich gegenüber den Vorjahren kaum verändert und lag im Jahr 2022 sowie 2021 bei 55 Prozent. Am zweithäufigsten fürchten Jugendliche aufgrund des Klimawandels den Verlust von Lebensraum für Tiere und Menschen.
45 Prozent der Befragten gaben an, sich davor mitunter am meisten zu fürchten. Auf Platz drei liegt die Angst vor dem Anstieg des Meeresspiegels durch das Abschmelzen der Polkappen. Bei der Frage, welche konkreten Maßnahmen die Befragten gegen den Klimawandel umzusetzen bereit wären, zeigt die Studie unterschiedliche Ergebnisse. So wären 87 Prozent der befragten Jugendlichen "bestimmt" oder "eher" bereit, Verpackungen zu vermeiden. Ebenfalls sehr hoch ist die Bereitschaft zur Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel, um zur Schule, Arbeit oder Ausbildungsstätte zu gelangen. 84 Prozent wären dazu entweder "bestimmt" oder "eher" dazu bereit.
Das entspricht einem Rückgang von zwei Prozentpunkten gegenüber 2022. Dagegen äußern mehr Jugendliche als 2022 die Bereitschaft, das Rad als Transportmittel zur Schule oder Arbeit zu nutzen. Auch bei den Themen Duschen und Heizen zeigen Jugendliche weiterhin hohe Verzichtbereitschaft - wenngleich mit abnehmender Tendenz gegenüber dem Jahr 2022. Weniger heizen könnten sich demnach 66 Prozent der Befragten "bestimmt" oder "eher" vorstellen. 2022 stimmten dieser Maßnahme noch 74 Prozent zu.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 24. Mai 2024 (x1.376/…): >>**Gottfried Curio (AfD): Grenzkontrollen allein lösen die Migrationskrise nicht**
Die wieder ansteigenden Asylzahlen kommen für den innenpolitischen Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Gottfried Curio, "keineswegs überraschend". Mit Blick auf die von Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) angeordneten stationären Grenzkontrollen durch die Bundespolizei kritisierte Curio, daß diese zu spät kamen und auch nicht von dem politischen Willen getragen wurden, "wirklich entschieden und grundsätzlich gegen das Problem der illegalen Migration nach Deutschland vorzugehen".
Zudem würden Grenzkontrollen allein keineswegs ausreichen, die Ströme Hunderttausender nach Deutschland zu stoppen, "wenn nicht endlich der Wille zu einem grundsätzlichen Gegensteuern in der Migrationsstrategie gefaßt wird", mahnte Curio. Er verwies darauf, daß die AfD-Fraktion Sofortmaßnahmen zur Lösung der Migrationskrise vorgeschlagen habe.
Diese würden von einer effektiven Grenzsicherung über notwendige Abschiebemaßnahmen bis hin zur Beendigung eines langen Katalogs von Pull-Faktoren reichen. "Eine wirksame politische Alternative zu den unwilligen Halbheiten der bestehenden Regierungspolitik steht bereit", betonte Curio.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 24. Mai 2024 (x1.368/…): >>**Umverteilung von Netzkosten: Bundesregierung plant weitere Erhöhung der Strom-**

preise

Die Bundesregierung plant eine massive Umverteilung der Netzkosten. Für die Finanzierung der Energiewende sollen die Kosten für den Ausbau von Wind- und Solaranlagen umverteilt werden. Die Folge sind steigende Strompreise für Verbraucher und Wirtschaft.

Deutschland steckt Milliarden in den Ausbau erneuerbarer Energien, um die selbst gesteckten Klimaziele zu erreichen. Doch diese Investitionen haben ihren Preis. Netzbetreiber müssen ihre Infrastruktur massiv ausbauen und modernisieren, um den zusätzlichen Strom aus Wind- und Solaranlagen aufnehmen zu können. Bislang trugen hauptsächlich die Verbraucher in den Regionen, in denen die Anlagen gebaut werden, diese Kosten. Jetzt sollen die Mehrkosten bundesweit auf alle umgelegt werden - eine Maßnahme, die die ohnehin hohen Strompreise weiter in die Höhe treiben wird.

Die Bundesnetzagentur hat einen neuen Festlegungsentwurf veröffentlicht, der die Verteilung der Netzkosten aus der Integration erneuerbarer Energien auf alle Stromkunden in Deutschland abwälzen soll. Laut dem neuen Entwurf sollen Netzbetreiber, deren Erneuerbare-Energien-Kennzahl (EKZ) einen Schwellenwert von 2 überschreitet, "spürbar entlastet" werden. Überschreiten die Mehrkosten diesen Schwellenwert, können sie auf alle Stromverbraucher umgelegt werden.

Die Bundesnetzagentur hat ermittelt, daß 26 Netzbetreiber die Voraussetzungen dafür erfüllen würden. In ihren Netzgebieten könnten die Netzentgelte um bis zu 39 Prozent sinken, lägen aber noch leicht über dem Bundesschnitt. Ein durchschnittlicher Haushalt (3.500 kWh/a) könnte in den betroffenen Netzgebieten bis zu 200 Euro im Jahr sparen, heißt es.

Die Mehrkosten für die Entlastung der betroffenen Netzbetreiber, die auf rund 1,55 Milliarden Euro pro Jahr geschätzt werden, sollen bundesweit auf alle Stromverbraucher umgelegt werden. Dafür will die Bundesnetzagentur den bestehenden Mechanismus der Umlage nach der Stromnetzentgeltverordnung nutzen. Für einen Durchschnittshaushalt mit einem Jahresverbrauch von 3.500 kWh würde die Umlagefinanzierung Mehrkosten von etwa 21 Euro pro Jahr bedeuten. Für Großverbraucher wie die Industrie ist die Mehrbelastung auf maximal 6.050 Euro jährlich begrenzt. Die Festlegung wird im Jahr 2028 neu evaluiert.

Kritiker sehen in dem Umverteilungsmodell eine Wettbewerbsverzerrung zugunsten des Ausbaus erneuerbarer Energien. Anstatt die Kosten verursachergerecht bei den Betreibern von Wind- und Solaranlagen zu belassen, würden sie nun auf alle Stromkunden abgewälzt. Dies führt zu einer versteckten Subventionierung der erneuerbaren Energien durch Verbraucher in Regionen, die weniger von der Energiewende profitieren.

Die Umverteilung der Kosten könnte zudem zu einem Effizienzverlust führen. Wenn Netzbetreiber wissen, daß sie ihre Mehrkosten einfach auf alle Verbraucher abwälzen können, fehlt der Anreiz, kosteneffizient zu arbeiten. Die Gefahr besteht, daß ineffiziente Investitionen und Planungsfehler durch die allgemeine Kostenverteilung kaschiert werden. Die Verbraucher zahlen am Ende die Kosten für eine ineffiziente und möglicherweise überteuerte Netzintegration. Besonders die Deutsche Industrie- und Handelskammer sowie andere wirtschaftliche Interessenverbände äußern Bedenken, daß die geplante Maßnahme zu Lasten der Wirtschaft und der Verbraucher geht.

Die Bundesnetzagentur arbeitet im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz von Robert Habeck.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 24. Mai 2024 (x1.376/…):

>>**Deutschland braucht einen "Exorzismus" gegen Faeser & Co.!**

Deutschland feiert das 75-jährige Bestehen des Grundgesetzes. Für "Ex-Bild-Politikchef" Einar Koch haben die Feiern einen faden Beigeschmack. Für ihn ist das Grundgesetz die "Bibel der Demokratie". Diese brauche es mehr denn je, um die Dämonen der Unfreiheit auszutreiben, meint der Autor unter Hinweis auf den Filmklassiker "Der Exorzist".

VON *EINAR KOCH**

Bibel der Demokratie

Wo er ausnahmsweise recht hat, hat er recht: "Diese Verfassung gehört zum Besten, was Deutschland hervorgebracht hat", sagte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier bei der Eröffnungsfeier zum 75-jährigen Bestehen unseres großartigen Grundgesetzes.

Unter Berufung auf Artikel 5 der Verfassung ("Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten"), eine der wichtigsten Normen überhaupt, erlaube ich mir anzumerken: Die Worte des Staatsoberhauptes grenzen an Zynismus, weil sie ausgerechnet der Mann sagt, der eine nicht nur klammheimliche Freude darüber empfindet, daß das Grundgesetz von denjenigen, die ihm zu einer zweiten Amtszeit verholfen haben, mit Füßen getreten wird.

In diesen Tagen sollten wir uns mehr denn je daran erinnern, was die Väter des Grundgesetzes im Hinterkopf hatten, als sie vor 75 Jahren im Bonner Provisorium mit insgesamt 146 Artikeln das Gründungsversprechen der Bundesrepublik Deutschland formulierten. Es sollten nach den Erfahrungen der Nazi-Diktatur Rechte sein vor allem, die den Bürger vor einem allmächtigen und übergriffigen Staat schützen.

Erinnern Sie sich an den Filmklassiker "Der Exorzist" von 1973? Was bei der rituellen Satansaustreibung die Heilige Schrift ist, ist in der Politik das Grundgesetz: Es ist die Bibel der Demokratie, um die Dämonen von Bevormundung und Unfreiheit auszutreiben! Deshalb sollten wir das Grundgesetz, bildlich gesprochen, stets schützend vor unserer Brust tragen.

Die Fürstin der Finsternis begegnet uns zu allererst in Gestalt der linksextremen Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD), die allen, die ihr Recht auf freie Meinungsäußerung in Anspruch nehmen, mit einem "starken Staat" droht. Der Dämon der Gesinnungsdiktatur ist auch in uns gefahren in Gestalt der Bundesfamilienministerin Lisa Paus ("Grüne"), die sich unter dem Vorwand, "Haß im Netz" bekämpfen zu wollen, offen über Artikel 5 der Verfassung hinwegsetzt. Und der Leibhaftige quält uns in Gestalt des unsäglichen Verfassungsschutz-Präsidenten Thomas Haldenwang (CDU), der selbst längst ein Fall für den Verfassungsschutz geworden ist.

Kleine Notiz am Rande: Bei den Feierlichkeiten zum 75-jährigen Bestehen des Grundgesetzes gibt es ein "Insektenbuffet". Heuschrecken fürs Volk - auch wenn es nur eine Nebensächlichkeit sein mag, so zeigt sich an dieser Würdelosigkeit doch allein schon, welchen Stellenwert das Grundgesetz heute bei denjenigen genießt, die die Feiern zum 75. Jahrestag ausrichten.

**Einar Koch, Jahrgang 1951, war von 1992 bis 2003 Leiter der Parlamentsredaktion der "Bild-Zeitung" in Bonn und Berlin, Politik-Chef des Blattes und zuletzt Politischer Chefkorrespondent.*<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 24. Mai 2024 (x1.376/…): >>**"Herrschaft der Schlechtesten" im Verfassungsschutz - ein Insider packt aus**

Ein Geheimdienstmann redet Klartext: Der "Verfassungsschutz" ist nur auf dem Papier parteipolitisch neutral; in der Realität schützt er die Mächtigen, vor allem "die SPD, die 'Grünen' und die Linke". Und weil er sich an die echten Bedrohungen nicht herantraut, diffamiert und verfolgt er mit um so größerem Eifer Regierungskritiker und Bürger, die den Herrschenden unbequem geworden sind.

"Gregor S.", ein Mitarbeiter des sächsischen Verfassungsschutzes, schlägt zum 75. Geburtstag des Grundgesetzes gegenüber der "Schwäbischen Zeitung" Alarm und bestätigt den Verdacht, der sich über die angeblichen "Schützer" unserer Verfassung aufdrängt: Weil der Dienst es "mit ernstzunehmenden Gegnern wie wirklich gewaltbereiten Links- oder Rechtsterroristen oder radikalen und teils kriegserfahrenen Islamisten nicht aufnehmen kann, kümmert er sich zunehmend um Leute, die eigentlich gar kein Fall für den Verfassungsschutz sind. Und in der Vergangenheit auch nicht waren."

"Pervertierung der Sprache"

Als Beleg dafür führt der 36jährige Geheimdienstmann die neugeschaffene Kategorie "verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates" an. Eine "Umdeutung und Pervertierung der Sprache" macht bereits über neu erfundene Schlagwörter Menschen zum Verdachtsfall: "Was gestern legale Kritik war, kann heute ein Grund sein, ins Visier des Verfassungsschutzes zu geraten."

Treffen kann es im Prinzip jeden: "Plötzlich wird versucht, auch Menschen zu diskreditieren, zu dämonisieren und auszugrenzen, bei denen das vor wenigen Jahren noch völlig undenkbar gewesen wäre. Bei denen man gesagt hat, das ist doch alles im völlig normalen und verfassungsmäßigen Rahmen."

Wer ins Visier des Geheimdienstes gerät, wird regelrecht durch die Mühle gedreht. "Wir machen alles, was das Handwerk hergibt, und fahren alles auf, was wir bei echten Extremisten auch auffahren", erzählt der Insider: "Wir durchleuchten das Umfeld, den Arbeitgeber, die Geliebte, die Kumpels, die zum Grillen kommen, also eigentlich alles, was wir finden können. Wir versuchen, ein Gesamtbild zu bekommen. Das machen wir nach handwerklichen Regeln, und diese Regeln sind für alle gleich, egal ob Linksextremist oder Staatsdelegitimierer."

Es reicht, wenn einer die "Grünen" nicht mag

Das kann dann eben "auch jemanden treffen, der lediglich die 'Grünen' nicht mag und ein nach offizieller Lesart staatsdelegitmierendes Plakat aufhängt, ein entsprechendes Schild bei einer Demo hochhält oder einen entsprechenden Post in sozialen Medien absetzt. Das reicht schon aus."

Geheimdienstmann Gregor S. sieht "die ganz große Gefahr, daß der Dienst instrumentalisiert wird, etwa für politische Zwecke". Denn die Hand, die einen füttert, wird nicht gebissen. "In der Realität ist es aber nun mal so, daß diese Behörde eine Behörde im Geschäftsbereich des Innenministeriums ist", sagt der Insider.

Und wo der Dienstherr das nicht so gerne sieht, wird auch nicht hingeschaut, weiß er aus eigener Behörden-Erfahrung: "Es gibt Informationen, die sollen aufgenommen werden, die werden dann auch weiterverarbeitet und daraus erfolgen dann auch weitere Maßnahmen. Und es gibt Informationen, die sind nicht erwünscht, die sind unbequem. Und die werden dann ignoriert."

Bei den Etablierten "traut sich der VS schon gar nicht mehr ran"

Damit meint er "Informationen mit Bezug auf extremistische Tendenzen oder Entwicklungen, auf radikale Strömungen innerhalb etablierter Parteien. Die möchte man nicht sehen und nicht hören." Zum Beispiel "gewisse gewaltbereite Strömungen etwa bei der Linken" oder bei anderen Parteien "strukturelle, organisatorische und ideologische Überschneidungen" mit Szenen, die man sonst durchaus ins Visier nehmen würde. "Aber da traut sich der Verfassungsschutz schon gar nicht mehr ran."

Und auch bei echten und gefährlichen Extremisten und Terroristen hält sich der VS lieber zurück. Denn für die Erfüllung der eigentlichen Aufgaben des Inlandsgeheimdienstes fehlt es an elementaren Voraussetzungen, von wirklich anonymen Telefonen und Fahrzeugen über Fitneß und Kampfsportausbildung - nicht jeder hat einen militärischen Hintergrund wie Gregor S. - bis zu unerläßlichen Schutzmaßnahmen und professioneller Organisation. Es sei "kein Geheimnis, daß das Ausland über unseren Dienst lacht".

"Das Ausland lacht über unseren Dienst"

Wer im operativen Einsatz steht wie lange Jahre hindurch Gregor S., leidet unter kafkaesker Bürokratie und weltfremden endlosen Genehmigungsprozessen. Weil er intern Kritik an Mißständen übte und Verbesserungsvorschläge machte, wurde Profi Gregor S. mit eskalierenden Schikanen und dienstlichen Maßregelungen überzogen.

Jetzt packt er aus, auch weil er aus eigener Erfahrung weiß, "wie brutal der Dienst sein kann".

So wie seine Anwältin, die schon von der Stasi als Friedensaktivistin verhaftet worden war, nach der Wende zeitweise für den VS arbeitete und desillusioniert wieder ging. Auch sie wisse, " wozu der Verfassungsschutz fähig ist, wenn man sich mit ihm anlegt", erklärt sagt die Anwältin: "Die Menschen müssen erfahren, was da Tag für Tag passiert beim Verfassungsschutz."

"Kakistokratie"

Gregor S. zieht ein ernüchterndes Fazit: Der Verfassungsschutz sei "eine Kakistokratie, also eine Herrschaft der Schlechtesten". Grundwerte unserer Verfassung würden pervertiert, man müsse "sich ernsthaft fragen, ob die Verantwortlichen innerhalb des Systems dafür zur Rechenschaft gezogen werden sollten". Denn die "derzeitige Melange" beim Inlandsgeheimdienst "höhlt den Rechtsstaat sehr viel stärker aus, als es irgendein Skinhead oder irgendein Autonomer jemals schaffen könnten".<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 24. Mai 2024 (x1.369/…):

>>**Blackout im Sommer?**

Krise, Krieg, Stromausfall: Wie wahrscheinlich ist ein Blackout? Wie vorbereiten? - Netzstabilisierungseingriffe auf Rekord wegen zu viel Solar und Windrädern. Damit wird die Stromversorgung immer unsicherer.

Der Ausbau der erneuerbaren Energien macht dem deutschen Stromnetz immer stärker zu schaffen. Der Netzbetreiber Tennet mußte im vergangenen Jahr fast eine Milliarde Euro für sogenannte Noteingriffe ins Netz aufwenden.

Noteingriffe werden nötig, wenn Stromleitungen fehlen, um vor allem Windstrom von Norden nach Süden zu bringen. Die Eingriffskosten lagen 2015 noch deutlich niedriger bei 710 Millionen Euro, im windschwachen Jahr 2016 sogar nur bei 660 Millionen Euro. Die Kosten werden über die sogenannten Netzentgelte auf den Strompreis umgelegt und landen am Ende beim Verbraucher.

"Das Netz ist wegen des starken Zubaus der Erneuerbaren weiter extrem belastet. Wir brauchen zwingend ein Energiewende-Netz, also die vom Gesetzgeber bereits beschlossenen Netzausbauprojekte", forderte das Tennet-Geschäftsführungsmitglied Lex Hartmann. "Bis dahin sind Netzengpässe, hohe Kosten für die Verbraucher und eine zunehmend instabile Versorgung die harte Wirklichkeit." (Quelle: https://www.verivox.de/strom/)<<

Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 24. Mai 2024 (x1.371/…):

>>**Der Weltimperialist - der wahre Todfeind**

Von *Herbert Ludwig*

Die herrschenden Politiker in Deutschland rüsten militärisch gewaltig auf und wollen das gesamte Land "kriegstüchtig" gegen den angeblichen Aggressor Rußland machen, dessen "stetige Drohgebärden gegen NATO, EU und Deutschlands Bündnispartner" auch imperialistische Angriffspläne gegen Ost- und Mitteleuropa befürchten lasse.

Die Begründung beruht auf Lügen und Entstellungen, wie hier mehrfach nachgewiesen wurde. Sie dienen den Zielen des eigentlichen Weltimperialisten, von dem sich die Deutschen in blinder Vasallentreue wieder instrumentalisieren lassen. Da kann das neue Buch von Werner Rügemer "Verhängnisvolle Freundschaft" aufklärend wirken, von dem nachfolgend die Rede sein soll.

Nur umfassende historische Untersuchungen über die Rolle der USA in der neueren Weltgeschichte, ihre Ziele und Methoden, sie zu erreichen, können Grundlage für sinnvolles Handeln sein. Dazu darf man eben vor der Fassade aus wortreicher Propaganda nicht stehen bleiben. Es gibt "Partner" und "Freunde", die Todfeinde völlig ersetzen.

Dr. *Werner Rügemer*, Publizist und interventionistischer Philosoph, veröffentlicht seit den 1980er Jahren zum politisch-moralischen Verfall der US-Gesellschaft und gilt als fundierter Kenner der Innen- und Außenpolitik der USA. Auf dem Rücken seines im Sommer 2023 er-

schienenen Buches, das er Julian Assange gewidmet hat, gibt er einen zusammenfassenden Überblick über die Praktiken der USA:
"Mit Freedom, Democracy und Wohlstand präsentierte sich der aufsteigende US-Kapitalismus der Welt. Doch die Praktiken von "America First" mit Völkermord, Arbeitsausbeutung, kriegerischem Raub fremden Eigentums wurden nur modernisiert. Der Erste Weltkrieg wurde das erste große Globalgeschäft, Bündnispartner wurden abhängig.
Nach dem Krieg investierten US-Konzerne in Westeuropa. Mussolini wurde mit Krediten überhäuft. US-Konzerne belieferten Franco und rüsteten die deutsche Wehrmacht für einen Krieg gegen "Rußland" aus. Die US-geführte neue Zentralbank in der Schweiz wusch NS-Raubgold. Die Verfolgung der Juden wurde verdrängt. Mit dem Abwurf von zwei Atombomben auf die Zivil-bevölkerung begannen neue Kriege gegen neue Feinde - unter systematischem Bruch des Völkerrechts."
Es sollen hier zunächst die grundsätzlichen Gesichtspunkte ins Auge gefaßt werden, die Werner Rügemer im ersten Kapitel:
"Freundschaft, Verhängnis, möglicher Tod"
behandelt. Er zitiert einleitend als Motto einen sprechenden Satz Henry Kissingers, des ehemaligen Chefs des State Departments und langjährigen Beraters mehrerer US-Präsidenten:
"It may be dangerous to be America's enemy, but to be America's friend is fatal."
"Es kann gefährlich sein, Amerikas Feind zu sein; aber Amerikas Freund zu sein, ist verhängnisvoll."
Werner Rügemer merkt zu der Übersetzung an, daß "fatal" im Englischen auch die Bedeutung "tödlich" habe.
So habe er in den 1970er Jahren mit Präsident Richard Nixon die Volksrepublik China umworben, sie diplomatisch anerkannt und wirtschaftlich gefördert. Solange China wirtschaftlich schwach und die Supergewinne von Apple, Microsoft, Ford & Co. hoch gewesen seien, sei China der Freund geblieben.
Als es jedoch industriell und technologisch erstarkt sei, die Löhne angehoben und breiten Wohlstand für die bisher Armen geschaffen habe und mit einer militärisch nicht begleiteten, alternativen Globalisierung Erfolge gehabt habe - da sei es unter dem freundlich grinsenden Präsidenten Barack Obama zum System- und Todfeind geworden, werde politisch und medial verhetzt, wirtschaftlich sanktioniert und militärisch umzingelt.
Und W. Rügemer nennt einige weitere Beispiele, wie Freunde zu Todfeinden wurden:
- "Sowjetunion: Wall-Street-Banker geiferten mit Beginn der revolutionären Umbrüche 1917 in Rußland auf noch mehr gewinnbringende Investitionen und umgarnten die neuen Regierungen. Nach der fehlgeschlagenen militärischen Intervention einer Allianz, an der sich auch die USA beteiligten, investierten Ford, General Electric, Radio Corporation of America, Harriman & Co. - die Sowjetunion erstarkte industriell, auch sonst, der Wohlstand der bisher Armen wuchs. 1933 anerkannte US-Präsident Franklin D. Roosevelt die Sowjetunion. Aber für Ford & Co. wurde die Sowjetunion zum Todfeind. Im strategischen Schwenk rüsteten sie die Hitler-Wehrmacht auf. Nun sollte die Sowjetunion vernichtet werden.
- Kuba: In Kuba unterstützten die USA Ende des 19. Jahrhunderts zunächst die demokratische Aufstandsbewegung unter José Martí gegen die Kolonialmacht Spanien. Nach dem Sieg wurde die nationale Aufstandsbewegung abserviert, die USA setzten Diktatoren ein - eine vielfach geübte Praxis in den "US-Hinterhöfen" Lateinamerikas und Asiens.
- Vietnam: Bei den Friedensverhandlungen in Versailles wies der US-Friedensprediger Woodrow Wilson die Befreiungsbewegung Vietnams unter Ho Chi Minh ab. Dann im 2. Weltkrieg im Kampf gegen die japanischen Besatzer unterstützten die USA Ho Chi Minh kurzzeitig, um ihn sofort nach dem Krieg zum Todfeind zu erklären, die französische Kolonialmacht gegen Ho Chi Minh aufzurüsten und dann selbst den noch viel grausameren Vernichtungskrieg zu

übernehmen."
Im Begriff State Department für Außenministerium komme der Anspruch auf jeden Winkel der Erde zum Ausdruck. Die wechselnden Freund-Feindschaften beruhten seit der Verfassung des US-Staates 1787 auf dem Selbstverständnis, das bis heute gelte: Die USA hätten als einziger wichtiger Staat kein Außenministerium, sondern ein "State Department", ein Staats-Ministerium. So seien die nächsten wie die fernsten Territorien der Erde im "nationalen Interesse" mögliche Staats-, Einfluß- und Herrschaftsgebiete der USA.
Ergänzt werde der Allein- und Allmachtsanspruch biblisch durch "God's own Country" und "God bless America", durch die "auserwählte Nation", auch durch "America First", "American Century" und "New American Century" und den "amerikanischen Exzeptionalismus" oder auch "Wir sind die einzige Weltmacht". All das gehöre zu den Genen des US-Staates.
"So ist der kleine Streifen des zur Demokratie erklärten Sklavenstaats an der Ostküste Nordamerikas schrittweise zuerst durch Eroberungen und Annexionen in Nordamerika (außer dem britischen Kanada, das nicht erobert werden konnte) erweitert, Völkermord an den Indigenen inbegriffen. Später waren die lateinamerikanischen, karibischen und asiatischen "Hinterhöfe" dran, seit dem 1. Weltkrieg bis heute dann Europa und die ganze Erde - durch den Zangengriff von Investitionen, Krediten, Militär, Geheimdiensten und Fake-PR."
Mit Hilfe von Putschen und Bürgerkriegen seien Diktatoren eingesetzt oder gefördert worden. Im Europa der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts habe dies so ausgesehen:
- Der erste faschistische Diktator, Mussolini, der die erstarkte demokratische und Arbeiterbewegung vernichtet habe, sei mit Krediten überhäuft und in den USA zum Politstar gemacht worden. Wall-Street-Anwalt John McCloy habe vor Ort in Rom den päpstlich gesegneten Diktator beraten.
- Generalissimus Franco, der gegen die spanische Republik geputscht habe, sei von US-Rüstungs- und Ölkonzernen beliefert, von Mussolini und Hitler militärisch unterstützt worden - bis zum gemeinsamen Sieg.
- Hitler sei zum Medienstar gemacht worden, auch mit Hilfe Hollywoods. Das Olympische Komitee der USA, zusammen mit denen Englands, Frankreichs, Japans, Finnlands und Südafrikas, hätten gegen die internationale, auch jüdische Boykottbewegung die Olympischen Spiele 1936 für Hitler in Berlin gerettet, die das internationale Ansehen des Nazi-Regimes hoben. McCloy habe die Interessen von US-Konzernen auch in Nazi-Deutschland vertreten und mit Ehefrau neben Göring und Hitler auf der Ehrentribüne im Berliner Olympiastadion sitzen dürfen. Schließlich habe man die deutsche Wehrmacht gegen die Sowjet-union aufgerüstet.
Ab 1949 sei McCloy Hoher Kommissar der USA für die Bundesrepublik Deutschland geworden. Er habe den ersten Bundeskanzler beraten bzw. überwacht, den "christlichen Politikdarsteller Konrad Adenauer", der ein früher Fan von Mussolini gewesen sei. McCloy/Adenauer hätten gemeinsam deutsche wie US-amerikanische Komplizen der Hitler-Diktatur vor Aufdeckung und Anprangerung geschützt.

Außerhalb jeder internationalen Ordnung

Zum Anspruch der "einzigen Weltmacht" gehöre:
Die USA schlügen immer wieder internationale Ordnungen vor, unterliefen aber die jeweils gegründeten Institutionen und bauten daneben ihre eigene internationale Anti-Ordnung auf, gegen Völkerrecht und Menschenrechte.
So hätten die USA nach dem 1. Weltkrieg den Völkerbund angeregt, seien dann aber nicht beigetreten, sondern hätten nach den Versailler Verträgen Einzelverträge mit allen Kriegsteilnehmern abgeschlossen und faschistische Diktaturen in China, Italien, Griechenland, Deutschland, Japan und Spanien geschlossen. Die USA führen nun jederzeit bei Bedarf Kriege nach eigener Wahl. Wenn die UNO/der Sicherheitsrat einen Krieg beschließt - gut; wenn nicht,

dann führen die USA den Krieg alleine oder mit einer selbst gebastelten Allianz der jeweils "willigen" Vasallen.
"Der Antikommunist Churchill hatte gegen Ende des 2. Weltkriegs von seinen Militärchefs den Plan "Operation Unthinkable" ausarbeiten lassen. Danach sollten sofort nach dem Waffenstillstand mit NS-Deutschland US-amerikanische und britische Truppen, verstärkt durch Teile der Wehrmacht, die Sowjetunion erobern. Angesichts der Stärke der Roten Armee und der öffentlichen Stimmung in Großbritannien wurde darauf verzichtet. Aber die Absicht blieb. Sie wurde und wird mit anderen Mitteln verfolgt, unter Führung der weitsichtigeren, mächtigeren USA.
Im 1. und 2. Weltkrieg förderten US-amerikanische Banken und Konzerne die Kriege der "Verbündeten". Dann konnten zum Ende des Krieges die US-Militärs in den erschöpften Kriegsgebieten vergleichsweise leichte Siege holen. Und unter der Flagge freundschaftlicher "Hilfe" konnte die Siegermacht sich dem lukrativen "Wiederaufbau" widmen: Förderung von US-Investitionen, Durchdringung mit US-Waren und US-Militärstützpunkten.
Wie in Hiroshima und Nagasaki begonnen, wurde dem so scheinbar freundlich geförderten (West-) Europa zudem eine tödliche Aufgabe aufgezwungen: Mit der Doktrin des atomaren Erstschlags machten die USA Europa zum Standort eines möglichen atomaren Krieges gegen die Sowjetunion: Das gilt bis heute."

Wilson, Obama: Friedensversprechen und ewiger Krieg

US-Präsident Woodrow Wilson von der Demokratischen Partei habe seinen Wahlkampf 1913 mit dem hochheiligen Versprechen gewonnen: Die USA würden sich nie am Krieg beteiligen, der sich in Europa anbahnt. Mit Kriegsbeginn jedoch
"finanzierten und belieferten Wall Street und US-Konzerne die Kriegsparteien in Europa und förderten lukrativ den Krieg. Führend war dabei die Bank Morgan. 1917 brach Wilson mit Hilfe professioneller PR sein Versprechen und verkündete mit Berufung auf Gott das Gegenteil, nämlich den militärischen Eintritt der USA in den europäischen Krieg: "War to end all wars" - Wir führen jetzt Krieg, um alle Kriege zu beenden. So die Parole. Seitdem führten und führen die USA zahlreiche völkerrechtswidrige Kriege."
US-Präsident Barack Obama, ebenfalls von der Demokratischen Partei, habe seinen Wahlkampf 2008 mit dem genauso hochheiligen Versprechen gewonnen: Die USA würden abrüsten und die Atombomben abschaffen! Sie würden die Umwelt retten! Zu den Großbespendern für Obamas Wahlkampf habe die Bank Morgan gehört.
"In seiner Amtszeit diktierte Obama den europäischen NATO-Mitgliedern Aufrüstung, rüstete seinerseits die USA mit Berufung auf Gott noch weiter auf, erneuerte die Erstschlags-Doktrin, weichte Umwelt- und Arbeitsgesetze zugunsten der umweltschädlichen und für Anwohner oft tödlichen Fracking-Industrie auf und ließ mit BlackRock-Managern in seiner Regierung China zum neuen Hauptfeind erklären, durch US-Konzerne die Ukraine aufrüsten und den Krieg gegen Rußland vorbereiten."

So scharfsichtig wie kurzsichtig: Professionelle Selbsterblindung

1935 habe die Künstlerin Mabel Dwight in einer Lithographie die Wall-Street-Banker, die mit dem 1. Weltkrieg und seinen vielen Millionen Toten riesige Gewinne gemacht hatten, als die Merchants of Death dargestellt, Händler des Todes: Sie "hassen das Ideal der Demokratie, aber sie freuen sich über die lockeren Zügel und den Freiraum, den sie ihnen läßt." Wegen der Gewinne, so Dwight, seien diese Händler des Todes "ausgesprochen scharfsichtig, dabei aber unheilbar kurzsichtig."
US-Kapitalisten hätten mit professioneller PR wie mit dem Committee on Public Information (CPI) im 1. Weltkrieg, mit den von ihnen finanzierten Elite-Universitäten und Massenmedien hochbezahlte, formal hochqualifizierte Profis und Wissenschaftler: Die würden jeden noch so grausamen Krieg als Ausbund an Demokratie, Menschlichkeit und Friedenswillen inszenie-

ren.
So bestätigten und bekräftigten die Kriegsgewinner - und natürlich auch die Umweltschädiger usw. - und ihre Mittäter sich ständig gegenseitig in ihrer Wohltäterei.
"Sie sind so scharfsichtig für jede lukrative Möglichkeit mit Hilfe von Kriegen, Umwelt- und Gesundheitsschäden - und gleichzeitig so kurzsichtig für die menschlichen und gesellschaftlichen Folgen: professionelle Selbsterblindung."<<
Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/29144" berichtet am 24. Mai 2024 (x1.366/…): >>**Bill Gates macht Ernst: Angriff aufs Mikrobiom**
- Interview von HOCH2 mit *Heiko Schöning*
Es erscheint wie der Beginn einer inszenierten weltweiten Werbekampagne: Bill Gates greift das Thema "Mikrobiom" bei einem Besuch bei der Bild-Zeitung wie aus heiterem Himmel auf. Geht nun eine neue Gesundheitskrise los, vor welcher der Arzt und Autor Heiko Schöning bereits im Dezember 2023 gewarnt hat? HOCH2 interviewt zu diesem Anlaß Heiko Schöning, der bereits ein Buch "Angriff aufs Mikrobiom" geschrieben hat. In diesem hat er die Vorbereitungen dokumentiert, die bereits im großen Stil laufen. …
HOCH2: Ganz herzlich willkommen, liebe Zuschauer, zum heutigen Interview auf HOCH2. Ich darf ganz herzlich bei mir im Studio in virtueller Art und Weise Dr. Heiko Schöning begrüßen. Es geht heute um ein ganz brisantes Thema. Ich freue mich, daß wir das zusammen heute besprechen dürfen.
Heiko Schöning: Einen ganz herzlichen Gruß aus dem hohen Norden nach Süden in die Schweiz hinein.
HOCH2: Ja leider nicht so südliches Wetter, aber das Thema ist zumindest heiß, was wir heute besprechen. Es geht um ein Interview, es geht nicht um EIN Interview, das Sie gegeben haben, es geht um ein Interview, das ein Herr gegeben hat, der im Gegensatz zu Ihnen keinen Doktortitel hat. Das ist Bill Gates und das war vor zwei Wochen gegenüber BILD.TV. Warum sprechen wir heute über dieses Interview, Herr Dr. Schöning?
Heiko Schöning: Ja in der Tat. Bill Gates ist kein Arzt, aber er wurde eingeladen zu der bekanntesten und größten deutschen Zeitung. Das ist die BILD-Zeitung, gehört zum Springerverlag. Bill Gates ist also extra nach Hamburg gekommen und hat ein Interview mit der Chefin von BILD gegeben.
Und das muß man tatsächlich sehen, denn was dort passiert ist, hat wirklich internationale Tragweite. Das Ganze spielt sich in den ersten zwei Minuten ab und es ist der Beginn einer weltweiten Werbekampagne und es fällt ein Stichwort, welches sozusagen aus heiterem Himmel kommt und das heißt Mikrobiom, aber das sollte man wirklich sehen.
HOCH2: Wer Sie ein bißchen verfolgt, weiß, daß das Mikrobiom Ihnen nicht fremd ist. Ihr aktuelles Buch heißt "Angriff aufs Mikrobiom - Game Over 2". Das ist jetzt wie lange schon draußen? Also korreliert jetzt nicht mit diesem Interview, ist schon ein paar Wochen draußen, richtig?
Heiko Schöning: Ja, sogar ein halbes Jahr ist es schon her. Also es ist noch vor Weihnachten herausgekommen, also Dezember 2023. Und der Titel ist in der Tat "Angriff aufs Mikrobiom". Das Mikrobiom ist die gute, natürliche Gemeinschaft der Kleinstlebewesen in einem Menschen, also auch was wir als Darmflora zum Beispiel bezeichnen und das macht uns gesund, das macht uns stark. Und darauf, das habe ich vorhergesagt, wird es einen international koordinierten Angriff geben. Das ist halt kein Scherz.
Und jetzt, ein halbes Jahr später erleben wir das, daß dieser Angriff ausgerollt wird und mit diesem Werbeauftritt von Bill Gates bei der größten deutschen Zeitung in Hamburg. Also man muß hier noch eine Warnung aussprechen. Wir verlinken das Video, schauen auf eigene Gefahr. Es beginnt damit, daß die Chefin von BILD sagt: "Hier ist Ihr ganzer Fanclub!" und das sind alle Journalisten der BILD und sie klatschen und begrüßen. Man findet darin auch nicht

wirklich kritische Fragen, aber es ist extrem aufschlußreich. Aus welchem Grund ist es so aufschlußreich, was hier erzählt wird in diesem Interview?
Ja der Punkt ist, man sieht dieses Video dann ja ungeschnitten von BILD selber auf YouTube eingestellt. Also jeder kann das auch halt in voller Länge sehen auf dem YouTube-Kanal von BILD, B-I-L-D. Und ja Bill Gates sitzt auf dem roten Sofa allein mit der BILD-Chefin und in der ersten Minute erzählen sie über Kinder und dann ganz plötzlich unvermittelt sagt dann, ich lese es ab, die BILD-Chefin: "Wenn wir über die Zukunft von Kindern sprechen, dann müssen wir auch über Mütter reden. Können Sie mir das im Detail erklären zwischen dem Mikrobiom der Mütter und der Zukunft der Kinder?"
Und darauf antwortet ja dann Bill Gates. Man muß sagen, Bill Gates hat Mikrobiom überhaupt nicht erwähnt und auch überhaupt keinen Zusammenhang dessen. Man merkt also, hier ist etwas abgesprochen, das ist kein Journalismus, sondern das ist eine gescriptete Werbekampagne gewesen.
HOCH2: Wobei man sagen muss, nicht besonders natürlich gescriptet, weil als Zuschauer denkt man sich, was stellt die für eine Frage jetzt in diesem Moment, also es ist, glaube ich, nach eineinhalb Minuten nach der Begrüßung des vermeintlichen Königs und dann kommt das so schnell. Also ich war relativ verwundert, was fragt die jetzt, aber Sie haben hier sicher eine Lösung, warum das so ist, eben gescriptet und warum ist dieses Thema jetzt so wichtig?
Heiko Schöning: Das Thema ist aus zwei Gründen wichtig. Erstens, was sagt Bill Gates direkt auf diese Frage? Er sagt: Ja, es gibt ein Darm-Mikrobiom, was die meisten Menschen haben. Da merkt man auch, er ist kein Arzt, denn jeder Mensch hat ein Darm-Mikrobiom. Und er sagt direkt anschließend, daß dies der Grund sei für viele Todgeburten und Säuglingssterben. Er sagt also im Original, ich lese es ab: "Es gibt ein Mikrobiom im Darm, was die meisten Menschen haben. Was das vaginale Mikrobiom betrifft, so führt es zu vielen Todgeburten und Frühgeburten".
Das ist also wirklich ganz heftig und viele Todgeburten und Frühgeburten, ja, das sehen wir jetzt weltweit in den Statistiken, nachdem die Covid-19-Impfungen angefangen haben. Nicht vorher, sondern seitdem. Und rund 10 % Geburtenrückgang haben wir in vielen europäischen Ländern und noch heftiger in anderen Punkten in der Welt. Und das heißt auch Todgeburten, also die Babys sterben in den Mütterleibern. Und das ist auch jetzt etwas, was hochkommt, was ja noch keine besondere Erklärung hat. Und Bill Gates macht völlig unwissenschaftlich, ja, das Mikrobiom der Mütter verantwortlich.
Das heißt also die Bakterienbesiedlung im Geburtskanal. Das ist also richtig heftig, wenn man bedenkt, was diese Mütter und auch Familien durchgemacht haben, wenn sie dort eine Fehlgeburt oder eine Todgeburt hatten. Und dann wird noch auf die Opfer draufgehauen. Das heißt eigentlich, ja, die Gebärenden, die Mütter sind selber schuld. Also schuld waren die Bakterienbesiedlung im Geburtskanal. Das muß man sich mal wirklich vorstellen, wenn Bill Gates das vaginale Mikrobiom in dieser Yellow-Press-Bildzeitung mit verknüpft.
HOCH2: Also eben nebst dem, daß jetzt seine Familie was Schlimmes erlebt, der den Verlust eines Kindes verarbeiten muss, wird noch wieder mal eine Schuldfrage, wir kennen das ja auch schon von Corona, von Covid - du bringst deine Großeltern um und so weiter. Es kommt immer dieses Element der Schuld. Es heißt ja sogar: Schuld ist die niederste Schwingung aller Gefühle und die wird immer auch noch eingeflochten. Ich glaube, für die Zuschauer wäre es an dieser Stelle interessant, diesen kurzen Ausschnitt einmal anzuschauen. Was denken Sie, Herr Dr. Schöning, sollen wir das einspielen?
Heiko Schöning: Ja, unbedingt. Also diese rund zwei Minuten, die muß jeder gesehen haben. Und die Kommentare, die auf YouTube da sind, die sind auch eindeutig. Also das geht 400 zu 1 gegen Bill Gates.
HOCH2: Regie, Bild ab.

Ausschnitt aus dem Bill-Gates-Interview bei BILD.TV:
BILD: Wenn Sie über die Zukunft von Kindern sprechen, dann müssen wir über Mütter reden. Können Sie mir das im Detail erklären, die Beziehung zwischen dem Mikrobiom der Mütter und der Zukunft der Kinder?
Bill Gates: Es gibt ein Mikrobiom im Darm, das die meisten Menschen haben. Es gibt auch ein vaginales Mikrobiom und es hat sich herausgestellt, daß es sehr negative Auswirkungen hat, wenn entweder das Darm- oder das Vaginalmikrobiom aus dem Gleichgewicht gerät. Was das vaginale Mikrobiom betrifft, so führt dies zu vielen Totgeburten und Frühgeburten. Auch das Darmmikrobiom hat einen erheblichen Einfluß auf das Risiko, sich mit HIV zu infizieren. Das ist der Grund, warum all diese Kinder unterernährt sind.
Es liegt nicht daran, daß sie nicht genug Kalorien zu sich nehmen, auch wenn es Extremfälle gibt, in denen sie wirklich hungern müssen. Meistens ist es so, daß sich ihr Darm entzündet und deshalb ist es wichtig zu verstehen, welche Nahrungsmittel oder Eingriffe es gibt, damit die Kinder auf ihren Wachstumspfad kommen. Das hilft ihnen nicht nur beim Überleben, sondern bedeutet auch, daß sie im Wesentlichen ihr Potential ausschöpfen, was für diese Entwicklungsländer das Wichtigste ist, nämlich ihre Humanressourcen.
BILD: Den Müttern helfen bedeutet, den Kindern zu helfen.

HOCH2: Jetzt wissen alle, wovon wir sprechen. Unter dem gesamten Video, wie es BILD aufgeschaltet hat, sind etwa plus minus 400 Kommentare. Es hat praktisch keinen Kommentar pro Bill Gates. Ganz spannend ist, ganz vielen Leuten ist es aufgefallen, daß hier dieses Mikrobiom von Ihnen schon erwähnt wurde. Sie erwähnen Sie, Sie erwähnen Ihr Buch. Darum möchte ich gerne auch gleich mal über dieses Buch und über dieses Thema sprechen. Was möchten Sie noch jetzt sagen zum Buch, das ja vor einem halben Jahr entstanden ist? Wie sind Sie überhaupt auf dieses Thema gekommen?
Heiko Schöning: Na ja, es ist tatsächlich ja so, daß ich die Corona-Pandemie öffentlich vorhergesagt habe in einem langen Interview, welches im September 2019 ausgestrahlt worden ist. Auf der Plattform Abholut.net unter meinem Namen, Heiko Schöning, auch noch abrufbar.
HOCH2: Wir werden es verlinken.
Heiko Schöning: Ich habe also Corona vorhersagen können, und es ist ein organisiertes Verbrechen. Und ich bin dieser kriminellen Vereinigung weiter auf der Spur geblieben und konnte jetzt halt nach rund fünf Jahren wieder vorhersagen, was sie als nächstes planen. Und das hängt diesmal nicht mit Viren so zusammen, sondern mit Bakterien und insbesondere mit den Bakterien, die wir im Darm, aber auch in der Vagina haben, also das vaginale Mikrobiom genauso.
Das ist die gute, natürliche Besiedlung, die uns gesund und stark macht, und darauf soll es einen Großangriff geben mit sogenannten gentechnisch veränderten Antibiotika, um dieses natürliche Mikrobiom zu zerstören, uns damit infektanfälliger zu machen, unser Immunsystem anzugreifen und dann halt auch noch, nicht nur Medikamente zu verkaufen, sondern auch unser Fühlen und unser Sein zu beeinflussen.
Dann ist es tatsächlich so, daß nicht nur Liebe durch den Magen geht; sondern auch 'Du bist, was du ißt!' Und dieses Mikrobiom im Darm, das bereitet unsere Nahrung auf und hat auch eine Verbindung direkt zum Gehirn. Also kurz gesagt, es handelt sich um einen Angriff mit dem Ziel des Gehirns über den Darm, über das Mikrobiom. Die Details sind alle in dem Buch drin und der wichtige Punkt ist, genauso wie ich das im ersten Buch "Game Over" mit Beweisen verknüpfen konnte zum organisierten Verbrechen, zu einer kriminellen Vereinigung, also wirklich mit klaren Beweisen, die jetzt abgedruckt sind, kann ich eben das auch mit klaren Beweisen zeigen, wie jetzt halt der neue Angriff jetzt läuft.

Und das ist genau der Unterschied! Weil schon vorherige Verbrechen, die sind in dem Buch "Angriff aufs Mikrobiom - Game over 2" auch drin. Das heißt zum Beispiel, der Vizepräsident von Pfizer, ja - der Vizepräsident von Pfizer ist auch im illegalen Waffen- und Drogenhandel tätig gewesen. Und das habe ich mit Gerichtsakten auch ganz klar belegt. Und das macht den ganzen Unterschied aus. Es handelt sich hier nicht um Spekulationen, sondern es handelt sich wirklich um belegbare Kriminalistik; Forensik kann man auch dazu sagen. Und ich konnte es rechtzeitig eben, wie Sie ja eben schon richtig sagen, vor einem halben Jahr das Buch schon raus bringen und mit dem Titel: "Angriff aufs Mikrobiom".
Und jetzt sehen wir Bill Gates sitzt halt bei BILD in Hamburg und läßt sich über das Mikrobiom ganz unvermittelt ausfragen und ist dann Experte zu. Jeder sieht, hier stimmt etwas nicht. Das ist nicht natürlich, sondern das läuft einem Plan nach.
HOCH2: Also, wenn ich so jetzt mal beurteile von dem, was ich jetzt gehört habe, ist es ein Angriff auf dieses Mikrobiom und indirekt auch eben natürlich, wie Sie sagen, auf das Immunsystem. Es ist auch eine Vertuschungsaktion, daß man die Fehlgeburten und vielleicht auch die Geburtsschäden und so weiter unter das subsumieren kann. Wie dann mit der Schuldfrage verknüpfen; 'Du, wenn du das jetzt nicht machst, …' vielleicht eben eine gentechnisch veränderte Impfung, … 'Frau, wenn du das jetzt nicht machst, dann bist du schuld, wenn's deinem Baby schlecht geht'.
Was ich aber auch noch ganz spannend fand, da möchte ich gerne jetzt noch ein paar Infos dazu haben. Mir ist so der Gedanke aufgekommen, die Zerstörung des Bauchgefühls, weil Sie gesagt haben, es geht auch darum, um die Gefühle. Stimmt das? Ist das 'ne Art Zerstörung des Bauchgefühls, der Intuition?
Heiko Schöning: Ja, Sie haben recht. Es ist tatsächlich auch damit verknüpft. Es gibt wissenschaftlich eine Darm-Hirnachse. Und der Volksmund weiß das eigentlich schon viel länger. Wir kennen die Kopfentscheidung, aber auch die Bauchentscheidung. Der Volksmund weiß, daß tatsächlich unser Fühlen und unser Sein im Kopf und im Bauch stattfindet, ja (lacht). Und genau darüber uns halt zu beeinflussen, uns zu kontrollieren. Darüber geht auch wirklich ein Großangriff über unsere Bauchentscheidungen, die unbewußt sind.
Das hört sich jetzt wahrscheinlich sehr, sehr groß an. Aber wenn man wirklich sieht, was kriminelle Vereinigungen schon in der Vergangenheit getan haben, dann wird es alles nachvollziehbar. Und ich nenne Namen, ich nenne Institutionen und ein ganz wichtiger Punkt, gerade halt für die Schweiz ist es… ich kann es auch wieder festmachen an den Produktionskapazitäten. Denn ein Teil des Plans ist es, daß wenn wirklich weltweit; also über sieben Milliarden Menschen diese Antibiotika nehmen sollen. Und dazu braucht man natürlich die Produktionskapazitäten.
Und diese Produktionskapazitäten, die sind jetzt schon hochgefahren worden. Das muß man also biopharmazeutisch machen. Da hat gerade die Schweiz halt, als Produktionsstandort, große Erfahrung. Und das habe ich zum Beispiel auch mit der Produktionsfirma "National Resilience" verknüpft und einen Direktor dieser neuen Produktionsfirma; eben genau für solche genveränderten Antibiotika und genveränderten Impfungen, das ist "National Resilience" mit einem Direktor. Na woher? Von der CIA, vom Geheimdienst der USA. Das ist Christopher Darby. Und das ist alles im Detail belegt. Es geht, haben Sie völlig recht, um einen Angriff auch auf unsere Bauchentscheidungen.
HOCH2: Wenn man das jetzt noch vergleicht mit den Plänen der WHO, die jetzt ein bißchen am wackeln sind, muß man sagen; mit dem Pandemievertrag und den internationalen Gesundheitsvorschriften. Aber im Hintergrund ist da auch noch "One Health" und dieses "Equity-Prinzip". Und mit diesem "Equity-Prinzip" kann man eben auch sagen, ein reicheres Land muß da alle Produktionen veranstalten, damit das überall verteilt werden kann. Ich glaube, diese Verknüpfungen sind dermaßen weit vernetzt, verbreitet über die Welt. Wo sehen Sie da

mit dieser Vernetzung; jetzt gerade auch mit den WHO-Plänen das größte Problem?
Heiko Schöning: Das ist tatsächlich ein Problem, und wir sehen es aus, aus vielen Richtungen, denn in diesem WHO-Pandemievertrag, da werden die scheinlegalen Grundlagen gelegt, also die Ermächtigungen dazu. Und dazu müssen wir 'Nein' sagen, insbesondere weil ja auch die WHO einen Sitz in Genf in der Schweiz hat und auch Immunität genießt. Das kann man sich als kriminelle Vereinigung eigentlich gar nicht besser wünschen, als daß die Polizei und das Militär überhaupt nicht zu ihnen hin darf und ihre Mitarbeiter eben Immunität genießen. Es ist tatsächlich sehr groß und ich habe auch das Stichwort "One Health", habe ich ebenfalls auch in meinem Buch beschrieben.
Auch die WHO hat ein eigenes Kapitel mit dem WHO-Vertrag, denn in diesem neuen Vertrag gibt es auch eine Klausel für 'Antimikrobielle Resistenzen', AMR. Und das zielt eben auf Bakterien, und das zielt auf das Mikrobiom. Da gibt es einen extra Paragraphen, und ich glaube, kaum jemand auf der Welt hat diesen Punkt, der jetzt neu eingeführt ist in diesem WHO-Vertrag, bisher thematisiert.
Und ich kann nur sagen, das ist eine richtige, wichtige Vorbereitung auch. Denn, wenn man jetzt eine Bakterienpanik macht, ja, mit Bakterien, die gegen bisherige Antibiotika resistent sind, dann kann man genau das Gleiche wieder durchziehen mit Lockdown, mit Wirtschaftsabwürgungen, mit Quarantänen und mit der Kontrolle. Das ist ganz wichtig zu verstehen und hier natürlich nur in Kürze zu erwähnen. Alle Details, Quellen und auch Belege sind halt im Buch.
HOCH2: Spannend finde ich, daß es jetzt um genmanipulierte Antibiotika geht. Wenn man das auf Deutsch übersetzt, heißt es "Anti-Leben" eigentlich, also ein bißchen kurz übersetzt. Jetzt, wenn wir nicht "Anti-Leben" sein wollen, wenn wir "Für-Leben" sein wollen, was ist jetzt zum Abschluß dieses Gesprächs Ihr Tipp, damit wir nicht in diese Falle reingehen, damit wir das Leben feiern und nicht gegen das Leben vorgehen?
Heiko Schöning: Wir sollten genau das Leben feiern, und das ganz Wichtige ist, wir müssen auch verstehen, daß die allermeisten Bakterien in uns drinnen unsere Freunde sind. Ohne die könnten wir gar nicht, gar nicht überleben. Und es ist tatsächlich auch so, daß die Bakterien in uns drinnen 150 Mal mehr Gene haben.
Das heißt, die sind viel flexibler und anpassungsfähiger und machen uns stark und sind auch ein Schutz, wie wir auf Angriffe von außen auch besser reagieren können. Und genau dieser Schutz, der Angriff aufs Mikrobiom, das wird jetzt eben unter Feuer genommen. Bill Gates hat jetzt den Auftakt bei BILD in Hamburg dazu gemacht. Ich denke, das ist der Beginn einer mehrstufigen internationalen Werbekampagne.
Und was kann man tun? Ja, sich informieren. Das Buch halt auch als Nachschlagewerk benutzen und dann eben nicht reinfallen, wenn es eben weltweit plötzlich heißt, ihr müßt jetzt alle "neue", nicht traditionelle Antibiotika nehmen. Also sozusagen Schädigungsereignis, Panikmache, und dann "haben wir die Rettung für euch", die dann halt von National Resilience produziert wird. So ist der, der ganze Ablauf.
Es geht also nicht jetzt darum, halt individuell jetzt bei jeder Kleinigkeit eben ein Antibiotikum zu verweigern. Nein. Das kann im Einzelfall halt immer richtig sein. Es geht um die große, massenwirksame Panik. Und deswegen ist es auch so wichtig, daß diese zwei Minuten, dieser Auftakt dieses neuen kriminellen Projekts mit Bill Gates bei der Bildzeitung gezeigt wird, damit alle sehen, hier ist etwas nicht natürlich.
HOCH2: Ich danke Ihnen vielmals, Herr Dr. Schöning, für dieses Gespräch! Ich denke, es ist wichtig für unsere Zuschauer, daß sie sich hier Gedanken machen können. Und jetzt haben sie die Grundlage dafür. Liebe Zuschauerinnen, liebe Zuschauer, ich bedanke mich bei Ihnen fürs Zuschauen. Geben Sie auf sich acht, geben Sie auf Ihr Mikrobiom acht und 'Auf Wiedersehen bei HOCH2!'<<

25.05.2024

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 25. Mai 2024 (x1.377/…): >>**Die SS-Vergangenheit des Herrn Trittin …**

Von *Daniell Pföhringer*

Jürgen Trittin steckt bis zur Halskrause im linksextremen Sumpf. Sein Vater war von anderem Schrot und Korn: Er kämpfte in den Reihen der Waffen-SS - und war kein Verbrecher. Genau wie jene Veteranen der Truppe, deren Kriegserlebnisse hier dokumentiert sind.

Im Januar 2001 schlagzeilte die Bild-Zeitung: "Was macht Minister Trittin auf dieser Gewalt-Demo?" Zu sehen war ein Foto aus dem Jahr 1994, das den Grünen in Göttingen umringt von vermummten Autonomen zeigt. Trittin war damals Landesminister der rot-grünen Regierung in Niedersachsen an.

Ein Aktenvermerk des niedersächsischen Landeskriminalamtes von 1993 gibt Auskunft über die von Bild gezeigte Aufnahme: Im Mai jenes Jahres hatte ein Observationsteam Trittin bei einem Treffen mit Angehörigen der brutalen Krawall-Truppe Antifa M fotografiert. "Die Top-Kader der linksradikalen Clique - 17 von ihnen wurden später wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung angeklagt - saßen jeden Mittwoch in einem Büro der Grünen und heckten dort oft Randalestrategien aus", bekam der Focus später heraus.

Demnach wollte die Generalstaatsanwaltschaft Celle damals sogar Ermittlungen gegen Trittin wegen Unterstützung einer kriminellen Vereinigung einleiten. Doch "die Landesregierung unter Ministerpräsident Gerhard Schröder blockte das geplante Verfahren ... rigoros ab", berichtete das Magazin weiter.

Trittin und der Buback-Mord

Die Kollaboration des grünen Ministers mit den Göttinger Gewalttätern war kein Ausrutscher. Trittin suhlte sich nämlich seit eh und je im linksextremen Sumpf. Politisch sozialisiert wurde der spätere Bundesumweltminister im Kommunistischen Bund (KB), doch schon vorher liebäugelte er mit Militanz.

Michael Buback, der Sohn des am Gründonnerstag 1977 von der RAF ermordeten Generalbundesanwalts Siegfried Buback, hat in dieser Hinsicht einiges an Erkenntnissen zutage gefördert. Kurz nach dem Attentat erschien in der Zeitung der Göttinger Studentenvertretung AStA der Beitrag eines anonymen Mescalero, der von "klammheimlicher Freude" über den Mord schrieb.

Der Göttinger AStA wurde damals von einer Spontiliste, aus deren Dunstreis der anonyme Autor kam, und von einem Bündnis unter Dominanz der KB-Hochschulgruppe gebildet. Trittin gehörte dem Gremium in jenem Jahr zwar noch nicht an, verteidigte aber im Namen des KB die Veröffentlichung des Pamphlets.

Als sich Michael Buback viele Jahre später um die Aufklärung des Mordes an seinem Vater bemühte, stieß er auf einen FAZ-Artikel, in dem Trittin noch als niedersächsischer Minister den Mescalero-Text als "radikal pazifistische Absage an den Terrorismus" gelobt und die klammheimliche Freude des Autors als lediglich "sehr unstaatsmännische Einlassung" verharmlost hatte.

Als Buback Ende Januar 2001 per Zufall Trittin im Zug traf, stellte er ihn zur Rede und fragte, ob er sich nicht endlich von dem Text distanzieren wolle. Daraufhin Trittin: "Warum sollte ich?" Und weiter: "Haben Sie ihn zu Ende gelesen?" Erst später, als die Medien den Fall aufgriffen, konnte sich der Bloßgestellte zu einer Distanzierung durchringen.

Ganz anders der Vater …

Seiner linksradikalen Linie blieb sich Trittin auch später bei den Grünen treu - und konnte damit Bundesminister werden. Sogar am Tisch der Bilderberger durfte er Platz nehmen. Bei der Konferenz der einflußreichen Gruppe 2012 war er der einzige anwesende aktive deutsche Politiker.

Stets hütete der 1954 in Bremen geborene Politiker dabei ein Familiengeheimnis, das ihm bei seinen roten und grünen Freunden sicherlich keinen Bonus eingebracht hätte. Erst 2012 stießen Reporter der Illustrierten Stern bei Recherchen auf ein bis dato unbekanntes Detail seiner Biographie: Sein Vater Klaus Trittin, Jahrgang 1923, diente im Zweiten Weltkrieg bei der Waffen-SS.

Die Journalisten fanden heraus: Klaus Trittin hatte sich als 17-Jähriger 1941 freiwillig zur Waffen-SS gemeldet und trug die Mitgliedsnummer 496535. Ein Jahr später trat er der NSDAP bei, Mitgliedsnummer 9563639, und nahm dann am Polen- und am Rußlandfeldzug teil.

Im Herbst 1943 wurde Trittin senior durch einen Streifschuß am Kopf und Granatsplitter im Oberarm verwundet. Nach einem Lehrgang auf der SS- und Waffen-Junkerschule Braunschweig 1944 wurde dem 20-Jährigen im Abgangszeugnis bescheinigt, er wirke "in seiner Haltung und in seinem Benehmen noch etwas unsoldatisch". Gleichzeitig hieß es: "Seine weltanschauliche Haltung ist gefestigt."

Später wurde Klaus Trittin zum SS-Obersturmführer (Oberleutnant) befördert und war bis Kriegsende im Kampfeinsatz. Im letzten Wehrmachtsbericht vom 9. Mai 1945 hieß es: "In Ostpreußen haben deutsche Divisionen noch gestern die Weichselmündung und den Westteil der Frischen Nehrung tapfer verteidigt." Zu diesen Verteidigern gehörte auch Trittins Einheit.

Kein Verbrecher

Nach der Kapitulation geriet Jürgen Trittins Vater in sowjetische Kriegsgefangenschaft. Erst 1950 kam er frei. Und klar ist: Er gehörte zu jenen Soldaten, die Maximilian Krah meinte, als er der Zeitung La Repubblica sagte, daß nicht alle SS-Leute automatisch Verbrecher gewesen seien.

Wie Trittin senior mit seiner Vergangenheit umging, hat der Stern wie folgt beschrieben: "Er redete, anders als andere Männer seiner Generation, offen über seine Vergangenheit, auch gegenüber seinen Kindern. Als Jürgen Trittin 15 Jahre alt war, schleppte der Vater seine beiden Söhne ins ehemalige KZ Bergen-Belsen und sagte zu ihnen: Guckt euch das an, das haben wir verbrochen. So etwas dürft ihr nie wieder zulassen."

Hinzuzufügen wäre: Nicht er selbst hatte dies zu verantworten, sondern jene SS-Leute, die Maximilian Krah ausdrücklich nicht meinte.

Ehrlich, authentisch, unverfälscht: In "Veteranen der Waffen-SS berichten" erfahren Sie, wie es wirklich war. Aufrüttelnd und packend! Mit detaillierten Informationen zu den Einheiten der Männer und zum und Kriegsverlauf . ...<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 25. Mai 2024 (x1.369/…):

>>**Habeck sieht Sylt-Vorfall als Angriff auf Zusammenhalt des Landes**

Nach dem rechtsextremistischen Vorfall auf Sylt hat sich Vizekanzler Robert Habeck besorgt über den Zusammenhalt des Landes geäußert.

"Diese Szenen sind verstörend und absolut inakzeptabel", sagte der Grünen-Politiker den Zeitungen der Funke-Mediengruppe (Sonntagsausgaben). "Wer so rumpöbelt, ausgrenzt und faschistische Parolen schreit, greift an, was unser Land zusammenhält." Habeck erinnerte an die Feierlichkeiten zu 75 Jahre Grundgesetz.

Deutschland habe es geschafft, zu einer starken Demokratie zu werden, die auf Respekt und Pluralität gebaut sei. "Das zu schützen, ist unsere Aufgabe", forderte der Wirtschaftsminister. "Solche widerlichen Pöbeleien dürfen keinen Platz haben." In einem Video, das zu Pfingsten entstanden sein soll, ist zu sehen, wie junge Menschen in einer Nobelbar auf Sylt zur Melodie des Party-Hits L'amour toujours von Gigi D'Agostino rassistische Parolen grölen. Zudem ist zu sehen, wie ein Mann aus der Gruppe mit seinen Händen einen Hitlergruß und einen Hitlerbart andeutet. In Niedersachsen soll es am Pfingstmontag bei einem Schützenfest zu ähnlichen Szenen gekommen sein. In beiden Fällen ermittelt der Staatsschutz.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 25. Mai 2024 (x1.377/…): >>**Europawahl-Umfrage: AfD legt zu**

Von *Daniell Pföhringer*

Trotz der Kampagnen gegen Maximilian Krah und Petr Bystron: Die AfD käme laut einer aktuellen YouGov-Umfrage auf 20 Prozent bei der EU-Wahl und wäre damit zweitstärkste Partei.

Europawahl-Umfrage: AfD legt zu

Trotz der Kampagnen gegen Maximilian Krah und Petr Bystron: Laut einer aktuellen Umfrage des Instituts YouGov werden der Partei 20 % für die EU-Wahl am 9. Juni voraus. Insa geht von 17 % aus. Das würde einen Stimmzuwachs von 9 % bzw. 6 % im Vergleich zur letzten Europawahl von 2019 bedeuten.

Die Ergebnisse der übrigen Parteien laut YouGov: CDU/CSU: 29 % (+0,1), SPD: 16 % (+0,2), GRÜNE: 15 % (-5,5), BSW: 6 % (NEU), LINKE: 4 % (-1,5), FDP: 4 % (-1,4), Sonstige: 6 % (-6,9).

Die Ergebnisse bei Insa: CDU/CSU: 30 %, SPD: 13, Grüne: 14 %, BSW: 7 %, Linke: 3 %, FDP, 4 %.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 25. Mai 2024 (x1.376/…): >>**Bayern: Söder-Regierung verliert Kontrolle über die Masseneinwanderung**

Es sind erschütternde Zahlen, die das bayerische Innenministerium auf Anfrage der AfD-Landtagsfraktion herausrücken mußte: Rund eine halbe Million Asylanträge, mehr als 170.000 positive Asylbescheide und mehr als doppelt so viele Familiennachzüge in weniger als zehn Jahren!

Dazu erklärte der AfD-Landtagsabgeordnete Rene Dierkes (München-Ost), die Flüchtlingspolitik der bayerischen Staatsregierung unter Ministerpräsident Markus Söder (CSU) sei "nun endgültig im Desaster" geendet. Die vorliegenden Zahlen würden deutlich zeigen, daß die Söder-Regierung keine Kontrolle mehr über die Zuwanderung im Freistaat habe.

Von Ende Dezember 2015 bis Ende 2023 überschritten nach Angaben des Landesinnenministeriums 502.820 Personen illegal die bayerische Grenze und verlangten Asyl.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 25. Mai 2024 (x1.377/…): >>**Grundgesetz-Jubiläum: Sie feierten sich wieder nur selbst**

Von *Sven Eggers*

Da haben sie sich nun hauptsächlich selbst gefeiert, die feinen Damen und Herren aus Politik und Medien: 75 Jahre Grundgesetz, und sie tun so, also gehöre ihnen das Land. …

Die Berliner Morgenpost bejubelte "das beste Deutschland, das es je gab". und die ganz große Blockparteien-Fraktion feierte in dieser Woche ausgelassen. Das Grundgesetz-Jubiläum ist aller Ehren wert, doch diese Volksvertreter haben von seinem Glanz nichts verdient, denn sie sind es ja, die Grundrechte immer wieder mit Füßen treten, die Meinungsfreiheit bekämpfen, die das Friedensgebot mißachten und die in der Corona-Zeit auch bereit waren, bewußt zu spalten und auszugrenzen.

Was Beweise belegen

Erinnern wir uns. Die vertraulichen Protokolle des Robert-Koch-Instituts, die unlängst nach Klage herausgerückt werden mußten und die uns hoffentlich bald auch unzensiert vorliegen, belegen bereits in ihrer jetzigen Form, daß Maßnahmen durch das RKI ohne jede Evidenz empfohlen oder bestätigt worden waren. Es ging eben nicht um Gesundheitsschutz, sondern um die Umsetzung politischen Willens. Das darf nicht ungesühnt bleiben. Es wird Zeit, daß Handschellen klicken!

So hatte das RKI am 17. März 2020 das Gesundheitsrisiko für die Bevölkerung von "mäßig" auf "hoch" gestuft, ohne daß es dafür einen entscheidenden Anlaß gegeben hätte. Die entsprechende Verfügung sei dann nicht etwa auf Grundlage medizinischer Daten erfolgt, sondern

von einer Person abgesegnet worden, deren Namen in den Dokumenten bislang noch geschwärzt ist.
Auch RKI-Empfehlungen zur Maskenpflicht kamen eher willkürlich daher. Der Krisenstab des Instituts hatte am 30. Oktober 2020 noch klar und deutlich festgestellt, daß es "keine Evidenz für die Nutzung von FFP2-Masken außerhalb des Arbeitsschutzes" gebe. Der Öffentlichkeit wurde dies jedoch verschwiegen und die Maskenpflicht kurze Zeit später sogar noch verschärft, ohne daß das RKI widersprochen hätte.
Auch zum zweiten Lockdown im Dezember 2020 gibt es bislang nicht veröffentlichte Fakten, die aus den verheimlichten RKI-Protokollen hervorgehen. Die Bild faßte diesbezüglich zusammen:
"16. Dezember 2020: Die Krisen-Runde bewertet die Wirksamkeit von Lockdowns weltweit. Fazit: 'Lockdowns haben zum Teil schwerere Konsequenzen als Covid selbst.' Zudem wird nüchtern festgestellt: 'Steigende Kindersterblichkeit zu erwarten.' Öffentlich wurde darüber geschwiegen!"
Es ist wichtig, daß die Forderung nach Aufarbeitung der Corona-Politik nicht verstummt. Das verbrecherische Treiben herrschender Politiker und bundesdeutscher Staatsmedien gehört mitsamt allen Fakten auf den Tisch. Die Verantwortlichen der folgenschweren Grundrechte-Aufhebung in den Jahren 2020 und 2021 dürfen nicht davonkommen. Das ist das Gebot der Stunde zum Grundgesetz-Jubiläum. Die Hauptsorge im politischen Berlin aber war gestern, ob der Schampus auch gut gekühlt sei.

Enormer Vertrauensverlust

"Es rumort in Teilen der Gesellschaft", ließ uns die Welt kürzlich wissen. Es ging um die anhaltende Empörung angesichts der drastischen damaligen Maßnahmenpolitik. Herangezogen wurden dabei Aussagen mehrerer Lokalpolitiker, die bestätigen, daß der "Vertrauensverlust aus Pandemie-Zeiten" bis heute nachwirke. Zwar beherrschten mit der Kriegsgefahr und der Migrationskrise andere Themen den Alltag, doch die Corona-Unrechtspolitik der Bundesregierung treibe einen nennenswerten Teil der Gesellschaft weiterhin um.
Wie notwendig eine Aufklärung ist, aber auch Konsequenzen sind, verdeutlichen nachfolgende fünf beispielhafte Zitate. Zur Erinnerung: Das ist wenige Jahre her, nicht etwa neunzig …
"Ich hingegen möchte an dieser Stelle ausdrücklich um gesellschaftliche Nachteile für alle ersuchen, die freiwillig auf eine Impfung verzichten. Möge die gesamte Republik mit dem Finger auf sie zeigen." (Nikolaus Blome, Kolumnist, Spiegel, 7. Dezember 2020)
"Wer die Wirkung der Impfung bestreitet, handelt völlig verantwortungslos und ruft negative, gesellschaftliche Konsequenzen hervor." (Andreas Bovenschulte, SPD-Bürgermeister von Bremen, Bild, 9. Dezember 2021)
"Kein Impfgegner wird wie ein Staatsfeind behandelt. Er darf nur, hoffentlich bald, nicht mehr unter die Leute gehen, weil er ein gefährlicher Sozialschädling ist. Aber er hat die Freiheit, sich nicht impfen zu lassen. Aber er hat nicht die Freiheit, mich zu gefährden. (Rainer Stinner, FDP-Politiker, in dem Kommentar auf Facebook, Report24, 6. August 2021).
"Die Gesellschaft muß das jetzt selbst regeln: ‚Wenn Du nicht geimpft bist, dann möchte ich auch nicht, daß Du mit meinen Kindern spielst." (Prof. Emil Reisinger, Mediziner, NDR, 28. Oktober 2021)
"Wäre die Spaltung der Gesellschaft wirklich etwas so Schlimmes? Sie würde ja nicht in der Mitte auseinanderbrechen, sondern ziemlich weit rechts unten. Und so ein Blinddarm ist ja nicht im strengeren Sinne essentiell für das Überleben des Gesamtkomplexes." (Sarah Bosetti, ZDF-Komikerin, Twitter, 3. Dezember 2021).
Das Grundgesetz-Jubiläum erinnerte nochmals eindringlich daran, daß wir es mit Bösartigen im politischen Berlin zu tun haben. Aber nur COMPACT traut sich, dies auch zu thematisieren. Die Mai-Ausgabe titelt: "Verbrecher an der Macht."<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 25. Mai 2024 (x1.369/…):
>>**Kiesewetter fordert Haushaltsnotlage wegen Ukrainekriegs**
Der CDU-Außenpolitiker Roderich Kiesewetter fordert die Bundesregierung auf, wegen des Ukrainekriegs eine Haushaltsnotlage zu erklären. "Der Krieg läßt sich nur mit Schulden gewinnen", sagte Kiesewetter dem "Spiegel". Es sei unerklärlich, warum die Bundesregierung die Coronapandemie als Notsituation genommen habe, um 200 Milliarden Euro für eine Strom- und Gaspreisbremse zu finanzieren, aber der Krieg die Kriterien einer Notlage nicht erfülle. "Die Ukraine kann noch gewinnen, aber nur dann, wenn wir die Ukraine 'all in' unterstützen: militärisch, finanziell, politisch", fordert der CDU-Politiker.
"Deshalb sollte dieser Krieg als Notsituation dienen, um unabhängig von der Schuldenbremse Verteidigung und die Unterstützung der Ukraine zu finanzieren." Dazu aber müsse man im Kanzleramt anerkennen, daß auch Deutschland ein Ziel des russischen Krieges sei, sagte Kiesewetter. "Was wir jetzt an Geld bereitstellen, ist um ein Vielfaches 'billiger', als wenn wir warten, bis Rußland erfolgreich ist."<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 25. Mai 2024 (x1.377/…):
>>**Neue Nachbarn für bunte Helene**
Von *Sven Eggers*
Lange war Schlagersängerin Helene Fischer politisch neutral, Anfang des Jahres reihte sie sich dann doch ein in die wackere Front der Antirechten. Jetzt soll sie es mit Asylbewerbern zu tun bekommen. Ob sie auf einen neuerlichen Kurswechsel setzen mag? …
Mit "Atemlos" elektrisierte sie vor einigen Jahren das ganze Land. Helene Fischer wurde über Nacht zur Königin des Schlagers. Zwar waren manche schon nach kurzer Zeit genervt von ihrer medialen Dauerpräsenz, doch ihre Konzerte waren allesamt ausverkauft, ihre Fernsehauftritte sorgten für Rekord-Einschaltquoten.
Sie nervte einst Linke
Das Kind rußlanddeutscher Eltern hielt sich politisch lange Zeit zurück. Auf dem Höhepunkt ihrer Karriere vor zehn Jahren waren von ihr keine neunmalklugen Politbelehrungen zu vernehmen. Vereinzelt gab es deswegen sogar Kritik von linken Künstlern.
2018 schrie sie ihren Anhängern auf Konzerten erstmals irgendwas von "gegen Fremdenfeindlichkeit" entgegen und verbreitete im Internet Verweise zu "Wir sind mehr". Unter diesem Label hatten sich diverse linke Gruppen zusammengefunden, um gegen Fake-Hetzjagden auf Fremde in Chemnitz zu agieren. Anschließend gab sie wieder Ruhe.
Auf dem Höhepunkt der mit Lügen gespickten Correctiv-Story zu Beginn des Jahres hatten sie die Fischer dann aber noch eingefangen. "Mutig" posierte sie vor dem üblichen Kreis um Udo Lindenberg & Co. auf dem Cover des "Stern" und sang das Lied der selbsternannten Retter von Demokratie und Moral. Das Establishment klopfte ihr anschließend anerkennend auf die Schulter. Sie habe "ihre Stimme erhoben".
Der "Stern" zitierte die mutige Helene mit dem Ansinnen, in einem "offenen, toleranten und vielfältigen Deutschland leben" zu wollen. Sie wünsche sich eine "bunte Zukunft für unsere Kinder". Dieser Wunsch wird ihr jetzt möglicherweise rasch erfüllt. Direkt vor Helenes Prunkvilla am wunderschönen Ammersee entsteht derzeit offenbar ein üppiges Asylantenheim.
Das Promimagazin Intouch fühlt mit: "Trautes Heim. Glück allein? Von wegen! Helene Fischer (39) wollte sich mit ihrem Haus am Ammersee einen Traum erfüllen. Gemeinsam mit Ehemann Thomas Seitel (39) und Töchterchen Nala (2) plante sie hier ein ruhiges und beschauliches Leben. Doch mit der Idylle ist es scheinbar vorbei."
Nachbarn glauben, daß die Fischer sehr unter ihren neuen Nachbarn leiden werde. Denn bislang sei sie immer sehr auf Abschottung bedacht gewesen, hohe Bäume als Grundstücksbegrenzung, arrangierte Security, zahlreiche Sicherheitsvorkehrungen eingeschlossen.

Unsichere Gegend

Die Umgebung an den Ufern des Ammersees ist ohnehin ein Ziel für Kriminelle, denn hier leben viele sehr Wohlhabende. Bis zu sechs Einbrüche und Raubzüge pro Nacht in die Villen der Reichen seien nicht ungewöhnlich.

Daß die möglichen neuen Nachbarn hier künftig für Ruhe, Ordnung und Sicherheit sorgen, ist möglicherweise eine tendenziell nur sehr vage Aussicht. Auch Helenes Nachbarn sorgen sich um die Sicherheit ihres Hab und Gutes.

Sollte die Politik nun zunehmend auch Reiche mit den Segnungen des Asylunwesens beglükken, können wir nur auffordern, Widerstand zu leisten. ...<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 25. Mai 2024 (x1.368/…): >>**Beleidigungen im Netz: Strack-Zimmermann stellt 200 Anzeigen im Monat**

FDP-Spitzenkandidatin Marie-Agnes Strack-Zimmermann stellt 200 Anzeigen im Monat gegen Menschen, die sie im Internet oder auf Veranstaltungen beleidigen. Reue für eigene verbale Ausfälle zeigt sie dabei nicht.

Von *Redaktion*

Die FDP-Spitzenkandidatin für die anstehende Europawahl, Marie-Agnes Strack-Zimmermann, hat im Gespräch mit dem Spiegel erklärt, daß sie monatlich circa 200 Anzeigen stelle, weil sie Menschen im Netz beleidigen. Im Interview mit dem Spiegel, in dem es neben ihren klaren Positionen zum Krieg in der Ukraine um die bevorstehende Europawahl geht, wurde die FDP-Politikerin auch auf ihr Verhalten gegenüber Anfeindungen gegen ihre Person angesprochen.

Zuletzt hatte ein Video aus Ravensburg, wo Strack-Zimmermann mit Ausfällen gegenüber dem Publikum bei einer Wahlkampfveranstaltung aufgefallen war, für negative Schlagzeilen gesorgt und der 66-Jährigen viel Kritik gebracht. Reue für solche verbalen Ausfälle, wie den Spruch "Weiß eigentlich Ihr Chef, was Sie am Wochenende hier machen?" habe sie grundsätzlich nicht, sagt sie.

Anders reagiert sie, wenn sie beschimpft wird: Über 200 Anzeigen stellt die FDP-Politikerin nach eigener Aussage jeden Monat. Eine Anzeige habe sie etwa für die Betitelung als "Kriegstreiberin" gegen eine Rentnerin gestellt. Die Tatsache, daß die Frau Rentnerin sei, wäre ihr dabei gleichgültig: "Ob das eine Rentnerin ist, interessiert mich nicht. Auch eine Rentnerin sollte sich gut überlegen, was sie postet.", so Strack-Zimmermann.

Auf Vorwürfe gegen sie in der Causa Ravensburg würde Strack-Zimmermann nicht eingehen, läßt sie im Gespräch anklingen. Der Satz "Weiß eigentlich Ihr Chef, was Sie am Wochenende hier machen?" sei zudem von den Medien bewußt aus dem Kontext gerissen worden, erklärt die FDPlerin.

Strack-Zimmermann: "Der Mann stand vor der Bühne und hat mich und eine junge Liberale eine Stunde lang wüst beleidigt. Nach der Veranstaltung wollte er mit mir unter vier Augen über Demokratie diskutieren. Ich habe ihn gefragt, was er macht, wenn er nicht demonstriert", erklärt Strack-Zimmermann das Geschehen aus ihrer Perspektive.

Nachdem der Mann dann mit "Ingenieur" geantwortet hätte, hätte sie diesen Satz gesagt. Von Einschüchterung gegen politische Gegner oder gar Nötigung - das wird Strack-Zimmermann nach dem Auftritt vorgeworfen - will sie nichts wissen. Auf die kurze Frage, ob sie ihre Worte bereue, antwortet sie: "Überhaupt nicht".

Anders sei das bei Beleidigungen gegen sie: "Heute begegnen mir krassere Aussagen, oft grobe Gewaltandrohung. Nazisprech ist auch häufig dabei" so Strack-Zimmermann. Ihre Anzeige-Strategie wäre dabei sehr erfolgreich, erzählt die FDP-Politikerin: "Letzteres (Nazisprech) wird für die Täter vor Gericht besonders teuer. Die Gerichte und die Staatsanwaltschaft sind inzwischen extrem sensibilisiert. Fast alle Prozesse werden gewonnen", so Strack-Zimmermann stolz.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 25. Mai 2024 (x1.377/…):
>>**Division "Leibstandarte": Die Elite der Elite**
Von *Daniell Pföhringer*
Bei den Buchstaben "SS" zucken die meisten Zeitgenossen zusammen, denken an Konzentrationslager und Massenmord. Das zeigt der aktuelle Skandal um Äußerungen von Maximilian Krah. Doch die Waffen-SS muß als kämpfende Truppe differenzierter bewertet werden, wie auch Militärexperte Rudolf Lehmann in seiner 5-bändigen Divisionsgeschichte "Die Leibstandarte" verdeutlicht. …
Als junger SPD-Bundestagskandidat sagte der vormalige Wehrmachtoffizier und spätere Kanzler Helmut Schmidt: "Wenn wir damals in Rußland wußten, rechts oder links von uns, oder vor uns, liegt eine Division der Waffen-SS, dann konnten wir ruhig schlafen."
Was er damit meinte, wird deutlich, wenn man sich die Erkenntnisse des Militärexperten Rudolf Lehmann vor Augen führt. In insgesamt fünf Bänden hat er die Divisionsgeschichte der legendären "Leibstandarte" aufgearbeitet - und präsentiert Fakten, die in heutigen Debatten bewußt verschwiegen werden, weil sie nicht in das verordnete Geschichtsbild passen.
Tatsächlich kämpfte der größte Teil der Waffen-SS-Soldaten genauso ehrenhaft wie die Kameraden der Wehrmacht. Sie waren "Soldaten wie andere auch", so der Titel der Memoiren von Generaloberst Paul Hausser, der neben Sepp Dietrich der ranghöchste Offizier der Truppe war. Auf Anregung Haussers bezog der erste Kanzler der Bundesrepublik, Konrad Adenauer, die Männer der Waffen-SS in seine Ehrenerklärung für die deutschen Soldaten des Zweiten Weltkriegs ein.
Vielleicht sollte man noch hinzufügen: Die Männer mit Totenkopf auf der Mütze waren echte Elitesoldaten. Und die deutsche Eliteeinheit schlechthin - sozusagen die Elite der Elite - war die Leibstandarte-SS "Adolf Hitler", kurz LAH.
Hitlers Leibwache und Verfügungstruppe
Im Jahr 1933 aus der Leibwache Hitlers gebildet, war die SS-Stabswache Berlin, die danach Wachbataillon Berlin hieß, anfangs eine reine Schutzeinheit für den "Führer". Im September jenes Jahres erfolgte ihre Umgliederung in die die Leibstandarte-SS "Adolf Hitler" unter dem Kommando von Sepp Dietrich. Quartier bezog die LAH in der Kadettenanstalt Berlin-Lichterfelde. In diese Zeit fällt die zweifelhafte Rolle der Truppe bei der Niederschlagung des sogenannten Röhm-Putsches.
Wie man allerdings in Rudolf Lehmanns kenntnisreichem Mammutwerk "Die Leibstandarte" (5 Bände in edlem Schuber; insgesamt) nachlesen kann, wurde die LAH zusammen mit den "Politischen Bereitschaften" und "kasernierten Hundertschaften" schon in den Jahren 1934/35 zur SS-Verfügungstruppe ausgebaut. Das bedeutete: Im Kriegsfall sollte sie "zu Verfügung" der Wehrmacht stehen. Damit war die Truppe den innenpolitischen Wirren entzogen.
Übernahme in die Waffen-SS und Kriegseinsätze
Im Jahr 1938 war die "Leibstandarte" bereits auf die Größe eines Regiments angewachsen. Als motorisiertes Infanterie-Regiment nahm sie 1939 am Polenfeldzug teil - und wurde noch im selben Jahr in die Waffen-SS übernommen. 1940 wurde sie, inzwischen in Brigadestärke, im Frankreichfeldzug eingesetzt, ein Jahr später nahm sie in Divisionsstärke am Rußlandfeldzug teil.
Ab Juli 1942 wurde die LAH, wie in Lehmanns Werk "Die Leibstandarte" beschrieben, unter dem Kommando von SS-Brigadeführer (Generalmajor) Theodor Wisch zur SS-Panzergrenadierdivision umgerüstet, war in Italien im Einsatz, um dann ab Februar 1944 zunächst unter SS-Oberführer Wilhelm Mohnke und dann unter SS-Brigadeführer (Generalmajor) Otto Kumm als 1. SS-Panzerdivision an der Ardennenoffensive und schließlich unter anderem an den Kämpfen in der Ukraine und in Ungarn teilzunehmen. Die Reste der Leibstandarte gingen am 8. Mai 1945 bei Linz in Gefangenschaft.

Bis zum bitteren Ende

Nach 1945 wurden einzelnen Einheiten der LAH Kriegsverbrechen vorgeworfen, etwa der Kampfgruppe von Joachim Peiper. Auch darauf geht Lehmann in seiner 5-bändigen Divisionsgeschichte "Die Leibstandarte" näher ein - und stellt grobe Verzerrungen und handfeste Geschichtslügen richtig, etwa über das "Massaker von Malmedy". …

Lehmann stellt in seiner großen Historiographie heraus, daß der überwiegende Teil der LAH-Angehörigen gemäß dem internationalen Kriegsrechts kämpfte. Und er verdeutlicht, daß die an allen Brennpunkten des Krieges eingesetzte Elitetruppe die zahlenmäßig größten Verluste aller deutschen Einheiten erlitt - und trotzdem nie an Nachwuchsmangel litt. Der "Leibstandarte" eilte ein legendärer Ruf voraus - und für viele junge Deutsche war es ein erstrebenswertes Ziel, in diesem reinen Freiwilligenverband ihren Dienst zu tun.

Auf insgesamt 2.760 Seiten behandelt Waffen-SS-Experte Lehmann in "Die Leibstandarte" (hunderte Abbildungen und Karten; gebunden im Großformat) Aufstellung, Gliederung, Aufgaben und alle Einsätze der LAH von 1933 bis 1945 bis ins Detail. …

Der Einsatz der LAH beim Unternehmen "Zitadelle" gegen den Kursker Frontbogen wird ebenso dargestellt wie die harten Abwehrschlachten in der Ukraine 1943/44 oder an der Invasionsfront 1944. Besonders dramatisch sind die Schilderungen über das letzte Aufbäumen in der Ardennenoffensive. Und das Beste: Zahlreiche Zeitzeugen, die damals mitkämpften, kommen ausführlich zu Wort. Das unterscheidet Lehmanns Werk von den meisten anderen Abhandlungen über die Waffen-SS.

Besonders hervorzuheben ist: Nach der gescheiterten Rückeroberung von Budapest 1945 deckte die Einheit noch den Rückzug deutscher Truppen auf das Reichsgebiet. Eine militärische Großtat, der Lehmann in seinem Werk "Die Leibstandarte" angemessenen Raum gibt. Seine faszinierende und überaus kenntnisreiche Monographie ist durch Dokumente, Karten und Fotos reich illustriert. …<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 25. Mai 2024 (x1.376/…): >>**Christliche Döner Union: CDU stellt Islam-Funktionärin bei Kommunalwahl in Rheinland-Pfalz auf**

Am 9. Juni werden nicht nur das Europaparlament sondern auch Kreistage, Bezirksversammlungen und Gemeinderäte in acht Bundesländern gewählt. Bei der Kommunalwahl in Rheinland-Pfalz sorgt eine CDU-Kandidatin für Wirbel: Akgül Yazici kandidiert für die Christdemokraten in Pirmasens (südwestliche Pfalz). Die Kandidatin ist gleichzeitig Funktionärin des größten deutschen Moscheeverbandes DITIB, wie die in Ludwigshafen erscheinende "Rheinpfalz" berichtet.

Bei der Organisation mit mehr als 800 angeschlossenen Moscheen handelt es sich um einen in Deutschland eingetragenen Verein, welcher der türkischen Religionsbehörde Diyanet untersteht und welcher u.a. wegen seiner offen feindlichen Haltung gegenüber Israel im Visier der Verfassungsschutzbehörden steht.

Auf eine Medien-Anfrage, ob und inwieweit Yazicis DITIB-Engagement mit dem Politikverständnis der Christdemokraten vereinbar sei, antwortete die Pirmasenser CDU ausweichend: Yazici habe "nie eine Repräsentantenrolle" bei dem Moscheeverband innegehabt. Vielmehr sei sie um den Dialog zwischen christlichen und muslimischen Gemeinden bemüht.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 25. Mai 2024 (x1.369/…): >>**Strack-Zimmermann für ukrainische Angriffe auf Rußland**

Die FDP-Verteidigungspolitikerin Marie-Agnes Strack-Zimmermann billigt der Ukraine das Recht zu, auch russisches Territorium anzugreifen. Rußlands Präsident Wladimir Putin müsse sich darüber im Klaren sein, ‚daß auch auf russischem Boden seine militärischen Einrichtungen nicht sicher sind', sagte die Vorsitzende des Verteidigungsausschusses den Zeitungen der Funke-Mediengruppe (Sonntagsausgaben).

'Zu glauben, daß er ungestraft unschuldige Menschen in der Ukraine überfallen, ermorden, vergewaltigen, verschleppen und foltern kann, ohne die Folgen zu spüren bekommen, wäre fatal.' Strack-Zimmermann fügte hinzu, dann werde Putin ‚nie aufhören mit seinem imperialistischen Raubzug und nach einem kurzen Atemzug auch andere Nachbarn überfallen.
Zuvor hatte sich der Grünen-Europapolitiker Anton Hofreiter dafür ausgesprochen, die Ukraine nicht länger davon abzuhalten, mit westlichen Waffen auch russisches Territorium anzugreifen. "Es geht hier um den Schutz der ukrainischen Bevölkerung. Daher sollten wir die Ukraine nicht daran hindern, mit den gelieferten Waffen russische Kampfjets auch im russischen Luftraum abzuwehren", sagte Hofreiter den Funke-Zeitungen.
"Das Völkerrecht erlaubt es einem angegriffenen Staat, militärische Ziele im Land des Aggressors zu attackieren. Das ist Teil der Selbstverteidigung."<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 25. Mai 2024 (x1.376/…): >>**Mehr "Diversität": Faeser (SPD) plant Migranten-Quote im Staatsdienst!**
Das neue Strategiepapier mit dem Titel "Gemeinsam für Demokratie und gegen Extremismus" aus dem Ressort von Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) läuft auf eine de facto Migranten-Quote im öffentlichen Dienst hinaus. Ziel ist es, den Anteil von Staatsbediensteten mit Migrationshintergrund in einem ersten Schritt mittels "untergesetzlicher" Maßnahmen zunächst im Bereich der Bundesbehörden signifikant zu erhöhen.
Die sogenannte "Diversitätsstrategie" von Faeser sieht vor, daß Bundesbehörden verstärkt Menschen mit Migrationshintergrund einstellen sollen. Dieses Ziel soll zunächst mit Richtlinien und Verordnungen ohne direkte gesetzliche Regelung erreicht werden. Als nächstes plant die Bundesregierung dann ein "Bundespartizipationsgesetz", das die Teilhabe von Migranten am öffentlichen Dienst weiter stärken soll.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 25. Mai 2024 (x1.376/…): >>**Wurde auch Zeit: Haldenwang steht wohl vor dem Aus als Verfassungsschutz-Chef!**
Soweit Deutschland nicht vom Regen in die Traufe kommt, ist es die beste Nachricht des Jahres: Die Tage von Verfassungsschutz-Chef Thomas Haldenwang (CDU) sind offenbar gezählt, wie "Welt am Sonntag" berichtet. Das Bundesinnenministerium von Nancy Faeser (SPD) wollte die Meldung "ausdrücklich nicht bestätigen" - hat den Bericht also auch nicht ausdrücklich dementiert!
Der unsägliche Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV), Thomas Haldenwang (CDU), soll wohl noch in diesem Jahr seinen Posten räumen, um für eine Frau an der Spitze der in Köln ansässigen Bundesbehörde Platz zu machen. Das berichtet "Welt am Sonntag" unter Berufung auf mehrere Quellen aus Sicherheitskreisen.
Dazu hieß es von Seiten des Bundesamtes: "Das BfV äußert sich grundsätzlich nicht zu Personalangelegenheiten."
Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD), zu deren Geschäftsbereich der Inlandsgeheimdienst mit mehr als 4.200 Mitarbeitern gehört, sagte der "Welt am Sonntag", sie sei "mit der erfolgreichen Arbeit" des Präsidenten "sehr zufrieden". Informationen über dessen baldigen Rückzug wolle das Ministerium "ausdrücklich nicht bestätigen" (mit anderen Worten: ausdrücklich nicht dementieren).
Dem Bericht zufolge werden in Sicherheitskreisen zwei Frauen als mögliche Nachfolger gehandelt: die Berliner Justizsenatorin Felor Badenberg (CDU) und die parteilose Berliner Polizeipräsidentin Barbara Slowik.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 25. Mai 2024 (x1.376/…): >>**Demokratie-Alarm: Faeser plant Quasi- Vorratsdatenspeicherung zur Meinungsfreiheit**
Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) will die Meinungsfreiheit schleichend immer weiter einschränken. Jetzt soll eine Art Vorratsdatenspeicherung für Meinungsäußerungen im Internet her.

Dabei geht es um Beiträge und Posts, die mutmaßlich strafbar sein könnten, wie sich aus dem 59-seitigen Strategiepapier "Gemeinsam für Demokratie und gegen Extremismus" ableiten läßt, das die Ampel mit Zustimmung der sogenannten "Freien Demokraten" beschlossen hat.
Wörtlich heißt es darin:
"Die Bundesregierung beabsichtigt, mit einem Gesetz gegen digitale Gewalt ein privates Auskunftsverfahren zu verankern, mit dem die Identität der Verfasserin oder des Verfassers rechtswidriger Inhalte einfacher geklärt und damit eine praktikable zivilrechtliche Verfolgung rechtswidriger Inhalte ermöglicht wird."
Die entscheidende Passage lautet: "Das Auskunftsverfahren soll, anders als bisher, nicht nur Bestands-, sondern auch Nutzungsdaten erfassen. Damit die Daten beim Diensteanbieter nicht vor einer gerichtlichen Entscheidung über eine Auskunftserteilung gelöscht werden, soll ein Gericht auch eine vorübergehende Datenspeicherung anordnen können."<<

26.05.2024

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 26. Mai 2024 (x1.377/…): >>**Wahrheitskrieger Alex Jones: Erstmals auf Deutsch!**

Von *Daniell Pföhringer*

Er ist das Vorbild für Truther weltweit: Alex Jones hat bei der Aufdeckung geheimer Machenschaften von Polit- und Wirtschaftsgrößen Pionierarbeit geleistet.
Mit "Das große Erwachen" gibt es nun erstmals ein Buch der Investigativ-Ikone in deutscher Sprache. Und das enthüllt, was noch nicht einmal eingefleischte Kritiker der Globalisten zu denken gewagt hätten.
Eine Prozession von Männern in Kutten, die Fackeln tragen, bahnt sich den Weg durch das Dickicht des Waldes. Bald erreichen sie einen von Mammutbäumen gesäumten See, an dessen Ufer sich auf einer Art Plateau eine über zehn Meter hohe, von Moos bewachsene Eulenstatue erhebt. Davor wurde Holz aufgeschichtet.
Gestalten, die in rote Gewänder gekleidet sind, tragen eine Puppe in Menschengestalt heran, heben sie auf den Scheiterhaufen, entzünden das Feuer. Eine Kapelle spielt Musik, die versammelten Dunkelmänner stimmen einen Gesang an, während die Flammen die Figur verschlingen …
Das ist keine Szene aus einem Horrorfilm, sondern ein reales Ereignis, das der Investigativ-Journalist Alex Jones 2005 für seine Dokumentation "Dark Secrets Inside the Grove" heimlich aufnehmen konnte.
Er deutet die riesige Eule am Seeufer als Abbild des phönizischen Gottes Moloch, dem nach biblischer Überlieferung Kinder als Feueropfer dargebracht wurden.
Genau dies soll, so Jones, durch das Verbrennen der Holzpuppe symbolisiert werden. Das Ritual hat jedoch nicht etwa irgendeine okkulte Kleinstsekte abgehalten, sondern eine Gruppe von US-Größen aus Politik, Wirtschaft, Medien und Showbusiness - der sogenannte Bohemian Club, der alljährlich im Bohemian Grove zusammenkommt.

Die Rache der Globalisten

Durch die Aufnahmen erlangte Alex Jones mit einem Schlag weltweite Bekanntheit. Nie zuvor konnte das strikt von der Öffentlichkeit abgeschirmte düstere Treiben, das sich regelmäßig auf einem etwa elf Quadratkilometer großen Areal östlich von Monte Rio im US-Bundesstaat Kalifornien ereignet, filmisch festgehalten werden.
Dabei finden die Zusammenkünfte finden schon seit Ende des 19. Jahrhunderts statt, aufgenommen wird man in der Regel nach einer Wartezeit von 15 bis 20 Jahren. Jeder Neuanwärter muß von mindestens zwei aktiven Mitgliedern empfohlen werden, bei Aufnahme wird eine Gebühr von 25.000 Dollar fällig, der Jahresbeitrag soll sich in einer ähnlichen Größenordnung bewegen.
Wie Jones in seinem Dokumentarfilm aufdeckte, nahmen unter anderem Richard Nixon, Ro-

nald Reagan, George Bush Sr. und Jr., Bill Clinton, Henry Kissinger, Arnold Schwarzenegger sowie die Chefs von Standard Oil und General Electric an den obskuren Treffen im Wald teil.
Fortan widmete sich Jones konsequent der Aufdeckung geheimer Hintergrundstrukturen und wurde deswegen oft als Verschwörungstheoretiker diffamiert.
Die Globalisten nahmen dem Amerikaner die unermüdliche Aufklärungsarbeit übel, die Handlanger des Tiefen Staates überzogen den mutigen Wahrheitssucher ("Truther") mit mehreren Prozessen, die ihn an den Rand des finanziellen Ruins brachten.
US-TV-Legende Tucker Carlson stellte dazu die richtige Frage: "Wenn Alex Jones nur ein Spinner ist, warum versuchen dann die mächtigsten Leute des Landes, ihn zum Schweigen zu bringen?"
Doch Alex Jones gab nicht auf, erreicht noch heute mit seiner Sendung Info Wars ein Millionenpublikum und ist seit einiger Zeit sogar mit einer neuen Show auf der vormals Twitter genannten Plattform X am Start, nachdem sein Account dort nach jahrelanger Sperre auf Anweisung von Elon Musk wieder freigeschaltet wurde.

Noch viel schlimmer, als man denkt

Nun gibt es sogar erstmals ein Buch der Truther-Ikone in deutscher Sprache: In "Das große Erwachen" (gebunden, 480 Seiten, Kopp Verlag) enthüllt er erschreckende Machenschaften der globalen Eliten, die bislang noch nicht aufgedeckt wurden. Deutlich wird dabei: Die Globalisten haben unsere Zukunft bereits durchgeplant.
Sie wollen sie so gestalten, daß wir von ihren giftigen Chemikalien, Medikamenten und Impfstoffen krank werden. Sie stellen sich eine dystopische Welt der Zensur, der Sozialkredit-Ratings und der digitalen Währungen vor, eine Zukunft aus winzigen Häusern und fleischlosen Mahlzeiten, eine Zukunft, in der die "nutzlosen Esser" an die virtuelle Realität angeschlossen sind und in der man ihnen - wie in Aldous Huxleys dystopischen Roman "Brave New World" beschrieben - Halluzinogene verabreicht, sodaß sie sich nicht mehr gegen ihre politischen Herren auflehnen.
Es ist also alles noch viel schlimmer, als es sich die schärfsten Kritiker der globalen Eliten jemals vorstellen könnten. Jones verbindet in "Das große Erwachen" die Punkte - und deckt einen monströsen Gesamtplan auf, der nichts anderes zum Ziel hat als die Abschaffung der Menschheit, der Nationen und der Staaten, wie wir sie heute kennen.
Alex Jones, "der wohl meistverfolgte Mann dieses Planeten" (Kopp Verlag), enthüllt in seinem Buch die ausgefeilten Taktiken des Tiefen Staates, wie etwa die Schaffung eines autoritären Systems nach chinesischem Vorbild, genauso wie Versuche, Menschen mit Hilfe von Genmanipulation und Social Engineering zu verändern, sowie die erschreckende Zunahme der Macht der Geheimdienste, des militärisch-industriellen Komplexes und von Big Pharma.
Zudem beantwortet der millionenfach verkaufte Erfolgsautor aus Austin, Texas, in "Das große Erwachen" Fragen wie: Weshalb propagieren die Globalisten immer wieder die drastische Reduktion der Bevölkerung? Warum betrachten sie ausgerechnet China als eine Art Testlabor? Arbeitete Jeffrey Epstein für Geheimdienste - und wer steckt wirklich hinter seinem Tod?

Hoffnung in dunkler Zeit

Ein besonderes Schmankerl des sensationellen Enthüllungsbuchs ist das Vorwort. Das hat nämlich Trumps früherer Chefstratege Steve Bannon beigesteuert. Er schreibt: "Sie erfahren in diesem Buch nicht nur etwas über die Bedrohung durch globalistische Oligarchen, sondern auch - und das ist entscheidend -, wie man den Feinden von Gott und Freiheit gegenübertritt und sie besiegt."
Und tatsächlich Die gute Nachricht, die Jones in "Das große Erwachen" vermittelt, ist, daß die Pläne des Tiefen Staates zum Scheitern verurteilt sind, wenn die Menschen aufwachen und die düsteren Zukunftspläne der One-World-Strategen erkennen. Der Autor macht deutlich:

Die Globalisten hassen die Freiheit - und was sie am meisten hassen, sind unabhängige, selbstbestimmte, moralisch gefestigte und freiheitsliebende Menschen.
Kaum jemand in unserer Zeit kämpft härter gegen die Feinde der Freiheit als Alex Jones. In ruhigem und sachlichem Stil zeigt er in seinem Buch die Fehler in den Plänen der Globalisten auf: Sie wollen eine Welt erschaffen, die in direktem Gegensatz zu Gottes Schöpfung steht. Doch damit überheben sie sich eben gewaltig - und das gibt Hoffnung für eine bessere Zukunft nach der großen Wende, die Jones und Bannon schon heraufdämmern sehen.
Druckfrisch: "Das große Erwachen" von Alex Jones ist die ultimative Kampfansage an Globalisten und Deep State. Lesen Sie, welche unfaßbaren Grausamkeiten wir durchleiden sollen - und was uns vor der Vernichtung retten kann. Den mutigen Investigativ-Journalisten und Globalisten-Jäger gibt's jetzt erstmals auf Deutsch.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 26. Mai 2024 (x1.369/…):
>>**Ex-Radiostar Elmar Hörig: Interview im SPIEGEL**
Ex-Radiostar Elmar Hörig, 74, sieht sich als gefallenen Helden.
"Ich bin ein Fallen Hero", sagte er dem SPIEGEL. In den Achtziger- und Neunzigerjahren zählte Hörig zu den bekanntesten Radiomoderatoren der Republik. Heute macht er auf Facebook Stimmung gegen Geflüchtete und verbreitet rechte Thesen. Auf die Frage, warum er damit nicht aufhöre, sagt Hörig: "Es hat mit der Angst zu tun, nicht mehr stattzufinden. Vielleicht ist es auch eine Art Selbsttherapie."
Hörig sagt, er habe auch finstere Momente. "Momente, in denen ich mit meinem Leben hadere." Seine Karriere beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk endete 1999 mit dem Rauswurf beim Radiosender SWR3. Damals habe er einen Therapeuten aufgesucht, aber nach fünf Stunden abgebrochen. "Ich wollte den Mann nicht überfordern."
Hörig war der Starmoderator des Baden-Badener Radiosenders SWF3, der 1998 mit SDR3 aus Stuttgart fusionierte. Hörig und die Chefs des Nachfolgesenders SWR3 kamen nicht miteinander klar. Als er zum 123. Geburtstag von Konrad Adenauer einen Ausschnitt aus einer Hitler-Rede einspielte - als Gag, wie er versicherte -, wurde er zeitweise vom Sender genommen. Nach einem Schwulenwitz wurde er hinausgeworfen.
Heute sympathisiert er offen mit der AfD: "Ich finde gut, was sie bewirkt. Die anderen Parteien haben Angst. Sie merken, daß sie uns nicht alles verbieten können." Als Beispiel nannte Hörig die Debatte um die Gasheizung. Und daß SPD-Innenministerin Nancy Faeser den Deutschen "die Fußball-WM versaut" habe, wie Hörig sagte, weil sie die Nationalmannschaft "diese Scheiß-Regenbogenbinde" habe tragen lassen wollen, ein Zeichen für queere Solidarität.
Am 15. Juni wird Hörig 75 Jahre alt.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 26. Mai 2024 (x1.368/…):
>>**"Hetzjagden" in Chemnitz 2018: Gericht lehnt Verfahren ab**
Insgesamt neun Angeklagte sollen sich nach Vorwürfen der Chemnitzer Staatsanwaltschaft 2018 an sogenannten "Hetzjagden" in Chemnitz beteiligt haben. Das Landgericht folgt dieser Einschätzung jedoch nicht und hat jetzt die Eröffnung eines Hauptverfahrens abgelehnt.
Jonas Aston
2018 wurde in Chemnitz ein Deutscher von einem Migranten getötet. In der sächsischen Stadt kam es daraufhin zu Großprotesten. Insgesamt neun Angeklagten wurde zur Last gelegt, nach dem von AfD, Pegida und Pro Chemnitz organisierten Trauermarsch Teilnehmer einer Gegenkundgebung angegriffen und elf Personen verletzt zu haben. An einer sogenannten "Hetzjagd" sollen sie sich beteiligt haben. Das Landgericht Chemnitz hat die Eröffnung eines Hauptverfahrens nun jedoch abgelehnt.
Die Chemnitzer Staatsanwaltschaft warf den Beschuldigten vor, "Landfriedensbruch in Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung in elf tateinheitlichen Fällen im Stadtzentrum" begangen zu haben. Das Gericht folgte dem jedoch nicht. Das Gericht argumentierte, daß die

Strafbarkeit für die zur Last gelegten Tatbestände voraussetze, daß die Beschuldigten selbst als Täter oder Mitwirkende an den Taten beteiligt waren. Dies sei jedoch nicht feststellbar.
Den Ermittlungen zufolge erschöpfe sich die Beteiligung aller Angeklagten "in der bloßen Anwesenheit und dem Mitlaufen in einer Menschenmenge am Ort der Gewalttätigkeiten". Zwar erkannte man an, daß es gewalttätige Ausschreitungen gegeben hatte, den Angeklagten war eine Teilnahme hieran jedoch nicht nachzuweisen. Gegen den Beschluß haben Staatsanwaltschaft und Nebenklage die Möglichkeit, Beschwerde einzulegen. Die Generalstaatsanwaltschaft hat dies bereits getan. Jetzt liegt die Entscheidung beim Oberlandesgericht Dresden.
In einem früheren Verfahren im Zusammenhang mit dem damaligen Vorfall entschied das Landgericht im Januar, das Verfahren gegen drei verbliebene Angeklagte von ursprünglich neun einzustellen. Diese mußten jeweils 1.000 Euro an gemeinnützige Einrichtungen zahlen. Bereits zuvor war die Zahl der Angeklagten durch verschiedene Faktoren reduziert worden, darunter Verfahrenseinstellungen und die Tatsache, daß ein Angeklagter flüchtig und ein weiterer in einer psychiatrischen Einrichtung untergebracht war.
Ende August 2018 wurde der 35-jährige Deutsche Daniel H. von dem Iraker Alaa S. und einem seit dem untergetauchten Komplizen getötet. In Chemnitz kam es in der Folge zu tagelangen Protesten. Zwei weitere Deutsche erlitten schwere Verletzungen. Der Iraker S. wurde bereits zu einer Haftstrafe von elf Jahren verurteilt. Nach einem Trauermarsch am 1. September 2018 kam es nach Angaben zahlreicher Medien zu "Hetzjagden" gegen Ausländer. Auch Altkanzlerin Angela Merkel benutzte das Wort. Ex-Verfassungsschutzchef Hans-Georg Maaßen wurde von seinem Posten entfernt, als er erklärte, daß eben keine "Hetzjagden" stattfanden.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 26. Mai 2024 (x1.377/…):
>>**Verleumdet: Helden mit Ritterkreuz**
Von *Daniell Pföhringer*
Einst erhielten Sie hohe Tapferkeitsauszeichnungen, heute werden sie diffamiert: Die Ritterkreuzträger der Waffen-SS". Der Militärhistoriker Ernst-Günther Krätschmer stellt sie alle vor.
Laut SPD-Legende Kurt Schumacher, der von den Nazis ins KZ gesperrt wurde, waren sie "eine Art vierter Wehrmachtteil", die keine Kollektivschuld treffe. Für Konrad Adenauer waren sie größtenteils "anständige Leute", Franz Josef Strauß brachte ihnen "Hochachtung" entgegen. Die Rede ist von den Soldaten der Waffen-SS, die heutzutage von Politschranzen und Hofhistorikern samt und sonders zu Verbrechern erklärt werden.
Dabei kämpfte sogar der spätere SPD-Oberbürgermeister von Dortmund, Günter Samtlebe, in ihren Reihen - genau wie Kaufhaus-König Otto Beisheim oder die Schauspieler Hardy Krüger und Horst Tappert. Zwei so unterschiedliche Schriftsteller wie Günter Grass und Joachim Fernau trugen ihre Uniform, ebenso der in der DDR gefeierte Maler Bernhard Heisig. Doch im Wust der bundesrepublikanischen Extrembewältigung geht das alles unter.
Wittmann, Peiper und Panzermeyer
Wie gut, daß es Zeitzeugen wie Günter Adam ("Ich habe meine Pflicht erfüllt!") gibt - und die ehemaligen Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften, die in der Reihe "Veteranen der Waffen-SS berichten" Zeugnis über ihre Kriegseinsätze ablegen. Das gilt selbstredend auch für an der Wahrheit orientierte Militärhistoriker wie Rudolf Lehmann ("Die Leibstandarte") oder Ernst-Günther Krätschmer.
Letzterer hat sein Hauptaugenmerk auf eine besondere Gruppe gelegt - die "Ritterkreuzträger der Waffen-SS". so auch der Titel seiner prachtvollen Monographie (832 Seiten, gebunden und im Großformat) über die Tapfersten der Tapferen.
Das Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes wurde 1939 gestiftet und bis 1945 über 8.000 Mal ver-

liehen. Im Laufe des Krieges wurden zusätzliche Stufen (z. B. mit Eichenlaub) eingeführt. Auch 409 Soldaten der Waffen-SS wurden mit dem Ritterkreuz, das als Halsbandorden getragen wurde, dekoriert. Krätschmer stellt sie alle (!) in Bild und Text in "Die Ritterkreuzträger der Waffen-SS" vor.
Auszugsweise nennen wir hier nur drei der bekanntesten:
1. Michael Wittmann: Geboren am 22. April 1914 in Vogelthal, errang Wittmann im Zweiten Weltkrieg als herausragender Panzerkommandant bleibenden Ruhm. Er war einer der erfolgreichsten Tiger-Kommandanten und erhielt das Ritterkreuz am 14. Januar 1944. Wittmann ist für seine herausragende Rolle in der Schlacht von Villers-Bocage bekannt, in der er mit nur einem Panzer mehrere Dutzend alliierte Fahrzeuge zerstörte. Er fiel am 8. August 1944 in der Nähe von Saint-Aignan-de-Cramesnil in Frankreich.
2. Joachim Peiper: Peiper wurde am 30. Januar 1915 in Berlin geboren und trat früh in die Waffen-SS ein. Er erhielt sein Ritterkreuz am 15. September 1943 für seine Leistungen als Kommandeur einer Panzerkampfgruppe. Peiper nahm an vielen bedeutenden Schlachten teil, darunter die Ardennenoffensive. Peiper wurde nach dem Krieg in dem fragwürdigen Malmedy-Prozeß wegen Kriegsverbrechen verurteilt, jedoch später freigelassen. Er starb bei einem Anschlag im Jahr 1976.
3. Kurt Meyer: Geboren am 23. Dezember 1910 in Jerxheim, war "Panzermeyer", so sein Spitzname, ein besonders harter Hund. Er erhielt das Ritterkreuz am 9. Dezember 1941 für seine Führungsqualitäten während der Schlacht von Moskau. Meyer kommandierte die 12. SS-Panzer-Division "Hitlerjugend" und wurde nach dem Krieg ins Gefängnis gesteckt. Später wurde er jedoch begnadigt und trat als Autor und Vortragsredner auf. Meyer starb am 23. Dezember 1961 in Hagen.

Einzigartiges Werk

In seiner umfassenden und großartig bebilderten Abhandlung zeichnet Ernst-Günther Krätschmer das Leben, die militärischen Leistungen und oftmals auch das Sterben dieser und aller anderen 406 "Ritterkreuzträger der Waffen-SS" nach. Dabei stellt er heraus, wie es den Soldaten gelang, die menschlichen Schwächen zu überwinden und aus Pflichtbewußtsein und aus Liebe zum Vaterland auch das Letzte zu wagen.
In Text und Bild werden die persönlichen Daten der Männer durch teilweise ausführliche Angaben zur militärischen Laufbahn und zu ihren Fronteinsätzen erheblich erweitert, sodaß ein eindrucksvolles Bild von diesen deutschen Elitesoldaten entstanden ist. Der Verlag hat keine Mühe gescheut, sämtliche Daten des Nachschlagewerkes für diese Auflage anhand der neuesten militärwissenschaftlichen Literatur zu aktualisieren.
Ein Ehrenbuch der Tapferkeit: Mit seinem Buch "Die Ritterkreuzträger der Waffen-SS" hat Ernst-Günther Krätschmer den Tapfersten der Tapferen ein würdiges Denkmal gesetzt. …<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 26. Mai 2024 (x1.369/…):
>>**Faeser kündigt weitere Grenzkontrollen zur EM ab Juni an**
In den kommenden Tagen sollen in Deutschland weitere Sicherheitsmaßnahmen rund um die Fußball-Europameisterschaft starten. "Ab Juni werde ich insgesamt die Grenzen schließen, auch in den Westen", sagte Innenministerin Nancy Faeser (SPD) am Sonntag in der ARD-Sendung "Bericht aus Berlin". Sie wies darauf hin, daß Kontrollen an den östlichen Binnengrenzen Richtung Polen oder Tschechien ohnehin schon länger liefen. An diesem Sonntag startet Faeser zusammen mit Frankreichs Präsident Macron den deutsch-französischen Sportsommer.
Teil der Vereinbarungen beider Länder ist auch, daß Polizeikräfte ausgetauscht werden. Unter anderem werden die Zugstreifen auf bestimmten Strecken ausgebaut, etwa auf der Strecke Paris-Saarbrücken-Frankfurt. Insgesamt wird die Bundespolizei vor allem bei solchen Kontrollen von über 300 ausländischen Beamten aus den Teilnehmernationen unterstützt, sagte

ein Sprecher des Innenministeriums dem ARD-Hauptstadtstudio. Konkrete Angaben, wie viele Polizeikräfte insgesamt im Einsatz sind, wolle man aus einsatztaktischen Gründen nicht machen, heißt es aus dem Innenministerium.
Mit Blick auf die teils chaotischen Szenen beim DFB-Pokalfinale, bei dem Fans immer wieder Pyrotechnik im Stadion abbrannten, sagte Faeser im "Bericht aus Berlin", sie gehe davon aus, daß sich das bei der EM nicht wiederhole: "Die Sicherheitsvorkehrungen in den Stadien werden bei der Europameisterschaft strenger sein." Dann sei die UEFA der Veranstalter und gebe strengere Auflagen aus, das gelte auch für den Bereich vor den Stadien: "Draußen wird es viel Schutz geben durch Landes- und Bundespolizei." Auch auf mehrere Großlagen gleichzeitig in verschiedenen Regionen, die laut Experten die größte Herausforderung für die Sicherheit der EM sind, sei man vorbereitet.
Daß die EM an zehn Spielorten stattfinde, sei "kein Sicherheitsrisiko", so Faeser. Man sei zu solchen Lagen seit zwei Jahren in enger Abstimmung zwischen Bund, Ländern und verschiedenen Behörden. Die Behörden rechnen mit 14,7 Millionen Menschen, die in Stadien oder auf Fanmeilen an der EM teilnehmen.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 26. Mai 2024 (x1.377/…):
>>**Sylt: Schuldig im Namen des Regenbogens!**
Von *Sven Eggers*
Die Tagesschau berichtet, der Bundeskanzler schaltet sich ein, das Innenministerium giftet: Die singenden Schnösel von Sylt bekommen jetzt die ganze Humorlosigkeit dieser bunten Republik zu spüren. Im neuen COMPACT-Magazin "Agent des Volkes" wird aufgezeigt, wie derartige Kampagnen funktionieren. …
Das muß man sich vorstellen: Als neulich südländische Männerhorden in Hamburg öffentlich die Ausrufung eines Kalifats auf deutschem Boden verlangten, da berichteten die ARD-Hauptnachrichten zunächst gar nicht, schauten Scholz und Faeser unbeteiligt zur Seite und verschlossen die Augen. Jetzt aber, da auf der Urlauberinsel Sylt eine Handvoll Betrunkener für ein paar Sekunden "Deutschland den Deutschen" blökte, steht die Republik Kopf. Eine Hetzjagd auf die Beteiligten ist eröffnet, die keine Gnade kennt und auch keine will. Die öffentliche Steinigung wäre der nächste Schritt.
Wellen der Betroffenheit
Scholz nennt die Party-Szene, die per Videoschnipsel die Runde macht, "eklig" und "nicht akzeptabel", Innenministerin Faeser spricht von einer "Schande für Deutschland", Schleswig-Holsteins CDU-Ministerpräsident Günther will das "Bild einer schlimmen Wohlstandsverwahrlosung" erkennen, und Justizminister Buschmann findet: "Wer so etwas grölt, hat aus der Geschichte nichts gelernt." Alle (!) bundesdeutschen Blätter berichten in großer Aufmachung, ganze Wellen der Betroffenheit schwappen über das Land.
Seit Ende vergangenen Jahres ein ähnliches Video von einem Dorffest in Mecklenburg-Vorpommern aufgetaucht war, machen sich immer wieder Feierlaunige überall in Deutschland den erkennbaren Spaß", zu den Klängen des weltweit bekannten Hits "L'amour toujours" die "Ausländer raus-Parole anzustimmen. Döp-dödö-döp!
Vielfach wird das Lied schon gar nicht mehr gespielt. Die Bild präsentierte gestern Aufnahmen aus dem niedersächsischen Cloppenburg, auf denen zu sehen und zu hören ist, wie ein ganzes Partyzelt die bösen Zeilen singt.
Jetzt steigen auch die berüchtigten Fakeschleudern von Correctiv in das Geschehen ein. Öffentlich fahndet man nach Videoschnipseln zur Erfassung weiterer "Döp-dödö-döp-Skandale": "Wo wurden die häßlichen Parolen von Sylt noch zum Song 'L'amour toujours' gegrölt? ... Es gibt sicher noch mehr. Wer was hat, schickt es gern an uns." Die Jagd auf den falschen Zungenschlag, auf schlechtes Benehmen ist eröffnet.
Einen Tag nach den Feierlichkeiten zum 75. Jahrestag des Grundgesetzes sind die Persönlich-

keitsrechte der Betroffenen kurzerhand ausgeknipst worden. Ihre Bilder gehen ganz und gar unverpixelt durchs Land, ihre Namen werden bekannt gemacht, ihre Arbeitgeber ans Licht der Öffentlichkeit gezerrt, Nachbarn befragt. Genau so funktioniert der Pranger heutzutage; und zwar in einem Land, das sich Toleranz und Vielfalt auf die bunten Regenbogenfähnchen schreibt. Wehe dem, der auch nur einen falschen Satz sagt oder eine schräge Liedzeile anstimmt.

Vergebliche Kniefälle

Gegenwärtig werden die auf dem Sylt-Video zu erkennenden Personen gezielt ruiniert. In zwei Fällen konnte bereits erfolgreich der Jobverlust gemeldet werden. Es darf davon ausgegangen werden, daß die Hatz in den nächsten Stunden weiter zunimmt und keine Ruhe einkehrt, bis diese Leute endgültig geächtet und gesellschaftlich vernichtet sind.

Der Betreiber des betreffenden Lokals auf Sylt versucht einen wirtschaftlichen Totalschaden derzeit verzweifelt mit Kniefällen, Entschuldigungen und Anklagen gegen seine eigenen Gäste ("Ihr habt alle lebenslang Hausverbot") abzuwenden. Einer der Singenden verweist darauf, daß er doch auch ausländische Freunde hätte. Das wird nichts nützen. Die skrupellose Bande aus Politik und Medien wird alle Beteiligten zerstören und wartet schon auf weitere Opfer.

Die neuerliche Brutalität der Kampagne ist natürlich auch als Zeichen an die Opposition in diesem Lande. Die Menschen sollen eingeschüchtert und verunsichert werden. Wer gegen grenzenlose Migration ist, soll Angst um seinen Arbeitsplatz haben. Wer gegen Krieg ist, muß um sein gesellschaftliches Ansehen fürchten, so die Drohung. Es war kein Zufall, daß FDP-Vorzeigefrau Marie-Agnes Strack-Zimmermann neulich einem Kritiker drohte: "Weiß ihr Chef, was sie hier machen?" Denunzieren, Anprangern, Verpetzen: So geht es zu in der BRD 2024.

Im neuen COMPACT-Magazin "Agent des Volkes" zeigen wir auf, wie die Kampagnen gegen die AfD-Europakandidaten Maximilian Krah und Petr Bystron funktionieren und ablaufen. Es gibt hier nämlich durchaus Parallelen zum Fall von Sylt. ...<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 26. Mai 2024 (x1.368/…): >>**"Zu weit gegangen" - Wie die Politik ständig die Grenzen des Machbaren austestet**

Habeck sorgte mit seiner Aussage, daß das Heizgesetz ein "Test" war, für viel Empörung. Dabei sollte uns Corona und die Impfpflichtdebatte sowie diverse grüne Projekte gezeigt haben, daß die Politik permanent die Grenzen des politisch und verfassungsrechtlich Machbaren austestet.

Willi Weißfuß

"Die Debatte um das Gebäudeenergiegesetz, also wie heizen wir in Zukunft, war ja auch ehrlicherweise ein Test, wie weit die Gesellschaft bereit ist, Klimaschutz - wenn er konkret wird - zu tragen. Und ich bin zu weit gegangen", erklärte Wirtschaftsminister Robert Habeck anläßlich eines Bürgerdialogs. Dieser Satz klingt im ersten Moment wie ein Skandal.

Bei genauerer Betrachtung hat Habeck lediglich das ausgesprochen, was seit Jahrzehnten von allen Parteien praktiziert wird: Sie testen die Bürger und loten die Grenzen des Machbaren aus.

Die Union und das Verbrennerverbot

2007 schlug der Generalsekretär einer im Bundestag vertretenen Partei ein Verbrennerverbot für 2020 vor. Es handelte sich dabei nicht um die Grüne Steffi Lemke, von der man so einen Vorstoß hätte erwarten können - die Rede ist von CSU-Politiker Markus Söder. Söder hoffte, daß grüne Motoren neu Arbeitsplätze schaffen würden und der Vorschlag der CSU grüne Wähler bescheren kann.

Zum damaligen Zeitpunkt hatte die CSU im Landtag keine Konkurrenz im liberalkonservativen Milieu. Freie Wähler und FDP scheiterten mit 4,0 beziehungsweise 2,6 Prozent bei der vorangegangenen Wahl 2003 ziemlich deutlich an der 5-Prozent-Hürde, während die Grünen

immer stärker wurden.
Söder wollte also austesten, wie weit er mit grüner Politik gehen konnte. Inzwischen ist klar: Die ist alles andere als angesagt. Mehr als zwei Drittel der Deutschen lehnen ein Verbrennerverbot ab, das zeigt etwa auch eine aktuelle Umfrage aus dem März dieses Jahres für das ARD-Morgenmagazin.
Mittlerweile ist Söder für den Verbrenner und gegen die Grünen. CSU und CDU kämpfen in ihren Wahlprogrammen jetzt deutlich gegen ein Verbrennerverbot und haben auch im EU-Parlament gegen das Verbrennerverbot gestimmt. Was nun Söders wirkliche Meinung zu dem Thema ist und ob er seine Meinung seit 2007 vielleicht wirklich überdacht hat, wird wohl für immer sein Geheimnis bleiben.

Corona, der große Test

Corona war aber wohl der größte Test, wie weit die Regierung, sei es die GroKo oder die Ampel, gehen kann. Neben den wöchentlich neuen Regeln, die sich auch teils widersprochen haben und bei denen es die oberste Bürgerpflicht war, diese nicht zu hinterfragen, war gerade bei der Impfung und dem Impfdruck beziehungsweise der Impfpflicht sichtbar, wie die Politik Grenzen austestet. Es ging bei dieser Frage um nicht weniger als darum, ob die Politik das Recht hat, den Bürgern einen kaum erprobten und nicht regulär zugelassenen Impfstoff unter Androhung von Sanktionen bei Nicht-Einhaltung aufzuzwingen.
Bei einer chronologischen Sicht auf die Debatte um die Impfpflicht zeigt sich, wie perfide die Politik vorgegangen ist. Im Juli 2021, wenige Monate vor der Bundestagswahl, sagte der damalige Gesundheitsminister Jens Spahn beim Deutschlandfunk folgenden Satz: "Viele Auflagen werden nach und nach fallen, wenn alle ein Impfangebot bekommen haben". Grundsätzlich war diese Aussage nachvollziehbar und in sich schlüssig, denn ebenfalls lehnten zu dem Zeitpunkt alle Parteien eine Impfpflicht ab. Spahns Aussage war politischer Konsens.
Doch am 26.09.2021 um Punkt 18:00 änderte sich alles. Die Wahllokale waren geschlossen, die Stimmen abgegeben. Die Bürger hatten sich festgelegt und den Bundestag für die nächsten vier Jahre gewählt. Danach mehrten sich die Stimmen in der Politik, die eine Impfpflicht forderten. Söder, Günther, Kretschmann, Weil und Ramelow sind nur ein paar prominente Politiker, die sich für eine allgemeine Impfpflicht aussprachen
Doch einer fiel in der Reihe der Politiker besonders auf: Christian Lindner. Lindner machte sich im Wahlkampf besonders für die Ungeimpften stark und sprach sich gegen eine Impfpflicht aus. Mit Erfolg. Die FDP konnte ihr starkes Ergebnis von 2017 leicht ausbauen und kam auf 11,4 Prozent. Nachdem das Ergebnis feststand und die FDP die Stimmen der Ungeimpften nicht mehr brauchte, weil sie diese schon hatte, kam die Kehrtwende. Im Dezember sagte er bei Bild live, "daß meine Richtung auch die einer Impfpflicht ist". Außerdem sprach er plötzlich davon, daß diese "verhältnismäßig" ist. Vor der Wahl sagte Lindner noch, daß eine Impfpflicht "nicht verhältnismäßig" ist.
Der erste Testballon war die Einführung eine einrichtungsbezogene Impfpflicht für medizinisches Personal. Mit einer breiten Mehrheit von 569 zu 79 Stimmen wurde damit die erste Coronaimpfpflicht verabschiedet.
Im Winter 2021/2022 kam es dann zu vermehrten Protesten auf den Straßen gegen die Coronapolitik und auch gegen die einrichtungsbezogene Impfpflicht. Doch erstaunlicherweise hielt dieser Protest die Politik nicht davon ab, eine allgemeine Impfpflicht ernsthaft in Erwägung zu ziehen, obwohl sie damit Millionen Ungeimpfter endgültig als Wähler für einen längeren Zeitraum, wenn nicht sogar für immer verloren hätten.
Letztendlich war die Politik fest entschlossen eine solche einzuführen und scheiterte nur an ihrer eigenen Unfähigkeit sich auf einen gemeinsamen Antrag zu einigen.
Lindner, der zu dem Zeitpunkt eigentlich für eine Impfpflicht war, stimmte im übrigen letztendlich doch dagegen.

In der deutschen Politik ist es vollkommen normal geworden, mit der der eigenen Politik die Grenzen des politisch und verfassungsrechtlich Machbaren auszutesten, und mitunter auch zu überschreiten, nur um dann später zurückzurudern. Wenn das Volk seinen Unmut nicht laut genug kundtut, holt sich der Staat, was er kriegen kann - sei es die Kontrolle über medizinischen Entscheidungen für den eigenen Körper oder wie man die eigenen vier Wände heizt.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 26. Mai 2024 (x1.368/…): >>**"Ausländer raus!" Fünf Jahre Haft? Bärbel Bas fordert "Höchststrafe" für Sylt-Gröler**

Bundestagspräsidentin Bärbel Bas fordert für die Beteiligten im Sylt-Video die "Höchststrafe". Dort riefen mehrere alkoholisierte Personen "Deutschland den Deutschen - Ausländer raus!".

Jonas Aston

Auf Social Media ging in den vergangenen Tagen ein Video aus Sylt viral. In dem Mitschnitt grölen mehrere Personen zur Melodie des mehr als 20 Jahre alten Party-Hits "L'amour toujours" von Gigi D'Agostino den Text "Deutschland den Deutschen - Ausländer raus!". Im Hintergrund machte zudem ein jüngerer Mann eine Hitlergrußartige Geste. Entstanden ist das Video offenbar unter Alkoholeinfluß zu den Pfingsttagen.

Dennoch versetzt dieses Video Politik und Medien offenbar in Angst und Schrecken. Auch Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD), die protokollarisch das zweithöchste Amt Deutschlands innehat, hat sich inzwischen mehrfach zu diesem Video geäußert.

Bas ruft nach dem starken Staat. Sie fordert ein rigoroses Durchgreifen der Justiz gegen die mutmaßlichen Täter. Auch sie habe sich das Video angesehen, so Bas im Rahmen der Feierlichkeiten zum 75-jährigen Bestehen des Grundgesetzes. Sie erklärt, daß der große Vorteil sei, daß man durch diesen Mitschnitt "bestimmte Personen" identifizieren könne. Sie geht davon aus, daß diese "verfassungsfeindlichen Parolen" bestraft werden.

Die Möglichkeiten des Strafrechts müßten ihrer Meinung nach volle Anwendung finden. Die Taten von Sylt müßte man "vielleicht auch mal mit einer Höchststrafe belegen", so Bas. "Aber das ist Sache der Justiz" schiebt die Bundestagspräsidentin noch hinterher. Wegen der hitlergrußartigen Geste sowie dem Ausspruch "Deutschland den Deutschen" kommt eine Strafverfolgung nach § 86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger und terroristischer Organisationen) in Betracht. Auch hier liegt das Strafhöchstmaß bei drei Jahren Freiheitsentzug. Die Personen könnten sich zudem aufgrund einer Volksverhetzung (§130 StGB) strafbar gemacht haben.

Hier droht eine Haftstrafe von bis zu 5 Jahren. Einschlägig ist die Volksverhetzung sofern der öffentliche Frieden gestört wird und gegen Teile der Bevölkerung zu Hass, Gewalt oder Willkürmaßnahmen aufgestachelt oder aufgefordert wird. Ebenso ist die Volksverhetzung erfüllt, wenn Teile der Bevölkerung beschimpft, böswillig verächtlich gemacht oder verleumdet werden und der öffentliche Frieden dadurch gefährdet wird. In jedem Fall muß der angegriffene Teil der Bevölkerung eingeschüchtert werden. Bas fordert also eine Strafe von 5 Jahren für Beteiligten im Sylt-Video

Am Rande der Feierlichkeiten äußerte sie sich auch gegenüber Phoenix in einem Interview zu den Vorfällen auf Sylt. Sie erklärte: "Wenn man solche unappetitlichen Auftritte sieht, fragt man sich wirklich, was in den Köpfen dieser jungen Menschen vorgeht. Ich wünsche mir viel Zivilcourage und daß andere dagegenhalten". Lediglich die Reaktionen aus dem Netz und dem Gegenhalten von vielen Usern machten ihr Mut. "Das zeigt mir, daß es viele gibt, die die Demokratie auf der anderen Seite verteidigen", so Bas.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 26. Mai 2024 (x1.368/…): >>**Grünen-Abgeordnete: Als Frau abends "mehr Angst" im Bundestag wegen AfD als draußen alleine**

Die Grünen-Abgeordnete Jamila Schäfer attackiert auf Instagram ein AfD-Wahlplakat mit der Forderung "Mädchen und Frauen schützen". Sie habe als junge Frau abends "mehr Angst" vor AfD-Gewalttätern im Bundestag als draußen alleine.
Von *Redaktion*
Angst wegen AfDlern im Bundestag? So geht es der Grünen-Abgeordneten Jamila Schäfer. Auf Instagram unternimmt sie in einem Video kurzerhand den Versuch, ein Wahlversprechen der AfD gegen die Partei zu auszuspielen und erklärt: Die AfD würde mit dem Spruch "Mädchen und Frauen schützen" Wahlkampf betreiben. "Ich muß aber ganz ehrlich sagen, daß ich als junge Frau ... hier abends im Bundestag eher mehr Angst vor der AfD habe."
Denn: Dank der AfD würde man auf den Fluren des Parlaments "Neonazis und verurteilten Gewalttätern" begegnen. Schäfer führt eine Correctiv-Recherche an, in welcher 14 vorbestrafte AfD-Mandatsträger ausfindig gemacht worden waren. Daß davon nur einer als verurteilter Gewalttäter im Bundestag sitzt, und ein weiterer gegen einen Strafbefehl wegen Beleidigung vorgeht, ignoriert die Grünen-Politikerin.
Vielmehr möchte Schäfer abends deshalb nicht mehr "alleine auf den Fluren unterwegs" sein. Und ihr Büro schließt die 31-Jährige sogar vorsorglich ab. Um ihre Ängste weiter zu begründen, nennt sie ehemalige AfD-Abgeordnete Birgit Malsack-Winkemann. Die Richterin saß allerdings nur bis 2021 im Bundestag - Schäfer wurde erst in der aktuellen Legislaturperiode ins Parlament gewählt.
Noch dazu spricht Schäfer von Malsack-Winkemann als sei diese bereits eine verurteilte Straftäterin. Derzeit läuft das Verfahren gegen die ehemalige AfD-Abgeordnete wegen des Verdachts der Bildung einer terroristischen Vereinigung und der Staatsstreich-Planung - verurteilt wurde Malsack-Winkemann jedoch noch nicht.
Schäfer führt in dem Video zudem eine Recherche des Bayerischen Rundfunks an, in welchem das öffentlich-rechtliche Medium darlegt, daß die AfD-Bundestagsabgeordneten über 100 rechtsextreme Angestellte unterhalten. Eine Apollo News-Anfrage ergab, daß dabei offenbar auch Mitarbeiter gezählt wurden, die Mitglieder der Jungen Alternative oder der Landesverbände in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sind - die allesamt vom Verfassungsschutz als rechtsextremistische Bestrebung eingestuft werden.
Alleine 25 der "über 100" Mitarbeiter seien JA-Mitglieder, teilte der BR mit. Zu den Landesverbänden gab es keine Antworten. Dennoch wurde deutlich: Diese Recherche beruht auf einem Zirkelschluß. AfD-Angestellte sind rechtsextrem, weil sie in AfD-Verbänden sind. Auch diesen Umstand ignoriert die Grünen-Abgeordnete.
Am Ende bleibt viel heiße Luft, mit welcher Schäfer die tatsächlichen Opfer von Gewalt und sexuellen Übergriffen verhöhnt. Wäre Jamila Schäfer als "junge Frau", wie sie sich selbst bezeichnet, auf Deutschlands Straßen unterwegs, würde sie erkennen, daß der Wahlspruch "Mädchen und Frauen schützen" nichts mit der verklärten Bundestags-Realität zu tun hat, sondern die dringende Handlungsnotwendigkeit in Deutschland widerspiegelt.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 26. Mai 2024 (x1.368/…): >>**Der Rückzug von BASF aus Deutschland offenbart die wirtschaftliche Katastrophe des Green Deal**
Wie der größte Chemiekonzern der Welt den ökonomischen Selbstmord des Green Deals enthüllt - und der deutschen Politik den Spiegel vorhält. Der Niedergang des einstiegen Superstars zeigt, wie schwach der Standort Deutschland geworden ist.
Zan Blagojević
"Weil Pommes-Schranke auf dem Dönerteller unschlagbar ist ...", war erst kürzlich die Antwort der Bundesaußenministerin Annalena Baerbock auf die Frage, warum sie unser Heimatland so liebe. Neben Baerbock wurden auch zahlreiche andere Politiker und Prominente befragt im Rahmen eines in der Bild erschienenen Artikels zum 75. Jahrestag unseres Grundge-

setzes. Oft wurden auf dieselbe Frage dieselben Antworten gegeben: Demokratie, Menschenrechte, Vielfalt, Regenbogen.
Auch weil wir wohlhabend sind, liebe man Deutschland. Das Wort Respekt hingegen kam nur ein einziges Mal vor. Denn es ist genau dieser Respekt, der bereits seit Jahren zu kurz kommt - vor den Menschen, die diesen Wohlstand erschaffen haben, über Generationen hinweg. Wenig verwunderlich ist deshalb, daß Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck von sich selbst schwärmt: "Dieser Staat ist der beste, den wir je hatten", so seine Liebesbekundung an Deutschland.
Doch der deutsche Staat hat längst seinen Respekt vor der Wirtschaft verloren. Das Sterben der Innenstädte setzt sich fort, die Steuern sind im internationalen Vergleich ganz weit oben. Vergessen wir auch nicht das Schließen der Geschäfte während der Corona-Pandemie, in der Friseure und Kosmetikerinnen um ihre Existenz bangen mußten. Größere Unternehmen müssen für die Emission von CO2 eine Erlaubnis einholen (Zertifikatehandel) und die gesamte Wirtschaft wird mit roher Gewalt auf Klimaneutralität umgestellt.
Dennoch sind grüner Stahl und deutsche Elektroautos viel zu teuer für den Verbraucher, die Nachfrage bleibt aus. Mit einem neuen Konzept will Robert Habeck jetzt selbst die Nachfrage bedienen und öffentliche Infrastrukturprojekte in Auftrag geben, die mit klimafreundlichen Rohstoffen erbaut werden sollen. Zusätzlich werden ab 2026 europäische Unternehmen verpflichtet, einen Klimazoll beim Import von Rohstoffen zu entrichten, die beim Produktionsprozeß im fernen Ausland besonders viel Kohlenstoffdioxid verursacht haben.
Die ökonomische Geisterfahrt zeigt sich längst folgenreich: Das Wirtschaftswachstum beträgt gerade einmal 0,3 Prozent - Besserung ist nicht in Sicht. Zudem bauen Industriekonzerne massenhaft Stellen ab und verlagern ihre Produktionsstandorte in andere Länder. Der Weg in die zentralisierte Planwirtschaft ist bereits voll im Gange.
"Können Sie mir mal sagen, wie man das finanzieren soll?"
23. Februar 2024, Ludwigshafen am Rhein - Jahrespressekonferenz der BASF. Der größte Chemiekonzern der Welt verkündet, seine Ammoniak-, Methanol- und Melaminanlagen am Stammwerk verkaufen zu wollen - mit Erfolg: Sie gehen an einen Industrieanlagenanbieter aus den USA. Jedoch wechseln die Anlagen nicht nur den Besitzer, sie wechseln auch den Standort. Wie die Vertragspartner bekannt gaben, sollen die Produktionsstätten komplett abmontiert und woanders wieder aufgebaut werden. In einem Verbundsystem interagierend, könnte der Verkauf der o.g. Anlagen zu einem Abbau weiterer Produktionsanlagen führen - eine Kettenreaktion der Deindustrialisierung, die sich weiter fortsetzt.
Und nicht nur deshalb steht BASF aktuell im Rampenlicht: Der Chemiekonzern reagiert so brutal auf die deutschen Standortbedingungen wie kein anderes Unternehmen in Deutschland: Im ersten Quartal des laufenden Jahres wurde seitens des Vorstands rund um Ex-CEO Martin Brudermüller bereits angekündigt, über 2.500 Stellen in Deutschland zu streichen - für das Unternehmen arbeiten allein in Deutschland über 51.000 Menschen, in ganz Europa weit über 65.000. Außerdem wird in China gerade ein neues Werk gebaut, die Kosten belaufen sich auf knapp 10 Milliarden Euro. BASF zieht sich allmählich aus seinem Heimatland zurück und schlägt sein neues Zelt im fernen Osten auf.
Bürokraten aus Berlin und Brüssel. Sie sind es, die den Konzernriesen vertrieben - ja, fast schon herausgeekelt haben: "Wir machen überall in der Welt Gewinne, außer in Deutschland", deckte kürzlich Brudermüller auf. "Ludwigshafen macht 1,6 Milliarden Verlust." Günstige und verläßliche Energie gibt es nicht mehr, auf welche die Industrieproduktion so angewiesen ist: 2023 lag der Verbrauch von BASF bei über 50 Millionen Megawattstunden.
Nun ist es so, daß die deutschen Energiepreise bereits gesunken sind, jedoch ist der entscheidende Faktor, wie sich die Preise im internationalen Vergleich bewegen. "Die Preise liegen in Deutschland auch jetzt drei- bis viermal höher", erklärte der Ex-CEO im April in einem Inter-

view mit dem Handelsblatt. Standorte, wie die USA oder der Mittlere Osten seien dementsprechend attraktiver. Jedoch sinkt bereits seit 2018 die Industrieproduktion in Deutschland. Dann der Angriff auf die Ukraine, im Zuge dessen sich Europa von russischem Gas trennt.
Damit wurde die Hauptschlagader der deutschen Industrie mit einem Schlag durchtrennt. Zunehmende Versorgungsunsicherheit, die skandalträchtige Abschaltung der letzten deutschen Atomkraftwerke - Das alles ist der Green Deal. Und dann kommt noch die Regulierung: Erst 2022 drängte Brüssel darauf, die REACH-Verordnung zu reformieren - eine Verordnung, welche die EU-Kommission dazu ermächtigt, bestimmte Chemikalien zu registrieren, zu bewerten und zu autorisieren. Auch die CBAM-Verordnung wird die deutsche Industrie drangsalieren. Dazu kommen immer höhere Sozialabgaben und Gewerkschaften, die weniger Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich fordern - was für eine Welt.
BASF ist jetzt auf der Flucht, baut aktuell ein Mega-Werk in Zhanjiang im Süden von China. Es soll der weltweit drittgrößte Standort des Konzerns werden und 2025 fertiggestellt werden. Das wachsende China-Geschäft gefällt Habeck nicht: Auf die Frage eines SWR-Journalisten, ob "trotz aller Kritik" an der expansiven China-Strategie von BASF festgehalten werden soll, antwortete BASF-Chef Brudermüller während der Pressekonferenz im Februar: "Man kann doch nicht an 50 Prozent des globalen Weltmarktes vorbeilaufen, man kann doch nicht 80 Prozent des Marktwachstums ignorieren", so der Ex-Vorstand von BASF. "Insbesondere dann nicht, wenn wir hier in Europa hochtrabende Ziele beim Dekarbonisieren und dem Green Deal haben."
Brudermüller weiter: "Können Sie mir mal sagen, wie man das finanzieren soll?" Vorausgegangen war auch Kritik über Umweltschutz und das Uiguren-Problem: Zwei Joint-Venture-Unternehmen von BASF sollen aktiv an Menschenrechtsverletzungen mitgewirkt haben - man trennte sich wirtschaftlich schnell von den Verdachtsfällen. Das womöglich größte Risiko besteht allerdings in einem möglichen Angriff Pekings auf Taiwan. "Wir gehen offen damit um und sprechen darüber", so Brudermüller in der Pressekonferenz. Augenscheinlich ist dieses Risiko jedoch erträglich, wenngleich bei einem Angriff auf Taiwan sicherlich Sanktionen gegen die chinesische Wirtschaft verhängt werden.
"Der Abstieg eines Superstars" titeln die Blätter. Die ARD drehte sogar eine Dokumentation über den Fall BASF und unterstellt dem Konzern Geldgier im Schatten schmutziger Machenschaften. Das Taiwan-Risiko, braune Produktion und die Menschenrechtsverletzungen an den Uiguren: All das ist berechtigte Kritik, dient jedoch nur der Ablenkung von eigenen Fehlern - von eigenen Mißständen am Standort Deutschland.
Denn die sogenannte grüne Transformation gerät zunehmend ins Stocken: Wasserstoff gilt als grüner Energieträger, wenn Sonnen- und Windenergie nicht ausreichen - wichtig, insbesondere für die Chemieindustrie. Die zur Wasserstoffproduktion notwendigen Elektrolysekapazitäten betragen weltweit rund 1.200 Megawatt.
Etwa die Hälfte der globalen Kapazitäten befinden sich allerdings in China, in Deutschland hingegen nur 57 Megawatt. Die 1,5 Millionen Tonnen Wasserstoff, welche in Deutschland produziert werden, sollen sich schon im nächsten Jahr mehr als verdoppeln und bis Ende des Jahrzehnts über 30 Millionen Tonnen betragen.
Dabei ist jetzt schon klar, daß die eigenen, hochgesteckten Ziele nicht erreicht werden können: Bis 2032 sollten die Wasserstoffnetze fertiggestellt werden, jedoch wurde Anfang April die Frist auf 2037 verschoben - immer mehr Investitionen scheitern.
Der Stahlkonzern Salzgitter wird sich bis zum Zeitpunkt, an dem eine vernünftige Wasserstoff-Infrastruktur steht, mit "rund 9.000 Tonnen grünem Wasserstoff begnügen müssen", erklärte CEO Gunnar Groebler, obwohl insgesamt 150.000 Tonnen benötigt werden - und das bereits ab Mitte 2026. Die nationale Wasserstoff-Strategie der Bundesregierung wurde 2020 beschlossen und sollte Deutschland zum weltweiten Marktführer machen - in der Entwicklung

und beim Export von grünem Wasserstoff. Jetzt wird diese Strategie zum Flop.
Vor dem Hintergrund der besorgniserregenden Entwicklungen des deutschen Produktionsstandortes kann dem Abwandern der BASF nur Verständnis entgegengebracht werden. Zu oft wurde gewarnt - vor Überregulierung und ungenügender Energieversorgung. Die grüne Agenda kann nicht gestemmt werden. Jetzt muß sich der Konzern retten, nimmt dafür Risiken in Kauf. Anscheinend sind diese Risiken jedoch erträglicher als das Standortrisiko in Deutschland. Der Fall BASF zeigt der deutschen Politik den Spiegel vor: Es ist nicht der Abstieg des "Superstars" BASF. Es ist der Abstieg Deutschlands.<<

27.05.2024

BRD: Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 27. Mai 2024 (x1.368/…): >>**In der Jagd auf die Sylt-Gröler fallen bei vielen die Grenzen des Rechtsstaates**
Politiker empfehlen absurde Strafmaße, während ein entgrenzter Online-Mob schon Urteile vollstreckt: In der Jagd auf die Sylt-Gröler fallen die Grenzen des Rechtsstaates - praktiziert wird ein Rechtsverständnis, das nicht demokratisch ist.
Max Roland
Was stimmt eigentlich mit diesem Land nicht? Meine Kollegin Larissa Fußer schrieb jüngst über den "Fiebertraum um die Jagd auf die Sylt-Ballermänner" - und dieser Fiebertraum ist übers Wochenende nur noch hitziger und wirrer geworden. Es scheint wirklich so, als kenne Deutschland kein ernsteres Problem als ein knappes Dutzend geschmacklose Besoffene in einer Nobel-Bar.
Eine gesamtgesellschaftliche Vernichtungsmaschine kommt in Gang. Kein Mörder und kein Kinderschänder wurde in den letzten Jahren so ausgiebig öffentlich filetiert wie die "Ausländer raus-Gang" auf Sylt. Politiker aus der ersten Reihe des Staates überschlagen sich mit Maximal-Verurteilungen und überdrehten Konsequenz-Forderungen gegen die jungen Erwachsenen vom "Pony".
Teile der deutschen Öffentlichkeit ergehen sich in ihren zwei liebsten Komplexen - dem "Kampf gegen Rechts" und der Mißgunst gegen Reiche. Der SPD-Landtagsabgeordnete Uwe Adler schöpft kurzerhand das Wort "Wohlstandsextremismus" neu, um beides zu verbinden.
Raserei des politisch-medial befeuerten Mobs
Medien ergehen sich in "Nazi-Schlagzeilen" und veröffentlichen die Gesichter der "Täter" von Sylt ungepixelt - in einem Land, das selbst bei schwersten Straftätern sonst penibel auf Persönlichkeitsrechte und Anonymisierung achtet. Namen und Adressen werden geleakt, Arbeitgeber und Hochschulen werden kontaktiert. Am Freitagabend sind die beruflichen Existenzen mehrerer junger Menschen schon zerstört.
Verdient, sagen viele - und die reichen Söhne und Töchter würden sicherlich weich landen. Stimmt wahrscheinlich. Ist es deswegen richtig, daß ein Online-Mob in wenigen Stunden Ankläger, Richter und Vollstrecker spielt? Unter freudiger Beteiligung von Medien und Politik auch noch?
Natürlich sind solche Parolen unerhört. Das "Ausländer raus-Gegröle" ist allerdings ein Meme, ein dummer Internetwitz, der eben nicht ernst gemeint ist. Glauben die Architekten von Zeilen wie "Sylt-Nazis" im Ernst, daß sich da auf der Insel ein halbes Dutzend eingefleischter Nationalsozialisten getroffen hat?
Ein ausführlicher Bericht in der Tagesschau am Freitagabend berichtet mit ernster Stimme über das, was weitgehend ein Witz war: "Sylt - kein Einzelfall". Dann ein sogenannter Experte - er ist Autor bei der umstrittenen Amadeu-Antonio-Stiftung. Der erklärt natürlich expertenhaft, daß "rassistische Parolen" im "Schampus-Milieu von Sylt" gar keine Überraschung seien. Überall Schampus-Nazis auf Sylt? Und das "Pony" als rechtsradikaler Verschwörungs-Treffpunkt?
Bundeskanzler Scholz äußert sich, Innenministerin Faeser spricht von einer "Schande für

Deutschland", als hätte sich auf Sylt etwas von nationaler Tragweite ereignet. Ein Meme wird zur Staatskrise erhoben - wer ein Meme zur Staatskrise erhebt, macht auch den Staat zum Witz.
Bundestagspräsidentin Bärbel Bas, immerhin die Frau im zweithöchsten Staatsamt, erklärt öffentlich, man könne "ruhig auch mal die Höchststrafe" verhängen und greift so einer rechtsstaatlichen Aufarbeitung vor. Höchststrafe, also fünf Jahre Haft für die Sylt-Gröler, hat mit Verhältnismäßigkeit wirklich nichts mehr zu tun.
Schon gar nicht in einem Land, in dem schlimmste Verbrecher wie Mörder oder Vergewaltiger regelmäßig mit deutlich geringeren Haftstrafen davonkommen. Dieser Geifer, mit dem man jetzt richtig draufhauen und ein Exempel an den Sylt-Besoffskis statuieren will, ist bedrohlicher als jede dumm-dumpfe Scherz-Parole an irgendeiner Bar. Weil er auch den Rechtsstaat aushöhlt und ihn der Lächerlichkeit preisgibt.
Mit Rechtsstaat hat das alles ohnehin nichts mehr zu tun. Nicht der Online-Mob, der die Beteiligten schon öffentlich hingerichtet hat - und auch die Ausfälle von Politik und Medien nicht. In einem Rechtsstaat werden Anklagen von der Staatsanwaltschaft erhoben und von Gerichten beurteilt - nicht von Politikern, nicht von Medien und nicht von einer entgrenzten Netz-Gemeinde.
Soll eine Bärbel Bas jetzt entscheiden, wo man "ruhig mal eine Höchststrafe" verhängt oder nicht? All das ist nicht mehr normal oder gesund - es ist eine völlig überzogene Reaktion, die in ihrer Radikalität keine Rechtfertigung mehr kennt. Es ist das Gericht des Volksempfindens, es ist ironischerweise kein republikanisches Rechtsverständnis, das sich da ausdrückt.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 27. Mai 2024 (x1.377/…): >>**"Sturz von Krah war Teil der Kriegsvorbereitung"**
Von *Jürgen Elsässer*
Meine Rede auf der Blauen Welle in Mühlhausen setzte die Kampagne gegen Krah, Bystron und Höcke in den Zusammenhang der NATO-Kriegsvorbereitungen gegen Rußland.
Die Blaue Welle in Mühlhausen am vergangenen Freitag fiel buchstäblich ins Wasser, weitgehend jedenfalls: Nach fünf stunden dauerregen kamen gerade 130 Leute. Kein Trost ist, daß beim AfD-Familienfest mit Björn Höcke am Nachmittag ebenfalls nur 200 Menschen zugegegen waren - hier war das Wetter ähnlich katastrophal.
Unser Programm wurde wegen des Wetters verkürzt. In meinem Beitrag setzte ich den skandalösen Abschuß von Maximilian Krah und Petr Bystron sowie die Kampagne gegen Björn Höcke in einen geopolitischen Zusammenhang: Diese drei stehen prominent gegen die NATO-Kriegspolitik und für den Frieden mit Rußland.
Je näher das Eingreifen der NATO in der Ukraine rückt, um so eher werden diese drei zu einer Gefahr für das Regime. Daß die AfD-Spitze um Alice Weidel und Tino Chrupalla die drei nicht verteidigte, sondern ihnen selbst in den Rücken fiel, zeigt, wie weit die Melonisierung der AfD schon vorangeschritten ist. Und daß der Wähler dieses feige Nachgeben nicht honoriert, hat sich gestern bei den Wahlen in Thüringen gezeigt.<<
Das deutsche Online-Medienportal "NIUS" berichtet am 27. Mai 2024 (x1.372/…): >>**111 Fälle im Jahr 2023: Jeden 3. Tag gibt es eine Gruppenvergewaltigung in Berlin**
Redaktion
Jeden dritten Tag wird Berlin zum Tatort einer Gruppenvergewaltigung. Diese dramatischen Zahlen teilte der Berliner Senat als Antwort auf eine AfD-Anfrage mit.
Im Jahr 2023 wurden insgesamt 111 Fälle in der Hauptstadt dokumentiert. Tendenz: stark steigend. 2022 wurden noch 89 Vergewaltigungen registriert, an denen mehrere Täter beteiligt waren (Anstieg: 26 Prozent).
Die meisten Opfer sind Teenager
Die jüngsten Opfer waren jünger als 6 Jahre, die ältesten jenseits des 60. Geburtstags. Am

häufigsten wurden Teenager zwischen 14 und 16 Jahren zum Opfer - in dieser Altersgruppe wurden 18 Fälle aktenkundig, gefolgt von den Altersgruppen 25 bis 30 Jahren und 30 bis 40 Jahren mit jeweils 17 Opfern.
Besorgniserregend sind vor allem die Orte, an denen die Verbrechen stattfanden. Neben einer Schule, fanden zwei Gruppenvergewaltigungen in öffentlichen Verkehrsmitteln statt und ganze 16 Fälle ereigneten sich in öffentlichen Parks. Der überwiegende Teil mit 41 Fällen wurde in Mehrfamilienhäusern registriert.

Jüngster Täter erst 12 Jahre alt

Insgesamt wurden in dem Zeitraum 106 Täter ausfindig gemacht, von denen der jüngste erst 12 Jahre alt war. Die ältesten sind älter als 60 Jahre. Abgefragt wurde zudem die Herkunft der Tatverdächtigen. Demnach machen deutsche Tatverdächtige 54 Prozent aus. Heißt: 46 Prozent der Tatverdächtigen haben keinen deutschen Paß. Der Senat sieht keinen "soziokulturellen Hintergrund" bei dem schockierenden Anstieg der Gruppenvergewaltigungen in der Hauptstadt.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 27. Mai 2024 (x1.377/…):

>>**Thüringen: Linkes Debakel und starke AfD-Zugewinne**

Von *Sven Reuth*

Bei der mit großer Spannung erwarteten Thüringer Kommunalwahl liefern sich AfD und CDU beim noch ausstehenden Landesergebnis ein Kopf-an-Kopf-Rennen. Im Kreis Hildburghausen zieht ein bundesweit bekannter rechter Gastronom in die Stichwahl um den Landratsposten ein. …

Die diesjährigen Thüringer Kommunalwahlen wurden mit größter denkbarer Spannung erwartet, gelten sie doch als wichtiges Stimmungsbarometer vor den entscheidenden Urnengängen des Super-Wahljahres 2024. Die AfD konnte bei den gestrigen Kommunalwahlen zwar in zahlreiche Stichwahlen einziehen, der ganz große Durchbruch blieb ihr aber verwehrt.

Landratswahlen: AfD im Altenburger Land vorne

Beim Blick auf die vorläufigen Ergebnisse der Landrats- und Oberbürgermeisterwahlen konnte die AfD bestätigen, daß sie in Thüringen mittlerweile zur Volkspartei geworden ist. In neun von 13 Landkreisen gelangten die AfD-Kandidaten in die Stichwahl um den Landratsposten. Allerdings liegen die Blauen nur im Landkreis Altenburger Land vorne. Hier konnte der AfD-Kandidat Heiko Philipp gestern mit 33 Prozent den ersten Platz belegen. Er liegt damit allerdings nur knapp vor dem CDU-Kandidaten Uwe Melzer, der 32,2 Prozent erreichte.

Im Kreis Hildburghausen erreichte der bundesweit bekannte Gastronom und Rechtsrock-Veranstalter Tommy Frenck, der für das Bündnis Zukunft Hildburghausen antrat, die Stichwahl um den Landratsposten. Mit 24,9 Prozent verwies Frenck den CDU-Mann Dirk Lindner, der 24,7 Prozent erreichte, auf den dritten Platz. In der Stichwahl in zwei Wochen wird Frenck gegen Sven Gregor von den Freien Wählern antreten, der 42,4 Prozent erreichte.

Linker Absturz geht weiter

Beim Blick auf das vorläufige Ergebnis der Kreistags- und Stadtratswahlen der kreisfreien Städte liefern sich CDU und AfD ein Kopf-an-Kopf-Rennen. Nach Auszählung von 95 Prozent der Stimmbezirke liegt die AfD bei 26,2 Prozent und die CDU bei 27,5 Prozent. Die AfD kann damit im Vergleich zu den Wahlen 2019 8,5 Prozent hinzugewinnen und ihre kommunalpolitische Position in Thüringen deutlich ausbauen. Die Kanzlerpartei SPD schrammte bei den gestrigen Wahlen knapp an der Einstelligkeit vorbei und kommt gerade noch auf 11,4 Prozent - das sind selbst im Vergleich zum Katastrophenergebnis von 2019 dann nochmals weitere Verluste von zwei Prozent.

Noch dicker kommt es für die Grünen. Die hatten bei den Kommunalwahlen 2019 ein aus ihrer Sicht gutes Landesergebnis von 7,5 Prozent erreicht. Der gestrige Wahltag brachte für die Grünen aber fast eine Halbierung, sie erreichen nur noch ein Landesergebnis von 4,0 Pro-

zent.
Für Ministerpräsident Bodo Ramelow und seine Linke gerieten die gestrigen Kommunalwahlen ebenfalls zum fürchterlichen Debakel. Nach derzeitigem Auszählungsstand kommt die Linke nur auf ein Landesergebnis von 8,7 Prozent und muß Verluste von 5,3 Prozent hinnehmen. Schwer vorstellbar, daß eine auf kommunaler Ebene derartig marginalisierte Kraft über den Landtagswahltag am 1. September dieses Jahres hinaus weiterhin den Ministerpräsidenten wird stellen können.
Im Kreis Saalfeld-Rudolstadt erreichte die von dem Landesvorsitzenden Björn Höcke unterstützte Liste Alternative für den Landkreis (AfL) 13,9 Prozent, während die von dem Höcke-Kritiker Karlheinz Frosch angeführte offizielle AfD-Liste 19,3 Prozent erreichte. Hier war es der AfD-Landesspitze offenbar nicht in ausreichendem Maß gelungen, den Wählern zu erklären, welche der beiden Listen die "echte AfD" repräsentiert. Frosch hatte angekündigt, die AfD nach der Kommunalwahl verlassen zu wollen.

Sonneberg bleibt AfD-Land

Sehr erfreulich ist aus AfD-Sicht dann allerdings das Ergebnis der Kreistagswahlen im Landkreis Sonneberg, wo die AfD seit dem letzten Jahr mit Robert Sesselmann ihren ersten Landrat stellt. Hier wurde die AfD mit 34,7 Prozent und Zugewinnen von 10,7 Prozent ganz klar stärkste Kraft vor der CDU mit 24,0 Prozent. Die Wähler scheinen die Arbeit von Sesselmann also sehr zu schätzen und brachten dies dann auch an den Wahlurnen gebührend zum Ausdruck.
Auffällig ist auch, daß das Bündnis Sahra Wagenknecht im Kreis Sonneberg nur 7,6 Prozent erreichte und hier unterdurchschnittlich abschnitt. Neben dem Kreis Sonneberg war das BSW auch in den Kreisen Gotha, Greiz und im Wartburgkreis angetreten und hatte hier 12,4 Prozent (Gotha), 11,1 Prozent (Greiz) und 10,4 Prozent (Wartburgkreis) erreicht.
Im Ortsteil Bleicherode der Stadt Bleicherode im Landkreis Nordhausen gewann der BSW-Kandidat Robert Henning zudem die Wahl des Ortschaftsbürgermeisters gegen eine CDU-Konkurrentin.
Ein herausragendes Ergebnis konnte die AfD einmal mehr in Gera erzielen. In der drittgrößten Stadt Thüringens wurden die Blauen mit 35,3 Prozent klar stärkste Kraft. Den zweiten Platz belegt hier - schon weit abgeschlagen - die CDU mit 16,3 Prozent. Eine solche starke Stellung dürfte die AfD bundesweit in keiner weiteren Stadt dieser Größenordnung (Gera hat 96.000 Einwohner) einnehmen.

Ausgrenzung der Blauen wird schwieriger

In ihrer Hochburg Eisenach erreichte die Heimat (früher NPD) 6,3 Prozent, blieb damit aber klar hinter der AfD zurück, die 21,9 Prozent erreichte. Das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) erreichte in Eisenach aus dem Stand 9,6 Prozent. Die Eisenacher Oberbürgermeisterin Katja Wolf hatte im Januar dieses Jahres angekündigt, von der Linken zum BSW zu wechseln. Sie ist dort als Spitzenkandidatin für die anstehende Landtagswahl im Gespräch.
Für die AfD haben die Ergebnisse der Thüringer Kommunalwahl vor allem einen großen Vorteil: Die stark gewachsene Zahl der blauen Mandatsträger in den Kommunalparlamenten wird es dort zukünftig noch schwerer machen, eine Ausgrenzungspolitik gegenüber der AfD zu betreiben. Es dürfte nur eine Frage der Zeit sein, bis die Brandmauer in den Thüringer Kommunen zu bröckeln beginnt. 'Für ein "blaues Wunder" - also eine parlamentarische Mehrheit für die AfD bei der Landtagswahl - muß aber noch einiges geschehen.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 27. Mai 2024 (x1.377/…):
>>**Feindstaat Deutschland: Immer noch aktuell!**
Sind die Feindstaatenklauseln der UNO tatsächlich "obsolet", wie BRD-Politiker bekunden? In seinem neuen Fakten-Hammer "Deutschland und der Zwei-plus-Vier-Vertrag" meldet Autor Michael Grandt berechtigte Zweifel an - und nennt mögliche Konsequenzen.

Deutschland sei "von Freunden umgeben", wird von Politik und Medien gepredigt. Doch stimmt das wirklich? Fakt ist, daß die sogenannten Feindstaatenklauseln bis heute Bestandteil der Charta der Vereinten Nationen sind. Doch wer sind diese Feindstaaten?
Schaut man sich die Sache genauer an, gibt es eigentlich nur noch einen - und zwar Deutschland! Denn: 1951 schloß der ehemalige Kriegsgegner Japan mit den Westmächten einen Friedensvertrag (den die Sowjetunion nicht unterzeichnete). Einen solchen gibt es mit Deutschland nicht, wie Michael Grandt in seinem neuen Buch "Deutschland und der Zwei-plus-Vier-Vertrag. Hintergründe-Wortbrüche-Lügen" herausstellt.
Konkret finden sich besagte Klauseln in den Artikeln 53, 77 und 107 der UNO-Charta. Sie besagen, "daß gegen Feindstaaten des Zweiten Weltkriegs von den Unterzeichnerstaaten Zwangsmaßnahmen ohne besondere Ermächtigung durch den UN-Sicherheitsrat verhängt werden können", sollten diese "erneut eine aggressive Politik verfolgen", so Grandt in seinem Buch. "Dies schließt auch militärische Interventionen der UN mit ein."

Praktische Auswirkungen

Für die Bundesrepublik hatten die Klauseln in der Nachkriegszeit durchaus praktische Auswirkungen. Grandt dazu in "Deutschland und der Zwei-plus-Vier-Vertrag":
"Bei der Berlin-Blockade 1948/49 vertrat die Sowjetunion vor dem UN-Sicherheitsrat die Auffassung, die Vereinten Nationen seien nicht zuständig, da es sich bei den Aktionen der sowjetischen Regierung um Maßnehmen gegen einen 'Feindstaat' handle, die von Artikel 107 gedeckt seien."
In besagtem Artikel 107 der UN-Charta heißt es:
"Maßnahmen, welche die hierfür verantwortlichen Regierungen als Folge des Zweiten Weltkriegs in Bezug auf einen Staat ergreifen oder genehmigen, der während dieses Krieges Feind eines Unterzeichnerstaats dieser Charta war, werden durch diese Charta weder außer Kraft gesetzt noch untersagt."
Am 21. November 1967 betonte die UdSSR in einem Memorandum gegenüber den Westmächten erneut auf die Gültigkeit der Feindstaatenklauseln. Zuvor hatte es einen Austausch von Erklärungen über Gewaltverzicht und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der BRD gegeben.
Wie auch im Falle der Berlin-Blockade widersprachen Washington, London und Paris der Position Moskaus, ließen allerdings offen, "ob sie ein gemeinsames Vorgehen aufgrund der Feindstaatenklauseln für möglich hielten", so Grandt in seinem Enthüllungswerk.

Seltsame Begründung

Und heute? Zwar erklärten deutsche Politiker wiederholt, daß sie die UN-Klauseln für "obsolet" hielten, was durch die Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages 2007 bekräftigt wurde. Allerdings wurde hierbei lediglich auf einen "Beschluß" der Staats- und Regierungschefs verwiesen, "die Bezüge zu 'enemy states' in den Artikeln 53, 77 und 107 der Charta der Vereinten Nationen zu streichen."
In "Deutschland und der Zwei-plus-Vier-Vertrag" schreibt Grandt hierzu:
"Genau das ist aber das Problem, denn die 'Streichung' der Feindstaatenklauseln aus dem Text der Charta erfordert eine Änderung der Charta, nach dem dafür vorgeschriebenen Verfahren. Das sieht einen mit Zweidrittelmehrheit gefaßten Beschluß zur Änderung der Charta und seine anschließende Ratifikation durch ebenfalls zwei Drittel der Mitgliedsstaaten vor. Die Feindstaatenklausel steht aber bis heute in der UN-Charta, trotz 'Beschluß', sie sei 'obsolet'."
Warum also beschließt man etwas, das man dann nicht umsetzt? Glaubt man den Wissenschaftlichen Diensten des Bundestages nur deshalb, weil "eine formale Streichung" der Feindstaatenklauseln "verfahrensmäßig sehr aufwendig" wäre. So nachzulesen in einer Drucksache von 2017, die Grandt in seinem Buch anführt. Es folgt noch der lapidare Satz: "Ein Änderungsverfahren ist bislang noch nicht in Angriff genommen worden und erscheint in der Sache

auch (nicht) mehr notwendig."
So so, eine Streichung wäre also "zu aufwendig" und außerdem gar nicht mehr nötig … Das mag glauben wer will, Fakt ist jedoch: Die Feindstaatenklauseln gegen die BRD gelten bis zum heutigen Tag - und könnten, auch mit militärischen Mitteln, jederzeit vollstreckt werden, sollte Deutschland einmal unbotmäßig agieren.
Hochbrisant: Bestsellerautor Michael Grandt bringt in seinem neuen Buch "Deutschland und der Zwei-plus-Vier-Vertrag" verschwiegene Hintergründe ans Licht, dokumentiert die deutschen Vertragsbrüche und belegt, daß Deutschland immer noch nicht souverän ist. Grandt macht deutlich: Die Konsequenzen, die sich daraus ergeben, könnten für uns verheerend sein.
Schweiz: Das deutsche Multipolar-Magazin berichtet am 27. Mai 2024 (x1.370/…): >>**Pandemieabkommen vorerst gescheitert**
Positionen von Industrieländern und Globalem Süden gehen auseinander / Einigung laut WHO "in den kommenden Jahren" möglich
Am Freitag (24. Mai) gab die WHO bekannt, daß kein abstimmungsfähiger Text zum seit mehr als zwei Jahren vorbereiteten Pandemieabkommen vorgelegt werden könne. Auf der diesjährigen Weltgesundheitsversammlung der WHO vom 27. Mai bis 1. Juni in Genf sollten eigentlich verbindliche Beschlüsse dazu gefaßt werden.
Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach erklärte in einer ersten Stellungnahme, das Pandemieabkommen sei "nicht endgültig gescheitert" und brauche "mehr Zeit". "Die Vernunft wird siegen. Genau wie beim Klimaschutz, aber es dauert", so der Minister. Der Co-Vorsitzende des Verhandlungsgremiums, der Niederländer Roland Driece, mutmaßte, eine Einigung sei "in den kommenden Jahren" noch möglich.
Im Vorfeld der Versammlung hatten sich kritische Stimmen gegen das geplante Abkommen gemehrt. 24 republikanische Gouverneure von US-Bundesstaaten hatten die US-Regierung aufgefordert, den WHO-Verträgen nicht zuzustimmen, da sie die "nationale Souveränität untergraben" würden und die vorgesehene Ausweitung der Befugnisse eines "unkontrollierbaren" WHO-Generaldirektors problematisch sei.
In den Niederlanden hatte eine Parlamentsmehrheit die Regierung aufgefordert, gegen die Verträge zu stimmen. Da die neu gewählte WHO-kritische Regierung dort noch nicht im Amt ist, bleibt offen, wie die noch amtierende Regierung sich bei den Abstimmungen verhalten wird.
In der Slowakei hatten sich Ministerpräsident Robert Fico sowie Minister seiner Regierung ablehnend zu den Pandemie-Verträgen geäußert. Fico erklärte, hinter dem Abkommen steckten "gierige Pharmaunternehmen, die den Widerstand einiger Regierungen gegen die Impfpflicht zu spüren bekamen." Peter Kotlar, zuständig für die Corona-Aufarbeitung und Vertreter der slowakischen Regierung an den WHO-Verhandlungen, betonte, daß die Entwürfe für die Slowakei "inakzeptabel" seien "wegen ihrer Unbestimmtheit und des unzulässigen Eingriffs in die Souveränität der Mitgliedsstaaten sowie der unangemessenen Beschneidung der Menschenrechte und Grundfreiheiten".
In einem Brief an die Afrikanische Union vom 20. Mai hatte der südafrikanische Präsident Cyril Ramaphosa das sogenannte One-Health-Konzept kritisiert, sowie das geplante System, allen Ländern Zugang zu Krankheitserregern zu verschaffen. Berichten zufolge machten sich mehrere Entwicklungsländer Sorgen, Virusproben für die Entwicklung von Impfstoffen bereitstellen zu sollen, sich diese Impfstoffe dann aber nicht leisten zu können.
Laut New York Times hätten sie "darum gebeten, daß Pharmahersteller Informationen weitergeben, die es lokalen Unternehmen ermöglichen, die Produkte zu geringen Kosten herzustellen". "Wir wollen nicht, daß westliche Länder Krankheitserreger sammeln, damit arbeiten und Impfstoffe herstellen, ohne uns diese Vorteile zurückzugeben", so ein afrikanischer Vertreter. Sollten diese Kritikpunkte nicht ausgeräumt werden, forderte Ramaphosa eine Verlängerung

der Verhandlungen. Alternativ sollte die Gruppe der afrikanischen Staaten einen Austritt aus dem WHO-Verhandlungsgremium zum Abkommen in Erwägung ziehen.
Andere Experten hatten kritisiert, daß die Änderungsvorschläge zu den Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV) - dem zweiten verhandelten Abkommen - nicht, wie vorgeschrieben, mindestens 4 Monate vor der Abstimmung vorlagen. Ein Verstoß gegen das Legalitätsprinzip, so Kritiker, und ihrer Ansicht nach von Bedeutung, da die IGV mit nur einfacher Mehrheit beschlossen werden können und dann für alle WHO-Mitglieder bindend sind - es sei denn ein Land macht von seinem Opt-Out-Recht innerhalb einer Frist von 10 Monaten Gebrauch.
Auf Multipolar-Nachfrage erklärte das Bundesgesundheitsministerium, ein Verstoß gegen das Legalitätsprinzip liege nicht vor. Da das WHO-Sekretariat alle vorgeschlagenen Änderungen zu den IGV nach jeder Überarbeitung "den 196 Vertragsstaaten mitteilt", erfülle es "laufend die Anforderungen aus Artikel 55 Absatz 2 IGV." Für ausreichend Transparenz über die Vertragsinhalte gegenüber den Abgeordneten und der Öffentlichkeit habe die Bundesregierung ebenfalls gesorgt, da sie "seit Beginn der Verhandlungen kontinuierlich" den Unterausschuß für Globale Gesundheit des Bundestages informiert habe.
Laut Pressemeldung der WHO soll der seit Montag (27. Mai) tagenden Weltgesundheitsversammlung der erreichte Verhandlungsstand zur Prüfung vorgelegt werden. Als Optionen für das weitere Vorgehen seien weitere Verhandlungen, Änderungen oder die Fertigstellung der Abkommen in Betracht zu ziehen.
Laut Telegraph könnte ein Kompromißvorschlag dem Globalen Süden preiswerte Impfstoffe zusichern im Gegenzug zum Zugang zu Pathogenen und genetischen Daten, damit Pharmaunternehmen entsprechende Impfstoffe entwickeln könnten.
Im Vorgriff auf eine mögliche Einigung auf WHO-Ebene hat die US-Regierung schon im Oktober 2022 mit 50 Entwicklungs- und Schwellenländern eine globale Gesundheitssicherheitspartnerschaft abgeschlossen, um "biologische Bedrohungen" einzudämmen. Unabhängig vom Abstimmungsergebnis auf WHO-Ebene sind in der EU seit Herbst 2021 vergleichbare Vorschriften zur Pandemievorbereitung beschlossen worden.<<
Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/29177" berichtet am 27. Mai 2024 (x1.366/…): >>**FPÖ-Symposium**
Am FPÖ-Symposium, das im April 2024 in Wien stattfand, forderten namhafte Persönlichkeiten ganz klar: Eine Aufarbeitung der Corona-Pandemie MUSS sein. Dazu ist es wichtig, diese zu durchleuchten und all die Lügen ans Licht zu bringen, mit denen die Politiker das eigene Volk in Angst und Schrecken versetzt haben. Die verdrehte Wahrheit der jüngsten Zeit wird gebetsmühlenartig wiederholt: Man hat es ja nicht gewußt.
Wenn die Völker aufgrund der Corona-Pandemie die weltweit gesteuerte Lügenpropaganda und durchgeführten Zwangsmaßnahmen erkennen, werden sie die gegenwärtigen Weltmachtsbestrebungen der WHO besser verstehen und sich dagegen wehren können. …
FPÖ-Symposium vom 12. + 13.04. 2024 in Wien fordert: Corona-Pandemie Aufarbeitung MUSS SEIN
Die WHO arbeitet intensiv daran, eine Weltgesundheitsdiktatur aufzurichten. Mit Hilfe des Pandemie-Vertrages soll der Präsident der WHO ermächtigt werden, eine Pandemie ausrufen zu können, wenn seines Erachtens eine Gesundheitsgefahr für die Menschen droht.
Durch Änderungen der Internationalen Gesundheitsvorschriften will die WHO mit Hilfe der Mitgliedstaaten Maßnahmen für die Völker festlegen, wie z.B. Lockdowns, Quarantäne oder medizinische Behandlungen.
Kla.TV berichtet in zahlreichen Sendungen über diese drohende Weltgesundheitsdiktatur durch die WHO. Damit diese Weltdiktatur verhindert werden kann, ist es wichtig, die Corona-Pandemie zu durchleuchten und all die Lügen ans Licht zu bringen, mit denen unsere Politiker

das eigene Volk in Angst und Schrecken versetzt haben. Wenn wir aufgrund der Corona-Pandemie die von oben gesteuerte internationale Lügenpropaganda und die daraus durchgeführten Zwangsmaßnahmen erkennen, werden wir diese Weltmachtsbestrebungen der WHO besser verstehen und uns dagegen wehren können.
Welche Lügenpropaganda und Zwangsmaßnahmen wurden betrieben? Wie war das nochmal ?
"Mittlerweile gibt es Publikationen, die zeigen, daß durch die Lockdowns 20-mal mehr Menschen gestorben sind, als man Leben gerettet hat." Hannes Strasser, Urologe
…
(Karl Nehammer:) Ab morgen muß jede Bürgerin, jeder Bürger, jeder Mensch, der in Österreich lebt, sich klar sein, daß er von der Polizei kontrolliert werden kann.
(Werner Kogler:) Was dort vorgeht, wenn Staatsverweigerer, Demokratiefeinde, Neonazis und Neofaschisten in unseren Städten herumspazieren.
(Sebastian Kurz:) Wir haben in Italien und in Spanien die Situation, daß so viele Menschen sterben, daß sie gar nicht mehr wissen, wo sie die Leichen hinbringen sollen. Wir werden auch in Österreich bald die Situation haben, daß jeder irgendjemanden kennt, der an Corona verstorben ist.
(Christine - Impfopfer:) Ich habe mich dreimal impfen lassen, weil mein Mann bereits vier Herzinfarkte hatte, und die Angstmache hat bei mir auch funktioniert.
(Karoline Edtstadler:) Die Freiheit ist auch mir etwas wirklich Heiliges. Und es geht immerhin um den Körper, um den eigenen Körper. Aber um diese Freiheit in Österreich wieder leben zu können, sehen wir keinen anderen Weg als diese Impfung.
(Wolfgang Wodarg:) Man hatte Angst als Arzt, was anderes zu sagen, weil man dann Ärger bekam mit der Ärztekammer, weil man dann Ärger bekam mit allen offiziellen Stellen.
(Theresia Maier-Dobersberger:) In der Corona-Zeit durfte ich als Ärztin nicht kritisch sein. Es wurde mir vorgegeben, was ich zu denken habe. Es wurde mir vorgegeben, wie ich zu handeln habe, eventuell sogar unter Strafandrohung.
(Alexander Schallenberg:) Die dritte Impfung ist in Wirklichkeit die einzige Waffe, die wir haben, gegen die vierte Welle, gegen die Welle der Ungeimpften, die vor uns steht.
(Sucharit Bhakdi:) Meine Überzeugung ist, daß diese genbasierten Impfstoffe alle lebensgefährlich sind.
(Wolfgang Wodarg:) Weil man gesunde Menschen gentechnisch verändert hat.
(Hannes Strasser:) Faktisch ist jeder Geimpfte ein Versuchskaninchen geworden.
(Martin Haditsch:) Es wurde in einer sehr dreisten Art und Weise unter Vorspiegelung falscher Tatsachen ein Narrativ gepusht, das dann auch als Rechtfertigung gedient hat, die Menschen ihrer Grundrechte sozusagen zu berauben.
(Alexander Schallenberg:) Wir werden daher die Zügel für die Ungeimpften straffer ziehen müssen.
(Karoline Edtstadler:) Es ist richtig, daß natürlich mit Einführung der Impfpflicht es eigentlich rechtswidrig ist, in Österreich zu wohnen und nicht geimpft zu sein. Es wird wahrscheinlich auch möglich sein, jemanden zu kündigen, der nicht geimpft ist.
(Sylvi - Impfopfer:) Ich war nicht von der Impfung überzeugt und habe mich aus Angst impfen lassen.
(Thomas Szekeres:) Die Impfung wurde an zigtausend Menschen ausprobiert, hat dort offensichtlich keine Nebenwirkungen verursacht und man konnte nachweisen, daß die Impfung vor einer Infektion schützt.
(Sucharit Bhakdi:) Sie konnten die Sicherheit nicht überprüfen, die Zeit hat nicht gereicht.
(Gabriele - Impfgeschädigte:) Ich habe aufgrund meiner schweren Symptome und zunehmenden Schwäche im Körper und in den Beinen seit Sommer 2023 einen elektrischen Rollstuhl, weil es mir nur mehr möglich ist, ganz kurze Strecken zurückzulegen.

(Sylvi - Impfgeschädigte:) Die Folgen der Impfung waren der komplette Zusammenbruch von Stoffwechsel, Immunsystem, die kognitive, neurologische.
(Theresia Maier-Dobersberger:) Leider muß ich derzeit feststellen, daß viele Patientinnen und Patienten aus allen Bundesländern zu mir in meine Praxis kommen, meistens mehrfach geimpft, mit Krankheitsbildern, die ich in meiner langjährigen Ärztetätigkeit so noch nicht gesehen habe.
(Hannes Strasser:) Australien zum Beispiel hat offiziell 2021 publiziert, daß die Corona-Impfung vierundzwanzig Mal mehr Nebenwirkungen macht als alle anderen Impfungen zusammen.
(Veronika - Sohn Impfopfer:) Der Markus war ausgesprochener Sportler. Es war das Herz kaputt, es waren die Gefäße innerlich zerschnitten anscheinend, die inneren Organe waren kaputt seit der Impfung. Es hätte nicht sein müssen, daß er mit 48 Jahren stirbt.
(Maria Hubmer-Mogg:) Es ist eine Schande für Österreich, daß es um die Solidarität ging, sich die Spritze zu holen, die niemals vor Ansteckung geschützt hat. Das wußten Ärzte, die Recherche betrieben haben, so wie ich. Aber daß man jetzt die Solidarität mit den tatsächlich Impfgeschädigten nicht hat, das ist für mich nicht nachvollziehbar.
(Angelika - Impfopfer:) Bleibt stark. Macht weiter. Zeigt euch. Und ich sag' das ganz deutlich: Wir lassen uns nicht mehr weiter wegschieben von da oben.
(Kind spricht:) Ich will gesund bleiben. Deshalb bleibe ich jetzt öfter daheim, damit Corona nicht auch auf mich springen kann. Mit meinen Verwandten telefoniere ich. Mit meinen Freunden im Kindergarten und Schule soll ich leider derzeit nichts unternehmen.
(Christian Schubert:) Hier werden Kinder zutiefst geschädigt in ihrer Gesamtheit, bis in den Körper hinunter. Das Immunsystem wird völlig gestört sein in den nächsten Jahrzehnten und sie werden verfrüht schwerste Erkrankungen erleiden.
(Johannes Rauch, Sozial- und Gesundheitsminister:) Wir haben es in der Pandemie geschafft, weltweit in einer Radikalität zu agieren, auch hier in Österreich, mit Maßnahmen, die waren vollkommen unvorstellbar. Weil wir Dinge außer Kraft gesetzt haben, Eingriff in Freiheitsrechte vorgenommen haben, die waren enorm tiefgreifend und haben dafür die gesetzlichen Rahmenbedingungen geschaffen, das zu tun.
(Martin Haditsch:) Es ist in einer Art und Weise gelungen, daß das natürlich Appetit auf mehr macht.
(Johannes Rauch:) Die Frage ist, wie viel Radikalität trauen wir uns in die Bekämpfung der Klimakrise zu?
(Clemens Arvay:) Ich bitte die Medien darum, Menschen, die die verkürzten Zulassungsverfahren wissenschaftlich kritisieren, nicht als Impfkritiker zu bezeichnen. Bitte bezeichnen sie nur jene Menschen als Impfkritiker, die das Prinzip Impfung kritisieren.
Auch die Wiener Stadtzeitung Der Falter hat mich als Impfkritiker bezeichnet, so beiläufig und ohne Angabe von Gründen und Sachargumenten, und das noch dazu in einem Artikel mit dem Titel Aluhut, Globuli und Judenstern, wo es unter anderem um Verschwörungsideologien ging, mit denen ich nichts zu tun habe.
(Martin Haditsch:) Es waren ja alle Medien gleichgeschaltet, und diese Gleichschaltung der Medien hat dazu geführt, daß das, was man als Gehirnwäsche bezeichnet, daß sozusagen andere Meinungen wurden geframt, Leute wurden da diskreditiert und so weiter. Das heißt, es konnten sich nur jene eine Plattform, eine Bühne verschaffen, die das gesagt haben, was auch politisch so gewollt war.
(Hannes Strasser:) Jetzt sind wir mitten im Schlamassel und den sehen wir als Ärzte und den wollen die Mainstream-Medien und die Einheitsparteien nicht wahrnehmen.
(Christian Schubert:) In welcher Gesellschaftsform, in welcher Kulturform existieren wir, daß so etwas passieren kann, was wir gerade sehen. Wir müssen raus aus diesem Zustand. Das ist

für mich das Allerwichtigste.
(Martin Haditsch:) Und das, was jetzt passiert, ist der größte Machtgewinn, den es jemals gegeben hat.
(Wolfgang Wodarg:) WHO ist eine Agentur, die zu 86 Prozent von privaten Sponsoren unterhalten und programmiert wird in ihren Tätigkeiten. Und diese WHO, das ist praktisch wie ein trojanisches Pferd, wo die Arzneimittelwirtschaft überall in die Staaten direkt eingreift.
(Martin Haditsch:) Es ist bedauerlicherweise so, daß in der WHO zwar offiziell es einen Expertenrat gibt, die Entscheidung letztlich aber von einer einzigen Person, nämlich vom Generaldirektor, getroffen wird. Das heißt, wir müssen hier verdammt aufpassen, daß wir hier nicht eine Gesundheitsdiktatur bekommen, die letzten Endes dann auch für die Mitgliedsländer bindend sein wird.
(Sucharit Bhakdi:) Die Hoffnung ist, daß das Ganze doch ein Ende findet, wenn die Menschen aufwachen und realisieren, was gespielt wird. Weil jetzt sind die Mittel da, um den Wahnsinn zu beenden.
Immer mehr Hintergrundinformationen zu der Corona-Pandemie kommen ans Licht.
Am FPÖ-Symposium vom 12. und 13. April berichten namhafte Persönlichkeiten über die zahllosen Lügen, die ungerechtfertigten Zwangsmaßnahmen und immer mehr Vertuschungsaktionen der Corona-Pandemie-Akteure und fordern jetzt eine Aufarbeitung der Corona-Pandemie, mit all den notwendigen Konsequenzen.
Prof. Dr. Sucharit Bhakdi - Mikrobiologe und Wissenschaftler
Wir haben einen Brief an die EMA geschrieben, das war am 28. Februar 2021 und haben unsere Bedenken geäußert. Die EMA antwortet: Ja, ab und an kann es schon dazu kommen, daß jemand Myokarditis hat oder irgendeine Thrombose im Gehirn. Es sind gerade nur neun Fälle gemeldet worden. Das war im März 2021. Neun Todesfälle durch Hirnvenenthrombosen. Aber der Nutzen ist so gewaltig groß, daß übersteigt das Risiko so, daß man eben diese kleinen Risiken in Kauf nehmen muß. Muss, das sagt euch auch eure Einheitsregierung, weil sie Vasallen sind, diese Leute. Und gekauft, gekauft, bezahlt. Ich bin so wütend!
Uni.-Doz. Dr. Hannes Strasser - Arzt
Die Expertenkommissionen und die Regierungen haben voll untereinander kommuniziert und alles gewußt, ausgetauscht. Die waren nicht einfach autonom, sondern das ist sehr umeinander gekreist. Ich nehme an, zwischen allen Staaten in Europa und der EU-Kommission, ganz sicher sogar. Die Pandemie ist ausgerufen worden, die Lockdowns beschlossen worden. Und dann hat im Robert Koch-Institut von außen irgend jemand gesagt: Und jetzt bitte, jetzt tut es hochskalieren und stuft es auf "gefährlich" ein. Das heißt, es war nicht so, daß das Robert Koch-Institut das als gefährlich eingestuft hat und die Politik hat dann reagiert, sondern die Politik hat gemacht und das Robert Koch-Institut hat von außen den Befehl bekommen und geliefert. Ganz einfach, okay?
Dann 29. Juni 2020: Aktuelle Risikobewertung: Immer noch hohes Risiko, Vorgabe vom Bundesministerium für Gesundheit: Bis Juli wird daran nichts geändert. Mit anderen Worten, da steht noch einmal drinnen, das Robert Koch-Institut hat Vorgaben von der Politik bekommen. Das heißt, es war nicht so, wie uns immer erzählt worden ist - die Expertengremien entscheiden und beraten die Politik. Nein! Die Politiker kommen: wir wollen - und die "Experten", unter Anführungszeichen, haben geliefert.
Und daran sieht man, daß das Ganze, was da bezeichnet wurde, die Wissenschaftlichkeit, die Experten, das war alles Farce. Die haben nur das gemacht, was die Politik wollte und nicht das, was sie selber entschieden haben. Jetzt wird es ganz grimmig.
19.3.2021: Zum Vergleich, das war ein dreiviertel Jahr, bevor in Österreich die Impfpflicht beschlossen wurde. Da sind noch Lockdown, Schulschließungen, alles beschlossen worden.
19. März 2021. Bitte nur lesen, in Ruhe und "genießen", unter Anführungszeichen: Covid-19

sollte nicht mit Influenza verglichen werden. Bei normaler Influenzawelle versterben mehr Leute, jedoch ist Covid-19 aus anderen Gründen bedenklich.
Noch einmal. Das ist nicht eine Diskussion, das ist ein Ergebnisprotokoll des Robert Koch-Instituts. Ein offizielles Organ, ein offizielles Dokument der Deutschen Bundesregierung. Und da steht locker lässig drinnen: An einer normalen Grippewelle sterben mehr Leute.
Was hat man Ihnen vier Jahre erzählt? Das genaue Gegenteil. Da hat man gesagt: ganz gefährlich, ganz schlimm und viel gefährlicher. Leute, wie der Sucharit Bhakdi, die gesagt haben, das ist ja gar nicht so gefährlich, sind als Spinner, als Schwurbler, als Covidioten, als Wahnsinnige, als Verbrecher hingestellt worden, als Gefährder. Können Sie sich erinnern? Gefährder! Und dann sitzen die da und schreiben das.
Und dann stelle ich die nächste Frage. Haben Sie vom Robert Koch-Institut irgendwann einmal gehört, daß die gesagt haben: Leute, die Grippe ist gefährlicher als Corona? Hat das irgend jemand gesagt von den Experten? Das heißt mit anderen Worten, die haben das gewußt. Sie haben das sogar geschrieben. Das ist an die ganzen Ministerien, an die Politik in Deutschland weitergegangen. Die haben das auch gewußt.
Aber vier Jahre lang hat man den Leuten ganz was anderes erzählt. Und deswegen kann ich mit ruhigem Gewissen jetzt sagen: Die Politik hat mit Hilfe der Experten die Bevölkerung in Deutschland, Österreich, überall, vier Jahre lang betrogen und belogen. Ganz einfach. Daher das Resümee: Der Panikmache und den drakonischen Corona-Maßnahmen bis hin zur Impfpflicht fehlte somit jegliche wissenschaftliche Grundlage, da die Grippe gefährlicher als Covid-19 war. Ganz einfach.
Das war völlig sinnlos, wahnsinnig und ohne wissenschaftliche Grundlage. Die Politik hat enormen Druck ausgeübt. Das heißt, da steht das Nächste drinnen, wie bei den Kommissionen. Die Kommissionen, die Zulassungsbehörden waren nicht unabhängig. Die waren unter Druck. Die haben das gemacht, was die Politik ihnen befohlen hat. Leider. Und deswegen sind wir dort, wo wir heute sind.
Und beenden möchte ich jetzt meinen Vortrag mit einem Zitat von Bertold Brecht, das in dem Fall paßt, hochaktuell ist. "Wer die Wahrheit nicht weiß, der ist bloß ein Dummkopf. Aber wer sie weiß und sie eine Lüge nennt, der ist ein Verbrecher." Bertold Brecht.
Und eines ist mir bei Durchsicht der Protokolle klar geworden und das muß jedem klar sein. Das alles, was die Politik gemacht hat, war nicht Dummheit. Das war nicht Unwissenheit. Das waren nicht Fehler, wie jetzt die Politik sagt: Wir haben es nicht wissen können. Wir haben Fehler gemacht. Wir müssen uns verzeihen. Nein. Die haben es gewußt und haben es mit voller Absicht gemacht! Klipp und klar. Und deswegen ist es höchst an der Zeit, daß das alles aufgearbeitet wird und daß endlich die Leute, die das gemacht haben, zur Verantwortung gezogen werden. Danke.
Dr. Ronald Weikl - Arzt und Vorsitzender der MWGFD
Ich beginne meinen kurzen Vortrag nochmal, indem ich einfach nochmal das Revue passieren lasse, was uns, die wir aktiv waren, eigentlich und wahrscheinlich Ihnen allen, euch allen am meisten aufgeregt hat die ganze Zeit. Daß es nämlich mittlerweile ja belegt ist und bewiesen ist, daß dieses SARS-CoV-2-Virus - die Vorredner haben es alle schon angesprochen, mit diesem äußerst gefährlichen Spike-Protein, was zu Recht als Biowaffe bezeichnet werden kann - nicht irgendwie ein Schicksalsschlag der Natur oder des Himmels war, sondern bewußt mit Gain-of-function-Forschung in Jahren im Labor zusammengeklont wurde, unter Verschwendung unserer Steuergelder und dann bewußt unter die Bevölkerung gebracht wurde. Das muß man wieder einmal sagen.
Dank unseres Immunsystems, das Coronaviren von früheren Infekten kannte, war natürlich die Infektionssterblichkeitsrate deutlich geringer ausgefallen, als, das möchte ich jetzt einmal behaupten, den Laborvirus-Konstrukteuren und denjenigen, die hinter dieser Corona-Agenda

stehen, wahrscheinlich ursprünglich vorhatten oder von denen beabsichtigt war. Es war sogar geringer als die jährlichen Grippewellen.
Nur mit dieser wahnsinnigen, immensen Angst- und Panikpropaganda gelang es praktisch dann, daß man den Menschen diese als Impfung verkaufte Rettung, die Genspritze, praktisch andrehen konnte und damit diesem großen Schadenspotential des Spike-Proteins erst recht ein leichtes Spielfeld eröffnet hat. Und das hat dann zu diesen massiven Toten, Schäden geführt, den massiven Übersterblichkeiten in den allermeisten Ländern.
Prof. Dr. Arne Burkhart hat nachweisen können, daß praktisch in 80 Prozent der von ihm untersuchten Gewebeproben im Zusammenhang mit der Impfung Verstorbenen, die Impfung die Todesursache war.
Wir müssen juristisch aufarbeiten. Wir brauchen eine strafrechtliche Verfolgung. Und die Faktenlage ist ganz klar, die Anwälte können jetzt in die Gänge kommen. Die Impfärzte, weil die einfach mangelhaft aufgeklärt haben, die hätten mit ihrem Basiswissen aus der Medizin genau wissen können, daß die Gefahren dieser genbasierten Impfstoffe einfach bestehen.
Wir müssen die leitenden Mitarbeiter, die politischen Entscheidungsträger, wir müssen die an die Brust nehmen, wir müssen sie auch verantwortlich machen für das, was sie getan haben. Wir müssen die Offenlegung sämtlicher Dokumente fordern in diesen hier unten genannten Kommissionen. Und wir müssen auch die Mitarbeiter der Medien anpacken, denn die haben mit ihrer Angst- und Panikpropaganda mitgemacht. Und genauso die Staatsjuristen, die skandalöse Urteile im Zusammenhang mit der Corona-Agenda gesprochen haben.
Unter Mitwirkung der WHO hat ein Genozid gigantischen Ausmaßes stattgefunden. Und das, was wir in den Corona-Jahren mit der WHO erlebt haben, kann man nur jedem Mitgliedsstaat der 194 Mitgliedsstaaten raten, daß sie auf keinen Fall nicht nur dem gefährlichen WHO-Pandemieplan und den Internationalen Gesundheitsvorschriften zustimmen, sondern sofort aus der WHO austreten!
Philipp Kruse - Rechtsanwalt
Das Hauptwerkzeug, man könnte sagen, das Hauptspielzeug der WHO, das ist die mRNA-basierte Injektion, die Sie Impfung nennen, aber die überhaupt keine Impfung ist.
Und dementsprechend habe ich mich mit meinem Team die letzten zweieinhalb Jahre, natürlich wie auch viele andere Anwälte, auch darauf konzentriert, in der Schweiz gegen die schweizerische Zulassungsbehörde, das ist die oberste Aufsichtsbehörde, auch über die Pharmaindustrie, eine Strafanzeige auszuarbeiten, in welcher klipp und klar nachgewiesen wurde, daß diese Substanzen erstens überhaupt gar nicht notwendig waren für eine Zulassung und zweitens, daß sie nicht wirksam waren. Niemals.
Daß sie im höchsten Maße schädlich sind und daß man das aber alles von Anfang an schon gewußt hat. Man hat es von Anfang an gewußt und das Schlimmste ist, daß diese Zulassungsbehörde heute noch sagt: Wir haben alles richtig gemacht und wir wollen das für die Zukunft auch so machen.
Und daß ich das erwähne, hat einen tieferen Sinn. Schauen Sie, etwas ganz Zentrales, was man vollständig übergangen hat in der Politik, ist die Tatsache, daß man von Anfang an gewußt hat, daß es schädlich ist. Von Anfang an hat man gewußt, daß es experimentell ist. Und deshalb muß man diesen Tatsachen ins Auge sehen. So etwas darf man Menschen nicht verabreichen. Hier als Juristen müssen wir darauf hinweisen: Es handelt sich um zwingendstes, aller-elementarstes, fundamentalstes Völkerrecht, das auch Bestandteil unserer Verfassungen geworden ist: Daß man niemals Menschen experimentelle Substanzen verabreichen darf, ohne ihnen vorher über sämtliche entscheidungsrelevanten Informationen ehrlich Auskunft gegeben zu haben und ohne ihnen die Freiheit zu lassen, eben auch Nein zu sagen.
Das ist hier in Österreich auf allerschändlichste Weise mit dem Impfpflichtgesetz, untechnisch ausgesprochen, mit Füßen getreten worden. Aber es wurde überall dieser Grundsatz verletzt.

Nämlich überall auf der ganzen Welt hat man den Menschen Falschinformationen gegeben und man hat sie in die Impfung hineingetrieben, hineingenötigt. Sämtliche Grundrechte, die in Ihrer Verfassung, in unseren Verfassungen drinstehen, wurden auf schwere Weise für die Mehrheit der Bevölkerung dauerhaft verletzt.
Das ist der größte Angriff, den es jemals gegeben hat, von einem Staatswesen gegen die eigene Bevölkerung - und zwar in der Geschichte unserer Staaten, nicht nur seit dem Zweiten Weltkrieg. So etwas hat es noch nie gegeben und das ist absolut schändlich und muß aufgearbeitet werden!
So und jetzt können Sie sich vorstellen, da gibt es eine ganze Reihe von Punkten, die längstens hätten überprüft und abgeblasen werden müssen. Angefangen bei der Ausrufung selber der dreijährigen Pandemie, Empfehlung von PCR-Test als das Mittel mit der höchsten diagnostischen Genauigkeit als Basis für, ja - und da gibt es eine ganze Reihe - eben diese Behauptung: Covid-19 sei eine lebensbedrohende Krankheit.
Das steht immer noch auf der Homepage. Das ist eine anhaltende Lüge, die bis heute aufrechterhalten wird. Oder eben die, das ist jetzt etwas klein der Text, aber da steht: Covid-19-Impfungen waren Gegenstand von rigorosem Testing in klinischen Untersuchungen. Das sind - offensichtlich hat die WHO ein ganz, ganz großes Problem mit der Wahrheit, ein Riesenproblem. Ja und nur noch wenige Minuten, aber das ist das, worauf wir zurückschauen und auf dieser Basis will die WHO nun mehr Macht, mehr Kompetenzen, mehr Befugnisse sich zusprechen lassen.
Und ich möchte einen Vorwurf direkt an den Generaldirektor Tedros richten. Und Sie können mich bei diesen Worten behaften. Ich hoffe, die Kameras sind eingeschaltet, aber ich möchte hiermit Herrn Dr. Tedros direkt sagen:
Herr Dr. Tedros, Sie haben als Generaldirektor der WHO ohne jede wissenschaftliche Grundlage weltweit Panik verbreitet und Sie haben die Menschen über sämtliche entscheidungsrelevante Faktoren getäuscht. Sie haben die Menschen getäuscht über die Gefahr von Covid, indem Sie diese massiv übertrieben haben.
Sie haben die Gefahr, die von den mRNA-Injektionen ausgehen, total verschwiegen. Sie haben alle Menschen dieser Welt dauerhaft getäuscht und dadurch Millionen von Menschen ihres Urteilsvermögens in höchst persönlichen Angelegenheiten beraubt und dadurch zwingendstes Völkerrecht verletzt. Sie haben dadurch in skrupelloser Weise diese Menschen in eine gefährliche und experimentelle mRNA-Behandlung, Genbehandlung hineingetrieben.
Und deshalb mache ich, Herr Dr. Tedros, ich mache Sie verantwortlich für diese Desinformation, für die mediale Gleichschaltung, für den Psychoterror, der den Menschen daraus auf staatlicher Ebene entstanden ist. Aber vor allem mache ich Sie verantwortlich für die körperlichen und seelischen Schädigungen, welche Millionen von Menschen als Folge Ihrer Handlungen in epochalem Ausmaß erleben mußten.
Und deshalb verlange ich und müssen wir verlangen zuallererst, daß Herr Dr. Tedros zurücktritt, daß er die volle Verantwortung … (Applaus).
'Übernehmen Sie, Herr Dr. Tedros, die volle Verantwortung. Geben Sie den Weg frei für eine konsequente Strafuntersuchung, eine unabhängige Untersuchung. Sie haben sich außerhalb der Zielsetzung der WHO-Verfassung bewegt, die wir gerade eben gesehen haben. Sie hätten alles machen dürfen, nur nicht zu schaden. Sie haben einen beispiellosen Angriff auf das natürliche Immunsystem orchestriert. Und Sie tragen die Verantwortung auch für einen beispiellosen Angriff auf die Reproduktionsfähigkeit der Menschheit. Dafür tragen Sie die Verantwortung. Und das ist ein skrupelloses Verhalten, das Sie hier an den Tag gelegt haben. Und für dieses Verhalten können Sie keine strafrechtliche Immunität beanspruchen. Und Sie haben in der Vergangenheit verhindert, daß taugliche, valable (gültige) und sichere Alternativen zum Einsatz gebracht werden konnten. Und Sie haben mehrfach deklariert, daß es Ihr oberstes Ziel

ist, genau diese Technologie, diese mRNA-basierte Technologie als den globalen Goldstandard auch für die Zukunft festzulegen. Das ist ein angekündigtes Verbrechen, Herr Dr. Tedros, und dafür werden wir Sie zur Rechenschaft ziehen.'
Christine Anderson - Mitglied des EU-Parlaments
Um was geht es dann hier also? Es ist eigentlich ganz einfach. In den letzten vier Jahren während dieser Plandemie haben die Erkenntnisse gewonnen. Zum einen, es gab nie eine Pandemie, Punkt, Feierabend - gab es nicht. Das war ein Test.
Es war der Versuch, herauszufinden: Wie weit können wir gehen, damit das Volk alles relativ klaglos mitmacht. Das wollten sie herausfinden. Das haben sie auch herausgefunden. Und dieser ganze Covid-Wahnsinn - es war ein gigantischer Intelligenztest. Dann schauen wir mal: Kann man das überhaupt noch verhindern? Und wenn ja, wie? Wie gesagt, die Umsetzung wird man nicht mehr verhindern können, die sind sich alle einig. Der politische Wille ist da und sie werden es auch durchziehen.
Wie wir es trotzdem - praktisch im Nachhinein - noch verhindern können, das steht und fällt damit, daß wir eine ordentliche und anständige Aufarbeitung hier betreiben! Es muß alles angeprangert werden, was die uns in den letzten vier Jahren an Unmenschlichkeiten zugemutet haben, es muß alles auf den Tisch! Aber das will man nicht. Man tut alles, um genau das zu verhindern.
Ich nenne Ihnen als Beispiel den Covid-Ausschuß. Da ging es nicht darum, lessons learned from Covid, also welche Lektionen haben wir gelernt? Die wollten nicht gucken, wo sie Fehler gemacht haben, waren Schulschließungen gut, diese ganze mRNA-Injektion. Das wollten die nicht wissen. Die wollten wissen: Wo haben wir versagt, um die Leute widerstandslos dahin zu kriegen, wo wir sie haben wollen. Das haben die untersucht.
Das heißt, wir brauchen eine Aufarbeitung! Das ist der Anfang von allem. Und wenn ich dann höre, daß Leute sagen: "Ja, es ist doch jetzt vorbei. Es war doch so schlimm jetzt auch gar nicht." Nein! Es tut mir fürchterlich leid, gar nichts ist vorbei! Wir sind noch nicht mal nah dran, daß es vorbei ist. Vorbei ist es erst, wenn alle rehabilitiert sind, alle Wissenschaftler, alle Schwurbler, alle Querdenker. Wenn jeder einzelne von ihnen rehabilitiert ist, deren Ansehen wieder hergestellt ist - und es ist vor allem erst dann vorbei, wenn alle Verantwortlichen dafür zur Rechenschaft gezogen wurden. Ja, ich will Handschellen klicken hören!
Martin E. Renner - Mitglied des Deutschen Bundestages
Ein Totalversagen der klassischen Medien. Ein Totalversagen, welches immer noch anhält. Alle wie in einem eingeübten Chor singen immer und immer wieder dasselbe Lied in allen Tonlagen. Manche lauter, manche leiser, aber alle mit dem gleichen Text. Man muß sogar, und das wiegt noch schwerer, von einer Verbrüderung sprechen zwischen Politik und Medien. Eine Verbrüderung, die eigentlich die Bildung einer Beutegemeinschaft darstellen - Regierung und Medien.
Nichts mehr mit "die Medien sind die vierte Gewalt in unserer Demokratie". Nichts mehr mit "die Medien sind die Kontrolleure der politischen Macht." Nein, ganz neu: Die Medien haben sich - und nicht erst seit Corona - zu den Trompetern, zu den Herolden der politisch Mächtigen selbst erhöht oder erniedrigt, je nach Blickwinkel. Aus der verfassungsrechtlichen Viergewaltenteilung wurde die Viergewalten Einheitstyrannis, meine Damen und Herren. Wir haben eine Einheitstyrannis. Politisch ausgedrückt, die totale Unterwerfung der Bürger unter die Staatsmacht und das ultimative Einfordern von bedingungsloser Gehorsamkeit, meine Damen und Herren. Das ist die Zielsetzung: Der Raub der Freiheit des Individuums und des christlich begründeten Selbsteigentums des Menschen!
Das erinnert nicht nur an psychologische Kriegsführung, meine Damen und Herren. Das ist und das war psychologische Kriegsführung. Die vermeintlich tödliche Pandemie, die wir hatten, wurde als ultimativer Angstgenerator hochgejazzt. In der aktuellen Kommunikationswis-

senschaft, ich habe mein ganzes Leben im Bereich der Medien und der Kommunikation gearbeitet, wird dieses als 'Katastrophisierung' bezeichnet. Nichts bändigt den widerspenstigen Bürger besser als Angst. Angst macht gehorsam und gefügig, meine Damen und Herren. Das wußten auch schon so verbrecherische Staatslenker wie Stalin, Pol Pot und Mao.
Was also steht der neuen Normalität entgegen? Wir müssen all das bekämpfen und zerstören, nämlich Demokratie, Freiheit, Souveränität, Rechtsstaatlichkeit. Und ganz wichtig ist auch noch, wenn ich auf dem Weg der Kollektivierung der Menschen bin: Ich muß sie zum Verzicht anleiten, ein wesentliches Element der neuen Normalität. Verzicht auf Wohlstand, Verzicht auf Sicherheit, Verzicht auf Grundrechte, Verzicht auf individuelle Mobilität, Verzicht auf Fleisch, Verzicht auf Familie und Kinder.
Diese angebliche Plandemie war nur der Testballon. Es war der Feldversuch, um zwei Fragen zu beantworten: Unter welchen Umständen sind demokratisch und freiheitlich sozialisierte Gesellschaften bereit, zum vorgegaukelten eigenen Wohl staatlichen Zwang zu akzeptieren, meine Damen und Herren? Und wie weit kann man damit gehen, um es zu erreichen?
Hätte das Gros der Medien nicht mitgespielt, wäre diese Art der Pandemie niemals möglich gewesen. Die Medien müssen in der Jetztzeit ganz dringend ihre ethisch unterlegte Rolle als neutraler Informant und als Anwalt des Bürgers wiederfinden. Oder sie müssen weggeputzt werden. Und wir können die wegputzen!
Dr. Christina Baum - Mitglied des Deutschen Bundestages / Gesundheitsausschuß
Und so sah das Papier aus, mit dem Arbeitstitel "Wie wir Covid-19 unter Kontrolle bekommen". Und es war nichts anderes als eine Handlungsanleitung zur medialen Kommunikation von Angst und Panik. Und genau so wurde es umgesetzt durch die Politiker und durch die Medien. An dieser Stelle möchte ich wirklich auch nochmal auf die Rolle der Medien aufmerksam machen: Wenn wir jemanden zur Verantwortung ziehen, dann sind es genauso diese Medienleute.
Ganz aktuell gibt es dazu sogar eine Aussage von dem Soziologen Heinz Bude, der war zu der Zeit Merkel-Berater und Mitautor dieses Papiers. Und er sagte tatsächlich in einer Rede: Es sei eine kommunikative List gewesen, um die Menschen zur Impfung zu bewegen. Jetzt frage ich mich wirklich: Wie geht es den Leuten, die durch diese Impfung einen schweren Schaden erlitten haben, oder den Angehörigen, die dadurch sogar ihre Liebsten verloren haben? Das frage ich mich wirklich. Was für eine perfide Strategie dahinter. Gewissenlose, skrupellose Leute sind das in meinen Augen.
Um Ihnen diese Aussage nochmal zu präsentieren, sie ist heute schon mehrfach gefallen, aber eines steht fest. Niemand der Verantwortlichen kann sagen: "Wir haben von nichts gewußt." Sie haben es alle (!) gewußt und deshalb müssen sie auch zur Rechenschaft gezogen werden und deshalb möchte ich sie vor Gericht sehen!
Damit die Gesellschaft wieder in Frieden weiter zusammenleben kann, es muß Gerechtigkeit hergestellt werden. Und ich muß sagen, eine bloße Entschuldigung, die ich schon mal von Herrn Lauterbach im Plenum gefordert habe, reicht mir nicht mehr aus. Das würde reichen, es würde reichen, wenn man sagt, sie haben es nicht gewußt. Aber da sie es gewußt haben, ist es ein Verbrechen und deshalb muß diese gerichtliche Aufarbeitung kommen.
Herbert Kickl - Bundesparteiobmann der FPÖ, Abgeordneter zum Nationalrat
Corona-Maßnahmen: Daß ihr Zustandekommen, daß ihre Ausrollung in Form eines Unrechtsregimes über das ganze Land, daß die Abschaffung der Mitmenschlichkeit von oben herab, von der Regierung de facto verordnet, daß die Rolle der Treiber und die Verantwortung von ihnen, daß die Rolle der Profiteure und der Macher in Politik und in Medien und in der Gesellschaft und in der Wissenschaft, daß die Schäden und daß das Leid der unzähligen Opfer, daß die fehlende Aufarbeitung und die fehlende Wiedergutmachung und natürlich, daß auch die großen Gefahren, die jetzt im Anschluß an Corona uns alle bedrohen - daß all das in der

Bevölkerung immer noch ein riesengroßes und ganz, ganz wichtiges Thema ist. Diese Veranstaltung ist ein Beweis dafür.
Und ich kann euch nur sagen: Es wird den Mächtigen trotz aller ihrer Bemühungen und trotz aller ihrer Anstrengungen nicht gelingen, dieses Thema von der politischen Diskussion zu bringen und sich feige aus dem Staub zu machen.
Und deshalb ist diese heutige Veranstaltung hier auch eine starke Botschaft, eine starke Botschaft - und ich sage das bewußt so - an die dunklen und an die finsteren Kräfte und Mächte in diesem Land und darüber hinaus, die jetzt alles unternehmen, um ihre Spuren zu verwischen, um so zu tun, als ob sie niemals dabei gewesen wären und gleichzeitig schon in Vorbereitung des nächsten Großangriffes auf die Würde der Menschen damit beschäftigt sind.
Unsere Devise, unser Motto, das lautet: Aufklärung, Verantwortung, Wiedergutmachung, Gerechtigkeit und niemals wieder. Aufklärung! Verantwortung! Wiedergutmachung! Gerechtigkeit und dieses niemals wieder! Das ist auch eines meiner zentralen politischen Versprechen. Ein heiliges Versprechen sage ich dazu. Und ich bin bei meinen politischen Gegnern unter anderem auch deshalb so beliebt, weil ich dazu neige, meine Versprechen einzuhalten.
Sehr verehrte Zuseher, kann die betrogene Menschheit sagen: "Die Corona-Pandemie ist vorbei, Schwamm drüber?"
NEIN, denn damit würden sich alle Menschen an die Macher der Corona-Pandemie verkaufen. Und diese würden ungestraft an der nächsten noch menschenverachtenderen Pandemie arbeiten.
Darum: Helfen Sie bitte mit, eine Aufarbeitung der Corona-Pandemie einzufordern!<<

28.05.2024

BRD: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 28. Mai 2024 (x1.369/…): >>**Hofreiter für Einsatz westlicher Waffen auf russischem Gebiet**
Angesichts der schwierigen militärischen Lage in der Ukraine hat sich der Vorsitzende des Europa-Ausschusses im Bundestag, Anton Hofreiter (Grüne), erneut dafür ausgesprochen, westliche Waffen zur Selbstverteidigung auch gegen Ziele auf russischem Territorium einzusetzen. "Es geht schlichtweg darum, daß die Ukraine sich verteidigen darf", sagte Hofreiter zu "RTL Direkt" am Dienstagabend.
"Die Großstadt Charkiw ist nur 30 Kilometer entfernt von der russischen Grenze." Wenn die Flugabwehr von Charkiw nicht die Verteidigung durchführen dürfe, bestehe "keine Chance, die Zivilbevölkerung zu schützen", sagte der Grünen-Politiker.
Er erklärte, Deutschland werde auch dadurch nicht zur Kriegspartei. "Wir müssen der Ukraine gestatten, daß ihre Flugabwehr sich wirklich verteidigen kann und auch die Millionenstädte an der russischen Grenze." Der französische Präsident Macron hatte nach einem Gespräch mit Bundeskanzler Scholz in Meseberg als erster Regierungschef eines Nato-Staats gefordert, den Einsatz westlicher Waffen auch auf russischem Gebiet zu erlauben, sofern diese der Selbstverteidigung dienen.
Mit Blick auf das angespannte deutsch-französische Verhältnis sagte Hofreiter, man brauche dringend eine ganz enge Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich. "Und die brauchen wir auch an der Spitze unserer beiden Regierungen."<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 28. Mai 2024 (x1.368/…): >>**Clan-Krieg in Niedersachsen: Polizei kontaktierte Friedensrichter um Blutrache zu verhindern**
Im März eskalierte eine Clan-Schlägerei in Stade. Vor den Augen der Polizei wurde ein Mann mit einem Messer in den Kopf gestochen und starb. Die Beamten waren so hilflos, daß sie einen muslimischen Friedensrichter einschalteten.
Jonas Aston
In Stade kam es im März dieses Jahres es zu schockierenden Szenen: Nach einem Autounfall

im Hafengebiet eskalierte die Situation zwischen zwei verfeindeten Großfamilien. Die Beteiligten verließen ihre Wagen und gingen aufeinander los. Dabei hat ein Mitglied des Miri-Clans einem Mitglied der Al-Zeins mit einem Messer in den Kopf gestochen.
Im Krankenhaus erlag der Mann schließlich seinen Verletzungen. Polizisten, die zufällig mit einem Streifenwagen vor Ort am Hafen waren, war es zunächst nicht möglich der Situation Herr zu werden.
Die Tötung des Mannes spielte sich vor den Augen der Polizei ab. Die Streife forderte daraufhin Unterstützung an. Zwischenzeitlich waren 15 Polizeiwagen vor Ort. Unter massivem Einsatz von Pfefferspray konnten die rivalisierenden Clans schließlich voneinander abgebracht werden.
Rund anderthalb Stunden vor der Tat hatte eine Gruppe unidentifizierter Männer Fensterscheiben eines Sport- und Shisha-Ladens eingeschlagen sowie deren und Einrichtung demoliert. Darüber hinaus sollen sie Pfefferspray in das Geschäft gesprüht haben, bevor sie die Flucht ergriffen.
Wie die NOZ nun berichtet, hat die Polizei nach der Tat einen muslimischen Friedensrichter eingeschaltet, um weiteren Straftaten vorzubeugen. Hierzu sah man sich selbst offenbar nicht mehr in der Lage. Konkret heißt es, daß man den Friedensrichter aus Sorge vor Blutrache involvieren wollte.
Der mutmaßliche Täter konnte trotz des massiven Polizeiaufgebots erst Wochen später, Anfang Mai, festgenommen werden. Er wurde durch die Ermittlungsbehörden vernommen und im Anschluß einem Haftrichter am Amtsgericht Stade vorgeführt. Bis auf Weiteres befindet sich der Mann jetzt in Untersuchungshaft.
Wie die Polizei mitteilte, flossen insgesamt 150 Spuren sowie Aussagen von Anwohnern und Augenzeugen in die Ermittlungen ein. Jan Kurzer, Leiter der Stader Polizeiinspektion, ist mit der Ermittlungsarbeit der Beamten offenbar hochzufrieden. Er erklärte: "Wir hoffen, daß durch unsere professionelle Arbeit das Sicherheitsgefühl in Stade wieder deutlich gestärkt werden konnte", sagte er.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 28. Mai 2024 (x1.377/…):
>>**Sylter Party-Jugend: Ab nach Sibirien!**
Von *Daniell Pföhringer*
Die Politschranzen überbieten sich mit Forderungen nach Sanktionen für die angeheiterten Sylter Sangesfreunde, die zu Pfingsten den Song "L'Amour toujours" von Gigi d'Agostino mit anderem Text angestimmt hatten. Derweil stürmt das Lied die Charts. …
Die Illustrierte Stern zeigt sich alarmiert: "Nach Sylt-Video immer mehr rassistische Vorfälle bekannt." Offenbar avanciert Gigi D'Agostinos Song "L'Amour toujours" jetzt zum neuen Sommer-Hit. Kurz nach dem sogenannten Sylt-Skandal kletterte das Lied auf Platz 1 der iTunes-Charts. Vermutlich will sich der eine oder andere Nutzer das Stück für seine nächste Karaoke-Party sichern. …
Denn die neue Popularität des Songs von 2001 ist nicht auf seine eingängige Melodie zurückzuführen, sondern darauf, daß ein paar angetrunkene junge Sylt-Urlauber "Deutschland den Deutschen, Ausländer raus!" dazu im Klub Pony in Kampen geträllert haben. Nicht zum ersten Mal wurde das D'Agostino-Lied entsprechend verballhornt. Denn schon im vergangenen Jahr sorgte die politisch unkorrekte Cover-Version in einer Dorfdisko für einen bundesweiten Eklat.
"Höchststrafe" für Schampus-Sänger
Und es hört nicht auf! "Auch auf Schützenfesten in Niedersachsen, auf dem Schlagermove in Hamburg, in Sachsen-Anhalt und auf einem Spitzeninternat in Schleswig-Holstein soll es rassistische Gesänge gegeben haben", so der Stern. Darum überbieten sich die BRD-Politschranzen mit der Forderung nach Maßnahmen gegen die Übeltäter.

Der ehemalige Kanzlerkandidat der CDU, Armin Laschet, freute sich im ARD-Morgenmagazin, daß die Denunziation Sylter Sangesfreunde Früchte trägt. "In kürzester Zeit waren alle Namen öffentlich, sie haben alle ihren Job verloren. Und ich glaube als Gesellschaft müssen wir darauf achten, daß das bei allen diesen Vorfällen gilt", so die gescheiterte Polit-Existenz im TV.
Der Ex-Bundestagsabgeordnete Niema Movassat von der Linken rief sogar ausdrücklich zur Verbreitung des Sylt-Videos im Netz auf. Da die Anwälte der Partygäste versuchen würden, das "Video aus dem Netz zu bekommen", sei es "um so wichtiger", es zu teilen. "Damit die Gesichter nicht vergessen werden." Wer "lächelnd in die Kamera" schaue und dabei derartige Parolen schmettere, solle "die Konsequenzen tragen".
Dem kam ZDF-Moderatorin Dunja Hayali gleich nach. Auf X postete sie das Video …
Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) sekundierte, ebenfalls auf X: "Was wir dort sehen, ist widerwärtig und menschenverachtend. Wer solche Nazi-Parolen grölt, ist eine Schande für Deutschland."
Auch die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) wollte sich nicht lumpen lassen und kam auf eine besonders "originelle" Idee: Natürlich sei die AfD schuld an dem Eklat! Sie erklärte in Berlin, die Partei sei verantwortlich, daß sich in den letzten Jahren "ein bestimmtes Gedankengut" verbreitet habe.

Grüne Gulag-Phantasien

Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD) setzte noch einen drauf und forderte die "Höchststrafe" für die Sylter Partygäste. Wörtlich meinte sie, man müsse das Strafrecht in einem solchen Fall "auch mal anwenden" und "vielleicht auch mal mit einer Höchststrafe belegen".
Den Vogel schoß jedoch Daniel Elisasson ab. Der Büroleiter der Berliner Grünen-Abgeordneten Tonka Wojahn Daniel Eliasson, kommentierte die Sylt-Sause auf X erst mit dem Standardspruch "Nazis raus". Auf Nachfrage eines anderen X-Users, wohin man die vermeintlichen "Nazis" denn abschieben solle, antwortete der Grünen-Knecht: "Sibirien ist immer eine Option."
Dies - und dabei bezog er sich offenkundig auf die Inhaftierung vermeintlicher "Faschisten" in sowjetischen Gulag-Lagern, in denen mindestens 2,7 Millionen Menschen ums Leben kamen - sei schließlich "ein altbewährtes Mittel gegen Nazis jeder Art". Da weiß man, was von den Grünen zu erwarten ist!<<
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 28. Mai 2024 (x1.367/…): >>**Berlin: 111 Gruppenvergewaltigungen im Jahr - Abschiebungen sind Frauenschutz!**
Hinter diesen Zahlen steht unvorstellbares Leid, das von einer verantwortungslosen Bundesregierung in Kauf genommen wird: 111 Gruppenvergewaltigungen gab es in der deutschen Hauptstadt allein im vergangenen Jahr.
Es ist eine Schande, die eigentlich zu einem öffentlichen Aufschrei des Kanzlers, des Bundespräsidenten und der ganzen Bundesregierung führen müßte. Doch sie verschließen ihre Augen - auch vor der Tatsache, daß der Anteil der ausländischen Tatverdächtigen bei 54 Prozent liegt. Der Berliner Senat hatte die alarmierenden Zahlen nach einer parlamentarischen Anfrage der AfD-Fraktion bekanntgegeben.
Auch das CDU-regierte Berlin handelt nicht. Stattdessen beschließt der Senat unter Führung des CDU-Bürgermeisters Wegner einen Abschiebestopp. Gleichzeitig wird mit Unterstützung des CDU-Finanzsenators an der Polizei gespart, während allein in der Hauptstadt 16 neue Asyl-Unterkünfte mit bis zu 6.130 Plätzen entstehen sollen. Mit der unkontrollierten Massenmigration wird der Horror, der jetzt schon zum Alltag gehört, weiterhin importiert. Die etablierten Parteien opfern Frauen und Mädchen auf dem Altar ihrer ideologischen Verblendung.

Wir nehmen diesen Dauerzustand nicht hin und kämpfen für die Wiederherstellung von Sicherheit und Normalität in unserem Land! Wer sich an Frauen und Mädchen vergeht, dem muß sofort die Tür gewiesen werden. Abschiebungen und geschützte Grenzen sind deshalb die beiden wichtigsten Maßnahmen, die für den Schutz der Opfer ergriffen werden müssen!<<

Das deutsche Online-Medienportal "NIUS" berichtet am 28. Mai 2024 (x1.372/…): >>**Weil angeblich "Ausländer raus" aus dem Auto schallte: Ermittlungsverfahren und Handy beschlagnahmt**

Janina Lionello

Weil aus ihrem Auto angeblich der Gigi D'Agostino-Song "L'Amour toujours" mit dem Text "Deutschland den Deutschen, Ausländer raus!" zu hören war, haben zwei Magdeburger nun ein Ermittlungsverfahren am Hals. Ihre Handys wurden ebenfalls beschlagnahmt.

Es war Freitagabend, gegen 20:15 Uhr, als die Magdeburger Polizei zu einem Einsatz gerufen wurde. Ein Zeuge hatten vernommen, daß aus einem Auto, das mit lauter Musik an ihm vorbeifuhr, die kompromittierenden Zeilen zu hören waren: "Deutschland den Deutschen, Ausländer raus!"

Er meldete den Vorfall, wenig später machten Polizisten den vom Zeugen beschriebenen Pkw mit zwei Männern (22 und 27 Jahre alt) ausfindig machten und kontrollierten ihn. Beide Männer wurden zunächst nach möglichen Tonträgern durchsucht. Da lediglich Mobiltelefone gefunden wurden, beschlagnahmten die Polizisten diese als mögliche Tatmittel.

Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Volksverhetzung

Gegen die beiden Magdeburger wurde außerdem ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Volksverhetzung eingeleitet.

Ob der Song des italienischen DJs abgespielt wurde und die Männer dazu die Parolen gesungen haben, oder ob das Video abgespielt wurde, wird nun geprüft.

Ein Sprecher der Polizei Magdeburg zu NIUS: "Für die Frage, ob die Tat als Volksverhetzung gewertet wird, ist entscheidend, ob die beiden Männer wirklich ausländerfeindliche und rassistische Aussagen treffen wollten, oder der Gesang im Kontext des viralen Memes erfolgte."

Die Handys seien beschlagnahmt worden, um die Aussage des Zeugen, daß das Lied aus dem Auto zu hören war, auf ihre Glaubwürdigkeit hin zu überprüfen.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 28. Mai 2024 (x1.376/…): >>**Dumm, dümmer, Energiewende: Habecks Wasserstoff-Größenwahn wird zum nächsten Milliarden-Desaster!**

Die Wasserstoff-Ziele der Bundesregierung, ein Schlüsselprojekt des Energiewende-Irrsinns, rücken in immer weitere Ferne. Bislang wurde nur ein Bruchteil der geplanten Kapazitäten realisiert, Pilotprojekte scheitern am laufenden Band aus Kostengründen.

Die von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck ("Grüne") mit viel Getöse verkündete nationale Wasserstoff-Strategie wird nach dem Fernwärme-Flop und Heizungs-Murks zum nächsten Milliarden-Desaster für die deutschen Steuerzahler!

Bei der sogenannten Wasserstoff-Strategie von Ökosozialist Robert Habeck klafft eine immer größere Lücke zwischen ambitionierten Zielsetzungen und der im Verhältnis dazu mickrigen Realität. Parallelen zum sündhaft teuren Heizungs-Murks sind unverkennbar.

Wie Daten des Energiewirtschaftlichen Instituts an der Universität Köln (EWI) belegen, gibt es für die angekündigten 88 Elektrolyse-Anlagen, die "grünen" Wasserstoff mit Hilfe von Strom aus erneuerbaren Energien herstellen sollen, bislang nur für 16 finale Investitionszusagen. Das teilte unlängst der Energieversorger und Verteilnetzbetreiber "E.ON" mit.

Bei den durchfinanzierten Projekten handelt es sich eher um kleinere Elektrolyse-Anlagen, so daß mit den aktuell vorhandenen und gesicherten Anlagen nur drei Prozent der angekündigten Elektrolysekapazität abgedeckt ist, berichten die Deutschen Wirtschaftsnachrichten (DWN) jetzt ergänzend.

Je prekärer die Lage eines Hochstaplers …
Stand Februar waren demnach bundesweit Elektrolyseure mit einer Leistung von gerade einmal 66 Megawatt installiert. Als Elektrolyseur wird eine Vorrichtung bezeichnet, in der mit Hilfe elektrischen Stromes eine chemische Reaktion, also eine Stoffumwandlung, herbeigeführt wird.
Zum Vergleich: Allein der Stromverbrauch der Millionenstadt Berlin beträgt mehr als 12.100 Gigawatt (ein Gigawatt sind 1.000 Megawatt)!
Die Bundesregierung will im Rahmen der nationalen Wasserstoff-Strategie bis 2030 erklärtermaßen eine Elektrolyse-Kapazität von 10 Gigawatt aufbauen, der Nachholbedarf ist also allein mit Blick darauf gigantisch. Die Anlagen sollen überwiegend in den norddeutschen Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein entstehen.
Wieder einmal bestätigt sich mit Blick auf Habecks Wasserstoff-Größenwahn die alte Erfahrung: Je prekärer die Lage eines Hochstaplers, desto höher seine Luftschlösser!
Der zu erzeugende Wasserstoff soll laut Habeck vorwiegend für Industriebetriebe bestimmt sein, langfristig aber auch Kraftwerke versorgen. Bis 2028 soll zudem ein Startnetz mit mindestens 1.800 Kilometern an neuen Wasserstoff-Leitungen und umgerüsteten Erdgas-Pipelines entstehen.
Als Gründe der großen Lücke zwischen den Zielen und dem tatsächlichen Fortschritt der sogenannten Wasserstoff-Strategie benennt die EWI-Studie vor allem Geldmangel in Gestalt ausbleibender Investitionszusagen. Zudem fehle es an der notwendigen Transport- und Speicherinfrastruktur für Wasserstoff.

Der Steuerzahler soll's richten

Die neuen deutschen sogenannten Klimaschutzverträge, bei denen der Staat (Steuerzahler) die Mehrkosten einer "grünen" Wasserstoffproduktion in Relation zu vergleichbaren fossilen Methoden kompensieren will (soll), lassen zugleich das größte Problem mit Wasserstoff als Energieträger immer deutlicher zutage treten: Es mangelt an Wirtschaftlichkeit!
Einige Vorzeige-Projekte in diesem Bereich sind bereits gescheitert. Aktuell wird vor allem der abrupte Baustopp einer Elektrolyse-Anlage in der Öl-Raffinerie Heide in Hemmingstedt im schleswig-holsteinischen Kreis Dithmarschen zum Menetekel. Die Raffinerie hatte sich mit zwei Partnerfirmen zusammengeschlossen, um im Rahmen des Projektes "Westküste 100" eine 30-Megawatt-Anlage zur Produktion von Wasserstoff aus Windstrom zu errichten. Es gab Millionen an Fördergeldern (Steuergeldern) vom Bundeswirtschaftsministerium und vom Bundesland Schleswig-Holstein.
Laut einer Pressemitteilung vom November 2023 waren steigende Investitionskosten und "damit einhergehende große wirtschaftliche Risiken" der Hauptgrund für die Aufgabe des Projekts. Trotz der staatlichen Fördermittel lohne sich ein dauerhafter Betrieb der Anlage zur Herstellung von "grünem" Wasserstoff in industriellem Maßstab nicht.
Ein anderes ebenfalls von der Landesregierung bezuschußte Projekt namens "Hyscale 100" ist derweil noch in der Planungsphase. Hier soll erheblich mehr "grüner" Wasserstoff bei der Raffinerie Heide erzeugt werden und mit gespeichertem Kohlendioxid aus einer lokalen Zementfabrik zu E-Methanol vermischt werden. "Angesichts des Scheiterns des ersten Projektes ist stark anzuzweifeln, ob dasselbe in größer und komplexer gelingen wird", so der DWN-Bericht, der auf zahlreiche weitere mahnende Beispiele verweist:
So wurde bei der größten bayerischen Elektrolyseanlage in Wunsiedel Anfang 2023 der Betrieb für mehrere Monate wegen mangelnder Rentabilität durch hohe Strompreise unterbrochen; aktuell ist der Ausbau vorerst gänzlich auf Eis gelegt. In Hannover beendeten jüngst Ratspolitiker die Pläne einer Wasserstofffabrik im Klärwerk Herrenhausen, weil sich die Kosten verfünffacht hatten. Auch die Pläne des Stromanbieters "Pfalzwerke" für einen Elektrolyseur in Bad Dürkheim mit einer Kapazität bis zu zehn Megawatt wurden wegen fehlender

Wirtschaftlichkeit eingestampft.
Wie würde Robert Habeck wohl sagen: "Mein Wasserstoff-Größenwahn wird nicht teurer - er kostet nur mehr!"<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 28. Mai 2024 (x1.376/…): >>**Wolfgang Kubicki (FDP): "Habeck wird zur Gefahr für unser Land!"**
Die sogenannten "Freien Demokraten" (FDP) sollten sich zeitgemäß in "Freie Schizophrene" (FSP) umbenennen: Es vergeht kaum eine Woche, in der die Pseudo-Liberalen nicht über die "Grünen" abkotzen (man muß es so deutlich sagen), um dann sogleich im Kabinett den nächsten Ampel-Irrsinn, aktuell in Gestalt eines Strategie-Papiers "Gemeinsam für Demokratie und gegen Extremismus", abzunicken. Den Vogel abgeschossen hat wieder einmal der stellvertretende FDP-Bundesvorsitzende Wolfgang Kubicki.
"Habecks Politikstil wird zur Gefahr für unser Land", schreibt der Vizepräsident des Deutschen Bundestages in einem Gastbeitrag auf "focus.de" und setzt noch einen drauf: "Habecks Handlungen gefährden die nationale und internationale Reputation Deutschlands."
Hintergrund sind die Ausfälle des "grünen" Vizekanzlers beim sogenannten Bürgerdialog anläßlich der Feiern zum 75. Jubiläum des Grundgesetzes gegenüber Israel. Habeck hatte das Vorgehen der israelischen Armee im Gaza-Streifen gegen die Terrororganisation Hamas als Bruch des Völkerrechts scharf kritisiert.
Im Hinterkopf gehabt haben dürfte Kubicki aber auch das Eingeständnis des Wirtschaftsministers, daß sein Heizungs-Murks nur ein "Test" gewesen sei, wie weit die Ökosozialisten mit ihren Zumutungen gegenüber den Bürgern gehen können.
Herr Kubicki, wann begreifen Sie endlich: Ihre Partei verhindert nicht das Schlimmste - die FDP (FSP) hat das Schlimmste erst möglich gemacht und macht es weiterhin möglich!<<
Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 28. Mai 2024 (x1.371/…): >>**Ungeimpfte psychiatrisch behandeln! - Neue Totalitarismus-Dimension**
Von *Herbert Ludwig*
Während der Corona-Krise wurden Impfgegner auf beispiellose Weise geächtet, als Gefährder aller, als Tyrannen oder Geiselnehmer bezeichnet und vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen.
Wie recht dagegen die Verweigerer hatten, ist ja inzwischen offenbar geworden. Doch hatte die Ärztekammer von Ontario, der bevölkerungsreichsten Provinz Kanadas, bereits 2022 eine neue Dimension des weiter anschwellenden Totalitarismus eröffnet. Sie hat den Ärzten - zunächst nur - empfohlen, Ungeimpfte als psychiatrisches Problem einzustufen und mit entsprechenden Medikamenten zu behandeln.
Wie der österreichische Blog tkp.at, "Der Blog für Science & Politik" von Dr. Peter F. Mayer, berichtet, hat der kanadische Arzt Dr. William Makis kürzlich auf diesen ungeheuren Vorgang in einem Interview auf Twitter hingewiesen. Das "College of Physicians and Surgeons of Ontario", deren Funktion der Ärztekammern bei uns entspreche, habe einen Brief an alle Ärzte in Ontario verschickt, in dem es ihnen dies empfehle. Bis jetzt sei es noch keine Vorschrift, sondern nur ein Vorschlag.
"Sie schlagen lediglich vor, daß jeder ihrer ungeimpften Patienten als psychisches Problem eingestuft und mit psychiatrischen Medikamenten behandelt werden sollte. Bis jetzt ist es nur ein Vorschlag, aber das College of Physicians and Surgeons of Ontario sollte solche Vorschläge nicht machen. Das ist äußerst unethisch und eine sehr, sehr schlüpfrige Angelegenheit. Wenn sie andeuten, daß Menschen, die sich körperliche Autonomie wünschen und keinen Impfstoff wollen, möglicherweise geistig nicht in Ordnung sind, dann ist das ein sehr, sehr gefährlicher Weg, auf dem wir uns befinden."
Ein Posting darunter empfiehlt strafrechtliche Schritte:
"Hat irgend jemand als registrierte Krankenschwester in Ontario daran gedacht, den Ethikko-

dex nachzuschlagen. Dies verstößt gegen alle Gesetze, und diejenigen, die dafür bezahlt werden, diese Richtlinie zu verbreiten, würden gegen den Ethikkodex verstoßen. Ich würde jedem Arzt und jeder Krankenschwester dringend empfehlen, den Ethikkodex und seine Gesamtheit sofort zu überprüfen und die Ärzte wegen Fehlverhaltens zu verklagen, bevor sie ihnen mit gutem Gewissen die Zulassung entziehen."
Nach Dr. Mayer wurde diese Empfehlung allerdings schon im Herbst 2022, also noch in der Corona-Kampagne herausgegeben. Sie sei bisher nicht zurückgezogen worden, und die empfehlenden Ärzte seien noch nicht vor dem Strafrichter gelandet.
Im 19. Jahrhundert sei sogar schon mal ein Arzt, Ignaz Semmelweis, in die Psychiatrie eingewiesen und dort zu Tode geprügelt worden, weil er gegen den "Stand der Wissenschaft" und gegen den "Konsens der Wissenschaft" verstoßen hatte.
In der Schweiz wurde bereits zu Beginn der Corona-Krise, an Ostern 2020, der Arzt und Corona-Maßnahmen-Kritiker Dr. Thomas Binder verhaftet und in die Psychiatrie gesperrt. Zum Glück gelang es, daß er schnell wieder entlassen und voll rehabilitiert wurde.
Auch in Deutschland wurden während der Corona-Inszenierung verschiedentlich Drohungen und Forderungen nach psychiatrischer Einstufung von Impfverweigerern laut. So meldete die "Welt" im April 2020, wer in Sachsen der Anordnung häuslicher Quarantäne nicht folge, werde in einer psychiatrischen Klinik festgesetzt.
Solche menschenverachtenden, totalitären Gedanken entfalten sich heute in aller Breite international und mit zunehmender Intensität. Wohin wird das noch führen?
Ich möchte hier nicht auf das Menschenrecht auf körperliche Unversehrtheit und Straf-Bestimmungen eingehen. Sie können von den Machthabern alle ignoriert und außer Kraft gesetzt werden, wie wir erlebt haben. Die entscheidende Frage ist, was diesen totalitären Gedanken seelisch-geistig zugrunde liegt.

Die seelisch-geistigen Hintergründe

Zunächst liegt das Problem in der Seele vieler Wissenschaftler selbst und dann bei den politischen Machthabern. Nicht alle Wissenschaftler sind frei vom Streben nach Macht, das sich an der stolzen Gewißheit festmacht, das richtige wissenschaftliche Ergebnis hervorgebracht zu haben und Ansehen und Ruhm zu genießen. In dem Maße wie dieses Ergebnis von vielen weiteren Wissenschaftlern geteilt, zur "herrschenden Lehre" und wirtschaftlich umgesetzt wird, kommen starke finanzielle Profite hinzu, an denen auch die Wissenschaftler teilhaben.
Andere wissenschaftliche Erkenntnisse von Einzelnen oder Minderheiten werden dann nicht als wissenschaftliche Herausforderung, sondern als Bedrohung des eigenen Besitzstandes empfunden und mit unwissenschaftlichen Mitteln bekämpft: durch Ignorieren, Verhindern der Veröffentlichung in wissenschaftlichen Zeitschriften und Verschweigen in den Medien überhaupt. Verbinden sich noch die Machtinteressen des Staates mit den dominierenden Wissenschaftlern, wird deren Richtigkeit der Öffentlichkeit gleichsam demokratisch begründet: daß die große Mehrheit der Wissenschaftler gegenüber einer kleinen abweichenden Minderheit natürlich die Wahrheit vertrete.
Die große Masse der Menschen läßt sich damit vielfach beeindrucken. Aber in der Erkenntnis entscheiden keine Mehrheiten. 3 x 4 = 12, auch wenn eine große Mehrheit der Mathematiker behaupten würde, das Ergebnis sei 11. Entsprechendes gilt in allen Wissenschaften. Jeder Wissenschaftler weiß das auch. Der Chemie-Professor Dr. Gerald Dyker z.B. sagte in einem Interview ganz lapidar:
"Mehrheitsmeinung ist völlig belanglos. Nur weil viele einer Meinung sind, entsteht noch kein Wissen. Die Geschichte der Wissenschaft ist voll von Irrtümern der Mehrheit. Und wenn uns jemand weismachen will, daß sich die Wissenschaft einig ist, handelt es sich immer um politische Täuschung und Propaganda."
Wird die Situation für die herrschende Meinung durch die Argumente hartnäckiger Minder-

heiten zu bedrohlich, greift man zur persönlichen Verleumdung und Kriminalisierung, um damit auch ihre Argumente unglaubwürdig zu machen. Dies haben wir in der inszenierten Corona-Krise ausgiebig erlebt.
Von hier aus ist es nur noch eine perfide Steigerung, den wissenschaftlichen Kritiker für psychisch krank zu erklären und mit Hilfe der staatlichen Macht, mit der man in Korruption verbunden ist, in die Psychiatrie einzuweisen. Der Grund ist nicht, daß er nach heutigen Maßstäben psychisch krank ist, sondern er wird zum psychiatrischen Fall erklärt, weil er eine von der herrschenden wissenschaftlichen Meinung abweichende Auffassung hat. Ein solcher Mensch könne nur psychisch krank sein.
Damit hat eine bestimmte Wissenschaftsrichtung die alleinige Hoheit über die Wissenschaft, d.h. über die Wahrheit errungen. Das ist Totalitarismus in Perfektion, gegen den es keinen Widerstand mehr gibt, will man nicht für immer im Psychiatrie-Gefängnis verschwinden.

Hauptgegensatz: Materialismus - Spiritualismus

Die heutige Wissenschaft ist stark materialistisch geprägt. Als Wirklichkeit wird nur anerkannt, was mit den physischen Sinnen als Materie wahrgenommen und mit dem Verstand durchdrungen werden könne. Entwicklung, Leben, seelisch-geistige Fähigkeiten gingen aus materiellen Prozessen hervor. Was sinnlich nicht wahrgenommen werden könne, Übersinnliches, ein eigenständig Geistiges, gebe es nicht. Gegenstand der Wissenschaft könne es daher auch nicht sein.
Die herrschenden Humanwissenschaften und die "Schul-Medizin" sind von dieser materialistischen Einstellung besonders stark durchdrungen. Homöopathische und anthroposophische Medizin, die aus überlieferten bzw. neuen Erkenntnissen den Menschen als ein primär seelisch-geistiges Wesen betrachten, dessen übersinnliche Kräfte seinen physischen Leib belebend, beseelend und als Instrument seines Geistes durchdringen, werden als unwissenschaftlich abgelehnt.
Die totalitäre Tendenz, Impfgegner als Irre und Wahnsinnige zu verleumden und damit gesellschaftlich auszuschalten, hängt mit diesem großen Gegensatz von Materialismus und Spiritualismus zusammen. Denn alle schulmedizinischen Medikamente, also auch Impfstoffe, gehen von dem Primat der Materie aus, in der es nur monokausale Beziehungen gibt: Aus einer bestimmten materiellen Ursache gehen bestimmte Wirkungen hervor. Also müsse man bei einer Krankheit die materielle Ursache beheben, um die materielle Wirkung zu beseitigen.
Es werden damit aber in der Regel nur die Symptome beseitigt bzw. verdrängt, die Krankheit jedoch nicht geheilt, weil in einem menschlichen Organismus nach spiritueller Beobachtung die Ursachen einer Krankheit primär in Dysfunktionen der übersinnlichen Lebens-, Seelen- und Geistes-Organisationen liegen, die sich im physischen Leib als Krankheiten auswirken. Wenn eine Krankheit nur verdrängt wird, tritt sie zumeist an anderer Stelle in anderer Gestalt um so heftiger wieder auf.
Impfungen, die den physischen Leib gegen bestimmte Krankheiten immunisieren sollen, haben vielfach wegen toxischer Inhaltsstoffe schwere bis tödliche Nebenwirkungen zur Folge. Und sie verfestigen in gewisser Weise den physischen Leib, so daß er vom Seelisch-Geistigen des Menschen schwerer durchdrungen werden kann.
Impfgegner sind in der Regel spirituelle Menschen, die das wissen und beobachten oder ein Gefühl für die Schädlichkeit haben. Sie meiden ja daher schon vorher die materialistischen Medikamente und ziehen die der Naturmedizin vor.
Der menschenverachtende Ruf nach der Psychiatrie für Impfgegner ist daher im Grunde die aggressive Unduldsamkeit des Materialismus gegen die spirituelle Weltanschauung, die damit für verrückt erklärt werden soll. Schon länger gibt es ja auch immer wieder Versuche von Schulmedizinern und Pharma-Lobbyisten, Naturheilmittel und sogar die Ausübung homöopathischer und anthroposophischer Medizin vom Staat indirekt oder direkt verbieten zu lassen.

Dies ist nur das Wetterleuchten eines schließlich über die Medizin hinausgehenden Krieges gegen jede Spiritualität, da diese als kritische Instanz die totale Macht des Materialismus gefährdet, die sich für den staatlichen Totalitarismus so vortrefflich instrumentalisieren läßt.
So sagte Rudolf Steiner bereits am 25.1.1910 in einem Vortrag in Karlsruhe, daß sich in der nächsten Zukunft bei immer mehr Menschen naturgemäß hellseherische Fähigkeiten entwikkeln würden, den übersinnlichen "Ätherleib", die Lebenskräfte-Organisation des Menschen "wenigstens wie ein Schattenbild zu sehen und auch aller tieferen Ereignisse Zusammenhang im Ätherischen zu erleben. Sie werden Bilder und Ahnungen haben von Ereignissen in der geistigen Welt und erleben, daß sich solche Ereignisse in drei bis vier Tagen dann auf dem physischen Plan erfüllen. Sie werden gewisse Dinge in ätherischen Bildern sehen und dann wissen: morgen oder in einigen Tagen geschieht dieses oder jenes. …
Und was ist damit verknüpft? Nun, diejenige Wesenheit, die wir den Christus nennen, die war einmal im Fleische auf der Erde im Beginne unserer Zeitrechnung. In einem solchen physischen Leibe wird sie nicht mehr kommen, denn das war ein einmaliges Ereignis. Aber in der ätherischen Gestalt wird der Christus wiederkommen in den genannten Zeiten.
Da werden die Menschen wahrnehmen lernen den Christus, indem sie durch dieses Ätherschen hinaufwachsen werden zu ihm. Der nun nicht mehr heruntersteigt bis zum physischen Leib, sondern bloß bis zum Ätherleib. Die Menschen werden also hinaufwachsen müssen zu einem Wahrnehmen des Christus. Denn wahr ist der Ausspruch, den der Christus getan hat: 'Ich bin bei euch alle Tage bis ans Ende der Erdenzeiten'."
Doch es könnte dann sein, "daß die Bosheit, der Materialismus so groß wären auf der Erde, daß die Mehrheit der Menschen nicht das geringste Verständnis zeigte, und jene Menschen, die dieses Hellsehen haben werden, als Narren betrachten und in die Irrenhäuser stecken würde unter die anderen hinein, die in verworrener Weise ihre Seelen entwickeln."
Es ist klar, daß hinter solchen Bestrebungen übermenschliche Wesen des Bösen stehen, die in die Gedanken, Gefühle und Willensimpulse der schläfrigen Menschen hineinwirken, weil sie den Materialismus konservieren wollen, um die Weiterentwicklung der Menschheit zu verhindern. Es handelt sich um zunehmende gewaltige Geisteskämpfe, für die es aufzuwachen gilt.
Doch: "Wo aber Gefahr ist, wächst das Rettende auch", dichtete Friedrich Hölderlin in seiner Hymne "Patmos", so benannt nach der gleichnamigen griechischen Insel, die als Schöpfungsort der prophetischen Offenbarung des Evangelisten Johannes gilt. "Sie ist", wie es auf Wikipedia schön heißt, "dem verfolgten Christen ein Zufluchtsort und kennzeichnet zugleich die apokalyptische Krisensituation."<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 28. Mai 2024 (x1.377/…):
>>**Staatsanwalt: "AfDler töten" nicht strafbar!**
Von *S. Hofer*
Die Staatsanwaltschaft Aachen hat gesprochen: Der Antifa-Spruch "AfDler töten" ist nicht strafbar! …
Stellen Sie sich vor: Auf einer oppositionellen Demo trüge jemand ein Transparent mit der Aufschrift "Grüne töten" - das gäbe einen beispiellosen Skandal! Alle Teilnehmer bekämen lebenslänglich, Faeser würde gar eine Wiedereinführung der Todesstrafe für Regierungskritiker erwägen (Satire aus). Was aber geschieht, wenn Aachener Antifa-Jugendliche mehr oder minder offen die Tötung von AfD-Leuten fordern?
Dann geht das voll in Ordnung, meint zumindest die weisungsgebundene Aachener Staatsanwaltschaft und stellte das Verfahren gegen die Bannerträger ein. Zur Erinnerung: Im Januar präsentierten linksextreme Nachwuchs-Faschos ein vier Quadratmeter großes Plakat mit der Aufschrift "AfDler töten. Nazis abschieben!"
Die Propagandamedien erhoben natürlich keinerlei Einwände und erklärten: "AfDler töten"

sei ja keine Aufforderungen, Mitglieder und Funktionäre der Partei umzubringen, sondern eine Feststellung: Durch ihre Politwerbung würden AfD-Leute dazu beitragen, daß Ausländer in Deutschland mit dem Schlimmsten rechnen müßten…
Persilschein für Antifa-Krawallos?
Nun können subventionierten Antifanten landesweit aufatmen. Laut RTL verkündete die Staatsanwaltschaft, daß besagter Spruch weder zu einer Straftat auffordere noch als Beleidigung zu deuten sei. Vielmehr handle es sich um "einen sachbezogenen Angriff im Rahmen der öffentlichen politischen Auseinandersetzung". Angeblich haben sich die Weisungsgebundenen bei der Begründung so richtig Mühe gegeben:
"Nach eingehender Prüfung der Geschehnisse am Ereignistag, der zahlreichen hier eingegangener Strafanzeigen sowie einer im Internet veröffentlichen öffentlichen Stellungnahme der Antifa-Jugend Aachen zu dem verwendeten Banner ist ein strafbares Verhalten der handelnden Personen nicht festzustellen. Die Staatsanwaltschaft Aachen hat das gegen Unbekannt geführte Ermittlungsverfahren daher eingestellt.
Unter den gegebenen Umständen stellt die zu prüfende Äußerung 'AfDler töten', insbesondere vor dem Hintergrund der verfassungsrechtlich gewährten Meinungsfreiheit, weder eine Aufforderung zu Straftaten (§ 111 StGB) noch eine Beleidigung (§ 185 StGB) dar. Unter Berücksichtigung aller relevanten Gesichtspunkte (Anlaß der Äußerungen, Zweck der zugleich laufenden Versammlung, Adressaten der Äußerung, sonstiges Verhalten der Bannerträger, nachträgliche Erläuterungen der Antifa-Jugend Aachen zu dem verwendeten Banner) handelt es sich um einen (noch) sachbezogenen Angriff im Rahmen der öffentlichen politischen Auseinandersetzung, der weder auf die persönliche Diffamierung bestimmter Personen abzielt noch aus Sicht eines unbefangenen Betrachters zu Straftaten gegen einzelne Personen aufruft.
Dabei war zu beachten, daß nach gefestigter Rechtsprechung bei mehreren gleichermaßen in Betracht kommenden Auslegungsmöglichkeiten einer Äußerung stets die für die handelnde Person strafrechtlich günstigste Variante bei der Bewertung zugrunde zu legen ist.
Die Feststellung der Personalien der etwaig beteiligten Personen war angesichts der rechtlichen Bewertung des Banners als zwar zugespitzte, jedoch straflose Äußerung im politischen Meinungskampf nicht veranlaßt."
Also darf man "AfDler töten" weiterhin auf Transparente schmieren, aufs T-Shirt drucken, mittels U-Bahn-Werbung verbreiten oder bei der kommenden EU-Wahl als Werbeslogan verwenden? Na ja, so weit wollte die Staatsanwaltschaft Aachen nicht gehen:
"Ich weise ausdrücklich darauf hin, daß es sich um das Ergebnis einer Einzelfallprüfung handelt und daraus nicht ohne weiteres der Schluß gezogen werden kann, Äußerungen wie die vorliegende seien generell nicht strafbar. Neben dem Wortlaut der Erklärung waren für die abschließende strafrechtliche Beurteilung - wie bei allen Delikten, die Meinungsäußerungen zum Gegenstand haben - weitere objektive Umstände, die im Zusammenhang mit der Äußerung stehen, maßgeblich. Diese Umstände mußten vorliegend zunächst näher aufgeklärt werden."
Man muß also klären, ob der Spruch auch wirklich aus Antifa-Mund ertönt? Wie beruhigend.<<
Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/29192" berichtet am 28. Mai 2024 (x1.366/…): >>**Vertragspartner WHO will Pädophilie legalisieren!**
In der Geschäftswelt ist es gang und gäbe, dem Vertragspartner auf den Zahn zu fühlen. Schließlich will man wissen, worauf man sich einläßt, und nicht selten wird eingehend die Vertrauenswürdigkeit des Gegenübers geprüft. In Anbetracht des WHO-Pandemievertrags scheint genau das völlig "vergessen" worden zu sein, obwohl er Menschenleben in 194 Ländern betrifft.
Der Vertragspartner WHO, der im Verbund mit Medien und Regierungen für große Schäden

an unserer Wirtschaft während der Corona-Pandemie verantwortlich ist, wird von Leuten finanziert, die von Pandemien unmittelbar profitieren. Wobei ihre "fürsorglichen" Maßnahmen, vielen sogar das Leben kosten. Nun setzen sich unsere Staatsvertreter ausgerechnet mit dieser Organisation an den Verhandlungstisch, die obendrein offen danach strebt, Pädophilie zu legalisieren und unsere Kinder förmlich dafür abzurichten.
Die sogenannte koordinierende Funktion der WHO wird es viel einfacher machen, dieses Vorhaben als "Gesundheit fördernde Maßnahme" durchzusetzen. Wenn Regierungen sich mit so einem Vertragspartner nur schon an den Tisch setzen, machen sie sich eindeutig an diesem Verbrechen gegen unsere Kinder mitschuldig.
Unter diesem Aspekt erscheint die bereits auf Kla.TV ausgestrahlte Sendung "WHO und UNO - Pädofinger weg von Kindern" in einem noch dramatischeren Licht. Die UN sorgt bereits jetzt dafür, daß strafrechtliche Bedenken aus dem Weg geräumt werden. Einvernehmlicher Sex mit einem Kind - egal welches Alters - soll straffrei bleiben, besagt Grundsatz 16 der UN-Richtlinie.
Wie bitteschön geht "einvernehmlich" mit einem Vierjährigen? Sorgen Sie dafür - z.B. durch die Verbreitung dieser Sendung - daß niemand sagen kann, er habe davon nichts gewußt. Es gibt nur einen Ausweg - raus aus der WHO!
Derzeit wird nichts mit solchem Nachdruck verfolgt wie die Agenda 2030 der Vereinten Nationen mit ihren berüchtigten "Nachhaltigkeitszielen". Dieses weltweite Projekt zielt darauf ab, jeden Aspekt bisheriger menschlicher Lebensgrundlagen vollständig zu verändern: Ernährung, Sexualität, Familie, Arbeit, Finanzen, Gesundheit, Bildung, einfach alles!
Mit volksverführerischen Argumenten soll Armut, Hunger, Ungleichheit, Krankheit und anderen schlimmen Dingen ein Ende gesetzt werden. Doch dürfen wir uns auf diese wohlklingenden Vorhaben nicht verlassen! Ein ehemaliger Top UN-Beamter, der zwei Jahrzehnte für die UNO tätig war, warnt davor, daß die UNO von kriminellen Personen kontrolliert wird, die die UNO benutzen, um sich zu bereichern und die Menschheit zu versklaven. (www.kla.tv/-UNO/25365)
Beleuchten wir die Pläne von UNO und WHO insbesondere zum Thema Sexualität, sind die neuen Richtlinien, die gerade an alle Völker herausgegeben werden, mehr als nur besorgniserregend. Europaabgeordneter Marcel de Graaff aus den Niederlanden findet klare Worte dafür: "Mit Menschen in Organisationen, Regierungen und internationalen Institutionen stimmt etwas grundlegend nicht, wenn sie die Legalisierung, die Akzeptanz von Sex mit Kindern verfolgen, wenn sie Sex mit Kindern sogar mit Millionen von Zuschüssen fördern oder die Sexualisierung von Kindern erzwingen wollen."
Seiner Aussage nach subventioniert auch die EU mit Millionenbeträgen Auftritte von Transvestiten und Transgendern in Kindergärten.
Zugleich hat die UNO ein Dokument veröffentlicht, was Sex mit Kindern einerseits legalisieren will und andererseits Kindern durch das Selbstbestimmungsgesetz erlauben soll, ihre Genitalien zu entfernen. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) und die Vereinten Nationen (UN) weisen alle Kindergärten und Grundschulen weltweit an, Kleinkindern Masturbation beizubringen. Sie raten Kindern, Pornographie zu benutzen und verteilen Plakate an Schulen, die Kinder zu homosexuellen Handlungen mit ihren Klassenkameraden ermutigen. In empfohlenen Büchern werden kleine Kinder über Oralsex aufgeklärt.
Dies sind die einleitenden Worte eines sehr umfangreichen Reports der Internet-Plattform Stop World Control (www.stopworldcontrol.com/children/) mit dem Titel: "Children should have sex partners –The UN agenda to normalize pedophilia", zu Deutsch: "Kinder sollten Sexpartner haben – Die UN-Agenda zur Normalisierung von Pädophilie".
In diesem Bericht werden, wie von Kla.TV nachfolgend stark zusammengefaßt, schlüssige Beweise dafür geliefert, wie zuvor genannte Programme Teil einer internationalen Operation

sind, um Pädophilie zu normalisieren. Das von der WHO veröffentlichte Dokument "Standards for Sexuality Education in Europe" enthält folgende Anweisungen für Kindergärten und Grundschulen:
- Kinder zwischen 0 und 4 Jahren müssen etwas über Selbstbefriedigung lernen und ein Interesse an ihrem eigenen Körper und dem der anderen entwickeln.
- Kinder zwischen 4 und 6 Jahren müssen etwas über Selbstbefriedigung lernen und dazu ermutigt werden, ihre sexuellen Bedürfnisse und Wünsche zu äußern.
- Kinder zwischen 6 und 9 Jahren müssen über Geschlechtsverkehr, Online-Pornographie, heimliche Liebe und Selbststimulation aufgeklärt werden.
- Kinder zwischen 9 und 12 Jahren sollten ihre ersten sexuellen Erfahrungen machen und lernen, Online-Pornographie zu nutzen.
Die WHO weist Lehrerinnen und Lehrer weltweit an, 9-jährigen Kindern zu erklären, wie sie zum ersten Mal Geschlechtsverkehr haben, wie sie mit Hilfe des Internets und der Mobiltelefone Sex erleben und verschiedene Sexualtechniken erlernen können.
Verehrte Zuschauer, Sie haben richtig gehört! Tatsächlich handelt es sich hier um Kinder, die gerade einmal gelernt haben ihre Schuhe selbstständig zu binden oder immer noch mit ihrer Puppenküche spielen.
In einem nächsten Dokument, das von den Vereinten Nationen herausgegeben wird, lautet der Titel "International Technical Guidance on Sexuality Education". Es ist der offizielle Leitfaden für Grundschulen in aller Welt. Das Ziel dieses Dokuments wird auf Seite 16 beschrieben: Es zielt darauf ab, kleine Kinder zu befähigen, sexuelle Beziehungen einzugehen.
Auf Seite 17 des Dokumentes erklären die Vereinten Nationen, daß dieser Leitfaden kleinen Kindern helfen soll, Beziehungen zu romantischen oder sexuellen Partnern aufzubauen. Auf Seite 71 desselben Dokuments werden die Lehrer angewiesen, kleine Kinder ab 5 Jahren über Küssen, Umarmen, Berühren und sexuelle Verhaltensweisen zu unterrichten. 9-jährige Kinder sollten über Selbstbefriedigung, sexuelle Anziehung und sexuelle Stimulation unterrichtet werden.
Die Rutgers Foundation ist das niederländische Zentrum für Sexualität und ähnlich wie das bekannte Planned Parenthood. Sie agieren in 27 Ländern der Welt, um Sexualaufklärung zu betreiben, Zugang zu Verhütungsmitteln zu sichern und Abtreibungsdienste anzubieten. Sie sind zudem Partner der WHO. Rutgers hat ein Video herausgebracht, welches Teil eines europäischen Schulprogramms ist. Es zeigt, wie kleine Kinder zur Selbstbefriedigung ermutigt werden. Geplant ist, dieses Video weltweit in die Lehrpläne aufzunehmen. In den Niederlanden werden WHO- und UN-Richtlinien von Rutgers bereits umgesetzt.
Nachfolgende Informationen zeigen, daß Rutgers immer an der Spitze der weltweiten Pädophilie-Bewegung gestanden hat: Rutgers veröffentlichte einen Bericht des bekannten Pädophilen Theo Sandfort.
Sie arbeiteten mit der Frits Bernard Foundation (klinischer Psychologe, Sexologe, schwuler und pädophiler Aktivist in den Niederlanden, führendes Mitglied und Autor der Niederländischen Gesellschaft für Sexualreform, Gründer erster kämpferischer Pädophilenbewegung) zusammen, die eine umfangreiche Sammlung von Kinderpornographie besaß. Rutgers unterzeichnete weiter eine Petition für die Legalisierung von Sex mit Kindern. Sie veröffentlichten eine Zeitschrift, in der ein 6-Jähriger masturbierte, ein 9-Jähriger Pornos ansah und ein 5-Jähriger Oralsex hatte.
Rutgers weist des Weiteren Lehrer an, dafür zu sorgen, daß Kinder so früh wie möglich mit Sexpraktiken beginnen. Von Rutgers wird ein Kinderbuch empfohlen, das kleine Kinder zum Oralsex ermutigt. In Rutgers' Lehrplan für Grundschulen heißt es, daß kleine Kinder alles über Lust, körperliche Erregung und Intimität wissen sollten. Unterdessen wird Schulmaterial für 10-jährige Kinder veröffentlicht, das eindeutig als pornographisch eingestuft werden muß.

Die derzeitige Vorsitzende des Aufsichtsrats von Rutgers ist die ehemalige Politikerin Andrée van Es von den Grünen Linken und der PSP, einer Partei, die sich ebenfalls für die Legalisierung von Pädophilie einsetzte. Unwiderlegbar werden im Stop World Control-Report detailliert Informationen zusammengetragen, die bestätigen, daß Rutgers nichts anderem als der Agenda der Pädophilie und ihrer Normalisierung in der Gesellschaft dient.
Es ist alarmierend, und darüber müßten alle Eltern der Welt Bescheid wissen, daß diese explizit pädophile Organisation von der WHO und UNO dazu auserkoren wurde, ihre Agenda für die Sexualisierung von kleinen Kindern in öffentlichen Schulen von 27 Nationen umzusetzen. Nun fragt man sich, warum Regierungen und Finanzeliten darauf bestehen, kleine Kinder in jeder Nation der Welt zu sexualisieren? Die unmittelbare Folge der gegenwärtigen Sexualerziehung ist, so der Stop World Control-Report, daß Kinder in sehr jungem Alter geistig so gesteuert werden sollen, daß sie zu Räubern oder Opfern werden – oder zu beidem.
Durch die Agenda werden sie einer Gehirnwäsche unterzogen, die sie dazu bringt, ihre Freunde und Klassenkameraden als Lustobjekte zu betrachten. Ihr Verständnis von "Liebe" wird schwer pervertiert, und sie werden kaum in der Lage sein, eine gesunde, sichere, blühende und glückliche Familie zu gründen. Wenn wir verstehen, daß die Wurzeln von Rutgers und ihren Verbündeten auch in der Eugenik liegen, wissen wir, warum sie dies vorantreiben: Durch die Zerstörung der natürlichen Familie wird sich in einem Wisch auch die Weltbevölkerung tatsächlich reduzieren!
Nebenbei bemerkt ist einer der WHO Top-Finanziers niemand Anderes als Bill Gates, über dessen Verflechtungen und Vergehen Kla.TV bereits mehr als ausführlich berichtet hat. Er ist ein Anderer als in gekauften Mainstreammedien dargestellt. Kein Philanthrop, sondern stark befürwortender Eugeniker.
Und wie man zusätzlichem Bildmaterial von Stop World Control entnehmen kann, pflegte Gates ebenso Verbindungen zum verurteilten Kinderschänder und Pädophilen-Ring-Betreiber Jeffrey Epstein. Deshalb dürften derlei Entwicklungen nur noch Entsetzen hervorrufen! Stop World Control beendet den umfangreichen Report mit folgenden abschließenden Worten: Liebe ist kein sexuelles Raubtier, das sich an Kindern vergreift und sie für seine oder ihre eigene Befriedigung mißbraucht. Ein Kind zu lieben bedeutet, es zu schützen und nicht, es zu manipulieren, damit es in eine Vergewaltigung "einwilligt".
De Graaff formuliert es so: "Hier geht es nicht darum, ein Kind zu erziehen oder zu unterrichten. Für diese Erwachsenen, die Sexualität und Sex mit Kindern betreiben, ist das Kind nur ein Werkzeug. Wie das Kind dadurch geschädigt wird, ist völlig unerheblich", betont der Abgeordnete. "Es ist völlig inakzeptabel, daß solche geistig geschädigten Menschen Organisationen, Regierungen oder Institutionen leiten, die bestimmen, wie die Gesellschaft aussieht, und daß sie die Entwicklung eines Kindes mißbrauchen, um ihre eigene deformierte Lust auf Kindersex zu rechtfertigen."
Fazit: Wir alle haben die Wahl, die Augen zu verschließen und uns durch unser Schweigen mitschuldig zu machen – oder mutige Menschen zu sein, die aufstehen und die Menschheit darüber aufklären, indem Sie diese Sendung verbreiten, Schulen, Lehrer, Erzieher alarmieren … Kinder können sich nicht gegen diese Monster wehren. Tun wir es für sie!
Abschließend sei noch erwähnt: In zahlreichen andern Kla.TV-Sendungen sowie auf Stop World Control lassen sich detailliert ausgearbeitete, unwiderlegbare Fakten und Bildmaterial finden, die Kindesmißbrauch, Pädophilenringe und rituelle Morde an Kindern etc. bis in die höchsten Ränge der Regierungen und Königshäuser auf der ganzen Welt aufdecken. Daher ist dies auch ein Aufruf an die Restjustiz und Kriminalpolizei: Auch eure Stunde hat geschlagen! Niemand wird am Ende sagen dürfen, er habe nichts davon gewußt. ...<<
Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/29194" berichtet am 28. Mai 2024 (x1.366/…): >>**Comic: Zugriff auf unsere Kinder durch WHO und UN**

"Es war einmal der Biologieunterricht, der sich auf anatomische Unterschiede beschränkte und darauf, wie die Babys entstehen. Nicht mehr ganz zeitgemäß? Das dachte sich auch die WHO, die Weltgesundheitsorganisation, und legte Standards vor, die sich in Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung in Deutschland zu einem Bildungsplan mauserte. Die Standards der WHO sollen jedoch in ganz Europa fächerübergreifend durchgesetzt werden.

Das betrifft allein im deutschsprachigen Raum über 15,6 Millionen Kinder, die in Zukunft im Umgang mit Dildos, Liebeskugeln, Lederpeitsche oder Handschellen ausgebildet werden. Wo paßt welcher Gegenstand hin? Wie richte ich ein Bordell ein, welches allen Menschen aller sexuellen Neigungen gerecht wird, sind die kniffligen Aufgaben, denen sich die Kinder stellen dürfen. Die langweiligen, oft einschläfernden Naturfilme im Unterricht sollen durch das Sichten von Pornos und pornographischen Bildern ersetzt werden, um einen verantwortungsvollen Umgang mit diesen zu lehren. Dies gilt für Schüler ab 12 Jahren. "Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr."

Deshalb schlägt die WHO eine sexuelle Früherziehung in Kindergarten und Grundschule vor. Das gegenseitige Berühren und Doktorspiele sollen den Kindern die äußeren Unterschiede vermitteln. Alles über frühkindliche Masturbation und die Lust, den eigenen Körper und die Genitalien zu entdecken und weitere fragwürdige Inhalte sind in den Standards der WHO nachzulesen.

Wer steckt hinter der Ausführung dieser "innovativen" Ideen? Was Deutschland betrifft, so gehören die fünf Autoren des Praxisbuches "Sexualpädagogik der Vielfalt", welches für den Unterricht genutzt werden soll, der Deutschen Gesellschaft für Sexualpädagogik und dem angegliederten Institut an, welches nach eigenen Definitionen das Qualitätssiegel für Sexualpädagogik verleiht.

Mitbegründer und Mentor ist Uwe Sielert, Professor für Pädagogik in Kiel. Sielert ist der Vermittler einer Gendersexualpädagogik, mit der er drei Lebensumstände entnaturalisieren möchte. Die Kernfamilie, die Heterosexualität und die Generativität. Das Gender-Mainstream-Programm kann man im Informationsdienst der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung nachlesen.

Die Genderideologie, die hinter der Sexualpädagogik der Vielfalt steht, ist brisant, aber nicht neu, auch wenn sie erst jetzt in unsere Schulen schwappt. Ihren Durchbruch erreichte sie bereits 1995 in Peking. Die Teilnehmerin Dale O'Leary faßt in ihrem Buch "Die Gender Agenda" fünf Thesen zusammen, die im UN-Establishment die Mehrheit haben. Punkt drei auf der Liste lautet: "In der Welt braucht es einen Sexualkundeunterricht für Kinder und Jugendliche, der zu sexuellen Experimenten ermutigt. Es braucht die Abschaffung der Elternrechte." Gut Ding braucht Weile.

Und hier sind wir nun. Wer diese Art von Unterricht für sein Kind nicht gut heißt, wird sich bald in einer Zwickmühle befinden. Ein Fernbleiben des Unterrichts ist strafbar, wodurch auch Eltern die Möglichkeit bekommen, mit den Handschellen, die ihre Kinder im Unterricht verwenden, Bekanntschaft zu machen. Auch wenn es absurd erscheint, es ist Realität!<<

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.10.2024
Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> **...** << gekennzeichnet.
Bei Auslassungen **...** wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**
Beispiel: (x089/79) = PLOETZ. Lexikon der deutschen Geschichte. Freiburg im Breisgau 1999, Seite 79.

x089	Ploetz-Verlag (Hg.): PLOETZ. Lexikon der deutschen Geschichte. Freiburg im Breisgau 1999.
x122	Dollinger, Hans: SCHWARZBUCH DER WELTGESCHICHTE. 5.000 Jahre der Mensch des Menschen Feind. München 1999.
x244	Ripper, Werner (Hg.): Weltgeschichte im Aufriß. Band 1. Von der griechischen Antike bis zum Ende des Absolutismus. Frankfurt/Main, Berlin, München 1999.
x282	Deschner, Karlheinz: Der gefälschte Glaube. Eine kritische Betrachtung kirchlicher Lehren und ihrer historischen Hintergründe. München 2004.
x288	Deschner, Karlheinz: Das Kreuz mit der Kirche. Eine Sexualgeschichte des Christentums. Koblenz 2014.

Internet

x805	Meyers Konversationslexikon. Autorenkollektiv, Verlag des Bibliographischen Instituts. 5. Band: Distanzg - Faidh. Vierte Auflage. Leipzig/Wien 1885-1892. http://www.retrobibliothek.de - September 2013
x924	https://www.theologe.de/inquisition_bedeutung_kirche_staat.htm - Juli 2019
x999	http://vatikanische-nwo.blogspot.com/search/label/Vatikan - September 2020
x1.366	https://www.kla.tv - Mai 2024
x1.367	https://afdkompakt.de/ - Mai 2024
x1.368	https://apollo-news.net/ - Mai 2024
x1.369	https://www.mmnews.de/ Mai 2024
x1.370	https://multipolar-magazin.de/ - Mai 2024

x1.371	https://fassadenkratzer.wordpress.com - Mai 2024
x1.372	https://www.nius.de/ - Mai 2024
x1.376	https://deutschlandkurier.de – Mai 2024
x1.377	https://www.compact-online.de – Mai 2024

Bildnachweis

Staatswappen der Bundesrepublik Deutschland (ab Januar 1950)
Internetquelle: http://www.flaggenlexikon.de/fdtlhndb.htm Stand - 8. Mai 2014

Bundesadler des Deutschen Bundestages
Internetquelle: http://www.bundestag.de/kulturundgeschichte/symbole/adler/ Stand: 8. Mai 2014

Bundesadler des Deutschen Bundestages
Internetquelle: http://www.welt.de/dossiers/60jahredeutschland/article3800834/Adler-oder-fette-Henne.html - 8. Mai 2014